

Gender-Datenreport

1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland

im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Herausgeberin: Waltraud Cornelißen

erstellt durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt

Danksagung

Viele haben zu diesem Report mit Texten, Ideen, Anregungen und Kritik sowie mit praktischer Hilfe beigetragen. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen im Projekt "Kommentierter Datenreport für einen Regierungsbericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland", auch denjenigen, die wir zeitweise hausintern oder über Expertisen assoziieren konnten, die alle zugleich auch Autorinnen und Autoren dieses Buches sind. Darüber hinaus gilt mein Dank Brigitte Unger-Soyka, die das Projekt von Seiten des Ministeriums kritisch konstruktiv und verständnisvoll begleitet hat. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes; sie deckten unseren Bedarf an Daten und standen für viele Nachfragen zur Verfügung. Allen voran sind hier Dr. Klaus Duschek und Manuela Nöthen zu erwähnen.

Der Vielfalt der Themen konnten wir nur gerecht werden, weil wir auf viele externe und interne Expertinnen und Experten zurückgreifen konnten, die unsere Texte mit uns diskutierten, Material zur Verfügung stellten und Anregungen gaben; ihnen allen gebührt unser großer Dank:

Prof. Dr. Gerhard Bäcker (Universität Duisburg); Dr. Irene Dingeldey (Universität Bremen); Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem (Universität Magdeburg); Gerhard Engelbrech (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg); Heribert Engstler, M.A. (Deutsches Zentrum für Altersfragen Berlin); Prof. Dr. Hannelore Faulstich-Wieland (Universität Hamburg); Prof. Dr. Thomas Feltes (Universität Bochum); Dr. Mona Granato (Bundesinstitut für Berufsbildung Bonn); PD Dr. Brigitte Geissel (Social Science Research Center Berlin); Prof. Dr. Cornelia Helfferich (Sozialwissenschaftliches FrauenForschungsInstitut Freiburg); PD Dr. Beate Hoecker (Universität der Bundeswehr München); Prof. Dr. Ute Klammer (Hochschule Niederrhein); Dr. Christina Klenner (Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf); Prof. Dr. Frauke Koppelin (FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven Emden); Sibylle Picot (TNS Infratest München); Prof. Dr. Ulrike Schildmann (Universität Dortmund); Ute von Wrangell (Vernetzungsstelle Hannover).

dem Direktor des Deutschen Jugendinstitutes Prof. Dr. Thomas Rauschenbach und den Kolleginnen und Kollegen im Haus:

PD Dr. Iris Bednarz-Braun, Dr. Dr. Gerhard Beisenherz, Dr. Frank Braun, Dr. Wolfgang Gaiser, Martina Gille, Bernd Holthusen, Dr. Karin Jurczyk, PD Dr. Andreas Lange, Dr. Hans-Rudolf Leu, Birgit Riedel, Dr. Reinhilde Schäfer und Gerda Winzen.

Für die organisatorische und technische Unterstützung der Arbeit danke ich Afra Hausen, Cornelia Heland, Katrin Kreuz, Karin Wolf und Kerstin Zschommler.

München, November 2005

Waltraud Cornelißen

Inhaltsverzeichnis

0.	Einleitung	
	(Waltraud Cornelißen)	12
1.	Bildung, Ausbildung und Weiterbildung	
	(Monika Stürzer unter Mitarbeit von Ursula Beicht und Mona Granato)	
1.1	Einleitung	23
1.2	Bildung im europäischen Vergleich	
1.3	Bildungsbeteiligung im Zeitvergleich	
1.4	Schulische Bildung	
1.4.1		
1.4.2		
1.4.3		
1.4.4		
1.5	Berufliche Bildung	
1.5.1	the state of the s	
1.5.2		
1.5.3		
1.6	Übergänge in den Beruf	
1.6.1		
1.6.2		
1.6.3		68
1.7	Studium	
1.7.1		
1.7.2		
1.7.3		
1.8	Berufliche Bildungsabschlüsse	
1.9	Weiterbildung	
1.10	Überblick über die Ergebnisse	96
2.	Erwerbstätigkeit – Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern	
	(Christian Dressel)	
2.1	Einleitung	.101
2.2	Europäischer Vergleich	.103
2.3	Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in	
	Deutschland	
2.4	Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen	
2.5	Erwerbsbeteiligung nach Qualifikationen	
2.6	Erwerbsbeteiligung nach Familienstand	
2.7	Erwerbstätigkeit in atypischen Beschäftigungsverhältnissen	
2.7.1		
2.7.2		
2.7.3	3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3	
2.7.4		
2.7.5		
2.7.6		
2.8	Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt	
2.8.1		.134
2.8.2		
	Erwerbsleben	
2.9	Frauen und Männer als Selbstständige und Unternehmensgründerinnen	
_	und Unternehmensgründer	
2.10	Arbeitslosigkeit bei Frauen und Männern	
2.11	Überblick über die Ergebnisse	.157
3.	Erwerbseinkommen von Frauen und Männern	
	(Waltraud Cornelißen, Christian Dressel, Vera Lohel)	
3.1	Einleitung	.161

3.2	Einkommensunterschiede im europäischen Vergleich	.166
3.3	Entwicklung und Verteilung der Erwerbseinkommen in Deutschland	.168
3.4	Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede bei unterschiedliche	
	Beschäftigtengruppen	
3.4.1	Berufs- und Tätigkeitsposition	
3.4.2		
3.4.3		
3.4.4		
3.4.5	Alter	.204
3.4.6		
3.4.7		
3.5	Bedeutung von Berufsunterbrechungen	
3.6	Der relative Wohlstand und die relative Armut von Frauen und Männern	
3.7	Ergebnisse im Überblick	
4.	Familien- und Lebensformen von Frauen und Männern	
	(Ulrike Heß-Meining, Angelika Tölke)	.224
4.1	Einleitung	
4.1.1	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	
4.1.2	·	
4.2	Private Lebensformen im Überblick für Deutschland im Jahr 2004	
4.3	Die Phase des Erwachsenwerdens	
4.3.1	Auszug aus dem Elternhaus und Lebensformen junger Frauen und Männer	
4.3.2		
4.3.3		
4.4	Heirat und Übergang zur Elternschaft	
4.4.1	Alter bei erster Heirat und Geburt des ersten Kindes	
4.4.2		
4.4.3		
4.5	Lebensformen im mittleren Lebensalter	
4.5.1	Männer und Frauen mit Kindern	
4.5.2		
4.5.3		
4.5.4		
4.6	Homogamie bei Paaren	
4.6 .1	Altershomogamie	
4.6.2	Bildungshomogamie	
4.6.3		
4.0.3 4.7	Trennungen und Scheidungen	
4.7 .1	Scheidungsraten	
4.7.1		
4.7.2	5 5	
4.7.3 4.8	Lebensformen von Frauen und Männern im Alter	
4.0 4.9	Ergebnisse im Überblick	
4.9 5.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	.213
	(Christian Dressel, Waltraud Cornelißen, Karin Wolf)	270
5.1	Einleitung	
5.1 5.2		
-	Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im internationalen Vergleich	.264
5.3	Aktuelle Veränderungen in Bezug auf die berufliche Integration von	200
E 4		.288
5.4	Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im Lebenslauf	.291
5.5	Vorherrschende Vorstellungen zur familialen Arbeitsteilung und zur	200
<i>1</i>	Erwerbstätigkeit von Müttern und gewünschte Erwerbsmuster	
5.5.1	Vorherrschende Vorstellungen	
5.5.2		
5.6	Praxis geschlechterdifferenzierter Arbeitsteilung	.315

5.7	Elternzeit, familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben und deren	
	Inanspruchnahme	
5.8	Kinderbetreuungsangebote und Erwerbstätigkeit	.334
5.9	Rückkehr in den Beruf	
5.10	Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie	.351
5.11	Überblick über die Ergebnisse	.354
6.	Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement	
	(Ulrike Heß-Meining)	.357
6.1	Einleitung	
6.2	Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämt	
	im europäischen Vergleich	
6.3	Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der	
	Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick	.365
6.4	Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung	.367
6.4.1	Wahlbeteiligung	
6.4.2		
6.4.3		
6.4.4	Frauen und Männer in Gewerkschaften	
6.5	Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer	.384
6.5.1	Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten	.384
6.5.2	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
6.6	Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte	
	Politikformen	.391
6.6.1	Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement	.391
6.6.2		
6.7	Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in	
	der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement	.401
6.8	Überblick über die Ergebnisse	
7.	Soziale Sicherung	
	(Christian Dressel, Waltraud Cornelißen, Vera Lohel, Monika Stürzer)	.406
7.1	Einleitung	
7.2	Armutsrisiko und soziale Absicherung im europäischen Vergleich	.409
7.3	Armutsrisiko und soziale Absicherung im Zeitvergleich	.410
7.4	Absicherung bei Erwerbslosigkeit – Arbeitslosenversicherung und	
	Arbeitsförderung	
7.4.1	Passive Leistungen bei Arbeitslosigkeit	.415
7.4.2		.419
7.5	Sozialhilfebezug von Frauen und Männern	.422
7.5.1	Entwicklung des Sozialhilfebezuges von Frauen und Männern	
7.5.2	5	
7.6	Alterssicherung von Frauen und Männern	
7.6.1	Entwicklung der Alterssicherungsleistungen	
7.6.2	3	
7.6.3	5	.453
7.6.4		
7.7	Frauen und Männer in der Kranken- und in der Pflegeversicherung	
7.7.1	Gesetzliche Krankenversicherung	.458
7.7.2	5	
7.8	Überblick über die Ergebnisse	.467
8.	Gesundheitsstatus und Gesundheitsrisiken von Frauen und Männern	
	(Monika Stürzer, Waltraud Cornelißen)	
8.1	Einleitung	.472
8.2	Lebenserwartung im internationalen Vergleich, im Zeitvergleich sowie	
	im regionalen Vergleich	.474
8.3	Gesundheit und Krankheit von Frauen und Männern unterschiedlichen	
	Alters und in unterschiedlichen Lebenslagen	.480

8.3.1	Selbstauskünfte und subjektive Bewertung	481
8.3.2	Krankenhausaufenthalte und medizinische Diagnosen	
8.4	Gesundheitsbewusste versus riskante Verhaltensweisen	
8.4.1	Sport und Bewegung	
8.4.2	Ernährung	
8.4.3	Verhalten im Straßenverkehr	
8.4.4	Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit	
8.5	Arbeitswelt und Gesundheit	
8.6	Gesundheitsstatus und Gesundheitsrisiken von Migrantinnen und	
0.0	Migranten	517
8.7	Überblick über die Ergebnisse	
	hinderung	52 1
	arion Michel, Monika Häußler-Sczepan)	524
9.1	Fragestellung und Begriffsklärung	
9.2	Datenlage	
9.3	Frauen und Männern mit Behinderung im europäischen Vergleich	
9.4	Frauen und Männern mit Behinderung in Deutschland im historischen	329
9.4	Vergleich	E22
9.5	Frauen und Männer mit Behinderung in der amtlichen Statistik	
9.5.1	Anerkennung des Status "schwerbehindert" und Schwerbehindertenstatistik.	
9.5.1		
9.5.2	Sozialpolitische Dimension von Behinderung	
	Medizinische Dimension der Behinderung	
9.5.4	Biografische Dimension von Behinderung	
9.5.5	Kindheit und Jugend mit Behinderung	
9.5.6	Behinderte Frauen und Männer im Erwerbsalter	
9.6	Behinderte Frauen und Männer im Alter	
9.7	Soziale Netzwerke	
9.7.1	Politische Partizipation	
9.7.2	Bewertung der eigenen Lebenssituation	
9.8	Überblick über die Ergebnisse	605
	walthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern	
	ita Heiliger, Brigitta Goldberg, Monika Schröttle, Dieter Hermann)	609
10.1	Entwicklungen in der geschlechtsspezifischen Thematisierung von	
10.4.4	Gewalt – Einführung in das Kapitel	
10.1.1	Fragestellung, Datengrundlage und Definitionen	
10.1.2	Entwicklungen in der geschlechtspezifischen Thematisierung von Gewalt au	
	europäischer (und internationaler) Ebene	
10.1.3	Entwicklungen in der geschlechtsspezifischen Thematisierung von Gewalt in	
	Bundesrepublik Deutschland	
10.2	Daten aus dem Hellfeld polizeilicher Kriminalstatistik, Strafverfolgungs	
4004	und Strafvollzugsstatistik	
10.2.1	Zur Aussagekraft der Daten	
10.2.2	Tatverdächtige/Verurteilte	
10.2.3	Tatverdacht und Geschlecht	
10.2.4	Ausfilterungsprozess	
10.2.5	Tatverdacht/Verurteilungen und Alter	
10.2.6	Tatverdacht/Verurteilungen und Staatsangehörigkeit	
10.2.7	Opfer und Täter-Opfer-Beziehung	
10.2.8	Opferregistrierung nach Geschlecht und Alter	
10.2.9	Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung	
10.3	Daten aus Studien zur Erhellung des Dunkelfeldes	
10.3.1	Methodische Hintergründe	
10.3.2	Gewalt gegen Frauen und Männer	
10.3.3	O 11 M. 1 1 1 1 1	CEO
	Gewalt gegen Mädchen und Jungen	
10.3.4 10.4	Gewalterfahrungen im Geschlechtervergleich	660

10.4.1	Dimensionen der Kriminalitätsfurcht	661
10.4.2	Vergleich der Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern	661
10.4.3	Geschlechterdifferenzen in Abhängigkeit von Alter, Region, Milieu und im	
	Zeitverlauf	662
10.4.4	Ursachen von Geschlechterdifferenzen in der Kriminalitätsfurcht	
10.5	Überblick über die Ergebnisse	
Literatur		
Anhang		
	apitel 1	
•	apitel 2	
	apitel 3	
•	apitel 4	
	apitel 5	
•	·	
_	apitel 7	
•	apitel 9	
•	apitel 10	
•	sverzeichnis	
	erzeichnis	
Index		759
	ung, Ausbildung und Weiterbildung	
-	nika Stürzer unter Mitarbeit von Ursula Beicht und Mona Granato)	
1.1	Einleitung	23
1.2	Bildung im europäischen Vergleich	
1.3	Bildungsbeteiligung im Zeitvergleich	28
1.4	Schulische Bildung	30
1.4.1	Aktuelle Bildungsbeteiligung	30
1.4.2	Schulleistungen	39
1.4.3	Schulabschlüsse	42
1.4.4	Lehrkräfte	46
1.5	Berufliche Bildung	
1.5.1	Ausbildungswünsche und -pläne	
1.5.2	Betriebliche Ausbildung	
1.5.3	Vollzeitschulische Berufsausbildung	
1.6	Übergänge in den Beruf	
1.6.1	Übernahmechancen im Anschluss an die Ausbildung	
1.6.2	Berufseinmündung ein Jahr nach der Ausbildung	
1.6.3	Übergänge aus berufsfachschulischer Ausbildung	
1.0.5 1.7	Studium	
1.7.1	Anteile der Studienanfängerinnen und Studienanfänger	71
1.7.1	Studienfachwahl	
1.7.2	Hochschullaufbahn	
_		
1.8 1.9	Berufliche Bildungsabschlüsse	
	Weiterbildung	
1.10	Überblick über die Ergebnisse	96
	erbstätigkeit – Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern	
•	stian Dressel)	
2.1	Einleitung	
2.2	Europäischer Vergleich	103
2.3	Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in	
	Deutschland	
2.4	Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen	
2.5	Erwerbsbeteiligung nach Qualifikationen	
2.6	Erwerbsbeteiligung nach Familienstand	118
2.7	Erwerbstätigkeit in atypischen Beschäftigungsverhältnissen	

2.7.1	Teilzeitarbeit	121
2.7.2	Flexible Arbeitszeitformen	124
2.7.3	Geringfügige Erwerbstätigkeit	126
2.7.4	Befristete Arbeitsverträge	129
2.7.5	Arbeit von zu Hause aus	132
2.7.6	Zwischenfazit	133
2.8	Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt	
2.8.1	Horizontale Segregation: Frauen- und Männerdomänen	
2.8.2	Vertikale Segregation: Hierarchische Stellung von Frauen und Männern im	
	Erwerbsleben	139
2.9	Frauen und Männer als Selbstständige und Unternehmensgründerinne	
	und Unternehmensgründer	
2.10	Erwerbslosigkeit bei Frauen und Männern	149
2.11	Überblick über die Ergebnisse	
	550.51.51.61. 435. 415 21 3 55.11555 111111111111111111111111111111	
3.	Erwerbseinkommen von Frauen und Männern	
•	(Waltraud Cornelißen, Christian Dressel, Vera Lohel)	159
3.1	Einleitung	
3.2	Einkommensunterschiede im europäischen Vergleich	
3.3	Entwicklung und Verteilung der Erwerbseinkommen in Deutschland	
3.4	Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede bei	
•	unterschiedlichen Beschäftigtengruppen	181
3.4.1	Berufs- und Tätigkeitsposition	
3.4.2	Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen	
3.4.3	Zugehörigkeit zu unterschiedlich großen Unternehmen	
3.4.4	Qualifikationsniveau	
3.4.5	Alter	
3.4.6	Dauer der Unternehmenszugehörigkeit	
3.4.7	Staatsangehörigkeit	
3.5	Bedeutung von Berufsunterbrechungen	214
3.6	Konsequenzen für das Lebensarbeitseinkommen von Frauen und Männern	217
3.7	Der relative Wohlstand und die relative Armut von Frauen und Männern	
3.8	Ergebnisse im Überblick	
3.0	Ligebiliose illi oberbilok	
4.	Familien- und Lebensformen von Frauen und Männern	
	(Ulrike Heß-Meining, Angelika Tölke)	
4.1		224
	Einleitung	
4.1.1	Einleitung	226
4.1.1 4.1.2	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 228
4.1.2	Geburtenziffern im europäischen VergleichZur Veränderung der Geburtenziffern in Deutschland	226 228 230
4.1.2 4.2	Geburtenziffern im europäischen VergleichZur Veränderung der Geburtenziffern in DeutschlandPrivate Lebensformen im Überblick für Deutschland im Jahr 2004	226 228 230 233
4.1.2 4.2 4.3	Geburtenziffern im europäischen VergleichZur Veränderung der Geburtenziffern in DeutschlandPrivate Lebensformen im Überblick für Deutschland im Jahr 2004Die Phase des Erwachsenwerdens	226 228 230 233 234
4.1.2 4.2 4.3 4.3.1	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 228 230 233 234
4.1.2 4.2 4.3 4.3.1 4.3.2	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 230 233 234 234 237
4.1.2 4.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 230 233 234 234 237
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 230 233 234 234 241 243
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 228 230 234 234 237 241 243
4.1.2 4.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 230 234 234 237 241 243 243
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 228 230 234 234 241 243 243 245 246
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3 4.5	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 230 234 234 237 241 243 245 246 248
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3 4.5.1	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	228 230 234 234 237 241 243 245 246 248
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3 4.5 4.5.1 4.5.2	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226230234237241243245248248253
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3 4.5.1 4.5.2 4.5.3	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226230234234241243245248248253254
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3 4.5 4.5.1 4.5.2 4.5.3 4.5.4	Geburtenziffern im europäischen Vergleich Zur Veränderung der Geburtenziffern in Deutschland Private Lebensformen im Überblick für Deutschland im Jahr 2004 Die Phase des Erwachsenwerdens Auszug aus dem Elternhaus und Lebensformen junger Frauen und Männer. Erste Partnerschaft: Alters- und Bildungshomogamie Kinderwunsch Heirat und Übergang zur Elternschaft Alter bei erster Heirat und Geburt des ersten Kindes,Frühe" Mutter- und Vaterschaft,Späte" Mutter- und Vaterschaft Lebensformen im mittleren Lebensalter Männer und Frauen mit Kindern Allein erziehende Mütter und Väter Frauen und Männer ohne Kinder Gleichgeschlechtliche Partnerschaften	226 230 234 234 237 241 243 245 246 248 253 254 258
4.1.2 4.3 4.3.1 4.3.2 4.3.3 4.4 4.4.1 4.4.2 4.4.3 4.5.1 4.5.2 4.5.3	Geburtenziffern im europäischen Vergleich	226 230 234 234 237 241 245 245 246 248 253 254 258 258

4.6.2		
4.6.3	Berufliche Stellungen (Karrierestufen) bei Paaren	264
4.7	Trennungen und Scheidungen	266
4.7.1	Scheidungsraten	266
4.7.2	Scheidungsfolgen	267
4.7.3		
4.8	Lebensformen von Frauen und Männern im Alter Alter	272
4.9	Ergebnisse im Überblick	275
5.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	
	(Christian Dressel, Waltraud Cornelißen, Karin Wolf)	278
5.1	Einleitung	280
5.2	Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im internationalen Vergleich	284
5.3	Aktuelle Veränderungen in Bezug auf die berufliche Integration von	
	Müttern und Vätern	288
5.4	Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im Lebenslauf	291
5.5	Vorherrschende Vorstellungen zur familialen Arbeitsteilung und zur	
	Erwerbstätigkeit von Müttern und gewünschte Erwerbsmuster	306
5.5.1	Vorherrschende Vorstellungen	
5.5.2		
5.6	Praxis geschlechterdifferenzierter Arbeitsteilung	
5.7	Elternzeit, familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben und deren	
•	Inanspruchnahme	322
5.8	Kinderbetreuungsangebote und Erwerbstätigkeit	
5.9	Rückkehr in den Beruf	
5.10	Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie	
5.11	Überblick über die Ergebnisse	
J. 1 1	Obciblion ubci die Ergebiliose	00-
6.	Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement	
6.	Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement (Ulrike Heß-Meining)	357
	(Ulrike Heß-Meining)	
6.1	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung	
	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und	359
6.1 6.2	(Ulrike Heß-Meining)	
6.1	(Ulrike Heß-Meining)	359 361
6.1 6.2 6.3	(Ulrike Heß-Meining)	359 361 365
6.1 6.2 6.3 6.4	(Ulrike Heß-Meining)	359 361 365 367
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1	(Ulrike Heß-Meining)	359 361 365 367
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2	(Ulrike Heß-Meining)	359 361 365 367 368
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung. Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten	359 361 365 367 368 370
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften	359361365367368370382
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung. Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer	359361365367368370382384
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten	359361365367368370382384384
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche	359361365367368370382384384
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte	359361365367368370382384384
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen	359361365367368370382384387
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement	359361365367368370382384384387
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6	(Ulrike Heß-Meining) Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen	359361365367368370382384384387
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund	359361365367368370382384387391391
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6 6.6.1 6.6.2 6.7	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement	359361365367368370382384387391391399
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund	359361365367368370382384387391391399
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6 6.6.1 6.6.2 6.7	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement Überblick über die Ergebnisse	359361365367368370382384387391391399
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6 6.6.1 6.6.2 6.7	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement Überblick über die Ergebnisse	359361365367368370384384387391399401
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6 6.6.1 6.6.2 7.	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung. Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten. Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer. Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen. Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement Überblick über die Ergebnisse Soziale Sicherung (Christian Dressel, Waltraud Cornelißen, Vera Lohel, Monika Stürzer)	359361365367368370384384391391391403
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6 6.6.1 6.6.2 7.	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement Überblick über die Ergebnisse Soziale Sicherung (Christian Dressel, Waltraud Cornelißen, Vera Lohel, Monika Stürzer)	359361365367368370382384387391391399401403
6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3 6.4.4 6.5 6.5.1 6.5.2 6.6 6.6.1 6.6.2 7.	Einleitung Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung. Wahlbeteiligung Parteimitgliedschaften und Parteiämter Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten. Frauen und Männer in Gewerkschaften Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer. Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen. Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement Überblick über die Ergebnisse Soziale Sicherung (Christian Dressel, Waltraud Cornelißen, Vera Lohel, Monika Stürzer)	359361365367368370382384387391391399401403

7.4	Absicherung bei Erwerbslosigkeit – Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung	414
7.4.1	Passive Leistungen bei Arbeitslosigkeit	
7.4.2		
7.5	Sozialhilfebezug von Frauen und Männern	
7.5.1	Entwicklung des Sozialhilfebezuges von Frauen und Männern	
7.5.1		
7.5.2 7.6	Alterssicherung von Frauen und Männern	
7.6.1		
7.6.1	Entwicklung der Alterssicherungsleistungen	
	- J J	
7.6.3	3	
7.6.4		.456
7.7	Frauen und Männer in der Kranken- und in der Pflegeversicherung	
7.7.1	Gesetzliche Krankenversicherung	
7.7.2		
7.8	Überblick über die Ergebnisse	.467
8.	Gesundheitsstatus und Gesundheitsrisiken von Frauen und Männern	470
0.4	(Monika Stürzer, Waltraud Cornelißen)	
8.1	Einleitung	.4/2
8.2	Lebenserwartung im internationalen Vergleich, im Zeitvergleich sowie im regionalen Vergleich	.474
8.3	Gesundheit und Krankheit von Frauen und Männern unterschiedlichen	.4/4
0.3		400
004	Alters und in unterschiedlichen Lebenslagen	
8.3.1	Selbstauskünfte und subjektive Bewertung	
8.3.2		
8.4	Gesundheitsbewusste versus riskante Verhaltensweisen	
8.4.1	Sport und Bewegung	
8.4.2	5	
8.4.3		
8.4.4	0 0	
8.5	Arbeitswelt und Gesundheit	.513
8.6	Gesundheitsstatus und Gesundheitsrisiken von Migrantinnen und	
	Migranten	.517
8.7	Überblick über die Ergebnisse	.521
9.	Die Situation von Frauen und Männern mit Behinderung	
	(Marion Michel, Monika Häußler-Sczepan)	
9.1	Fragestellung und Begriffsklärung	.526
9.2	Datenlage	
9.3	Frauen und Männern mit Behinderung im europäischen Vergleich	.529
9.4	Frauen und Männern mit Behinderung in Deutschland im historischen	
	Vergleich	.533
9.5	Frauen und Männer mit Behinderung in der amtlichen Statistik	.536
9.5.1	Anerkennung des Status "schwerbehindert" und Schwerbehindertenstatistik	
9.5.2	<i>"</i>	
9.5.3	I 5	
9.5.4		
9.5.5		
9.5.6		
9.6	Behinderte Frauen und Männer im Alter	
9.7	Soziale Netzwerke	
9.7.1	Politische Partizipation	
9.7.1	·	
9.7.2 9.8		
J.0	Überblick über die Ergebnisse	.003

	ewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern	000
•	Anita Heiliger, Brigitta Goldberg, Monika Schröttle, Dieter Hermann)	609
10.1	Entwicklungen in der geschlechtsspezifischen Thematisierung	044
4044	von Gewalt – Einführung in das Kapitel	
10.1.1	Fragestellung, Datengrundlage und Definitionen	611
10.1.2	Entwicklungen in der geschlechtspezifischen Thematisierung von Gewalt	040
40.4.0	auf europäischer (und internationaler) Ebene	613
10.1.3	Entwicklungen in der geschlechtsspezifischen Thematisierung von Gewalt	045
40.0	in der Bundesrepublik Deutschland	
10.2	Daten aus dem Hellfeld polizeilicher Kriminalstatistik, Strafverfolgungs-	
10.2.1	und Strafvollzugsstatistik	
10.2.1	Zur Aussagekraft der DatenTatverdächtige/Verurteilte	
10.2.2	Tatverdacht und Geschlecht	
10.2.3	Ausfilterungsprozess	
10.2.4	Tatverdacht/Verurteilungen und Alter	
10.2.5	Tatverdacht/Verurteilungen und Staatsangehörigkeit	
10.2.7	Opfer und Täter-Opfer-Beziehung	
10.2.7	Opferregistrierung nach Geschlecht und Alter	
10.2.9	Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung	
10.2.0	Daten aus Studien zur Erhellung des Dunkelfeldes	
10.3.1	Methodische Hintergründe	
10.3.2	Gewalt gegen Frauen und Männer	
10.3.3	Gewalt gegen Mädchen und Jungen	
10.3.4	Gewalterfahrungen im Geschlechtervergleich	
10.4	Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht	
10.4.1	Dimensionen der Kriminalitätsfurcht	
10.4.2	Vergleich der Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern	661
10.4.3	Geschlechterdifferenzen in Abhängigkeit von Alter, Region, Milieu und im	
	Zeitverlauf	662
10.4.4	Ursachen von Geschlechterdifferenzen in der Kriminalitätsfurcht	665
10.5	Überblick über die Ergebnisse	666
Literat	ur	670
۸ bkür-	zungsverzeichnis	702
ADKUIZ	ungsverzeichnis	/ UZ
Anhan	g	708
	Kapitel 1	
	Kapitel 2	
Anhang	Kapitel 3	726
Anhang	y Kapitel 4	741
Anhang	y Kapitel 5	759
	y Kapitel 7	
	y Kapitel 9	
	g Kapitel 10	
	ingsverzeichnis	
	nverzeichnis	
Index		
Kurzbic	ografien der Autorinnen und Autoren	803

0. Einleitung

Einleitung 13

Seit Bestehen der Bundesrepublik haben sich die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern in Deutschland enorm verändert. Dieser Wandel wurde schon Ende der 70er-Jahre auf die Formel "Vom Patriarchat zur Partnerschaft" gebracht. Jutta Limbach stellte jedoch 1988 dazu fest, dass "diese dynamisch klingende Redensart unzutreffende Ein- und Gradlinigkeit vortäuscht" (Limbach 1988: 13). Tatsächlich sind unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Egalisierung der Lebensbedingungen von Frauen und Männern zu beobachten, je nachdem welche Lebensbereiche und welche Gruppen von Frauen und Männern man betrachtet. So ist etwa die Integration von kinderlosen Frauen ins Erwerbsleben auch in Deutschland weit vorangeschritten, die Erwerbsbeteiligung von Müttern bleibt in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten noch begrenzt.

Die stärkere Erwerbsorientierung von Frauen in Deutschland, die zunehmend auch Mütter erfasste, hat nicht automatisch eine egalitäre Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zur Folge. Noch immer leisten Männer deutlich mehr bezahlte und Frauen deutlich mehr unbezahlte Arbeit. Die nach 1986 entwickelten Regelungen zum Elternurlaub bzw. zur Elternzeit werden bis heute fast nur von Müttern in Anspruch genommen. Das 1996 etablierte Recht auf einen Kindergartenplatz verbessert inzwischen zusammen mit den Regelungen zur Elternzeit die beruflichen Perspektiven von Müttern. Das Betreuungsangebot ist allerdings noch unzureichend, und es gibt im deutschen Steuer- und Sozialsystem noch immer Anreize für Paare mit Kindern, ein Familienmodell mit männlichem Hauptverdiener und gering verdienender Ehefrau zu favorisieren.

Einer gleichen Teilhabe an politischen Entscheidungen sind Frauen näher gerückt. In den Spitzenpositionen des politisch-administrativen Systems finden sie sich inzwischen weit häufiger als in den Spitzenpositionen der Wirtschaft.

Mit der Vervielfältigung von Lebensformen und der Modernisierung der Ernährer-Hausfrauen-Familie durch das Vollzeit-Teilzeit-Modell nehmen Frauen mehr Handlungsspielräume wahr als in vergangenen Jahrzehnten, doch ist in den neuen Lebensformen, den nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften und den Beziehungen der ledigen oder geschiedenen Mütter und Väter zu ihren (ehemaligen) Partnerinnen und Partnern Partnerschaftlichkeit keineswegs gesichert.

Über Jahrzehnte waren Frauen für eine eigenständige Existenzsicherung schlecht gerüstet. Viele Eltern ermöglichten nämlich in erster Linie ihren Söhnen eine gute Ausbildung. Dies gilt heute nicht mehr. Bis heute beeinträchtigt allerdings der von Müttern oft unfreiwillig praktizierte familienbedingte Ausstieg aus dem Erwerbsleben langfristig ihre beruflichen Chancen.

Verschiedene Bundesregierungen trugen der Entwicklung neuer Lebensformen mit gesetzgeberischen Maßnahmen Rechnung. Soziale Härten, die mit ihnen insbesondere für Frauen verbunden waren, wurden abgemildert. Dies leistete zum Beispiel die Eherechtsreform von Waltraud Cornelißen 14

1976, das Unterhaltsvorschussgesetz 1980 und dessen Novellierung 1993. Umgekehrt fanden die Wünsche von Vätern Beachtung, nach Trennung und Scheidung Kontakt zu ihren Kindern zu behalten. In diesem Zusammenhang ist das neue Kindschaftsrecht zu sehen, das 1998 in Kraft trat.

Gelegentlich wurden gleichstellungsrelevante Gesetzesänderungen nachträglich wieder eingeschränkt, weil sie mit den Rechten Dritter nicht vereinbar schienen, so die für Frauen relativ günstigen Unterhaltsregelungen der Eherechtsreform von 1976 oder die 1974 verabschiedete Fristenregelung für den Schwangerschaftsabbruch, die nach einer Intervention des Bundesverfassungsgerichtes 1994 zu einer Indikationsregelung mit Beratungspflicht wurde. Die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von Frauen, die Etablierung egalitärer Geschlechterverhältnisse in unterschiedlichen Lebensbereichen und die Entwicklung fairer Partnerschaft sind also langfristige Prozesse. Sie schreiten in unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Vormals aufeinander abgestimmte Muster der Lebensführung von Frauen und Männern geraten nicht selten auf neue Weise in Widerspruch zueinander. Die pluralen Lebensmuster von Frauen und Männern machen es nicht einfach, partnerschaftliche Lebensmodelle politisch zu stützen.

Wichtige Impulse zu Gesetzesänderungen, aber auch zu einer veränderten gesellschaftlichen Praxis gingen von der neuen Frauenbewegung, von Frauengruppen in Parteien und Gewerkschaften und von Frauenverbänden aus. Sie wurden von Frauenbeauftragten zum Beispiel in Kommunen und Betrieben aufgegriffen. Es wurden Frauenförderpläne, Quoten und Quoren vereinbart. Diese ebneten qualifizierten Frauen in manchen Bereichen den Weg bis in Spitzenpositionen.

Von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik waren und sind die Vereinbarungen zwischen den EU-Staaten. Von besonderer strategischer Relevanz war in den letzten Jahren die 1996 in Amsterdam getroffene Vereinbarung zum Gender Mainstreaming. Sie verpflichtet alle Akteurinnen bzw. Akteure im politisch-administrativen System, ihre eigenen Programme, Regelungen und Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, ob sie (etwa indirekt) ein Geschlecht benachteiligen.

Gravierende Veränderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erzeugen immer wieder auch neue Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis, während die bekannten Disparitäten sich auch nur langsam reduzieren. Dementsprechend gibt es bis heute Bereiche, in denen das Versprechen des Art. 3 Absatz 2 des Grundgesetzes "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" mit seiner im Oktober 1994 verabschiedeten Ergänzung: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin", nicht eingelöst ist.

Die Debatte um den nun vorliegenden Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz wird die

Einleitung 15

Sensibilität für Gleichstellungsfragen sicherlich erhöhen. Dabei werden sich neben Frauen verstärkt auch andere gesellschaftlich benachteiligte Gruppen zu Wort melden: zum Beispiel Gruppen, die über Staatsangehörigkeit definiert sind, Gruppen mit fremden Weltanschauungen oder behinderte Menschen. In dieser Debatte ist es wichtig, die verbliebenen Diskrepanzen der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern präzise benennen zu können.

Es lohnt sich also, einen Blick auf den aktuellen Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland zu werfen. Genau dies will der vorliegende Bericht ermöglichen.

Zum inhaltlichen Konzept des Reports

Im kommentierten Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern wird vorhandenes Datenmaterial zur sozialen Lage und zur Lebensführung von Frauen und Männern zusammengetragen, ausgewertet und interpretiert. Der Blick wird nicht nur auf die Benachteiligungen von Frauen, sondern auch auf die von Männern gerichtet. Dabei kann der Bericht nicht umgehen, was die Geschlechterforschung oft selbstkritisch beklagt: Mit dem Aufzeigen der Geschlechterdifferenz wird immer auch ein Beitrag zur Herstellung der Differenz und zu deren Verfestigung geleistet. Dieses "doing gender" lässt sich in der Berichterstattung zur Gleichstellung nicht vermeiden, aber doch relativieren. Uns stehen hierfür zwei Wege zur Verfügung: Wir können zum Teil die Rahmenbedingungen aufzeigen, unter denen Frauen und Männer so leben, wie sie leben. Damit kann angedeutet werden, dass Frauen und Männer an verschiedenen Lebensbereichen eventuell anders partizipieren würden, wenn sie dafür andere Rahmenbedingungen (Einkommensrelationen, Ausbildungsstrukturen, Kinderbetreuungsangebote, Formen der Besteuerung oder Familienleitbilder) vorfinden würden. Als zweites Mittel, Geschlechterdifferenzen zu relativieren, steht uns die Strategie zur Verfügung, neben den Geschlechterdiskrepanzen mehr oder weniger systematisch auch andere Ungleichheiten sichtbar zu machen, z.B. solche zwischen Personen unterschiedlichen Familienstandes, unterschiedlicher Staatsangehörigkeit oder solchen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands. Von beiden Strategien wird hier im Bericht Gebrauch gemacht.

Der Bericht soll eine Grundlage für eine an aktuellen Zahlen orientierte politische Debatte bieten. Er wird sich selbst mit politischen Stellungnahmen aber zurückhalten. Die Bundesregierung wird den gesamten Report politisch kommentieren. Der Report rückt jene Problembereiche in den Mittelpunkt, denen seit Jahrzehnten das Bemühen um Gleichstellung in allen EU-Staaten gilt. Er will aber auch für einige bisher wenig beachtete Probleme sensibilisieren.

Zu den klassischen Aufgabenfeldern der Gleichstellungspolitik gehört der Bereich der Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Überall in Europa wurden Anstrengungen unternommen, die Bildungsbenachteiligung von Frauen auszugleichen und Frauen damit bessere Startchancen für den Beruf zu schaffen. Tatsächlich hat sich in Europa die Bildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen enorm verbessert. In den meisten EU-Mitgliedstaaten liegt

Waltraud Cornelißen 16

die Anzahl studierender Frauen inzwischen über der der Männer. EU-weit sind inzwischen 58 Prozent der Hochschulabsolventen bzw. -absolventinnen weiblich (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: 4). Bei der Umsetzung der 2003 beschlossenen EU-Leitlinie für beschäftigungspolitische Maßnahmen, die unter anderem eine Senkung der durchschnittlichen Schulabbrecherquote auf höchstens 10 Prozent vorsieht, verdienen inzwischen die Jungen sowie die Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund besondere Beachtung. Die einheimischen Mädchen überschreiten diese Schulabbrecherquote nicht (Kapitel 1).

Eine zentrale Rolle in der Gleichstellungspolitik spielt auf EU-Ebene seit Jahren die Forcierung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf. Im Dezember 2004 schuf der Rat nun die Voraussetzungen für mehr Rechtssicherheit und Klarheit bei der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich Arbeit und Beschäftigung und stimmte einem Vorschlag der Kommission zu, der darauf abzielt, alle fünf bestehenden Richtlinien in einer Richtlinie für den Bereich Arbeit und Beschäftigung zusammenzufassen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: 4). EU-weit ist zu konstatieren, dass die Teilzeitbeschäftigung von Frauen mit 30 Prozent deutlich über der von Männern (7%) liegt (ebd.) und dass die Segregation der Geschlechter nach Berufen ausgeprägt bleibt. Im Jahr 2003 waren 31 Prozent der Führungskräfte in der EU weiblich, 2002 30 Prozent (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: 5).

Die Gleichstellung im Beruf hat in diesem Report ein großes Gewicht; so wird im Kapitel 2 die Integration der Geschlechter in den Arbeitsmarkt genauer analysiert, das Kapitel 5 präsentiert Daten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Kapitel 3 befasst sich mit den Unterschieden zwischen den Erwerbseinkommen von Frauen und Männern. Eine Angleichung dieser Einkommen ist ein jahrzehntealtes Anliegen der europäischen Staaten. Dennoch liegt das geschlechtsspezifische Lohngefälle in der EU seit Jahren unverändert bei durchschnittlich 16 Prozent (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: 5). Angestrebt wird auf EU-Ebene zusammen mit einer gleichen Entlohnung auch eine gleiche soziale Absicherung von Frauen und Männern. Auch diesem Aspekt wird in einem eigenen Kapitel Rechnung getragen (Kapitel 7).

Das Kapitel 4 dieses Datenreports wird sich mit der Vielfalt von Lebens- und Familienformen befassen und wird Gleichstellungsprobleme herausarbeiten, die sich im Rahmen verschiedener Lebensformen, dem allein Leben, den Partnerschaften und den Eltern-Kind-Gemeinschaften ergeben. EU-weit sind allein Erziehende noch immer besonders stark von Armut bedroht. Die übergroße Mehrheit dieser allein Erziehenden sind *Frauen*. EU-weit ist ein Anstieg des Alters von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes und ein langfristiger Rückgang der Geburtenrate zu verzeichnen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass viele Mitgliedsstaaten langfristig mit der Frage beschäftigt sein werden, wie sie Frauen und Männer auf der Suche nach neuen Arrangements unterstützen können, in denen für beide Ge-

Einleitung 17

schlechter eine qualifizierte Ausbildung, eine berufliche Verantwortung und die Realisierung von Kinderwünschen möglich sind.

Der Europäische Rat von Barcelona hat 2002 den hohen Stellenwert, den die Vereinbarkeitspolitik in der europäischen Beschäftigungsstrategie hat, noch einmal bestätigt. Den Problemen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird hier in Kapitel 5 nachgegangen. Es wird geprüft, in welchem Umfang inzwischen auch Frauen mit kleinen Kindern in Deutschland erwerbstätig sind und wie erwerbstätige Paare mit Kindern Hausarbeit und Kinderbetreuung unter sich aufteilen. Zudem wird dargestellt, welche Erwartungen auch heute noch an die Präsenz junger Mütter zu Hause gestellt werden und wie sich junge Paare selbst die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit vorstellen. Ferner wird untersucht, wie gewünschte und realisierte Erwerbsmuster voneinander abweichen und welche Kinderbetreuungsangebote Eltern zur Verfügung stehen. Der Europäische Rat von Barcelona vereinbarte, dass die Mitgliedstaaten bis 2010 für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollten.

Neben einer ausgewogeneren Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben und an der Familienarbeit wird international und national auch eine angemessene Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen in der Politik angestrebt. Während in den Spitzenpositionen der Wirtschaft Frauen noch sehr selten vertreten sind, hat sich in Politik und Verwaltung einiges zu Gunsten von Frauen verändert. Leitete 1961 zum Beispiel zum ersten Mal überhaupt eine Frau ein Bundesministerium, so amtiert derzeit eine Bundesregierung, in der die Ministerien paritätisch von Frauen und Männern geführt werden. Kanzleramt und Bundespräsidentenamt scheinen allerdings noch fest in Männerhand. Daten zu dieser Entwicklung finden sich in einem eigenständigen Kapitel über politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement (Kapitel 6).

Weitere Aufmerksamkeit verdienen im Bericht die Themen Gesundheit und Behinderung von Frauen und Männern, sind doch mit gesundheitlicher Beeinträchtigung und Behinderung oft besondere Formen der sozialen Ausgrenzung verbunden. Diese können im Leben von Frauen und Männern auf unterschiedliche Weise relevant werden (Kapitel 8 und 9).

Schließlich wird im Datenreport mit einem eigenständigen Kapitel dem langjährigen Bemühen der EU, Gewalt im Geschlechterverhältnis sichtbar zu machen und der Gewalt präventiv zu begegnen, Rechnung getragen. Besondere Aufmerksamkeit erlangten auf europäischer Ebene die häusliche Gewalt gegen Frauen und der Menschen-(Frauen)-handel. So wurden und werden von der EU-Kommission mit dem Programm Daphne Aktionen zur Vermeidung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in den Mitgliedstaaten finanziell unterstützt. Der Rat der EU verabschiedete im September 2002 zudem eine Erklärung zur Verhütung und

Waltraud Cornelißen 18

Bekämpfung des Menschenhandels in den Mitgliedstaaten und in den Beitrittsländern. 2004 wurde zudem eine Richtlinie erlassen, die die Mitgliedsstaaten dazu anhält, Personen, die bei der Bekämpfung des Menschenhandels und der Beihilfe zur illegalen Einwanderung kooperieren, einen sicheren Aufenthaltsstatus zu gewährleisten (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005: 4).

Neben den genannten Problembereichen findet im Datenreport auch das breite Spektrum der Gewalt im öffentlichen Raum (Körperverletzung, Totschlag, Raub und Mord) Beachtung, von dem Männer im Durchschnitt häufiger als Frauen betroffen sind (Kapitel 10).

Auch wenn der Report in vielen Feldern – der gesellschaftlichen Situation entsprechend – Benachteiligungen von Frauen konstatiert, zeigt er doch auch Benachteiligungen von Jungen bzw. Männern auf. Hierzu gehört die Thematisierung des geringeren Bildungserfolgs von Jungen in den Schulen. Hierzu gehört auch, dass Männer nicht nur als Täter, sondern *auch als Opfer* von Gewalt in den Blick genommen werden. Ferner trägt der Bericht den Wünschen "neuer" Männer Rechnung, die nach einer neuen Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit suchen. Auch werden die Klagen von Scheidungsvätern berücksichtigt, denen die Teilhabe an der Entwicklung ihrer Kinder fehlt. Oft treffen geschlechtsspezifische Risiken spezielle Gruppen von Frauen oder Männern mit sehr unterschiedlichen Folgen. Dies soll der Datenreport aufzeigen.

Methodisches Konzept

Der Datenreport wurde in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt erstellt, das für die Forschungsgruppe am DJI Sonderauswertungen aus dem Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik vornahm, soweit die Daten noch nicht allgemein zugänglich waren.

Neben den Daten des Statistischen Bundesamtes wurden für den Report auch andere einschlägige und aktuelle Datensätze genutzt, die auf einer repräsentativen Stichprobenerhebung basieren. Sie wurden ergänzend zu der amtlichen Statistik herangezogen, wenn diese nicht ausreichte, die Interessen und die soziale Situation von Frauen und Männern in den ausgewählten Themenbereichen zu beschreiben.

Unser Auftrag bestand darin, die *aktuelle Situation in Deutschland* darzustellen. Dennoch wird auch die Möglichkeit gegeben, die deutsche Situation mit der in anderen europäischen Staaten zu vergleichen. Auch werden an vielen Stellen Veränderungen von Geschlechterrelationen in den letzten Jahren oder Jahrzehnten präsentiert. Diese internationalen und zeitgeschichtlichen Vergleiche bieten wichtige Anhaltspunkte für die Interpretation der aktuellen bundesdeutschen Situation. Solche Vergleichswerte sind wichtig, insbesondere weil dieser Datenreport keine Vorläufer hat, mit denen die Entwicklung leicht zu rekonstruieren wäre. Die Einbettung der aktuellen Daten in einen europäischen und in einen zeitgeschichtlichen

Einleitung 19

Zusammenhang wird am Anfang eines jeden Kapitels systematisch durch europäische Vergleichszahlen und entsprechende Zeitreihen gewährleistet. Um auf besonders spannende Entwicklungen aufmerksam zu machen, wird auch im weiteren Verlauf mancher Kapitel auf die Trends der zurückliegenden Jahrzehnte eingegangen. Dies geschieht allerdings nur punktuell.

Im Hauptteil der Kapitel wird in erster Linie eine *knappe und doch hinreichend differenzierte* Betrachtung der *aktuellen* Geschlechterdisparitäten in der Bundesrepublik angestrebt. Neben den Geschlechterdifferenzen finden andere – ebenfalls Ungleichheit erzeugende – Kategorien zusätzlich Beachtung. Insbesondere werden die anhaltenden Disparitäten, aber auch die Angleichungstendenzen zwischen Frauen und Männern in den westdeutschen und in den ostdeutschen Bundesländern betrachtet. Ferner wird die unterschiedliche Situation von Migrantinnen und Migranten im Vergleich zur bundesdeutschen Bevölkerung sichtbar gemacht. Die vorhandene Datenlage setzt aber gerade dem letztgenannten Vorhaben zurzeit enge Grenzen.

So gibt es immer noch Erhebungen, die Personen ohne deutschen Pass generell ausschließen. Sind diese ausländischen Personen formal in die Untersuchung einbezogen, so ist keineswegs immer gesichert, dass deren Daten auch systematisch erfasst werden. Dies kann nämlich nur mit mehrsprachigen Fragebögen oder Interviewerinnen und Interviewern gelingen. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob die Forschung nicht längst zu Kriterien jenseits der formalen Staatsangehörigkeit hätte übergehen müssen, um die Verbreitung von Integrationsproblemen zu erfassen. So kann es zum Beispiel sinnvoll sein, den Geburtsort der Eltern zu erfassen (Baumert/Schümer 2001). Besonders einleuchtend dürfte dieses Vorgehen bezogen auf die deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedler sein, die gemäß ihrem Pass als Teil der angestammten Bevölkerung eingestuft werden. Die meisten Datensätze, die in diesem Bericht verwendet wurden, erlauben lediglich eine Unterscheidung zwischen Personen mit und solchen ohne deutschen Pass. Eine Auskunft über den Migrationshintergrund der Personen ergibt sich aus dieser Unterscheidung streng genommen nicht. Im Bericht werden die Personen ohne deutschen Pass meist als Ausländer bzw. Ausländerinnen bezeichnet. Daten, die diesen Personenkreis betreffen, können meist nicht sehr differenziert ausgewertet werden, weil der relativ geringe Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung (2003 ca. 9 %) geschlechterdifferenzierte Daten über Teilpopulationen (zum Beispiel Migrantinnen und Migranten mit Behinderung) oft wegen der geringen Fallzahl nicht zulässt.

Neben den zwei großen Differenzierungslinien, die oben erwähnt wurden (ost- und westdeutsche sowie angestammte und zugewanderte Bevölkerung), sind je nach Thema und
Problemstellung andere Differenzierungen innerhalb jeder Geschlechtergruppe zu beachten,
so der Familienstand, der Bildungsgrad, die Erwerbsbeteiligung, die Zahl der Kinder oder

Waltraud Cornelißen 20

das Alter der Frauen und Männer. Im jeweiligen Kontext wird entschieden, ob die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser auf die interne Ausdifferenzierung der Lebenssituation von Frauen oder von Männern gerichtet werden soll oder ob ein Vergleich je spezifischer Untergruppen von Frauen und Männern im Vordergrund stehen sollte (z.B. ledige Frauen im Vergleich zu ledigen Männern).

Während die strukturellen Rahmenbedingungen der *Lebenssituationen* von Frauen und Männern und deren *Lebensmuster* im Mittelpunkt der Analyse stehen, werden insbesondere im Kapitel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die *stereotypen Erwartungen* an Frauen und Männer sowie deren *persönliche Prioritätensetzung und Lebensentwürfe* beleuchtet. Ziel ist es, an einigen wichtigen Punkten, die Diskrepanzen zwischen der *gewünschten* und der *gelebten* Realität von Frauen und Männern aufzuzeigen.

Wir hoffen, dass der Datenreport nicht nur für jene eine Unterstützung darstellt, die sich schon langjährig mit Gleichstellungsfragen befassen und lediglich eine Aktualisierung ihres Wissens benötigen. Vielmehr beabsichtigen wir, auch jenen eine Orientierung zu bieten, die einen ersten Einblick in den Stand der Gleichstellung der Geschlechter gewinnen wollen.

Technischer Hinweis für die Tabellennutzung:

Alle Tabellen und Grafiken, deren Nummer ein A vorangestellt ist, befinden sich im Anhang.

1. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung

Das Wichtigste in Kürze:

In den letzten Jahren stieg das schulische Bildungsniveau überall in Europa an. Inzwischen sind 53 Prozent der Studierenden in der EU der 15 Staaten weiblich, in Deutschland 49,5 Prozent.

- Inzwischen haben die jungen Frauen in Deutschland die Männer im Hinblick auf ihre Schulbildung nicht nur eingeholt, sondern schon überholt. Mädchen werden in Deutschland im Durchschnitt früher eingeschult, sie wiederholen seltener eine Klasse und besuchen häufiger ein Gymnasium als Jungen.
- Trotz der größeren Anzahl weiblicher Lehrkräfte sind Frauen in den westdeutschen Bundesländern in Schulleitungspositionen in der Minderheit.
- Junge Männer beginnen häufiger eine Ausbildung im dualen System, junge Frauen dagegen häufiger an Berufsfachschulen. Junge Männer werden häufiger in gewerblichtechnischen, junge Frauen in Dienstleistungsberufen ausgebildet.
- Als ausgebildete Fachkräfte haben junge Frauen zunächst mehr Schwierigkeiten als Männer, eine ausbildungsadäquate Stelle zu finden. Ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung befinden sie sich jedoch häufiger als junge Männer auf einem adäquaten Arbeitsplatz.
- Junge Frauen und Männer nehmen heutzutage nahezu gleich häufig ein Studium auf. Auf den darauf folgenden Stufen der akademischen Laufbahn sind Frauen jedoch nach wie vor unterrepräsentiert.
- Die Nachteile von Frauen, die das Niveau der Berufsbildung betrafen, sind weitgehend ausgeglichen. In den älteren Kohorten verfügen die Männer noch über höhere berufliche Bildungsabschlüsse, bei den unter 30-Jährigen haben dagegen schon mehr Frauen einen (Fach-)Hochschulabschluss erreicht.
- In den westdeutschen Bundesländern nehmen Männer häufiger als Frauen an beruflicher Weiterbildung teil. In den ostdeutschen Bundesländern gibt es dagegen kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung steigt bei Frauen und Männern mit dem Bildungsniveau und dem Erwerbsstatus.
- Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft erreichen deutlich seltener als Deutsche höher qualifizierende Schul- und Berufsabschlüsse. Junge ausländische Frauen erreichen ebenso wie die deutschen höhere schulische Abschlüsse als die jungen ausländischen Männer.

1.1 Einleitung

In den postindustriellen Gesellschaften ist Wissen (und dessen Vermittlung durch Bildung) so wichtig geworden, dass sie als "Wissensgesellschaften" bezeichnet werden (Knorr-Cetina 2000). Vom Bildungsniveau der Beschäftigten hängen die internationale Konkurrenzfähigkeit und Entwicklungsfähigkeit postindustrieller Gesellschaften entscheidend ab. Gleichzeitig ist für die meisten Menschen heute Bildung die wichtigste Ressource, mit deren Einsatz sie ihr Leben erfolgreich führen können. Denn die im Bildungs- und Ausbildungssystem erworbenen Qualifikationen bilden grundlegende Voraussetzungen für die späteren Berufs- und Einkommenschancen von jungen Frauen und Männern sowie für den damit verbundenen Sozialstatus. Darüber hinaus gewinnt für die Individuen auch Weiterbildung im Kontext lebenslangen Lernens zunehmend an Bedeutung, um ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund sind auch Fragen nach Gleichheiten und Ungleichheiten im Bildungssystem – die seit der PISA-Studie verstärkt ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt sind – von großer Bedeutung.

Bildung wird heute zumeist als Vermittlung von Werthaltungen, Einstellungen, Wissensbeständen und Fertigkeiten verstanden, die Menschen benötigen, um sich als Erwachsene, als Frauen und Männer in gesellschaftlichen Zusammenhängen bewähren zu können (Andorka 2001: 340). Bildung in diesem Sinne wird nicht nur in formalen Bildungseinrichtungen wie Schule und Universität erworben, sondern auch in informellen Kontexten. In der Debatte um die Gleichstellung von Frauen und Männern verdienen vor allem das in formalen Bildungseinrichtungen vermittelte Wissen sowie seine Zertifizierung in Form von Bildungsabschlüssen besondere Aufmerksamkeit. Im folgenden Kapitel steht demnach die Frage nach der Teilhabe von jungen Frauen und Männern an der formalen Bildung und Weiterbildung im Zentrum des Interesses. Für die schulische Bildung, die berufliche Bildung, die Übergänge in den Beruf, das Studium, berufliche Bildungsabschlüsse und berufliche Weiterbildung werden Daten und Fakten dargestellt, die Aussagen über Bildungsbeteiligung, aber auch die Fachwahlen, Leistungsdifferenzen und Abschlüsse von Frauen und Männern erlauben.

Das folgende Kapitel beginnt mit einem europäischen Vergleich und einem Zeitvergleich. In einem solchen Kontext gewinnen die aktuellen bundesdeutschen Zahlen an Aussagekraft. Am Beispiel der Studienbeteiligung wird gezeigt, wie die Relation der deutschen Studentinnen und Studenten im europäischen Vergleich einzuschätzen ist. Der Zeitvergleich weist auf, wie sich die Bildungsbeteiligung deutscher Mädchen und Jungen an den verschiedenen Schularten in den vergangenen 40 Jahren verändert hat.

In Kapitel 1.4 Schulische Bildung wird anhand der aktuellen Bildungsbeteiligung, der Schulleistungen sowie der Schulabschlüsse der Bildungserfolg junger Frauen und Männer untersucht. Am Ende dieses Kapitels findet ein Perspektivenwechsel statt, indem auf das Geschlechterverhältnis der Lehrkräfte in den verschiedenen Schularten sowie in den Schulleitungspositionen eingegangen wird.

In Kapitel 1.5 Berufliche Bildung betrachten wir die Präsenz junger Frauen und junger Männer in der betrieblichen und in der vollzeitschulischen Berufsausbildung. Sowohl zwischen betrieblicher Ausbildung und vollzeitschulischer Berufsausbildung als auch innerhalb dieser beiden Ausbildungswege verteilen sich die jungen Frauen und Männer häufig geschlechtsspezifisch unterschiedlich auf die verschiedenen Berufe. Im dualen System haben diese Differenzen auch Einfluss auf die Ausbildungsvergütungen.

In der Zusammenfassung der Expertise von Mona Granato (Kapitel 1.6 Übergänge in den Beruf) interessiert die Frage, ob die im schulischen und beruflichen Bildungssystem erworbenen Qualifikationen Frauen und Männern gleiche Chancen bei der Einmündung in eine (entsprechend qualifizierte) Erwerbstätigkeit eröffnen.

In Kapitel 1.7 *Studium* wird untersucht, ob Studentinnen und Studenten ihre Fächer auch heute noch nach geschlechtsspezifischen Mustern auswählen und wie präsent sie auf den höheren Stufen der akademischen Laufbahn sind.

Kapitel 1.8 wirft einen Blick auf die Anteile der beruflichen Bildungsabschlüsse nach Geschlecht für die verschiedenen Altersgruppen.

Zuletzt wird in der Zusammenfassung der Expertise von Ursula Beicht der Fokus auf die Fort- und Weiterbildung im Erwachsenenalter gelegt. In diesem Kapitel (1.9 *Weiterbildung*) wird betrachtet, welche soziodemografischen Merkmale bei Frauen und Männern die Teilnahme oder Nichtteilnahme an Weiterbildung beeinflussen und welche Ziele beide Gruppen mit Weiterbildung verfolgen.

Dort, wo differenzierte Daten vorliegen und ein Vergleich sinnvoll ist, werden jeweils Ost-West-Unterschiede sowie die Situation von Migrantinnen und Migranten in den Blick genommen.

1.2 Bildung im europäischen Vergleich

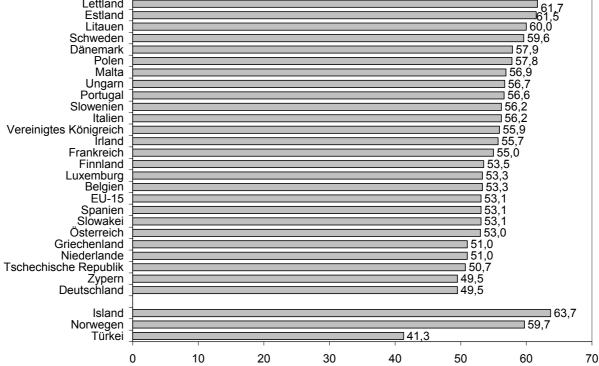
In den vergangenen 30 Jahren erreichten die Jugendlichen überall in Europa ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern und Großeltern. Darüber hinaus haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim höchsten erlangten Bildungsgrad in der gesamten Europäischen Union verringert. Frauen sind im Hinblick auf den Zugang zum Studium nicht mehr benachteiligt. Sie verschaffen sich günstige Voraussetzungen, um in den europäischen Wissensgesellschaften mitzuhalten. In der jüngeren Generation haben die europäischen Frauen

die Männer diesbezüglich sogar überholt (Europäische Gemeinschaften 2004: 73 f.).

Für einen geschlechtsspezifischen Bildungsvergleich in Europa werden im Folgenden die Frauenanteile bei den Studierenden im Tertiärbereich herangezogen, da dieser Indikator eine relativ gute Vergleichbarkeit sichert. Bildungsabschlüsse des Sekundarbereichs II sind auf Grund der stark divergierenden schulischen und beruflichen Bildungswege in Europa z.B. kaum zu vergleichen. In der Europäischen Union studieren inzwischen durchschnittlich mehr Frauen als Männer (EU der 15: Frauenanteil: 53 %) (Abbildung 1.1). In Deutschland ist der Frauenanteil unter den Studierenden mit 49,5 Prozent gemeinsam mit Zypern am niedrigsten von allen EU-Ländern. Besonders hohe Frauenanteile an den Studierenden verzeichnen die neuen EU-Länder Litauen (60 %), Estland (61,5 %) und Lettland (62 %). Die meisten weiblichen Studierenden finden sich europaweit in Island (64 %).

Abbildung 1.1: Frauenanteile bei den Studierenden im Tertiärbereich¹ in Europa 2003 (in %)

Lettland
Estland
Litauen
Schwaden



1 Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden im Tertiärbereich für alle Bildungsbereiche dar.

Anmerkungen:

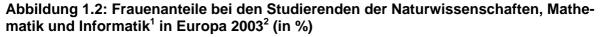
Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er-Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999). Für Deutschland und Slowenien fehlen die Angaben zu ISCED 6; in Luxemburg und Zypern studieren die meisten Studierenden im Ausland und sind in den Zahlen nicht aufgenommen; für Belgien ohne unabhängige private Einrichtungen.

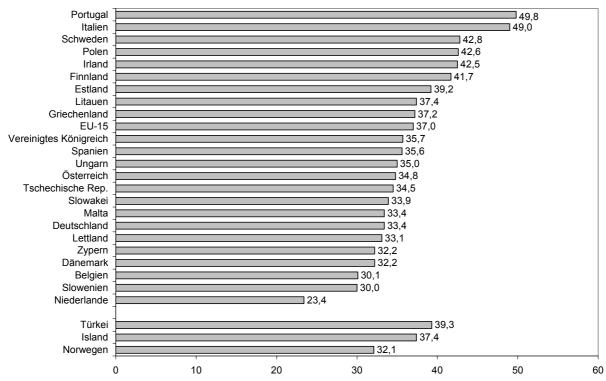
Die Türkei, Island und Norwegen gehören nicht der EU an; sie wurden aus Vergleichsgründen hinzugefügt. Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: Lettland ist in der EU das Land mit dem höchsten Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich, Deutschland und Zypern sind in der EU die Länder mit dem geringsten Frauenanteil bei den Studierenden.

Quelle: Eurostat 2005

In Abbildung 1.1 ist zu sehen, dass der Frauenanteil unter den Studierenden europaweit inzwischen über 50 Prozent liegt. Es gibt allerdings Studienfächer, in denen Frauen in vielen Ländern noch deutlich unterrepräsentiert sind (Kapitel 1.7.2).





¹ Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden der Fachrichtungen Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik dar.

Anmerkungen:

Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er-Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999). Für Deutschland und Slowenien fehlen die Angaben zu ISCED 6; in Luxemburg und Zypern studieren die meisten Studierenden im Ausland und sind in den Zahlen nicht aufgenommen; für Belgien ohne unabhängige private Einrichtungen.

Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: Portugal hat unter den EU-Ländern den höchsten Frauenanteil bei den Studierenden der Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik, die Niederlande haben den geringsten.

Quelle: Eurostat 2005

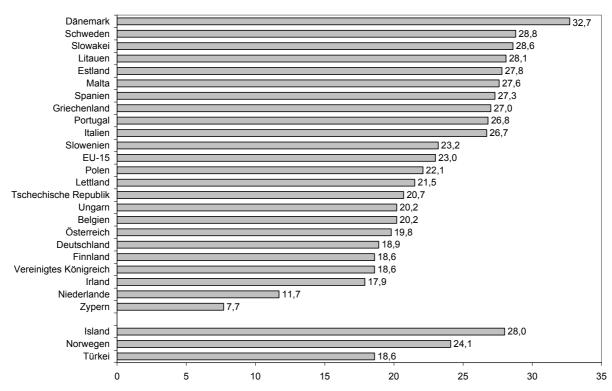
In der EU der 15 betrug der Frauenanteil unter den Studierenden der Naturwissenschaften, der Mathematik und Informatik im Jahr 2003 37 Prozent; verglichen mit dem Jahr 2000 (39 %) ist er sogar leicht rückläufig; in keinem EU-Land lag er über 50 Prozent. Eine beinahe paritätische Beteiligung erreichten die Studentinnen einzig in Italien und Portugal. Deutschland lag mit 33 Prozent unter dem Durchschnitt der 15 alten EU-Länder; hier erhöhte sich der Frauenanteil in den naturwissenschaftlichen Fächern in den drei Jahren von 2000 bis 2003 um 0,8 Prozent.

² Für Frankreich und Luxemburg sind keine Werte verfügbar, der Wert für Griechenland stammt aus dem Jahr 2002. Die Türkei, Island und Norwegen gehören nicht der EU an; sie wurden aus Vergleichsgründen hinzugefügt.

Nach wie vor sind einige Naturwissenschaften – vor allem Physik und Informatik – trotz Werbung, die für Frauen in technischen Berufen gemacht wurde, also eine Domäne der männlichen Studierenden. Im Bereich Jura/BWL erhöhten Studentinnen ihre Anteile dagegen in den vergangenen Jahren deutlich.

Noch geringer als in vielen naturwissenschaftlichen Fächern ist der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften und den Studiengängen der Fertigungstechnik und des Bauwesens. In diesen Fächern beträgt er für die EU der 15 nur 23 Prozent (Abbildung 1.3).

Abbildung 1.3: Frauenanteile bei den Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der Fertigungstechnik und des Bauwesens¹ in Europa 2003² (in %)



¹ Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden der Fachrichtungen Ingenieurwesen, Fertigungstechnik und Bauwesen dar.

² Für Frankreich und Luxemburg sind keine Werte verfügbar; der Wert für Griechenland stammt aus dem Jahr 2002. Für die EU der 15 sowie Österreich ist der Wert für das Jahr 2000 angegeben. Die Türkei, Island und Norwegen gehören nicht der EU an; sie wurden aus Vergleichsgründen hinzugefügt.

⁻ Fortsetzung nächste Seite -

Anmerkungen:

Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er-Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999). Für Deutschland und Slowenien fehlen die Angaben zu ISCED 6; in Luxemburg und Zypern studieren die meisten Studierenden im Ausland und sind in den Zahlen nicht aufgenommen; für Belgien ohne unabhängige private Einrichtungen.

Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: Dänemark ist in der EU das Land mit dem höchsten Frauenanteil bei den Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der Fertigungstechnik und des Bauwesens, Zypern ist innerhalb der EU das Land mit dem geringsten Frauenanteil.

Quelle: Eurostat 2005

Am höchsten ist der Frauenanteil bei den Ingenieurstudiengängen im Jahr 2003 in Dänemark. Im Jahr 2000 lag Dänemark noch mit 26 Prozent an der siebten Stelle, hier hat sich der Frauenanteil in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen innerhalb von drei Jahren also beträchtlich erhöht. Im Gegenzug ging er in Litauen, das nun an vierter Stelle liegt, zurück. Auch Schweden und die Slowakei erreichen noch vergleichsweise hohe Werte. Es lässt sich also ein leichter Vorsprung der nord- und osteuropäischen Länder bei den Frauenanteilen in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen feststellen. Auch in Südeuropa finden sich Länder, in denen die Frauenbeteiligung über dem Durchschnitt der EU der 15 liegt. In Deutschland liegt der Frauenanteil bei diesen Studiengängen mit unveränderten 19 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 23 Prozent. Mit Abstand am geringsten ist die Studienbeteiligung der Frauen in ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern in Zypern.

1.3 Bildungsbeteiligung im Zeitvergleich

In Deutschland sind Schul- und Berufsausbildung sowie Beruf und Arbeit für die überwiegende Mehrheit junger Frauen und Männer heute von hoher Bedeutung.¹ Das zeigt auch die große Zahl junger Frauen und Männer, die weiterführende Schulen besuchen und qualifizierte Schul- und Berufsausbildungsabschlüsse erlangen (Kapitel 1.4.1, 1.4.3 und 1.8).

Junge Frauen messen im Durchschnitt den Bereichen "Schul- und Berufsausbildung" und "Beruf und Arbeit" noch mehr Wichtigkeit bei als die jungen Männer (Gille 2000: 170 ff.). Diese subjektive Einschätzung der Wichtigkeit findet ihr Pendant im Schulbesuch, denn die Mädchen haben die Jungen in den letzten Jahrzehnten an den Gymnasien anteilsmäßig überholt. Sie stellen dort im Jahr 2004 54 Prozent der Schülerschaft; an den Hauptschulen dominieren dagegen inzwischen die Jungen mit einem Anteil von 56 Prozent.

In den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts sah die Situation an deutschen Schulen noch ganz anders aus. Abbildung 1.2 zeigt die Entwicklung des Verhältnisses von Schülerinnen zu Schülern in den vergangenen vier Jahrzehnten.

Wie aus Abbildung 1.2 ersichtlich wird, dominierten noch bis in die 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts die Jungen an den Gymnasien. Doch schon seit Beginn der 60er-Jahre stieg

¹ Siehe auch Jugendsurvey des DJI (Gille/Krüger 2000).

der Mädchenanteil an den Gymnasien an; von 1960 bis 2000 wuchs er von knapp 40 Prozent auf 54,4 Prozent. Im Gegensatz dazu erhöhte sich der Jungenanteil an den Hauptschulen in diesem Zeitraum von 50 Prozent auf 56 Prozent. An den Realschulen war die Differenz zu Gunsten der Mädchen in den 70er-Jahren am größten, bis zum Schuljahr 2004/2005 glichen sich die Besuchszahlen von Mädchen und Jungen dort an. In den vergangenen vier Jahren setzte sich der Trend an Haupt- und Realschulen gemäßigt fort. Die Zunahme des Mädchenanteils an den Gymnasien stoppte jedoch. Im Promillebereich gelang es den Jungen hier, ihren Anteil wieder etwas zu erhöhen (von 45,6 % im Schuljahr 2000/2001 auf 46,0 % im Schuljahr 2004/05).

Der Anteil junger Frauen mit höheren schulischen Qualifikationen hat sich in den vergangenen 40 Jahren im Vergleich zu dem der jungen Männer also deutlich erhöht.

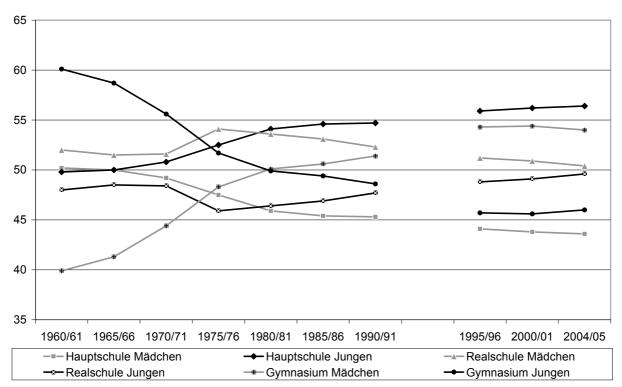


Abbildung 1.4: Anteile der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien 1960/61 bis 2004/05¹ (in %)

1 Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1995 einschl. Ostdeutschland

Quellen: BMBF 2002b; Statistisches Bundesamt 2004b; Statistisches Bundesamt 2005h; eigene Berechnungen

1.4 Schulische Bildung

Im folgenden Abschnitt wird gezeigt, welche Schultypen Mädchen und Jungen bzw. junge Frauen und Männer aktuell besuchen. Daran schließen sich exemplarisch Ergebnisse aus internationalen Leistungstests an, in denen geschlechtsspezifische Leistungen aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächerkanon mit denen aus dem sprachlichen Bereich verglichen werden. Danach folgt ein Aufriss der geschlechtsspezifischen Verteilung der Schulabschlüsse in den ost- und westdeutschen Bundesländern sowie ein Vergleich zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen. Der Abschnitt schließt mit Daten zum Geschlechterverhältnis der Lehrkräfte und Schulleitungen.

1.4.1 Aktuelle Bildungsbeteiligung

Daten des Statistischen Bundesamtes belegen, dass Mädchen im Durchschnitt früher eingeschult werden als Jungen und seltener eine Klasse wiederholen. Im Schuljahr 2003/2004 wurden in Deutschland 9,5 Prozent der Mädchen und 6,2 Prozent der Jungen vorzeitig als so genannte "Kannkinder" eingeschult. Im Vergleich zum Vorjahr stieg dieser Anteil um mehr als ein Drittel. Die Tendenz geht sowohl bei Mädchen (2002/03: 6,7 %) als auch bei Jungen (2002/03: 4,3 %) eindeutig zu einer früheren Einschulung. Fristgemäß wurden 85,9 Prozent der Mädchen und 86,1 Prozent der Jungen eingeschult (2002/03 88 % der Mädchen und

87 % der Jungen). Nur 4,1 Prozent der Mädchen, aber 6,9 Prozent der Jungen wurden verspätet eingeschult. Dieser Prozentsatz ist für Jungen (2002/03: 7,6 %) stärker rückläufig als für Mädchen (2002/03: 4,5 %) (eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt 2004b: Tabelle 5.1).

2,5 Prozent der Mädchen sowie 3,4 Prozent der Jungen wiederholten im Schuljahr 2003/2004 eine Klasse. An den Realschulen waren die Wiederholerquoten für beide Geschlechter beinahe doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Schulen. Auch hier waren mehr Jungen als Mädchen betroffen (eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2004b: Tabellen 3.4.1, 3.8.1 und 3.8.2).

Da Kinder, die bei der Einschulung zurückgestellt wurden bzw. die schon in der Grundschule eine Klasse wiederholt haben, geringere Chancen haben, den Übertritt in ein Gymnasium zu schaffen, sind die Chancen, ein Gymnasium zu besuchen, für eine größere Anzahl von betroffenen Jungen ungünstiger.

Mädchen gelingt nicht nur der Übertritt auf das Gymnasium nach der Grundschule häufiger, sie sind darüber hinaus auch häufiger unter den Schulformwechslern in eine "prestigehöhere" Schule zu finden (Bellenberg 1999).

Wie schon aus Abbildung 1.2 zu ersehen ist, besuchen gegenwärtig mehr Mädchen als Jungen ein Gymnasium. Im Gegenzug sind Jungen heutzutage deutlich häufiger als Mädchen an Hauptschulen zu finden.

Tabelle 1.1: Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I im Schuljahr 2004/2005 in fünf ausgewählten Bundesländern (absolut)

	Schülerinnen	Schüler	Zusammen
<u> </u>	Bayeri	<u> </u>	
schulartunabhängige			
Orientierungsstufe	339	375	714
Hauptschulen	131.801	162.464	294.265
Schularten mit mehreren Bildungsgängen			
Realschulen	128.789	116.065	244.854
Gymnasien	134.908	125.513	260.421
Integrierte Gesamtschulen	964	1.011	1.975
insgesamt ¹	396.801	405.428	802.229
<u>, </u>	Berlin		
schulartunabhängige			
Orientierungsstufe	22.158	23.591	45.749
Hauptschulen	6.368	9.950	16.318
Schularten mit mehreren Bil- dungsgängen			
Realschulen	12.954	14.112	27.066
Gymnasien	27.756	23.822	51.578
Integrierte Gesamtschulen	17.469	19.416	36.885
insgesamt ¹	86.705	90.891	177.596
insgesame	Brandenb		177.590
	Dianueni	ourg	
schulartunabhängige	10.074	40.007	04.004
Orientierungsstufe	12.074	12.807	24.881
Hauptschulen Schularten mit mehreren Bildungsgängen			
Realschulen	9.650	10.593	20.243
Gymnasien	21.527	16.191	37.718
Integrierte Gesamtschulen	24.444	30.231	54.675
insgesamt ¹	67.695	69.822	137.517
magesami	Nordrhein-We		137.317
	Nordinein-we	esuaieri	
schulartunabhängige Orientierungsstufe	404.000	400.000	000 504
Hauptschulen	121.282	162.302	283.584
Schularten mit mehreren Bil- dungsgängen			
Realschulen	173.362	171.025	344.387
Gymnasien	208.894	183.622	392.516
Integrierte Gesamtschulen	94.416	99.577	193.993
insgesamt ¹	597.954	616.526	1.214.480
	Sachse	en	
schulartunabhängige			
Orientierungsstufe			
Hauptschulen			
Mittelschulen	63.045	71.380	134.425
Realschulen			
Gymnasien	38.605	32.950	71.555
Integrierte Gesamtschulen			
insgesamt ¹	101.650	104.330	205.980

¹ Schülerinnen und Schüler aller aufgeführten Schularten ohne Freie Waldorfschulen, Abendhauptschulen und Abendrealschulen.

Anmerkung: In allen dargestellten Bundesländern gibt es etwas mehr Schüler als Schülerinnen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005h; eigene Berechnungen und Darstellung

Da das deutsche Bildungssystem auf Grund der Bildungshoheit der Bundesländer sehr heterogen ist und unter die einzelnen Schularten verschiedene Formen von Schulen fallen, werden im Folgenden exemplarisch fünf Bundesländer herausgegriffen, um die Verteilung von Mädchen und Jungen auf die unterschiedlichen Schularten aufzuzeigen. Ausgewählt wurden die Bundesländer Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, um eine möglichst große Spannbreite struktureller Unterschiede im Schulwesen im Osten, Westen, Norden und Süden der Republik sowie in Stadtstaaten und Flächenstaaten darstellen zu können. Wir untersuchen in einem Querschnitt den Sekundarbereich I². Diese Klassenstufen sind für einen Geschlechtervergleich besonders aufschlussreich, da sich ein Großteil der Schülerinnen und Schüler zu diesem Zeitpunkt schon auf einer weiterführenden Schule befindet, sich aber auch noch alle im allgemein bildenden Schulsystem befinden, was bei einer Betrachtung des Sekundarbereichs II³ nicht mehr der Fall wäre.

In der folgenden Abbildung 1.3 ist das Verhältnis der Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs I in allgemein bildenden Schulen nach Schularten für das Land Bayern im Schuljahr 2004/2005⁴ zu sehen.

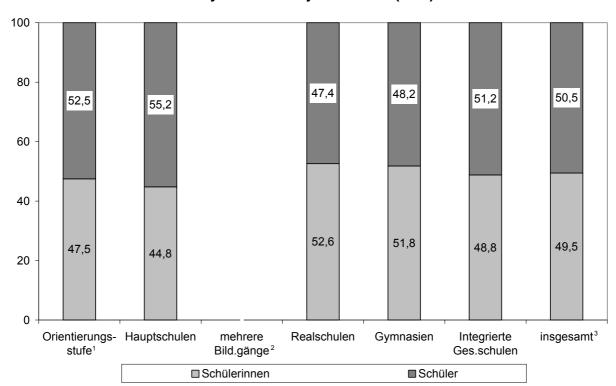


Abbildung 1.5: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Bayern im Schuljahr 2004/05 (in %)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005h: Schnellmeldung; eigene Berechnungen und Darstellung

¹ schulartunabhängige Orientierungsstufe

² Schularten mit mehreren Bildungsgängen: sind in Bayern nicht vertreten

³ ohne Freie Waldorfschulen, Abendhauptschulen und Abendrealschulen

² Klassenstufen 5 bis 10.

³ Klassenstufen 11 bis 13.

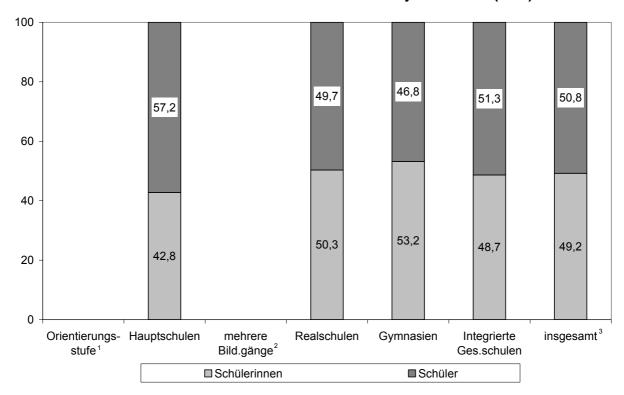
⁴ Werte berechnet nach Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes.

In Bayern ist sowohl der Anteil der Hauptschülerinnen als auch der der Hauptschüler höher als in den meisten anderen Bundesländern (siehe Tabelle 1.1). Dagegen gibt es keine Schularten mit mehreren Bildungsgängen und es besuchen vergleichsweise wenige Schülerinnen und Schüler eine integrierte Gesamtschule.

Die Verteilung der Geschlechter auf die verschiedenen Schularten ist in Bayern etwas ausgewogener als im Bundesdurchschnitt. Während der Mädchenanteil am Sekundarbereich I der Gymnasien im Schuljahr 2004/05 bundesweit genau 54 Prozent beträgt (siehe Abbildung 1.2), beträgt er in Bayern 51,8 Prozent. Im Gegensatz dazu liegt der Jungenanteil an Hauptschulen des Sekundarbereichs I bundesweit bei 56,4 Prozent und in Bayern bei 55,2 Prozent. Mädchen sind in Bayern auch in Realschulen und in Integrierten Gesamtschulen etwas stärker vertreten als im Bundesdurchschnitt.

Die folgende Abbildung 1.4 zeigt die geschlechtsspezifische Verteilung auf die Schularten im Sekundarbereich I für Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 1.6: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2004/05 (in %)



- 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe: in Nordrhein-Westfalen nicht vertreten
- 2 Schularten mit mehreren Bildungsgängen: sind in Nordrhein-Westfalen nicht vertreten
- 3 ohne Freie Waldorfschulen, Abendhauptschulen und Abendrealschulen

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005h: Schnellmeldung; eigene Berechnungen und Darstellung

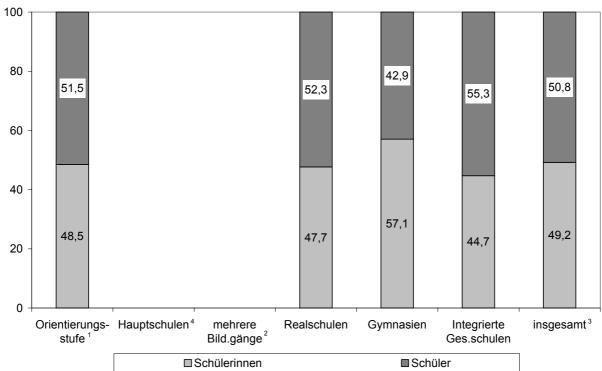
Ebenso wie in Bayern gibt es in Nordrhein-Westfalen keine Schulen, die mehrere Bildungsgänge vereinen (Abbildung 1.4). Hier besuchen jedoch mehr als 15 Prozent der Schülerin-

nen und Schüler der Sekundarstufe I eine Integrierte Gesamtschule (in Bayern nur 0,2 %) (siehe Tabelle 1.1). Der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten beträgt in beiden Bundesländern 32 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Realschulen im Sekundarbereich I ist in Nordrhein-Westfalen wegen des höheren Gesamtschulanteils entsprechend niedriger.

Auch die geschlechtsspezifische Verteilung auf die unterschiedlichen Schularten der Sekundarstufe I ist in beiden Bundesländern unterschiedlich. Am größten ist der Geschlechterunterschied in Nordrhein-Westfalen in den Hauptschulen; hier sind 57,2 Prozent der Besucherinnen und Besucher Jungen (in Bayern 55,2 %). Relativ ausgewogen ist in Nordrhein-Westfalen der Geschlechteranteil bei den Realschulen und Integrierten Gesamtschulen des Sekundarbereichs I; die Gymnasien werden hier zu 53,2 Prozent von Mädchen besucht.

Die folgenden zwei Abbildungen 1.5 und 1.6 stellen zum Vergleich die Situation in zwei ostdeutschen Bundesländern, Brandenburg und Sachsen, dar.

Abbildung 1.7: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Brandenburg im Schuljahr 2004/05 (in %)



- 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe
- 2 Schularten mit mehreren Bildungsgängen: sind in Brandenburg nicht vertreten
- 3 ohne Freie Waldorfschulen, Abendhauptschulen und Abendrealschulen
- 4 Hauptschulen: sind in Brandenburg nicht vertreten

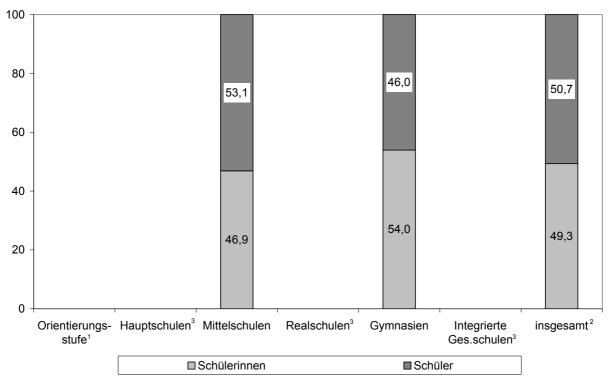
Quelle: Statistisches Bundesamt 2005h; eigene Berechnungen und Darstellung

Im Gegensatz zu Bayern und Nordrhein-Westfalen gibt es in Brandenburg keine Hauptschulen (siehe Tabelle 1.1). Die meisten Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I besuchen hier eine Integrierte Gesamtschule, mit deutlichem Abstand gefolgt vom Gymnasium und der

schulartunabhängigen Orientierungsstufe. Am seltensten wird in Brandenburg die Realschule besucht. Hier zeigt sich also, wie unterschiedlich der Sekundarbereich I in den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern strukturiert ist.

In Brandenburg (Abbildung 1.5) zeigt sich ein deutlicherer Geschlechterunterschied im Gymnasialbesuch als im Bundesdurchschnitt. Hier sind 57,1 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten weiblich. Dagegen sind in allen anderen Schularten die Jungen stärker vertreten. Am größten ist die Differenz zu Gunsten der Jungen in den Integrierten Gesamtschulen; 55,3 Prozent ihrer Besucherinnen und Besucher sind männlich.

Abbildung 1.8: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Sachsen im Schuljahr 2004/05 (in %)



- 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe: ist in Sachsen nicht vertreten
- 2 ohne Freie Waldorfschulen, Abendhauptschulen und Abendrealschulen
- 3 Hauptschulen, Realschulen, Integrierte Gesamtschulen: sind in Sachsen nicht vertreten.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005h; eigene Berechnungen und Darstellung

Wie aus Abbildung 1.6 hervorgeht, existieren in Sachsen im öffentlichen Schulsystem des ersten Bildungswegs nur zwei Schularten im Bereich der Sekundarstufe I⁵: Mittelschulen, die in etwa den Schularten mit mehreren Bildungsgängen anderer Bundesländer entsprechen, sowie Gymnasien. Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler besuchen hier eine Mittelschule (siehe Tabelle 1.1).

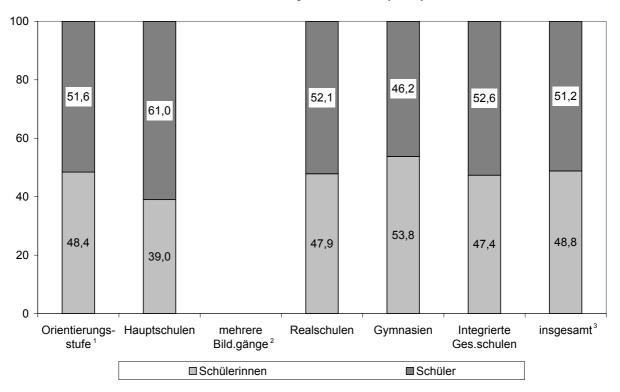
Auch in Sachsen zeigt sich im Sekundarbereich I die übliche geschlechtsspezifische Vertei-

⁵ In Sachsen besuchen darüber hinaus ein paar hundert Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I Freie Waldorfschulen oder Abendrealschulen, die in diesem Zusammenhang und auf Grund der geringen Fallzahlen nicht von Interesse sind.

lung. An den Gymnasien überwiegen mit 54,0 Prozent die Mädchen und an den Mittelschulen mit 53,1 Prozent die Jungen.

Zuletzt wollen wir die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die allgemein bildenden Schularten des Sekundarbereichs I im Stadtstaat Berlin darstellen.

Abbildung 1.9: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Berlin im Schuljahr 2004/05 (in %)



- 1 schulartunabhängige Orientierungsstufe
- 2 Schularten mit mehreren Bildungsgängen: sind in Berlin nicht vertreten
- 3 ohne Freie Waldorfschulen, Abendhauptschulen und Abendrealschulen

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005h; eigene Berechnungen und Darstellung

In Berlin sind, ebenso wie in Bayern, alle Schularten mit Ausnahme der Schularten mit mehreren Bildungsgängen im Sekundarbereich I vertreten. Allerdings besuchen die Schülerinnen und Schüler hier andere Schularten häufiger als in Bayern. Während sich in Bayern zum Beispiel weniger als 0,1 Prozent in einer schulartunabhängigen Orientierungsstufe befinden, sind es in Berlin mehr als ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (siehe Tabelle 1.1). Noch vor der schulartunabhängigen Orientierungsstufe liegt in Berlin in der Besuchshäufigkeit das Gymnasium, am seltensten von allen Schularten werden Hauptschulen besucht (von 9,2 % aller Schülerinnen und Schüler).

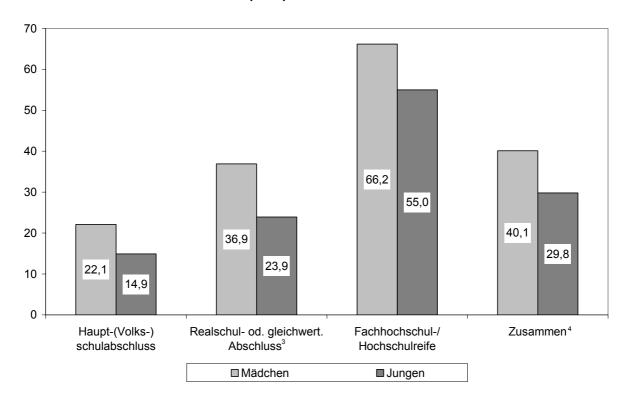
In Berlin ist der hohe Anteil von Jungen an Hauptschulen (61 %) besonders auffallend (Abbildung 1.7). An den Gymnasien dominieren auch hier (mit 53,8 %) die Mädchen. In allen

anderen Schularten sind die Jungen leicht überrepräsentiert.⁶

Da mehr junge Männer als junge Frauen nach dem Erlangen eines mittleren Schulabschlusses in eine betriebliche Berufsausbildung überwechseln, ist der Anteil der jungen Frauen im Sekundarbereich II⁷ mit 56 Prozent deutlich höher als im Sekundarbereich I (siehe Abbildung A. 1.1 im Anhang). Junge Frauen verbleiben im Durchschnitt länger im allgemein bildenden Schulsystem als junge Männer und erreichen im Durchschnitt höher qualifizierende allgemein bildende Abschlüsse. Dies wird zum einen damit erklärt, dass Mädchen in der Schule durchschnittlich die Erfolgreicheren sind (siehe auch Kapitel 1.4.2), so dass sie auch die höheren Klassen des Gymnasiums erfolgreicher absolvieren. Andererseits können aber auch Hürden an der ersten Schwelle zur Berufsausbildung – vor allem die für Mädchen im Vergleich zu männlichen Bewerbern geringeren Chancen, eine Lehrstelle zu bekommen – dazu führen, dass sie länger im schulischen Bildungssystem verbleiben.

Abbildung 1.8 zeigt den Einfluss der elterlichen Schulabschlüsse auf den Besuch einer gymnasialen Oberstufe durch die Kinder.

Abbildung 1.10: Ledige Mädchen und Jungen im Alter von 17 und 18 Jahren nach Besuch der gymnasialen Oberstufe³ und höchstem allgemeinem Schulabschluss² der Eltern/-teile in Deutschland 2004¹ (in %)



⁻ Fortsetzung nächste Seite -

⁶ In Berlin liegt der Anteil der männlichen Schüler im Sekundarbereich I mit 51,2 Prozent generell über dem Bundesdurchschnitt von 50,7 Prozent.

⁷ Sekundarbereich II: Klassenstufen 11 bis 13 des allgemein bildenden Schulsystems.

- 1 Ergebnisse des Mikrozensus Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)
- 2 Die Beantwortung der Fragen zum allgemeinen Schulabschluss ist für Personen im Alter von 51 und mehr Jahren freiwillig.
- 3 Klassenstufen 11 bis 13
- 4 einschl. Abschluss der allgemein bildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR

Anmerkung: In die Auswertung einbezogen wurden Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 11 bis 13.

Lesehilfe: 22,1 Prozent der Mädchen und 14,9 Prozent der Jungen, deren Eltern/-teile über einen Haupt- oder Volksschulabschluss verfügen, besuchen die gymnasiale Oberstufe. Verfügen die Eltern/-teile dagegen über die (Fach-)Hochschulreife, besuchen 66,2 Prozent der Mädchen und 55 Prozent der Jungen die gymnasiale Oberstufe.

Datenbasis: Mikrozensus Quelle: Sonderauswertung

Aus Abbildung 1.8 ist zu erkennen, dass das Niveau der elterlichen Schulabschlüsse einen größeren Einfluss auf den Besuch der gymnasialen Oberstufe hat als das Geschlecht. Je höher der allgemeine Bildungsabschluss der Eltern ist, desto häufiger besuchen ihre Söhne und Töchter die gymnasiale Oberstufe. Aber auch das Geschlecht der Jugendlichen spielt eine unübersehbare Rolle. Während im März 2004 40,1 Prozent der 17- bis 18-jährigen Mädchen eine gymnasiale Oberstufe besuchten, waren es nur 29,8 Prozent der gleichaltrigen Jungen. Unabhängig vom höchsten allgemeinen Schulabschluss der Eltern besuchen Mädchen in jedem Fall häufiger die gymnasiale Oberstufe als Jungen.

Aus Kapitel 1.4.1 wird ersichtlich, dass Mädchen ihre Schullaufbahn im Durchschnitt früher als Jungen beginnen, dass sie seltener eine Klasse wiederholen und dass sie, egal in welchem Bundesland, häufiger als diese das Gymnasium besuchen.

1.4.2 Schulleistungen

Im angloamerikanischen Raum ist es schon lange üblich, die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Hilfe von Schulleistungstests und Leistungsstudien zu überprüfen. In den vergangenen Jahren beteiligte sich auch Deutschland an den international durchgeführten Studien und führte eigene Studien in größerem Umfang durch. Die bekanntesten dieser Studien sind das Programme for International Student Assessment (PISA)⁸ sowie die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU).⁹

Mit Hilfe von Leistungsstudien können generelle Aussagen über die geschlechtsspezifische Verteilung auf Schultypen und Abschlüsse (siehe Kapitel 1.4.1 und 1.4.3) um Befunde zu unterschiedlichen Leistungen in verschiedenen Fächern und Fächergruppen erweitert wer-

Sowohl in der PISA-Studie als auch bei der IGLU-Untersuchung lag der Schwerpunkt nicht auf dem Leistungsvergleich der Geschlechter, in der PISA-Studie findet sich aber immerhin ein Kapitel "Geschlechterunterschiede im internationalen Vergleich"; in IGLU werden einzelne geschlechtsspezifische Befunde an verschiedenen Stellen der Veröffentlichung dargestellt und interpretiert.

den.

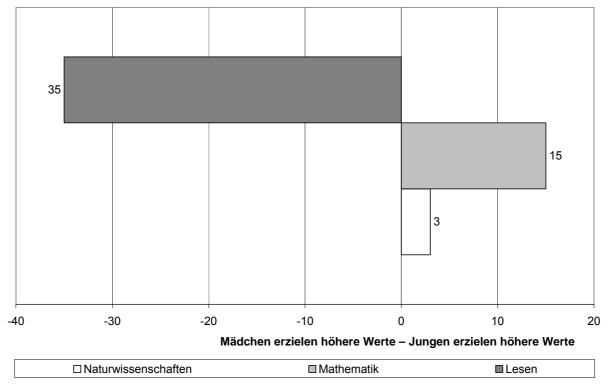
An IGLU, die die Lesekompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der vierten Jahrgangsstufe verglich, beteiligten sich weltweit 35 Länder. In allen Teilnehmerländern waren die Leseleistungen der Mädchen besser als die der Jungen. Die deutschen Kinder lagen im internationalen Vergleich im oberen Drittel. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Lesekompetenzen waren in Deutschland mit 13 Prozentpunkten zwar deutlich, sie waren aber geringer als in den meisten anderen beteiligten Ländern (Bos u.a. 2003: 114 ff.). In der deutschen Grundschule gelingt es also weitgehend, sowohl Mädchen als auch Jungen ein relativ hohes Niveau an Lesekompetenz zu vermitteln.

Im Gegensatz zu den Ergebnissen der IGLU-Studie erzielten die getesteten 15-jährigen deutschen Schülerinnen und Schüler in der ersten PISA-Studie in allen drei untersuchten Bereichen Ergebnisse, die deutlich unter dem Durchschnitt der anderen Länder in der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) lagen (OECD 2003a).

In allen Ländern, die an der ersten PISA-Studie teilnahmen, bestanden in der Lesekompetenz signifikante Differenzen zu Gunsten der Mädchen. In knapp der Hälfte der Länder – so auch in Deutschland – wurde eine signifikante Differenz in der mathematischen Kompetenz zu Gunsten der Jungen festgestellt. Es gab jedoch auch Länder (Island, Neuseeland, Russische Föderation), in denen die Mädchen bessere Leistungen im Mathematiktest erbrachten. In den Naturwissenschaften konnten weder im OECD-Durchschnitt noch innerhalb Deutschlands signifikante Leistungsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen festgestellt werden (OECD 2003a).

Aus Abbildung 1.9 wird deutlich, dass in Deutschland die Leistungsdifferenz im Gesamttest Lesen zu Gunsten der Mädchen mehr als doppelt so groß ist wie die in Mathematik zu Gunsten der Jungen. In den Naturwissenschaften ist der festgestellte Leistungsunterschied zu Gunsten der Jungen nur minimal.

Abbildung 1.11: Leistungsunterschiede zwischen deutschen Mädchen und Jungen im Gesamttest Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften (Differenz der mittleren Testwerte)



Datenbasis: PISA-Erhebung 2000

Quelle: Deutsches PISA-Konsortium 2001: 251-253; eigene Darstellung

Auch die zweite internationale PISA-Studie zeigte, dass die Mädchen die Jungen in ihrer Lesekompetenz in allen teilnehmenden Ländern beträchtlich übertrafen. International erreichten die Mädchen im Durchschnitt 34 Punkte mehr als die Jungen, in Deutschland sogar 42 Punkte. Das heißt, dass sich in Deutschland der Abstand in der Lesekompetenz zu Gunsten der Mädchen in den Jahren seit der ersten PISA-Studie sogar noch vergrößert hat. Der Abstand zu Gunsten der Jungen in der mathematischen Kompetenz hat sich dagegen im selben Zeitraum bis auf 9 Punkte verringert (Prenzel u.a. 2004).¹⁰

Wenn Kinder Probleme haben, die geforderten Schulleistungen zu erbringen, suchen immer mehr Eltern einen Ausweg darin, für ihre Kinder Nachhilfe in Anspruch zu nehmen. Nachhilfe findet in informellen und non-formalen Kontexten statt. Schon in den 90er-Jahren kamen Studien zu dem Ergebnis, dass etwa ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler ab dem Alter von 11 Jahren Nachhilfe in Anspruch nahmen (Rauschenbach u.a. 2004: 337; Hurrelmann 1996: 38). Nach Hurrelmann (ebd.) wird Nachhilfe im Wesentlichen von zwei verschiedenen Schülergruppen in Anspruch genommen: von solchen, die akut versetzungsgefährdet sind,

Zu Ergebnissen aus anderen Schulleistungsstudien siehe auch Faulstich-Wieland 2004, Stürzer 2003, Baumert u.a. 2000a und 2000b, Band 1 und 2 sowie Weinert 2001.

und von solchen, die mit längerfristiger Nachhilfe einem möglichen Leistungsabfall vorbeugen wollen. Tendenziell nimmt sowohl die Zahl der Nachhilfeschülerinnen und -schüler als auch die der kommerziellen Nachhilfeangebote zu. Dieses Ergebnis zeigt sich auch in der Befragung der ersten PISA-Studie (Abbildung 1.10).

70 - 71,1 70 - 63,8 60 - 50 - 40 - 36,2 30 - 20 - 10 - 0

Abbildung 1.12: Inanspruchnahme von Nachhilfe außerhalb der Schule durch Mädchen und Jungen in Deutschland (in %)

Datenbasis: PISA-Erhebung 2000, n = 31.450 (gewichtet)

keine Nachhilfe

■Mädchen

Quelle: Rauschenbach u.a. 2004: 338

Nach den Ergebnissen der PISA-Studie nahmen im Jahr 2000 knapp 33 Prozent der befragten Mädchen und Jungen der 9. Klassen Nachhilfe in Anspruch. Dabei zeigt sich (Abbildung 1.10), dass Mädchen häufiger außerschulische Nachhilfeangebote wahrnahmen als Jungen. Es ist nicht auszuschließen, dass diese zusätzliche Beschäftigung mit dem Unterrichtsstoff zu den durchschnittlich besseren Leistungen der Mädchen beiträgt.

Nachhilfe

■Jungen

1.4.3 Schulabschlüsse

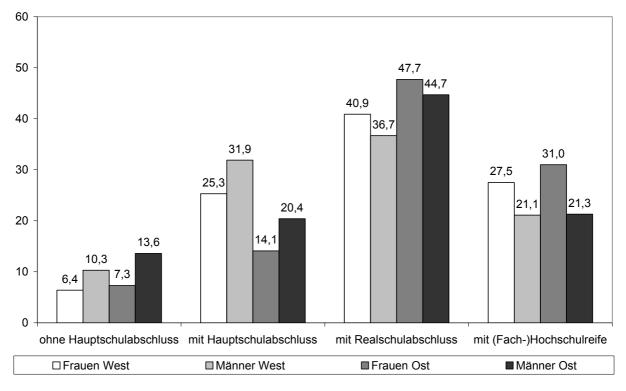
Die höheren schulischen Qualifikationen bei den Mädchen zeigen sich auch, wenn man die Anteile der *Absolventinnen und Absolventen* allgemein bildender Schulen an den unterschiedlichen Schulabschlüssen betrachtet. Im Folgenden vergleichen wir diese Anteile zunächst für junge Frauen und junge Männer in den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern und danach für deutsche und ausländische Jugendliche.

Schulabschlüsse in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern

Basierend auf den unterschiedlichen Schulstrukturen der einzelnen Bundesländer (Kapitel

1.4.1) finden sich Unterschiede zwischen den schulischen Bildungsabschlüssen von Jugendlichen aus den östlichen und den westlichen Bundesländern (Abbildung 1.11).

Abbildung 1.13: Deutsche Absolventinnen und Absolventen¹ nach Abschlussarten und Anteilen in West- und Ostdeutschland² im Entlassungsjahr 2003 (in %)



¹ einschl. Externe bzw. Schulfremdenprüfungen

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004b: Tabelle 6.2; eigene Berechnungen und Darstellung

Obwohl die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nun schon 15 Jahre zurückliegt, lassen sich, trotz eines Angleichungsprozesses, auch heute noch Unterschiede im Bildungsverhalten ost- und westdeutscher Jugendlicher feststellen. In der DDR wurde von den meisten Jugendlichen die Polytechnische Oberschule nach 10 Schuljahren abgeschlossen. Ein der Hauptschule im Westen entsprechender Abschluss existierte nicht. Der Zugang zum Abitur stand nach Seidenspinner u.a. (1996: 46) in Ostdeutschland nur etwa 15 Prozent eines Jahrgangs offen. "Grundlage bildete die entsprechende staatliche Planungsgröße" (ebd.). In den Jahren nach der Vereinigung fanden sich noch weitgehend die alten Bildungsmuster in den ostdeutschen Bundesländern und die Unterschiede im Bildungsverhalten zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern waren dementsprechend groß. Die auch heute noch existierenden Unterschiede im Bildungsverhalten lassen sich jedoch nicht allein auf unterschiedliche Bildungstraditionen zurückführen. Sie beruhen, wie in Kapitel 1.4.1 gezeigt wurde, auch auf strukturellen Ursachen. So können dort, wo es in den ostdeutschen Bundesländern keine Hauptschulen gibt, diese von den

² Ostdeutschland einschl. Berlin

¹¹ In früheren Jahren existierte in der DDR auch ein Abschluss nach der 8. Klasse.

Schülerinnen und Schülern auch nicht besucht werden.

Betrachtet man nun die Schulabschlüsse im Schuljahr 2002/2003 (Abbildung 1.11), so fällt auf, dass die Jugendlichen im Osten der Republik mittlerweile häufiger höhere Abschlüsse erreichen als die im Westen. Sowohl Fachhochschul- und Hochschulabschlüsse als auch Realschulabschlüsse werden häufiger von ostdeutschen als von westdeutschen Jugendlichen erlangt. Westdeutsche Jugendliche beenden die Schule dagegen wesentlich häufiger mit einem Hauptschulabschluss. Ostdeutsche Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule allerdings häufiger ohne Abschluss als westdeutsche. Der höhere Anteil dieser vor allem männlichen Jugendlichen aus den ostdeutschen Bundesländern kann auch daraus resultieren, dass Schülerinnen und Schüler, die die 10. oder 11. Klasse ohne Abschluss verlassen, nicht einmal über einen Hauptschulabschluss verfügen, wenn es in dem betreffenden Bundesland keine Hauptschulen gibt.

Quer zu den Differenzen im Ost-West-Vergleich verlaufen die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Sowohl im Westen als auch im Osten der Republik schließen die jungen Frauen die Schule häufiger mit höher qualifizierenden Abschlüssen ab als die jungen Männer. Die jungen Männer beenden die Schule häufiger mit einem Hauptschulabschluss oder sie verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Gruppe mit dem durchschnittlich höchsten Qualifikationsniveau sind mittlerweile die jungen Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern (Abbildung 1.11). Sie erlangen zu fast 10 Prozentpunkten häufiger die (Fach-)Hochschulreife als die jungen Männer aus den ostdeutschen Bundesländern. Dagegen verlassen die jungen Männer aus dem Osten am häufigsten von allen Gruppen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Angesichts der besonders prekären Lage auf dem Ausbildungs- und Stellenmarkt in den ostdeutschen Bundesländern verfügen diese jungen Männer über vergleichsweise schlechte schulische Voraussetzungen beim Übergang in Ausbildung und Beruf.

Schulabschlüsse deutscher und ausländischer Mädchen und Jungen

Schon im Schuljahr 1991/1992 verließen sowohl die deutschen als auch die ausländischen jungen Männer die Schule häufiger ohne Schulabschluss oder mit einem Hauptschulabschluss als die deutschen bzw. die ausländischen jungen Frauen. Die deutschen und ausländischen jungen Frauen erreichten häufiger als die jeweiligen jungen Männer einen Realschulabschluss oder die Fach- bzw. die allgemeine Hochschulreife. Die deutschen jungen Frauen erlangten somit unter allen hier betrachteten Gruppen im Durchschnitt die qualifiziertesten Abschlüsse. Im Schuljahr 1994/1995 setzte sich dieser Trend fort und auch im Schuljahr 2002/2003 (Abbildung 1.12) hat sich an diesem Muster nichts geändert.

50 43.4 45 42.6 40,4 39,8 40 35 32,1 29,8 30 27,9 26,4 25 22,6 22,3 21.0 20 15,4 15 12,1 10.0 8,5 10 5,8 5 O ohne Hauptschulabschluss mit Hauptschulabschluss mit Realschulabschluss mit (Fach-)Hochschulreife ☐ deutsche Frauen ■ deutsche Männer □ ausländische Frauen ■ ausländische Männer

Abbildung 1.14: Deutsche und ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Abschlussarten und Anteilen in Deutschland im Entlassungsjahr 2003 (in %)

Quelle: Statistisches Bundesamt 20004b: Tabelle 6.4; eigene Darstellung

Aus Abbildung 1.12 wird ersichtlich, dass nicht nur bei den deutschen Jugendlichen die jungen Frauen im Durchschnitt höher qualifizierende Abschlüsse erwerben, sondern dass auch die ausländischen jungen Frauen häufiger höher qualifizierende Abschlüsse erwerben als die ausländischen jungen Männer.

Die Differenzen zu Gunsten der jungen Frauen haben sich von 1991/1992 bis ins Jahr 2002/2003 sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländerinnen und Ausländern vergrößert. Die ausländischen jungen Männer verlassen zu mehr als einem Fünftel die Schule ohne Schulabschluss, bei den ausländischen jungen Frauen ist dieser Anteil zwischen 1991/1992 und 2002/2003 von 17,5 Prozent auf 15,4 Prozent gesunken.

Für alle in Kapitel 1.4.3 genannten Gruppen (Absolventinnen und Absolventen aus den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern sowie deutsche und ausländische Absolventinnen und Absolventen) erhöht sich das Niveau der allgemein bildenden Schulabschlüsse in
den Jahren nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen noch, denn eine nicht zu
vernachlässigende Anzahl von Jugendlichen erlangt mit einer erfolgreich absolvierten Berufsausbildung oder auf dem zweiten Bildungsweg einen höheren (bzw. im Falle derjenigen
ohne Abschluss überhaupt einen) Schulabschluss.

So erhöht sich bei den jungen Männern aus dem Osten nach dem Abschluss einer berufsbil-

denden Schule der Anteil derjenigen, die über eine Hochschul- oder Fachhochschulreife verfügen, von 21 Prozent auf 28 Prozent. Im Gegenzug geht der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, von 14 Prozent auf 9 Prozent zurück (Abbildungen 1.11 und A 1.3 im Anhang). Auch die jungen Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern, die von allen Gruppen am häufigsten auf dem allgemein bildenden Weg die (Fach-) Hochschulreife erlangen (31 %), können diesen Anteil im Laufe ihrer Berufsausbildung noch auf 34 Prozent erhöhen (ebd.).

Ebenso gelingt es den Jugendlichen ausländischer Nationalität in vielen Fällen, im Rahmen ihrer beruflichen Bildung noch fehlende allgemein bildende Abschlüsse nachzuholen bzw. sich höher zu qualifizieren. Vor allem die jungen Männer ausländischer Nationalität profitieren diesbezüglich von einer beruflichen Ausbildung. Sie können den Anteil derjenigen, die die (Fach-)Hochschulreife erlangen, von knapp 9 Prozent auf gut 14 Prozent erhöhen (Abbildungen 1.12 und A 1.2 im Anhang). Der Anteil derjenigen, die über keinen Hauptschulabschluss verfügen, reduziert sich bei den männlichen Ausländern von 23 auf 18 Prozent (ebd.).

1.4.4 Lehrkräfte

Im Schuljahr 2003/2004 waren 67 Prozent der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte weiblich. Betrachtet man jedoch die einzelnen Schularten, so fallen große Unterschiede im Geschlechterverhältnis der Lehrkräfte auf (Abbildung 1.13).

In fast allen Schularten dominieren die Lehrerinnen. Auffällig ist jedoch, dass ihre Dominanz mit dem Alter der Kinder und dem Niveau der schulischen Bildung abnimmt. Werden die Mädchen und Jungen in Schulkindergärten noch fast ausschließlich von weiblichen Lehrkräften betreut, so ist der Anteil der weiblichen und männlichen Lehrkräfte an Gymnasien schon ausgeglichen und einzig an den Abendgymnasien dominieren die männlichen Lehrkräfte. Schülerinnen und Schüler erleben also vor allem in den unteren Klassen eine starke weibliche Präsenz. In den höheren Klassen, in denen zunehmend die reine Wissensvermittlung dominiert, gleicht sich der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer immer weiter an.

Schulkindergärten 95,9 4,1 Grundschulen 85.8 70,9 schulartenunabh. Orientierungsstufe Hauptschulen 56,4 71,3 Schularten mit mehreren Bild.gängen Realschulen 61,8 50,2 Gymnasien Integrierte Gesamtschulen 59,0 Freie Waldorfschulen 55,7 73,7 Sonderschulen 47,8 Abendgymnasien **Kollegs** 54,6 insgesamt 67,1 32,9 0 20 40 60 80 100 Lehrer □Lehrerinnen

Abbildung 1.15: Relation der Lehrerinnen und Lehrer nach Schularten in Deutschland im Schuljahr 2003/2004 (in %)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004c; eigene Darstellung

Betrachtet man die vergangenen 40 Jahre, so haben die Lehrerinnen ihre Anteile in den Schulen beständig vergrößert. Im Jahr 1960 lag ihr Anteil an allen Lehrkräften noch bei 42 Prozent, und auch an den Grundschulen machten sie damals erst 46 Prozent des Lehrpersonals aus. Im Jahr 1970 lag der Anteil der Lehrerinnen mit 52 Prozent schon über dem der Lehrer (Anteil der Grundschullehrerinnen: 59 %). Im Jahr 1980 waren 55 Prozent aller Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen weiblich (Grundschulen: 64 %) und im Jahr 1990 betrug ihr Anteil 56 Prozent (Grundschulen: 67 %) (Roisch 2003: 26). Einige Autorinnen und Autoren sprechen deshalb von einer "Feminisierung" des Lehrerberufs. Diese wird dann auch als ein Grund für die schlechteren Schulleistungen von Jungen ins Feld geführt (siehe auch Diefenbach/Klein 2002). Belegen lässt sich diese Argumentation allerdings nicht (Cornelißen 2004).

Daten zur Verteilung von Frauen und Männern auf die Positionen der Schulleitungen werden vom Statistischen Bundesamt aktuell nicht erhoben. Von Lutzau und Metz-Göckel (1996) berechneten die Geschlechterverteilung im Amt der Schulleitung für die einzelnen Bundesländer im Schuljahr 1993/1994. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass bei den Schulleitungen ein starkes Ost-West-Gefälle auftritt. Während in allen westdeutschen Bundesländern mehr Männer als Frauen als Schulleitung fungierten (in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sogar zu über 80 %), wurde diese Position in den ostdeutschen

Bundesländern durchschnittlich häufiger von einer Frau besetzt. Die meisten weiblichen Schulleiterinnen fanden sich im Schuljahr 1993/1994 mit 63 Prozent in Sachsen-Anhalt. Neuere Stichprobenberechnungen (Roisch 2003: 37 ff.) zeigen, dass sich die Situation in den westdeutschen Bundesländern im letzten Jahrzehnt nur leicht zu Gunsten der Frauen verbessert hat, während sie in den ostdeutschen Bundesländern relativ stabil blieb.

Zwischenfazit: Schulische Bildung

Waren im Jahr 1960 noch 60 Prozent der Jugendlichen an Gymnasien männlich und 40 Prozent weiblich, so hat sich dieses Verhältnis heute beinahe umgekehrt. Wegen des bundesdeutschen Bildungsföderalismus lässt sich die Bildungsbeteiligung von Mädchen und Jungen nur schwer für alle Bundesländer vergleichen. In einigen der ostdeutschen Bundesländer (z.B. in Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) ist der Sekundarbereich I z.B. nicht in die drei Bildungsgänge Hauptschule, Realschule und Gymnasium untergliedert wie in Westdeutschland, sondern die Schülerinnen und Schüler finden sich gemeinsam in einer Mittelschule oder Realschule wieder. Unabhängig von diesen Unterschieden sind die Mädchen sowohl im Osten als auch im Westen der Bundesrepublik an den Gymnasien stärker vertreten als die Jungen. Junge Frauen verbleiben heute im Durchschnitt länger im allgemein bildenden Schulsystem und erreichen die höher qualifizierenden Abschlüsse.

Trotz vielfältiger bildungspolitischer Anstrengungen hängt das erlangte Bildungsniveau der Kinder auch heute noch sehr stark vom Bildungsniveau der Eltern ab. So besuchen deutlich mehr Jugendliche, deren Eltern über eine Fachhochschulreife oder allgemeine Hochschulreife verfügen, die gymnasiale Oberstufe als solche, deren Eltern die Hauptschule abgeschlossen haben.

Nach den Ergebnissen neuerer Schulleistungsstudien wie PISA und IGLU liegen Mädchen heute im Durchschnitt in den Schulleistungen vor den Jungen. Am größten sind die Differenzen zu Gunsten der Mädchen im schriftsprachlichen Bereich. Da Leseverständnis und sprachliche Ausdrucksfähigkeit grundlegende Kompetenzen für den Erfolg in Bildungseinrichtungen sind, können die Defizite von Jungen in diesen Bereichen ihren Bildungserfolg stark beeinträchtigen. Mancherorts wird deshalb schon von einer Diskriminierung der Jungen in der Schule gesprochen.

Seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts sind die meisten Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen weiblich. Es fällt auf, dass die Lehrerinnen vor allem an den Grundschulen zahlenmäßig dominieren. Mit steigendem Alter der Schülerinnen und Schüler nimmt diese Dominanz ab. In den oberen Rängen der Schulhierarchie bildet sich die Dominanz des weiblichen Lehrpersonals zumindest in den westdeutschen Bundesländern jedoch nicht ab. Die Schulleitungen werden hier nach wie vor vor allem von Männern besetzt, in den ostdeutschen Bundesländern sind die Aufstiegschancen für Lehrerinnen dagegen günstiger.

1.5 Berufliche Bildung

Die notwendigen Kenntnisse und formalen Voraussetzungen zur Ausübung eines Berufs können in Deutschland auf drei prinzipiell unterschiedlichen Wegen erworben werden: über die betriebliche und die vollzeitschulische Berufsausbildung sowie über das Studium an einer Universität oder Hochschule.

Die betriebliche Berufsausbildung im dualen System ist ein typisch deutsches Modell. Bei dieser Ausbildungsform ergänzen sich die praktische Ausbildung im Betrieb und die theoretische in der Berufsschule. Wenn nicht genügend Lehrstellen zur Verfügung stehen, kann diese Ausbildungsform auch überbetrieblich durchgeführt werden. Im dualen System finden sich durchschnittlich mehr junge Männer als junge Frauen.

Der zweite Typ ist die vollzeitschulische Berufsausbildung an beruflichen Schulen, also z.B. an Berufsfachschulen oder an Schulen des Gesundheitswesens. Diese schulischen Ausbildungsformen werden im Durchschnitt häufiger von jungen Frauen besucht.

Der dritte Weg steht nur den Jugendlichen und jungen Erwachsenen offen, die über ein Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss verfügen, ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule. Gegenwärtig beginnen annähernd gleich viele junge Frauen und junge Männer ein Studium an einer Hochschule (auf die Ausbildung an Universitäten und Hochschulen wird im gesonderten Kapitel 1.7 eingegangen).

Die folgende Tabelle 1.2 zeigt, wie sich junge Frauen und Männer auf die unterschiedlichen außeruniversitären Ausbildungswege verteilen.

Tabelle 1.2: Ausbildungswege¹ nach Geschlecht in Deutschland im Schuljahr 2003/2004² (in %)

	Frauen (in %)	Männer (in %)
Berufsschulen im dualen System	40,6	59,4
Berufsvorbereitungsjahr	38,6	61,4
Berufsgrundbildungsjahr	30,1	69,9
Berufsfachschulen	59,4	40,6
Fachschulen	51,0	49,0
Schulen des Gesundheitswesens ³	80,4	19,6

¹ Zur Definition der dargestellten Ausbildungswege siehe Anhang

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005i

In Tabelle 1.2 ist zu sehen, dass junge Frauen mehr als 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens sowie ca. 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Berufsfachschulen ausmachen. Junge Männer dominieren dagegen mit 70 Pro-

² Die Auswahl der hier dargestellten Ausbildungswege erfolgte aus den Strukturdaten des Statistischen Bundesamtes. Nicht aufgenommen wurden an dieser Stelle wegen sehr geringer Fallzahlen bzw. allgemein bildender Abschlüsse: Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien, Berufs-/Technische Oberschulen sowie Fachakademien.

³ Schulen des Gesundheitswesens nachrichtlich an das Statistische Bundesamt

zent im Berufsgrundbildungsjahr und mit knapp 60 Prozent in den Berufsschulen des dualen Systems.

Betrachtet man die absoluten Zahlen, so fällt auf, dass junge Frauen trotz ihrer Dominanz in den vollzeitschulischen Berufsausbildungen ebenso wie die jungen Männer im Schul- und Ausbildungsjahr 2003/04 am häufigsten eine Berufsschule im dualen System besuchten (683.640; an den Berufsfachschulen, an denen junge Frauen am zweithäufigsten ihre Ausbildung absolvierten, lernten 295.733 Frauen). Auch bei den jungen Männern war die Ausbildung im dualen System absolut die häufigste Ausbildungsform (1.001.638 junge Männer absolvierten im Ausbildungsjahr 2003/04 eine Ausbildung im dualen System).

Diesen Zahlen ist nicht zu entnehmen, dass prinzipiell ein Geschlecht bessere Startchancen hätte als das andere. So überwiegt der Männeranteil zwar bei den berufsvorbereitenden und -grundbildenden Maßnahmen, an denen häufiger Jugendliche teilnehmen, die einer speziellen Förderung vor dem Eintritt in eine Ausbildung bedürfen und die eher schlechte Startchancen haben. Andererseits sind junge Männer aber auch bei den betrieblichen Auszubildenden, die gegenüber Schülerinnen und Schülern vollzeitschulischer Berufsausbildungen gewisse Vorteile haben, stärker vertreten.

Vorteile einer Ausbildung im dualen System gegenüber einer vollzeitschulischen Berufsausbildung sind nicht nur die besseren Übergangschancen ins Erwerbsleben an der zweiten Schwelle, sondern auch die tarifvertraglich geregelten Vergütungen der Ausbildung. Darüber hinaus erlangen Fachkräfte nach einer erfolgreich abgeschlossenen dualen Ausbildung im Gegensatz zu Absolventinnen und Absolventen einer Reihe von Schulausbildungen die Voraussetzungen sowohl für innerbetriebliche Weiterbildung als auch für eine weitere tertiäre Ausbildung (siehe hierzu ausführlich Baethge u.a. 2003: 43 f.).

Andererseits kann sich eine Ausbildung an einer Berufsfachschule oder an einer Schule des Gesundheitswesens mit dem verstärkten Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft berufsstrategisch als durchaus günstig erweisen.

Seit Beginn der 90er-Jahre stiegen vor allem die Zahlen der Schülerinnen und Schüler im Berufsgrundbildungsjahr sowie an Berufsfachschulen deutlich an. Auch Berufsschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Hochschulen wurden von einer größeren Anzahl junger Frauen und junger Männer besucht, an den Fachschulen ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler dagegen zurück.

1.5.1 Ausbildungswünsche und -pläne

Der Übergang in die Berufsausbildung vollzieht sich für die meisten jungen Frauen und Männer heutzutage nicht in einer einmaligen Entscheidung und einer einmaligen Handlung.

Schon in der frühen Kindheit entwickeln die meisten Mädchen und Jungen Vorstellungen von Traumberufen. Verschiedene Befragungen von Kindern zeigten, dass sich diese Traumberufe häufig an Geschlechtsrollenstereotypen orientieren. Viele Mädchen suchen sich Vorbilder in Kindergarten und Schule und wollen Erzieherin oder Lehrerin werden. Auch helfende Berufe wie Ärztin, Krankenschwester, Tierärztin liegen bei den Mädchen weit vorne. Eine dritte Kategorie bilden Berufe, bei denen sie im Rampenlicht stehen, z.B. Schauspielerin oder Sängerin. Auch für Jungen spielt dieses Motiv eine Rolle, drückt sich allerdings durch andere Traumberufe wie Fußballprofi oder Rennfahrer aus. Des Weiteren sind für sie Berufe, die mit Technik assoziiert werden, von Bedeutung, z.B. Lokomotivführer oder Computerfachmann. Eine dritte große Berufsgruppe für die Jungen bilden Berufe im Bereich Polizei/Militär (Meixner 1996; Walper/Schröder 2002).

Die Traumberufe werden mit zunehmendem Alter immer mehr mit der Realität abgeglichen, z.B. dahingehend, ob ein entsprechendes Berufsbild überhaupt existiert, welche schulische Vorbildung erforderlich ist oder ob mit dem gewünschten Beruf genügend Geld verdient werden kann. Dieser Prozess wird in der Literatur auch als "Desillusionierung" bezeichnet (Meixner 1996).

Aber auch dann, wenn eine vermeintlich realitätsangepasste Berufsentscheidung gefallen ist, bedeutet das noch nicht, dass dieser Beruf ohne Hindernisse ergriffen werden kann. Nicht umsonst spricht man beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung von der "ersten Schwelle". In Zeiten angespannter Konjunktur wirkt die erste Schwelle für viele als ein Selektionsmechanismus auf dem Weg in Ausbildung und Beruf. Der oft gebrauchte Begriff der "Berufswahl" scheint insofern nur bedingt gerechtfertigt. Walter Heinz formuliert das noch pointierter, wenn er von "Berufswahl als Ideologie" spricht (Heinz 1998: 409). Diese "Ideologie" propagiere zwar "eine wunsch- und fähigkeitsbezogene Berufsentscheidung" (ebd.), berücksichtige aber nicht, dass sich die Berufssuchenden an die vorliegenden "Ausbildungsund Beschäftigungsoptionen" (ebd.) anpassen müssen.

1.5.2 Betriebliche Ausbildung

Bis zum 30. September 2004 wurden bundesweit 572.980 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Erstmals seit mehreren Jahren ist hier ein Zuwachs (+2,8 %) zu verzeichnen. Dieser Zuwachs beruht vor allem darauf, dass rund 22.000 betriebliche Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr zur Verfügung standen. 12 Junge Frauen profitierten von diesem Anstieg jedoch in geringerem Umfang als junge Männer. Ihr Anteil an allen Ausbildungsanfängerinnen und

¹² Im neuesten Berufsbildungsbericht wird davon ausgegangen, dass ein wesentlicher Impuls für diese Entwicklung vom "Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" zwischen Bundesregierung und Vertreterinnen und Vertretern der Spitzenverbände der Wirtschaft ausging. Die Wirtschaft verpflichtete sich für die nächsten drei Jahre, jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze sowie jährlich 25.000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen zu schaffen. Diese Maßnahmen werden von Seiten der Bundesregierung durch staatlich finanzierte Programme flankiert (BMBF 2005: Berufsbildungsbericht 2005, Teil 1: 3).

-anfängern ging seit 2002 von 43,4 Prozent auf 41,8 Prozent zurück (BMBF 2005, Teil 1:5).

Angebot von und Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen

Im Jahr 2004 begannen 239.251 junge Frauen und 333.729 junge Männer eine betriebliche Ausbildung (BMBF 2005, Anhang Tabelle 1.1.1/6). Der Anstieg an Ausbildungsverträgen kam vor allem den jungen Männern zu Gute. 79 Prozent der zusätzlich abgeschlossenen Verträge wurden mit männlichen Jugendlichen abgeschlossen, aber nur 21 Prozent mit weiblichen Jugendlichen (BMBF 2005, Teil I: 5). Dadurch stieg die Zahl der Neuabschlüsse bei den Frauen im Vergleich zum Vorjahr nur um 1,4 Prozent, bei den Männern aber um 3,7 Prozent an (eigene Berechnung auf Basis der Daten des Berufsbildungsberichts 2005). Am stärksten nahm das Ausbildungsplatzangebot in Berlin zu (+7,2 %); hier war im Vorjahr mit -5,2 Prozent der größte Rückgang zu verzeichnen gewesen. Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen hatten Zuwächse zwischen 6,5 und 4 Prozent zu verzeichnen. In fünf Bundesländern ging das Angebot an Ausbildungsplätzen trotz des allgemeinen Anstiegs zurück, im Saarland, in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern; Mecklenburg-Vorpommern war mit -4,0 Prozent vom stärksten Rückgang betroffen (BMBF 2005, Teil II: 5 f.). Insgesamt stieg das Ausbildungsplatzangebot in den westdeutschen Bundesländer (+2,8 %) stärker an als in den ostdeutschen Bundesländern (+1,0 %) (BMBF 2005, Anhang Tabelle 1.1.1/1).

Nicht nur das Angebot von, sondern auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist 2004 im Bundesdurchschnitt angestiegen. In den westdeutschen Bundesländern stieg die Nachfrage um 4,7 Prozent, in den ostdeutschen Bundesländern um 2,5 Prozent an (ebd.). Da die Nachfrage stärker wuchs als das Angebot an Ausbildungsplätzen, ging die Angebots-Nachfrage-Relation zurück. Auf 100 Lehrstellensuchende entfielen im Jahr 2004 bundesweit 95 Lehrstellen, in den ostdeutschen Ländern und Berlin sogar nur 89,9 (ebd.). Im Jahr 2002 kamen dagegen bundesweit noch 99,1 Lehrstellen auf 100 Bewerberinnen und Bewerber.

Vergleicht man die Entwicklung der Angebots-Nachfrage-Relation in den letzten beiden Jahrzehnten, so lassen sich deutliche Konjunkturen unterscheiden (Abbildung 1.14). Bis Mitte der 80er-Jahre war der Lehrstellenmarkt eng, da die Nachfrage nach Ausbildungsstellen das Angebot überstieg. Durch ein Absinken der Nachfrage war die Relation für die Bewerberinnen und Bewerber zwischen 1987 und 1996 positiv. Nach einem leichten Anstieg Ende der 90er-Jahre gingen sowohl das Angebot von als auch die Nachfrage nach Ausbildungsstellen bis zum vergangenen Jahr zurück. Aus Abbildung 1.14 wird deutlich, dass zwischen 2002 und 2003 das Lehrstellenangebot deutlich unter die Nachfrage gefallen ist. Trotz des Anstiegs an Ausbildungsplätzen im vergangenen Jahr vergrößerte sich die Kluft zwischen Nachfrage und Angebot.

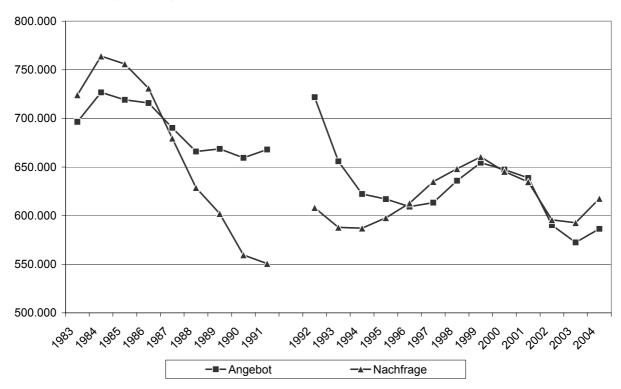


Abbildung 1.16: Angebot von und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Deutschland 1983 bis 2004¹ (absolut)

1 bis 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 einschl. Ostdeutschland Quellen: BMBF 2000; 2002a; 2003a; 2004; 2005; eigene Darstellung

Ohne den "Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" wäre das Ausbildungsplatzangebot weiter rückläufig. Im Berufsbildungsbericht von 2004 wird darauf hingewiesen, dass sich gegenwärtig strukturelle Veränderungen des Berufsbildungssystems andeuten (BMBF 2004: 1). Auf den Verlust von Ausbildungsplätzen in traditionellen Branchen reagieren potenzielle Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber mit einer Umorientierung auf andere Ausbildungswege – vor allem die Studierneigung Jugendlicher mit höher qualifizierenden schulischen Abschlüssen nimmt zu. Gleichzeitig steigen die Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie in den Ausbildungsordnungen; Jugendliche mit Defiziten können diese Anforderungen nicht mehr ohne weiteres erfüllen (ebd.). Nicht nur deutsche Jugendliche mit Defiziten und solche ohne ausreichende schulische Abschlüsse haben es schwer, unter diesen Bedingungen einen Ausbildungsplatz zu finden, vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund verschlechtern sich damit die Zugangschancen auf den Ausbildungsmarkt deutlich (Bednarz-Braun 2004: 194 ff.).

Die Anzahl der neu besetzten außerbetrieblichen¹³ Ausbildungsplätze ging im vergangenen Jahr um 10,5 Prozent zurück (BMBF 2005, Teil I: 15 f.). Im Bundesdurchschnitt begannen im

Ausbildungsjahr 2004 9,4 Prozent der Jugendlichen eine außerbetriebliche Berufsausbildung. Hier zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede nach ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern. Während im Westen 4,4 Prozent der Auszubildenden an einer Maßnahme der Arbeitsverwaltung bzw. des Bundes oder der Länder zur Ergänzung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots teilnahmen, begannen im Osten 27,7 Prozent der Auszubildenden eine außerbetriebliche Ausbildung (BMBF 2005, Anhang Tabelle 1.1.1/4). Hier ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze also bei weitem nicht ausreichend.

Am Ende des Berichtsjahres 2004 konnten 44.576 junge Frauen und Männer noch nicht auf eine Ausbildungsstelle vermittelt werden; dem standen noch 13.394 unbesetzte Stellen gegenüber (BMBF 2005: Teil II: 19). Somit standen deutlich mehr unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber weniger unbesetzten Stellen gegenüber als im Vorjahr. Das heißt, selbst wenn jeder Bewerberin und jedem Bewerber ein Ausbildungsplatz zugeordnet werden könnte¹⁴, blieben mehr als 30.000 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle. Die Relation der Stellen zu den Bewerberinnen und Bewerbern ist darüber hinaus in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern sehr unterschiedlich. In den ostdeutschen Ländern und Berlin kamen auf 14.899 noch nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber nur 845 unbesetzte betriebliche Ausbildungsstellen, in den westdeutschen Ländern war die Relation mit 29.677 unvermittelten Bewerberinnen und Bewerbern zu 12.594 noch nicht besetzten Plätzen vergleichsweise besser, jedoch auch längst nicht ausreichend.

Die folgende Tabelle 1.3 zeigt die Geschlechterrelation bei den noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern in Ost und West.

Tabelle 1.3: Noch nicht auf einen Ausbildungsplatz vermittelte Bewerberinnen und Bewerber in West- und Ostdeutschland 2004 (absolut und in Zeilenprozent)

	Frauen		Män	ner
	absolut	% absolut		%
West	13.819	46,6	15.858	53,4
Ost	6.887	46,2	8.012	53,8

Datenbasis: Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik Quelle: BMBF 2005: Übersicht 1.1.2/1; eigene Darstellung

Aus Tabelle 1.3 geht hervor, dass sich 2004 mehr junge Männer als junge Frauen vergeblich

Die Bezeichnung "außerbetrieblich" bezieht sich auf die Finanzierungsform und nicht auf den Lernort. Denn viele Auszubildende, deren Lehrverhältnis von staatlichen Seiten oder der Arbeitsverwaltung finanziert wird, werden betriebsnah ausgebildet (BMBF 2004: 36).

¹⁴ Diese Hypothese ist aus mehreren Gründen nicht realistisch, denn nicht jede Bewerberin/jeder Bewerber lässt sich beliebig jedem Ausbildungsplatz zuordnen. Unter anderem können der Standort des Ausbildungsplatzes (Bayern ist hier z.B. deutlich besser versorgt als die ostdeutschen Bundesländer), bestimmte Qualifikationsvoraussetzungen (für viele Lehrstellen werden gar keine bzw. nur in Ausnahmefällen Hauptschulabsolventinnen und -absolventen eingestellt) und auch traditionelle Geschlechtsrollenzuschreibungen die Aufnahme einer Ausbildung erschweren oder gar verhindern. Nicht vergessen werden dürfen aber auch die persönlichen Präferenzen der Ausbildungsplatzsuchenden.

um einen Ausbildungsplatz bemühten. 1999 waren *Frauen* unter den nicht Vermittelten im Westen noch mit 52 % und im Osten mit 54 % überrepräsentiert. Diese Entwicklung könnte daraus resultieren, dass bei den Nicht-Vermittelten der Anteil der Hauptschülerinnen und -schüler und derjenigen ohne Hauptschulabschluss besonders hoch ist und in diesen Gruppen überproportional viele junge Männer zu finden sind.

Ausbildungsberufe

Tabelle 1.4 zeigt die 20 Ausbildungsberufe, die im Jahr 2003 am häufigsten jeweils von jungen Frauen und jungen Männern besetzt wurden. Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, dass die Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe bei jungen Frauen stärker ist als bei jungen Männern. Die Ursachen dafür liegen nicht nur im persönlichen Wahlverhalten, sondern sie werden auch von den Strukturen des Ausbildungs- und Stellenmarktes mitbestimmt. Junge Frauen beginnen häufiger eine Ausbildung in Dienstleistungsberufen, junge Männer dagegen häufiger eine Ausbildung in Fertigungsberufen (Tabelle 1.4).

Tabelle 1.4: Die 20 von jungen Frauen und Männern am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe¹ in Deutschland 2003 (in %)

Rang	Ausbildungsberufe	Frauen (in %)	Ausbildungsberufe	Männer (in %)
	Zusammen	72,4	Zusammen	52,6
1	Bürokauffrau	7,3	Kraftfahrzeugmechatroniker	8,4
2	Arzthelferin	7,2	Elektroniker-Energie- Gebäudetechnik	4,1
3	Kauffrau im Einzelhandel	6,2	Anlagemechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	3,9
4	Zahnmedizinische Fachange- stellte	6,2	Maler und Lackierer	3,4
5	Friseurin	6,0	Kaufmann im Einzelhandel	3,3
6	Industriekauffrau	4,9	Koch	3,1
7	Fachverkäuferin im Nahrungs- mittelhandwerk	4,2	Metallbauer	2,9
8	Kauffrau für Bürokommunikation	4,1	Tischler	2,7
9	Bankkauffrau	3,6	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	2,4
10	Hotelfachfrau	3,5	Mechatroniker	2,1
11	Verkäuferin	3,0	Industriemechaniker-Maschinen- und Systemtechnik	2,0
12	Steuerfachangestellte	2,6	Industriekaufmann	2,0
13	Kauffrau im Groß- und Außenhandel	2,5	Industriemechaniker- Betriebstechnik	1,9
14	Rechtsanwaltsfachangestellte	2,5	Bürokaufmann	1,8
15	Verwaltungsfachangestellte	1,7	Bankkaufmann	1,7
16	Restaurantfachfrau	1,6	Elektroniker-Betriebs-Technik	1,5
17	Köchin	1,5	Maurer	1,4
18	Rechtsanwalts- und Notarfach- angestellte	1,3	Feinwerkmechaniker	1,4
19	Versicherungskauffrau	1,2	Gärtner	1,3
20	Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	1,2	Bäcker	1,3

¹ Gleichlautende Berufe aus verschiedenen Ausbildungsbereichen wurden vom Statistischen Bundesamt zusammengefasst. Auslaufende Ausbildungsberufe wurden den Nachfolgeberufen zugeordnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004d

Nachdem die Konzentration der jungen Männer auf die zehn am häufigsten besetzten betrieblichen Ausbildungsberufe in den vergangenen Jahren etwas abgenommen hatte (1998: 37,3 %; 2002: 34,8 %), nimmt sie aktuell mit 36,3 Prozent wieder etwas zu. Dagegen hält sich bei den Frauen seit Jahren eine gleich bleibend hohe Konzentration. Im Jahr 1998 erlernten 53,6 Prozent der jungen Frauen einen der Top-Ten-Berufe, im Jahr 2002 53,5 Prozent und im Jahr 2003 53,2 Prozent. Gelegentlich wird vermutet, dass aus der stärkeren Konzentration von Frauen auf wenige Ausbildungsberufe ein Überangebot an Fachkräften in diesen Bereichen entsteht, das zu geringeren Übernahmechancen nach der Ausbildung führt. Andererseits sind die von den jungen Männern präferierten technischen Berufe auch nicht automatisch die zukunftsträchtigsten. Gerade Ausbildungen in höherwertigen sekundären Dienstleistungsberufen, für die junge Frauen sich häufiger als junge Männer entscheiden, können die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen (Nissen/Keddi/Pfeil 2003: 83; Krüger 2000: 47).

Die Verteilung der jungen Männer auf ein weiteres Berufsspektrum hat verschiedene Ursachen. So werden im dualen System mehr gewerblich-technische Berufe, die bei jungen Männern meist auf größeres Interesse stoßen, ausgebildet als Dienstleistungsberufe, die häufiger von jungen Frauen ergriffen werden. Auch die neu geschaffenen Berufe der Informationstechnologie (IT)-Branche fallen in den technischen Sektor.

Ausbildungsvergütungen

Im Gegensatz zu den rein schulischen Ausbildungen, in denen häufig Schulgebühren anfallen, werden bei den betrieblichen Ausbildungen Ausbildungsvergütungen gezahlt. Die durchschnittliche tarifliche Ausbildungsvergütung betrug im Jahr 2003 für die männlichen Auszubildenden 623 € in den westdeutschen Bundesländern und 527 € in den ostdeutschen Bundesländern. Die Durchschnittswerte für die weiblichen Auszubildenden lagen darunter, im Westen bei 595 € und im Osten bei 499 € (Beicht 2004). Die Vergütungen stiegen über die Jahre zwar langsam an, die Angleichung der Vergütungshöhe in den ostdeutschen Bundesländern an das Westniveau stagniert jedoch seit längerem. Die unterschiedlich hohen Ausbildungsvergütungen für junge Frauen und junge Männer resultieren aus ihrer unterschiedlichen Verteilung auf die verschiedenen Berufe.

Überdurchschnittlich hohe Ausbildungsvergütungen werden vor allem in den Berufen des Bauhauptgewerbes (z.B. Maurerin/Maurer, Zimmerin/Zimmerer, Straßenbauerin/Straßenbauer) gezahlt. Das meiste Geld erhielten im Jahr 2003 in den westdeutschen Bundeslän-

-

¹⁵ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beobachtet und analysiert seit mehr als 20 Jahren die Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen. Im Jahr 2003 wurden in der Datenbank des BIBB 204 Ausbildungsberufe in den westdeutschen und 167 Ausbildungsberufe in den ostdeutschen Bundesländern nachgewiesen, in denen annähernd 90 Prozent der Auszubildenden ausgebildet werden.

dern die Auszubildenden zum Binnenschiffer/zur Binnenschifferin mit 989 EUR. ¹⁶ In den ostdeutschen Bundesländern kamen die Auszubildenden zur Buchbinderin/zum Buchbinder sowie zur Druckerin/zum Drucker mit 799 € im Monat auf die höchste Vergütung.

Die Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigen, dass die Ausbildungsberufe mit den höchsten Vergütungen stärker mit jungen Männern besetzt sind. In einigen typischen Frauenberufen werden dagegen sehr niedrige Ausbildungsvergütungen gezahlt. Angehende Friseurinnen erhalten so zum Beispiel monatlich nur 414 € in den westdeutschen und 257 € in den ostdeutschen Bundesländern. Auch für junge Frauen, die sich zur Damenschneiderin (nur West: 197 EUR) oder zur Floristin (West: 413 EUR; Ost: 312 EUR) ausbilden lassen, liegt die Höhe der Ausbildungsvergütung so niedrig, dass sie wohl kaum ohne zusätzliche finanzielle Unterstützungen leben können.

1.5.3 Vollzeitschulische Berufsausbildung

Der Anteil der vollzeitschulischen Berufsausbildungen an allen beruflichen Ausbildungsformen vergrößerte sich seit Beginn der 90er-Jahre deutlich. Diese Tatsache ist in Zusammenhang mit der Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes in der dualen Berufsausbildung zu sehen. Denn viele Jugendliche, die trotz ihres Wunsches keine Ausbildungsstelle in der betrieblichen Ausbildung erhalten, weichen in vollzeitschulische Ausbildungsformen aus. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern, wo das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen noch begrenzter als im Westen ist, liegt die (einzige) Chance für eine qualifizierte Ausbildung für viele Jugendliche in der Schulberufsausbildung (BMBF 2003a: 41 f.).

In den schulischen Ausbildungsformen der beruflichen Bildung dominieren die jungen Frauen. Diese Ausbildungen finden vor allem an Berufsfachschulen sowie an Schulen des Gesundheitswesens statt. An Berufsfachschulen wurden im Schuljahr 2004/05 541.728 Schülerinnen und Schüler ausgebildet; der Frauenanteil betrug hier 59 Prozent. Noch höher war der Frauenanteil mit 79 Prozent in den Schulen des Gesundheitswesens; dort wurden im Schuljahr 2004/05 119.398 Schülerinnen und Schüler ausgebildet (Statistisches Bundesamt 2005 – Schnellmeldung). Auch innerhalb der Berufsfachschulen liegen die Schwerpunkte junger Frauen und junger Männer in unterschiedlichen Bereichen (Tabelle 1.5).

¹⁶ Für die ostdeutschen Länder lagen keine Vergütungsangaben zu diesem Beruf vor.

Tabelle 1.5: Die Top-10-Schulberufe an Berufsfachschulen in Deutschland 2003/04 (absolut und in Zeilenprozent)

Schulberufe	Zusammen	Frauen	Männer
Kinderpfleger/-in	21.168	94,8	5,2
Technische/-r Assistent/-in			
für Informatik	18.730	9,2	90,8
Kaufmänn. Assisten/-in,			
Wirtschaftsassistent/-in	16.884	59,5	40,5
Altenpfleger/-in, Fachkraft			
für Altenpflege	13.589	81,7	18,3
Sozialassistent/-in	13.309	87,6	12,4
Erzieher/-in	9.387	93,5	6,5
Gestaltungstechnische/-r			
Assistent/-in (Grafik, Medien/			
Kommunikation), Grafik-			
Design-Assistent/-in, Grafik-			
Designer/-in	8.985	68,1	31,9
Fremdsprachenassistent/-in,			
Europa-Sekretär/-in	7.692	84,9	15,1
Ergotherapeut/-in	7.634	88,5	11,5
Krankenschwester/Kranken-			
pfleger	7.141	77,9	22,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004: Fachserie 11, Reihe 2: 4.7.4 Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss in einem Beruf vermitteln, der kein Ausbildungsberuf ist (außerhalb des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung)

Innerhalb der Berufsfachschulen nehmen junge Frauen und Männer unterschiedliche Berufsausbildungen auf. Während die jungen Frauen vor allem in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen zu finden sind – sie stellen den weitaus größten Teil der Kinderpflegeschülerinnen und -schüler sowie der künftigen Erzieherinnen und Erzieher und Sozialassistentinnen und -assistenten –, lassen sich fast zehnmal so viele junge Männer wie junge Frauen zum technischen Assistenten für Informatik ausbilden, einem der neu etablierten Informations- und Kommunikationsberufe. Bei den kaufmännischen und den Wirtschaftsassistentinnen und -assistenten machen junge Männer immerhin zwei Fünftel der Schülerinnen und Schüler aus.

An Schulen des Gesundheitswesens sind Frauen insgesamt noch häufiger vertreten als an Berufsfachschulen (Tabelle 1.6).

Tabelle 1.6: Die Top-5-Schulberufe an Schulen des Gesundheitswesens in Deutschland 2003/04 (absolut und in Zeilenprozent)

Schulberufe	Zusammen	Frauen	Männer
Krankenschwester/			
-pfleger, allgemein	51.285	82,0	18,0
Physiotherapeut/-in			
(Krankengymnast/-in)	16.144	71,4	28,6
Altenpfleger/-in	14.426	82,1	17,9
Säuglings- und Kinder-			
krankenschwester/-pfleger	6.251	97,2	2,8
Ergotherapeut/-in	6.023	82,9	17,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004ag; eigene Darstellung

Finden sich noch mehr als ein Viertel männliche Schüler, die sich zum Physiotherapeuten ausbilden lassen, so ist ihr Anteil bei den Schülerinnen und Schülern der Säuglings- und Kinderkrankenpflege verschwindend gering. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Männeranteil an den von Frauen dominierten schulischen Ausbildungsberufen nicht nur niedrig, sondern sogar rückläufig¹⁷ (Statistisches Bundesamt 2004e).

Zwischenfazit: Berufliche Bildung

Nach wie vor sind geschlechtsspezifische Segregationen im Ausbildungssystem feststellbar. Junge Männer münden im Durchschnitt häufiger in das duale System betrieblicher Ausbildungswege ein; sie stellen fast 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen. Dagegen beginnen junge Frauen häufiger eine Ausbildung an beruflichen Schulen; ihr Anteil an Berufsfachschulen beträgt beinahe 60 Prozent, der an Schulen des Gesundheitswesens mehr als 80 Prozent. Auch auf die unterschiedlichen Ausbildungsberufe – seien sie nun interessehalber gewählt oder auf Grund struktureller Rahmenbedingungen ergriffen – verteilen sich junge Frauen und Männer nach wie vor nach geschlechtstypischen Mustern. Im dualen System werden junge Männer häufiger in industriellen Fertigungsberufen und junge Frauen häufiger in Dienstleistungsberufen ausgebildet. In der vollzeitschulischen Berufsausbildung besuchen junge Frauen häufiger Ausbildungen zu personenbezogenen Dienstleistungsberufen, junge Männer dagegen solche zu technischen Berufen.

1.6 Übergänge in den Beruf¹⁸

Um zu beschreiben, wie junge Frauen und Männer in den Beruf einmünden, werden im Folgenden Ergebnisse einer groß angelegten repräsentativen Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) genutzt. In deren Rahmen wurden 1999/2000 rund 4.600 junge Frauen

¹⁷ Nach Helga Krüger hat sich der Anteil männlicher Schüler an Berufsfachschulen zwischen 1991 und 2001 mehr als verdreifacht. Der verstärkte Besuch von Berufsfachschulen durch junge Männer führte jedoch nicht dazu, dass sie nun auch häufiger in den Ausbildungsgängen zu den "typischen Frauenberufen" zu finden sind.

¹⁸ Dieser Abschnitt wurde auf der Basis einer Expertise von Mona Granato verfasst.

und Männer befragt, die ungefähr ein Jahr zuvor eine berufliche Ausbildung abgeschlossen hatten. Es wurden Fachkräfte befragt, die eine *betriebliche* oder *außerbetriebliche* Ausbildung des dualen Systems absolviert hatten. Eine weitere Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung gibt Auskunft über den Verbleib von Absolventinnen und Absolventen, die eine *berufsfachschulische* Ausbildung abgeschlossen hatten (Feller 2000; 2001).

Im Folgenden sollen nun zunächst die Übergänge von Absolventinnen und Absolventen einer *dualen* Ausbildung geschlechterdifferenziert betrachtet werden (Kapitel 1.6.1 bis 1.6.2). In Kapitel 1.6.3 wird dann auf die Übergangssituation von Absolventinnen und Absolventen von *rein schulischen* Ausbildungen eingegangen.

1.6.1 Übernahmechancen im Anschluss an die Ausbildung

Im Folgenden werden nun zunächst die Aussichten von Fachkräften betrachtet, nach einer betrieblichen Ausbildung übernommen zu werden (Tabelle 1.7).

Tabelle 1.7: Übernahmeangebot als Fachkraft in Deutschland 1999/2000 (in %)

	Stichproben-	Übernahmeangebot erhalten? als Fachkraft nein				
	größe					
		gesamt	unbefristet	befristet		
weiblich	1.583	69,5	43,9	25,5	28,8	
männlich	2.088	74,5	45,9	28,6	22,7	
insgesamt	3.671	72,3	45,0	27,3	25,3	

Datenbasis: Befragte mit betrieblichem Vertragspartner, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

In der Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung zur zweiten Schwelle geben von den betrieblich Ausgebildeten 72 Prozent an, dass sie ein Übernahmeangebot als Fachkraft erhalten haben. 29 Prozent der Absolventinnen und 23 Prozent der Absolventen mit betrieblicher Ausbildung haben kein Übernahmeangebot erhalten. Über die Hälfte der betrieblich ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen erhielt keine oder nur eine befristete Möglichkeit der Weiterbeschäftigung. In dieser prekären Situation finden sich die jungen Männer etwas seltener als die jungen Frauen (Tabelle 1.7).

Noch schwieriger als für die betrieblich Ausgebildeten ist die Ausgangslage für außerbetrieblich ausgebildete Absolventinnen und Absolventen. Dieser Personenkreis ist im Westen relativ klein. Im Osten Deutschlands stellten die außerbetrieblich ausgebildeten Fachkräfte 1998 jedoch 24 Prozent der Auszubildenden im dualen System (Berufsbildungsbericht 2000: 23). Die Situation der außerbetrieblich Ausgebildeten stellt sich in der BIBB-Untersuchung im Osten als besonders problematisch heraus, da 84 Prozent der außerbetrieblichen Absolventinnen und 72 Prozent der außerbetrieblichen Absolventen am Ausbildungsende keine betriebliche Beschäftigung finden. Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet sind es 74 Prozent der außerbetrieblichen Absolventinnen und 66 Prozent der außerbetrieblichen Absolventen.

die am Ende der Lehre kein Übernahme- oder Vermittlungsangebot haben. All diese jungen Frauen und Männer sind für eine ausbildungsadäquate berufliche Einmündung allein auf die Möglichkeiten angewiesen, die ihnen der Arbeitsmarkt anbietet. Für diese jungen Fachkräfte ist die Situation in Ostdeutschland besonders problematisch. Dort sind noch ein halbes bis ein Jahr nach Ausbildungsabschluss von den außerbetrieblich ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen 41 Prozent arbeitslos. Dies gilt für junge Frauen und Männer gleichermaßen (Tabelle A 1.5).

Obwohl junge Frauen die jungen Männer im Hinblick auf die Schulabschlüsse, die sie erreichen, überholt haben (Kapitel 1.4 Schulische Bildung), erhalten sie nach dem Abschluss einer betrieblichen Ausbildung signifikant seltener als männliche Befragte von ihrem Betrieb die Möglichkeit einer ausbildungsadäquaten Weiterbeschäftigung (Tabelle 1.8). Da aber Personen mit höheren Schulabschlüssen generell bessere Übernahmechancen haben, profitieren auch junge Frauen von ihren höheren Bildungsabschlüssen.

Besonders benachteiligt erscheinen die jungen weiblichen Fachkräfte, die nur einen Hauptschulabschluss haben. Sie erhalten deutlich seltener als die jungen Männer mit gleichem Schulabschluss ein Übernahmeangebot. Im Vergleich zu männlichen Absolventen mit (Fach-)Hochschulreife haben Absolventinnen ungefähr gleich gute Chancen ein Übernahmeangebot zu erhalten (Tabelle 1.8).

Tabelle 1.8: Übernahmeangebot als Fachkraft nach dem Schulabschluss in Deutschland 1999/2000 (in %)

Schulabschluss vor Lehre		Stichpro-	Übernahmeangebot erhalten?			
		bengröße		als Fachkraft		
			gesamt	unbefristet	befristet	
and the state of the cont	weiblich	456	62,9	41,5	21,5	35,7
maximal Haupt- schulabschluss	männlich	1.018	72,7	48,2	24,6	25,0
Scridiabscriidss	insgesamt	1.474	69,7	46,1	23,6	28,3
	weiblich	788	69,0	42,4	26,5	28,6
mittlerer Abschluss	männlich	770	74,5	43,1	31,4	22,2
	insgesamt	1.558	71,8	42,7	28,9	25,4
Factor /	weiblich	339	79,1	50,4	28,6	19,8
Fach-/ Hochschulreife	männlich	301	80,4	45,5	34,9	15,9
	insgesamt	640	79,7	48,1	31,6	18,0

Datenbasis: Befragte mit betrieblichem Vertragspartner, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

Die Chancen von jungen Frauen und Männern, von ihrem Ausbildungsbetrieb ein Übernahmeangebot zu erhalten, sind je nach Branche unterschiedliche (Tabelle 1.9).

Tabelle 1.9: Übernahmeangebot als Fachkraft nach Wirtschaftszweig/ Ausbildungsbetrieb in Deutschland 1999/2000 (in %)

Wirtschaftszweig/ Ausbildungsbetrieb		Stichpro- bengröße	Übernahmeangebot erhalten?			
Ausbildul	Adstillatingsbettleb			als Fachkraft		
			gesamt	unbefristet	befristet	
Handwerk	weiblich	291	62,9	45,7	17,2	35,7
	männlich	993	68,7	48,0	20,6	30,3
	insgesamt	1.284	67,4	47,5	19,9	31,5
Industrie	weiblich	212	83,0	43,4	39,6	15,1
	männlich	554	83,8	42,3	41,5	11,2
	insgesamt	766	83,6	42,6	41,0	12,3
Handel	weiblich	329	72,9	45,7	27,1	25,8
	männlich	247	76,5	50,2	26,3	19,4
	insgesamt	576	74,5	47,7	26,8	23,1
freie Berufe	weiblich	368	65,5	48,6	16,8	32,3
	männlich	25	76,0	50,0	24,0	24,0
	insgesamt	393	66,2	48,7	17,3	31,8
sonstige	weiblich	124	78,2	51,6	26,6	19,4
private Dienste	männlich	65	93,8	59,1	34,8	4,6
	insgesamt	189	83,6	54,2	29,5	14,3

Datenbasis: Befragte mit betrieblichem Vertragspartner, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

In allen in Tabelle 1.9 dargestellten Wirtschaftszweigen haben die männlichen Fachkräfte bessere Chancen als die Frauen ein Übernahmeangebot zu erhalten. In der Industrie richten sich die Übernahmeangebote allerdings ziemlich ausgewogen an Frauen und Männer.

1.6.2 Berufseinmündung ein Jahr nach der Ausbildung

Im Jahre 2003 waren laut statistischer Angaben 41 Prozent der jungen Frauen in Ostdeutschland und 31 Prozent derjenigen in Westdeutschland sowie 39 Prozent der jungen Männer in Ostdeutschland und 30 Prozent derjenigen in Westdeutschland direkt im Anschluss an eine erfolgreich abgeschlossene duale Ausbildung arbeitslos (Granato/Dorau 2004). Ein Jahr nach der Ausbildung arbeiten junge Frauen allerdings häufiger als junge Männer als Fachkraft (Tabelle 1.10). Der höhere Anteil junger Frauen, die ein Jahr nach der Ausbildung als Fachkraft arbeiten, ist auch ein Resultat dessen, dass sie nach der Lehre häufiger als die jungen Männer eine Beschäftigung anstreben (Tabelle A. 1.3). Ihre stärkeren, vielfältigeren und intensiveren Suchaktivitäten (Tabelle A 1.4) dürften gleichfalls hierzu beitragen.

Trotz der selteneren Übernahmeangebote und trotz der kurzfristig signifikant häufigeren Einmündung in Arbeitslosigkeit im Anschluss an die Lehre, haben Absolventinnen aus dualer Ausbildung im Hinblick auf die Einmündung als Fachkraft rund ein Jahr nach der Ausbildung mit den männlichen Fachkräften gleichgezogen. Dies gilt allerdings nur für Deutschland insgesamt und für Westdeutschland (Tabelle 1.10).

Tabelle 1.10: Verbleib junger Fachkräfte¹ ein Jahr nach der Ausbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1999/2000 (in %)

Region	Haupttätigkeit	Stichpro- bengröße	weiblich	männlich	insgesamt
	Arbeit als Fachkraft	2.952	75,3	72,2	73,5
Deutschland	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	544	13,9	13,3	13,5
	Weiterbildung	273	5,2	8,0	6,8
	Studium	182	3,8	5,1	4,5
	Arbeit als Fachkraft	2.315	80,0	74,7	77,0
West	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	306	10,3	10,1	10,2
	Weiterbildung	208	4,7	8,6	6,9
	Studium	133	3,5	5,2	4,4
	Arbeit als Fachkraft	673	60,8	64,7	63,1
Ost	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	238	24,9	22,6	23,6
	Weiterbildung	65	6,7	6,2	6,4
	Studium	49	4,7	5,0	4,9

¹ Fachkräfte nach einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System Datenbasis: Befragte mit betrieblichem Vertragspartner, Befragung 2. Schwelle 1999/2000 Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

In den ostdeutschen Bundesländern sind junge Frauen ein Jahr nach ihrem Berufsabschluss – trotz häufigerer Suchaktivitäten – mit 61 Prozent noch seltener als junge Männer (65 %) in einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung. Jede vierte Absolventin und fast ebenso viele Absolventen sind in Ostdeutschland ein Jahr nach der Ausbildung arbeitslos. Außerbetrieblich ausgebildete Absolventinnen in Ostdeutschland trifft dies zu 41 Prozent, die Absolventen dort zu 42 Prozent (Tabelle A. 1.5). In Ostdeutschland arbeitet ein Jahr nach Ausbildungsabschluss nur jede vierte außerbetrieblich ausgebildete Frau zum Befragungszeitpunkt als Fachkraft. Für die männliche Vergleichsgruppe trifft dies in 37 Prozent der Fälle zu (Tabelle A 1.5). Die jungen Frauen in außerbetrieblichen Ausbildungen haben im Osten also besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die prekäre Situation junger Fachkräfte findet auch darin ihren Ausdruck, dass von den ausbildungsadäquat Beschäftigten ein Jahr nach der Ausbildung bundesweit rund 30 Prozent lediglich eine befristete Anstellung haben. Hiervon sind junge Männer etwas häufiger als junge Frauen betroffen (Tabelle 1.11). Im Osten sind junge Fachkräfte ein Jahr nach Ende der Lehre deutlich häufiger nur befristet beschäftigt. Das trifft auf 40 Prozent der jungen Männer und 38 Prozent der jungen Frauen zu (Tabelle 1.11).

Tabelle 1.11: Befristete oder unbefristete Stelle¹ zum Befragungszeitpunkt in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1999/2000 (in %)

	Stelle	Stichprobengröße	weiblich	männlich	insgesamt
Deutschland	unbefristet	1.747	70,1	68,3	69,1
	befristet	780	29,9	31,7	30,9
West	unbefristet	1.443	72,0	70,5	71,2
	befristet	584	28,0	29,5	28,8
Ost	unbefristet	304	61,7	60,5	60,9
	befristet	195	38,3	39,5	39,1

¹ Fachkräfte nach einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System, die zum Befragungszeitpunkt als Fachkraft arbeiten

Datenbasis: Befragung 2. Schwelle 1999/2000 Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

Die große Bedeutung von Übernahmeangeboten für die unkomplizierte Einmündung in den Beruf zeigt sich darin, dass von den Absolventinnen und Absolventen mit Übernahmeangebot weniger als 5 Prozent rund ein Jahr nach Ende der Lehre arbeitslos oder prekär beschäftigt sind, doch 32 Prozent derjenigen ohne Übernahmeangebot (Tabelle 1.12).

Nur die Hälfte der Absolventinnen (50 %) und 47 Prozent der Absolventen ohne Übernahmeangebot ist ein Jahr nach Ausbildungsabschluss in einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung. Dass Frauen seltener ein Übernahmeangebot erhalten als Männer, erschwert zwar ihren Einstieg in den Beruf. Ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung haben sie einen Teil dieser Benachteiligung jedoch wieder kompensiert. Bei denjenigen mit Übernahmeangebot sind es 88 Prozent der Frauen und 83 Prozent der Männer, die nach einem Übernahmeangebot auch ein Jahr nach der Ausbildung als Fachkraft arbeiten. Bemerkenswert sind auch die Auswirkungen befristeter Übernahmeangebote: Absolventinnen mit befristetem Übernahmenangebot sind direkt nach der Lehre zu 91 Prozent als Fachkraft beschäftigt, Absolventen zu 93 Prozent. Ein Jahr später sind von den befristet eingestellten jungen Fachkräften nur noch 83 Prozent der Frauen und 76 Prozent der Männer als Fachkraft beschäftigt. Die jungen Frauen konnten sich also länger als Fachkräfte halten. 9 Prozent der Frauen und 8 Prozent der Männer, denen nur eine befristete Weiterbeschäftigung angeboten wurde, sind ein Jahr nach Ausbildungsabschluss wieder arbeitslos. Offen bleibt, inwieweit es den noch beschäftigten Absolventinnen und Absolventen mit einem befristeten Übernahmeangebot gelingt, ihre berufliche Position im weiteren Berufsverlauf zu festigen. Junge Frauen mit einer unbefristeten Möglichkeit der Weiterbeschäftigung zu beiden Zeitpunkten bleiben mit 92 Prozent bzw. 91 Prozent ausbildungsadäquat beschäftigt und sind ein Jahr nach der Ausbildung mit 2 Prozent sehr selten arbeitslos. Auch unter den jungen Männern, die ein unbefristetes Übernahmeangebot erhalten haben, liegt die Arbeitslosigkeit mit knapp 3 Prozent sehr niedrig (Tabelle 1.12).

Tabelle 1.12: Verbleib junger Fachkräfte ein Jahr nach der Ausbildung nach Übernahmeangebot in Deutschland 1999/2000 (in %)

Übernahmeangebot erhalten?	Haupttätigkeit	Stichpro- bengröße	weiblich	männlich	insge- samt
	Arbeit als Fachkraft	2.319	88,3	83,2	85,3
Übernahmeangebot als Fachkraft	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	127	4,5	4,8	4,7
erhalten	Weiterbildung	122	2,8	5,7	4,5
	Studium	132	4,0	5,5	4,9
	Arbeit als Fachkraft	1.498	91,4	87,6	89,2
unbefristetes Über- nahmeangebot als	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	39	2,0	2,6	2,3
Fachkraft	Weiterbildung	71	2,8	5,2	4,2
	Studium	60	3,4	3,7	3,6
	Arbeit als Fachkraft	821	83,1	76,2	79,0
befristetes Über- nahmeangebot als	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	88	8,7	8,3	8,5
Fachkraft	Weiterbildung	50	2,6	6,4	4,8
	Studium	73	5,2	8,3	7,0
	Arbeit als Fachkraft	538	50,0	46,6	48,3
kein Übernahmean-	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	361	32,4	32,4	32,4
gebot als Fachkraft	Weiterbildung	132	9,7	14,0	11,8
	Studium	46	3,6	4,7	4,1

Datenbasis: Befragung 2. Schwelle 1999/2000 Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

Die Chancen, spätestens ein Jahr nach der Ausbildung als Fachkraft einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz zu finden, sind auch von der schulischen Vorbildung der Fachkräfte abhängig (Tabelle 1.13).

Während die Hauptschulabsolventinnen ein Jahr nach dem Ausbildungsabschluss nicht im gleichen Maße wie die Hauptschulabsolventen Arbeit als Fachkraft gefunden haben, ist es gerade weiblichen Fachkräften mit mittlerem Schulabschluss gelungen, ihre ungünstige Ausgangsposition, d.h. die fehlenden Übernahmeangebote im Vergleich zu jungen Männern gleicher schulischer Vorbildung mehr als auszugleichen. Direkt nach der Lehre arbeiten nur 70 Prozent der Absolventinnen mit mittlerem Schulabschluss als Fachkraft (Berechnungen des BIBB, Befragung 2. Schwelle 1999/2000), im ersten Jahr nach der Ausbildung haben von den Absolventinnen mit mittlerer Reife 77 Prozent eine ausbildungsadäquate Beschäftigung gefunden (Tabelle 1.13). Nicht so Absolventinnen mit maximal Hauptschulabschluss: Im Anschluss an die Lehre sind rund 69 Prozent als Fachkraft beschäftigt, ein Jahr später mit 72 Prozent kaum mehr (Tabelle 1.13). Dementsprechend gering ist der Rückgang in punkto Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Hauptschulabsolventinnen in diesem Zeitraum (von 27 % auf 22 %). Die Arbeitslosigkeit unter den Fachkräften mit Abitur ist besonders gering, ganz besonders bei den Frauen (Tabelle 1.13).

Tabelle 1.13: Verbleib junger Fachkräfte ein Jahr nach der Ausbildung nach Schulabschluss vor der Lehre in Deutschland 1999/2000 (in %)

Schulabschluss vor Lehre	Haupttätigkeit	Stichpro- bengröße	weiblich	männlich	insgesamt
	Arbeit als Fachkraft	1.253	71,8	76,1	74,7
maximal Haupt- schulabschluss	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	304	22,2	16,1	18,1
Scriulauscriiuss	Weiterbildung	74	2,5	5,3	4,4
	Studium	13	0,4	1,0	0,8
	Arbeit als Fachkraft	1.244	77,3	71,1	74,3
mittlerer Abschuss	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	206	12,8	11,8	12,3
	Weiterbildung	177	7,8	13,5	10,6
	Studium	25	0,8	2,2	1,5
	Arbeit als Fachkraft	456	75,7	60,6	68,7
(Fach-)Abitur	arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	35	3,7	7,1	5,3
	Weiterbildung	21	3,1	3,2	3,2
	Studium	146	16,4	28,4	22,0

Datenbasis: Befragung 2. Schwelle 1999/2000 Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

Insgesamt lässt sich festhalten: An der ersten und an der zweiten Schwelle sind Frauen mit Hauptschulabschluss in Deutschland benachteiligt. Diese wie andere Untersuchungen belegen, dass neben dem Schulabschluss auch das Geschlecht eine Auswirkung auf die berufliche Einmündung hat. Nach Visser (1999) weisen weibliche Absolventinnen mit Hauptschulabschluss seit 1981 konstant schlechtere Vermittlungschancen auf als männliche Bewerber ohne Hauptschulabschluss. Für Hauptschulabgängerinnen ist somit nicht nur die erste Schwelle, d.h. der Übergang von der Schule in eine Ausbildung schwierig, sondern auch die zweite Schwelle: Jene Absolventinnen, denen es gelungen ist, in eine berufliche Erstausbildung einzumünden, haben auch beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf erheblich größere Schwierigkeiten als männliche Absolventen. Mit den höheren Schulabschlüssen können junge Frauen nach dem Durchlaufen einer dualen Ausbildung ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessern. Männliche Absolventen sind von weiterführender Schulqualifikation weniger abhängig. Sie bekommen auch mit ungünstigeren schulischen Eingangsqualifikationen häufiger als weibliche Befragte gleich begrenzter schulischer Qualifikation ein Übernahmeangebot.

Eine außerbetriebliche Ausbildung erweist sich gegenüber einer betrieblichen Ausbildung als erheblich ungünstigere Voraussetzung für den Übergang an der zweiten Schwelle, als deutlich risikosteigernd im Hinblick auf Arbeitslosigkeit im Prozess des Übergangs in den Beruf und damit insgesamt als chancenmindernd für eine dauerhafte berufliche Integration (Tabelle

A 1.5). Die Möglichkeit für *betrieblich* ausgebildete junge Fachkräfte, direkt vom Lehrbetrieb selbst übernommen zu werden, erweist sich als unschlagbarer Vorteil, der durch eigene Aktivitäten der *außerbetrieblich* Ausgebildeten in keiner Weise aufgefangen werden kann.

Außerbetriebliche Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen im Osten haben erheblich geringere Chancen auf eine ausbildungsadäquate Beschäftigung als die Vergleichsgruppe im Westen (Tabelle A 1.5). Die Aussichten außerbetrieblich ausgebildeter junger Frauen sind nochmals deutlich schlechter als die der männlichen Vergleichsgruppe. Am allerschwierigsten ist die Situation für außerbetrieblich ausgebildete junge Frauen im Osten. Noch seltener als die männliche Vergleichsgruppe erhalten sie ein Übernahme- bzw. Vermittlungsangebot. Ein Jahr nach Ausbildungsende sind sie deutlich seltener adäquat beschäftigt. Gerade bei dieser Gruppe fehlen die beruflichen Perspektiven fast gänzlich.

Ein (kleinerer) Teil des negativen Einflusses der außerbetrieblichen Ausbildung auf die weiteren beruflichen Chancen hängt somit nicht nur mit dieser Ausbildungsform als solcher zusammen, sondern zusätzlich dazu mit anderen Faktoren, wie z.B. der regionalen Herkunft in Deutschland bzw. dem Geschlecht. Das Risiko von Arbeitslosigkeit bzw. von geringerer Einmündung als Fachkraft ist neben der Ausbildungsform (außerbetrieblich/betrieblich) zusätzlich auf das Geschlecht, die Herkunftsregion (Ost/West) und den Schulabschluss zurückzuführen (Granato/Ulrich 2001). Auch der Ausbildungsberuf selbst ist von Bedeutung. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Steiner/Prein (2004) für duale Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen in Ostdeutschland.

Der Nachweis einer geschlechtsspezifischen Benachteiligung von Ausbildungsabsolventinnen beim Übergang an der zweiten Schwelle ist bezogen auf einzelne berufliche Sektoren eher schwer zu belegen. Dies liegt vor allem an der meist sehr unterschiedlichen Aufteilung junger Frauen und Männer auf Ausbildungsberufe (Tabelle 1.14).

Tabelle 1.14: Übernahmeangebot als Fachkraft in ausgewählten Ausbildungsberufen (in %)

Ausbildungsberuf		Stichpro- Übernahmeangebot erh		bot erhalten	?	
		bengröße	als Fachkraft			nein
			gesamt	unbefristet	befristet	
Kaufleute im Ein- zelhandel	weiblich	168	75,0	50,0	25,0	24,4
	männlich	88	79,3	47,7	31,8	18,2
	insgesamt	256	76,5	49,2	27,3	22,3
	weiblich	161	70,2	42,2	28,0	28,6
Bürokaufleute	männlich	67	77,6	43,3	34,3	20,9
	insgesamt	228	72,4	42,5	29,8	26,3
Tischler/-in	weiblich	15	40,0	33,3	6,7	60,0
	männlich	207	58,5	37,2	21,3	41,5
	insgesamt	222	57,2	36,9	20,3	42,8
	weiblich	118	83,1	44,9	38,1	16,1
Industriekaufleute	männlich	82	72,3	25,6	46,3	20,7
	insgesamt	200	78,6	37,0	41,5	18,0
Kauflauta für Craf	weiblich	59	76,3	39,0	37,3	22,0
Kaufleute für Groß- und Außenhandel	männlich	120	80,0	52,5	27,5	17,5
und Adisennander	insgesamt	179	78,8	48,0	30,7	19,0
Arzthelferin	weiblich	125	66,9	47,2	20,0	29,6
Friseurin	weiblich	78	64,1	41,0	23,1	32,1
Kfz-Mechaniker	männlich	132	68,9	50,8	18,2	28,0
Elektroinstallateur	männlich	124	60,5	47,6	12,9	37,1
Maurer	männlich	107	78,5	57,0	21,5	19,6

Datenbasis: Befragte mit betrieblichen Vertragspartnern, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Quelle: BIBB; Berechnungen von Granato

Im kaufmännischen Bereich werden Frauen wie Männer allerdings häufig genug ausgebildet, um einen direkten Vergleich zu ermöglichen. Hier zeigt sich, dass Absolventinnen im Vergleich zu männlichen Absolventen geringere Aussichten haben. So erhalten betrieblich ausgebildete Kauffrauen im Einzelhandel, Bürokauffrauen sowie Kauffrauen im Groß- und Außenhandel seltener als die männlichen Kaufleute ein Übernahmeangebot ihres Ausbildungsbetriebs. Nur bei den Industriekaufleuten erhalten weibliche Fachkräfte zu einem höheren Anteil als die männlichen ein Übernahmeangebot.

Ein – allerdings indirekter – Vergleich ist auch für Absolventinnen und Absolventen aus dem Handwerk möglich. Hier zeigt sich, dass Friseurinnen seltener als Kfz-Mechaniker und Maurer ein betriebliches Übernahmeangebot erhalten. Allerdings haben Elektroinstallateure noch schlechtere Übernahmechancen als Friseurinnen (Tabelle 1.14).

1.6.3 Übergänge aus berufsfachschulischer Ausbildung

Berufsfachschulisch ausgebildete Absolventinnen und Absolventen münden ein Jahr nach der Ausbildung seltener als dual ausgebildete in eine Tätigkeit als Fachkraft. Den jungen rein

schulisch ausgebildeten Frauen gelingt der Einstieg in den Beruf allerdings deutlich häufiger als den jungen Männern. Viele Absolventinnen und Absolventen entscheiden sich nach dem Abschluss einer Ausbildung an einer Berufsfachschule für eine Weiterbildung bzw. ein Studium. Ein Viertel der männlichen Absolventen nimmt nach Abschluss einer berufsfachschulischen Ausbildung ein Studium auf (Tabelle 1.15). Die Arbeitslosenquote der jungen Absolventinnen liegt über der der Absolventen, weil sie nur zu 6 Prozent ein Studium beginnen.

Tabelle 1.15: Verbleib von Absolventinnen und Absolventen aus berufsfachschulischer Ausbildung ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung in Deutschland (in %)

Haupttätigkeit	weiblich	männlich	insgesamt
Arbeit als Fachkraft	52,9	39,8	51,6
arbeitslos/keine Arbeit als Fachkraft	11,7	8,2	10,9
Weiterbildung	29,1	27,3	28,5
Studium	6,4	24,8	9,4

Datenbasis: Befragung von Absolventinnen und Absolventen aus Berufsfachschulen 1998

Quelle: Feller 2000; Berechnungen von Granato

Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass Studium und Weiterbildung nur zum Teil der ursprünglichen Intention der Fachkräfte entspricht. Es ist anzunehmen, dass die Einmündung in eine schulische, berufliche oder universitäre Ausbildung zum Teil eine Ausweichstrategie auf Grund mangelnder beruflicher Aussichten darstellt. Demgegenüber zeichnet sich ab, dass es dual ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen mit dem Ziel, direkt im Anschluss an die Lehre zu arbeiten, zwar auch seltener als beabsichtigt, doch wesentlich häufiger als Absolventinnen und Absolventen von Berufsfachschulen gelingt, in eine Beschäftigung als Fachkraft einzumünden.

Vergleicht man die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach dualer und nach rein schulischer Ausbildung, so stellt man fest, dass der Anteil derjenigen, die ein Jahr nach dem Abschluss ihrer Ausbildung einen Arbeitsplatz erhalten haben, bei den Absolventinnen und Absolventen des dualen Systems deutlich größer ist (Tabelle 1.16).

Tabelle 1.16: Verbleib von Absolventinnen und Absolventen aus dualer und berufsfachschulischer Ausbildung ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung in Deutschland (in %)

	Haupttätigkeit	weiblich (in %)	männlich (in %)	insgesamt (in %)
Absolventinnen und Absolventen aus dualer Ausbil- dung ¹	Arbeit als Fachkraft	75,3	72,2	73,5
	arbeitslos/keine Arbeit als Fach- kraft	13,9	13,3	13,5
	Weiterbildung	5,2	8,0	6,8
	Studium	3,8	5,1	4,5
Absolventinnen und Absolventen aus berufsfach-	Arbeit als Fachkraft	52,9	39,8	51,6
	arbeitslos/keine Arbeit als Fach- kraft	11,7	8,2	10,9
schulischer Ausbil-	Weiterbildung	29,1	27,3	28,5
dung ²	Studium	6,4	24,8	9,4

¹ BIBB

Datenbasis: BIBB: Befragung 2. Schwelle 1999/2000; Feller: Befragung von Absolventinnen und Absolventen aus Berufsfachschulen 1998

Quellen: BIBB; Feller 2000; Berechnungen von Granato

Tabelle 1.16 weist darauf hin, dass die Ausbildungen im dualen System im Durchschnitt bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen als die berufsfachschulischen Ausbildungen – wenngleich die Ergebnisse auf Grund der unterschiedlichen Anlage und Fragestellung der Studien nur bedingt miteinander vergleichbar sind. Die günstigeren Arbeitsmarktchancen nach einer dualen (betrieblichen) Ausbildung schaffen Vorteile für junge Männer, weil sie im dualen System überrepräsentiert und im berufsfachschulischen System unterrepräsentiert sind (Kapitel 1, Tabelle 1.2) Dieser Ungleichstellung könnte begegnet werden, wenn auch Berufsfelder, in die viele Frauen einmünden, wie etwa die im Gesundheits- und Pflegebereich über duale Ausbildungsgänge erreichbar wären.

Zwischenfazit: Übergänge in den Beruf

Beim Übergang von der Berufsausbildung in den Beruf, an der so genannten zweiten Schwelle, stehen junge Frauen und Männer nach wie vor vor unterschiedlichen Problemen. Für junge Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern, Absolventinnen mit Hauptschulabschluss und außerbetrieblich Ausgebildete gestaltet sich der Übergangsprozess besonders schwierig. Sie sind zu einem größeren Teil arbeitslos oder prekär beschäftigt. Andere weichen auf schulische oder berufliche Weiterbildungen aus. Auch wenn weibliche Fachkräfte zum Teil mehr Schwierigkeiten haben, unmittelbar nach der Berufsausbildung auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, gelingt es ihnen doch häufiger als jungen Männern, nach oft intensiver Suche, als Fachkraft ins Erwerbsleben einzusteigen. In Westdeutschland ist die Quote der ausbildungsadäquat Beschäftigten bei jungen weiblichen Fachkräften ein Jahr nach Ausbildungsabschluss sogar höher als bei jungen männlichen Fachkräfte. Die höheren

² Feller 2000

schulischen Qualifikationen junger Frauen verbessern ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz.

Die Chancen von Berufsfachschulabsolventinnen und -absolventen, einen Arbeitsplatz als Fachkraft zu erhalten, sind schlechter als die der betrieblich ausgebildeten Fachkräfte. Aber auch hier gelingt es den jungen Frauen häufiger als den jungen Männern, mit Verzögerung eine Tätigkeit als Fachkraft aufzunehmen.

Trotz der hier belegten größeren Schwierigkeiten für junge Frauen, nach einer betrieblichen oder rein schulischen Ausbildung sofort als Fachkräfte beschäftigt zu werden, lag die Erwerbslosenquote von Männern unter 30 Jahren insgesamt sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland im Jahr 2004 deutlich über der der gleichaltrigen Frauen (Kapitel 2, Abbildung 2.31)¹⁹. Eine wesentliche Ursache hierfür könnte sein, dass – insbesondere ausländische – junge Männer die Schule häufiger als junge Frauen ohne Abschluss verlassen (Abbildung 1.12) und damit besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben (Kapitel 2, Abbildung 2.33). Die Erwerbslosenquote junger Frauen wird allerdings auch deshalb unter der der jungen Männer liegen, weil ein Teil der jungen Frauen ihre Erwerbsorientierung aufgibt und sich auf Familienaufgaben konzentriert.

1.7 Studium

Nachdem im Wintersemester 2003/2004 erstmals mehr als 2 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben waren, gingen die Studierendenzahlen im Wintersemester 2004/2005 auf 1.966.243 wieder leicht zurück. Mittlerweile nehmen beinahe 40 Prozent aller Jugendlichen ein Studium an einer Hochschule auf.²⁰

1.7.1 Anteile der Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Seit 1970 hat sich die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger beinahe verdreifacht. Die jungen Frauen konnten seit 1980 ihre Studienbeteiligung²¹ verdoppeln, bei den jungen Männern stieg sie fast um die Hälfte an. Im Studienjahr 2002/2003 stellten junge Frauen erstmals mehr als die Hälfte aller Studienanfängerinnen und Studienanfänger. Im Studienjahr 2004/2005 lagen bei den Studienanfängerinnen und Studienanfängern die jungen Männer mit 51,4 Prozent vorne. Diese Zahlen zeigen, dass in den letzten Jahren beide Geschlechter annähernd gleich häufig ein Studium aufnehmen.

1.7.2 Studienfachwahl

Auch bei den Studienfächern lässt sich, ähnlich wie bei den Ausbildungsberufen, ein Ran-

¹⁹ Bei den 20- bis 24-Jährigen waren 2004 in Ostdeutschland 23,5 Prozent der Männer und 18,9 Prozent der Frauen erwerbslos, unter den gleichaltrigen Männern im Westen lag die Erwerbslosenquote bei 14,7 Prozent, bei den Frauen bei 9,1 Prozent (Kapitel 2, Abbildung 2.31).

²⁰ Berechnet nach der Studienanfängerquote; d.h. dem Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung.

²¹ Im Verhältnis zur altersspezifischen Bevölkerung.

king der am häufigsten von Studentinnen (Tabelle 1.17) und Studenten (Tabelle 1.18) besetzten Fächer vornehmen.

Tabelle 1.17: Die 20 von deutschen Studentinnen am häufigsten besetzten Studienfächer im Wintersemester 2003/2004 (in %)

Rang	Fach	in %
1	Betriebswirtschaftslehre	7,5
2	Germanistik/Deutsch	6,9
3	Rechtswissenschaft	5,1
4	Medizin (AllgMedizin)	5,0
5	Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	4,1
6	Anglistik/Englisch	3,6
7	Wirtschaftswissenschaften	3,3
8	Biologie	3,0
9	Psychologie	2,8
10	Sozialwesen	2,6
11	Mathematik	2,4
12	Architektur	2,1
13	Soziologie	1,5
14	Geschichte	1,3
15	Sozialarbeit/-hilfe	1,2
16	Chemie	1,2
17	Geographie/Erdkunde	1,2
18	Politikwissenschaft/Politologie	1,2
19	Sozialpädagogik	1,1
20	Kunstgeschichte/Kunstwissenschaft	1,1
Zusammen		58,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004ah: Tabelle 8

Tabelle 1.18: Die 20 von deutschen Studenten am häufigsten besetzten Studienfächer in Deutschland im Wintersemester 2003/2004 (in %)

Rang	Fach	in %
1	Betriebswirtschaftslehre	8,5
2	Informatik	6,5
3	Maschinenbau/-wesen	6,0
4	Rechtswissenschaft	4,9
5	Wirtschaftswissenschaften	4,7
6	Elektrotechnik/Elektronik	4,4
7	Wirtschaftsingenieurwesen	3,4
8	Medizin (Allgemein-Medizin)	3,2
9	Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	2,7
10	Physik	2,4

⁻ Fortsetzung nächste Seite -

11	Mathematik	2,2
12	Wirtschaftsinformatik	2,2
13	Architektur	2,1
14	Germanistik/Deutsch	2,0
15	Politikwissenschaft/Politologie	1,8
16	Biologie	1,7
17	Chemie	1,7
18	Volkswirtschaftslehre	1,6
19	Geschichte	1,6
20	Geographie/Erdkunde	1,3
Zusammen		64,5

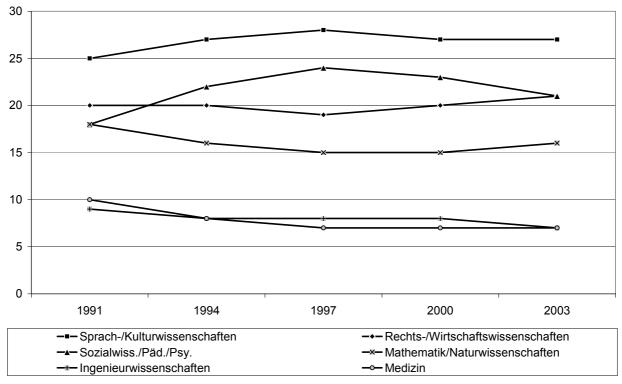
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004ah: Tabelle 8

Bei den Studentinnen hat sich die Reihenfolge der ersten fünf Plätze in den vergangenen Jahren nicht verändert. Im Gegensatz zu den betrieblichen Auszubildenden konzentrieren sich bei den Studierenden mehr Männer als Frauen auf die 20 am stärksten besetzten Studienfächer.

An erster Stelle steht 2003/2004 bei beiden Geschlechtern das Fach Betriebswirtschaftslehre. Ansonsten studieren deutlich mehr Männer Informatik, Maschinenbau/-wesen und Elektrotechnik/Elektronik und deutlich mehr Frauen Germanistik, Anglistik sowie Erziehungswissenschaft und andere sozialwissenschaftliche Fächer. Relativ ausgeglichen sind die Zahlen in Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft sowie in den Wirtschaftswissenschaften, also dem Bereich Wirtschaft und Recht. Aber auch in Architektur und Mathematik sind die jungen Frauen ähnlich häufig vertreten wie die jungen Männer.

In der Hochschulstatistik werden verwandte Fächer zu Fächergruppen zusammengefasst. In der folgenden Abbildung 1.15 wird die Verteilung junger Frauen auf diese unterschiedlichen Fächergruppen im Zeitverlauf dargestellt. Das heißt, es wird dargestellt, wie viele Studentinnen z.B. ein Fach aus dem Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften, aus dem Bereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften usw. studierten und studieren. In Abbildung 1.16 wird diese Verteilung für die männlichen Studenten gezeigt.





1 im Erststudium

Lesehilfe: Im Jahr 1991 studierten 18 Prozent aller Studentinnen Mathematik oder eine Naturwissenschaft, im Jahr 1997 waren es nur noch 15 Prozent, im Jahr 2003 stieg der Anteil der Studentinnen der Mathematik und Naturwissenschaften an allen Studentinnen wieder leicht auf 16 Prozent an.

Quelle: DSW/HIS 2003; eigene Darstellung

Aus Abbildung 1.15 wird ersichtlich, dass seit Anfang der 90er-Jahre die meisten Studentinnen ein Fach aus dem Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften studieren.²² Auf gleich bleibend hohem Niveau bewegen sich die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Sozialwissenschaftliche Fächer, Pädagogik und Psychologie konnten seit Beginn der 90er-Jahre etwas zulegen. Dagegen studierten im Jahr 2003 etwas weniger Frauen Mathematik, eine Naturwissenschaft, Ingenieurwissenschaften oder Medizin als zwölf Jahre zuvor.

²² Betrachtet man darüber hinaus Abbildung A 1.4 im Anhang, so ist zu erkennen, dass in den 70er- und 80er-Jahren noch deutlich mehr Frauen ein Fach aus dem sprachlich-kulturwissenschaftlichen Bereich studierten als in den vergangenen 15 Jahren. Differenzen in den Anteilen ergeben sich aus einer anderen Zusammenfassung der Fächergruppen.

35 30 25 20 15 10 5 0 1991 1994 1997 2000 2003 --- Sprach-/Kulturwissenschaften --- Rechts-/Wirtschaftswissenschaften ---- Sozialwiss./Päd./Psy. -x- Mathematik/Naturwissenschaften --- Ingenieurwissenschaften **⊸** Medizin

Abbildung 1.18: Verteilung der Studenten¹ auf die häufigsten Fächergruppen in Deutschland 1991 bis 2003 (in %)

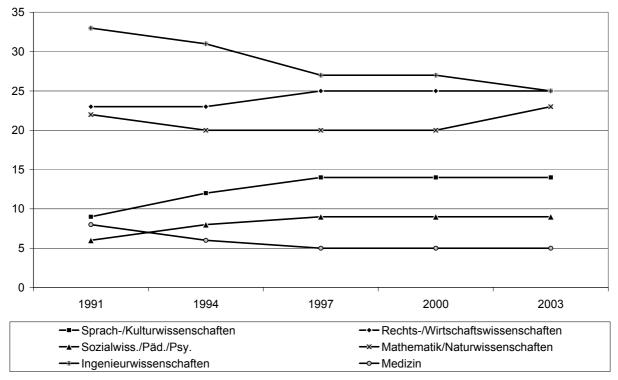
1 im Erststudium

Quelle: DSW/HIS 2003; eigene Darstellung

Bei den männlichen Studenten sieht die Verteilung auf die verschiedenen Fächergruppen völlig anders aus. Hier dominieren die Ingenieurwissenschaften. Allerdings hat diese Studienrichtung auch bei den Männern seit 1991 an Attraktivität verloren.²³ In den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften findet sich heute ein größerer Anteil der männlichen Studenten als vor zwölf Jahren. Mathematik und Naturwissenschaften blieben in etwa auf demselben Niveau. Seltener, aber in den 90er-Jahren mit leicht steigender Tendenz, studieren Männer Fächer aus den Bereichen Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Sozialwissenschaften, Pädagogik und Psychologie. Ebenso wie bei den Studentinnen ging auch bei den Studenten der Anteil derjenigen, die Medizin studieren zurück.

Abbildung 1.19: Verteilung der Studenten¹ auf die häufigsten Fächergruppen in Deutschland 1991 bis 2003 (in %)

²³ Seit Anfang der 90er-Jahre gingen zwar, wie die Abbildungen 1.15 und 1.16 zeigen, sowohl bei den Studentinnen als auch bei den Studenten die Anteile derjenigen, die eine Ingenieurwissenschaft studierten, zurück. Andererseits nahm jedoch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in den Ingenieurwissenschaften in den letzten Jahren zu. Der Anteil bei den Studierenden ging also deshalb zurück, weil die allgemeinen Studierendenzahlen stärker anwuchsen als die der Studierenden der Ingenieurwissenschaften.



1 im Erststudium

Quelle: DSW/HIS 2003; eigene Darstellung

Deutschland gehört zu den europäischen Staaten, in denen der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften besonders niedrig ist (Abbildung 1.18) Die großen internationalen Unterschiede zeigen, dass eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in mathematischnaturwissenschaftlichen Studienfächern²⁴ sowie in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik nicht selbstverständlich ist (Abbildungen 1.17 und 1.18).

Physik und Informatik (Tabelle 1.17 und Tabelle 1.18).

Die Fächerauswahl wurde von Eurostat getroffen, vermutlich, da Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik männlich konnotierte Fächer sind, in denen zu erwarten ist, dass der Frauenanteil niedriger ist als bei den Studierenden allgemein. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass das Interesse junger Frauen an Mathematik zumindest in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen hat und dass Naturwissenschaft nicht gleich Naturwissenschaft ist; so wird Biologie von deutschen Frauen am achthäufigsten und von deutschen Männern am sechzehnthäufigsten studiert. Ein größerer Männeranteil findet sich dagegen in

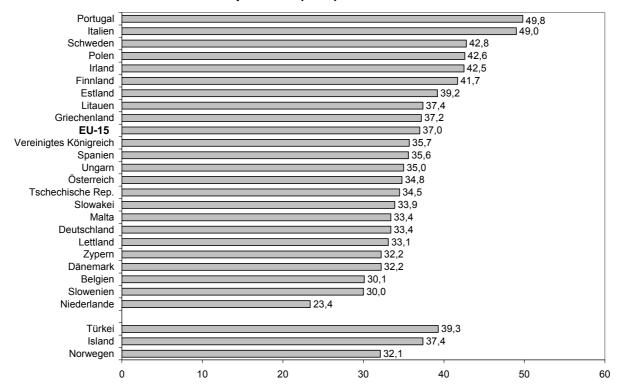


Abbildung 1.20: Frauenanteile bei den Studierenden der Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik¹ in Europa 2003² (in %)

- 1 Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden der Fachrichtungen Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik dar.
- 2 Für Frankreich und Luxemburg sind keine Werte verfügbar, der Wert für Griechenland stammt aus dem Jahr 2002. Die Türkei, Island und Norwegen gehören nicht der EU an; sie wurden aus Vergleichsgründen hinzugefügt.

Anmerkungen:

Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er-Ausgabe der ISCED 97 und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999). Für Deutschland und Slowenien fehlen die Angaben zu ISCED 6; in Zypern studieren die meisten Studierenden im Ausland und sind in den Zahlen nicht aufgenommen; für Belgien ohne unabhängige private Einrichtungen.

Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: Portugal hat unter den EU-Ländern den höchsten Frauenanteil bei den Studierenden der Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik, die Niederlande haben den geringsten.

Quelle: Eurostat 2005

Nach wie vor sind einige Naturwissenschaften – vor allem Physik und Informatik – trotz Werbung, die für Frauen in technischen Berufen gemacht wurde, also eine Domäne der männlichen Studierenden. Im Bereich Jura/Betriebswirtschaftslehre (BWL) erhöhten Studentinnen ihre Anteile dagegen in den vergangenen Jahren deutlich. Noch geringer als in vielen naturwissenschaftlichen Fächern ist der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften und den Studiengängen der Fertigungstechnik und des Bauwesens. In diesen Fächern beträgt er für die EU der 15 nur 23 Prozent (Abbildung 1.18).

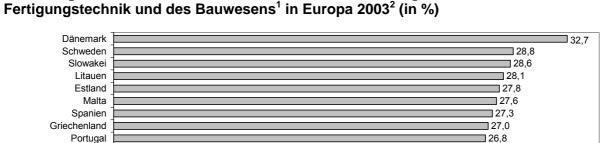


Abbildung 1.21: Frauenanteile bei den Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der

Italien 26.7 Slowenien $\Box 23.2$ EU-15 $\square 23.0$ 22,1 Lettland 21.5 Tschechische Republik □ 20.7 Ungarn 20,2 Belgien 20.2 Österreich 19,8 Deutschland 18.9 Finnland □ 18.6 Vereinigtes Königreich □ 18.6 Irland **17.9** Niederlande 11,7 Zypern Island 28.0 Norwegen 124.1 Türkei **18,6** 5 10 15 25 30 35

- 1 Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden der Fachrichtungen Ingenieurwesen, Fertigungstechnik und Bauwesen dar.
- 2 Für Frankreich und Luxemburg sind keine Werte verfügbar; der Wert für Griechenland stammt aus dem Jahr 2002. Für die EU der 15 sowie Österreich ist der Wert für das Jahr 2000 angegeben. Die Türkei, Island und Norwegen gehören nicht der EU an; sie wurden aus Vergleichsgründen hinzugefügt.

Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er-Ausgabe der ISCED 97 und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999). Für Deutschland und Slowenien fehlen die Angaben zu ISCED 6; in Zypern studieren die meisten Studierenden im Ausland und sind in den Zahlen nicht aufgenommen; für Belgien ohne unabhängige private Einrichtungen.

Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: Dänemark ist in der EU das Land mit dem höchsten Frauenanteil bei den Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der Fertigungstechnik und des Bauwesens, Zypern ist innerhalb der EU das Land mit dem geringsten Frauenanteil.

Quelle: Eurostat 2005

1.7.3 Hochschullaufbahn

Obwohl junge Frauen die jungen Männer beim Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger eingeholt haben, sind sie auf den höheren Stufen der akademischen Laufbahn immer noch unterrepräsentiert (Tabelle 1.19).

Tabelle 1.19: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn in Deutschland 2003/04 (in %)

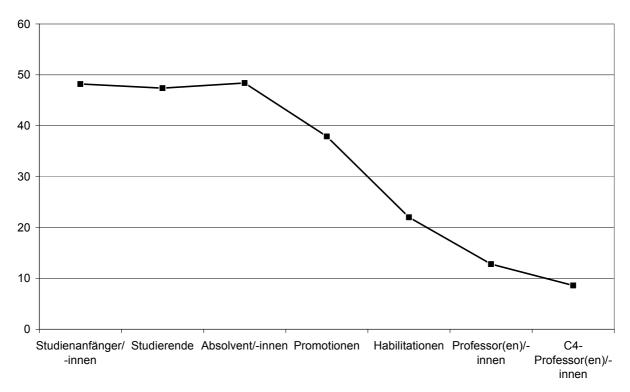
	Frauenanteile (in %)
Studienanfänger/innen	48,2
Studierende ¹	47,4
Absolvent/innen	48,4
Promotionen	37,9
Habilitationen ²	22,0
Hochschulpersonal insgesamt ³	51,3
Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal ³	28,6
Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen ³	33,5
Professor(en)/-innen ³	12,8
C4-Professor(en)/-innen ³	8,6

¹ im Wintersemester

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005j

Wie aus Tabelle 1.19 zu entnehmen ist, ist der Anteil von Frauen, die ein Studium erfolgreich abschließen, inzwischen höher als ihr Anteil unter den Studierenden. Dies könnte daran liegen, dass sie nicht nur in der Schule, sondern auch im Studium mittlerweile erfolgreicher sind als Männer. Trotzdem sind sie in den oberen Positionen der wissenschaftlichen Laufbahn auch im Studienjahr 2003/04 an deutschen Hochschulen nach wie vor nur schwach vertreten (Abbildung 1.19).

Abbildung 1.22: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn 2003/04 in Deutschland (in %)



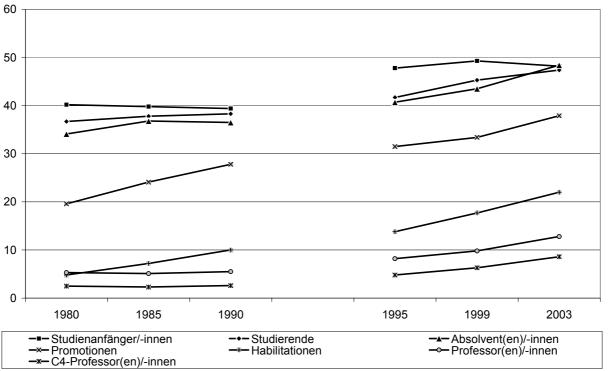
Quelle: Statistisches Bundesamt 2005j

² im Kalenderjahr

^{3 01.} Dezember, Angaben für 2002

Betrachtet man die Entwicklung der letzten 20 Jahre (Abbildung 1.20), so lässt sich allerdings feststellen, dass Frauen ihre Anteile über die Jahre nicht nur bei den Studienanfängerinnen bzw. -anfängern und Studierenden, sondern auch bei den Habilitationen und Professuren kontinuierlich erhöhen konnten.

Abbildung 1.23: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn in Deutschland 1980 bis 2003¹ (in %)



1 bis einschließlich 1991 früheres Bundesgebiet, seit 1992 Deutschland

Datenbasis: Hochschulstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt 2001a: Tabelle 10.1; Statistisches Bundesamt 2003f; Statistisches Bundesamt 2005i: eigene Derstellung

2005j; eigene Darstellung

Zwischenfazit Studium

Die Studienfachwahl zeigt auch heute noch geschlechtsspezifische Züge. Während die jungen Frauen häufiger Sprachen und Erziehungswissenschaften studieren, werden von den jungen Männern technische Fächer wie Informatik und Maschinenbau bevorzugt. Junge Frauen und Männer nehmen inzwischen beinahe gleich häufig ein Studium auf, in den höheren Stadien der akademischen Laufbahn sind trotz Angleichungsprozessen in den vergangenen Jahren nach wie vor die Männer überrepräsentiert.

1.8 Berufliche Bildungsabschlüsse

Aus Abbildung 1.21 wird ersichtlich, dass 10,1 Prozent der Männer und 16,3 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen.²⁵ Männer besitzen also insgesamt häufiger als Frauen einen beruflichen Ausbildungs- oder Hoch-

schulabschluss. Dieses Ergebnis rührt von einer starken Geschlechterdifferenz in den höheren Altersgruppen her. Bei den 25 bis 30-Jährigen haben 18,5 Prozent der Frauen und 21,6 Prozent der Männer (noch) keinen beruflichen Abschluss erlangt. Da in dieser Altersgruppe noch nicht alle Ausbildungen abgeschlossen sind, ist das auch ein Hinweis darauf, dass Frauen ihre Ausbildungen bzw. ihr Studium durchschnittlich früher abschließen als Männer. Bei den 30 bis 35-Jährigen bleiben geringfügig mehr Frauen als Männer ohne Abschluss. In den Altersgruppen über 40 Jahren nimmt der Anteil der Frauen ohne beruflichen Bildungsabschluss jedoch kontinuierlich zu, während er bei Männern zwischen 8 und 9 Prozent pendelt. Im Alter von 60 bis 65 Jahren verfügen 9,3 Prozent der Männer aber 27,1 Prozent der Frauen über keinen beruflichen Bildungsabschluss (Abbildung 1.21).

Abbildung 1.24: Berufliche Bildungsabschlüsse¹ deutscher Frauen und Männer nach Alterskohorten² im März 2004 (in %)

OF - SC 7 Frauen 19 Männer 22				58			5	9 2	
25. Jal	Männer	2	22		5	9	6 5 6		
30-35 Jahre	Frauen	12		62				6 2 6	11 2
30-35 Jahre	Männer	10		58			10	9	12 2
35-40 Jahre	Frauen	11			63			6 3 6	9 2
35- Jat	Männer	9		57			12	1 9	11 2
40-45 Jahre	Frauen	13			62			7 3 5	9 2
	Männer	9		58			12	18	11 2
45-50 Jahre	Frauen	14			61			6 3 5	9 2
45- Jar	Männer	9		57			11	1 8	11 2
	Frauen	16			61			5 3 4	9 2
50-55 Jahre	Männer	8		57			11	2 8	12 2
55-60 Jahre	Frauen	2	0		62	2		4 3	3 7 1
55-60 Jahre	Männer	8		57			11	2 9	12 2
60-65 Jahre	Frauen		27			59		3	3 2 51
60- Jat	Männer	9		58			11	2 8	10 2
	0	%	20%	40	1 %	60%		80%	100%
□ohne berufl. Bildungsabschluss					□ Lehr-/Anlernausbildung³				
■ Fachschulabschluss ⁴					■ Fachschulabschluss in der ehem. DDR				m. DDR
	⊡Fachhod	hschulab	schluss5			Hochschulab	schlus	s ⁶ / Promotic	on
	■ ohne Angabe zur Art des Abschlusses								
<u> </u>									

¹ Dargestellt werden die Prozentsätze aller deutschen Frauen und Männer, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss machten. Die Balkenprozente summieren sich also immer auf 100.

² Im Alter von 25 bis 65 Jahren. Diese Einschränkung wurde getroffen, da mehr als die Hälfte der Personen unter 25 Jahren noch nicht über einen beruflichen Bildungsabschluss verfügen. Bei den 25- bis 30-Jährigen beträgt dieser Anteil etwa ein Viertel, in den höheren Altersgruppen 10 bis 12 Prozent. Also befinden sich bei den unter 25-Jährigen – wenn der Prozentsatz derer, die vermutlich keinen beruflichen Bildungsabschluss erreichen werden, abgezogen wird – immer noch circa 40 Prozent in Ausbildung oder studieren. Für Personen im Alter von 51 Jahren und älter war die Beantwortung der Fragen zum beruflichen Bildungsabschluss freiwillig. Wir haben uns entschieden, die Verteilung trotzdem bis zum Alter von unter 65 Jahren darzustellen, um auch ältere Altersgruppen in den Vergleich aufnehmen zu können.

³ einschließlich eines beruflichen Praktikums.

⁻ Fortsetzung nächste Seite -

²⁵ Eigene Berechnung nach Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes.

4 einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens

- 5 einschließlich Ingenieurschulabschluss
- 6 einschließlich Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

Anmerkung: Legende in Leserichtung lesen: ohne berufl. Bildungsabschluss, Lehr-/Anlernausbildung, Fachschulabschluss, Fachschulabschluss in der ehem. DDR, Fachhochschulabschluss, Hochschulabschluss/Promotion, ohne Angabe zur Art des Abschlusses

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Darstellung

Die meisten Frauen und Männer haben eine Lehrausbildung bzw. in kleinerem Umfang eine Anlernausbildung absolviert haben. Die Anteile in den unterschiedlichen Altersgruppen bewegen sich bei den Männern knapp unter 60 Prozent und bei den Frauen um die 60 Prozent. Allerdings verfügen die Frauen häufiger als die jeweils gleichaltrigen Männer lediglich eine Lehre abgeschlossen.

Betrachtet man die einzelnen Abschlussarten, so fällt auf, dass Männer aller hier dargestellten Altersgruppen deutlich häufiger über Fachschulabschlüsse (einschließlich Meister- und Technikerausbildungen) verfügen als Frauen. Bei den Fachschulabschlüssen in der ehemaligen DDR, die einen geringeren Prozentsatz ausmachen, liegen dagegen die Frauen vorne. Die Geschlechterrelationen bei den Fachhochschul- sowie Hochschulabschlüssen (inklusive Promotionen) sind altersabhängig. In der Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen besitzen etwa gleich viele Frauen wie Männer einen Fachhochschulabschluss. Während sich der Prozentsatz der Männer mit Fachhochschulabschluss bei den 30- bis 35-Jährigen von 5,4 auf 8,5 Prozent erhöht und dieser Prozentsatz in den folgenden Kohorten relativ konstant bleibt, bewegt er sich bei den Frauen bis zum Alter von 45 Jahren in einem Bereich zwischen 5,2 und 5,7 Prozent, um danach abzufallen.

Hochschulabschlüsse werden von den Frauen der jüngeren Altersgruppen ähnlich häufig wie von den gleichaltrigen Männern erreicht. Frauen erreichen diese Abschlüsse im Durchschnitt in jüngeren Jahren als Männer, wie bei der Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen abzulesen ist. In dieser Altersgruppe haben 8,8 Prozent der Frauen im Gegensatz zu 5,5 Prozent der Männer einen Hochschulabschluss erlangt, und 0,6 Prozent der Frauen und 0,4 Prozent der Männer haben schon eine Promotion erfolgreich abgeschlossen. Im Alter von 30 bis 35 Jahren liegen Frauen und Männer bezüglich ihrer Hochschulabschlüsse fast gleich auf, in den höheren Altersgruppen ist der Anteil derjenigen mit Hochschulabschluss bei den Männern größer. Deutlich sichtbar wird der Unterschied etwa ab dem Alter von 50 Jahren. Bei den 60-bis 65-jährigen Deutschen verfügen 4,8 Prozent der Frauen aber 10,4 Prozent der Männer über einen Hochschulabschluss oder haben promoviert (Abbildung 1.21).

Die folgende Abbildung 1.22 zeigt die beruflichen Bildungsabschlüsse ausländischer Frauen und Männer nach Altersgruppen. Auf der Basis dieser Abbildung können die beruflichen Bildungsabschlüsse der ausländischen mit denen der deutschen Bevölkerung verglichen werden.

25-30 Jahre Ausländerinnen 31 Ausländer 39 30-35 Jahre Ausländerinnen 32 3 Ausländer 42 35-40 Jahre Ausländerinnen 30 Ausländer 39 40-45 Jahre 29 Ausländerinnen Ausländer 38 45-50 30 Ausländerinnen Jahi Ausländer 36 55 ഉ Ausländerinnen 25 2 4 50-Jah Ausländer 41 Jahre 9 Ausländerinnen 21 55-Ausländer 37 60-65 Jahre Ausländerinnen 18 Ausländer 33

Abbildung 1.25: Berufliche Bildungsabschlüsse¹ ausländischer²⁶ Frauen und Männer nach Alterskohorten² in Deutschland im März 2004 (in %)

1 Dargestellt werden die Prozentsätze aller ausländischen Frauen und Männer, die Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss machten. Die Balkenprozente summieren sich immer auf 100%. Fachschulabschlüsse in der ehemaligen DDR entfallen für die ausländische Bevölkerung, da die Zahlenwerte zum Teil unsicher sind bzw. Daten nicht vorhanden sind.

40%

60%

□ Fachschulabschluss⁴

■ Hochschulabschluss⁶/ Promotion

ohne berufl. Bildungsabschluss

80%

100%

20%

- 2 Im Alter von 25 bis 65 Jahren. Diese Einschränkung wurde getroffen, da mehr als die Hälfte der Personen unter 25 Jahren noch nicht über einen beruflichen Bildungsabschluss verfügen. Bei den 25- bis 30-Jährigen beträgt dieser Anteil etwa ein Viertel, in den höheren Altersgruppen 10 bis 12 Prozent. Also befinden sich bei den unter 25-Jährigen – wenn der Prozentsatz derer, die vermutlich keinen beruflichen Bildungsabschluss erreichen werden, abgezogen wird – immer noch circa 40 Prozent in Ausbildung oder studieren. Für Personen im Alter von 51 Jahren und älter war die Beantwortung der Fragen zum beruflichen Bildungsabschluss freiwillig. Wir haben uns entschieden, die Verteilung trotzdem bis zum Alter von unter 65 Jahren darzustellen, um auch ältere Altersgruppen in den Vergleich aufnehmen zu können.
- 3 einschließlich eines beruflichen Praktikums

□ Lehr-/Anlernausbildung³

■ Fachhochschulabschluss⁵

☐ ohne Angabe zur Art des Abschlusses

- 4 einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens
- 5 einschließlich Ingenieurschulabschluss
- 6 einschließlich Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

Anmerkung: Legende in Leserichtung lesen: ohne berufl. Bildungsabschluss, Lehr-/Anlernausbildung, Fachschulabschluss, Fachhochschulabschluss, Hochschulabschluss/Promotion, ohne Angabe zur Art des Abschlusses Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Darstellung

Vergleicht man die Bildungsabschlüsse ausländischer Frauen und Männer (Abbildung 1.22) mit denen deutscher (Abbildung 1.21), so fällt auf den ersten Blick auf, dass bei den Nicht-Deutschen der Anteil derjenigen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen, deutlich höher ist als bei den Deutschen. 42,8 Prozent der ausländischen Männer im Alter von 15 bis 65 Jahren verfügen über keinen beruflichen Bildungsabschluss. Noch höher ist der Anteil derjenigen ohne Abschluss bei den ausländischen Frauen; mehr als die Hälfte der

²⁶ Ausländer sind Personen ohne deutschen Pass.

25- bis 65-Jährigen (54,7 %) hat keinen beruflichen Bildungsabschluss.²⁷ Am auffälligsten ist der immens hohe Anteil älterer Ausländerinnen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen (71,3 % der 60- bis 65-jährigen ausländischen Frauen).

Über Fachschulabschlüsse und Fachhochschulabschlüsse verfügen ausländische Frauen und Männer im Durchschnitt seltener als Deutsche. Auch die Anteile der Abschlüsse bei den Lehr- und Anlernausbildungen liegen in der ausländischen Bevölkerung wegen der hohen Anteile ohne berufliche Bildungsabschlüsse niedriger als in der deutschen. Ausländische Frauen verfügen generell noch seltener über eine abgeschlossene Lehre als ausländische Männer. In den höheren Altersgruppen sind diese Anteile vor allem bei den nicht-deutschen Frauen noch niedriger als in den jüngeren Altersgruppen, während sie bei der deutschen Bevölkerung auch dann noch vergleichsweise konstant bleiben.

Im Alter von 30 bis 45 Jahren resultiert der geringere Anteil an den Lehrausbildungsabschlüssen bei ausländischen Frauen jedoch nicht nur aus ihrer größeren Ungelerntenquote, sondern auch aus dem großen Anteil von Hochschulabsolventinnen in diesen Altersgruppen. Am größten ist dieser Anteil in der Kohorte der 30- bis 35-Jährigen: 12,6 Prozent der nichtdeutschen Frauen und 10,2 Prozent der nicht-deutschen Männer haben in dieser Gruppe einen Hochschulabschluss oder eine Promotion erlangt. Dieser Anteil ist bei den ausländischen Frauen sogar größer als bei den deutschen Frauen und Männern (deutsche Frauen: 11,2 %; deutsche Männer: 11,5 %). Dieses Ergebnis beruht vermutlich darauf, dass eine größere Anzahl von Bildungsmigrantinnen und -migranten zu Studienzwecken nach Deutschland kommt. Hier ist zu sehen, dass die Gruppe der "Ausländerinnen und Ausländer" alles andere als homogen ist. Sie zerfällt mindestens in die zwei Gruppen der Hochqualifizierten sowie der Niedrig- bzw. Unqualifizierten. Ein breiteres Mittelfeld ist bei ihnen nicht so ausgeprägt wie bei den Deutschen.

1.9 Weiterbildung²⁸

Im Jahr 2002 bildete sich ein beachtlicher Teil der erwerbsnahen Personen²⁹ in Deutschland beruflich weiter, wie die Weiterbildungserhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung³⁰ ergab (Beicht/Schiel/Timmermann 2004). Die Teilnahmequote betrug insgesamt 68 Prozent, wobei neben der formalisierten Weiterbildung (Lehrgänge, Kurse, Seminare) auch arbeitsnahe Lernformen, selbst organisiertes Lernen sowie der Besuch von berufsbezogenen Kon-

²⁷ Eigene Berechnung nach Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes.

²⁸ Dieser Abschnitt wurde auf der Basis einer Expertise von Ursula Beicht erstellt.

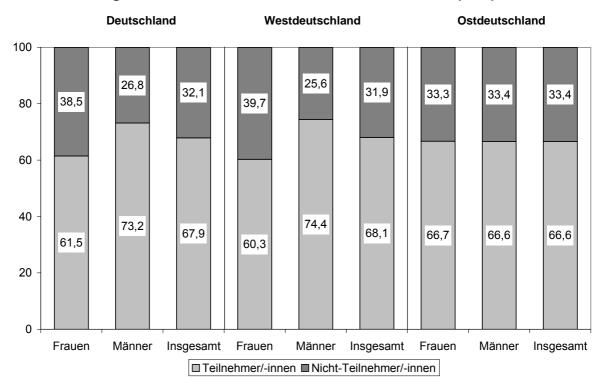
²⁹ Als erwerbsnah gelten hier Personen im Alter von 19 bis 64 Jahren, die erwerbstätig oder arbeitslos waren bzw. sich in Fortbildung oder Umschulung befanden, außerdem nicht erwerbstätige Personen, die beabsichtigten in den nächsten zwei Jahren eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

³⁰ Die Erhebung erfolgte in Kooperation mit der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens (siehe Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens 2004).

gressen, Tagungen und Fachmessen berücksichtigt wurde.³¹ Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung nach Geschlecht sowie weiteren soziodemografischen Merkmalen.

So erreichen Männer eine Teilnahmequote von 73 Prozent, während sich nur knapp 62 Prozent der Frauen beruflich weiterbilden (Abbildung 1.23). Die geringere Beteiligung von Frauen betrifft allerdings ausschließlich Westdeutschland. Im Osten partizipieren Frauen und Männer in gleichem Umfang an beruflicher Weiterbildung.

Abbildung 1.26: Teilnahme und Nichtteilnahme an beruflicher Weiterbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)



Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002; erwerbsnahe Personen im Alter von 19 bis 64 Jahren; als erwerbsnah gelten Personen, die erwerbstätig, arbeitslos, in Fortbildung oder Umschulung sind, bzw. nicht erwerbstätige Personen, die beabsichtigen, in den nächsten zwei Jahren eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Wegen ihrer häufig diskontinuierlichen Erwerbsbeteiligung wäre für erwerbsnahe Frauen besonders im Westen Deutschlands eine vermehrte Partizipation an beruflicher Weiterbildung zur Kompensation fehlender Qualifizierungsmöglichkeiten on the job wünschenswert, um ihre Chancengleichheit zu verbessern. Tatsächlich aber finden erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Männer deutlich häufiger als Frauen des gleichen Status Gelegenheit zur Weiterbildung.

³¹ Personen, die im Jahr 2002 keine dieser Weiterbildungsformen wahrgenommen haben, gelten hier als Nicht-Teilnehmende, siehe hierzu auch Schröder/Schiel/Aust 2004.

Allg. bildender Hochschulabschl. **Erwerbsstatus** Familienstand/Kinder Staatsangehörigkeit 100 89.3 90 80, 76,2 80 74,5 74,5 73,8 70.0 68,4 67,9 70 64.0 61,7 62.3 62 61,5 59,6 60 53.9 50,2 49,6 50 43.9 44.0 40 30 20 10 Hochschulreife mit (Ehe-)Partner/-in mittlere Reife allein lebend ohne mit (Ehe-)Partner/-in ohne Kinder (Ehe-)Partner/-in Staatsangehörigkeit Staatsangehörigkeit Hauptschulabschluss vollzeiterwerbstätig teilzeiterwerbstätig und einem Kind und mehreren ausländische deutsche Kindern Ħ

Abbildung 1.27: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach soziodemografischen Merkmalen in Deutschland 2002 (in %)

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

■Frauen

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Beträchtliche Abweichungen in der Weiterbildungsbeteiligung sind vorhanden, wenn man Personen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen betrachtet (Abbildung 1.24). Sowohl Frauen als auch Männer mit höherer schulischer Qualifikation bilden sich erheblich häufiger beruflich weiter als diejenigen mit niedrigerer Schulbildung. Allerdings sind selbst bei vergleichbaren Schulabschlüssen die Weiterbildungsquoten der Frauen niedriger als die der Männer.

■Männer

In Ostdeutschland sind die Unterschiede in der Weiterbildungsteilnahme nach Schulbildung zwar insgesamt noch ausgeprägter, jedoch weichen hier die Teilnahmequoten zwischen Frauen und Männern bei gleichem schulischem Bildungsniveau deutlich weniger als im Westen voneinander ab (Abbildung 1.25). Bei mittlerem Schulabschluss beteiligen sich ostdeutsche Frauen sogar etwas häufiger als die Männer.

Allgemein bildender Erwerbsstatus Familienstand/Kinder Hochschulabschluss 100 91,6 90 85,4 80 73,8 70,4 68,6 69,6 69.1 70 65.3 62.2 61.0 56,3 60 54.0 51,0 49,6 50 42.9 42,0 40 30 20 10 0 (Ehe-)Partner/-in ohne Kinder mit (Ehe-)Partner/-in und einem Kind Hochschulreife Hauptschulabschluss arbeitslos mit (Ehe-)Partner/-in mittlere Reife vollzeiterwerbstätig teilzeiterwerbstätig und mehreren

Ħ

■Männer

Abbildung 1.28: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach soziodemografischen Merkmalen in Ostdeutschland 2002 (in %)

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Große Unterschiede sind auch nach Erwerbsstatus festzustellen. Vollzeitbeschäftigte nehmen am häufigsten an beruflicher Weiterbildung teil, bei Teilzeitbeschäftigung, die insbesondere von Frauen ausgeübt wird, geht die Teilnahmequote zurück. Teilzeitbeschäftigte Frauen bilden sich merklich seltener beruflich weiter als vollzeitbeschäftigte Frauen. Dies ist allerdings im Osten deutlich weniger ausgeprägt als im Westen. Arbeitslose Personen partizipieren weit unterdurchschnittlich an beruflicher Weiterbildung, was insbesondere auf Frauen und Männer im Osten sowie auf westdeutsche Frauen zutrifft, während arbeitslose Männer im Westen noch vergleichsweise oft an Weiterbildungen teilhaben. Geringfügige Beschäftigungen sind vor allem bei westdeutschen Frauen relativ verbreitet; diese Frauen bilden sich ganz besonders selten beruflich weiter. Bei den nicht erwerbstätigen Personen mit künftiger Erwerbsabsicht handelt es sich ebenfalls überwiegend um Frauen, auch ihre Weiterbildungsquote ist sehr gering (Abbildungen 1.25 und 1.26).

□Frauen

Allg.bild. Hochschulabschluss Erwerbsstatus Familienstand/Kinder Staatsangehörigkeit 100 89,0 90 79,4 78,8 77,6 80 75,5 75,9 75,2 71,2 70.2 70.2 69.9 70 64,8 64.5 63,9 62,8 61.2 61. 60.7 60 1 60 53.2 48,8 46,6 50 44.5 44.0 40 30 20 10 0 mit (Ehe-)Partner/-in ohne Kinder mit (Ehe-)Partner/-in Hochschulreife mittlere Reife Hauptschulabschluss vollzeiterwerbstätig arbeitslos allein lebend ohne (Ehe-)Partner/-in Staatsangehörigkeit Staatsangehörigkeit teilzeiterwerbstätig und einem Kind und mehreren ausländische deutsche Kindem ä

■Männer

Abbildung 1.29: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach soziodemografischen Merkmalen in Westdeutschland 2002 (in %)

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

□Frauen

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Unterschiede im Weiterbildungsverhalten nach Haushaltskonstellation, d.h. nach Familienstand und Zahl der Kinder³², sind hauptsächlich bei Frauen erkennbar (Abbildungen 1.25 und 1.26). Für Deutschland insgesamt gilt, dass Frauen erheblich öfter an Weiterbildung teilnehmen, wenn sie ohne Kinder allein oder ohne Kinder in einer Partnerschaft leben. Wohnen Frauen mit Partner und einem oder mehreren Kindern zusammen, geht ihre Teilnahmequote deutlich zurück. Bei Männern hingegen ist die höchste Weiterbildungsbeteiligung festzustellen, wenn sie mit Partnerin sowie zwei oder mehr Kindern in einem Haushalt leben. Der Grund hierfür dürfte sein, dass im Westen die Männer mit mehreren Kindern in vielen Fällen mit Partnerinnen zusammenleben, die nicht erwerbstätig sind und den Männern somit weitgehend die Kindererziehung und die häuslichen Arbeiten abgenommen werden. Über solche Entlastung, die berufliche Weiterbildung erleichtert, verfügen erwerbsnahe Frauen seltener. Diese Ergebnisse gelten für Ostdeutschland nur in abgeschwächter Form. Auch hier bilden sich zwar Frauen, die mit Partner und einem Kind zusammenleben, wesentlich seltener weiter als Frauen ohne Kinder, jedoch nimmt die Teilnahmequote bei Frauen in Partnerschaften mit mehreren Kindern wieder deutlich zu. Hierbei spielen wahrscheinlich die in Ostdeutschland relativ günstigen öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder eine wichtige Rolle.

³² Betrachtet wird hierbei, welche Personen in einem gemeinsamen Haushalt leben.

Personen ausländischer Nationalität nehmen deutlich seltener an beruflicher Weiterbildung teil als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.³³ Dies gilt für Männer und für Frauen. Ausländische Frauen sind bei den Weiterbildungsteilnehmenden insgesamt relativ stark unterrepräsentiert.

Den größten Stellenwert hat in der beruflichen Weiterbildung nach wie vor die formalisierte Weiterbildung in Lehrgängen, Kursen oder Seminaren. Relativ häufig sind auch Teilnahmen an berufsbezogenen Kongressen, Tagungen oder Fachmessen zum Zwecke der Weiterbildung. Ein Teil der beruflichen Weiterbildung findet inzwischen in selbst organisierten Lernprozessen statt, insbesondere werden hierbei Lehrbücher bzw. Fachliteratur sowie computergestützte Lernformen genutzt. Etwas weniger Verbreitung haben arbeitsnahe Lernformen, wie z.B. betriebliche Fördermaßnahmen oder die organisierte Einarbeitung bzw. Unterweisung am Arbeitsplatz (Tabelle 1.20).

Tabelle 1.20: Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Weiterbildungsformen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %; Mehrfachnennungen)

Weiterbildungsformen	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich
formalisierte Weiterbildung	54,9	58,9	55,3	59,2	53,1	57,4
arbeitsnahe Weiterbildung	28,2	23,3	27,5	23,9	31,1	19,4
selbst organisierte Weiterbildung	34,0	33,6	34,3	33,6	32,8	33,8
Kongresse, Tagungen, Fachmessen	31,5	42,3	32,9	44,1	25,5	31,5

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

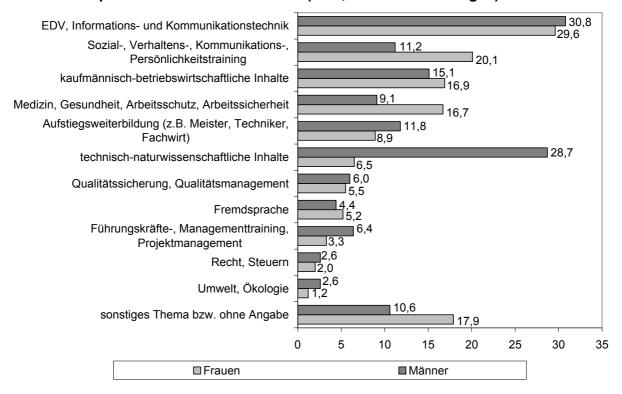
Frauen nehmen insgesamt weniger an formalisierter Weiterbildung teil, dafür jedoch mehr an arbeitsnahen Weiterbildungsformen. Männer besuchen vergleichsweise häufig Kongresse, Tagungen oder Fachmessen.

Was die Weiterbildungsinhalte betrifft, sind Maßnahmen auf dem Gebiet der EDV, Informations- und Kommunikationstechnik am weitesten verbreitet, wobei bemerkenswert ist, dass Frauen und Männern etwa gleich häufig vertreten sind (Abbildung 1.27). Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass es durchaus noch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede in den konkreten inhaltlichen Schwerpunkten gibt, also Männer bei den informatikoder technikorientierten Maßnahmen überwiegen und Frauen wahrscheinlich eher z.B. anwendungsorientierte Weiterbildung auf diesem Gebiet wahrnehmen. Technisch-naturwissenschaftliche Inhalte haben die zweitgrößte Bedeutung in der beruflichen Weiterbildung und

³³ In die BIBB-Weiterbildungserhebung konnten nur Personen ausländischer Staatsangehörigkeit mit relativ guten deutschen Sprachkenntnissen einbezogen werden. Dies bedeutet, dass vor allem gut integrierte Personen bzw. solche mit höherem Bildungsstand erfasst wurden.

sind eindeutig eine Domäne der Männer, was damit zu erklären ist, dass gewerblichtechnische und naturwissenschaftliche Berufe auch hauptsächlich von ihnen ausgeübt werden. Führungskräfte- und Managementtrainings werden ebenfalls deutlich stärker von Männern besucht, da diese sich erheblich häufiger als Frauen in leitenden Positionen befinden (Kapitel 2.8.2). Frauen beteiligen sich dagegen wesentlich häufiger als Männer an Sozial-, Verhaltens-, Kommunikations- und Persönlichkeitstrainings sowie an Weiterbildung auf dem Gebiet von Medizin, Gesundheit, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit. ³⁴

Abbildung 1.30: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht und inhaltlichen Schwerpunkten in Deutschland 2002 (in %; Mehrfachnennungen)



Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Von entscheidender Bedeutung ist bei beruflicher Weiterbildung, ob es sich um betriebliche oder nicht-betriebliche Maßnahmen handelt. Durch betriebliche Weiterbildung wird vor allem der spezifische Qualifikationsbedarf der Betriebe gedeckt, die Finanzierung erfolgt daher auch größtenteils durch die Arbeitgeber.³⁵ Personen, die keinen Zugang zu betrieblicher Weiterbildung haben oder die andere Qualifikationsinteressen haben, müssen sich auf eigene Initiative und meist auch auf eigene Kosten weiterbilden. Zu diesem Personenkreis gehören Frauen deutlich häufiger als Männer (Tabelle 1.21).

³⁴ Viele Personen beteiligten sich im Jahr 2002 mehrfach an beruflicher Weiterbildung, oft auch an Maßnahmen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten.

³⁵ Als "betriebliche Weiterbildung" gelten alle Maßnahmen von Erwerbstätigen, die im Betrieb stattfinden, zu mehr als der Hälfte der Zeit in die Arbeitszeit fallen oder zumindestens zur Hälfte vom Betrieb finanziert werden.

Tabelle 1.21: Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach betrieblichen bzw. nicht-betrieblichen Maßnahmen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)

Weiterbildungsarten	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich
ausschließlich betriebliche Weiterbildung	61,6	72,6	61,4	74,0	62,4	64,0
ausschließlich <i>nicht-betriebliche</i> Weiterbildung	24,7	15,6	23,8	13,8	28,3	26,8
betriebliche <i>und</i> nicht-betriebliche Weiterbildung	13,7	11,8	14,8	12,2	9,3	9,2
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Die überwiegende Mehrheit erwerbsnaher Personen nimmt ausschließlich an betrieblichen Maßnahmen teil. Ein kleinerer Teil bildet sich ausschließlich in nicht-betrieblichen Maßnahmen weiter oder nutzt sowohl betriebliche als auch nicht-betriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten. Männer partizipieren häufiger an betrieblicher Weiterbildung als Frauen. Demgegenüber bilden sich diese öfter ausschließlich in nicht-betrieblichen Maßnahmen weiter und versuchen damit ihre geringere Teilnahme bzw. ihre geringeren Teilnahmemöglichkeiten an betrieblicher Weiterbildung zu kompensieren. Dies gilt allerdings nur für Westdeutschland, während in Ostdeutschland keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellbar sind.

Der zeitliche Umfang der beruflichen Weiterbildung ist mit im Durchschnitt 138 Maßnahmestunden pro Teilnehmenden und Jahr recht hoch. Zwischen Frauen und Männern treten bei der Gesamtdauer beruflicher Weiterbildung keine signifikanten Unterschiede auf, weder insgesamt noch in Ost oder West (Tabelle 1.22). Jedoch gibt es deutliche Abweichungen, wenn die Verteilung der Maßnahmezeiten auf betriebliche und nicht-betriebliche Weiterbildung betrachtet wird. Hier zeigt sich wiederum, dass Männer wesentlich stärker an betrieblicher Weiterbildung teilhaben (können) als Frauen, während diese in zeitlich erheblich größerem Umfang nicht-betriebliche Maßnahmen wahrnehmen. Diese geschlechtspezifischen Unterschiede gelten allerdings wiederum nur für Westdeutschland, nicht für Ostdeutschland.

Tabelle 1.22: Durchschnittliche jährliche Maßnahmestunden insgesamt sowie bei betrieblicher und nicht-betrieblicher Weiterbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in Stunden und in %)

Zeitarten	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Maßnahmestunden Insgesamt (abs. in Std.)	130	143	124	144	154	141
davon: nicht-betriebl. Weiterbil- dung:						
Maßnahmestunden (abs. in Std.)	73	5	70	49	84	82
Anteil an den Maßnahme- stunden insgesamt (in %)	56,0	38,0	56,0	34,0	55,0	58,0
betriebliche Weiterbildung:						
Maßnahmestunden (abs. in Std.)	57	89	54	95	70	59
Anteil an den Maßnahme- stunden insgesamt (in %)	44,0	62,0	44,0	66,0	45,0	42,0
Anteil in der betrieblichen Arbeitszeit (in %)	67,0	75,0	65,0	75,0	73,0	83,0
Anteil in der Freizeit (in %)	33,0	25,0	35,0	25,0	27,0	17,0

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

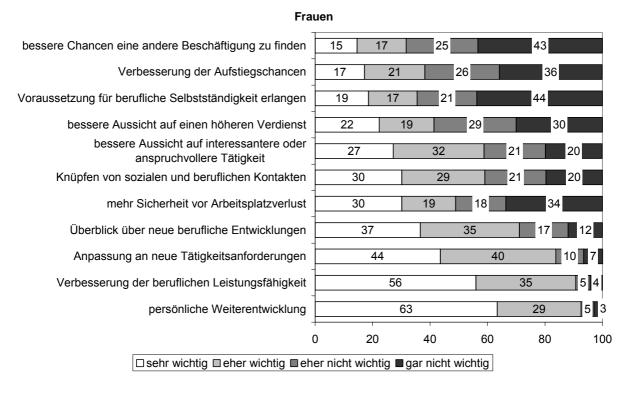
Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Von den gesamten Maßnahmezeiten entfällt knapp die Hälfte auf die betriebliche Arbeitszeit, etwas über die Hälfte findet in der Freizeit der Teilnehmenden statt³⁶. Hinzu kommt ein weiterer nicht unwesentlicher Zeitaufwand in der Freizeit insbesondere für Vor- und Nachbereitung sowie zusätzliche Fahrtzeiten wegen der Weiterbildung. Zwischen Frauen und Männern treten insgesamt keine größeren Abweichungen im Umfang der auf berufliche Weiterbildung verwendeten Freizeit auf.

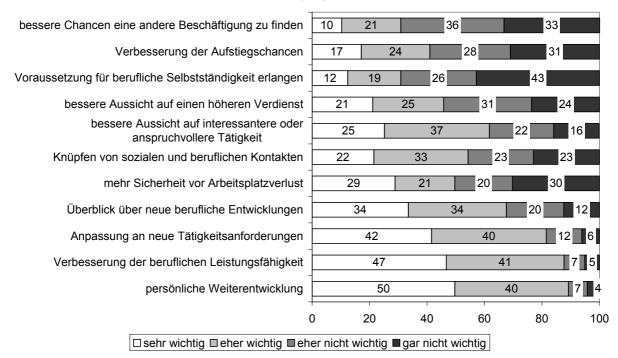
Mit beruflicher Weiterbildung werden sehr unterschiedliche Ziele verfolgt (Abbildung 1.28). Die größte Bedeutung hat das Streben nach persönlicher Weiterentwicklung (Beicht/Krekel/Walden 2004). Einen hohen Stellenwert haben auch die Ziele, die eigene berufliche Leistungsfähigkeit zu verbessern, sich neuen Tätigkeitsanforderungen anzupassen, sich einen Überblick über neue berufliche Entwicklungen zu verschaffen oder mehr Sicherheit vor Arbeitsplatzverlust zu erreichen. Auch das Knüpfen von beruflichen oder sozialen Kontakten ist relativ häufig ein wichtiges Motiv. Ein höherer Verdienst oder ein beruflicher Aufstieg stellen dagegen vergleichsweise selten wichtige Ziele beruflicher Weiterbildung dar.

³⁶ Zum durchschnittlichen jährlichen Freizeitaufwand für die berufliche Weiterbildung siehe Tabelle A 1.9 im Anhang.

Abbildung 1.31: Einschätzung der Wichtigkeit unterschiedlicher Weiterbildungsziele durch die Teilnehmenden in Deutschland 2002 (in %)



Männer



Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Bei einigen Weiterbildungszielen gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So wird insbesondere die persönliche Weiterentwicklung sehr viel häufiger von Frauen als wichtiges Ziel angesehen als von Männern. Auch die Verbesserung der beruflichen Leistungsfä-

higkeit und das Knüpfen von sozialen oder beruflichen Kontakten hat bei Frauen größere Bedeutung. Die Absicht, einen höheren Verdienst zu erreichen, hat dagegen für Männer einen höheren Stellenwert als für Frauen. In Ostdeutschland ist mit der beruflichen Weiterbildung deutlich häufiger als in Westdeutschland das Streben nach Absicherung des Arbeitsplatzes verbunden, und zwar sowohl bei Frauen als auch bei Männern.

Tabelle 1.23: Einschätzung des Gesamtnutzens beruflicher Weiterbildung durch die Teilnehmenden in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)

Nutzeneinschätzung	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
sehr hoher Nutzen	27,1	20,5	28,3	20,4	22,5	20,7
eher hoher Nutzen	49,1	57,1	49,9	58,0	46,2	51,1
mittlerer Nutzen	17,2	15,1	15,2	14,4	25,2	19,7
eher geringer Nutzen	5,3	5,2	5,2	5,3	5,7	4,0
sehr geringer oder keinerlei Nutzen	1,3	2,2	1,5	1,8	0,4	4,5
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Datenbasis: Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Quelle: BIBB; Berechnungen von Beicht

Der Nutzen beruflicher Weiterbildung wird von den Teilnehmenden weit überwiegend positiv bewertet (Tabelle 1.23). Zwischen Frauen und Männern gibt es dabei aber merkliche Unterschiede. So sind Frauen noch häufiger als Männer der Ansicht, dass ihre Weiterbildung einen sehr hohen Nutzen hat. Diese Abweichung ist allerdings nur in Westdeutschland relativ stark ausgeprägt. In Ostdeutschland ist bei Frauen und Männern eine etwas zurückhaltendere Beurteilung des Nutzens festzustellen. Auch das Verhältnis von Aufwand und Nutzen der beruflichen Weiterbildung wird insgesamt günstig eingeschätzt. Hier ist allerdings die Beurteilung bei Männern wesentlich positiver als bei Frauen. Es überrascht angesichts der bei Frauen positiveren Einschätzung des Gesamtnutzens, dass sie den Nutzen in Abwägung zum Aufwand deutlich kritischer sehen als Männer.

Zwischenfazit Weiterbildung

Alles in allem lässt sich folgendes Fazit aus den Ergebnissen ziehen: Die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung ist zwar insgesamt durchaus beachtlich, jedoch ist weder bei Frauen noch bei Männern davon auszugehen, dass hierdurch das unterschiedliche Bildungsniveau älterer Kohorten ausgeglichen wird. Berufliche Weiterbildung trägt eher zur Verstärkung von Bildungsungleichheiten bei, da bildungsfernere Gruppen viel zu wenig erreicht werden. Auch das Berichtssystem Weiterbildung (BMBF 2003c) weist auf die geringe Beteiligung von Personen mit niedrigem Bildungsniveau an beruflicher Weiterbildung hin. Büchel und Pannen-

³⁷ Zur Einschätzung des Verhältnisses von Nutzen und Aufwand der beruflichen Weiterbildung durch die Teilnehmenden siehe Tabelle A 1.8 im Anhang.

berg (2004) kommen in ihren Analysen auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für Erwerbstätige ebenfalls zu dem Schluss: "Insbesondere wer über eine qualifizierte berufliche Erstausbildung verfügt, hat deutlich bessere Weiterbildungschancen als Personen mit einem schwächeren Bildungshintergrund" (Büchel/Pannenberg 2004: 122). Vor allem bei Frauen in Ost- und Westdeutschland führt die berufliche Weiterbildung zur Verstärkung von Bildungsungleichheiten.

Die im Vergleich zu Männern insgesamt geringere Partizipation von Frauen an beruflicher Weiterbildung dürfte vor allem durch die häusliche Situation und – damit zusammenhängend – den Erwerbsstatus bedingt sein. Leben Kinder im Haushalt, übernehmen nach wie vor hauptsächlich Frauen die Betreuung, dies ist für viele Frauen der Grund für eine zeitlich eingeschränkte Erwerbstätigkeit. Für Teilzeitbeschäftigte ist der Zugang zu betrieblicher Weiterbildung häufig schwieriger als für Vollzeiterwerbstätige, was in noch viel stärkerem Maße für geringfügig Beschäftigte gilt. Berufliche Weiterbildung ist daher für teilzeitbeschäftigte Frauen und vor allem für Frauen mit geringfügiger Beschäftigung oft nur eigeninitiiert in der Freizeit und auf eigene Kosten möglich. Nicht erwerbstätige Frauen mit künftiger Erwerbsabsicht müssen sich generell auf eigene Initiative weiterbilden und die Kosten selbst tragen. Für Frauen mit Kindern besteht eine zusätzliche Schwierigkeit darin, dass ihr verfügbares Zeitkontingent auch bei nur eingeschränkter Erwerbstätigkeit in der Regel äußerst knapp bemessen ist. ³⁸

Die häufige Doppelbelastung durch Familie und Beruf dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass Frauen den mit der Weiterbildungsteilnahme verbundenen Nutzen in Relation zum Aufwand erheblich zurückhaltender als Männer einschätzen (Tabelle A 1.8). Eine ungünstige Einschätzung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen stellt jedoch das bedeutendste Weiterbildungshemmnis dar und kann die Teilnahme verhindern, auch wenn der Nutzen selbst eigentlich als eher hoch angesehen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, vor allem für bildungsfernere Frauen sowie für Frauen mit zu betreuenden Kindern die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung besonders zu fördern. Für viele Frauen in Westdeutschland würde dabei der Ausbau von ganztägigen Betreuungsmöglichkeiten eine wichtige Verbesserung darstellen. Aber auch in Ostdeutschland, wo die Weiterbildungsbeteiligung von Frauen insgesamt nicht niedriger als die von Männern ist und – im Vergleich zum Westen – günstigere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder vorhanden sind, deutet die vergleichsweise geringe Teilnahmequote von Frauen, die mit Partner und einem Kind zusammenleben, möglicherweise auf erforderliche ergänzende Unterstützungsmaßnahmen hin.

Einen besonders schwierigen Zugang zu beruflicher Weiterbildung haben in Deutschland

³⁸ So stellen Büchel und Pannenberg (2004) beispielsweise für erwerbstätige Frauen in Westdeutschland fest, dass sie "stark überproportional häufig berichten, durch Zeit- oder Geldmangel auf Weiterbildungsaktivitäten verzichten zu müssen."

Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit, insbesondere wenn sie niedrig qualifizierte Tätigkeiten ausüben und ihre Sprachkenntnisse unzureichend sind. Für Frauen ausländischer Nationalität liegen zwar keine differenzierten Informationen zur Beteiligung an beruflicher Weiterbildung vor, die dringend notwendige Verbesserung ihrer Weiterbildungschancen ist aber unbestritten.

1.10 Überblick über die Ergebnisse

In den letzten Jahrzehnten erlangten die Frauen überall in Europa einen Bildungsvorsprung vor den Männern. In Deutschland werden Mädchen heute im Durchschnitt früher eingeschult, sie wiederholen seltener eine Klasse und verbleiben länger im allgemein bildenden Schulsystem, da sie häufiger ein Gymnasium besuchen. Schulleistungstests lassen bei Mädchen ein im Durchschnitt höheres Leistungsniveau im schrift-sprachlichen Bereich erkennen. Dagegen sind die Differenzen zu Gunsten der Jungen in den mathematischnaturwissenschaftlichen Fächern vergleichsweise gering. Die (Fach-)Hochschulreife wird mittlerweile am häufigsten von jungen Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern (zu 31 %) erreicht, am seltensten von den jungen Männern aus Ost und West (zu 21 %). Im Jahr 2003 verließen 30 Prozent der deutschen Schulabgängerinnen, aber nur 22 Prozent der deutschen Schulabgänger die Schule mit einem Abitur oder einer Fachhochschulreife. 10 Prozent der deutschen und 23 Prozent der ausländischen jungen Männer verließen 2003 die Schule ohne jeden Schulabschluss. In dieser prekären Situation befanden sich deutlich weniger junge Frauen; nur 6 Prozent der deutschen, jedoch 15 Prozent der ausländischen Schülerinnen gingen ohne Abschluss von der Schule ab.

Nach wie vor ist das Ausbildungssystem geschlechtsspezifisch segregiert. Junge Männer stellen fast 60 Prozent der Berufsschüler im dualen System der betrieblichen Ausbildung. Junge Frauen machen dagegen den größeren Anteil in den Berufsfachschulen (knapp 60 %) sowie an den Schulen des Gesundheitswesens (80 %) aus. In den Ausbildungen zu den Gesundheitsberufen dominieren junge Frauen seit Jahren. In der Altenpflegeausbildung beträgt der Männeranteil zum Beispiel nur 18 Prozent, bei der Kinderpflege gar nur 5 Prozent. Auch bezüglich der einzelnen Ausbildungsberufe ist also eine Geschlechtersegregation zu beobachten. Im Bereich der betrieblichen Ausbildung werden junge Frauen häufiger in Dienstleistungsberufen und junge Männer häufiger in industriellen Fertigungsberufen ausgebildet. Die gezahlten Ausbildungsvergütungen sind in den "typischen Männerberufen" (z.B. im Bauhauptgewerbe) häufig deutlich höher als in den "typischen Frauenberufen" (z.B. Friseurin). Bei den vollzeitschulischen Berufsausbildungen werden junge Frauen am häufigsten in personenbezogenen Dienstleistungsberufen (z.B. Kinderpflegerin, Krankenschwester) und junge Männer häufiger in technischen Assistenzberufen ausgebildet.

Trotz ihres schulischen Vorsprungs ist auch für junge Frauen der Einstieg in Ausbildung und

Beruf durch Ausbildungs- und Arbeitsplatzmangel erschwert. Viele junge Frauen und Männer finden – obwohl sie dies wünschen – keinen Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung. Für junge Frauen ist die Situation auch deshalb besonders prekär, weil sich viele ihrer beruflichen Interessen etwa im erzieherischen Bereich oder in den Gesundheitsberufen nur über eine rein schulische Ausbildung realisieren lassen. Von diesen Ausbildungen aus ist der Einstieg in den Beruf generell schwieriger.

Nach einer betrieblichen Ausbildung erhalten junge Frauen seltener als junge Männer ein Übernahmeangebot. Dank ihrer höher qualifizierenden Schulabschlüsse und ihrer intensiveren Bemühungen um einen Arbeitsplatz haben junge weibliche Fachkräfte aber ein Jahr nach Abschluss ihrer Berufsausbildung sowohl nach der betrieblichen wie nach der rein schulischen Ausbildung jeweils zu einem höheren Anteil als die vergleichbaren männlichen Fachkräfte einen adäquaten Arbeitsplatz gefunden. Nach einer berufsfachschulischen Ausbildung beginnen viele männliche Fachkräfte ein Studium. Ein Jahr nach einer rein schulischen Ausbildung sind 12 Prozent der Frauen und 8 Prozent der Männer arbeitslos oder haben keine Arbeit als Fachkraft gefunden. Besonders prekär ist die Situation junger weiblicher Fachkräfte in den ostdeutschen Bundesländern.

Inzwischen nehmen in Deutschland gleich viele junge Frauen und Männer ein Studium auf. Die Studienfachwahl zeigt, ebenso wie die berufliche Ausbildung, nach wie vor geschlechtsspezifische Züge. Studentinnen studieren am häufigsten Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften, Studenten dagegen Ingenieurwissenschaften. An zweiter bzw. dritter Stelle folgen bei beiden Geschlechtern die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Seit 1991 verloren die Ingenieurwissenschaften für Studentinnen an Bedeutung, dagegen gewannen Sprach- und Kulturwissenschaften dazu. Die typischen Männer- und Frauendomänen haben an den Hochschulen also weiter Bestand. Trotz des zahlenmäßigen Gleichgewichts beim Studienbeginn sind die Anteile der Frauen in den höheren Stadien der akademischen Laufbahn auch heute noch vergleichsweise gering; im Studienjahr 2003/04 stellten sie 38 Prozent der Promovendinnen, erlangten 22 Prozent aller Habilitationen und besetzten 13 Prozent der Professuren.

Ähnlich wie in der schulischen Ausbildung zeigt sich auch bei den beruflichen Bildungsabschlüssen, dass die Frauen auf- und zum Teil sogar überholen. In den älteren Kohorten verfügen zwar noch deutlich mehr Männer als Frauen über Fachhochschul- und Hochschulabschlüsse. Bei den unter 30-Jährigen zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Hier haben schon mehr Frauen als Männer einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss erreicht.

Bei der ausländischen Bevölkerung fällt vor allem der hohe Anteil von Personen ohne berufliche Bildungsabschlüsse auf; das betrifft 43 Prozent der ausländischen Männer zwischen 25 und 65 Jahren und 55 Prozent der gleichaltrigen Frauen. In den älteren Altersgruppen ist in

der ausländischen Bevölkerung die Geschlechterdifferenz besonders groß. Bei den 30- bis 35-Jährigen verfügen ausländische Frauen dagegen sogar zu größeren Anteilen über einen Hochschulabschluss als die Deutschen.

Frauen nehmen Weiterbildung im Durchschnitt seltener in Anspruch als Männer. Dies gilt für die Frauen im Westen, nicht für die im Osten der Bundesrepublik. Da Vollzeitbeschäftigte häufiger als andere Beschäftigte an Weiterbildung teilnehmen, beruht die geringere Beteiligung von Frauen auch darauf, dass sie vor allem im Westen häufiger Teilzeit arbeiten, geringfügig beschäftigt sind oder während Zeiten der Kindererziehung nicht erwerbstätig sind. Während erwerbstätige Frauen bundesweit am häufigsten an Weiterbildung teilnehmen, wenn sie ohne Kinder leben, steigt die Beteiligung an Weiterbildung bei Männern mit der Kinderzahl. In Westdeutschland nehmen Frauen mit zunehmender Kinderzahl seltener an Weiterbildung teil; in Ostdeutschland steigt ihre Weiterbildungsquote dagegen mit zunehmender Kinderzahl wieder an.

Selektion und Selbstselektion stabilisieren Frauen- und Männerdomänen in der beruflichen Bildung. Betriebe entscheiden sich offensichtlich häufiger zu Gunsten von Bewerberinnen bzw. Bewerbern, die dem jeweils dominierenden Geschlecht einer Berufsgruppe entsprechen. Gleichzeitig fällen junge Frauen und Männer auch von ihrer Seite aus Berufsentscheidungen, die die Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt reproduzieren. Die langjährigen Prozesse der Berufsfindung und der Berufseinmündung sind bezüglich ihrer Geschlechtsspezifik noch immer unzureichend erforscht.

2. Erwerbstätigkeit – Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern

Christian Dressel 100

Das Wichtigste in Kürze:

Überall in Europa sind Frauen zu einem geringeren Anteil erwerbstätig als Männer. In den skandinavischen Ländern und in manchen osteuropäischen Ländern sind die Geschlechterdifferenzen aber deutlich geringer als in Deutschland.

- Teilzeitangebote und geringfügige Beschäftigung haben es im Westen Deutschlands immer mehr Frauen ermöglicht, erwerbstätig zu sein. Während die Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern im Osten, aber auch von Männern im Westen nach 1991 deutlich sanken, stiegen die der Frauen im Westen.
- Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft kam der Beschäftigung von Frauen zu Gute. Der Umfang der Männererwerbstätigkeit reduzierte sich dagegen.
- Die Erwerbstätigenquote der Frauen im Westen hat die Quote der erwerbstätigen Frauen im Osten erreicht, beschränkt sich im Westen aber häufiger auf Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung.
- Während vor allem den gering qualifizierten Männern der Eintritt in das Erwerbsleben immer schwerer fällt, können Frauen von ihren besseren Abschlüssen profitieren.
- Frauen und Männer ohne deutschen Pass sind insgesamt schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als die deutschen. Dies gilt verstärkt für ausländische Frauen in der Familienphase.
- Ungünstige Arbeitsmarktbedingungen drängen arbeitsuchende Frauen und Männer zum Teil in atypische Beschäftigungsformen. Von unerwünschter Teilzeit sind vor allem Beschäftigte im Osten, dabei ganz besonders Frauen betroffen.
- Trotz des erheblich gestiegenen Bildungs- und Ausbildungsstandes von Frauen sind diese in Führungspositionen an der Spitze von Großunternehmen extrem unterrepräsentiert.
- Arbeitslosigkeit ist ein anhaltendes Problem mit der Folge, dass die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt. Seit einigen Jahren sind Frauen unter den Arbeitslosen nicht mehr über-, sondern unterrepräsentiert.

2.1 Einleitung

Arbeit ist mehr als nur Erwerbsarbeit. Arbeit umfasst Hausarbeit, Ehrenamt bzw. bürgerschaftliches Engagement *und* Erwerbsarbeit. Darauf hat die Frauenforschung immer wieder hingewiesen (Notz 2004). In diesem Kapitel soll allerdings nur von der Erwerbsarbeit die Rede sein. Es soll beschrieben werden, wie Männer und Frauen in den Arbeitsmarkt integriert sind.

Die Gleichstellung von Frauen in Beschäftigung und Beruf ist in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Anliegen nationaler wie europäischer Gleichstellungspolitik geworden. In der europäischen Beschäftigungsstrategie vereinbarten die Mitgliedsstaaten der EU z.B., dass bis 2010 60 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsmarkt integriert werden sollten. Gleichzeitig wird versucht, auch die Stellung von Frauen im Beruf zu verbessern und eine gerechte Entlohnung zu bewirken. Dies ist in einer Phase, in der sich die Konkurrenz um Arbeitsplätze verschärft, nicht einfach. So gibt es seit 2001 in Deutschland zwar ein neues Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung und die Gerichte des Bundes, an dessen Regelung sich inzwischen der gesamte Öffentliche Dienst orientiert, ein Gesetz für die Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft konnte bisher aber nicht verabschiedet werden.

Die letzten Jahrzehnte sind überall in Europa von tief greifenden Veränderungen und Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Auch in Deutschland werden immer mehr Personen, die eine kontinuierliche Beschäftigung anstreben, auf prekäre Beschäftigungsformen verwiesen. Gleichzeitig hat das Teilzeitangebot zugenommen. Obwohl Teilzeitbeschäftigungen den Lebensunterhalt der Beschäftigten meist nicht absichern können, erweisen sie sich gegenwärtig doch vielfach für jene als attraktiv, die familiale Aufgaben übernehmen und eine Vollzeitbeschäftigung damit nicht vereinbaren können: Dieser Personenkreis ist noch immer überwiegend weiblich.

Das traditionelle Familienmodell der Ernährer-Hausfrauen-Ehe büßt seine dominante Stellung ein. Es weicht einer modernisierten Form, in der Frauen sich nicht ganz vom Arbeitsmarkt zurückziehen, sondern vielfach nach einer Teilzeitbeschäftigung in der aktiven Familienphase suchen. Immer mehr Frauen nehmen auf diese Weise am Erwerbsleben teil, auch wenn sie Kinder haben.

Gleichzeitig erodiert die Basis der Ernährerrolle von Männern: das so genannte Normalarbeitsverhältnis.³⁹ Bei den jüngeren (15 bis 25 Jahre) und älteren Männern (55 bis 64 Jahre)

³⁹ Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird verstanden: Abhängige Erwerbsarbeit ist die einzige Einkommensund Versorgungsquelle. Sie wird in Vollzeit verrichtet. Das Arbeitsverhältnis ist unbefristet, im Prinzip auf Dauer angelegt und flankiert von tariflichen und rechtlichen Normen, die Vertragsbedingungen und soziale Sicherung regeln. Auch die zeitliche Dauer und Lage der Arbeit ist standardisiert. Das Normalarbeitsverhältnis fungiert als Leitbild, an dem sich Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive orientieren (Mückenberger 1985).

Christian Dressel 102

nahm die Erwerbsquote ab. Besonders für gering qualifizierte Männer stehen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt schlecht. Während das Bildungsniveau von Männern stagniert, steigt es bei den Frauen weiter. Gleichzeitig profitieren Frauen vom Anstieg ihres Bildungs- und Ausbildungsniveaus auf dem Arbeitsmarkt.

Dennoch erzielen Frauen noch immer geringere Einkommen (Kapitel 3). In den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sind kaum Frauen zu finden. Vor dem Hintergrund sinkender Geburtenziffern, steigender Lebenserwartung und einem zu erwartenden Fachkräftemangel wird in Deutschland eine generelle Ausweitung der Erwerbstätigkeit für das Funktionieren des Wirtschaftskreislaufs, für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und insbesondere für die sozialen Sicherungssysteme erforderlich. Die volle Nutzung der Humankapitalinvestitionen beider Geschlechter ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit: Sie ist gleichzeitig für die Frauen selbst – angesichts hoher Scheidungsquoten und eigener günstiger Erwerbschancen – immer erstrebenswerter, zumal nur Erwerbsarbeit eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet. Bisher wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen allerdings noch ganz erheblich durch die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familienaufgaben mit Berufsarbeit beeinträchtigt (Kapitel 5).

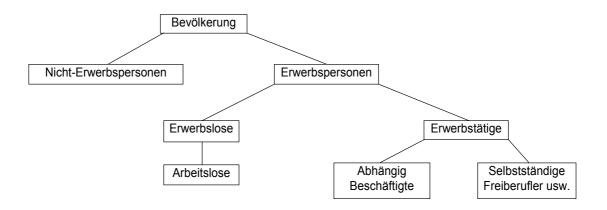
Ziel des Kapitels 2 ist es, den unterschiedlichen Stand der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern zu beleuchten. Daten und Fakten zur Einkommenssituation von Frauen und Männern sind dagegen in Kapitel 3 (Erwerbseinkommen von Frauen und Männern) zu finden. In Kapitel 5 (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) steht speziell die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im Vordergrund. Deshalb bleibt im Kapitel 2 der Einfluss von Kindern auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern unberücksichtigt. Die unterschiedliche Absicherung von Frauen und Männern bei Arbeitslosigkeit wird in Kapitel 7 (Soziale Sicherung von Frauen und Männern) dargestellt.

Die Daten für dieses Kapitel sind überwiegend dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes entnommen. Darüber hinaus wurden Angaben aus der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit verwendet. Daten zur Erwerbstätigkeit in der Europäischen Union stammen von der Europäischen Kommission, als Basis dient der "Labour Force Survey" (LFS). Dieser wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) bereitgestellt.

Um die Argumentation im vorliegenden Kapitel nachvollziehbarer zu machen, ist die folgende Begriffsklärung nötig: Aus statistischer Sicht unterscheidet man in der Bevölkerung zwischen Erwerbspersonen und Nicht-Erwerbspersonen. Als Nicht-Erwerbspersonen gelten im Mikrozensus alle, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und auch keine Erwerbsarbeit suchen. Zu den Erwerbspersonen gehören hier sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (ab-

hängig Beschäftigte), Selbstständige, Freiberufler, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Zu den Erwerbslosen zählen im Mikrozensus alle Nicht-Beschäftigten, die eine Arbeitsstelle suchen. Als Erwerbs- bzw. Arbeitslose gelten diejenigen Personen, die sich beim Arbeitsamt arbeitslos bzw. arbeitsuchend gemeldet haben.⁴⁰ Als Nicht-Erwerbspersonen gelten also alle, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und auch keine Erwerbsarbeit suchen (Abbildung 2.1).

Abbildung 2.1: Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus



Um den Stand der Arbeitsmarktintegration von Frauen besser einschätzen zu können, wird im Folgenden zunächst ein Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Europa vorgenommen (Kapitel 2.2). Dann folgt ein Abschnitt, der die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in den 90er-Jahren bis ins Jahr 2004 beschreibt (Kapitel 2.3). Mit diesen beiden Abschnitten wird eine Einordnung der aktuellen Situation in Deutschland in einen internationalen und einen zeitgeschichtlichen Zusammenhang bezweckt. Anschließend wird der Einfluss von Alter, Qualifikation und Familienstand auf die Erwerbsbeteiligung dargestellt (Kapitel 2.4, 2.5 und 2.6). Die Bedeutung von Kindern für die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird nicht im Kapitel 2, sondern im Kapitel 5 ausführlich beschrieben. Im Kapitel 2 wird hingegen noch dargestellt, welche Bedeutung verschiedene Arbeitsplatzformen für männliche und weibliche Beschäftigte haben (Kapitel 2.7) und in welchen Segmenten des Arbeitsmarktes Frauen und Männer beschäftigt sind (Kapitel 2.8). Das Kapitel schließt ab mit einer Darstellung zu Frauen und Männern als Selbstständige (Kapitel 2.9), einer Abhandlung zur Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern (Kapitel 2.10) und einem Fazit (Kapitel 2.11).

2.2 Europäischer Vergleich

Das Ziel der Europäischen Beschäftigungsstrategie ist es, die Gesamtbeschäftigungsquote zu steigern und die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zu mindern.

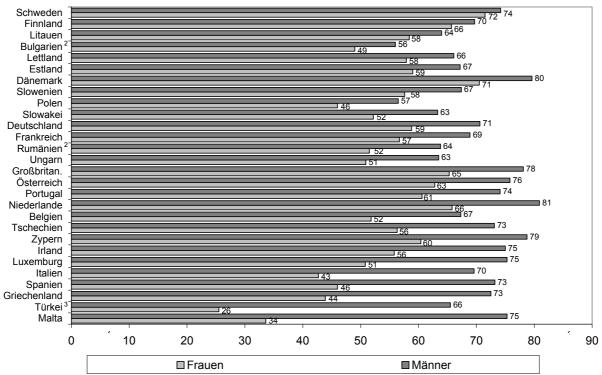
⁴⁰ Dieser Personenkreis gilt auch dann als erwerbslos, wenn er weniger als 15 Stunden pro Woche beschäftigt

Christian Dressel 104

Mittelfristig bis zum Jahr 2010 soll in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eine gesamtgesellschaftliche Erwerbstätigenquote von 70 Prozent erreicht werden. Hierzu ist es notwendig, die Frauenerwerbstätigkeit auszuweiten. Europaweit wird eine Frauenerwerbstätigenquote von mindestens 57 Prozent bis 2005 und 60 Prozent bis 2010 angestrebt. Hinzu kommt die Absicht, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger am Erwerbsleben teilhaben zu lassen (Europäische Kommission 2004a).

Als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter wird gerne die Differenz der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) genutzt (Abbildung 2.2).⁴¹ Die Erwerbstätigenquoten der Männer sind durchgängig höher als die der Frauen und zwar selbst dann, wenn man Personen in Elternzeit mit zu den Erwerbstätigen zählt, wie dies hier in Abbildung 2.2 geschieht.

Abbildung 2.2: Erwerbstätigenquote¹ von Frauen und Männern (15- bis 64-Jährige) in den EU-Staaten und assoziierten Staaten 2003 (in %)



¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren

Anmerkung: Länder geordnet nach Geschlechterdifferenzen (errechnen sich aus der Erwerbstätigenquote für Männer abzüglich der Erwerbstätigenquote für Frauen): oben geringste und unten höchste Geschlechterdifferenz Datenbasis: Eurostat, LFS; eigene Berechnungen

Quelle: European Commission 2004

In der Europäischen Union der 15 Mitgliedsstaaten – also ohne die osteuropäischen Staaten – erreichen Männer 2003 eine Erwerbstätigenquote von 72,5 Prozent. Wesentlich geringer

² Beitritt für 2007 geplant

³ Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

⁴¹ Im europäischen Kontext wird die Erwerbstätigenquote üblicherweise als Beschäftigungsquote bezeichnet.

fällt mit 56 Prozent die Rate für Frauen aus. In Deutschland liegt die Frauenerwerbstätigenrate (58,8 %) über und die Männererwerbstätigenrate (70,6 %) unter dem EU-Durchschnitt (Abbildung 2.2). Besser als Deutschland ist es bisher den skandinavischen Ländern gelungen, Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber auch die Niederlande, Großbritannien und Österreich liegen bei der Frauenerwerbstätigkeit deutlich vor Deutschland.⁴² Dabei geht auch in diesen Ländern die höhere Berufstätigkeit von Frauen mit einer starken Männererwerbstätigkeit Hand in Hand. Letztere liegt meist über dem deutschen Niveau.

In Abbildung 2.2 sind die Länder nach dem Abstand zwischen weiblicher und männlicher Erwerbstätigenquote (Geschlechterdifferenz) geordnet. Hier zeigt sich, dass in vielen der ehemaligen kommunistischen Staaten die Erwerbsbeteiligung der Geschlechter weniger differiert als in Deutschland. In Schweden ist die Geschlechterdifferenz mit 2,7 Prozentpunkten am geringsten. Die größten Unterschiede zeigen sich in den Mittelmeerländern Spanien (27,2 Prozentpunkte), Griechenland (28,6 Prozentpunkte), Türkei (40,0 Prozentpunkte) und Malta (41,7 Prozentpunkte). Mit einer Geschlechterdifferenz von 11,8 Prozentpunkten nimmt Deutschland unter den 28 Staaten eine mittlere Stellung ein (Abbildung 2.2).

Die Angleichung der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern wird häufig als Indiz für die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt herangezogen. Mit ihr kann jedoch nicht erfasst werden, wie ungleich das Arbeitszeitvolumen von Frauen und Männern und damit verbunden auch ihr Einkommen und ihre selbst erworbene soziale Sicherung verteilt ist (Beckmann 2003). Bei der Beschreibung der Entwicklung in Deutschland wird deshalb auch auf die Entwicklung der Arbeitszeitvolumina von Frauen und Männern Bezug genommen.

2.3 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Deutschland

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Deutschland weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab. Tabelle 2.1 zeigt, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den letzten Jahren ständig gewachsen ist. Ausgehend von 1991 bis 2004 legte die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen um knapp 400.000 zu. Dagegen schrumpfte die Zahl der männlichen Beschäftigten. Damit verringerte sich die Differenz zwischen der Zahl der beschäftigten Frauen und der der beschäftigten Männer. Die beschriebene Entwicklung wurde von stark steigender Erwerbslosigkeit begleitet. Die Zahl der erwerbslosen Männer stieg von 1991 bis 2004 um 1,6 Millionen, die der Frauen nahm weniger stark (um 0,7 Millionen) zu. Die Erwerbslosenquote der Frauen blieb 2004 unter dem Niveau der Männer (Tabelle 2.1). Die vermehrte Erwerbslosigkeit seit Mitte der 90er-Jahre ging also stärker zu Lasten der Männer und führte zu einer Angleichung der Erwerbstätigenquoten und Erwerbslosenquoten von Frauen und Männern. Das heißt, die

Würde man das Arbeitsvolumen von Frauen und Männern in die Berechnung mit aufnehmen, dann ändern sich die Rangplätze der Länder nach Geschlechterdifferenz nur unwesentlich.

Christian Dressel 106

Tatsache, dass in den 90er-Jahren weniger bezahlte Arbeit angeboten wurde, beeinträchtigte die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen weniger als die der Männer.

Erwerbstätigenquoten geben den Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer an der entsprechenden weiblichen bzw. männlichen Bevölkerungsgruppe an. Zu den Erwerbstätigen werden auch die Personen gezählt, deren Arbeitsverhältnis zum Erhebungszeitpunkt ruht, so die Personen in Elternzeit. Im Kapitel 5 werden auch Daten zu den "aktiv" Beschäftigten präsentiert. Aus diesem Personenkreis sind die Beschäftigten, die sich im Erziehungsurlaub befinden, ausgeschlossen (Abbildung 5.5). Zu unterscheiden ist die Erwerbstätigenquote von der Erwerbsquote. Diese beinhaltet neben den Erwerbstätigen auch die Erwerbslosen. Die Erwerbstätigenquote ist gleich der Erwerbsquote, wenn keine Erwerbslosigkeit vorliegt.

Tabelle 2.1: Erwerbsbeteiligung in Deutschland (15- bis 64-Jährige) 1991, 1997 und 2004 (in 1.000 und in %)

	1991	1997	2004					
Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose)								
Frauen (in 1.000)	16.825	17.208	17.911					
Männer (in 1.000)	22.936	22.699	22.239					
Erwerbsquote Frauen ¹ (%)	62,1	62,8	66,1					
Erwerbsquote Männer ¹ (%)	82,9	80,3	80,3					
	Erwerbstätige							
Frauen (in 1.000)	15.437	15.117	15.812					
Männer (in 1.000)	21.689	20.322	19.397					
Erwerbstätigenquote Frauen ² (%)	57	55,2	58,4					
Erwerbstätigenquote Männer ² (%)	78,4	71,9	70,1					
	Erwerbslose							
Frauen (in 1.000)	1.389	2.091	2.100					
Männer (in 1.000)	1.247	2.377	2.842					
Erwerbslosenquote Frauen ³ (%)	8,3	12,2	11,7					
Erwerbslosenquote Männer ³ (%)	5,4	10,4	12,8					

¹ Erwerbsquote: prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Kurzfristig für den Arbeitsmarkt nicht verfügbare Erwerbslose werden berücksichtigt.

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2003v; Statistisches Bundesamt: 2004aj; Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; Statistisches Bundesamt: 2005a; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Mit einer Frauenerwerbstätigenquote von 58,4 Prozent übertrifft Deutschland schon 2004 das in der Europäischen Beschäftigungsstrategie gesetzte Ziel für 2005 und erreichte fast das erst für 2010 angestrebte Ziel von 60 Prozent. Allerdings relativiert sich der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen, wenn man die Arbeitszeit und das Arbeitsvolumen als Kriterium hinzuzieht. Frauen stehen nämlich häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, wenn diese das jeweils einzige Beschäftigungsverhältnis sind.

² Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Personen in Elternzeit werden zu den Erwerbstätigen gezählt.

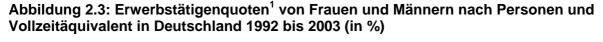
³ Erwerbslosenquote: prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Kurzfristig für den Arbeitsmarkt nicht verfügbare Erwerbslose werden berücksichtigt.

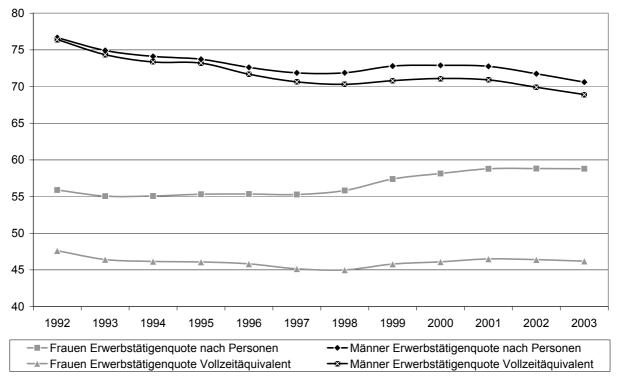
Wird die Erwerbstätigenquote nach Arbeitszeit in Vollzeitäquivalent-Arbeitsplätzen gewichtet und nicht allein nach Köpfen berechnet (Beckmann 2003), dann zeigt sich ein anderes Bild. Hierfür liegen die Zahlen aus 2003 vor. Hinter der Frauenerwerbstätigenquote von 59 Prozent im Jahr 2003 verbergen sich lediglich 46 "Vollzeitäquivalent-Prozent" (Abbildung 2.3). Im Gegensatz zur einfachen Erwerbstätigenquote ist die weibliche Vollzeitäquivalent-Erwerbstätigenquote zudem von 1992 (48 %) bis 2003 (46 %) leicht gefallen. Diese Quote nahm im gleichen Zeitraum bei den Männern von 76 Prozent auf 69 Prozent ab.

Nachfolgend ein einfaches Beispiel für die Berechnung von Vollzeitäquivalenten: In einem kleinen Unternehmen arbeiten zwei Frauen in Teilzeit (jeweils eine halbe Stelle mit 20 Stunden pro Woche) und ein Mann in Vollzeit (eine ganze Stelle mit 40 Stunden pro Woche). Normalerweise erfasst die amtliche Erwerbsstatistik die Beschäftigten nach Köpfen, also kommen in diesem Betrieb zwei weibliche auf einen männlichen Erwerbstätigen. Summiert man die Stunden pro Woche für Frauen und Männer, dann haben in diesem Unternehmen die beiden Frauen zusammen nur eine ganze Stelle mit 40 Stunden pro Woche – oder ein Vollzeitäquivalent. Nach Vollzeitäquivalent betrachtet, kommt in diesem Unternehmen ein weibliches auf ein männliches Vollzeitäquivalent.

Abbildung 2.3 zeigt nun sowohl die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern nach Personen als auch die Entwicklung der Vollzeitäquivalente von Frauen und Männern seit 1992. Es wird hier deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen, gemessen am Anteil der beschäftigten Personen in den letzten Jahren zunahm, dass aber die von Frauen geleistete Erwerbsarbeitszeit insgesamt nicht stieg (Abbildung 2.3).

Christian Dressel 108





¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren; zu den Erwerbstätigen zählen hier auch die Personen in Elternzeit.

Datenbasis: Eurostat, LFS

Quellen: European Commission: 2004; European Commission: 2003

Eine besondere Situation ergab sich in Ostdeutschland; hier war die Erwerbsbeteiligung bei beiden Geschlechtern im Vergleich zum Westen über Jahrzehnte sehr hoch. Im Zuge der Vereinigung und dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft stieg die Erwerbslosigkeit enorm. Zunächst waren mehr Frauen als Männer hiervon betroffen. Mittlerweile hat sich die Situation auf hohem Niveau stabilisiert, die Schaffung neuer Arbeitsplätze bleibt ein schwieriger Prozess (Tabelle 2.2).

Bei den Männern in den ostdeutschen Ländern⁴³ nahm (von 1991 bis 2004) die Zahl der Erwerbspersonen um 370.000 ab. Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen sank im gleichen Zeitraum um 510.000 (Tabelle 2.2). Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen sank um 859.000, die der Frauen um 708.000. Gleichzeitig stieg die Erwerbslosenzahl der Männer im Osten um 488.000, die der Frauen um 199.000. Während 1991 die Zahl der arbeitsuchenden Frauen, die der arbeitsuchenden Männer im Osten Deutschlands noch deutlich überstieg, liegt nun die Zahl der erwerbslosen Männer über der der erwerbslosen Frauen. Ein Teil der erwerbslosen Frauen in Ostdeutschland wird die Arbeitssuche aufgegeben haben und sich

⁴³ Sofern es nicht anders ausgewiesen ist, sind mit dem Begriff "Ostdeutschland" die fünf ostdeutschen Bundesländer – Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – sowie Berlin-Ost gemeint. Und unter dem Begriff "Westdeutschland" fällt das frühere Bundesgebiet vor 1990 einschließlich Berlin-West.

als Nicht-Erwerbspersonen in die stille Reserve zurückgezogen haben. In den östlichen Bundesländern sind im Jahr 2004 die Erwerbsquoten der Frauen allerdings noch immer um gut 9 Prozentpunkte höher als in den westdeutschen Ländern (Tabelle 2.2). Das heißt, im Osten ist die Erwerbsorientierung von Frauen noch immer höher als im Westen. Nur ein Teil der Frauen im Osten hat sich also von der Arbeitsmarktkrise entmutigen lassen und seine Berufsorientierung aufgegeben. In den westlichen Bundesländern konnten Frauen weitgehend unabhängig von konjunkturellen Zyklen Beschäftigungsgewinne erzielen, die sich insbesondere in der Zunahme von Beschäftigungsformen mit einer reduzierten Stundenzahl niederschlugen (Statistisches Bundesamt 2003b, Engelbrech 1999).

Tabelle 2.2: Erwerbsbeteiligung in West¹- und Ostdeutschland² (15- bis 64-Jährige) 1991 und 2004 (in 1.000 und in %)

	Westdeutschland		Ostdeutschland				
	1991	2004	1991	2004			
Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose)							
Frauen (in 1.000)	12.661	14.256	4.165	3.655			
Männer (in 1.000)	18.393	18.066	4.543	4.173			
Erwerbsquote Frauen ³ (%)	58,4	64,5	77,2	73,4			
Erwerbsquote Männer ³ (%)	82,2	80,4	86,0	79,9			
Erwerbstätige							
Frauen (in 1.000)	11.839	12.922	3.598	2.890			
Männer (in 1.000)	17.543	16.111	4.146	3.287			
Erwerbstätigenquote Frauen ⁴ (%)	54,6	58,5	66,7	58,1			
Erwerbstätigenquote Männer ⁴ (%)	78,4	71,7	78,5	62,9			
Erwerbslose							
Frauen (in 1.000)	822	1.334	567	766			
Männer(in 1.000)	849	1.956	398	886			
Erwerbslosenquote Frauen ⁵ (%)	6,5	9,4	13,6	21,0			
Erwerbslosenquote Männer ⁵ (%)	4,6	10,8	8,8	21,2			

¹ Westdeutschland einschl. Berlin-West

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2003v; Statistisches Bundesamt: 2004aj; Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; Statistisches Bundesamt: 2005a; Statistisches Bundesamt: 2005k; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

2004 gibt es laut Mikrozensus 12,9 Millionen erwerbstätige Frauen in den westdeutschen Bundesländern (1991: 11,8 Millionen). Die Zahl der erwerbstätigen Frauen wuchs zwischen 1991 und 2004 um ca. 1,1 Millionen, während die der Männer um rund 1,4 Millionen sank (Tabelle 2.2). Nutzt man – wie dies hier beim Vergleich der Arbeitsmarktintegration von

² Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

³ Erwerbsquote: prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Kurzfristig für den Arbeitsmarkt nicht verfügbare Erwerbslose werden berücksichtigt

⁴ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Zu diesen Erwerbstätigen zählen hier auch die Personen in Elternzeit.

⁵ Erwerbslosenquote: prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Kurzfristig für den Arbeitsmarkt nicht verfügbare Erwerbslose werden berücksichtigt

Frauen und Männern in Europa geschah – die Differenz der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern als Indikator für die Gleichstellung in Ost und West, so erweist sich die Gleichstellung im Osten als weiter fortgeschritten. Dieser Eindruck ergibt sich allerdings nicht nur wegen einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen im Osten, sondern auch wegen der arbeitsmarktbedingt niedrigen Erwerbstätigenquoten von Männern im Osten.

Obwohl die ausländische Bevölkerung ganz überwiegend im Westen Deutschlands, also unter im Prinzip günstigeren Arbeitsmarktbedingungen lebt, ist sie doch sehr viel schlechter als die Bevölkerung mit deutschem Pass in den Arbeitsmarkt integriert (Tabelle 2.3). Gerade einmal 43,1 Prozent der Ausländerinnen im Alter von 15 bis 64 Jahren gehen einer Erwerbstätigkeit nach, also 17 Prozentpunkte weniger als in der deutschen weiblichen Bevölkerung (Tabelle 2.3).44 Bei den Ausländern sind in der gleichen Altersgruppe 61,8 Prozent berufstätig, während es in der bundesdeutschen männlichen Bevölkerung insgesamt 71,0 Prozent sind (Tabelle 2.3). Damit sind die Geschlechterdiskrepanzen, was die Erwerbsbeteiligung betrifft, in der ausländischen Bevölkerung größer als in der deutschen. Allerdings hat zwischen 1991 und 2004 eine ungewollte Angleichung der Erwerbsbeteiligung ausländischer Männer an das Niveau der Erwerbsbeteiligung von ausländischen Frauen stattgefunden. Betrachtet man die Entwicklung seit 1991, dann vergrößert sich der Abstand zwischen den deutschen und ausländischen Frauen (Tabelle 2.3). Während die deutschen Frauen ihre Erwerbsbeteiligung steigern konnten, stagnierte die der ausländischen Frauen. Die Erwerbslosenquote ausländischer Frauen liegt heute nicht mehr über, sondern unter der Erwerbslosenquote ausländischer Männer.

-

⁴⁴ Dass die Zahlen für Deutschland in Tabelle 2.1 mit den Zahlen für "Deutsche" in Tabelle 2.3 nicht genau übereinstimmen, hat damit zu tun, dass in Tabelle 2.1 nicht die Personen mit einem deutschen Pass, sondern die gesamte bundesdeutsche Wohnbevölkerung betrachtet wird.

Tabelle 2.3: Erwerbsbeteiligung von deutschen und ausländischen¹ Frauen und Männern (15- bis 64-Jährige) in Deutschland 1991 und 2004 (in 1.000 und in %)

	Deutsche		Ausländer/-innen				
	1991	2004	1991	2004			
Erwerbspersonen (=Erwerbstätige + Erwerbslose)							
Frauen (in 1.000)	15.851	16.500	974	1.413			
Männer (in 1.000)	21.002	19.968	1.934	2.271			
Erwerbsquote Frauen ² (%)	62,9	67,6	52,4	53,0			
Erwerbsquote Männer ² (%)	83,0	80,4	82,2	79,5			
Erwerbstätige							
Frauen(in 1.000)	14.583	14.663	854	1.150			
Männer (in 1.000)	19.942	17.632	1.747	1.765			
Erwerbstätigenquote Frauen ³ (%)	57,8	60,0	45,9	43,1			
Erwerbstätigenquote Männer ³ (%)	78,8	71,0	74,3	61,8			
Erwerbslose							
Frauen (in 1.000)	1.268	1.837	120	262			
Männer (in 1.000)	1.059	2.337	188	506			
Erwerbslosenquote Frauen ⁴ (%)	8,0	11,3	12,3	18,5			
Erwerbslosenquote Männer ⁴ (%)	5,0	11,7	9,7	22,3			

¹ Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2003v; Statistisches Bundesamt: 2004aj; Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; Statistisches Bundesamt: 2005a; Statistisches Bundesamt: 2005k; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Die Erwerbslosenquoten der deutschen Frauen und Männer haben sich zwischen 1991 und 2004 angeglichen. Dies ist vor allem auf eine Verdoppelung des Arbeitsmarktrisikos für Männer in diesem Zeitraum zurückzuführen, während das der Frauen nur mäßig angestiegen ist.

2.4 Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen

Das Alter ist eine wichtige Determinante für die Erwerbstätigkeit. Ausgehend von einer niedrigen Erwerbspartizipation in jungen Jahren, steigt die Beschäftigung im Lebensverlauf kontinuierlich an. Je näher wiederum das Renten- oder Pensionsalter rückt, desto mehr nimmt die Erwerbstätigkeit ab. Hierbei ist der Erwerbsverlauf bei Frauen unsteter als bei Männern. Bei Frauen haben Heirat und, mehr noch, die Geburt von Kindern sowie die Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben (für Kinder und ältere Familienmitglieder) großen Einfluss auf ihren Erwerbsverlauf (Nestmann/Schmerl 1991; Naegele 1996). In den Altersgruppen der 15- bis 19-Jährigen und der 20- bis 24-Jährigen ist 2004 die Erwerbstätigkeit bei beiden Geschlech-

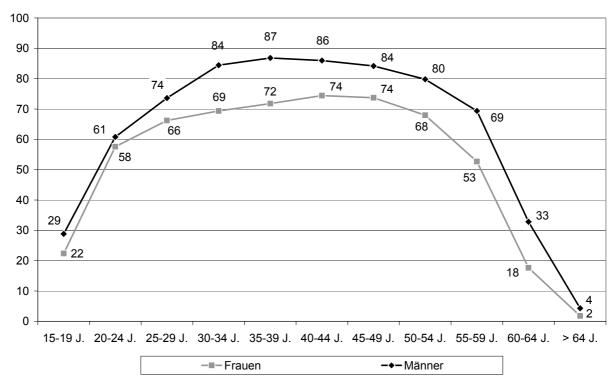
² Erwerbsquote: prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Kurzfristig für den Arbeitsmarkt nicht verfügbare Erwerbslose werden berücksichtigt

³ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Zu den Erwerbstätigen zählen hier auch die Personen in Elternzeit.

⁴ Erwerbslosenquote: prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Kurzfristig für den Arbeitsmarkt nicht verfügbare Erwerbslose werden berücksichtigt

tern ähnlich gering, weil sich viele in Schule und Studium befinden (Abbildung 2.4).⁴⁵ In allen Altersgruppen zwischen 25 bis 29 und 50 bis 54 Jahren übertrifft die Männererwerbstätigkeit konstant die 74-Prozentmarke zwischen 30 und 49 Jahren sogar die 84-Prozentmarke. Dieses hohe Niveau bleibt von den Frauen unerreicht. Die Altersspanne mit hoher Erwerbstätigkeit ist bei ihnen wesentlich kürzer. Lediglich in der Altersgruppe von 35 bis 49 Jahren können Erwerbstätigenquoten über 70 Prozent erreicht werden (Abbildung 2.4).





¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in den jeweiligen Altersgruppen. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; eigene Berechnungen

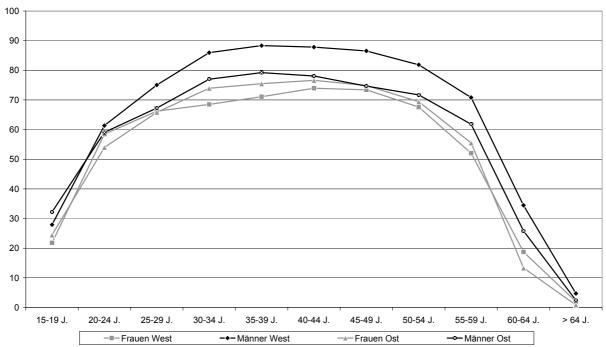
Die größten Geschlechterdiskrepanzen bestehen zwischen dem 30. und dem 40. Lebensjahr, also in einem Lebensalter, in dem für viele Frauen und Männer die aktive Familienphase liegt. Auch wenn man Personen in Elternzeit zu den Erwerbstätigen rechnet, sind die geschlechtsspezifischen Konsequenzen der Familienphase für die Erwerbsbeteiligung unverkennbar. Ihre höchste Erwerbsbeteiligung erreichen Männer im Alter von 35 bis 39 Jahren.
Für Frauen gilt dies erst rund fünf bis zehn Jahre später, also nicht – wie schon oft angenommen – in der Phase vor der Familiengründung, sondern in einer Altersphase, in der die

⁴⁵ Bei den dargestellten Statistiken muss im Blick behalten werden, dass sich viele junge Männer in Formen von betrieblichen Ausbildungen sowie in Wehr- und Zivildienst befinden. Statistisch gesehen zählen diese zu den Erwerbstätigen. Junge Frauen dagegen gehen in viel stärkerem Maße schulischen Ausbildungswegen nach (Kapitel 1) und werden somit als Nicht-Erwerbspersonen erfasst. Würden Personen in Ausbildung und Wehr- bzw. Zivildienst nicht als erwerbsfähig gezählt, verringerte sich die ohnehin geringe Geschlechterdifferenz in den unteren Altergruppen zusätzlich.

Kinder schon etwas älter sind. Die Geschlechterunterschiede bei den älteren Erwerbstätigen dürften auch Produkt vergangener Beteiligungs- und Benachteiligungsstrukturen sein.

Die Erwerbsverläufe von Frauen und Männern in Ostdeutschland gleichen sich sehr viel stärker als die von Frauen und Männern in Westdeutschland (Abbildung 2.5). Lediglich am Anfang und am Ende der Erwerbsphase sind größere Abweichungen zu erkennen. Zu der relativen Geschlechtergleichheit im Osten trägt bei, dass Männer im Osten (auf Grund der hohen Arbeitslosenquote) nicht so in den Arbeitsmarkt integriert sind wie westdeutsche Männer. Das Erwerbsmuster westdeutscher Frauen ist durch eine Stagnation der Erwerbsbeteiligung in der Lebensspanne von 30 bis 45 Jahren gekennzeichnet. Hier beeinträchtigt die aktive Familienphase ihre Erwerbstätigkeit und zwar oft gegen den Willen der betroffenen Frauen (Kapitel 5.5). In Ostdeutschland federt vermutlich das besser ausgebaute Kinderbetreuungssystem diesen Effekt teilweise ab (Kapitel 5.8). Wie Abbildung 2.5 zeigt, sind die Geschlechterunterschiede in Ostdeutschland weit weniger stark ausgeprägt als in Westdeutschland.

Abbildung 2.5: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten¹ von Frauen und Männern in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)



¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in den jeweiligen Altersgruppen. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Personen mit ausländischem Pass sind deutlich schlechter als die angestammte Bevölkerung in den Arbeitsmarkt integriert (Abbildung 2.6). Der relativ schlechte Beschäftigungsstand der ausländischen Bevölkerungsgruppe muss einerseits auf das niedrigere Niveau der Schul- und Berufsausbildung sowie Sprachprobleme zurückgeführt werden. Andererseits

² Westdeutschland einschl. Berlin-West

³ Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

werden die Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten dadurch beeinträchtigt, dass im Ausland erworbene Qualifikationen in Deutschland nicht immer anerkannt oder nachgefragt werden. Kulturell verankerte Familienleitbilder, ungünstige Bildungsvoraussetzungen sowie die größere Kinderzahl von ausländischen Frauen können Ursachen für die großen Geschlechterdifferenzen in den Erwerbsverläufen der nicht-deutschen Bevölkerung sein.

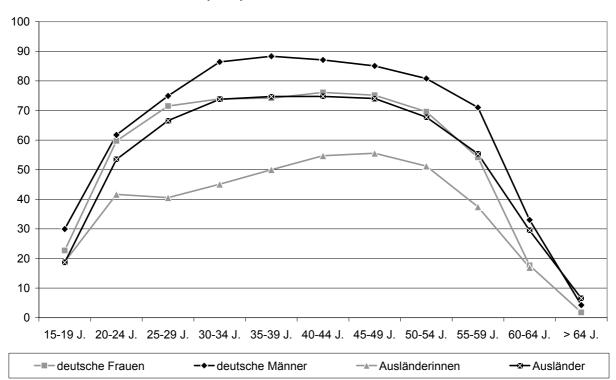


Abbildung 2.6: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten¹ für Deutsche und Ausländer/-innen² in Deutschland 2004 (in %)

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern besonders deutlich im frühen und mittleren Erwachsenenalter unterscheidet. Hier zeichnen sich Erwerbsunterbrechungen bei Frauen ab, im Westen stärker als im Osten. Besonders groß sind die Geschlechterdiskrepanzen in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung der genannten Altersgruppe bei der nicht-deutschen Bevölkerung.

2.5 Erwerbsbeteiligung nach Qualifikationen

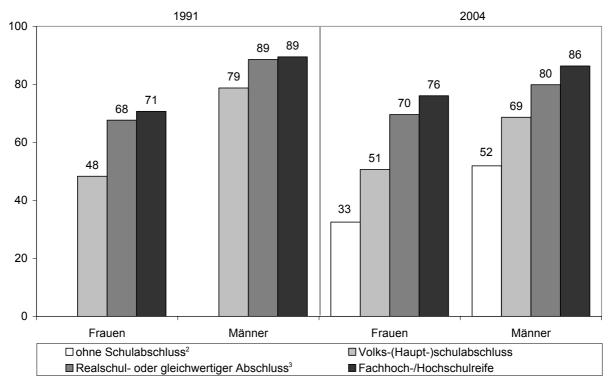
Im internationalen Wettbewerb ist Bildung zum entscheidenden Standortfaktor geworden. Eine stark wissensbasierte Gesellschaft stellt immer höhere Ansprüche an das Bildungsniveau der Arbeitskräfte (Europäische Kommission 2004a). Hohe formale Bildungsabschlüsse und Weiterbildungszertifikate bilden zunehmend die Eintrittskarte in Unternehmen. Dies ver-

¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in den jeweiligen Altersgruppen. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.

² Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass. Fallzahl für Ausländerinnen über 64 Jahren zu gering, deshalb wird keine Erwerbstätigenquote ausgewiesen.

bindet sich mit der Notwendigkeit, das eigene Wissen ständig an die sich ändernden Anforderungen der Arbeitswelt anzupassen (Schömann 2001). Eine höhere schulische Qualifikation und eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und erhöhen auch deren intrinsische Motivation, einer Erwerbsarbeit nachzugehen (Schulze-Buschoff/Rückert-John 1999). So nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss bei Frauen und Männern zu (Abbildung 2.7).

Abbildung 2.7: Erwerbstätigenquoten¹ der 30- bis 64-Jährigen nach dem höchsten Schulabschluss in Deutschland 1991 und 2004 (in %)



- 1 Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (30 bis 64 Jahre) nach den Schulabschlüssen. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.
- 2 Für das Jahr 1991 ist die zum Merkmal "allgemeiner Schulabschluss" gehörige Ausprägung "ohne Schulabschluss" standardmäßig nicht verfügbar.
- 3 inklusive Abschluss der allgemeinen polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR *Anmerkung:* Legende in Leserichtung lesen.

Datenbasis: Mikrozensus

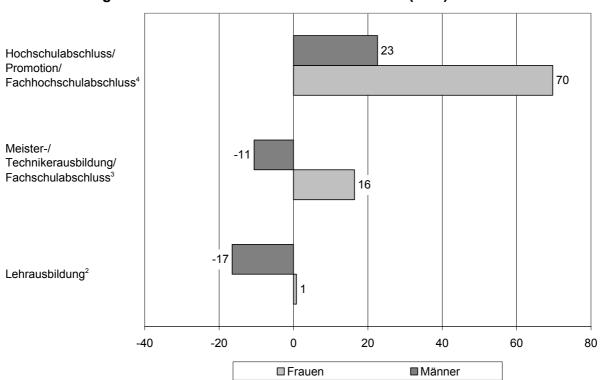
Quellen: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; Statistisches Bundesamt: Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes (www.gbe-bund.de); eigene Berechnungen

Abbildung 2.7 zeigt, dass sich besonders für Männer mit geringer Schulbildung von 1991 auf 2004 die Arbeitsmarktlage verschlechtert hat. Die Erwerbsbeteiligung der Männer mit niedrigen Schulabschlüssen liegt aber immer noch deutlich über der der Frauen mit gleichen Bildungsabschlüssen. Frauen haben auf allen Qualifikationsniveaus ihre Erwerbsbeteiligung gesteigert. Das höhere Schulniveau von Frauen hat deren Arbeitsmarktintegration zusätzlich gefördert. Unter den Frauen und Männern mit höherer Qualifikation sind die Unterschiede in der Erwerbstätigkeit geringer als unter den Frauen und Männern mit niedrigem Qualifikationsniveau. 2004 besteht zwischen den Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männer mit

Realschulabschluss und Abitur eine Differenz von 10,3 bzw. 10,2 Prozentpunkten, während bei den unteren Schulabschlüssen der Abstand (Volks- oder Hauptschulabschluss 18,0 Prozentpunkte bzw. ohne Schulabschluss 19,4 Prozentpunkte) am größten ist (Abbildung 2.7).

In Abbildung 2.8 wird die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen nach Ausbildungsniveau dargestellt. Es fallen die hohen Zuwachsraten der Frauen – besonders deutlich bei den höher qualifizierten Ausbildungswegen – auf. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit Angabe eines Berufsabschlusses wuchs laut Mikrozensus von 1991 bis 2004 um rund 1,1 Millionen (siehe Anhang Tabelle A 2.1). Hervorzuheben waren die Beschäftigungsgewinne bei den Akademikerinnen (+855.000 oder 69,7 %). Die Zuwächse bei Akademikern (+614.000 oder 22,6 %) fallen geringer aus als bei Akademikerinnen und konnten die Beschäftigungsverluste der männlichen Erwerbstätigen mit Lehrausbildung (-1.952.000 oder -16,5 %) sowie Meister- und Technikerausbildung, Fachschulabschluss (-264.000 oder -10,6 %) nur unzureichend ausgleichen (Abbildung 2.8).

Abbildung 2.8: Wachstum bzw. Rückgang der Erwerbstätigenzahlen nach Geschlecht und Ausbildungsabschluss¹ in Deutschland 1991 bis 2004 (in %)

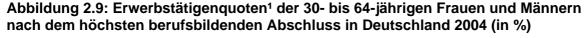


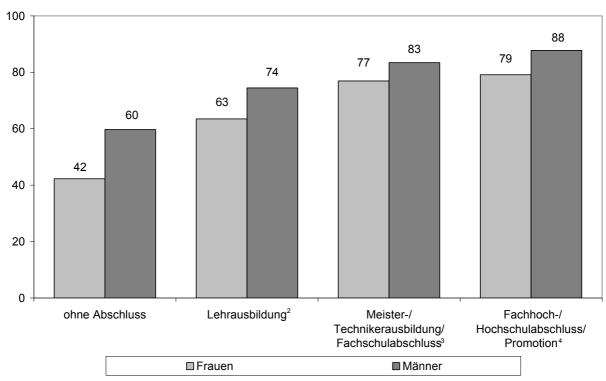
- 1 Im Jahr 1991 waren sämtliche Angaben zu dieser Variable auf freiwilliger Basis erfolgt; für das Jahr 2004 bestand jedoch Auskunftspflicht für Personen bis 51 Jahre, für alle älteren Personen bestand freiwillige Auskunft. Die Antwortquote bei freiwilliger Auskunft fällt i.d.R. geringer aus, dieser Effekt ist beim Vergleich mit dem Jahr 2004 zu berücksichtigen. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.
- 2 einschließlich Anlernausbildung, berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens
- 3 einschließlich Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, einschließlich Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR
- 4 einschließlich Ingenieurschulabschluss

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2003b; Statistisches Bundesamt: 2004aj; Statistisches Bundesamt: 2005a; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Nicht nur ein besserer Schulabschluss, sondern auch ein besserer Berufsabschluss erhöht die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern (Abbildung 2.9). In der Gruppe der geringer Qualifizierten sind die größten Geschlechterunterschiede feststellbar. Offensichtlich haben Frauen hier immer noch mit mehr Benachteiligungen zu kämpfen. Vielleicht aber zieht ein Teil der gering qualifizierten Frauen auch eine Beschränkung auf eine Familienrolle vor, weil das Erziehungsgeld, die Steuervergünstigung⁴⁶ (Ehegattensplitting, Steuerklassenwahl III/V) sowie die Familienversicherung bei Verzicht auf Erwerbsarbeit für sie vergleichsweise attraktiv sind und die bei ihrer Erwerbsbeteiligung entstehenden Kinderbetreuungskosten die von ihnen erzielbaren Einkommen allzu deutlich mindert.





- 1 Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (30 bis 64 Jahre) nach den berufsbildenden Abschlüssen. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.
- 2 einschließlich Anlernausbildung und berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens
- 3 einschließlich Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, einschließlich Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR
- 4 einschließlich Ingenieurschulabschluss

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; Statistisches Bundesamt: Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes, (www.gbe-bund.de); eigene Berechnungen

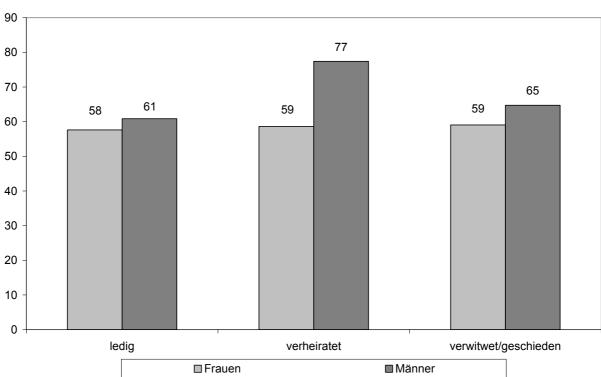
⁴⁶ Das Ehegattensplitting bringt nur bei Einkommensunterschieden zwischen Verheirateten einen Steuervorteil. Die Steuerklassenkombination III und V bringt auf Jahresbasis keinen effektiven Steuervorteil und hat eher einen psychologischen Effekt.

2.6 Erwerbsbeteiligung nach Familienstand

Wie gezeigt, nimmt mit zunehmendem Bildungsniveau der geschlechtsspezifische Unterschied in der Erwerbsbeteiligung ab, dennoch weisen Frauen durchgängig geringere Erwerbstätigenquoten auf. Ursache hierfür ist vor allem die Praxis der geschlechtsspezifischen Arbeitsverteilung in Haushalt und Familie (Kapitel 5.6).

Abbildung 2.10 zeigt die Erwerbstätigkeit der Geschlechter nach Familienstand. Auf den ersten Blick fällt die große Geschlechterdifferenz unter den Verheirateten auf. Dagegen besteht bei den Ledigen und den Verwitwet/Geschiedenen nur eine kleine "Geschlechterlücke", was ihre Erwerbstätigkeit betrifft (Abbildung 2.10). Ehen funktionieren also häufig noch nach dem "männlichen Ernährermodell" (Pfau-Effinger 2001).

Abbildung 2.10: Erwerbstätigenquoten¹ der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach dem Familienstand in Deutschland 2004 (in %)



¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) nach dem Familienstand. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Wenn man verschiedene Altersgruppen getrennt betrachtet, fällt ebenfalls auf, dass sich die Erwerbsbeteiligung lediger Frauen kaum von der der lediger Männer unterscheidet (Tabelle 2.4). So sind knapp acht von zehn ledigen Frauen in der Altersgruppe der 25- bis 54- Jährigen berufstätig, ihre Erwerbstätigkeit übertrifft sogar die Männerquoten um fast 3 Prozentpunkte. Die erwartete Geschlechterungleichheit tritt bei den verheirateten Frauen und Männern in nahezu allen Altersgruppen am deutlichsten hervor; dieser Effekt dürfte auf die

höhere Kinderzahl von verheirateten gegenüber unverheirateten Paaren zurückzuführen sein und die damit verbundene Traditionalisierung der Arbeitsteilung wohl aber auch auf die steuerliche und versicherungsrechtliche Begünstigung der Hausfrauenehe mit männlichem Ernährer. Dass die Geschlechterdifferenzen auch bei geschiedenen und verwitweten Frauen und Männern zumindest in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen deutlich größer sind als bei den Ledigen, deutet darauf hin, dass ehemals verheiratete Frauen nicht mehr die gleichen Chancen wie ständig berufstätige ledige Frauen haben, sich ins Erwerbsleben zu integrieren, bzw. Transferzahlungen bekommen (Tabelle 2.4).

Es überrascht, dass die Erwerbstätigkeit von ledigen Frauen in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen niedriger ist als bei den verheirateten Frauen in der gleichen Altersgruppe. Dies gilt allerdings für die Männer noch ausgeprägter. Dies erklärt sich damit, dass sich unter den ledigen Frauen wie Männern dieser Altersgruppe viele noch in Schule und Studium befinden.

Tabelle 2.4: Altersgruppenspezifische Erwerbstätigenquoten¹ von Frauen und Männern sowie die Geschlechterdifferenz² nach Familienstand in Deutschland 2004 (in %)

	von bis							
	15 bis 24	25 bis 54	55 bis 64	65 und älter	15 bis 64			
ledig								
Frauen	39,8	78,8	43,7	2,0	57,6			
Männer	44,2	75,9	40,0	5,9	60,9			
Differenz	4,4	-2,9	-3,7	3,9	3,3			
verheiratet								
Frauen	41,7	68,0	32,1	2,3	58,6			
Männer	67,5	88,0	51,2	4,5	77,4			
Differenz	25,8	20,0	19,1	2,2	18,8			
verwitwet/geschieden								
Frauen	1	73,0	34,6	1,3	59,1			
Männer	1	74,6	41,9	3,1	64,8			
Differenz	1	1,6	7,3	1,8	5,7			

¹ Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Ein Vergleich der Erwerbsbeteiligung lediger und verheirateter Frauen in West- und Ostdeutschland zeigt, dass sich die Folgen unterschiedlicher "Erwerbstraditionen" noch immer abzeichnen (Abbildung 2.11).

² Differenzen, dargestellt in Prozentpunkten, errechnen sich aus der Erwerbstätigenquote für Männer abzüglich der Erwerbstätigenquote für Frauen nach dem Familienstand. Bei negativen Werten ist die Quote der Frauen höher als die Quote der Männer.

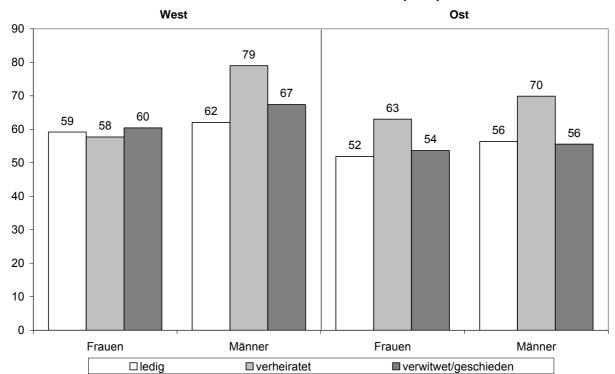


Abbildung 2.11: Erwerbstätigenquoten¹ der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach Familienstand in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)

- 1 Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Zu den Erwerbstätigen zählen auch die Personen in Elternzeit.
- 2 Westdeutschland einschl. Berlin-West
- 3 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Erwerbstätigkeit war zu DDR-Zeiten auch für verheiratete Frauen und Mütter eine Selbstverständlichkeit, für allein erziehende Mütter sicher auch eine Notwendigkeit. An dieser Sicht hat sich auch nach dem Beitritt der neuen Länder nicht viel geändert. In Westdeutschland besitzt dagegen das Familienmodell mit männlichem Ernährer noch Orientierungskraft. Auch ist es im Westen angesichts fehlender Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige, aber auch nur unzureichender Angebote für ältere Kinder für Eltern oft unausweichlich, dass ein Elternteil über Jahre seine Erwerbsarbeit einschränkt (Kapitel 5.8).

Der innerdeutsche Unterschied in der Erwerbstätigkeit von Frauen wird besonders in der abweichenden Arbeitsmarktintegration von verheirateten Frauen sichtbar. In den westdeutschen Bundesländern weist die Gruppe der verheirateten Frauen die geringste Erwerbstätigenquote auf, in den ostdeutschen Ländern dagegen die höchste (Abbildung 2.11). Auch vierzehn Jahre nach dem Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik führte die teilweise Angleichung von Rahmenbedingungen z.B. bei Steuern und Sozialversicherung zwar zu einer Annäherung, aber nicht zu einer mehrheitlichen Übernahme westdeutscher Erwerbs- und Familienmuster (Weißhuhn/Rövekamp 2003; Fuchs/Weber 2004).

Mehr noch als der Familienstand beeinträchtigen Kinder die Erwerbstätigkeit von Frauen. Dies

wird im Kapitel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausführlich dargestellt (Kapitel 5).

2.7 Erwerbstätigkeit in atypischen Beschäftigungsverhältnissen

Als atypische Beschäftigungsverhältnisse werden hier solche bezeichnet, die nicht alle Merkmale des (männlichen) Normalarbeitsverhältnisses besitzen. Für weibliche Beschäftigte sind sie keineswegs immer atypisch. Flexiblere und deregulierte Formen der Erwerbsarbeit sind zu einem Bestandteil moderner Arbeitmärkte geworden (Schulze-Buschoff/Rückert-John 1999). Zu den vom Normalarbeitsverhältnis abweichenden Arbeitsformen gehört auch die Teilzeitarbeit. Sie ist hier einerseits als oft nicht existenzsichernde Arbeitsform, andererseits als Arbeitsform in den Blick zu nehmen, die die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit erleichtert (siehe auch Kapitel 5).

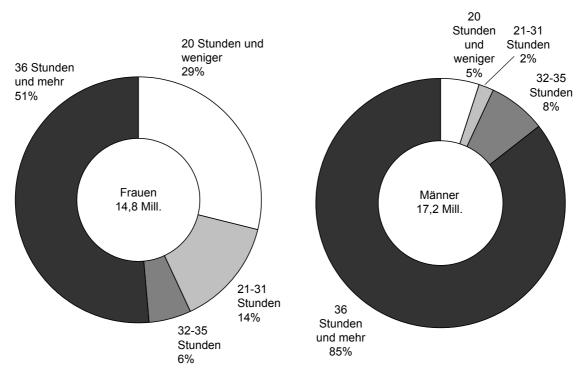
2.7.1 Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit ist eine "weibliche Domäne". Abhängig erwerbstätige Frauen stehen 2004 zu 43 Prozent in Beschäftigungsverhältnissen von 31 Stunden die Woche und weniger. Bei den Männern sind dies nur 7 Prozent.⁴⁷ Dagegen überwiegen auf den Vollzeitarbeitsplätzen eindeutig die Männer.⁴⁸ Es gibt hier also eine deutliche geschlechtsspezifische Spaltung auf dem Erwerbsarbeitsmarkt (Abbildung 2.12).

⁴⁷ Beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 31 Stunden und weniger, dann sind mehr als vier von fünf abhängig Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts.

⁴⁸ Männer stellen fast zwei Drittel aller abhängig Beschäftigten, die 32 Stunden und mehr pro Woche arbeiten.





1 Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Auszubildende, auch Personen in Elternzeit. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Die geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarktes nach Arbeitszeit ist in den vergangenen 13 Jahren in Deutschland deutlich gewachsen. Während der Anteil der Männer mit reduzierter Stundenzahl von 2,1 Prozent in 1991 auf 6,2 Prozent in 2004 stieg, nahm im gleichen Zeitraum die Teilzeitquote der weiblichen abhängig Beschäftigten von 30,2 auf 42,1 Prozent zu (Abbildung 2.13). Spiegelbildlich sank binnen 13 Jahren die Vollzeitquote der Frauen von 68,8 auf 57,9 Prozent. Die der Männer nahm von 97,9 auf 93,8 Prozent ab. Das Angebot an Teilzeitbeschäftigungen dürfte die Erwerbstätigkeit insbesondere von Müttern im Westen ganz wesentlich erleichtert haben (Kapitel 5.4).

Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten gibt den prozentualen Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten an. Die Vollzeitquote der abhängig Beschäftigten gibt den prozentualen Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten wieder (Statistisches Bundesamt 2004f). Zu den abhängig Erwerbstätigen (Beschäftigten) zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Auszubildende. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen (Statistisches Bundesamt 2004f).

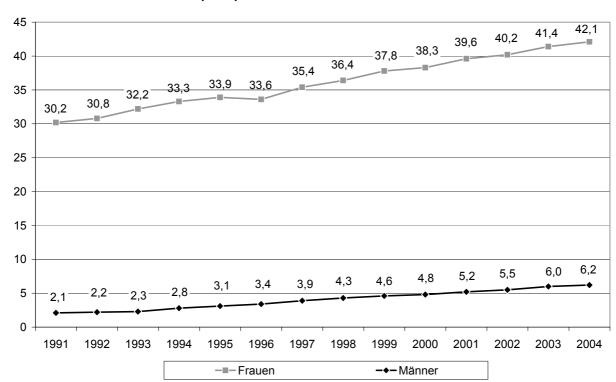


Abbildung 2.13: Teilzeitquote¹ von abhängig erwerbstätigen² Frauen und Männern in Deutschland 1991 bis 2004 (in %)

- 1 Die Teilzeitquote der abhängig Erwerbstätigen gibt den prozentualen Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen an. Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten, auch der Personen in Elternzeit.
- 2 Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Auszubildende. Selbstständige, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

In Westdeutschland ist Teilzeitbeschäftigung wesentlich stärker verbreitet als in Ostdeutschland. Zwar nimmt auch im Osten der Teilzeitbeschäftigtenanteil zu, dennoch arbeitet 2004 nur gut ein Viertel (27,8 %) der ostdeutschen Frauen in Teilzeit, während dies für fast die Hälfe (45,3 %) der abhängig beschäftigten Frauen im Westen gilt. ⁴⁹ Bei den Männern gibt es kaum regionale Unterschiede in der Teilzeitquote (Ost: 6,3 %; West: 6,2 %). Die angegebenen Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung verweisen auf zwei Ursachen: die jeweils regional unterschiedliche Arbeitsmarktlage ⁵⁰ und die unterschiedliche Einbindung von Frauen in Familienarbeit (Abbildung 2.14).

⁴⁹ Teilzeitbeschäftigte Frauen in Ostdeutschland arbeiten im Schnitt länger als teilzeitbeschäftigte Frauen in Westdeutschland. Zudem muss berücksichtigt werden, dass sich viele Beschäftigte in den östlichen Bundesländern in Arbeitsbeschaffungsmassnahmen befinden und deshalb als Teilzeitbeschäftigte gezählt werden (Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 2000).

Zudem gibt es in Ostdeutschland einen wesentlich geringeren Anteil von Klein- und Mittelbetrieben, die Teilzeitarbeit nutzen. Allerdings steigt auch in den ostdeutschen Ländern die Verbreitung von Teilzeitbetrieben (Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 2000).

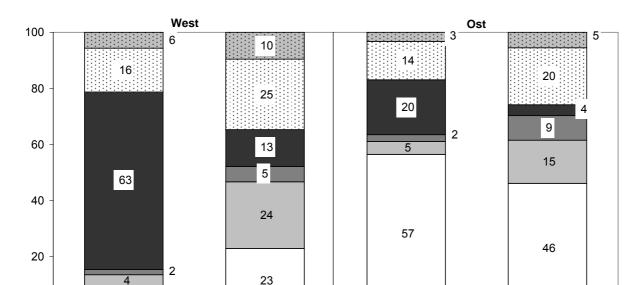
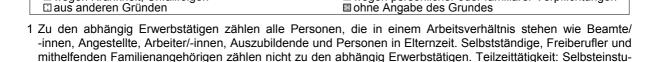


Abbildung 2.14: Abhängig teilzeiterwerbstätige¹ Frauen und Männer nach den Gründen für die Teilzeitbeschäftigung in West-² und Ostdeutschland³ 2004 (in %)



Frauen

wegen Schul-, Aus- oder Fortbildung

wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen

Männer

Männer

2 Westdeutschland einschl. Berlin-West

9

Frauen

□ Vollzeittätigkeit nicht zu finden

wegen Krankheit, Unfallfolgen

3 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Anmerkung: Legende in Leserichtung lesen.

Datenbasis: Mikrozensus

fung der Befragten.

0

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Wenn ostdeutsche Frauen und Männer in Teilzeitbeschäftigungen stehen, dann oft, weil keine Vollzeittätigkeit zu finden war. Persönliche oder familiäre Gründe spielen bei der Entscheidung für eine Teilzeitarbeit bei Frauen aber generell eine größere Rolle als bei Männern. Bei den weiblichen Teilzeitbeschäftigten im Westen sind diese Verpflichtungen das beherrschende Motiv für die Übernahme von Teilzeit (Abbildung 2.14). Offensichtlich werden in West- und Ostdeutschland unterschiedliche Muster familialer Arbeitsteilung gelebt.

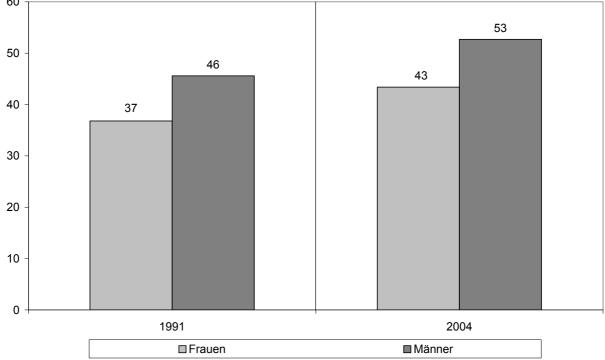
2.7.2 Flexible Arbeitszeitformen

Parallel zur Ausbreitung der Teilzeit nehmen auch andere Arbeitszeitformen zu, die vom traditionellen Normalarbeitsverhältnis abweichen: Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit. Auf diese Arbeitszeitformen greifen Betriebe zunehmend zurück, um eine Entkoppelung der Betriebs- und Öffnungszeiten von den individuellen Arbeitszeiten zu erreichen (Statistisches Bundesamt 2003a: 56). Von der Zunahme flexibler Arbeitszeitformen sind erwerbstätige Frauen ebenso wie Männer betroffen (Abbildung 2.15). Männer befinden sich 2004 allerdings häufiger als Frauen in diesen atypischen Arbeitszeitformen. Neben den positiven Rückwir-

kungen auf das Erwerbseinkommen haben diese Arbeitszeitformen nachteilige Effekte, etwa für die Gesundheit und die Teilhabe am familiären Leben.

Schicht- und/oder Nachtarbeit¹ in Deutschland 1991 und 2004 (in %) 60 53

Abbildung 2.15: Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer mit Wochenend-,



¹ Erwerbstätige, die ständig, regelmäßig oder gelegentlich Wochenend-, Schicht- und/oder Nachtarbeit leisten; Selbsteinstufung der Befragten, auch der Personen in Elternzeit.

Datenbasis: Mikrozensus

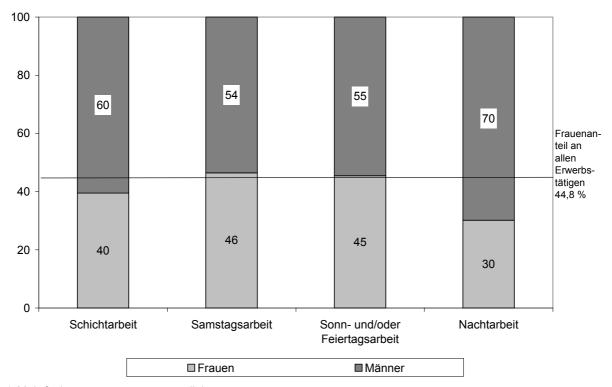
Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Von zehn Erwerbstätigen, die nachts arbeiten, sind sieben männlichen Geschlechts. Von Schichtarbeit sind männliche Beschäftigte ebenfalls überproportional häufig betroffen (Abbildung 2.16).

Zudem leisten Männer häufiger Mehrarbeit als Frauen. 2,7 Millionen (16 %) der abhängig beschäftigten Männer haben deutschlandweit in der Berichtswoche (vom 22. bis 28. März) des Mikrozensus 2004 mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen sind es 9 Prozent oder 1,4 Millionen. 61 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen gibt als Grund Überstunden an. Damit leistet jeder zehnte Arbeitnehmer (10 %) und jede zwanzigste abhängig beschäftigte Frau (5 %) in der Berichtswoche Überstunden (Statistisches Bundesamt 2005a: 47).

2004 arbeitet über die Hälfte (52 %) der abhängig Beschäftigten in einer flexiblen Arbeitszeitorganisation. Bemerkenswert ist, dass mehr Männer (54 %) als Frauen (49 %) nach variablen Arbeitszeitmodellen arbeiten. Dagegen haben 46 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen fest vorgegeben Arbeitszeiten (Statistisches Bundesamt 2005b: 47 f.).





1 Mehrfachnennungen waren möglich.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005a; eigene Berechnungen

Im März 2004 verfügen 35 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer in abhängiger Beschäftigung über ein Arbeitszeitkonto, das den langfristigen Ausgleich von Zeitguthaben durch Freizeit ermöglicht. Die Hälfte der Frauen (51 %) nutzen ihre Arbeitszeitkonten für einen stundenweisen Freizeitausgleich. Für die andere Hälfte (49 %) der Frauen ist ein tageweiser Ausgleich bindend. Bei Männern übertrifft der tageweisen (53 %) den stundenweisen Freizeitausgleich (47 %) (Statistisches Bundesamt 2005b: 47 f.). Studien des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen liefern weiterführende und zum Teil abweichende Zahlen zur Entwicklung von Erwerbsarbeitszeiten und Überstunden (Bauer/Groß/Lehmann/Munz 2004; Bauer/Munz 2005).

2.7.3 Geringfügige Erwerbstätigkeit

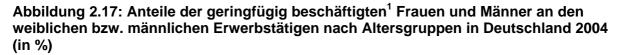
Wie die Teilzeitbeschäftigung und die atypischen Arbeitszeiten hat auch die geringfügige Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren zugenommen. Besonders die Neuregelung von Miniund Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit. Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit werden Mini- und Midijobs vor allem von Frauen genutzt. Besonders ausgeprägt ist das bei den Midijobs; hier machen Ende 2003 Frauen 75,0 Prozent der Beschäftigten aus. Bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten beträgt der Frauenanteil 68,1 Prozent und bei den Nebenjobbern 56,4 Prozent. Zum Ver-

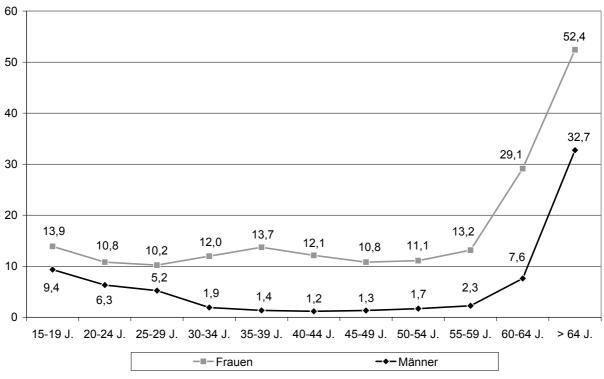
gleich: Von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind dagegen nur 45,4 Prozent Frauen⁵¹ (Bundesagentur für Arbeit 2004a).

"Eine Untergruppe der abhängig Teilzeitbeschäftigten bilden die geringfügig Beschäftigten, deren statistische Erfassung nicht nur für den Mikrozensus schwierig ist. Die Gründe dafür liegen zum einen in der Komplexität der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen, zum anderen in der Sensibilität des Themas. Darüber hinaus können so vielfältige Erscheinungsformen der geringfügigen Beschäftigung wie stundenweise Arbeit an bestimmten Tagen im regelmäßigen oder unregelmäßigen Wochenrhythmus, zu bestimmten Monatsterminen oder anlässlich jährlich wiederkehrender Veranstaltungen nur dann im Mikrozensus erfasst werden, wenn sie in die Berichtswoche fallen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Antworten im Rahmen der im Mikrozensus zulässigen Proxy-Interviews (d.h., ein Haushaltsmitglied antwortet stellvertretend für andere Haushaltsmitglieder) unter Umständen einen lückenhaften Informationsstand der Befragten widerspiegeln. Allgemein anerkannt ist jedoch, dass der Mikrozensus mit seinem Instrumentarium den Kern der regelmäßig ausgeübten geringfügigen Beschäftigung abbildet und wertvolle Strukturaussagen ermöglicht" (Statistisches Bundesamt 2004f: 44).

Im Mikrozensus 2004 geben 2,7 Millionen Erwerbstätige an, in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Tätigkeit ausgeübt zu haben. Über drei Viertel (76 %) aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind weiblichen Geschlechts. Für Frauen stellt die geringfügige Beschäftigung oft eine Art des Zuverdienstes zum männlichen Haushaltseinkommen dar. Das mit der Erwerbsarbeit des Partners abgestimmte Vollzeit-/ Teilzeitmodell (Mann: Vollzeit/Frau: Teilzeit) wird bei den gegebenen Betreuungsangeboten für Kinder von der Mehrzahl der erwerbstätigen, aber auch der nicht erwerbstätigen Mütter präferiert (Kapitel 5.5). Entsprechend gibt im Mikrozensus 2004 etwa die Hälfte (45 %) der ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen an, überwiegend vom Unterhalt durch Angehörige zu leben. Männer sind am Beginn und am Ende ihrer Erwerbsbiografie geringfügig beschäftigt, Frauen dagegen auch zwischen dem 25. und 55. Lebensjahr (Abbildung 2.17).

Ende 2003 gibt es 26.746.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Darunter sind 669.000 Beschäftigte (2,5 %), die im Jahr 2003 wenigstens zeitweise die Gleitzonenregelung für Midijobs (monatlich zwischen 400 und 800 EUR) in Anspruch nahmen. Mit 514.000 überwiegt bei weitem die Zahl der Personen, die nur zeitweise im Jahr ein Arbeitsentgelt in der Gleitzone erhalten. Dagegen bleibt für 155.000 Beschäftigte das Einkommen durchgängig zwischen 400 und 800 EUR. 1.437.600 Personen arbeiten zusätzlich zu ihrer Haupterwerbstätigkeit in einer geringfügig entlohnten Beschäftigung. Damit übt jede/-r 19. Arbeitnehmer/-in einen Nebenjob aus (5,4 %). Darüber hinaus gibt es noch 4.544.200 Personen, die ausschließlich geringfügig entlohnt werden. Die Minijob-Regelungen werden im Westen stärker genutzt als im Osten. Ende 2003 haben 5,9 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Westdeutschland zusätzlich noch einen Nebenjob, im Vergleich zu 3,1 Prozent in Ostdeutschland. Im Westen kommen zudem auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 18 ausschließlich geringfügig entlohnte Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer, im Vergleich zu 13 im Osten. Die Inanspruchnahme der Midijob-Regelung ist mit einem Anteil von 2,5 Prozent an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Osten dagegen genauso groß wie im Westen (Bundesagentur für Arbeit 2004a).





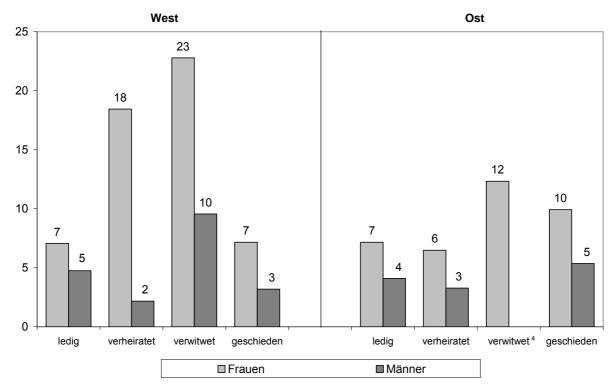
1 Beschäftigte mit nur einer Tätigkeit

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Bei Ehepaaren, bei denen ein Partner (meist der Mann) recht gut verdient, wird die Entscheidung für eine geringfügige Beschäftigung des anderen Partners (meist die Frau) durch das Splittingsteuermodell (mit der Lohnsteuerklassenwahl III und V) belohnt. Das so genannte "Ehegattensplitting" und die Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung über den Ehemann dürfte auf eine zeitlich und finanziell begrenzte Frauenerwerbstätigkeit hinwirken. Entsprechend ist die geringfügige Beschäftigung bei verheirateten Frauen (allerdings auch bei verwitweten) besonders verbreitet (Abbildung 2.18). Für ostdeutsche verheiratete Frauen scheint die Reduktion ihrer Erwerbsarbeit auf einen Zuverdienst, selbst bei steuerlichen Vorteilen weniger attraktiv zu sein als für westdeutsche (Abbildung 2.18). Der Grund dürfte in den geringeren geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden im Osten liegen (Kapitel 3) und in der dort auch für Ehemänner schlechteren Arbeitsmarktlage. Sie lässt es für Paare vorteilhaft erscheinen, dass beide Partner ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt möglichst weitgehend nutzen.

Abbildung 2.18: Anteile der geringfügig beschäftigten¹ Frauen und Männer an den weiblichen bzw. männlichen Erwerbstätigen nach Familienstand in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)



- 1 Beschäftigte mit nur einer Tätigkeit
- 2 Westdeutschland einschl. Berlin-West
- 3 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost
- 4 Die Fallzahl für ausschließlich geringfügig beschäftigte Männer mit Familienstand verwitwet ist für Ostdeutschland zu gering.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Die Studie: "Geringfügige Beschäftigung und Nebenerwerbstätigkeiten in Deutschland 2001/2002", herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA 2004), kommt für Westdeutschland ebenfalls zu dem Schluss, dass geringfügig entlohnte Tätigkeiten häufiger von Frauen als von Männern ausgeübt werden und dass Frauen in Partnerschaften häufiger als Männer in Partnerschaften einer geringfügig entlohnten Tätigkeit nachgehen. Nicht nur an der höheren Teilzeitquote, sondern auch an der höheren Quote geringfügig beschäftigter Frauen lässt sich ablesen, dass Frauen im Westen Deutschlands trotz gestiegener Erwerbsquote noch deutlich schlechter als ostdeutsche Frauen in den Arbeitsmarkt integriert sind und dass die westdeutschen Frauen häufiger als die ostdeutschen Frauen vom Einkommen ihres Ehemannes abhängig sind (Kapitel 3).

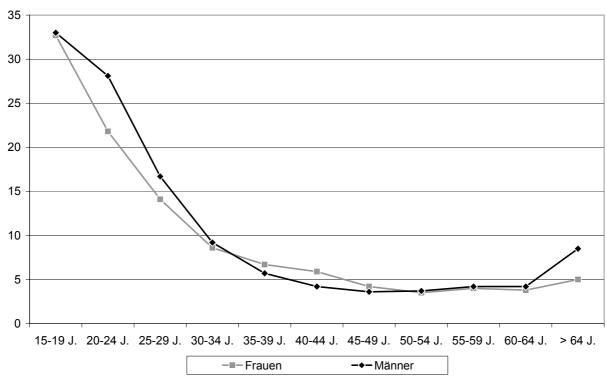
2.7.4 Befristete Arbeitsverträge

Viele neue Arbeitsverträge in Deutschland werden nur noch befristet abgeschlossen. Dies stellt eine weitere Abweichung vom traditionellen Normalarbeitsverhältnis dar. Sie trifft insbe-

sondere junge Menschen (Statistisches Bundesamt 2004f).⁵² Allerdings kann die Befristung von Arbeitsstellen auch zu langfristig diskontinuierlichen Erwerbsbiografien führen, was mit größerer sozialer Unsicherheit verbunden ist.

Im Jahr 2004 stehen laut Mikrozensus jeweils rund 8 Prozent der weiblichen (7,8 %) und der männlichen Beschäftigten (7,9 %) in einem befristeten Arbeitsverhältnis⁵³. Männer wie Frauen sind vor allem am Anfang ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt (Abbildung 2.19).

Abbildung 2.19: Anteil der befristet Beschäftigten¹ unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)



¹ Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Personen, deren Beschäftigungsverhältnis ruht, wie im Falle der Elternzeit. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Innerhalb der ausländischen Bevölkerungsgruppe sind ebenfalls junge Frauen und Männer besonders häufig befristet beschäftigt, doch haben in der ausländischen Population auch in den mittleren Altersschichten viele noch befristete Beschäftigungsverhältnisse. Ab der Altersgruppe der 30-Jährigen sind Ausländerinnen und Ausländer wesentlich häufiger von Befristungen betroffen als Deutsche⁵⁴ (Abbildung A 2.1).

⁵² Zum Teil handelt es sich dabei um befristet beschäftigte Schüler/-innen sowie Studenten/-innen, die neben Schule und Studium noch einer Erwerbsarbeit nachgehen (Statistisches Bundesamt 2004f).

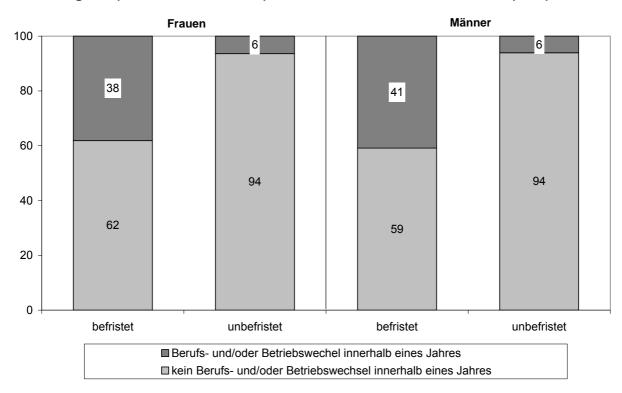
Weil Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende ihre Ausbildungs- bzw. Dienstverträge stets nur für eine bestimmte Dauer abschließen, bleiben sie bei der Darstellung unberücksichtigt.

Insgesamt sind 2004 11,5 Prozent der abhängig erwerbstätigen Ausländer und 11,6 Prozent der Ausländerinnen befristet beschäftigt. Unter den Deutschen sind es bei beiden Geschlechtern 7,5 Prozent.

In Ostdeutschland ist die Befristung von Arbeitsverhältnissen verbreiteter als im Westen.⁵⁵ Die Geschlechterunterschiede sind gering; es bestehen eher Ungleichheiten zwischen "jungen" und "alten" abhängig Beschäftigten auf der einen Seite und den Arbeitsplatzinhabern in der Kernaltersgruppe (30 bis 54 Jahre) auf der anderen Seite (Abbildung A 2.2).

An befristete Beschäftigungsverhältnisse schließt sich häufig ein Betriebs- oder gar Berufswechsel an (Abbildung 2.20). Befristet Beschäftigte müssen wesentlich mobiler sein. 41 Prozent aller Männer in befristeten Arbeitsverhältnissen (ohne Auszubildende) wechselten binnen eines Jahres Beruf, Betrieb oder beides. Bei den Frauen waren es 38 Prozent. Frauen halten sich also bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen geringfügig länger als Männer in ihrem angestammten Betrieb bzw. Beruf. Diejenigen Frauen und Männer, die sich in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen befinden, wechseln den Betrieb sehr viel seltener.

Abbildung 2.20: Anteil der Betriebs-/Berufswechsler¹ an den befristet und unbefristet Beschäftigten² (ohne Auszubildende) in Deutschland von 2003 bis 2004 (in %)



¹ Der Berufswechsel knüpft an die gegenwärtige Tätigkeit (und nicht an die Berufsbezeichnung) an. Auch Berufswechsel innerhalb des Betriebes sowie Berufswechsel ohne Umschulung oder Weiterbildung sind berücksichtigt. Betriebswechsel: Hierzu zählt auch ein Wechsel zwischen Betrieben eines Unternehmens.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

In Ostdeutschland ist die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Grund der

² Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Personen in Elternzeit. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

⁵⁵ In Ostdeutschland sind 2004 10,2 Prozent der weiblichen und 11,9 Prozent der männlichen abhängig Beschäftigten betroffen. Im Westen 7,3 Prozent der Frauen und 7,1 Prozent der Männer.

Befristung vieler Arbeitsverträge und der prekären Arbeitsmarktsituation im Allgemeinen höher als im Westen. So hat fast die Hälfte der befristet beschäftigten ostdeutschen Männer (45,6 %) und Frauen (44,9 %) einen Betriebs-/Berufswechsel binnen eines Jahres von 2003 auf 2004 vollzogen. Im Vergleich dazu beträgt der entsprechende Anteil in Westdeutschland bei den Männern 39,2 Prozent und bei den Frauen 36,1 Prozent.⁵⁶

2.7.5 Arbeit von zu Hause aus

Zu den atypischen Beschäftigungen gehört auch die durch die modernen Kommunikationsmedien eröffnete Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten. In Zukunft könnte für einen größeren Teil der Erwerbstätigen die eigene Wohnung zum Arbeitsplatz werden. Vorerst verweisen die Zahlen für Deutschland noch auf eine geringe Verbreitung der Arbeit von zu Hause aus.⁵⁷ 2004 geben aber immerhin 5,0 Prozent der männlichen und 5,4 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen an, hauptsächlich, d.h. an mindestens der Hälfte der Arbeitstage, von zu Hause aus zu arbeiten. Von den 858.000 weiblichen Erwerbstätigen, die hauptsächlich zu Hause arbeiteten, sind 37 Prozent selbstständig erwerbstätig und weitere 49 Prozent abhängig beschäftigt. Bei den 970.000 Männern, die hauptsächlich zu Hause arbeiten, sieht die Situation anders aus. Dort sind 62 Prozent als Selbstständige tätig und 35 Prozent stehen in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis. Diese Geschlechterdifferenz ist eine Folge der Tatsache, dass Männer sehr viel häufiger als Frauen als Selbstständige arbeiten (Abbildung 2.26).

Die Arbeit von zu Hause setzt häufig eine gute Erreichbarkeit und Ausstattung mit modernen Kommunikationsmedien voraus. Drei Viertel der abhängig Beschäftigten, die hauptsächlich zu Hause arbeiten, nutzten einen Computer (Frauen: 73 %; Männer: 78 %). Bei den Selbstständigen haben Frauen zu 68 Prozent und die Männer zu 74 Prozent ihren häuslichen Arbeitsplatz technisiert. Die neuen Kommunikationsmedien könnten Frauen wie Männern die Vereinbarung von Familienaufgaben mit Berufsarbeit erleichtern (Statistisches Bundesamt 2005a und 2005b).

⁵⁶ Eigene Berechnungen nach dem Mikrozensus.

⁵⁷ Erwerbstätige arbeiten zu Hause, wenn sie ihren Beruf ausschließlich oder teilweise zu Hause ausüben, wie etwa Telearbeiter, Handelsreisende, die ein auswärtiges Kundengespräch vorbereiten und Lehrer, die zu Hause Unterrichtsstunden vorbereiten und Klassenarbeiten korrigieren. Arbeit zu Hause liegt nicht vor, wenn Arbeitnehmer/-innen unter Zeitdruck oder aus persönlichem Interesse in ihrer Freizeit unentgeltlich arbeiten. Auch Ärzte/Ärztinnen oder Steuerberater/-innen üben keine Heimarbeit aus, wenn ihre Praxis oder ihr Büro an den Wohnraum angrenzt und mit einem separaten Eingang versehen ist.

Unter allen Erwerbstätigen geben 2004 60 Prozent der Frauen und 59 Prozent der Männer eine PC-Nutzung am Arbeitsplatz an. Für die meisten Frauen der jüngeren Jahrgänge ist PC-Arbeit selbstverständlich (63 % der unter 30-Jährigen, 63 % der 30- bis 44-Jährigen). Nur die Hälfte (49 %) der jungen Männer nutzt zur Aufgabenbewältigung einen Rechner. Männer im Alter von 30 bis 44 Jahren zählen mit 62 Prozent besonders häufig zu den PC-Anwendern. In der Altersgruppe der 45- bis 59-jährigen Männer arbeiten 61 Prozent an einem Bildschirmarbeitsplatz. Frauen weisen in dieser Altersgruppe eine Nutzungsrate von 57 Prozent auf. Erwerbstätige Frauen und Männer mit 60 und mehr Jahren geben zu 41 bzw. 53 Prozent eine PC-Nutzung an (Statistisches Bundesamt 2005a und 2005b).

2.7.6 Zwischenfazit

Teilzeitarbeit ist eine "weibliche Domäne". Nur ein kleiner Teil männlicher Beschäftigter geht einer Teilzeitarbeit nach. Die Teilzeitquote ist insbesondere bei Arbeitnehmerinnen in den letzten 13 Jahren ständig gestiegen. Sie liegt jetzt bei über 40 Prozent. Während im Osten Teilzeitarbeit oft dann angenommen wird, wenn keine Vollzeitstelle zur Verfügung steht, ist dies im Westen nur selten ein Grund für Teilzeitarbeit. Für die Frauen im Westen sind persönliche und familiale Verpflichtungen das dominante Motiv, eine Teilzeitarbeit anzunehmen.

Parallel zur Ausbreitung der Teilzeit nehmen auch andere Arbeitszeitformen zu, die vom traditionellen Normalarbeitsverhältnis abweichen: Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit. Männer befinden sich 2004 häufiger als Frauen in diesen atypischen Beschäftigungsformen.

Auch die geringfügige Beschäftigung nimmt weiter zu. Besonders unter denjenigen Beschäftigten, die ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, sind Frauen erheblich überrepräsentiert, dies gilt ganz besonders für verheiratete und verwitwete Frauen im Westen. Von einer Befristung von Arbeitsverträgen sind besonders junge Menschen betroffen, junge Frauen wie junge Männer. Ab der Altersgruppe der 30-Jährigen sind Ausländerinnen und Ausländer häufiger von Befristung betroffen als Deutsche. An befristete Beschäftigungsverhältnisse schließt sich häufig ein Betriebs- oder gar Berufswechsel an. Er wird von Männern häufiger als von Frauen vollzogen.

Zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen gehört auch, statt im Betrieb, von zu Hause aus zu arbeiten. Diese durch die neuen Kommunikationsmittel gestützte Arbeitsweise ist noch wenig verbreitet und bisher nicht bevorzugt einem Geschlecht zugewiesen.

2.8 Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt

Frauen und Männer dominieren auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt in je unterschiedlichen Wirtschaftbereichen und Berufsfeldern. Diese Trennung von weiblichen und männlichen Beschäftigten wird als horizontale Segregation bezeichnet. Daneben und nicht selten mit der horizontalen Segregation der Geschlechter verknüpft, ist eine vertikale Segregation zu beobachten: Männer und Frauen besetzen nämlich schwerpunktmäßig unterschiedliche hierarchische Ebenen. Beim innerbetrieblichen Aufstieg haben tradierte Rollenerwartungen seitens der Betriebe, formale Aufstiegskriterien wie Dienstalter, Betriebszugehörigkeit oder formale Regelungen wie Tarifverträge, Tauglichkeitsprüfungen, Bildungsabschlüsse usw. eine Lenkungsfunktion, die Männer häufig begünstigt. Dies trägt zu einer Überrepräsentanz von Männern in gehobenen Positionen und in Führungsfunktionen bei (vertikale Segregation).

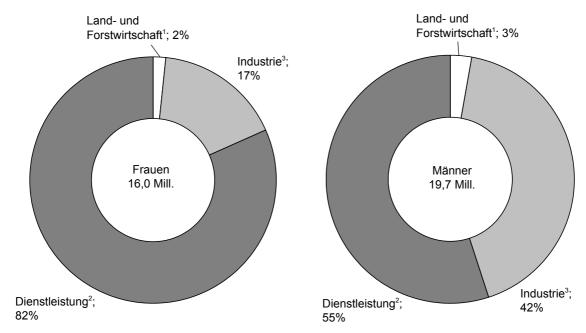
2.8.1 Horizontale Segregation: Frauen- und Männerdomänen

Der Dienstleistungsbereich gilt seit Mitte des letzten Jahrhunderts als "die große Hoffnung" für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft⁵⁹ (Fourastié 1954; Bell 1979). Tatsächlich expandiert die Beschäftigung im Dienstleistungssektor seit Jahrzehnten, während die Beschäftigung in Bergbau und Industrie (produzierendes Gewerbe) sowie in der Land- und Forstwirtschaft zurückgeht (Hradil 2004: 185).

Von der "großen Hoffnung" scheinen vor allem Frauen zu profitieren (Beechey 1988; Bosch 2002). Acht von zehn erwerbstätigen Frauen sind laut Mikrozensus 2004 im Dienstleistungssektor zu finden (Abbildung 2.21). Bei den Männern ist es jeder Zweite (54 %). Nur 17 Prozent der Frauen arbeiten im produzierenden Gewerbe, während es bei den Männern noch 43 Prozent sind. Der Land- und Forstwirtschaftsbereich besitzt für die Beschäftigung beider Geschlechter nur noch einen geringen Stellenwert. Die Beschäftigungsbereiche der Geschlechter unterscheiden sich insgesamt deutlich (Abbildung 2.21).

Grundannahme ist die Resistenz des Dienstleistungssektors gegen Rationalisierung und Personalabbau durch technischen Fortschritt. Es werden nur minimale Produktivitätsfortschritte im Gegensatz zur Industrie erzielt. Eine positive Entwicklung für mehr Beschäftigung sehen Fourastié (1954), Bell (1979) und Gartner/Riessman (1978), eine negative dagegen Baumol (1967) und Gershuny (1981). Beispielsweise legt Baumol mit seiner These von der "Kostenkrankheit der Dienstleistungen" dar, dass die Löhne im Dienstleistungssektor denen der Industrie folgen. Wächst die Produktivität in den Dienstleistungen langsamer als in der Industrie, dann müssen bei gleichen Lohnsteigerungen Dienstleistungen im Vergleich zu Industrieprodukten immer teurer werden. Für Baumol expandieren vor allem die produktionsorientierten Dienstleistungen. Dagegen sieht Fourastié in den verbrauchsorientierten Dienstleistungen den Motor der Beschäftigung. Diese sind nach Baumol aber besonders von der "Kostenkrankheit" betroffen, womit der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft verbarrikadiert wäre. Einen guten Überblick über die gesamte Diskussion liefern Häußermann/Siebel (1995, Kapitel 2).

Abbildung 2.21: Erwerbstätige Frauen und Männer nach Wirtschaftssektoren in Deutschland 2004 (in %)



- 1 Hier ist der prozentuale Anteil der Personen in Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus angegeben.
- 2 Hier ist der prozentuale Anteil der Personen im "Produzierenden Gewerbe" (Bergbau- und "Verarbeitendes Gewerbe", Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe) nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus angegeben.
- 3 Hier ist der prozentuale Anteil der Personen in Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie sonstige Dienstleistungen (Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung, öffentliche und private Dienstleistungen) nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus angegeben.

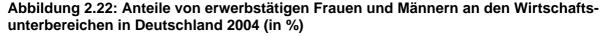
Datenbasis: Mikrozensus

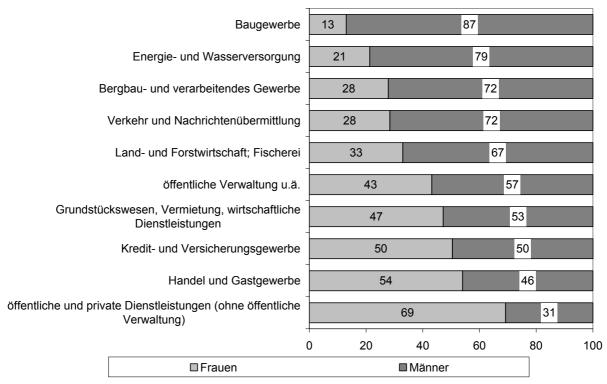
Quelle: Statistisches Bundesamt 2005k; eigene Berechnungen

Während in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Industrie die männlichen Beschäftigten dominieren, sind im Dienstleistungssektor inzwischen mehr Frauen als Männer beschäftigt (Abbildung A 2.3). Auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren sind "Frauen-" und "Männerdomänen" zu identifizieren (Abbildung 2.22).

Männer dominieren 2004 im Baugewerbe, dort stellen sie von zehn Erwerbstätigen knapp neun. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von Männern auch in den Bereichen "Energie- und Wasserversorgung", "Bergbau und verarbeitendes Gewerbe" sowie im Bereich "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", hier zeigen sich nicht nur das Produzierende Gewerbe, sondern auch Dienstleistungsbranchen als Männerdomänen (Abbildung 2.22). Im Dienstleistungsbereich "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" stellen Männer 72 Prozent der Arbeitskräfte. Das sind mehr als in der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, wo zwei Drittel aller Berufstätigen männlichen Geschlechts sind. Auch in der öffentlichen Verwaltung sind Frauen mit 43

Prozent unterrepräsentiert.⁶⁰ Fast 70 Prozent der Beschäftigten im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) sind hingegen Frauen. Weiter konzentriert sich die Frauenbeschäftigung in den Branchen Handel und Gastgewerbe (54 % Frauenanteil) sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe, wo jede(r) zweite Beschäftigte eine Frau ist. Eine Geschlechtersegregation lässt sich allerdings nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche beobachten (Abbildung 2.22).





1 Klassifikation nach Wirtschaftszweigen, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Die Dominanz von Frauen in den zuletzt erwähnten Wirtschaftsbereichen erscheint allerdings weniger ausgeprägt, wenn man bedenkt, dass die Struktur und Wachstumsdynamik des Dienstleistungssektors stark mit der anwachsenden Teilzeitbeschäftigung zusammenhängt (OECD 2001; Maier/Schettkat 1988). So konnte zwar die Beschäftigungsexpansion im Dienstleistungssektor das zunehmende Interesse von Frauen an Erwerbsarbeit auffangen, dies ging jedoch mit einer Erweiterung von Beschäftigungsverhältnissen mit reduzierten Arbeitsstunden einher. Nur 56 Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen im Dienstleistungssektor arbeiten 2004 auf Vollzeitbasis, jedoch 91 Prozent der Männer.

Auch bei der Betrachtung von Berufsbereichen fällt die hohe Bedeutung von Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt im Allgemeinen und für die Beschäftigung von Frauen im Beson-

⁶⁰ Frauenanteil an allen Erwerbstätigen 45 Prozent.

deren auf. Zwei Drittel (66 %) aller Beschäftigten üben 2004 einen Dienstleistungsberuf aus. Über die Hälfte (58 %) hiervon sind Frauen. Fertigungsberufe bilden den zweiten beschäftigungsreichen Berufssektor. In ihm war ein Viertel (23 %) aller Erwerbstätigen beschäftigt, wovon über vier Fünftel (82 %) männlichen Geschlechts sind. Technische Berufe haben einen siebenprozentigen Anteil unter allen Beschäftigten. Männer stellen hier ebenfalls über vier Fünftel (84 %) der Beschäftigten. Weniger als 3 Prozent aller Erwerbstätigen arbeitet im landwirtschaftlichen Berufsbereich. Der Männeranteil beträgt hier 66 Prozent. Im beschäftigungsärmsten Berufsbereich der Bergleute und Mineralgewinner (weniger als 0,2 % an allen Erwerbstätigen) ist der Frauenanteil ähnlich gering wie im landwirtschaftlichen Berufsbereich (Statistisches Bundesamt 2005m).

Frauen konzentrieren sich stärker als Männer auf wenige Berufsgruppen. Dies ist unter anderem eine Folge der historisch bedingten geringeren Ausdifferenzierung von so genannten "typischen Frauenberufen". Mehr als die Hälfte (50,8 %) der 16 Millionen erwerbstätigen Frauen entfallen laut Mikrozensus 2004 auf "nur" fünf Berufsgruppen: Deutschlandweit arbeiten knapp 3,2 Millionen Frauen in Büroberufen und als kaufmännische Angestellte, über 1,65 Millionen haben eine Beschäftigung im nicht-ärztlichen Gesundheitswesen (Krankenschwestern, Arzthelferinnen usw.), gefolgt von circa 1,3 Millionen Verkäuferinnen. In den sozialen Berufen (Erzieherinnen, Altenpflegerinnen usw.) befinden sich fast 1,1 Millionen weibliche Beschäftigte und in der Berufsgruppe der Reinigungs- und Entsorgungsberufe hatten 919.000 Frauen einen Arbeitsplatz (Statistisches Bundesamt 2005m).

Breiter stellt sich das Berufsspektrum der Männer dar. Hier steht nicht wie bei den weiblichen Beschäftigten eine einzelne Berufsgruppe im Vordergrund. Gerade einmal jeder Vierte (24,5 %) von den 19,7 Millionen erwerbstätigen Männern ist in den fünf von ihnen am häufigsten besetzen Berufsgruppen tätig. Die zahlenmäßige Besetzung dieser Berufgruppen ist fast ausgewogen. Über 1,1 Millionen arbeiten in Büroberufen und als kaufmännische Angestellte, jeweils über eine Million in Berufen des Landverkehrs und in Berufen der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung. Hinzu kommen 835.000 Ingenieure und 779.000 Techniker (Statistisches Bundesamt 2005m).

Offensichtlich hat die Expansion des Dienstleistungsbereichs Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Innerhalb des Dienstleistungssektors findet allerdings eine weitere geschlechtsspezifische Segregation statt. Frauen sind gerade in den neuen und hochbezahlten Dienstleistungsberufen der Informations- und Kommunikationsbranche schwach vertreten.

Nur jede/-r vierte Beschäftigte von den 1,64 Millionen Erwerbstätigen in den Berufen der Te-

⁶¹ Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau.

lekommunikation, Informationstechnologie (IT) und Medien⁶² ist 2004 eine Frau (26 %). In den Telekommunikationsberufen haben Frauen fast die Hälfte (45 %) der Arbeitsplätze inne. In den Medienberufen sind von 100 Erwerbstätigen 42 Frauen. Im beschäftigungsreichsten Bereich, den IT-Berufen⁶³, haben dagegen die Männer mit 86 Prozent eindeutig die Oberhand. Obwohl seit 1995 die Zahl der erwerbstätigen Frauen hier um 13.000 zugenommen hat, ist ihr Anteil unter den Beschäftigten in IT-Berufen um über 4 Prozentpunkte gefallen⁶⁴ (Statistisches Bundesamt 2004a; Statistisches Bundesamt 2004g; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus).

Frauen sind dagegen stark in den beschäftigungsreichen und geringer entlohnten sozialen Berufen und Gesundheitsberufen vertreten (Statistisches Bundesamt 2005m). Betrachtet man allein die Entwicklung der letzten sechs Jahre (1999 bis 2004), dann zeigt sich die enorme Wachstumsdynamik in diesen beiden Berufsgruppen. In den Sozial- und Erziehungsberufen wächst jedes Jahr die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen durchschnittlich um 2,8 Prozent (Männer: 0,3 %). In den Gesundheitsberufen beträgt das jährliche Wachstum bei den Frauen 1,6 Prozent bei den Männern immerhin 1,4 Prozent (siehe Anhang Tabelle A 2.2). Mit der zunehmenden Ausgliederung von Betreuungsleistungen aus den Familien in den formellen Erwerbsarbeitsmarkt sind zukünftig noch weitere Beschäftigungszuwächse zu erwarten. Auf Grund des demografischen Wandels wird dies besonders die Altenpflege betreffen.

Die Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich nicht nur im ungleichen Zugang zu Berufen und Branchen. Sie spiegelt sich auch in den Tätigkeiten wider. 65 Prozent aller persönlichen Dienstleistungen werden laut Mikrozensus 2004 von Frauen erbracht. Im Tätigkeitsfeld "Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen" sind es 56 Prozent. Dagegen sind 90 Prozent aller Erwerbstätigen, die Maschinen einrichten und überwachen, Männer. Sie stellen auch über 80 Prozent der Personen, die "anbauen/gewinnen/herstellen" (Statistisches Bundesamt 2005a und 2005b).

⁶² Insgesamt üben 170.000 Erwerbstätige Berufe der Telekommunikation, 972.000 IT-Berufe und 497.000 Medienberufe aus (Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus).

⁶³ Unter IT-Berufe fallen u.a. Elektroingenieure/-innen und Elektrotechniker/-innen, Informatiker/-innen sowie Softwareentwickler/-innen.

⁶⁴ Insgesamt legte die Zahl der Erwerbstätigen in Informations- und Kommunikations- (IuK)Berufen von 1995 bis 2004 um 383,000 zu (Männer: +300,000: Frauen: +82,000). Der Frauenanteil fiel von 1995 bis 2004 von 27 auf 26 Prozent. Dieser Rückgang geht auf die Entwicklung bei den IT-Berufen zurück. Binnen der letzten 9 Jahre vermehrten sich die IT-Berufe um über 0,3 Millionen (Männer: +291.000, Frauen: +13.000). Durch den überproportional starken Anstieg bei den Männern sank der Frauenanteil von 19 auf 14,5 Prozent. Dagegen nahm im Bereich der Medienberufe seit 1995 nur die Beschäftigtenzahl der Frauen um 42.000 zu (Männer: +/-0). Der Frauenanteil stieg hier von 36 auf 42 Prozent. Die Zahl der Telekommunikationsberufe wuchs um 39.000 (Männer: +9.000; Frauen: +30.000). Der Frauenanteil kletterte von 35 auf 45 Prozent (Statistisches Bundesamt 2004g; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus).

2.8.2 Vertikale Segregation: Hierarchische Stellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben

Frauen in Deutschland waren noch nie so qualifiziert wie heute (Kapitel 1). Heute stellen sie fast die Hälfte der Studienanfängerinnen und -anfänger. In Entscheidungspositionen jedoch sind Frauen wesentlich seltener zu finden als Männer (Holst 2002). Neben demokratischen und grundrechtlichen Aspekten sprechen auch handfeste betriebs- und volkswirtschaftliche Gründe für mehr Frauen in Führungspositionen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des ansteigenden Fachkräftemangels wird die Wirtschaft stärker auf das Führungspotenzial von Frauen zurückgreifen müssen.

2004 konzentrieren sich die abhängig beschäftigten Frauen stark auf die unteren drei Hierarchieebenen.⁶⁸ Zu den mittleren bis gehobenen Positionen sind Frauen vorgedrungen, nicht aber zur höchsten Ebene. Nur 12 Prozent der Frauen aber 22 Prozent der Männer waren auf der höchsten Ebene zu finden (Abbildung 2.23).

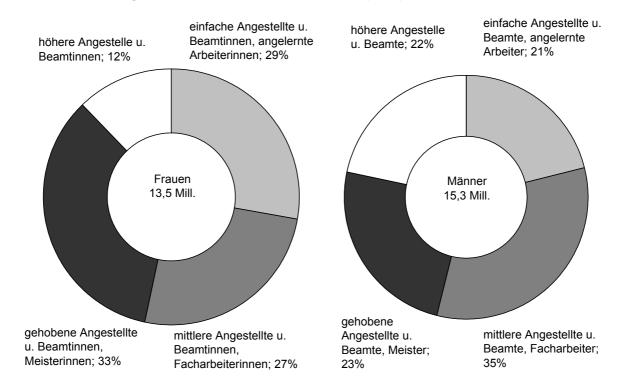
Die Darstellung der Geschlechterhierarchien ist insofern nicht einfach, als die Studien und Statistiken vielfach nur begrenzt vergleichbar und aussagefähig sind, da "ihnen ungenaue oder teilweise unzutreffende Definitionen von Führungspositionen zugrunde liegen" (BMFSFJ 2003a: 21). Ein systematisch angelegtes Instrumentenset von geeigneten Indikatoren, das in ein längerfristiges Monitoring eingebettet ist, könnte die Situation und den Wandel von Frauen und Männern in Führungs- und Leitungspositionen besser aufzeigen.

⁶⁶ Deutschland hatte sich im Rahmen des Amsterdamer Vertrages, der 1999 ratifiziert wurde, verpflichtet, die berufliche Situation von Frauen zu verbessern. Hierzu wurde im Jahr 2001 das Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz für die Bundesverwaltung verabschiedet. Ein entsprechendes Gesetz für die Privatwirtschaft wurde zu Gunsten einer Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht verabschiedet.

⁶⁷ Mehreren Studien, wie z.B. die Catalyst-Studie "The Bottom Line: Connecting Corporate Performance and Gender Diversity" (www.catalystwomen.org/2004fin_perf.htm, Stand: 21.06.2004) zeigen, dass Firmen mit höherem Managerinnenanteil keineswegs schlechter – sondern eher besser – wirtschaften als Unternehmen mit geringerem Anteil von Frauen (www.towards-power.de/web/de/hin zaf.htm, Stand 21.06.2004).

⁶⁸ Im Mikrozensus werden die abhängig Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb in vier Hierarchieebenen eingeteilt: Erstens höhere Angestellte und Beamte/-innen, zweitens gehobene Angestellte und Beamte/-innen und Meister/-innen, drittens mittlere Angestellte und Beamte/-innen, Facharbeiter/-innen und viertens einfache Angestellte, Beamte/-innen und Arbeiter/-innen. Im Mikrozensus wird alle vier Jahre ein inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt. Im Jahr 2004 wurden Fragen zur Berufs- und Betriebshierarchie gestellt. Erst im Jahr 2008 werden diese Informationen wieder abgefragt.

Abbildung 2.23: Abhängig erwerbstätige¹ Frauen und Männer (ohne Auszubildende) nach der Stellung im Betrieb in Deutschland 2004 (in %)



1 Zu den abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, wie Beamte/-innen, Angestellte und Arbeiter/-innen und Personen in Elternzeit. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

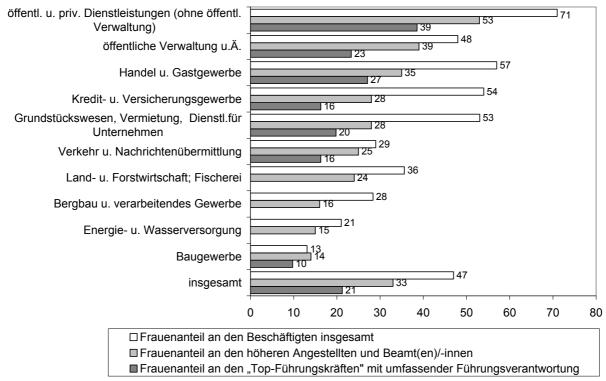
Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Damit stellen Frauen von den knapp 5 Millionen höheren Angestellten, Beamtinnen und Beamte nur ein Drittel (33 %). Unter den "Top-Führungskräften" sind Frauen noch seltener anzutreffen. Hier ist nur ein Fünftel von den 819.000 Personen mit umfassenden Führungsaufgaben (z.B. Direktor/-innen, Geschäftsführer/-innen) weiblichen Geschlechts (21 %). Die Entscheidungsträger in Unternehmen und Behörden in Deutschland sind immer noch überwiegend männlich. Günstiger für Frauen fällt das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Führungskräften in den östlichen Bundesländern aus. Dort sind gut 42 Prozent der höheren Angestellten, Beamtinnen und Beamten weiblich, gegenüber 32 Prozent im Westen. In Positionen mit umfassender Führungsverantwortung arbeiten in Ostdeutschland 29 Prozent Frauen, verglichen mit 20 Prozent im Westen. Eine Ursache für die Ost-West-Unterschiede könnte der höhere Grad an Vollzeitbeschäftigungen und die kürzeren Erwerbsunterbrechungen von ostdeutschen Frauen sein. Ein anderer könnte darin bestehen, dass erwerbstätige Frauen in Ostdeutschland kaum seltener als erwerbstätige Männer dort einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss besitzen, während die erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland deutlich seltener als erwerbstätige Männer in dieser Region entsprechend qualifiziert sind (Tabelle A. 3.11). Auch wenn die Zahlen für Ostdeutschland günstiger als die für Westdeutschland sind, sind auch in Ostdeutschland Frauen unter den Beschäftigten mit umfassenden Führungsaufgaben noch deutlich unterrepräsentiert.

Teilzeitbeschäftigte Personen haben viel geringere Chancen, umfassende Führungsaufgaben zu übernehmen. 95 Prozent aller "Top-Führungskräfte" arbeiten in Deutschland auf Vollzeitbasis. Hiervon sind ein Fünftel (19 %) Frauen. Bei den teilzeitbeschäftigten Führungskräften sind dies zwei Drittel (68 %) (Statistisches Bundesamt 2005a und 2005b).

Abbildung 2.24: Anteile der abhängig erwerbstätigen¹ Frauen an den "Top-Führungskräften", den höheren Angestellten und Beamt(en)/-innen sowie an allen abhängig Erwerbstätigen nach Wirtschaftsunterbereich in Deutschland 2004 (in %)²



¹ Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen wie Beamt(e)/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Auszubildende und Personen in Elternzeit. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

Anmerkung: Sortiert nach Frauenanteil an den höheren Angestellten und Beamt(en)/-innen; oben höchster Frauenanteil, unten niedrigster.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Abbildung 2.24 zeigt, dass Frauen in keinem Wirtschaftszweig einen Anteil an höheren Positionen erreichen, der ihrem Anteil an den Beschäftigten entspricht. Am ehesten gelingt ihnen dies im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung und in den öffentlichen Verwaltungen. Nur im Baugewerbe halten Frauen einen Anteil an höheren Positionen von 14 Prozent, der ihren Anteil an allen abhängig Beschäftigten (13 %) übersteigt. Dies ist ein Effekt der Tatsache, dass Frauen im Baugewerbe kaum als Arbeiterinnen zu finden sind, sondern eher in den zum Teil hierarchisch höher angesiedelten Büroberufen im Baugewerbe. Der Frauenanteil mit umfassender Führungsverantwortung liegt mit 10 Prozent aber, wie in

² Fallzahl für Frauen in "Top-Führungspositionen" mit umfassender Führungsverantwortung ist bei der Land- und Forstwirtschaft, dem Bergbau sowie der Energie- und Wasserversorgung zu gering.

allen anderen Wirtschaftszweigen auch, unter ihrem Beschäftigtenanteil.

Für den Aufstieg von Männern ist das so genannte Senioritätsprinzip von großer Bedeutung. Es regelt die Chancen zum Aufstieg gemäß der Dauer der Betriebszugehörigkeit und des Alters. Familiär bedingte Brüche im Erwerbsverlauf und Probleme beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt haben bislang wesentlich zum "Karriereknick" von Frauen beigetragen (Statistisches Bundesamt 2001c). Dies wird auch ersichtlich, wenn man den Frauenanteil mit umfassender Führungsverantwortung nach Kinderzahl betrachtet, der sinkt mit zunehmender Kinderzahl (Kapitel 5.4). Für Männer gilt: Je älter der Beschäftigte, desto eher befindet er sich in einer "Top-Führungsposition" (Statistisches Bundesamt 2001c). Nur 0,6 Prozent aller abhängig erwerbstätigen Männer unter 30 Jahren nehmen im Jahr 2004 eine Tätigkeit mit umfassender Führungsverantwortung in einem Unternehmen oder der Verwaltung wahr. Bei den 30- bis 44-Jährigen sind es 4,1 Prozent, bei den 45- bis 59-Jährigen 5,5 Prozent und bei den über 60-Jährigen beträgt der Anteil 7,6 Prozent.

Bei den unter 30-jährigen abhängig erwerbstätigen Frauen ist der Anteil der "Top-Führungskräfte" mit 0,5 Prozent ähnlich gering wie bei den Männern. Im Alter von 30 bis 44 Jahren haben 1,3 Prozent der Frauen Positionen mit umfassenden Führungsaufgaben. In den höheren Altersgruppen steigt der Anteil an "Top-Positionen" nur unwesentlich (45 bis 59 Jahre: 1,5 %; 60 und mehr Jahre: 1,8 %). Dies kann nicht nur als grobe Diskriminierung von Frauen beim Zugang zu Führungspositionen verstanden werden. Hier treffen Effekte von diskontinuierlichen weiblichen Erwerbsverläufen, von geringeren beruflichen Kontakten und Effekte der geringeren Qualifikation von Frauen in den älteren Kohorten zusammen. Die in den gesamtgesellschaftlichen Strukturen verankerte Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit und die Zuweisung der Hauptverantwortung für den reproduktiven Bereich an Frauen beeinträchtigt die stete Verfügbarkeit von weiblichen Beschäftigten, was deren Eignung für Führungsaufgaben gemäß dem verbreiteten Führungsverständnis einschränkt. An Frauen auch in Betrieben herangetragene Weiblichkeitserwartungen erschweren es oft, zusätzliche Anerkennung nach "männlichen' Interpretationsmustern zu erhalten. Die subtilen Ausgrenzungspraktiken können in Betrieben nur schwer thematisiert werden (Müller 2000).

Frauen gelingt es eher in kleinen und mittleren Unternehmen Führungspositionen einzunehmen. Ihr Anteil liegt hier bei über einem Fünftel (Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 2000). So ergab beispielsweise die Umfrage "Frauen im Handwerk"⁶⁹ des Ludwig-Fröhler-Instituts, dass Frauen 12,4 Prozent der Führungskräfte mit Personalverantwortung in Handwerksbetrieben stellten. In 19 Prozent der befragten Handwerksbetriebe standen weibliche Geschäftsführerinnen oder Mitgeschäftsführerinnen an der Spitze (Glasl 2003). In Großunternehmen sind

Diese Studie hatte eine Rücklaufquote von 25 Prozent, d.h. von 5.000 angeschrieben Handwerksbetrieben machten 1.221 zumindert teilweise verwertbare Angaben.

Frauen seltener an der Spitze, dies ist ein Ergebnis der Untersuchung⁷⁰ des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) auf der Basis des SOEP 2000 (Sozio-oekonomisches Panel) (Holst 2002). Die besten Chancen für Frauen bieten nach dieser Untersuchung Dienstleistungsunternehmen und der öffentliche Dienst.

Wenn Frauen in Führungspositionen sind, dann sind sie wesentlich häufiger als Männer unverheiratet. Gleichzeitig arbeiten sie häufiger als Männer auch in Führungspositionen nur Teilzeit (Holst 2002). In den Haushalten von Männern mit Führungsfunktionen leistet die Betreuung der Kinder und die Organisation des Alltags überwiegend die Partnerin. Aber auch seine Versorgung sowie die Aufrechterhaltung gemeinsamer sozialer Kontakte und die Vorbereitung gemeinsamer Freizeitaktivitäten werden meist von ihr gewährleistet. "Hinter einem erfolgreichen Mann steht also offenbar meist eine sorgende Frau" (Holst 2002).

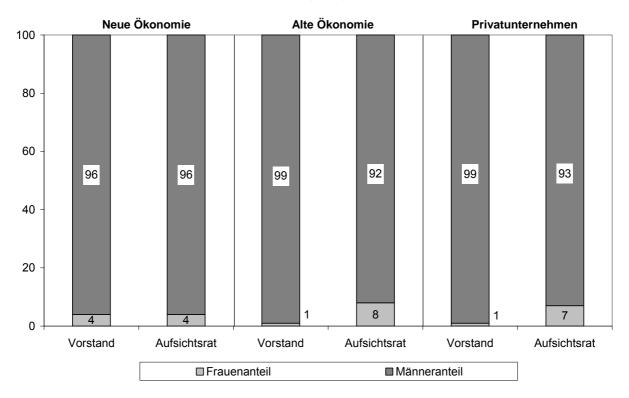
Frauen in Führungspositionen gehörten wesentlich kürzer (durchschnittlich 6,5 Jahre) einem Betrieb an als Männer (12 Jahre). Offenbar bringt oft erst ein Jobwechsel Frauen in Führungspositionen, während Männern häufiger der Aufstieg in demselben Unternehmen gelingt. Es zeigt sich ferner, dass Männer in den qualifizierten Tätigkeiten und in umfassenden Führungspositionen stark dominieren. Je höher die Funktion, desto weniger Frauen sind anzutreffen (Holst 2002).⁷¹ Beschäftigte ausländischer Nationalität sind nach der Studie von Holst von Führungsaufgaben weitgehend ausgeschlossen.

In den Vorständen und Aufsichtsräten von Großkonzernen sucht man meist vergeblich nach weiblichen Führungskräften (Abbildung 2.25). In den 30 größten Unternehmen der traditionellen "alten Ökonomie" liegt der Frauenanteil in der Vorstandsetage bei einem Prozent, auf der Aufsichtsratsebene bei acht Prozent. Auch im Bereich der neuen wissensbasierten Informations- und Telekommunikationsbranchen – der neuen Ökonomie – liegt der Anteil der Frauen bei den dreißig größten Unternehmen sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat bei lediglich 4 Prozent (Abbildung 2.25).

⁷⁰ Die Untersuchung beruht auf der Verwendung des SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) aus dem Jahr 2000.

⁷¹ Dies bestätigen auch die Zahlen der "Hoppenstedt Datenbank" (Firmeninformation 2003). Dort waren 2002 über 13 Prozent der mittleren Managementpositionen mit Frauen besetzt. Im Topmanagement lag der Frauenanteil bei nur 8 Prozent (BMFSFJ 2003a).

Abbildung 2.25: Anteile von Frauen und Männern an Vorständen und Aufsichtsräten in den 30 führenden Privatunternehmen sowie den Aktiengesellschaften der neuen und alten Ökonomie¹ in Deutschland 2002/2003 (in %)



1 nach Beschäftigtenzahl

Datenbasis: Europäische Datenbank: Frauen in Führungspositionen

Quelle: Frauen in Führungspositionen in den größten Unternehmen der Deutschen Wirtschaft Datenbank

(http://www.fczb.de/projekte/wid.htm, Stand: 24.06.2004); eigene Darstellung

Eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen ist nicht nur ein Gebot der Gleichstellung hochqualifizierter Frauen. Sie ist auch eine Voraussetzung für mehr innerbetriebliche Gleichstellungspolitik. Nach einer Untersuchung von Krell und Ortlieb (2003) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes führen Unternehmen mit hohem Frauenanteil im Management häufiger Maßnahmen zur Verankerung von Chancengleichheit in der Unternehmenskultur durch. Des Weiteren werden hier häufiger Maßnahmen zur Förderung von Frauen ergriffen. In Unternehmen mit geringem Frauenanteil im Management (unter einem Prozent) werden wesentlich weniger Maßnahmen zur Chancengleichheit durchgeführt als in Unternehmen mit mittlerem (1 % bis 10 %) oder hohem Frauenanteil im Management (10 % und mehr).

Im Jahr 2002 arbeiten nach einer Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gut ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit Vereinbarungen zur Chancengleichheit (Möller/Allmendinger 2003: 2). Ob diese Vereinbarungen nachhaltige Wirkungen auf die Beschäftigtenstruktur haben, ist schwer zu beurteilen.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem sich abzeichnenden Fach-

kräftemangel werden vielleicht zunehmend mehr Unternehmen im eigenen Interesse Bedingungen schaffen, die es beiden Geschlechtern ermöglichen, Führungspositionen einzunehmen (www.towards-power.de/web/de/hin recht.htm, Stand: 21.06.2004).

2.9 Frauen und Männer als Selbstständige und Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründer

Eine besondere Stellung am Arbeitsmarkt nehmen Selbstständige und Unternehmensgründerinnen bzw. -gründer ein. Einerseits werden angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit große Hoffnungen auf eine Zunahme von selbstständigen Erwerbsformen gesetzt (Statistisches Bundesamt 2004f). Diese sollen neben der eigenen ökonomischen Existenz auch zusätzliche Arbeitsplätze absichern. Andererseits stellen gut ausgebildete Frauen und Männer mit unternehmerischer Initiative einen entscheidenden Standortfaktor dar; sie sind eine Quelle für Innovationen und damit Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am globalen Wettbewerb (BMFSFJ 2002a). Bisher wurde allerdings das Selbstständigen- und Gründungspotenzial von Frauen in Deutschland zu wenig ausgeschöpft. ⁷²

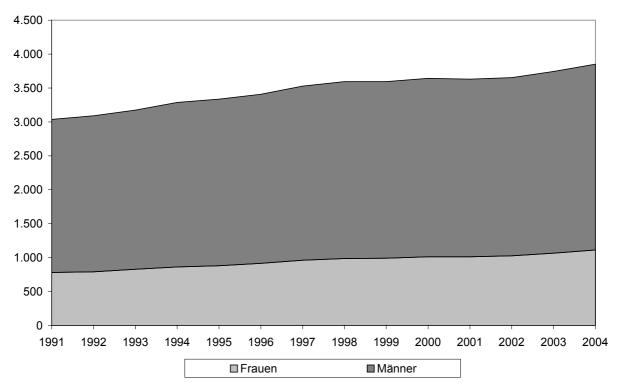
Selbstständige sind definiert als Personen, die ein Unternehmen, einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer oder Pächter leiten. Zudem zählen selbstständige Handelsvertreter, freiberuflich Tätige, Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister zu den Selbstständigen. Mithelfende Familienangehörige sind Haushaltsmitglieder, die ohne Lohn oder Gehalt und Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung im Unternehmen eines anderen Haushaltsmitglieds oder eines (nicht im selben Haushalt wohnenden) Verwandten mitarbeiten. Als werdende Selbstständige gelten Personen, die unabhängig vom aktuellen Erwerbsstatus und der Stellung im Beruf eine selbstständige Tätigkeit suchen. Als Gründerpersonen gelten Personen, die ihre aktuelle selbstständige Tätigkeit in den letzten 12 Monaten aufgenommen haben (Statistisches Bundesamt 2003i).

Im Jahr 2004 gibt es laut Mikrozensus 3,85 Millionen Selbstständige,⁷³ wovon 1,1 Millionen weiblichen Geschlechts sind. Das entspricht einem Frauenanteil von 28,9 Prozent. Die Zielgröße von 40 Prozent wird im Jahr 2005 also schwer zu erreichen sein, auch wenn die Zahl der weiblichen Selbstständigen seit 1991 stärker stieg als die der männlichen (Abbildung 2.26). Noch sind Frauen unter den Selbstständigen deutlich unterrepräsentiert.

^{72 1999} hat sich die Bundesregierung im Aktionsprogramm "Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts" das Ziel gesetzt, den Frauenanteil an Unternehmensgründungen bis zum Jahr 2005 auf mindestens 40 Prozent zu erhöhen.

⁷³ In welchem Maße die so genannten Scheinselbstständigen, die auf Grund ihrer Abhängigkeit von einem Auftraggeber arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer einzuordnen wären, die Entwicklung der Selbstständigen ohne Beschäftigte beeinflusst haben, lässt sich mit Hilfe des Mikrozensus nicht beantworten (Statistisches Bundesamt 2004g).

Abbildung 2.26: Entwicklung der Selbstständigenzahlen (ohne mithelfende Familienangehörige) von Frauen und Männern in Deutschland 1991 bis 2004 (in 1.000)



Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; eigene Darstellung

Unter den männlichen Erwerbstätigen stellen selbstständige Männer 2004 einen Anteil von 14 Prozent. Dagegen sind nur 7 Prozent aller erwerbstätigen Frauen selbstständig tätig. Betrachtet man die alterspezifischen Selbstständigenquoten, d.h. den Anteil der weiblichen und männlichen Selbstständigen an allen weiblichen bzw. männlichen Erwerbstätigen in den verschiedenen Altersgruppen, dann zeigt sich, dass die Schere zwischen den Geschlechtern mit zunehmenden Alter auseinander geht (Abbildung 2.27). In der höchsten Altersgruppe (65 Jahre und mehr), die nicht mehr als erwerbsfähig gilt, stellen männliche Selbstständige die Hälfte aller männlichen Erwerbstätigen, weibliche Selbstständige aber nur ein Viertel der weiblichen Erwerbstätigen. Die hohen Selbstständigenquoten spiegeln bei den über 60-Jährigen die biografisch längere Erwerbstätigkeit von Selbstständigen im Vergleich zu abhängig Beschäftigten wider.

60 50,2 50 40 30 26,7 22,8 17,8 20 16,7 15,3 14,4 13,5 10,7 13,5 10 6,5 8,5 8,0 8,1 7,6 7,2 5,3 3,0 1,5 20-24 J. 25-29 J. 30-34 J. 35-39 J. 40-44 J. 45-49 J. 50-54 J. 55-59 J. 60-64 J. > 64 J. -■-Frauen −◆− Männer

Abbildung 2.27: Selbstständigenquoten¹ (ohne mithelfende Familienangehörige) von Frauen und Männern nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)

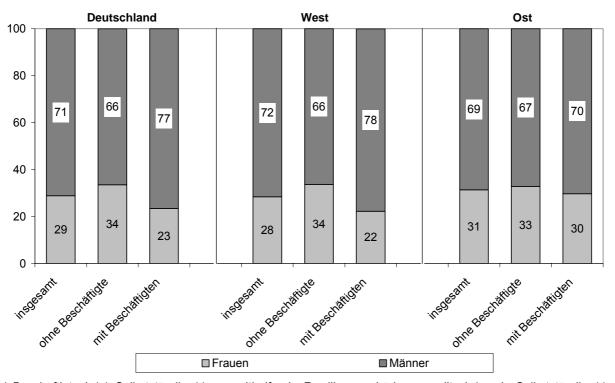
1 Anteil der selbstständigen Frauen und Männer an allen erwerbstätigen Frauen bzw. Männern Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Bei den Selbstständigen ist wie bei den übrigen Erwerbstätigen eine geschlechtsspezifische horizontale Segregation zu beobachten. Auch selbstständige Frauen arbeiten ganz überwiegend im Dienstleistungssektor. Auf fast neun von zehn weiblichen Selbstständigen (89 %) trifft dies nach dem Mikrozensus 2004 zu. Bei den Männern sind es zwei von drei (66 %). Im produzierenden Gewerbe betätigen sich nur 7 Prozent der selbstständigen Frauen und 25 Prozent der selbstständigen Männer. In der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei arbeiten nur 3,7 Prozent aller selbstständigen Frauen, bei den Männern sind es 9,1 Prozent.

Es wurde bereits gezeigt, dass Frauen unter den Selbstständigen deutlich unterrepräsentiert sind. Noch stärker gilt dies für Selbstständige, die andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Frauen stellen nur 23 Prozent der Selbstständigen mit Beschäftigten (Abbildung 2.28). Die Situation in den östlichen Bundesländern weicht hiervon etwas ab.

Abbildung 2.28: Anteile an den Selbstständigen¹ (ohne mithelfende Familienangehörige) mit und ohne Beschäftigte von Frauen und Männern in Deutschland insgesamt sowie in West-² und Ostdeutschland³ 2004 (in %)



- 1 Beschäftigt ein(e) Selbstständige(r) nur mithelfende Familienangehörige, so gilt sie/er als Selbstständige(r) ohne Beschäftigte.
- 2 Westdeutschland einschl. Berlin-West
- 3 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005k; eigene Berechnungen

Auch innerhalb der Bevölkerungsgruppe ohne deutschen Pass weisen Männer (12,1 %) höhere Selbstständigenraten auf als Frauen (7,0 %). Von allen ausländischen Selbstständigen, die Mitarbeiter beschäftigen, sind nur 19,2 Prozent weiblichen Geschlechts. Bei den Deutschen ist dieser Frauenanteil mit 23,7 Prozent nur geringfügig höher (siehe Anhang Abbildung A 2.4).

Gut eine halbe Million der 3,8 Millionen Selbstständigen üben 2004 ihre Tätigkeit nach eigener Einstufung in Teilzeit aus (Frauen: 330.000; Männer: 205.000). Die Teilzeitquote unter den weiblichen Selbstständigen hat sich gegenüber 1996 erhöht und zwar um 3 Prozentpunkte auf 30 Prozent. Bei den männlichen Selbstständigen stieg die Teilzeitquote von 6 Prozent (1996) auf 7 Prozent (2004) (Statistisches Bundesamt 2005n).

Gründerinnen haben im Vergleich zu Gründern immer noch andere Gründungsvoraussetzungen, andere Unternehmensziele und einen anderen Führungsstil (Bonacker u.a. 2002).
Die Zahl der selbstständigen Gründerpersonen – also der Selbstständigen, die innerhalb der
letzten zwölf Monate den Schritt in die Selbstständigkeit wagten – ist seit 1996 deutlich gestiegen, nämlich um 26 Prozent auf 398.000 im Jahr 2004. Die Entwicklung ist mit einem 36-

prozentigen Wachstum bei Gründerinnen dynamischer als bei Gründern (+26 %). Der Frauenanteil unter den Gründungspersonen erhöhte sich seit 1996 um drei Prozentpunkte auf 36 Prozent im Jahr 2004.

Als Begründungen für die Aufnahme einer Selbstständigkeit in Teilzeit geben Frauen besonders häufig persönliche oder familiäre Verpflichtungen an. Diese Faktoren spielten bei Gründern eine geringere Rolle (Statistisches Bundesamt 2003i). Teilzeit-Gründerinnen sind 2004 mit einem Anteil von 34 Prozent wesentlich häufiger als Teilzeit-Gründer unter den Männern (12 %). Relativ gesehen arbeiten Gründerinnen seltener in Teilzeit als die erwerbstätigen Frauen insgesamt (42 %). Bei Männern ist das Verhältnis zwar umgekehrt: Dennoch ist ihre Teilzeitquote mit 7 Prozent deutlich geringer als bei den Frauen ⁷⁴ (Statistisches Bundesamt 2005n).

Familiäre Verpflichtungen dürften auch ein Grund dafür sein, dass Frauen seltener als Männer riskieren, sich überhaupt selbstständig zu machen.

2.10 Erwerbslosigkeit bei Frauen und Männern

Erwerbslosigkeit ist ein anhaltendes, ja ein zunehmendes Problem in Deutschland. Selbst Phasen der konjunkturellen Erholung und des Aufschwungs führten in den letzten Jahrzehnten nicht mehr zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Die Erwerbslosigkeit nahm mit Unterbrechungen seit den 60er-Jahren ständig zu (Abbildung 2.29). Sie hinterlässt deutliche Spuren im Leben der betroffenen Frauen und Männer sowie deren Angehörigen. Einkommverluste zwingen Arbeitslose zum Konsumverzicht und beschränken ihre Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Arbeitslosigkeit gehört heute zu den größten Armutsrisiken (Kapitel 3). In einer Gesellschaft, in der sich der Selbstwert von Menschen sehr häufig über ihre berufliche Funktion bestimmt, wird zumindest Langzeitarbeitslosigkeit häufig auch zu einem psychischen Problem.

Beim Statistischen Bundesamt gelten alle Nicht-Beschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, als erwerbslos, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt bzw. bei einer Arbeitsagentur registriert sind. Als arbeitslos gelten nur Personen, die beim Arbeitsamt gemeldet sind und damit für die Arbeitsvermittlung dort zur Verfügung stehen. Die "tatsächliche" Zahl der Arbeitsuchenden ohne Arbeitsplatz dürfte etwas höher liegen, da es Arbeitsuchende gibt, die sich vom Weg zum Arbeitsamt keine Vorteile versprechen. In diesem Kapitel ist die Rede von Arbeitslosen, wenn die Daten von der Bundesagentur für Arbeit stammen. Werden Zahlen des Mikrozensus verwandt, dann ist die Rede von Erwerbslosen (Statistisches Bundesamt 2003h).

⁷⁴ Bei den abhängig Beschäftigten beträgt die männliche Teilzeitquote gar nur 6 Prozent (Abbildung 2.13).

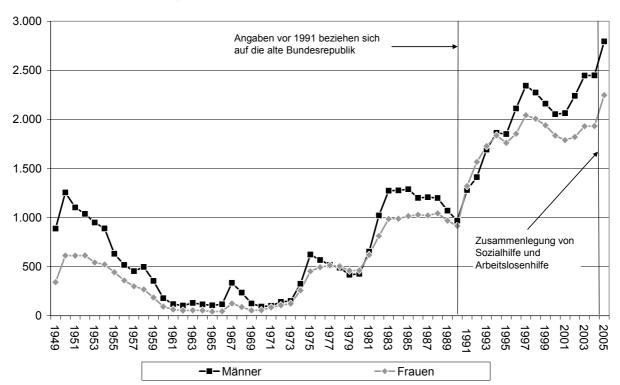


Abbildung 2.29: Arbeitslose Frauen und Männer in Deutschland 1949 bis 2005 (Jahresdurchschnitt in 1.000)

Anmerkungen: 1949 ohne Saarland und Berlin; 1950 bis 1958 ohne Saarland

Bis 1990 beziehen sich die Daten auf das "Frühere Bundesgebiet" (Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 03.10.1990) und schließen Berlin-West ein. Ab 1991 beziehen sich die Daten auf das vereinigte Deutschland.

Die Zahlen für 2005 sind der ungewichtete Mittelwert der Einzelmonate Januar bis Mai 2005. Aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ergeben sich für die Arbeitslosenzahl sowohl erhöhende wie mindernde Wirkungen. Dabei muss zwischen statistischen und realen Effekten unterschieden werden. Daten aus der Sozialhilfestatistik zeigen, dass in einem größeren Umfang erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger/-innen bisher vielfach nicht bei den Agenturen für Arbeit arbeitslos gemeldet waren. Dieser Personenkreis wurde in einem weiter gefassten Unterbeschäftigungskonzept bisher überwiegend der Stillen Reserve zugerechnet. Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II werden diese Menschen auch in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Damit wird das reale Problem der Arbeitslosigkeit nicht größer, es wird aber statistisch umfassender abgebildet. Zudem werden auch Partner oder Familienangehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfebeziehern dazu angehalten, sich arbeitslos zu melden, wenn Arbeitslosengeld II bezogen wird. Die mit der Einführung des SGB II beabsichtigte einheitliche und bessere Betreuung könnte auf Dauer zu einem realen Rückgang der Arbeitslosigkeit führen. Für die ersten Monate des Jahres ist aber davon auszugehen, dass die erhöhenden statistischen Faktoren überwiegen und die entlastenden, überwiegend realen Faktoren erst später greifen. Bei der Interpretation der Arbeitsmarktzahlen sind diese Zusammenhänge zu beachten (Bundesagentur für Arbeit 2005a).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/d.html vom 08.06.2005); eigene Berechnungen

In Abbildung 2.29 ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 1949 bis 1990 für die alten Länder und ab 1991 für Gesamtdeutschland dargestellt. Bis Mitte der 70er-Jahre war der Umfang der Arbeitslosigkeit relativ gering. Danach stieg die Arbeitslosigkeit stufenweise an. Obwohl sich in Westdeutschland die Frauen in viel geringerem Umfang an Erwerbsarbeit beteiligten, stellten sie 1989 fast die Hälfte aller Arbeitslosen. Nach der Vereinigung und dem anschließenden Strukturwandel in den ostdeutschen Ländern wurden in den ersten Entlassungswellen zunächst weibliche Arbeitskräfte freigesetzt, danach zunehmend auch Männer. Inzwischen ist der Umfang der Arbeitslosigkeit bei beiden Geschlechtern nochmals gestie-

gen. Im Mai 2005 sind nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe⁷⁵ bei der Bundesagentur für Arbeit 2,2 Millionen Frauen und 2,6 Millionen Männer arbeitslos gemeldet. Der Frauenanteil an allen gemeldeten Arbeitslosen beträgt 44,0 Prozent. Zum Vergleich: Unter allen Erwerbstätigen haben Frauen (Mikrozensus 2004) einen Anteil von 44,8 Prozent. Nach diesen Zahlen geurteilt, tragen weibliche Beschäftigte also kein größeres Risiko, arbeitslos zu werden, als männliche Beschäftigte. Das Risiko der Männer steigt in den letzten Jahren vielmehr überproportional (Abbildung 2.29). Es wird allerdings vermutet, dass es insbesondere unter Frauen eine stille Reserve gibt, die sich nicht (mehr) arbeitslos meldet, weil sie keine Vermittlungschancen sieht und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe hat.

Für Arbeitslosenquoten gibt es bei der Bundesagentur für Arbeit zwei Berechnungsmethoden: 1. Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige). 2. Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

In Deutschland liegt die weibliche Arbeitslosenquote⁷⁶ im Mai 2005 bei 12,2 Prozent und die männliche bei 13,3 Prozent. Aktuell sind also weibliche Beschäftigte weniger als männliche von Arbeitslosigkeit betroffen. Gleichzeitig bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West (Abbildung 2.30). In Westdeutschland hat sich die Frauenarbeitslosenquote kaum verändert. Binnen 13 Jahren von 1991 bis 2004 stieg sie "nur" um 1,4 Prozentpunkte. Die Männerarbeitslosenquote in Westdeutschland verdoppelte sich dagegen nahezu⁷⁷ (Abbildung 2.30). Frauen konnten im Westteil von konjunkturellen Erholungen deutlich mehr profitieren als Männer und waren von Konjunktureinbrüchen schwächer betroffen.

Anders die Lage in Ostdeutschland. Das Ausmaß der Frauenarbeitslosigkeit wuchs nach dem Beitritt der ostdeutschen Länder binnen weniger Jahre auf ein Niveau von ca. 20 Prozent (Abbildung 2.30). Die Arbeitsmarktlage für Männer war zu Beginn der 90er-Jahre weniger dramatisch. Seit Mitte des letzten Jahrzehntes nahm die Arbeitslosigkeit unter den Männern im Osten Deutschlands jedoch stark zu. Die Männerarbeitslosenquote übertrifft seit 2002 das unverändert hohe Niveau der Arbeitslosigkeit weiblicher Erwerbspersonen.

⁷⁵ Vorjahresvergleiche wegen Einführung von SGB II nur eingeschränkt möglich.

⁷⁶ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose)

⁷⁷ Wegen Einführung von SGB II Anfang 2005 sind Zeitvergleiche nur eingeschränkt möglich, deshalb hier Beschränkung auf den Zeitraum 1991 bis 2004.

25 21.6 20,6 20 19,5 16,7 15 11,0 10,3 10 8,7 10,5 8,4 5 5.6 0 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004

Abbildung 2.30: Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland¹ 1991 bis 2004 (Jahresdurchschnitt in %)

Anmerkung: Wegen der Gebietsstandsveränderungen im Land Berlin seit 1997 lassen sich statistische Ergebnisse in der bisherigen Abgrenzung der Gebietsteile West und Ost nur noch mit deutlichen Verzerrungen nachweisen. Aus diesem Grund werden in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit die beiden Gebietsteile ab Januar 2003 wie folgt neu abgegrenzt und bezeichnet: Westdeutschland = Alte Länder ohne Berlin, Ostdeutschland = Neue Länder und Berlin. Die hier dargestellten Zeitreihen wurden auf den neuen Gebietsstand umgerechnet. Vorjahresvergleiche sind uneingeschränkt möglich.

-■-Ost Frauen

---- Ost Männer

-+-West Männer

-■-West Frauen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/d.html vom 28.03.2005); eigene Darstellung

Wendet man sich den Ergebnissen des Mikrozensus zu und betrachtet die Erwerbslosenquoten nach Altersgruppen, dann zeigen sich in beiden Landesteilen die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersklasse der 20- bis 24-Jährigen. Männer weisen hier inzwischen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine deutlich höhere Erwerbslosenquote als Frauen auf (Abbildung 2.31). Junge Männer haben heute offensichtlich deutlich mehr Probleme als junge Frauen, ins Erwerbsleben einzusteigen. Wie das Kapitel 1 zeigte, bewerben sich Frauen in manchen Bereichen allerdings auch intensiver. Gleichzeitig nehmen sie trotz besserer schulischer Qualifikation als Berufseinsteigerinnen niedrigere Einkommen als junge Männer in Kauf (Kapitel 3, Abbildungen 3.18 und 3.19). Ein entscheidender Nachteil für junge Männer dürfte der relativ hohe Anteil derjenigen sein, die keinen Schulabschluss haben (Kapitel 1, Abbildung 1.11). Die Erwerbslosenquote junger Frauen wird allerdings auch deshalb unter der von Männern liegen, weil ein Teil dieser Altersgruppe seine Erwerbsorientierung aufgibt und sich auf Familienaufgaben konzentriert. In der folgenden Altersgruppe weisen beide Geschlechter etwa gleich hohe Erwerbslosenraten auf. Die Erwerbslosigkeit von Frauen und Männern steigt nach dem 50. Lebensjahr noch einmal stark an, am deutlichsten bei Frauen in Ostdeutschland (Abbildung 2.31).

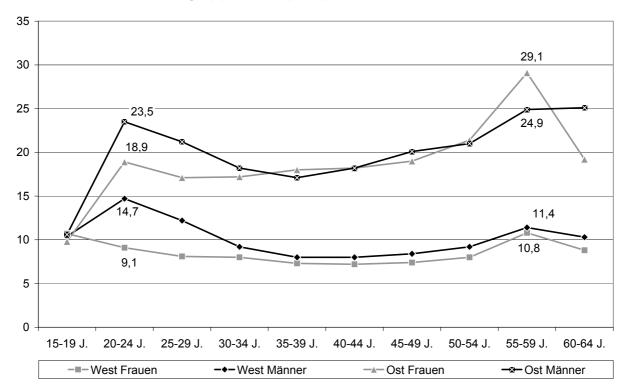


Abbildung 2.31: Erwerbslosenquoten¹ von Frauen und Männern in West²- und Ostdeutschland³ nach Altersgruppen 2004 (in %)

- 2 Westdeutschland einschl. Berlin-West
- 3 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

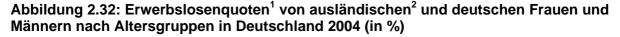
Datenbasis: Mikrozensus

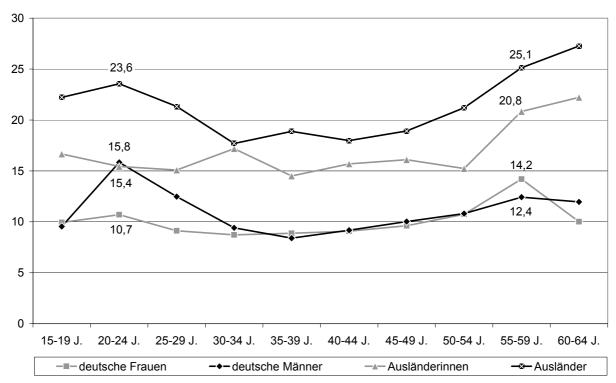
Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Je höher die Altersgruppe, desto größer sind die Unterschiede zwischen den alten und den östlichen Bundesländern. Die Diskrepanzen zwischen den Deutschen in Ost und West sind eigentlich größer als in Abbildung 2.31 ersichtlich, weil fast ausschließlich im Westteil die Erwerbslosenquote durch die hohe Arbeitslosigkeit der nicht-deutschen Bevölkerung negativ beeinflusst wird, da der Anteil von Migranten im Osten bisher niedrig ist.

In der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass sich die Erwerbslosigkeit von Frauen und Männern – wie bei der deutschen Bevölkerung – in der Altersgruppe 20 bis 24 Jahre besonders stark unterscheidet (Abbildung 2.32). Wie in der deutschen Bevölkerung haben auch in der ausländischen Bevölkerung Frauen geringere Erwerbslosenquoten als Männer. Hierzu könnten die besseren Schulabschlüsse der jungen ausländischen Frauen beitragen (Kapitel 1). Gleichzeitig könnte aber auch eine geringere Erwerbsorientierung ausländischer Frauen eine Rolle spielen. Ausländerinnen könnten eher als Ausländer bereit sein, den Arbeitsmarkt bei drohender Erwerbslosigkeit zu verlassen und ihre Erwerbsbeteiligung schneller zu Gunsten einer Familiengründung aufzugeben.

¹ prozentualer Anteil der sofort verfügbaren Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + den sofort verfügbaren Erwerbslosen nach dem ILO-Konzept)





¹ prozentualer Anteil der sofort verfügbaren Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + den sofort verfügbaren Erwerbslosen nach dem ILO-Konzept)

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Das Niveau beruflicher Qualifikation hat deutlich Einfluss auf das Ausmaß von Erwerbslosig-keit und Erwerbstätigkeit (Abbildung 2.9 und 2.33). 2004 tragen Personen ohne Berufsabschluss ein deutlich höheres Risiko, erwerbslos zu werden, als Personen mit Berufsabschluss. Für Männer gilt dies stärker als für Frauen. Mit einer Lehrausbildung sinkt die Erwerbslosenquote deutlich. Relativ betrachtet, suchen Frauen mit Lehrausbildung seltener einen Arbeitsplatz als Männer. Mit Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss kehrt sich dieses Verhältnis um. Personen mit Universitätsabschluss werden am Seltensten erwerbslos. Akademiker weisen geringere Erwerbslosenquoten auf als Akademikerinnen.

Eine überdurchschnittliche berufliche Qualifizierung schützt nicht mehr generell vor Arbeitslosigkeit, senkt das Risiko erwerbslos zu werden aber erheblich, dies gilt für Frauen wie Männer (Abbildung 2.33). Gleiches gilt im Übrigen auch für eine überdurchschnittliche schulische Qualifizierung (siehe Anhang Abbildung A 2.5).

² Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.

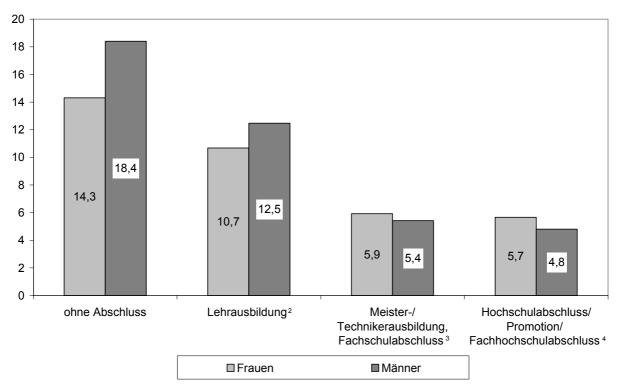


Abbildung 2.33: Erwerbslosenquoten¹ von Frauen und Männern nach Ausbildungsabschlüssen in Deutschland 2004 (in %)

- 1 prozentualer Anteil der sofort verfügbaren Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + den sofort verfügbaren Erwerbslosen nach dem ILO-Konzept)
- 2 einschließlich Anlernausbildung, berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens
- 3 einschließlich Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, einschließlich Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR
- 4 einschließlich Ingenieurschulabschluss

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

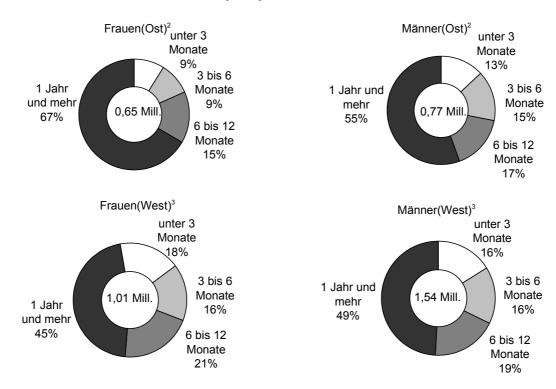
Eine Berufsqualifikation bietet in Ostdeutschland weniger Schutz vor Erwerbslosigkeit als in Westdeutschland. Neun von zehn Erwerbslosen in den östlichen Bundesländern haben einen Berufsabschluss. Im Westen sind es zwei von dreien.

Die prekäre Arbeitsmarktsituation im Osten spiegelt sich auch bei der Länge der Erwerbslosigkeit wider (Abbildung 2.34). In den östlichen Bundesländern ist der Anteil der Erwerbslosen, die länger als ein Jahr auf Arbeitssuche sind, deutlich höher als im Westen. Langzeiterwerbslose werden von den Auswirkungen von Hartz IV besonders betroffen sein. Es wird zu prüfen sein, ob sie schneller als bisher in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können und ob arbeitslosen Frauen die gleichen Bemühungen gelten wie arbeitslosen Männern. Es ist zu erwarten, dass im Westen Frauen mit vollzeitbeschäftigten Ehepartnern häufiger aus dem Leistungsbezug fallen als dies bei Ehemännern geschieht. Im Osten aber, wo Frauen häufiger Vollzeit arbeiten und wo ihre Einkommen weniger deutlich unter den Einkommen der Männer liegen, werden auch langzeitarbeitslose Männer verstärkt auf die Versorgung durch

ihre Ehefrauen verwiesen werden.

Von den ostdeutschen weiblichen Erwerbslosen geben 2004 zwei Drittel an, ein Jahr und länger nach einer Erwerbstätigkeit zu suchen. Bei den ostdeutschen Männern sind es weniger (Abbildung 2.34). In den westdeutschen Ländern sieht die Situation etwas "besser" aus. "Nur" 45 Prozent der erwerbslosen Frauen ist lange Zeit (ein Jahr und mehr) erwerbslos, bei den Männern sind dies 49 Prozent. Von Langzeiterwerbslosigkeit sind also im Osten erwerbslose Frauen und im Westen erwerbslose Männer häufiger betroffen.⁷⁸

Abbildung 2.34: Erwerbslose¹ Frauen und Männer nach der Dauer der Arbeitssuche in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)



- 1 sofort verfügbare Erwerbslose nach dem ILO-Konzept mit Angabe zur Dauer der Arbeitssuche
- 2 Westdeutschland einschl. Berlin-West
- 3 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Arbeitslosigkeit ist inzwischen zum größten Armutsrisiko geworden. Lebten 1998 33 Prozent der Arbeitslosen unterhalb der Armutsgrenze, so sind dies 2003 41 Prozent (Bundesregierung 2004a: 17).⁷⁹

⁷⁸ Dies trifft ebenfalls zu, wenn man die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit für die registrierten Arbeitslosen 2004 betrachtet: Bei 48,3 Prozent der arbeitslos registrierten ostdeutschen Frauen beträgt die Dauer der Arbeitslosigkeit ein Jahr und mehr (Männer Ost: 38,8 %). In Westdeutschland liegt der Anteil der weiblichen Langzeitarbeitslosen unter allen arbeitslosen Frauen bei 32,0 Prozent (Männer West: 36,8 %) (Bundesagentur für Arbeit 2005b).

⁷⁹ Hier wird Armut definiert als die Begrenzung des monatlich verfügbaren Haushaltseinkommens auf 60 Prozent des Medians der laufend verfügbaren Äquivalenzeinkommen in Deutschland. Für einen Einpersonenhaushalt liegt diese Grenze 2003 bei 938 EUR.

2.11 Überblick über die Ergebnisse

Überall in Europa hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen. Dieser Trend ist auch in Deutschland zu beobachten; er ist hier von einer auffallend hohen Teilzeitquote von berufstätigen Frauen begleitet. 2004 liegt die Teilzeitquote von erwerbstätigen Frauen in Deutschland bei 42 Prozent, die der Männer bei 6 Prozent. Auch die geringfügige Beschäftigung ist bei Frauen deutlich verbreiteter, besonders im Westen Deutschlands. Im Osten sind mehr Frauen Vollzeit beschäftigt. Während vor allem den gering qualifizierten Männern der Eintritt in das Erwerbsleben immer schwerer fällt, profitieren junge Frauen von ihren besseren Abschlüssen. Die Erwerbsbeteiligung hochqualifizierter Frauen hat sich der der Männer weiter angeglichen als die der wenig qualifizierten Frauen.

Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft kam der Beschäftigung von Frauen zu Gute. Der Umfang der Männererwerbstätigkeit reduzierte sich dagegen. So nahm die Zahl der weiblichen Beschäftigten kontinuierlich zu, die der männlichen sank. Angesichts der gegenläufigen Entwicklung wird gelegentlich die Frage gestellt, ob Frauen Männer mittelfristig aus dem Arbeitsmarkt verdrängen. Angesichts der anhaltend starken Segregation ist dies gegenwärtig eher zu verneinen. Seit einigen Jahren sind allerdings nicht mehr Frauen, sondern Männer unter den gemeldeten Arbeitslosen überrepräsentiert. Frauen profitieren offenbar von ihrer gestiegenen schulischen und beruflichen Qualifikation und von einer Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes im Dienstleistungssektor. Auch die Arbeitsplatzgarantie im Anschluss an die Elternzeit dürfte das Arbeitsplatzrisiko von Frauen gemindert haben. Die Arbeitslosenquote bleibt für beide Geschlechter hoch. Sie erreichte 2004 im Jahresdurchschnitt im Osten bei den erwerbsorientierten Frauen 19,5 Prozent, bei den Männern 20,6 Prozent, im Westen bei den Frauen 8,4 und bei den Männern 10,3 Prozent. Es wird geschätzt, dass unter denjenigen, die an Erwerbsarbeit interessiert sind, aber nicht arbeitslos gemeldet sind, deutlich mehr Frauen als Männer sind. Die Quote der Langzeitarbeitslosen steigt; unter diesen sind im Westen Männer und im Osten Frauen überrepräsentiert.

Die Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund ist deutlich schlechter als die der Deutschen, dies gilt ganz besonders für die ausländischen Frauen. Letztere stehen dem Arbeitsmarkt deutlich seltener zur Verfügung als die deutschen Frauen. Die Erwerbslosenquote liegt unter den ausländischen Frauen und Männern deutlich über der der deutschen Bevölkerung. Unter den ausländischen weiblichen Erwerbspersonen ist die Erwerbslosenquote allerdings geringer als unter den männlichen.

Zwischen 1991 und 2004 stieg die Erwerbstätigenquote von Frauen von 57 Prozent auf 58,4 Prozent, die der Männer sank von 78,4 Prozent auf 70,1 Prozent (Tabelle 2.1). Diese Angleichung der Erwerbstätigkeit bedeutet allerdings nicht, dass sich auch die Tätigkeitsfelder von

Frauen und Männern angeglichen haben. Es gibt nach wie vor viele "Frauen-" und "Männerberufe", in denen jeweils ein Geschlecht rein quantitativ betrachtet sehr stark dominiert.

Dass mit der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt nicht schon Gleichstellung im Arbeitsmarkt erreicht ist, wird daran deutlich, dass Frauen und Männer zu fast gleichen Anteilen auf den unteren und mittleren Hierarchieebenen arbeiten, aber auf der höchsten Ebene 12 Prozent der Frauen und 22 Prozent der Männer zu finden sind. In den Vorständen und Aufsichtsräten führender Privatunternehmen sind in Deutschland nur ganz vereinzelt Frauen anzutreffen. Insgesamt bleibt also festzuhalten: Die anhaltende Arbeitsmarktkrise scheint diesmal nicht einseitig zu Lasten erwerbstätiger Frauen zu verlaufen. In den letzten zehn Jahren sind auch die Erwerbsbiografien vieler Männer diskontinuierlich geworden. Dies gilt ganz besonders im Osten Deutschlands. Die Geschlechtersegregation und die Geschlechterhierarchien bleiben von dieser Entwicklung allerdings weitgehend unberührt.

3. Erwerbseinkommen von Frauen und Männern

Das Wichtigste in Kürze:

Gleich, welchen Datensatz man einer Analyse der Erwerbseinkommen zu Grunde legt, das Einkommen von Frauen liegt in Deutschland bei ungefähr gleicher Arbeitszeit mindestens 20 Prozent unter dem von Männern. Damit nimmt Deutschland mit Österreich und Großbritannien unter den EU-Staaten einen der letzten Rangplätze im Hinblick auf die Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern ein.

Die Einkommensrelationen in Ostdeutschland kommen 2002 bei einem durchschnittlichen Anteil des Fraueneinkommens am Männereinkommen von 92 Prozent (bei Vollzeitbeschäftigung) einer Gleichstellung von Frauen und Männern deutlich näher als die in Westdeutschland, wo vollzeitbeschäftigte Frauen nur 76 Prozent des Einkommens erzielen, das Männer mit einer Vollzeitbeschäftigung erhalten.

Frauen in Ostdeutschland sicherten sich diese Einkommensanteile in einem beispiellosen Transformationsprozess, der insbesondere niedrig qualifizierten Beschäftigten den Arbeitsplatz kostete. Die auf dem Arbeitsmarkt in den ostdeutschen Ländern verbliebenen Frauen verfügen auch deshalb über ein deutlich höheres Qualifikationsniveau als die Frauen in den westdeutschen Ländern.

Unter den teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern sind die Verdienstrelationen für Frauen sehr viel günstiger als unter den vollzeitbeschäftigten: Teilzeitbeschäftigte Frauen verdienen mehr als teilzeitbeschäftigte Männer. Da aber wegen des geringeren Zeiteinsatzes mit Teilzeitarbeit wesentlich weniger als mit Vollzeitarbeit verdient werden kann und Männer sehr viel seltener nur teilzeitbeschäftigt sind, sind die Einkommen von weiblichen Erwerbstätigen deutlich niedriger als die von Männern. Dies gilt ganz besonders für die Beschäftigten in Westdeutschland.

Die in Deutschland arbeitenden Frauen und Männer mit ausländischem Pass haben im Schnitt geringere Einkommen als die deutschen Beschäftigten. Tatsächlich variiert die Einkommenssituation allerdings stark je nach Herkunftsland. Frauen ohne deutschen Pass verdienen auch bei ungefähr gleicher Arbeitszeit deutlich weniger als ausländische Männer.

3.1 Einleitung

Das Verfügen über materielle Ressourcen gehört zu den zentralen Voraussetzungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In einer Gesellschaft relativen Wohlstands sind die Kosten für diese Teilhabe relativ hoch. Der Bedarf bezieht sich in diesen Gesellschaften nicht nur auf eine grundlegende Existenzsicherung. Teilhabe bedeutet zum Beispiel auch, moderne Verkehrsmittel und Kommunikationsmittel nutzen zu können. So sind etwa Kosten für die Teilhabe an öffentlicher und privater Kommunikation (Rundfunk, Handy, Telefon- und Internetanschluss) zu berücksichtigen. Zu den Einkünften gehören neben den Erwerbseinkommen Transferleistungen, wie Renten, Sozialhilfe, Wohngeld, Bafög, Erziehungsgeld und Unterhaltszahlungen, aber auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder aus Kapitalanlagen. In diesem Kapitel wird es nur um Einkommen aus Erwerbsarbeit gehen.

Für diese Schwerpunktsetzung gibt es mehrere Gründe: Erwerbseinkommen sind für Haushalte mit Personen unter 60 Jahren die Haupteinkommensquelle. Sie spielen also für die Sicherung des Lebensunterhaltes vieler Personen eine herausragende Rolle. Ein eigenes Existenz sicherndes Erwerbseinkommen ermöglicht unabhängige biografische Entscheidungen. "Eigenes" Geld kann in Paarbeziehungen als Tauschmedium gegen Dienstleistungen eingebracht werden. So funktioniert das männliche Familienernährermodell. Da dieses Modell in traditionellen Geschlechterstereotypen verankert ist, können Frauen als Haupteinkommensbezieherinnen nicht ohne weiteres mit entsprechenden Gegenleistungen rechnen. Die Beiträge von Haushaltsmitgliedern zu einem teils gemeinsam, teils getrennt verwalteten und verausgabten Haushaltseinkommen sind eingebettet in ein komplexes Beziehungsgefüge und sie entfalten hier auch eine symbolische Bedeutung. Die schlichte Annahme, eigenes Geld sichere stets Macht und Einfluss in Paarbeziehungen, muss inzwischen als überholt gelten (Gather 1993; Wimbauer 2003), doch schafft das eigene Geld oft zumindest kleine Freiheiten, selbst dort, wo Haushalte ihre Geldausgaben rigide kontrollieren. Ein Existenz sicherndes Erwerbseinkommen macht ökonomisch unabhängig von der Mitversorgung in einem Haushalt. Die Einkommen von Frauen sichern oft allerdings kein selbstständiges Leben ab. Dies gilt ganz besonders für Frauen, die ihre Erwerbsarbeit familienbedingt reduzieren. Erwerbseinkommen können darüber hinaus anders als die Mitversorgung in einem Haushalt oder der Bezug von Sozialleistungen auch als Anerkennung einer persönlichen Leistung verstanden werden. Insofern haben Erwerbseinkommen auch für den Status und das Selbstwertgefühl der Einkommensbezieherinnen bzw. -bezieher eine hohe Bedeutung. Erwerbseinkommen sind also in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung. Wenn berufstätige Frauen in Deutschland viel weniger als Männer verdienen und deutlich weniger Frauen als Männer im erwerbsfähigen Alter einer Erwerbsarbeit nachgehen (Tabelle 2.1, Erwerbsquote), beeinträchtigt dies die Eigenständigkeit von Frauen, ihren sozialen Status und womöglich auch ihr Selbstwertgefühl. Dass die (antizipierte) ungleiche Erwerbseinkommensentwicklung von Frauen und Männern Paaren oft nahe legt, sich mit der Familiengründung für eine einseitige Reduktion der Erwerbsarbeit der Mütter, nicht der Väter zu entscheiden, hat weitere gravierende Folgen für die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Die Unterschiede zwischen den Erwerbsarbeitseinkommen von Frauen und Männern sind seit Jahrzehnten in der Diskussion. Heute ist der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" rechtlich mehrfach verankert, dennoch verdienen Frauen (auch bei gleichem Zeiteinsatz) deutlich weniger als Männer. Im Bürgerlichen Gesetzbuch § 612 Absatz 3 ist das Verbot der Geschlechterdiskriminierung mit folgenden Worten festgeschrieben: "Bei einem Arbeitsverhältnis darf für gleiche und gleichwertige Arbeit nicht wegen des Geschlechtes des Arbeitnehmers eine geringere Vergütung vereinbart werden als bei einem Arbeitnehmer des anderen Geschlechts. Die geringere Vergütung wird nicht dadurch gerechtfertigt, dass wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers besondere Schutzvorschriften gelten."

Im Amsterdamer Vertrag (1999, Artikel 141, ehem. Art. 119 EWG-Vertrag) verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten auf den Grundsatz des gleichen Entgelts für Frauen und Männer bei gleicher und gleichwertiger Arbeit. Eine Richtlinie aus dem Jahr 1975 (75/117/EWG vom 10. Februar 1975) verlangte schon, dass an die Tätigkeit von Frauen und Männern gleiche Kriterien bei deren Bewertung und Eingruppierung angelegt werden. Der Europäische Gerichtshof hat diese Rechtsnormen präzisiert und weitere Anforderungen an die Entgeltsysteme in den Mitgliedsstaaten gestellt. Die Umsetzung dieser Normen ist noch keineswegs gesichert, wie Beispiele immer wieder belegen (Deutscher Bundestag 2002a: 219-249).

Wegen der quantitativ wie qualitativ unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern kann aus den ganz offensichtlich deutlich geringeren Einkünften von Frauen dennoch nicht ohne weiteres auf eine Verletzung des Grundsatzes gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit gesprochen werden.⁸⁰ Diskriminierungen sind schwer zu belegen.

Als illegitime Unterschiede gelten in der Debatte eindeutig solche Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, die bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Produktivität bestehen. Die tatsächliche Produktivität steht in großen Datensätzen als Variable allerdings nicht zur Verfügung. Insofern nutzt man Qualifikationsmerkmale (Bildung, Ausbildung und Berufserfahrung) als verfügbare Informationen über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um ihre Produktivität abzuschätzen. Ob dies gerechtfertigt ist, ist umstritten, ist doch die Produktivität auch von anderen, wiederum der statistischen Analyse nicht zugänglichen Eigenschaften, wie zum Beispiel Einsatzbereitschaft, körperliche Verfassung oder Unternehmensbindung

⁸⁰ Solche Verletzungen finden derzeit offensichtlicher zum Beispiel dann statt, wenn Haustarifverträge Neueinstellungen in Unternehmen zu deutlich schlechteren Konditionen vorsehen als sie für die Stammbelegschaft gelten.

abhängig. Für die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern ist von Bedeutung, dass im Zusammenhang mit Erwerbsunterbrechungen Produktivitätseinbußen vermutet werden. Ob diese Vermutung gerechtfertigt ist oder nicht: Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen prägen die Erwerbsmuster von Frauen, nicht die von Männern, und führen zu langfristigen Nachteilen in der Einkommensentwicklung von Frauen (Kapitel 3.5). Dieses Phänomen wird meist nicht als geschlechtsspezifische Diskriminierung betrachtet, trifft auch nicht alle Frauen, ist aber verankert im kulturellen System der Zweigeschlechtlichkeit; es legt Frauen angesichts des unzureichenden Kinderbetreuungsangebotes insbesondere in Westdeutschland nahe, ihre Erwerbsarbeit oft über Jahre zu unterbrechen (Kapitel 5, Abbildung 5.6). Eindeutig als Diskriminierung gilt wiederum, wenn eine hoch motivierte qualifizierte Bewerberin auf einer weniger entwicklungsfähigen Position eingestellt wird als ein entsprechender Bewerber, weil man bei ihr eine Erwerbsunterbrechung und eine mögliche Produktivitätseinbuße antizipiert.

Ein anderer Strang der Diskriminierungsdebatte ist eng mit der geschlechtsspezifischen Segmentation des Arbeitsmarktes verbunden (Kapitel 2, insbesondere 2.8.1). Hier wird Diskriminierung mit der kulturellen Entwertung der von Frauen ausgeübten Tätigkeiten erklärt und auch historisch für einzelne Berufe, die sich über Jahrzehnte hinweg von einem Frauenzu einem Männerberuf (oder umgekehrt) entwickelten, nachgezeichnet (Wetterer 1995). Es lässt sich feststellen, dass in Branchen und Berufen mit höherem Frauenanteil schlechter entlohnt wird (Kapitel 3.4.2). Wissenschaftlich wäre es interessant zu prüfen, ob das Lohnniveau in einigen von männlichen Beschäftigten dominierten Branchen nicht in erheblichem Maße von Subventionen gestützt ist, dass also in Männerbranchen häufiger als in Wirtschaftszweigen, in denen viele Frauen beschäftigt sind, Marktmechanismen außer Kraft gesetzt sind. Dies könnte ebenfalls eine Ursache dafür sein, dass die vielfach inhaltlich ungleiche Arbeit von Frauen und Männern in unterschiedlichen Branchen und Berufen zu schlechteren Vereinbarungen in den von Frauen dominierten Branchen und Berufen und zur schlechteren Bezahlung von Frauen führt. Vermutet wird darüber hinaus, dass weibliche Beschäftigte dort, wo Tarifverträge Spielräume für die Eingruppierung von Tätigkeiten lassen und dort, wo übertariflich bezahlt wird, vom beschäftigenden Unternehmen benachteiligt werden (ebd.: 246). Es ist allerdings schwierig, diese Ungleichheit als eindeutigen Beleg für die kulturelle Abwertung weiblicher Arbeit zu werten, denn es könnte sich zumindest bei einem Teil der von Männern dominierten Berufe um besonders anstrengende, langfristig gesundheitlich schädigende Arbeit handeln, um Arbeit, die bei Fehlverhalten besonders unfallträchtig ist oder solche, bei der eine besonders lange Abwesenheit von der Familie erforderlich ist (Hinz/Gartner 2005: 7). Ein höherer Lohn wäre in diesem Fall erforderlich, um überhaupt genügend qualifizierte Bewerberinnen bzw. Bewerber für diesen Bereich zu finden. Einen detaillierten Einblick in die betriebliche Praxis der Grundentgeltdifferenzierung findet sich bei Carl/Krehnke 2004.⁸¹

Anders als in vielen anderen Ländern ist in Deutschland das im einzelnen Arbeitsvertrag festgelegte Einkommen in hohem Maße durch Tarifverträge vorab vergleichsweise weitgehend geregelt (Iversen/Soskice 2000). Wenn also die ungleiche Entlohnung in unterschiedlichen Branchen und Berufen diskriminierende Aspekte enthält, dann sind diese zumindest *auch* in der tarifvertraglich geregelten Eingruppierung von beruflichen Tätigkeiten, der Bewertung von Belastungen und der Vereinbarung von Vergünstigungen und Zulagen zu suchen (Jochmann-Döll 1990: 43 ff.; Deutscher Bundestag 2002a; Kapitel 6; Krell 2004: 38 ff.).

In der politischen Debatte um Diskriminierung wird gelegentlich noch zwischen unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung unterschieden. Diese Begriffe werden allerdings zunehmend diffus. Eine unmittelbare geschlechtsspezifische Diskriminierung galt als gegeben, wenn Personen nachweislich wegen ihres Geschlechts ungleich behandelt werden. Diese Form der Diskriminierung findet heute wenn überhaupt, dann sehr versteckt statt. Heute ist eindeutig, dass nicht die Geschlechtszugehörigkeit, sondern die mit dem Geschlecht verknüpften kulturell verankerten und institutionell gestützten Geschlechterkonstruktionen sowie die Erwerbs- und Lebensmuster von Frauen und deren Antizipation durch Arbeitgeber die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern bedingen. Entsprechend schwierig wird die Grenzziehung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung (Deutscher Bundestag 2002a: 186 ff.). Krell definiert mittelbare Diskriminierung als einen Verstoß gegen die Rechtsnorm des gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, "wenn die Kriterien und Verfahren der Arbeitsbewertung so ausgestaltet sind, dass ein Ergebnis frauendominierte Tätigkeiten im Vergleich zu männerdominierten unterbewertet werden – ohne dass dies sachlich gerechtfertigt ist" (Krell 2004: 41). Letzteres muss in einer konkreten Analyse vergleichbarer Tätigkeiten überprüft werden.

In Regressionsanalysen wurde mehrfach festgestellt, dass ein Teil der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede allein mit dem Geschlecht der Beschäftigten, nicht mit ihrer unterschiedlichen Produktivität zu erklären ist. Je nach Verfahren schwanken die Ergebnisse der Analysen ganz erheblich: Zwischen 8 und 80 Prozent der Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten werden auf eine Diskriminierung qua Ge-

⁸¹ In dieser Studie wird ausgehend von den jeweils geltenden Tarifverträgen rekonstruiert, welche betrieblichen Regelungen und Praktiken in acht ausgewählten Betrieben mehr oder weniger diskriminierende Entgeltstrukturen nach sich ziehen.

⁸² Auch für 2003 konnte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung wieder belegen, dass sich viele Niedriglohntätigkeiten gerade in den von Frauen besetzten Bereichen finden (WSI-Tarifarchiv, Dezember 2003, zitiert nach Dribbusch 2004).

schlecht zurückgeführt (Schäfer 2001; Weißhuhn/Große-Rövekamp 2003; Hufnagel 2002; Strengmann-Kuhn/Seel 2003; Hinz/Gartner 2005). Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern auch bei gleicher Arbeitszeit ergeben sich vielfach daraus, dass weibliche Beschäftigte in Bereichen arbeiten, in denen *generell* schlechter bezahlt wird oder daraus, dass sie eine demografische Struktur aufweisen, die *generell* Benachteiligungen mit sich bringt. Weibliche Beschäftigte sind zum Beispiel im Durchschnitt jünger und (im Durchschnitt immer noch) weniger qualifiziert, in schlechter zahlenden Branchen, in kleineren Betrieben beschäftigt und gehören den Unternehmen weniger lang an (Kapitel 3.4.1 bis 3.4.6).

In einem Arbeitsmarkt, der Berufserfahrung in Form einer kontinuierlichen Vollzeiterwerbsbeteiligung belohnt, wirken sich die familienbedingten Einschränkungen von Erwerbsarbeit und/oder die Erwerbsunterbrechung von Frauen negativ auf das erzielbare Einkommen auch nach einer solchen Phase reduzierter Erwerbsarbeit aus (Kapitel 3.5). In der Humankapitaltheorie sind diese aus diskontinuierlichen Erwerbsverläufen resultierenden Einkommenseinbußen gerechtfertigt, unter Gleichstellungsgesichtspunkten sind sie allerdings höchst unbefriedigend.

Eine weitere Ursache für die ungleiche Entlohnung könnte darin bestehen, dass Frauen aus familiären Gründen seltener als Männer einen Arbeitsplatzwechsel zur Verbesserung ihres Einkommens in Betracht ziehen (können). Sie arbeiten wohl auch aus diesem Grunde im Durchschnitt in kleineren Unternehmen, wobei diese Unternehmen in der Regel geringere Löhne zahlen (Kapitel 3.4.3). Hinzu kommt, dass Männer im Durchschnitt mehr bezahlte Überstunden verrichten, was mit den familialen Rollen von Frauen und Männern zu erklären ist. Es zeigt sich zudem, dass Männer häufiger Zulagen erhalten, zum Beispiel für besondere Schmutz- und Lärmbelastungen am Arbeitsplatz, aber auch für Schichtarbeit, die sie häufiger als Frauen verrichten.⁸³

Man wird die Ursachen der anhaltenden Einkommensungleichheit nicht nur im Familien- und Erwerbsarbeitssystem zu suchen haben, sondern auch im Berufsbildungssystem. Hier sind viele Berufe, für die sich Frauen entscheiden, als Sackgassenberufe anzusehen, die kaum berufliche Zusatzqualifikationen und beruflichen Aufstieg zulassen.

Im Folgenden werden die verschiedenen Ursachenkomplexe nicht abschließend gewichtet. Es wird aber aufgezeigt, dass Frauen noch immer weniger von dem Humankapital in den Arbeitsprozess einbringen, das als einkommensrelevant gilt (allgemeine Bildung, Berufserfahrung), dass Frauen im Durchschnitt eher in den schlechter entlohnten Sektoren des Ar-

⁸³ Die Zulagen konnten 1998 noch auf der Basis der Lohnstatistik des Statistischen Bundesamtes nachgewiesen werden (Deutscher Bundestag 2002a: 118 ff.). Diese Daten erhebt das Statistische Bundesamt nicht mehr. Es fällt auf, dass das tarifliche Zulagenwesen bei Männertätigkeiten weitaus ausgefeilter als in den Frauenarbeitsbereichen ist. Zulagen spielen bei den Verdiensten der Männer eine größere Rolle als bei denen von Frauen (Deutscher Bundestag 2002a: 118).

beitsmarktes beschäftigt sind und dass sie innerhalb der Gruppe der ungünstiger positionierten Beschäftigten noch einmal schlechter bezahlt werden als Männer dieser Gruppe. Auch werden die Effekte ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung aufgezeigt.

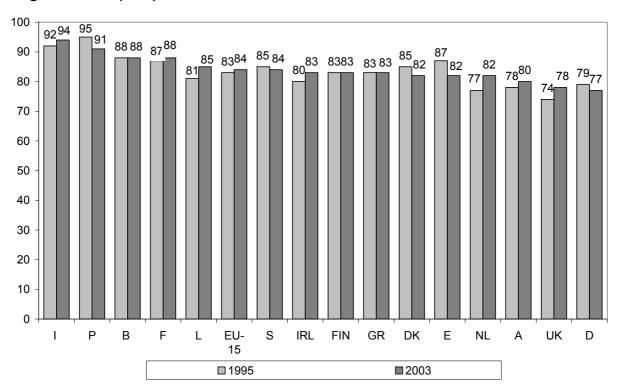
Der notwendige Rückgriff auf unterschiedliche Datensätze bringt es mit sich, dass die jeweils präsentierten Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern aus erhebungstechnischen Gründen nicht immer gleich groß ausfallen. Die Ergebnisse zeugen allerdings von stets gleichen Trends, die im Folgenden herausgearbeitet werden. Da sich die Verdienste in Ost- und Westdeutschland weiterhin gravierend unterscheiden, werden die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern im Folgenden fast durchweg für West- und Ostdeutschland getrennt ausgewiesen. Dies ist für eine Analyse des erreichten Standes der Gleichstellung sehr wichtig, weil sich die Abstände zwischen den Einkommen von Frauen und Männern in Ost- und Westdeutschland auf völlig unterschiedlichen Niveaus bewegen. Im Osten Deutschlands sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern viel geringer als im Westen.

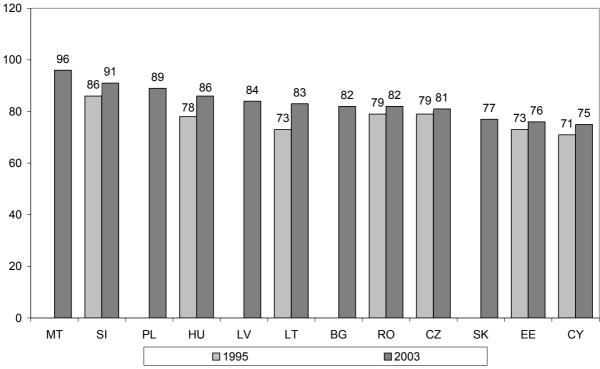
Bevor auf die Situation in Deutschland detailliert eingegangen wird, wird zunächst ein knapper Einblick in die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern in Europa gegeben und es wird gezeigt, welchen Rangplatz Deutschland in Bezug auf die Einkommensungleichheit der Geschlechter in Europa innehat (Kapitel 3.2). Dann wird in einem Rückblick die Entwicklung der ungleichen Löhne in Deutschland nach 1977 beschrieben (Kapitel 3.3). Anschließend wird differenziert dargelegt, bei welchen Beschäftigtengruppen die traditionellen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern fortbestehen, wo sie sich vergrößern oder reduzieren (Kapitel 3.4). Schließlich wird auf die Bedeutung von Berufsunterbrechungen für die Einkommensentwicklung von weiblichen Beschäftigten aufmerksam gemacht (Kapitel 3.5) und es wird auf die erheblichen Konsequenzen der geschlechtsspezifischen Erwerbsbiografien für das im gesamten Leben erwirtschaftete Erwerbseinkommen von Frauen und Männern hingewiesen (Kapitel 3.6). Abschließend werden einige Zahlen präsentiert, die einen Vergleich der Armutsrisiken von Frauen und Männern ermöglichen (Kapitel 3.7). Kapitel 3.8 bietet einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse.

3.2 Einkommensunterschiede im europäischen Vergleich

Überall in Europa verdienen Frauen weniger als Männer. Daten von Eurostat zeigen, dass weibliche Beschäftigte 2003 je nach Land zwischen 75 und 96 Prozent der Verdienste männlicher abhängig Beschäftigter erreichten (Abbildung 3.1).

Abbildung 3.1: Anteile der Fraueneinkommen an den Männereinkommen im EU-Vergleich 2003¹ (in %)





- 1 Daten für 2003 beziehen sich für FIN, I, B, A auf das Jahr 2001, für GR und SL auf 2002
- 2 Daten für EU-15 sind geschätzt
- 3 Daten für D, UK und E mit Reihenunterbrechungen
- 4 Angaben für MT, PL, LV, BG, SK sind unvollständig

Anmerkungen: Abgebildet sind die Anteile der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Frauen in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Männern, alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche mindestens 15 Stunden bezahlte Arbeit leisten. Betriebserhebung.

Länder geordnet nach den Anteilen der Frauenverdienste an den Männerverdiensten 2003, gruppiert nach den "alten" EU-Staaten einerseits und den neuen bzw. den Anwärterstaaten andererseits

A: Österreich, B: Belgien, BG: Bulgarien, CY: Zypern, CZ: Tschechien, D: Deutschland, DK: Dänemark, E: Spanien, EE: Estland, GR: Griechenland, F: Frankreich, FIN: Finnland, HU: Ungarn, I: Italien, IRL: Irland, L: Luxemburg, LT: Litauen, LV: Lettland, MT: Malta, NL: Niederlande, P: Portugal, PL: Polen, RO: Rumänien, S: Schweden, SI: Slowenien, SK: Slowakei, UK: Großbritannien

Datenbasis: Nationale Erhebungen, Europäisches Haushaltspanel (ECHP), Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)

Quelle: Eurostat: European Statistical Data Support (ESDS); eigene Berechnungen

Zwischen 1995 und 2003 konnten Frauen in einigen EU-15-Staaten ihre Verdienstanteile verbessern, so in Großbritannien von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend und in Irland, Italien, den Niederlanden und Österreich einen höheren Einkommensanteil weiter ausbauend. In Deutschland, Portugal, Spanien, Dänemark und Schweden fielen nach dieser Statistik die Verdienstanteile von Frauen 2003 hinter den 1995 erreichten Stand zurück.⁸⁴ Indem Frauen in Deutschland gemessen am Bruttostundenverdienst nur 77 Prozent der Männer verdienen, stellt Deutschland gegenwärtig das Schlusslicht unter den 15 EU-Staaten in bezug auf Lohngleichheit dar. Echte Fortschritte im Hinblick auf eine Angleichung der Verdienste von weiblichen und männlichen Beschäftigten hat es nur in wenigen Ländern gegeben. Während Frauen in Italien 2003 weit über 90 Prozent der Verdienste von Männern erzielten, nahm Deutschland mit Österreich und Großbritannien, gemessen an der erreichten Einkommensgleichheit von Frauen und Männern, unter den EU-15-Staaten die letzten Rangplätze ein. Eine solche unter Gleichstellungsgesichtspunkten recht schlechte Platzierung von Deutschland ist untypisch und auffallend. Deutschland befindet sich nämlich ansonsten beim Ranking in punkto Gleichstellung eher auf einem der mittleren Plätze. 85 In den 2004 der EU beigetretenen Staaten und einigen Anwärterstaaten liegen die Verdienste von Frauen und Männern zum Teil noch weiter auseinander als in den EU-15-Staaten. Der Trend geht in den neuen und künftigen EU-Staaten in Richtung einer Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern.86

3.3 Entwicklung und Verteilung der Erwerbseinkommen in Deutschland

Methodische Anmerkungen

In den Abschnitten 3.3 und 3.4 ist die Analyse so angelegt, dass sie einen möglichst exakten Vergleich mit zentralen Eckwerten im Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern zulässt (Deutscher Bundestag 2002a). Auf diese Weise können die Ergebnisse früherer Jahre fortgeschrieben werden. Um dies zu gewährleisten, wird das BA-Beschäftigtenpanel (Beschäftigtenpanel der Bundesagentur für Arbeit) als Hauptdatenquelle genutzt. Das BA-Beschäftigtenpanel ähnelt in Stichprobengröße und -

⁸⁴ Eigene Berechnungen auf der Basis von Eurostat: European Statistical Data Support (ESDS).

⁸⁵ Im Abschnitt 3.5 wird versucht, eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen für den ungünstigeren Rangplatz von Deutschland zu geben.

⁸⁶ Eigene Berechnungen auf der Basis von Eurostat: European Statistical Data Support (ESDS).

zusammensetzung der IAB-Beschäftigtenprobe weitgehend, auf deren Basis im erwähnten Bericht der Bundesregierung 2002 die Einkommensunterschiede in den 90er-Jahren ermittelt wurden. Das BA-Beschäftigtenpanel hatte den Vorteil, dass es bis 2002 aktualisiert war, während die IAB-Beschäftigtenstichprobe zum Zeitpunkt der Analyse nur für 2001 vorlag. Die in diesem Kapitel präsentierten Zeitreihen zwischen 1997 und 2002, die für 1997 die IAB-Stichprobe und für 2002 das BA-Beschäftigtenpanel nutzen, können nur unter dem Vorbehalt veröffentlicht werden, dass Unterschiede im Erhebungsverfahren und der unvermeidliche Stichprobenfehler die Ergebnisse beeinflussen. Die erwähnten Datensätze haben beide den Vorteil, dass sie auf Meldungen der Betriebe an die Sozialversicherung beruhen und damit zuverlässiger sind als Selbstauskünfte der Beschäftigten oder gruppenbezogene Auskünfte der Betriebe. Der Nachteil ist, dass nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erfasst und deren Einkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze systematisch erhoben werden. So enthalten die IAB-Stichprobe und das BA-Beschäftigtenpanel vollständige Einkommensangaben nur bis Bruttomonatseinkommen von 4.500 € in Westdeutschland und 3.750 € in Ostdeutschland (Beitragsbemessungsgrenzen 2002).

Die Aspekte der Einkommensverteilung, die im Bericht der Bundesregierung 2002 mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes beleuchtet wurden, so der Zusammenhang zwischen der Dauer der Betriebszugehörigkeit, den Zulagen, dem Umfang der Erwerbsarbeit einerseits und den Verdiensten von Frauen und Männern andererseits, werden auch hier auf dieser Datenbasis analysiert (Deutscher Bundestag 2002a: 116-122).⁸⁷ Zusätzlich wird auf Daten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe des Statistischen Bundsamtes (EVS 1. Halbjahr 2003) zurückgegriffen. Das Vorgehen sichert ein Höchstmaß an Vergleichbarkeit und ein Höchstmaß an Aktualität.

Der Rückgriff auf unterschiedliche Datensätze führt zu teils disparaten Befunden, die durch unterschiedliche Erhebungsmethoden und Berechnungsverfahren entstehen.

Abgesehen davon, dass – wie bereits erwähnt – für einen Einkommensvergleich Selbstauskünfte der Beschäftigten oder pauschalisierende Angaben der Betriebe, die jeweils meist noch nachträglich auf ihre Plausibilität geprüft werden (so im Mikrozensus und im SOEP). oder Prozessdaten, wie die Meldungen der Betriebe an die Sozialversicherung (IAB-, oder BA-Daten) genutzt werden können, kann man auch mit ein und denselben Daten unterschiedliche Indikatoren bilden. Bei einem Interesse, Lohndiskriminierung zu beschreiben, werden die Bruttoverdienste meist den Nettoverdiensten vorgezogen, da sich bei den Nettoverdiensten Effekte der Besteuerung mit jenen der Bezahlung verquicken, die Lohndiskriminierung also nicht isoliert erfasst werden kann. Deshalb werden im Folgenden auch hier die Bruttoverdienste genutzt. Bei Verwendung der Nettoeinkommen würden die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern größer ausfallen, da verheiratete Frauen als Zweitverdienerinnen in ihren Familien meist einer sehr ungünstigen Steuerklasse zugeordnet sind. So errechnet Schäfer auf der Basis von Bruttolöhnen für das Jahr 1999 einen Anteil des Stundenlohns von Frauen am Stundenlohn von Männern von 80 Prozent, kommt auf der Basis der Nettolöhne aber nur auf einen Verdienstanteil der Frauen von 76,2 Prozent (Schäfer 2001: 59).

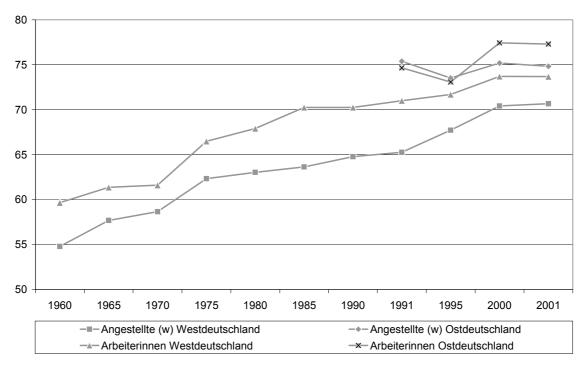
Bei einem Einkommensvergleich ist ferner zu entscheiden, ob der Vergleich auf der Basis von Jahres-, Monats- oder Stundenverdiensten vorgenommen werden soll. Im folgenden Kapitel wird zumeist (aber nicht ausschließlich) der Brutto*jahres*verdienst von Vollzeitbeschäftigten als Messgröße genutzt. Der Vergleich von Brutto*stunden*verdienste hätte den Vorteil, dass er sich auf eine jeweils präzise vergleichbare Arbeitszeit bezieht. Wenn man Datensätze hat, bei denen die Zahl der Arbeitsstunden nicht präzise erfasst ist, dies ist bei dem IAB-Beschäftigtenpanel der Fall, kann man keine Stundenverdienste berechnen. Deshalb tut man gut daran, nur die Einkünfte von *Vollzeit*beschäftigten zu vergleichen. Die Arbeitszeit der *Teilzeit*beschäftigten ist viel unklarer. Bei Verwendung des IAB-

⁸⁷ Veränderungen im Erhebungsverfahren schränken die Vergleichbarkeit allerdings ein (betrifft die Zulagen).

Beschäftigtenpanels, das durch seine präzisen Einkommensangaben (wenigstens für die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten) besticht, aber keine präzisen Angaben zur Zahl der Arbeitsstunden enthält, wird hier deshalb als Indikator für die Gleichstellung der Anteil der Frauenverdienste an den Männerverdiensten bei *Vollzeitbeschäftigung* genutzt. Im gesamten Kapitel bilden stets *Nominallöhne* die Grundlage der Berechnung.

Daten der langfristigen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Erwerbseinkommen von vollzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten im früheren Bundesgebiet 1960 nur durchschnittlich 55 Prozent der Männerverdienste erreichten, die der Arbeiterinnen 60 Prozent der Arbeiterlöhne (Abbildung 3.2).

Abbildung 3.2: Anteile der Fraueneinkommen an den Männereinkommen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe (Vollzeit) im früheren Bundesgebiet bzw. in Westdeutschland und in Ostdeutschland 1960 bis 2001 (in %)



1 Angaben für 2001 ohne Berlin

Anmerkung: Sowohl bei den Angestellten als auch bei den Arbeiterinnen und Arbeiter ist der Verdienstanteil von weiblichen Beschäftigten um einiges niedriger als bei Zusammenfassung beider Gruppen (79 %). Verantwortlich hierfür ist die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern auf die beiden Arbeitnehmergruppen. Während nur 27 Prozent der Frauen als Arbeiterinnen, 73 Prozent hingegen als Angestellte tätig waren, waren mehr als die Hälfte der Männer (58 %) als Arbeiter beschäftigt. Der höhere Anteil der Arbeiter mit ihren insgesamt gesehen niedrigen Durchschnittsverdiensten senkte den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst der Männer insgesamt und verringerte dadurch den geschlechtsspezifischen Verdienstabstand. Werden beide Arbeitnehmergruppen zusammengefasst, so kommt man auf der Basis der Lohnstrukturerhebung 2000 zu einem Verdienstanteil der Frauen in Westdeutschland von 78 Prozent und in Ostdeutschland von 87 Prozent (Frank-Bosch 2002: 396). Damit nähern sich diese Werte denen an, die in Abbildung 3.3 gezeigt werden.

Datenbasis: Bruttomonatsverdienste Betriebserhebung des Statistischen Bundesamtes

Quelle: Frank-Bosch 2002: 398; veränderte Darstellung

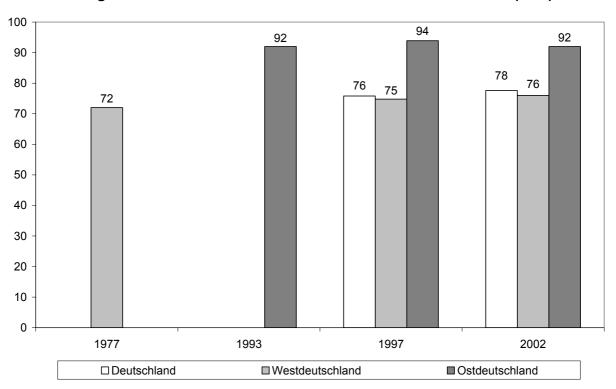
1980 war der Verdienstanteil der weiblichen Angestellten und der Arbeiterinnen um 15 Prozent gestiegen, in den letzten Jahren verlangsamten sich diese Zuwächse. Im Osten

⁸⁸ Ergänzend wird im Abschnitt 3.3 auch einmal ein Vergleich der Bruttojahresverdienste von weiblichen und männlichen Teilzeitkräften vorgenommen.

Deutschlands befinden sich die Verdienste der weiblichen Beschäftigten näher am Verdienstniveau der männlichen Beschäftigten, dies gilt ganz besonders für Arbeiterinnen im Osten (Abbildung 3.2).

In der DDR waren die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern tabuisiert. Veröffentlichungen zum Lohn waren bis Ende 1989 verboten. Inzwischen weiß man, dass die Einkommen zu DDR-Zeiten zwar stark nivelliert waren, dass es dennoch ein Lohngefälle zwischen Frauen und Männern gab. Es lag Ende der 80er-Jahre um 16 Prozent, in stark von Männern dominierten Wirtschaftszweigen wie dem Maschinenbau bei 21 Prozent (Stephan/Wiedemann 1990: 556 f.). Zum gleichen Zeitpunkt lag der durchschnittliche Abstand der Verdienste von Frauen und Männern in der Bundesrepublik bei 30 Prozent. Noch heute haben sich die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Westdeutschland nicht so weitgehend aneinander angeglichen wie in Ostdeutschland (Abbildung 3.2 und Abbildung 3.3).

Abbildung 3.3: Anteile der Fraueneinkommen¹ an den Männereinkommen¹ (Vollzeit) in Deutschland insgesamt sowie in West²- und Ostdeutschland² 1977 bis 2002 (in %)



¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttojahresentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

Anmerkung: In der unten angegebenen Quelle ist für 1993 nur ein Wert für Ostdeutschland enthalten.

Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstichprobe; BA-Beschäftigtenpanel

Quelle: Deutscher Bundestag 2002a: 99 Tabelle 2.5; BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Auf der Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe und des BA-Beschäftigtenpanels kann eben-

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

falls rekonstruiert werden, dass sich in den letzten Jahrzehnten bis 2002 die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern im Westen verringerten, aber nicht das im Osten schon länger erreichte Niveau der Angleichung erkennen lassen (Abbildung 3.3).

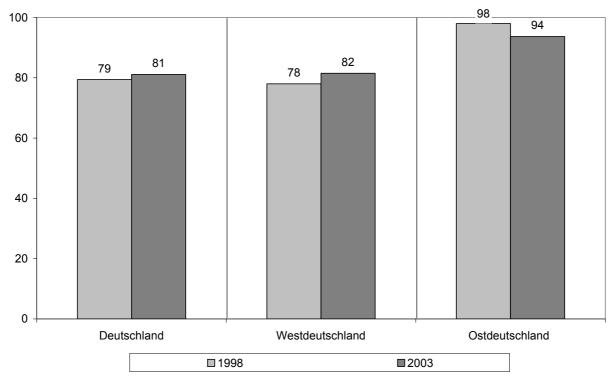
Abbildung 3.3 zeigt, dass sich die Einkommen von Männern und Frauen im Westen in den letzten Jahren kaum angleichen (von 75 % 1997 auf 76 % 2002) und dass die weiblichen Beschäftigten in den ostdeutschen Bundesländern in den letzten Jahren Einkommensanteile am durchschnittlichen Männerverdienst verloren. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern befinden sich seit Jahren in Ost- und Westdeutschland auf völlig unterschiedlichem Niveau: Während Frauen im Westen nicht einmal 80 Prozent des durchschnittlichen Männereinkommens im Westen verdienen, erreichen Frauen im Osten im letzten Jahrzehnt zwischen 92 und 94 Prozent des durchschnittlichen Männerlohns im Osten (Abbildung 3.3). Die Einkommensverteilung im Osten kommt also einer Gleichstellung von Frauen und Männern deutlich näher als die im Westen. Diese vordergründig für Frauen im Osten vorteilhafte Situation hat allerdings auch eine negative Seite: Die Angleichung ging mit enormen Selektionsprozessen gerade unter weiblichen Beschäftigten in den unmittelbar auf die Vereinigung folgenden Jahren einher. Fast die Hälfte des Lohnzuwachses bei weiblichen Beschäftigten zwischen 1990 und 1994 führt Hunt mittels einer Analyse von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) darauf zurück, dass viele Geringqualifizierte, die überdurchschnittlich häufig weiblich waren, vom ostdeutschen Arbeitsmarkt verdrängt wurden (Hunt 2002).

Trotz der im Osten für Frauen günstigen Verdienstrelationen erreichen die weiblichen Vollzeitbeschäftigten im Osten absolut betrachtet nicht einmal das Einkommensniveau der Frauen im Westen (Tabelle A 3.1). Mit den unterschiedlichen Abständen zwischen den Verdiensten von Frauen und Männern in Ost und West geht einher, dass sich die durchschnittlichen Jahreseinkommen von vollzeitbeschäftigten *Frauen* in West und Ost tendenziell angeglichen haben: Die Differenz beträgt noch rund 11 Prozentpunkte zu Gunsten der Frauen im Westen (Tabelle A 3.1). Die häufig in der Öffentlichkeit beklagte Einkommenslücke zwischen Ost und West ist bei den Einkommen der *Männer* viel gravierender: Männer im Osten erzielten 1997 nur 67 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes von Männern im Westen. Sie erreichen 2002 74 Prozent der Einkommen von Männern im Westen. Der Einkommensabstand zwischen Männern in Ost und West liegt also bei 26 Prozentpunkten zu Gunsten der Männer im Westen. Auch wenn die Lücke groß ist, fällt doch auf, dass sie im Vergleich zu 1997 deutliche kleiner wurde, während man dies bezogen auf die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern nicht behaupten kann.

Die weiteren Analysen werden zeigen, dass die ostdeutschen Frauen in den beruflichen Strukturen anders verankert sind als die westdeutschen (Kapitel 3.4). Wenn sie sich dies bewahren könnten, dann könnten sie ihre hohen Einkommensanteile an den Einkommen von

Männern im Osten vielleicht halten, wenn sich die Einkommen in Ost- und Westdeutschland weiter angleichen. Gegenwärtig verlieren Frauen im Osten allerdings Einkommensanteile (Abbildung 3.3). Dies wird auch durch die Daten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) bei einem Vergleich der Erwerbseinkommen von Haupteinkommensbezieherinnen und -beziehern noch einmal bestätigt (Abbildung 3.4) und stimmt nicht gerade optimistisch.⁸⁹

Abbildung 3.4: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher) (Vollzeit) in Deutschland insgesamt sowie in West¹- und Ostdeutschland² 1998 und 2003 (in %)



- 1 Westdeutschland einschl. Berlin-West
- 2 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Anmerkung: 1998 und 2003 jeweils 1. Halbjahr vollzeitbeschäftigte Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher (ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 € und mehr aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit). Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -bezieher sind Selbstständige/Gewerbetreibende, Beamtinnen bzw. Beamten, Angestellte oder Arbeiterinnen bzw. Arbeiter.

Datenbasis: Einkommens- und Verbraucherstichprobe 1998 und 2003 jeweils 1. Halbjahr

Quelle: Statistisch Bundesamt; Sonderauswertungen; eigene Berechnungen

Wenn man die Bedeutung des beschriebenen Trends richtig einschätzen möchte, muss man verschiedene andere Entwicklungen mitbeachten: Die Erwerbsbeteiligung von Frauen im Westen hat im Laufe des letzten Jahrzehnts entgegen dem allgemeinen Trend zugenommen (Kapitel 2 Tabelle 2.1). 2003 verfügt deshalb in Westdeutschland (nicht in Ostdeutschland), ein größerer Anteil von Frauen über ein eigenes Einkommen als 1998 (Kapitel 2, Tabelle

Die EVS erlaubt neben der Betrachtung der Haushaltseinkommen nur eine Analyse der Einkommen der Hauptverdienerinnen bzw. Hauptverdiener. Diese Bezeichnung beruht auf den Selbsteinschätzungen der Befragten. Frauen werden sich in gemischtgeschlechtlichen Haushalten eher selten als Hauptverdienerin verstehen, insofern werden die Frauen im Sample ganz überwiegend allein Stehende oder allein Erziehende sein.

2.2). Dies ist ein Fortschritt für Frauen in den westlichen Bundesländern, der hier, da nur die Verdienstrelationen *Beschäftigter* betrachtet werden, nicht sichtbar ist.

Was die hier gewählte Darstellung der Verdienstrelationen Vollzeitbeschäftigter ebenfalls vernachlässigt, ist die Tatsache, dass Frauen ihre Einkommen in beiden Teilen Deutschlands überproportional häufig und zunehmend häufiger auf Grund einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Beschäftigung beziehen (Kapitel 2, Abbildung 2.13 und 2.17).⁹⁰

Wenn man die Daten von 1997 aus dem Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern (Deutscher Bundestag 2002a: 100 ff.) mit den Zahlen von 2002 vergleicht, so kann man feststellen, dass Frauen den Anteil der Einkommenssumme, die sie über Vollzeitarbeit erwirtschaften, in Ost und West zwischen 1997 und 2002 steigerten: 2002 wurden im Westen 29 Prozent der Einkommenssumme Vollzeitbeschäftigter von Frauen erwirtschaftet (Abbildung 3.5), (1997: 23 %). Im Osten wurden 2002 sogar 43 Prozent dieser Summe von Frauen erwirtschaftet (ebd.) (1997: 36 %). Bezogen auf ganz Deutschland lag die von Frauen über Vollzeitbeschäftigung erwirtschaftete Einkommenssumme 2002 bei 31 Prozent, wobei Frauen 37 Prozent der Vollzeitbeschäftigten stellen (Abbildung 3.5). Auch wenn sich in diesen Zahlen ausdrückt, dass der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten besonders im Westen noch immer relativ gering ist, zeigt ein Vergleich mit Zahlen von 1997 doch, dass Frauen 2002 einen höheren Anteil der Vollzeitbeschäftigten stellen und aus Vollzeiterwerbstätigkeit eine höhere Einkommenssumme erwirtschaften als noch 1997.

Der Vergleich der durchschnittlichen Einkommen von Frauen und Männern kann durch eine Betrachtung der Frauen- und Männeranteile in bestimmten Einkommensgruppen (Dezilen der Einkommensverteilung) ergänzt werden (Tabelle 3.1). Das erste Dezil stellt die Beschäftigten mit den geringsten Einkommen dar, während das zehnte Dezil die 10 Prozent Beschäftigten mit den höchsten Einkommen erfasst.

Tabelle 3.1 zeigt, dass Frauen in den Beschäftigtengruppen mit den geringsten Einkommen (1. Dezil) deutlich überrepräsentiert sind. Während Frauen im Westen unter den gut verdienenden Beschäftigten in den oberen Dezilen unterrepräsentiert sind, sind die ostdeutschen weiblichen Beschäftigten in den oberen Dezilen gut vertreten. Im Vergleich zu 1997 hat sich der Anteil von weiblichen Vollzeitbeschäftigten im Westen und im Osten ganz besonders bei der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen erhöht. Doch konnten die Frauen auch in den höheren Verdienstgruppen Beschäftigtenanteile hinzugewinnen (Tabelle 3.1 und Deutscher Bundestag 2002a: 100).

⁹⁰ Auf die Verdienstrelationen bei teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern und bei allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird erst mit Tabelle A 3.2 und Tabelle 3.2 eingegangen.

Tabelle 3.1: Beschäftigungsanteile¹ von Frauen und Männern in Beschäftigtengruppen (Dezilen²) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)

	Deutschland ³		Westdeutschland ⁴		Ostdeutschland ⁴	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	in %					
1. Dezil	69,3	30,7	69,3	30,7	69,3	30,7
2. Dezil	55,7	44,3	56,3	43,7	53,2	46,8
3. Dezil	42,3	57,7	43,9	56,1	35,4	64,6
4. Dezil	35,4	64,6	36,4	63,6	31,1	68,9
5. Dezil	31,6	68,4	31,1	68,9	33,6	66,4
6. Dezil	30,8	69,2	28,4	71,6	40,9	59,1
7. Dezil	31,4	68,6	27,8	72,2	46,0	54,0
8. Dezil	30,5	69,5	25,4	74,6	51,8	48,2
9. Dezil	25,6	74,4	20,3	79,7	47,7	52,3
10. Dezil	16,1	83,9	11,5	88,5	35,1	64,9
Alle	36,9	63,1	35,0	65,0	44,4	55,6

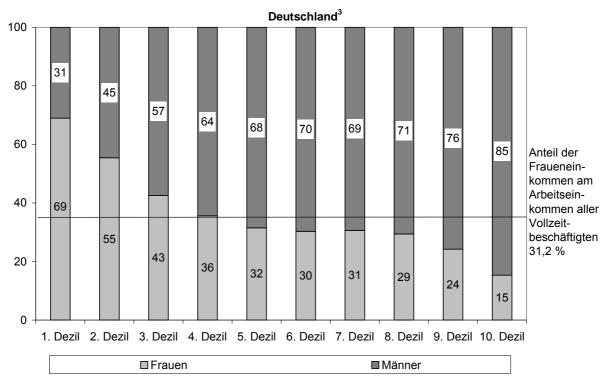
- 1 Es werden nur Personen betrachtet, die mehr als 324 Euro/Monat und weniger als die Beitragsbemessungsgrenze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung 2002 (West: 4.500 Euro/Monat; Ost: 3.750 Euro/Monat) verdienen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte
- 2 Dezile sind zehn nach aufsteigendem Einkommen mit Beschäftigten gleich stark besetzte Gruppen. Das heißt die Beschäftigten sind unabhängig von ihrem Geschlecht nach aufsteigenden Einkommen sortiert und in zehn gleich große Personengruppen unterteilt. Im Dezil 1 befinden sich die 10 Prozent der Beschäftigten mit den niedrigsten Einkommen, im Dezil 10 die 10 Prozent der Beschäftigten mit den höchsten Einkommen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze).
- 3 Für West- und Osdeutschland bestehen unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen, deshalb wurden die Ergebnisse für Gesamtdeutschland aus den zwei Teilstichproben gebildet; sonst bliebe die Einkommensverteilung in Ostdeutschland beim höchsten Dezil im Wesentlichen unberücksichtigt. Mithin ist hier nicht das Einkommen die Grundlage der Berechnung für die einzelnen Dezile, sondern die Verteilung in den Dezilen der Teilstichproben für West- und Ostdeutschland. Würde man eine einheitliche Beitragsbemessungsgrenze in Deutschland unterstellen, dann wäre der Frauenanteil im 1. Dezil und 8. Dezil jeweils rund 2 Prozentpunkte, im 2. Dezil und 10. Dezil jeweils rund 4 Prozentpunkte sowie im 9. Dezil rund 1 Prozentpunkt geringer. Im 3. und 6. Dezil wäre der Frauenanteil jeweils rund 2 Prozentpunkte, im 4. Dezil rund 5 Prozentpunkte und im 5. Dezil rund 4 Prozentpunkte höher. Im 7. Dezil bliebe der Frauenanteil unverändert.
- 4 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

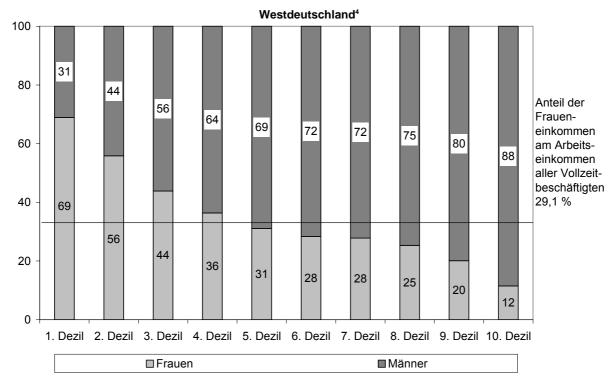
Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Auch die Anteile der Frauen- und Männereinkommen können nach den Dezilen der Einkommensverteilung aufgeschlüsselt werden. Abbildung 3.5 zeigt, dass sich im Westen die Summe der geringsten Verdienste zu 69 Prozent aus den Verdiensten von weiblichen Vollzeitbeschäftigten zusammensetzt, während von den über Vollzeit erzielten Einkommen knapp unter der Beitragsbemessungsgrenze (im 10. Dezil) nur 12 Prozent von weiblichen Beschäftigten stammen. Je höher also die Einkommen sind, desto weniger tragen vollzeitbeschäftigte Frauen dazu bei.

Abbildung 3.5: Einkommensanteile¹ von Frauen und Männern (Vollzeit) nach Beschäftigungsgruppen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (Dezile²) 2002 (in %)

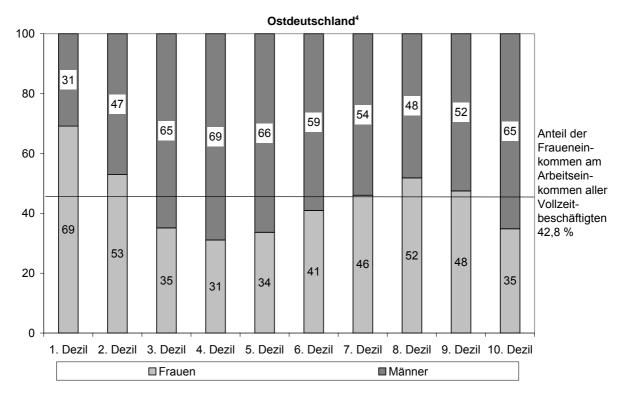


Anmerkung: Anteil der weiblichen Vollzeitbeschäftigten an den Vollzeitbeschäftigten insgesamt: 36,9 Prozent



Anmerkung: Anteil der weiblichen Vollzeitbeschäftigten an den Vollzeitbeschäftigten insgesamt: 35,0 Prozent

- Fortsetzung nächste Seite -



Anmerkung: Anteil der weiblichen Vollzeitbeschäftigten an den Vollzeitbeschäftigten insgesamt: 44,4 Prozent

- 1 Ermittelt aus den hochgerechneten sozialversicherungspflichtigen Bruttojahresentgelten auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Bei den sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelten werden nur Personen betrachtet, die mehr als 324 EUR/Monat und bis zur Beitragsbemessungsgrenze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung 2002 (West: 4.500 EUR/Monat; Ost: 3.750 EUR/Monat) verdienen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte
- 2 Dezile sind zehn nach aufsteigendem Einkommen mit Beschäftigten gleich stark besetzte Gruppen. Das heißt, die Beschäftigten sind unabhängig von ihrem Geschlecht nach aufsteigenden Einkommen sortiert und in zehn gleich große Personengruppen unterteilt. Im Dezil 1 befinden sich die 10 Prozent der Beschäftigten mit den niedrigsten Einkommen, im Dezil 10 die 10 Prozent der Beschäftigten mit den höchsten Einkommen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze).
- 3 Für West- und Osdeutschland bestehen unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen, deshalb wurden die Ergebnisse für Gesamdeutschland aus den zwei Teilstichproben gebildet; sonst bliebe die Einkommensverteilung in Ostdeutschland beim höchsten Dezil im Wesentlichen unberücksichtigt. Mithin ist hier nicht das Einkommen die Grundlage der Berechnung für die einzelnen Dezile, sondern die Verteilung in den Dezilen der Teilstichproben für West- und Ostdeutschland. Würde man eine einheitliche Beitragsbemessungsgrenze in Deutschland unterstellen, dann wäre der Frauenanteil im 1. und im 10. Dezil jeweils 3 Prozentpunkte sowie im 2. Dezil um 4 Prozentpunkte und im 8. Dezil um 1 Prozentpunkt geringer. Im 3. Dezil wäre der Frauenanteil um 1 Prozentpunkt, im 4. Dezil um 5 Prozentpunkte, im 5. Dezil um 4 Prozentpunkte, im 6. Dezil um 3 Prozentpunkte höher. In den restlichen Dezilen bliebe der Frauenanteil unverändert.
- 4 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Im Osten sind die Einkommensanteile, die vollzeitbeschäftigte Frauen erwirtschaften, generell höher. Zudem gibt es relativ gute Einkommen, wie etwa die im 7., 8. und 9. Dezil, zu denen Frauen überproportional viel beitragen. Das Einkommensgefälle unter den Vollzeitbeschäftigten ist im Osten also keineswegs so eindeutig strukturiert wie im Westen (Abbildung 3.5). Immerhin erwirtschaften vollzeitbeschäftigte Frauen in der höchsten Einkommensgrup-

pe im Osten noch 35 Prozent der Einkommen, im Westen nur 12 Prozent. 91

Die Differenz zwischen den Einkommen der vollzeitbeschäftigten Frauen und Männer ist allerdings größer als Tabelle 3.1 und Abbildung 3.5 suggerieren, weil sie nur die Einkommen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bis zur Beitragsbemessungsgrenze (West: 54.000 € pro Jahr, Ost: 45.000 € pro Jahr) berücksichtigen. Um und oberhalb der Einkommensgrenzen erfasst das BA-Beschäftigtenpanel noch eine Personengruppe, die im Westen zu 88 Prozent, im Osten zu 70 Prozent und in Deutschland insgesamt zu 85 Prozent männlich ist. ⁹² Auch wenn die Angaben der Betriebe oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze unvollständig sind, geben diese Werte doch einen sicheren Hinweis darauf, dass von den abhängig Beschäftigten mit Einkommen oberhalb der in Tabelle 3.1 präsentierten Dezile die überwiegende Mehrheit männlich ist.

Vergleicht man nur die Einkommen der teilzeitbeschäftigten Frauen und Männer, so kommt man zu einem Ergebnis, auf das die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrer Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern bereits 2002 hingewiesen hat (Deutscher Bundestag 2002a: 14): Unter den Teilzeitbeschäftigten kehren sich die Verdienstrelationen von Frauen und Männern zum Teil um (Tabelle A 3.2). So liegt der Bruttojahresverdienst von Frauen, die weniger als 18 Stunden pro Woche arbeiten, 2002 bei 122 Prozent des Verdienstes von Männern in dieser Beschäftigungsform. Bei einer Teilzeitbeschäftigung über 18 Stunden pro Woche erreichen Frauen in Deutschland immerhin 96 Prozent des Männerverdienstes (Tabelle A 3.2). Die Ursachen für diese für Frauen sehr viel günstigere Verdienstrelation dürften vielfältig sein: Entscheidend könnten Selbstselektionsmechanismen sein: Qualifiziertere Frauen streben stärker ins Erwerbsleben als weniger qualifizierte (Abbildung 2.7). Sofern sie Kinder haben, werden sie, weil sie die finanziellen Spielräume sehen, eher zu einer Teilzeitbeschäftigung tendieren als Frauen mit geringeren Lohnsätzen. Letztere werden auf einen Teil ihres Einkommens oft kaum verzichten können. 93 Insofern ist es nicht erstaunlich, wenn unter den teilzeitbeschäftigten Frauen Besserverdienende überrepräsentiert sind. Wegen der in Kapitel 5 beschriebenen Bildungshomogamie von Paaren werden qualifiziertere Frauen oft auch noch besser verdienende Partner haben, so dass diese Familien auch aus diesem Grunde weniger auf ein volles weibliches Erwerbseinkommen angewiesen sind als Familien, in denen beide Partner schlechter verdienen. Dies ist ein Aspekt der Erklärung. Ein anderer ist der, dass die Gruppe der teilzeitbeschäftigten Männer eine eher untypische Gruppe von Ar-

⁹¹ Das bedeutet nicht, dass die Frauen im Osten mehr verdienen als die Frauen im Westen. Dies tun sie definitiv nicht (A 3.1). Die Frauen im Osten stehen, was ihre Einkommen betrifft, aber nicht so weit hinter den Männern im Osten zurück, wie dies für die Frauen im Westen gilt, wenn man ihre Einkommen mit denen von Männern im Westen vergleicht.

⁹² Bei der Berechnung dieser Geschlechterproportion wurden alle Personen berücksichtigt, die 95 Prozent und mehr vom Betrag der Beitragsbemessungsgrenze verdienen.

beitnehmern darstellt, deren Merkmale hier nicht näher gekennzeichnet werden können. Teilzeitbeschäftigungen mit weniger als 20 Stunden haben zum Beispiel nur 5 Prozent der Männer, aber 29 Prozent der Frauen (Abbildung 2.12 im Kapitel 2). Statt einer Diskriminierung von Männern ließe sich bei den teilzeitbeschäftigten Männern als Ursache für ihre schlechtere Entlohnung ein geringes Humankapital vermuten.

Während teilzeitbeschäftigte Frauen im Osten unabhängig von ihrem Stundenkontingent jeweils 104 Prozent des Einkommens teilzeitbeschäftigter Männer erzielen, sind es speziell die mit weniger als 18 Stunden beschäftigten Frauen im Westen, deren Einkommen die der ebenso teilzeitbeschäftigten Männer so eindeutig übertreffen (Tabelle A 3.2). Weil der Umfang der Teilzeit im BA-Beschäftigtenpanel nur grob abgeschätzt werden kann, wird sich die Analyse der Einkommensunterschiede von Frauen und Männern im Kapitel 3.4 auf die Vollzeitbeschäftigten konzentrieren.

Wenn man stets nur die Einkommensrelationen von vollzeitbeschäftigten oder nur die von teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern vergleicht, verliert man leicht aus dem Blick, dass die Verdienstrelation zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten de facto vor allem im Westen deutlich ungünstiger sind, weil Frauen häufiger nur in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt sind, während Männer ganz überwiegend Vollzeitarbeitsplätze innehaben. Deshalb soll hier zum Schluss des Abschnitts 3.3 gezeigt werden, wie gering die Einkommensanteile weiblicher Beschäftigter an den Einkommen der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind, wenn man die Einkommen der Vollzeit- und der Teilzeitkräfte einmal zusammenfasst (Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit und Teilzeit)¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)

	in %
Deutschland	62,4
Westdeutschland ²	58,8
Ostdeutschland ²	84,3

¹ Datenbasis: hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Die Frauen in Ostdeutschland erreichen bei dieser Zusammenschau der Entgelte von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten eine deutlich günstigere Verdienstrelation zu den Männereinkommen im Osten nicht nur, weil sie als Vollzeitbeschäftigte mit ihren Einkommen nicht weit hinter den Männern zurückstehen (Abbildung 3.3), sondern auch deshalb, weil ihre Teil-

⁹³ Im DJI-Kinderpanel ergab sich, dass von den erwerbstätigen Müttern mit Hauptschulabschluss 50 Prozent, von denen mit Abitur 65 Prozent teilzeitbeschäftigt waren.

zeitquote mit 27,8 Prozent nicht so stark von der der Männer in Ostdeutschland (6,3 %) abweicht, wie die Teilzeitquote der Frauen in Westdeutschland von der der Männer dort. Frauen in den westdeutschen Ländern arbeiten fast zur Hälfte (45,3 %) in Teilzeit. Die Teilzeitquote der Männer in Westdeutschland beträgt dagegen nur 6,2 Prozent (Kapitel 2.7.1). So gesehen haben Frauen im Westen neben den deutlichen Einkommensnachteilen als Vollzeitbeschäftigte ganz erhebliche Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen, weil sie oft nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Ein wesentlicher Grund für die hohe Teilzeitquote von Frauen in Westdeutschland dürfte das unzureichende Kinderbetreuungsangebot im Westen sein. Hinzu kommt in den westdeutschen Ländern allerdings auch ein Familienleitbild, das Müttern nahe legt, keine volle Erwerbsarbeit aufzunehmen, solange ihre Kinder klein sind (Kapitel 5, Abschnitte 5.5 und 5.7). Die der familialen Arbeitsteilung geschuldeten Einkommenseinbußen von Frauen sind mit Tabelle 3.2 immer noch unterschätzt, weil der überproportional hohe Anteil von Frauen unter den geringfügig Beschäftigten und der höhere Anteil von Frauen unter den Nicht-Erwerbspersonen (Kapitel 2, Abbildung 2.17 und Tabelle 2.2) in Tabelle 3.2 keine Berücksichtigung findet. Im Abschnitt 3.5 wird abgeschätzt, was Entgeltunterschiede und geschlechtsspezifische Erwerbsmuster für die Relation der Erwerbseinkommen von Frauen und Männern bezogen auf deren gesamtes Erwerbsleben bedeutet (Abbildung 3.22).

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

Während die vollzeiterwerbstätigen westdeutschen Frauen seit 1997 minimale Anteile am durchschnittlichen männlichen Einkommen hinzugewinnen konnten, büßten die ostdeutschen Arbeitnehmerinnen auf hohem Niveau geringe Einkommensanteile ein.

Die Einkommensverteilung in Ostdeutschland kommt einer Gleichstellung von Frauen und Männern deutlich näher als die in Westdeutschland.

Weibliche Beschäftigte im Osten erzielen inzwischen 89 Prozent des durchschnittlichen Einkommens von vollzeitbeschäftigten Frauen im Westen. Die häufig in der Öffentlichkeit beklagte Einkommenslücke zwischen Ost und West ist bei den Einkommen der Männer viel gravierender. Sie schließt sich nur sehr langsam.

Unter den Teilzeitbeschäftigten sind die Verdienstrelationen zwischen Frauen und Männern für Frauen sehr viel günstiger als unter den Vollzeitbeschäftigten.

Auf Grund der hohen Teilzeitquoten weiblicher und der niedrigen Teilzeitquote männlicher Beschäftigter sind in Westdeutschland die *Einkommen* von weiblichen Beschäftigten *insgesamt* ganz erheblich niedriger als die der Männer. Derart groß sind die Einkommensdifferenzen in Ostdeutschland nicht, weil die Teilzeitquote der Frauen, dort deutlich geringer ist. In den westdeutschen Ländern beeinträchtigt die geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen

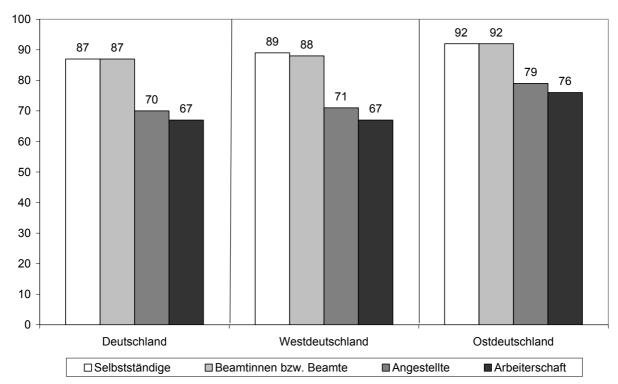
deren Erwerbseinkommen weit gravierender als die ungünstige Verdienstrelation bei Vollzeitbeschäftigung.

3.4 Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede bei unterschiedlichen Beschäftigtengruppen

Während sich der durchschnittliche Einkommensabstand zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern im Rückblick auf die letzten Jahre insgesamt relativ stabil zeigt, divergieren die zeitgleich feststellbaren geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen sehr deutlich.

Aktuell belegen die in der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2003 erfassten Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -beziehern, dass die Gleichstellung bei Selbstständigen, Beamtinnen bzw. Beamten, Angestellten und in der Arbeiterschaft sehr unterschiedlich weit vorangeschritten ist und dass bei allen Statusgruppen die Verdienstrelationen für Frauen im Osten günstiger sind als für Frauen im Westen (Abbildung 3.6).

Abbildung 3.6: Anteil der Bruttomonatsverdienste von Haupteinkommensbezieherinnen an den durchschnittlichen Verdiensten von Haupteinkommensbeziehern (Vollzeit) nach sozialer Stellung in Deutschland insgesamt sowie West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



Anmerkung: Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 € und mehr aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit

Datenbasis: Einkommens- und Verbraucherstichprobe (1. Halbjahr)

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertungen; eigene Berechnungen

Sowohl als Selbstständige bzw. Gewerbetreibende wie auch als Beamtinnen erzielen Frauen

deutlich mehr Anteile am entsprechenden Männereinkommen als Angestellte oder Arbeiterinnen. Man kann diesen Befund als einen Hinweis darauf nehmen, dass Frauen im öffentlichen Dienst, insbesondere Beamtinnen, weniger Nachteile hinzunehmen haben als abhängig Beschäftigte in der Privatwirtschaft.⁹⁴ Offensichtlich können sich selbstständige bzw. gewerbetreibende Frauen auch eher gleiche Chancen sichern als Angestellte oder Arbeiterinnen.

Wenn im Folgenden nun die Einkommensungleichheit von weiblichen und männlichen *abhängig* Beschäftigten näher beleuchtet wird, so geschieht dies jeweils auf der Basis der Vollzeitbeschäftigten. Dabei wird in einem Zweierschritt vorgegangen: Einerseits wird geprüft, ob Frauen etwa in den Beschäftigtengruppen überrepräsentiert sind, die *generell* – also unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit – schlechter bezahlt werden als andere Beschäftigtengruppen. Dann wird geprüft, ob Frauen und Männer *innerhalb* der jeweiligen Beschäftigtengruppen gleich bezahlt werden oder ob Frauen auch hier noch einmal benachteiligt werden.

3.4.1 Berufs- und Tätigkeitsposition

Die ungleiche Bezahlung (vollzeitbeschäftigter) Frauen und Männer korrespondiert mit deren Beschäftigung auf unterschiedlichen Tätigkeitspositionen und in unterschiedlichen Leistungsgruppen. Häufig haben Frauen die ungünstigeren Positionen inne. Ob diese Eingruppierung von der Sache her gerechtfertigt ist, ist höchst umstritten.

Im Kapitel 2 wurde bereits gezeigt, dass sich Arbeitnehmerinnen insgesamt sehr viel stärker als Arbeitnehmer auf den unteren Hierarchieebenen der Berufs- und Betriebshierarchien konzentrieren. Auf Basis der Einteilung des Mikrozensus wurde für das Jahr 2004 zum Beispiel festgestellt, dass auf der höchsten Hierarchieebene "höhere Angestellte und Beamtinnen bzw. Beamte" 22 Prozent der männlichen aber nur 12 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiteten (Abbildung 2.23). Daten der Lohnstatistik zeigen am Beispiel des Produzierenden Gewerbes, dass in der untersten von drei Leistungsgruppen für Arbeiterinnen und Arbeiter deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt sind und dass in der am besten bezahlten Gruppe 59 Prozent der Arbeiter, aber nur 13 Prozent der Arbeiterinnen arbeiten. Diese Ungleichverteilung ist 2002 im Osten nicht so ausgeprägt wie im Westen (Statistisches Bundesamt 2004h: 353, Tabelle 6). Analoges gilt 2002 auch für den Angestelltenbereich (Statistisches Bundesamt 2004h: 355, Tabelle 7).

Dass Frauen im Durchschnitt ungünstigere Tätigkeitspositionen als Männer innehaben, er-

⁹⁴ Es scheint ein internationales Phänomen zu sein, dass Frauen im öffentlichen Sektor eher an die Verdienste von Männern heranreichen als im privaten. So erzielten Frauen im Durchschnitt der EU-15-Staaten im öffentlichen Sektor 87 Prozent, im privaten Sektor aber nur 82 Prozent der Stundenlöhne von Männern (Eurostat, zitiert nach Dribbusch 2004).

weist sich zum Teil als ein Effekt ihrer insgesamt niedrigeren beruflichen Qualifikation. Im Arbeiterbereich müssen Frauen zum Beispiel deshalb Einkommenseinbußen hinnehmen, weil sie vergleichsweise oft als Nichtfacharbeiterin (also mit besonders geringer Qualifikation) eingestellt werden und vergleichsweise selten als Meisterinnen arbeiten. In Ostdeutschland ist die Positionierung von Arbeiterinnen weniger ungünstig als in Westdeutschland (Tabelle A 3.3). Dass viele Frauen inzwischen im *Angestelltenbereich* arbeiten, in dem im Durchschnitt besser als im Arbeiterbereich verdient wird, ist als günstige Positionierung von Frauen zu werten. Im Angestelltenbereich stellen Frauen inzwischen die Mehrheit der Beschäftigten (52,2 %) (Tabelle A 3.3). Während vor einigen Jahren noch damit gerechnet werden musste, dass Frauen häufiger als Männer unter ihrer Qualifikation beschäftigt werden, hat sich diese Geschlechterdiskrepanz, so belegen Berechnungen mit Daten des Soziooekonomischen Panels (SOEP) deutlich reduziert (Bundesregierung 2004a: 93).

Gleichzeitig zeigt sich, dass Frauen im Arbeiterbereich auf gleicher Qualifikationsstufe ebenso wie im Angestelltenbereich jeweils schlechter entlohnt werden als Männer. Weibliche Beschäftigte erreichen 2002 in gleicher Tätigkeitsposition nur 59 bis 80 Prozent des durchschnittlichen Männerlohns (Abbildung 3.7).

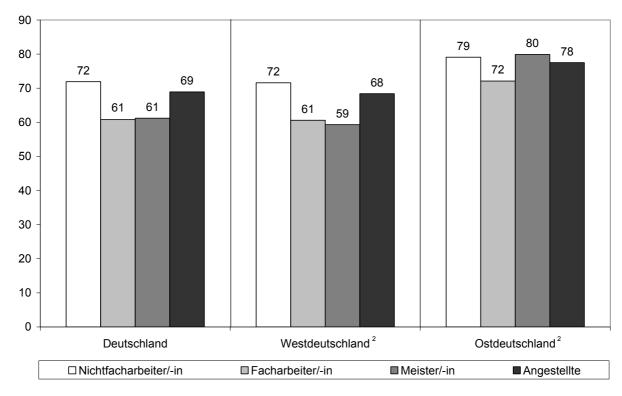
Neben den günstigeren Verdienstrelationen für Frauen in den ostdeutschen Bundesländern zeigt Abbildung 3.7, dass Arbeiterinnen in Westdeutschland bei gering qualifizierten Tätigkeiten ("Nicht-Facharbeiterin") eher das Verdienstniveau von Männern erreichen als auf Positionen für qualifiziertere Arbeiterinnen bzw. Arbeiter oder für Angestellte.

Die Nicht-Facharbeiterinnen im Westen verloren seit 1997 Einkommensanteile im Vergleich zu den Männern in gleicher Berufsposition (Verdienstanteile 1997 bei Nicht-Facharbeiterinnen: 75 %) (Deutscher Bundestag 2002a: 104 und hier Abbildung 3.7: 2002: 72 %). In Ostdeutschland blieben die Lohnanteile der weiblichen Beschäftigten im Vergleich zu 1997 weitgehend konstant. Sie verbesserten sich nur bei den Meisterinnen/Polierinnen von ungefähr 74 Prozent auf 80 Prozent (Deutscher Bundestag 2002a: 104 und hier Abbildung 3.7).

Da das Gros der abhängig Beschäftigten heute als Angestellte und nicht im Arbeiterbereich arbeitet und Frauen in der Arbeiterschaft generell unterrepräsentiert, bei den Angestellten mit immerhin 52 Prozent aber überrepräsentiert sind (Tabelle A 3.3), ist die im Angestelltenbereich erreichte Angleichung für die Einkommenssituation von Frauen insgesamt besonders bedeutsam. Deshalb ist wichtig: Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich in Westdeutschland die Einkommensanteile der weiblichen Angestellten am entsprechenden Männereinkommen deutlich verbessert (1977: 63,6 %, 1997: 63,4 %, 2002: 68,4 %); in Ostdeutschland zeichnet sich allerdings eine Stagnation der Verdienstanteile von weiblichen Angestellten wenn auch auf höherem Niveau ab (1993: 78,4 %, 1997: 76,7 %, 2002: 77,5 %) (Deutscher

Bundestag 2002a: 104 und Abbildung 3.7). In dem in Westdeutschland beobachtbaren Zuwachs von Einkommensanteilen von Frauen im Angestelltenbereich kann man einen Effekt der zunehmenden Qualifikation von Frauen sehen.

Abbildung 3.7: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ in unterschiedlichen Berufspositionen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)



¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

Anmerkung: Durch die ungleiche Repräsentanz von Frauen und Männern in den hier betrachteten Untergruppen der Beschäftigten fallen hier, wie unter Abbildung 3.2 näher erläutert, die Einkommensabstände zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten deutlich größer aus als bei einer Gesamtbetrachtung wie in Abbildung 3.3.

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

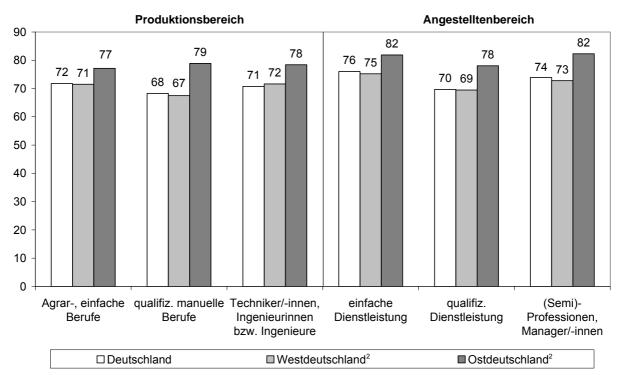
Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Auch eine andere, zum Teil differenziertere Betrachtung der Beschäftigtenhierarchien im Produktions- und Angestelltenbereich belegt, dass weibliche Beschäftigte keineswegs immer in den unteren Leistungs- bzw. Tätigkeitsgruppen stärker als in den oberen vertreten sind (Tabelle A 3.4). Gleichzeitig aber zeigt sich, dass Frauen auch auf der gleichen Stufe der Tätigkeitshierarchie deutlich schlechter als Männer bezahlt werden (Abbildung 3.8).

Wieder ist offensichtlich, dass die weiblichen Beschäftigten auf allen Tätigkeitsstufen in ostdeutschen Betrieben weniger Einkommensnachteile hinzunehmen haben als in westdeutschen Betrieben. Besonders günstig sind in Ostdeutschland die Einkommensrelationen für weibliche Beschäftigte im Angestelltenbereich (Abbildung 3.8).

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Abbildung 3.8: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach beruflichen Tätigkeiten und Tätigkeitshierarchien in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)



¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt der Frauen bezogen auf das hochgerechnete sozialversicherungspflichtige Bruttojahresentgelt der Männer. Beides auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte ermittelt. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte; zur Klassifikation der beruflichen Tätigkeiten siehe Tabelle A 3.5.

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

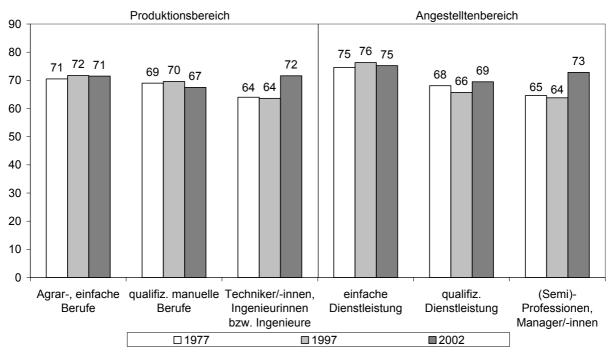
Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

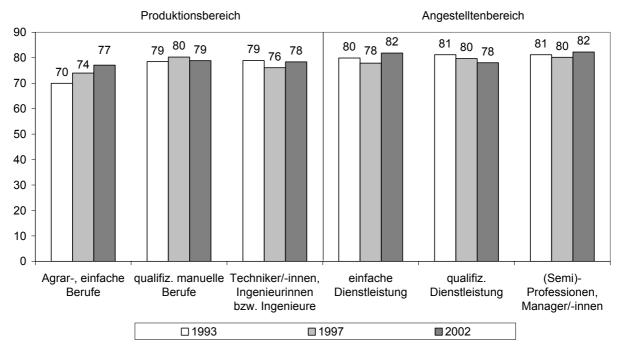
Ein Vergleich der Zahlen von 1997 und 2002 zeigt, dass Frauen in Westdeutschland, wo ihre Arbeit in den qualifiziertesten Bereichen mit 64 Prozent des Männerlohnes sowohl im Produktions- wie im Angestelltenbereich 1997 noch massiv schlechter bezahlt war, deutlich hinzugewinnen konnten. Auf den niedrigeren Qualifikationsniveaus konnten die weiblichen Beschäftigten in Westdeutschland keine weiteren Einkommensanteile hinzugewinnen (Abbildung 3.9).

Abbildung 3.9: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach beruflichen Tätigkeiten und Tätigkeitshierarchien in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997 und 2002 (in %)





Ostdeutschland²



¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt der Frauen auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Anmerkung: Zur Klassifikation der beruflichen Tätigkeiten siehe Tabelle A 3.5

Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstichprobe; BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quellen: Deutscher Bundestag 2002a: 106, Schaubild 2.6; BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

In Ostdeutschland änderte sich in den letzten Jahren wenig an den für Arbeiterinnen und weibliche Angestellte insgesamt günstigeren Einkommensrelationen. Nur bei den einfachen Berufen ist eine deutliche Verbesserung der Lohnsituation von Frauen zu beobachten. Damit wird ein Tätigkeitsfeld von Frauen in den ostdeutschen Ländern aufgewertet, das bisher von Einkommensrelationen geprägt war, die für Ostdeutschland 1993 noch ganz untypisch schlecht waren. Im Angestelltenbereich sind Frauen in Ostdeutschland auf dem mittleren Qualifikationsniveau Einkommensanteile verloren gegangen (Abbildung 3.9).

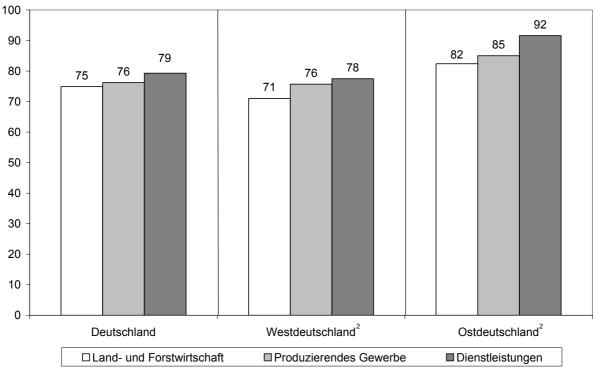
Insgesamt zeigen die im Kapitel 3.4.1 präsentierten Daten, dass Frauen keineswegs durchgehend auf den hierarchisch niedrigeren Positionen stärker vertreten sind als in den gehobenen Positionen. Im Angestelltenbereich sind Frauen zum Beispiel günstig positioniert. Dies gilt ganz besonders für die Frauen im Osten. Die Abbildungen 3.6. bis 3.9 machen gleichzeitig deutlich, dass Frauen auch bei gleicher sozialer Stellung und auf gleicher hierarchischer Tätigkeitsposition deutlich weniger als Männer verdienen. Mögliche Ursachen für diese Ungleichheit könnten zum Beispiel die ungleiche Bezahlung in unterschiedlichen Branchen und die ungleiche Bezahlung in Unternehmen unterschiedlicher Größe sein (3.4.2 und 3.4.3). Die Analysen von Hinz und Gartner weisen allerdings darauf hin, dass es zwischen Frauen und Männern deutliche Lohnunterschiede auch *innerhalb* von Betrieben bei gleichen Berufen gibt und zwar sowohl zum Zeitpunkt der Einstellung wie bei der Lohnentwicklung im Zeitverlauf (Hinz/Gartner 2005). Die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern in den Betrieben verdient also noch immer große politische Aufmerksamkeit (ebd.: 31).

3.4.2 Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen

Weibliche und männliche Beschäftigte konzentrieren sich in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren und -branchen. Oft sind Männer in den gut zahlenden Branchen stärker vertreten als in den schlecht zahlenden. In den großen Wirtschaftssektoren haben sich Frauen mit ihrer Dominanz im Dienstleistungssektor aber durchaus günstig positioniert (Abbildung A 2.3). Im Durchschnitt sind nämlich die Verdienste in der Land- und Forstwirtschaft einem Sektor also, in dem männliche Beschäftigte überwiegen, ganz erheblich niedriger als im Dienstleistungssektor, in dem 81 Prozent aller Frauen arbeiten. Die Verdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor sind dagegen im Durchschnitt ähnlich hoch (Tabelle A 3.6). Frauen würden also nicht per se hinzugewinnen, wenn sie sich stärker den Fertigungsberufen zuwenden würden. Abbildung 3.10 zeigt aber, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer *innerhalb* dieser Sektoren sehr ungleich bezahlt werden.

⁹⁵ Hierzu liefern die Tabellen im Anhang die notwendigen Informationen (Tabelle A 3.3 bis A 3.5)





¹ hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Frauen erhalten in der westdeutschen Land- und Forstwirtschaft 2002 zum Beispiel nur 71 Prozent, in Ostdeutschland 82 Prozent des Männerlohnes (Abbildung 3.10). Zwischen 1997 und 2002 haben sich die Einkommensabstände zwischen Frauen und Männern in der Land- und Forstwirtschaft in West und Ost vergrößert (Tabelle A 3.6). Bei der Betrachtung der Gesamtsituation von vollzeitbeschäftigten Frauen fällt diese drastische Entwicklung allerdings kaum ins Gewicht, da nur 2 Prozent aller Frauen in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten (Kapitel 2, Abbildung 2.21). Zwischen 1997 und 2002 verschlechterten sich in den ostdeutschen Bundesländern allerdings auch im Produzierenden Gewerbe die Verdienstrelationen für Frauen (Tabelle A 3.6). Nur im westdeutschen Dienstleistungssektor gewannen Frauen zwischen 1997 und 2002 Verdienstanteile dazu. Sie erreichen hier 2002 im Schnitt nun 77,5 Prozent der Männerverdienste. In Ostdeutschland erreichten Frauen im Dienstleistungssektor konstant 92 Prozent des männlichen Verdienstes (Tabelle A 3.6). Für den Erhalt des erreichten Gleichstellungsniveaus in Ostdeutschland ist dies von zentraler Bedeutung, da auch im Osten Deutschlands die übergroße Mehrheit der erwerbstätigen Frauen im

Dienstleistungssektor arbeitet.⁹⁶ Trotz der von Frauen in Ostdeutschland erzielten Verdienstanteile von über 90 Prozent der Männereinkommen, reichten Frauen im Osten auch im Dienstleistungsbereich mit ihren Einkommensbeträgen nicht an die Einkommen von Frauen im Westen heran und müssen sich mit weit weniger Einkommen zufrieden geben als die Männer im Westen (Tabelle A 3.6).

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konzentrieren sich innerhalb der großen Wirtschaftssektoren in je spezifischen Wirtschaftszweigen. Wegen dieser Konzentration werden diese Branchen dann als "Frauen- bzw. Männerdomänen" bezeichnet. Tabelle A 3.7 zeigt für das *Produzierende Gewerbe*, dass weibliche Beschäftigte in jenen Branchen überrepräsentiert sind, in denen sehr schlecht verdient wird, so im Textil-, Leder- und Bekleidungsgewerbe. Männer dominieren dagegen vielfach in jenen Branchen, in denen sehr gut verdient wird, so in den Wirtschaftszweigen Kokerei/Mineralölverarbeitung, Fahrzeugbau sowie Energie- und Wasserversorgung. Die Aufteilung des Arbeitsmarktes in "Frauendomänen" und "Männerdomänen" kann also zur Erklärung der niedrigen Einkommen von Frauen beitragen.

Die beschriebene Segregation der männlichen und weiblichen Beschäftigten in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen ist in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich ausgeprägt. In Ostdeutschland ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten in vielen Hochlohnsektoren deutlich größer als in Westdeutschland (Tabelle A 3.7). Aktuelle Lohnvorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass auch 2004 das Lohngefälle im Produzierenden Gewerbe zwischen den Wirtschaftszweigen sehr groß ist und dass in den Branchen, in denen Frauen überrepräsentiert sind, im Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie im Ledergewerbe nach wie vor besonders schlecht verdient wird (Tabelle 3.3).

⁹⁶ Nach dem BA-Beschäftigtenpanel arbeiten 2002 im Jahresdurchschnitt in Ostdeutschland 81 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen im Dienstleistungssektor. In Westdeutschland sind es 76 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen.

Tabelle 3.3: Beschäftigte (Vollzeit) im Produzierenden Gewerbe und deren Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Deutschland 2004

Ausgewählte Wirtschaftszweige	Bruttomonatsverdienst insgesamt		Anteil des Frauenein-
	Euro	Rang	kommens in % der
			Männerein-
			kommen
Fahrzeugbau	3.420	1	86,7
Energie- und Wasserversorgung	3.356	2	82,7
Chemische Industrie	3.307	3	84,7
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. Einrichtungen, Elektrotechnik ¹	3.201	4	69,7
Maschinenbau	3.165	5	81,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2.972	6	82,9
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	2.875	7	95,7
Metallerzeugung, -bearbeitung, Herst. v. Metaller- zeugnissen	2.779	8	81,0
Glasgewerbe, Verarbeitung von Steinen und Erden ²	2.608	9	81,7
Herst. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2.589	10	76,4
Ernährungsgew. und Tabakverarbeitung	2.566	11	74,1
Hoch- und Tiefbau	2.559	12	90,8
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Re-	2.420	13	79,3
cycling			
Holzgewerbe ³	2.378	14	82,7
Ledergewerbe	2.319	15	72,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe	2.272	16	76,2
Produzierendes Gewerbe insgesamt	2.971	_	79,9

¹ auch Rundfunk und Medizintechnik etc.

Verdiensterhebung als Stichprobenerhebung in Betrieben Juli 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005l

Tabelle 3.3 macht gleichzeitig deutlich, dass Frauen auch *innerhalb* der Wirtschaftszweige im Produzierenden Gewerbe noch einmal schlechter gestellt sind. Sie erreichen zum Beispiel dann, wenn sie im Fahrzeugbau beschäftigt sind, nur 87 Prozent des durchschnittlichen Männerverdienstes, im Ledergewerbe sogar nur 73 Prozent (Tabelle 3.3). Offensichtlich haben Frauen und Männer auch *innerhalb* der einzelnen Wirtschaftszweige unterschiedliche Tätigkeitsfelder und -positionen, die zu einer im Durchschnitt deutlich schlechteren Bezahlung von weiblichen Beschäftigten führen. Die Verteilung von Frauen und Männern auf unterschiedliche Wirtschaftszweige ist zur Erklärung der Lohnunterschiede also entgegen einer verbreiteten Annahme jedenfalls im Produzierenden Gewerbe eher von untergeordneter Bedeutung.

Betrachtet man nicht nur das Produzierende Gewerbe, sondern alle Wirtschaftszweige, so zeigt sich, dass es inzwischen einen gut zahlenden beschäftigungsstarken Wirtschaftszweig gibt, in dem Frauen dominieren: den der gesellschaftsbezogenen Dienstleistungen. Dort werden zwar keine Spitzeneinkommen, aber auch keine unterdurchschnittlichen Einkommen

² auch Keramik

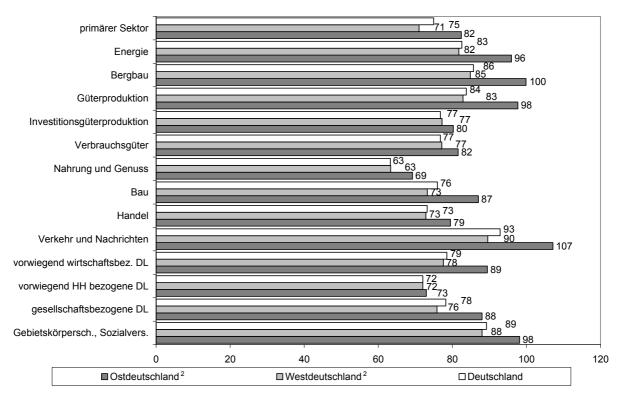
³ ohne Herstellung von Möbeln

erzielt (Tabelle A 3.8). Im Überblick über alle Wirtschaftssektoren zeigt sich, dass in der Landwirtschaft ("primärer Sektor") aber auch im Baugewerbe eher unterdurchschnittlich verdient wird. Gleichzeitig dominieren Männer in diesen Wirtschaftszweigen. In den Wirtschaftszweigen, in denen Frauen weniger als 20 Prozent der Belegschaft stellen, wird aber in der Regel besser verdient als in den Bereichen, in denen sie mehr als 40 Prozent der Belegschaft stellen (Tabelle A 3.8). Dass sich diese Lohndifferenzen immer auf einem freien Markt orientiert an der Produktivität der Beschäftigten herstellen, lässt sich kaum behaupten; zu offensichtlich sind staatliche Subventionen und Regulierungen zu Gunsten einiger Hochlohnbranchen, in denen vorwiegend Männer arbeiten. In der Vergangenheit fielen häufiger auch staatliche Stützungsmaßnahmen zu Gunsten einzelner in die Krise geratener Großunternehmen auf. Dabei handelte es sich überwiegend um Unternehmen, in denen vor allem Arbeitsplätze von Männern auf dem Spiel standen.

Dass sich Frauen und Männer in jeweils unterschiedlichen Branchen konzentrieren, in denen unterschiedlich entlohnt wird, trägt jedenfalls zur Erklärung der ungleichen Einkommen bei. Die Rangreihe der Wirtschaftszweige nach den Durchschnittslöhnen fällt in Ost und West allerdings unterschiedlich aus. Während in Ostdeutschland der öffentliche Dienst (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) den zweiten Rangplatz einnimmt, nimmt er in Westdeutschland den sechsten Platz ein. Auch weil ostdeutsche Frauen in diesem in Ostdeutschland vergleichsweise gut bezahlten Bereich überrepräsentiert sind, gelingt ihnen im Durchschnitt eine sehr viel günstigere Positionierung im ostdeutschen Einkommensgefüge als den Frauen im Westen. Frauen in den ostdeutschen Bundesländern sind auch in anderen Hochlohnsektoren besser repräsentiert als die Frauen in den westdeutschen Bundesländern (Energie, Investitionsgüterproduktion, Bergbau und Güterproduktion) (Tabelle A 3.8). Dies macht plausibel, warum Frauen in den ostdeutschen Bundesländern nur geringe Einkommensnachteile gegenüber Männern haben.

Gleichzeitig lässt sich belegen, dass Männer und Frauen auch *innerhalb* der einzelnen Branchen unterschiedlich entlohnt werden und zwar ganz besonders wiederum Frauen in Westdeutschland (Abbildung 3.11).

Abbildung 3.11: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach Wirtschaftszweigen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)



¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte ermittelt. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Vollzeit, Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte; Klassifikation von Wirtschaftszweigen nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit – WZ 93.

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Anmerkung: DL= Dienstleistung, HH = Haushalt

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

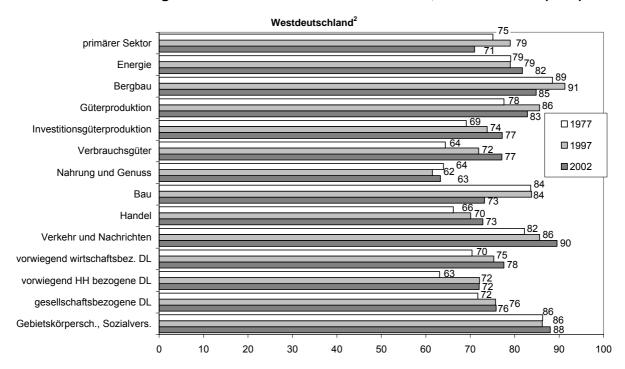
Abbildung 3.11 zeigt zum Beispiel, dass weibliche Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft (*Primärer Sektor*) in Westdeutschland nur 71 Prozent, in Ostdeutschland 82 Prozent des Männerlohnes erzielen. Im Wirtschaftszweig *Nahrung und Genuss* ist die schlechtere Entlohnung von Frauen mit einem Verdienstanteil 63 Prozent in den westdeutschen und von 69 Prozent in den ostdeutschen Ländern besonders auffällig. Die Abbildung 3.11 zeigt einen Wirtschaftszweig, in dem weibliche Beschäftigte in Ostdeutschland im Durchschnitt mehr als männliche verdienen: die Verkehrs- und Nachrichtenbranche. Offensichtlich konnten Frauen in dieser expandierenden Branche gute Positionen erobern, während Männer hier schlechter entlohnt werden.⁹⁷

⁹⁷ Unterteilt man die Verkehrs- und Nachrichtenbranche weiter (Landverkehr, Luft- und Schifffahrt, Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr sowie Nachrichtenübermittlung), dann zeigen sich in den einzelnen Untergliederungen keine höheren Frauenverdienste. Die höheren Frauenverdienste im Gegensatz zu den Männerverdiensten sind in der Verkehrs- und Nachrichtenbranche dem Umstand zu verdanken, dass mehr vollzeitbeschäftigte Männer in Ostdeutschland im durchschnittlich geringer bezahlten Bereich des Landverkehrs und der Hilfs- und Nebentätigkeiten des Verkehrs arbeiten. Dagegen sind mehr Frauen im höher entlohnten Bereich der Nachrichtenübermittlung beschäftigt.

Dass auch *innerhalb* der einzelnen Wirtschaftszweige große Lohnunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten zu finden sind, ist ein Hinweis darauf, dass die Verteilung von Frauen und Männern auf unterschiedliche Wirtschaftszweige nur von untergeordneter Bedeutung für die Erklärung der Lohnunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten sind.

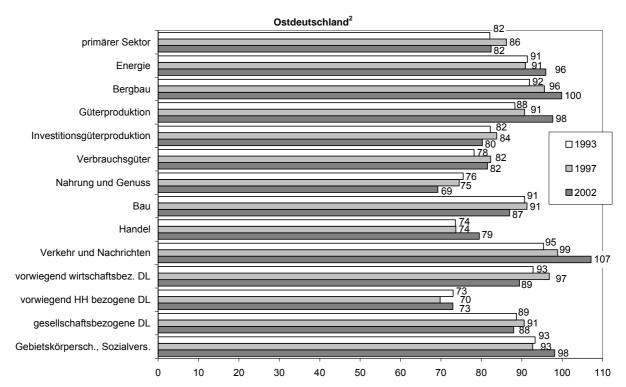
Die Relationen zwischen den Einkommen von weiblichen und männlichen Beschäftigten haben sich zwischen 1997 und 2002 in den verschiedenen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich entwickelt. Mehr Gleichheit wurde zwischen 1997 und 2002 im Westen in der Energiebranche, der Investitionsgüter- und der Verbrauchsgüterproduktion, im Handel und im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichten, in den vorwiegend wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen und bei Beschäftigten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen erreicht (Abbildung 3.12).⁹⁸

Abbildung 3.12: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach Wirtschaftszweigen in West- und Ostdeutschland 1977, 1997 und 2002 (in %)



⁻ Fortsetzung nächste Seite -

⁹⁸ In anderen Bereichen vergrößerte sich aber der Abstand der Einkommen von Frauen und Männern.



1 Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte ermittelt. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Vollzeit, Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte; Klassifikation von Wirtschaftszweigen nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit – WZ 93

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Anmerkung: DL = Dienstleistung, HH = Haushalt

Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstichprobe; BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quellen: Deutscher Bundestag 2002a: 109, Schaubild 2.7; BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

In Ostdeutschland bestand 1997 eine unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten für Frauen viel günstigere Ausgangssituation als im Westen. Die Frauen in den ostdeutschen Ländern konnten die günstige Verdienstrelation in einigen Wirtschaftszweigen noch ausbauen, so im Energiesektor, im Bergbau, in der Güterproduktion, im Handel, in der Verkehrsund Nachrichtenbranche sowie bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und bei den Sozialversicherungen (*Gebietskörperschaften*). In anderen Bereichen vergrößerte sich aber der Abstand der Einkommen von Frauen und Männern in Ostdeutschland (Abbildung 3.12). Wie im Osten gibt es auch im Westen Deutschlands einige Branchen, in denen in den letzten Jahren die Einkommensabstände zwischen Frauen und Männern wieder zunehmen (Abbildung 3.12). In Ost und West bewegt sich die Entgeltgleichheit also nicht nur auf völlig unterschiedlichem Niveau, sondern sie unterliegt auch einer branchenspezifischen Dynamik, die keineswegs immer parallel verläuft.

Insgesamt zeigt Abbildung 3.12, dass sich das gesamte Lohngefüge in den letzten Jahren in Bewegung befindet, auch wenn die pauschalen Durchschnittswerte der Verdienstanteile von Frauen nur wenig Veränderung erkennen lassen (Abbildung 3.3). Neben Angleichungstendenzen im Lohngefüge tun sich auch neue Diskrepanzen zwischen Frauen- und Männerver-

diensten auf. Hiervon sind insbesondere Frauen in Ostdeutschland betroffen, und zwar in der Branche Nahrung und Genuss, im Baugewerbe und in einigen Dienstleistungsbranchen (Abbildung 3.12).

Der Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern macht auf verschiedene Mechanismen aufmerksam, über die eine systematische Abwertung von Frauenarbeit schon bei der Festlegung der tariflichen Grundentgelte erfolgen kann:

- "Nichtbewertung von Anforderungen, die an frauendominierten Arbeitsplätzen auftreten, z.B. Körperkraft bei Pflegepersonal.
- Verwendung unterschiedlicher Kriterien bei der Bewertung von frauen- und männerdominierten Tätigkeiten.
- Doppel- oder Mehrfachbewertung von Kriterien, die ähnliche Sachverhalte erfassen und männerdominierte Gruppen begünstigen (z.B. "Kenntnisse" und "Denken").
- Diskriminierende Auslegung von Kriterien oder Verwendung diskriminierungsanfälliger Kriterien, die Frauen und Männer aus gesellschaftlichen oder physischen Gründen (z.B. tradierte familiäre Rollenverteilung oder Körperkraft) in unterschiedlichem Maß erfüllen können.
- Eröffnen von Bewertungsspielräumen (z.B. durch summarische Bewertung, vage Formulierungen) und Nutzen dieser Spielräume zuungunsten von "Frauentätigkeiten".
- Aneinanderbinden von Kriterien, z.B. Bewertung von "besonderer Verantwortung" nur dann, wenn "gründliche, umfassende Fachkenntnisse und selbstständige Leistungen" erfüllt sind.
- Unverhältnismäßig hohe Gewichtung von Kriterien, die v.a. auf männerdominierte Tätigkeiten zutreffen (z.B. Muskelkraft).
- Bewerten von anspruchsvollen Tätigkeitsanteilen erst dann, wenn sie einen bestimmten Zeitanteil erreichen, z.B. zu 50 Prozent Tätigkeiten, die gründliche und vielseitige Fachkenntnisse erfordern.
- Verwendung unterschiedlicher Arbeitsbewertungssysteme mit unterschiedlichen Bewertungslogiken" (Deutscher Bundestag 2002a: 217).

Die tarifrechtlich geregelte Arbeitsbewertung kann sowohl zur Ungleichheit der Einkommen in unterschiedlichen Branchen und Berufen als auch zur unterschiedlichen Eingruppierung und Bewertung der Arbeit von Frauen in ein und derselben Branche bzw. in ein und demselben Beruf beitragen.

In der Tat lässt sich auch auf der Ebene der einzelnen Berufe eine schlechtere Bezahlung von Frauen nachweisen. In den von Männern besonders häufig besetzten Berufen wurde 2002 deutlich besser bezahlt als in den von Frauen besonders häufig besetzten Berufen (Tabelle A 3.9). Gleichzeitig kann gezeigt werden, dass Männer bei Beschäftigung im gleichen Beruf deutlich besser als Frauen bezahlt werden. So verdiente eine weibliche Bürokraft 2002 zum Beispiel im Durchschnitt 2.580 € und damit im Durchschnitt nur 75 Prozent einer männlichen Bürokraft. Die Metallarbeiterinnen verdienen mit 1.889 € 79 Prozent eines Metallarbeiters (Tabelle A 3.9). Die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern selbst im gleichen Beruf wird auch in der folgenden Tabelle sichtbar (Tabelle 3.4).

Tabelle 3.4: Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen nach Berufen in Deutschland 2003

Beruf	Verdienst in €	Fraueneinkommen in % der Männerein-kommen
Angestellte		
Naturwissenschaftlerinnen	3.830	88,6
Datenverarbeitungsfachleute	3.727	83,9
sonstige Ingenieurinnen	3.375	76,3
sonstige Technikerinnen	2.834	75,2
Bürofachkräfte	2.573	75,1
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	2.630	74,2
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen,	3.739	73,3
Statistikerinnen		
Leitende und administrativ entscheidende	3.815	72,3
Verwaltungsfachleute		
Bankfachleute	2.852	71,8
Unternehmerinnen, Geschäftsführerinnen,	4.156	68,7
-bereichsleiterinnen		
Verkäuferinnen	1.861	68,1
Arbeiterinnen		
Maschinenschlosserinnen	2.246	90,8
Kraftfahrzeugführerinnen	2.010	83,9
Elektroinstallateurinnen, -monteurinnen	2.137	83,2
Elektrogeräte-, -teilemontiererinnen	2.039	82,9
Lager-, Transportarbeiterinnen	1.777	80,2
Metallarbeiterinnen	1.970	79,7
Hilfsarbeiterinnen ohne nähere Tätigkeitsangabe	1.736	78,4

Anmerkung: Fortschätzung des Einkommens mit dem Index der Bruttomonatsverdienste aus der laufenden Verdiensterhebung auf das Jahr 2003

Datenbasis: Gehalts- und Lohnstrukturerhebung

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2004ak: Sonderauswertungen

Ein ungleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist mit Tabelle 3.4 dennoch nicht zu belegen; innerhalb jeder Berufsgruppe gibt es ja wiederum unterschiedliche Tätigkeitsfelder, Verantwortlichkeiten und Leistungsgruppen. Eine Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten könnte etwa darin bestehen, dass ihnen bei gleicher Qualifikation nicht die gleiche Arbeit, sondern eine schlechter bewertete zugewiesen wird. Auch wäre es möglich, dass sie bei

gleicher Qualifikation, etwa weil der Arbeitgeber mit einer durch Familienaufgaben begrenzten Produktivität rechnet, Positionen erhalten, die weniger Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Auch wenn eine unmittelbare Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten nicht belegt werden kann, müssen die vorliegenden Zahlen doch zum Anlass genommen werden, der Bezahlung von Frauen und Männern in den Betrieben größere Aufmerksamkeit zu schenken. Dies gilt umso mehr, als Hinz und Gartner auf der Basis eines kombinierten Betriebs- und Beschäftigten-Datensatzes der Bundesagentur für Arbeit (IAB-Daten) zu dem Ergebnis kommen, dass Frauen in westdeutschen Betrieben selbst bei gleichen produktivitätsrelevanten Qualifikationen (Ausbildung und Berufserfahrung) im gleichen Betrieb und im gleichen Beruf Einkommensnachteile von 12 Prozentpunkten hinzunehmen haben (Hinz/Gartner 2005: 31).

Festzuhalten bleibt, dass Männer in jenen Branchen dominieren, in denen überdurchschnittlich gute Einkommen erzielt werden, während Branchen, in denen schlecht bezahlt wird, oft relativ hohe Anteile weiblicher Beschäftigter aufzuweisen haben. Überdurchschnittlich viele Frauen münden mit ihren Berufsentscheidungen, mit ihrer Ausbildung und bei ihrer Arbeitsplatzsuche in schlechter bezahlte Branchen ein. Gleichzeitig sind sie aber auch innerhalb fast jeder Branche noch einmal deutlich schlechter als Männer bezahlt.

Selbst innerhalb ein und desselben Berufes verdienen Männer im Durchschnitt deutlich mehr als Frauen. In der ostdeutschen Wirtschaft sind die beiden genannten Mechanismen sehr viel schwächer ausgeprägt. Frauen konzentrieren sich weniger in den schlecht bezahlten Branchen und sie haben in gleichen Tätigkeitsbereichen nur vergleichsweise geringe Einkommenseinbußen hinzunehmen.

3.4.3 Zugehörigkeit zu unterschiedlich großen Unternehmen

Als Grund für die geringeren Einkünfte von Frauen wird immer wieder auch deren Beschäftigung in eher kleinen und mittleren Unternehmen genannt (Deutscher Bundestag 2002a: 75, Tabelle 1.6). Diese Unternehmen zahlen *generell* geringere Löhne und Gehälter als größere Unternehmen.

Auch für das Jahr 2002 lässt sich belegen, dass in den kleineren Betrieben im Schnitt deutlich weniger als in den mittleren Betrieben verdient wird und dass in den Großbetrieben die Verdienste sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland am höchsten sind (Tabelle A 3.10). Gleichzeitig zeigt sich, dass in Westdeutschland der Frauenanteil an den Beschäftigten systematisch abnimmt je größer der Betrieb ist. Dies könnte als Diskriminierung

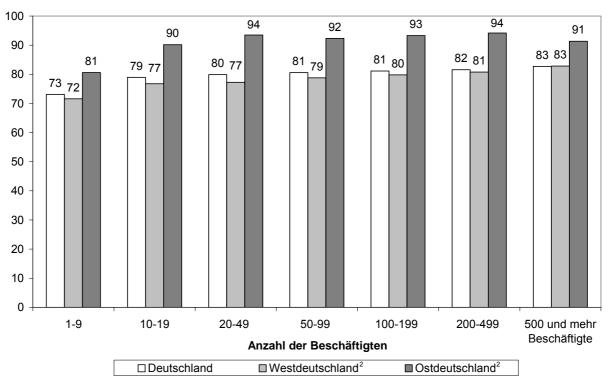
⁹⁹ Hinz und Gartner berücksichtigen allerdings nicht den Einfluss der *tatsächlichen* Berufserfahrung, sondern schätzen diese über den Ausbildungsabschluss und das Lebensalter der Beschäftigten. Damit ignorieren sie Erwerbsunterbrechungen, die für die Erklärung von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern auf jeden Fall von Bedeutung wären (Hinz/Gartner 2005: 12 und hier Abschnitt 3.5).

von Frauen bei Bewerbungen in Großbetrieben gewertet werden. Es kommt allerdings auch in Betracht, dass Frauen ihre Arbeitsplatzwahl nicht wie Männer optimieren können, da sich die Mobilität von Paaren bisher eher an den Karrierechancen von Männern als an denen von Frauen orientiert (Strengmann-Kuhn/Seel 2003: 13). Die Zugehörigkeit zu eher kleineren Betrieben kann also einen Teil der Einkommensnachteile von Frauen in Westdeutschland erklären. Dies gilt für die Frauen in Ostdeutschland so nicht. In den ostdeutschen Bundesländern sind Frauen einerseits in den Kleinstbetrieben, andererseits aber auch in den Großbetrieben (über 200 Beschäftigte) angemessen oder sogar überproportional häufig beschäftigt (Tabelle A 3.10). Die sehr gute Repräsentanz von Frauen in ostdeutschen Großbetrieben dürfte erheblich dazu beitragen, dass Frauen in Ostdeutschland vergleichsweise nah an die Durchschnittsverdienste von Männern im Osten heranreichen. Zu diesen Großbetrieben dürften neben solchen der Privatwirtschaft oft auch die Verwaltungen von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen gehören, die im Osten so überdurchschnittlich häufig Frauen beschäftigen (Tabelle A 3.8).

Während Tabelle A 3.10 belegt, dass auf das gesamte Bundesgebiet bezogen Frauen überproportional häufig in kleineren Unternehmen beschäftigt sind, eben dort, wo schlechter entlohnt wird, zeigt Abbildung 3.13, dass selbst in Unternehmen der gleichen Betriebsgrößenklasse Frauen deutlich geringere Einkünfte als Männer haben. Erwartungsgemäß gilt dies wieder vor allem für die Frauen in Westdeutschland (Abbildung 3.13).

Abbildung 3.13 zeigt, dass Frauen in Ostdeutschland in kleineren wie in großen Betrieben mit ihren Einkommen sehr viel dichter als die westdeutschen Frauen an die Einkommen der männlichen Vergleichsgruppe heranreichen. Sie erzielen in den mittleren und großen Betrieben über 90 Prozent der Männerverdienste. Wie im Westen sind auch im Osten in Kleinbetrieben die Einkommensdiskrepanzen zwischen Frauen und Männern besonders groß. Frauen erhalten also von den geringeren Einkommen in Kleinbetrieben noch einmal einen geringeren Anteil (Abbildung 3.13). Die Tatsache, dass zumindest in Westdeutschland auch in Betrieben gleicher Größenklasse Frauen deutlich schlechter als Männer verdienen, ist ein Beleg dafür, dass die Größe der Betriebe nur einen relativ geringen Anteil zur Erklärung der niedrigeren Verdienste von Frauen beitragen kann.

Abbildung 3.13: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ost-deutschland 2002 (in %)



¹ hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

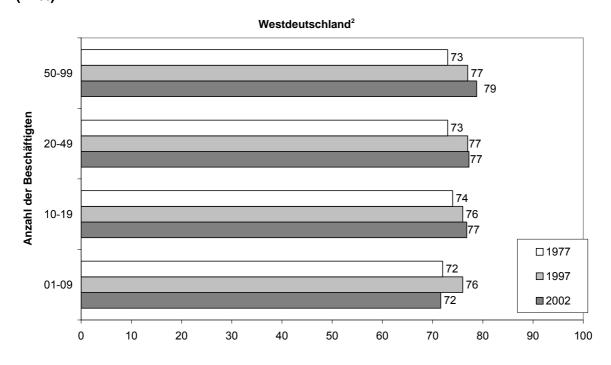
Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

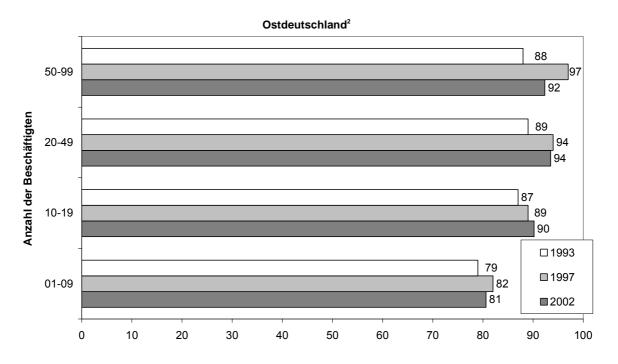
Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechungen

Vergleicht man die Entwicklung der Einkommensdiskrepanzen zwischen Frauen und Männern zwischen 1997 und 2002 für Betriebe unterschiedlicher Größe, so fällt das Ergebnis sehr zwiespältig aus (Abbildung 3.14). In Westdeutschland konnten Frauen ihren Anteil an den Männereinkommen in den größeren Betrieben halten und zum Teil ausbauen. In den Kleinbetrieben verloren sie dagegen Einkommensanteile. In Ostdeutschland mussten Frauen in den Kleinbetrieben vor allem aber in Betrieben mit 55 bis 99 Beschäftigten deutliche Verluste hinnehmen.¹⁰⁰ Sie erreichten in diesen Betrieben mit 92 Prozent dennoch viel höhere Anteile an den Männereinkommen als die Frauen im Westen mit 79 Prozent (Abbildung 3.14).

¹⁰⁰ Die Lohnentwicklung in den Betrieben mit über 100 Beschäftigten kann hier nicht verglichen werden, weil die Betriebe 2002 nicht mehr so gruppiert werden wie 1997.

Abbildung 3.14: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach Betriebsgrößenklasse in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997 und 2002 (in %)





¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt der Frauen auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

Anmerkung: Da die Betriebsgrößenklassedefinition der IAB-Stichprobe 1993 und 1997 nicht mit der von 2002 übereinstimmt, kann nur die Einkommensentwicklung in den kleineren und mittleren Betrieben verglichen werden. Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstichprobe; BA-Beschäftigtenpanel

Quellen: Deutscher Bundestag 2002a: 111, Schaubild 2.8; BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Auch wenn in diesem Kapitel wieder deutlich wird, dass in Ostdeutschland die Verdienste vollzeiterwerbstätiger Frauen denen der Männer deutlich näher kommen als in Westdeutschland, muss festgehalten werden, dass die Einkommen der Frauen im Osten absolut betrachtet nicht an die Einkommen der Frauen im Westen und schon gar nicht an die Einkommen der Männer im Westen heranreichen (Tabelle A 3.1).

3.4.4 Qualifikationsniveau

Generell gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem schulischen bzw. dem beruflichen Qualifikationsniveau und dem auf diesem Niveau erzielten Durchschnittseinkommen. Je höher das Qualifikationsniveau ist, desto höher ist erwartungsgemäß das Einkommen. Dies lässt sich für Ostdeutschland wie für Westdeutschland bei der Betrachtung der Einkommenseffekte von Schul- und Hochschulabschlüssen belegen (Tabelle A 3.11). Heute wird gerne angenommen, dass die überproportionale Verbesserung der schulischen Bildung von Mädchen schon zu einer erheblichen Angleichung des Bildungsniveaus weiblicher und männlicher Beschäftigter geführt haben müsste, entsprechend wird eine weitgehende Angleichung der Verdienste von weiblichen und männlichen Beschäftigten erwartet. Tabelle A 3.11 zeigt dagegen, dass die Angleichung der Bildungsniveaus unter den Beschäftigten zwar in Ostdeutschland weit gediehen, in Westdeutschland aber noch lange nicht erreicht ist. Fachhochschulabschlüsse und universitäre Abschlüsse haben weibliche Vollzeitbeschäftigte in den westdeutschen Ländern nur unterdurchschnittlich häufig aufzuweisen. Diese Abschlüsse sind aber sehr entscheidend für die Höhe des Verdienstes (Tabelle A 3.11).

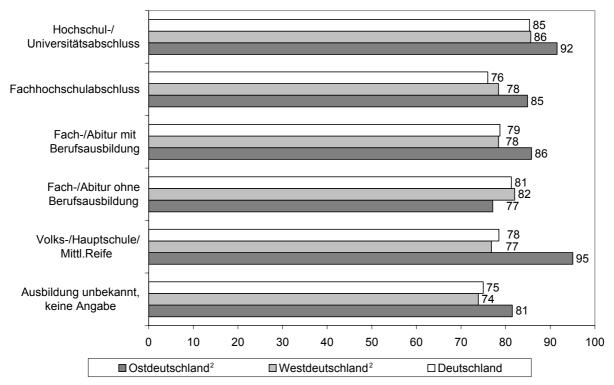
Ein Teil der Einkommensungleichheit zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten lässt sich also zumindest in Westdeutschland noch immer damit erklären, dass Frauen über Jahrzehnte ein niedrigeres Bildungsniveau mit ins Berufsleben brachten, so dass Arbeitnehmerinnen bis heute im Durchschnitt ein niedrigeres Bildungsniveau als Arbeitsnehmer besitzen. Seit einigen Jahren erst liegt der Frauenanteil unter den Studienanfängerinnen bzw. -anfängern ebenso wie unter den Studienabsolventinnen bzw. -absolventen ungefähr bei 50 Prozent (Tabelle 1.20). Die Effekte eines bei Frauen und Männern vergleichbaren Akademikeranteils sind also auf dem Arbeitsmarkt erst in den nächsten Jahren zu erwarten.

Mit dem weiteren Nachwachsen einer im Vergleich zu gleichaltrigen Männern gut qualifizierten Frauengeneration und bei deren weiter steigender Integration in den Arbeitsmarkt ist damit zu rechnen, dass sich die Einkommen von weiblichen und männlichen Beschäftigten weiter angleichen. Solche Tendenzen sind gegenwärtig im Angestelltenbereich schon zu beobachten (Abbildung 3.9).

Bisher ist allerdings zu beobachten, dass männliche Beschäftigte nicht nur qualifizierter sind, sondern dass sie ihr schulisches Qualifikationsniveau offensichtlich auch besser als Frauen in Erwerbseinkommen umsetzen können. Mit gleichem schulischem Bildungsniveau erzielen

sie im Durchschnitt höhere Einkommen (Abbildung 3.15). In Ostdeutschland gelingt es Frauen mit mittlerem Schulabschluss mit oder ohne Berufsausbildung sowie denen mit Hochschulabschluss allerdings doch, weit über 90 Prozent des von Männern auf den genannten Qualifikationsniveaus durchschnittlich erreichten Einkommens zu erzielen (Abbildung 3.15).

Abbildung 3.15: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach dem Ausbildungsstand in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ost-deutschland 2002 (in %)



¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

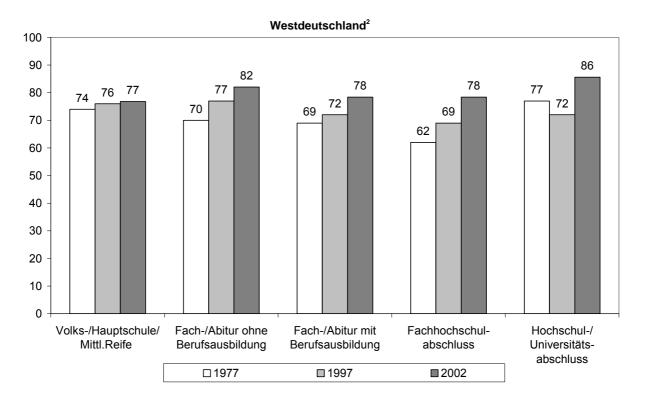
Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

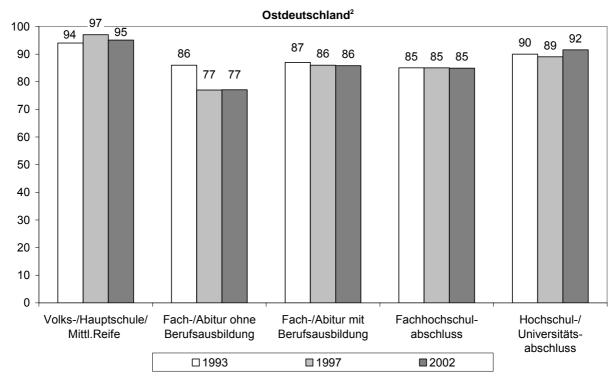
Dass in Deutschland *innerhalb* mancher Bildungsstufe ein Einkommensabstand von 23 bis 24 Prozentpunkten zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen ist, macht deutlich, dass die bisher noch niedrigere formale Bildung von weiblichen Beschäftigten in Westdeutschland die Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten auch nur zum Teil erklären kann. In den westdeutschen Ländern steigen die Einkommensanteile von weiblichen Beschäftigten seit 1997 auf allen Bildungsniveaus. Speziell die Hochschul- und Universitätsabsolventinnen nähern sich mit 86 Prozent Einkommensanteilen stark an die Einkommen von vergleichbaren männlichen Beschäftigten an (Abbildung 3.16). Auch Frauen mit Fach-/Abitur ohne Berufsausbildung erzielen in den letzten Jahren Verdienste, die mit 82 Prozent deutlich näher noch als 1997 an die Einkommen der gleich qualifizierten Männer heranreichen (Abbildung 3.16). In Ostdeutschland verläuft die Einkommensentwicklung für

die Hochschulabsolventinnen in den letzten Jahren noch vorteilhaft, während sich die Abstände zu den Einkommen entsprechender Männergruppen bei anderen Bildungsgruppen eher vergrößern (Abbildung 3.16). Während noch vor einigen Jahren die Einkommensgleichheit zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten auf dem unteren Ausbildungsniveau am weitesten vorangeschritten war, ziehen nun die Akademikerinnen in Ost und West nach (Abbildung 3.16).

Abbildung 3.16: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach dem Bildungsstand in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997und 2002 (in %)



- Fortsetzung nächste Seite -



1 Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt der Frauen auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstichprobe; BA-Beschäftigtenpanel

Quellen: Deutscher Bundestag 2002a: 113, Schaubild 2.9; BA-Beschäftigtenpanel 2002; eigene Berechnungen

Da der Anteil der hoch qualifizierten Frauen im Erwerbsleben in den nächsten Jahren durch das Nachwachsen einer vergleichsweise qualifizierten Frauengeneration steigen wird, ist mit einer weiteren Verringerung des Einkommensunterschiedes zwischen vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern zu rechnen. Wenn Frauen ihre familienbedingten Erwerbsunterbrechungen reduzieren würden, könnte sich dieser Prozess noch beschleunigen. Die Einkommenslücke, die sich im weiblichen Erwerbsverlauf oft im Anschluss an familienbedingte Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung ergibt, bleibt von dieser Entwicklung vielleicht nicht ganz unberührt, weil bei einer Angleichung der Einkommenschancen von jungen Frauen und Männern für Paare offener ist, wer von beiden seine Arbeitszeit zu Gunsten von Familienaufgaben reduzieren sollte.

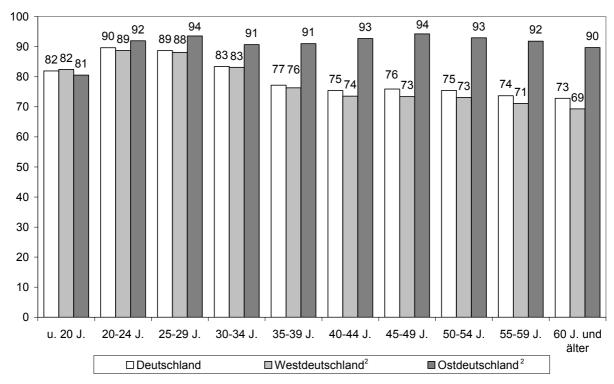
3.4.5 Alter

In Deutschland steigen die Einkommen der abhängig Beschäftigten bis zum 35. Lebensjahr stark mit dem Alter. Dies dürfte zum Teil ein Effekt einer persönlichen Einkommensentwicklung im Lebenslauf sein. Zum Teil aber kommt dieser Zusammenhang auch dadurch zu Stande, dass höher Qualifizierte und damit besser Verdienende erst später in das Erwerbsleben eintreten. Ab dem 40. Lebensjahr stagniert die Einkommensentwicklung (Tabelle A 3.12).

Wie Tabelle A 3.12 zeigt, sind Frauen in Westdeutschland in den unteren, im Allgemeinen schlechter verdienenden Altersgruppen überrepräsentiert, ab dem 35. Lebensjahr aber eher unterrepräsentiert. Allein diese Altersstruktur der weiblichen Beschäftigten hat den Effekt, dass Frauen in Westdeutschland im Durchschnitt weniger verdienen als Männer. In Ostdeutschland sind weibliche Beschäftigte fast auf allen Altersstufen im gleichen Maße präsent. Ihre Altersstruktur bietet ihnen die Voraussetzung, ähnlich hohe Einkommen wie männliche Beschäftigte zu beziehen (Tabelle A 3.12).

Abbildung 3.17 zeigt, dass Frauen und Männer der gleichen Altersgruppe keineswegs das gleiche Durchschnittseinkommen erzielen. Die Einkommen der Frauen sind in der gleichen Altersgruppe stets niedriger als die Einkommen der Männer. Es fällt auf, dass weibliche Vollzeitbeschäftigte im Osten unabhängig vom Alter einen stabilen Anteil von über 90 Prozent am entsprechenden Männereinkommen erzielen. Im Westen sieht dies anders aus: Erzielen 25- bis 29-jährige weibliche Beschäftigte dort zum Beispiel noch 88 Prozent des Einkommens der gleichaltrigen Männer, so erreichen die 55- bis 59-jährigen nur 71 Prozent (Abbildung 3.17).

Abbildung 3.17: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach Altersgruppen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)



¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

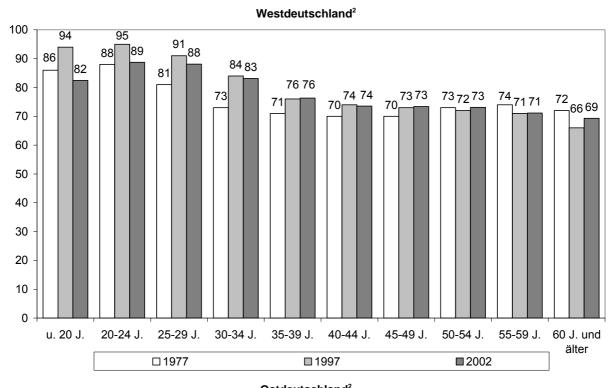
Die großen Einkommensunterschiede zwischen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Westdeutschland zeigen, dass die Altersstruktur der Beschäftigten in diesem Landesteil nur eine sehr unzureichende Erklärung für die niedrigeren Einkommen der Frauen sein kann. Unter den über 35-Jährigen kommt es zu enormen Einkommensunterschieden von Frauen und Männern der gleichen Altersgruppe.

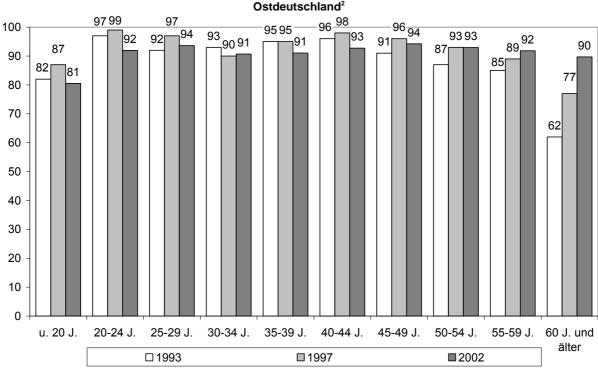
Dass die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Westdeutschland mit zunehmendem Alter immer größer werden, kann einerseits ein Effekt der familienbedingten Berufsunterbrechung von Frauen bei phasengleich ungehinderter Karriere von Männern sein. Andererseits ist in Westdeutschland ein Kohorteneffekt zu vermuten, der darin besteht, dass die älteren weiblichen Beschäftigten über ein deutlich niedrigeres Qualifikationsniveau verfügen als die gleichaltrigen Männer und deshalb weniger als die gleichaltrigen Männer verdienen. Gleichzeitig ist nicht auszuschließen, dass vermittelt über traditionelle Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder Leitungspositionen eher Männern als Frauen zugetraut werden (Theobald/Quack/Tienari 2003).

Den älteren weiblichen Beschäftigten in Ostdeutschland dürfte zugute kommen, dass sie ihre Erwerbsarbeit für eine Familienphase nur relativ kurz unterbrachen. Die Einkommensentwicklung verläuft aber auch deshalb in Ostdeutschland weniger geschlechterdifferenziert, weil nach der Wende in den ostdeutschen Bundesländern auch die Erwerbsverläufe von Männern deutlich diskontinuierlicher geworden sind. Bei einer Arbeitslosenquote von über 20 Prozent (Abbildung 2.30) ist auch vielen Männern ein stabiles Einkommen nicht mehr sicher. Bei der Interpretation sind auch die von Hunt beschriebenen Selektionsprozesse in den frühen 90er-Jahren zu bedenken, die im Osten viele ältere weibliche Beschäftigte vom Arbeitsmarkt verdrängten, besonders die niedrig Qualifizierten. Beschäftigt blieben im Osten jene Frauen, die anders als im Westen kaum noch einen Bildungsrückstand gegenüber den Männern aufzuweisen haben (Tabelle A 3.11) (Hunt 2002).

Die unter 20-jährigen bis unter 50-jährigen weiblichen Beschäftigten in den ostdeutschen Ländern erzielen 2002 geringere Einkommensanteile an den ostdeutschen Männereinkommen als noch 1993 und 1997. Unter den jüngeren Beschäftigtengruppen etablieren sich in Ostdeutschland also größere Einkommensdiskrepanzen, die denen im Westen recht ähnlich sind (Abbildung 3.18).

Abbildung 3.18: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹ nach Altersgruppe in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997 und 2002 (in %)





¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt der Frauen bezogen auf das hochgerechnete sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt der Männer. Beides auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte ermittelt. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

2 Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Datenbasis: IAB-Beschäftigtenstichprobe; BA-Beschäftigtenpanel 2002

Quellen: Deutscher Bundestag 2002a: 115, Schaubild 2.11; BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

In den geringeren Einkommensanteilen der nachwachsenden Frauengeneration könnte auch ein Effekt der zunehmenden Berufsunterbrechungen und der Teilzeitarbeit von weiblichen Beschäftigten in Ostdeutschland gesehen werden, ein Effekt, der sich auf die Einkommen von weiblichen Vollzeitbeschäftigten auswirkt, die nach einer längeren familienbedingten Erwerbsunterbrechung wieder als Vollzeitkräfte ins Erwerbsleben zurückkehren (Abbildung 3.18).¹⁰¹

Im Vergleich zu den 70er-Jahren konnten jüngere weibliche Beschäftigte in Westdeutschland zunächst Einkommensanteile hinzugewinnen, die ihnen in den letzten Jahren zum Teil aber wieder verloren gingen (Abbildung 3.18). In beiden Teilen Deutschlands zeigt sich, dass die bei jungen Frauen und Männern fast erreichte Einkommensgleichheit in den letzten Jahren (zwischen 1997 bis 2002) wieder einer größeren Einkommensdiskrepanz zwischen den Geschlechtern wich. Dennoch erzielen Frauen in Westdeutschland in den jüngeren Altersgruppen noch immer die höchsten Anteile am Einkommen der Männer (Abbildung 3.18). Dies kann ein Effekt des angeglichenen Bildungsniveaus sein.

3.4.6 Dauer der Unternehmenszugehörigkeit

Die Dauer der Betriebszugehörigkeit hat – biografisch langfristiger noch als das Alter – einen Einfluss auf die Höhe des Einkommens von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In der Regel steigen mit Dauer der Betriebszugehörigkeit die Löhne und Gehälter (Tabelle A 3.13). Da die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit im BA-Beschäftigtenpanel nicht erfasst ist, wird für die folgende Betrachtung auf Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen, die allerdings nur ausgewählte Branchen berücksichtigt. Dieses Verfahren wurde auch in dem Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern genutzt (Deutscher Bundestag 2002a)

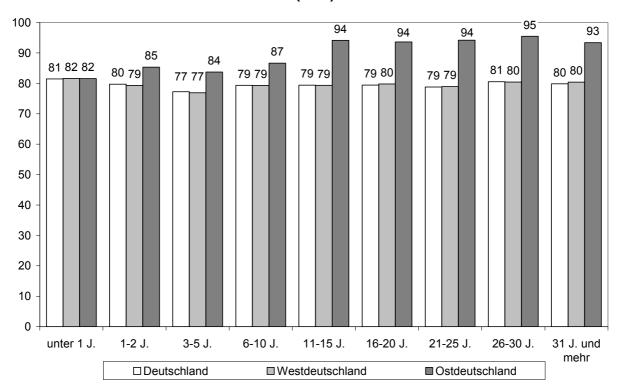
Vollzeitbeschäftigte Frauen haben in der Regel kürzere Betriebszugehörigkeiten als Männer. Als Folge der familienbedingten Erwerbsunterbrechung trifft dies erwartungsgemäß wieder ganz besonders auf Frauen in Westdeutschland zu. Während sie dort zum Beispiel 28 Prozent der Beschäftigten mit ein bis zwei Betriebsjahren stellen, machen sie unter denjenigen mit 31 und mehr Jahren Unternehmenszugehörigkeit nur 14 Prozent aus. In den ostdeutschen Betrieben ist der Frauenanteil unter den Beschäftigten mit ein bis zwei Betriebsjahren ebenso hoch wie im Westen (28 %), bei den Vollzeitbeschäftigten mit 31 und mehr Jahren stellen Frauen aber immer noch 24 Prozent (Tabelle A 3.13). Dass die Dauer der Betriebszugehörigkeiten von Frauen und Männern im Osten weniger differiert als im Westen liegt nicht daran, dass Frauen in Ostdeutschland längere Betriebszugehörigkeiten aufweisen als Frauen in Westdeutschland, sondern daran, dass die Männer im Osten häufiger als die Männer im Westen den Betrieb wechselten (bzw. wechseln mussten) (Tabelle A 3.13). Die

¹⁰¹ Der scheinbar enorme Aufholprozess der über 60-jährigen Arbeitnehmerinnen in Ostdeutschland dürfte ein Artefakt sein, das durch sehr geringe Fallzahlen in einer hoch selektierten Gruppe entstanden ist.

unterschiedlich lange Betriebszugehörigkeit von Frauen und Männern im Westen kann jedenfalls zur Erklärung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in diesem Landesteil beitragen.

Wie zu erwarten war, sind insbesondere die Einkünfte von Frauen im Westen auch dann deutlich geringer als die von Männern, wenn sie ihrem Betrieb ähnlich lang angehören (Abbildung 3.19). Dies zeigt, dass auch die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit nur eine untergeordnete Rolle bei der Erklärung der Einkommensungleichheit in Westdeutschland spielen kann.

Abbildung 3.19: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) nach der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in Jahren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 (in %)



Anmerkung: Vollbeschäftigte im Produzierenden Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, in der Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistung überwiegend für Unternehmen. Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost und Westdeutschland einschl. West-Berlin

Datenbasis: Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001

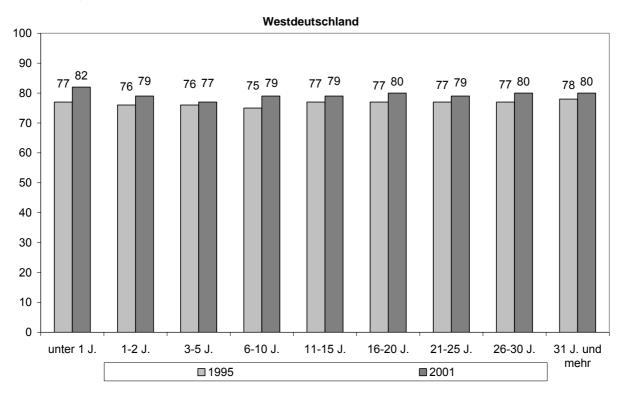
Quelle: Statistisches Bundesamt 2003k; eigene Berechnungen

In Westdeutschland liegen die Einkommen von Frauen weitgehend unabhängig von der Betriebszugehörigkeit bei 80 Prozent der Einkommensbeträge von Männern. In Ostdeutschland zeigt sich hingegen, dass die Einkommen von Frauen mit langen Betriebszugehörigkeiten (Zugehörigkeiten von über zehn Jahren) denen der Männer mit gleich langen Betriebszugehörigkeiten sehr viel näher kommen als die der Frauen mit kürzerer Betriebszugehörigkeitsdauer (Abbildung 3.19). Es könnte sein, dass diese für Frauen mit langen Betriebszugehörigkeiten in Ostdeutschland so relativ günstige Konstellation ein Relikt aus DDR-Zeiten ist.

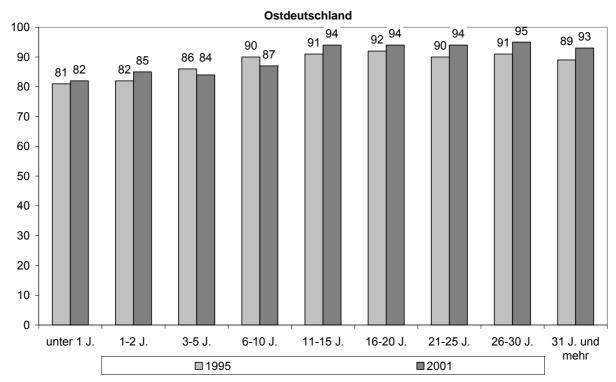
Dort, wo die Frauen ihre alten Betriebe verlassen mussten und dort, wo junge Frauen nachrückten, so legt es Abbildung 3.19 nahe, sind auch im Osten die Verdienstrelationen für Frauen nicht mehr viel günstiger als im Westen.

Im Vergleich zu den Daten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung von 1995 sind die Verdienstrelationen für Frauen in Ost- und in Westdeutschland fast durchweg etwas günstiger geworden. Dies gilt allerdings nicht für die ostdeutschen Frauen mit einer Betriebszugehörigkeit zwischen drei und zehn Jahren (Abbildung 3.20).

Abbildung 3.20: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) nach Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in West- und Ostdeutschland 1995 und 2001 (in %)



- Fortsetzung nächste Seite -



Datenbasis: Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001

Quellen: Deutscher Bundestag 2002a: 118; Statistisches Bundesamt 2003k; eigene Berechungen

Bei den Einstiegsgehältern hat sich der Anteil der Fraueneinkommen an den durchschnittlichen Männereinkommen in Westdeutschland ganz auffällig von 77 Prozent im Jahr 1995 auf 82 Prozent verbessert. So groß sind die Verbesserungen in keiner anderen Gruppe in Westdeutschland (Abbildung 3.20). Dies könnte ein Effekt der zunehmenden beruflichen Qualifikation junger Frauen im Westen sein. In Ostdeutschland fallen die besonders günstigen Verdienstrelationen der weiblichen Beschäftigten mit langen Betriebszugehörigkeiten auf. Sie könnten noch die zu DDR-Zeiten üblichen Einkommensrelationen widerspiegeln. Die Neueinsteigerinnen und Nachrückerinnen, so könnte man argumentieren, finden diese günstigen Bedingungen in den ostdeutschen Betrieben nicht mehr vor (Abbildung 3.20). Unter Umständen ist die Verschlechterung der Verdienstrelationen für die weiblichen Beschäftigten mit 3bis 10-jähriger Betriebszugehörigkeit aber auch auf eine Veränderung weiblicher Erwerbsmuster im Osten zurückzuführen, die wegen längerer Erwerbsunterbrechungen und mehr Teilzeitarbeit mehr Einkommensnachteile als 1995 hinnehmen müssen. Schließlich ist auf die sehr hohe Arbeitslosigkeit über 50-jähriger Frauen in Ostdeutschland hinzuweisen (Kapitel 2, Abbildung 2.31). Deren Folge dürfte sein, dass die weiblichen Beschäftigten mit langen Betriebszugehörigkeiten stark selektiert sind.

3.4.7 Staatsangehörigkeit

Die in Deutschland abhängig Beschäftigten mit ausländischem Pass haben im Durchschnitt geringere Einkommen als die deutschen abhängig Beschäftigten. So zeigt die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes zum Beispiel, dass türkische Vollzeit-

beschäftigte in Deutschland im Jahr 2001 81 Prozent und jugoslawische 74 Prozent des Einkommens der angestammten deutschen Bevölkerung erzielten. Auch die deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedler kamen nur auf 74 Prozent. Die in Deutschland beschäftigten EU-Bürgerinnen und -Bürger erhielten zusammen betrachtet 2001 hingegen 103 Prozent des Einkommens der angestammten Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2004i: 581, Tabelle 3). Auch die Daten des BA-Beschäftigtenpanels belegen, dass es große Unterschiede zwischen den Durchschnittseinkommen Beschäftigter unterschiedlicher Nationalität gibt. Während Beschäftigte aus Skandinavien, Großbritannien, Irland, Österreich und den Beneluxstaaten durchschnittlich mehr verdienen als deutsche Beschäftigte, verdienen viele Migrantengruppen in Deutschland weniger als die deutschen Beschäftigten (Tabelle A 3.14).

Ein Vergleich der aktuellen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern unterschiedlicher Nationalitäten mit Hilfe des BA-Beschäftigtenpanels belegt, dass nicht nur die Durchschnittseinkommen verschiedener Nationalitätengruppen sehr unterschiedlich sind, sondern dass auch die *geschlechtsspezifischen* Einkommensunterschiede bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen stark variieren (Tabelle A 3.14 und Tabelle 3.5).

Tabelle 3.5: Bruttojahresverdienste¹ von abhängig beschäftigten Frauen und Männern (Vollzeit) nach Staatsangehörigkeit in Deutschland 2002

Staatsangehörigkeit		dienst Frauen %		lienst ännern %	Frauenein kommen in % des Männerein- kommens
deutsch	25.981	100.0	33.632	100,0	77.3
		, -		•	,
jugoslawisch	23.982	92,3	28.689	85,3	83,6
österreichisch	30.119	115,9	39.556	117,6	76,1
türkisch	20.551	79,1	28.349	84,3	72,5
Bürger/-in der 15 EU- Staaten plus norwegisch, ausländisch	25.801	99,3	32.123	95,5	80,3
sonstiges Europa ²	22.923	88,2	28.084	83,5	81,6
sonst. Staatsangehörigkeit ³	22.073	85,0	25.435	75,6	86,8

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Praktikantinnen bzw. Praktikanten, Werkstudentinnen bzw. -studenten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte. Staatenlose Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgerinnen und Bürger mit ungeklärter außereuropäischer Staatsangehörigkeit bleiben unberücksichtigt.

Datenbasis: BA-Beschäftigtenpanel

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Die Einkommen von Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit kommen den entsprechenden Männereinkommen in Deutschland keineswegs am nächsten. Die Verdienste anderer

² Bürgerinnen und Bürger aus den osteuropäischen Transformationsländern plus Schweiz, Andorra, Liechtenstein, Monaco, Malta, San Marino, Zypern, Vatikanstaat, britisch abhängige Gebiete, Europa ungeklärt

³ Bürgerinnen und Bürger von den Kontinenten Asien (ohne Türkei), Afrika, Amerika, Australien

EU-Bürgerinnen, die in der Bundesrepublik beschäftigt sind, reichen zum Beispiel mit 80 Prozent des Männereinkommens im Durchschnitt eher an die Verdienste der Männer aus der gleichen Migrationspopulation heran (Tabelle 3.5). Die türkischen Frauen erreichen dagegen nur 73 Prozent des Gehalts von Türken in Deutschland. Türkinnen verdienen auch im Vergleich zu anderen Gruppen von Frauen in Deutschland sehr wenig (nur 79 Prozent des Durchschnittsverdienstes deutscher Frauen). Die Jugoslawinnen erzielen dagegen nach den Daten des BA-Beschäftigtenpanels 2003 92 Prozent des Durchschnittsverdienstes deutscher Frauen und reichen damit viel eher an das Einkommensniveau der deutschen weiblichen Beschäftigten heran. Die Österreicherinnen erzielen 116 Prozent der Verdienste deutscher Frauen und übersteigen die Durchschnittseinkommen deutscher Frauen (Tabelle 3.5 und Tabelle A 3.14).

Generell liegen die Einkommen ausländischer weiblicher Beschäftigter in Deutschland stets unter den Einkommen männlicher Beschäftigter gleicher Nationalität. Dies lässt sich für eine Vielzahl von Nationalitätengruppen belegen (Tabelle A 3.14). Dabei variieren die Einkommensanteile, die die weiblichen Beschäftigten erreichen, stark: Während Österreicherinnen in Deutschland zum Beispiel nur 76 Prozent des Einkommens von Österreichern erziehen, verdienen Frauen aus den Beneluxstaaten 80 Prozent des Durchschnittsgehalts von Männern gleicher Herkunft und französische Frauen erreichen 84 Prozent des Gehalts französischer Männer in Deutschland (Tabelle A 3.14).

Von einer *generellen* Schlechterstellung ausländischer Frauen und Männer gegenüber deutschen kann man *nicht* sprechen. Die in Deutschland beschäftigten Österreicherinnen und Österreicher verdienen zum Beispiel deutlich mehr als deutsche Beschäftigte, während andere Beschäftigtengruppen mit fremder Staatsangehörigkeit deutlich weniger verdienen (Tabelle 3.5). Die Ursachen der ungleichen Bezahlung deutscher und nicht-deutscher Beschäftigter können hier nicht näher beleuchtet werden. Es ist anzunehmen, dass der jeweils erreichte Bildungs- und Ausbildungsstand sowie dessen Anerkennung und Verwertbarkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt, ebenso aber auch die Beherrschung der deutschen Sprache eine große Rolle spielen.

Die Angleichung der Einkommensunterschiede zwischen Migrantinnen und Migranten ist bei unterschiedlichen Nationalitätengruppen unterschiedlich weit vorangeschritten. Die Ursachen hierfür sind sicherlich vielfältig. Eine Ursache dürften ethniespezifische geschlechtsspezifische Ressourcen (Ausbildungsstand) sein. In ihren Herkunftsländern haben ältere Migrantinnen oft eine schlechtere oder hier weniger verwertbare Ausbildung als Migranten gehabt. Dass sich in der jetzt hier heranwachsenden jungen Generation mit nicht-deutschem Pass oft junge Frauen als die qualifizierteren erweisen, wird sich erst langfristig auf die Durchschnittseinkommen von Migrantinnen auswirken. Nicht-deutsche Frauen sind vermutlich wie die deutschen von der schlechteren Bezahlung in Frauenbranchen, in kleineren Betrieben

und bei geringeren Betriebszugehörigkeiten betroffen.

Wie bei den deutschen Frauen dürfte also eine ungünstige Platzierung in den Arbeitsmarktstrukturen ebenfalls von erheblicher Bedeutung sein. Hierzu tragen Berufsentscheidungen
und immer wieder auch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen bei. Ebenso wie bei der
deutschen weiblichen Bevölkerung ist auch bei ausländischen Frauen eine sachlich nicht
immer gerechtfertigte ungünstigere Eingruppierung und Bewertung ihrer Arbeit nicht auszuschließen. Junge Migrantinnen und deren Produktivität innerbetrieblich zu fördern, dürfte
Unternehmen immer noch als riskant erscheinen, obwohl die zweite und dritte Generation
der Eingewanderten meist ein großes Interesse hat, in Deutschland zu leben und zu arbeiten, und obwohl die jungen Migrantinnen hier in Deutschland nicht mehr Kinder bekommen
als die deutschen Frauen (Kapitel 4.1.2, Abbildung 4.4).

3.5 Bedeutung von Berufsunterbrechungen

Dass die Einkommen von Arbeitnehmerinnen im Westen (nicht im Osten) etwa ab dem 30. Lebensjahr immer weiter hinter den Einkommen von Männern zurückbleiben (Abbildung 3.17) lässt schon vermuten, dass auch familienbedingte Berufsunterbrechungen und/oder -einschränkungen eine wichtige Ursache für die ungleichen Einkommen von Frauen und Männern sind. Unterschiedliche Studien belegen tatsächlich, dass diese Unterbrechungen nicht nur für die Zeit des Berufsausstiegs einen akuten Einkommensverlust mit sich bringen, sondern auch langfristig das Einkommenspotenzial der wieder Beschäftigten einschränken. Wie Kapitel 5 zeigt, nehmen bisher in der Regel Mütter und nur selten Väter diese Einbußen in Kauf (Kapitel 5.7).

Die Relevanz der familienbedingten Erwerbsunterbrechungen für die Einkommensentwicklung von Beschäftigten lässt sich sehr gut aufzeigen, wenn man den Einkommensverlauf bei Frauen mit Kind(ern) mit dem bei Frauen ohne Kinder vergleicht. Solche Analysen haben auch im internationalen Rahmen gezeigt, dass sich die Verdienste kinderloser Frauen deutlich günstiger entwickeln als die von Müttern (Waldvogel 1997; Budig/England 2001). Die Studien belegen, dass die kulturell verankerte Zuständigkeit für Familienarbeit die Einkommensentwicklung von Frauen ganz erheblich beeinträchtigt.

Studien von Ruhm (1998) und Stier u.a. (2001) haben im Rahmen eines internationalen Vergleichs deutlich gemacht, dass die Lohneinbußen von Frauen in jenen Ländern besonders groß sind, in denen gesetzliche Ansprüche auf lange Phasen von Erziehungsurlaub bestehen. Im europäischen Vergleich fallen die Lohneinbußen in den Ländern deutlich geringer aus, in denen Frauen nach einem Mutterschaftsurlaub relativ bald (spätestens nach einem Jahr) wieder in ihren Beruf zurückkehren und der Staat – wie beispielsweise Schweden –

durch seine Familienpolitik die Berufstätigkeit von Frauen aktiv fördert. Im Gegensatz dazu kommt es in Staaten wie der Bundesrepublik, in der viele Frauen ihre Erwerbstätigkeit zur Betreuung von Kindern bis zum Schuleintritt reduzieren oder unterbrechen und erst vergleichsweise spät wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, zu deutlicheren Einkommenseinbußen für Mütter. Ruhm errechnet allein für eine Elternzeit von zehn Monaten einen Lohnverlust von 4 Prozent (ebd.: 218).

Beblo und Wolf kommen nach einer Analyse von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zu dem Schluss, dass in Westdeutschland schon eine einjährige Erwerbspause die künftigen Erwerbschancen ganz erheblich beeinträchtigt. Sie machen auf die möglicherweise rasche Entwertung vorhandener beruflicher Qualifikationen und das vielfache Fehlen von Weiterbildung in der Nichterwerbsphase aufmerksam (Beblo/Wolf 2002). Sie folgern aus ihrer Analyse der Einkommensentwicklung von Frauen in Westdeutschland, die im Jahr 1998 zwischen 30 und 55 Jahre alt waren und mindestens einen Fachhochschulabschluss hatten, dass nicht nur die Länge der Erwerbsunterbrechung, sondern auch deren zeitliche Lage in der Erwerbsbiografie von großer Bedeutung ist (ebd.: 91). Je später die Unterbrechung erfolgt, desto mehr Humankapital steht in der Gefahr, verloren zu gehen. Das seit Jahrzehnten beobachtbare Hinausschieben von Familiengründungen (Kapitel 4, Abbildung 4.9) bewirkt deshalb zusätzliche Lohneinbußen von Müttern (ebd.: 92). Die negativen Einkommenseffekte von Berufsunterbrechungen fallen nach Schätzungen von Beblo und Wolf geringer aus, wenn Frauen ihre Erwerbsarbeit nur kurz unterbrechen und bald zumindest eine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen und so mit dem Arbeitsmarkt in Verbindung bleiben (ebd.: 92).

Auch Berechnungen von Ziefle mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1984 bis 1999 zeigen den negativen Einfluss familienbedingter Erwerbsunterbrechungen auf den weiteren Einkommensverlauf von Frauen. Ziefle findet diese Einkommensnachteile von Müttern in Deutschland allerdings nicht unmittelbar beim Wiedereinstieg in den Beruf, sondern mittel- und langfristig (Ziefle 2004). Als Ursachen für die mittel- und langfristigen Folgen der Erwerbsunterbrechungen zieht Ziefle ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren in Erwägung. So kann zum Verlust von arbeitsplatzrelevantem Wissen ein Wechsel von Müttern auf weniger anspruchsvolle und weniger ausbaufähige Stellen treten, auch weil der Arbeitgeber die Erwerbsunterbrechung als Signal für eine geringe Erwerbsorientierung wertet und sich die Erwerbsorientierung der Frauen nach der Geburt evtl. tatsächlich ändert (Ziefle 2004: 217). Die Erwartungen von Arbeitnehmerinnen mit Kindern und die von Arbeitgebern können sich wechselseitig beeinflussen. Durch Weiterbildung weniger gefördert, könnten Mütter an Arbeitsmotivation verlieren. Solche Spirale vor Augen, könnten Arbeitgeber Frauen weniger Entwicklungsmöglichkeiten bieten, allein auf Grund der *Möglichkeit*, dass sie Kinder bekommen und diese dann eine gewisse Zeit selbst betreuen könnten (Ziefle 2004: 229).

Ziefle zeigt, dass Mütter, die nach dem Erziehungsurlaub zu ihrem Arbeitgeber zurückkehren

konnten, im Vergleich zu Müttern, die den Arbeitgeber wechselten, einen um 4,4 Prozent erhöhten Reallohn erhielten. Dies spricht für die 1992 eingeführte Arbeitsplatzgarantie in der Elternzeitregelung, die die Rückkehr zum alten Arbeitgeber stützt. Diese Rückkehr zum alten Arbeitgeber hat in der Auswertung von Ziefle allerdings nur einen kurzzeitig positiven Effekt auf das Einkommen von Frauen. Unabhängig davon, ob Frauen zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehren können oder nicht, sind sie nämlich nach der Elternzeit nicht mehr in der Lage, ähnliche Einkommen zu erzielen wie Frauen ohne Erwerbsunterbrechung bzw. ohne Kind. Ziefle konnte feststellen, dass jedes Kind zu einem Reallohnverlust von 1,3 Prozent und die Inanspruchnahme von Elternzeit zu einem zusätzlichen Lohnverlust von 0,4 Prozent für jeden weiteren Monat führt (ebd.: 223). Wenn die Frauen nach der Elternzeit nicht direkt in den Arbeitsmarkt zurückkehren, dann führt jedes weitere Jahr der Nichterwerbstätigkeit zu einem weiteren Lohnverlust von 1,3 Prozent (ebd.: 224). Familienbedingte Berufsunterbrechungen sind somit ein wichtiger Aspekt zur Erklärung der Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern (ebd.: 226 ff.).

Da die Dauer der Erwerbsunterbrechung einen negativen Einfluss auf die langfristige Einkommensentwicklung von Müttern hat, sind die seit 1986 mehrfach verlängerten Erziehungszeiten, die stets eine allgemeine Ausweitung der Unterbrechungsphase zur Folge hatten, zwiespältig zu beurteilen (Beblo/Wolf 2002: 92). Die verlängerten Erziehungszeiten bieten einerseits mehr Spielraum für individuell abgestimmte Lösungen zur Vereinbarung von Familie und Beruf und schaffen insbesondere zusammen mit der dreijährigen Arbeitsplatzgarantie bessere Rahmenbedingungen für die Rückkehr in das Erwerbsleben. Andererseits scheint sich durch die Gewährung von relativ langen Erziehungszeiten in Deutschland das 3-Phasen-Modell mit im internationalen Vergleich relativ langen Erwerbsunterbrechungen noch einmal verfestigt zu haben (Engelbrech/Jungkunst 2001b) und zeigt sehr ungünstige Konsequenzen für die Einkommensentwicklung von Frauen (Abbildung 3.1). Insofern war es wichtig, dass 2001 eine Kombination von Teilzeitbeschäftigung und Elternzeit zugelassen wurde. Sie eröffnet die Chance, Qualifikationsverluste, die durch Berufsunterbrechungen entstehen, zu mindern. Ein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze auch für Kinder unter 3 Jahren wäre allerdings zur Unterstützung dieser frühen Rückkehr in den Beruf nötig. Daneben wäre auch eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Betreuung ihrer Kinder zu fördern, um Müttern mehr Kontinuität in ihrer Berufsbiografie zu ermöglichen.

Hufnagel weist in einer Modellrechnung mit SOEP-Daten allerdings nach, dass Elternpaare, die für die Kinderbetreuung paritätisch auf Erwerbsbeteiligung verzichten, noch höhere Einkommensverluste hinzunehmen haben, weil Erwerbsbeschränkungen oder -unterbrechungen von Vätern für das Paar insgesamt noch höhere Lohneinbußen bedeuten (Hufnagel 2002). Angesichts der Höhe der Kinderkosten insgesamt fallen die zusätzlichen Kosten für eine egalitäre Elternschaft, die Hufnagel mit 15.000 € bis 18.000 € bis zum 17. Lebensjahr

des Kindes veranschlagt, allerdings nicht übermäßig ins Gewicht (ebd.: 123). Vor diesem Hintergrund ist offen, ob das bestehende Muster der fast ausschließlichen Erwerbsunterbrechung von Müttern allein als Konsequenz ökonomischer Rationalität erklärt werden kann. Wenn eine egalitäre Elternschaft als Lebensqualität wahrgenommen würde, könnten sich manche Eltern für diese Arbeitsteilung entscheiden, so wie etwa für den Zweiturlaub für die ganze Familie, das eigene Haus oder den Zweitwagen. Für viele Arbeitnehmerfamilien bis in die mittleren Schichten hinein bedeutet die Lebensphase, in der ein Elternteil auf Erwerbsarbeit verzichtet und etwa ein zweites Kind zu versorgen ist, allerdings einen Rückfall auf ein sehr niedriges Konsumniveau, auf dem kostspielige Formen der geteilten Elternschaft wahrscheinlich nicht mehr in Erwägung gezogen werden können (Hufnagel 2002: 124). Insofern bedürfte es politischer Maßnahmen, um egalitäre Elternschaft zu fördern.

3.6 Konsequenzen für das Lebensarbeitseinkommen von Frauen und Männern

Die stets geringere Bezahlung von vollzeitbeschäftigten Frauen sowie die Berufsunterbrechungen und Teilzeitbeschäftigungen von Müttern führen dazu, dass Frauen über das ganze Erwerbsleben hinweg betrachtet ein deutlich geringeres *Lebensarbeitseinkommen* erzielen als Männer. Um dies zu belegen, wurde im Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern auf die AVID 1996 (Altersvorsorge in Deutschland) zurückgegriffen (Deutscher Bundestag 2002a:149 ff.).

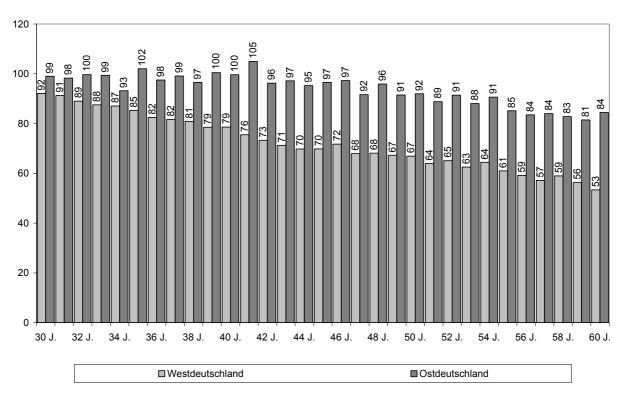
Auf der Basis der erreichten Entgeltpunkte wurde dort geschätzt, dass Frauen in Westdeutschland, die 1996 in Rente gingen, während ihres gesamten Erwerbslebens 42,4 Prozent der entsprechenden Männereinkommen verdienten. In Ostdeutschland waren die weiblichen Erwerbsbiografien weniger brüchig als in Westdeutschland. Während ihres Erwerbslebens hatten Frauen bei Renteneintritt 1996 70,7 Prozent der kumulierten Männereinkommen verdient (Deutscher Bundestag 2002a:150). Mit aktuelleren Ergebnissen auf Basis der AVID 2002 ist erst im Laufe des Jahres 2006 zu rechnen.

Für die rentenversicherungspflichtigen Personen kann auch auf Basis der Rentenanwartschaften die Geschlechterdifferenz der kumulierten Einkommen abgeschätzt werden. Dies geschieht auf Basis von Rentenanwartschaften, die sich auf zurückgelegte beitragspflichtige Erwerbszeiten in Form von Entgeltpunkten beziehen. Die Entgeltpunkte spiegeln im Rahmen der Rentenversicherung die im Lebensverlauf erzielten individuellen sozialversicherungspflichtigen Erwebseinkommen¹⁰² wider.

Allerdings gibt die Statistik die Erwerbseinkommen verzerrt wieder. Fraueneinkommen werden tendenziell überschätzt, da auch beitragsfreie Zeiten (z.B. Kindererziehungszeiten) berücksichtigt werden, die Männereinkommen werden tendenziell unterschätzt, da Erwerbseinkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt werden.

Diese Ergebnisse können nicht als direkte Fortschreibung der AVID-Ergebnisse von 1996 verstanden werden. Sie zeigen aber ebenfalls, dass auch Ende 2003 in Westdeutschland mit steigendem Lebensalter die abgeschätzten kumulierten Erwerbseinkommen der Geschlechter zunehmend differieren. Ende 2003 verdienten Frauen im Alter von 30 Jahren in ihrem bisherigen Erwerbsleben 92 Prozent des Männereinkommens. Eine 60 Jahre alte Frau erzielte während ihrer Erwerbsbiografie nur 53 Prozent des Männereinkommens. In Ostdeutschland wiesen Frauen traditionell eine höhere Erwerbsbeteiligung auf, sie arbeiteten häufiger in Vollzeitbeschäftigungen (Kapitel 2.7.1). Deshalb ist der geschlechtsspezifische Verdienstabstand auch in den höheren Alterskohorten im Osten geringer als im westlichen Landesteil (Abbildung 3.21).

Abbildung 3.21: Anteil der kumulierten¹ Fraueneinkommen an den Männereinkommen nach Lebensalter in West- und Ostdeutschland 2003² (in %)



¹ auf Basis der durchschnittlichen monatlichen Rentenanwartschaften bei hypothetischer voller Erwerbsminderung ohne Zurechnungszeit für Versicherte mit erfüllter allgemeiner Wartezeit oder vorzeitiger Wartezeiterfüllung bis zum Stichtag

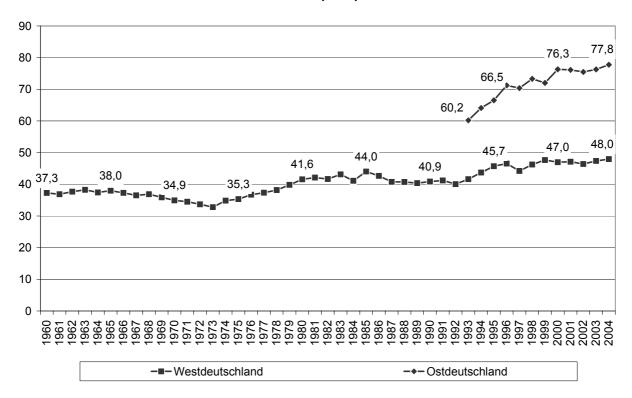
2 Stichtag 31.12.2003 Datenbasis: VDR Statistik

Quelle: Auskunft von Seiten VDR vom 07.06.2003; eigene Berechnungen

Zum mit dem Lebensalter sinkenden Anteil von kumulierten Fraueneinkommen an Männereinkommen trägt neben den familienbedingten Erwerbsunterbrechungen und den brüchigeren Erwerbsbiografien von Frauen auch ein Kohorteneffekt bei. Junge Frauen bleiben heute im Vergleich zu älteren Frauenjahrgängen wegen Eltern- und Familienarbeit sowie veränderter Demografie (Kapitel 4) dem Arbeitsmarkt kürzer fern. Dies führt dazu, dass ihr Le-

bensarbeitseinkommen bei Eintritt ins Rentenalter gegenwärtig nicht mehr ganz so weit unter dem der Männer liegt wie 1960. Abbildung 3.22 zeigt dies anhand der Rentenzugangsstatistik.

Abbildung 3.22: Anteil der kumulierten¹ Fraueneinkommen an den Männereinkommen in West- und Ostdeutschland 1960 bis 2004 (in %)



¹ auf Basis der durchschnittlichen jährlichen Entgeltpunkte sowie den durchschnittlichen Versicherungsjahren bei Rentenzugang

Anmerkung: für Westdeutschland bis 1980 und 1992 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist

Datenbasis: VDR-Statistik Rentenzugang Quelle: VDR-Statistik Rentenzugang

In Westdeutschland ist ein allmählicher Anstieg des kumulierten Verdienstniveaus von 1960 bis 2004 zu konstatieren. Die kumulierten Erwerbseinkommen der Frauen reichten 2004 aber nicht einmal an die Hälfte der entsprechenden Männereinkommen heran. Dabei ist zu bedenken, dass der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern mit diesen Berechnungen eher unterschätzt ist, denn nur Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze werden durch Entgeltpunkte dargestellt. Dies führt dazu, dass vor allem Männereinkommen unterschätzt werden. Des Weiteren sind in den Versicherungsjahren und Entgeltpunkten auch beitragsfreie Zeiten (z.B. für Kindererziehung) enthalten, dies betrifft Frauen stärker als Männer und führt dazu, dass die kumulierten Einkommen von Frauen bei diesen Berechnungen überschätzt werden. So dürfte der tatsächliche Anteil der Lebensarbeitseinkommen von Frauen an denen von Männern eher noch niedriger liegen als die in Abbildung 3.22 dargestellten Schätzwerte. In Ostdeutschland erreichten Frauen einen viel höheren Anteil der ku-

mulierten Erwerbseinkommen an den entsprechenden Einkommen von Männern. Der starke Anstieg der Schätzwerte für Ostdeutschland seit Beginn der 90er-Jahren ist vermutlich vor allem auf rentenrechtliche Aspekte zurückzuführen, real haben Frauen in den ostdeutschen Bundesländern ja eher Einkommensanteile verloren (Abbildung 3.3).

Insgesamt zeigen die Schätzungen, dass sich die Relation zwischen den Lebensarbeitseinkommen von Frauen und denen von Männern allenfalls ganz langsam verändert.

3.7 Der relative Wohlstand und die relative Armut von Frauen und Männern

Die ungleiche Beteiligung von Frauen und Männern am Erwerbsleben und die für Frauen ungünstigen Einkommensrelationen erzeugen ein Wohlstandsgefälle zwischen Frauen und Männern. Wie eingangs betont, sind Erwerbseinkommen aber nicht die einzige Quelle des Wohlstands. Vermögen trägt erheblich zur Absicherung eines einmal erreichten Lebensstandards bei. Frauen besitzen allerdings nur etwa 70 Prozent der Vermögenssummen, über die Männer im Schnitt verfügen. Dabei sind die Differenzen der Durchschnittsvermögen von Frauen und Männern in Ostdeutschland etwas geringer als in Westdeutschland (Bundesregierung 2004a: 35).

Für den Wohlstand von verheirateten Frauen ist oft weniger das eigene Einkommen als das ihres Partners ausschlaggebend. Dass die im Durchschnitt viel geringeren Einkommen von Frauen dennoch nicht unbedeutend sind, ist daran zu erkennen, dass Familien vor allem dann in prekären Einkommensverhältnissen leben, wenn Mütter nur geringfügig beschäftigt oder nicht erwerbstätig sind (Becker 2002). Fraueneinkommen helfen Zwei-Eltern-Familien also vielfach, Armut zu vermeiden. Ihre Verdienste versetzen Frauen aber seltener als Männer in die Lage, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigenem Erwerbseinkommen zu bestreiten (Kapitel 7, Abbildung 7.1). Auch wenn in den letzten Jahrzehnten der Anteil von Frauen, die ihre Existenz über Erwerbseinkommen oder Renten sichern können, gestiegen ist: 2002 lebt noch immer ein gutes Drittel der Frauen (36 %) gegenüber 22 Prozent der Männer überwiegend vom Lebensunterhalt durch Angehörige (Kapitel 7, Abbildung 7.1). Die ungleiche Erwerbsbeteiligung und Einkommensstruktur aber auch die unterschiedlichen Formen sozialer Sicherung von Frauen und Männern sind wesentliche Ursachen für die größere ökonomische Abhängigkeit von Frauen vom Lebensunterhalt durch Angehörige.

In Ostdeutschland liegt das Armutsrisiko generell deutlich über dem im Westen und trifft in den östlichen Bundesländern noch einmal eher Frauen als Männer: In den ostdeutschen Bundesländern leben 17 Prozent der Männer und 21 Prozent der Frauen unterhalb der Armutsgrenze (Bundesregierung 2004a: 95). Während in der deutschen Population 16 Prozent der Frauen und 11 Prozent der Männer unterhalb dieser Armutsgrenze leben, sind dies in der im Durchschnitt sehr viel schlechter in den Arbeitsmarkt integrierten und schlechter entlohnten ausländischen Bevölkerung 25 Prozent der Frauen und 23 Prozent der Männer (Bundesregierung 2004a: 83). Dauerhafte 104 Armut ist unter Frauen 2003 verbreiteter als unter Männern (10,9 % zu 7,5 %). Im erwerbsfähigen Alter waren mehr Frauen als Männer von Sozialhilfe abhängig (3,7 % zu 2,5 %) (ebd.).

Dass das Wohlstandsgefälle zwischen den Geschlechtern nicht größer ausfällt, ergibt sich rein statistisch aus dem Zusammenleben vieler Frauen und Männer in "Bedarfsgemeinschaften", in denen allen Mitgliedern rein rechnerisch die gleiche Einkommensposition zugewiesen wird. Wir wissen allerdings nicht, ob in allen Bedarfsgemeinschaften diejenigen, die überwiegend unbezahlte Arbeit leisten, gleich am Erwerbseinkommen ihrer mit ihnen zusammenlebenden Partnerinnen bzw. Partner beteiligt werden (Stebat/Wimbauer 2001). Es könnte also in Bedarfsgemeinschaften eine unerkannte Armut von Männern, Frauen oder Kindern geben, die nur durch eine Analyse der Aushandlungs- und Verteilungsprozesse in (Familien-)haushalten sichtbar würde. Hier besteht großer Forschungsbedarf.

Das relativ hohe Armutsrisiko von Einpersonenhaushalten trifft in Deutschland Frauen wie Männer. 23 Prozent dieser Haushalte leben 2003 unterhalb der Armutsgrenze (60 % des Medians). Allerdings waren Männer 2003 häufiger als Frauen von Sozialhilfe abhängig (5,0 % zu 3,5 %). Paarhaushalte ohne Kinder leben viel seltener als Einpersonenhaushalte unterhalb der Armutsgrenze, nämlich nur in 13 Prozent der Fälle. Sie waren auch nur äußerst selten, nämlich in 0,8 Prozent der Fälle auf Sozialhilfe angewiesen. Unter allein Erziehenden ist das Armutsrisiko besonders hoch. Es liegt bei durchschnittlich 35 Prozent. Bei dieser Personengruppe war auch die Sozialhilfequote hoch. Dabei waren allein erziehende Mütter sehr viel häufiger als allein erziehende Väter von Sozialhilfe abhängig (26,3 % zu 6,1 %) (Bundesregierung 2004a: 79 f.). An den unterschiedlichen Sozialhilfequoten wird noch einmal deutlich, dass nicht das Frau-Sein an sich allein ein höheres Armutsrisiko dar-

Armutsrisiko meint hier den Anteil der Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbare Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens im jeweiligen Land beträgt. In
Deutschland beträgt die so errechnete Armutsrisikogrenze für Einpersonenhaushalte 938 € im Monat (Bundesregierung 2004a: Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts 14.12.2004: 14). Um zu berücksichtigen,
dass Mehrpersonenhaushalte günstiger wirtschaften können, wird die Armutsgrenze nicht einfach der Personenzahl im Haushalt entsprechend vervielfacht. Vielmehr gehen die weiteren Personen mit Gewichtungsfaktoren in die Berechnung der Armutsgrenze ein. Nach der hier verwandten Skala der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) erhalten die Haupteinkommensbezieherinnen bzw.
-bezieher den Gewichtungsfaktor 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder über 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,5 und alle Mitglieder unter 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,3.

¹⁰⁴ Armut in mindestens zwei von drei Vorjahren

stellt, sondern das Mutter-Sein und die Zuständigkeit für Kinder. Dieses Armutsrisiko wird in Paarhaushalten meist durch das Einkommen des Vaters aufgefangen. Dies gelingt aber vielfach wahrscheinlich nur deshalb, weil Paare die Realisierung von Kinderwünschen vielfach von der finanziellen Situation des Haushaltes abhängig machen (Schmitt 2005; Tölke 2005).

Für Frauen wie Männer stellt die Arbeitslosigkeit ein hohes, ja steigendes Armutsrisiko dar. So leben 2003 63 Prozent der arbeitslosen Frauen und 52 Prozent der arbeitslosen Männer unterhalb der Armutsgrenze. 1998 lag diese Quote bei beiden Geschlechtern um 10 Prozent niedriger (ebd.: 80). In der besonders hohen Armutsquote arbeitsloser *Frauen* findet die schlechtere soziale Absicherung von Frauen durch die einkommensabhängige Arbeitslosenversicherung und die bedürftigkeitsabhängige Arbeitslosenhilfe (jetzt Arbeitslosengeld II) ihren Ausdruck. Die hohen Armutsquoten von Arbeitslosen machen noch einmal auf die große Bedeutung von Erwerbseinkommen für die Sicherung einer angemessenen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufmerksam.

Während manche der hier referierten Zahlen noch auf deutliche Geschlechterdiskrepanzen in Bezug auf das Armutsrisiko hinweisen, zeigen andere doch, dass viele Armutsrisiken Männer ähnlich wie Frauen treffen. Zum Teil könnte dies ein Artefakt sein, weil Frauen und Männer oft Bedarfsgemeinschaften bilden und dann zumindest statistisch betrachtet gemeinsam von Problemen betroffen sind.

Es ist unverkennbar, dass sich die Einkommenssituation innerhalb der Gruppe der Frauen und innerhalb der Gruppe der Männer enorm ausdifferenziert. Dort, wo mehrere Armutsrisiken kumulieren (niedriges Erwerbseinkommen, Kinder im Haushalt, allein Erziehen, Erwerbsunterbrechung wegen Kindern oder wegen Arbeitslosigkeit), sind die ökonomischen Ressourcen sehr viel knapper als bei qualifizierten, gut verdienenden allein Stehenden oder Paaren mit ein oder zwei Kindern. Insgesamt aber ist der Wohlstand in Deutschland noch immer deutlich zu Gunsten von Männern verteilt.

3.8 Ergebnisse im Überblick

Gleich, welchen Datensatz man einer Analyse der Erwerbseinkommen zu Grunde legt, die Erwerbseinkommen von Frauen liegen in Deutschland im Durchschnitt mindestens 20 Prozent unter denen von Männern. Damit nimmt Deutschland zusammen mit Österreich und Großbritannien unter den EU-Staaten einen der letzten Rangplätze im Hinblick auf die Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern ein. Die Einkommen der weiblichen Beschäftigten reichen im Osten Deutschlands allerdings immerhin bis 92 Prozent an die der männlichen Beschäftigten heran. Im Westen erreichen vollzeitbeschäftigte Frauen nur 76 Prozent der Einkommen von Männern. Frauen im Osten sicherten sich diese vergleichsweise hohen Einkommensanteile in einem beispiellosen Transformationsprozess, der mit starken Arbeitsplatzverlusten besonders unter den niedrig qualifizierten Beschäftigten verbunden war.

Die in Deutschland arbeitenden Frauen und Männer mit ausländischem Pass erzielen bei ungefähr gleicher Arbeitszeit im Durchschnitt deutlich geringere Einkommen als die Deutschen. Dies gilt noch einmal verschärft für *Frauen* ohne deutschen Pass.

Die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern hat mehrere Ursachen. So zeigt sich zum Beispiel, dass insbesondere auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt Frauen genau dort häufiger zu finden sind, wo generell schlechter entlohnt wird: Frauen sind seltener in gehobenen Positionen zu finden. Sie sind überproportional häufig in schlechter zahlenden Branchen beschäftigt. Sie arbeiten auch eher in kleineren Betrieben, wo generell schlechter bezahlt wird, und sie erreichen seltener solch lange Betriebszugehörigkeit wie Männer. Sie sind zudem im Durchschnitt jünger und (zurzeit noch) weniger qualifiziert. Es gibt also viele Faktoren, die unabhängig vom Geschlecht der Beschäftigten dazu beitragen, dass insbesondere Frauen im Westen selbst bei gleicher Arbeitszeit deutlich schlechter entlohnt werden als die männliche Vergleichsgruppe. Keines der hier aufgeführten Merkmale weiblicher Vollzeitbeschäftigter und ihrer Integration in den Arbeitsmarkt hat einen dominanten Einfluss auf die Einkommensunterschiede. Sie tragen alle jeweils begrenzt zur Erklärung der Einkommensunterschiede bei.

Gleichzeitig wird die Arbeit von Frauen selbst im gleichen Segment des Arbeitsmarktes fast immer schlechter bezahlt. Neben einer illegitimen Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten, die womöglich durch Tarifverträge gestützt wird, kommen als Erklärung für die vergleichsweise großen Einkommensunterschiede Besonderheiten des deutschen Berufsbildungssystems infrage, das in dem Bereich der industriellen und handwerklichen Berufe mit der betrieblichen Ausbildung eine Grundlage für Weiterbildung und Aufstieg (Geselle, Meister) anbietet, was für die von Frauen stark frequentierten schulischen Ausbildungsgänge und die Büroberufe bisher untypisch ist. Ein weiteres deutsches Spezifikum, das Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern fördert, stellen die im internationalen Vergleich sehr langen familienbedingten Berufsunterbrechungen von Frauen dar. Sie werden in Deutschland institutionell durch eine lange Arbeitsplatzgarantie nach der Geburt eines Kindes und durch ein unzureichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen gestützt. Verschiedene Studien zeigen, dass sich Erwerbsunterbrechungen nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig negativ auf die Lohnentwicklung von Beschäftigten auswirken. Die Lebensarbeitseinkommen von Frauen in Westdeutschland werden zusätzlich noch durch eine hohe Teilzeitguote der weiblichen Beschäftigten beeinträchtigt. Im europäischen Vergleich hat Deutschland einen besonderen Nachholbedarf, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Frauen die gleichen Chancen wie Männer erhalten, ihre qualifizierten Schul- und Berufsabschlüsse in entsprechende Einkommen umzusetzen.

4. Familien- und Lebensformen von Frauen und Männern

Das Wichtigste in Kürze:

- In den meisten EU-Mitgliedsstaaten sind die Geburtenziffern erheblich gesunken. In Deutschland beträgt die Geburtenziffer im Jahr 2003 1,34 Kinder pro Frau und liegt damit unterhalb des Durchschnitts in Europa (1,46).
- In der Gesamtschau der Bevölkerung ist das Alter von 35 bis 44 Jahren 2004 die familienintensivste Phase in Deutschland. Etwas mehr als jede zweite Person in dieser Altersgruppe lebt in einer traditionellen Familienform. Bleibt der Familienstand außer Acht, so haben in diesem Alter gut 10 Prozent mehr, nämlich insgesamt 67 Prozent, familiale Verpflichtungen. Der Anteil der Frauen, die in diesem mittleren Lebensalter mit einem Kind zusammenleben, liegt um 16 Prozent über dem der Männer.
- In Ostdeutschland leben mehr Menschen in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft mit Kindern und deutlich mehr allein Erziehende als in Westdeutschland.
- In der zugewanderten Bevölkerung beginnt die Familienphase früher als bei den Deutschen und sie lebt häufiger und im Verlauf des Lebens länger in einem familialen Verbund.
- Bei westdeutschen Frauen besteht ein klarer Zusammenhang zwischen Schulabschluss und Mutterschaft: Je höher der Schulabschluss, desto größer der Anteil der Frauen, bei denen im Alter von 35 bis 39 Jahren kein Kind im Haushalt lebt. Bei Hauptschulabsolventinnen sind dies 24 Prozent, bei Realschulabsolventinnen 28 Prozent und bei Frauen mit Hochschulreife 41 Prozent. Im Alter von Ende 30 leben je nach Schulabschluss 47 Prozent bis 56 Prozent der Männer in einem kinderlosen Haushalt. Der lineare Zusammenhang zwischen höherer Schulbildung und kinderlosen Haushalten, der bei Frauen offensichtlich ist, spiegelt sich bei Männern nicht wider.
- Das traditionelle Muster, wonach der Mann die höhere berufliche Position innehat, wird im Durchschnitt in Westdeutschland nur noch von knapp der Hälfte der Paare in ihrer aktuellen Partnerschaft realisiert. Auch eine Zunahme der Alters- und Bildungsgleichheit in Partnerschaften ist festzustellen.
- Scheidungen werden weit häufiger von Frauen als von Männern beantragt. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Geschlechterdiskrepanz ausgeprägter als im Westen.
- Im Rentenalter leben Männer noch überwiegend in einer Partnerschaft, während bei Frauen der Anteil der allein Lebenden mit dem Lebensalter stetig steigt. Dies ist eine unmittelbare Folge der wesentlich höheren Lebenserwartung von Frauen.

4.1 Einleitung

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Vielfalt von privaten Lebensformen und mit deren Bedeutung für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Lebensformen werden hier in Anlehnung an Hradil (2004: 87) verstanden als relativ beständige Konstellationen, in denen Menschen im Alltag mit den ihnen am nächsten stehenden Mitmenschen zusammenleben. Die Lebensform Familie als Vater-Mutter-Kind-Gemeinschaft ist für eine Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung in der mittleren Lebensphase noch immer von zentraler Bedeutung und auch für junge Menschen hat sie als gewünschte Lebensform kaum an Anziehungskraft verloren. Andere, so genannte neue Lebensformen haben neben der Familie aber an Gewicht gewonnen. Hierzu gehören das alleine Leben, das zusammen Wohnen ohne Trauschein, kinderlose Ehen, das Wohnen von (Ehe-) Paaren in zwei Haushalten, allein erziehende Mütter und Väter, die Fortsetzungs- und Patchworkfamilien, das Zusammenleben von Partnern des gleichen Geschlechts, die Lebensabschnittsgefährtenschaft, die Wohngemeinschaft. Zweifellos sind dies alles keine Erfindungen der letzten 40 Jahre. In der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der viele Väter nicht aus dem Krieg zurückkehrten und manche Witwen eine "Onkelehe"¹⁰⁵ eingingen, um ihren Anspruch auf eine Kriegswitwenrente nicht zu verlieren, und manche Frau Kinder wünschte, ohne in der dezimierten Männergeneration einen Mann zu finden. In dieser Zeit, in der der knappe Wohnraum zwangsbewirtschaftet wurde, wurde viel Neues aus der Not geboren. Die damaligen neuen Lebensformen wurden als Not- und Übergangslösungen toleriert, mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wurde aber erwartet, dass sich das alte bürgerliche Familienideal noch einmal etablieren ließe. Dies war freilich nur von vorübergehender Dauer. Beck-Gernsheim konstatierte 1994 zum Wandel der Familie: "Es entstehen mehr Zwischenformen und Nebenformen, Vorformen und Nachformen: Das sind die Konturen der "postfamilialen Familie" (Beck-Gernsheim 1994: 135). Wie auch in dieser paradoxen Begriffsbildung zum Ausdruck kommt, braucht jedes Reden und Schreiben über "Familie" heute eine Begriffsklärung. Wir orientieren uns hier an einem weiten Familienbegriff, wie er u.a. von Lenz 2003 vorgeschlagen wird:

"Als konstitutives Merkmal von Familie kann die Zusammengehörigkeit von zwei oder mehreren aufeinander bezogenen Generationen aufgefasst werden, die zueinander in einer besonderen persönlichen Beziehung stehen, welche die Position 'Elter'¹⁰⁶ und 'Kind' umfasst und dadurch als Eltern-Kind-Beziehung bezeichnet werden kann" (Lenz 2003: 495).

¹⁰⁵ Damit waren meist auf Dauer angelegte Paargemeinschaften gemeint, die aber nicht in eine Ehe übergeführt wurden.

¹⁰⁶ Mit dem Begriff "Elter" greift Lenz einen Vorschlag von Clason (1989) auf. Elter ist keine Neuschöpfung, sondern war im Frühneuhochdeutsch als Singular von Eltern gebräuchlich. Die Verwendung des Begriffs im Singular empfiehlt Lenz, um den Eindruck zu vermeiden, dass die Familienforschung implizit die Norm unterstelle, dass nur zwei "Elternteile" ein ganzes, eine Familie mit ihren Kindern bilden können (Lenz 2003: 496, Fußnote 3).

Nave-Herz stimmt der Betonung der Generationenachse als Kern von Familie zu, rät aber von einer Qualifizierung der Eltern-Kind-Beziehung als "persönliche Beziehung" ab. Diese scheint ihr vielmehr eine gegenwärtige "Sehnsuchtserwartung". Deren Realitätsgehalt hätte die Familienforschung zu überprüfen, nicht aber als Definitionsmerkmal von Familie vorauszusetzen. Als Charakteristikum von Familie betrachtet Nave-Herz vielmehr ein Zugehörigkeitsgefühl und eine Solidaritätsbeziehung zwischen Angehörigen unterschiedlicher Generationen, "gleichgültig von welcher Emotionsqualität die Solidaritätsbeziehung bestimmt ist" (Nave-Herz 2003: 547).

Ein solcher Familienbegriff lässt offen, ob zwischen "Elter" und Kind eine Blutsverwandtschaft besteht oder ob eine soziale Elternrolle angenommen wird, ob die Familie aus zwei Eltern oder nur aus einem Elternteil und dem Kind besteht, und wie viele weitere Verwandte sich dem Netz der Solidarität zugehörig fühlen. Offen bleibt auch, ob die zur "Familie" gehörenden Personen eine Haushaltsgemeinschaft bilden und welche emotionale Qualität die Beziehung hat. Zentral für den Familienbegriff ist also, dass mindestens die Positionen "Elter" und "Kind" besetzt sind. Nicht-eheliche sowie eheliche Partnerschaften ohne Kinder sind somit nach dieser Definition keine Familie.

Die folgenden Ausführungen können die an biologischer sowie sozialer Elternschaft, also an gelebten sozialen Fürsorgebeziehungen orientierte Bestimmung von Familie auf Grund der Datenlage nicht vollständig einlösen. So werden z.B. in den Mikrozensen, einer zentralen Datengrundlage für diesen Bericht, nur Personen erfasst, die gemeinsam in einem Haushalt leben. Auf dieser Datenbasis lässt sich für getrennt lebende Eltern eine Elternrolle für ein außerhalb ihres Haushalts lebendes Kind nicht ermitteln. Da Kinder nach einer Trennung der Eltern sowie im Fall nicht-ehelicher Geburten meist bei der Mutter leben, wird mit dieser Datenbasis der Anteil von Vätern unterschätzt. Auch ist es nicht möglich für Lebensphasen, in denen Kinder das Elternhaus verlassen haben, zu ermitteln, wer zuvor eine Mutter- bzw. Vaterrolle innehatte. So können z.B. mit Anfang 40 manche Frauen ihr erstes Kind bekommen, bei anderen Frauen sind die Kinder bereits ausgezogen. Es gibt weder für die biologische noch für die soziale Elternrolle eine völlig gesicherte Datenbasis. Surveybefragungen können zwar die vielfältigen Facetten von Elternschaft erfassen, die Repräsentativität ihrer Stichproben ist aber nicht in jedem Fall vollständig gewährleistet. Menschen, die gut erreichbar sind (z.B. Hausfrauen) sowie Angehörige der Mittelschicht sind häufig überrepräsentiert und damit einhergehend auch bestimmte Lebensformen. Diese kurzen Ausführungen zeigen zudem bereits, dass Analysen zur Elternschaft stets geschlechtsspezifisch differenziert werden müssen.

Um einen ersten Eindruck vom Wandel familialer Lebensformen zu vermitteln, präsentiert das Kapitel zunächst Daten zu Veränderungen und zum aktuellen Stand der Geburtenziffern im europäischen Vergleich sowie für Deutschland und des Anteils der außerehelich gebore-

nen Kinder (Kapitel 4.1.1 und 4.2.2). Danach wird die Verteilung der Lebensformen in Deutschland im Jahr 2004 für Frauen und Männer beschrieben (Kapitel 4.2). Diese Darstellung gibt die Basis ab für die daran anknüpfenden Ausführungen zu den verschiedenen Lebensphasen, beginnend mit der Phase des Erwachsenwerdens (Kapitel 4.3). Darauf folgend werden Angaben zur Paarfindung, zur Familiengründung sowie zu Trennung und Scheidung für das mittlere Lebensalter gemacht (Kapitel 4.4, 4.5, 4.6 und 4.7). Abschließend werden die Lebensformen älterer Menschen differenziert für Frauen und Männer sowie – soweit möglich – für die inländische und ausländische Bevölkerung beschrieben (Kapitel 4.8). Der letzte Abschnitt bietet eine Zusammenfassung der Ergebnisse (Kapitel 4.9).

Die Frage der Gleichstellung der Geschlechter in privaten Lebensformen ist nicht leicht zu beantworten. Die Antwort hängt stark von den Kriterien der Gleichheit, also von sich wandelnden Normen und Werten ab und von der alltäglichen Praxis der gelebten Beziehungen. Diese lässt sich über die formale Bestimmung des privaten Zusammenlebens nicht vollständig erschließen. Zudem kann eine Gleichstellung beider Partner nach soziodemografischen Merkmalen, z.B. wenn sich zunehmend bildungsgleiche Paare finden, in einer anderen Dimension Ungleichheit nach sich ziehen. Im Fall von bildungsgleichen Paaren würden sich z.B. soziale Kreise schließen und soziale Mobilität über eine Heirat wäre also kaum noch möglich.

4.1.1 Geburtenziffern im europäischen Vergleich

Die erhebliche Steigerung der Lebenserwartung (Abbildung 8.3) führte zusammen mit dem Sinken der Geburtenziffer in vielen Staaten Europas dazu, dass die aktive Familienphase im Lebenslauf vieler Frauen und Männer relativ zur Gesamtlebenserwartung kürzer wurde. Das Sinken der Geburtenziffer wurde in Deutschland nicht nur dadurch verursacht, dass Paare weniger Kinder bekamen, sondern auch, dass mehr Paare kinderlos blieben. Insofern stehen die Geburtenziffer und private Lebensformen von Frauen und Männern in enger Beziehung.

Zusammengefasste Geburtenziffer:

"Summe der altersspezifischen Geburtenziffern je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren" (Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, Tabelle 1.4). Die Berechnung der zusammengefassten Geburtenziffer erfolgt durch Multiplikation der altersspezifischen Geburtenziffer mit der Länge des Altersintervalls (also hier des Alters zwischen 15 und 49 Jahren). Die zusammengefasste Geburtenziffer sagt somit aus, wie viele Kinder 1.000 Frauen in diesem Altersintervall bekommen haben.

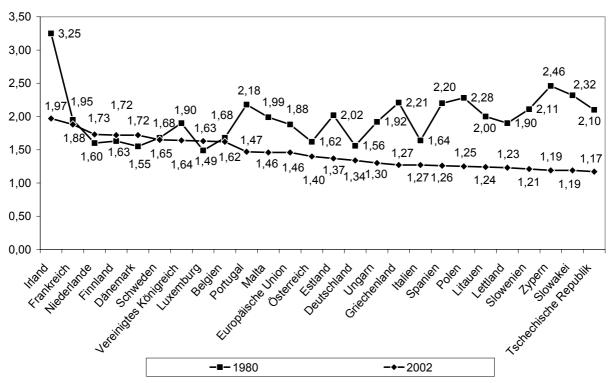
Der besseren Darstellbarkeit und Lesbarkeit wegen wird im Folgenden die zusammengefasste Geburtenziffer je Frau verwendet und verkürzt als Geburtenziffer bezeichnet.

Der europäische Vergleich der Geburtenziffern für die Zeit von 1980 bis 2002 verweist auf einen markanten Wandel: Die Geburtenziffern sind in fast allen Mitgliedsstaaten erheblich gefallen (Abbildung 4.1). Lag 1980 die durchschnittliche Geburtenziffer in Europa bei 1,88 Kindern pro Frau, so ist sie bis 2002 auf 1,46 gesunken. Mit 1,34 Kindern pro Frau liegt

Deutschland unterhalb des europäischen Durchschnitts. Die süd- und osteuropäischen Länder haben die markantesten Einbrüche in der Geburtenrate zu verzeichnen. Für das deutliche Absinken der Geburtenziffern in der gesamten EU sind in den einzelnen Ländern sicherlich unterschiedliche Gründe verantwortlich. So wird in den osteuropäischen Länden möglicherweise die Unsicherheit infolge der Transformationsprozesse ein Sinken der Geburtenziffern verursacht haben. In Südeuropa stehen andere gesellschaftliche Veränderungen, etwa eine Modernisierung der Lebensformen, im Vordergrund.

Es gibt auch Ausnahmen von dem beschriebenen Trend: In Frankreich, Schweden und Belgien sind die Geburtenziffern nahezu gleich geblieben und in Finnland, Dänemark und Luxemburg sogar leicht gestiegen. ¹⁰⁷ Entgegen früherer Beobachtungen, gehen heute in vielen Ländern hohe Frauenerwerbsquoten mit hohen Geburtenziffern einher. So sind z.B. mehr als 90 Prozent der Isländerinnen erwerbstätig; mit einer Geburtenrate von 1,93 gehören sie aber gleichzeitig zu den kinderreichsten Ländern Europas (Süddeutsche Zeitung 12./13.2.2005). Italien, mit einer Frauenerwerbsquote von 60 Prozent, gehört dagegen mit einer Geburtenrate von 1,26 zum Schlusslicht Westeuropas.

Abbildung 4.1: Geburtenziffern im europäischen Vergleich 1980 und 2002 (Kinder pro Frau)



Anmerkungen: Zypern: nur von der Regierung kontrolliertes Gebiet

2002: EU Schätzungen Eurostat; Spanien und Frankreich: vorläufige Angaben; Italien, Vereinigtes Königreich: nationale Schätzungen (einschließlich Vorausschätzungen)

Quelle: Eurostat 13/2004: 5

¹⁰⁷ Neuere Untersuchungen legen nahe, dass die vergleichsweise hohe Geburtenrate in den drei skandinavischen Ländern mit einer auf dem Gleichheitsprinzip basierenden Familienpolitik zusammenhängt (Neyer 2004: 3).

Ein weiteres Schlaglicht auf die Veränderungen von Familienformen wirft die Entwicklung des Anteils außerehelicher Geburten, die auch als Ausdruck veränderter Geschlechterrollen interpretiert werden kann. Wie Abbildung 4.2 zeigt, ist dieser Prozentsatz in allen europäischen Ländern ausnahmslos und deutlich gestiegen. Offenbar scheint in vielen Ländern Elternschaft nicht mehr in dem Maße wie vor einigen Jahrzehnten an die Ehe geknüpft zu sein. Lag der Anteil außerehelicher Geburten 1980 noch in den meisten Ländern unter 10 Prozent, so beträgt er zwei Jahrzehnte später im Durchschnitt bereits knapp 30 Prozent. Estland und Schweden nehmen mit einem Anteilswert von 56 Prozent die Spitzenposition ein und sind – zusammen mit Dänemark – als Vorreiterländer einzustufen. Deutschland liegt mit einem Wert von 26,1 Prozent nicht-ehelicher Geburten im Jahr 2002 unter dem europäischen Durchschnitt (29,2). In westeuropäischen Ländern gehen hohe Quoten nicht-ehelicher Geburten tendenziell mit hohen Geburtenziffern einher; neuere Partnerschaftsformen stehen also keineswegs in Widerspruch zu einer Familienorientierung.

60 56,3 50 44,3 40,6 39,9 40 43,1 39,7 40,2 29,1 29,2 30 26,1 25,3 31,4 29,5 21,6 21,6 27,9 25,5 23,2 17,8 20 14.4 13,1 12,5 10.8 18,3 46 8,8 10 6 11,5 3,9 0 Luddiede Union Lording Redding 0,6 Deutschland ides konideidi Frankreich Lettland Slowakei Spanien Finnland Danemark Italien Potugal Hand **-■-**1980 -2002

Abbildung 4.2: Anteil der außerehelichen Lebendgeborenen im internationalen Vergleich 1980 und 2002 (pro 100 Lebendgeborene)

Anmerkungen: Zypern: nur von der Regierung kontrolliertes Gebiet

2002: für EU und Spanien vorläufige Angaben; für Belgien und Italien Schätzungen Eurostat

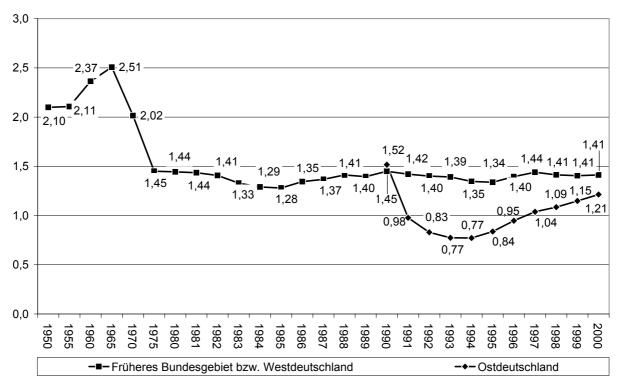
Quelle: Eurostat 13/2004: 5

4.1.2 Zur Veränderung der Geburtenziffern in Deutschland

Werfen wir nun einen Blick auf den Fertilitätswandel in Deutschland. Die aktuelle Geburtenziffer für das Jahr 2003 beträgt 1,34 Kinder pro Frau (Angaben des Statistischen Bundesamtes). Ein Rückblick auf die Entwicklung der Geburtenziffern im früheren Bundesgebiet bzw. in

Westdeutschland in den letzten fünf Jahrzehnten zeigt einen rapiden Rückgang von 2,51, dem höchsten Wert im Jahr 1965, auf 1,41 Kinder im Jahr 2000 (Abbildung 4.3). Der niedrigste Wert (1,28) wurde Mitte der 80er-Jahre erreicht. In den anderen Jahren bewegen sich die zusammengefassten Geburtenziffern wellenförmig zwischen 1,28 und 1,45; seit 1996 bis 2000 lag der Wert relativ konstant bei etwas über 1,4 Kindern pro Frau in Westdeutschland.

Abbildung 4.3: Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder pro Frau) in Westdeutschland und Ostdeutschland 1950 bis 2000



1 bis 1992 früheres Bundesgebiet

2 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Geburtenstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt: Tabelle 1.3.7

In der DDR betrugen die Geburtenziffern in den 80er-Jahren noch gut 1,7 Kinder pro Frau (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1989: 380). Wie aus Abbildung 4.3 zu ersehen ist, brach die Fruchtbarkeitsrate in den neuen Bundesländern nach der "Wende" stark ein; 1993/94 war ein Tiefststand von 0,77 Kindern pro Frau erreicht. Für die ostdeutschen Bundesländer bedeutet die Geburtenziffer von 1,21 Kindern pro Frau im Jahr 2000¹⁰⁸ daher bereits eine leichte Erholung. Während die ostdeutsche Entwicklung nach 1990 als Reaktion auf eine Phase extremer Unsicherheit zu interpretieren ist, hat die langfristige Entwicklung im Westen sehr komplexe Ursachen.

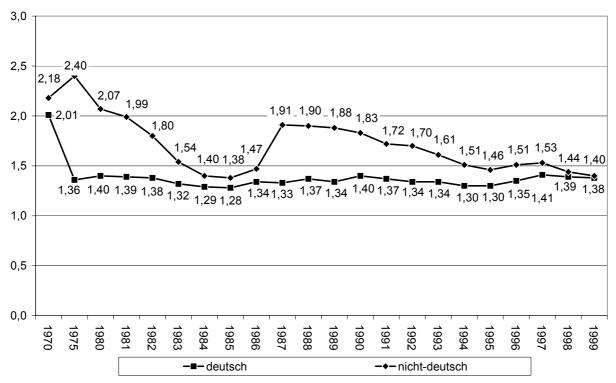
Die sinkenden Geburtenziffern stehen in engem Zusammenhang mit der Veränderung von

¹⁰⁸ Bedingt durch eine Gebietsreform in Berlin ist es dem Statistischen Bundesamt für die Jahre ab 2001 nicht mehr möglich diese Kennzahl getrennt nach Ost- und Westdeutschland auszuweisen.

Lebensplänen, von Geschlechterrollen, beruflichen Möglichkeiten und Anforderungen. Frauen bekommen u.a. deshalb weniger oder keine Kinder, weil ihnen höhere Bildung sowie eine eigene Berufstätigkeit und Karriere wichtig geworden sind, aber keine ausreichenden Möglichkeiten für die Betreuung von Kindern zur Verfügung stehen (zur Kinderlosigkeit in Abhängigkeit zur Schulbildung siehe Kapitel 4.5.3 sowie zur Vereinbarkeitsproblematik Kapitel 5). Unterstützt bzw. z.T. ausgelöst wurde die Entwicklung zu sinkenden Geburtenzahlen zusätzlich durch die Verfügbarkeit effizienter Verhütungsmittel. An dem Verlauf der Fertilitätskurve für das frühere Bundesgebiet ist abzulesen, dass der entscheidende Einbruch der Gesamtfruchtbarkeitsrate, der so genannte Pillenknick, zwischen 1965 und 1975 geschah. In diese Zeit fällt ebenfalls die Bildungsexpansion, von der in hohem Maß junge Frauen profitierten (Kapitel 1, Abbildung 1.1) und für die damit einhergehend eigene berufliche Ziele realisierbar wurden. Seit 1975 wurde im früheren Bundesgebiet eine Geburtenrate von maximal 1,45 Kindern pro Frau erreicht.

Interessant ist ebenfalls die Darstellung der zusammengefassten Geburtenziffern nach deutscher bzw. nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die für das frühere Bundesgebiet bzw. Westdeutschland zwischen 1970 und 1999¹⁰⁹ vorliegen (Abbildung 4.4).

Abbildung 4.4: Zusammengefasste Geburtenziffern (Kinder pro Frau) für Frauen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit¹ in Westdeutschland 1970 bis 1999



¹ Ausländerinnen und Ausländer sind Personen ohne deutschen Pass

Datenbasis: Geburtenstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt: Tabelle 1.3.7

109 Spätere Daten liegen vom Statistischen Bundesamt nicht vor, da das neue Staatsbürgerschaftsrecht keine einfache Fortschreibung mehr zulässt.

Für die in der Bundesrepublik ansässigen Migrantinnen waren in den 70er-Jahren bis Anfang der 80er-Jahre weit höhere Geburtenziffern im Vergleich zu deutschen Frauen festzustellen. Nach einem ersten Einbruch der Fertilität in der ersten Hälfte der 80er-Jahre auf durchschnittlich 1,38 Kinder lagen die Geburtenziffern der Frauen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit anschließend wieder für einige Jahre deutlich höher als die der deutschen. Seit Mitte der 90er-Jahre hat sich die Geburtenrate der Frauen mit Migrationshintergrund jedoch der der deutschen Frauen wieder angenähert. 1999 lag sie bei 1,39 und damit sogar etwas niedriger als die der weiblichen deutschen Bevölkerung (durchschnittlich 1,40 Kinder). Auf Grund fehlender neuerer Daten muss jedoch offen bleiben, ob dieser Trend anhält. Es deutet sich mit den niedrigen Geburtenziffern der späten 90er-Jahre jedoch an, dass es in der Migrantenbevölkerung ebenfalls zu einer Neuformierung von Familienbildungsprozessen kommt.

4.2 Private Lebensformen im Überblick für Deutschland im Jahr 2004

Ein Blick auf die Lebensformen Erwachsener gibt einen ersten, notwendig noch groben Hinweis auf geschlechtsspezifische Unterschiede in Deutschland sowie auf unterschiedliche Verhaltensweisen von inländischer und ausländischer Bevölkerung und westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern.

Markant sind die Unterschiede im jungen Lebensalter. Männer leben länger im Elternhaus als junge Frauen (Tabelle 4.1). Dies trifft auf die westdeutschen Bundesländer ebenso zu wie auf die ostdeutschen und – etwas abgeschwächt, aber trotzdem noch klar ausgeprägt – auch auf die nicht-deutsche Bevölkerung. Der Anteil lediger junger Männer, die bei den Eltern leben und 18 Jahre und älter sind, ist in den ostdeutschen Bundesländern mit 13,0 Prozent am größten, gefolgt von Männern in Westdeutschland (11,2 %) und Nicht-Deutschen (10,2 %). Bei den Frauen liegen die entsprechenden Werte dagegen nur um die 7 Prozent. Selbstständiges und eigenverantwortliches Leben im Alltag setzt bei Männern deutlich später ein als bei Frauen.

Tabelle 4.1: Private Lebensformen im Alter von 18 und mehr Jahren¹ in West- und Ostdeutschland² 2004 (in %)

	Westdeutschland		Ostdeutschland		ausländische Bevölkerung	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
ledige Kinder bei Eltern	11,2	6,7	13,0	7,0	10,2	7,0
allein lebend, ledig	11,3	7,8	11,0	6,4	11,3	5,9
allein lebend, nicht ledig	7,3	15,2	7,4	16,1	7,2	6,4
verheiratet zusammenle- bend, ohne Kind	30,3	28,1	31,5	29,3	21,1	22,5
verheiratet zusammenle- bend, Kind(er)	29,7	27,5	24,5	22,7	41,3	44,4
unverheiratet zusam- menlebend, ohne Kind	5,1	4,7	4,9	4,5	3,1	3,0
unverheiratet zusam- menlebend, Kind(er)	1,8	1,7	4,7	4,4	1,7	1,4
allein erziehend	1,2	5,8	1,3	7,5	1,2	6,8
sonstige Personen	2,0	2,5	1,7	2,1	2,7	2,7

¹ Bevölkerung am Familienwohnsitz

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung

Die Einbindung in eine familiale Lebensform ist bei ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in der erwachsenen Bevölkerung auffallend häufiger anzutreffen als bei Deutschen. Mehr als jede zweite Ausländerin (52,6 %) lebt mit mindestens einem Kind in ihrem Haushalt zusammen, bei den westdeutschen sind es 15 Prozent weniger (nämlich 35,0 %) und von den ostdeutschen Frauen haben 34,6 Prozent alltägliche familiale Aufgaben (unabhängig vom Familienstand). Das Gefälle bei den Männern ist geringer, aber in der Struktur ähnlich: 44,2 Prozent der ausländischen Männer leben mit einem Kind zusammen, wohingegen dies nur auf ca. jeden dritten der ost- und westdeutschen Männer zutrifft.

Die Lebensform allein erziehend ist über alle hier betrachteten Bevölkerungsgruppen hinweg ein eher weibliches Phänomen. Bei den Frauen in Ostdeutschland kommt dies mit 7,5 Prozent am häufigsten vor. Bei den Männern übersteigt der Anteil nicht den Wert von 1,3 Prozent. Männer leben hingegen überdurchschnittlich häufig als Ledige allein (ca. 11 %); bei den Frauen liegt dieser Wert zwischen 5,9 Prozent bei Nicht-Deutschen und bei 7,8 Prozent in den westdeutschen Bundesländern (Tabelle 4.1).

4.3 Die Phase des Erwachsenwerdens

4.3.1 Auszug aus dem Elternhaus und Lebensformen junger Frauen und Männer

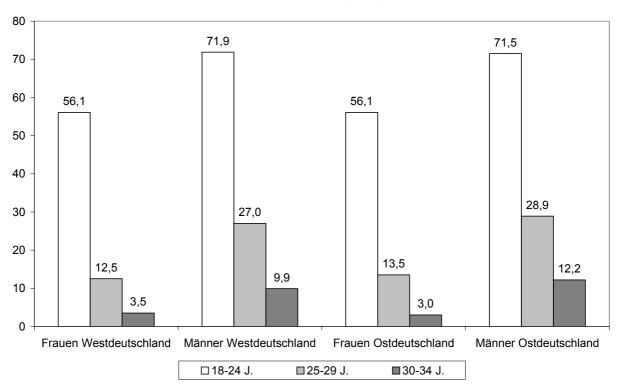
Nach obigem globalem Überblick über die Verteilung privater Lebensformen in Deutschland, werden im Folgenden entlang der Lebensphasen partnerschaftliche und familiale Lebens-

² Ostdeutschland einschl. Berlin- Ost

formen herausgearbeitet. Bereits die Lebensformen *junger* Frauen und Männer sind geschlechtsspezifisch deutlich unterscheidbar (Allbus 1980; 1982; 2000). So zogen zwischen 1972 und 1981 geborene Männer im Durchschnitt erst mit 26 Jahren aus dem Elternhaus aus, während Frauen derselben Kohorte dies bereits mit 21,5 Jahren taten (Weick 2002: 11).

In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen leben im Jahr 2004 72 Prozent der westdeutschen Männer noch im Elternhaus, aber nur noch 56 Prozent der Frauen (Abbildung 4.5). Dies setzt sich in den nächsten Altersgruppen fort. Mit Ende 20 leben 27 Prozent der Männer im Haushalt der Eltern im Vergleich zu 12,5 Prozent bei den Frauen (Tabelle A 4.1). Von den 30- bis 34-Jährigen sind in Westdeutschland immerhin noch knapp 10 Prozent der Männer "Nesthocker", bei den Frauen 3,5 Prozent (Tabelle A 4.2).

Abbildung 4.5: Ledige Kinder bei Eltern bzw. einem Elternteil nach Altersgruppen und Geschlecht¹ in West- und Ostdeutschland² 2004 (in %)



- 1 Bevölkerung am Familienwohnsitz
- 2 Ostdeutschland einschl. Berlin- Ost

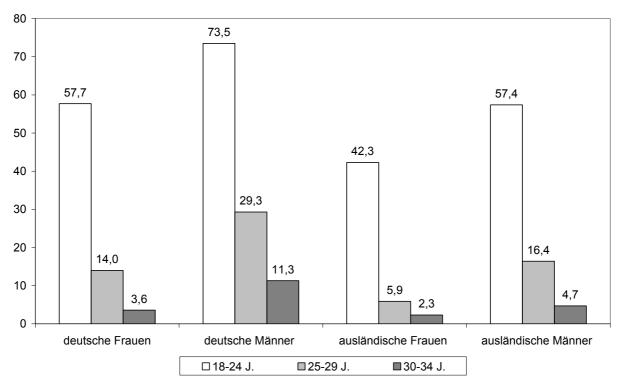
Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung (siehe Tabellen A 4.2 und A 4.3)

Junge nicht-deutsche Frauen und Männer verlassen deutlich früher das Elternhaus als deutsche. Die Anteile derer, die im Alter von 18 bis 29 Jahren noch bei den Eltern wohnen, liegen bei der ausländischen Bevölkerung sowohl für Männer als auch für Frauen sehr viel niedriger als bei den Deutschen (Abbildung 4.6). Zwischen den Geschlechtern besteht aber das gleiche Muster, d.h. auch in der ausländischen Bevölkerung werden Frauen deutlich früher selbstständig als Männer. Abbildung 4.6 weist für drei Altersstufen aus, in welchem Umfang Frauen und Männer mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Vergleich zu Deutschen

noch zu Hause wohnen. Männer, sowohl deutsche als auch nicht-deutsche, leben in jeder Altersgruppe zu größeren Anteilen als Frauen noch bei den Eltern. Deutsche Männer ziehen zudem später aus als ausländische Männer, und deutsche Frauen ziehen ebenfalls später aus als Ausländerinnen. Eine Erklärung liegt in der früheren Familienorientierung der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund.

Abbildung 4.6: Ledige Kinder bei Eltern bzw. einem Elternteil nach Altersgruppen, Geschlecht, deutscher und ausländischer Bevölkerung 2004 (in %)



- 1 Bevölkerung am Familienwohnsitz
- 2 Ostdeutschland einschl. Berlin- Ost

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung (siehe auch Tabellen A 4.4 und A 4.5)

Das Partnerschaftsleben und die Familienphase fangen in der zugewanderten Bevölkerung früher an und der Anteil derer, die mit einer Ehepartnerin bzw. einem Ehepartner und mindestens einem Kind zusammenleben, sich also in einer traditionellen Familienform befinden, ist deutlich größer. Ausländische Frauen unter 25 Jahren leben zu 14,6 Prozent bereits in einer Ehe und zu 4,7 Prozent nicht-ehelich mit einem Partner. Weitere 17 Prozent haben bereits mit ihrem Ehepartner eine Familie gegründet und 2,1 Prozent sind allein erziehend (Tabelle A 4.5). Von den deutschen Frauen unter 25 Jahren leben dagegen erst 3,7 Prozent in einer selbst gegründeten traditionellen Familie und 2,7 Prozent sind allein erziehend. Auch mit Ende 20 sind die Unterschiede offensichtlich: 48 Prozent der ausländischen und erst 22,3 Prozent der deutschen Frauen sind verheiratet und haben mindestens ein Kind.

Bei den ausländischen Männern sind im Alter von 18 bis 24 Jahren 7,2 Prozent verheiratet, 3,1 Prozent leben in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft und 4,9 Prozent leben mit

ihrer Ehefrau und Kindern zusammen (Tabelle A 4.5). Deutsche Männer dieser Altersstufe sind lediglich zu einem Prozent verheiratet, 5,4 Prozent unverheiratet mit ihrer Partnerin zusammen lebend, 1,1 Prozent leben mit ihrer Ehefrau und Kindern und 1,1 Prozent unverheiratet mit Partnerin und Kindern zusammen (Tabelle A 4.4).

Neben den Unterschieden in den Lebensformen zwischen in- und ausländischer Bevölkerung in jungem Alter sind auch die geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen markant. In den westdeutschen Bundesländern ziehen junge Männer später von zu Hause aus (siehe oben) und wohnen in der anschließenden Lebensphase zu größeren Anteilen allein als Frauen. Die Phase des allein Lebens erstreckt sich zudem über eine größere Lebensspanne. Die Gruppe der allein lebenden westdeutschen Männer umfasst vom jungen bis zum mittleren Lebensalter mindestens jeden fünften Mann: Im Alter von 25 bis 29 Jahren leben 28,3 Prozent allein in einem eigenen Haushalt, mit Anfang 30 25,7 Prozent und in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren 20,7 Prozent (Tabelle A 4.2). Die Anteilswerte für allein lebende westdeutsche Frauen liegen in jeder dieser Altersgruppen um ca. 10 Prozent niedriger. In Ostdeutschland ist die geschlechtsspezifische Struktur in den Anteilswerten allein Lebender sogar noch etwas ausgeprägter. Hier leben im Alter von 25 bis 34 Jahren etwas mehr Männer allein als in Westdeutschland, während es bei den Frauen etwas weniger sind (Tabelle A 4.3). Die nach Geschlecht zugespitzte Situation in den ostdeutschen Bundesländern könnte in Zusammenhang mit der stärkeren Abwanderung junger Frauen in die westdeutschen Bundesländer stehen (Werz/Nuthmann 2004).

4.3.2 Erste Partnerschaft: Alters- und Bildungshomogamie

Nach den geschlechtsspezifisch differenzierten Angaben zur Lösung vom Elternhaus und zum jungen Lebensalter folgen nun Ausführungen zur nächsten Lebensphase, nämlich zur ersten länger andauernden Partnerschaft. Hier werden Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede im Lebensalter sowie im Bildungsniveau bei Paaren dargestellt, wofür der Begriff Homogamie verwendet wird, und Veränderungen in den Paarkonstellationen in den letzten Jahrzehnten aufgezeigt. Alter und Bildung sind *strukturelle* Indikatoren für Gleichheit und Gleichberechtigung in einer Beziehung und geben Hinweise auf vermutlich eher traditionelle bzw. eher partnerschaftliche, also geschlechterdemokratisch ausgerichtete Partnerbeziehungen. Die Ausgestaltung einer Beziehung im Alltag und die subjektive Wahrnehmung der jeweiligen Partner über mögliche Gleichheit und Machtstrukturen in der Beziehung können hiervon jedoch durchaus abweichen.

In einem traditionellen gesellschaftlichen und familialen Regime haben Frauen weniger Chancen für Investitionen in Bildung und sind in ihrer Lebensplanung auf eine "gute Partie" als Möglichkeit für einen Statusaufstieg bei der Partnersuche ausgerichtet. Das Pendant für Männer bei der Partnerwahl ist eine Frau, die sich auf Haushalt und Familienarbeit speziali-

siert. Haben Frauen jedoch die Möglichkeit bzw. bestehen die Notwendigkeit oder der Wunsch in Bildung zu investieren, verändern sich sowohl die Gelegenheitsstrukturen bei der Partnersuche als auch die Entscheidungskalküle von Frauen und Männern für die Paarfindung. Die strukturellen Chancen im Ausbildungssystem und im Berufsleben einen gleich qualifizierten und gleichaltrigen Partner zu finden steigen. Durch die zunehmende Berufstätigkeit auch während einer Ehe und in der Familienphase kann Bildung bei der Partnerwahl zusätzlich an Bedeutung gewinnen, denn die Frau trägt dann mit ihrem Einkommen (dessen Höhe in Beziehung zu ihren Bildungsinvestitionen steht) zum zukünftigen Haushaltseinkommen bei. Dieser Wandel kann aber auch beinhalten, dass die Möglichkeiten für Frauen durch Partnerwahl und Heirat einen sozial höheren Status zu erlangen, abnehmen. Steigende Bildungshomogamie kann einerseits ein Hinweis auf mehr Gleichheit auf der Ebene einzelner Paare bedeuten. Andererseits kann es gleichzeitig ein Indikator für eine Schließung sozialer Kreise im Prozess der Paarbildung sein, der auf eine wachsende Kumulation sozialer Ungleichheiten zwischen Paaren hinweist.

In analoger Weise ist der Altersabstand bei Paaren einzuordnen. Eine älterer Partner hat – neben den auf dem Arbeitsmarkt noch immer zu konstatierenden allgemeinen Einkommens- unterschieden zwischen Frauen und Männern (Kapitel 3) – durch seine längere Berufserfahrung zumeist einen Vorsprung im Berufsleben. Unter traditionellen Rahmenbedingungen ist dies für eine Partnerin im Hinblick auf den sozialen Status und die materiellen Möglichkeiten von Vorteil. Bei gleichaltrigen Partnern verliert dieser Aspekt an Bedeutung; in diesen Paarbeziehungen werden Prozesse des Aushandelns unter Gleichberechtigten zunehmen.

Inwieweit lässt sich eine strukturell zunehmend partnerschaftlich ausgerichtete Partnerwahl für Deutschland ausmachen? Für die *erste Partnerbeziehung* zeigt sich auf der Basis des DJI-Familiensurveys sowohl bezogen auf das Lebensalter als auch auf das Bildungsniveau eine Neigung zur Homogamie, also zu einer großen Ähnlichkeit bzw. Gleichheit auf Paarebene. Auch wenn das Bild, das Frauen und Männer im Detail zeichnen, Unterschiede aufweist, lässt sich folgende Entwicklung konstatieren.

In der ersten Partnerschaft¹¹⁰ sind Paare zunehmend *altershomogam*, also gleichaltrig (Tabellen A 4.6, A 4.7). Von den Ende der 40er-Jahre geborenen westdeutschen Männern gaben 55 Prozent an, ihre erste Partnerin sei maximal zwei Jahre jünger bzw. älter gewesen. Bei den jüngeren, ab Ende der 60er-Jahre geborenen Männern ist ein Anstieg des Anteils der Gleichaltrigen sogar auf fast 76 Prozent zu verzeichnen. Nach den Angaben aus der Stichprobe der Frauen zeichnet sich derselbe Trend ab, der Anteil der Gleichaltrigen fällt in

¹¹⁰ Nach der im Familiensurvey vorgegebenen Definition musste eine Beziehung mindestens ein Jahr bestehen, um als feste Partnerschaft aufgenommen zu werden; dies gilt sowohl für die erste als auch für weitere Partnerschaften im Lebenslauf. Das Paar muss keine gemeinsame Wohnung haben.

den jeweiligen Geburtsjahrgängen jedoch nicht ganz so groß aus wie bei den Männern. ¹¹¹ Für den gleichen Zeitraum ist bei den Frauen ein Anstieg gleichaltriger Paare von 52 Prozent auf ca. 67 Prozent zu verzeichnen. Aus den Angaben der Männer sowie denen der Frauen ergibt sich weiterhin, dass große Altersunterschiede auf Paarebene in der frühen Phase der Partnerschaftsbiografie abnehmen ¹¹². Der Anteil der Männer, die in der ersten festen Beziehung deutlich älter, hier als mindestens sechs Jahre älter definiert, als ihre Partnerin sind, sinkt nach den Angaben der Männer von über 11 Prozent in der ältesten hier untersuchten Geburtskohorte (1946 bis 1950) auf unter 4 Prozent in den jüngeren Geburtsjahrgängen (1971 bis 1980). In der Frauenstichprobe reduziert sich der Anteil von Paaren mit älterem Partner geringer, nämlich von über 20 Prozent auf ca. 16 Prozent. Bei den jüngeren Paaren geht also der Anteil derer zurück, die das traditionelle Altersgefälle zwischen Partnerin und Partner ausweisen.

In den ostdeutschen Bundesländern liegen die Anteile gleichaltriger erster Paarbeziehungen in den jeweils vergleichbaren Kohorten fast durchweg höher als in den westdeutschen Bundesländern (Tabellen A 4.8, A 4.9). Ein hierüber hinausgehender zusätzlicher Trend zur Gleichaltrigkeit lässt sich jedoch zwischen den Kohorten nicht eindeutig ausmachen. Bei den Männern bewegen sich die Anteile gleichaltriger Paare zwischen 60 Prozent und 84 Prozent, bei den Frauen zwischen 55 Prozent und 72 Prozent. Auch hier ergibt sich somit ein etwas anderes Bild aus der Perspektive der Frauen als aus der der Männer. Große Altersunterschiede in der ersten Beziehung von sechs und mehr Jahren kamen in der ehemaligen DDR bzw. kommen in den ostdeutschen Bundesländern seltener vor als in den westdeutschen.

Frauen und Männer mit Fachhoch- bzw. Hochschulreife haben im Westen wie im Osten über fast alle Geburtskohorten hinweg tendenziell größere Anteile gleichaltriger erster Partnerschaften im Vergleich zu Befragten mit niedrigerem Schulabschluss (mit Ausnahme westdeutscher Männer mit Abitur der ältesten Geburtskohorte 1946 bis 1950). Diese Ergebnisse sollten auf Grund insgesamt kleiner Fallzahlen für die ostdeutschen Bundesländer sowie kleiner Fallzahlen in Untergruppen in den westdeutschen Bundesländern eher als tendenzielles Verhaltensmuster verstanden, aber nicht im Detail interpretiert werden.

Die erste, mindestens ein Jahr andauernde Beziehung beginnt ein Teil der jungen Menschen

¹¹¹ Im Familiensurvey wurden nicht Paare, sondern Individuen befragt. Die befragten Frauen und M\u00e4nner machten Angaben zu den soziodemografischen Merkmalen ihrer bisherigen Partnerinnen bzw. Partner. Dass die Angaben zum Alter sowie zur Bildung im aggregierten Geschlechtervergleich differieren, kann mehrere Gr\u00fcnde haben. So kann es sich um selektive Stichproben nach Erreichbarkeit handeln; zudem geh\u00f6ren Befragte, die ihre Partnerin bzw. ihren Partner charakterisieren, nicht notwendig der gleichen Kohorte bzw. Altersgruppe wie diese bzw. dieser an.

¹¹² Bei diesem Ergebnis können aber auch Unterschiede in der Wahrnehmung und Erinnerung eine Rolle spielen. Die Fragen zur ersten stabilen Beziehung wurden retrospektiv gestellt. Bei den Jüngeren ist diese Beziehung noch präsenter oder dauert sogar noch an, während die Älteren eventuell im Nachhinein nicht mehr jede stabile Partnerschaft benannt haben.

bereits während ihrer Schulzeit. Da für diesen Fall in der vorliegenden Erhebung, dem DJI-Familiensurvey 2000, für die Partnerin bzw. den Partner nicht nach dem besuchten Schultyp gefragt wurde, lassen sich für diese Paare keine Angaben über *Bildungshomogamie* (bezeichnet das gleiche schulische Bildungsniveau für beide Personen in der Partnerbeziehung) machen. Deshalb sind sie aus der folgenden Betrachtung ausgeschlossen. Für die verbleibende Gruppe, bei der also für beide Partner Angaben zum ersten Schulabschluss vorliegen, sind die Anteile bildungsgleicher Paarkonstellationen in fast allen hier untersuchten Geburtsjahrgängen am größten (Tabellen A 4.10, A 4.11). Hierbei zeigt sich – zumindest bei den Männern – gleichzeitig eine Abhängigkeit von der Höhe des Schulabschlusses. Hauptschulabsolventen bilden in Westdeutschland mit 60 Prozent bis 75 Prozent (je nach Geburtskohorte) am häufigsten bildungshomogame Paare – im Vergleich zu Männern mit mittlerem oder höherem Abschluss. Männer mit Abitur haben im Vergleich zu den anderen Schulabschlüssen zwar die geringste Homogamie, aber auch bei ihnen gehen – je nach Kohortenzugehörigkeit – zwischen 38 Prozent und 60 Prozent eine erste langfristige Beziehung mit einer Frau gleichen schulischen Bildungsniveaus ein.

Aus der Sicht der befragten westdeutschen Frauen mit Hauptschulabschluss ist der Grad der Homogamie mit den Anteilswerten von 72 Prozent bis 80 Prozent noch höher als bei den Männern mit gleichem Abschluss (Tabelle A 4.10, Tabelle A 4.11). Lässt sich bei den Männern mit den jüngeren Kohorten eine leicht abnehmende Tendenz in der Homogamie ausmachen - Hauptschulabsolventen gehen in neuerer Zeit also etwas häufiger eine erste Beziehung mit einer bildungshöheren Frau ein –, so liegen die Anteile für Homogamie bei den Hauptschulabsolventinnen im Kohortenvergleich fast durchweg auf einem gleich bleibend hohen Niveau. Zumindest in der ersten Beziehung ist die (erfolgreiche) Suche nach der "guten Partie" nicht das gängige Muster bei Hauptschulabsolventinnen. Bei den Abiturientinnen liegt der Anteil bildungsgleicher Paare zwischen den Kohorten bei 45 Prozent und 69 Prozent. Bei ihnen lässt sich eine abnehmende Tendenz zur Homogamie ausmachen, d.h. in den älteren Kohorten gingen Frauen mit Abitur häufiger mit einem Abiturienten eine erste Beziehung ein als in den jüngeren Kohorten bzw. jüngere Abiturientinnen wählen nun zunehmend auch bildungsniedrigere Partner für ihre erste Beziehung. Für die ostdeutschen Bundesländer können keine verlässlichen Aussagen gemacht werden; der Anteil derer, die bereits in der Schulzeit eine erste feste Beziehung eingingen, lag in allen Kohorten höher als in Westdeutschland. Die Fallzahl für die verbleibenden Paarkonstellationen ist für zuverlässige Aussagen zu gering.

Zusammenfassend zeichnet sich nach diesen Ergebnissen in den westdeutschen Bundesländern bei der ersten erfolgreichen Partnerfindung mit jeweils jüngeren Geburtsjahrgängen eine Tendenz zur Gleichaltrigkeit ab; da diese in den ostdeutschen Bundesländern bereits bei den älteren Geburtsjahrgängen größer war als in den westdeutschen, findet in diesem Punkt eine Annäherung des Westens an den Osten statt. Im Hinblick auf das Bildungsniveau lässt sich kein einheitlicher Prozess zur Homogamisierung in der ersten stabilen Partnerschaft ausmachen; es scheinen unterschiedliche Mechanismen in Abhängigkeit von Schultyp und Geschlecht zu wirken. Weitergehende Analysen auf der Basis anderer Datensätze sowie insbesondere auf Paarebene sind jedoch zur Absicherung dieser Aussagen notwendig und wünschenswert. Im Hinblick auf die erste Heirat haben Blossfeld/Timm (2003) ebenfalls einen langfristigen Trend zur Bildungshomogamie festgestellt. Zur Homogamie in der zum Interviewzeitpunkt aktuellen Beziehung erfolgen weiter unten Angaben (Kapitel 4.5).

4.3.3 Kinderwunsch

In der Vergangenheit lag die persönlich als ideal angesehene Kinderzahl in fast allen europäischen Staaten im Durchschnitt zwischen zwei und drei Kindern. Dieses Ideal lag deutlich über der Zahl der tatsächlich geborenen Kinder. Die Daten des Eurobarometer 2001 zeigen nun, dass nicht nur die Zahl der tatsächlich geborenen Kinder zurückgeht, sondern dass in einigen europäischen Staaten, nämlich in Deutschland und Österreich insbesondere bei den jüngeren Frauen auch die gewünschte Kinderzahl deutlich unter zwei gesunken ist (Lutz/Milewski 2004: 2). Nach den Angaben des Eurobarometer¹¹³ (2001) nannten 20- bis 34-jährige Frauen in Ostdeutschland im Durchschnitt 1,6 Kinder pro Familie als persönliche ideale Kinderzahl, Frauen in Westdeutschland lagen mit 1,7 Kindern als Ideal kaum über diesem Wert (ebd.). Diese Ergebnisse führen zu dem beunruhigenden Resultat, dass Deutschland und Österreich die einzigen europäischen Länder sind, in denen der Kinderwunsch – und nicht nur die reale Geburtenrate – deutlich unter dem zur gesellschaftlichen Reproduktion notwendigen Wert von zwei Kindern liegt (ebd.)

Einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach von 2004 ist zu entnehmen, dass kinderlose Frauen zu einem deutlich höheren Prozentanteil als Männer einen entschiedenen Kinderwunsch haben. Die Anteile der kinderlosen 18- bis 44-Jährigen, die dezidiert keine Kinder haben wollen, sind in dieser Studie bei beiden Geschlechtern jedoch erstaunlich nahe beieinander. Bei Männern beträgt der Anteil 24 Prozent und bei Frauen 21 Prozent (Tabelle 4.2). Die sehr große Unbestimmtheit des Kinderwunsches bei kinderlosen Männern ist wohl das wichtigste Ergebnis aus diesen Daten.

¹¹³ Im Eurobarometer 2001 wurden die beiden folgenden Fragen gestellt:

^{(1) &}quot;Generally speaking, what do you think ist the ideal number of children for a family?"

^{(2) &}quot;And for you personally, what would be the ideal number of children you would like to have or would have liked to have had?" (Goldstein/Lutz/Testa 2003: 6).

Tabelle 4.2: Kinderwünsche von Eltern und Kinderlosen in Deutschland 2004 (in %)

Frage: "Wie ist das bei Ihnen: Möchten Sie einmal Kinder haben, oder möchten Sie keine?"	Frauen	Männer	Insgesamt
bzw. "Wie ist das bei Ihnen: Möchten Sie weitere Kinder haben, oder möchten Sie keine mehr?			
(a) 18- bis 44-jährige Kinderlose			
ja, möchte bestimmt Kinder	52	34	42
ja, vielleicht	27	41	35
nein, keine Kinder	21	24	23
keine Angabe	/	1	1
(b) 18- bis 44-jährige Eltern			
ja, möchte bestimmt weitere Kinder	11	11	11
ja, vielleicht	15	14	15
nein, keine weiteren Kinder mehr	73	73	73
keine Angabe	1	2	1

Datenbasis: IfD-Umfrage 5177

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach 2004

Auch die 2005 vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung vorgestellten Ergebnisse der 2003 durchgeführten "Population Policy Acceptance Study" bestätigen den inzwischen deutlich gesunkenen Kinderwunsch der deutschen Frauen sowie den noch geringeren Kinderwunsch der Männer: Nach der Zahl der gewünschten Kinder gefragt, gaben die befragten Frauen im Alter von 20 bis 39 Jahren durchschnittlich 1,74 und die Männer 1,57 Kinder an (Dorbritz/Lengerer/Ruckdeschel 2005: 36). Die Zahl derer, die sich keine Kinder wünschen, variiert in Deutschland beträchtlich nach Geschlecht und nach Region. Bei den Frauen in Ostdeutschland ist der Kinderwunsch noch sehr verbreitet, während von den westdeutschen Männern jeder Vierte einen Kinderwunsch verneint (Tabelle 4.3). Es wird in dieser Tabelle stärker als in der vorangegangenen sichtbar, dass es insbesondere junge Männer sind, die dezidiert keine Kinder haben wollen.

Tabelle 4.3: Zahl gewünschter Kinder von 20- bis 39-jährigen nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

	Westdeutschland		Ostdeu	utschland
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
keine Kinder	16,6	27,2	5,8	21,1
ein Kind	14,5	13,0	28,7	24,2
zwei Kinder	53,7	40,0	50,6	45,0
drei Kinder	11,6	16,2	11,6	7,6
vier Kinder und mehr	3,7	3,5	3,3	2,0
durchschnittlich gewünschte Kinderzahl	1,73	1,59	1,78	1,46

Datenbasis: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Population Policy Acceptance Study

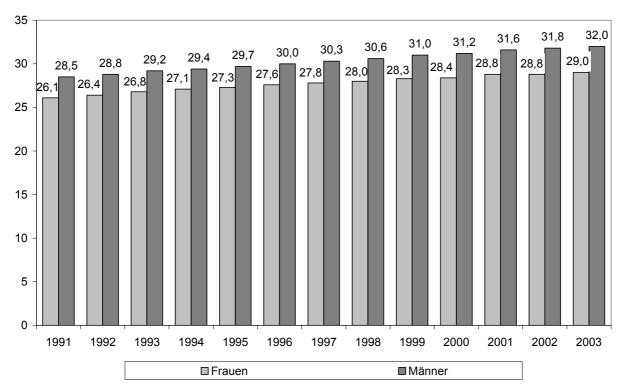
Quelle: Dorbritz/Lengerer/Ruckdeschel 2005: 36

4.4 Heirat und Übergang zur Elternschaft

4.4.1 Alter bei erster Heirat und Geburt des ersten Kindes

Sowohl für Frauen als auch für Männer steigt das durchschnittliche Alter bei Erstheirat kontinuierlich an (Abbildung 4.7). Auffallend ist hierbei, dass der Anstieg des Heiratsalters bei den Männern für den hier betrachteten Zeitraum seit 1991 von 28,5 Jahren auf 32 Jahre deutlich über dem von Frauen (Anstieg von 26,1 auf 29) liegt. Bei Frauen tritt die Heirat heute im Durchschnitt 2,9 Jahre später ein als noch Anfang der 90er-Jahre im Vergleich zu einem Anstieg von 3,5 Jahren bei den Männern in diesem Zeitraum. Das zeitliche Aufschieben der Heirat ist Teil eines bereits länger andauernden Wandels in Westdeutschland. Ob der verstärkte Aufschub bei Männern mit einer schwieriger gewordenen Etablierung im Berufsleben zusammenhängt, kann auf der Basis dieser Daten nicht beantwortet werden, erscheint jedoch durchaus plausibel (Tölke 2005). In der DDR lässt sich kein ähnlich geradliniger Trend beim Aufschieben der Heirat beobachten: Hier heirateten ledige Frauen bis in die 80er-Jahre mit durchschnittlich ca. 22 Jahren und Männer mit ca. 24 Jahren. Erst nach der Wende kam es in den ostdeutschen Bundesländern zu einem vergleichbaren kontinuierlichen Anstieg des Erstheiratsalters für beide Geschlechter.

Abbildung 4.7: Durchschnittliches Heiratsalter Lediger in Deutschland 1991 bis 2003 (in Altersjahren)

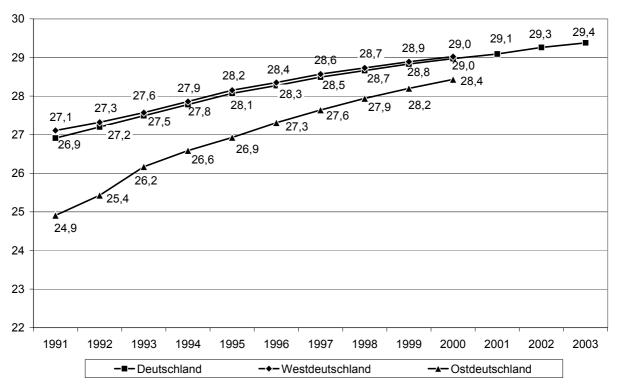


Datenbasis: Bevölkerungsstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

¹¹⁴ So betrug das durchschnittliche Heiratsalter lediger westdeutscher Frauen 1970 noch 23 Jahre und lediger Männer 25,6 Jahre (Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik).

Analog zum Anstieg des Heiratsalters stieg auch das Alter bei Geburt des ersten Kindes. Das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Geburt ihres ersten ehelich geborenen Kindes lag in den 60er-Jahren im früheren Bundesgebiet bei knapp 25 Jahren, 1991 war es für Westdeutschland auf 27 Jahre und bis zum Jahr 2000 auf 28,9 Jahre gestiegen (Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik). 2003 betrug das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten ehelich geborenen Kindes für Gesamtdeutschland 29,4 Jahre (Abbildung 4.8).

Abbildung 4.8: Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihres ersten ehelich lebend geborenen Kindes in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1991 bis 2003 (in Jahren)



Anmerkung: Die Daten für Westdeutschland und Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost werden getrennt nur bis einschließlich 2000 ausgewiesen.

Datenbasis: Geburtenstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

Ein Vergleich der Entwicklung des Erstgebärendenalters zwischen BRD und DDR zeigt bis zur Wende deutliche Unterschiede. 1970 betrug das durchschnittliche Alter bei der ersten Geburt im früheren Bundesgebiet 24,3 Jahre und in der DDR nur 21,9 Jahre. Im Gebiet der ehemaligen DDR war das Erstgebärendenalter noch lange niedrig: 21,6 im Jahr 1980 und noch 1989 22,9 Jahre. Mit der Wende hat ein zeitliches Aufschieben der Mutterschaft eingesetzt. 1991 lag das durchschnittliche Alter bei Erstgeburt bereits bei ca. 25 Jahren (Herlyn/Krüger 2003: 15). Seitdem ist ein paralleler Anstieg des Alters bei der ersten Mutterschaft zu verzeichnen (Abbildung 4.8). Im Jahr 2000 ist das durchschnittliche Erstgebärendenalter mit 28,4 Jahren in den ostdeutschen Bundesländern nur noch unwesentlich geringer als in den westdeutschen Bundesländern mit 28,9 Jahren (Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik, Sonderauswertung). Insofern muss ein allgemeiner, kontinuierlicher und anhaltender

Trend zu einer späteren Mutterschaft konstatiert werden.

4.4.2 "Frühe" Mutter- und Vaterschaft

Neben dem offensichtlichen Anstieg des Alters bei der Geburt des ersten Kindes, ist auch ein leichter Anstieg früher Mutterschaft zu erkennen. Der Anteil ist jedoch – insbesondere im internationalen Vergleich – immer noch sehr gering. Während es in Deutschland aktuell jährlich 13 Geburten je 1.000 Mädchen zum Alter von 15 und 19 Jahren gibt, liegt diese Zahl in Großbritannien bei 31 und in den USA bei 52 Geburten (Mailinglistenservice BMFSFJ 12.8.2004, mit Bezug auf die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Von allen verheirateten Frauen mit Kindern gehören in Deutschland nur 1,8 Prozent der Altersgruppe unter 25 Jahren an, von allen verheirateten Vätern sogar nur 0,5 Prozent (Tabelle 4.4).

Tabelle 4.4: Ehefrauen und Ehemänner mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)

Alter	Ehefrauen (in %)	Ehemänner (in %)
unter 25 Jahre	1,8	0,5
25 bis 35 Jahre	19,5	13,1
35 bis 45 Jahre	41,8	38,3
45 bis 55 Jahre	27,0	31,1
55 bis 65 Jahre	7,2	12,4
65 bis 75 Jahre	2,2	3,8
75 und mehr Jahre	0,5	0,8

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004ai

Betrachtet man die frühe Elternschaft unabhängig vom Familienstand, so ergibt sich folgendes Bild. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es 2002 in den westdeutschen Bundesländern 5.320 Geburten von Frauen, die jünger als 18 Jahre waren und von 20.558 Frauen, die jünger als 20 Jahre waren. In den ostdeutschen Bundesländern waren 1.840 Mütter unter 18 Jahre alt und 6.138 unter 20 Jahre alt (schriftliche Mitteilung von Frau Sommer, Statistisches Bundesamt). Für Gesamtdeutschland bedeutet dies prozentual, dass lediglich 1,1 Prozent aller Geburten Frauen unter 18 und 3,9 Prozent aller Geburten Frauen unter 20 Jahren zuzuschreiben sind. So niedrig diese Quoten auch sind, sie bedeuten doch einen leichten Anstieg von Teenagerschwangerschaften. Im Jahr 1996 war bei 0,6 Prozent aller Geburten die Mutter jünger als 18 Jahre, 2001 bei 0,7 Prozent. Ein kleiner Sprung erfolgt im Jahr 2002 auf 1,1 Prozent. Auch wenn die Zahlen sehr niedrig sind, sollte darauf hingewiesen werden, dass bei Frauen eine frühe Elternschaft deutlich stärker in ihren Alltag und in ihre Lebensplanung eingreift als bei jungen Männern. Häufig leben die jungen Eltern nicht zusammen und die junge Frau ist allein erziehend. Insbesondere Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Mutterschaft und schulischer sowie beruflicher Ausbildung treffen die jungen Frauen langfristig, da in dieser Lebensphase die Basis für ihre weitere berufliche Entwicklung gelegt werden müsste.

4.4.3 "Späte" Mutter- und Vaterschaft

Unter "später Mutter- bzw. Vaterschaft" wird im Folgenden die Familiengründung ab einem Alter von 35 Jahren verstanden. Diese Altersgrenze lehnt sich an die Festlegung der Medizin an. Die fruchtbare Phase, in denen Frauen Kinder bekommen können, ist auf ein Alter bis etwa 50 Jahre begrenzt. Die Wahrscheinlichkeit schwanger zu werden nimmt bereits ab dem Alter von ca. 30 Jahren ab. Zudem gibt es bei älteren werdenden Müttern sowohl eine höhere Wahrscheinlichkeit genetischer Veränderungen beim Embryo (wie etwa Down-Syndrom) als auch ein höheres Fehlgeburtsrisiko.

Abbildung 4.9 verdeutlicht die in den letzten Jahren auffallende Zunahme der Erstgeburten von verheirateten Frauen, die bei der Geburt des Kindes mindestens 35 bzw. 40 Jahre und älter waren. 115 Seit Beginn der 90er-Jahre nimmt der Anteil später ehelicher Erstgeburten für Frauen ab 35 Jahren stetig zu; er hat sich innerhalb von zwölf Jahren fast verdreifacht, indem er von 5,7 Prozent auf 16,9 Prozent im Jahr 2003 gestiegen ist. Diese Quote stieg bei den "besonders späten" Erstgeburten, nämlich bei Frauen ab 40 Jahren, zunächst ebenfalls kontinuierlich an. Zusätzlich erfolgte in dieser Altersgruppe seit 1998 jedoch ein verstärkter und im Jahr 2003 sogar sprunghafter Anstieg. 1991 hatten nur 0,8 Prozent der erstgeborenen Kinder eine Mutter von 40 Jahren und älter, im Jahr 2000 waren es 1,8 Prozent und 2003 bereits 3,9 Prozent. Bei dieser Entwicklung handelt es sich vermutlich nicht nur um eine Ausnahmeerscheinung, sondern auf Grund des kontinuierlichen und in den letzten Jahren sogar zunehmenden Trends möglicherweise um den Beginn einer "Normalisierung" später Erstgeburten. Dieser Wandel geht bei Frauen einher mit einem steigenden Bildungsniveau, der zunehmenden Partizipation am Arbeitsmarkt und dem Interesse am beruflichen Vorwärtskommen. Dass der Aufschub der Familiengründung verstärkt durch besser ausgebildete Frauen getragen wird, wird in Kapitel 4.5.3 aufgegriffen und detaillierter belegt.

^{115 &}quot;Da es die gesetzlichen Regelungen zur Erfassung von Geburten bei den Standesämtern nur erlauben, diese für bestehende Ehen nach der Reihenfolge und dem Alter der Mutter festzuhalten, werden die Daten eine überhöhte Quote später erster verheirateter Mütter belegen, zumal eine zunehmende Anzahl von Frauen vor der derzeit bestehenden Ehe bereits Mütter von unehelich geborenen Kindern oder von Kindern aus einer anderen Ehe sein können (Dorbritz/Schwarz 1996: 233). Die reale Gesamtquote der späten ersten Geburt muss deshalb nicht niedriger sein, denn Experten schätzen die Quote der späten, nicht verheirateten Erstgebärenden aus den westdeutschen Bundesländern als überdurchschnittlich hoch ein (Dorbritz/Gärtner 1995)" (Herlyn/Krüger 2003: 16 f.).

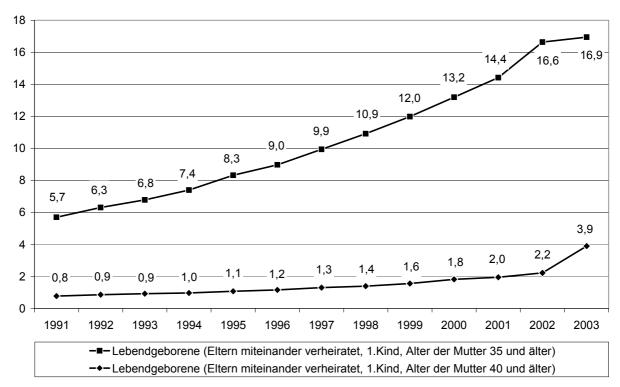


Abbildung 4.9: Lebendgeborene erste Kinder von miteinander verheirateten Eltern nach dem Alter der Mutter in Deutschland (in % an allen ersten Geburten)

Datenbasis: Geburtenstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

Aber auch für Männer ist eine Familiengründung abhängig vom Lebensalter. Auch wenn Männer potenziell bis ins hohe Alter ein Kind zeugen können, so gibt es doch ein "soziales Zeitfenster" für eine Vaterschaft. Nach den Ergebnissen von Tölke (2005) nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Erstvaterschaft ab Mitte 30 bereits signifikant ab. Aus der Untersuchung "männer leben" (Helfferich u.a. 2004) geht zudem hervor, dass auch Männer subjektiv ein solches Zeitfenster wahrnehmen und nur 10 Prozent der Befragten eine Vaterschaft für zeitlich unbegrenzt möglich halten. Dieser subjektiven Einschätzung entspricht auch ein weiteres Ergebnis dieser Studie, dass nämlich zwei Drittel der über 44-jährigen kinderlosen Männer keine Kinder wollen.

Einige wichtige Zwischenergebnisse des Abschnitts 4.5 seien an dieser Stelle zusammengefasst:

Das durchschnittliche Heiratsalter Lediger ist in Deutschland seit 1991 für Frauen um drei Jahre (von 26 Jahre auf 29 Jahre in 2003) und für Männer um dreieinhalb Jahre (von 28,5

^{116 &}quot;Die mittlere angegebene Altersgrenze für eine Vaterschaft liegt bei 50,5 Jahren. Dabei setzen die, die später das erste Kind bekommen haben, und die, die sich noch Optionen auf Vaterschaft biografisch offen halten möchten, die Altersgrenze höher an. In den qualitativen Interviews finden sich Vorstellungen von einem "Zu jung/Zu früh" für Kinder (z.B. berufliche und partnerschaftliche Voraussetzungen für Familie fehlen, Jungsein als Phase der "Freiheit" soll nicht zu früh enden). Eine obere Altersgrenze wird z.B. damit begründet, dass der Generationenabstand nicht zu groß werden soll" (Helfferich u.a. 2004, Männer leben – Auszug aus dem Basisbericht: 2 f.).

Jahre auf 32 Jahre in 2003) gestiegen. Außerdem erhöhte sich das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes in diesem Zeitraum von 26,9 Jahre auf 29.4 Jahre.

Der Anteil von Geburten bei unter 18-Jährigen hat sich in den letzten Jahren nur leicht erhöht. Waren 1996 0,6 Prozent aller Geburten Müttern unter 18 Jahren zuzurechnen, betrug dieser Wert 2002 1 Prozent.

Der Prozentsatz der von verheirateten Frauen ab 35 Jahren geborenen *ersten* Kinder ist von knapp 6 Prozent im Jahr 1991 auf knapp 17 Prozent im Jahr 2003 gestiegen (in Prozent aller Erstgeburten)

Die gewünschte ideale Kinderzahl 20- bis 34-jähriger Frauen beträgt in Deutschland nur noch 1,7. Lediglich 52 Prozent der kinderlosen 18- bis 44-jährigen Frauen und sogar nur 34 Prozent der kinderlosen Männer dieser Altersgruppe sind sich sicher, dass sie "bestimmt" Kinder haben wollen.

Es zeichnet sich in diesen Zahlen ein soziales Phänomen des Hinausschiebens von Heirat und Elternschaft ab, das in den vergangenen zwölf Jahren – nach einer zumindest für Westdeutschland bereits vorausgegangenen Steigerung – neue Dimensionen angenommen hat. Weiterhin nimmt das in anderen Ländern, z.B. Großbritannien, viel diskutierte Problem der Teenagerschwangerschaften in Deutschland quantitativ einen eher geringen Umfang ein. Das für Deutschland brisante Thema in diesem Zusammenhang ist das Hinauszögern, die Verringerung und letztlich das Aufgeben des Kinderwunsches. Der genaue Umfang konnte an dieser Stelle nur für Frauen dargestellt werden, da es hierzu für Männer keine Daten aus der amtlichen Statistik gibt. Allerdings deutet sich in den Ergebnissen der Studie "männer leben" wie aus den Daten des Statistischen Bundesamts zu Lebensformen bei Männern eher ein noch größeres Hinauszögern des Elternwerdens an. Wie bereits oben angesprochen, lebt gerade in den jüngeren Altersgruppen bis 34 Jahre stets ein sehr viel kleinerer Anteil an Männern mit Kindern im Vergleich zu Frauen. Erst im Alter von 35 bis 44 Jahren leben Männer im vergleichbar hohen Umfang wie Frauen mit Kindern (Tabelle A 4.1, Tabelle A 4.2).

4.5 Lebensformen im mittleren Lebensalter

4.5.1 Männer und Frauen mit Kindern

Im *mittleren Lebensalter*, hier eingegrenzt auf das Alter von 35 bis 44 Jahren, leben in Deutschland 55 Prozent der Bevölkerung, also etwas mehr als jede zweite Person, in einer traditionellen Familienform, ist also verheiratet und hat mindestens ein Kind (Tabelle A 4.1). Gut 11 Prozent mehr, nämlich insgesamt 66 Prozent, haben in diesem Alter familiale Verpflichtungen, d.h. in ihrem Haushalt lebt mindestens ein Kind – unabhängig davon, ob es eine Partnerin bzw. einen Partner gibt. Dieses Alter ist in der Gesamtschau der Bevölkerung

die familienintensivste Phase. Bei den Frauen ist mit einem Anteil von 74 Prozent die familiale Lebensform in diesem mittleren Lebensalter häufiger vertreten als bei den Männern, von denen nur 58 Prozent gemeinsam mit mindestens einem Kind im Haushalt zusammenleben. Noch deutlicher sind die Unterschiede in der jüngeren Altersspanne von 30 bis 34 Jahren, wo die Differenz zwischen Frauen und Männern im Hinblick auf familiale Aufgaben sogar über 20 Prozent ausmacht. Bei 62 Prozent der Frauen, aber nur bei 41 Prozent der Männer lebt mindestens ein Kind im Haushalt. Bei Männern reicht die Familienphase dafür stärker in das Alter von 55 bis 64 Jahren hinein. Immerhin noch 24 Prozent der Männer wohnen in diesem Alter mit einem Kind zusammen, im Vergleich zu 16 Prozent bei den Frauen.

Unterschiede zeigen sich außerdem zwischen *Ost- und Westdeutschland* in Bezug auf die Familienformen. Im Osten leben in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften häufiger Kinder als im Westen. So leben z.B. 15 Prozent von den 30- bis 34-jährigen Männern in Ostdeutschland in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft mit mindestens einem Kind zusammen (Tabelle A 4.3), im Westen sind es nur 4 Prozent der Männer (Tabelle A 4.2). Bei den Frauen fällt die Differenz zwischen Ost (18 %) und West (4 %) noch etwas größer aus. Zudem ist der Anteil allein erziehender Frauen in den ostdeutschen Bundesländern größer (Tabellen A 4.2, A 4.3).

Zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen deutscher und nicht-deutscher Bevölkerung sind beachtenswerte Unterschiede bei den "Eltern-Kind-Gemeinschaften" – also den Familientypen festzustellen (Tabelle 4.5). Lediglich 63,5 Prozent der Familien mit Kindern in den ostdeutschen Bundesländern gehören dem traditionellen Familientyp an, der aus Ehepaaren mit Kindern besteht. In den westdeutschen Bundesländern sind es noch 76,2 Prozent. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern sind in den ostdeutschen Bundesländern mit 12,3 Prozent und allein Erziehende¹¹⁷ mit 24,2 Prozent sehr viel häufiger vertreten als in den westdeutschen Bundesländern (4,8 % bzw. 19 %) (Tabelle 4.5).

¹¹⁷ Zu Geschlechterunterschieden von allein Erziehenden mit Kindern siehe Kapitel 4.5.2 (84 % der allein Erziehenden sind Frauen).

Tabelle 4.5: Eltern-Kind-Gemeinschaften nach Lebensformen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland¹ 2004 (in %)

Lebensformen	Deutsche N = 11.183.000	West N = 10.211.000	Ost N = 2.312.000	Ausländer N = 1.342.000
verheiratete Eltern	72,9	76,2	63,5	81,7
nicht-eheliche Le- bensgemeinschaften	6,6	4,8	12,3	2,7
Alleinerziehende oh- ne Lebenspartner/-in	20,5	19,0	24,2	15,6
zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertungen

Bei nicht-deutschen Familien überwiegen die verheirateten Eltern noch stärker als bei den deutschen, es gibt sowohl weniger nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) als auch weniger allein Erziehende. Familien ausländischer Herkunft haben sich also bisher deutlich weniger dem allgemeinen Trend nach neuen familialen Lebensformen angeschlossen.

Die Altersspanne zwischen 25 und 54 Jahren ist bei den Ausländerinnen durch ein Leben in einer selbst gegründeten Familie geprägt. In diesem Alter leben durchweg mindestens 48 Prozent der Ausländerinnen mit ihrem Ehepartner und mindestens einem Kind zusammen (Tabelle A 4.5). Bei den deutschen Frauen wird ein Wert von über 50 Prozent nur in einer deutlich kürzeren Altersspanne, nämlich zwischen dem 35. und 45. Lebensjahr, erreicht (Tabelle A 4.4). Die größere soziale Einbindung der Ausländerinnen in partnerschaftliche oder familiale Beziehungen setzt sich auch im höheren Alter fort. Weniger Ausländerinnen als deutsche Frauen leben allein (Tabelle A 4.5).

Auch bei den ausländischen Männern ist die Familienphase zeitlich deutlich ausgedehnter als bei den deutschen. Zwischen 25 und 64 Jahren leben durchweg mindestens ca. 30 Prozent in der traditionellen Familienform. Bei den deutschen Männern liegt die Altersspanne, in der mindestens 30 Prozent in einer traditionellen Familie leben, bei 30 bis 54 Jahren; die Familienphase ist somit im Durchschnitt bei den deutschen Männern an beiden Enden kürzer als bei den ausländischen Männern. Die Hauptphase väterlicher Verantwortung liegt bei den Ausländern sowie bei den Deutschen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren; 67 Prozent der Ausländer wohnen dann – unabhängig von der Partnerschaftsform – gemeinsam mit einem Kind in einem Haushalt; der Vergleichswert für die deutschen Männer beträgt 58 Prozent.

Der seit den 70er-Jahren in Deutschland kontinuierlich und deutlich steigende Anteil nichtehelicher Geburten ist Ausdruck veränderter Vorstellungen von Familie und Partnerschaft und insbesondere des Wunsches, die herkömmliche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung,

die mit der Ehe häufig einhergeht, zu vermeiden. Die Zunahme nicht-ehelicher Geburten steht auch in engem Zusammenhang mit der inzwischen vorhandenen Akzeptanz nichtehelicher Lebensgemeinschaften und der rechtlichen Gleichstellung nicht-ehelicher Kinder. Bis 1970 galt die Regelung, dass der leibliche Vater nicht mit seinem nicht-ehelichen Kind verwandt ist, nicht-eheliche Kinder waren nicht erbberechtigt und der Vater konnte normalerweise nicht das Sorgerecht für das Kind bekommen (Bien/Schneider, 1998: 2 ff.). Auch nach der Reform des Kindschaftsrechts von 1970 war es dem Vater eines nicht-ehelichen Kindes nur möglich bei einer Ehelicherklärung oder Adoption das Sorgerecht zu erlangen. Eine gemeinsame elterliche Sorge für das nicht-eheliche Kind war ausgeschlossen. Die Reform des Kindschaftsrechts von 1998 beinhaltet nicht nur die rechtliche Gleichstellung der nicht-ehelichen mit den ehelichen Kindern, sondern auch die Möglichkeit des gemeinsamen elterlichen Sorgerechts (BMJ 2003: 8). Mit dieser Reform des Kindschaftsrechts ist für viele Paare ein wesentlicher Grund weggefallen, eine Ehe zu schließen. Die Entwicklung der Raten nicht-ehelicher Geburten (Tabelle 4.6) spiegelt dies wieder, seit 1998 schreiten sie beschleunigt voran. In den acht Jahren zwischen 1990 und 1998 ist ein Anstieg der nichtehelich geborenen Kinder um 5 Prozent zu verzeichnen. In den vier darauf folgenden Jahren bis 2003, also in der Hälfte der Zeit, erfolgte erneut ein Anstieg von 5 Prozent. Die beschleunigte Entwicklung zu nicht-ehelichen Geburten in den ostdeutschen Bundesländern trägt verstärkend zu diesem Trend in Gesamtdeutschland bei.

Tabelle 4.6: Geburten nach Familienstand in Deutschland 1970 bis 2003 (in %)

Lebendgeborene	1970	1980	1990	1998	1999	2000	2001	2002	2003
nicht-ehelich	7,2	11,9	15,3	20	22,1	23,4	25,0	26,1	27,0
ehelich	92,8	88,1	84,7	80	77,9	76,6	75,0	73,9	73,0

Datenbasis: Geburtenstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Die Anteilswerte nicht-ehelich geborener Kinder unterscheiden sich sehr deutlich nach westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern. Während die Werte sich in den meisten der
westdeutschen Flächenländer bei ca. 20 Prozent bewegen und in den Stadtstaaten sowie
Schleswig-Holstein bei ca. 30 Prozent liegen, sind in den ostdeutschen Bundesländern mittlerweile die nicht-ehelichen Geburten gegenüber den ehelichen in der Überzahl. In den ostdeutschen Bundesländern wird die Tradition aus DDR-Zeiten fortgesetzt und der Trend im
Anstieg der nicht-ehelichen Geburten ist stärker als in den westdeutschen Bundesländern.
Die Differenzierung nach Bundesländern macht deutlich, dass es nicht die Reform des Kindschaftsrechts allein ist, die den Anteil der nicht-ehelichen Geburten beeinflusst, sondern dass
auch regionale und historisch gewachsene Besonderheiten hinzukommen.

Tabelle 4.7: Nicht-ehelich Lebendgeborene in den Bundesländern 2001, 2002 und 2003 (in %)

Bundesländer	2001	2002	2003
Baden-Württemberg	16,7	17,6	18,2
Bayern	19,4	20,3	20,9
Bremen	30,1	31,2	32,0
Hamburg	29,1	29,7	30,2
Hessen	19,0	19,6	19,9
Niedersachsen	21,4	22,7	23,5
Nordrhein-Westfalen	19,0	20,0	20,4
Rheinland-Pfalz	17,9	19,3	20,2
Saarland	21,8	22,9	23,5
Schleswig-Holstein	26,3	27,5	28,0
Berlin	41,7	42,9	43,7
Brandenburg	53,8	55,0	56,7
Mecklenburg-Vorpommern	57,6	59,9	60,8
Sachsen	51,5	53,2	55,2
Sachsen-Anhalt	56,3	57,9	60,0
Thüringen	52,0	53,7	54,8
Deutschland	25,0	26,1	27,0

Datenbasis: Geburtenstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

Auch die Unterschiede im Geburtenverhalten zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sind erheblich (Tabelle 4.8).¹¹⁸ Die Quote der Paare, die nicht-ehelich ein Kind bekommen, ist mit ca. 30 Prozent bei denjenigen am größten, bei denen beide Elternteile Deutsche sind. Sind beide Ausländer oder ist nur die Frau Ausländerin, so liegen diese Paare im Mittelfeld. Am geringsten ist der Anteil nicht-ehelicher Geburten bei Paaren, bei denen der Vater Deutscher ist und seine Frau Ausländerin (9 %). Dass in dieser Konstellation die Normen der anderen Kultur und die Ehre der Frau in besonderer Weise geachtet werden müssen, könnte ein Grund für das sehr traditionelle Familiengründungsverhalten sein.

Tabelle 4.8: Nicht-eheliche Geburten nach Staatsangehörigkeit der Eltern in Deutschland 2002 (in %)

	nicht-eheliche Geburten (in %)
beide Elternteile deutsch	29,7
beide Elternteile ausländisch	16,4
Vater deutsch, Mutter ausländisch	9,0
Mutter deutsch. Vater ausländisch	14.6

Datenbasis: Geburtenstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

118 In der folgenden Tabelle sind nicht-eheliche Geburten nach Staatsangehörigkeit der Elternteile und nicht aus der Perspektive der Kinder ausgewiesen, da durch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 2000 Kinder von Eltern mit ausländischem Pass nicht mehr hinreichend zu identifizieren sind.

4.5.2 Allein erziehende Mütter und Väter

Die Zahl der allein Erziehenden hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Der Anteil der allein Erziehenden an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften wuchs seit 1996 von 17 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2004. Besonders stark war dieser Anstieg in den ostdeutschen Bundesländern. Hier waren 1996 19 Prozent aller Eltern-Kind-Gemeinschaften allein erziehend, 2004 betrug dieser Anteil bereits 24 Prozent (Statistisches Bundesamt 2005b: 22 f.)

Das Statistische Bundesamt wendet in seiner Auswertung des Mikrozensus seit 1996 das "Konzept der Lebensformen" an, nach dem unterschieden wird, ob ein allein erziehender Elternteil mit einem nicht-ehelichen Partner gemeinsam in einem Haushalt wohnt. Wir gehen im Folgenden auf die Verteilung der tatsächlich allein Erziehenden ein, also auf diejenigen, die ohne Partnerin bzw. Partner im Haushalt leben. Der überwiegende Anteil der allein Erziehenden ohne Partner im Haushalt ist 2004 mit 84,5 Prozent nach wie vor weiblich (Statistisches Bundesamt, Auswertung des Mikrozensus 2004). Seit den 70er-Jahren hat sich bei der Geschlechterverteilung der allein Erziehenden kaum etwas verändert. 119 Dies gilt genauso für die Bevölkerung mit ausländischem Pass: Hier sind 85,2 Prozent der allein Erziehenden Frauen. Aus Tabelle 4.9 wird deutlich, dass sich die Formen des allein Erziehens in Deutschland nach Geschlecht unterscheiden. Prozentual sind mehr allein erziehende Frauen ledig, während allein erziehende Männer häufiger von ihrer Ehefrau getrennt leben oder verwitwet sind. Hier spielt der Sachverhalt eine Rolle, dass es für Väter ohne Trauschein rechtlich schwer ist, das Sorgerecht für ihr Kind zu bekommen, aber sicher auch, dass der Bezug zum Kind bei nicht-ehelichen Vätern, insbesondere wenn sie nicht mit der Mutter des Kindes zusammengelebt haben, weniger eng ist. Die Lebensform allein erziehend ist sehr häufig die Folge einer Scheidung (Tabelle 4.9).

Tabelle 4.9: Allein erziehende Elternteile (ohne Partner im Haushalt) nach Familienstand in Deutschland 2004 (in %)

	Mütter (in %)	Väter (in %)
	2,116 Mio.	387.000
ledig	24	11
verheiratet getrennt lebend	15	18
verwitwet	22	29
geschieden	39	42

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005b: 23, Schaubild 7

Die folgende Tabelle weist den Anteil der allein erziehenden Mütter an allen Müttern der jeweiligen Nationalität aus. Ausländische Mütter sind in deutlich geringerem Umfang allein erziehend (Tabelle 4.10).

¹¹⁹ Der Sprung hin zu einem Väteranteil an den allein Erziehenden hat sich zwischen 1961 und 1970 vollzogen. 1961 waren noch 91,5 Prozent der allein Erziehenden Frauen, 1970 waren dies 83,1 Prozent, 1980 84,5 Prozent, 1990 (Westdeutschland) 86,9 Prozent und 2000 83,9 Prozent (hierzu Bayer/Bauereiss 2003: 293).

Tabelle 4.10: Allein erziehende Mütter nach Nationalität in Deutschland 2004 (absolut und in %)

	Mütter gesamt	11.915.000	
davon deutsche Mütter	10.556.000	davon ausländische Mütter	1.359.000
darunter allein erzie- hende Mütter:	1.937.000	darunter allein erzie- hende Mütter:	178.000
darunter allein erzie- hende Mütter (Anteil an deutschen Müttern insgesamt in %)	18,3	darunter allein erzie- hende Mütter (Anteil an deutschen Müttern insgesamt in %)	13,1

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung

4.5.3 Frauen und Männer ohne Kinder

In der Altersspanne von 35 bis 44 Jahren, dies entspricht in Deutschland dem empirischen Zenit der Familienphase (siehe oben), wohnt in den westdeutschen Bundesländern im Jahr 2004 (Tabelle A 4.2) bei 42,4 Prozent der Männer und bei 27,6 Prozent der Frauen kein Kind im Haushalt. ¹²⁰ In den ostdeutschen Bundesländern haben 38 Prozent der Männer und 18,1 Prozent der Frauen in diesem Alter keine alltäglichen Versorgungsaufgaben für Kinder (Tabelle A 4.3). In der nicht-deutschen Bevölkerung liegen die entsprechenden Anteilswerte nochmals niedriger und betragen 32,7 Prozent bzw. 20,7 Prozent (Tabelle A 4.5). Es zeigen sich somit erhebliche Differenzen nach Geschlecht, zwischen westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern sowie nach Migrationshintergrund in Bezug auf die Frage, welche Personen im mittleren Erwachsenenalter mit Kindern zusammenwohnen.

Wir beziehen uns im Folgenden im Wesentlichen auf die Frage, wer in der mittleren Lebensphase mit Kindern zusammenwohnt. Würde man die Frage nach dem Umfang von Kinderlosigkeit stellen, könnte der Mikrozensus nicht als Datengrundlage herangezogen werden, da hier nur Kinder erfasst werden, die im Haushalt der Befragten wohnen, nicht aber alle leiblichen Kinder. Stattdessen müssten die Ergebnisse unterschiedlicher Studien (z.B. SOEP, Familiensurvey, Altersstudie) vergleichend dargestellt werden. Da in diesen Studien Stichprobenziehungen sowie Kategorisierungen und Differenzierungen in der Auswertung unterschiedlich vorgenommen werden, würde eine solche Darstellung stark methodischen Charakter bekommen. Wir beziehen Ergebnisse dieser Studien ein, sofern sie Ergebnisse des Mikrozensus differenzieren.

Ein weiteres wesentliches Differenzierungsmerkmal, ob jemand in Deutschland mit Kindern zusammenwohnt oder nicht, ist das *Bildungsniveau* (Tabelle 4.11).

¹²⁰ Errechnet aus der Differenz von Personen mit mindestens einem Kind im Haushalt zu allen anderen Lebensformen (Quelle: Mikrozensus 2003. Eigene Berechnungen aus Statistisches Bundesamt 2004 f.).

Tabelle 4.11: Deutsche Frauen und Männer ohne Kinder im Haushalt nach Alter und schulischem sowie beruflichem Bildungsabschluss in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2004 (in %)

		Deuts	chland	Westde	utschland	Ostdeu	tschland
		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
				in	۱%		
		Kohorte 19	65-1969, Alter	35-39 Jahre			
Schulabschluss	ohne Abschluss	30,5	52,9	31,7	54,2	1	45,0
	Hauptschule	24,2	48,0	24,2	47,3	1	68,4
	Polytech. Obersch.	16,2	49,6	1	/	14,9	49,3
	Mittlere Reife	27,6	46,9	27,6	45,6	1	58,4
	Abitur	38,8	52,1	40,7	52,7	26,0	48,4
berufl. Bildung	ohne Abschl., k.A.	29,1	57,2	29,6	57,7	23,5	53,4
	Lehre	25,1	48,8	27,1	48,1	15,6	51,0
	Meister/-in, Techniker/-in	31,6	40,1	35,0	39,7	1	42,7
	Fachschule DDR	19,2	53,2	1		16,3	52,4
	VerwaltungsFH	40,9	42,6	43,6	42,7	1	1
	FH, Ingenieurschule	40,4	46,0	43,4	46,6	27,3	41,6
	Hochschule, Prom.	41,9	51,9	45,3	52,3	26,7	49,7
		Kohorte 19	60-1964, Alter	40-44 Jahre			
Schulabschluss	ohne Abschluss	29,1	47,9	29,8	48,4	25,0	44,9
	Hauptschule	26,3	42,5	26,1	41,9	31,7	58,5
	Polytech. Obersch.	22,0	41,1			21,2	40,5
	Mittlere Reife	25,5	40,3	25,4	40,1	27,4	44,6
	Abitur	31,5	42,2	34,1	43,4	15,6	34,7
berufl. Bildung	ohne Abschl., k.A.	29,6	50,0	29,6	50,1	29,3	49,2
	Lehre	24,9	42,8	25,5	42,6	22,4	43,3
	Meister/-in, Techniker/-in	26,8	33,7	28,7	34,0	18,4	32,0
	Fachschule DDR	18,5	33,8			16,3	31,0
	VerwaltungsFH	33,6	35,3	36,1	36,2		
	FH, Ingenieurschule	29,1	35,9	34,4	37,7		25,5
	Hochschule, Prom.	33,9	40,9	38,4	42,1	16,3	34,3

/ = kein Nachweis, da Zahlenwert nicht sicher genug

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung

Nach den Angaben des Mikrozensus 2004 zeigt sich bei den 35- bis 39-jährigen deutschen Frauen in den westdeutschen Bundesländern eine klare Abhängigkeit zwischen schulischem sowie beruflichem Bildungsniveau und der Ausübung der Mutterrolle. Je höher der Schulabschluss, desto größer ist der Anteil der Frauen, bei denen kein Kind im Haushalt lebt. Von den Hauptschulabsolventinnen sind in dieser Altersgruppe 24,2 Prozent kinderlos (im Mikrozensus definiert als: kein Kind im Haushalt), bei den Realschulabsolventinnen 27,6 Prozent und bei den Abiturientinnen 40,7 Prozent, also 16 Prozent mehr als bei den Hauptschulabsolventinnen. Hier muss jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass in diesem Alter noch einige Frauen, insbesondere die höher gebildeten, ihr erstes Kind bekommen werden. Es handelt sich bei diesen Anteilswerten somit nicht um endgültige Kinderlosigkeit. Neben den hochgebildeten Frauen ist auch bei den Frauen ohne Schulabschluss der Anteil derer, bei denen kein Kind im Haushalt lebt, sehr hoch: er beträgt 31,7 Prozent. Auf Grund

der Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (Schmitt 2005) kann angenommen werden, dass diese Frauen nicht seltener Kinder bekommen haben, sondern dass ihre Kinder zu einem größeren Teil schon von zu Hause ausgezogen sind. Nimmt man die nächste Altersgruppe der 40- bis 44-Jährigen in den Blick, um Kinder später Mütter mit berücksichtigen zu können, stellt sich das Problem, dass dann noch mehr Kinder bereits aus dem Elternhaus ausgezogen sein können, also eventuell zu viele Frauen als "kinderlos" eingestuft werden 121 (Tabelle 4.11). Bei Frauen mit Abitur und nochmals verstärkt bei Akademikerinnen sieht man deutlich, dass die Entscheidung für oder gegen ein Kind mit Ende 30 noch nicht abgeschlossen ist. In diesem Alter lebte bei 40,7 Prozent der westdeutschen Frauen mit Abitur kein Kind im Haushalt; in der Altersgruppe von 40 bis 44 Jahren liegt der entsprechende Anteil nur noch bei 34,1 Prozent, 6 Prozent mehr Frauen haben dann ein Kind als bei den 35- bis 39-Jährigen. Bei Akademikerinnen ist der späte Übergang zur Mutterschaft ebenfalls offensichtlich: In der Altersgruppe 35 bis 39 Jahren lebten 45,3 Prozent in einem kinderlosen Haushalt, mit Anfang 40 liegt dieser Wert bei 38,4 Prozent, also um 7 Prozent niedriger. Bei Frauen, die eine Verwaltungsfachhochschule besucht haben, ist die zeitliche Verschiebung der Mutterschaft ebenso ausgeprägt. Bei ihnen ist der Anteil kinderloser Haushalte im Alter von 40 bis 44 Jahren um 7 Prozent niedriger als mit Ende 30, er ist von 43,6 Prozent auf 36,1 Prozent gesunken. Jedoch kann hieraus nicht mit Sicherheit gefolgert werden, dass sich die heute 35- bis 39-Jährigen genauso verhalten werden wie die heute 40- bis 44-Jährigen. Es kann sich um unterschiedliche Generationen handeln und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung kann Einfluss auf die Entscheidung über eine späte Mutterschaft nehmen, der Trend kann sich sowohl verstärken, aber auch abschwächen.

Der Zusammenhang zwischen Investitionen in die schulische bzw. berufliche Qualifizierung und Mutterschaft ist – wie ein Vergleich mit den ostdeutschen Bundesländern verdeutlicht – keineswegs zwingend, sondern gesellschaftlich produziert. Hoch qualifizierte Frauen, die noch zu DDR-Zeiten ihre Ausbildung durchlaufen und eine Familie gegründet haben, weisen den niedrigsten Anteil kinderloser Haushalte auf. Im Jahr 2004 lebt bei nur 15,6 Prozent der Abiturientinnen und bei 16,3 Prozent der Akademikerinnen im Alter von 40 bis 44 Jahren kein Kind in ihrer Wohnung. Es ist sogar davon auszugehen, dass der Anteil Kinderloser noch niedriger liegt, denn in diesem Alter der Frau sind Kinder vermutlich bereits von zu Hause ausgezogen, denn das Erstgeburtsalter lag zu DDR-Zeiten bei Anfang 20 – ein Argument, das auch auf die anderen Bildungsgruppen in den ostdeutschen Bundesländern zutrifft. Für die etwas jüngeren, hoch qualifizierten 35- bis 39-jährigen Frauen, deren Entscheidung über eine Familiengründung bereits in die Zeit nach der Wende fiel, ist der Anteil

¹²¹ Bei Frauen mit Hauptschulabschluss steigt der Anteil derer, bei denen kein Kind im Haushalt lebt zwischen den Altersgruppen 35 bis 39 Jahre und 40 bis 44 Jahre von 24,2 Prozent auf 26,1 Prozent. Die Zunahme kinderloser Haushalte ist auf den Auszug von Kindern zurückzuführen und kann nicht als Kinderlosigkeit interpretiert werden.

derer, die nicht mit einem Kind zusammenleben, um ca. 10 Prozent höher als bei den Anfang 40-Jährigen. Dass der Kinderwunsch in so kurzer Zeit so rapide abgenommen hat, ist zwar nicht gänzlich auszuschließen, jedoch ist es plausibler, dass dies durch die mit der Wende eingeleiteten grundlegenden Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbsarbeit hervorgerufen ist. Ob ostdeutsche Frauen dieser Altersgruppe die Mutterschaft zu ähnlichen Anteilen wie westdeutsche Frauen mit Anfang 40 noch nachholen, muss offen bleiben, ist aber vor dem kulturellen Hintergrund der DDR-Zeiten, in jungem Alter Mutter zu werden, zumindest zweifelhaft.

Da die amtliche Statistik nur die im Haushalt lebenden Kinder erfasst, ist die Datenlage über Väter noch misslicher. Mit Ende 30 leben – je nach Schulabschluss – bei 46 Prozent bis 54 Prozent der westdeutschen Männer keine Kinder im Haushalt, mit Anfang 40 liegt der Anteil bei 40 Prozent bis 48 Prozent (Tabelle 4.11). Dies kann jedoch auf keinen Fall als Kinderlosigkeit interpretiert werden. Kinder leben nach einer Trennung oder Scheidung der Eltern zumeist bei der Mutter; auch von den nicht-ehelich geborenen Kindern lebt ein Teil nicht mit dem Vater zusammen. Die Anteilswerte sagen somit nur aus, wie viele Männer zum Zeitpunkt der Erhebung keinen gemeinsamen Alltag mit mindestens einem Kind haben. Die Zahlen zur Kinderlosigkeit im engeren Sinn, also bezogen auf leibliche Kinder, liegen niedriger. Nach den Ergebnissen des Familiensurvey 2000 haben im Alter von 35-39 Jahren 40,6 Prozent der westdeutschen und 32,7 Prozent der ostdeutschen Männer keine leiblichen Kinder, für Männer mit Anfang 40 liegen die entsprechenden Werte bei 32,5 Prozent bzw. 29,4 Prozent. Nach den Angaben des Sozio-oekonomischen Panels sind in der nächst höheren Altersgruppe 26,5 Prozent der deutschen Männer, also west- und ostdeutsche Männer zusammen, kinderlos (Schmitt 2005: 23). Diese Anteilswerte Kinderloser sind absolut gesehen hoch, liegen aber deutlich unter dem Wert, der sich aus dem Mikrozensus im Hinblick auf das Zusammenwohnen mit einem Kind in einem gemeinsamen Haushalt ergibt. Auffallend und konsistent über die beiden hier untersuchten Altersgruppen hinweg und durch Surveydaten bestätigt ist der hohe Anteil von kinderlosen Männern (kein Kind im Haushalt) bei den beruflich nicht Qualifizierten (Schmitt 2005). Im Alter von 35 bis 39 Jahren leben laut Mikrozensus 57 Prozent der Männer ohne Berufsausbildung ohne Kinder, mit Anfang 40 ist der Anteil mit 50 Prozent immer noch sehr hoch und der höchste im Vergleich zu den unterschiedlichen beruflichen Qualifikationsniveaus. Dass jeder zweite beruflich Unqualifizierte kein Kind (im Haushalt) hat, ist sicher nicht auf Desinteresse an einer Familie zurückzuführen, sondern auf schlechtere Chancen auf dem Partnerschafts- und Heiratsmarkt, da eine ausreichende materielle Basis und damit eine verlässliche Übernahme der Ernährerrolle nicht gewährleistet ist. Aber auch die Scheidungswahrscheinlichkeit könnte in dieser Gruppe höher sein. Auch im Sozio-oekonomischen Panel hebt sich die Gruppe niedrig qualifizierter

Männer in ihrem Fertilitätsverhalten deutlich ab. Von den Männern über 45 Jahren, die keinen Bildungsabschluss haben, sind 29 Prozent kinderlos, während dies nur für 5 Prozent der Frauen gleicher Altersgruppe und Bildungsstufe gilt. Damit liegt die selbst berichtete Kinderlosigkeit der Männer mit geringer Bildung im Sozio-oekonomischen Panel deutlich über dem Durchschnitt der Altersgruppe, während Kinderlosigkeit bei Frauen mit geringer Bildung besonders selten auftritt (Schmitt 2005: 24 f.) Wie Tölke/Diewald auch anhand der Daten des Familiensurveys zeigen konnten, beeinträchtigen niedriges Bildungsniveau und ein unsicherer beruflicher Status die Familiengründung von Männern (Tölke/Diewald 2003).

Ansonsten spiegelt sich die lineare Abhängigkeit von Bildung und kinderlosem Haushalt, wie sie sich bei den Frauen abzeichnet, bei den Männern nicht wider. Als besonders familienorientiert fallen Meister und Techniker auf; sie gründen vergleichsweise früh eine Familie und leben zu größeren Anteilen mit Kind(ern) in einem gemeinsamen Haushalt. Mit Ende 30 sind 40 Prozent von ihnen "kinderlos", mit Anfang 40 34 Prozent. Inwieweit Männer mit dem höchsten Bildungsniveau ab Mitte 40 noch eine Familie gründen werden und sich die Verteilung "Kinderloser" zwischen den Bildungsabschlüssen dadurch noch verschiebt, muss auf Grund der Datenlage offen bleiben. Aussagen über eine Vaterschaft ostdeutscher Männer sind auf der Basis des Mikrozensus noch schwieriger, da die Scheidungsraten zu DDR-Zeiten höher waren als in Westdeutschland, Väter also häufig durch die Scheidung nicht mit ihren Kindern zusammenwohnen. Hier trifft erneut das Argument, dass aus der Tatsache eines kinderlosen Haushalts nicht auf Kinderlosigkeit geschlossen werden kann, zu.

Aus dem Muster der Verteilung kinderloser Haushalte in Abhängigkeit vom Bildungsniveau muss man – auch bei problematischer Datenlage – folgern, dass beruflich hochqualifizierte Frauen in den westdeutschen Bundesländern die schlechtesten Chancen für eine Familiengründung haben. Aber auch beruflich Unqualifizierte – hier sind es Frauen und Männer sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern – scheinen geringere Chancen auf ein Familienleben zu haben. Insgesamt muss jedoch ein großer Forschungsbedarf im Hinblick auf das Fertilitätsverhalten und das Familienleben von Männern konstatiert werden; selbst grundlegende Fragen warten noch auf eine fundierte empirische Beantwortung. Über die Bedeutung des Ausbildungsverhaltens, des schulischen und beruflichen Ausbildungsniveaus sowie des Berufs für eine Familiengründung bei Männern liegen – trotz einiger Analysen auf der Basis von Surveys (Schmitt 2005; Tölke/Diewald 2003; Tölke 2005) – keine ausreichenden Informationen vor.

4.5.4 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Nach der im Mikrozensus 2004 gestellten Frage "Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person" (die erstgenannte Person entspricht dem Haushaltsvorstand), ist es möglich, Angaben zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zu erhalten. Erfasst werden allerdings nur

Paare, die zusammen wohnen; bei gleichgeschlechtlichen Paaren ist jedoch davon auszugehen, dass sie häufiger als andere Paare in getrennten Wohnungen leben. Auf der Basis dieser Frage sind 26.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften von Frauen und 30.000 Lebensgemeinschaften von Männern festzustellen (Statistisches Bundesamt 2005b: 21). Allerdings war die Beantwortung dieser Frage freiwillig. Die Zahlen sind aus diesem Grund lediglich als Untergrenze der Einschätzung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften einzustufen. Auf der Basis eines Schätzverfahrens für den Mikrozensus, das alle "Haushaltsbezugspersonen von Zweifamilienhaushalten mit familienfremden Personen" (Statistisches Bundesamt 2005b: 22) mitzählt, könnte es im März 2004 in Deutschland auch 160.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gegeben haben (Statistisches Bundesamt 2005b: 22).

4.6 Homogamie bei Paaren

Unterschiede im Lebensalter, Bildungsniveau und beruflichen Status bei Paaren geben, wie bereits oben für die erste Partnerschaft ausgeführt, Hinweise über eher traditionell bzw. eher partnerschaftlich strukturierte Beziehungen. Im Folgenden werden diese Merkmale für die aktuelle Partnerschaft von Männern und Frauen im Alter zwischen 20 und 54 Jahren untersucht. Auch hier gilt, wie bereits für die erste Beziehung angeführt, dass diese Merkmale nur als *strukturelle* Indikatoren für eine Gleichheit und Gleichberechtigung in einer Beziehung dienen können, die reale Situation und subjektive Wahrnehmung können hiervon durchaus abweichen.

4.6.1 Altershomogamie

Bereits für die erste, mindestens ein Jahr andauernde Beziehung wurde ein hoher Anteil gleichaltriger Paare festgestellt. Bei mindestens jedem zweiten Paar war in den westdeutschen Bundesländern der Altersunterschied nicht größer als zwei Jahre; in den ostdeutschen Bundesländern trat diese Paarkonstellation noch häufiger auf. Bei den zum Zeitpunkt des Interviews im Jahr 2000 (DJI-Familiensurvey) bestehenden festen Partnerschaften (unabhängig davon, ob die Paare verheiratet waren bzw. zusammenwohnten oder nicht) ist die Altershomogamie im Vergleich zur ersten Beziehung bei den Männern deutlich und bei den Frauen schwach gesunken¹²³ (Vergleich der Tabellen A 4.6 bis A 4.9 mit A 4.12 bis A 4.16).

¹²² Wie weit die Unterschiede der Schätzungen gehen, führt Eggen für den Mikrozensus 1999 aus: "(...) weist der Mikrozensus 1999 rund 41.400 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Diese Zahl liegt erheblich unter anderen, nicht amtlichen Schätzungen, die in Politik, Medien und Öffentlichkeit verbreitet werden. Überträgt man zum Beispiel Ergebnisse von empirischen Studien, die sich auf andere Staaten beziehen, auf Deutschland, so wären auch rund 165.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften möglich. Eine andere Aussage geht sogar von 2,5 Millionen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften aus. Die Datenlage wird noch dünner und unsicherer über Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Partnern leben." (Eggen 2001: 347).

¹²³ Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass im Familiensurvey keine Paare befragt wurden, sondern die interviewten Männer und Frauen Informationen über ihren Partner bzw. ihre Partnerin gegeben haben.

Bei den westdeutschen Männern liegt der Anteil Gleichaltriger – zumindest in den beiden ältesten Geburtsjahrgängen (1946 bis 1950/1951 bis 1955) – nun um ca. 15 Prozent niedriger als in ihrer ersten Partnerschaft. Bei den westdeutschen Frauen liegt der Anteil altersgleicher Paare im Jahr 2000 über alle Kohorten hinweg nur um ca. 5 Prozent niedriger als in ihrer ersten Beziehung. Das traditionelle Modell, wonach der Mann älter als seine Partnerin ist (hier als mindestens drei Jahre älter definiert), ist mit ca. 52 Prozent bei den älteren Männern häufiger vertreten als bei den jüngeren (ca. 33 %). Nach den Angaben der Frauen ist – mit fast durchweg über 40 Prozent – kein vergleichbares Muster zwischen den Altersgruppen zu erkennen. Der Gegenpol zum traditionellen Modell, dass die Frau (drei und mehr Jahre) älter ist als ihr Partner, kommt mit maximal 11 Prozent aus der Sicht der Männer bzw. ca. 3 Prozent aus der Sicht der Frauen eher selten vor. Bei den Männern scheint mit zunehmendem Alter und in jüngeren Kohorten die Altersdifferenz zur Partnerin stärker zu variieren als bei den Frauen.

In den ostdeutschen Bundesländern ist die Gruppe der gleichaltrigen Paare insbesondere in der Stichprobe der Männer größer als im Westen. In den älteren Geburtsjahrgängen (1946 bis 1960 geboren) liegt bei den ostdeutschen Männern der Anteil gleichaltriger Paare bei 70 Prozent und mehr und damit ca. 10 Prozent höher als im Westen. Bei den Frauen ist die Differenz zwischen Ost und West geringer.

Frauen und Männer mit Abitur haben (mit Ausnahme der Anfang 50-jährigen Männer) zu höheren Anteilen eine gleichaltrige Partnerin bzw. einen gleichaltrigen Partner als Hauptschulabsolventinnen und -absolventen.

Als Fazit lässt sich formulieren, dass Gleichaltrigkeit bei ostdeutschen Paaren sowohl in ihrer ersten Beziehung als auch bei späteren Beziehungen häufiger anzutreffen ist als bei westdeutschen. Bei Männern gibt es mit zunehmendem Alter die Tendenz eine jüngere Partnerin zu wählen, wohingegen bei älter werdenden Frauen kein Trend zu älteren Männern aufscheint.

4.6.2 Bildungshomogamie

Das Muster, das sich bei der ersten festen Beziehung im Hinblick auf das Bildungsniveau zeigte (Kapitel 4.3.2), wiederholt sich bei der aktuellen Partnerschaft (Tabellen 4.12, Tabelle 4.13). Bildungshomogame Paarkonstellationen haben in jeder der hier untersuchten Geburtskohorten in Westdeutschland die höchsten Anteilswerte¹²⁴; dies trifft auf die Frauen ebenso zu wie auf die Männer des DJI-Familiensurvey 2000. Als Veränderung im Lebenslauf, also zwischen erster und aktueller Beziehung, lässt sich auf Aggregatniveau, also im Gruppenvergleich, folgendes konstatieren.

Für Männer mit *Hauptschulabschluss* liegen die Anteilswerte bildungsgleicher Paare für die aktuelle Beziehung niedriger als in ihrer ersten Beziehung, d.h. ihr Spektrum der Paarkonstellationen hat sich im Lebenslauf geweitet. Mit fast durchweg über 60 Prozent bildungsgleichen Paarkonstellationen ist die Bildungshomogamie bei Männern mit Hauptschulabschluss jedoch immer noch groß. Dieses Ergebnis beinhaltet aber auch, dass immerhin in ca. 40 Prozent der Partnerschaften die Partnerin einen höheren Schulabschluss hat als der Mann. Auch bei den Frauen mit Hauptschulabschluss ist im Verlauf des Lebens eine soziale Öffnung zu erkennen, sie fällt aber nicht so stark aus wie für die Männer. Fast über alle Altersgruppen hinweg haben noch über 70 Prozent der Hauptschulabsolventinnen einen Partner mit gleichem Schulabschluss.

Anders als bei den Hauptschulabsolventinnen und -absolventen nimmt bei den Männern und Frauen mit *Abitur* auf Paarebene die Gleichheit im Bildungsniveau mit dem Lebensalter zu. In fast allen hier untersuchten Geburtskohorten liegt der Homogamieanteil für die aktuelle Beziehung bei den Männern über 50 Prozent, häufig sogar über 60 Prozent. Erste Beziehungen sind bei Abiturienten sozial weiter gestreut als bei den Hauptschülern, in späteren Partnerschaften nehmen bildungsgleiche Paarkonstellationen dann aber zu. Bei den Frauen mit Abitur war in der ersten festen, also mindestens ein Jahr andauernden Beziehung die Bildungshomogamie bereits größer als bei den männlichen Abiturienten. Dieses setzt sich im Lebenslauf fort. In der Partnerschaft zum Zeitpunkt des Interviews im Jahr 2000 liegen die Homogamie-Anteilswerte bei den Frauen mit Abitur durchweg über 65 Prozent, in manchen Geburtsjahrgängen sogar über 75 Prozent. Abiturientinnen gehen somit seltener eine Beziehung mit einem statusniedrigeren Partner ein als dies bei den männlichen Abiturienten der Fall ist. Inwieweit dies dem Wunsch der Frauen entspricht oder auf schlechtere Chancen auf dem Partnermarkt hinweist, da es nicht dem normativ etablierten Muster entspricht, wenn die Frau besser gebildet ist als ihr Partner, müssten sozialwissenschaftliche Studien klären.

Wie bereits für die erste Partnerschaft aufgezeigt, findet auch im weiteren Lebenslauf kein nach Bildungsniveau und Geschlecht gleichförmiger Prozess in der Paarfindung statt. Während sich bei der Partnerwahl bei Hauptschulabsolventinnen und -absolventen mit dem Alter eine soziale Öffnung abzeichnet, zeichnet sich bei Frauen und Männern mit Abitur eine zunehmende Neigung zur Gleichheit ab. Aber auch diese Ergebnisse müssten durch weitergehende Untersuchungen, insbesondere durch Analysen individueller Lebensläufe, untermauert und präzisiert werden.

¹²⁴ Für die ostdeutschen Bundesländer sind die Fallzahlen zu gering, um vergleichbare Analysen durchzuführen

Tabelle 4.12: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen und Männern in Westdeutschland (in %)

Kohorten/	Schulabschluss		Männer			Frauen	
Alter		Schula	bschluss der P	artnerin	Schula	bschluss des P	artners
		Haupt- schule	Mittlere Reife	FH/Abitur	Haupt- schule	Mittlere Reife	FH/Abitur
1946-50/ 50-54 Jahre	Hauptschule	66,9	25,0	8,1	71,0	17,2	11,8
	Mittlere Reife	32,3	54,8	12,9	26,8	45,1	28,2
	Abitur/FH-Reife	13,0	31,5	55,6	15,2	6,1	78,8
gesamt		47,7	33,3	18,9	53,8	22,8	23,4
1951-55/ 45-49 Jahre	Hauptschule	65,6	26,4	8,0	72,4	17,8	9,9
	Mittlere Reife	35,9	48,4	15,6	33,3	41,9	24,7
	Abitur/FH-Reife	26,0	34,0	40,0	9,1	11,4	79,5
gesamt		49,4	33,9	16,7	50,2	24,6	25,3
1956-60/ 40-44 Jahre	Hauptschule	67,9	24,4	7,6	73,7	14,6	11,7
	Mittlere Reife	26,5	59,0	14,5	26,5	44,0	29,5
	Abitur/FH-Reife	13,8	32,3	53,8	13,5	12,4	74,2
gesamt		43,0	36,6	20,4	42,7	25,6	31,7
1961-65/ 35-39 Jahre	Hauptschule	52,9	37,5	9,6	67,8	20,4	11,8
	Mittlere Reife	20,0	66,0	14,0	25,2	43,2	31,6
	Abitur/FH-Reife	3,6	33,3	63,1	11,7	23,4	64,9
gesamt		29,7	45,3	25,0	33,3	31,1	35,6
1966-70/ 30-34 Jahre	Hauptschule	60,2	28,6	11,2	75,6	17,1	7,3
	Mittlere Reife	16,2	59,6	24,2	27,9	47,0	25,1
	Abitur/FH-Reife	8,5	29,6	62,0	15,2	17,9	67,0
gesamt		30,2	40,3	29,5	38,5	30,4	31,1
1971-75/ 25-29 Jahre	Hauptschule	61,3	29,3	9,3	74,3	22,0	3,7
	Mittlere Reife	31,9	47,8	20,3	34,1	43,9	22,0
	Abitur/FH-Reife		29,1	70,9	2,6	19,2	78,2
gesamt		34,2	35,7	30,2	40,1	30,4	29,5
1976-80/ 20-24 Jahre	Hauptschule	46,2	46,2	7,7	74,2	21,0	4,8
	Mittlere Reife	8,8	61,8	29,4	40,2	47,8	12,0
		4,5	27,3	68,2	11,3	21,0	67,7
gesamt		19,7	43,6	36,8	41,7	32,4	25,9

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000; eigene Auswertungen

Tabelle 4.13: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen und Männern in Ostdeutschland (in %)

Kohorten/Alter	Schulabschluss		Männer			Frauen	
		Schula	bschluss der P	artnerin	Schula	bschluss des F	Partners
		Haupt- schule	Mittlere Reife	FH/Abitur	Haupt- schule	Mittlere Reife	FH/Abitur
1946-50/ 50-54 Jahre	Hauptschule	31,3	68,8		68,7	25	6,2
	Mittlere Reife	28,0	64,0	8,0	25,0	40,6	34,4
	Abitur/FH-Reife	13,3	60,0	26,7		46,2	53,8
gesamt		25,0	64,3	10,7	31,1	37,7	31,1
1951-55/ 45-49 Jahre	Hauptschule	42,9	57,1		71,4	28,6	
	Mittlere Reife	10,3	76,9	12,8	12,2	71,4	16,3
	Abitur/FH-Reife	4,5	36,4	59,1		50,0	50,0
gesamt		11,8	61,8	26,5	17,2	64,1	18,8
1956-60/ 40-44 Jahre	Hauptschule	60,0	40,0		44,4	55,6	
	Mittlere Reife	8,3	69,4	22,2	5,0	76,7	18,3
	Abitur/FH-Reife	9,1	27,3	63,6	7,7	38,5	53,8
gesamt		13,5	57,7	28,8	9,8	68,3	22,0
1961-65/ 35-39 Jahre	Hauptschule	40,0	40,0	20,0	11,1	66,7	22,2
	Mittlere Reife	1,9	79,2	18,9	11,3	74,6	14,1
	Abitur/FH-Reife		23,1	76,9	11,8	41,2	47,1
gesamt		4,2	66,2	29,6	11,3	68,0	20,6
1966-70/ 30-34 Jahre	Hauptschule	50,0	50,0		25,0	75,0	
	Mittlere Reife		76,5	23,5	7,2	85,5	7,2
	Abitur/FH-Reife		33,3	66,7		41,7	58,3
gesamt		4,9	70,7	24,4	7,1	78,8	14,1
1971-75/ 25-29 Jahre	Hauptschule	20,0	60,0	20,0	100,0		
	Mittlere Reife	7,7	73,1	19,2	11,5	85,2	3,3
	Abitur/FH-Reife		33,3	66,7		35,0	65,0
gesamt		7,5	62,5	30,0	9,8	72,0	18,3
1976-80/ 20-24 Jahre	Hauptschule	40,0	60,0			100,0	
	Mittlere Reife	4,3	78,3	17,4	11,8	67,6	20,6
	Abitur/FH-Reife	25,0		75,0	13,6	22,7	63,6
gesamt		13,9	58,3	27,8	11,7	53,3	35,0

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000; eigene Auswertungen

4.6.3 Berufliche Stellungen (Karrierestufen) bei Paaren

Auch ein Vergleich der beruflichen Karrierestufen¹²⁵ kann – neben Alter und Bildungsniveau – ein Hinweis auf (Un-)Gleichheit in einer Partnerschaft sein. Hier kommen jedoch – neben der Dynamik auf Paarebene – zusätzlich die Mechanismen des Arbeitsmarktes und von Unternehmen stark zum Tragen, die unterschiedlichen Karrierechancen für Frauen und Männer produzieren.¹²⁶

Das traditionelle Muster, wonach der Mann eine höhere berufliche Position als seine Partnerin innehat, wird – je nach Geburtskohorte – von 44 Prozent bis 53 Prozent der Männer realisiert, wenn beide Partner erwerbstätig sind; der Durchschnitt der Kohorten liegt bei 46 Prozent (Tabelle 4.14). Dies bedeutet gleichzeitig, dass mindestens in jeder zweiten Partnerschaft die Partnerin beruflich entweder gleich (ca. 25 %) oder sogar besser gestellt ist (ca. 25 %). Berechnungen für die Stichprobe der Frauen zeichnen ein etwas traditionelleres Bild. 127 Hiernach sind bei 50 Prozent bis 60 Prozent der Paare (im Durchschnitt 57 %), die Frauen beruflich niedriger platziert als ihr gegenwärtiger Partner. Aber auch hier ergeben sich immerhin zwischen 40 Prozent und 50 Prozent beruflich gleichgestellte Paare bzw. beruflich besser gestellte Frauen. Die Größe der Gruppe der gleichgestellten (23 %) und die, bei denen die Frau die höhere Position (21 %) hat, sind, wie bereits in der Männerstichprobe konstatiert, fast gleich groß. In den ostdeutschen Bundesländern zeichnet sich sowohl aus den Angaben der Männer als auch aus denen der Frauen ein weniger traditionelles Muster als in den westdeutschen Bundesländern ab. Nur bei ca. 40 Prozent der Paare hat der Mann die höhere Position. Für die ostdeutschen Bundesländer sind die Fallzahlen jedoch wieder sehr klein, so dass die Aussagen nur als grobe Annäherung verstanden werden können (Tabelle 4.15).

¹²⁵ Die Transformation der im Fragebogen des DJI-Familiensurvey verwendeten "Liste der beruflichen Stellungen" in ein Karrierestufenmodell kann hier aus Platzgründen nicht beschrieben werden. Es wurden zum einen hierarchische Abstufungen, die der ursprünglichen Liste der beruflichen Stellungen bereits immanent sind, übernommen. Zum anderen spielen Faktoren wie die Qualifikationsvoraussetzungen für den Zugang zu einer Position, Einkommenshöhe, Umfang der Verantwortlichkeit sowie Anweisungs- und Managementbefugnisse für die Zuordnung der Stellung zu einer der Karrierestufen eine zentrale Rolle. Einige berufliche Stellungen sind den Karrierestufen nicht oder nur schwer ohne weitere Informationen zur konkret ausgeübten Tätigkeit oder zum Unternehmen zuzuordnen. Hierzu gehören mithelfende Angehörige, Landwirtinnen und -wirte sowie Selbstständige ohne Beschäftigte. Für diese Fälle wurden per Einzelfallanalyse Lösungen gesucht. Wenn dies auf Grund unzureichender Informationen nicht möglich war, wurden die Fälle aus den Analysen ausgeschlossen. Zur ausführlicheren Beschreibung des Karrierestufenmodells siehe Tölke/Diewald (2003).

¹²⁶ Die Gruppe, auf die sich die folgenden Analysen beziehen, ist sehr selektiv. Zum einen müssen beide Partner im Befragungsjahr 2000 des DJI-Familiensurvey erwerbstätig gewesen sein und für beide müssen Angaben zur aktuellen beruflichen Stellung vorliegen. Zum anderen ließen sich bestimmte berufliche Stellungen auf Grund unzureichender Informationen nicht in das Karriereschema aufnehmen; auch diese Personen sind aus der Analyse herausgefallen.

¹²⁷ Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass im DJI-Familiensurvey nicht Paare, sondern Individuen befragt wurden. Die Befragten machten Angaben zur aktuellen beruflichen Stellung ihrer Partnerin bzw. ihres Partners. Dass die Angaben zwischen Männern und Frauen im aggregierten Geschlechtervergleich differieren, kann – wie oben bereits erwähnt – mehrere Gründe haben. So kann es sich um selektive Stichproben nach Erreichbarkeit handeln; zudem gehören Befragte, die ihre Partnerin bzw. ihren Partner charakterisieren, nicht notwendig der gleichen Kohorte bzw. Altersgruppe an. Weiterhin können bei der Angabe zur beruflichen Stellung der Partnerin bzw. des Partners Wahrnehmungsfehler auftreten.

Tabelle 4.14: Vergleich der Karrierestufen auf Paarebene für Frauen und Männer in Westdeutschland (in %)

Geburts-	aus	Sicht der Mä	nner	aus Sicht der Frauen			
kohorte/Alter	Mann niedriger	gleich	Mann hö- her	Frau niedriger	gleich	Frau höher	
1946-50/ 50-54 Jahre	24,4	26,8	48,8	61,5	21,0	17,5	
1951-55/ 45-49 Jahre	23,0	23,6	53,4	56,1	21,9	21,9	
1956-60/ 40-44 Jahre	25,8	25,3	48,9	62,3	19,7	18,0	
1961-65/ 35-39 Jahre	32,8	23,6	43,6	59,6	22,0	18,4	
1966-70/ 30-34 Jahre	24,5	31,6	43,9	52,7	24,9	22,5	
1971-75/ 25-29 Jahre	29,6	25,5	44,9	50,2	25,1	24,7	
1976-80/ 20-24 Jahre	36,7	36,7	26,7	47,1	23,5	29,4	
gesamt	26,9	26,2	46,8	56,8	22,5	20,7	

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000; eigene Auswertungen

Tabelle 4.15: Vergleich der Karrierestufen auf Paarebene für Frauen und Männer in Ostdeutschland (in %)

Geburts-	aus der Sicht der Männer			aus der Sicht der Frauen		
kohorte/Alter	Mann niedriger	gleich	Mann höher	Frau niedriger	gleich	Frau höher
1946-50/ 50-54 Jahre	25,0	13,9	61,1	53,5	23,3	23,3
1951-55/ 45-49 Jahre	26,7	24,4	48,9	34,1	29,5	36,4
1956-60/ 40-44 Jahre	27,0	29,7	43,2	45,1	29,6	25,4
1961-65/ 35-39 Jahre	57,8	15,6	26,7	40,7	25,9	33,3
1966-70/ 30-34 Jahre	50,0	15,0	35,0	45,1	31,0	23,9
1971-75/ 25-29 Jahre	45,5	36,4	18,2	48,3	29,3	22,4
1976-80/ 20-24 Jahre	50,0	16,7	33,3	41,7	41,7	16,7
gesamt	37,9	21,8	40,3	44,1	29,1	26,8

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Quelle: DJI-Familiensurvey 2000; eigene Auswertungen

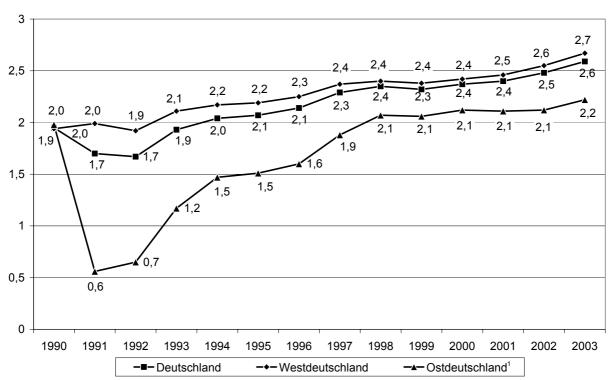
Die Unterschiede zwischen den Geburtskohorten bzw. Altersgruppen in den Tabellen 4.14 und 4.15 lassen sich nicht als Wandel interpretieren, denn die Befragten sind zum Befragungszeitpunkt in unterschiedlichem Alter und damit in unterschiedlichen Phasen ihrer beruflichen Karriere; die Karriereentwicklung der jüngeren Geburtskohorten wird sich nicht mehr nach den gleichen Mechanismen vollziehen wie für die älteren Geburtsjahrgänge.

4.7 Trennungen und Scheidungen

4.7.1 Scheidungsraten

Die gegenwärtige Scheidungsquote ist für Deutschland der vorläufige Gipfelpunkt einer langfristigen Entwicklung. Wie die folgende Abbildung zeigt, steigt der Anteil an Ehescheidungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner seit 1990 für Westdeutschland (obere Linie) nahezu kontinuierlich und liegt nun für das gesamte Bundesgebiet bei 2,59 Scheidungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. In den ostdeutschen Bundesländern ist, nach einem "wendebedingten" Einbruch der Scheidungsraten Anfang der 90er-Jahre, ein auf etwas niedrigerem Niveau vergleichbarer Anstieg der Ehescheidungen zu beobachten.

Abbildung 4.10: Ehescheidungen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland¹ (je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner)

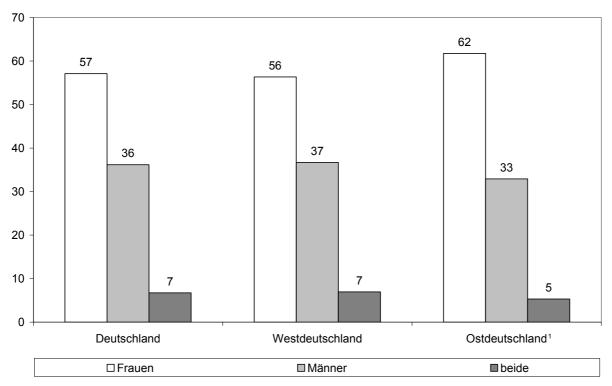


1 Ostdeutschland und Berlin-Ost Datenbasis: Scheidungsstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutschland liegt mit seinen Scheidungsziffern international keineswegs in der Spitzengruppe, so sind etwa in Russland und den USA mit 4,3 bzw. 4,2 Ehescheidungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (2001) die Scheidungsraten besonders hoch (Nave-Herz 2004: 64, 167 f.). Da Frauen in jüngerem Alter heiraten, liegt ihr durchschnittliches Alter bei einer Scheidung etwas niedriger als das der Männer. 2002 waren geschiedene Frauen in Deutschland durchschnittlich 38,9, geschiedene Männer 41,6 Jahre alt (Statistisches Bundesamt, Scheidungsstatistik).

Ein auffallender geschlechtsspezifischer Unterschied zeigt sich in der Antragstellung der Scheidung. Scheidungen werden weit häufiger von Frauen beantragt, nämlich zu 57 Prozent im Vergleich zu 36 Prozent bei den Männern. 7 Prozent entfallen auf gemeinsame Antragstellungen. In den ostdeutschen Bundesländern ist die ungleiche Verteilung sogar noch etwas stärker ausgeprägt als in den westdeutschen.

Abbildung 4.11: Ehescheidungen nach dem Geschlecht der Antragstellerin bzw. des Antragstellers in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



1 Ostdeutschland und Berlin-Ost Datenbasis: Scheidungsstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt

4.7.2 Scheidungsfolgen

Immer mehr Frauen und Männer sind im Verlauf ihres Lebens von einer Scheidung betroffen. Nach traditionellem Rollenverständnis und der vielfach gelebten Realität der hauptsächlich auf dem Einkommen des Ehemanns basierenden Ehen mit einem "Hauptverdiener" ist zu vermuten, dass Frauen weit stärker die ökonomischen Folgen einer Scheidung spüren als Männer, wobei auch Männer finanzielle Einbußen hinzunehmen haben (Tabelle 4.16). Auf Grund der gängigen Praxis, nach der Frauen zu einem wesentlich höheren Prozentsatz das Sorgerecht für die Kinder zugesprochen bekommen bzw. bei gemeinsamem Sorgerecht der mütterliche Haushalt Hauptwohnsitz der Kinder ist, bestehen die für die Väter schwerwie-

genderen Folgen einer Scheidung darin, ihre Kinder seltener zu sehen und sogar zu riskieren, den Kontakt zu ihnen zu verlieren. 128

Für eine Beantwortung der Frage, ob Frauen stärker unter den ökonomischen Folgen einer Scheidung zu leiden haben als Männer, liegen mit der 2003 erschienenen Studie "Wenn aus Liebe rote Zahlen werden" aktuelle Zahlen vor. Die Analysen basieren auf Datensätzen aus den Jahren 1984 bis 1999 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Zusätzlich wurde zur Jahreswende 2000/2001 eine Stichprobe von 1.519 Geschiedenen zu den "wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung" (genannt WTS-Erhebung) befragt (BMFSFJ 2003b: 29).

Männer wie Frauen erleiden durch eine Trennung bzw. Scheidung einen Einkommensverlust (Tabelle 4.16). Frauen haben jedoch deutlich stärkere Einkommenseinbußen im Vergleich zu Männern. Insbesondere die Betrachtung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen zeigt, dass ein größerer Teil der Frauen nach einer Trennung beträchtlich schlechter gestellt ist als Männer. Die Hälfte der Frauen muss ein Jahr nach der Trennung beim bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen einen Einkommensverlust von 27 Prozent und mehr hinnehmen, während diese Ziffer bei Männern nur 4 Prozent beträgt.

Tabelle 4.16: Veränderung der Jahreshaushaltsnettoeinkommen bei Frauen und Männern nach der Trennung in Deutschland (insgesamt und pro Kopf)

Einkommens-		Männer		Frauen		
Konzept ¹	2 Jahre vor der Tren- nung	1 Jahr nach der Trennung	individuelle Verände- rung²	2 Jahre vor der Tren- nung	1 Jahr nach der Trennung	individuelle Verände- rung ²
	Median ³ (DM)	Median ³ (DM)	Median ⁴ (%)	Median ³ (DM)	Median ³ (DM)	Median ⁴ (%)
Haushaltsein- kommen	53.419	34.706	-33	54.632	30.245	-41
bedarfsgewichte- tes Pro-Kopf- Einkommen	31.193	29.990	-4	28.519	19.919	-27
bedarfsgewichte- tes Pro-Kopf- Eink. nach Abzug der Wohnkosten	25.749	23.717	-11	23.584	15.629	-33

- Fortsetzung nächste Seite -

¹²⁸ Bei der "Väterstudie" der Bremer Forschungsgruppe um Amendt (2003) handelt es sich um eine aktuelle Untersuchung, die sich mit männerbezogenen Auswirkungen von Scheidungen befasst und ebenfalls in ihren Interviews ausschließlich die männliche Perspektive berücksichtigt. In den Veröffentlichungen von Amendt wird die These vertreten, dass Männer in Scheidungsprozessen die eigentlich Benachteiligten sind, da sie nur als zahlende Väter gesehen werden und die Qualität ihrer Beziehungen zu den Kindern nicht berücksichtigt werde (Amendt 2004).

- 1 Basis ist das Jahreseinkommen, das dem jeweiligen Haushalt zwei Jahre vor und ein Jahr nach der Trennung zur Verfügung steht, d.h. die Summe aller Einkommen der Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sowie nach Empfang bzw. Ableistung von privaten und staatlichen Transferleistungen (inkl. Unterhaltszahlungen). Bei der Berechnung der Pro-Kopf-Einkommen wird (näherungsweise) die erste Person im Haushalt mit einem Gewicht von 1 berücksichtigt, alle weiteren Erwachsenen mit einem Gewicht von 0,5 und Kinder mit einem Gewicht von 0,3.
- 2 prozentuale Veränderung des Einkommens zwischen den beiden Zeitpunkten zwei Jahre vor der Trennung und ein Jahr nach der Trennung
- 3 Die Hälfte der jeweiligen Personen verfügt maximal über den genannten Einkommensbetrag (Lesebeispiel: 50 Prozent der Männer verfügen ein Jahr nach der Trennung über ein Jahreshaushaltsnettoeinkommen von max. 34.706 DM).
- 4 Die Hälfte der jeweiligen Personen erfährt Einkommensverluste, die mindestens den genannten Veränderungen entsprechen (Lesebeispiel: 50 Prozent der Männer erfahren Einkommensverluste von 33 und mehr Prozent).

Datenbasis: SOEP; alle verheirateten Personen, die sich 1984-1999 trennten

Quelle: BMFSFJ 2003b: 9

Einen weiteren Aspekt der ökonomischen Schlechterstellung von Frauen nach einer Trennung weist die folgende Tabelle aus. In ihr spiegelt sich die Tatsache, dass Frauen nach einer Trennung weit häufiger mit Kindern im Haushalt leben als Männer. Daher sind in Gesamtdeutschland auch 76 Prozent der Frauen in der Trennungszeit für sich und 95 Prozent für ihre Kinder unterhaltsberechtigt, Männer dagegen nur zu 13 Prozent für sich selbst sowie 23 Prozent für Kinder unterhaltsberechtigt. Auch wenn die unterhaltsberechtigten Männer zu einem höheren Prozentsatz den ihnen zustehenden Trennungsunterhalt nicht ausgezahlt bekommen, ist die Nichtauszahlung des Unterhalts auf Grund der weit höheren Zahl der Berechtigten für die Frauen das weit schwerwiegendere Problem.

Tabelle 4.17: Zahlung von Kindes- und Trennungsunterhalt aus Sicht der unterhaltsberechtigten Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (Spaltenprozent)

		Frauen			Männer		
	Deusch- land	West	Ost	Deutsch -land	West	Ost	
Unterhalt für	Unterhalt für die/den Ehepartner/-in in der Trennungszeit (alle Befragten)						
N	768	511	257	741	494	247	
davon							
Berechtigte	76	78	68	13	12	18	
davon							
mit regelmäßigem und vollständ. Empfang von Trennungsunterhalt	28	30	16	9	10	6	
mit unzureichendem ¹ Empfang von Trennungsunterhalt	9	9	8	4	4	1	
ohne Empfang von Trennungsunterhalt	65	63	76	87	85	94	

Kindesunterhalt in der Trennungszeit (nur Befragte mit minderjährigen Kindern)								
N	436	276	160	387	237	150		
davon								
Berechtigte	95	95	96	23	23	24		
davon								
mit regelmäßigem und vollständi- gem Empfang von Kindesunter- halt	54	55	46	14	12	20		
mit unzureichendem ¹ Empfang von Kindesunterhalt	20	20	19	2	2	1		
ohne Empfang v. Kindesunterhalt	26	24	35	84	85	80		

¹ Zahlungen, die unregelmäßig und/oder nicht in der vereinbarten Höhe erfolgen

Datenbasis: Repräsentativbefragung Geschiedener 2000/01

Quelle: Andreß 2004: 4

Es muss also konstatiert werden, dass Frauen im Allgemeinen mit den größeren finanziellen Nachteilen bei einer Scheidung rechnen müssen. Während Frauen nach der aktuellen Datenlage stärker als Männer unter den ökonomischen Folgen von Trennungen und Scheidungen zu leiden haben, ist es für Männer schwieriger, nach einer Trennung oder Scheidung weiter den Kontakt zu ihren Kindern zu halten, da der Lebensmittelpunkt der meisten Kinder bei der Mutter ist. Wie aus der Tatsache hervorgeht, dass 85 Prozent der allein Erziehenden Frauen sind, hat auch die Einführung des gemeinsamen Sorgerechts 1998 dies nicht grundlegend geändert.

Allerdings hat sich durch die gesetzliche Festlegung der gemeinsamen elterlichen Sorge als Regelfall der Anteil des gemeinsamen Sorgerechts deutlich erhöht. Hatten im Zeitraum 01.07.1994 bis 30.6.1995 lediglich 17 Prozent der geschiedenen Eltern das gemeinsame Sorgerecht erlangt, waren dies im Jahr 2000 immerhin 75,6 Prozent (Proksch 2002: 6). 129

Die Untersuchung von Proksch aus dem Jahre 2001 belegt zum einen das Fortbestehen der Bedeutung des mütterlichen Haushalts als Lebensmittelpunkt (Tabelle 4.18). Zum anderen wird hier jedoch die Bedeutung des gemeinsamen elterlichen Sorgerechts für Väter deutlich. Jeweils mehr (erste und zweite) Kinder leben beim Vater, wenn die Eltern das gemeinsame Sorgerecht haben, im Vergleich zu Kindern, bei denen ein Elternteil das alleinige Sorgerecht ausübt.

¹²⁹ Die Untersuchung der "Begleitforschung zur Umsetzung der Neuregelungen zur Reform des Kindschaftsrechts" im Auftrag des BMJ erfolgte 1999/2000 und 2001 mit einer Stichprobe von 2.931 Befragten.

Tabelle 4.18: Lebensmittelpunkt der ersten und zweiten Kinder in Deutschland 2001 (in %)

Lebensmittelpunkt		gemeinsame elterliche Sorge	alleinige elterliche Sorge						
1.Kind (n= 2.931)									
beim Vater	10,7	12,5	6,5						
bei der Mutter	85,2	82,2	91,9						
zu gleichen Teilen bei Vater und Mutter	2,5	3,9	0,1						
bei Verwandten	0,1	0,1	0,2						
anderer Aufenthalt	1,2	0,9	1,3						
k.A	0,4	0,6	0,0						
		2. Kind (n= 2.931)							
beim Vater	9,4	11,7	3,7						
bei der Mutter	87,2	83,9	94,8						
zu gleichen Teilen bei Vater und Mutter	2,3	3,7	0,0						
bei Verwandten	0,0	0,0	0,0						
anderer Aufenthalt	0,6	0,2	1,3						
k.A.	0,4	0,6	0,2						

Quelle: Proksch 2001: 25 f.

Nach den Forschungsergebnissen von Proksch scheint die Reform des Kindschaftsrechts 1998 zu einer Verbesserung der Qualität der Kontakte der nicht mit ihren Kindern zusammenlebenden Elternteile (also in der Regel der Väter) zu ihren Kindern beizutragen.

Die bessere Qualität der Beziehung der Kinder zu den nicht mit ihnen zusammenlebenden Vätern bei gemeinsamer elterlicher Sorge scheint auch die Bereitschaft, regelmäßigen Kindesunterhalt zu zahlen, zu verstärken: "So erklären 76,6 Prozent der Mütter mit geS [gemeinsamer elterlicher Sorge], aber lediglich 58,1 Prozent der Mütter mit aeS [alleiniger elterlicher Sorge], dass "Kindesunterhalt gegenwärtig regelmäßig bezahlt" werde" (Proksch 2002: 8).

Diese bessere Qualität der Beziehung beeinflusst auch die ökonomische Situation der Mütter. Die international vergleichende Studie von Kostka (2004) stellt diese Ergebnisse jedoch sowohl für Deutschland als auch international infrage. Nach ihren Ergebnissen kann kein direkter Zusammenhang zwischen gemeinsamem Sorgerecht und Zahlung des Kindesunterhalts sowie zur Qualität der Beziehung aufgezeigt werden.

Unter dem Aspekt der Folgen von Trennung und Scheidung muss von fortbestehenden Geschlechterungleichheiten gesprochen werden. Weiterhin beeinträchtigt für die meisten Väter eine Scheidung die Quantität und häufig auch die Qualität der Kontakte zu ihren Kindern. Und weiterhin haben viele Mütter, die während ihrer Ehe in einem traditionellen Geschlechtermodell mit dem Ehemann als Hauptverdiener lebten, durch eine Scheidung größere finanzielle Einbußen als Männer.

4.7.3 Wiederheirat

Frauen heiraten seit Beginn der 90er-Jahre etwas häufiger als Männer nach einer Scheidung ein weiteres Mal. In den vorangegangenen Jahrzehnten war dies noch anders (Abbildung 4.12). In den 50er- und 60er-Jahren war ein sehr viel höherer Prozentsatz der eheschließenden Geschiedenen männlich. In den 70er- und 80er-Jahren kam es zu einer Angleichung in den Anteilen und seit den 90er-Jahren sind es prozentual mehr Frauen, die erneut heiraten.

Abbildung 4.12: Eheschließungen Geschiedener nach Geschlecht in Deutschland 1950 bis 2002 (in %)

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

-■- Eheschließungen geschiedener Frauen in %

4.8 Lebensformen von Frauen und Männern im Alter

--- Eheschließungen geschiedener Männer in %

Die beiden folgenden Abbildungen verdeutlichen die sehr unterschiedlichen Lebensformen älterer Frauen und Männer in Deutschland. Während Frauen mit ansteigendem Alter zunehmend in Witwenschaft leben, ist selbst für hochbetagte Männer die Lebensgemeinschaft (LG) mit ihrer Ehefrau die häufigste Lebensform. Dieses statistische Abbild der unterschiedlichen Lebenserwartungen von Frauen und Männern hat weit reichende Implikationen für das Leben im Alter. So liegt es beispielsweise auf der Hand, dass pflegebedürftige Männer im höheren Lebensalter eher auf die Hilfe ihrer Frau zurückgreifen können als dass ältere Frauen Pflege durch einen Ehemann erhalten können (Abbildung 4.13 und 4.14).

70-74 J.

■ 3 und mehr Personenhaushalt

75-79 J.

80 J. und älter

■ verheiratet getrennt lebend

■ in nicht-ehel. LG

Abbildung 4.13: Lebensformen von Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren in Deutschland 2004 (in %)

Anmerkung: Legende ist in Leserichtung zu lesen.

60-64 J.

□ledig

■ verwitwet

Sonstige

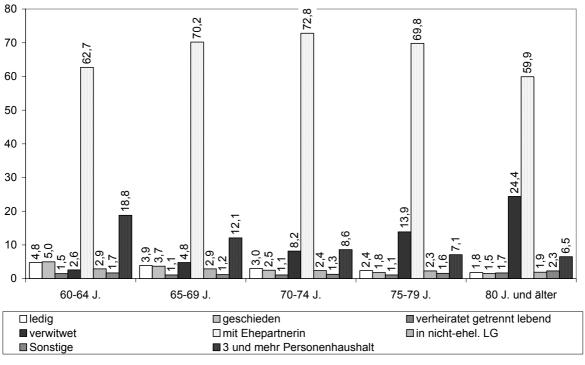
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten

□geschieden

mit Ehepartner

65-69 J.

Abbildung 4.14: Lebensformen von Männern im Alter von 60¹ und mehr Jahren in Deutschland 2004 (in %)



Anmerkung: Legende ist in Leserichtung zu lesen.

1 Bevölkerung in Privathaushalten

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung

Die für Frauen und Männer sehr unterschiedliche Zahlenrelation der deutschen und ausländischen Bevölkerung im Alter zeigt die folgende Tabelle. Auf Grund der höheren Lebenserwartung von Frauen überwiegen in der deutschen Bevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren die Frauen mit knapp 57 Prozent deutlich. Durch die geschlechtsspezifisch unterschiedlich starke Migration ist es in der Bevölkerung mit nicht-deutschem Pass genau umgekehrt. In der Hochzeit der Gastarbeitermigration der 50er- und 60er-Jahre wanderten deutlich mehr Männer als Frauen nach Deutschland ein. Gegenwärtig gibt es daher in der älteren Migrantenpopulation in Deutschland mit ebenfalls knapp 57 Prozent deutlich mehr Männer als Frauen (Tabelle 4.19).

Tabelle 4.19: Bevölkerung in Privathaushalten im Alter von 60 und mehr Jahren nach Geschlecht und Nationalität in Deutschland 2004 (absolut und in %)

	Bevölkerung	in %
Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit	11.670.000	56,7
Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit	8.930.000	43,3
gesamt	20.600.000	100,0
Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit	291.000	43,1
Männer mit ausländischer Staatsangehörigkeit	384.000	56,9
gesamt	675.000	100,0

Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung

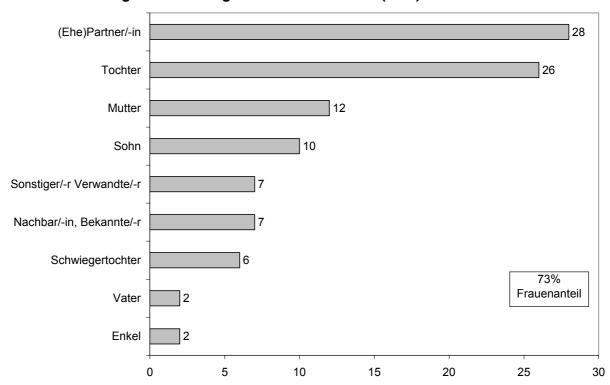
Bereits angesichts dieser Zahlenrelationen ist eine unterschiedliche Verteilung von Lebensformen bei ausländischen Frauen und Männern zu erwarten. Tatsächlich ist eine geringere Anzahl von Frauen und Männern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit bereits verwitwet (Tabelle A 4.5 Spalte "allein lebend, nicht ledig"). Eine besonders deutliche Differenz zu deutschen Staatsangehörigen besteht jedoch hinsichtlich des Lebens in Mehrpersonen-Haushalten, in der Regel also in Familien. Bei den deutschen Frauen über 60 Jahren leben 2004 7,8 Prozent in Haushalten mit drei und mehr Personen, bei den ausländischen Frauen sind dies 20,9 Prozent. Männer mit Migrationshintergrund im Alter von über 60 Jahren leben sogar zu 28,8 Prozent in Familienhaushalten, deutsche Männer dagegen nur zu 11,5 Prozent. Umgekehrt leben in dieser Altersgruppe lediglich 29,1 Prozent der ausländischen, aber 41,4 Prozent der deutschen Frauen allein (Tabelle A. 4.18).

Mit zunehmendem Alter steigt die Pflegebedürftigkeit von Frauen und Männern (Abbildung 7.25). Besonders betroffen davon sind Frauen. Sie stellen 69 Prozent der pflegebedürftigen Menschen (Tabelle 7.13). Die Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen wird derzeit zu Hause versorgt (71 %), rund 1,4 Millionen Menschen, davon 922.000 Frauen und 513.000 Männer (Tabelle 7.13). Dabei spielen Familienangehörige als Pflegepersonen eine ganz entscheidende Rolle. Sie stellen über 85 Prozent der Hauptpflegepersonen (Infratest Sozialforschung: 18). Unter den Pflegenden in Privathaushalten tragen Frauen mit 73 Prozent die Hauptverantwortung (Abbildung 4.15). Frauen profitieren von dieser familialen Leistung häu-

figer als Männer. Auf Grund ihrer größeren Pflegebedürftigkeit sind sie allerdings auf entsprechende Leistungen auch häufiger angewiesen.

Wie Abbildung 4.15 zeigt, übernehmen (Ehe-)Partnerinnen bzw. (Ehe-)Partner die Funktion der Pflege am häufigsten. Dies werden vor allem die pflegebedürftigen Männer noch in Anspruch nehmen können, während die pflegebedürftigen alten Frauen, die viel häufiger als die Männer schon verwitwet sind, auf andere verwandtschaftliche Hilfe zurückgreifen können, vor allem auf ihre Töchter (Abbildung 4.15). Dennoch sind 79 Prozent der Bewohnerinnen bzw. Bewohner von Pflegeheimen weiblich (Tabelle 7.13).

Abbildung 4.15: Hauptpflegepersonen von Pflegebedürftigen in Privathaushalten – Hauptpflegepersonen von Leistungsbezieherinnen und -beziehern der Sozialen und der Privaten Pflegeversicherung in Deutschland 2002 (in %)



Quelle: Infratest Sozialforschung 2003: 19 ff.

4.9 Ergebnisse im Überblick

Wie überall in Europa ist auch in Deutschland die Geburtenziffer deutlich gesunken. In Deutschland liegt sie mit 1,34 Kindern pro Frau unterhalb des europäischen Durchschnitts (1,46). Nicht eheliche Lebensgemeinschaften und außereheliche Geburten haben langfristig zugenommen. In Ostdeutschland leben mehr Menschen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit Kindern und deutlich mehr Alleinerziehende als in Westdeutschland. Heirat und die Geburt des ersten Kindes werden zunehmend ins vierte Lebensjahrzehnt verlagert. Längere Ausbildungen und beruflich unsichere Phasen veranlassen Paare oftmals, Elternschaft hinaus zu schieben. Nicht selten wird aus diesem Aufschub unfreiwillige Kinderlosigkeit.

In der Gesamtschau der Bevölkerung ist das Alter von 35 bis 44 Jahren die familienintensivste Phase in Deutschland. Etwas mehr als jede zweite Person in dieser Altersgruppe lebt in einer traditionellen Familienform, ist also verheiratet und hat mindestens ein Kind. Bleibt der Familienstand außer Acht, so haben in diesem Alter gut 10 Prozent mehr, nämlich 67 Prozent, familiale Verpflichtungen. Das Zusammenleben von Eltern und Kind(ern) ist also trotz der Zunahme anderer Lebensformen zwischen dem 35. und 45. Lebensjahr für Erwachsene noch die dominierende Lebensform. Der Anteil der Frauen, die in diesem mittleren Lebensalter mit mindestens einem Kind zusammen leben, liegt um 16 Prozent über dem der Männer. In der ausländischen Bevölkerung hat nur ca. jeder dritte Mann und ca. jede fünfte Frau in dieser familienintensivsten Phase keine Kinder im Haushalt.

Auch wenn hier betont wurde, dass die Familie immer noch eine dominante Lebensform darstellt, ist doch offensichtlich, dass zwischen Kinderwunsch und tatsächlicher Elternschaft eine erhebliche Lücke klafft. Von den 18- bis 44jährigen Kinderlosen wünschen sich nur 24 Prozent der Männer und 21 Prozent der Frauen kein Kind.

Bei westdeutschen Frauen gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen schulischem Bildungsniveau und Mutterschaft. Je höher der Schulabschluss, desto größer der Anteil von Frauen, bei denen im Alter von 35 bis 39 Jahren kein Kind im Haushalt lebt. Allerdings hat die späte Mutterschaft gerade bei hochqualifizierten Müttern deutlich zugenommen, so dass bei diesen Frauen zum Teil noch Kinder zu erwarten sind. Deutlich ist aber, dass eine lange Ausbildung und eine ambitionierte Erwerbstätigkeit von Frauen vielen Paaren mit einer Familiengründung nicht vereinbar scheint. Beruflich unqualifizierte Männer, sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern, sehen ihrerseits allerdings ebenfalls geringere Chancen, eine Familie zu gründen. Bei diesem Personenkreis dürften vor allem finanzielle Erwägungen eine Rolle spielen.

In Westdeutschland scheinen Paarbeziehungen einen Teil ihres geschlechtshierarchischen Charakters zu verlieren und sich den strukturell eher egalitär angelegten Paargemeinschaften im Osten anzugleichen. Nach traditioneller Norm sollte der Mann in einer Paarbeziehung der ältere, der qualifiziertere und der beruflich besser positionierte sein. Dieses Muster lockert sich. Das traditionelle Muster, wonach der Mann – wenn beide erwerbstätig sind – die höhere berufliche Position innehat, wird im Westen nur noch von knapp der Hälfte der Paare in ihrer aktuellen Partnerschaft realisiert, im Osten Deutschlands nur noch von 40 Prozent. Diese Veränderung der Paarstrukturen kann, zusammen mit den für junge Männer wie Frauen schwierigen Situationen auf dem Arbeitsmarkt dazu führen, dass sich für Paare mit Kindern keineswegs mehr durchweg die Berufsunterbrechung und Teilzeitarbeit von *Müttern* als einziges Modell der Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbietet.

Die Scheidungsraten steigen seit langem kontinuierlich an. Inzwischen kann man davon

ausgehen, dass jede dritte Ehe geschieden wird. Scheidungen werden weit häufiger von Frauen als von Männern beantragt, dies gilt ganz besonders im Osten. Mit einer Trennung bzw. Scheidung sinkt der Lebensstandard der Geschiedenen. Frauen haben deutlich stärkere Einkommensverluste als Männer hinzunehmen. Neben der Scheidung ist auch das Allein Erziehen insbesondere für Frauen mit einem hohen Armutsrisiko verknüpft.

Im Rentenalter leben Männer noch ganz überwiegend in Partnerschaften, während Frauen vielfach ihre Partner schon verloren haben. Pflegebedürftige Frauen sind deshalb häufiger als Männer in dieser Situation auf die Unterstützung durch andere Familienmitglieder oder die Versorgung in einem Heim angewiesen. Die größere soziale Einbindung von Ausländerinnen in partnerschaftliche oder familiale Beziehungen im mittleren Alter setzt sich in höherem Alter fort. Von den über 60Jährigen leben nur 29,1 Prozent der Ausländerinnen aber 41,4 Prozent der deutschen Frauen allein.

5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das Wichtigste in Kürze:

Ein Vergleich der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) zeigt, dass sich Deutschland – was die Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen betrifft – international gut behaupten kann, dass Deutschland aber im Ranking der Staaten erstaunlich weit zurückfällt, wenn man prüft, wie stark sich Mütter mit mehreren Kindern aus dem Erwerbsleben zurückziehen. In Deutschland scheint also das Vorhandensein von Kindern die Erwerbsarbeit von Frauen stärker zu beeinträchtigen als in vielen anderen vergleichbaren Staaten.

Im Vergleich zu deutschen Müttern sind in Deutschland lebende Mütter ohne deutschen Pass sehr viel schlechter in den Arbeitsmarkt integriert. Sie sind viel seltener als deutsche Mütter Vollzeit beschäftigt, seltener auch Teilzeit beschäftigt. Ferner profitieren sie viel seltener von Elternzeit.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewinnt die Teilzeitarbeit und die geringfügige Beschäftigung eine zunehmende Bedeutung. Mütter in den ostdeutschen Bundesländern sind allerdings auch mit kleinen Kindern und mit größerer Kinderzahl noch sehr viel häufiger als Mütter in den westdeutschen Bundesländern auf einer Vollzeitstelle erwerbstätig.

Während Väter deutlich mehr bezahlte Arbeit leisten als Mütter, leisten Mütter das Gros der Familienarbeit, auch wenn sie erwerbstätig sind. Der Arbeitseinsatz von Vätern in der Familie nahm in den letzten zehn Jahren kaum zu. Erwerbstätige Väter haben heute allerdings schon im Durchschnitt weniger Freizeit als erwerbstätige Mütter.

Viele Mütter in Elternzeit haben Schwierigkeiten, unmittelbar nach Ablauf der Elternzeit wieder in den Beruf zurückzukehren. In den ostdeutschen Bundesländern beeinträchtigen zwischenzeitliche Betriebsschließungen in nicht unerheblichem Maße die Rückkehr von Müttern an ihren alten Arbeitsplatz. In den westdeutschen Bundesländern machen fehlende Kinderbetreuungsangebote und ungünstige Arbeitszeiten eine Rückkehr oft unmöglich.

Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich nicht nur im Hinblick auf die Frage der Versorgung von Kindern, sondern auch im Hinblick auf die Unterstützung und Pflege älterer Familienangehöriger. Personen, die andere Familienangehörige pflegen, sind 2004 immer noch ganz überwiegend (zu 73 %) weiblich. Der Anteil der Männer hat seit 1998 allerdings zugenommen.

5.1 Einleitung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist in hohem Maße davon abhängig, dass Frauen wie Männer zunächst eine qualifizierte Berufsausbildung absolvieren, dann ihre Berufschancen flexibel und mobil nutzen und schließlich ihrer Berufsarbeit ebenso engagiert wie Männer nachgehen können. Hierfür sind die Bedingungen insbesondere in den westdeutschen Bundesländern nach wie vor ungünstig. Die im Westen Deutschlands fest verankerten hohen normativen Erwartungen an die "gute Mutter" (Schütze 1986), das unzureichende öffentliche Betreuungsangebot für kleine Kinder, die weitgehende Fixierung des männlichen Lebensentwurfs auf beruflichen Erfolg und die strukturelle Rücksichtslosigkeit des Erwerbssystems gegenüber Eltern, die sich der Optimierung betrieblicher Abläufe nicht ohne weiteres anpassen können, sind die Rahmenbedingungen, unter denen meist Mütter eine umfassende Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Vätern bleibt neben ihrer Rolle, die eigene Familie ökonomisch abzusichern, meist nur die Rolle des "Freizeitvaters".

Um frei über ihr Familien- und Erwerbsmodell entscheiden zu können, brauchen Eltern neben einem passgenauen öffentlichen Kinderbetreuungsangebot für alle Altersstufen ein Bündel familienfreundlicher Maßnahmen in ihrem Betrieb. Die wichtigsten sind: flexibel gestaltbare tägliche Arbeitszeiten und die Chancen, den Arbeitsumfang (Vollzeit vs. Teilzeit) ohne langfristige berufliche Nachteile, den familialen Anforderungen entsprechend im Lebenslauf zu verändern. Von Bedeutung sind ferner Kinderbetreuungsangebote im Betrieb bzw. Beteiligung von Betrieben an kommunalen Betreuungsangeboten sowie Weiterbildungsangebote und Teilzeit- und Vertretungsangebote während familienbedingter Erwerbsunterbrechungen.

Die familiale Betreuung kleiner Kinder, aber auch die Pflege alter Menschen wird heute noch ganz überwiegend von Frauen geleistet. Unter den gegebenen Bedingungen sind diese Aufgaben mit einer vollen Erwerbsarbeit oft schwer vereinbar. Viele Mütter kleiner Kinder, aber auch ältere berufstätige Frauen, an die Pflegebedarf von Seiten der Familie herangetragen wird, schränken deshalb ihre Erwerbsarbeit ein oder geben sie gar auf und nehmen damit eine deutliche Schlechterstellung auf dem Arbeitsmarkt (Kapitel 2), bei den Einkommen (Kapitel 3) und bei der sozialen Sicherung (Kapitel 7) in Kauf. Das vorliegende Kapitel wird sich ganz auf die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf konzentrieren. Zur Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung liegt ein aktuelles Gutachten vor, auf das an dieser Stelle verwiesen werden soll (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2004). Es macht deutlich, dass die Geburt eines Kindes manchen Ausbildungsabschluss verzögert oder ganz vereitelt und dass davon junge Frauen häufiger als junge Männer betroffen sind. Zu den Schwierigkeiten, familiale Pflegeaufgaben und Beruf zu vereinbaren, wird es im Kapitel 5.10 einige Daten geben.

Pfau-Effinger unterscheidet zwei unterschiedliche Trends bei der Lösung von Vereinbar-

keitsproblemen zwischen Elternschaft und Beruf in Europa. Den ersten Entwicklungspfad bezeichnet sie als die Modernisierung der männlichen Versorgerehe (Pfau-Effinger 2001: 495). Bei diesem Entwicklungspfad wird die fast ausschließliche Betreuung von Kindern durch ihre Mütter zumindest in den ersten Lebensjahren favorisiert, finanziell gefördert und mangels bezahlbarer öffentlicher Angebote zur Kleinkindbetreuung Müttern auch strukturell nahe gelegt. Die gesellschaftliche Entwicklung hin zur modernisierten Versorgerehe sieht mütterliche Erwerbsarbeit prinzipiell vor. Als ideal gilt Teilzeitbeschäftigung und/oder die geringfügige Beschäftigung von Müttern kleiner Kinder. Im Geschlechterarrangement der "modernisierten Versorgerehe" bleibt die finanzielle Abhängigkeit für diejenigen, die eigene Kinder betreuen, oft über Jahre erhalten. Gleichzeitig eröffnet die beschränkte Erwerbsarbeit den betreuenden Personen wenigstens begrenzte, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Im Vergleich zur langjährigen Berufsunterbrechung verbessert Teilzeitarbeit auch die Chance von Personen mit Familienaufgaben, nach einigen Jahren finanzieller Abhängigkeit wieder zu einer vollen autonomen finanziellen Absicherung zu gelangen. Pfau-Effinger geht davon aus, dass die widersprüchlichen Züge der modernisierten Versorgerehe (hier Abhängigkeit, dort Streben nach Unabhängigkeit) ein möglicher Ausgangspunkt für einen weiteren Wandel der modernisierten Versorgerehe sein können.

Neben den Niederlanden und Großbritannien gehört auch Deutschland zu den Staaten, in denen die modernisierte Versorgerehe vorherrscht. Das heißt, die Familiengründung geht mit einer oft langjährigen Reduzierung der Erwerbstätigkeit von Müttern einher. Gegenwärtig gibt es in Deutschland politische Bemühungen, ein Kinderbetreuungsangebot bereitzustellen, das es Müttern auch ganztags und evtl. auch mit Kindern unter 3 Jahren ermöglicht, erwerbstätig zu sein. Um dies zu erreichen, werden noch große Anstrengungen nötig sein (Abbildungen 5.27 und 5.28).

Den zweiten Entwicklungspfad bezeichnet Pfau-Effinger als Wandel auf der Basis eines Doppelversorgermodells, wie es etwa in Ländern wie Frankreich und den skandinavischen Ländern schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde. Das Modell beruht auf dem Leitbild, dass Frauen grundsätzlich wie Männer Vollzeit erwerbstätig sein sollten. Die Kinderbetreuung gilt als Verantwortungsbereich von Institutionen auch außerhalb der Familie. In Frankreich, Dänemark, Schweden, Finnland war dieses Leitbild schon lange verankert, für die DDR wurde es in den 60er-Jahren prägend. Die Länder, die diesen zweiten Entwicklungspfad gegangen sind, weisen schon lange eine überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigenquote von Frauen auf, wobei der Anteil der Frauen, die familienbedingt Teilzeit arbeiten, meist gering ist (Pfau-Effinger 2001: 497). Das Doppelversorgermodell hat sich in den betroffenen Ländern in den letzten Jahrzehnten wenig verändert. Von einem Trend zu einer stärkeren Beteiligung von Männern an Familienarbeit wagt Pfau-Effinger nicht zu spre-

chen. So sind auch in diesem Modell Konfliktlinien vorgezeichnet. Der Widerspruch zwischen der *ungleichen* Beanspruchung von Frauen und Männern in der Familie und der *gleichen* Beanspruchung durch Erwerbsarbeit wird auf die Dauer wohl eine Veränderung auch dieses Geschlechterarrangements zur Folge haben. Das Doppelversorgermodell erweist sich auch insofern als problematisch, als es Paare selbst bei paritätischer Arbeitsteilung in der Familie und bei wohlorganisiertem Rückgriff auf Dienstleistungen Dritter oft an die Grenzen der Belastbarkeit führt (Klammer/Klenner 2004). Die Tatsache, dass auch ostdeutsche Mütter mit kleinen Kindern Interesse an Teilzeitarbeit haben (Abbildung 5.20), zeigt, dass das Doppelversorgermodell selbst bei vorhandenem öffentlichem Kinderbetreuungsangebot nicht das einzig gewünschte Modell ist.

Als vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelten familienfreundliche Arbeitszeiten, ein breites Kinderbetreuungsangebot für alle Altersgruppen, Regelungen zur Elternzeit mit Rückkehrgarantien und mit einem Anspruch eigens für Väter sowie die individuelle Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Eltern. Darüber hinaus schaffen Angebote an Mütter und Väter, den Arbeitsumfang der jeweiligen familiären Situation anzupassen, Wiedereingliederungsmaßnahmen, gleiche Entlohnung und gleiche Aufstiegschancen im Betrieb, Anreize für Frauen, auch mit Kindern im Erwerbsleben zu bleiben oder möglichst bald wieder zurückzukehren, und Anreize für Männer, ihre Arbeitszeit auch einmal zu Gunsten von Familienzeiten einzuschränken.

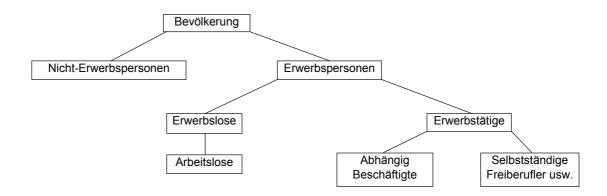
Der Zusammenhang zwischen den staatlichen Leistungssystemen und der Erwerbsquote von Müttern ist keineswegs sehr eng. Untersuchungen verweisen darauf, dass auch national geprägte kulturelle Leitbilder, die sich auf Haushaltsführung und Eltern- (Mütter-)präsenz beziehen, für das Erwerbsverhalten von Müttern Bedeutung haben (Gerhard/Knijn/Weckwert 2003: 8).

Zu den Rahmenbedingungen, unter denen sich Mütter heute häufiger als früher für einen Verbleib im Beruf oder eine vergleichsweise rasche Rückkehr entscheiden, gehören auch Faktoren, die sich unabhängig von sozialstaatlichen Leistungen und Infrastrukturangeboten verändert haben. So ist etwa die durchschnittliche Kinderzahl geringer geworden und die zunehmende Ehelosigkeit und das steigende Scheidungsrisiko von Müttern lässt die traditionelle ökonomische Absicherung in der Ehe für Frauen unwahrscheinlicher und unzuverlässiger erscheinen. Hinzu kommt, dass die im Kapitel über Bildung und Ausbildung nachgezeichnete zunehmende schulische und berufliche Qualifikation von Frauen deren Interesse steigert, ihren gewählten Beruf auch tatsächlich auszuüben. Auch der geringe Lebensstandard der Einverdienerehe und die heute geringere Arbeitsplatzsicherheit von Vätern lässt das traditionelle Ernährermodell unzuverlässiger und weniger attraktiv erscheinen und stärkt Tendenzen hin zum Doppelversorgermodell. Gleichzeitig steigt das Interesse von Vätern an

einer aktiven Rolle in der Familie (Zulehner/Volz 1998). Nur wenige setzen solche Vorstellungen bisher aber so konsequent um, dass sie ihre Erwerbsarbeit einschränken.

Um die Argumentation im vorliegenden Kapitel nachvollziehbarer zu machen, ist die folgende Begriffsklärung nötig: Aus statistischer Sicht ist in der Bevölkerung zwischen Erwerbspersonen und Nicht-Erwerbspersonen zu unterscheiden. Zu den Erwerbspersonen gehören hier sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (abhängig Beschäftigte), Selbstständige, Freiberufler, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Zu den Erwerbslosen zählen alle Nicht-Beschäftigten, die eine Arbeitsstelle suchen. Als Arbeitslose gelten diejenigen Personen, die sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben. Als Nicht-Erwerbspersonen gelten also alle, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und auch keine suchen (Abbildung 5.1).

Abbildung 5.1: Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus



Erwerbstätigenquoten geben den Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer an der entsprechenden weiblichen bzw. männlichen Bevölkerungsgruppe an. Zu unterscheiden ist diese Quote von der Erwerbsquote. Diese beinhaltet neben den tatsächlichen Erwerbstätigen auch die Erwerbslosen. Die Erwerbstätigenquote ist gleich der Erwerbsquote, wenn keine Erwerbslosigkeit vorliegt (Abbildung 2.1).

Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten gibt den prozentualen Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten an. Die Vollzeitquote der abhängig Beschäftigten gibt den prozentualen Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten wieder. Zu den abhängig Erwerbstätigen (Beschäftigten) zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Auszubildende. Selbstständige, Freiberufler/-innen und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen (Statistisches Bundesamt 2004f und 2004g).

Im Folgenden soll zunächst gezeigt werden, wie sich international und dann, wie sich speziell in Deutschland die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern mit und ohne Kind(er) entwickelt hat (Kapitel 5.2 und 5.3). Danach wird bezogen auf Deutschland beschrieben, welche Gruppen von Müttern sich besser als andere ins Erwerbsleben integrieren können (Kapitel 5.4). Anschließend soll dargestellt werden, wie sich die Vorstellungen zur familialen Arbeitsteilung und zur Erwerbsbeteiligung von Müttern heute ausdifferenzieren (Kapitel 5.5), wie sich Paare mit und ohne Kinder heute die Arbeit in Beruf und Familie teilen (Kapitel 5.6), und wie Eltern auf Elternzeitregelungen, auf familienfreundliche Maßnahmen am Arbeitsplatz (Kapitel 5.7) und auf Kinderbetreuungsangebote (Kapitel 5.8) zurückgreifen können. Schließlich soll dargelegt werden, wie Müttern die Rückkehr in den Beruf nach einer familienbedingten Berufsunterbrechung gelingt (Kapitel 5.9). Abschließend wird auf Probleme der Vereinbarkeit von familialen Pflegeaufgaben mit Erwerbsarbeit eingegangen (Kapitel 5.10). Das Kapitel endet mit einer knappen Zusammenfassung (Kapitel 5.11).

5.2 Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im internationalen Vergleich

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat in fast allen Industriestaaten der Welt zugenommen (OECD 2002). Oft allerdings prägen Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Die Anwesenheit von betreuungsbedürftigen Kindern erweist sich in vielen OECD-Staaten weiterhin als Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Eine Familiengründung beeinträchtigt nur die Erwerbsbeteiligung von Müttern (in gar keiner Weise die von Vätern) (Abbildung 5.2, 5.3 und 5.4 im Vergleich).

Haben Frauen noch keine Kinder oder sind die Kinder älter als 14 Jahre, dann sind die Geschlechterunterschiede in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung eher gering. Je nach Land sind die Geschlechterdiskrepanzen sehr unterschiedlich groß. In Schweden reichte im Jahr 2000 die Erwerbstätigkeit von Frauen ohne betreuungsbedürftige Kinder ganz an die der Männer heran (Abbildung 5.2).

¹³⁰ Die Daten für dieses Kapitel stammen zum großen Teil vom Statistischen Bundesamt. Für den internationalen Vergleich werden Statistiken der OECD herangezogen. Darüber hinaus werden auch Auswertungen der nicht-amtlichen Statistik berücksichtigt.

¹³¹ In einer kritischen Auseinandersetzung mit der Orientierung der europäischen Gleichstellungspolitik an der Beschäftigungsquote "in Köpfen" machen Beckmann u.a. darauf aufmerksam, dass das Arbeits*volumen* von Frauen weit weniger gestiegen ist als ihre Erwerbstätigen*quote* (Beckmann 2003). Dies dürfte für Frauen mit Kindern im Haushalt noch einmal in besonderem Maße gelten. Beckmann kritisiert ferner, dass internationale Vergleiche, wie hier im Folgenden der OECD-Vergleich, die Erwerbstätigenquote *nicht* um Beurlaubte bereinigt.

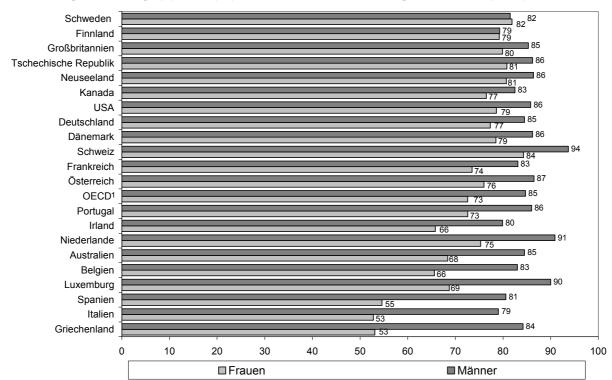


Abbildung 5.2: Erwerbstätigenquoten der 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer ohne betreuungsbedürftige(s) Kind(er)² im internationalen Vergleich 2000³ (in %)

- 1 ungewichteter Durchschnitt
- 2 noch keine Kinder im Haushalt oder Kinder sind älter als 14 Jahre (für Schweden und Neuseeland älter als 15 Jahre)
- 3 Die OECD-Daten erlauben es nicht speziell, die *aktiv* Beschäftigen zu betrachten. Erwerbstätige sind nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die unabhängig von Arbeitszeit und Einkommen (in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt) gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Aus dieser Definition folgt, dass auch "geringfügig Beschäftigte" im Sinne der Sozialversicherungsregelungen und Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende als Erwerbstätige erfasst werden (Statistisches Bundesamt 2004f).

Anmerkung: Nach der Differenz der geschlechtspezifischen Erwerbstätigenquote sortiert. Oben geringste Geschlechterdifferenz unten höchste

Datenbasis: Nationale Erhebungen (OECD 2002: 114 ff.)

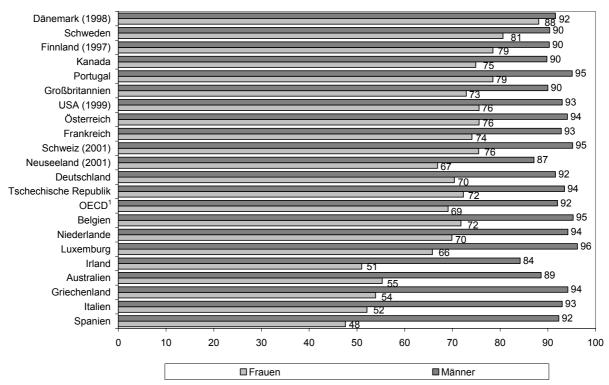
Quelle: OECD: 2002; eigene Berechnungen

In den südlichen Mittelmeerländern klafften dagegen die geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern ohne betreuungsbedürftige Kinder weit auseinander (z.B. Griechenland mit 31 Prozentpunkten). Sieht man, wie hier in Abbildung 5.2, vom Arbeitsvolumen einmal ab, so scheint die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern ohne betreuungsbedürftige Kind(er) in Deutschland weitgehend angeglichen. Deutschland lag schon 2000 im europäischen Vergleich bezogen auf diesen Gleichstellungsaspekt im vorderen Mittelfeld, nämlich auf dem siebten Rangplatz, sogar vor dem skandinavischen Land Dänemark (Abbildung 5.2).

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit betreuungsbedürftigen Kindern weist deutlich größere Geschlechterdiskrepanzen auf als die Erwerbsbeteiligung der Frauen und Männer ohne betreuungsbedürftige Kinder (Abbildung 5.3), das heißt, schon ein einziges Kind im Haushalt legt Paaren in vielen OECD-Staaten zumindest eine temporäre Rückkehr

zu dem Modell der männlichen Versorgerehe nahe. In den skandinavischen Ländern waren diese Effekte am geringsten, in den südlichen Mittelmeerländern am höchsten. Deutschland lag im internationalen Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern mit betreuungsbedürftigem Kind nur noch im Mittelfeld und zwar auf dem zwölften Rangplatz. In Deutschland beeinträchtigt die Verantwortung für ein Kind die Erwerbsbeteiligung von Frauen also gravierender als in vielen anderen OECD-Staaten (Abbildung 5.2 und 5.3 im Vergleich).

Abbildung 5.3: Erwerbstätigenquoten der 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer mit einem betreuungsbedürftigen Kind² im internationalen Vergleich 2000 (in %)



¹ ungewichteter Durchschnitt

Anmerkung: Nach der Differenz der geschlechtspezifischen Erwerbstätigenquote sortiert. Oben geringste Geschlechterdifferenz unten höchste

Datenbasis: Nationale Erhebungen (OECD 2002: 114 ff.)

Quelle: OECD: 2002; eigene Berechnungen

Die länderspezifischen Auswirkungen von zwei oder mehr betreuungsbedürftigen Kindern auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern sind in Abbildung 5.4 zu sehen.

² Kind ist unter 15 Jahren (in Schweden und Neuseeland unter 16 Jahre).

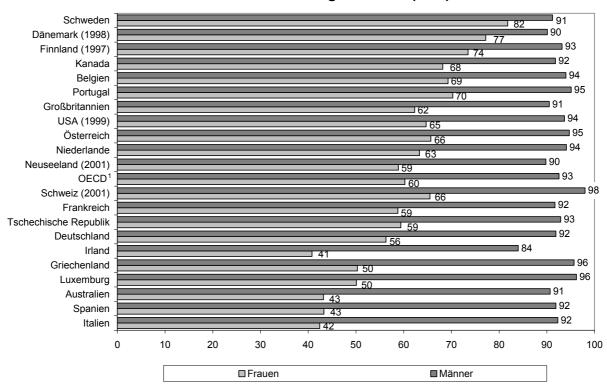


Abbildung 5.4: Erwerbstätigenquoten der 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer mit zwei und mehr Kindern² im internationalen Vergleich 2000 (in %)

1 ungewichteter Durchschnitt

2 Kinder unter 15 Jahren (in Schweden und Neuseeland unter 16 Jahre)

Anmerkung: Nach der Differenz der geschlechtspezifischen Erwerbstätigenquote sortiert. Oben geringste Geschlechterdifferenz unten höchste

Datenbasis: Nationale Erhebungen (OECD 2002: 114 ff.)

Quelle: OECD: 2002; eigene Berechnungen

Deutschland gehört neben Irland, Griechenland, Luxemburg, Australien, Spanien und Italien zu den Ländern, in denen sich die Erwerbsbeteiligung der Väter mit mehreren betreuungsbedürftigen Kindern von der der Mütter besonders stark unterscheidet. In vielen anderen Staaten, vor allem in solchen mit institutionell verankertem Doppelernährermodell und gut ausgebautem Kinderbetreuungsangebot, ist die Erwerbstätigenquote von Müttern mit mehreren betreuungsbedürftigen Kindern deutlich höher. Deutschland liegt international gesehen beim Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern mit mehreren Kindern auf Rang 15 (Abbildung 5.4). In Australien, in Deutschland, in Irland und in Neuseeland waren die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit mindestens zwei betreuungsbedürftigen Kindern mehr als 20 Prozentsatzpunkte niedriger als die der kinderlosen Frauen (Abbildung 5.2 und 5.3). Ungünstige Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzeugen also nicht nur eine erhebliche Ungleichheit zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch zwischen Frauen mit und Frauen ohne Kinder.

Eine Untersuchung der OECD zeigt für fast alle Staaten, dass mit der Elternschaft eine Reduzierung der Arbeitszeit von Müttern einhergeht. Bei Männern nimmt hingegen mit der Zahl ihrer Kinder im OECD-Durchschnitt der Umfang ihrer Erwerbsarbeit zu (OECD 2002: 65 ff.).

Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, sind nicht nur daran zu erkennen, dass Mütter seltener als kinderlose Frauen erwerbstätig sind. Diese Schwierigkeiten werden auch daran deutlich, dass Frauen mit qualifizierten Bildungsabschlüssen und ausgeprägten beruflichen Ambitionen in Deutschland seltener als Frauen mit geringen Qualifikationen Mütter werden. Hochqualifizierte Frauen in Deutschland schieben die Familiengründung häufiger als andere Frauen weit hinaus und verzichten häufiger ganz auf Kinder (Kapitel 4, Abbildung 4.8).

5.3 Aktuelle Veränderungen in Bezug auf die berufliche Integration von Müttern und Vätern

In der deutschen und europäischen Erwerbstätigenstatistik, so auch in den Abbildungen 5.2, 5.3 und 5.4, wird jede Frau und jeder Mann zu den Erwerbstätigen gezählt, wenn sie/er in einem Beschäftigungsverhältnis steht, selbst wenn diese Erwerbstätigkeit z.B. wegen Urlaub nicht aktiv ausgeübt wird. Werden die vorübergehend Beurlaubten aus den Erwerbstätigen herausgerechnet, erhält man die Quote der aktiv Erwerbstätigen (Statistisches Bundesamt 2004f). Im Folgenden wird dieser Indikator verwandt, um die Erwerbsbeteiligung von Müttern zu beschreiben, denn in der "Familiengründungsphase" sind vergleichsweise viele Mütter vorübergehend beurlaubt (Abbildungen 5.11 und 5.12).

Wie Abbildung 5.5 zeigt, hat die aktive Erwerbstätigkeit von Müttern in der für Vereinbarkeitsprobleme relevanten Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen zwischen 1996 und 2004 deutschlandweit von 58,5 auf 63,5 Prozent deutlich zugenommen. Dies ist umso erstaunlicher als die Erwerbstätigkeit von Vätern in diesem Zeitraum leicht zurückging. Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern ohne Kinder im Haushalt hat sich bis auf eine kaum messbare Differenz (0,8 Prozentpunkte) angeglichen. Die aktive Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern im Haushalt ist aber auch 2004 noch viel geringer als die von Frauen ohne Kinder (d %= 13,5 %). In Deutschland beeinträchtigen Kinder im Haushalt die aktive Erwerbsbeteiligung von Frauen also ganz erheblich. Während sich die Quoten der aktiv erwerbstätigen Frauen und Männer ohne Kinder ganz angeglichen haben, bleibt die Diskrepanz der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern im Haushalt deutlich (d% = 24,8 %, Abbildung 5.5). Es zeichnet sich keine Tendenz von Vätern ab, ihre aktive Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Ihre Erwerbsbeteiligung ist vielmehr weiterhin deutlich höher als die der Männer ohne Kinder. Kinder im Haushalt beeinträchtigen also nur die aktive Erwerbsbeteiligung von Frauen, nicht die von Vätern.

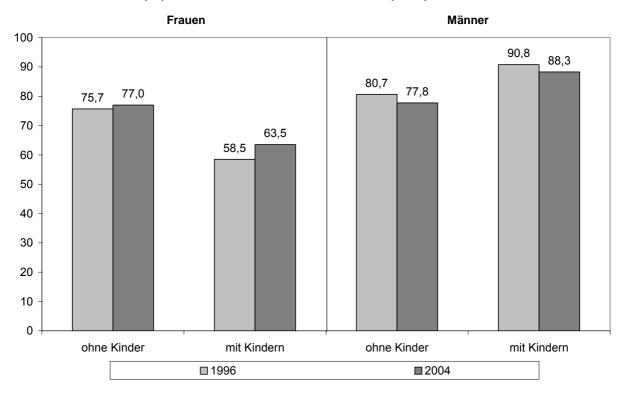
Auch wenn hier die unterschiedliche aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern be-

¹³² Erst seit 1996 kann auf das Konzept der aktiven Beschäftigung zurückgegriffen werden.

¹³³ d %= Prozentsatzdifferenz.

tont wird, bleibt doch festzuhalten: Mütter haben ihre aktive Erwerbsbeteiligung zwischen 1996 und 2004 deutlich gesteigert (Abbildung 5.5). Wie in Kapitel 2 deutlich gemacht wurde, ging diese Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht mit einer Steigerung ihrer Vollzeitbeschäftigung, sondern mit der Zunahme von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung einher (Kapitel 2, Abbildung 2.13 und Abbildung 2.17).

Abbildung 5.5: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer mit oder ohne Kind(er)² in Deutschland 1996 und 2004 (in %)



¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der Bevölkerungsgruppe im gleichen Alter

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

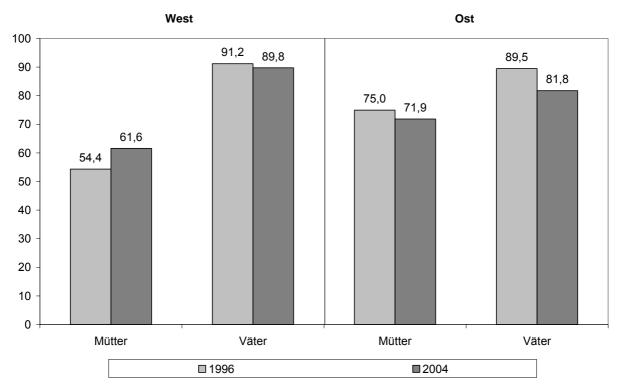
In der DDR war die Erwerbsbeteiligung von Müttern traditionell sehr hoch. Vor der Wiedervereinigung gingen hier neun von zehn Müttern einem Beruf nach (Engstler/Menning 2003: 105). Infolge von Strukturveränderungen und Rationalisierungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts kam es in den ostdeutschen Bundesländern zu einem deutlichen Rückgang des Anteils erwerbstätiger Frauen mit und ohne Kinder (Kapitel 2). Die Quote aktiv erwerbstätiger Mütter stabilisierte sich in den ostdeutschen Bundesländern bei rund 75 Prozent und nahm seitdem leicht ab (Abbildung 5.6). Die für Gesamtdeutschland zwischen 1996 und 2004 konstatierte Zunahme der aktiven Erwerbsbeteiligung von Müttern (Abbildung 5.5) geht also ganz auf das veränderte Erwerbsverhalten der Mütter im Westen Deutschlands zurück. Wie aus Abbildung 5.6 ersichtlich, stieg hier der Anteil aktiv erwerbstätiger Frauen mit Kindern an allen 25- bis 54-

² ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben, ohne Altersbegrenzung.

jährigen Frauen von 54,4 Prozent 1996 auf 61,6 Prozent 2004. Wie in Kapitel 2 gezeigt wurde, ging die Entwicklung mit einer enormen Ausweitung der Teilzeit und der geringfügigen Beschäftigung von Frauen einher (Kapitel 2, Abbildung 2.13 und Abbildung 2.17). Die Entwicklung in Deutschland darf deshalb nicht als ein Trend zur Doppelversorgerfamilie verstanden werden, vielmehr ist eine Modernisierung des männlichen Versorgermodells zu verzeichnen.

Die aktive Erwerbsbeteiligung von Vätern nahm im betrachteten Zeitraum in Ost- und Westdeutschland ab (Abbildung 5.6). Als Beginn einer stärkeren Familienorientierung von Vätern
kann dies nicht interpretiert werden, ist doch der gleiche Trend auch bei Männern ohne Kinder zu verzeichnen (Abbildung 5.5). Der Ost-West-Vergleich in Abbildung 5.6 legt nahe anzunehmen, dass die Quote der aktiv erwerbstätigen Väter in den letzten Jahren vor allem
wegen des Verlusts von Arbeitsplätzen zurückgegangen ist.

Abbildung 5.6: Quoten der aktiv erwerbstätigen¹ 25- bis 54-jährigen Mütter² und Väter² in West³- und Ostdeutschland⁴ 1996 und 2004 (in %)



- 1 Quote der aktiv Erwerbstätigen: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der Bevölkerungsgruppe im gleichen Alter
- 2 Frauen und Männer, die in einer Eltern-Kindgemeinschaft leben
- 3 einschl. Berlin-West
- 4 einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Auf der Basis der Mikrozensusdaten von 2004 lässt sich konstatieren, dass unter den ausländischen Vätern und Müttern die Geschlechterdiskrepanz in Bezug auf deren aktive Beschäftigung noch größer ist als unter den einheimischen Müttern und Vätern (Abbildung 5.7).

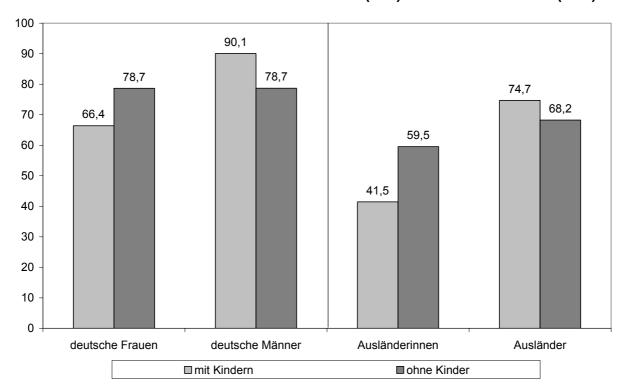


Abbildung 5.7: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ 25- bis 54-jährigen deutschen und ausländischen² Frauen und Männer mit und ohne Kind(er/n)³ in Deutschland 2004 (in %)

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

Väter ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind zu 74,7 Prozent und damit deutlich schlechter aktiv in den Arbeitsmarkt integriert als deutsche Väter (90,1 %). Die ausländischen Väter haben gleichzeitig eine deutlich höhere Quote aktiver Beschäftigung als die ausländischen Mütter mit 41,5 Prozent. Die ausländischen Mütter waren wiederum deutlich schlechter als die deutschen Mütter in den Arbeitsmarkt integriert (66,4 %).

5.4 Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern im Lebenslauf

Die Erwerbsbiografien von Frauen sind enger an ihre familiäre Lebenssituation gekoppelt als die der Männer. Bei Männern sind familienbedingte Erwerbsunterbrechungen bisher kaum zu beobachten (Abbildung 5.8¹³⁴ und BMFSFJ 2004a).

¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der Bevölkerungsgruppe im gleichen Alter

² Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.

³ ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben, ohne Altersbegrenzung

¹³⁴ Bei der Interpretation der Abbildung 5.8 ist zu beachten, dass es sich um die Darstellung von Querschnittsdaten handelt. Die heute 20-Jährigen müssen also nicht als 30- oder 40-Jährige so in das Erwerbsleben integriert sein, wie dies für heute 30- bzw. 40-Jährige zu beobachten ist.

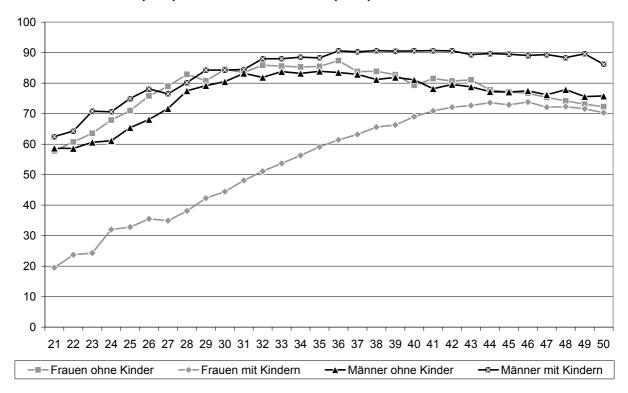


Abbildung 5.8: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ 21- bis 50-jährigen Frauen und Männer mit und ohne Kind(er/n)² in Deutschland 2004 (in %)

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Darstellung

Die Erwerbsunterbrechungen von Müttern fallen biografisch betrachtet in einen Lebensabschnitt, in dem viele voll und kontinuierlich erwerbstätige Frauen und Männer entscheidende Weichen für ihre berufliche Zukunft stellen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter sich mit den Berufsunterbrechungen berufliche Nachteile einhandeln, ist also groß. Von jungen Erwerbstätigen erwarten Betriebe heute oft erhöhte Flexibilität, Mobilität und ein verstärktes berufliches Engagement. Damit verschärfen sich gegenwärtig die Konflikte zwischen Elternund Berufsrolle, was die berufliche Entwicklung von Müttern besonders erschweren dürfte.

Zwar beteiligen sich in der Praxis auch viele Väter (zeitlich begrenzt) an Haushaltsführung und Kinderbetreuung, dies beeinflusst ihre Verfügbarkeit für Erwerbsarbeit jedoch in der Regel kaum (Kapitel 5.6). Trotz der Vervielfältigung von Familienformen (Kapitel 4) und trotz der Ausgliederung von Betreuungsaufgaben aus der Familie (Häußermann/Siebel 1996), werden Erziehungs- und Pflegetätigkeiten mit zeitweisem Verzicht auf Berufstätigkeit vor allem von Frauen erwartet (Kapitel 5.5) und auch tatsächlich geleistet (Kapitel 5.7 und 5.10).

Die Quote der aktiv erwerbstätigen Väter liegt zwischen dem 21. und dem 50. Lebensjahr durchweg über der entsprechenden Quote der Männer ohne Kinder im Haushalt. Väter sind

¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

² ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben

also stärker in den Arbeitsmarkt integriert als kinderlose Männer (Abbildung 5.8). Dies kann Folge ihrer verschärften Bemühungen sein, ihrer Versorgerrolle gerecht zu werden. Es wäre allerdings auch möglich, dass sich in den hier dargestellten Erwerbsverläufen auch der bessere Schutz von Familienvätern vor Entlassungen niederschlägt.

In Abbildung 5.8 fällt auf, dass Frauen und Männer ohne Kinder im Haushalt bis ins mittlere Lebensalter sehr ähnlich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Deutlich werden in der Abbildung 5.8 die großen Unterschiede zwischen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt, insbesondere zu Beginn der so genannten "aktiven Familienphase", etwa bei den 21- bis 30-Jährigen. Bemerkenswert ist auch, dass die Höhepunkte der aktiven Erwerbsbeteiligung bei Frauen und Männern mit und ohne Kind(ern) jeweils in unterschiedlichem Alter erreicht werden (Abbildung 5.8).

Augenfällig ist die relativ niedrige Erwerbsbeteiligung von jungen Männern ohne Kinder im Haushalt. Bei dieser Gruppe dürfte es sich um Männer handeln, die sich in einer Schul- oder Hochschulausbildung befinden und von einer Familiengründung noch absehen (Statistisches Bundesamt 2003a, Engstler/Menning 2003).

Eine wesentliche Rolle für die Berufstätigkeit von Frauen spielt das Alter der Kinder (Abbildung 5.9). Je jünger die Kinder im Haushalt, desto seltener gehen Mütter einer Beschäftigung nach, auf die Erwerbsbeteiligung von Vätern hat das Alter ihrer Kinder dagegen fast keinen Einfluss¹³⁷. Die Berufstätigkeit von Frauen nimmt spürbar zu, wenn ihre Kinder das Kindergartenalter erreicht haben (Abbildung 5.9).

¹³⁵ Kapitel 3, Abschnitt 3.5 stellt die Einkommenseinbußen nach Erwerbsunterbrechungen dar.

¹³⁶ Ab dem 45. Lebensjahr der Eltern ungefähr ziehen zunehmend mehr Kinder aus. Diese Eltern werden dann vom Statistischen Bundesamt als Frauen und Männer "ohne Kinder" erfasst. Unter die lebenslang kinderlosen Frauen, deren Erwerbsbeteiligung der der kinderlosen Männer gleicht, mischen sich im mittleren Lebensalter zunehmend mehr Mütter, deren Kinder ausgezogen sind. Diese Mütter tragen vermutlich entscheidend dazu bei, dass die Erwerbsquote der "Frauen ohne Kinder" mit zunehmendem Alter dann doch unter die Quote der "Männer ohne Kinder" sinkt.

¹³⁷ Sowohl Alter des jüngsten Kindes wie auch Anzahl der Kinder wirken auf das Armutsrisiko in der Familie. Aus der fehlenden Erwerbstätigkeit eines Elternteils erwächst jedoch nicht per se ein Armutsrisiko. Eine deutliche Armutsgefährdung besteht jedoch bei Alleinerziehenden, die keine Erwerbstätigkeit ausüben (können). Darüber hinaus resultiert auch in Paarhaushalten ein enormes Armutsrisiko, wenn keiner der Partner berufstätig ist (Grabka/Krause 2005).

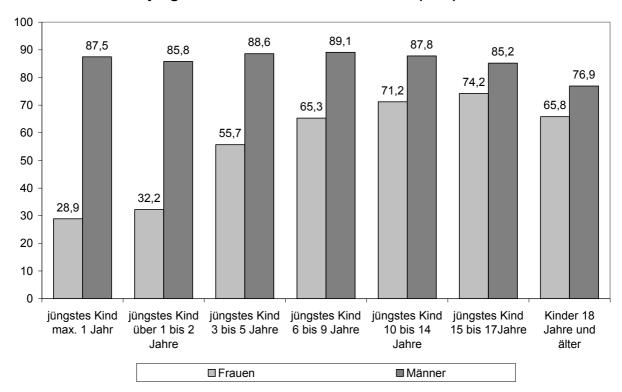


Abbildung 5.9: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ Frauen und Männer (15- bis 64-Jährige) nach dem Alter des jüngsten Kindes² in Deutschland 2004 (in %)

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2005a; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Dass sich die aktive Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern über 18 Jahren noch um 11,1 Prozentpunkte unterscheidet, spiegelt unter Umständen die stärkere Dominanz des traditionellen Ernährermodells in der älteren Generation wider. Die Geschlechterdiskrepanz in dieser Altersstufe kann aber auch als Hinweis darauf gewertet werden, dass familienbedingte Berufsunterbrechungen die weiblichen Berufsbiografien (womöglich gegen den Willen der Betroffenen) noch prägen, wenn die aktive Familienphase längst durchlebt ist. Bei einem Teil der Frauen könnte auch auf eine Kinderbetreuungsphase eine Phase der Versorgung älterer Verwandte folgen, die ebenfalls primär sie und seltener die Männer übernehmen (Kapitel 5.10).

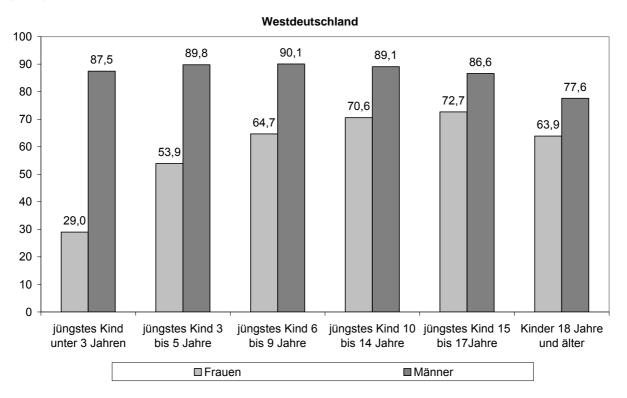
Vergleicht man die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern mit Kindern unterschiedlichen Alters in Ost- und Westdeutschland, so zeigt sich, dass insbesondere die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren in den westlichen Bundesländern deutlich geringer ist als in den östlichen. Die in den westdeutschen Bundesländern verbreiteten Vorbehalte gegen eine Erwerbsarbeit von Müttern mit Kleinkindern spiegelt sich hier ebenso wider
wie die fehlenden Kinderbetreuungsangebote im Krippen- und Kindergartenalter (Kapitel 5.5
und 5.8). Offensichtlich profitieren Mütter in Ostdeutschland noch von einem breit ausgebau-

¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) nach dem Alter des jüngsten Kindes an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

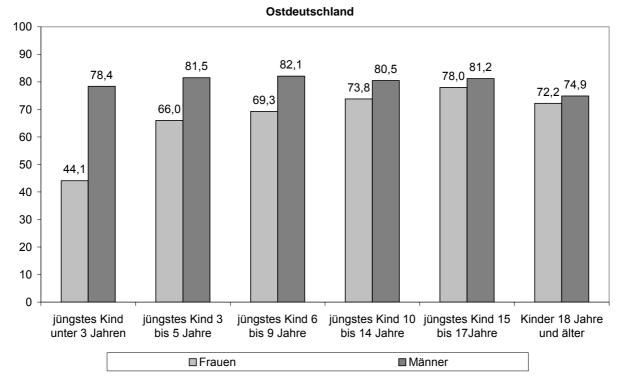
² ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben

ten Kinderversorgungsnetz – insbesondere für Kleinkinder (Kapitel 5.8). Für die Mütter in den ostdeutschen Bundesländern dürfte allerdings auch die ökonomische Notwendigkeit zu arbeiten größer sein, sind sie doch seltener verheiratet (Kapitel 4) und müssen häufiger als im Westen auch mit der Erwerbslosigkeit des Vaters ihres Kindes und mit einem geringeren Einkommen ihres Partners rechnen (Kapitel 2 und Kapitel 3). Auffallend ist, dass bis jetzt im Osten Deutschlands "Spätfolgen" von Berufsunterbrechungen in den weiblichen Berufsverläufen weniger sichtbar werden als im Westen: Bei den Eltern mit Kindern über 18 Jahren unterscheiden sich nämlich die geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten im Osten Deutschlands nur um 2,7 Prozentpunkte, im Westen aber um 13,7 Prozentpunkte (Abbildung 5.10). Die Erwerbsbiografien der ostdeutschen Mütter mit Kindern über 18 Jahren sind zwar wie alle Berufsbiografien in den ostdeutschen Bundesländern durch die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigt, aber weniger als die der Frauen im Westen durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und daraus resultierende Schwierigkeiten, ins Erwerbsleben zurückzukehren, geprägt.

Abbildung 5.10: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ Frauen und Männer (15- bis 64-Jährige) nach dem Alter des jüngsten Kindes² in West³- und Ostdeutschland⁴ 2004 (in %)



⁻ Fortsetzung nächste Seite -



- 1 aktiv Erwerbstätigenquote: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) nach dem Alter des jüngsten Kindes an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe
- 2 ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben
- 3 einschl. Berlin-West
- 4 einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: 2005a; eigene Berechnungen

In Ostdeutschland ist die Müttererwerbstätigkeit nach der Vereinigung im Zuge der Strukturveränderung und der Zunahme der Arbeitslosigkeit zwar stark zurückgegangen, doch liegt die Quote der aktiv erwerbstätigen ostdeutschen Mütter mit Kindern im Krippenalter noch immer 15,1 Prozentpunkte über der entsprechenden Quote westdeutscher Mütter. Bei Müttern mit Kindern im Kindergartenalter beträgt diese Differenz noch 12,1 Prozentpunkte. Erreichen die Kinder das schulpflichtige Alter verkürzt sich der Abstand auf 4,6 Prozentpunkte zwischen den Landesteilen (Abbildung 5.10). Hier zeigt sich, dass die größten Ost-West-Differenzen in punkto Erwerbsbeteiligung von Müttern bei den Müttern *kleiner* Kinder bestehen. Auch ist deutlich, dass das noch zu DDR-Zeiten etablierte Modell der Doppelversorgerfamilie in den östlichen Bundesländern noch heute eine größere Verbreitung hat.

Betrachtet man den Erwerbsstatus von Müttern genauer, so fallen weitere Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Müttern auf (Abbildung 5.11).

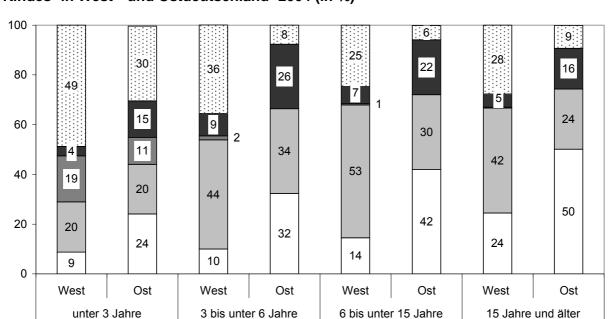


Abbildung 5.11: Erwerbsstatus von 15- bis 64-jährigen Frauen nach Alter des jüngsten Kindes¹ in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)

□ erwerbstätig 36 Stunden und mehr □ erwerbstätig unter 36 Stunden □ vorübergehend beurlaubt □ erwerbslos □ Nichterwerbsperson

2 einschl. Berlin-West3 einschl. Berlin-OstDatenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Fast die Hälfte (49 %) aller Mütter mit Kindern unter 3 Jahren stehen in Westdeutschland in keinem Beschäftigungs- (auch keinem Beurlaubungs-)Verhältnis, im Osten sind dies 30 Prozent (Nicht-Erwerbspersonen, Abbildung 5.11). Sie alle können nicht von der Arbeitsplatzgarantie der Elternzeitregelung profitieren. Viele junge ostdeutsche Mütter sind zudem erwerbslos (15 %), das heißt nicht beschäftigt und auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Unabhängig von dem Alter ihrer Kinder sind ostdeutsche Mütter in viel höherem Maße voll erwerbstätig als westdeutsche. In Westdeutschland überwiegt selbst bei den Müttern mit Kindern über 15 Jahren die Zahl der Teilzeitbeschäftigten die der Vollzeitbeschäftigten, im Osten halten sich teilzeit- und vollzeitbeschäftigte Mütter die Waage, solange die Kinder zwischen 3 und 6 Jahre alt sind. Von den Müttern mit älteren Kindern sind in Ostdeutschland deutlich mehr vollzeiterwerbstätig als teilzeiterwerbstätig (Abbildung 5.11). Es fällt dennoch auf, dass das für die ehemalige DDR völlig untypische Teilzeitmodell in den ostdeutschen Bundesländern rasch Verbreitung gefunden hat. Von den Möglichkeiten der Beurlaubung nach der Elternzeitregelung wird auch von ostdeutschen Müttern in den ersten drei Lebensjahren ihrer Kinder Gebrauch gemacht. 138

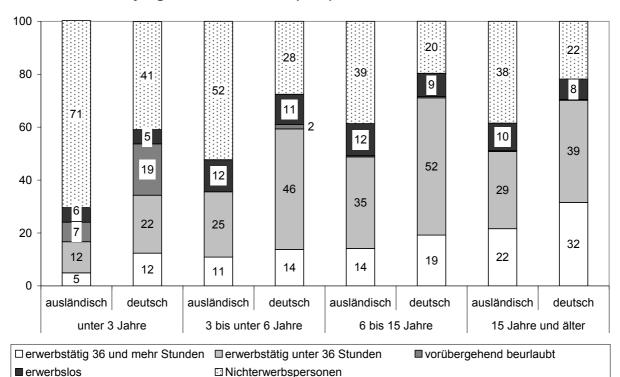
¹ ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben

¹³⁸ Dazu Näheres in Kapitel 5.7.

Der Teil derjenigen Frauen mit Kind(ern), die dem Arbeitsmarkt gänzlich fern stehen (Nicht-Erwerbspersonen), ist im Osten erheblich geringer als im Westen (ebd.). Hierin drückt sich die nach wie vor hohe Erwerbsorientierung von Frauen im Osten Deutschlands aus.

Vergleicht man die ausländischen Mütter in Deutschland mit den deutschen so fällt auf, dass Frauen ohne deutschen Pass mit Kindern unter 3 Jahren dem Arbeitsmarkt zum ganz großen Teil fern stehen (Abbildung 5.12).

Abbildung 5.12: Erwerbsstatus 15- bis 64-jähriger ausländischer¹ und deutscher Frauen nach Alter des jüngsten Kindes² 2004 (in %)



¹ Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

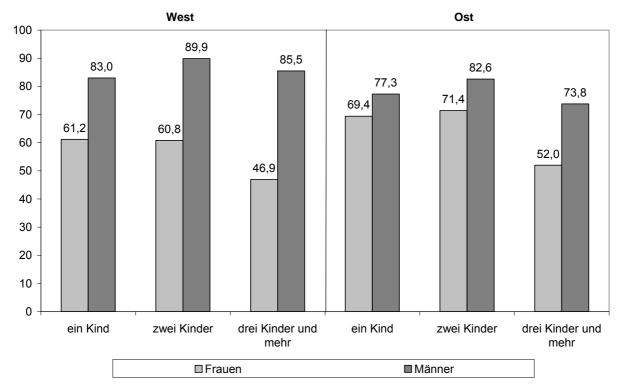
Von der Elternzeitregelung profitieren nur cirka 7 Prozent und der Anteil der vollerwerbstätigen ist mit 5 Prozent sehr gering. Ausländische Frauen mit Kindern über 15 Jahren sind allerdings zu 51 Prozent erwerbstätig. Ihre Erwerbslosenquote liegt unabhängig vom Alter ihres jüngsten Kindes stets leicht unter der der deutschen Mütter (Abbildung 5.12). Deutlich mehr ausländische als deutsche Mütter stehen bisher auch dann nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, wenn ihre Kinder über 15 Jahre alt sind (ebd.).

Neben dem Alter der Kinder bestimmt auch deren Anzahl die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Je mehr Kinder zu betreuen sind, desto seltener sind Mütter aktiv erwerbstätig. In Ostund Westdeutschland bleibt die Erwerbstätigkeit der Mütter mit zwei Kindern noch auf dem

² ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben

jeweils landesteiltypischen Niveau für Mütter mit einem Kind. Im Ostteil sind Mütter mit zwei Kindern sogar etwas häufiger erwerbstätig als Mütter mit einem Kind. Ab dem dritten Kind im Haushalt unterbrechen Mütter in West und Ost verstärkt ihre Berufstätigkeit (Abbildung 5.13).

Abbildung 5.13: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach Zahl der Kinder² in West³- und Ostdeutschland⁴ 2004 (in %)



¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) nach der Zahl der Kinder an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

- 2 ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben
- 3 einschl. Berlin-West
- 4 einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2005b; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

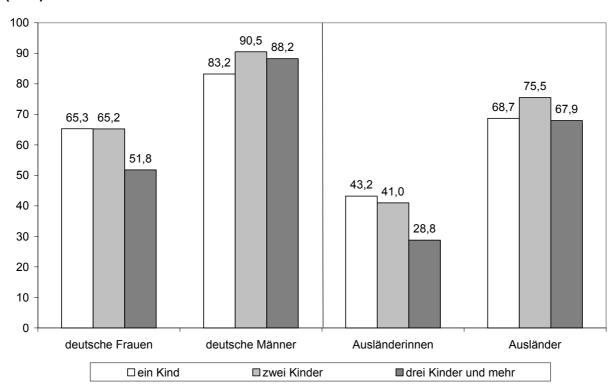
Die Tatsache, dass auch bei Vätern mit zunehmender Kinderzahl die Erwerbstätigenquote sinkt, könnte ein Effekt ihres Alters sein, und dürfte weniger auf eine Familienorientierung von Vätern mit mehreren Kindern verweisen. Ungünstige Arbeitsmarktchancen von älteren Arbeitssuchenden und Frühverrentung könnten die Ursache dafür sein, dass diese Väter zu einem größeren Teil nicht (mehr) erwerbstätig sind.¹³⁹

Auch Frauen ohne deutschen Pass schränken ihre Erwerbstätigkeit mit zunehmender Kinderzahl ein (Abbildung 5.14).

¹³⁹ Die Tatsache, dass Mütter mit drei Kindern in Ost- und Westdeutschland deutlich seltener als solche mit ein oder zwei Kindern erwerbstätig sind, muss nicht ausschließlich ein Effekt ihrer Vereinnahmung durch Familienaufgaben sein, sondern kann ebenfalls mit ihrem zunehmenden Alter und damit ungünstigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen.

Unter den kinderreichen Vätern könnten auch nicht-deutsche überrepräsentiert sein. Ausländische Mütter und Väter nehmen deutlich seltener als deutsche aktiv am Erwerbsleben teil. Die Erwerbstätigenquote für ausländische Väter mit mehr als zwei Kindern beträgt 2004 knapp 67,9 Prozent (deutsche Väter: 88,2 %). Dies trifft aber auch für die Mütter zu. Befindet sich ein oder zwei Kinder im Haushalt, dann sind Mütter ohne deutschen Pass zu 43,2 bzw. 41,0 Prozent aktiv erwerbstätig. Sind mehr als zwei Kinder im Haushalt sinkt ihre Erwerbsquote auf unter 29 Prozent. Zum Vergleich: Deutsche Mütter mit einem oder zwei Kinder sind zu 65,3 bzw. 65,2 Prozent erwerbstätig. Steigt die Kinderzahl deutscher Mütter über zwei, dann üben immer noch 51,8 Prozent aktiv ihre Berufstätigkeit aus (Abbildung 5.14).

Abbildung 5.14: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ 15- bis 64-jährigen ausländischen² und deutschen Frauen und Männer nach der Zahl der Kinder³ in Deutschland 2004 (in %)



¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) nach der Zahl der Kinder an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Abbildung 5.11 und 5.12 haben schon auf die Bedeutung der Teilzeitarbeit als Erwerbsstatus von Müttern aufmerksam gemacht. Dabei waren gleichzeitig Beurlaubte und die Nicht-Erwerbspersonen neben den Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten im Blick. Nun soll die Betrachtung auf voll- und teilzeitbeschäftigte Mütter konzentriert werden. Dazu werden die üblichen Vollzeit- und Teilzeitquoten errechnet, wobei hier wieder nur die *aktiv* Beschäftigten in die Berechnungen eingehen.

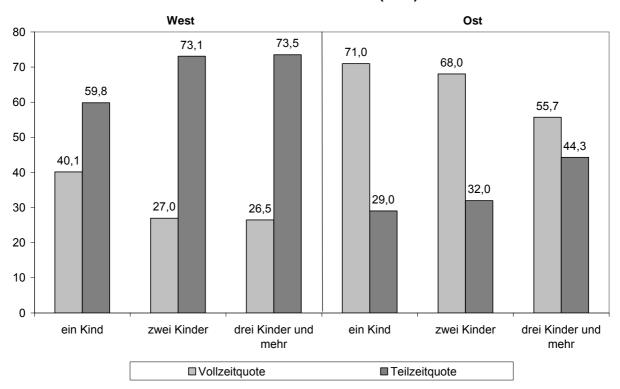
² Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.

³ ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben

Die Teilzeitquote gibt den prozentualen Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten an. Die Vollzeitquote gibt den prozentualen Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten wieder (Statistisches Bundesamt 2004f).

Auch an den Voll- und Teilzeitquoten von Müttern mit unterschiedlicher Kinderzahl lässt sich ablesen, dass Mütter in Ost- und Westdeutschland auf unterschiedliche Weise versuchen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Die bei westdeutschen Müttern ohnehin wenig verbreitete Vollzeittätigkeit nimmt mit dem zweiten Kind stark ab, während sie bei ostdeutschen Müttern erst ab dem dritten Kind deutlich zurückgeht (Abbildung 5.15).

Abbildung 5.15: Vollzeit¹- und Teilzeitquoten² von Müttern (15 bis 64-Jährige) nach Zahl der Kinder³ in West⁴- und Ostdeutschland⁵ 2004 (in %)



- 1 prozentualer Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Erwerbstätigengruppe. Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten
- 2 prozentualer Anteil der Teilzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Erwerbstätigengruppe. Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten
- 3 ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben
- 4 einschl. Berlin-West
- 5 einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2005b; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

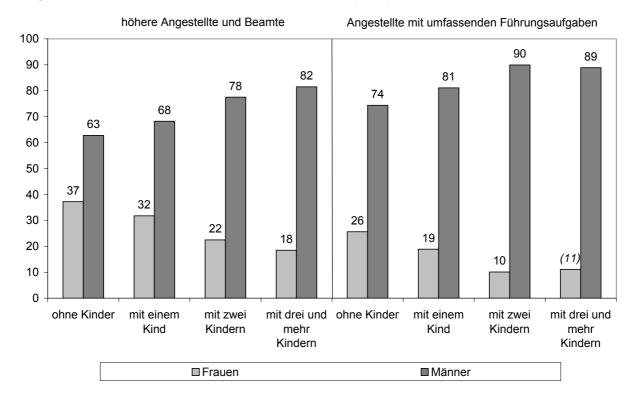
Nur 40,1 Prozent der aktiv erwerbstätigen Mütter in Westdeutschland mit einem Kind im Haushalt sind in Vollzeit beschäftigt. Bei zwei Kindern im Haushalt schrumpft die Vollzeitquote auf 27 Prozent, sind mehr als zwei Kinder im Haushalt auf 26,5 Prozent. Dagegen arbeiten 55,7 Prozent aller erwerbstätigen Mütter mit drei und mehr Kindern in den ostdeutschen Bundesländern Vollzeit. In Relation zu dem Erwerbsmuster kinderreicher westdeutscher Müt-

ter scheint diese hohe Vollzeitquote von Müttern in Ostdeutschland hoch. Gemessen an der Selbstverständlichkeit, mit der zu DDR-Zeiten auch kinderreiche Mütter erwerbstätig waren, signalisiert die Quote ein deutliches Abrücken von früheren Gepflogenheiten und Möglichkeiten.

Während erwerbstätige Mütter zu einem ganz erheblichen Teil einer Arbeit mit reduzierter Stundenzahl nachgehen, ist die Teilzeitarbeit bei Männern noch immer wenig verbreitet und steht in keinem ersichtlichen Zusammenhang mit anfallenden Familienaufgaben (Abbildung Anhang A 5.1).

Die höheren Teilzeitquoten von Müttern in Vergleich zu kinderlosen Frauen sind auch eine Ursache für den geringen Mütteranteil in Führungspositionen. Denn obwohl vielfach Mütter bei der Kindererziehung umfangreiche soziale Kompetenzen und Managerqualitäten erwerben, haben sie viel geringere Chancen, höhere Positionen oder umfassende Führungsaufgaben in Unternehmen zu begleiten als Väter oder Kinderlose. Mit zunehmender Kinderzahl sinkt der Frauenanteil in den Führungsetagen (Abbildung 5.16). Offensichtlich gibt es in Deutschland Strukturen, die die Vereinbarkeit von Kinder, Familie, Beruf und Karriere für Frauen hemmen. Für den Aufstieg von Männern hat das so genannte Senioritätsprinzip eine größere Bedeutung. Es regelt die Chancen zum Aufstieg gemäß der Dauer der Betriebszugehörigkeit und des Alters. Familiär bedingte Brüche im Erwerbsverlauf, Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse und Probleme beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt haben bislang wesentlich zum "Karriereknick" von Müttern beigetragen (Statistisches Bundesamt 2001c und Kapitel 2.8.2).

Abbildung 5.16: Anteile von abhängig erwerbstätigen¹ Frauen und Männern an den höheren Angestellten und Beamten sowie an Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben nach Kinderzahl² in Deutschland 2004 (in %)



- 1 Abhängig aktiv Erwerbstätige (ohne vorübergehend Beurlaubte). Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen und Auszubildende. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen
- 2 ledige Kinder (unter 18 Jahren), die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben

Anmerkung: In Klammern gesetzter kursiver Wert ist auf Grund der Fallzahl nur eingeschränkt statistisch abgesichert.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Unterschiede im Erwerbsverhalten und in den Erwerbschancen von Müttern in Ost- und Westdeutschland werden auch sichtbar, wenn man die Erwerbsbeteiligung von Ehefrauen, unverheiratet Zusammenlebenden und allein Erziehenden betrachtet (Abbildung 5.17). Im Osten weisen allein Erziehende mit 60 Prozent die geringste Erwerbstätigenquote auf. Dies hat nichts mit einer geringeren Erwerbsorientierung dieser Gruppe, sondern mit ihrer hohen Arbeitslosenquote zu tun (Engelbrech/Jungkunst 2001e). In Westdeutschland haben Mütter in Lebenspartnerschaften und allein Erziehende mit 64,3 bzw. 65,3 Prozent die höchsten Erwerbstätigenquoten. Die westdeutsche Quote der aktiv erwerbstätigen verheirateten Mütter bewegt sich mit 57,5 Prozent deutlich unter diesem Niveau (Abbildung 5.17). Ehepaare in Westdeutschland orientieren sich offensichtlich am ausgeprägtesten noch an dem Familienmodell mit ausschließlich männlichem Versorger. Bei ihnen ist die geschlechtsspezifische Diskrepanz der aktiven Beteiligung am Erwerbsleben am größten.

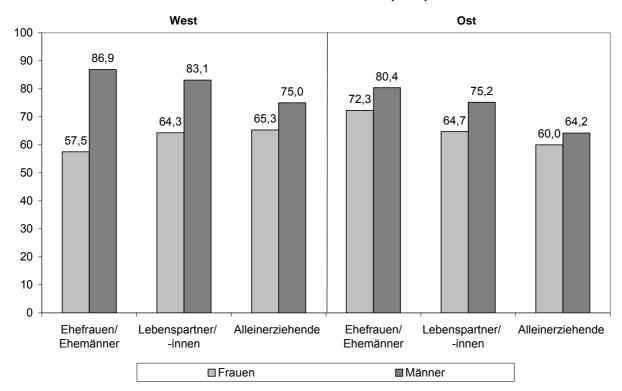


Abbildung 5.17: Quote der aktiv erwerbstätigen¹ Mütter und Väter (15- bis 64-Jährige) nach Lebensform in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)

2 einschl. Berlin-West3 einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Vätern in Ost- und Westdeutschland sind größtenteils Ausdruck der regional unterschiedlichen Arbeitsmarktchancen. Abbildung 5.17 zeigt zudem deutlich, dass das traditionelle Ernährer-Modell, bei dem Mütter ganz auf Erwerbstätigkeit verzichten, bei verheirateten Eltern in Westdeutschland die größte Verbreitung hat. Auffallend ist die hohe Erwerbstätigkeit allein erziehender Mütter in diesem Landesteil.

Grund hierfür ist mit Sicherheit, dass für allein Erziehende eine vielfach höhere ökonomische Notwendigkeit besteht, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Alleinerziehende tragen ein hohes Armutsrisiko (Grabka/Krause 2005; siehe auch Sozialhilfequoten in Kapitel 7.5). Hierbei spielen auch die wachsenden Scheidungsraten eine Rolle. Unter den Alleinerziehenden sind besonders viele geschiedene Frauen zu finden (Kapitel 4.5.2). Frauen tragen weit stärker die ökonomischen Folgen einer Scheidung als Männer (Kapitel 4.7.2).

Die allein erziehenden Frauen und Männer im Osten finden zur Erwerbsbeteilung offenbar seltener Gelegenheit. Dies lassen die hohen Arbeitslosenquoten von allein Erziehenden in Ostdeutschland vermuten (Engelbrech/Jungkunst 2001e). Die Erwerbstätigenquote von verheirateten Müttern in Westdeutschland unterschreitet interessanterweise nicht nur die von

¹ prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) nach der Zahl der Kinder an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

allein Erziehenden, sondern auch die der Mütter in nicht ehelichen Partnerschaften. Offensichtlich wähnen sich die verheirateten Mütter in Westdeutschland häufig in der Ehe hinreichend versorgt und tendieren eher dazu, sich ausschließlich Familienaufgaben zu widmen. Der stärkere Rückzug von verheirateten Müttern in Westdeutschland aus dem Erwerbsleben dürfte auch vom Sozialund Steuersystem mit beeinflusst (Meinhardt/Schupp/Schwarze/Wagner 1997). Die zum Teil auch durch die höhere Teilzeitguote von Müttern im Westen bewirkten großen Erwerbseinkommensunterschiede zwischen Vätern und Müttern lässt es Müttern im Westen angesichts der steuerlichen und versicherungsrechtlichen Begünstigungen der Versorgerehe einerseits und angesichts hoher Kinderbetreuungskosten andererseits oft nicht mehr opportun erscheinen, erwerbstätig zu sein. Getragen werden die Entscheidungen von Müttern gegen eine Erwerbsarbeit auch von im Westen noch breiter vorhandenen Vorstellungen, dass Mütter zumindest für ihre kleinen Kinder präsent sein sollten (Kapitel 5.5).

In der Abbildung 5.17 fällt weiterhin auf, dass allein erziehende Väter in Ost- und Westdeutschland im Vergleich zu allen anderen Vätern die geringste Erwerbsbeteiligung haben. Offensichtlich ist die Erwerbsbeteiligung allein erziehender Väter auch durch die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf begrenzt.

Insgesamt bleibt festzuhalten:

Mütter in den ostdeutschen Bundesländern sind häufiger als die in Westdeutschland erwerbstätig. Die Mütter in Ostdeutschland gehen zudem häufiger als die Frauen in Westdeutschland einer Vollzeitarbeit nach und zwar auch, wenn das jüngste Kind im Haushalt noch unter drei Jahren ist und auch, wenn die Zahl der Kinder zwei überschreitet. Die Ursachen für die unterschiedlichen Erwerbsmuster in Ost und West sind vielfältig. Auf das unterschiedlich entwickelte außerfamiliale Betreuungsangebot und auf die unterschiedlichen Familienleitbilder wird später noch eingegangen (Kapitel 5.5 und 5.8). Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland wesentlich angespannter ist, so dass Mütter in diesem Landesteil, selbst wenn sie sich zeitweise auf eine Existenzsicherung durch den Vater ihrer Kinder verlassen wollten, vermutlich seltener eine familienbedingte Berufsunterbrechung riskieren wollen.

Für die Zukunft ist mit einer weiteren Steigerung der Erwerbstätigenquote von Müttern insbesondere in Westdeutschland zu rechnen. Getragen wird dieser Trend voraussichtlich von folgenden Entwicklungen:

Der Arbeitsmarkt wird sich im Dienstleistungssegment ausweiten, in der industriellen Produktion eher schrumpfen. Das verbessert die Arbeitsmarktchancen von Frauen in Relation zu denen der Männer (Engelbrech/Jungkunst 2001e).

Mit dem Umbau des Sozial- und Steuersystems könnten einige Fehlanreize für Ehefrauen,

sich vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, schwinden, so die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung und langfristig auch die Hinterbliebenenrenten und das Ehegattensplitting sowie die Problematik der Steuerklassenkombinationen III/V und IV/IV.

Die hohe Qualifikation von Frauen der heranwachsenden Generation wird deren Erwerbsorientierung verstärken und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

Die womöglich weiterhin angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit auch von Vätern und die geringeren Lohnersatzleistungen im Rahmen der Hartz IV-Gesetze (z.B. Umstellung von Arbeitslosenhilfe auf Arbeitslosengeld II) werden den Druck auf Bedarfsgemeinschaften erhöhen, die Chancen sämtlicher Familienmitglieder auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen. Dies wird Mütter veranlassen, vermehrt erwerbstätig zu sein. Die gesellschaftliche Akzeptanz mütterlicher Erwerbstätigkeit wird vermutlich weiter zunehmen.

In Ostdeutschland ist die aktive Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen stark durch die geringe Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften begrenzt. Würde sich hier die Lage bessern, dann würde auch die Erwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland noch einmal zunehmen. Vielleicht ist auch bei den allein erziehenden Vätern sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Ländern mit einer weiteren Steigerung ihrer Erwerbsbeteiligung zu rechnen. Das Angebot einer verlässlichen bezahlbaren Kinderbetreuung wäre für alle Mütter und Väter, besonders aber für allein Erziehende, als Voraussetzung für eine Steigerung ihrer Erwerbsbeteiligung von ganz besonders großer Bedeutung. Vielen Eltern wird auch wichtig sein, dass ihnen neben der Erwerbsarbeit hinreichend Zeit für ihre Kinder bleibt (Kapitel 5.5).

5.5 Vorherrschende Vorstellungen zur familialen Arbeitsteilung und zur Erwerbstätigkeit von Müttern und gewünschte Erwerbsmuster

Wie im Kapitel 5.2 gezeigt, erreicht Deutschland im internationalen Vergleich einen relativ guten Rangplatz unter den OECD-Staaten, wenn man als Maßstab die Diskrepanz zwischen der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern betrachtet, die *ohne* betreuungsbedürftige Kinder im Haushalt leben. Diese Diskrepanz ist in Deutschland vergleichsweise gering (Abbildung 5.2). Die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern *mit* betreuungsbedürftigen Kindern unterscheidet sich in Deutschland allerdings gravierender als in vielen anderen OECD-Staaten. Deutschland erreicht, was die Erwerbsbeteiligung von Müttern betrifft, nur den Rangplatz 12 unter den OECD-Staaten (Abbildung 5.3). Die Gründe hierfür sind vielfältig und einige sollen in den folgenden Kapiteln (5.5 bis 5.9) beleuchtet werden. Im Kapitel 5.5 wird auf die Vorbehalte aufmerksam gemacht, die die deutsche Bevölkerung trotz einer zunehmenden Distanzierung vom traditionellen männlichen Versorgermodell gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern hegt. Es wird zudem beschrieben, welche Rol-

lenteilung sich betroffene Mütter und Väter selbst wünschen.

5.5.1 Vorherrschende Vorstellungen

Einstellungen zur familialen Arbeitsteilung und insbesondere die zur Berufstätigkeit von Müttern haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Wie Tabelle 5.1 zeigt, darf die Dynamik dieses Trends aber nicht überschätzt werden. Im Westen sind zum Beispiel die Vorbehalte gegen eine Erwerbstätigkeit von Müttern von Kleinkindern noch immer recht verbreitet (Tabelle 5.1). Tabelle 5.1 zeigt auch, dass die ostdeutsche Bevölkerung keineswegs vollständig die zu DDR-Zeiten übliche frühe Rückkehr von Müttern in den Beruf guthieß. 1991 stimmten immerhin 58 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung der Auffassung zu, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leide. Seither nimmt diese Zustimmung kontinuierlich ab. 2004 waren nur noch 35 Prozent der ostdeutschen Männer und nur noch 23 Prozent der ostdeutschen Frauen der Überzeugung, "ein Kleinkind leide sicherlich darunter, wenn seine Mutter berufstätig ist." In Westdeutschland findet dieses Statement noch immer sehr viel mehr Zustimmung (Tabelle 5.1).

Tabelle 5.1: Vermutete Konsequenzen aus der Erwerbstätigkeit von Müttern von Kleinkindern in Westdeutschland 1982 bis 2004 und in Ostdeutschland 1991 bis 2004 (in %)

	"Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist." – "Stimme voll und ganz" zu bzw. "stimme eher zu"								
	Westdeutschland			Ostdeutschland					
	1982	1991	1996	2000	2004 ³	1991	1996	2000	2004 ³
insgesamt ¹	88	76	76	71	63	58	49	41	29
Geschlecht									
Männer	88	79	80	77	70	59	49	43	35
Frauen	87	73	72	66	56	57	49	39	23
verheiratete Frauen ²									
berufstätig	77	71	64	52	46	54	46	30	20
nicht berufstätig	93	75	77	78	69	61	52	41	22
Alter									
18 bis 30 Jahre	82	68	67	58	57	47	45	42	33
31 bis 45 Jahre	87	70	69	66	53	55	43	39	27
46 bis 65 Jahre	90	83	81	76	65	64	54	40	27
über 65 Jahre	93	85	88	84	81	63	54	47	30
Bildung									
Hauptschulabschluss	88	81	82	76	73	63	52	45	29
Mittlere Reife/ Polytech. Oberschule	88	75	74	66	56	53	46	42	30
Abitur/Fachabitur	84	65	64	64	50	56	48	32	23

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000 und 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003h: Datenreport 2002: 539; eigene Berechnungen

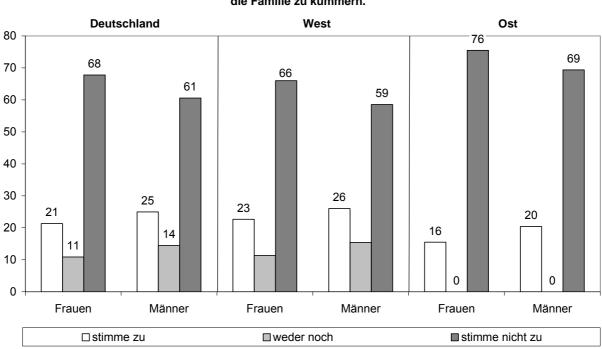
² verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend

³ für 2004 eigene Berechnungen; nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (auch neben einer zweiten Staatsangehörigkeit); in der Kategorie verheiratete Frauen werden ganztags, halbtags und nebenher Erwerbstätige in die Gruppe berufstätig verortet; fehlende Werte bleiben bei der Prozentuierung unberücksichtigt

Ergebnisse des International Social Survey Programme (ISSP) lassen erkennen, dass die strikte Rollenteilung zwischen Frauen und Männern, das männliche Familienernährermodell, 2002 bei weitem nicht mehr mehrheitsfähig ist, dass es bei einem Viertel der westdeutschen Bevölkerung und einem Fünftel der ostdeutschen Männer aber noch auf Zustimmung stößt (Abbildung 5.18).

Die Männer in Westdeutschland zeigen auch 2002 die ausgeprägteste Bindung an das männliche Ernährermodell (Abbildung 5.18).

Abbildung 5.18: Stellungnahme zur traditionellen Rollenteilung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)



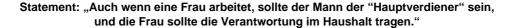
Statement: "Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um die Familie zu kümmern."

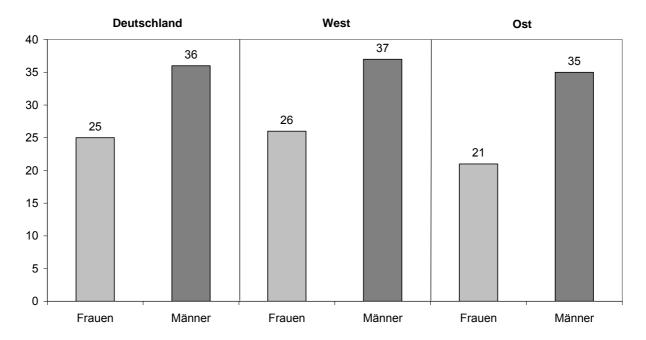
Anmerkung: N = 1319, Angaben in %, Personen ab 18 Jahren

Quelle: ISSP 2002; eigene Berechnungen

Die Ergebnisse des Jugendsurvey 2003, einer repräsentativen Umfrage bei 16- bis 29- Jährigen in Deutschland, liefern auch für jüngere Altersgruppen ganz ähnliche geschlechtsspezifische Antwortprofile. Ein Statement, das sich gegen eine egalitäre Rollenverteilung wendet, findet zwar nur begrenzten Zuspruch, aber die jungen Männer unterstützen dieses Statement stärker als die jungen Frauen (Abbildung 5.19). Ost-Westunterschiede erweisen sich in der jungen Generation als weitgehend nivelliert.

Abbildung 5.19: Stellungnahme 16- bis 29-Jähriger zur traditionellen Rollenverteilung 16 bis 29-Jähriger nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)





Anmerkung: N=6.951, Zustimmung = Skalenpunkte 4 bis 6 auf einer Skale von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 6 (stimme voll und ganz zu)

Datenbasis: DJI Jugendsurvey 2003

Quelle: DJI Jugendsurvey; eigene Berechnungen

Die normativen Erwartungen an Frauen, ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten von Familienarbeit einzuschränken oder aufzugeben, variieren in Abhängigkeit von der Frage, ob sie Kinder haben und wie alt diese sind (Abbildung Anhang A 5.02 a bis d).

Heute erwartet fast niemand mehr, dass Frauen, wenn sie heiraten, aber (noch) keine Kinder haben, ihren Beruf aufgeben (Abbildung Anhang A 5.2a). Für den Fall, dass im Haus ein Kind lebt, das noch nicht zur Schule geht, divergieren die Auffassungen darüber, wie sich Mütter zur Erwerbarbeit stellen sollten, deutlicher. Während in Ostdeutschland nur eine Minderheit (12 % der Frauen und 18 % der Männer) für eine Berufsunterbrechung von Müttern mit Kindern unter sechs Jahren plädiert, tun dies immerhin 44 Prozent der westdeutschen Frauen und 60 Prozent der westdeutschen Männer (Abbildung Anhang A 5.2b). Solange ihr Kind noch nicht zur Schule geht, wird von einer erwerbstätigen Mutter in Westdeutschland erwartet, dass sie sich auf eine Teilzeitarbeit beschränkt. Die sehr viel höhere Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern wird in Ostdeutschland inzwischen auch von einem starken Plädoyer für Teilzeitarbeit begleitet (Abbildung Anhang A 5.2b). In den ost-

¹⁴⁰ Bei dieser Frage wurde bei den Antwortvorgaben keine Unterscheidung zwischen Kindern unter 3 Jahren und 3- bis 6-Jährigen vorgesehen. Wir wissen aber, dass sich die Vorbehalte gegenüber mütterlicher Erwerbstätigkeit oft ganz besonders auf die Gruppe der unter 3-Jährigen beziehen.

deutschen Ländern plädieren für die volle Erwerbstätigkeit von Müttern mit noch nicht schulpflichtigen Kindern rund 18 Prozent der befragten Frauen und Männer, im Westen nur 4 Prozent (Abbildung Anhang A 5.2). An diesen Ergebnissen ist abzulesen, dass die westdeutsche und die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt sehr unterschiedliche Einstellungen zur Erwerbsarbeit von Müttern haben. Diese Unterschiede lassen sich einerseits mit unterschiedlichen Erwerbstraditionen in Ost- und Westdeutschland, aber auch mit dem in Ostdeutschland höheren Anteil unverheirateter Mütter, mit der hohen Arbeitslosigkeit auch unter Männern, aber auch mit dem breiteren Kinderbetreuungsangebot erklären, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den ostdeutschen Ländern erleichtert. Die westdeutschen Männer erweisen sich sowohl in Bezug auf die Erwerbsarbeit von Müttern mit noch nicht schulpflichtigen Kindern wie auch bei Müttern mit Kindern im Schulalter als jene Gruppe, die am häufigsten an der klassischen Rollenteilung zwischen Frauen und Männern festhält. Dies gilt ganz besonders, wenn ein Kind da ist, das noch nicht zur Schule geht (Abbildung Anhang A 5.2b).

Mit zunehmendem Alter der Kinder wird die Erwerbsarbeit von Müttern auch für die westdeutschen Männer akzeptabel (Abbildung Anhang A. 5.02c). Nachdem die Kinder das Elternhaus verlassen haben, wird Erwerbsarbeit von Müttern konsensuell in Ost- und Westdeutschland, von Männern wie Frauen akzeptiert. Einer vollen Erwerbstätigkeit von Müttern,
deren Kinder das Elternhaus schon verlassen haben, stimmen immerhin auch 72 Prozent
der westdeutschen Männer zu; 25 Prozent dieser Männer plädieren allerdings für eine Teilzeitbeschäftigung auch der Frauen, deren aktive Familienphase abgeschlossen ist (Abbildung Anhang A 5.2d). Bei den Frauen in den westdeutschen Ländern ist der Anteil derer, die
die Teilzeitarbeit von Frauen in der nachelterlichen Phase favorisieren, sogar noch etwas
größer.

Anhand der Modalwerte, d.h. der Einstellungen, die in den Abbildungen Anhang A 5.2a bis d als häufigste erscheinen, lässt sich ein gesellschaftlich mehrheitlich getragenes Vereinbarkeitsmodell ablesen. Es beinhaltet eine vorbehaltlose Zustimmung zur Erwerbsarbeit von Frauen, bevor sie Kinder haben, weiterhin eine Forderung nach Einschränkung der Erwerbsarbeit von Müttern (keinen Ausstieg) bis zum Ende der Schulzeit (!) ihrer Kinder und danach die Akzeptanz einer Wiederaufnahme einer vollen Erwerbsarbeit. Nur Männer in Westdeutschland plädieren mehrheitlich für einen Ausstieg junger Mütter aus dem Erwerbsleben, bis das jüngste Kind zur Schule geht. In Ostdeutschland ist die Erwartung, dass Mütter durchgängig erwerbstätig sein sollten und nach ihrer aktiven Familienphase wieder voll in das Erwerbsleben einsteigen sollten von einem besonders breiten Konsens getragen. Für die aktive Familienphase findet allerdings auch in der ostdeutschen Bevölkerung die Teilzeitarbeit von Müttern die breiteste Akzeptanz (Abbildung Anhang A. 5.02).

5.5.2 Gewünschte Erwerbsmuster

Welche Formen der Vereinbarkeit die betroffenen Mütter und Väter selbst favorisieren, ist mit allgemeinen Bevölkerungsumfragen noch nicht geklärt. Dazu sind Untersuchungen nötig, in denen die Betroffenen selbst zu Wort kommen. Auf diese Studien wird im Folgenden eingegangen. Mit Daten von 1998 macht der OECD Employment Outlook 2001 deutlich, dass das von Paaren mit Kindern in Deutschland am häufigsten gewünschte Erwerbsmuster das Muster Mann Vollzeit/Frau Teilzeit war. Dieses Erwerbsmuster war in Deutschland längst nicht so verbreitet, wie es gewünscht wurde (Tabelle 5.2). So wünschten sich 1998 43 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern unter sechs Jahren, dass der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet, tatsächlich konnten aber nur 23 Prozent dieses Modell praktizieren. Immerhin ein knappes Drittel der Paare wünscht zwei Vollzeitjobs auch mit Kindern unter 6 Jahre. Von der Mehrheit der Bevölkerung wird dies, wie beschrieben, nur selten (im Osten von 18%, im Westen von 4%) gut geheißen (Abbildung Anhang A 5.2). Nach dem traditionellen, männlichen Versorgermodell (Mann Vollzeit/Frau nicht erwerbstätig) lebten 52 Prozent der Paare mit Kindern unter sechs Jahren, dabei wünschten sich dies nur 6 Prozent (Tabelle 5.2). Das ist ein eindeutiger Hinweis darauf, dass sich 1998 viele Paare in Deutschland gegen ihren Willen genötigt sahen, gemäß dem männlichen Versorgermodell zu leben, obwohl sie dies nicht wünschten (Eichhorst/Thode 2002: 28).

Nur in 16 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern unter 6 Jahren waren beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig, während sich immerhin 32 Prozent dieser Paarhaushalte diese Erwerbskonstellation wünschten. So groß wie in Deutschland waren die Diskrepanzen zwischen gewünschtem und ausgeübtem Erwerbsmuster weder in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und Italien noch in Schweden (ebd.).

Tabelle 5.2: Gewünschte und realisierte Erwerbsmuster in Paarhaushalten mit Kindern unter sechs Jahren 1998 (in %)

	gewünschte Erwerbs- muster (in %)	tatsächliche Erwerbs- muster (in %)
Mann Vollzeit – Frau Vollzeit	32,0	15,7
Mann Vollzeit – Frau Teilzeit	42,9	23,1
Mann Vollzeit – Frau nicht erwerbstätig	5,7	52,3
andere Konstellationen	19,4	8,9

Datenbasis: OECD Employment Outlook 2001

Quelle: Eichhorst/Thode 2002: 25 ff.

Eine andere repräsentative Studie, in der 20- bis 44-jährige Frauen danach gefragt wurden, welche Vereinbarkeitsmodelle ihrer "Idealvorstellung" am nächsten kommen, "solange die Kinder noch klein sind", kam zu dem Ergebnis, dass die Frauen in Westdeutschland jedenfalls unter den Rahmenbedingungen von 1998/1999 mehrheitlich (zu 56 %) eine Berufsunterbrechung für ideal hielten (Tabelle 5.3). Für eine begrenzte Lebensspanne genießt das traditionelle Ernährermodell, das derzeit auch durch die Elternzeitregelung gestützt wird, also

durchaus Zustimmung bei jüngeren Frauen. Ein gutes Drittel (37 %) plädiert für Teilzeitarbeit in der Phase, in der die Kinder klein sind. Für eine durchgängige Vollzeitbeschäftigung als Ideal plädieren im Westen nur 4,2 Prozent und im Osten 12 Prozent (Tabelle 5.3). Auf den ersten Blick widerspricht dieser Befund den Ergebnissen der OECD-Studie, die ein größeres Interesse am Doppelernährermodell in Deutschland vermuten lässt. Man darf die Ergebnisse der OECD Studie jedoch nicht missverstehen. Sie belegt nicht, dass 32 Prozent aller Paare mit kleinen Kindern eine kontinuierliche Zweiverdienerkonstellation wünschen. Sie geben aber einen Hinweis darauf, dass Paare mit Kindern unter sechs Jahren nach einer vielfach durchaus erwünschten Erwerbsunterbrechung oder Teilzeitarbeit der Mutter in den ersten drei Lebensjahren ihres Kindes in Deutschland zu wenig Chancen haben, eine daran anschließende Zweiverdiener-Erwerbskonstellation wiederzuerlangen, wenn sie dies wünschen.

Tabelle 5.3: Idealvorstellungen jüngerer Frauen zur Vereinbarkeit von Beruf und kleinen Kindern nach Region in West- und Ostdeutschland 1998 und 1999 (in %)

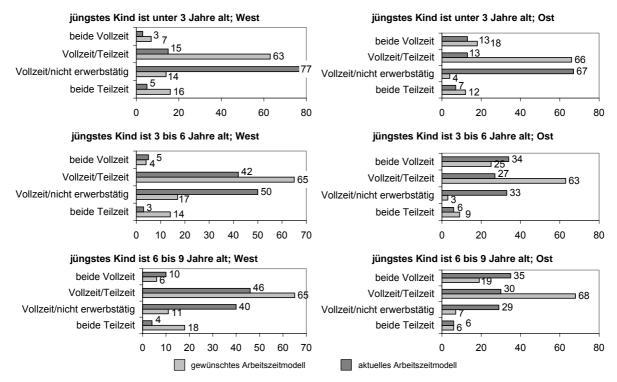
"solange die Kinder klein sind,	Westdeutschland			Ostdeutschland		
sollte die Frau"	Stadt n=401	Land n=413	Gesamt	Stadt n=333	Land n=321	Gesamt
	in %					
Beruf aufgeben	2,3	3,2	2,7	0,9	0,9	0,9
Berufstätigkeit unterbrechen	48,4	62,5	55,6	45,7	44,5	45,1
Teilzeit arbeiten	43,2	31,9	37,4	41,2	43,0	42,1
Vollzeit arbeiten	6,0	2,5	4,2	12,2	11,5	11,9

Anmerkung: befragte Altersgruppe 20 bis 44 Jahre, repräsentative Befragung (N = 1.468) Quelle: Helfferich, Köln Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) 2002: 87

Im Westen Deutschlands zeigen sich in der Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Einstellungsunterschiede zwischen Frauen auf dem Lande und solchen in der Stadt. Letztere äußern sich stärker berufsorientiert. Solche Stadt-Land-Unterschiede sind in Ostdeutschland nicht festzustellen (Tabelle 5.3). Auch Bildungsunterschiede und der berufliche Status der Frauen beeinflussen im Westen, nicht aber im Osten die Vorstellungen von Frauen zur Vereinbarkeit. Eine höhere Bildung und ein höherer beruflicher Status veranlasst Frauen, ihre Prioritäten stärker bei der Berufstätigkeit zu setzen (Helfferich 2002: 88 f.).

Eine IAB-Studie aus dem Jahr 2000 bestätigt noch einmal, dass bei Paaren mit Kindern unter sechs Jahren der Wunsch nach zwei Vollzeitstellen eher selten, wenn auch im Osten verbreiteter ist, und dass die Verteilung der Erwerbsarbeit unter den Eltern zumindest nach Angaben der befragten Mütter häufig nicht den Wünschen der Paare entspricht (Abbildung 5.20).

Abbildung 5.20: Aktuelle und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Familien mit Kindern in West- und Ostdeutschland 2000 (in %)



Anmerkung: Repräsentativbefragung aus dem Jahr 2000 von Frauen, die seit Januar 1992 ein Kind geboren oder adoptiert hatten (N=3.000)

Quelle: Beckmann, 2002: 5

Abbildung 5.20 zeigt, dass die Mütter in Westdeutschland mit Kindern unter drei Jahren, die zum großen Teil (zu 77 %) nicht (aktiv) erwerbstätig waren, dieses männliche Versorgermodell keineswegs favorisierten. Den meisten (63 %) wäre lieb, wenn sie Teilzeit und ihr Partner Vollzeit arbeiten könnten. Die Mütter von Kindern im Kindergarten- und im Schulalter konnten das Vollzeit-Teilzeit-Modell eher realisieren, doch blieb auch bei diesen Müttern der Anteil derer, die das Modell realisieren können in den westdeutschen Ländern um rund 20 Prozentpunkte und in den ostdeutschen Ländern 30 bis 50 Prozentpunkte hinter dem Anteil derer zurück, die sich dieses Arbeitszeitmodell wünschten. Die egalitären Arbeitszeitmodelle "beide Eltern arbeiten Vollzeit" und "beide Eltern arbeiten Teilzeit" kamen bei Paaren mit Kindern unter sechs Jahren in Westdeutschland kaum vor. Beliebter als zwei Vollzeitjobs waren bei diesen Paaren zwei Teilzeitjobs. Dieses Arbeitszeitmodell konnten die Paare allerdings nur sehr selten realisieren. Während das Doppelversorgermodell mit zwei Vollzeitjobs in Westdeutschland selbst bei den Müttern von Kindern im Grundschulalter keine breite Resonanz fand (6 % Zustimmung), wünschten sich immerhin 18 Prozent dieser Mütter eine Lösung, bei der beide Eltern in Teilzeit arbeiten. Ein Doppelversorgermodell mit zwei Vollzeitjobs war also für Mütter im Westen, deren Kinder noch unter zehn Jahre alt waren, wenig attraktiv.

In Ostdeutschland wurde dieses Modell mit zunehmendem Alter der Kinder von bis zu einem

Drittel der Mütter praktiziert, war aber auch keineswegs so nachgefragt wie das Vollzeit-Teilzeit-Modell. Favorisiert wurde von rund zwei Drittel der Mütter in Ost und West eine Erwerbskonstellation, in der eine/r voll und eine/r in Teilzeit arbeitet. Dieses Modell konnten die Paare in den ostdeutschen Ländern offensichtlich seltener realisieren als in den westdeutschen Ländern (West: 46 %, Ost: 30 %). In Ostdeutschland realisierten gemäß dieser Studie Paare mit Kindern über drei Jahren häufiger als es ihren Wünschen entsprach ein Vollzeit-Doppelversorger-Modell. Sehr viel häufiger als gewünscht sind Mütter in Ost und West gänzlich von Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Wahrscheinlich wäre vielen von ihnen nicht mit einer Vollzeitstelle, sondern mit einer Teilzeitstelle gedient (Abbildung 5.20). Aus einem Vergleich der Befunde aus dem Jahr 1995 und 2000 zieht Beckmann den Schluss, dass der Wunsch von Müttern mit Kindern bis unter neun Jahren nach Teilzeitarbeit anstieg und dass das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen weder in West- und schon gar nicht in Ostdeutschland mit dieser Entwicklung mithalten konnte (Beckmann 2002).

Sowohl Tabelle 5.2 als auch Abbildung 5.20 deuten darauf hin, dass Mütter mit Kindern unter drei Jahren in den westdeutschen Ländern an einer Vollzeitbeschäftigung 1998 bzw. 2000 selten und in den ostdeutschen Ländern auch nur sehr mäßig Interesse haben. Dennoch sind in Westdeutschland 2004 9 Prozent und in Ostdeutschland 24 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren Vollzeit erwerbstätig (Abbildung 5.11). Ein Teil dieser Mütter wäre also lieber teilzeitbeschäftigt. Mütter mit älteren Kindern haben mehr Interesse an einer Vollzeitbeschäftigung. Dies gilt ganz besonders für die Mütter in Ostdeutschland (Abbildung 5.20).

Scheinbar im Widerspruch dazu, dass Mütter sich häufig einen Teilzeitarbeitsplatz wünschen (ebd.), ist dem Mikrozensus 2004 zu entnehmen, dass über die Hälfte (55 %) der Teilzeit arbeitenden Mütter (15 bis 64 Jahre) in Ostdeutschland angaben, auf Teilzeitbasis arbeiten zu müssen, weil keine Möglichkeit für eine Beschäftigung in Vollzeit besteht. In Westdeutschland geben diesen Grund nur 6 Prozent der Mütter an. In Ostdeutschland scheint es für Mütter heranwachsender Kinder besonders schwierig zu sein, eine Vollzeitbeschäftigung zu erlangen, wenn sie dies für mit familialen Aufgaben vereinbar halten. ¹⁴¹

Insbesondere in den ostdeutschen aber auch in den westdeutschen Bundesländern scheint es ein erhebliches Mismatching von Arbeitszeitwünschen und realisierten Arbeitszeitmodellen zu geben: Das heißt, es gibt einerseits weibliche Vollzeitkräfte mit Kindern, die ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, aber nicht können und andererseits viele Teilzeitkräfte, die (wieder) vollzeitbeschäftigt sein wollen und dazu ebenfalls keine Gelegenheit finden. Zudem gibt

es in Westdeutschland häufiger als in Ostdeutschland Mütter mit Kindern unter sechs Jahren, die aktuell nicht erwerbstätig sind, für die diese Erwerbskonstellation aber keineswegs das erwünschte Arbeitszeitmodell darstellt. Die Schwierigkeiten, das von einer Mehrheit der Frauen favorisierte Vereinbarkeitsmodell (Mann/Vollzeit – Frau/Teilzeit) zu realisieren, liegen auf der Hand: Es setzt voraus, dass Frauen während einer Phase, in der sie von kleinen Kindern in Anspruch genommen werden, wohnortnahe Teilzeitangebote erhalten, die ihrer Qualifikation entsprechen, und dass sie nach ihrer aktiven Familienphase wieder auf eine Vollerwerbsarbeit umsteigen können. Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz wurde 2001 ein Schritt in diese Richtung unternommen.¹⁴²

Die hier zitierten Untersuchungen geben keinen Aufschluss über das Interesse von Vätern an Teilzeit in der aktiven Familienphase. In einzelnen Untersuchungen zeichnet sich ein stärkeres Interesse von Vätern an einer aktiven Rolle in der Familie ab (Zulehner/Volz 1998; Fthenakis/Minsel 2002). Eine familienbedingte Teilzeitarbeit von Vätern ist bisher statistisch aber nicht zu belegen (Kapitel 2.7.1)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird Müttern wesentlich erleichtert, wenn sich auch Väter verbindlich an Hausarbeit und Kinderbetreuung beteiligen und wenn Väter für sich ebenfalls in Erwägung ziehen, ihre Berufsarbeit zeitweilig zu Gunsten von Familienaufgaben zu reduzieren. Hilfreich wäre zudem ein den Arbeitszeiten von Eltern angepasstes bezahlbares Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen und familienfreundliche Arbeitszeitregelungen. Im Kapitel 5.6 wird dementsprechend auf die familiale Arbeitsteilung von Paaren mit Kindern eingegangen, Kapitel 5.7 befasst sich mit der Inanspruchnahme von Elternzeit und mit familienfreundlichen Maßnahmen in den Betrieben, Kapitel 5.8 mit Formen und Inanspruchnahme von Angeboten der Kinderbetreuung und Kapitel 5.9 mit den Wünschen von Müttern nach einer Erwerbsunterbrechung wieder erwerbstätig zu werden, und mit den Realisierungschancen für diese Pläne.

5.6 Praxis geschlechterdifferenzierter Arbeitsteilung

Die alltägliche Vereinbarung von Familie und Beruf ist von kulturell verankerten Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern geprägt, von Kosten-Nutzen-Kalkülen der Eltern selbst gesteuert und in eine mehr oder weniger reflektierte alltägliche Praxis geschlechtsspezifischer
Arbeitsteilung eingebunden. Die habitualisierten Praxen der Geschlechter bieten ungleiche
Gelegenheiten zu persönlicher und beruflicher Entwicklung, zu Kommunikation und Fürsorge, zu Bildung und zu Weiterbildung.

Rollenzuweisungen verpflichten die Geschlechter in ungleichem Maß zu bezahlter und un-

¹⁴¹ Eigene Berechnungen auf der Basis des Mikrozensus (Statistisches Bundesamt: 2005a).

bezahlter Arbeit. Im männlichen Ernährermodell waren die Aufgaben klar verteilt. Mit dessen Modernisierung ist eine Doppelorientierung von Frauen auf Familie und Beruf verbunden. Immer mehr Frauen leisten die Verschränkung zweier Lebensbereiche, die sich im Alltag nicht ohne weiteres vereinbaren lassen. Unter Gleichstellungsgesichtspunkten ist zu fragen, was Männer zur Bewältigung von Familienaufgaben beitragen, wenn immer mehr Frauen auch dann erwerbstätig bleiben, wenn Kinder im Haushalt leben. Die Gleichstellungsfrage kann sich einmal auf den Zeitwohlstand bzw. die Zeitnot der Geschlechter beziehen, d.h. auf die Frage, wer über mehr Freizeit verfügt. Gleichstellungsrelevant ist aber auch die Frage, wem wie viel Zeit für bezahlte Arbeit zur Verfügung steht. Auch wenn letztlich nicht gesichert ist, dass das selbstverdiente Geld stets mehr biografische Selbststeuerung, Konsumautonomie und Handlungsspielräume schafft als die Versorgung durch Angehörige oder die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen, soll hier doch der Frage nachgegangen werden, wie viel Zeit Frauen und Männern für bezahlte und für unbezahlte Arbeit haben.

Ein Vergleich der Befunde aus den Zeitbudgeterhebungen, die vom Statistischen Bundesamt in den Jahren 1991/92 und 2001/02 durchgeführt wurden, zeigt, dass sich in dieser Hinsicht eine gewisse Angleichung der Lebenssituation von Frauen und Männern vollzogen hat. Männer beteiligen sich heute im Durchschnitt zwar nicht wesentlich stärker an unbezahlter Arbeit¹⁴³ als Anfang der 90er-Jahre, Frauen haben aber im besagten Zeitraum ihren Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit um knapp 10 Prozent reduziert (Statistisches Bundesamt 2003n: 14 f.). Gleichzeitig nahm der Zeitaufwand für Erwerbsarbeit bei Männern im erwerbsfähigen Alter stärker ab als bei Frauen (Gille/Marbach 2004). Frauen leisten noch immer mehr unbezahlte Arbeit als Männer und Männer leisten mehr bezahlte Arbeit. Während Frauen im Westen 2001/02 gut 1,6-mal so viel Zeit mit unbezahlter Arbeit wie Männer verbringen, liegt das Verhältnis in den ostdeutschen Ländern bei 1 zu 1,4 (Statistisches Bundesamt 2003n: 14). Die ungleiche Beteiligung von Frauen und Männern an unbezahlter und bezahlter Arbeit ist in anderen europäischen Staaten in ähnlicher Größenordnung zu beobachten (Statistisches Bundesamt 2003n: 7).

Abbildung Anhang A. 5.03 gibt einen differenzierten Einblick in die Haushalts- und Familienarbeit von Mädchen bzw. Frauen und von Jungen bzw. Männern. Sie zeigt, dass schon
Mädchen und Jungen unter 18 Jahren ungleich an Hausarbeit beteiligt sind. Ferner zeigt sie,
dass die Haushalts- und Familienaktivitäten nach dem 25. Lebensjahr deutlich zunehmen. In
dieser Phase verlassen mehr und mehr junge Erwachsene das Elternhaus, bilden häufig
Paarhaushalte und gründen evtl. eine Familie. Die junge Generation muss zunehmend selbst

¹⁴² Durch das Gesetz wurde ein (eingeschränkter) Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit eingeführt, bei dem die/der Beschäftigte auch die gewünschte Lage und Verteilung der Arbeitszeit vorschlagen kann. Das Gesetz gilt allerdings nur für Betriebe mit mindestens 15 Beschäftigten.

¹⁴³ Als unbezahlte Arbeit werden hier wie bei Gille und Marbach die Haus- und Familienarbeit, informelle Hilfen für andere Haushalte, sowie ehrenamtliche Arbeit und die für die unbezahlte Arbeit notwendigen Wegezeiten zusammengefasst.

für Haushalt und evtl. auch Kinderbetreuung sorgen. Dabei ist der Zuwachs an Haushaltsaktivitäten bei den Frauen deutlich ausgeprägter als bei den Männern (Anhang Abbildung A 5.3). Zwischen dem 25. und dem 65. Lebensjahr ist die Zubereitung von Mahlzeiten, das Instandhalten von Haus und Wohnung und die Kinderbetreuung ganz überwiegend "Frauensache". Für Gartenarbeit und Einkäufe wenden Männer in diesem Alter mehr Zeit als Frauen auf. Die Wäschepflege ist eine absolute Frauendomäne (Abbildung A. 5.03).

Für die Chancen von Frauen, sich am Erwerbsleben zu beteiligen, ist besonders von Bedeutung, ob sie in einer Phase, in der betreuungsbedürftige Kinder mit im Haushalt leben, Hausund Familienarbeit mit einem Partner teilen können. Deshalb lohnt sich ein Blick auf die Zeitverwendung von Frauen und Männer unter 60 Jahren in Paarhaushalten mit betreuungsbedürftigen Kindern.

In dieser Haushaltskonstellation hat, dies zeigen die Zeitbudgetdaten von 1991 und 2001, der Anteil der Haushalte, in denen beide Partner erwerbstätig sind, in West- zu- und in Ost- deutschland abgenommen (Gille/Marbach 2004: 90). Schon hierin ist für die westdeutschen Länder eine Entwicklung hin zu mehr Parität zu sehen, während die Zahlen in den ostdeutschen Ländern die Probleme auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln.

Für die Vereinbarkeitsproblematik ist nun von besonderem Interesse, wie sich Eltern, die beide berufstätig sind, die Haus- und Familienarbeit aufteilen. Erwartungsgemäß fällt für die Frauen und Männer in Paarhaushalten *mit* Kindern mehr unbezahlte Arbeit an als in Paarhaushalten *ohne* Kinder, fast neuneinhalb Stunden täglich in den Haushalten mit Kindern und ungefähr sieben Stunden in den Haushalten ohne Kinder (Tabelle 5.4). Vergleicht man den Umfang unbezahlter Arbeit von berufstätigen Müttern und Vätern mit dem Umfang unbezahlter Arbeit von kinderlosen berufstätigen Paaren, dann stellt man fest, dass nicht nur erwerbstätige Mütter deutlich mehr unbezahlte Arbeit leisten als erwerbstätige Frauen ohne Kinder, sondern, dass auch die Väter mehr unbezahlte Arbeit als die kinderlosen Männer leisten (Tabelle 5.4).

Väter engagieren sich beruflich stärker als kinderlose Männer und sie leisten auch mehr unbezahlte Arbeit als kinderlose Partner (Tabelle 5.4). Die Männer mit Kindern im Haushalt kommen, Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit zusammengenommen, auf ein tägliches Arbeitskontingent von 8:23 Stunden, die Männer in Paarhaushalten ohne Kinder auf 7:24 Stunden,

¹⁴⁴ Die Analyse von Gille und Marbach ermöglicht keine ausschließliche Betrachtung von Hausarbeit. In die Betrachtung der "unbezahlten Arbeit" gehen bei ihnen stets Ehrenamt, informelle Hilfen für andere Haushalte und die dazugehörigen Wegezeiten ein. Diese zusätzlich eingerechneten Zeiten können bei den erwerbstätigen Paaren auf 20 bis 30 Minuten täglich geschätzt werden, bei den Frauen eher etwas niedriger (s. Datenreport 2004 für genaue Angabe: 550). Dieses Faktum wird hier in der folgenden Argumentation vernachlässigt.

den. Den Vätern bleibt also erheblich weniger Zeit für Regeneration und Freizeit als den Männern ohne Kinder im Haushalt. Die Zeit von Männern in Paarhaushalten mit Kindern, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, ist durch bezahlte und unbezahlte Arbeit insgesamt sogar in höherem Maße gebunden als die der erwerbstätigen Mütter in der gleichen Konstellation. Während die erwerbstätigen Frauen auf 8 Stunden und 11 Minuten täglich gebundene Zeit kommen, kommen die Männer in gleicher Paarkonstellation (mit Kind) auf 8 Stunden 23 Minuten (Tabelle 5.4).

Tabelle 5.4: Unbezahlte und bezahlte Arbeit von erwerbstätigen Paaren unter 60 Jahren mit und ohne betreuungsbedürftige Kinder 2001 und 2002 (in Stunden: Minuten je Tag)

	Paare mit	t Kind(ern)	Paare ohne Kind(er)			
	Frauen	Männer	Männer Frauen			
		in Std. : min.				
unbezahlte Arbeit	6:16	3:10	4:07	2:51		
bezahlte Arbeit	1:55	5:13	3:08	4:33		
gesamt	8:11	8:23	7:15	7:24		

Anmerkungen: Als unbezahlte Arbeit erfassen Gille und Marbach hier Familienarbeit im eigenen Haushalt, informelle Hilfen für andere Haushalte, ehrenamtliche Tätigkeiten und die dazu notwendigen Wegzeiten. Berücksichtigt sind Paare ohne Kinder und Paare mit Kindern unter 15 Jahren.

Die angegebenen Zeitkontingente sind Durchschnittswerte auf der Basis von Wochentagen und den Tagen an Wochenenden. Deshalb fallen die Zeiten für Erwerbsarbeit so niedrig aus.

Quelle: Gille/Marbach 2004: 92 f.

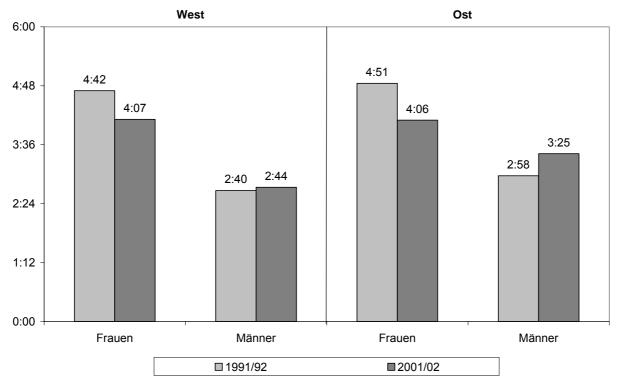
Erwerbstätige Mütter leisten allerdings deutlich mehr unbezahlte Arbeit als erwerbstätige Väter mit betreuungsbedürftigen Kindern, nämlich fast doppelt so viel wie diese. Das Zeitbudget der erwerbstätigen Mütter für Erwerbsarbeit verweist auf deutlich reduzierte Erwerbsarbeitszeiten von Müttern (Tabelle 5.4). Während erwerbstätige Frauen in kinderlosen Haushalten im Durchschnitt gut drei Stunden täglich erwerbstätig sind, gehen erwerbstätige Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern im Haushalt durchschnittlich nur knapp zwei Stunden täglich einer bezahlten Arbeit nach (Tabelle 5.4).

Gille und Marbach weisen anhand der Zeitbudgetdaten von 1991/92 und 2001/02 nach, dass sich die Arbeitsteilung in den Paarhaushalten mit Kind(ern) unter 15 Jahren, in denen beide Partner erwerbstätig waren, zwischenzeitlich veränderte. Die Väter steigerten ihr Zeitbudget für unbezahlte Arbeit in diesem Zeitraum zwar nur um 2 Minuten, die Mütter aber reduzierten ihre Zeit für unbezahlte Arbeit zwischen 1991 und 2001 um fast eine halbe Stunde täglich (Gille/Marbach 2004: 93). Diese Entwicklung kann auf einer stärkeren Auslagerung von Haus- und Familienarbeit basieren, zum Beispiel einem verstärkten Rückgriff auf außerfamiliale Kinderbetreuung, sie kann auf einem objektiv geringeren Anfall von Hausarbeit beruhen (zum Beispiel geringere Kinderzahl bei berufstätigen Paaren) oder sie kann auf der Veränderung von Haushaltsroutinen und Haushaltsnormen im betrachteten Zeitraum basieren.

Dadurch, dass Mütter und übrigens auch kinderlose Frauen ihr Zeitbudget für Haus- und

Familienarbeit reduzierten und Männer ihre Beteiligung an unbezahlter Arbeit leicht, im Osten auffallender, steigerten, ergibt sich eine Tendenz zur Angleichung der Zeitverwendung von Frauen und Männern. Diese Angleichung ist bei erwerbstätigen *kinderlosen* Paaren in den ostdeutschen Bundesländern besonders weit vorangeschritten (Abbildung 5.21).

Abbildung 5.21: Unbezahlte Arbeit von erwerbstätigen Paaren unter 60 Jahren ohne Kinder nach Geschlecht der Partner in West- und Ostdeutschland 1991/1992 und 2001/2002 (in Stunden: Minuten)



Anmerkungen: Als unbezahlte Arbeit erfassen Gille und Marbach hier Familienarbeit im eigenen Haushalt, informelle Hilfen für andere Haushalte, ehrenamtliche Tätigkeiten und die dazu notwendigen Wegzeiten.

Die angegebenen Zeitkontingente sind Durchschnittswerte auf der Basis von Wochentagen und den Tagen an Wochenenden.

Datenbasis: Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes

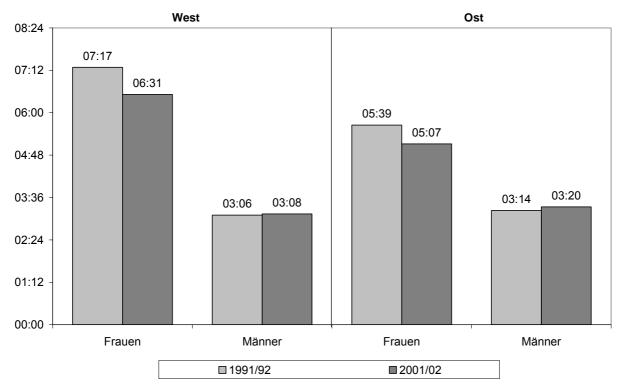
Quelle: Gille/Marbach 2004: 96

So unterscheidet sich der Zeiteinsatz für unbezahlte Arbeit von erwerbstätigen Frauen und Männern *ohne* Kinder in den ostdeutschen Ländern nur noch um 41 Minuten täglich, während die entsprechende Geschlechterdifferenz in Westdeutschland bei einer Stunde und 23 Minuten täglich liegt.

Bei den erwerbstätigen Paaren *mit* Kindern ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. So reduzieren auch hier Frauen ihr Zeitbudget für unbezahlte Arbeit erheblich (Abbildung 5.22). Bei berufstätigen Paaren mit Kindern in Westdeutschland bleibt die Beteiligung von Müttern und Vätern an unbezahlter Arbeit dennoch sehr ungleich. Im Vergleich zu den ostdeutschen Verhältnissen fällt auf, dass die westdeutschen Männer sich täglich ungefähr eine Viertelstunde weniger an unbezahlter Arbeit beteiligen. Die großen Ost-West-Unterschiede kommen allerdings dadurch zu Stande, dass Frauen mit Kindern in Westdeutschland wesentlich

mehr Familienarbeit leisten als Frauen in Ostdeutschland. Den Müttern in den westdeutschen Ländern dürften einerseits entlastende Institutionen fehlen, andererseits ist auch nicht auszuschließen, dass sie häufiger als Frauen in den ostdeutschen Ländern die Versorgung des Haushalts und den Umgang mit ihren Kindern als identitätsstiftend erleben, sich bewusst Zeit für ihre Kinder nehmen und die Betreuung ihrer Kinder dem westlichen Leitbild der "guten Mutter" entsprechend (Schütze 1986), auch wenn sie berufstätig sind, nur begrenzt delegieren wollen (Abbildung 5.22).

Abbildung 5.22: Unbezahlte Arbeit von erwerbstätigen Paaren unter 60 mit Kind(ern) unter 15 Jahren nach Geschlecht der Partner in West- und Ostdeutschland 1991/1992 und 2001/2002, (in Stunden: Minuten)



Anmerkungen: Als unbezahlte Arbeit erfassen Gille und Marbach hier Familienarbeit im eigenen Haushalt, informelle Hilfen für andere Haushalte, ehrenamtliche Tätigkeiten und die dazu notwendigen Wegzeiten. Berücksichtigt sind Paare mit Kindern unter 15 Jahren.

Die angegebenen Zeitkontingente sind Durchschnittswerte auf der Basis von Wochentagen und Tagen an Wochenenden.

Datenbasis: Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes

Quelle: Gille/Marbach 2004: 96

Abbildung 5.22 zeigt, dass die Beteiligung von Vätern an Haus- und Familienarbeit, auch dann, wenn ihre Partnerinnen erwerbstätig waren, in den letzten zehn Jahren in Ost- und Westdeutschland nur minimal gestiegen ist. Erwerbstätige Mütter finden offensichtlich vorerst anderweitig Entlastung.

Döge und Volz machen darauf aufmerksam, dass die zeitliche Verfügbarkeit von Männern zu Hause mit der Branche, in der sie beschäftigt sind, variiert und dass die Branchenzugehörigkeit so auch die Zeitverwendung von Männern für Hausarbeit mitprägt (Döge/Volz 2004: Abbildung 5: 200). Dies ist ein Hinweis darauf, dass spezifische Anforderungen am Arbeitsplatz

Männer an einer stärkeren Beteiligung an Familien- und Hausarbeit bisher hindern. Döge und Volz zeigen darüber hinaus, dass Kinder im Haushalt das Freizeitverhalten von Vätern modifizieren. So nutzen Männer, die allein oder in Paarhaushalten ohne Kinder leben, Medien wesentlich zeitintensiver als Männer in Paarhaushalten mit Kindern oder gar allein erziehende Väter. Insgesamt nimmt das Zeitbudget der Männer für den Mediengebrauch mit der Anzahl der Kinder im Haushalt ab (Döge/Volz 2004: 207). An solchen Ergebnissen ist abzulesen, dass Väter bei der Suche nach neuen zeitlichen Arrangements ihr Freizeitbudget als "Manövriermasse" in Betracht ziehen und dieses zu Gunsten von mehr Familienarbeit reduzieren.

Gille und Marbach machen eine familiale Konstellation aus, in der sich in den letzten zehn Jahren nicht nur die zeitliche Einbindung von erwerbstätigen Müttern in Familienarbeit reduziert hat, sondern auch die der Männer auffallend gestiegen ist, und zwar die Paarhaushalte mit Kindern unter drei Jahren (Gille/Marbach 2004: 100). Dieser Befund kann als ein spezifisch auf diese Altersphase des Kindes beschränkte Erhöhung des Engagements von Vätern interpretiert werden, die biografisch nicht von Dauer ist, aber dennoch signalisiert, dass das Interesse von Vätern an ihren kleinen Kindern gestiegen ist. Der Befund könnte allerdings auch Ausdruck eines modernisierten Selbstverständnisses junger Väter sein, die sich anders als die jungen Väter vor zehn Jahren dauerhaft stärker an der Betreuung ihrer Kinder beteiligen wollen und dies offensichtlich auch tun.

Die Gruppe der allein erziehenden Väter ist in Bezug auf Familienarbeit besonders gefordert. Dennoch wenden diese Väter täglich deutlich weniger Zeit für Haus- und Familienarbeit auf als Mütter in der gleichen Lebensform (Kahle 2004: 179). Während allein erziehende Mütter fünfeinhalb Stunden täglich Haus- und Familienarbeit verrichten, leisten allein erziehende Väter nur dreidreiviertel Stunden Haus- und Familienarbeit (ebd.). Wie Kahle ausführt, kann daraus nicht der Schluss gezogen werden, allein erziehende Väter vernachlässigten ihre Kinder. In den Haushalten allein erziehender Väter leben nämlich im Durchschnitt deutlich ältere Kinder (ebd.). Für diese Kinder fällt in Familien generell weniger Betreuungszeit an.

Festzuhalten bleibt, dass Kinder die Lebensgestaltung von Vätern im Durchschnitt weit weniger als die von Müttern beeinflussen. Es sind nach wie vor fast ausschließlich Mütter, die ihre Erwerbsarbeit reduzieren, um unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Betreuung eigener Kinder zu gewährleisten.

Zwischen 1991 und 2001 zeichnet sich ein Trend zu einer Angleichung des Umfanges unbe-

zahlter Arbeit von Frauen und Männern in Paarhaushalten ab. Die Dynamik wird generell nicht durch einen erhöhten Einsatz von Männern im Haushalt erzeugt, sondern entsteht dadurch, dass berufstätige Frauen ihr Zeitbudget für Haus- und Familienarbeit deutlich reduzieren.

Der ungleich höhere Umfang von Haus- und Familienarbeit, der in den Paarhaushalten mit Kindern anfällt, ist weniger egalitär aufgeteilt als die Hausarbeit in kinderlosen Haushalten. Dennoch: Die Väter gehen nicht nur ihrer Erwerbsarbeit täglich länger nach als die Männer ohne Kinder, die Väter wenden auch mehr Zeit für Familienarbeit auf als die kinderlosen Männer. Das durch die Arbeit (Erwerbsarbeit und Familienarbeit) gebundene Zeitbudget berufstätiger Väter übersteigt sogar das Budget, das die häufig nur teilzeitbeschäftigten Mütter für Erwerbsarbeit und Familienarbeit benötigen.

Eine weitgehend egalitäre Verteilung unbezahlter Arbeit ist bei erwerbstätigen ostdeutschen Paaren ohne Kinder zu finden.

Noch unterscheiden sich nicht nur die Erwerbsmuster ost- und westdeutscher Frauen, sondern auch deren Zeiteinsatz für Hausarbeit. Als Mütter leisten westdeutsche Frauen wesentlich mehr Haus- und Familienarbeit als ostdeutsche. Westdeutsche Mütter haben ihr Zeitbudget für Hausarbeit in den letzten zehn Jahren aber ebenfalls deutlich reduziert.

5.7 Elternzeit, familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben und deren Inanspruchnahme

Überall in Europa gibt es über den Mutterschutz hinaus Regelungen, die es Eltern erleichtern sollen, ihr bestehendes Arbeitsverhältnis aufrecht zu erhalten und doch auch ihr Kind zu versorgen. Der Anspruch auf Mutterschutz und Elternzeit wurde in den vergangenen Jahren systematisch erhöht, so dass die Elternzeitregelungen der meisten OECD-Länder heute mindestens ein Jahr Elternzeit vorsehen (Tabelle 5.5). Dabei wurde zunehmend versucht, Anreize für Väter zu schaffen, sich an der Versorgung ihrer Kinder zu beteiligen. So wurde z.B. in den skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland zusätzlicher Vaterschaftsurlaub eingeführt.

Tabelle 5.5: Mutterschutz und Elternzeit in Europa 2001/2002

Land	Dauer des Mutterschutzes vor + nach der Geburt	Dauer der Elternzeit
Belgien	7 Wochen + 8 Wochen	3 Monate (oder 6 Monate als Teilzeit)
Dänemark	4 Wochen +24 Wochen	10 Wochen
	(zusätzlich 2 für Väter)	(zusätzlich 2 für Väter)
Deutschland	6 Wochen + 8 Wochen	36 Monate
Frankreich	6 Wochen + 10 Wochen	36 Monate
	(zusätzlich 3 Tage für Väter)	
Großbritannien	18 Wochen bis max. 40 Wochen	13 Wochen davon max. 4 Wochen pro Jahr
Irland	4 Wochen + 4 Wochen, 14 Wochen insgesamt	14 Wochen
Italien	8 Wochen +12 Wochen	10 Monate (11 Monate wenn der Vater 3 Monate nimmt)
Niederlande	4 Wochen bis 6 Wochen + 10 Wochen bis 12 Wochen, 16 insgesamt	13 Wochen in Stunden berechnet
Norwegen	12 Wochen + 39 Wochen bis 49 Wo-	42 bis 52 Wochen
	chen	(zusätzlich 4 für Väter)
	(zusätzlich 4 für Väter)	
Österreich	8 Wochen + 8 Wochen	24 Monate
Portugal	16 Wochen insgesamt	6 Monate
Finnland	17 Wochen,5 Wochen	6 Monate
	(zusätzlich 1 Woche für Väter)	(zusätzlich 2 Wochen für Väter)
Schweden	12 Wochen	18 Monate (480 Tage)
	(zusätzlich 2 Wochen für Väter)	(zusätzlich 2 Monate für Väter)
Spanien	16 Wochen insgesamt	36 Monate

Anmerkung: Stand meist 2002; ohne Sonderregelungen; Angaben für Niederlande, für Kinder, die nach dem 1. Januar 1995 geboren wurden. In Dänemark wird zum Elternurlaub noch ein Kinderbetreuungsurlaub von 13 bis 26 Wochen gewährt, der mit 60 Prozent des Arbeitslosengeldes vergütet wird, in Schweden zusätzlicher, unbezahlter Urlaub.

Quelle: Adema 2001; Plantenga u.a. 2002 in Döge u.a. 2003

Die Übersicht zeigt, dass in den allermeisten Ländern Elternzeiten deutlich kürzer sind als in Deutschland.

Elternzeit in Deutschland

Aufbauend auf einem 1979 eingeführten sechsmonatigen Mutterschaftsurlaub wurde in Deutschland 1986 ein 10-monatiger Elternurlaub – heute eine dreijährige Elternzeit – eingeführt. 1992 wurde die dreijährige Elternzeit mit einem Kündigungsschutz verknüpft. Eine Neuregelung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BErzGG) zum 1.1.2001 brachte noch einmal einige entscheidende Veränderungen: Es wurde ein gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitarbeit in der Elterzeit (maximal 30 Arbeitsstunden in der Woche) eingeführt. Der Anspruch auf Elternzeit wurde flexibilisiert: Eltern wurde die Möglichkeit geboten, die Elternzeit auch gemeinsam zu nehmen. Weitere Flexibilität bei der Inanspruchnahme der Elternzeit erhielten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Möglichkeit, das dritte Jahr der Elternzeit auch nach dem dritten Lebensjahr des Kindes in Anspruch zu nehmen. Dies ist bis zum 8. Lebensjahr des Kindes möglich, vorausgesetzt, der Arbeitgeber stimmt zu. Wenn ein Betrieb mehr als 15 Beschäftigte hat und keine dringenden betrieblichen Gründe entgegenstehen, so besteht seit 2001 während der Elternzeit ein Rechtsanspruch der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers auf Teilzeitarbeit.

Mit dem 01.01.2004 wurde das BErzGG erneut geändert. Eine der Neuregelungen ist u.a.,

dass Vater und Mutter je einen Anspruch auf Elternzeit bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes haben. Bei einer Übertragung der Elternzeit wird dem übertragenden Elternteil die Elternzeit des Partners nicht angerechnet. Generell besteht während der Elternzeit Kündigungsschutz für die Anspruchsberechtigten. Einen ausschließlich für Väter reservierten Anspruch gibt es in Deutschland bisher nicht.

Die größere Flexibilisierung der Elternzeit und die erweiterten Möglichkeiten, neben der Elternzeit auch berufstätig zu sein, sollen Anreize auch für Väter schaffen, eine Berufspause einzulegen. Beiden Elternteilen soll zudem erleichtert werden, den Kontakt zum Arbeitsmarkt zu halten.

Beim Erziehungsgeld nach dem BerzGG handelt es sich um einen festen monatlichen Auszahlungsbetrag in Höhe von 300 € über zwei Jahre (Regelbetrag) oder eine einjährige Auszahlung in Höhe von 450 € (Budget) (Stand: 01.01.2004). Die Eltern können zwischen Regelbetrag und Budget wählen. Die Gewährung beider Leistungen (Regelbetrag und Budget) ist an unterschiedliche Einkommensgrenzen gebunden. Dabei werden das Einkommen der Ehegatten und der Partner in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften ebenso angerechnet wie die eigenen Einkünfte.

In Planung ist derzeit (evtl. für 2007) ein etwa einjähriges Erziehungsgeld, das sich, nach skandinavischem Vorbild, am ursprünglichen Einkommen der Eltern orientiert (Zweiwochendienst 03.09.2004).

Nach einer Repräsentativbefragung¹⁴⁵ aus dem Jahr 2003 haben ca. 86 Prozent der Haushalte, die nach dem 01.01.2001 ein Kind bekommen haben, Anspruch auf Elternzeit. Ca. 73 Prozent dieser Haushalte haben das Anrecht auf Elternzeit tatsächlich in Anspruch genommen, ca. 13 Prozent haben ihr Recht auf Elternzeit nicht in Anspruch genommen (Tabelle 5.6).

Tabelle 5.6: Anspruch und Inanspruchnahme von Elternzeit (bezogen auf Haushalte) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)

	Deutschland	West	Ost
kein Anspruch auf Elternzeit	14,2	9,9	25,5
Anspruch auf Elternzeit, darunter			
in Anspruch genommen	73,2	74,0	71,2
nicht in Anspruch genommen	12,6	16,1	3,3
insgesamt	100,0	100,0	100,0

Anmerkung: Elternzeitanspruch: Mindestens eine Person im Haushalt ist anspruchsberechtigt.

Inanspruchnahme der Elternzeit: Mindestens eine Person im Haushalt ist anspruchsberechtigt und nimmt die Elternzeit in Anspruch.

Quelle: BMFSFJ 2004a: 13, Repräsentativbefragung 2003, n=725

In Ostdeutschland hat ein Viertel der Haushalte nach der Geburt eines Kindes keinen Anspruch auf Elternzeit. Ein Grund dafür ist die im Osten angespannte Arbeitsmarktsituation,

¹⁴⁵ Befragt wurden Mütter und Väter, die nach dem 01.01.2001 ein Kind bekommen haben. In der 1. Erhebungsphase wurde die Stichprobe über die Adressbestände der Erziehungsgeldstelle generiert (725 der versendeten Fragebögen konnten ausgewertet werden). Diese Aussagen wurden durch eine Online-Befragung ergänzt. Die Teilnahme an der Online-Befragung war freiwillig. Die Auswertungen zeigten, dass sich insbesondere Personen beteiligten, die nicht traditionelle Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewählt haben (ca.1500 auswertbare Fragebögen). Die erhobenen Daten wurden mit dem Mikrozensus gewichtet. Ergänzt wurden diese Daten in der 2. Erhebungsphase durch ca. 60 Fallstudien mit Müttern und Vätern (BMFSFJ 2004a: 70 ff.).

die dazu führt, dass oft beide Elternteile zur Geburt eines Kindes ohne Arbeitsverhältnis oder nur in einem geringfügigen oder befristeten Arbeitsverhältnis stehen. Von denjenigen ostdeutschen Haushalte, die einen Anspruch auf Elternzeit haben, verzichten nur 3,3 Prozent auf eine Inanspruchnahme (Tabelle 5.6). In Ostdeutschland nehmen also fast alle Haushalte ihren Anspruch auf Elternzeit wahr. Im Westen verzichten mehr Haushalte auf die Elternzeit (16%, Tabelle 5.6). Bei der Entscheidung für die Inanspruchnahme der Elternzeit spielt nach Aussagen ostdeutscher Eltern der mit der Elternzeit verbundene Kündigungsschutz eine wesentliche Rolle (BMFSFJ 2004a: 13). Westdeutsche Haushalte begründen ihren Verzicht auf Elternzeit mit finanziellen und beruflichen Erwägungen. Diese Haushalte möchten auf kein Erwerbseinkommen verzichten und sind nach eigenen Aussagen auf Elternzeit nicht angewiesen. Sie verfügen über gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten bzw. Familie und Beruf lassen sich gut vereinbaren, zum Beispiel weil ein Partner bereits vor der Geburt des Kindes Teilzeit gearbeitet hat (BMFSFJ 2004a: 14).

Rund drei Viertel der ostdeutschen Haushalte und der westdeutschen Haushalte nehmen nach der Geburt eines Kindes Elternzeit in Anspruch (Abbildung 5.23). Im Regelfall entscheiden Eltern gemeinsam über das Elternzeitmodell ihrer Wahl. Es ist deshalb sinnvoll, Elternzeit mit Blick auf den Haushaltszusammenhang zu untersuchen. Abbildung 5.22 zeigt, wie Eltern in Ost- und Westdeutschland die Elternzeit in den ersten zwei Lebensjahren ihres Kindes nutzen. Sechs verschiedene Elternzeitmodelle können unterschieden werden (BMFSFJ 2004a: 15):

Modell 1: Mutter ist in Elternzeit und nicht erwerbstätig (60,1 Prozent)

Nach der Geburt ist der Vater während der ersten zwei Lebensjahre des Kindes in Vollzeit erwerbstätig. Die Mutter nimmt die Elternzeit in Anspruch und geht währenddessen keiner Erwerbstätigkeit nach.

Modell 2: Mutter ist in Elternzeit und erwerbstätig (32,2 Prozent)

Nach der Geburt ist der Vater während der ersten zwei Lebensjahre des Kindes in Vollzeit erwerbstätig. Die Mutter nimmt die Elternzeit in Anspruch und ist mindestens ein halbes Jahr während der Elternzeit teilzeiterwerbstätig (von geringfügig beschäftigt ab zwei Wochenstunden bis zu 30 Wochenstunden).

Modell 3: Vater und Mutter sind in Elternzeit und erwerbstätig (4,7 Prozent)¹⁴⁶

¹⁴⁶ Insgesamt nehmen 4,9 der Väter mit Elternzeitanspruch zu irgendeinem Zeitpunkt während der ersten zwei Lebensjahre des Kindes über einen kürzeren oder längeren Zeitraum Elternzeit in Anspruch. Somit ist in dieser Erhebung der Anteil an Vätern in Elternzeit gut doppelt so hoch wie die bislang vorliegenden Zahlen zur Väterzeit auf der Grundlage der Bewilligungsstatistik zum Erziehungsgeld. Die Quote der Väter in Elternzeit der Bewilligungsstatistik basiert auf freiwilligen Angaben zum Zeitpunkt der Antragsstellung des Erziehungsgeldes. Spätere Inanspruchnahme der Elternzeit bleiben dabei unberücksichtig, ebenso wie Väter, die keinen Anspruch auf Erziehungsgeld haben. Da jedoch in der Repräsentativuntersuchung keine Aussagen über Dauer und den Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter möglich ist, darf die Quote von 4,9 Prozent Väter in Elternzeit nicht überbewertet werden. Eine neuere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Väter nicht einmal 3 Prozent unter den Antragstellerinnen bzw. Antragstellern für Erziehungsgeld ausmachen (Fendrich/Fischer/Schilling 2005: 28).

Nach der Geburt nehmen Vater und Mutter während der ersten zwei Lebensjahre die Elternzeit gleichzeitig oder zeitversetzt in Anspruch. Außerdem sind beide Partner (gleichzeitig oder zeitversetzt) erwerbstätig.

Modell 4: Vater ist in Elternzeit und nicht erwerbstätig (0,2 Prozent)

Nach der Geburt ist die Mutter während der ersten zwei Lebensjahre Vollzeit erwerbstätig. Der Vater nimmt die Elternzeit in Anspruch und geht in dieser Zeit keiner Erwerbstätigkeit nach.

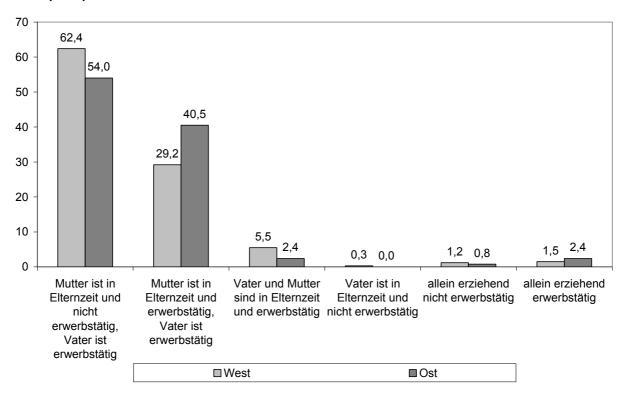
Modell 5: Allein erziehend und nicht erwerbstätig (1,1 Prozent)

Nach der Geburt geht die allein erziehende Mutter oder der allein erziehende Vater keiner Erwerbstätigkeit nach und nimmt die Elternzeit für zwei Jahre in Anspruch.

Modell 6: Allein erziehend und erwerbstätig (1,7 Prozent)

Nach der Geburt geht die allein erziehende Mutter oder der allein erziehende Vater einer Erwerbstätigkeit nach und nimmt die Elternzeit für mindestens ein halbes Jahr in Anspruch.

Abbildung 5.23: Elternzeittypen im 1. und 2. Lebensjahr¹ in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)²



⁻ Fortsetzung nächste Seite -

- 1 Die Regelungen zur Gestaltung der Elternzeit sehen vor, dass bis zu 12 Monate der Elternzeit auf einen späteren Zeitpunkt übertragen werden können. Diese Regelung gilt maximal bis zur Vollendung des 8. Lebensjahres des Kindes. Da diese Regelung über die Verwendung des 3. Elternzeitjahres seit 2001 in Kraft ist, sind verlässliche Aussagen über die Verwendung des 3. Elternzeitjahres erst ab 2009 möglich.
- 2 Die Prozentangaben beziehen sich auf die Haushalte, in denen mindestens eine Person Elternzeitanspruch hat und die Elternzeit in Anspruch genommen wird.

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2003, n = 530

Quelle: BMFSFJ 2004a: 27

Der am häufigsten verbreitete Typ der Elternzeit entspricht dem männlichen Ernährermodell: Die Mutter ist in Elternzeit und nicht erwerbstätig, der Vater arbeitet nach der Geburt eines Kindes unverändert weiter. Dieser Typ wird in Westdeutschland noch häufiger als in Ostdeutschland gewählt (Abbildung 5.23). Neben diesem Elternzeittyp ist eine modernisierte Form des Ernährermodells noch relativ weit verbreitet, ein Modell bei dem Väter voll erwerbstätig und Mütter während der Elternzeit teilzeitbeschäftigt sind. Erwartungsgemäß ist dies in den ostdeutschen häufiger als in den westdeutschen Ländern verbreitet (West: 29,2 %, Ost: 40,5 %).

Mit der Anzahl der Kinder erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Paare sich für den Elternzeittyp 1 entscheiden. Hat die Mutter einen akademischen Berufsabschluss und übte ihren qualifizierten Beruf bereits vor der Geburt der Kinder aus, so wählen diese Paare verhältnismäßig häufig den Elternzeittyp 2, bei dem die Mutter während der Inanspruchnahme der Elternzeit einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht (BMFSFJ 2004a: 24).

Die Wahl ihres Elternzeitmodells ist nach Aussagen der Eltern abhängig von ihrer finanziellen Situation, von dem Angebot an Kinderbetreuung und von eigenen Vorstellungen und Wünschen. Daneben spielen die berufliche Situation und die gesellschaftliche Anerkennung eine Rolle (Abbildung 5.24).

Abbildung 5.24: Hauptgrund für die jetzige Arbeitsteilung in der Partnerschaft zwischen Beruf und Familie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

45 42 0 39,0 40 36,2 33.9 35 30 25 22,2 20 16,0 15 10 3,7 3,7 5 2.1 n finanzielle Situation Kinderbetreuungseigene Vorstellungen betriebliche Situation gesellschaftliche situation und Wünsche Anerkennung ■West ■ Ost

Frage: "Was war in Ihrer Partnerschaft der Hauptgrund für Ihre jetztige Arbeitsteilung zwischen Beruf und Familie?"

Anmerkung: Die Prozentangaben beziehen sich auf Haushalte mit Elternzeitanspruch und Inanspruchnahme der Elternzeit.

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2003, n = 530

Quelle: BMFSFJ 2004a: 27

In Ost- und Westdeutschland stehen für ein gutes Drittel der Eltern finanzielle Erwägungen bei der Entscheidung im Vordergrund. Dem Statement "Das Erziehungsgeld hat nicht ausgereicht, um den Einkommensverlust auszugleichen." stimmen zwei von drei Paarhaushalten zu (BMFSFJ 2004a: 28). Finanzielle Erwägungen spielen nicht nur bei der Entscheidung für oder gegen eine Elternzeit eine Rolle, sondern auch bei der Entscheidung, wer die Elternzeit in Anspruch nimmt und welches Elternzeitmodell gewählt wird. Bei der Wahl des Elternzeitmodells sind deshalb die Verdienstrelationen zwischen Müttern und Vätern wichtig. Nur bei gleichen Verdienstchancen der Partner wird eine gleichberechtigte Arbeitsteilung realisiert. Verdient jedoch ein Partner deutlich weniger, und das Nettoeinkommen einer Familie steigt durch eine (Teilzeit-)Erwerbstätigkeit nur geringfügig, so führt dies in der Regel dazu, dass der geringer Verdienende nach der Geburt eines Kindes erst einmal aus dem Erwerbsleben aussteigt (BMFSFJ 2004a: 28). Da längere Erwerbsunterbrechungen langfristig negative Auswirkungen auf das erzielbare Einkommen von Beschäftigten haben, sind Berufsunterbrechungen für das künftig erreichbare Einkommen von Nachteil. Diese Benachteiligung trifft vor allem Frauen (Prognos: 2003 und hier Kapitel 3.5).

Die Kinderbetreuungssituation hat für die Entscheidung über die Arbeitsteilung von Paaren nach der Geburt eines Kindes in Ost- und Westdeutschland eine unterschiedlich hohe Be-

deutung. Da die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen in Ostdeutschland relativ gut ist, ist es nicht verwunderlich, dass Kinderbetreuung in Ostdeutschland seltener als Hauptgrund für die Wahl des Elternzeitmodells genannt wird. In Westdeutschland sind hingegen ein Drittel aller anspruchberechtigten Haushalte der Überzeugung, dass die Kinderbetreuungssituation einen Einfluss auf die Wahl ihres Elternzeitmodells hatte. Eltern, die das Modell "Mutter ist in Elternzeit nicht erwerbstätig" gewählt haben, problematisieren neben der Versorgungsdichte an Einrichtungen den hohen finanziellen Aufwand für die Betreuung von Kindern (BMFSFJ 2004a: 28).

42 Prozent der ostdeutschen Haushalte und 22,2 Prozent der westdeutschen Hauhalte, die Anspruch auf Elternzeit haben, geben an, dass für ihre Wahl des Elternzeitmodells "eigene Vorstellungen und Wünsche" relevant waren (Abbildung 5.24). Ein Großteil der anspruchsberechtigten Eltern ist der Überzeugung, dass mit der Geburt eines Kindes eine Veränderung der Arbeitszeit notwendig wird. Je nach Ausgangssituation und gewähltem Elternzeitmodell sind die relevanten eigenen Wünsche und Vorstellungen sehr unterschiedlich. Nicht erwerbstätige Frauen sind zum Beispiel in über 90 Prozent der Haushalte, die Elternzeit in Anspruch nehmen, der Ansicht, dass die Erziehung der Kinder in der ersten Zeit Aufgabe der Mutter ist. Haushalte, in denen Frauen und Männer sich die Erwerbsarbeit teilen, sprechen sich mehr als 90 Prozent für eine ausgewogene Aufteilung der Erziehungsaufgaben aus (BMFSFJ 2004a: 30). Familienleitbilder und gelebte Arbeitsteilung korrespondieren in der Elternzeit also in einem beträchtlichen Maße miteinander.

Die betriebliche Situation und die gesellschaftliche Anerkennung spielen nach Angabe der Anspruchsberechtigten als Gründe für das selbst gewählte Elternzeitmodell nur eine geringe Rolle (Abbildung 5.24). Allerdings sind knapp über 55 Prozent der erwerbstätigen Männer und Frauen, die die betriebliche Situation als Hauptgrund für ihre Arbeitsteilung nennen, der Meinung, dass sie ohne ihre Erwerbstätigkeit den Anschluss im Beruf verlieren und keine (Karriere-) Chancen mehr haben könnten (BMFSFJ 2004a: 31).

In einer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbefragung zur Familienfreundlichkeit von Betrieben (BMFSFJ 2004b)¹⁴⁷ zeigte sich, dass sowohl die betrieblichen Rahmenbedingungen während der Elternzeit als auch generell die Familienfreundlichkeit von Betrieben von den Beschäftigten eher skeptisch beurteilt wird (Abbildung 5.25).

¹⁴⁷ Im Zeitraum vom 06.11.2003 bis 06.12.2003 wurden in einer repräsentativen Studie in Zusammenarbeit des WSI, dem DGB und dem BMFSFJ 2000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer telefonisch befragt, die Kinder betreuen und erziehen bzw. einen pflegebedürftigen Angehörigen versorgen.

6,7 nichts davon ist wichtig 7,3 9,1 Angebote während der Elternzeit 7,6 11,6 familenfreundliches Betriebsklima 10,7 6,7 Vermittlung von Betreuungsangeboten 11,4 16,5 Freistellungsmöglichkeit für Pflegeaufgaben 13,4 21,7 finanzielle Unterstützung 14 familienfreundliche 27,7 Arbeitszeiten 35,6 0 5 10 20 15 25 30 35 40 □Frauen ■ Männer

Abbildung 5.25: Familienfreundlicher Betrieb: Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf differenziert nach Geschlecht (in %)

Anmerkung: N = 1.976 (Rest keine Angaben)

Datenbasis: Arbeitnehmer/-innenbefragung "Familienfreundlicher Betrieb" (06.11 bis 06.12.2003)

Quelle: BMFSFJ: 2004b

Den größten Handlungsbedarf in Betrieben sehen die Befragten beim Angebot von familienfreundlichen Arbeitszeiten (Abbildung 5.25). Besonders häufig wird dieser Aspekt von Frauen betont (ebd.). Das ist nicht weiter verwunderlich, da zumeist ihnen die Probleme der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit einerseits und die Versorgung der Kinder andererseits zufallen.

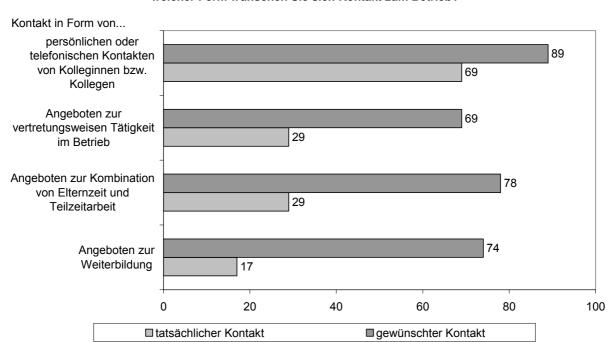
An zweiter Stelle steht bei Männern der Wunsch nach finanzieller Unterstützung durch den Betrieb. Gedacht ist an Kinderzulagen oder Einmalzahlungen zur Geburt. Entsprechend ihrer Versorgerrolle sehen sie hier einen größeren Handlungsbedarf als Mütter. An dritter Stelle rangiert bei Vätern der Wunsch, für Pflegeaufgaben freigestellt werden zu können. Neben den drei eben genannten Bereichen, sehen Frauen gleichermaßen Handlungsbedarf bei der Vermittlung von Betreuungsangeboten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen sich schließlich ein familienfreundliches Arbeitsklima (Abbildung 5.25).

Relativ selten wird ein Interesse an Angeboten während der Elternzeit wie Weiterbildungen oder aushilfsweises Arbeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern artikuliert. Nur in der Gruppe der Beschäftigten, die sich aktuell in Elternzeit befinden, hat dieses Thema mehr Gewicht. In dieser Gruppe werden "Angebote während der Elternzeit" als drittwichtigster Handlungsbereich gesehen. Betroffene Eltern sind sich also der Bedeutung von Kontakten zu Unternehmen und der Wichtigkeit von Weiterbildungsmaßnahmen während der Elternzeit

bewusst (BMFSFJ 2004b: 11).

Insgesamt ist das Interesse von Beschäftigten in Elternzeit groß, zu ihrem Betrieb Kontakt zu halten. Im Vordergrund stehen dabei: persönlicher oder telefonischer Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen (Abbildung 5.26). In der Realität ist dieser Kontakt die entscheidende Verbindung zwischen Eltern in Elternzeit und Unternehmen.

Abbildung 5.26: Wunsch nach Kontakten zum Betrieb während der Elternzeit und tatsächlicher Kontakt zum Betrieb während der Elternzeit (in %)



Frage: "Wünschen Sie sich während der Elternzeit Kontakt zum Betrieb? Wenn ja, in welcher Form wünschen Sie sich Kontakt zum Betrieb?"

Anmerkung: Befragt wurden diejenigen Eltern, die aktuell in Elternzeit sind oder in den letzten 10 Jahren Erfahrungen mit Erziehungsurlaub/Elternzeit gemacht haben, Mehrfachantworten waren möglich, n=659.

Datenbasis: Arbeitnehmer/-innenbefragung "Familienfreundlicher Betrieb" (06.11 bis 06.12.2003)

Quelle: BMFSFJ: 2004b

Viele der gewünschten Kontakte werden nicht realisiert. Knapp drei Viertel der Eltern in Elternzeit wünschen sich eine Weiterbeschäftigung im Unternehmen in Form von Teilzeitangeboten oder Aushilfstätigkeiten. Dieser Wunsch wird nur bei ca. 30 Prozent der Beschäftigten in Elternzeit zur Realität (Abbildung 5.26). Am größten ist die Differenz zwischen den gewünschten und den tatsächlichen Kontakten in Bezug auf Angebote zur Weiterbildung. Hier gibt es offensichtlich einen besonderen Handlungsbedarf. Er könnte sich einerseits auf die Ausweitung der Weiterbildungsangebote beziehen. Hier wünschen sich drei Viertel der Eltern in Elternzeit entsprechende Vorschläge, tatsächlich werden nur 17 Prozent der Beschäftigten in Elternzeit Angebote zur Weiterbildung gemacht (BMFSFJ 2004b: 35). Gleichzeitig wäre zu prüfen, ob Weiterbildungsangebote häufiger als bisher mit Kinderbetreuungsangeboten verknüpft werden müssten, um Eltern die Teilnahme an diesen Angeboten zu ermöglichen. Das Problem der Dequalifizierung durch Berufsunterbrechungen und unterlassene Weiterbildung

während der Elternzeit wird in Kapitel 5.9 noch einmal aufgegriffen. 148

¹⁴⁸ Zur Bedeutung von Berufsunterbrechungen für die Einkommensentwicklung siehe Kapitel 3, Abschnitt 3.5.

Abbildung 5.27: Wunsch nach Kontakten zum Betrieb während der Elternzeit und tatsächlicher Kontakt zum Betrieb während der Elternzeit (in %)

Kontakt in Form von... persönlichen oder 89 telefonischen Kontakten von Kolleginnen bzw. 69 Kollegen Angeboten zur 69 vertretungsweisen Tätigkeit 29 im Betrieb Angeboten zur Kombination von Elternzeit und 29 Teilzeitarbeit 74 Angeboten zur Weiterbildung 17 0 20 40 60 80 100

Frage: "Wünschen Sie sich während der Elternzeit Kontakt zum Betrieb? Wenn ja, in welcher Form wünschen Sie sich Kontakt zum Betrieb?"

Anmerkung: Befragt wurden diejenigen Eltern, die aktuell in Elternzeit sind oder in den letzten 10 Jahren Erfahrungen mit Erziehungsurlaub/Elternzeit gemacht haben, Mehrfachantworten waren möglich, n=659.

■ gewünschter Kontakt

Datenbasis: Arbeitnehmer/-innenbefragung "Familienfreundlicher Betrieb" (06.11 bis 06.12.2003)

□ tatsächlicher Kontakt

Quelle: BMFSFJ: 2004b

Verfahren, mit denen Unternehmen die Chancengleichheit von Eltern fördern, sind noch nicht sehr weit verbreitet. Sie sind entweder in Betriebs- und Tarifvereinbarungen fest verankert oder sie beruhen auf freiwilligen Initiativen zur Familienfreundlichkeit. Die Daten des IAB Betriebspanels 2002¹⁴⁹ (Möller/Allmendinger 2003: 1) zeigen, dass nur zweieinhalb Prozent der deutschen Unternehmen entsprechende Betriebsvereinbarungen besitzen.¹⁵⁰ Zwei Prozent der Betriebe thematisieren Chancengleichheit in ihren Tarifvereinbarungen und in knapp zweieinhalb Prozent der Betriebe existieren freiwillige Initiativen zur Familienfreundlichkeit (Möller/Allmendinger 2003b: 11). Insgesamt gibt es also nur in maximal sieben Prozent der Unternehmen Vereinbarungen zur Chancengleichheit. Die Bedeutung dieser Zahl darf jedoch nicht unterschätzt werden, denn es sind vor allem große Unternehmen mit zahlreichen Beschäftigten, die formalisierte Vereinbarungen zur Chancengleichheit haben. Knapp die Hälfte aller Betriebe die mehr als 500 Beschäftigte haben, besitzen Vereinbarungen zur Chancengleichheit (Möller/Allmendinger 2003b: 4). In kleinen und mittleren Unternehmen sind Beschäftigte auf wenig abgesicherte Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen.

¹⁴⁹ Auswertung des IAB-Betriebspanel 2002, Fragebogenbefragung von ca. 15.000 Betrieben.

Vereinbarungen zur Chancengleichheit umfassen in der Regel folgende Maßnahmen: Rücksichtnahme auf Elternbedürfnisse, Beratungs- und Informationsangebote, Kinderbetreuungsangebote, Frauenförderung, Chancengleichheit und Angebote für Personen in Elternzeit.

Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, die Vereinbarungen zur Chancengleichheit haben, verpflichten sich in erster Linie zu einer Rücksichtnahme auf Elternbedürfnisse. An zweiter Stelle folgen Angebote für Personen in Elternzeit. Am seltensten werden Kinderbetreuungsangebote genannt. Eine direkte Unterstützung bei dem vordringlichsten Problem erwerbstätiger Eltern, der Kinderbetreuung, erfolgt also selten. Nur wenige Unternehmen betreiben Betriebskindergärten, Kinderkrippen oder Kindertagesstätten. Auch geben sie wenig Unterstützung bei der Vermittlung von Kinderbetreuung und selten unterstützen sie Elterninitiativen (Möller/Allmendinger 2003b: 4).

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

- In 26 Prozent der ostdeutschen Haushalte und in 10 Prozent der westdeutschen Haushalte hatte 2003 niemand nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf Elternzeit.
- In Ost- und Westdeutschland nahmen ca. 73 Prozent aller Haushalte, in denen ein Kind geboren wurde, nach der Geburt Elternzeit in Anspruch.
- In 4,9 Prozent aller Fälle nehmen Väter zumindest einen Teil der Elternzeit innerhalb der ersten zwei Lebensjahre ihres Kindes in Anspruch.
- In Ost- und Westdeutschland dominiert das Modell, bei dem die Mutter in Elternzeit und nicht erwerbstätig, der Vater erwerbstätig ist.
- Die Möglichkeit während der Elternzeit erwerbstätig zu sein, wurde 2003 in den ostdeutschen von 41 Prozent, in den westdeutschen Ländern von 29 Prozent der Mütter genutzt.
- In beiden Teilen Deutschlands sind finanzielle Erwägungen der Eltern für die Entscheidung für oder gegen Elternzeit sowie für die Entscheidung zu Gunsten eines bestimmten Elternzeit-modells von zentraler Bedeutung. Sie prägen auch Entscheidungen darüber, wie lange Elternzeit genommen wird. In Ostdeutschland bestimmen darüber hinaus vor allem die Unsicherheit über die berufliche Zukunft, in Westdeutschland vielfach die Kinderbetreuungssituationen die Entscheidung über Elternzeit und Arbeitsteilung nach der Geburt des Kindes.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten von einem familienfreundlichen Betrieb in erster Linie familienfreundliche Arbeitszeiten. Die Wünsche gehen jedoch darüber hinaus.

5.8 Kinderbetreuungsangebote und Erwerbstätigkeit

¹⁵⁰ Bei der Befragung waren Mehrfachnennungen möglich. 4,1% aller Betriebe haben betriebliche und/oder tarifliche Vereinbarungen zur Chancengleichheit getroffen – Ost: 2,5 %, West: 4,4 %.

Die Forschung zur Kinderbetreuung hat inzwischen den Begriff der "Betreuungskrise" geprägt, um zu kennzeichnen, dass die staatlicherseits, auf dem freien Markt oder durch Verbände angebotenen Betreuungsformen den veränderten Anforderungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dem gewandelten Rollenverständnis vieler Frauen und den Bedürfnissen von Kindern kaum noch gerecht werden (zuletzt Alt/Blanke/Joos 2004). Dabei ist ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges und quantitativ hinreichendes Kinderbetreuungsangebot nicht nur eine zentrale Voraussetzung für ein internationalen Vergleichen standhaltendes Bildungsniveau in Deutschland. Die Kinderbetreuung ist vielmehr auch eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe von Müttern und Vätern am Erwerbsleben. Besonders in den westdeutschen Bundesländern bleibt ein erhebliches Erwerbspotenzial von Müttern ungenutzt, weil geeignete Betreuungsplätze für Kinder fehlen. Hier würden 36 Prozent der Mütter ihre Erwerbstätigkeit gerne ausdehnen, wenn ihnen eine entsprechende Kinderbetreuung zugänglich wäre (Büchel/Spieß 2002). Oft bleiben gerade wegen fehlender Ganztagsbetreuungsangebote diese Wünsche unrealisiert (Lachenmeier 2004). Die hohe Relevanz lokal verfügbarer und geeigneter Betreuungsangebote für die Entscheidung über mütterliche Erwerbstätigkeit wird auch daran deutlich, dass 34 Prozent der Paare in Westdeutschland (Abbildung 5.24) und 16 Prozent der Paare in Ostdeutschland angeben, dass die Kinderbetreuungssituation der Hauptgrund für ihre Arbeitsteilung während der ersten zwei Lebensjahre war.

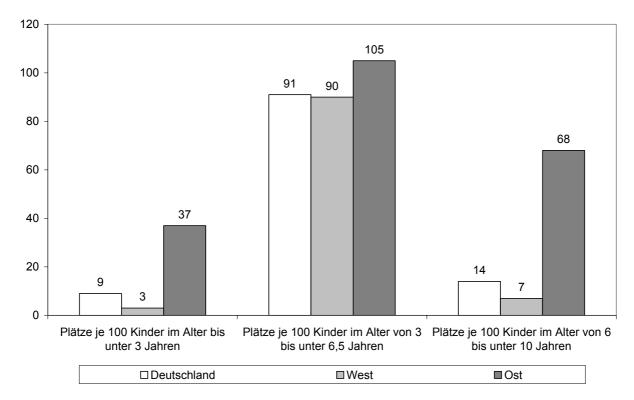
Trotz sinkender Kinderzahlen steigt mit der Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern der Betreuungsbedarf. Angesichts des begrenzten institutionellen Kinderbetreuungsangebotes wird gegenwärtig insbesondere in den westdeutschen Ländern die außerfamiliale Kinderbetreuung mit einem Mix aus unterschiedlichen Betreuungsformen abzudecken versucht. Momentan werden Kinder unter 6 Jahren in erster Linie durch die Eltern betreut, die öffentliche Kinderbetreuung steht an zweiter Stelle – so die DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005 (DJI 2005). Im Kleinkindalter sind neben den Eltern (Müttern) (evtl. in Elternzeit) vor allem verwandtschaftliche Netzwerke (allen voran Großeltern und ältere Geschwister) von Bedeutung. Statt der Kinderkrippen, die in den ostdeutschen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Betreuung der unter 3-Jährigen leisten, haben sich in den westdeutschen Ländern private sowie von Jugendämtern vermittelte und geförderte Betreuungsarrangements, die Tagespflege entwickelt. Das größte Segment der außerfamilialen Kinderbetreuung bilden die Kindergärten. Für Schulkinder stehen in begrenztem Umfang Horte und Ganztagsschulen zur Verfügung. Von der amtlichen Statistik werden Kinderkrippen, Kindergärten und Horte gut erfasst. Nicht erfasst

¹⁵¹ Basis ist eine bundesweite Computer Aided Telephone Interview- (CATI) Telefonstichprobe mit einer Befragung von 8.003 Müttern und Vätern und ca. 13.700 Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren, einschließlich der Geschwister bis 14 Jahren. Fragestellungen der Studie sind: zeitliche, strukturelle, organisatorische und finanzielle Aspekte der Kinderbetreuung, "Zukunftsinteressen", "Qualität der Betreuung", "Familienfreundlichkeit der Betreuung", "Betriebliche Angebote zur Vereinbarung von Familie und Beruf", sowie Regionalisierungsaspekte und sozioökonomische Differenzierung.

werden die Förderung der Tagespflege und die vielfältigen informellen Betreuungssettings. Es soll hier dennoch ein Versuch gemacht werden, den Grad der Versorgung mit Betreuungsplätzen in Einrichtungen und die praktizierten Betreuungsformen zu beschreiben.

Krippenplätze stehen in Westdeutschland nur für knapp 3 Prozent der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung. In Ostdeutschland ist dieser Anteil mit 37 Prozent mehr als 12-mal so hoch (Abbildung 5.27). Eine öffentliche Kinderbetreuung nehmen nach der DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005 vier von zehn Kindern im Alter von unter 3 Jahren tatsächlich in Anspruch. In den westlichen Bundesländern ist es nicht einmal jedes zehnte Kind. Genauer: Während in Westdeutschland einschließlich Berlin 9,5% der Kinder unter 3 Jahren eine öffentliche Kinderbetreuung nutzen, sind es in den östlichen Ländern (ohne Berlin) 40,5%. Öffentliche Betreuung meint dabei hauptsächlich den Besuch einer Kindertageseinrichtung, umfasst aber auch die Inanspruchnahme einer "öffentlichen Tagespflege", z.B. durch Tagesmütter (DJI 2005). Ob für Kinder unter 3 Jahren Plätze in Kindertageseinrichtungen beansprucht werden, hängt vor allem in Westdeutschland von der Familienkonstellation, der Erwerbstätigkeit und dem Einkommen der Eltern ab. So beträgt der Anteil der Alleinerziehenden, die Kinder unter 3 Jahren in eine Kindertageseinrichtung schicken, in Westdeutschland 18,5 Prozent, der entsprechende Anteil bei den nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften 13,9 Prozent; bei Ehepaaren mit Kindern sind es nur 6,9 Prozent. Diese Verteilung ist darauf zurückzuführen, dass vor allem im Westen Alleinerziehende sowie getrennte und geschiedene Eltern bei der Vergabe von Plätzen bevorzugt berücksichtigt werden. Die Daten bestätigen also, dass die sozialpolitisch beabsichtigte Verteilung nach dem Kriterium der elterlichen Belastungssituation hier funktioniert. Die Folge dieser Vergabepraxis ist allerdings, dass verheirateten Müttern der Zugang zu diesen Angeboten nur begrenzt möglich ist. Sie werden auf das Ernährermodell festgelegt. Von den Familienhaushalten in Westdeutschland, in denen beide Eltern einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, schicken 17,9 Prozent ihre unter 3jährigen Kinder in eine Kindertageseinrichtung. Von den Familien, in denen ein Elternteil vollzeit-, der andere (zumeist die Mutter) teilzeitbeschäftigt ist, sind es 15,9 Prozent. Aus der Gruppe der Familien, in denen ein Elternteil (wiederum zumeist die Mutter) nicht erwerbstätig ist, besuchen nur 5 Prozent der unter 3-Jährigen eine Einrichtung. Diese Quote sinkt auf knapp 3 Prozent, wenn beide Elternteile nicht erwerbstätig sind (DJI 2005).

Abbildung 5.28: Kinderbetreuungsplätze für je 100 Kinder1 nach Altersgruppen in Deutschland sowie in West2- und Ostdeutschland3 2002 (in %)



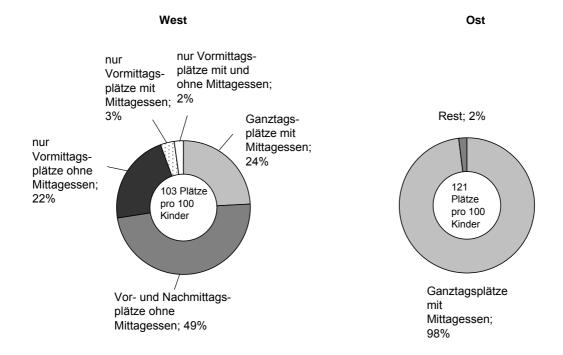
- 1 Bevölkerungsstand: 31.12.2002
- 2 ohne Berlin
- 3 ohne Berlin

Datenbasis: Kinder- und Jugendhilfestatistik Quelle: Statistisches Bundesamt: 2004j

Für Kinder im Kindergartenalter sieht die Versorgungslage (bei einer Versorgungsquote von 90 %) auf den ersten Blick wesentlich günstiger aus. Für Kinder über drei Jahre haben Eltern inzwischen ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Während für Westdeutschland die Quote der Inanspruchnahme von öffentlicher Kinderbetreuung durch 3- bis 6-Jährige bei rund 85 Prozent liegt – hier sind Kindertageseinrichtungen und die öffentliche Tagespflege zusammengenommen –, beträgt sie in Ostdeutschland 96 Prozent (DJI 2005).

In Westdeutschland sind viele dieser Plätze allerdings tageszeitlich so begrenzt, dass sie berufstätigen Eltern kaum helfen, Familie und Beruf zu vereinbaren (Abbildung 5.28). Insofern gibt es auch im Kindergartenbereich eine Unterversorgung.

Abbildung 5.29: Verfügbare Betreuungsplätze für 3- bis 5-Jährige nach Öffnungszeiten in West1- und Ostdeutschland2 2002 (in %)



1 ohne Berlin2 ohne Berlin

Bevölkerungsstand: 31.12.1998

Datenbasis: Kinder- und Jugendhilfestatistik Quelle: Statistisches Bundesamt: 2004j

Ganztagesplätze – d.h. von Montag bis Donnerstag mindestens sechs Stunden in der Einrichtung – sind je nach Altersgruppe und Region unterschiedlich verteilt. In Westdeutschland hat jedes vierte Kind unter 3 Jahren, das eine Einrichtung besucht, einen Ganztagesplatz, aber nur jedes fünfte der 3- bis 6-Jährigen. Dagegen sind im Osten Deutschlands die entsprechenden Quoten für die beiden Altersgruppen etwa gleich groß und um mehr als 40 Prozentpunkte höher als Westen: Sowohl von den unter 3-Jährigen als auch von den 3- bis 6-Jährigen nehmen mehr als 60 Prozent einen Ganztagesplatz in Anspruch (DJI 2005)

Jede Knappheit öffentlicher Leistungen bringt es mit sich, dass Personen in schlecht ausgestatteten Wohngebieten und Personen mit weniger systematischer Lebensplanung und weniger Durchsetzungsvermögen eher leer ausgehen. So wundert es nicht, dass die Hälfte der 5-bis 6-jährigen Kinder, die nicht in einen Kindergarten gehen, in belasteteren Regionen (zum Beispiel mit hoher Arbeitslosigkeit) leben und dass Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten und Kinder nicht-deutscher Herkunft im Kindergarten aber auch in der Tagespflege unterrepräsentiert sind (Alt/Blanke/Joos 2004: 12 und Büchel/Spieß 2002: 64 sowie Jurczyk u.a. 2004: 130). Der Kindergarten erreicht also zurzeit die Kinder, die sein Bildungsangebot besonders brauchen würden, nur unzureichend. Dies wirkt sich zum Beispiel nachteilig auf den Spracherwerb und die allgemeine Integration von Kindern mit Migrationshintergrund aus. Die praktizierte bevorzugte Versorgung von Kindern allein erziehender und/oder erwerbstätiger

Mütter ist frauenpolitisch nur vordergründig sinnvoll.

Viele geschiedene *allein Erziehende* befinden sich nämlich in einer beruflich unbefriedigenden Lage, weil sie in den Jahren als *Ehefrauen* ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht nutzten bzw. angesichts fehlender Betreuungsplätze nicht nutzen konnten. Die Versorgung von Kindern erwerbstätiger Mütter ist insofern unzureichend, als es viele Hinweise darauf gibt, dass mehr Mütter erwerbstätig wären, wenn sie Möglichkeiten sähen, ihr Kind betreuen zu lassen (Abbildung 5.20 und 5.24). Auch Mütter in Ausbildung brauchen Kinderbetreuung. Es ist also von hoher gleichstellungspolitischer Bedeutung, dass für Kinder *aller* Mütter, gleich ob in Ausbildung, auf Arbeitssuche oder erwerbstätig, gleich ob allein erziehend oder verheiratet, Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, die es ihnen erlauben, ihre berufliche Entwicklung im Blick zu behalten.

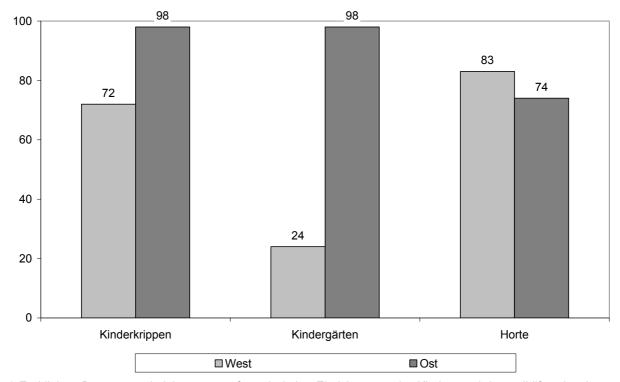
Bezogen auf das Betreuungsangebot für Kinder im Schulalter gibt es ebenfalls deutliche Ost-West-Unterschiede. Während in den ostdeutschen Ländern für 100 Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 bis 10 Jahren 68 Plätze zur Verfügung (Versorgungsquote: 68 %) stehen, sind es im Westen nur 7 Plätze für 100 Schülerinnen und Schüler in dieser Altersgruppe (Versorgungsquote: 7 %) (Abbildung 5.29). Die Diskrepanzen zwischen der Betreuungssituation in Ost- und Westdeutschland vergrößern sich dadurch, dass im Osten Deutschlands der Anteil der Ganztagsschulen deutlich höher ist als im Westen. So besuchen nach den Ergebnissen des DJI-Kinderpanels nur 31 Prozent der 8- bis 9-Jährigen in Westdeutschland, aber 78 Prozent dieser Altersgruppe in Ostdeutschland eine Ganztagsschule (Blanke 2004: 6).

Man kann davon ausgehen, dass das institutionelle Kinderbetreuungsangebot in den ostdeutschen Ländern den täglichen Bedarf eher abdeckt als das in den westdeutschen Ländern, zumal die deutliche Mehrheit der Einrichtungen (Kinderkrippe, Kindergarten und Hort)
in Ostdeutland ganztägig geöffnet ist (Abbildung 5.29). Trotz der in diesem Landesteil insgesamt deutlich besseren Versorgung mit Betreuungsplätzen, kann es selbst dort lokal zu Engpässen kommen.

Wenn man bedenkt, dass in Westdeutschland nach dem Mikrozensus 2004 29 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren aktiv erwerbstätig sind, dann müsste grob geschätzt für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren ein Krippenplatz vorhanden sein, um wenigstens den Kindern erwerbstätiger Mütter ein Betreuungsangebot machen zu können. Von einer solchen Versorgungsquote sind die westdeutschen Länder mit 3 Prozent weit entfernt (Abbildung 5.10 und 5.27). Auch in Ostdeutschland liegt die Quote erwerbstätiger Mütter mit Kindern unter drei Jahren mit 44 Prozent über der Versorgungsquote mit Krippenplätzen (37 %) (Abbildung 5.10 und Abbildung 5.27). Nur im Kindergartenalter scheint die Versorgung mit Betreuungsplätzen rein quantitativ ausreichend zu sein. Da viele Kindergartenplätze in

Westdeutschland aber tageszeitlich stark beschränkt sind (Abbildung 5.29), gewährleisten diese Plätze oft nicht einmal die Betreuung während einer Teilzeitbeschäftigung der Mütter.

Abbildung 5.30: Anteil der Kindertageseinrichtungen¹, die ganztags geöffnet haben, in West²- und Ostdeutschland³ 2002 (in %)⁴



- 1 Es blieben Betreuungseinrichtungen, sofern sie keine Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder deren Kooperationspartner waren, in der Aufstellung unberücksichtigt. Der vergleichsweise hohe Anteil der am Ganztagsschulbetrieb teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in den östlichen Bundesländern fließt ebenfalls nicht in die Abbildung 5.29 ein. Insofern ist die Versorgung der Schulkinder im Osten mit den Quoten für den Hort eher unterschätzt.
- 2 ohne Berlin
- 3 ohne Berlin
- 4 Prozentangaben nach Öffnungszeiten beziehen sich auf die jeweilige Einrichtungsart.

Datenbasis: Kinder- und Jugendhilfestatistik Quelle: Statistisches Bundesamt: 2004j

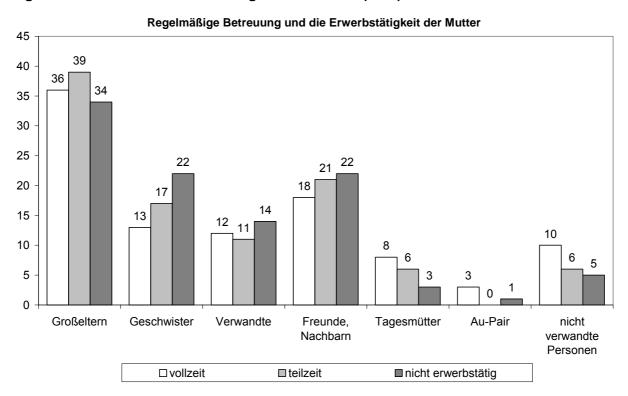
In den ostdeutschen Ländern haben fast alle Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder im Kindergartenalter ganztags unterzubringen (Abbildung 5.29). Wie lange die 3- bis 6-Jährigen in bezahlter Tagesbetreuung untergebracht werden, richtet sich nach der Berufsarbeitszeit der Mutter. Die Betreuungszeit der öffentlichen Tagespflege ist im Durchschnitt länger als die der informellen Tagespflege.

Insbesondere in den westlichen Bundesländern entwickelte sich auf Grund der geringen Dichte von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und wegen ihrer oft begrenzten Öffnungszeiten ein breites Spektrum von Betreuungsmodellen, in denen familiäre Netzwerke und private Dienstleistungen sowie die über die Jugendämter vermittelte Tagespflege (Tagesmütter) eine wichtige Rolle als Ergänzung von staatlicherseits und intermediär angebotenen Plätzen in Betreuungseinrichtungen spielen so die DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005

(DJI 2005).

Im Netz der regelmäßigen Betreuungspersonen spielen Verwandte, insbesondere die Großeltern in Ost und West eine ganz herausragende Rolle und zwar auch für die Kinder voll erwerbstätiger Mütter (Abbildung 5.30).

Abbildung 5.31: Personengruppen, die Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder regelmäßig unterstützen nach Erwerbstätigkeit der Mutter (in %)



Datenbasis: DJI-Kinderpanel, Repräsentative Untersuchung 2003

Quelle: Alt/Blanke/Joos 2004: 30

Dort, wo private Betreuungspersonen nach Geschlecht differenziert erfasst werden, stellt sich immer wieder heraus, dass sie ganz überwiegend – wie das Personal in den Betreuungseinrichtungen – weiblich sind (Jurczyk/Rauschenbach/Tietze 2004: 35). Die Auswertung der aktuellen Zeitbudgetdaten des Statistischen Bundesamtes ergab, dass zwei Drittel der Personen, die informelle Betreuung leisten, Frauen sind. Ihre Leistungen erbringen sie zu mehr als 80 Prozent unentgeltlich (Fendrich/Schilling 2004). Mütter können sich ihre Berufschancen oft nur bewahren, weil ihnen unbezahlte Hilfe angeboten wird. Vielfach greifen sie auf informell angebotene bezahlte Dienste sozial nicht abgesicherter Frauen zurück. Der Bedarf an informeller Kinderbetreuung ist in Paarhaushalten mit Kindern ähnlich hoch wie in allein Erziehendenhaushalten. 26 Prozent der allein Erziehenden nutzen eine informelle Unterstützung (Fendrich/Schilling 2004).

Neben vielen informellen Betreuungssettings gewinnt die öffentlich geförderte Tagespflege

an Bedeutung. In Westdeutschland hat sie als vom Jugendamt geförderte Betreuung von Kindern meist durch andere Mütter, so genannte "Tagesmütter", einen besonderen Stellenwert (Seckinger/van Santen 2000). Über die Zahl der in der Tagespflege betreuten Kinder gibt es bundesweit keine verlässlichen Zahlen. Fendrich und Schilling kommen auf der Basis der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes zu dem Schluss, dass es 2001 in der Bundesrepublik Deutschland neben den offiziell gemeldeten Tagesmüttern rund 230.000 Personen gab, die bezahlt oder unbezahlt als nicht zum Haushalt gehörende Personen mindestens 10 Stunden wöchentlich Kinderbetreuungsleistungen erbrachten (Fendrich/Schilling 2004: 133).

Auch wenn Tagesbetreuung überwiegend ohne Mitwirkung von Jugendämtern auf dem freien Markt vereinbart und dann statistisch nicht erfasst wird, zeigen Erhebungen, dass die Zahl der Tagespflegeverhältnisse in Ost- wie Westdeutschland zunimmt. Der Schwerpunkt der über die Jugendämter vermittelten Betreuung – vor allem in Westdeutschland – liegt im Bereich der unter 6-Jährigen. Vier Fünftel aller Tagespflegeplätze werden von dieser Altersgruppe in Anspruch genommen, die Hälfte dieser Plätze wahrscheinlich allein von Kleinkinunter drei Jahren (Seckinger/van Santen 2002). Die Zahlen der Kinderbetreuungsstudie bestätigen, dass Tagespflege besonders für die ganz jungen Kinder in Anspruch genommen wird. Bei der Aufnahme sind sie im Durchschnitt 15 Monate. Die Tagespflege hat für die Kinderbetreuung mehr eine ergänzende als eine ersetzende Funktion, denn die meisten der 3- bis 6-Jährigen in Tagespflege besuchen zugleich eine Kindertageseinrichtung. Gleichwohl sind mit der Tagespflege enorme finanzielle Aufwendungen verbunden. Vor allem einkommensstarke Familien setzen für die Betreuung der unter 6-jährigen Kinder bezahlte Helfer ein. Erwerbstätige Eltern mit niedrigem Sozialprestige und geringem Einkommen sind bei der Betreuung der unter 3-jährigen Kinder unterversorgt und oft gezwungen, auf informelle Betreuungskonstellationen zurückzugreifen.

Neben den formellen Betreuungsangeboten von Kindertageseinrichtungen und Tagesmüttern, tragen informelle Kinderbetreuungsleistungen wie die von Verwandten oder Nachbarn zur außerfamilialen Betreuung von Kindern bei (DJI 2005). Eltern, insbesondere in den westlichen Bundesländern, müssen oft ein ganzes Bündel von Angeboten ausfindig machen, aufeinander abstimmen und die Wege zwischen den Betreuungsorten ihrer Kinder organisieren, um eine tägliche, auch im Krankheitsfall gesicherte, Betreuung ihrer Kinder während ihrer Erwerbsarbeitszeiten sicherzustellen. Diese Arbeit wird ganz überwiegend von Frauen geleistet (Ludwig/Schlevogt/Klammer/Gerhard 2002: 103 ff.).

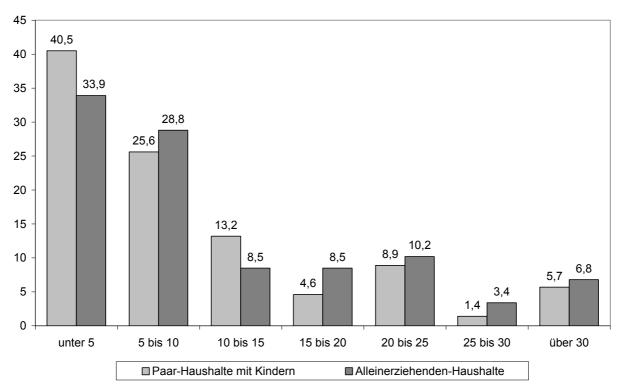
Von den Haushalten, in denen beide Eltern erwerbstätig sind und in denen ein Kind unter

¹⁵² Erst ab dem vierten aufgenommenen Kind ist die Tagespflege genehmigungspflichtig (SGB VIII § 44, 1. Absatz, Abschnitt 2, §44: Pflegeerlaubnis). Einen guten Überblick über die Tagespflege bietet: Jurczyk u.a. 2004.

drei Jahren lebt, nehmen fast 80 Prozent eine informelle Hilfe zur Kinderbetreuung in Anspruch. Doch auch Haushalte, in denen niemand oder nur eine Person erwerbstätig ist, scheinen, solange Kinder unter drei Jahren im Haushalt leben, nicht selten (zu 61 %) auf informelle Hilfe angewiesen (Fendrich/Schilling 2004).

Fendrich und Schilling kommen zu dem Schluss, dass die meisten Familien mit kleinen Kindern informelle Kinderbetreuungsleistungen zumindest brauchen, um zeitliche Lücken zwischen der eigenen und der institutionellen Betreuung der Kinder zu schließen. Der zeitliche Umfang informeller Betreuungsleistungen bewegt sich zumeist in einem Zeitrahmen von bis zu fünf Stunden pro Woche. Ein gutes Viertel der Haushalte mit Kindern nimmt diese Art der Kinderbetreuung 5 bis 10 Stunden pro Woche in Anspruch (Abbildung 5.31).

Abbildung 5.32: Wöchentlicher Stundenumfang der Inanspruchnahme von informeller Kinderbetreuung (in %)



Datenbasis: Statistisches Bundesamt: Zeitbudgeterhebung 2001/2002, Wiesbaden 2003

Quelle: Fendrich/Schilling 2004: 142

Die Bedeutung der informellen Kinderbetreuung sollte nicht unterschätzt werden, etwa weil deren Inanspruchnahme zeitlich oft recht begrenzt ist. Tatsächlich stellen die informellen Betreuungssettings oft erst die Passung zwischen der Präsenzpflicht der Eltern am Arbeitsplatz und den Unterrichtszeiten von Schulen oder den Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen sicher. ¹⁵³ 16 Prozent der Paar-Haushalte und 20,4 Prozent der allein Erziehenden-Haushalte nehmen über 20 Stunden pro Woche informelle Betreuungsangebote in An-

spruch. Diese Haushalte lassen mit ihrer Inanspruchnahme informeller Betreuungsangebote erkennen, dass sie regelmäßig mindestens den Bedarf eines halben Kindergartenplatzes haben, der derzeit durch das institutionelle Angebot nicht zu decken ist (Fendrich/Schilling 2004).

¹⁵³ Der Kinderbetreuungsbedarf kann zeitlich so gelagert sein, dass er mit den derzeit verfügbaren institutionellen Angeboten nicht gedeckt werden kann (Schichtarbeit, Wochenendarbeit, Arbeit auf Abruf, Fortbildungen am Abend etc.).

45 40,5 40 33.9 35 28.8 30 25,6 25 20 15 13,2 10,2 8.9 8,5 8,5 10 6,8 5,7 4.6 5 3,4 1,4 0 unter 5 5 bis 10 10 bis 15 15 bis 20 20 bis 25 25 bis 30 über 30 ■ Paar-Haushalte mit Kindern ■ Alleinerziehenden-Haushalte

Abbildung 5.33: Wöchentlicher Stundenumfang der Inanspruchnahme von informeller Kinderbetreuung (in %)

Datenbasis: Statistisches Bundesamt: Zeitbudgeterhebung 2001/2002, Wiesbaden 2003

Quelle: Fendrich/Schilling 2004: 142

In vielen Bereichen des Erwerbslebens nehmen gegenwärtig Arbeitsdichte, Verantwortung und die Anforderungen an zeitliche Flexibilität und räumliche Mobilität zu. Damit verschärfen sich Vereinbarungsprobleme. Großväter und Großmütter leben in Zukunft womöglich seltener in der unmittelbaren Nähe ihrer Kinder und Enkel und sind womöglich auch stärker noch selbst ins Erwerbsleben integriert. Durch Umzüge geht das Netz von Nachbarschaften häufiger im Leben wieder verloren. Der Ausbau eines institutionalisierten und gleichzeitig flexiblen Betreuungsangebotes, das ohne Wartezeiten zugänglich ist, wäre also dringend erforderlich.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

Im Osten Deutschlands deckt das Kinderbetreuungsangebot nahezu den Bedarf von erwerbstätigen Müttern. Die Debatte 2005 in Sachsen-Anhalt zeigt allerdings, dass auch nicht erwerbstätige Mütter auf Kinderbetreuungsangebote zurückgreifen wollen. Im Westen Deutschlands ist die Versorgung mit Krippenplätzen extrem niedrig. Hier kann nicht einmal dem Bedarf voll erwerbstätiger Mütter entsprochen werden. Kindergartenplätze scheinen auf den ersten Blick in hinreichender Zahl vorhanden. Die begrenzten Öffnungszeiten beeinträchtigen oft dennoch die Möglichkeiten von Müttern, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Auch die Betreuungsangebote für Grundschulkinder sind im Westen nicht bedarfsdeckend. Die übergroße Mehrheit der Haushalte mit kleinen Kindern nimmt (oft zusätzlich zu Kinder-

betreuungseinrichtungen) informelle Betreuungssettings in Anspruch. Nur über relativ komplexe Betreuungspläne gelingt es erwerbstätigen Müttern, die Betreuung ihrer Kinder abzusichern.

5.9 Rückkehr in den Beruf

Im Jahr 2001 hat die Bundesregierung eine Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern mit der Privatwirtschaft getroffen. Diese Vereinbarung und auch die Neuregelungen der Elternzeit sind Signale, die zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch die Rückkehr von Eltern in den Beruf politisch gestützt werden (BMFSFJ 2003a). Der Handlungsbedarf scheint in diesem Bereich nicht nur aus frauenpolitischer Perspektive dringlich, da die demografischen Veränderungen in den nächsten Jahrzehnten eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen auch gesamtwirtschaftlich erfordern werden. Obwohl das politische Interesse an den Erwerbsverläufen von Frauen groß sein müsste, ist die Rückkehr in den Beruf bislang noch wenig untersucht. So kann in diesem Abschnitt nur auf eine einzige Studie des IAB aus dem Jahr 2000¹⁵⁴ zurückgegriffen werden. Wie in Kapitel 5.7 dargestellt wurde, nehmen zumeist die Mütter Elternzeit in Anspruch. Deshalb hat sich die Forschung zum Thema Rückkehr in den Beruf ausschließlich mit den Erwerbsverläufen von Frauen befasst.

Gut drei Viertel der Frauen, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren, nehmen unmittelbar nach der Geburt Erziehungsurlaub. Ostdeutsche Mütter haben zwar seltener einen Anspruch auf Elternzeit. Wenn sie einen solchen Anspruch haben, nehmen sie ihn aber deutlich häufiger wahr (Tabelle 5.6). Tabelle 5.7 gibt nun einen Überblick über den Erwerbsstatus von vormals erwerbstätigen Frauen nach der Geburt ihres Kindes.¹⁵⁵

Tabelle 5.7 zeigt, dass das Gros der vormals berufstätigen Frauen nach der Geburt ihres Kindes im Jahr 2000 Erziehungsurlaub in Anspruch nahm. Nur wenige waren gleichzeitig erwerbstätig. Immerhin ca. 8 Prozent der Mütter in Ostdeutschland und ca. 13 Prozent der Mütter in Westdeutschland nahmen ohne Erziehungsurlaub ihre Erwerbsarbeit wieder auf. Gut 1 Prozent wurde unmittelbar nach der Geburt arbeitslos und ca. 2 Prozent der vormals erwerbstätigen Frauen in den ostdeutschen Ländern und knapp 11 Prozent der Frauen in den westdeutschen Ländern zogen sich als Hausfrau (ohne Erziehungsurlaub) vom Arbeitsmarkt zurück. Damit wird deutlich, dass die 2000 geltende Elternzeitregelung nicht allen vor der Geburt erwerbstätigen Müttern einen Arbeitsplatz sichern kann. Unmittelbar nach der

¹⁵⁴ Repräsentative Telefonumfrage im Jahr 2000. Befragt wurden 3.000 Frauen die seit dem 01.01.1992 ein Kind geboren oder adoptiert haben.

¹⁵⁵ Unterschiede in den Zahlen zwischen den Kapiteln 5.7 und 5.9 resultieren in erster Linie aus den unterschiedlichen Bezugsgruppen der zitierten Studien. Der Mikrozensus zählt Erziehungsurlauberinnen zu den Erwerbstätigen (mit null Arbeitsstunden). Dies führt nach Beckmann (2001) zu einer Überschätzung der Zahl der tatsächlich erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter drei Jahren.

Geburt fallen schon ca. 4 Prozent der vormals erwerbstätigen ostdeutschen Mütter und in ca. 13 Prozent der westdeutschen Mütter aus dieser Absicherung heraus (Tabelle 5.7).

Tabelle 5.7: Erwerbsstatus nach der Geburt des "ersten" Kindes¹, das zwischen 1992 und 2000 geboren ist in West- und Ostdeutschland (in %)²

	West	Ost
erwerbstätig	12,9	7,6
im Erziehungsurlaub und erwerbstätig ³	4,2	3,9
im Erziehungsurlaub	70,2	84,4
arbeitslos	1,1	1,4
Hausfrau	10,7	2,1
aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig	0,9	0,6
gesamt	100	100

- 1 Erstes Kind meint das erste in dem oben angegebenen Zeitraum geborene Kind. Darüber hinaus können in einem Haushalt weitere, ältere Kinder leben.
- 2 Berücksichtigt werden hier nur Frauen, die vor der Geburt des ersten (nach 1992 geborenen) Kindes erwerbstätig waren.
- 3 Dies sind Frauen, die bereits vor 1992 ein Kind geboren haben, zum Zeitpunkt der Untersuchung in Erziehungsurlaub des vor 1992 geborenen Kindes und gleichzeitig erwerbstätig sind.

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2000; n=1.089

Quelle: IAB-Projekt 3-523, 2000, Beckmann/Kurtz 10/2001: 3 und persönl. Auskunft von Fr. Beckmann

Betrachtet man nur diejenigen Frauen, die nach der Geburt wieder die Erwerbstätigkeit aufgenommen haben, so stellt sich die Rückkehr in den Beruf wie folgt dar (Tabelle 5.8).

Tabelle 5.8: Wiederaufnahme dieser Erwerbstätigkeit nach ... in West- und Ostdeutschland (in %)

	West n=557	Ost n=550
Mutterschutz	25	15
Elternzeit	57	70
einer (oder mehreren) Nichterwerbstätigkeitsphasen nach dem Erziehungsurlaub	18	15
gesamt	100	100

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2000; n=1.089

Quelle: IAB-Projekt 3-523, 2000, Beckmann/Kurtz 10/2001: 3

Jede vierte westdeutsche Frau beginnt unmittelbar im Anschluss an den Mutterschutz wieder mit ihrer Erwerbstätigkeit und nimmt entsprechend keine Elternzeit in Anspruch. Im Osten sind dies nur 15 Prozent der Frauen (Tabelle 5.8). Die meisten Frauen nehmen nach dem Mutterschutz noch Elternzeit in Anspruch und nehmen erst danach wieder eine Beschäftigung auf. Dies trifft auf 70 Prozent der ostdeutschen Frauen und 57 Prozent der westdeutschen Frauen zu, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren.

8 von 10 der erfolgreich wieder eingegliederten Frauen aus Ostdeutschland nehmen ihre Erwerbstätigkeit wieder im alten Betrieb auf, in Westdeutschland sind dies nur 7 von 10 Frauen (Engelbrech/Jungkunst 2001c). Ostdeutsche Frauen kehren also häufiger wieder in den alten Betrieb zurück. Ein Teil der Frauen wechselt mit der Berufsrückkehr auch den Be-

trieb. Die Gründe dafür sind sehr vielschichtig und weichen in Ost- und Westdeutschland stark voneinander ab (Tabelle 5.9).

Tabelle 5.9: Gründe für den Betriebswechsel nach dem Erziehungsurlaub in West- und Ostdeutschland (in %)

	West n=75	Ost n=94
Betrieb wurde aufgelöst	6	24
Auflösungsvertrag angeboten	5	7
wurde nach Erziehungsurlaub gekündigt	12	14
habe nach dem Erziehungsurlaub gekündigt	37	18
Selbstständigkeit	4	7
sonstige Gründe	36	30
gesamt	100	100

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2000; n=1.089

Quelle: IAB-Projekt 3-523, 2000, Beckmann/Kurtz 10/2001: 6; eigene Darstellung

In Ostdeutschland wird als Grund für den Betriebswechsel an erster Stelle die Auflösung des Betriebs genannt. In Westdeutschland ist der am häufigsten genannte Grund für einen Betriebswechsel die Kündigung der Arbeitsstelle durch die Frau. Bei 4 von 10 westdeutschen Frauen geht die Initiative für eine Kündigung von der Beschäftigten selbst aus. Ein Drittel der westdeutschen Frauen nimmt nach der Elternzeit ihre Erwerbsarbeit nicht wieder auf, da die angebotenen Arbeitszeiten nicht ihren Wünschen bzw. Möglichkeiten entsprechen. Insbesondere in Ostdeutschland wird problematisiert, dass die angebotene Arbeitszeit zu lang ist. 14 Prozent der Frauen in Ost- und 12 Prozent der Frauen in Westdeutschland wurde von betrieblicher Seite nach dem Erziehungsurlaub gekündigt (Tabelle 5.9). Bei einem Betriebswechsel konnten die Berufsrückkehrerinnen nicht immer adäquate Arbeitstätigkeiten finden. Bei mehr als jeder zweiten Frau unterschieden sich die alte und die neue Stelle allerdings nicht hinsichtlich der beruflichen Positionen, der Tätigkeit, der Arbeitsbelastung und des Arbeitswegs (Engelbrech/Jungkunst 2001d). Insgesamt bleibt festzuhalten, dass eine von sieben Berufsrückkehrerinnen Probleme mit der Arbeitszeit hat (Beckmann 2002).

Die Dauer der Elternzeit von ostdeutschen und westdeutschen Frauen variiert stark. Wie bereits erwähnt, kehrt ein Teil der jungen Mütter, nämlich jede vierte westdeutsche und jede siebte ostdeutsche Frau nach dem Mutterschutz ohne eine Elternzeit direkt in den Beruf zurück. Von denjenigen, die Erziehungsurlaub nehmen, kehren 5 Prozent im Osten und 13 Prozent im Westen nach einer Unterbrechung von bis zu 6 Monaten in den Beruf zurück (Tabelle 5.10). Bis das erste Kind ein Jahr alt ist, sind im Westen weitere 19 Prozent und in Ostdeutschland weitere 23 Prozent der Mütter aus der Elternzeit wieder im Beruf. Nach Aussagen von Unternehmen handelt es sich bei Müttern mit einer Unterbrechung bis zu einem Jahr überwiegend um besser qualifizierte Mitarbeiterinnen (Engelbrech 2004). Insgesamt kehren ostdeutsche Frauen, die Elternzeit nehmen, früher als westdeutsche Frauen wieder in den Beruf zurück (Tabelle 5.10).

Tabelle 5.10: Dauer des Erziehungsurlaubs nach der Geburt des ersten Kindes in West- und Ostdeutschland (in %)

	West	Ost
bis 6 Monate	13	5
7-12 Monate	19	23
13-24 Monate	27	41
25-36 Monate	37	29
länger als 36 Monate	4	2
gesamt	100	100

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2000; n=1.089

Quelle: IAB-Projekt 3-523, 2000, Beckmann/Kurtz, 10/2001: 3

Nach Schätzungen von Prognos kann durch familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben sowohl die in Anspruch genommene Elternzeit verkürzt als auch die Rückkehrquote von Müttern nach der Elternzeit erhöht werden (BMFSFJ 2003c). Verschiedene Studien zeigen, dass eine schnelle Berufsrückkehr positive Folgen sowohl für die Karrierechancen und damit die langfristige Lohnentwicklung von Frauen als auch für das Unternehmen hat (Beblo/Wolf 2002; BMFSFJ 2003c). Die Vorteile für das Unternehmen bestehen darin, dass bei einer kürzeren Elternzeit geringere Kosten für die Wiedereingliederung der Frauen anfallen und sich darüber hinaus die Kosten für die Anwerbung, Auswahl und Qualifizierung von Ersatzarbeitskräften verringern (BMFSFJ 2003c).

Die Weiterbeschäftigungsgarantie für Eltern in Elternzeit lässt es Betrieben notwendig erscheinen, Eltern während und nach der Elternzeit Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, um eine schnelle Wiedereingliederung in den Beruf sicherzustellen (Engelbrech 2002). Nach ihrer Einschätzung von Weiterbildungsangeboten gefragt, antworten 92 Prozent der Berufsrückkehrerinnen, dass sie solche Angebote während und nach der Elternzeit für hilfreich halten (Abbildung 5.32). Der Teil derjenigen Mütter, die während oder nach der Elternzeit an einer Weiterbildung teilgenommen haben, ist allerdings deutlich geringer (Abbildung 5.32).

Jede dritte Berufsrückkehrerin hat während oder nach der Elternzeit an Maßnahmen der Weiterbildung teilgenommen. 15 Prozent der ostdeutschen und 19 Prozent der westdeutschen Berufsrückkehrerinnen nahmen erst nach der Elternzeit an einer Weiterbildungsmaßnahme teil (Engelbrech/Jungkunst 2001c). Trotz der positiven Einschätzung von beruflicher Weiterbildung während und nach der Elternzeit haben zwei Drittel der Mütter an keiner Maßnahme teilgenommen. Die geringe Teilnahme beruht nicht auf unzureichenden Weiterbildungsangeboten der Unternehmen, sondern in erster Linie an den Schwierigkeiten, die Kinderbetreuung sicherzustellen (Engelbrech/Jungkunst 2001c).

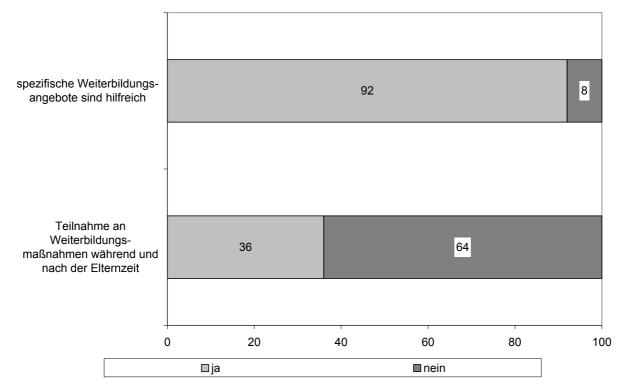


Abbildung 5.34: Weiterbildung und Elternzeit (in %)

Datenbasis: Repräsentativbefragung 2000; n=1.089

Quelle: IAB-Projekt 3-523, 2000, Engelbrech/Jungkunst 11/2001c; eigene Darstellung

Nicht immer sind Frauen vor der Geburt des ersten Kindes schon berufstätig, nicht immer haben sie als Berufstätige eine Arbeitsplatzgarantie von drei Jahren (zum Beispiel bei befristeten Arbeitsverhältnissen) und nicht immer suchen sie direkt nach der Elternzeit sondern erst Jahre später nach einem Arbeitsplatz. Zu der Situation dieser Berufsrückkehrerinnen ist die Datenlage vollständig veraltet. Diese Gruppe wird angesichts der sich stetig verlängernden Ausbildungsphase und gerade bei jungen Beschäftigten zunehmenden Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Zukunft zunehmen und mehr Beachtung verdienen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

Die meisten anspruchsberechtigten Frauen nutzen nach dem Mutterschutz die Elternzeitregelung. Von den anspruchsberechtigten Vätern nehmen knapp 5 Prozent die Regelung über einen kürzeren oder längeren Zeitraum in Anspruch. Die ostdeutschen Frauen kehren nach der Elternzeit früher wieder in den Beruf zurück. In Westdeutschland schöpfen mehr als ein Drittel der anspruchsberechtigten Mütter die dreijährige Elternzeit aus.

Durch familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben kann die Dauer der in Anspruch genommenen Elternzeit gesenkt werden.

¹⁵⁶ Die aktuellste uns vorliegende Studie zum Thema Wiedereingliederung von Frauen nach länger andauernden Phasen der Erwerbslosigkeit wurde 1986 durchgeführt (Engelbrecht 1989).

Die meisten erfolgreich wieder eingegliederten Frauen nehmen ihre Erwerbstätigkeit wieder im alten Betrieb auf.

Wenn ostdeutsche Frauen nach der Elternzeit den Betrieb wechseln, dann am häufigsten wegen der Schließung ihres Betriebes. Der Betriebswechsel westdeutscher Frauen ist meist durch ihre eigene Kündigung verursacht.

Die meisten Kündigungen haben ihren Anlass in Problemen mit der Arbeitszeit.

Auch jede siebte Berufsrückkehrerin hat Probleme mit der Arbeitszeit.

92 Prozent der Berufsrückkehrerinnen halten spezifische Weiterbildungsangebote während und nach der Elternzeit für hilfreich. Trotz der positiven Einschätzung von beruflicher Weiterbildung während und nach der Elternzeit haben zwei Drittel der Mütter an keiner Maßnahme teilgenommen.

5.10 Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Pflegeaufgaben in der Familie

In der Debatte um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stand über Jahrzehnte die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit im Vordergrund. Angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahrzehnten der Anteil der Alten an der Gesamtbevölkerung stark zugenommen hat und auch noch weiter zunehmen wird, findet nun auch die Betreuung hilfsund pflegebedürftiger alter Menschen in Familien und die Vereinbarkeit dieser Pflegeaufgaben mit Berufsarbeit zunehmend Beachtung.

Nach den Ergebnissen einer aktuellen Repräsentativerhebung leben in Deutschland zum Jahresende 2002 rund 4,4 Mio. pflege- und/oder hilfebedürftige Menschen (Infratest Sozialforschung 2003: 7 f.). Die Pflege- und die Hilfebedürftigen sind zu nahezu zwei Drittel weiblich und zumeist über 70 Jahre alt. 31 Prozent der Pflegebedürftigen und 41 Prozent der sonstigen Hilfebedürftigen wohnen allein im Haushalt. 92 Prozent der Pflegebedürftigen und 85 Prozent der sonstigen Hilfebedürftigen, die insgesamt in einer Privatwohnung leben, werden privat, in der Regel von Familienangehörigen, gepflegt (ebd.: 18). 158

In 73 Prozent der Fälle sind Frauen die Hauptpflegepersonen (Kapitel 4.8). Zum Teil sind diese Frauen erwerbstätig und müssen versuchen, Erwerbsarbeit und Pflege zu vereinbaren. Eine Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels bis 1998 zeigte, dass unter den erwerbstätigen Frauen, die eine pflegebedürftige Person über 60 Jahre im eigenen Haushalt betreuten, ein Viertel mit dieser Person verheiratet waren, während drei Viertel entweder

^{157 2002} erhielten knapp 1,4 Mio. in Privathaushalten wohnende Personen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Hilfe bei den alltäglichen, vor allem hauswirtschaftlichen Verrichtungen unterhalb der Schwelle des von der Pflegeversicherung anerkannten Pflegebedarfs erhielten weitere knapp 3 Millionen hilfebedürftige Menschen in Privathaushalten (Infratest Sozialforschung 2003: 7 f.).

¹⁵⁸ Weitere Daten zu dem anerkannten Pflegebedarf von Frauen und Männern liefert Kapitel 9, Abbildung 9.31 und 9.32.

Töchter oder pflegebedürftigen Schwiegertöchter der Person waren (Schneider/Drobnič/Blossfeld 2001). 159 Rund zwei Drittel der Hauptpflegepersonen sind 2002 noch im erwerbsfähigen Alter, zumeist über 40 Jahre und ganz überwiegend verheiratet (Infratest Sozialforschung 2003: 20). Für zwei Drittel der Pflegepersonen stellt sich im Prinzip also die Frage, wie Beruf und Pflegeaufgaben vereinbart werden können. Viele der Hauptpflegepersonen sind allerdings, auch wenn sie im erwerbsfähigen Alter sind, nicht erwerbstätig (Tabelle 5.11). Während die Erwerbstätigenquote von Frauen 2003 bei 59 Prozent, die der Männer im erwerbsfähigen Alter bei 71 Prozent liegt (Kapitel 2, Tabelle 2.1), sind die Hauptpflegepersonen nur zu 40 bis 50 Prozent erwerbstätig (Tabelle 5.11).

Tabelle 5.11: Erwerbsstatus der privaten Hauptpflegeperson von Hilfe- oder Pflegebedürftigen 2002 (in %)

Erwerbsstatus ³	bei Pflegebedürftigen ¹	bei sonstigen Hilfebedürftigen ²
	in %	
Vollzeit	19	32
Teilzeit (bis 30 Stunden)	15	15
geringfügig (unter 15 Stunden)	6	3
nicht erwerbstätig	60	50

¹ Leistungsbezieher der Sozialen (SPV) und der Privaten Pflegeversicherung (PPV)

Datenbasis: Infratest Repräsentativerhebung 2002

Quelle: Infratest Sozialforschung 2003: 20

1998 war der Anteil der Erwerbstätigen unter den Hauptpflegepersonen noch deutlich niedriger als 2002. Er lag bei 30 Prozent. Da einerseits die Erwerbstätigenquote von Frauen und andererseits der Anteil des Pflege- und Hilfebedarfs alter Menschen zunehmen, wird das hier angesprochene Problem der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in Zukunft noch mehr Personen betreffen.

Der größte Teil der nichterwerbstätigen Hauptpflegepersonen war bereits vor Übernahme der Pflege nicht erwerbstätig. Von den Personen, die zu Beginn der Pflegeübernahme noch erwerbstätig waren (59 %), gaben 27 Prozent ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten der Pflege auf, 24 Prozent schränkten sie ein; 49 Prozent gingen unverändert ihrer Erwerbstätigkeit nach (Schneekloth/Müller 2000: 60). Es sind also unterschiedliche Strategien zu beobachten, mit den konfligierenden Aufgaben von Pflege und Erwerbsarbeit umzugehen. Die Entscheidung für eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit treffen eigentlich nur verheiratete Frauen (Schneider/Drobnič/Blossfeld 2001). Die geringe Erwerbstätigenquote von Pflegepersonen hat mehrere Ursachen: Zum einen wird die Pflege in der Familie gerne einer jener Personen übertragen, die ohnehin nicht erwerbstätig sind. Zum anderen geben Erwerbstätige zum Teil

² Personen mit Einschränkungen bei alltäglichen Verrichtungen ohne Pflegebedarf im Sinne des SGB XI

³ Hauptpflegepersonen zwischen 15 und 64 Jahren

¹⁵⁹ Die Analyse basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und betrachtet die Erwerbsverläufe von über 40-jährigen verheirateten Frauen im Zeitraum von 1984 (für ostdeutsche Frauen von 1991) bis 1998.

ihre Erwerbsarbeit auf, wenn sie einen Pflegebedürftigen zu versorgen haben. In ihrer Längsschnittanalyse kommen Schneider, Drobnič und Blossfeld zu dem Ergebnis, dass ein Pflegefall im Haushalt bei Frauen genauso häufig zu Erwerbsunterbrechungen führt wie das Vorhandensein eines Kindes im Vorschul- oder im Grundschulalter. Ältere Kinder sind mit der Erwerbstätigkeit von Frauen leichter zu vereinbaren als eine pflegebedürftige ältere Person im Haushalt (Schneider/Drobnič/Blossfeld 2001: 373). Frauen steigen beim Eintreten eines Pflegefalls in der Familie seltener aus dem Erwerbsleben aus, wenn sie schon langjährig und mit einer Vollzeitbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt etabliert waren (ebd.: 373). Eine ausgeprägte Berufsorientierung und ein höheres Einkommen macht es diesen Frauen offensichtlich schwer, ihren Beruf aufzugeben. Frauen in Ostdeutschland tendieren seltener als die westdeutschen zu einer Erwerbsunterbrechung (ebd.).

Die Analyse von Schneider, Drobnič und Blossfeld zeigt ferner, dass die Pflege einer älteren Person im Haushalt auch mit einer Teilzeittätigkeit oft nicht vereinbar ist. Als Ursache hierfür führen Schneider, Drobnič und Blossfeld an, dass die Betreuung alter Menschen weniger flexibel gehandhabt werden kann als die kleiner Kinder. Alte Menschen sind stärker auf die Hauptbetreuungspersonen fixiert und weniger leicht bei Besorgungen mitzunehmen. Schließlich fehlen Einrichtungen, in denen alte Menschen tagsüber stundenweise betreut werden (ebd.: 379).

Mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und dem damit verbundenen Anstieg von Pflegefällen wird die Tendenz von Frauen, ihre Erwerbsarbeit wegen Pflegeaufgaben zu unterbrechen, womöglich weiter zunehmen. Freilich wird es den zunehmend besser ausgebildeten und zunehmend stärker erwerbsorientierten Frauen schwer fallen, ihre Erwerbsarbeit zu unterbrechen, zumal ihre Chancen, nach der Beendigung der Pflege, wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten, dann auf Grund ihres eigenen Alters ungünstig sind. Auch wenn die individuellen Kosten für Frauen beim Verzicht auf ihren Beruf zunehmend hoch sind, stehen bei ihrer fortgesetzten Erwerbsarbeit diesen Kosten in der Kosten-Nutzenkalkulation des Haushalts die Kosten für ambulante und insbesondere stationäre Pflege gegenüber. Auf weiblichen Familienangehörigen werden oft auch ein hoher moralischer Druck und ein Gefühl persönlicher Verpflichtung zur Pflege lasten. Die finanziellen Kosten für eine außerfamiliale Pflege sind oft so unvollständig durch die Pflegeversicherung abgedeckt, dass vielen Familien die Betreuung pflegebedürftiger Personen in der Familie opportun erscheint. Dass Männer inzwischen 27 Prozent der Hauptpflegepersonen stellen (1998: 20 %) (Engstler/Menning 2003: 139), zeigt, dass auch sie bereit sind, Pflegeaufgaben zu übernehmen. Sie werden die übernommenen Pflegeaufgaben oft neben oder nach ihrer regulären Erwerbsarbeitsphase erfüllen. Männern gilt ihre Erwerbsarbeit wahrscheinlich eher als unhinterfragte Normalität (Schneider/Drobnič/Blossfeld 2001: 365). Immerhin zeigt die aktuelle Repräsentativbefragung, dass Söhne 2002 10 Prozent aller Hauptpflegepersonen stellen, 1998 waren es nur 5 Prozent (Infratest Sozialforschung 2003: 19; Engstler/Menning 2003: 139).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

Personen, die andere Familienangehörige pflegen, sind noch immer ganz überwiegend (zu 73 %) weiblich. Der Anteil der Männer hat seit 1998 allerdings zugenommen.

Pflegeaufgaben konfligieren mit Erwerbsarbeit mindestens ebenso wie die Versorgung von Kindern unter 10 Jahren.

Pflegeaufgaben werden bevorzugt von jenen übernommen, die ohnehin nicht erwerbstätig sind. Erwerbstätige geben nicht selten ihre Erwerbstätigkeit auf, nachdem sie eine Pflegeaufgabe übernommen haben, andere schränken ihre Erwerbstätigkeit ein.

Frauen haben wahrscheinlich besonders nachdrücklich zu rechtfertigen, wenn sie ihre Erwerbsarbeit nicht unterbrechen. Von Männern wird eine solche Unterbrechung bisher nicht erwartet. Es sind vor allem verheiratete Frauen, die ihre Erwerbsarbeit zu Gunsten familiärer Pflegeaufgaben unterbrechen.

Bisher haben Frauen, die Familienangehörige pflegen, viele Nachteile hinzunehmen, die aus einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben wegen Pflegeaufgaben resultieren. Solche Nachteile bestehen neben den Einkommensverlusten während der Berufsunterbrechung in ganz erheblichen Problemen beim Versuch, wieder ins Berufsleben zurückzukehren, in Prozessen der Dequalifizierung während der Berufsunterbrechung mit langfristigen Folgen für das Einkommensniveau sowie mit Folgen für die Altersversorgung.

5.11 Überblick über die Ergebnisse

Ein OECD-Vergleich zeigt, dass sich Deutschland – was die Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen betrifft – international gut behaupten kann, dass Deutschland aber im internationalen Ranking der Staaten erstaunlich weit zurückfällt, wenn man prüft, wie stark Mütter mit mehreren Kindern am Erwerbsleben teilhaben. Deutschland bietet offensichtlich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher ungünstige Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Väter; die aus familiären Gründen, ihre Erwerbsarbeit reduzieren; fallen bisher statistisch nicht ins Gewicht. Im Vergleich zu deutschen Müttern sind Mütter ohne deutschen Pass in Deutschland sehr viel schlechter in den Arbeitsmarkt integriert. Sie sind seltener Vollzeit und auch seltener Teilzeit beschäftigt. In der Folge profitieren sie viel seltener vom Erziehungsurlaub. Eltern mit kleinen Kindern favorisieren mehrheitlich eine Erwerbskonstellation, in der eine/r voll und eine/r Teilzeit beschäftigt ist. Dies gilt auch für Paare in

den ostdeutschen Bundesländern. Viele Paare können dieses Modell allerdings nicht realisieren, weil Teilzeitarbeitsplätze fehlen. Stattdessen leben sie vielfach unfreiwillig in einem traditionellen Familienmodell mit männlichem Alleinverdiener. Das zunehmende Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen konnte weder im Westen noch im Osten mit dem zunehmenden Interesse von Müttern an Teilzeitarbeit mithalten.

Es darf nicht irritieren, wenn Befragungsergebnisse auch einen Personenkreis erkennen lassen, der unfreiwillig nur teilzeitbeschäftigt ist. Es gibt im Teilzeitsektor offensichtlich ein ausgeprägtes "mismatching". So dürften viele Frauen nach einer Familienphase wieder Interesse an einer vollen Stelle haben, die sie dann oft nicht finden, während andere über eine volle Stelle verfügen und lieber in Teilzeit arbeiten würden.

Große Probleme der Vereinbarkeit von Familie mit Beruf, aber auch mit Ausbildung und Weiterbildung ergeben sich aus dem insbesondere im Westen Deutschlands sehr unzureichenden Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Das in Barcelona unter den EU-Staaten vereinbarte Ziel, dass die Mitgliedstaaten 2010 für mindestens 33 Prozent der Kinder unter 3 Jahren und für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollten, wird nur im Osten Deutschlands, im Westen aber bei weitem nicht erreicht. Im Westen kann das Angebot an Krippen-, Kindergartenund Hortplätzen nicht einmal den Bedarf erwerbstätiger Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern abdecken. Noch weniger bietet es Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Müttern, die gerne erwerbstätig wären, wenn sie ihre Kinder hinreichend betreuen lassen könnten. Nicht nur die Zahl der Plätze, sondern auch deren tageszeitlich begrenzte Verfügbarkeit (Halbtagsplätze, zum Teil nur nachmittags) stellt ein ernstes Hindernis selbst für eine Teilzeitbeschäftigung von Müttern dar.

Überall in Europa gibt es inzwischen eine über den Mutterschutz hinausgehende Elternzeitregelung, die es Eltern erleichtern soll, ihr bestehendes Arbeitsverhältnis aufrechtzuerhalten und doch für ihr Kind da zu sein. Die deutsche Elternzeitregelung zeichnet sich im europäischen Vergleich durch eine sehr lange Arbeitsplatzgarantie und sehr geringe finanzielle Anreize aus. Für besser Verdienende, so auch überdurchschnittlich häufig für Väter, ist das Elternzeitangebot mit seinem Erziehungsgeld ganz unattraktiv. Nur 5 Prozent derer, die Elternzeit in Anspruch nehmen, sind Väter. Mütter im Osten nehmen die Elternzeit häufiger in Anspruch als Mütter im Westen. Mütter im Osten schöpfen allerdings seltener als Mütter im Westen die dreijährige Elternzeit aus. Der Forschungsstand zu Rückkehrwünschen und realisierter Rückkehr von Müttern auf dem Arbeitsmarkt ist sehr veraltet. Nur über den Verbleib von Müttern unmittelbar nach der Elternzeit weiß man mehr. Viele dieser Mütter haben Schwierigkeiten, nach Ablauf der Elternzeit unmittelbar in den Beruf zurückzukehren. In den ostdeutschen Bundesländern beeinträchtigen zwischenzeitliche Betriebsschließungen in nicht unerheblichem Maße die Rückkehr. Im Westen machen fehlende Kinderbetreuungsan-

gebote und ungünstige Arbeitszeiten eine Rückkehr oft unmöglich.

Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich nicht nur im Hinblick auf die Frage der Versorgung von Kindern, sondern auch im Hinblick auf die Unterstützung und Pflege älterer Familienangehöriger. Personen, die andere Familienangehörige pflegen, sind 2004 immer noch ganz überwiegend (zu 73 Prozent) weiblich. Pflegeaufgaben werden vor allem von jenen Frauen übernommen, die nicht erwerbstätig sind. Viele zunächst erwerbstätige Pflegepersonen geben ihren Beruf auf oder schränken ihre Erwerbstätigkeit ein. Dies ist ein klares Signal dafür, dass die Pflege von Angehörigen mit Erwerbsarbeit schwer vereinbar ist. Die angestrebte Verlängerung der Erwerbsphase wird die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Pflegeaufgaben verschärfen.

Neben dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es auch ein Problem der Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung. Es zeigt sich gegenwärtig am deutlichsten in der geringen Zahl von Eltern in Ausbildung, in der späteren Elternschaft und der relativ hohen Kinderlosigkeit von Akademikerinnen (Kapitel 4, Tabelle 4.11). Für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist die Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung, von Kind und Beruf und von Pflege und Beruf von hoher Bedeutung. Die künftige Vereinbarkeitspolitik müsste stärker als bisher auch für Männer Anreize schaffen, sich zeitlich befristet auf Familienaufgaben einzulassen.

6. Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ulrike Heß-Meining 358

Das Wichtigste in Kürze:

Seit den 80er-Jahren nimmt die Zahl von Frauen in Spitzenpositionen von Politik und Parteien zu. Dies gilt inzwischen für Ministerämter, den Parteivorsitz bzw. die Parteivorstände und die Abgeordnetenmandate. Gleichstellung ist zwar auch hier noch nicht erreicht, doch ein Vergleich mit dem Zugang von Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft zeigt, dass die Chancengleichheit im politischen System relativ weit vorangeschritten ist.

Der durchschnittliche Frauenanteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments beträgt jeweils etwas über 30 Prozent. Damit liegt die politische Beteiligung von Frauen in Deutschland über dem europäischen Durchschnitt.

Nach ihrem Interesse an Politik befragt, äußern sich Frauen zurückhaltender als Männer. Auch ein politisches Amt ziehen sie für sich seltener in Erwägung als Männer.

Die politischen Interessen von Frauen beziehen sich stärker als die der Männer auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und Umwelt, die der Männer stärker auf Wirtschafts- sowie Außenund Sicherheitspolitik.

Frauen sind auch am bürgerschaftlichen Engagement seltener als Männer beteiligt. Zu den freiwillig Engagierten werden 2004 32 Prozent der Frauen und 39 Prozent der Männer gerechnet. Nur knapp 10 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe haben Teil an bürgerschaftlichem Engagement. Bei den Türkinnen trifft dies sogar nur auf 7 Prozent zu.

Frauen haben ihren Anteil am freiwilligen Engagement seit 1999 gesteigert, während der Prozentsatz des freiwilligen Engagements von Männern in diesem Zeitraum stagnierte.

Ursachen für die größere Distanz von Frauen gegenüber Politik und Ehrenamt sind einerseits in den männlich geprägten Themenschwerpunkten, Hierarchien und Kulturen von vielen Großorganisationen und Vereinen zu sehen. Andererseits beeinträchtigt auch die Arbeitsteilung in der Familie die zeitlichen Spielräume für Frauen, sich gesellschaftlich oder politisch in einem größeren zeitlichen Umfang zu engagieren. Zudem ist die Aussicht auf ein politisches Mandat meist auch von männlich dominierten Netzwerken abhängig.

6.1 Einleitung

Frauen waren lange Zeit so deutlich weniger in Parlamenten, politischen Führungspositionen, aber auch an der Basis von Parteien anzutreffen, dass der politische Sektor eine rein männliche Domäne zu sein schien. Dieser Eindruck hat sich inzwischen relativiert, einerseits weil die Forschung das gesellschaftliche und politische Engagement von Frauen auch jenseits der institutionalisierten Politik sichtbar gemacht hat und andererseits, weil die Beteiligung von Frauen an den Verfahren und Organen der politischen Interessenvertretung in Relation zu den entsprechenden Aktivitäten von Männern zugenommen hat. Frauen beteiligen sich heute wie Männer an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Ihr Anteil an Parteimitgliedschaften sowie Ämtern und Mandaten hat sich vergrößert (Kapitel 6.4). Trotz dieser unverkennbaren Fortschritte bleiben Frauen in vielen Bereichen der institutionalisierten politischen Interessenvertretung unterrepräsentiert.

Als Frauen in Deutschland 1919 das aktive und passive Wahlrecht erhielten, war dem eine Phase der Demokratieentwicklung in Deutschland vorausgegangen, in der Männer das Geschehen auf der Bühne der Politik alleine beherrschten. Ihr Verständnis von Politik war es, das in die Entwicklung der Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung einging. Die demokratischen Institutionen etablierten sich als eine Sphäre, in der Frauen vieles fremd, uneinsichtig und unsympathisch erschien und in der sie selbst als fremd wahrgenommen wurden (Hagemann-White 1987). "Politik ist Männersache", das meinten 1992 laut Eurobarometer noch 34 Prozent der Deutschen und nahmen mit diesen Vorbehalten gegenüber Frauen in der Politik einen Spitzenplatz in Europa ein (Hoecker 1998b: 78). Vor diesem historischen Hintergrund ist zu verstehen, dass Frauen mehr Distanz zu politischer Verantwortung wahren als Männer und Männer sich viel eher dazu herausgefordert sehen, politische Verantwortung zu übernehmen. Die gewachsenen Parteistrukturen, Arbeitszeitstrukturen und Entscheidungsverfahren sind an männlichen Normalbiografien orientiert und nehmen zum Beispiel auf Familienaufgaben ihrer Parteimitglieder meist wenig Rücksicht. Dies erschwert vor allem Frauen die Übernahme von Ämtern und Mandaten. Für ein politisches Fortkommen ist die so genannte Ochsentour, die fortwährende Präsenz an Gemeinde- und Parteiveranstaltungen, immer noch notwendig. Der Verweis auf die "männliche" Prägung der politischen Kultur in Deutschland kann einerseits die geringere Bereitschaft von Frauen, politische Ämter zu übernehmen, erklären. Er macht andererseits begreifbar, dass manche politischen Organe Frauen, insbesondere solche mit Kindern durch ihre Arbeitsweise systematisch ausgrenzen und Nachwuchs eher in jungen Männern sehen (Geißel/Penrose 2003; Westle 2001). Solchen eher verdeckten Diskriminierungen von Frauen stehen heute große Bemühungen in vielen Parteien gegenüber, über innerparteiliche Gleichstellungsmaßnahmen, etwa Quoten, die Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der Parteien abzusichern. Parteien, aber auch Ulrike Heß-Meining 360

viele andere Großorganisationen und demokratisch legitimierte Gremien fungieren heute vermutlich als Politisierungsagenturen für Frauen und als Männerbünde, die Frauen Chancen verweigern. Die Geschlechterbeziehungen und Interaktionsstrukturen im politischen Alltag von Frauen und Männern sowie deren Strukturierung und Ritualisierung in politischen Organisationen sind bisher allerdings nur wenig untersucht. Wer solchen Fragen nach den womöglich geschlechtsgebundenen Rekrutierungs-, Verdrängungs- und Selektionsmechanismen keine Bedeutung beimessen möchte, sucht nach Erklärungen für die geringere politische Partizipation von Frauen in ihrer geringeren Bildungs- und Erwerbsbeteiligung. Es ist bekannt, dass höher Gebildete sowohl politisch interessierter als auch engagierter sind. Da erst die in den 60er-Jahren geborenen und jüngeren Frauen einen etwa gleich hohen Anteil an Abitur und Hochschulabschlüssen erreicht haben wie die Männer ihres Alters, konnte in der Vergangenheit mangelndes politisches Engagement von Frauen mit deren durchschnittlich geringerer Bildung erklärt werden. Der Faktor Bildung ist zwar sicherlich eine notwendige, aber doch nicht hinreichende Voraussetzung für eine politische Beteiligung. Wie weiter unten deutlich wird, zeigen jüngere Frauen - trotz einer durchschnittlich höheren Schulbildung – kein größeres politisches Interesse als ältere. Ein weit engerer Zusammenhang scheint zwischen der Erwerbsbeteiligung von Frauen und ihrer politischen Partizipation zu bestehen. Im europäischen Vergleich zeigte sich, dass in Ländern mit höherer weiblicher Erwerbsbeteiligung (wie Skandinavien) auch die politische Beteiligung von Frauen größer ist (Hoecker 1998a). Dieser Zusammenhang verweist noch einmal auf die Bedeutung der nationalen "politischen Kultur" (Hoecker 1998a), die Frauen eine je spezifische Rolle im öffentlichen Leben wie im Beruf zuweist bzw. zugesteht.

Im Folgenden ist nun zunächst vorgesehen, die in Deutschland erreichte Partizipation von Frauen im europäischen Vergleich zu betrachten. Dies soll eine Einschätzung der Situation in Deutschland erleichtern (Kapitel 6.2). Dann folgt ein Rückblick auf die Beteiligung von Frauen an den institutionalisierten Formen der Politik in den letzten Jahrzehnten im früheren Bundesgebiet und in der DDR (Kapitel 6.3). Schließlich wird sich das Kapitel einer präzisen Beschreibung der aktuellen Beteiligung von Frauen und Männern am politischadministrativen System zuwenden. Hier wird es darum gehen, die Beteiligung von Frauen und Männern an Wahlen, Parteien, Parlamenten und an den politisch besonders einflussreichen Positionen zu beschreiben (Kapitel 6.4). Auf geschlechtsspezifische Unterschiede in den politischen Interessen wird im Kapitel 6.5 eingegangen. Schließlich werden Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement¹⁶⁰ von Frauen und Männern und zu deren Beteiligung an informellen politischen Aktionen präsentiert (Kapitel 6.6). Zusätzlich wird auf das politi-

_

^{160 &}quot;Das bürgerschaftliche Engagement bewegt sich zwischen den Polen Staat, Markt und private Haushalte. In diesem Bereich übernehmen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung im Rahmen von Gruppierungen, Initiativen, Organisationen oder Institutionen. Dies geschieht außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit und außerhalb des rein privaten, familiären Bereichs" (Gille/Queisser 2002: 205).

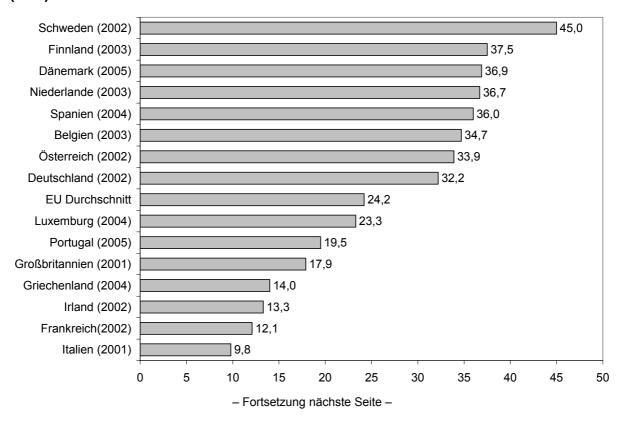
sche und bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten eingegangen (Kapitel 6.7). Das Kapitel endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

Die Daten dieses Kapitels beruhen auf der Analyse aktueller Veröffentlichungen, der Wahlstatistik des Statistischen Bundesamts und auf Auswertungen des ALLBUS 2002¹⁶¹. Ergänzend wurden mit Hilfe der entsprechenden Seiten im Internet zusätzliche Informationen über den Bundestag und die Parteien recherchiert. Wichtigste Quelle für die Einschätzung des bürgerschaftlichen Engagements waren die Freiwilligensurveys 1999 und 2004 sowie die ebenfalls 2004 durchgeführte Studie "Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland" des Zentrums für Türkeistudien.

6.2 Geschlechtsspezifische Verteilung der Parlamentssitze und Ministerämter im europäischen Vergleich

Will man die Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Prozessen über Länder hinweg vergleichen, so bietet sich die Möglichkeit, den Anteil von Frauen an den jeweils höchsten nationalen Parlamenten einander gegenüberzustellen. Dabei zeigt sich ein starkes Gefälle des Frauenanteils in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten (hier: "EU der 15") (Abbildung 6.1).

Abbildung 6.1: Frauen in den nationalen Parlamenten der bisherigen 15 EU-Staaten (in %)¹



¹⁶¹ Der "ALLBUS", die "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" wird von der "Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen" seit 1980 alle zwei Jahre durchgeführt. Die Stichprobe ist jeweils repräsentativ für die Bundesrepublik und umfasst die Bevölkerung ab 18 Jahren. 2002 beinhaltete der ALLBUS u.a. Schwerpunkte zu individuellen und kollektiven Wertorientierungen sowie Einstellungen zu Politik und Wirtschaft, die beide für dieses Kapitel ausgewertet werden können.

1 Zahl in Klammer (Wahljahr)

Anmerkungen: Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Schweden ist der Anteil der Frauen im nationalen Parlament am höchsten, in Italien am niedrigsten.

Datenbasis: Daten der Interparlamentarischen Union (IPU); Inter-Parliamentary Union (2005)

Quelle: Friedrich Ebert Stiftung 2003: 7

Das schwedische Parlament ist nicht weit von einer geschlechterparitätischen Zusammensetzung entfernt. In Italien liegt der Frauenanteil im nationalen Parlament noch unter 10 Prozent. Im Großteil der Staaten kann von einer angemessenen Beteiligung am höchsten nationalen Parlament noch nicht die Rede sein.

Wie bereits seit längerem zu beobachten ist, bilden die skandinavischen Staaten eine hinsichtlich der Gleichstellung deutlich fortgeschrittene Gruppe, an die sich Deutschland angenähert hat. Von einem Nord-Süd-Gefälle kann jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht gesprochen werden: So hat Großbritannien etwa einen niedrigeren Anteil an Parlamentarierinnen als Spanien. Ein wesentlicher Grund für die geringe Repräsentanz von Frauen im nationalen Parlament liegt für Frankreich, Großbritannien und Irland im Mehrheitswahlsystem, das Männer in großen Parteien mit traditionellen Strukturen begünstigt (Hoecker 1998a: 390 f.; Geißel/Penrose 2003: 17 f.; Hoecker/Fuchs 2004: 294). Abbildung 6.2 zeigt ergänzend den Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Beitrittsstaaten der EU (ab 01.05.2004). In diesen Staaten liegen die Frauenanteile in den nationalen Parlamenten durchgängig unter 30 Prozent, wobei sich aber auch hier keine eindeutigen Tendenzen nach Ländergruppen oder benachbarten Ländern erkennen lassen. Die baltischen Staaten zeigen zwar gewisse Ähnlichkeiten, die übrigen Länder des ehemaligen Ostblocks lassen sich jedoch nicht vergleichbar sortieren. 162

-

¹⁶² Für eine differenzierte Analyse der politischen Partizipation von Frauen in den Beitrittsstaaten vergleiche die Beiträge in Hoecker/Fuchs (2004).

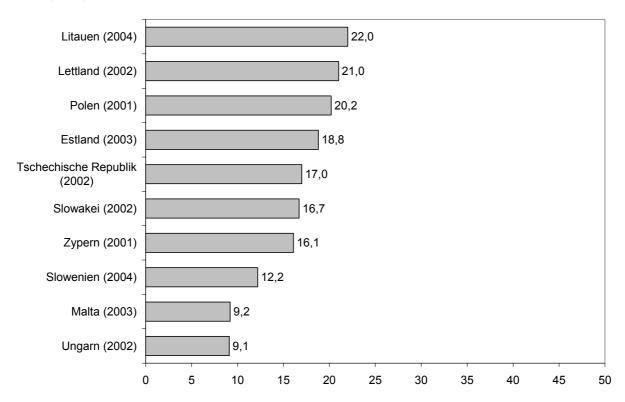


Abbildung 6.2: Frauen in den nationalen Parlamenten der Beitrittsstaaten zur EU ab 2004 (in %)

Anmerkung: Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Litauen ist der Anteil der Frauen im nationalen Parlament am höchsten, in Ungarn am niedrigsten.

Quelle: Inter-Parliamentary Union (2005)

Bezogen auf den Grad der Beteiligung von Frauen besteht zwischen den Staaten der "EU der 15" und den Beitrittsländern ein gradueller Unterschied. In den Beitrittsländern liegt das Niveau der Vertretung von Frauen vielfach weit unter 30 Prozent, während in über der Hälfte der EU-15-Staaten diese Marke (zumeist deutlich) überschritten wird (Abbildung 6.2 und 6.3). Welche strukturellen Mechanismen eine angemessene Quote in den Parlamenten verhindern, ist aus diesen Daten nicht herauszulesen. Mögliche Faktoren könnten unterschiedliche Wahlsysteme oder unterschiedliche Strategien von Parteien sein, mit denen sie Frauen an einer Mitarbeit interessieren und ihnen entsprechende Chancen einräumen – beispielsweise mit einer Quotierung.

Interessanterweise ist der Anteil von Frauen in nationalen Regierungen häufig höher als in den zentralen Parlamenten (Abbildung 6.3). Dies könnte darauf hindeuten, dass es den ganz überwiegend männlichen Regierungschefs inzwischen opportun erscheint, Frauen an Regierungsämtern zu beteiligen. Ein Beispiel für die völlige Veränderung des Frauenanteils infolge eines Machtwechsels ist die Zusammensetzung des spanischen Kabinetts nach dem Wahlsieg der Sozialisten (PSOE) bei den Parlamentswahlen am 14.03.2004. Betrug der Frauenanteil an den Ministerämtern in der Regierung Aznar lediglich 17,6 Prozent (einschließlich "junior ministers"), so liegt er nun unter der Präsidentschaft Zapateros bei 50 Prozent!

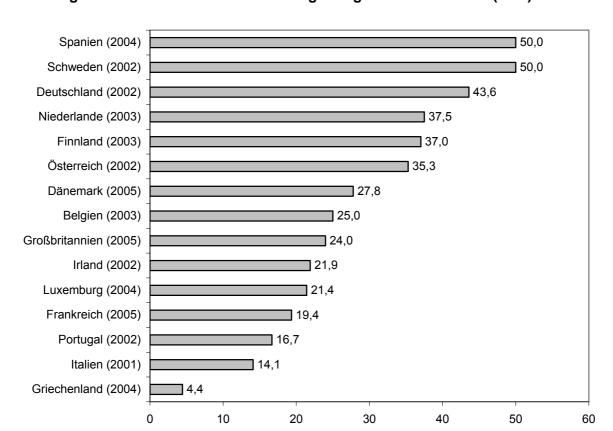


Abbildung 6.3: Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten (in %)

Anmerkung: Die Länder sind nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Spanien und in Schweden ist der Anteil der Frauen in der nationalen Regierung am höchsten, in Griechenland am niedrigsten.

Quellen: Internetseiten der jeweiligen Regierungen

http://www.primeminister.gr http://www.belgium.be http://www2.daenemark.org/tysk/ http://www.info-spanischebotschaft.de http://www.premier-ministre.gouv.fr http://www.valtioneuvosto.fi http://www.number-10.gov.uk http://www.gouvernement.lu http://www.minaz.nl http://www.austria.gv.at http://www.portugal.gov.pt http://www.ipicture.de

Frauen im Europäischen Parlament

Abbildung 6.4 zeigt den Frauenanteil im 2004 gewählten Europäischen Parlament. Auffallend ist, dass beide Beitrittsländer, die im Mittelmeer liegen, keine Frau im EP haben. Auch Polen mit 13 Prozent erreicht nicht das Niveau der anderen EU-Staaten. Am unteren Ende sind außerdem Italien, Tschechien, Litauen und Großbritannien zu finden. Den Spitzenplatz dagegen nimmt Schweden mit einem Frauenanteil von 58 Prozent ein. Deutschland liegt mit 31 Prozent Frauenanteil im EU-Parlament nahe am EU-Durchschnitt, der 30,3 Prozent beträgt.

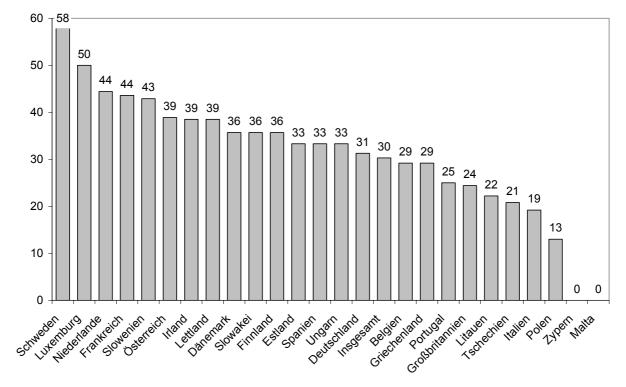


Abbildung 6.4: Frauen im EU-Parlament 2004 (in %)

Anmerkung: Die Länder werden nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Schweden ist der Anteil der Frauen im Europäischen Parlament am höchsten, in Zypern und auf Malta am niedrigsten.

Quelle: www.elections2004.eu.int

6.3 Geschlechtsspezifische Verteilung der Bundestagsmandate und der Mandate der DDR-Volkskammer im Rückblick

Auch für den zeitgeschichtlichen Rückblick wird die Möglichkeit genutzt, die politische Beteiligung von Frauen an ihrer Vertretung in den zentralen Parlamenten von Bundesrepublik und DDR darzustellen. In Tabelle 6.1 wird anhand des Frauenanteils im Deutschen Bundestag die Repräsentation von Frauen im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nachvollzogen.

Die Übersicht zeigt deutlich, wie wenig sich an der Partizipation von Frauen im Deutschen Bundestag von 1949 bis 1987 verändert hat. Seit 1987 jedoch stieg der Anteil der weiblichen Abgeordneten in deutlichen Sprüngen an. Mit der Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent gab die Partei der "Grünen" einen Anschub für andere Parteien – 1987 existierte bereits eine Frauenquote in der SPD, allerdings eine, die zunächst lediglich einen Frauenanteil von 25 Prozent anzielte. Damit veränderte sich (Hoecker 1995: 104) – das Klima zu Gunsten von Frauen in politischen Ämtern.

Diese positive Entwicklung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beteiligung von Frauen in der höchsten Volksvertretung Deutschlands noch deutlich unterproportional ist.

Tabelle 6.1: Frauen im Deutschen Bundestag (absolut und in %)

Wahlperiode	Anzahl der weiblichen Abgeordneten (abs.)	in %
1949-1953	28	6,8
1953-1957	45	8,8
1957-1961	48	9,2
1961-1965	43	8,3
1965-1969	36	6,9
1969-1972	34	6,6
1972-1976	30	5,8
1976-1980	38	7,3
1980-1983	44	8,5
1983-1987	51	9,8
1987-1990	80	15,4
1990-1994	136	20,5
1994-1998	177	26,3
1998-2002	207	30,9
2002-	194	32,2

Quelle: Geißel/Penrose 2003: 10

Die Beteiligung von Frauen wird nun ergänzend auch für das nationale Parlament der DDR dargestellt (Tabelle 6.2):

Tabelle 6.2: Frauen in der DDR-Volkskammer (absolut und in %)

Wahlperiode	Anzahl der weiblichen Abgeordneten (abs.)	in %
1954-1958	128	27,5
1958-1963	114	24,5
1963-1967	137	27,4
1967-1971	153	30,6
1971-1976	159	31,8
1976-1981	168	33,6
1981-1986	162	32,4
1986-1990	161	32,2

Quelle: Patzelt/Schirmer 2002: 392 f.

Bei dieser Übersicht ist zu bedenken, dass die Abgeordneten der DDR-Volkskammer nicht im Rahmen einer freien und geheimen Wahl bestimmt wurden und keinen vergleichbaren Einfluss¹⁶³ nehmen konnten wie Bundestagsabgeordnete. Ausnahme war die – hier nicht

"(Die) Charakterisierung der Volkskammer in der offiziellen politischen Literatur der DDR hatte sich sehr weit von ihrer wirklichen Rolle im politischen System der DDR entfernt und stand in gravierendem Widerspruch zu ihrer Wahrnehmung durch die Mehrzahl der DDR-Bürger, die in ihr eher eine unscheinbare Institution im Schatten der Macht sahen. Die Vision von einer historisch dem Parlamentarismus überlegenen Vertretungskörperschaft endete praktisch darin, dass die Volkskammer eine von der SED abhängige Institution ohne nennenswerte Kompetenzen wurde" (Schirmer 2002: 27).

Gast bemerkt hierzu, dass "die von der SED geforderte gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben besonders groß ist in jenen gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und Gremien, die primär einen repräsentativen Charakter haben oder lediglich eine beratende Funktion ausüben. Die umfangreiche Einbeziehung von Frauen in die Volksvertretungen der DDR ist überdies ideologisch motiviert, da sie wegen deren verfassungsrechtlichen Primats als Beweis weiblicher Mitbestimmung in der Politik gilt. In den politischen Entscheidungsorganen und -funktionen von Partei und Staat, in denen ein hoher weiblicher Anteil wirksame Gleichberechtigung bedeuten könnte, sind die Frauen hingegen weder ihrem Mitgliederanteil in den Parteien – namentlich der SED – noch ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entsprechend vertreten" (Gast 1985: 448 f.).

¹⁶³ Entsprechend formuliert Schirmer:

berücksichtigte – letzte Wahl der Volkskammer nach der Wende 1990. Insofern ist das von Beginn an bessere Bild der Vertretung von Frauen in der Volkskammer nicht als Abbild entsprechender Machtfülle zu sehen. Im Politbüro etwa, dem einflussreichsten Organ der DDR, gab es nie eine Frau als stimmberechtigtes Vollmitglied (Hampele 1993: 289 f.).

Auf die Frauenanteile in Kommunal- und Länderparlamenten wird an anderer Stelle eingegangen (Kapitel 6.4.3).

6.4 Frauen und Männer in der institutionalisierten Interessenvertretung

Im Folgenden wird nun die Beteiligung von Frauen an formalen politischen Entscheidungen beschrieben. Die Darstellung beginnt mit einer wenig voraussetzungsvollen Beteiligung, der Nutzung des aktiven Wahlrechts.

6.4.1 Wahlbeteiligung

In Bezug auf die Wahlbeteiligung existieren nahezu keine geschlechtsspezifischen Unterschiede. Die Beteiligung von Frauen lag bei der letzten Bundestagswahl bei 79,4 Prozent, die der Männer bei 79,9 Prozent und damit nur minimal höher (Statistisches Bundesamt 2004i: 172). Bei der Erhebung der letzten repräsentativen Wahlstatistik von 1990 lag die Wahlbeteiligung von Männern noch 1,3 Prozentpunkte höher als die der Frauen, so dass sich das Niveau weiter angeglichen hat (Statistisches Bundesamt 2004i: 171).

Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt für die meisten Lebensalter nur geringe Differenzen in der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern. Auffallend ist allerdings, dass die jüngeren Altersgruppen generell eine niedrigere Wahlbeteiligung als die älteren haben und dass bei den jüngeren Altersgruppen die Wahlbeteiligung von Frauen im Vergleich zu der von Männern etwas höher liegt. Ferner fällt die sehr viel niedrigere Wahlbeteiligung von Frauen über 70 im Vergleich zu der von Männern dieser Altersgruppe auf (Abbildung 6.5).

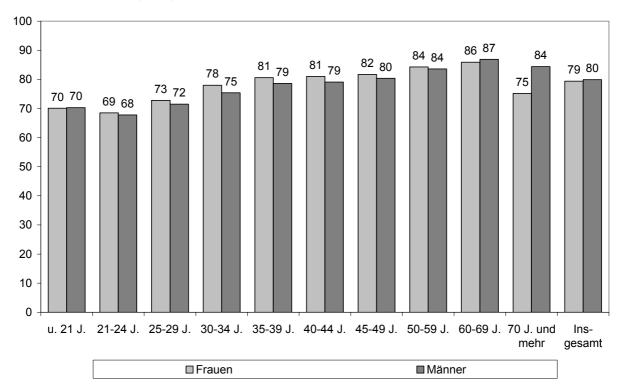


Abbildung 6.5: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2002 (in %)

Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik 2002

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004i: 173, Tabelle 2

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind generell minimal. Ostdeutsche Frauen gehen allerdings im Vergleich zu ostdeutschen Männern etwas häufiger zur Wahl. In den westlichen Bundesländern beteiligen sich Männer etwas stärker an Wahlen. Die Prozentsatzunterschiede betragen jedoch jeweils weniger als ein Prozent (Werner 2003).

6.4.2 Parteimitgliedschaften und Parteiämter

Der Frage nach gegenwärtiger Mitgliedschaft in einer politischen Partei ("Sind Sie derzeit Mitglied in einer politischen Partei?") stimmten 7,4 Prozent der Männer und 3,7 Prozent der Frauen zu (ALLBUS; eigene Berechnungen). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind momentan ca. 1,6 Millionen Personen in Deutschland Mitglied einer Partei, also etwa 2,6 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2004i: 177). Von den 1,6 Millionen Parteimitgliedern sind nur etwas unter 30 Prozent weiblich.

Tabelle 6.3 zeigt, dass es den Parteien in sehr unterschiedlichem Maße gelingt, Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Dass sich Frauen den Parteien in so unterschiedlichem Umfang als Mitglieder zuwenden, ist ein Hinweis auf vielfältige Ursachen dieser Zurückhaltung. Eine Erklärung für die geringe Partizipation von Frauen, die lediglich auf generell geringeres Interesse von Frauen oder auf deren Dreifachbelastung durch Familie, Beruf und Politik verweist, greift wohl zu kurz. Offensichtlich sind die Angebote der Parteien zur Identifikation und Mitarbeit für Frauen unterschiedlich attraktiv.

Tabelle 6.3: Frauenanteil der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien 2002 und 2004 (in %)

Partei	2002	2004
CDU	25,1	24,8
CSU	17,7	17,9
FDP	23,6	23,4
Bündnis 90/Die Grünen	37,2	36,0
PDS	45,7 ¹	36,0 45,2 ²
SPD	29,7	30,2

¹ Ende 2001, Statistisches Bundesamt 2004i: 178

Quellen: Für 2002: Statistisches Bundesamt 2004i: 177 f.; für die CSU 2004: schriftliche Mitteilung von Frau Leismüller, Landesleitung der CSU; für die FDP 2004: schriftliche Mitteilung von Herrn Wortmann, FDP-Bundesgeschäftsstelle

Im ALLBUS 2002 wurde auch nach dem Engagement in Parteien gefragt. Hier ging es nicht nur um Parteimitgliedschaften, sondern um die Mitarbeit in einer Partei. Diese Frage hat einerseits den Vorteil, nicht nur nominelle Mitgliedschaften, sondern konkrete Tätigkeiten zu erfassen, andererseits können sich hier auch Menschen einordnen, die sich, unter Verzicht auf eine formale Mitgliedschaft, in diesem Feld engagiert haben. Diese Frage ermöglicht eine Einschätzung der tatsächlichen Aktivitäten in Parteien, und beinhaltet auch Engagement, das noch nicht in Parteiämter einmündet. Tabelle 6.4 zeigt, dass Männer in allen Altersgruppen häufiger als Frauen angeben, schon einmal in einer Partei mitgearbeitet zu haben. Insgesamt ist der Anteil von Männern, die dies berichten, fast doppelt so hoch wie der von Frauen.

Tabelle 6.4: Mitarbeit in einer Partei nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2002 (absolut und in %)

	"Haben Sie schon ei	nmal in einer Partei mitgearbeitet?"	•
Alter	Geschlecht	Parteimitarbeit genannt	n =
18-29 J.	weiblich	5,4	204
	männlich	8,9	213
30-44 J.	weiblich	8,7	403
	männlich	11,4	402
45-59 J.	weiblich	9,9	313
	männlich	18,7	299
60-74 J.	weiblich	6,8	266
	männlich	18,3	262
insgesamt	weiblich	8,3	1.186
	männlich	14,5	1.176

Datenbasis: ALLBUS

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

Die jüngeren Altersgruppen haben mit 7,2 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 10,1 Prozent der 30- bis 44-Jährigen deutlich seltener als die 45 Jahre alten und älteren diese Erfahrung vorzuweisen (ALLBUS 2002, eigene Berechnungen). Hier liegt einerseits ein Einfluss des Lebensalters vor: je älter jemand ist, desto länger bestand die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden. Andererseits korrespondiert die geringere Mitarbeit Jüngerer in Parteien auch mit

² zum 31.12.2003

dem geringeren politischen Interesse und der geringeren Wahlbeteiligung der jüngeren Altersgruppen.

Ohne gezielte Maßnahmen von Parteien scheint es bisher nicht möglich, Geschlechterparität in den Parteien voranzubringen. Die Repräsentanz von Frauen in Parteiämtern und Mandaten ist von solchen Maßnahmen ganz deutlich abhängig. Parteien, die sehr strikte Gleichstellungsregelungen haben, wie Bündnis 90/die Grünen, die PDS und die SPD, gelingt es deutlich besser, Frauen mit Ämtern und Mandaten gleichen Einfluss zu sichern, als jene Parteien, die eher unverbindliche Frauenförderrichtlinien haben, wie etwa die CSU und die FDP (Tabelle 6.5). Bündnis 90/die Grünen haben bereits 1986 eine Quote von 50 Prozent eingeführt. Die PDS beschloss in ihrer Parteisatzung ebenfalls eine 50-Prozent-Quote. Die SPD führte erstmals für die Bundestagswahl 1987 eine Kandidatinnenquote von 25 Prozent ein, seit 1988 gilt eine Quote von 40 Prozent. In der CDU gilt seit 1994 ein "Quorum" von 33 Prozent für Parteiämter und Mandate (Hoecker 1995: 104-108). Die CSU und die FDP haben auf eine Quote verzichtet. Die FDP will jedoch laut Beschluss des Bundesvorstandes vom 7.4.2003 Frauen in ihrer Partei mit Hilfe von Networking- und Mentoringprogrammen fördern (FDP 2003).

In Tabelle 6.5 sind die Frauenanteile in Parteigremien dargestellt:

Tabelle 6.5: Frauenanteil in Parteigremien auf Bundesebene (in %)

Partei	Präsidium	Parteivorstand	Delegierte bei letztem Parteitag
SPD	46,2	57,8	44,4
CDU	28,6	39,0	33,8
CSU	26,3	20,9	22,3 ¹
FDP	33,0	17,6	19,2
Bündnis 90/Die Grünen	56,3 ²	50,0	42,3
PDS	n.v.	50,0	54,4

¹ Landesparteitag

Quellen: CDU 2003; für die SPD 2004: schriftliche Mitteilung von Karin Litz-Wegner, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF); für die CSU 2004: schriftliche Mitteilung von Frau Leismüller, Landesleitung der CSU; für die FDP 2004: schriftliche Mitteilung von Herrn Wortmann, FDP-Bundesgeschäftsstelle

6.4.3 Frauen und Männer in politischen Führungspositionen und in Parlamenten

Zu Beginn dieses Abschnitts sollen zusammenfassend die höchsten Ämter des deutschen Staates und der Parteien in ihrer Besetzung nach Geschlecht dargestellt werden. Es sei daran erinnert, dass 1961 die erste Frau Ministerin wurde und bis 1987 nie mehr als zwei Frauen im Bundeskabinett vertreten waren (Süssmuth 1999). Der Frauenanteil im Kabinett hat sich mittlerweile auf 44 Prozent erhöht (Abbildung 6.3). Andere ranghohe politische Positionen blieben dagegen, wie der folgenden Zusammenstellung zu entnehmen ist, bisher in Männerhand:

² Parteirat

Tabelle 6.6: Höchste Staats- und Parteiämter in der Bundesrepublik Deutschland 2005

Frauen unter den höchsten Repräsentanten des Staates						
aktuell	bisher					
nein	keine Frau, aber Kandidatinnen					
nein	zwei Frauen					
	(Annemarie Renger,					
	Rita Süssmuth)					
nein	keine Frau, derzeit eine					
	Kandidatin					
nein	eine Frau (Heide Simonis)					
Im Bundesrat sind Frauen deut-	Es gab bisher noch keine					
	Bundesratspräsidentin.					
20 %. Hinzu kommen 26 Frauen						
als stellvertretende Mitglieder						
· 1	Von 1994 bis 2002 war eine Frau					
	(Jutta Limbach) Präsidentin des					
Zweiter Senat des BverfG zwei	Bundesverfassungsgerichts.					
Verfassungsrichterinnen (insg. 8)						
SPD: nein, CDU: ja, CSU: nein,	SPD: nein, CDU: ja, CSU: nein,					
· ·	FDP: nein,					
• •	Bündnis 90/Die Grünen: ja					
	SPD: nein, CDU/CSU: ja, FDP: nein,					
· ·	Bündnis 90/Die Grünen: ja					
	nein nein nein nein nein mein mein Im Bundesrat sind Frauen deut- lich unterrepräsentiert. Aktuell sind 14 von 69 Mitgliedern des Bundesrats Frauen, das ent- spricht einem Frauenanteil von 20 %. Hinzu kommen 26 Frauen als stellvertretende Mitglieder des Bundesrats (von gesamt 109 stellvertretenden Mitgliedern, also einem Anteil von 23 %). Erster Senat des BverfG zwei Verfassungsrichterinnen (insg. 8) Zweiter Senat des BverfG zwei Verfassungsrichterinnen (insg. 8)					

Quellen: www.gruene-fraktion.de; www.cducsu.de; www.fdp-fraktion.de, www.spdfraktion.de; www.hanisauland.de; www.wissensnet.de; Stand: 1.Juni 2005

Dieser Abschnitt stellt im Folgenden die Partizipation von Frauen und Männern in Parlamenten und an politischen Führungspositionen dar. Es wird die Beteiligung von Frauen und Männern in Bundestag und Bundesregierung, den Länderparlamenten und den kommunalen Parlamenten beschrieben.

Frauen in Bundestag und Bundesregierung

Wie bereits in Kapitel 6.3 gezeigt wurde, sind die weiblichen Abgeordneten des Bundestags mit 32,2 Prozent im 15. Deutschen Bundestag noch immer in der Minderheit.

In der Bundesregierung sind Frauen jedoch deutlich besser vertreten. 2002 waren 43,6 Prozent der Regierungsmitglieder weiblich (Abbildung 6.3). Aktuell (Stand April 2004) gibt es 6 Ministerinnen und 7 Minister, 10 weibliche parlamentarische Staatssekretärinnen und 13 männliche parlamentarische Staatssekretäre. Unter den 23 beamteten Staatssekretären gibt es keine Frau.

Ausschussvorsitzende:

Gegenwärtig, im 15. Deutschen Bundestag gibt es 34 Ausschüsse und Unterausschüsse. In 13 Ausschüssen standen Frauen als Vorsitzende an der Spitze (Anteil von 38 %), 21 wurden von Männern geleitet. Dies ist eine Verschlechterung gegenüber dem 14. Deutschen Bundestag. In der letzten Legislaturperiode gab es insgesamt 28 Ausschüsse bzw. Unterausschüsse. Von den 28 Ausschussvorsitzenden waren 12 Frauen (42 %) und 16 Männer.

Tabelle 6.7 zeigt die Verteilung von Frauen und Männern in den Parteien bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags:

Tabelle 6.7: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Abgeordnete	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	PDS	Insgesamt
Frauen (abs.)	95	43	12	32	10	2	194
Frauen (in %)	37,8	22,6	20,7	58,2	21,3	100	32,2
Männer (abs.)	156	147	46	23	37	0	409
Männer (in %)	62,2	77.4	79,3	41.8	78.7	0	67,8
Insgesamt (abs.)	251	190	58	55	47	2	603

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Wahlstatistik

Quelle: von Schwartzenberg 2002: 833

Wie aus Tabelle 6.7 abzulesen ist, haben keineswegs alle Parteien ihre selbst gesetzten Quoten erfüllt. Während die SPD ihre Frauenquote von 40 Prozent nur knapp verfehlt, liegt die CDU mit 22,6 Prozent deutlich unter den geforderten 33 Prozent. Die Grünen übertreffen dagegen ihre 50 Prozent-Quote, während die PDS, da im 15. Deutschen Bundestag lediglich mit zwei Direktkandidatinnen vertreten, mit den anderen Parteien nicht vergleichbar ist. Auffallend ist, dass die beiden Parteien, die keine Quoten festgelegt haben, mit 21 Prozent Frauenanteil die Schlusslichter bilden.

Aufschlussreich ist es auch, den Frauenanteil an den Kandidaturen festzustellen und mit dem Anteil der tatsächlich gewählten weiblichen Abgeordneten zu vergleichen. Je nach Partei ist der Erfolg der Kandidatinnen sehr unterschiedlich. Während bei SPD, CSU und FDP weibliche Bundestagsabgeordnete in etwa entsprechend ihrem Anteil an Kandidatinnen gewählt wurden, waren bei den Grünen weibliche Kandidatinnen sehr viel erfolgreicher als männliche. Bei der CDU ist dies umgekehrt. Weibliche Kandidatinnen hatten deutlich geringere Chancen auch tatsächlich in den Bundestag gewählt zu werden als männliche (Tabelle 6.8).

Tabelle 6.8: Kandidaturen und gewählte Bundestagsabgeordnete bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Kandidatinnen (abs.)	209	153	17	84	143	96
gewählte Frauen (abs.)	95	43	12	10	32	2
gewählte Frauen (in %)	45,5	28,1	70,6	11,9	22,4	2,1
Kandidaten (abs.)	316	338	62	336	225	248
gewählte Männer (abs.)	156	147	46	37	23	0,0
gewählte Männer (in %)	49,4	43,5	74,2	11,0	10,2	0,0

Datenbasis: Wahlstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Aus den Zahlen ist auch abzulesen, dass sich die Erfolgsaussichten von Kandidatinnen für Bundestagsmandate im Zeitverlauf verbessert haben. Cornelißen kam 1993 noch zu dem Ergebnis einer deutlicheren Schlechterstellung von Kandidatinnen. Eine solche Schlechterstellung zeigt Tabelle 6.8 bezogen auf die letzte Bundestagswahl sehr deutlich noch für die CDU. Bei Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich, dass Kandidaten (10,2 % gewählt) deutlich seltener als die Kandidatinnen (22,4 % gewählt) ein Bundestagsmandat erhalten haben.

Frauen in Länderparlamenten

Die Entwicklung des Anteils von weiblichen Abgeordneten in deutschen Länderparlamenten zeigt eine vergleichbar sprunghafte Entwicklung wie die im deutschen Bundestag. Sah es Mitte der 90er-Jahre so aus, als wären Frauen in Berlin und in den östlichen Bundesländern besser in den Landtagen repräsentiert als in den westlichen, so zeigt die folgende Abbildung, dass sich der Frauenanteil nun in ganz Deutschland auf durchschnittlich 33 Prozent beläuft. Es gibt also momentan keine Unterschiede im Frauenanteil zwischen den Länderparlamenten und dem Bundestag.

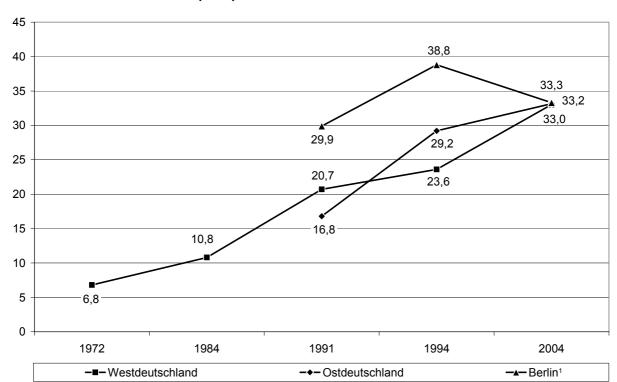


Abbildung 6.6: Frauenanteil in Länderparlamenten in Berlin sowie West- und Ostdeutschland 1972 bis 2004 (in %)

1 Für Berlin stammen die Angaben von 1990 statt 1991 und von 1995 statt 1994.

Quellen: Hoecker 1998a: 71; für 2004: Internetseiten der Landtage

Die Abbildung 6.7 zeigt die Frauenanteile in den Landtagen der 16 Bundesländer und macht so deutlich, dass es neben einer breiten mittleren Gruppe auch Bundesländer mit besonders geringem und besonders hohem Prozentsatz an weiblichen Abgeordneten gibt.

13 der 16 Länder bewegen sich mit ihrem Anteil an Parlamentarierinnen zwischen 31 und 35 Prozent: Überdurchschnittlich hohe Frauenanteile gibt es in Bremen und Hamburg. Deutlich unterdurchschnittlich ist Baden-Württemberg. Damit lässt sich weder ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle des Frauenanteils in Länderparlamenten noch etwa eine Rangordnung nach Regierungsparteien belegen. Es ist außerdem keine Tendenz eines generellen Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland in der Höhe des Anteils der weiblichen Landtagsabgeordneten zu erkennen.

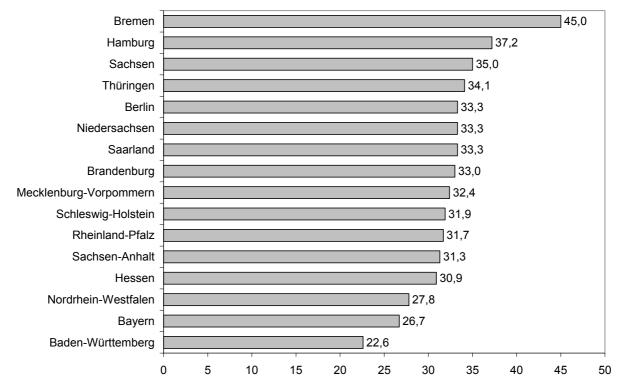


Abbildung 6.7: Frauenanteile in den Länderparlamenten in Deutschland 2005 (in %)

Quellen: Internetseiten der Landesregierungen, außerdem http://de.wikipedia.org/wiki/Landesparlament – Stand: 24.11.2004

Frauen in kommunalen Parlamenten

Die Beteiligung von Frauen in kommunalen Vertretungen und Parlamenten ist ein unzulänglich erforschtes Gebiet. Die wenigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu diesem Thema (u.a. Geißel 1999; Horstkötter 1989; Geißel/Sauer 2001) liegen bereits mehrere Jahre zurück. Die neuesten Zahlen zum Anteil von Frauen an Gemeinde- und Stadträten für Körperschaften mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden des Deutschen Städtetags zu entnehmen. Genaue Analysen aktueller Kommunalwahlen liegen vereinzelt bei den Statistischen Landesämtern vor (Baden-Württemberg, Bayern). 2002 waren 24,1 Prozent der Ratsmitglieder in deutschen Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern Frauen. Bei einem weiblichen Bevölkerungsanteil von 52 Prozent ist daher von einer deutlichen Unterrepräsentanz von Frauen auf kommunaler Ebene zu sprechen.

Den aktuellen Zahlen des Deutschen Städtetags ist zu entnehmen, dass der Frauenanteil an den Ratsmitgliedern in Gemeinden über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich höher ist als in kleineren Städten und Gemeinden (Tabelle 6.9). In großen Gemeinden entspricht die Repräsentanz weiblicher Ratsmitglieder mit deutlich über 30 Prozent etwa den Frauenanteilen an Landtags- und Bundestagsabgeordneten.

Tabelle 6.9: Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Gemeindegröße	insgesamt	darunter Frauen	Frauenanteil in %
1.000.000 und mehr	342	118	34,5
500.000 bis 1.000.000	732	262	35,8
200.000 bis 500.000	1.526	487	31,9
100.000 bis 200.000	2.010	654	32,5
50.000 bis 100.000	4.291	1.193	27,8
20.000 bis 50.000	14.960	3.593	24,0
10.000 bis 20.000	19.485	4.149	21,3
insgesamt	43.346	10.456	24,1

Quelle: Deutscher Städtetag 2002: 95

Tabelle 6.8 zeigt, dass in allen Parteien die Mitwirkung von Frauen im städtischen Milieu verbreiteter ist als in kleinen Gemeinden.

Tabelle 6.10: Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern nach Parteien in Deutschland 2002 (in %)

	Grüne	PDS	SPD	CDU/CSU	Sonstige	FDP	Wählergruppen
100.000 und mehr	49,9	40,3	39,2	26,7	18,9	27,4	23,4
50.000 bis 100.000	42,6	35,8	32,3	24,9	21,2	17,5	20,4
20.000 bis 50.000	37,4	36,6	28,5	21,0	21,0	16,1	17,5
10.000 bis 20.000	38,5	35,0	24,7	18,3	17,1	18,2	17,1
insgesamt	40,6	36,7	28,5	20,7	18,9	18,5	17,7

Quelle: Deutscher Städtetag 2002: 95

Da freie Wählergruppen auf der kommunalen Ebene eine große Rolle spielen, trägt deren geringer Frauenanteil zur schlechten Vertretung von Frauen auf kommunaler Ebene bei (siehe hierzu auch Infratest Burke 1995).

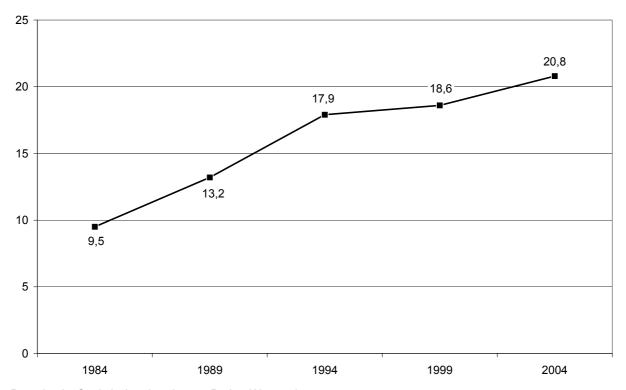
Die Beteiligung von Frauen an Ratsmitgliedschaften stieg wie auch in anderen Parlamenten kontinuierlich: 1973 waren nur 8,3 Prozent, 1985 14,4 Prozent und 1996 25,2 Prozent der Mandatsträger auf kommunaler Ebene¹⁶⁴ Frauen (Geißel/Penrose 2003: 8, unter Verweis auf Cornelißen 1993: 339).

Für die letzten Kommunalwahlen 2004 in Baden-Württemberg sind statistisch auch die kleineren Gemeinden ausgewiesen, so dass die Daten aussagekräftiger sind. Mit einem Frauenanteil von 20,8 Prozent unter den Gemeinderäten Baden-Württembergs scheinen Frauen auf den ersten Blick noch schlechter repräsentiert zu sein als in anderen Bundesländern. Da mit sinkender Gemeindegröße jedoch der Frauenanteil insgesamt geringer wird (Tabelle 6.9), und in Abbildung 6.8 im Gegensatz zu Tabelle 6.9 auch Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern berücksichtigt sind, rechtfertigen die vorhandenen Daten diesen Schluss nicht. Sie stützen eher die These, dass Frauen auf dem Lande der Zugang zu politischer Arbeit schwerer möglich ist als in (Groß-)städten.

¹⁶⁴ Es handelt sich hier um gewählte lokale Volksvertreter, wie z.B. Stadträte, Stadtverordnete.

Wie die folgende Abbildung zeigt, ist in Baden-Württemberg in den letzten 20 Jahren ein stetiges Ansteigen des Frauenanteils in Gemeinderäten festzustellen. Allerdings verläuft diese Zunahme seit 1994 merklich abgeflacht.

Abbildung 6.8: Entwicklung des Frauenanteils an Gemeinderäten in Baden-Württemberg 1984 bis 2004 (in %)



Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Quelle: Wehling 2004: 3

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verzeichnet, dass die Zahl der Gemeinden, in deren Gemeinderäten überhaupt keine Frauen vertreten sind seit 1989 stetig zurückgegangen ist. Gegenwärtig, nach den Kommunalwahlen 2004, sind dies immerhin noch 54 von 1.100 Kommunen (Tabelle 6.11).

Tabelle 6.11: Gemeinderäte ohne Frauen in Baden-Württemberg 1989 bis 2004 (absolut)

Jahr	1989	1994	1999	2004
Gemeinderäte ohne Frauen	174	84	72	54

Quelle: AKTIV 27, 1/2005: 11, Statistisches Landesamt Baden Württemberg

In Bayern stellen 2002 Frauen bei den Bezirksräten 29,4 Prozent, bei den Stadträten 32,2 Prozent, bei den Kreisräten 22,3 Prozent und bei den Gemeinderäten 16,4 Prozent. Hier bestätigt sich noch einmal, dass in kleineren Gemeinden der Frauenanteil an den Kommunalparlamenten geringer ist als in größeren (Statistisches Landesamt Bayern: 2002).

Für Brandenburg liegen Zahlen zu den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen

nach den Kommunalwahlen am 26.10.2003 vor: hier waren 209 von 936 Abgeordneten weiblich, das entspricht einem Anteil von 22,3 Prozent.

In den ostdeutschen Kommunen lag der Anteil von Frauen unter den lokalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den 80er-Jahren ungefähr bei 40 Prozent (Geißel/Sauer 2001: 6). Die Daten, die die Autorinnen für die ostdeutschen Bundesländer Ende der 90er-Jahre zusammengetragen haben, bewegen sich ausnahmslos auf dem weit niedrigeren Westniveau (Geißel/Sauer 2001: 7 f.)¹⁶⁵ So gab es in Thüringen in den 90er-Jahren in den Stadträten nur ca. 20 Prozent Frauen (ebd.). Angesichts der relativen Einflusslosigkeit der Gemeindeparlamente in der DDR entspricht dem Verlust von Mandaten allerdings kaum ein Verlust von Einfluss (Hampeleweiblichen Abgeordneten in deutschen Länderparlamenten zeigt eine vergleichbar sprunghafte Entwicklung wie die im deutschen Bundestag. Sah es Mitte der 90er-Jahre so aus, als wären Frauen in Berlin und in den östlichen Bundesländern besser in den Landtagen repräsentiert als in den westlichen, so zeigt die folgende Abbildung, dass sich der Frauenanteil nun in ganz Deutschland auf durchschnittlich 33 Prozent beläuft. Es gibt also momentan keine Unterschiede im Frauenanteil zwischen den Länderparlamenten und dem Bundestag.

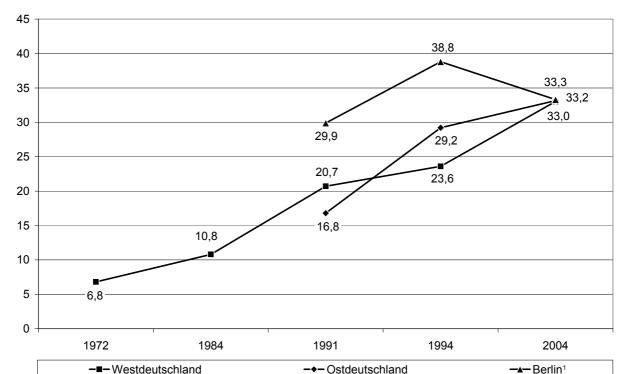


Abbildung 6.9: Frauenanteil in Länderparlamenten in Berlin sowie West- und Ostdeutschland 1972 bis 2004 (in %)

¹ Für Berlin stammen die Angaben von 1990 statt 1991 und von 1995 statt 1994.

[&]quot;Der Anteil weiblicher Kreistagsmitglieder in Thüringen der Nachwendezeit beispielsweise lag erheblich unter den DDR-Werten und pendelte sich bis zum Jahr 2000 auf ca. 20 Prozent ein. In der von uns analysierten thüringischen Stadt (...) sank der Frauenanteil im Stadtrat im Jahr 1990 auf 18 Prozent; er steigerte sich bei den 1994er Wahlen auf 30,9 Prozent, um dann 1999 erneut zu fallen, nämlich auf 26,6 Prozent" (Geißel/Sauer 2001: 7).

Quellen: Hoecker 1998a: 71; für 2004: Internetseiten der Landtage

Die Abbildung 6.7 zeigt die Frauenanteile in den Landtagen der 16 Bundesländer und macht so deutlich, dass es neben einer breiten mittleren Gruppe auch Bundesländer mit besonders geringem und besonders hohem Prozentsatz an weiblichen Abgeordneten gibt.

13 der 16 Länder bewegen sich mit ihrem Anteil an Parlamentarierinnen zwischen 31 und 35 Prozent: Überdurchschnittlich hohe Frauenanteile gibt es in Bremen und Hamburg. Deutlich unterdurchschnittlich ist Baden-Württemberg. Damit lässt sich weder ein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle des Frauenanteils in Länderparlamenten noch etwa eine Rangordnung nach Regierungsparteien belegen. Es ist außerdem keine Tendenz eines generellen Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland in der Höhe des Anteils der weiblichen Landtagsabgeordneten zu erkennen.

Bremen 45,0 Hamburg 37,2 Sachsen 35,0 Thüringen 34,1 Berlin 33,3 Niedersachsen 33,3 Saarland 33,3 Brandenburg 33,0 Mecklenburg-Vorpommern 32,4 Schleswig-Holstein 31,9 Rheinland-Pfalz 31,7 Sachsen-Anhalt 31,3 Hessen 30,9 Nordrhein-Westfalen 27,8 26,7 Bayern Baden-Württemberg 22,6 0 5 20 25 30 10 15 35 40 45 50

Abbildung 6.10: Frauenanteile in den Länderparlamenten in Deutschland 2005 (in %)

Quellen: Internetseiten der Landesregierungen, außerdem http://de.wikipedia.org/wiki/Landesparlament – Stand: 24.11.2004

Frauen in Bundestag und Bundesregierung

Wie bereits in Kapitel 6.3 gezeigt wurde, sind die weiblichen Abgeordneten des Bundestags mit 32,2 Prozent im 15. Deutschen Bundestag noch immer in der Minderheit.

In der Bundesregierung sind Frauen jedoch deutlich besser vertreten. 2002 waren 43,6 Prozent der Regierungsmitglieder weiblich (Abbildung 6.3). Aktuell (Stand April 2004) gibt es 6 Ministerinnen und 7 Minister, 10 weibliche parlamentarische Staatssekretärinnen und 13 männliche parlamentarische Staatssekretäre. Unter den 23 beamteten Staatssekretären gibt

es keine Frau.

Ausschussvorsitzende:

Gegenwärtig, im 15. Deutschen Bundestag gibt es 34 Ausschüsse und Unterausschüsse. In 13 Ausschüssen standen Frauen als Vorsitzende an der Spitze (Anteil von 38 %), 21 wurden von Männern geleitet. Dies ist eine Verschlechterung gegenüber dem 14. Deutschen Bundestag. In der letzten Legislaturperiode gab es insgesamt 28 Ausschüsse bzw. Unterausschüsse. Von den 28 Ausschussvorsitzenden waren 12 Frauen (42 %) und 16 Männer.

Tabelle 6.10 zeigt die Verteilung von Frauen und Männern in den Parteien bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestags:

Tabelle 6.12: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Abgeordnete	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	PDS	Insgesamt
Frauen (abs.)	95	43	12	32	10	2	194
Frauen (in %)	37,8	22,6	20,7	58,2	21,3	100	32,2
Männer (abs.)	156	147	46	23	37	0	409
Männer (in %)	62,2	77,4	79,3	41,8	78,7	0	67,8
Insgesamt (abs.)	251	190	58	55	47	2	603

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Wahlstatistik

Quelle: von Schwartzenberg 2002: 833

Wie aus Tabelle 6.10 abzulesen ist, haben keineswegs alle Parteien ihre selbst gesetzten Quoten erfüllt. Während die SPD ihre Frauenquote von 40 Prozent nur knapp verfehlt, liegt die CDU mit 22,6 Prozent deutlich unter den geforderten 33 Prozent. Die Grünen übertreffen dagegen ihre 50 Prozent-Quote, während die PDS, da im 15. Deutschen Bundestag lediglich mit zwei Direktkandidatinnen vertreten, mit den anderen Parteien nicht vergleichbar ist. Auffallend ist, dass die beiden Parteien, die keine Quoten festgelegt haben, mit 21 Prozent Frauenanteil die Schlusslichter bilden.

Aufschlussreich ist es auch, den Frauenanteil an den Kandidaturen festzustellen und mit dem Anteil der tatsächlich gewählten weiblichen Abgeordneten zu vergleichen. Je nach Partei ist der Erfolg der Kandidatinnen sehr unterschiedlich. Während bei SPD, CSU und FDP weibliche Bundestagsabgeordnete in etwa entsprechend ihrem Anteil an Kandidatinnen gewählt wurden, waren bei den Grünen weibliche Kandidatinnen sehr viel erfolgreicher als männliche. Bei der CDU ist dies umgekehrt. Weibliche Kandidatinnen hatten deutlich geringere Chancen auch tatsächlich in den Bundestag gewählt zu werden als männliche (Tabelle 6.11).

Tabelle 6.13: Kandidaturen und gewählte Bundestagsabgeordnete bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Kandidatinnen (abs.)	209	153	17	84	143	96
gewählte Frauen (abs.)	95	43	12	10	32	2
gewählte Frauen (in %)	45,5	28,1	70,6	11,9	22,4	2,1
Kandidaten (abs.)	316	338	62	336	225	248
gewählte Männer (abs.)	156	147	46	37	23	0,0
gewählte Männer (in %)	49,4	43,5	74,2	11,0	10,2	0,0

Datenbasis: Wahlstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Aus den Zahlen ist auch abzulesen, dass sich die Erfolgsaussichten von Kandidatinnen für Bundestagsmandate im Zeitverlauf verbessert haben. Cornelißen kam 1993).

Frauen im Europäischen Parlament

Abbildung 6.8 zeigt den Frauenanteil im 2004 gewählten Europäischen Parlament. Auffallend

ist, dass beide Beitrittsländer, die im Mittelmeer liegen, keine Frau im EP haben. Auch Polen mit 13 Prozent erreicht nicht das Niveau der anderen EU-Staaten. Am unteren Ende sind außerdem Italien, Tschechien, Litauen und Großbritannien zu finden. Den Spitzenplatz dagegen nimmt Schweden mit einem Frauenanteil von 58 Prozent ein. Deutschland liegt mit 31 Prozent Frauenanteil im EU-Parlament nahe am EU-Durchschnitt, der 30,3 Prozent beträgt.

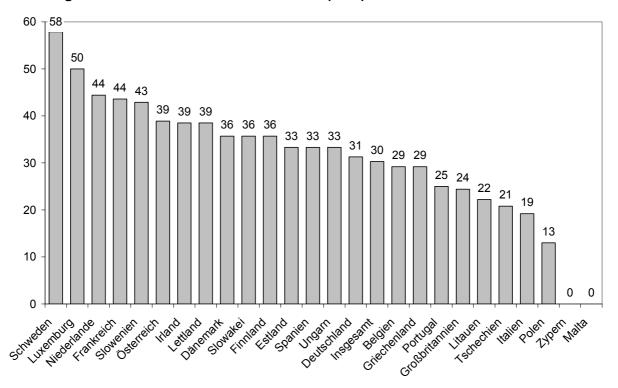


Abbildung 6.11: Frauen im EU-Parlament 2004 (in %)

Anmerkung: Die Länder werden nach dem Geschlechterproporz geordnet.

Lesehilfe: In Schweden ist der Anteil der Frauen im Europäischen Parlament am höchsten, in Zypern und auf Malta am niedrigsten.

Quelle: elections2004

6.4.4 Frauen und Männer in Gewerkschaften

Im ALLBUS 2002 gaben 18 Prozent der Männer und 11 Prozent der Frauen an, derzeit Gewerkschaftsmitglied zu sein. Bei der Frage, ob die Interviewten früher einmal Gewerkschaftsmitglied waren, bestätigten dies 33,4 Prozent der Männer im Vergleich zu 25,4 Prozent der Frauen. Das Statistische Bundesamt gab an, dass 20 Prozent der abhängig erwerbstätigen Frauen und 36 Prozent der Männer Mitglied einer Gewerkschaft sind (Stand Ende 2002, Statistisches Bundesamt 2004a: 77, nach Angaben des DGB). Frauen sind also seltener als Männer gewerkschaftlich organisiert.

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der größte Dachverband von Einzelgewerkschaften zählte Ende 2002 rund 7,7 Mio. Mitglieder. Ein knappes Drittel (32 %) von ihnen waren Frauen" (Statistisches Bundesamt 2004a: 77).

Wie aus der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, sind Frauen in Gewerkschaftsvorständen

der einzelnen Gewerkschaften unterschiedlich repräsentiert (Tabelle 6.12). Während sie, gemessen an ihrem Mitgliederanteil, in der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Industriegewerkschaft Metall (IG Metall), der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) und der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zu gering an den Vorständen beteiligt sind, ist das weibliche Geschlecht in der Industriegewerkschaft Bau (IG BAU), der Gewerkschaft der Polizei (GdP), bei der Gewerkschaft für Transport, Service und Netze (TRANSNET) und im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angemessen vertreten. Es sei allerdings angemerkt, dass durch die kleine Zahl an Vorstandsmitgliedern eine Bewertung solcher Prozentzahlen schwierig ist.

Tabelle 6.14: Frauenanteil in den geschäftsführenden Vorständen der Gewerkschaften und unter den Mitgliedern in Deutschland 2003 (in %)

Gewerkschaft	Vorstände insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil Vor- stände (in %)	Frauenanteil Mit- glieder (in %)
IG BAU	11	2	18	14
IG BCE	7	1	14	20
GEW	8	5	63	68
IG Metall	7	1	14	19
NGG	3	1	33	40
GdP	10	2	20	18
TRANSNET	3	1	33	21
ver.di	16	6	38	49
DGB	5	2	40	32

Quelle: DGB und Gewerkschaften (www.einblick.dgb.de, einblick 20/03)

6.5 Zum Stellenwert von Politik für Frauen und Männer

6.5.1 Politikinteresse und die Einmündung in politische Aktivitäten

Im ALLBUS 2002 wurde danach gefragt, ob das politische Interesse sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht vorhanden ist. Diese Frage spezifiziert nicht, was genau unter "Politik" zu verstehen ist, nahe liegend ist hier die Auffassung von Politik in ihrer institutionalisierten Form. Es wurde daher wiederholt (z.B. Cornelißen 1993; Hoecker 1995; Geißel/Penrose 2003) kritisiert, dass dieses Instrument möglicherweise das Interesse von Frauen an sozialen und politischen Fragen nicht angemessen erfasst.

Die Ergebnisse des ALLBUS 2002 weisen wie bereits frühere Befunde auf deutliche Geschlechterunterschiede hin. Frauen zeigen sich im Vergleich zu Männern weniger an Politik interessiert.

Tabelle 6.15: Politisches Interesse nach Geschlecht in Deutschland (in %)

	"Wie stark interessieren Sie sich für Politik?"						
	sehr stark (in %)	stark (in %)	mittel (in %)	wenig (in %)	überhaupt nicht (in %)	insgesamt (in %)	n =
weiblich	6,0	17,6	41,9	23,7	10,9	100,0	1.427
männlich	14,8	27,6	39,9	13,1	4,9	100,0	1.393
insgesamt	10,3	22,6	40,9	18,4	7,8	100,0	2.820

Datenbasis: ALLBUS 2002

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

Auffallend ist außerdem, dass das hier erfasste Interesse von Frauen an Politik sich in der jüngeren Generation keineswegs vergrößert hat. Im Gegenteil: die 18- bis 29-jährigen Frauen interessieren sich mit 14,5 Prozent am häufigsten "überhaupt nicht" für Politik, die Prozentsatzdifferenz zu den gleichaltrigen Männern ist hier am größten (Tabelle 6.14).

Tabelle 6.16: Politisches Interesse nach Geschlecht und Alter in Deutschland (absolut und in %)

Alter	Geschlecht	"Wie stark interessieren Sie sich für Politik?"						
		sehr stark (in %)	stark (in %)	mittel (in %)	wenig (in %)	über- haupt nicht (in %)	insge- samt (in %)	n =
18-29 J.	weiblich	3,4	15,8	41,0	25,2	14,5	100,0	234
	männlich	10,9	24,0	42,6	17,8	4,7	100,0	258
	insgesamt	7,3	20,1	41,9	21,3	9,3	100,0	492
30-44 J.	weiblich	4,5	16,6	44,3	23,1	11,5	100,0	445
	männlich	12,1	26,3	41,1	14,8	5,6	100,0	445
	insgesamt	8,3	21,5	42,7	19,0	8,5	100,0	890
45-59 J.	weiblich	7,2	18,8	43,8	22,3	7,8	100,0	345
	männlich	18,6	29,9	35,8	11,8	3,8	100,0	338
	insgesamt	12,9	24,3	39,8	17,1	5,9	100,0	683
60-74 J.	weiblich	7,0	18,5	42,1	23,8	8,6	100,0	302
	männlich	17,5	31,9	37,5	9,1	3,9	100,0	285
	insgesamt	12,1	25,0	39,9	16,7	6,3	100,0	587

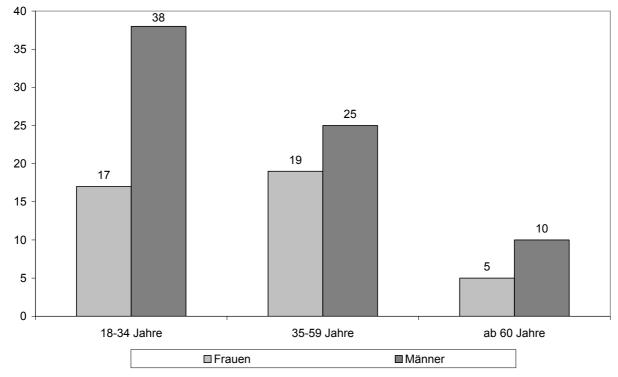
Datenbasis: ALLBUS 2002

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

Die zurückhaltende Einstufung des eigenen politischen Interesses von Frauen korrespondiert mit der Distanz zu politischen Ämtern und Institutionen, wie sie in der folgenden Abbildung 6.9 zum Ausdruck kommt.

Abbildung 6.12: Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes von Frauen und Männern in Deutschland (in %)

Statement: "Ich wäre zur Übernahme eines politischen Amtes bereit."

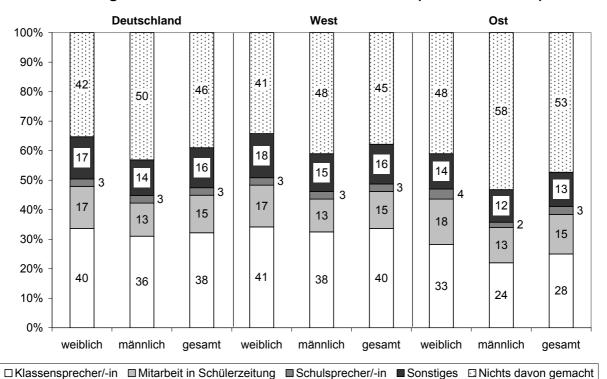


Datenbasis: Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld: Politische Partizipation in Deutschland 11/2003, n = 1.241 Quelle: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2004: 92

Auch hier fällt die besonders große Zurückhaltung jüngerer Frauen im Vergleich zu Männern dieser Altersgruppe auf. Mögliche Zusammenhänge mit Belastungen von jüngeren Frauen durch eine Familienphase oder schlicht mit einem größeren Selbstbewusstsein von jungen Männern können hier nur vermutet werden. Die geringe Bereitschaft der über 60-Jährigen zur Übernahme eines Mandats mag sowohl mit einem Alterseffekt – wer bis zu diesem Zeitpunkt noch kein politisches Amt innehatte, wird nun auch keines mehr für sich in Betracht ziehen – als auch mit einem Kohorteneffekt (z.B. der durchschnittlich geringeren Bildung der älteren Altersgruppen), zusammenhängen.

Es scheint das explizit "politische" Amt zu sein, das für junge Frauen weniger als für junge Männer erstrebenswert erscheint. Mädchen und junge Frauen sind nämlich zum Beispiel in der Schülerselbstverwaltung und für ihre Schülerzeitung sogar etwas aktiver als ihre männlichen Klassenkameraden (Abbildung 6.10). Im Osten fällt die Geschlechterdiskrepanz zu Gunsten der Mädchen noch größer aus als im Westen.

Abbildung 6.13: Aktivitäten von 12- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)



Datenbasis: DJI-Jugendurvey¹⁶⁶ Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

Bei der älteren Schülergruppe ist der Vorsprung der jungen Frauen etwas geschrumpft (Abbildung 6.11). Nun ist in Westdeutschland ein Prozentsatzunterschied im schulischen Engagement von zwei Prozentpunkten und in den östlichen Bundesländern von vier Prozentpunkten zu Gunsten der Schülerinnen festzustellen.

_

¹⁶⁶ Weitere Informationen unter www.dji.de/jugendsurvey.

Deutschland West Ost 100% 80% 60% 40% 20% 0% weiblich männlich gesamt weiblich männlich gesamt weiblich männlich gesamt □ Klassensprecher/-in ■ Mitarbeit in Schülerzeitung ■ Schulsprecher/-in ■ Tutor/-in □ Schlichter/-in ■ Sonstiges ■ Nichts davon gemacht

Abbildung 6.14: Aktivitäten von 16- bis 29-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)

Anmerkung: Legende ist in Leserichtung zu lesen: Klassenspecher/-in, Mitarbeit in Schülerzeitung, Schulsprecher/-in, Tutor/-in, Schlichter/-in, Sonstiges, Nichts davon gemacht

Datenbasis: DJI-Jugendurvey Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

6.5.2 Zur Bedeutung unterschiedlicher Politikbereiche

Für Frauen und Männer haben unterschiedliche Politikbereiche offensichtlich unterschiedliches Gewicht. In der Wahltagsbefragung von Infratest Dimap wurden Frauen und Männer nach den für sie Wahl entscheidenden Aspekten gefragt. Dabei ergaben sich die in der folgenden Tabelle zusammengestellten Befunde (Tabelle 6.15).

Tabelle 6.17: Wahlentscheidende Aspekte bei der Abgabe der Zweitstimme bei der Bundestagswahl in Deutschland 2002 (in %)

Aspekte für die Wahlentscheidung (Mehrfachnennungen)	Frauen	Männer	Insgesamt
Wirtschaftspolitik	31,4	45,4	37,5
Ausländerpolitik	14,7	17,6	15,9
Arbeitsmarktpolitik	30,3	31,7	30,0
Innere Sicherheit, Kriminalität	13,1	13,4	13,4
Umweltpolitik	16,4	14,5	15,2
Steuerpolitik	13,0	18,6	15,4
Soziale Gerechtigkeit	32,6	28,1	30,5
Schul-, Bildungspolitik	18,3	10,6	14,0
Außen- und Sicherheitspolitik	16,8	19,7	18,0
Summe	186,6	199,6	189,9
keine Angabe	6,5	4,9	7,1

Datenbasis: Wahltagsbefragung, Bundestagswahl 2002

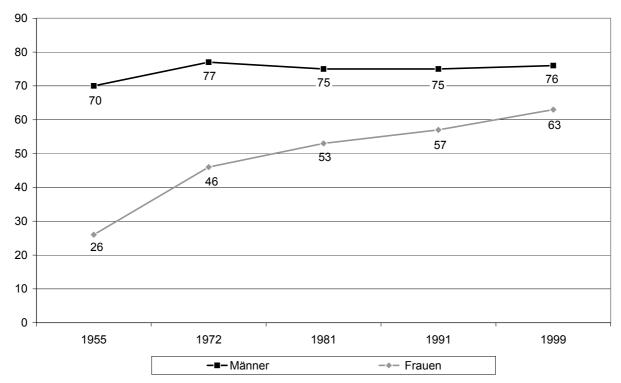
Quelle: Infratest Dimap (nachrichtlich durch Infratest Dimap, Frau Müller-Hilmer, 11.01.2005)

Männern ist die Wirtschaftspolitik einer Partei besonders wichtig für die Wahlentscheidung. Mit 45,4 Prozent Nennung ist dieser Aspekt für die männlichen Befragten der wichtigste überhaupt und derjenige, bei dem die größten Unterschiede zu den Einschätzungen der Frauen bestehen. Frauen nennen am häufigsten "Soziale Gerechtigkeit" als Politikbereich, den sie für ihre Wahlentscheidung heranziehen. Schul- und Bildungspolitik sind für Frauen sehr viel häufiger als für Männer Wahl entscheidend. Während Arbeitsmarktpolitik und "Innere Sicherheit" für beide Geschlechter gleich bedeutsam sind, nennen Männer "Steuerpolitik" aber auch "Außen- und Sicherheitspolitik" etwas häufiger als wichtige Politikfelder. Es gibt also einige Politikfelder, denen Frauen und Männer unterschiedliche Bedeutung für ihre Wahlentscheidung beimessen.

Ein weiterer Indikator für die Bevorzugung bzw. Vernachlässigung unterschiedlicher politischer Themenbereiche durch Frauen und Männer ist die selektive Mediennutzung. Allensbach hat anhand der Zeitungslektüre seit den 50er-Jahren die geschlechtsspezifische Beschäftigung mit verschiedenen Politikressorts ermittelt.

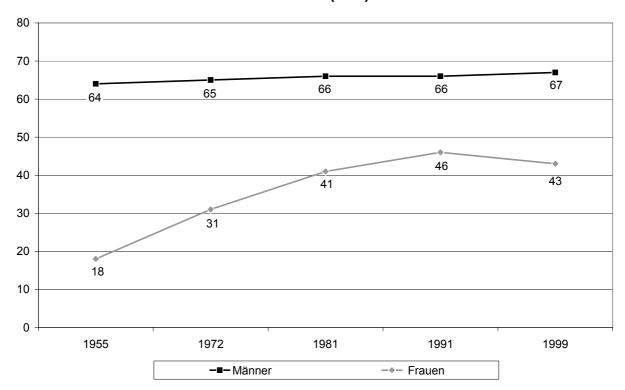
In den drei folgenden Abbildungen ist die Entwicklung der Lektüre von Zeitungsmeldungen aus den Bereichen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik nach Geschlecht dargestellt. In der Innen- wie Außenpolitik hat sich das Interesse der männlichen Leser seit 1955 kaum verändert; lediglich beim Wirtschaftsteil ist eine bedeutende Zunahme der Lektüre von Männern festzustellen. Das 1955 noch recht geringe Interesse von Frauen an Berichten über *Innenund Außenpolitik* hat in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich und deutlich zugenommen – ohne allerdings das Niveau der Männer zu erreichen. Das Interesse von Frauen an *Wirtschaftsthemen* erfährt lediglich eine schwache Zunahme und verbleibt deutlich unter dem Interesse von Männern (Abbildung 6.12, Abbildung 6.13 und Abbildung 6.14).

Abbildung 6.15: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus Deutschland 1955 bis 1999 (in %)



Quelle: Noelle-Neumann/Köcher 2002: 395 f.

Abbildung 6.16: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus dem Ausland 1955 bis 1999 (in %)



Quelle: Noelle-Neumann/Köcher 2002: 395 f.

--- Frauen

Abbildung 6.17: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen den Wirtschaftsteil, Wirtschaftsnachrichten 1955 bis 1999 (in %)

Quelle: Noelle-Neumann/Köcher 2002: 395 f.

-■- Männer

Die Nennung Wahl entscheidender Aspekte und die Angabe zu Lektüreschwerpunkten beim Zeitungslesen beleuchten die Bedeutung der einzelnen Politikfelder aus sehr verschiedenen Blickwinkeln. Dennoch fällt in beiden Untersuchungen auf, dass Frauen wirtschaftspolitischen Themen deutlich weniger Interesse entgegenbringen als Männer. Außenpolitik war 2002 weder für Frauen noch für Männer von dominierender Bedeutung bei ihrer Wahlentscheidung (Tabelle 6.15). Frauen verstärkten in den 90er-Jahren ihr Interesse an Zeitungsberichten aus dem Ausland. Von einem Desinteresse von Frauen an außenpolitischen Fragen lässt sich also heute nicht mehr sprechen. Trotz des seit den 50er-Jahren deutlich gewachsenen Interesses von Frauen an außenpolitischen Themen in Tageszeitungen, liegt der Anteil der Frauen, die im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus dem Ausland in der Tageszeitung verfolgen, deutlich niedriger als der der Männer. Die Angleichung der Lektüreinteressen von Frauen an innenpolitischen Vorgängen, findet sich auch in der differenzierten Abfrage Wahl entscheidender Politikfelder wieder: Die von Frauen vergleichsweise häufig genannten Themen wie "soziale Gerechtigkeit" und Bildungspolitik sind eher dem Bereich der Berichterstattung über Deutschland zuzuordnen.

6.6 Bürgerschaftliches Engagement und nicht-institutionalisierte Politikformen

6.6.1 Frauen und Männer im bürgerschaftlichen Engagement

Definition: Freiwilliges bzw. Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt

"Das traditionelle 'Ehrenamt' beruht auf der Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und großen gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen, Parteien und Gewerkschaften. Es ist zumeist ein Amt, in das man gewählt wird und sich verpflichtet, es einen gewissen (meist mehrjährigen) Zeitraum auszuüben. Neue Formen des 'freiwilligen Engagements' oder der 'Freiwilligenarbeit' finden eher statt in selbstinitiierten Projekten und Initiativen, häufig mit zweck- oder zeitgebundener Perspektive. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die geringere Verbindlichkeit der Teilnahme. Diese Verbindlichkeit hat eher den Charakter einer subjektiven Verpflichtung" (Picot 2001: 120 f.).

Für den Bereich des freiwilligen, bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland gibt es mittlerweile verschiedene empirische Erhebungen, die Auskunft über den aktuellen Stand der Beteiligung von Frauen und Männern geben. Die bisher umfangreichsten Untersuchungen zum freiwilligen Engagement stellen die Freiwilligensurveys 1999 und 2004 dar. Um nicht nur traditionelle Formen des Ehrenamts zu erfassen, liegt der Studie ein breites Verständnis freiwilligen Engagements zu Grunde (s.o.). In repräsentativen Stichproben wurden 1999 und 2004 jeweils knapp 15.000 Menschen ab 14 Jahren in Deutschland befragt. Mit der zweiten Welle des Freiwilligensurvey 2004 können aktuelle Daten und Ergebnisse dargestellt werden. Zudem wurde in der Auswertung Wert darauf gelegt, Vergleiche zu 1999 aufzuzeigen und Entwicklungen darzustellen (Gensicke 2004).

In den Freiwilligensurveys wurden 14 Aktivitäts- bzw. Engagementbereiche erfasst (Picot 2001; Gensicke 2004). Diese beinhalten: 1. Sport und Bewegung, 2. Kultur und Musik, 3. Freizeit und Geselligkeit, 4. Sozialer Bereich, 5. Gesundheitsbereich, 6. Schule/Kindergarten, 7. Außerschulische Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene, 8. Umwelt-/Natur-/Tierschutz, 9. Politik und politische Interessenvertretung, 10. Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebes, 11. Kirchlicher bzw. religiöser Bereich, 12. Justiz und Kriminalitätsprobleme, 13. Unfall-/Rettungsdienst und freiwillige Feuerwehr und 14. sonstige bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort (Picot 2001). 167

Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich auf verschiedenen Ebenen verorten: die Verbreitung bestimmter Engagementformen, deren thematische Orientierungen, deren Zeitumfang und die eingenommene Position (Leitungsfunktion) variieren mit dem Geschlecht.

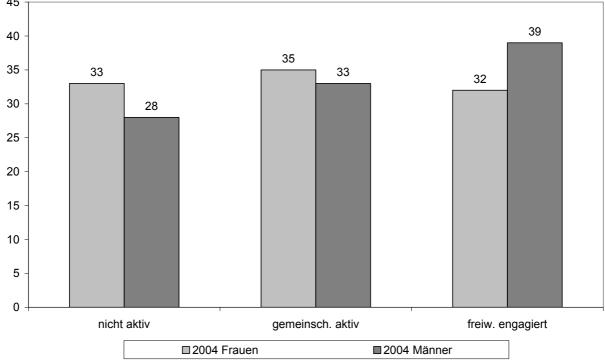
¹⁶⁷ Die Frage lautete wie folgt: "Es gibt vielfältige Möglichkeiten außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Ich nenne Ihnen verschiedene Bereiche, die dafür in Frage kommen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche irgendwo aktiv beteiligen" (Picot 2001: 126 Fußnote 27). "Alle Personen, "die irgendwo mitmachen" werden dann im zweiten Schritt gefragt, ob sie in den genannten Tätigkeitsbereichen "auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung ausübt" (Picot 2001: 126).

Betrachten wir zunächst, wie verbreitet Gemeinschaftsaktivitäten und das freiwillige Engagement von Frauen und Männern sind. 168

Die folgende Grafik zeigt die Personen, die Gemeinschaftsaktivitäten ausüben neben denen, die sich freiwillig engagieren (Abbildung 6.15). Um den Unterschied zu verdeutlichen: Als "gemeinschaftlich aktiv" werden Personen bezeichnet, die in der Befragung angeben, in einem der Tätigkeitsbereiche (Sport, Kultur, Umwelt etc.) "mitzumachen", also z.B. als aktives Mitglied im Sportverein Sport zu betreiben, bei "freiwillig Engagierten" geht es um Personen, die darüber hinaus eine Aufgabe übernehmen¹⁶⁹ (siehe Fragetext in Fußnote 167).

Der Freiwilligensurvey zeigt, dass Männer häufiger freiwillig engagiert sind als Frauen; Frauen werden häufiger lediglich gemeinschaftlich aktiv, ohne zusätzlich freiwillige oder ehrenamtliche Arbeiten zu übernehmen. Der Anteil der freiwillig engagierten Männer liegt 2004 bei 39 Prozent und der der Frauen bei immer noch beachtlichen 32 Prozent (Abbildung 6.15).

Abbildung 6.18: Gemeinschaftlich Aktive und freiwillig Engagierte nach Geschlecht in Deutschland 2004 (in %) 45 39 40



Anmerkung: Alle Personen, die "irgendwo mitmachen" ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als "gemeinschaftlich aktiv" bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als "gemeinschaftlich aktiv", sondern als "freiwillig engagiert bezeichnet (Picot 2001: 125).

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004

Quelle: Gensicke 2004: 35

¹⁶⁸ Zur Unterscheidung von Gemeinschaftsaktivität und freiwilligen Engagement siehe Anmerkung unter Abbildung 6.15.

¹⁶⁹ Ein Beispiel für gemeinschaftliche Aktivität wäre etwa das Singen im Chor eines Musikvereins, freiwilliges Engagement dagegen die Tätigkeit als Notenwart in diesem Verein.

Das freiwillige Engagement von Frauen stieg zwischen 1999 und 2004 um zwei Prozentpunkte, das der Männer stagnierte auf höherem Niveau (Abbildung 6.16 und 6.17). Bei der
Analyse des freiwilligen Engagements in unterschiedlichen Altersgruppen zeigen sich zusätzlich aufschlussreiche Veränderungen der Beteiligung von Frauen und Männern. Bei den
Männern der beiden jüngsten Altersgruppen von 14 bis 34 Jahren hat das freiwillige Engagement 4 Prozentpunkte abgenommen, bei den Männern bis 64 Jahren stagnierte es oder
nahm nur leicht zu (Abbildung 6.17). In der Gruppe der über 65-jährigen Männer vergrößerte
sich der Personenkreis der freiwillig Engagierten deutlich um 6 Prozentpunkte.

Die Entwicklung des freiwilligen Engagements von Frauen ist nahezu gegenläufig: Zwar stagnierte das freiwillige Engagement der Frauen unter 24 Jahren, bei den 25- bis 34-Jährigen gab es jedoch Zuwächse von 5 Prozentpunkten und bei den 35- bis 44-Jährigen immer noch von 3 Prozentpunkten. Besonders deutlich ist die Vergrößerung des Anteils der bürgerschaftlich engagierten Beteiligung von Frauen bei den 55- bis 64-Jährigen, die im Vergleich zu 1999 2004 um 8 Prozentpunkte häufiger freiwillig engagiert waren.

50 45 41 40 38 37 36 36 34 35 33 32 32 30 29 30 27 25 21 20 18 15 10 5 0 insgesamt 14-24 Jahre 25-34 Jahre 35-44 Jahre 45-54 Jahre 55-64 Jahre 65 Jahre u. älter ■2004 □ 1999

Abbildung 6.19: Freiwillig engagierte Frauen nach Altersgruppen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)

Anmerkung: Alle Personen, die "irgendwo mitmachen" ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als "gemeinschaftlich aktiv" bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als "gemeinschaftlich aktiv", sondern als "freiwillig engagniert bezeichnet (Picot 2001: 125)

Datenbasis Freiwilligensurvey 2004

Quelle: Gensicke 2004: 35

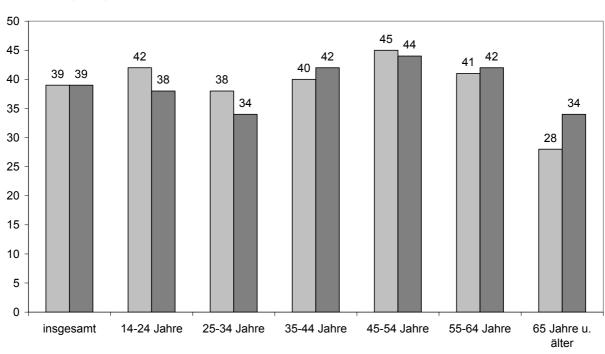


Abbildung 6.20: Freiwillig engagierte Männer nach Altersgruppen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)

Anmerkung: Alle Personen, die "irgendwo mitmachen" ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als "gemeinschaftlich aktiv" bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als "gemeinschaftlich aktiv", sondern als "freiwillig engagiert bezeichnet (Picot 2001: 125).

■2004

□1999

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004

Quelle: Gensicke 2004: 35

Es lässt sich also feststellen, dass sich Frauen nicht im gleichen Maße an freiwilliger Arbeit beteiligen wie Männer, dass sich ihre Beteiligungsquote aber der von Männern annähert. Dies betrifft insbesondere die mittleren und jüngeren Altersgruppen.

Ein weiterer in zahlreichen Untersuchungen belegter Geschlechterunterschied im bürgerschaftlichen Engagement ist die Konzentration von Frauen und Männern auf unterschiedliche Formen der Beteiligung. In der folgenden Tabelle lassen sich für die im Freiwilligensurvey erhobenen Gemeinschaftsaktivitäten geschlechtsspezifische Schwerpunkte ablesen (Tabelle 6.16).

Tabelle 6.18: Gemeinschaftsaktivität in 14 Bereichen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)

Aktivitätsbereiche	Jahr	Insgesamt	Geschlecht (in %)		
		(in %)	Frauen	Männer	
Sport und Bewegung	1999	36,5	35,0	38,0	
	2004	40,0	39,0	41,0	
Freizeit/Geselligkeit	1999	25,0	23,5	26,5	
	2004	25,5	23,0	28,0	
Kultur und Musik	1999	16,0	15,5	16,0	
	2004	18,0	18,0	18,0	
Schule/Kindergarten	1999	11,0	13,0	8,5	
	2004	12,5	14,5	10,0	
Soziales	1999	11,0	12,5	9,0	
	2004	13,0	14,0	12,0	
Kirche und Religion	1999	10,0	11,5	8,0	
	2004	11,5	13,5	9,0	
Beruf außerhalb d. Betriebes	1999	9,0	6,0	12,5	
	2004	9,5	6,5	13,0	
Umwelt- und Tierschutz	1999	8,5	8,0	9,0	
	2004	9,5	9,0	10,0	
Politik und Interessenvertretung	1999	6,5	3,5	9,0	
	2004	7,0	4,0	10,0	
Jugendarbeit/Bildungsarbeit für	1999	6,0	5,0	7,0	
Erwachsene	2004	7,0	7,0	8,0	
Lokales bürgerschaftliches Enga-	1999	5,0	4,0	6,0	
gement	2004	7,0	5,5	8,5	
Freiwillige Feuerwehr/	1999	4,5	2,5	7,0	
Rettungsdienste	2004	5,5	3,0	8,0	
Gesundheit	1999	4,5	5,5	3,5	
	2004	4,5	5,5	3,5	
Justiz und Kriminalitätsprobleme	1999	1,5	1,0	1,5	
	2004	1,5	1,0	1,5	
Durchschnittliches Wachstum über alle Bereiche: 1999=100		+11,0	+11,0	+12,0	

Anmerkung: Hier sind alle die Personen erfasst, die sich an einem der genannten Bereiche aktiv beteiligen, ohne allerdings eine herausgehobene Aufgabe zu übernehmen.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004

Quelle: Gensicke 2004: 27

Für beide Geschlechter haben der Sport und die Geselligkeit in der Freizeit sowie Kultur und Musik eine herausragende Bedeutung bei den gemeinschaftlichen Aktivitäten. Frauen werden aber deutlich häufiger als Männer im Kindergarten- und im Schulbereich sowie in Kirche und Religion gemeinschaftlich aktiv. Auch im sozialen und im Gesundheitsbereich werden Frauen etwas häufiger aktiv. Im Vergleich zu 1999 haben Männer bei sozialen Aktivitäten deutlich aufgeholt, so dass sich in diesem Zeitraum die Prozentsatzdifferenz verringert hat. Schwerpunkte gemeinschaftlicher Aktivitäten, an denen sich Männer häufiger als Frauen beteiligen, sind berufliche Tätigkeiten außerhalb des Betriebs, politische Interessenvertretung, lokales bürgerschaftliches Engagement sowie freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste. Auffallend ist, dass

die stärker von Männern favorisierten Bereiche häufig mit politischer Interessenvertretung in Zusammenhang stehen. Im Bereich Sport und Bewegung haben zwar die Männer bei den Gemeinschaftsaktivitäten noch einen Vorsprung von 2 Prozentpunkten; im Vergleich zu 1999 haben Frauen hier jedoch deutlich hinzu gewonnen (Tabelle 6.16).

Der Freiwilligensurvey zeigt, dass es viele Bereiche gibt, in denen sich Frauen und Männer etwa zu gleichen Teilen beteiligen. Dies sind Kultur und Musik, Umwelt- und Tierschutz, Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene sowie Justiz- und Kriminalitätsprobleme.

In der Tabelle 6.17 ist nun das *freiwillige Engagement* in den 14 bereits betrachteten Bereichen ausgewiesen. Jetzt werden also die über bloße Aktivität hinausgehende ehrenamtliche oder freiwillige Übernahme von Aufgaben und Arbeiten betrachtet (Gensicke 2004: 24).

Tabelle 6.19: Freiwilliges Engagement in 14 Bereichen in Deutschland 1999 und 2004

Aktivitätsbereiche	Jahr	Insgesamt	Geschlecht (in %)	
		(in %)	Frauen	Männer
Sport und Bewegung	1999	11,0	7,5	15,0
	2004	11,0	8,0	14,0
Freizeit/Geselligkeit	1999	5,5	4,5	6,5
	2004	5,0	4,0	6,5
Kultur und Musik	1999	5,0	3,5	6,0
	2004	5,5	4,5	6,5
Schule/Kindergarten	1999	6,0	7,0	4,5
	2004	7,0	8,0	5,5
Soziales	1999	4,0	5,0	3,0
	2004	5,5	6,0	4,5
Kirche und Religion	1999	5,5	6,5	4,0
	2004	6,0	7,0	5,0
Beruf außerhalb d. Betriebes	1999	2,5	1,0	3,5
	2004	2,5	1,0	4,0
Umwelt- und Tierschutz	1999	2,0	1,5	2,0
	2004	2,5	2,0	3,0
Politik und Interessenvertretung	1999	2,5	1,5	4,0
	2004	2,5	1,0	4,5
Jugendarbeit/Bildungsarbeit für Erwachsene	1999	1,5	1,5	2,0
	2004	2,5	2,0	2,5
Lokales bürgerschaftliches Engagement	1999	1,5	1,0	1,5
	2004	2,0	1,5	2,5
Freiwillige Feuerwehr/Rettungsdienste	1999	2,5	1,0	4,0
	2004	3,0	1,0	4,5
Gesundheit	1999	1,0	1,5	1,0
	2004	1,0	1,0	0,5
Justiz und Kriminalitätsprobleme	1999	0,5	0,5	1,0
	2004	0,5	0,5	0,5
Ø Wachstum über alle Bereiche: 1999=100		+11,0	+10,0	+12,0

Anmerkung: Hier sind alle die Personen erfasst, die im Rahmen ihres gemeinschaftlichen Engagements eine herausgehobene Aufgabe übernehmen, z.B. der Notenwart in einem Chor oder Orchester.

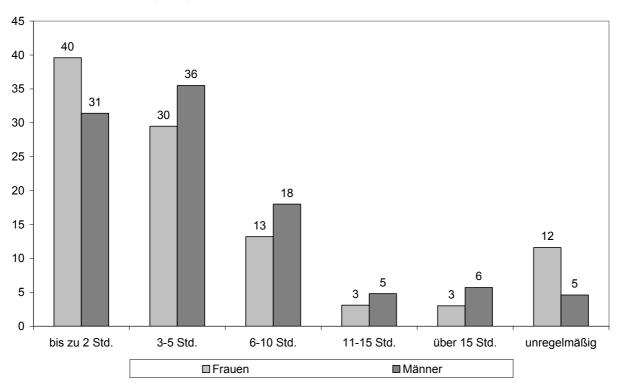
Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004

Quelle: Gensicke 2004: 29

Die in Tabelle 6.17 dargestellten Felder des freiwilligen Engagements lassen ebenfalls geschlechtsspezifische Schwerpunkte erkennen. Frauen engagieren sich genauso wie bei den Gemeinschaftsaktivitäten im Rahmen ihres freiwilligen Engagements stärker in den Bereichen Schule und Kindergarten, Soziales sowie Kirche und Religion. Männer übernehmen häufiger Aufgaben in den Bereichen Freizeit und Geselligkeit, Beruf außerhalb des Betriebes, Politik und Interessenvertretung und freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste. In zwei der Felder, in denen Frauen wie Männer gleichermaßen Gemeinschaftsaktivitäten berichten, nämlich im Bereich Sport und Bewegung sowie Kultur und Musik, ist das freiwillige Engagement bei Männern verbreiteter als bei Frauen. Nahezu gleich sind Frauen und Männer am bürgerschaftlichen Engagement im Umwelt- und Tierschutz, in der Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene sowie im lokalen bürgerschaftlichen Engagement, im Bereich Gesundheit und Justiz- und Kriminalitätsprobleme verantwortlich beteiligt.

Männer investieren mehr Zeit in bürgerschaftliches Engagement als Frauen (Abbildung 6.18). Frauen geben als durchschnittlichen Zeitaufwand für ihr freiwilliges Engagement deutlich häufiger als Männer "unter zwei Stunden" oder "unregelmäßig" an. Männer nennen häufiger einen höheren Zeitaufwand (Abbildung 6.18).

Abbildung 6.21: Zeitaufwand für freiwilliges Engagement pro Woche nach Geschlecht in Deutschland 2004 (in %)



Anmerkung: Hier wird die Zeit erfasst, die Personen mit herausgehobenen Aufgaben in Vereinen und Initiativen für diese Aufgabe verwenden.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung: Sonderauswertung

Es ist davon auszugehen, dass das höhere Engagement von Männern zumindest zum Teil

Ulrike Heß-Meining 398

mit der Entlastung der Männer von Haus- und Familienarbeit zu erklären ist, die überwiegend Frauen leisten. In der ersten Welle des Freiwilligensurveys, 1999, wurde deutlich, dass die gemeinschaftlichen Aktivitäten und das freiwillige Engagement von Frauen einen Zusammenhang mit dem Alter des jüngsten Kindes hatten. Frauen mit Kindern unter drei Jahren waren deutlich weniger beteiligt, erst mit dem Eintritt ihrer Kinder in Kindergarten bzw. Schule wuchs ihre Beteiligung – vermutlich mit ehrenamtlichen Aktivitäten in diesen Bereichen einhergehend – auf ein hohes Niveau (Zierau 2001: 53). Bei Männern war dieser Zusammenhang nicht festzustellen. 2004 ist ein solcher Geschlechterunterschied nicht mehr ganz so eindeutig. Allerdings weisen Mütter mit Kindern unter zwei Jahren noch immer eine deutlich schwächere Beteiligung auf als Väter von Kindern dieses Alters.

Ein weiterer substanzieller geschlechtstypischer Unterschied im freiwilligen Engagement liegt darin, dass Männer häufiger als Frauen formale Funktionen übernehmen. Bereits im Freiwilligensurvey 1999 zeigte sich, dass sowohl bei Wahlämtern als auch bei Leitungsfunktionen Männer einen deutlichen Vorsprung vor Frauen innehaben. Diese Geschlechterdifferenz hat sich im Freiwilligensurvey 2004 noch verstärkt. In beiden Bereichen üben Frauen nun anteilsmäßig noch weniger herausgehobene Tätigkeiten im freiwilligen Engagement aus (Abbildung 6.19). Diese Geschlechterdifferenz kann sowohl auf einer Bevorzugung von Männern bei der Vergabe von Leitungsfunktionen beruhen als auch auf einem geringeren Interesse von Frauen, solche Funktionen zu übernehmen. Ferner sind die geringeren zeitlichen Spielräume mancher Gruppen von Frauen als Erklärung in Erwägung zu ziehen. Warum aber diese Geschlechterdiskrepanzen in den letzten Jahren größer und nicht kleiner geworden sind, ist nicht erklärlich.

Auswertungen des Freiwilligensurvey 1999, die speziell die jüngere Altersgruppe in den Blick nahmen, zeigten, dass junge Frauen unter 23 – also bevor in aller Regel familiäre und berufliche Verpflichtungen überhand nehmen – deutlich stärker freiwillig engagiert waren als 23-bis 30-Jährige (Picot 2003: 478).¹⁷⁰

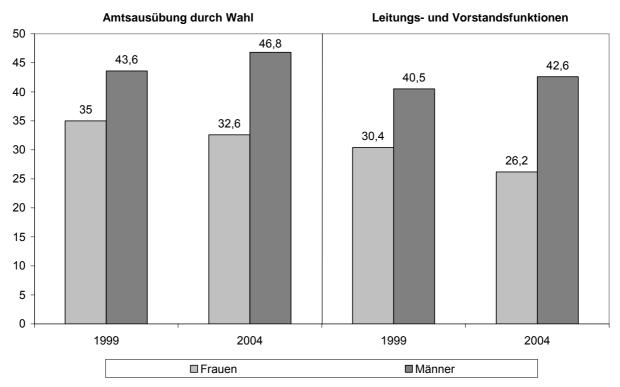
Trotz dieses im Umfang ähnlichen Engagements junger Frauen und Männer bis 24 Jahre sind die Felder, in denen sie sich engagieren, deutlich voneinander verschieden. Junge Frauen sind ebenso wie die älteren stärker im sozialen und ökologischen Bereich, in Schule und Kirche bürgerschaftlich beteiligt, junge Männer eher im Sport, in den Rettungsdiensten und in Freizeit und Geselligkeit (Picot 2003: 479, Picot 2001: 170 f.). Unter den Jüngeren sind lediglich 2 Prozent der weiblichen, aber immerhin 6 Prozent der männlichen Jugendli-

einer Aufgabe des Engagements (ebd.)" (Picot 2003: 478).

[&]quot;Dass Mädchen sich zunächst stark engagieren, ihr Engagement später aber zumindest zeitweilig aufgeben, zeigen auch andere Studien. In Untersuchungen bei Jugendverbänden "wird ausnahmslos festgestellt, dass die weiblichen Ehrenamtlichen mehrheitlich jünger als die männlichen Ehrenamtlichen sind" (Düx 1999: 121). Die Zahl der engagierten Mädchen und jungen Frauen verringert sich mit zunehmendem Alter. "Als Gründe für den Ausstieg der Frauen werden das Ende der Schulzeit oder Ausbildung, Berufseinstieg, Partnerschaft und Familiengründung genannt." Männer seien davon zwar auch betroffen, doch führt dies weniger häufig zu

chen im politischen Tätigkeitsfeld engagiert (Picot 2003: 479). Bereits in dieser frühen Phase bürgerschaftlichen Engagements, die zugleich eine Phase der Einmündung in Ehrenämter und politische Mandate darstellt, zeigt sich eine stärkere Distanz von Frauen zum politischen Bereich. Es würde sich lohnen, den Ursachen dieser Geschlechtertrennung zu Beginn der Jugendphase nachzugehen. Sie könnte für die Herausbildung politischen Engagements entscheidend sein.

Abbildung 6.22: Amtsausübung durch Wahl und Leitungs- bzw. Vorstandsfunktionen im freiwilligen Engagement nach Geschlecht der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland 1999 und 2004 (in %)



Lesehilfe: Von den Frauen, die sich im Rahmen von Vereinen, Initiativen etc. freiwillig engagieren, haben 2004 26,2 Prozent eine leitende Funktion, bei den Männern gilt das für 42,6 Prozent.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999; 2004

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung: Sonderauswertung

6.6.2 Beteiligung an nicht-institutionalisierten Politikformen

Seit Beginn der Untersuchung unkonventioneller Formen politischer Partizipation (durch Barnes/Kaase 1979; Hoecker 1995: 164) wurde festgestellt, dass Frauen bei diesen Formen politischer Interessenbekundung weniger unterrepräsentiert waren als in der institutionalisierten Politik. Dieser Befund bestätigt sich in Daten des ALLBUS, wonach Frauen an Unterschriftensammlungen und Bürgerinitiativen ähnlich häufig wie Männer beteiligt sind. Demonstrationen gehören allerdings bei Frauen seltener als bei Männern zum Repertoire ihrer politischen Interessenbekundung (Tabelle 6.18).

Ulrike Heß-Meining 400

Tabelle 6.20: Partizipation an nicht-institutionalisierten Formen von Politik nach Geschlecht in Deutschland 2002 (in %)

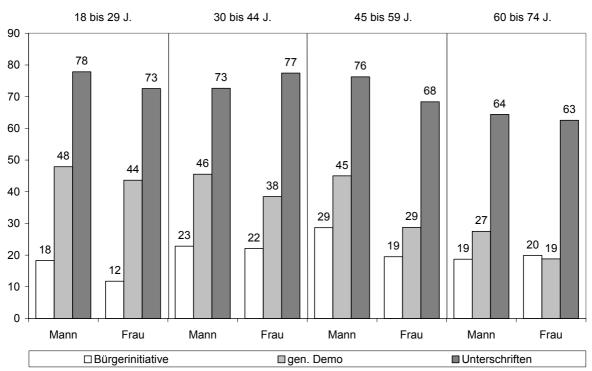
	Frauen	Männer
"habe in Bürgerinitiative mitgearbeitet"	19,2	23,0
"habe an ungenehmigter Demo. teilgenommen"	8,4	9,8
"habe an genehmigter Demo. teilgenommen"	30,6	40,7
"habe an Unterschriftensammlung teilgenommen"	69,5	71,5

Datenbasis: ALLBUS

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

In der folgenden Übersicht (Abbildung 6.20) sind drei¹⁷¹ dieser Formen politischer Beteiligung nach Altersgruppen differenziert. Hier wird deutlich, dass Frauen in den beiden jüngeren Altersgruppen bis 44 Jahre an diesen Politikformen in sehr ähnlichem Maße beteiligt waren wie Männer. Dies könnte sich in höhere Altersgruppen fortsetzen, wenn die gegenwärtig aktiven Frauen älter werden. Bei den 60- bis 74-Jährigen ist auffallend, dass Frauen etwa gleich häufig wie Männer bei Unterschriftensammlungen und sogar etwas häufiger bei Bürgerinitiativen aktiv wurden. Der Blick auf die Altersgruppen bestätigt also, dass Frauen bis ins mittlere Alter an ausgewählten nicht-institutionalisierten Politikformen (Unterschriftensammlung und Bürgerinitiativen) in ähnlichem Ausmaß wie Männer teilhaben. Die Demonstration erweist sich bei den hier ausgewählten Politikformen als diejenige, an der Frauen zumindest ab dem mittleren Alter seltener als Männer teilhaben (Abbildung 6.20).

Abbildung 6.23: Partizipation an nicht-institutionalisierten Formen von Politik nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2002 (in %)



Datenbasis: ALLBUS

Quelle: ALLBUS 2002; eigene Berechnungen

^{171 &}quot;Ungenehmigte Demonstrationen" wurden wegen der relativ geringen Fallzahlen hier nicht berücksichtigt.

Neben den hier berücksichtigten nicht-institutionalisierten Partizipationsformen finden in der Partizipationsforschung auch Formen diskursiver Beteiligung (politische Diskussion mit Bekannten, öffentliche Diskussion) Beachtung (Westle 2001: 139). Auf der Basis von Daten des ALLBUS 1998 kommt Westle zu dem Ergebnis, dass Männer in diesem Bereich einen deutlichen Vorsprung haben, "denn Frauen diskutieren auf öffentlichen Veranstaltungen, aber auch im Privatkreis weniger über Politik und zeigen auch eine geringere Bereitschaft dazu" (Westle 2001: 141).

6.7 Zur Beteiligung von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund in der Politik und im bürgerschaftlichen Engagement

Migrantinnen und Migranten haben - wenn sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen - einen Status, der ihnen die politische Partizipation in Deutschland erschwert. Soweit sie aus Staaten der EU stammen, können sie sich zwar an Kommunalwahlen beteiligen, nicht aber an Wahlen auf Landes- oder Bundesebene. Nicht-EU-Angehörige können auf keiner der genannten Entscheidungsebenen an Wahlen teilnehmen. Wie sich Migrantinnen und Migranten dennoch engagieren, ist bisher wenig erforscht. Es existieren zwei Jugendstudien, der DJI-Ausländersurvey und die 13. Shell Jugendstudie (Weidacher 2000; Deutsche Shell 2000), die türkische, italienische sowie – in der *DJI-Studie* – auch griechische Jugendliche und junge Erwachsene zu Themen politischer Partizipation befragten. In diesen 1997 und 1999 durchgeführten Surveys hatten die Interviewten keine deutsche Staatsbürgerschaft und wurden nicht zur Beteiligung an Wahlen befragt. Interessant ist die vergleichsweise hohe Organisation von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Gewerkschaften, wobei es für die türkischen und griechischen Befragten deutliche Geschlechterunterschiede gab (Heß-Meining 2000: 208). So waren 23,7 Prozent der 18- bis 25-jährigen griechischen Männer in einer Gewerkschaft organisiert, aber nur 17,2 Prozent der Frauen dieses Alters. Die jungen türkischen Männer waren sogar zu 28,8 Prozent Mitglied einer Gewerkschaft, die gleichaltrigen Frauen lediglich zu 13,4 Prozent (ebd.). Der 2000 durchgeführte Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung¹⁷² zeigt, dass sich junge türkischstämmige Frauen auch bei der Entscheidung für eine Parteimitgliedschaft stärker als türkischstämmige Männer zurückhalten (Glatzer 2004: 84).

Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1.1.2000 wurde die Einbürgerung für viele Zuwanderungsgruppen erleichtert und die Einbürgerungszahlen stiegen. Es ist also für eine relevante Anzahl von Migrantinnen und Migranten möglich geworden, sich an parlamentarischen Formen von Politik in Deutschland zu beteiligen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass diese Änderungen neueren Datums sind und politisches Engagement von Zuwanderern auf höherer politischer Ebene noch keine Tradition hat. Betrachtet man die Lebensläufe von

Ulrike Heß-Meining 402

Bundestagsabgeordneten, so sind für die laufende Legislaturperiode lediglich zwei weibliche Bundestagsabgeordnete mit Geburtsort in der Türkei festzustellen. In der Wahlperiode 1998-2002 waren ein männlicher Abgeordneter und eine weibliche Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund vertreten. Bis dato hat es in Deutschland noch keine Migrantin und keinen Migranten in einem Ministeramt gegeben. Aus diesen wenigen Zahlenangaben wird deutlich, dass zumindest auf bundespolitischer Ebene ein Geschlechtervergleich der politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund noch wenig sinnvoll ist.

Aufschlussreicher wären zurzeit Analysen des bürgerschaftlichen Engagements der Migrantenbevölkerung in Deutschland. Neben der Beteiligung an den vorwiegend von der deutschen Population dominierten Formen des Engagements ist dabei auch die Vielfalt von Vereinigungen eigenethnischer Herkunft zu berücksichtigen.

Für den Bereich des freiwilligen Engagements türkischer Migrantinnen und Migranten liegen mit der Studie des Zentrums für Türkeistudien "Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland" aktuelle Daten vor (Halm/Sauer 2004). Hier wurde wie im Freiwilligensurvey zwischen einfacher Mitgliedschaft und freiwilligem Engagement unterschieden (Kapitel 6.6.1).

Während sich die Männer türkischer Herkunft kaum häufiger als die deutschen von Gemeinschaftsaktivitäten oder freiwilligen Engagements ausschließen (Abbildung 6.15), sind Frauen türkischer Herkunft deutlich seltener als deutsche Frauen aktiv, die 2004 lediglich zu 32 Prozent keine Aktivitäten vorzuweisen hatten (Abbildung 6.15, Abbildung 6.21). Frauen türkischer Herkunft sind auch auffallend weniger bürgerschaftlich aktiv als türkische Männer (Abbildung 6.21).

¹⁷² Ca. 3.600 deutsche, italienisch- und türkischstämmige Migrantinnen und Migranten von 18 bis 30 Jahre wurden hier befragt (Glatzer 2004).

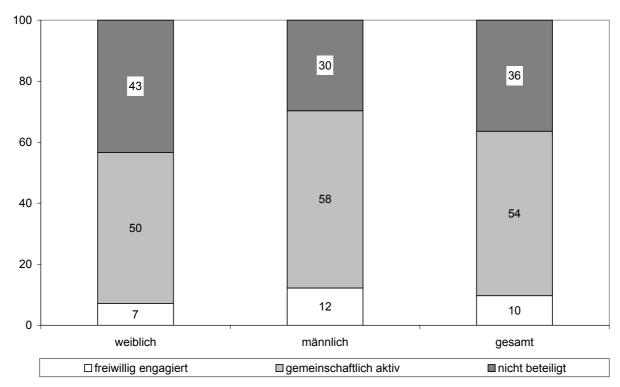


Abbildung 6.24: Gemeinschaftlich aktive und freiwillig engagierte Türkinnen und Türken (bzw. Deutsche türkischer Herkunft) in Deutschland 2004 (in %)

Anmerkung: Alle Personen, die "irgendwo mitmachen" ohne formal Verantwortung zu übernehmen, werden als "gemeinschaftlich aktiv" bezeichnet. Wenn diese Personen unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung Aufgaben oder Arbeiten in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen übernehmen, werden sie nicht als "gemeinschaftlich aktiv", sondern als "freiwillig engagiert bezeichnet (Picot 2001:125).

Datenbasis: Survey "Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland"

Quelle: Halm/Sauer 2004: 159

Die Raten freiwilligen Engagements, d.h. die tatsächliche Mitarbeit etwa in Vereinsfunktionen, fallen bei den befragten Türken in Deutschland im Vergleich zu den Interviewten deutscher Herkunft ausgesprochen niedrig aus. Im Durchschnitt liegen sie bei knapp 10 Prozent, türkische Frauen engagieren sich hier mit 7,1 Prozent nochmals weniger als türkische Männer. Türkische Frauen konzentrieren sich bei ihrem freiwilligen Engagement auf die Bereiche Freizeit und Geselligkeit, Schule und Kindergarten sowie Unfall- und Rettungsdienst (Halm/Sauer 2004: 159 f.). Wie im politischen Sektor, gilt auch für den Bereich der Freiwilligenorganisationen, dass Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland selten in Leitungsfunktionen vertreten sind (Halm/Sauer 2004: 198).

6.8 Überblick über die Ergebnisse

Auch wenn gleicher Einfluss für Frauen und Männer in der Politik noch nicht erreicht ist: Auffallend ist, dass es seit den 80er-Jahren selbstverständlicher wurde, dass Frauen auch Spitzenpositionen in Politik und Parteien einnehmen. Dies gilt inzwischen für alle Bereiche der Politik und betrifft die Anteile von Frauen bei Ministerämtern, im Parteivorsitz bzw. den Parteivorständen und bei den Abgeordnetenmandaten.

Ulrike Heß-Meining 404

Wirkliche Gleichstellung haben Frauen im politischen Sektor noch nicht erreicht. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments beträgt jeweils nur etwas über 30 Prozent. Damit liegt die Beteiligung von Frauen im europäischen Vergleich im guten Mittelfeld.

In den vorgestellten Zahlen zum politischen Interesse und zu den von Frauen bevorzugten politischen Themenbereichen kommt zum Ausdruck, dass Frauen dem institutionalisierten politischen Feld häufiger als Männer fern stehen. Dies mag zum Teil erklären, warum Frauen beispielsweise seltener in Parteien eintreten.

Dies bedeutet jedoch keine generelle Distanz von Bürgerinnen gegenüber gesellschaftlichem Engagement. Zwar sind auch im freiwilligen Engagement Männer häufiger als Frauen aktiv, doch wie aus den Ergebnissen des Freiwilligensurvey 2004 hervorgeht, konnten Frauen ihren Anteil am freiwilligen Engagement seit 1999 steigern, während der Prozentsatz des freiwilligen Engagements von Männern in diesem Zeitraum stagnierte. Auffällig ist insbesondere die Steigerung des bürgerschaftlichen Engagements von Frauen in den älteren Altersgruppen. Die 55- bis 64-jährigen Frauen steigerten ihr freiwilliges Engagement von 1999 auf 2004 von 29 auf 37 Prozent; auch unter den 25- bis 34-jährigen Frauen gab es 2004 eine breitere Beteiligung als 1999.

Während der Schulzeit erweisen sich Mädchen als diejenigen, die sich häufiger als Jungen freiwillig engagieren. Die Beteiligung von jungen Männern zwischen 14 und 34 Jahren nahm in den letzten Jahren ab. Sehr deutlich stieg das freiwillige Engagement über 65-jähriger Männer.

Die Ursachen für die größere Distanz von Frauen gegenüber politischem Engagement und Führungspositionen sowie im freiwilligen Engagement liegen zum einen vermutlich in den traditionell männlich geprägten Strukturen, Verfahren und Themenschwerpunkten der Organisationen, die politische Arbeit bündeln. Wie aus den Daten dieses, aber auch anderer Kapitel (4, 5) hervorgeht, wird es Frauen allerdings auch durch die Doppelbelastung durch Beruf und Familie schwer gemacht, sich gesellschaftlich und politisch in größerem zeitlichen Umfang zu engagieren. Die Dreifachbelastung durch Ehrenämter oder politische Funktionen ist insbesondere für Frauen mit kleineren Kindern schwer zu bewältigen. Die unterschiedlichen Anteile, die Frauen in verschiedenen Parteien als Abgeordnete oder als Mitglieder von Parteien oder Parteigremien erreichen, deuten zusätzlich darauf hin, dass die Parteien unterschiedlich günstige Voraussetzungen für eine Mitarbeit von Frauen schaffen.

Eine eklatante Forschungslücke besteht in den Kenntnissen zum politischen Engagement von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Mit dem Survey zum freiwilligen Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland liegen zur bürgerschaftlichen Beteiligung dieser Zuwanderungsgruppe erste Erkenntnisse vor. Diese weisen darauf hin, dass die mit

knapp 10 Prozent deutlich unterdurchschnittliche bürgerschaftliche Partizipation der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe sehr gering ist. Dies gilt noch stärker für Frauen, die oder deren Eltern aus der Türkei zugewandert sind, die mit 7 Prozent besonders wenig am freiwilligen Engagement teilhaben. Die Ergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten stehen im Einklang mit der Tatsache, dass es in Deutschland nur einen sehr geringen Anteil von Politikerinnen und Politikern mit Migrationshintergrund gibt. Außer aus bereits etwas länger zurückliegenden Jugendstudien ist wenig zum politischen Engagement von Zuwanderern in Deutschland bekannt. Es wären hierzu und zum bürgerschaftlichen Engagement anderer Zuwanderergruppen dringend weitere Untersuchungen nötig. Offen ist auch, worüber sich die geringere Beteiligung von jungen Frauen in den politiknahen Feldern herstellt, während ihr freiwilliges Engagement in der Schule doch ausgeprägter ist als das der jungen Männer.

7. Soziale Sicherung

Das Wichtigste in Kürze:

Der Anteil der Bevölkerung, der in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze lebt, ist im Vergleich zu dem in vielen anderen europäischen Staaten relativ niedrig. Wie in fast allen europäischen Staaten liegt allerdings auch in Deutschland die Armutsquote von Frauen über der von Männern.

- Die Leistungsbezüge bei Arbeitslosigkeit wiesen 2003 ein deutliches Geschlechterungleichgewicht auf. Nur 73 Prozent der arbeitslos gemeldeten Frauen, aber 83 Prozent der ebenso gemeldeten Männer erhielten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.
- Frauen waren häufiger als Männer auf Sozialhilfe angewiesen. Dies traf nicht mehr wie in früheren Jahren auf Personen im Rentenalter zu, aber auf Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter. Hauptursache des Sozialhilfebezugs war die Arbeitslosigkeit. Die Armut von Frauen ist allerdings oft auch Folge der familienbedingten Nicht-Erwerbstätigkeit. Besonders hoch lag die Sozialhilfequote bei allein erziehenden Müttern mit 26 Prozent.
- Die ausländische Bevölkerung war stärker von Sozialhilfe abhängig als die deutsche. Das galt für die Frauen ohne deutschen Pass noch einmal mehr als für die Männer ohne deutschen Pass.
- Der Anteil der Frauen mit eigenständigen Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung ist in Westdeutschland zwischen 1973 und 2003 deutlich gestiegen. Von den entsprechenden Rentenzugängen 2003 gingen im Westen wie im Osten 52 Prozent (1973: 39 % im Westen) an Frauen.
- Von den Durchschnittsrenten, die Frauen 2003 beim Eintritt in die Rente aus eigener Erwerbsarbeit aus der gesetzlichen Rentenversicherung erzielen, könnten sie nicht selbstständig leben (Frauen West 2003: 417 €, Frauen Ost 2003: 675 €. Frauen bleiben weiterhin auf die Witwenrente angewiesen, ganz besonders die Frauen in Westdeutschland.
- Männer beziehen deutlich seltener Witwerrente als Frauen Witwenrente. Auch liegen die Zahlbeträge für Männer deutlich unter denen der Frauen.
- Frauen sind auch heute noch deutlich häufiger als Männer als Familienangehörige in der Kranken- und Pflegeversicherung mitversichert (31 % zu 20 %). Im Gegenzug sind sie durchschnittlich seltener als Erwerbstätige pflichtversichert (35 % zu 42 %). Es ist allerdings zu beobachten, dass der Anteil der pflichtversicherten Frauen steigt.
- Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko, pflegebedürftig zu werden. Ab dem Alter von 75 Jahren liegt die Quote der pflegebedürftigen Frauen über der der pflegebedürftigen Männer.

7.1 Einleitung

Die soziale Sicherung in Deutschland beruht im Wesentlichen auf einem überwiegend beitragsfinanzierten, Umverteilung einschließenden Sozialversicherungssystem (soziales Ausgleichssystem) und einer steuerfinanzierten Grundsicherung für Hilfebedürftige, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten und dabei auch keine Hilfe von Dritten erhalten. Während die Ansprüche auf Versicherungsleistungen (Renten und Arbeitslosengeld) durch eigene Beitragsleistungen oder durch die naher Angehöriger (Ehepartner, Eltern) von Individuen erworben werden, orientiert sich das neue Arbeitslosengeld II wie die (alte) Sozialhilfe und das Sozialgeld an der Bedürftigkeit von Haushalten. Während Renten, Arbeitslosengeld und eingeschränkt auch noch die (alte) steuerfinanzierte Arbeitslosenhilfe so konzipiert waren, dass sie den Lebensstandard der Betroffenen ihrem früheren Erwerbseinkommen und ihren Beiträgen entsprechend auf niedrigerem Niveau absicherten, gewährleisten die (alte) Sozialhilfe sowie das neue Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld nur die Existenzsicherung von Bedarfsgemeinschaften, in denen eine wechselseitige Gewährung von Unterhalt wegen der geringen Einkünfte aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften nicht mehr möglich ist.

Die Orientierung der Höhe von Versicherungsleistungen an den Beiträgen, die als Anteile von Arbeitseinkommen entrichtet werden, hat bis heute zur Folge, dass Frauen weniger eigene Beiträge als Männer in die Versicherungssysteme einzahlen und geringere eigene Ansprüche erwerben. Für viele Frauen insbesondere im Westen bietet deshalb im Alter nicht der selbst erworbene Rentenanspruch sondern die Witwenrente die elementare Absicherung. Aus Familienarbeit sind bisher nur sehr geringe Ansprüche ableitbar.

Neben der hier erwähnten Alters- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe waren und sind die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung wichtige Eckpfeiler solidarisch organisierter Fürsorgeleistungen. Andere Transfers sind Kindergeld, Wohngeld, BAföG und Erziehungsgeld. Auch über Steuerpflicht und Steuernachlässe finden noch einmal Umverteilungsprozesse statt, die das verfügbare Einkommen von Haushalten beeinflussen. Schließlich gewinnen die *private* Altersvorsorge sowie Erbschaften und Immobilienvermögen an Bedeutung. Auch Betriebsrenten und Unterhaltspflichten von Angehörigen tragen zur sozialen Sicherung bei. Auf diese vielen verschiedenen Einkommensarten und deren geschlechtsspezifische Bedeutung kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Die Darstellung muss sich auf die Haupteinkommensquellen und Risikoabsicherungen von Frauen und Männern konzentrieren.

Während den Erwerbseinkommen bereits ein eigenes Kapitel gewidmet wurde, wird sich dieses Kapitel mit Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe sowie mit Altersrenten, Krankenund Pflegeversicherung befassen. Angesichts der Anfang 2005 erfolgten Umstellung der Sozialsysteme werden hier Effekte beschrieben, die es genau so zum Zeitpunkt der Publikation des Berichts nicht mehr geben wird. Deshalb werden an manchen Stellen im Text Hinweise auf die künftige Entwicklung gegeben.

Um eine Grundlage für die Einschätzung der sozialen Situation von Frauen und Männern in Deutschland zu bieten, wird zunächst das Armutsrisiko von Frauen und Männern und das Niveau ihrer sozialen Absicherung in Deutschland mit dem in anderen europäischen Staaten verglichen, dann wird die Entwicklung der sozialen Absicherung in Deutschland und die Veränderung der Hauptquellen für den Lebensunterhalt dargestellt (Kapitel 7.3). Anschließend wird auf einzelne Formen der sozialen Sicherung und deren Bedeutung für den Lebensunterhalt von Frauen und Männern eingegangen (Kapitel 7.4 bis 7.7). Zuletzt wird ein Überblick über die Ergebnisse geboten (Kapitel 7.8).

7.2 Armutsrisiko und soziale Absicherung im europäischen Vergleich

Dank eines gut ausgebauten Sozialversicherungssystems und ergänzender staatlicher Sozialleistungen gehörte Deutschland 2001 zu den EU-Staaten mit den niedrigsten Armutsrisikoquoten. Wie in vielen Staaten Europas lag allerdings auch in Deutschland das Armutsrisiko von Frauen über dem von Männern. In den Niederlanden ist es gelungen, das Armutsrisiko von Frauen und Männern gleichermaßen auf 10 Prozent zu senken (Abbildung 7.1).

Eine im Allgemeinen gute soziale Absicherung kann also bei einem Geschlecht, hier durchweg bei den Frauen, ein höheres Armutsrisiko als beim anderen Geschlecht belassen. Umgekehrt kann eine Gesellschaft, wie derzeit die portugiesische, beiden Geschlechtern in fast gleichem Maße ein hohes Armutsrisiko aufbürden.

Die Kosten der sozialen Sicherung lagen 2001 in Deutschland wie in Dänemark und Frankreich bei 30 Prozent des Bruttosozialprodukts (in Schweden bei 31 %) und damit über dem Durchschnitt der fünfzehn EU-Staaten (27,5 %) (Europäische Kommission 2004b: 283).¹⁷⁴

¹⁷³ Anteil der Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbaren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens im jeweiligen Land beträgt. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutsgrenze für Einpersonenhaushalte 938 € im Monat (Bundesregierung 2004b: 14). Um zu berücksichtigen, dass Mehrpersonenhaushalte günstiger wirtschaften können, wird die Armutsgrenze nicht einfach der Personenzahl im Haushalt entsprechend vervielfacht. Vielmehr gehen die weiteren Personen mit Gewichtungsfaktoren in die Berechnung der Armutsgrenze ein. Nach der hier verwandten OECD-Skala erhalten der Haupteinkommensbezieher den Gewichtungsfaktor 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder über 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,5 und alle Mitglieder unter 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,3.

¹⁷⁴ Bei diesen Angaben wurden sämtliche Sozialleistungen, nicht aber Steuervorteile bzw. -nachlässe berücksichtigt.

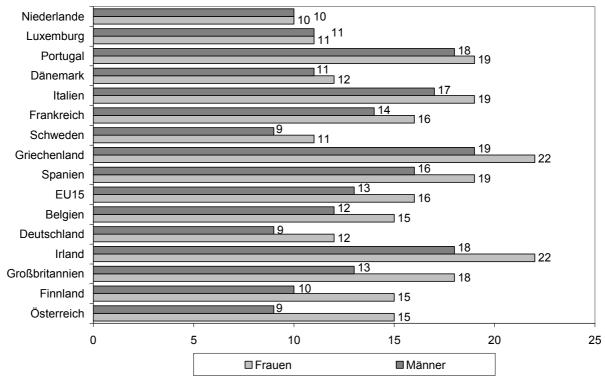


Abbildung 7.1: Armutsrisikoquoten von Frauen und Männern in den 15 EU-Staaten 2001 (in %)

Anmerkung: Die Länder werden nach Geschlechterdifferenzen geordnet.

Lesehilfe: Oben befindet sich das Land mit der niedrigsten Geschlechterdifferenz, unten das mit der höchsten.

Datenbasis: Eurostat, ECHP UDB Version November 2003; Erhebung über die Einkommensverteilung für Dänemark und Schweden (HEK), Frauen und Männer über 16 Jahren

Quelle: Europäische Kommission 2004b: 263

7.3 Armutsrisiko und soziale Absicherung im Zeitvergleich

Bereits im ersten Armuts- und Reichtumsbericht in Deutschland wurde ein kontinuierlicher Anstieg der Armutsrisikoquoten von 1983 bis 1998 festgestellt (Bundesregierung 2001: 25). Mit dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht wird deutlich, dass sich diese Entwicklung bis zum Jahr 2003 fortgesetzt hat. Die Armutsquote ist zwischen 1998 und 2003 von 12,1 Prozent auf 13,5 Prozent gestiegen (Bundesregierung 2005: 18). Dass dieser Anstieg trotz einer erheblichen Zunahme der (Langzeit)arbeitslosen so moderat ausfiel, ist dem System sozialer Transfers zu verdanken, das ganz erheblich zur Vermeidung von Armutsrisiken beiträgt.

Obwohl die sozialen Sicherungssysteme auf einen Ausgleich sozialer Risiken hin angelegt sind, können sie die besonderen Einkommensrisiken von Frauen, die sich aus deren kulturell verankerter und strukturell nahe gelegter Verantwortung für Kinder und aus den begrenzten öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten bisher ergeben, nicht völlig ausgleichen. Generell ist die Armutsquote von Frauen 2003 aber nur noch 1,8 Prozentpunkte (1998: 2,6 Prozentpunkte) höher als die von Männern (Tabelle 7.1). Bei einer generellen Zunahme des Armutsrisikos glichen sich die Armutsquoten von Frauen und Männern in den letzten Jahren also einander an. In Einpersonenhaushalten erreichte das steigende Armutsrisiko von Männern fast das

leicht rückläufige von Frauen. An der überdurchschnittlichen Armutsquote allein Lebender wird deutlich, wie sehr ein Zusammenleben mit anderen Erwachsenen das Armutsrisiko von Frauen und Männern mindert. An der ganz besonders prekären Lage von allein Erziehenden hat sich in den letzten Jahren nichts geändert (Tabelle 7.1). Eine noch höhere Armutsquote als die in Tabelle 7.1 ausgewiesenen Gruppen haben derzeit Arbeitslose (Armutsquote 41 %, Bundesregierung 2005: 21).

Tabelle 7.1: Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten¹ geordnet nach Geschlecht und Haushaltstyp in Deutschland 1998 und 2003 (in %)

Bevölkerungsgruppe	1998	2003						
Frauen	13,3	14,4						
Männer	10,7	12,6						
Per	Personen in Einpersonenhaushalten							
Frauen	23,5	23,0						
Männer	20,3	22,5						
Insgesamt	22,4	22,8						
Personen in Haushalten mit Kindern ²								
Alleinerziehende	35,4	35,4						
Zwei Erwachsene mit Kind(ern)	10,8	11,6						

¹ Armutsrisikogrenze 60 Prozent der laufenden verfügbaren Äguivalenzeinkommen (Neue OECD-Skala)

Datenbasis: EVS

Quellen: Bundesregierung 2005: 21, Tabelle I.3; nach Berechnungen von Hauser/Becker 2004

Das Armutsrisiko des allein Erziehens, das zu über 80 Prozent Frauen tragen (Kapitel 5.1), bleibt auch 2003 sehr hoch. Die verbreitete Kinderarmut in Deutschland wird von Kindern allein Erziehender geprägt (Bundesregierung 2005: 59 ff.). Ein gutes Drittel der allein Erziehenden lebt mit Transferleistungen unter der Armutsgrenze (Tabelle 7.1). Lebensgemeinschaften, in denen zwei Erwachsene mit Kindern leben, können die Kosten für Kinder, wie Tabelle 7.1 zeigt, wesentlich besser auffangen. Grabka und Krause kommen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2003 zu ähnlichen Ergebnissen. Das Armutsrisiko von Familien hängt neben der Erwerbssituation der Haushaltsmitglieder auch vom Alter des jüngsten Kindes ab. Allein Erziehende sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Mit steigendem Alter des jüngsten Kindes nimmt aber das Armutsrisiko ab, weil die Erwerbsbeteiligung mit dessen Alter zunimmt (Kapitel 5.4). Paarhaushalte mit Kindern sind dagegen einem geringeren Armutsrisiko ausgesetzt, da meist ein Elternteil dauerhaft erwerbstätig ist. Paarhaushalte mit Kindern ohne eine/-n Bezieher/-in von Erwerbseinkommen sind einem noch höheren Armutsrisiko ausgesetzt als allein Erziehende (Grabka und Krause 2005).

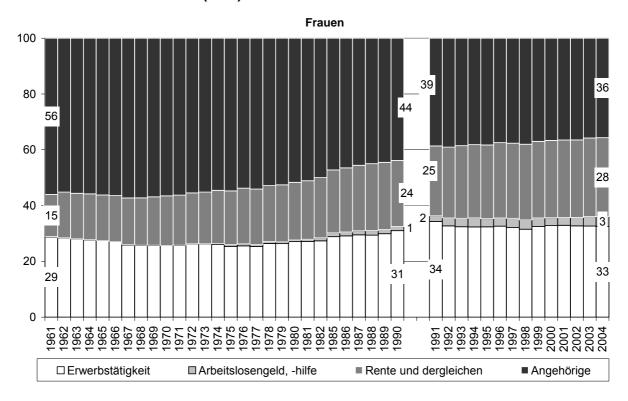
Besonders gravierend ist zwischen 1998 und 2003 die Armutsquote von Arbeitslosen gestiegen, und zwar von 33,1 Prozent auf 40,9 Prozent (Bundesregierung 2005: 21). Die Zahl der

² Kinder: Personen unter 16 Jahren sowie Personen von 16 bis 24 Jahren, sofern sie nicht-erwerbstätig sind und mindestens ein Elternteil im Haushalt lebt

arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfängerinnen stieg zwischen 1995 und 2003 um 50 Prozent, die der arbeitslos gemeldeten -empfänger um knapp 40 Prozent (Bundesregierung 2005: Anhangtabelle II.7). Die Sozialhilfequote von Frauen lag 2003 bei 3,7 Prozent, die der Männer bei 3,1 Prozent (ebd.: 60 f.). Dauerhaft von Armut waren 2003 rund 4 Prozent der Bevölkerung betroffen, insbesondere Personen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau, allein Erziehende, Personen in Haushalten mit drei oder mehr Kindern und in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren.¹⁷⁵ Unter Frauen (10,3 %) ist die chronische Einkommensarmut verbreiteter als unter Männern (7,5 %). Im Vergleich zu 1998 ist das Risiko der dauerhaften Armut um 2,9 Prozent (Frauen) bzw. um 2,1 Prozent (Männer) angestiegen (Bundesregierung 2005: Anhang X. Ergebnisse im Überblick).

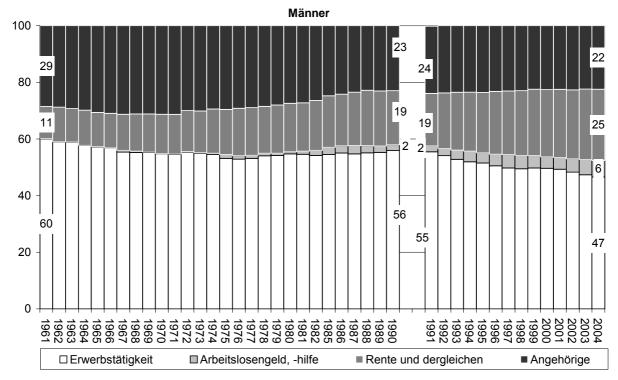
Der Lebensunterhalt von Frauen wird noch immer in besonderem Maße auch durch Angehörige gesichert (Abbildung 7.2). 2004 liegt der Anteil der Frauen, die angeben, ihr Lebensunterhalt sei überwiegend durch Angehörige gesichert, bei 36 Prozent, der Anteil der Männer mit einer solchen Abhängigkeit beträgt dagegen nur 22 Prozent (Abbildung 7.2).

Abbildung 7.2: Überwiegender Lebensunterhalt von allen Frauen und Männern in Deutschland 1961 bis 2004 (in %)



- Fortsetzung nächste Seite -

¹⁷⁵ Von dauerhafter Armut bzw. von chronischer relativer Einkommensarmut wird bei Haushalten gesprochen, die in drei aufeinander folgenden Jahren die Grenze von 60 Prozent des Medians des Einkommens der Bevölkerung unterschreiten.



Anmerkung: 1961: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin; bis 1990 früheres Bundesgebiet; Für 1983 und 1984 liegen keine Zahlen vor.

Datenbasis: Mikrozensus, auf der Basis von Selbstauskünften, keine Altersbeschränkung

Quelle: Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; eigene Berechnungen

Seit 1991 hat zwar die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen, dennoch ist sie weiterhin nur für ein Drittel der Frauen überwiegende Quelle ihres Lebensunterhaltes. Bei Männern sank der Anteil derer, die angaben, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbsarbeit bestreiten zu können, seit 1991 von 55 Prozent auf 47 Prozent. Es zeichnet sich unter diesem Aspekt insgesamt eine Angleichung der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern ab, eine Angleichung, die für Männer mit deutlich mehr Abhängigkeit von Transferleistungen verbunden ist (Abbildung 7.2). Bei beiden Geschlechtern spiegelt die zunehmende Bedeutung der Einkommen aus Renten bzw. Pensionen und sonstigen Einkünften sowie aus Arbeitslosengeld/-hilfe einerseits die demografische Entwicklung mit der Verschiebung der Altersstruktur und andererseits die wachsende Arbeitsplatzunsicherheit mit mehr Arbeitslosen wider (Abbildung 7.2). Dennoch bleiben gravierende Unterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen.

Auch wenn man nur die Erwerbstätigen betrachtet, kann man Unterschiede in der Deckung des Lebensunterhalts zwischen den Geschlechtern ausmachen (Abbildung A 7.1). 95 Prozent der erwerbstätigen Männer geben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus ihrer Erwerbstätigkeit finanzieren zu können. Bei den erwerbstätigen Frauen sind es mit 86 Prozent merklich weniger. Erwerbstätige Frauen geben häufiger als Männer an, auf Unterstützung durch Angehörige angewiesen zu sein (11 % Frauen zu 2 % Männer, Abbildung A 7.1). Als Ursache kann der relativ hohe Anteil von erwerbstätigen Frauen angesehen werden, der als

Teilzeitkraft oder in geringfügigen oder schlecht entlohnten Beschäftigungsverhältnissen arbeitet (Kapitel 2 und 3).

Die Haupteinkommensquelle erwerbsloser Frauen und Männer ist 2004 noch das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe. Sie sichert den Lebensunterhalt von Männern deutlich häufiger als den von Frauen ab (Frauen: 63 %, Männer: 78 %, Abbildung A 7.2). Stärker als die *erwerbstätigen* Frauen und Männer sind die *erwerbslosen* Frauen vom Lebensunterhalt durch Angehörige abhängig. Rund ein Viertel (24 %) der erwerbslosen Frauen geben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend von Angehörigen zu beziehen, bei den erwerbslosen Männern ist es rund ein Zehntel (11 %). Der Anteil derjenigen Erwerbslosen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Renten, Pensionen oder sonstigen Einkünften (z.B. Sozialhilfe) bestritten, lag bei Frauen und Männern mit 13 bzw. 11 Prozent auf ähnlichem Niveau (Abbildung A 7.2).

Die ökonomische Abhängigkeit von Angehörigen wird mit der Umsetzung der Hartz IV-Reformen steigen. Für die persönlich unterstützte erwerbslose Person bedeutet dies eine unerwünschte persönliche Abhängigkeit. Für die unterstützende Person eine im Falle von Erwerbslosigkeit der/des Angehörigen eine ungeplante Einschränkung eigener finanzieller Spielräume. Partnerschaftskonzepte, die darauf angelegt waren, dass sich jede/r ein Höchstmaß an Eigenständigkeit bewahrt, geraten in Konflikt mit dem Subsidiaritätsprinzip, das Personen, die zusammen leben und/oder verheiratet sind, ein Füreinander-Einstehen abverlangt, bevor staatliche Hilfen angeboten werden.

7.4 Absicherung bei Erwerbslosigkeit – Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung

Auf die anhaltende Arbeitslosigkeit wird mit aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik reagiert. Die aktive Arbeitsförderung verfolgt das Ziel, Personen ohne Beschäftigung durch geeignete Maßnahmen in den Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren. Die passive Arbeitsmarktpolitik dient mit ihren Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld) dem Ausgleich der ausgefallenen Erwerbseinkommen für einen begrenzten Zeitraum (Lohnersatzleistungen). Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung haben nur Personen, die in einem Zeitraum von drei Jahren mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und sich bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos registrieren lassen. Eine weitere *Versorgungs*leistung für erwerbsfähige, arbeitslos gemeldete Personen, die nach einer Bedarfsprüfung erfolgt, war die (ehemalige) Arbeitslosenhilfe und ist das neue Arbeitslosengeld II.

Da Frauen auf Grund ihrer oft diskontinuierlichen Erwerbsbiografien häufiger als Männer keine oder zeitlich nur sehr begrenzte Ansprüche erwerben, waren sie bei den Arbeitsagenturen oft nicht als Arbeitslose oder Arbeitssuchende registriert. Die niedrigere Quote der Ar-

beitslosenhilfeempfängerinnen war allerdings nicht nur eine Folge diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, sondern auch Folge dessen, dass Frauen häufiger als Männer in Bedarfsgemeinschaften leben, die auch ohne ihr Einkommen nicht als bedürftig gelten. Die nicht registrierten, aber doch an Erwerbsarbeit interessierten Personen werden als "Stille Reserve" bezeichnet. 2004 befanden sich nach Schätzungen ca. 2,7 Millionen Personen – hauptsächlich Frauen – in der "Stillen Reserve" (2001: 2,3 Mio.)¹⁷⁶. Die Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) mit den veränderten Leistungsvoraussetzungen für das Arbeitslosengeld II wird wahrscheinlich dazu führen, dass der Anteil der erwerbslosen Frauen und Männer ohne Ansprüche ansteigt. Klare Aussagen lassen sich dazu momentan noch nicht treffen.

Im Folgenden wird nun zunächst beschrieben, welche finanziellen Leistungen arbeitslosen Frauen und Männern 2003 zugute kamen (7.4.1), dann wird dargestellt, durch welche Maßnahmen zur Arbeitsförderung, Frauen und Männer zum Teil wieder in den Arbeitsmarkt integriert wurden (7.4.2).

7.4.1 Passive Leistungen bei Arbeitslosigkeit

Bei der Interpretation der nachstehenden Daten muss berücksichtigt werden, dass sie nur die bei der Bundesagentur *gemeldeten* Arbeitslosen berücksichtigt. Die Anzahl insbesondere der *Frauen* ohne Erwerbsarbeit ist wie oben beschrieben deutlich höher und deren soziale Absicherung ist bei Arbeitslosigkeit de facto kritischer.

Im Rahmen der passiven Arbeitsmarktpolitik wurden bis Ende 2004 an Personen, die Ansprüche auf Lohnersatzleistungen erworben hatten, Arbeitslosengeld und anschließend nach einer Bedürftigkeitsprüfung Arbeitslosenhilfe gezahlt. Letztere wurde mit der Umsetzung von Hartz IV am 01. Januar 2005 mit der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt.

Leistungsbezieherinnen und -bezieher

In den letzten Jahrzehnten hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland stetig zugenommen (Kapitel 2, Abbildung 2.29); zeitgleich stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Lohnersatzleistungen (Klammer 2000a: 283). 2003 bezogen bundesweit 3,9 Mio. Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe (Tabelle A 7.1). Die Leistungsbezieherquote weist ein Geschlechterungleichgewicht auf. Nur 73 Prozent der arbeitslos gemeldeten Frauen aber immerhin 83 Prozent dieser Männer haben 2003 Leistungen erhalten. Insbesondere in Westdeutschland bezogen Frauen deutlich seltener als Männer Leistungen bei Arbeitslosigkeit. In Ostdeutschland lagen die Leistungsbezieherquoten beider Geschlechter höher als in Westdeutschland. Zudem fiel die Differenz zwischen den Geschlechtern in Ostdeutschland geringer aus (Tabelle A 7.1 und Abbildung 7.3).

¹⁷⁶ www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/4/ab/abblV34.pdf, Stand: 05.03.2005.

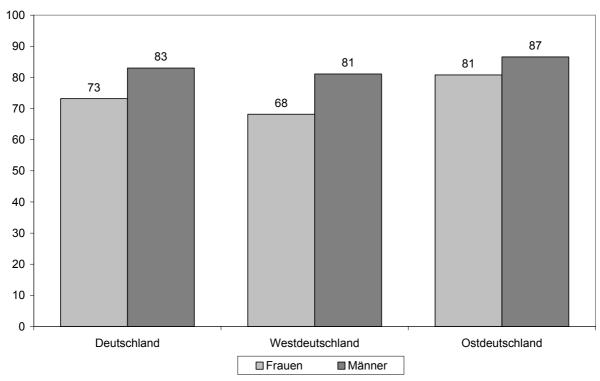


Abbildung 7.3: Leistungsbezieherquoten bei Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

Anmerkung: Die Leistungsbezieherquote berechnet sich aus den arbeitslosen Leistungsbezieherinnen und -beziehern (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) dividiert durch alle Arbeitslosen. Nicht alle Leistungsbezieherinnen und -bezieher gelten als arbeitslos.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2005: Sonderauswertung (BA-SH 524); eigene Darstellung

Als Grund für den unterschiedlichen Bezug von Arbeitslosen*geld* gilt die differente Integration von Frauen und Männern in den Arbeitsmarkt: Frauen sind häufiger als Männer nur kurzfristig beschäftigt und sind häufiger als Männer in nicht-sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen tätig. Frauen zahlen dementsprechend seltener als Männer oder nur über einen kürzeren Zeitraum in die Arbeitslosenversicherung ein und können daraufhin keine oder zeitlich nur sehr begrenzte Leistungsansprüche bei Arbeitslosigkeit geltend machen. Wie Tabelle 7.2 zeigt, waren Frauen unter den Arbeitslosen*hilfe*- mehr noch als unter den Arbeitslosen*geld*empfängerinnen und -empfängern unterrepräsentiert. Dies galt ganz besonders im Westen.

Tabelle 7.2: Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2004 (absolut und in %)

	zieherin	Leistungsbe- nen und ehern	Leistungsbezieher/-innen				
	insge	esamt	Arbeits	losengeld	Arbeitslosenhilfe		
	Frauen	Männer	Frauen Männer in %		Frauen in %	Männer in %	
Deutschland	1.718.261	2.353.653	47,8	52,2	38,9	61,1	
Westdeutschland	1.009.329 1.536.313		49,1	50,9	32,3	67,7	
Ostdeutschland	708.932	817.340	44,7	55,3	47,3	52,7	

Anmerkung: Nicht aufgeführt sind die Leistungen Eingliederungshilfe und Unterhaltsgeld.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2004b

Der relativ niedrige Anteil von Arbeitslosen hilfebezieherinnen in Westdeutschland kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass Frauen in Westdeutschland seltener von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind als Frauen in Ostdeutschland (siehe Anhang Tabelle A 7.2). Er beruht vorrangig aber auf den Effekten der Bedürftigkeitsprüfung im Haushaltszusammenhang. Danach erweisen sich arbeitslose Frauen seltener als bedürftig und werden auf die Unterstützung durch den Ehemann/Lebenspartner verwiesen (Klammer 2000a: 288).

In Ostdeutschland waren arbeitslose Frauen deutlich länger als arbeitslose Männer von Arbeitslosigkeit betroffen (Tabelle A 7.2). Dennoch waren sie unter den Arbeitslosenhilfeempfängerinnen unterrepräsentiert. Auch dies ist ein Effekt der Bedürftigkeitsprüfung.

Leistungshöhe

Auch die Höhe des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe unterschied sich nach dem Geschlecht der Leistungsbezieher bzw. -bezieherinnen, da diese Bezüge weitgehend vom vorhergehenden sozialversicherungspflichtigen Erwerbseinkommen abhängig waren. Wie das Kapitel 3 deutlich gemacht hat, liegen die Einkommen Vollzeitbeschäftigter in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland und die Einkommen der vollzeitbeschäftigten Männer sind insbesondere in Westdeutschland höher als die der Frauen. Durch die höhere Teilzeitquote von Frauen liegen die Einkommen, die Frauen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erzielen, in den westdeutschen Ländern im Durchschnitt nur bei 59 Prozent der Männerlöhne, in den ostdeutschen Ländern bei 84 Prozent (Tabelle 3.2, Kapitel 3). Dementsprechend erhielten Männer in West- und in Ostdeutschland sowohl beim Arbeitslosengeld als auch bei der Arbeitslosenhilfe jeweils höhere Leistungen als Frauen (Abbildung 7.4).

1.000 901 900 800 724 700 603 601 601 600 526 500 441 422 400 300 200 100 0 Frauen Männer Frauen Männer Frauen Männer Frauen Männer Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe Westdeutschland Ostdeutschland

Abbildung 7.4: Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in West- und Ostdeutschland (in €)

Anmerkung: Monatsbeträge in € jeweils Ende September 2003

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2004c

Die Geschlechterdiskrepanz ist in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Im Westen erreichten Frauen 2003 nur einen Anteil von 67 Prozent (ostdeutsche Frauen 83 %) am durchschnittlichen Arbeitslosengeld von Männern. Die arbeitslosen Leistungsbezieherinnen im Westen erhielten bei der Arbeitslosenhilfe einen Durchschnittsbetrag, der 73 Prozent (ostdeutsche Frauen 80 %) der an Männer durchschnittlich gezahlten Arbeitslosenhilfe ausmachte. Die Differenzen zwischen den durchschnittlichen Leistungen an Frauen und Männer bei Arbeitslosigkeit spiegeln einerseits die Einkommensunterschiede von Frauen und Männern wider, die selbst bei Vollzeitbeschäftigung bestehen, andererseits aber auch die hohe Teilzeitquote von Frauen insbesondere im Westen.

Im Zuge der Einführung des Arbeitslosengelds II ist zu erwarten, dass ein Teil des Personenkreises, der 2004 noch Arbeitslosenhilfe bezogen hat, aus dem Leistungsbezug fällt. Dies könnte insbesondere Frauen in den ostdeutschen Bundesländern treffen. Mit dem In-Kraft-Treten der Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) werden sich die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I und II verschärfen. Wer ab dem 1. Februar 2006 arbeitslos wird, erhält maximal 12 Monate Arbeitslosengeld I, über 55-Jährige maximal 18 Monate. Seit dem 1. Januar 2005 gilt, dass Personen, die keinen Anspruch (mehr) auf die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld haben, in die Kategorie Arbeitslosengeld II fallen. Im Unterschied zur Arbeitslosenhilfe, entfällt der Bezug zum vorhergehenden Nettoeinkommen beim Arbeits-

losengeld II, hinzu kommt die strengere und umfangreichere Bedürftigkeitsprüfung. 177 Die Folgen dieser verschärften Prüfung könnten vor allem Frauen treffen. Bereits 2003 wurden bundesweit knapp 184.000 Anträge auf Arbeitslosenhilfe abgelehnt. 75 Prozent der Ablehnungen trafen Frauen (Jenter 2004: 4). Für 2005 wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg geschätzt, dass 344.000 Personen aus dem Leistungsbezug fallen werden – hauptsächlich Frauen (ebd.: 4). Der DGB schätzt auf Grundlage der IAB-Zahlen, dass ca. 230.000 arbeitslos gemeldete Frauen keine Leistungen erhalten werden. Deren Zugang zur aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird schwierig werden. Als "billige" Arbeitslose werden sie trotz Anspruchs de facto womöglich keinen gleichberechtigten Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen, beschäftigungsbegleitenden und beschäftigungsschaffenden Maßnahmen haben (ebd.: 4). Wenn Frauen von den Arbeitsmarktreformen auch härter betroffen sein werden als Männer, so wird es nach der Umsetzung der Reformen doch auch mehr Männer geben, die nach einer Bedürftigkeitsprüfung auf das Einkommen ihrer Partnerin verwiesen werden.

7.4.2 Aktive Arbeitsförderung

Die aktive Arbeitsmarktförderung bedient sich verschiedener Instrumente zur (Re-)Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt. Dazu zählen beispielsweise Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung, beschäftigungsbegleitende Leistungen und beschäftigungsschaffende Maßnahmen.¹⁷⁸

Im Rahmen des Gesetzes zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Job-AQTIV)¹⁷⁹, mit dem die arbeitsmarktpolitischen Instrumente und das Arbeitsförderungsrecht reformiert wurden, wurde im Dritten Sozialgesetzbuch (SGB III) § 8, Abs. 2 festgeschrieben, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an den Arbeitslosen durch Leistungen der aktiven Arbeitsförderung zu fördern sind.

Tabelle 7.3 zeigt mit einer Gegenüberstellung der Anteile von Frauen und Männern an den Arbeitslosen, an den geförderten und an den eingegliederten Personen Folgendes:

¹⁷⁷ Im vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurde im § 24, Abschnitt 2 eine Übergangsregelung getroffen. Es wird ein auf zwei Jahre befristeter Zuschlag an eine erwerbsfähige hilfebedürftige Person nach dem Bezug von Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II gezahlt. Im ersten Jahr beträgt der Zuschlag max. 160 € pro Monat, bei Partnern insgesamt 320 € und pro minderjährigem Kind in einer zuschlagsberechtigten Partnerschaft werden 60 € gezahlt. Im zweiten Jahr werden reduzierte Zuschläge gezahlt.

¹⁷⁸ Frauen und Männer, die an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen, gelten im Übrigen nicht als arbeitslos. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (beispielsweise Eingliederungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) gelten als beschäftigt, da sie sich in Maßnahmen, die der Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, berufliche Weiterbildung) dienen, befinden.

¹⁷⁹ AQTIV steht für Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren und Vermitteln. Mit dem Gesetz soll einerseits die aktive Arbeitsförderung gestärkt werden, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und andererseits sollen durch gezielte Maßnahmen Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in das Erwerbsleben integriert werden. Zu Beginn der Arbeitslosigkeit soll geprüft werden, welche Stärken und Chancen die arbeitslose Person aufweist und wie eventuelle Hindernisse bei der Arbeitssuche überwunden werden können.

In Westdeutschland waren Frauen unter den geförderten Personen gemessen an ihrem Anteil an den Arbeitslosen in fast allen Bereichen der Förderung unterrepräsentiert, ihre Eingliederungsquoten ein halbes Jahr nach Beendigung der Maßnahme waren aber durchweg höher als die der Männer. In Ostdeutschland fiel das Bild, was die Beteiligung an den Maßnahmen und die Wiedereingliederung betrifft, weniger eindeutig aus: An den wirksamsten Eingliederungsmaßnahmen, den Eingliederungszuschüssen¹⁸⁰, nehmen sie leicht überproportional Teil (+1,6 %) und sind häufiger als Männer ein halbes Jahr nach der Maßnahme eingegliedert. In den beschäftigungsschaffenden Maßnahmen sind arbeitslose Frauen in den ostdeutschen Ländern überrepräsentiert, erreichen aber seltener eine Wiedereingliederung. In Ostdeutschland haben beschäftigungsfördernde Maßnahmen rein quantitativ betrachtet ein großes Gewicht. Sie führen aber seltener zu einer erfolgreichen Eingliederung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Tabelle 7.3).

Tabelle 7.3: Geförderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Eingliederungsquote der aktiv geförderten Personen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (absolut und in %)

	Bestand der	Fra	iuen	Mä	nner
	geförderten Personen	Anteil an den geför- derten Per- sonen (in %)	Eingliede- rungsquote ¹ (in %)	Anteil an den geför- derten Per- sonen (in %)	Eingliede- rungsquote ¹ (in %)
	Westdeut	schland			
Arbeitslose	2.497.678	42,9	1	57,1	1
beschäftigungsbegleitende Maßnahmen	83.075	31,8	48,6	68,2	35,2
Eingliederungszuschüsse	41.262	34,8	75,2	65,2	67,3
beschäftigungsschaffende Maßnahmen	42.277	37,0	48,2	63,0	37,8
dar. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	32.724	36,9	46,9	63,1	36,1
Zielförderanteil ²	1	39,1	1	60,9	1
realisierter Förderanteil/Eingliederungsquote	466.754	42,9	40,9	57,1	37,7
Differenz (in Prozentpunkten)	1	3,7	1	-3,7	1
	Ostdeuts	schland			
Arbeitslose	1.562.639	47,9	1	52,1	1
beschäftigungsbegleitende Maßnahmen	105.299	43,6	58,1	56,4	41,4
Eingliederungszuschüsse	69.110	46,4	73,7	53,6	68,5
beschäftigungsschaffende Maßnahmen	137.249	50,0	24,7	50,0	30,0
dar. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	91.985	51,0	21,5	49,0	26,6
Zielförderanteil ²	/	47,2	1	52,8	1
realisierter Förderanteil	489.060	46,3	34,2	53,7	37,4
Differenz	1	-0,9	1	0,9	1

- Fortsetzung nächste Seite -

¹⁸⁰ Seit dem 01.01.2004 gibt es nur noch zwei Typen von Eingliederungszuschüssen: Eingliederungszuschüsse für Arbeitnehmer mit Vermittlungshemmnissen und Eingliederungszuschüsse für behinderte Menschen. Für erstere kann der Eingliederungszuschuss längstens für eine Dauer von 12 Monaten und in einer Höhe von bis zu 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts geleistet werden.

Deutschland								
Arbeitslose	4.060.317	44,8	1	55,2	1			
beschäftigungsbegleitende Maßnahmen	188.374	38,8	54,1	61,2	41,4			
Eingliederungszuschüsse	110.371	42,1	74,3	57,9	68,5			
beschäftigungsschaffende Maßnahmen	179.525	46,9	28,8	53,1	30,0			
dar. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	124.709	47,3	26,1	52,7	26,6			
Zielförderanteil ²	1	42,5	1	57,5	1			
realisierter Förderanteil	955.814	44,6	37,6	55,4	37,6			
Differenz	1	2,1	1	-2,1	1			

¹ Die Eingliederungsquote bezieht sich auf die recherchierbaren Austritte von 07.2001 bis 06.2002.

Datenbasis: Eingliederungsbilanz 2002 Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2003

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind im Gegensatz zu den Eingliederungszuschüssen ein Instrument der aktiven Arbeitsförderung, das in Ostdeutschland nur bei ungefähr einem Viertel der Fälle zu einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt führt. In Westdeutschland dagegen weisen Frauen nach AB-Maßnahmen eine Wiedereingliederungsquote von 47 Prozent und Männer immerhin noch eine von 36 Prozent auf (Tabelle 7.3). Entgegen der bisherigen Praxis werden Beschäftigte der ABM künftig von der Arbeitslosenversicherungspflicht freigestellt sein (SGB III § 27, Abs. 3 Nr. 5). Sie können somit keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld mehr erwerben. Misslingt ihre Wiedereingliederung durch eine AB-Maßnahme, werden sie als Arbeitslose ohne Leistungsbezüge kaum noch die Chance erhalten, an einer weiteren Wiedereingliederungsmaßnahme teilzuhaben. Vermittlungsbemühungen um ein existenzsicherndes Arbeitsverhältnis können eingestellt werden (SGB II § 10). Ähnlich prekär stellt sich die Situation für Langzeitarbeitslose dar, die verpflichtet sind, auch Minijobs anzunehmen. Geringfügige Beschäftigung, bisher eine Domäne von Frauen (Kapitel 2, Abbildung 2.17 und 2.18), unterliegt nicht der Arbeitslosenversicherungspflicht, so dass auch hier keine neuen Leistungsansprüche gegenüber der Bundesagentur für Arbeit entstehen.

Wer seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II auf Grund des Einkommens des Partners verliert, in der Mehrzahl Frauen, verliert auch den Anspruch auf Weiterversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Regelung wird Frauen härter als Männer treffen, da sie ohnehin über geringere eigene gesetzliche Rentenansprüche als Männer verfügen (Kapitel 7.6). Es ist allerdings damit zu rechnen, dass auch die Rentenansprüche von Männern durch Phasen von Erwerbslosigkeit deutlich beeinträchtigt werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

Die Leistungsbezüge bei Arbeitslosigkeit wiesen 2003 ein deutliches Geschlechterungleichgewicht auf. Nur 73 Prozent der arbeitslos gemeldeten Frauen und 83 Prozent der ebenso

² Der Zielförderanteil entspricht nur ungefähr dem Anteil von Frauen und Männern an den Arbeitslosen. Der Zielförderanteil errechnet sich aus der relativen Betroffenheit (Arbeitslosenquote) und der absoluten Betroffenheit (Anteil an allen Arbeitslosen).

gemeldeten Männer erhielten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Es wird geschätzt, dass dieses Ungleichgewicht noch deutlich größer wäre, wenn sich alle Arbeit Suchenden arbeitslos melden würden, denn in der "stillen Reserve" befinden sich nach Schätzungen deutlich mehr Frauen als Männer.

Da die Ansprüche auf Arbeitslosengeld (aber auch die auf Arbeitslosen hilfe zum Teil noch) abhängig vom vorausgegangenen Erwerbseinkommen sind, erhalten Frauen deutlich geringere Monatsbeträge.

Die ungleiche Absicherung des Arbeitslosenrisikos von Frauen und Männern wird sich mit der Umsetzung von Hartz IV nicht verringern. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Leistungen für arbeitslose Frauen und Männer absinken werden.

Frauen und Männer erhalten einen ihrer gemeldeten Arbeitslosigkeit entsprechenden Anteil an Wiedereingliederungsmaßnahmen. In Westdeutschland sind arbeitslose Frauen in diesen Maßnahmen aber eher unterrepräsentiert, in Ostdeutschland eher überrepräsentiert.

Die Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen sind im Allgemeinen erfolgreicher als die für Männer (soweit das recherchierbar ist).

7.5 Sozialhilfebezug von Frauen und Männern

Mit der Sozialhilfe wurde Anfang der 60er-Jahre ein mit Rechtsansprüchen ausgestattetes soziales Sicherungssystem eingeführt, das vor Armut und Ausgrenzung und den Folgen besonderer Belastungen schützen sollte. Die Hilfe zum Lebensunterhalt, die im Rahmen der Sozialhilfe gewährt wurde, garantierte Not leidenden Personen und Haushalten, den lebensnotwendigen Bedarf zu decken, sofern Angehörige nicht unterhaltspflichtig waren. Bis Ende 2004 wurden die regelmäßigen Zahlungen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt ergänzt durch Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Der Gesetzgeber hat die Sozialhilfe immer wieder gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. So wurde 2003 eine neue Grundsicherung im Alter geschaffen. Anfang 2005 wurden die beiden steuerfinanzierten bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistungssysteme, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige, im SGB II zusammengeführt. Ab 1. Januar 2005 erhalten erwerbsfähige Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfänger im Alter von 15 bis 64 Jahren Leistungen der neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende, das Arbeitslosengeld II.

Nicht jede bzw. jeder, die/der sozialhilfeberechtigt war, nahm die Hilfe auch in Anspruch. Informationsdefizite, Stigmatisierungsängste und der Wunsch, dass Kinder, Eltern oder ehemalige Partner nicht regresspflichtig werden, waren dafür die Ursachen. Insbesondere bei allein Erziehenden vermutete man einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Personen, die auf Sozialhilfe verzichteten (Bundesregierung 2005: 66). Insgesamt schätzt man, dass

Kap. 7 Soziale Sicherung 423

ein Viertel bis zwei Fünftel des Volumens der Sozialhilfe von Berechtigten nicht in Anspruch genommen wurde (ebd.).

Mit der oben bereits erwähnten Grundsicherung im Alter wurde ein Instrument geschaffen, das der versteckten Armut im Alter zumindest zum Teil entgegenwirkt, indem Kommunen gegenüber unterhaltspflichtigen Kindern und Eltern mit einem Einkommen unter 100.000 € im Jahr auf die Erstattung von in Anspruch genommenen Sozialleistungen verzichten (ebd.).

7.5.1 Entwicklung des Sozialhilfebezuges von Frauen und Männern

Am Jahresende 2003 erhielten 2,81 Millionen Frauen und Männer in 1,4 Millionen Haushalten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfe im engeren Sinne) (Statistisches Bundesamt 2004l). Frauen stellten mit 55 Prozent die Mehrheit der Personen, die Sozialhilfe empfangen haben. Seit der Einführung der Sozialhilfeleistungen Anfang der 60er-Jahre im früheren Bundesgebiet haben sich die Geschlechterunterschiede deutlich reduziert. 1965 betrug der Frauenanteil an der Sozialhilfe im engeren Sinne noch 67 Prozent (Statistisches Bundesamt 2003o). Frauen waren also wesentlich stärker als Männer auf dieses letzte soziale Netz angewiesen.

Betrachtet man die gesamtdeutschen Sozialhilfequoten *nach der Vereinigung*, dann sind die Sozialhilfequoten der Frauen stärker gestiegen als die der Männer. Am Jahresende 1992 betrug die Sozialhilfequote der Frauen 3,0 Prozent und die der Männer 2,7 Prozent. Ende 2003 erhielten 3,7 Prozent der Frauen Sozialhilfe gegenüber 3,1 Prozent bei den Männern (Abbildung 7.5).

Die Soziahilfequoten waren 2003 mit 3,1 Prozent in Ostdeutschland¹⁸¹ und 3,2 Prozent in Westdeutschland¹⁸² auf ähnlich hohem Niveau, wobei in Westdeutschland (Frau: 3,5 %; Mann: 2,9 %) der Abstand zwischen den Geschlechtern größer war als in den ostdeutschen Ländern (Frau: 3,3 %; Mann: 3,0 %). In den Stadtstaaten Bremen (9,2 %), Berlin (7,7 %) und Hamburg (6,2 %) lagen die Sozialhilfequoten höher als in den Flächenländern wie beispielsweise Bayern (1,8 %), Baden-Württemberg (2,1 %) oder Thüringen (2,3 %). In allen Bundesländern hatten Frauen ein höheres Sozialhilferisiko als Männer (Statistisches Bundesamt 2005c).¹⁸³

¹⁸¹ Ohne Berlin.

¹⁸² Ohne Berlin.

¹⁸³ Baden-Württemberg (Frau: 2,4 %, Mann: 1,9 %), Bayern (Frau: 2 %, Mann: 1,6 %), Berlin (Frau: 7,8 %, Mann: 7,6 %), Brandenburg (Frau: 3,1 %, Mann: 2,8 %), Bremen (Frau: 9,8 %, Mann: 8,5 %), Hamburg (Frau: 7,1 %, Mann: 6,6 %), Hessen (Frau: 4,2 %, Mann: 3,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (Frau: 4 %, Mann: 3,6 %), Niedersachsen (Frau: 4,3 %, Mann: 3,5 %), Nordrhein-Westfalen (Frau: 4,2 %, Mann: 3,4 %), Rheinland-Pfalz (Frau: 2,9 %, Mann: 2,2 %), Saarland (Frau: 4,6 %, Mann: 3,6 %), Sachsen (Frau: 3,3 %, Mann: 2,9 %), Sachsen-Anhalt (Frau: 3,9 %, Mann: 3,6 %), Schleswig-Holstein (Frau: 4,4 %, Mann: 3,8 %), Thüringen (Frau: 2,5 %, Mann: 2,2 %) (Statistisches Bundesamt 2005c).

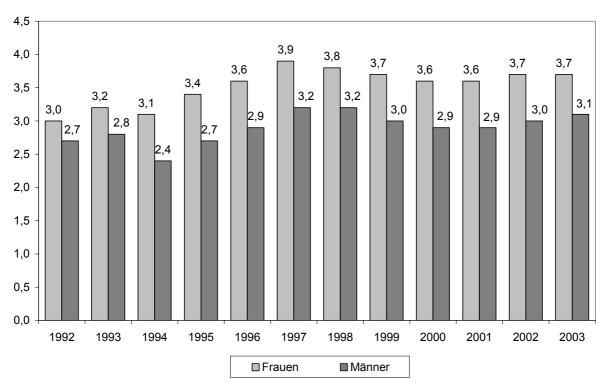


Abbildung 7.5: Sozialhilfequoten¹ von Frauen und Männern in Deutschland 1992 bis 2003 (in %)

Datenbasis: Sozialhilfestatistik; Bevölkerungsstand 2001 Quellen: Statistisches Bundesamt 2004l; 2004f; 2004g

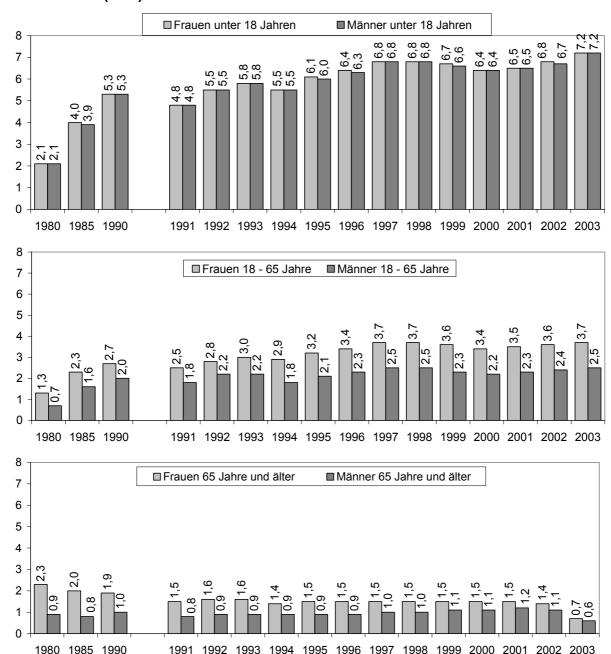
7.5.2 Demografische Strukturen der Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe

Stärker als zwischen Frauen und Männern unterschied sich das Sozialhilferisiko zwischen den Generationen. Wie Abbildung 7.6 zeigt, hatten 2003 nicht mehr alte Menschen, sondern Kinder und Jugendliche das höchste Sozialhilferisiko. Dabei unterschieden sich die Quoten für Frauen unter 18 Jahren nicht von denen der Männer in der gleichen Altersklasse. Im Erwerbsalter lag die Sozialhilfequote der Frauen 2003 mit 3,7 allerdings deutlich über der der Männer mit 2,5 (Abbildung 7.6). Dies resultiert aus der familienbedingt begrenzten Erwerbsarbeit von Frauen, aus ihren geringeren Erwerbseinkommen und aus der besonders prekären Situation der allein erziehenden Mütter. Die Sozialhilfequote der älteren Frauen ist seit 1980 deutlich gesunken, während die der älteren Männer leicht stieg. Die Geschlechterunterschiede waren bei den über 65-Jährigen gering (Abbildung 7.6).

¹ prozentualer Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinn (Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

Kap. 7 Soziale Sicherung 425

Abbildung 7.6: Sozialhilfequoten¹ nach Altersgruppen und Geschlecht in Deutschland 1980 bis 2003 (in %)



¹ prozentualer Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinn (Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

Anmerkung: Deutschland, vor 1991: Früheres Bundesgebiet

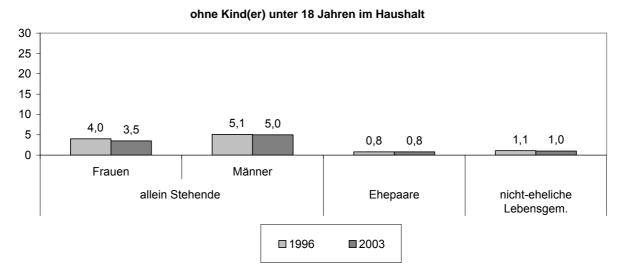
Datenbasis: Sozialhilfestatistik

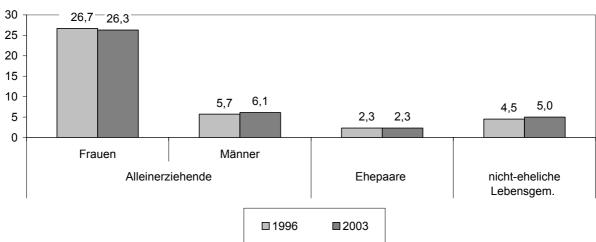
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004o

Betrachtet man die Sozialhilfequoten unterschiedlicher Haushaltstypen, so stellt man eine besondere Unterstützungsbedürftigkeit bei den Haushalten von allein Erziehenden fest. Während zum Jahresende 2003 im Durchschnitt 3,7 Prozent der Haushalte Sozialhilfe erhielten, galt dies für 27 Prozent der Haushalte von allein erziehenden Müttern und 6 Prozent der

allein erziehenden Väter (Abbildung 7.7).¹⁸⁴ Ehepaare und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern benötigten zum Lebensunterhalt wesentlich seltener Sozialhilfe als allein Erziehende. Ehepaare und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 Jahren im Haushalt hatten das geringste Sozialhilferisiko. Sie waren offensichtlich jedenfalls rein rechnerisch fast immer in der Lage, gemeinsam Armutsrisiken abzufangen (Abbildung 7.7).

Abbildung 7.7: Sozialhilfequoten¹ nach Haushaltstypen² in Deutschland 1996 und 2003 (in %)





mit Kind(ern) unter 18 Jahren im Haushalt

Quellen: Statistisches Bundesamt 2004l; 2005d

184 Das "Sozialhilferisiko" von allein erziehenden Müttern steigt mit zunehmender Kinderzahl deutlich. 2003 sind von den allein erziehenden Frauen mit einem Kind 22 Prozent von laufender Sozialhilfe betroffen. Sind zwei Kinder im Haushalt steigt der Anteil auf 30,5 Prozent. Von den allein erziehenden Frauen mit drei und mehr Kindern ist über die Hälfte (51 %) auf Sozialhilfe angewiesen. Bei den allein erziehenden Männern fallen die Quoten geringer aus (1 Kind: 5,1 %; 2 Kinder: 8,5 %; 3 Kinder und mehr: 10,6 %) (Statistisches Bundesamt 2005d).

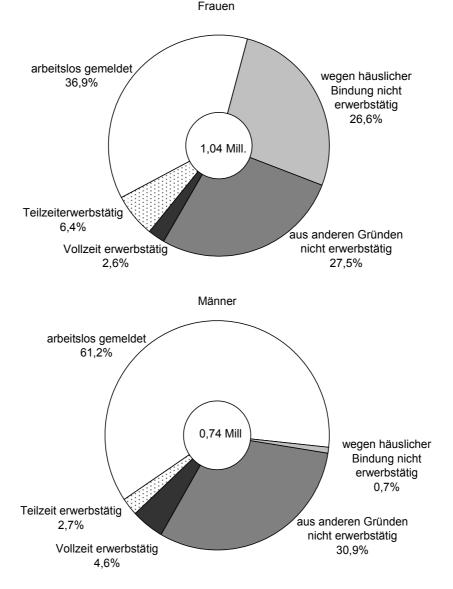
¹ prozentualer Anteil der Empfängerinnen und Empfänger an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

² Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen Datenbasis: Sozialhilfestatistik

2003 gab es insgesamt 364.000 allein Erziehende in Deutschland, die auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen waren, 97 Prozent davon waren weiblichen Geschlechts (Statistisches Bundesamt 2005d).

Generell war die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit die Hauptursache für den Sozialhilfebezug. Bei Frauen spielte neben der Arbeitslosigkeit aber auch die Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. -fähigkeit "wegen häuslicher Bindung" eine wichtige Rolle (Abbildung 7.8). Ferner zeigt sich, dass 7,3 Prozent der männlichen und 9,0 Prozent der weiblichen Sozialhilfeempfänger bzw. -empfängerinnen trotz einer Erwerbsarbeit Anspruch auf (ergänzende) Sozialhilfe hatten (Abbildung 7.8).

Abbildung 7.8: Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne¹ in Deutschland 2003 (in %)



¹ Erwerbsstatus der 15- bis 64-jährigen Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Datenbasis: Sozialhilfestatistik 2003 Quelle: Statistisches Bundesamt 2004o Von den 2,8 Millionen Sozialhilfeempfängerinnen bzw. -empfängern 2003 sind 2,194 Millionen Deutsche und 617.000 anderer Nationalität. Der Ausländeranteil lag somit bei 21,9 Prozent. Gemessen an dem Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung 2003 (8,9 %) ist die nicht-deutsche Bevölkerung überproportional auf Sozialhilfe angewiesen (Kapitel 4).

Der Vergleich der Sozialhilfequote von Ausländerinnen (9,4 %) und deutschen Frauen (3,2 %) macht deutlich, dass ausländische Frauen in besonderem Maße auf Sozialhilfe angewiesen waren. Auch die Quote der ausländischen Männer lag mit 7,5 Prozent niedriger. Allerdings lag damit die Sozialhilfequote ausländischer Männer wiederum über der Quote der deutschen Männer (2,7 %) (Tabelle 7.4).

Tabelle 7.4: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne¹ in Deutschland 2003 (absolut und in %)

	insge-		Deutsche		Ausländer/-innen		
	samt	zusam- men	Frauen	Männer	zusam- men	Frauen	Männer
Anzahl (in 1.000)	2.811	2.194	1.226	968	617	328	289
in %	/	100,0	55,9	44,1	100,0	53,2	46,8
in %	100,0	78,1	/	1	21,9	/	/
Sozialhilfequote ²	3,4	2,9	3,2	2,7	8,4	9,4	7,5

¹ Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Datenbasis: Sozialhilfestatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt 2004m; 2005e

Asylbewerberinnen und Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländerinnen und Ausländer erhalten seit November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Zahl der Leistungsbezieherinnen bzw. -bezieher haben sich seit In-Kraft-Treten des AsylbLG zunächst nur relativ geringfügig verändert: Seit 1997 verminderte sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger dieser Hilfeart bis zum Jahresende 2003 aber deutlich (Tabelle 7.5).

Unter den Regelleistungsempfängerinnen bzw. -empfängern im Jahr 2003 überwiegen Männer mit 60 Prozent (Tabelle 7.5). Der im Gegensatz zur Sozialhilfe geringere Frauenanteil lässt sich demografisch erklären. Asylbewerberinnen und -bewerber sind zum größeren Teil männlich.

² Prozentualer Anteil der Empfängerinnen und Empfänger an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Tabelle 7.5: Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz für Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1995 bis 2003¹ (absolut in 1.000 und in %)

Jahr	Empfänger/-innen von Regelleistungen									
	Deutschland insgesamt We			We	/estdeutschland Ostdeutschland				and	
	insge-	davon	(in %):	insge-	davon (in %):		insge- davon		(in %)	
	samt (in 1.000)	Frauen	Männer	samt (in 1.000)	Frauen	Frauen Männer		Frauen	Männer	
1995	489	41,1	58,9	437	42,3	57,7	52	30,8	69,2	
1996	490	41,2	58,8	433	42,5	57,5	56	46,2	53,8	
1997	487	41,1	58,9	429	42,4	57,6	58	31	69	
1998	439	40,1	59,9	382	41,4	58,6	56	30,4	69,6	
1999	436	41,5	58,5	379	43	57	56	32,1	67,9	
2000	352	41,8	58,2	301	43,5	56,5	51	31,4	68,6	
2001	314	40,8	59,2	1	/	/	/	/	1	
2002	279	40,5	59,5	1	/	/	/	/	1	
2003	264	40,5	59,5	1	/	/	/	/	1	

¹ Die Angaben für West- und Ostdeutschland für die Jahre 2001 bis 2003 werden hier nicht ausgewiesen.

Datenbasis: Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt 2004m; 2005e

Über die Hälfte der Leistungsbezieherinnen bzw. -beziehern (140.000 bzw. 53 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug rund 24 Jahre (Frauen 24,2 Jahre, Männer 24,8 Jahre). Die größte Gruppe stammte aus Serbien und Montenegro (28,9 %). Weitere 9 Prozent der Leistungsempfängerinnen bzw. -empfänger hatten die türkische Staatsangehörigkeit, 5,9 Prozent die irakische und 5,2 Prozent die afghanische. An der "Rangfolge" der Herkunftskontinente der Hilfebezieherinnen und -bezieher (46,7 % Europa, 37,2 % Asien, 11,6 % Afrika) hat sich seit In-Kraft-Treten des AsylbLG nicht viel verändert (Statistisches Bundesamt 2005e).

Die Abhängigkeit von Sozialhilfe hatte in der ausländischen Bevölkerung zum Teil andere Ursachen als in der deutschen. So sind unter der zugewanderten Population allein Erziehende, die wie gezeigt im Allgemeinen besonders häufig von Sozialhilfe abhängig waren, relativ selten (Kapitel 5). Ein Grund für das überdurchschnittlich hohe Sozialhilferisiko der ausländischen Bevölkerung war ihre oft nur eingeschränkte Arbeitserlaubnis. Ein anderer Grund dürfte sein, dass es in der ausländischen Bevölkerung durchschnittlich mehr kinderreiche Familien gibt, die auf ergänzende staatliche Hilfe angewiesen sind. Ein weiterer Grund für die stärkere Abhängigkeit von Ausländerinnen bzw. Ausländer von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt war ihr deutlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko (Kapitel 2, Abbildung 2.32). Dies hängt mit einem hohen Anteil an Ungelernten unter den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zusammen (Bundesregierung 2005: 63). Migrantinnen und Migranten konnten seltener als die einheimische Bevölkerung in Deutschland anerkannte qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse vorweisen. Ihre im Durchschnitt deutlich schlechteren Verdienste (Kapitel 3, Kapitel 3.4.7) führten vermutlich häufiger dazu, dass sie trotz Erwerbsarbeit einen An-

spruch auf ergänzende Sozialhilfe hatten.

Die geringeren Einkommen von erwerbstätigen Frauen mit ausländischem Pass und deren oft geringere Beitragsjahre (Kapitel 2, Tabelle 2.3 und Abbildung 2.6) führten zudem dazu, dass Ausländerinnen in Deutschland wesentlich geringere Rentenansprüche haben als Deutsche. Entsprechend lag die Sozialhilfequote der Ausländerinnen im Rentenalter (über 65 Jahre) bei 6,5 Prozent.¹⁸⁵ Für die Gesamtbevölkerung in Deutschland wurde hingegen gezeigt, dass ältere Menschen eine relativ geringe Sozialhilfequote (unter 1 %) im Vergleich zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hatte (Abbildung 7.6).

Zusammenfassend lässt sich bezogen auf die Sozialhilfe festhalten:

Frauen waren etwas häufiger als Männer auf Sozialhilfe angewiesen. Dies traf nicht mehr auf Rentnerinnen zu, wohl aber auf Frauen im erwerbsfähigen Alter.

Besonders hoch lag die Sozialhilfequote bei allein erziehenden Müttern mit 26 Prozent.

Hauptursache des Sozialhilfebezugs war die Arbeitslosigkeit. Bei Frauen trug neben der Arbeitslosigkeit auch die Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. -fähigkeit auf Grund häuslicher Bindung zur Abhängigkeit von Sozialhilfe bei.

Die ausländische Bevölkerungsgruppe war stärker von Sozialhilfe abhängig als die deutsche. Die Sozialhilfequote von Frauen ohne deutschen Pass lag mit 9,4 Prozent über der der Männer ohne deutschen Pass.

7.6 Alterssicherung von Frauen und Männern

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden Renten der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) mit den Alterseinkommen gleichgesetzt. Allerdings sagt die durchschnittliche Höhe der Rentenbeträge aus der GRV wenig über das Nettoeinkommen und den Wohlstand von Rentnergruppen aus. Das Gesamtsystem der Alterssicherung ist wesentlich vielfältiger und komplexer. Im Wesentlichen setzt es sich aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), der Beamtenversorgung (BV), der Alterssicherung der Landwirte (AdL), der berufsständischen Versorgung (BSV), der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (ZÖD) und der betrieblichen Altersversorgung der Privatwirtschaft (BAV) zusammen. Daneben existieren eine Vielzahl von Sonderregelungen für bestimmte Personengruppen (u.a. für Handwerker, Bergleute, Künstlerinnen und Künstler in der Gesetzlichen Rentenversicherung) und von besonderen Versorgungssystemen (z.B. die Hüttenknappschaft oder die Zusatzversorgung in der Land- und Forstwirtschaft) (Bieber 2005).

Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist nach wie vor die am weitesten verbreitete Alterssicherung in Deutschland. Sie bildet im klassischen Bild der "drei Säulen" die erste

¹⁸⁵ Eigene Berechnungen auf Basis der Sozialhilfestatistik (Statistisches Bundesamt 2005e).

Säule. 2003 beziehen in Westdeutschland 91 Prozent der Männer ab 65 Jahren eine eigene Rente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung, bei den Frauen sind es 82 Prozent. In Ostdeutschland beträgt der Anteil jeweils 99 Prozent (BMGS 2005). Daneben beziehen insbesondere Frauen Renten, die sich aus den Ansprüchen ihrer verstorbenen Partner ableiten (Witwer-/Witwenrenten). Als größtes soziales Sicherungssystem in Deutschland dient die GRV als Hauptsicherung im Alter sowie im Invaliditäts- und Hinterbliebenenfall. Die Anwartschaftssysteme der DDR wurden in die GRV überführt. Die Untersuchung "Alterssicherung in Deutschland 2003" (ASiD 2003)¹⁸⁶ zeigt allerdings, dass niedrige Renten aus der GRV noch nichts über die Höhe des Nettogesamteinkommens aussagen. In der Regel kommen weitere Einkünfte aus anderen Einkommensquellen hinzu (Kapitel 7.6.1).

Die zweite Säule beinhaltet (überwiegend) idealtypisch eine vom Arbeitgeber finanzierte Zusatzversorgung. Im Gegensatz zur GRV beschränken sich die Leistungen aus dieser Säule weitestgehend auf die westdeutschen Länder. Erst nach der Vereinigung werden in Ostdeutschland neue Ansprüche auch auf Zusatzversorgung aufgebaut (Bieber 2005).

Die dritte Säule umfasst eine von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern selbst finanzierte private Altersvorsorge. Sie wird in Zukunft zusammen mit den von Arbeitgebern finanzierten Zusatzversicherungen an Bedeutung gewinnen, weil die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung allein den Lebensstandard im Alter zunehmend weniger werden sichern können. Da ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Personen an mehreren dieser Sicherungssysteme partizipiert und aus ein und demselben System mehrere Renten bezieht, lässt sich aus einzelnen Zahlbeträgen nicht unmittelbar auf das Alterseinkommen der Bezieherinnen und Bezieher schließen.

Weil das Gesamtsystem der Alterssicherung vielfältiger und komplexer ist als es das klassische Bild der "drei Säulen" nahe legt, niedrigere Renten aus der GRV nur wenig über das Nettoeinkommen der Rentnerinnen und Rentner aussagen, eine Betrachtung der Einkommen von Ehepartnern für viele Fragestellungen nur auf Haushaltsebene aussagekräftig ist, wird in einem ersten Schritt die geschlechtsspezifische Entwicklung der gesamten Alterssicherung betrachtet. Die Entwicklung und Situation in den einzelnen Säulen des Rentensystems wird danach beleuchtet.

7.6.1 Entwicklung der Alterssicherungsleistungen

Eine Zusammenschau der Ansprüche aus den verschiedenen Altersicherungssystemen einschließlich der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge ist zurzeit nur auf der Basis einer

¹⁸⁶ Die ASiD wird seit 1986 in regelmäßigen Abständen durchgeführt und ist eine breit angelegte repräsentative Untersuchung zur Alterssicherung von Personen ab 55 Jahren. Sie liefert umfassende Angaben über Einkommen aus den verschiedenen Alterssicherungssystemen und anderen Quellen. Die letzte ASiD wurde 2003 im Auftrag der Bundesregierung von Infratest Sozialforschung München durchgeführt.

Befragung aus dem Jahr 2003 möglich (ASiD 2003). Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Seniorinnen und Senioren im Alter ab 65 Jahren ist zwischen 1992 und 2003 um 33,4 Prozent gestiegen. Dabei war der Einkommenszuwachs in den ostdeutschen Ländern auf Grund eines Aufholprozesses höher als in den westdeutschen Ländern (Tabelle 7.6).

Tabelle 7.6: Nettoeinkommen der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren nach Haushaltstyp in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1986 bis 2003

Haushaltstyp / Familienstand		Veränderung							
	1986	1992	1995	1999	2003	92-03			
		in € je Monat				in %			
Deutschland									
alle Ehep./allein Stehende	alle Ehep./allein Stehende - 1.207 1.350 1.451 1.610								
Ehepaare	-	1.695	1.871	1.958	2.159	27,4			
allein st. Männer	-	1.210	1.330	1.356	1.476	22,0			
allein st. Frauen, davon:	-	928	1.037	1.100	1.171	26,2			
Witwen	-	936	1.050	1.122	1.197	27,9			
geschiedene Frauen	-	801	885	897	992	23,8			
ledige Frauen	-	946	1.033	1.083	1.145	21,0			
		Westdeutsd							
Alle Ehep./allein Stehende	981	1.294	1.393	1.479	1.641	26,8			
Ehepaare	1.382	1.807	1.927	1.997	2.211	22,4			
allein st. Männer	970	1.309	1.386	1.391	1.515	15,7			
allein st. Frauen, davon:	751	993	1.062	1.115	1.181	18,9			
Witwen	765	996	1.067	1.125	1.195	20,0			
geschiedene Frauen	662	910	966	954	1.051	15,5			
ledige Frauen	699	1.015	1.080	1.138	1.189	17,1			
Ostdeutschland									
Alle Ehep./allein Stehende	-	810	1.151	1.329	1.477	82,3			
Ehepaare	-	1.151	1.594	1.783	1.938	68,4			
allein st. Männer	-	710	1.045	1.178	1.284	80,8			
allein st. Frauen, davon:	-	650	926	1.035	1.128	73,5			
Witwen	-	674	977	1.108	1.207	79,1			
geschiedene Frauen	-	529	687	751	827	56,3			
ledige Frauen	-	585	793	829	953	62,9			

Datenbasis: Alterssicherung in Deutschland (ASiD)

Quelle: BMGS 2005; eigene Berechnungen

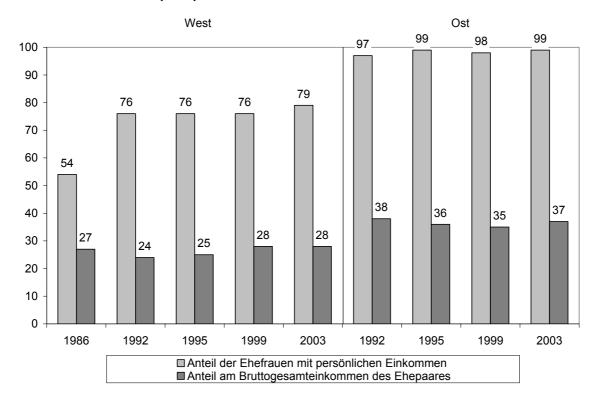
In Westdeutschland kommen Ehepaare über 65 Jahre im Jahr 2003 auf ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen in der Höhe von 2.211 €. Allein stehende Männer können durchschnittlich auf 1.515 € im Monat zurückgreifen. Gut 22 Prozent weniger erhalten allein stehende Frauen mit einem monatlichen Einkommen von 1.181 €. Geschiedene Frauen sind gegenüber den anderen allein stehenden Frauen mit 1.051 € ökonomisch schlechter gestellt. Die monatlichen Nettoeinkommen bei den Ehepaaren und allein stehenden Männern in Ostdeutschland liegen mit durchschnittlich 1.938 € bzw. 1.284 € deutlich unter dem Westniveau.

Die Geschlechterdifferenz ist unter den allein Stehenden im Osten geringer als im Westen. Allein stehende Frauen in den ostdeutschen Ländern haben "nur" 12 Prozent weniger im Monat als Männer (Tabelle 7.6).

Besonders positiv entwickelten sich die persönlichen Bruttoeinkommen von Ehefrauen. Der Durchschnittsbetrag ist im Jahr 2003 gegenüber 1992 von 322 € auf 524 € und damit überdurchschnittlich um 63 Prozent gewachsen. Im Jahr 2003 verfügen gut vier Fünftel (83 %) der Ehefrauen über 65 Jahre in Deutschland über ein eigenes Einkommen, das allerdings nur 30 Prozent des Bruttoeinkommens der Ehepaare ausmacht (Bieber 2005).

Abbildung 7.9 zeigt, dass in Westdeutschland 1986 nur die Hälfte (54 %) der Ehefrauen im Rentenalter über eigene persönliche Einkommen verfügte. Bis 2003 stieg dieser Anteil auf 79 Prozent. Diese Entwicklung basiert in erster Linie auf der Einführung von Leistungen zur Kindererziehung, die zwischen den Erhebungsjahren 1986 und 1992 erfolgte. Das persönliche Bruttoeinkommen für Ehefrauen in Westdeutschland 2003 beträgt im Durchschnitt 468 €. Auf der Ehepaarebene bedeutet dies, dass Ehefrauen im Schnitt rund 28 Prozent zum Bruttoeinkommen beitragen. Die Einkommenssituation der älteren Ehepaare wird nach wie vor vom Einkommen der Ehemänner bestimmt. Es ist allerdings ein kleiner Aufholprozess festzustellen (Bieber 2004; 2005).

Abbildung 7.9: Anteil der Ehefrauen mit persönlichen Einkommen und Beitrag der Ehefrau zum Bruttoeinkommen der Ehepaare mit Ehemann ab 65 Jahren in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



Datenbasis: ASiD

Quelle: Bieber 2005: 18, Tabelle 9; eigene Darstellung

In Ostdeutschland verfügen fast alle älteren Ehefrauen über ein eigenes Einkommen, das darüber hinaus mit 764 € monatlich deutlich über dem Einkommen der westdeutschen Ehefrauen liegt. Mit rund 37 Prozent tragen demgemäß ostdeutsche Ehefrauen deutlicher zum Einkommen des Ehepaares bei als Frauen in den westdeutschen Ländern (Abbildung 7.9).

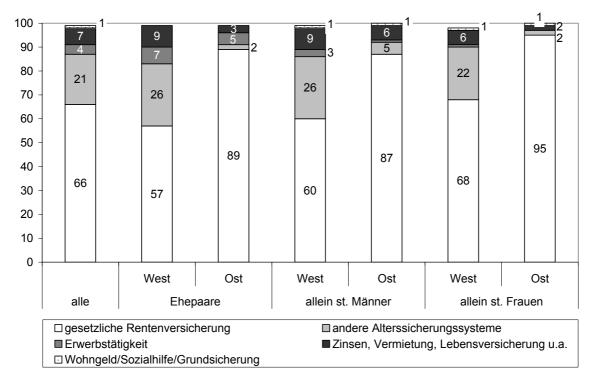
Die Höhe der Einkommen von Frauen im Alter sinkt tendenziell mit der Zahl der Kinder und zwar vor allem in den westdeutschen Bundesländern. Dort gilt dies besonders für Ehefrauen, die, wie im Kapitel 2 gezeigt wurde, besonders schlecht in den Arbeitsmarkt integriert sind: Allein stehende Frauen ohne Kinder im Alter ab 65 Jahren verfügen 2003 in Westdeutschland im Durchschnitt über ein monatliches Nettoeinkommen von 1.313 €. Danach sinkt das Einkommen stufenweise mit zunehmender Kinderzahl, allein stehende Frauen mit vier oder mehr Kindern verfügen dagegen über 1.058 €. Auf der Ehepaarebene fallen die Unterschiede noch erheblicher aus. Verheiratete Frauen ohne Kinder kommen monatlich auf 842 € und nur auf 430 €, wenn sie vier oder mehr Kinder versorgten. Bisher gilt im Westen also: Die Frauen, die die nächste Generation unbezahlt groß gezogen haben, profitieren im Alter besonders wenig von den Alterssicherungssystemen, in die die nächste Generation einzahlt. Um diesen Widerspruch aufzulösen, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Müttern ermöglichen, kontinuierlicher am Erwerbsleben teilzuhaben. Auch müsste überprüft werden, ob familienbedingte Teilzeit nicht stärker bei der Rente berücksichtigt werden könnte.

In Ostdeutschland sind kinderbedingte Differenzen weniger ausgeprägt und bei allein stehenden Frauen mit und ohne Kinder überhaupt nicht vorhanden. Hier wirkt sich aus, dass Kindererziehung und Erwerbsarbeit für die ostdeutschen Frauen in der ehemaligen DDR besser als in Westdeutschland zu verbinden waren (Bieber 2005). Dennoch differieren auch die Einkommen von Ehefrauen und Ehemännern aus den ostdeutschen Bundesländern im Alter ganz erheblich (Abbildung 7.9).

Die Bedeutung der einzelnen Systeme innerhalb des Gesamtgefüges der Alterssicherung kann durch Darstellung der Zusammensetzung des Volumens der Bruttoeinkommen verdeutlicht werden. Zwei Drittel aller den 65-Jährigen und Älteren zufließenden Einkommen stammen aus der GRV. In den ostdeutschen Ländern hat die GRV einen wesentlich höheren Stellenwert als in den westdeutschen. Auch für allein stehende Frauen ist der GRV-Anteil von höherer Bedeutung als für allein stehende Männer oder für Ehepaare (Bieber 2005). Einkommensbestandteile aus der dritten Säule der Alterssicherung – soweit sie durch die Befragten angegeben wurden – spielen in den ostdeutschen Ländern im Vergleich zu den westdeutschen noch eine untergeordnete Rolle (Abbildung 7.10).

Kap. 7 Soziale Sicherung 435

Abbildung 7.10: Die wichtigsten Einkommensquellen der Bevölkerung ab 65 Jahren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in % des Bruttoeinkommensvolumens)



Anmerkungen: Legende ist in Leserichtung zu lesen.

0 = weniger als 0,5, jedoch mehr als 0

Datenbasis: ASiD

Quelle: BMGS 2005; eigene Darstellung

Eine Person kann eigene und/oder abgeleitete Leistungen aus einem oder mehreren Systemen beziehen. Unter "eigenen" Leistungen sind solche zu verstehen, die aus der eigenen Anwartschaft resultieren, während abgeleitete Leistungen Hinterbliebenenleistungen aus der Anwartschaft des verstorbenen Ehepartners darstellen. Tabelle 7.7 stellt die guantitative Bedeutung häufiger Kumulationsformen dar. In Deutschland beziehen 49 Prozent aller Männer ab 65 Jahren als Alterssicherungsleistung ausschließlich eine eigene GRV-Rente, Frauen dagegen nur zu 39 Prozent. Nur 2 Prozent der Männer, aber 25 Prozent der Frauen erhalten daneben noch eine Hinterbliebenenrente aus diesem System (Doppelrentenbezug). Es zeigt sich, dass für Frauen über 65 Jahren die abgeleiteten Renten 2003 in Deutschland noch eine ganz herausragende Bedeutung haben (Tabelle 7.7 und Tabelle 7.8). Die Kumulationsform eigene GRV-Rente plus eigene Rente aus betrieblicher Altersversorgung der Privatwirtschaft ist mit einem Anteil von 24 Prozent vor allem eine Domäne der Männer (Frauen: 3 %). Auch die Ergänzung der eigenen GRV-Rente durch eine Rente aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes ist für die männliche Altersversorgung von größerer Bedeutung als für die weibliche (Deutscher Bundestag 2001: 82 f.). Dies ist ein Effekt, der auf den Gegebenheiten in Westdeutschland beruht (Tabelle 7.7). In Ostdeutschland spielen zusätzliche Systeme neben der GRV kaum eine Rolle. Die Anwartschaftssysteme der DDR wurden in die GRV überführt. Die anderen Systeme wurden erst nach und nach im Laufe der 90er-Jahre eingeführt; Anwartschaften können erst seitdem erworben werden (Bieber 2005).

Tabelle 7.7: Anteile der Kumulationsformen von eigenen und abgeleiteten Alterssicherungsleistungen nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

Alterssicherungsleistung(en)	gesamt	männlich	weiblich
	Deutschland		
nur eigene GRV	43	49	39
eig. & abgeleitete GRV	16	2	25
eigene GRV & eig. BAV	12	24	3
eigene GRV & eig. ZÖD	6	8	5
keine ASL	4	1	5
nur eigene BV	2	4	0
eigene GRV & eig. BV	2	4	0
nur eigene AdL	1	2	0
Sonstige	15	6	22
gesamt	100	100	100
	Westdeutschland		
nur eigene GRV	37	39	36
eig. & abgeleitete GRV	13	1	21
eigene GRV & eig. BAV	14	29	4
eigene GRV & eig. ZÖD	7	10	6
keine ASL	4	2	6
nur eigene BV	2	5	1
eigene GRV & eig. BV	2	5	0
nur eigene AdL	1	2	0
Sonstige	19	7	27
gesamt	100	100	100
	Ostdeutschland		
nur eigene GRV	68	88	54
eig. & abgeleitete GRV	29	7	43
eigene GRV & eig. BAV	1	1	0
eigene GRV & eig. ZÖD	1	2	1
keine ASL	0	0	0
nur eigene BV	0	0	0
eigene GRV & eig. BV	0	0	0
nur eigene AdL	0	0	0
Sonstige	1	0	2
gesamt	100	100	100

Anmerkungen: 0 = weniger als 0,5, jedoch mehr als 0

GRV = Gesetzliche Rentenversicherung, BV = Beamtenversorgung, BSV = Berufsständische Versorgung, AdL = Alterssicherung der Landwirte, BAV = Betriebliche Altersversorgung, ZÖD = Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

Datenbasis: ASiD

Quelle: Bieber 2005: 13, Tabelle 6

Die Hinterbliebenenversorgung für Frauen ist ein wichtiges Element der Alterssicherungssysteme. 2003 beziehen 87 Prozent aller Witwen ab 65 Jahren in den westdeutschen und 99

Prozent in den ostdeutschen Ländern eine Hinterbliebenenrente aus der GRV. Die Hinterbliebenenrenten der GRV an Frauen ab 55 Jahren belaufen sich in Westdeutschland im Durchschnitt auf 619 €, in Ostdeutschland auf 550 €, dies sind 89 Prozent des West-Wertes. In den westdeutschen Ländern spielen auch die Hinterbliebenenleistungen aus den anderen Systemen eine wichtige Rolle, deren Ausmaß sich aus Tabelle 7.8 ablesen lässt.

Tabelle 7.8: Anteil der Witwen im Alter ab 65 Jahren mit abgeleiteter Alterssicherung an allen Witwen ab 65 Jahren und durchschnittlicher Netto-Betrag im Monat je Bezieher für Witwen ab 55 Jahren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in % und in €)

Alterssicherungssystem	Bezieherquote	Betrag je Bezieher					
	(in %)	(in €)					
	Westdeutschland						
GRV	87,0	619					
BV	10,0	1.198					
BSV	1,0	/					
AdL	6,0	302					
BAV	14,0	235					
ZÖD	7,0	230					
Ostdeutschland							
GRV	99,0	550					

Anmerkungen: GRV = Gesetzliche Rentenversicherung, BV = Beamtenversorgung, BSV = Berufsständische Versorgung, AdL = Alterssicherung der Landwirte, BAV = Betriebliche Altersversorgung, ZÖD = Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

Datenbasis: ASiD

Quelle: Bieber 2005: 10, Tabelle 4

Das Risiko, im Rentenalter von Armut betroffen zu sein, hat sich in den letzten Jahrzehnten verringert. Die Armutsquote von Frauen über 65 Jahren entspricht mit 13,5 Prozent der durchschnittlichen Armutsquote in Deutschland (Bundesregierung 2005: Anhang X, Ergebnisse im Überblick und Abbildung 7.11). Die vor einigen Jahren noch thematisierte Altersarmut von Frauen ist nicht mehr so ausgeprägt wie das Armutsrisiko manch anderer Gruppen. Heute sind Personengruppen im erwerbsfähigen Alter, so Arbeitslose (40,9 %), sonstige Nicht-Erwerbstätige (21,0 %) oder allein Erziehende (35,4 %), in wesentlich größerem Umfang von Armut betroffen (Bundesregierung 2005: Anhang X, Ergebnisse im Überblick). Die durchschnittlich niedrigeren eigenen Ansprüche von Frauen auf Leistungen der Alterssicherungssysteme machen sich allerdings immer noch in dem im Vergleich zu Männern höheren Armutsrisiko von Frauen im Alter bemerkbar (Abbildung 7.11).

16 14,2 14 13,5 12,2 11.8 12 9,8 9,7 10 8 6 4 2 0 Insgesamt Frauen Männer □1998 ■2003

Abbildung 7.11: Armutsrisikoquote von Rentnerinnen bzw. Rentnern/Pensionärinnen bzw. Pensionären nach Geschlecht in Deutschland 1998 und 2003 (in %)

Anmerkung: Armutsrisikogrenze 60 Prozent des Median der laufend verfügbaren Äquivalenzeinkommen nach

neuer OECD-Skala

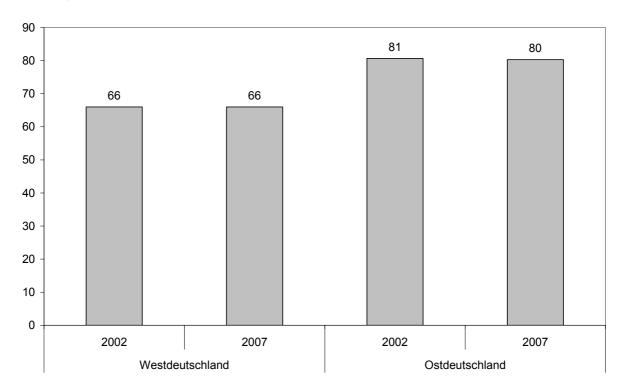
Datenbasis: EVS 1998; 2003

Quelle: Bundesregierung 2005: Anhang X. Ergebnisse im Überblick

Der Rentenbericht 2004 prognostiziert für 2007 einen Gesamtzahlbetrag aus Leistungen der *gesetzlichen* Rentenversicherung an Frauen von durchschnittlich 671,16 € pro Monat und an Männer von 1.016,86 € pro Monat (Bundesregierung 2004b: Anhang C9). Damit ist sehr deutlich, dass die Rentenansprüche von Frauen trotz Witwenrente und trotz steigender eigener Ansprüche und trotz Kinderbetreuungsleistungen auch mittelfristig ganz erheblich unter denen der Männer liegen werden. Frauen werden 2007 nach diesen Schätzungen durchschnittlich 66 Prozent der Ansprüche von Männern an der gesetzlichen Rentenversicherung erzielen. Nach den Zahlen des Rentenberichts 2004 ergibt sich sowohl für ostdeutsche Rentnerinnen, insbesondere aber für *westdeutsche* bei einer Zusammenführung *aller* Leistungen der *gesetzlichen* Altersversicherung auch mittelfristig noch eine deutlichere Schlechterstellung von Frauen (Abbildung 7.12).

Abbildung 7.12 macht deutlich, dass Frauen, obwohl sie in der gesetzlichen Rentenversicherung häufiger als Männer Mehrfachrentnerinnen sind, insgesamt mit deutlich weniger Rente als Männer zu rechnen haben. Die Benachteiligung von Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung wird ergänzt durch Benachteiligungen, die durch die geringeren Ansprüche von Frauen aus Betriebsrenten verursacht sind (Abbildung 7.10 und Tabelle 7.7).

Abbildung 7.12: Mittelfristige Entwicklung der durchschnittlichen Gesamtrentenzahlbeträge¹ aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Personenkonzept² in West- und Ostdeutschland 2002 und 2007 (Anteil der Frauenrenten an den Männerrenten in %)



¹ Rente nach Abzug des durchschnittlichen Eigenbeitrags der Rentnerin/des Rentners zur Kranken- und Pflegeversicherung

Quelle: Bundesregierung 2004b: Übersicht C 11; eigene Berechungen

7.6.2 Die gesetzliche Rentenversicherung

2003 gab es in Deutschland 11,5 Mio. Rentnerinnen und 8 Mio. Rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung (Tabelle 7.9). Neben den Leistungen auf Grund eigener Ansprüche gibt es in der GRV die Hinterbliebenenrente, die Witwen- oder Witwerrente, die parallel zu Leistungen aus selbst erworbenen Ansprüchen bezogen werden kann. Personen, die mehrere Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen (meist eigene Rente und Witwen- bzw. Witwerrente), werden hier als "Mehrfachrentnerinnen" bzw. "Mehrfachrentner" bezeichnet. Die Witwen- bzw. Witwerrente hat bisher 60 Prozent der Versicherungsleistung, die dem Verstorbenen zustand, entsprochen. In Zukunft wird sie noch 55 Prozent betragen.¹⁸⁷

In der gesetzlichen Rentenversicherung ist die Höhe jedes eigenständigen Rentenanspruchs

² Anzahl der Rentnerinnen und Rentner; die je Rentnerin bzw. Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlbetrag zusammengefasst.

¹⁸⁷ Neben dieser so genannten großen Witwenrente gibt es die kleine Rente für Witwen und Witwer von Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern, die vor dem 45. Lebensjahr versterben. Sie beträgt nur 25 Prozent des Anspruchs des Verstorbenen.

an Beitragszahlungen gebunden. Die Berechnung der eigenen Rente ist vom individuell erzielten Einkommen, das ins Verhältnis zum Durchschnittseinkommen gesetzt wird, abhängig und variiert auch mit der Dauer der Erwerbstätigkeit, in der ein individuelles Einkommen für eine Rentenberechung herangezogen werden kann. Das Verhältnis des individuellen Einkommens zum Durchschnittseinkommen wird in so genannte Entgeltpunkte umgewandelt. Je höher die Anzahl der Entgeltpunkte ist, desto höher wird auch der Rentenzahlbetrag sein. Da Männer in der Regel einen höheren Bruttoverdienst und eine zumeist kontinuierlichere Erwerbsbiografie aufweisen als Frauen, erwerben sie somit auch deutlich höhere Rentenansprüche. Die mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung korrespondierenden diskontinuierlichen Erwerbsverläufe von Müttern (Kapitel 5) und die geringen Einkommen von Frauen (Kapitel 3) – insbesondere in Westdeutschland – haben damit erhebliche Konsequenzen für die Höhe des Rentenanspruchs von Frauen. Für Frauen spielt die Witwenrente zur Absicherung im Alter insbesondere im Westen noch eine tragende Rolle.

In einem ersten Schritt soll aufgezeigt werden, über welche Rentenarten Frauen und Männer an der gesetzlichen Alterssicherung partizipieren. Dann wird auf die Rentenbeträge eingegangen, die Frauen und Männer im Rahmen der gesetzlichen Altersversicherung erhalten.

Zahl und Art der bestehenden Renten der gesetzlichen Altersicherung

2003 gab es in Deutschland fast 20 Mio. Rentnerinnen und Rentner (Tabelle 7.9). Auf Grund der höheren Lebenserwartung von Frauen sind diese unter den Personen mit Rentenanspruch mit einem Anteil von 58,8 Prozent deutlich überrepräsentiert. Frauen stellen zudem 91,5 Prozent derjenigen, die mehrere Renten aus der GRV beziehen. In Ostdeutschland liegen die Verhältnisse ähnlich. Unter den Rentnerinnen bzw. Rentnern in den ostdeutschen Ländern gibt es nur unwesentlich mehr Mehrfachrentnerinnen bzw. -rentner als in den westdeutschen Ländern (Tabelle 7.9). Dass Frauen so viel häufiger als Männer mehrere Renten beziehen, ergibt sich aus ihrem ungleich häufigeren Bezug einer Hinterbliebenenrente. Dieser Anspruch entsteht zum Teil als eine Folge ihrer höheren Lebenserwartung. Frauen überleben ihre Ehemänner häufiger, und zwar nicht nur wegen ihrer höheren Lebenserwartung, sondern auch, weil sie oft jünger als ihre Partner sind. Der geringe Anteil der Männer mit Mehrfachrentenbezug ist auch auf Regelungen im Hinterbliebenenrecht zurückzuführen. Erst 1986 wurde der unbedingte Anspruch auf Witwerrente eingeführt. Dieser unterliegt einer Einkommensanrechnung, der bei Männern häufig dazu führt, dass sie keinerlei Witwerrente erhalten. 29,0 Prozent der Rentnerinnen in Westdeutschland sind Mehrfachrentnerinnen (Männer: 3,2 %). In Ostdeutschland sind es 34,1 Prozent der Rentnerinnen (Männer: 7,0 %) (Tabelle 7.9).

Tabelle 7.9: Einzelrentnerinnen und -rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (absolut in 1.000 und in %)

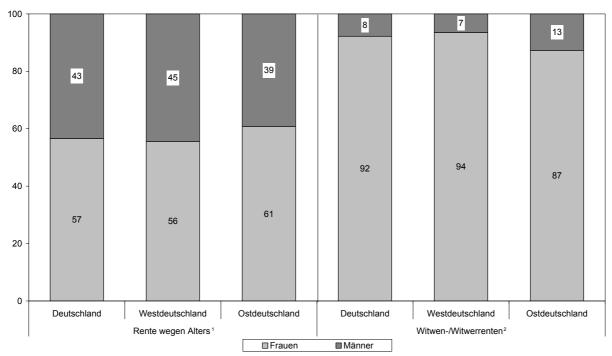
	Einzelrentner/-innen		Mehrfachre	ntner/-innen	Insgesamt		
	Anzahl in Tausend			in %	Anzahl in Tausend	in %	
		Deutsc	hland insgesa	mt			
Frauen	8.034	69,9	3.458	30,1	11.493	100	
Männer	7.746	96,0	319	4,0	8.065	100	
Insgesamt	15.780	80,7	3.778	19,3	19.558	100	
Frauenanteil	50,9%		91,5%		58,8%		
		Wes	stdeutschland				
Frauen	6.442	71,0	2.635	29,0	9.076	100,0	
Männer	6.278	96,8	209	3,2	6.487	100,0	
Insgesamt	12.720	81,7	2.843	18,3	15.563	100,0	
Frauenanteil	50,6%		92,7%		58,3%		
		Osi	tdeutschland				
Frauen	1.593	65,9	824	34,1	2.416	100,0	
Männer	1.468	93,0	111	7,0	1.578	100,0	
Insgesamt	3.060	76,6	935	23,4	3.995	100,0	
Frauenanteil	52,0%		88,2%		60,5%		

¹ ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine Kindererziehungsleistungen Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR 2004a: 67; eigene Berechnungen

Abbildung 7.13 zeigt, dass Frauen gemessen an ihrem Rentnerinnenanteil von 58,8 Prozent in Deutschland (Tabelle 7.9) unter den Bezieherinnen bzw. Beziehern von selbst erworbenen Renten wegen Alters leicht unterrepräsentiert sind (Abbildung 7.13: 57 %), während sie unter den Bezieherinnen und Beziehern von Witwen- bzw. Witwerrente stark überrepräsentiert sind. Ein Abschmelzen der Witwen- bzw. Witwerrente wird deshalb noch ganz überwiegend Frauen treffen. Die Witwenrenten kompensieren zurzeit wenigstens zum Teil die deutlich geringeren eigenen Rentenansprüche von Frauen (Abbildung 7.16 und 7.17).

Abbildung 7.13: Rentenbestand für Rente wegen Alters und Witwenrenten und Witwerrenten nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



- 1 Renten wegen Alters nach dem SGB VI (= Regelaltersrenten + Altersrenten für langjährig Versicherte, für schwerbehinderte Menschen, wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit, für Frauen, für langjährig unter Tage Beschäftigte), Alter zum Erhebungsstichtag 60 Jahre und älter
- 2 kleine und große Witwen-/Witwerrenten, Alter zum Erhebungsstichtag 19 Jahre und älter

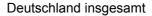
Anmerkung: ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine Kindererziehungsleistungen

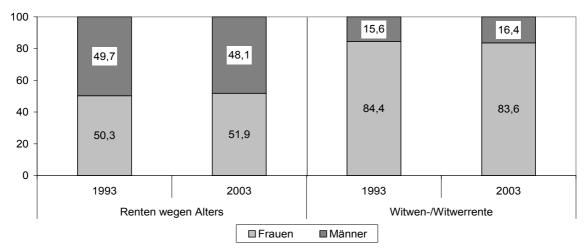
Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR 2004b; eigene Berechnungen

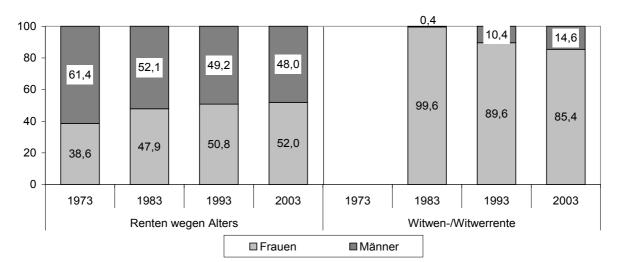
Weil der bisher betrachtete Renten*bestand*, die Renten *aller* Anspruchsberechtigten umfasst, kann an ihm kaum abgelesen werden, ob und wie sich die Zahl und die Höhe der Renten von Frauen und Männern im Laufe der Jahrzehnte verändert hat. Wenn man dies möchte, ist es sinnvoll, auf Daten der jährlich *neu zugehenden* Renten (Rentenzugangsdaten) zurückzugreifen. In ihnen spiegeln sich veränderte Rentenansprüche deutlicher wider. Abbildung 7.14 zeigt, dass der Anteil von Frauen an der Personengruppe, die eigenständige Altersrenten erwarb, deutlich gestiegen ist (von 39 % 1973 auf 52 % 2003). Die Steigerungen waren in den *letzten* zehn Jahren allerdings minimal. Mit 52 Prozent bleibt der Anteil der Frauen mit eigenem Rentenanspruch (auf eine Regelaltersrente, Altersrente bei Arbeitslosigkeit oder sonstige Altersrente) weiter unter dem Anteil der Frauen unter den Rentenbezieherinnen bzw. Rentenbeziehern insgesamt (59 %).

Abbildung 7.14: Rentenzugänge bei Renten wegen Alters und bei Witwen- und Witwerrenten in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1973 bis 2003 (in %)

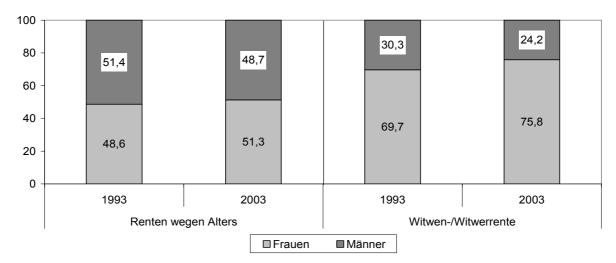




Westdeutschland



Ostdeutschland



- Fortsetzung nächste Seite -

Anmerkungen: Als Renten wegen Alters wurden hier zusammengefasst: Regelaltersrenten, Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit und sonstige Altersrenten ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 Rentenüberleitungsgesetz (RÜG). Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sind hier nicht enthalten.

Die Altersrente für Frauen macht u.a. in Ostdeutschland den größten Anteil der an Frauen gezahlte Versichertenrenten aus. 2003 haben 68,5 Prozent der Frauen, die den Versichertenrenten zugegangen sind, eine Altersrente für Frauen bezogen. In Westdeutschland waren es 31,5 Prozent. Für Frauen, die nach dem 31.12.1951 geboren sind, wurde die Altersrente abgeschafft. Es haben nur versicherte Frauen einen Anspruch auf diese Altersrente, wenn sie vor dem 01.01.1952 geboren sind, das 60. Lebensjahr vollendet haben, nach Vollendung des 40. Lebensjahres mehr als zehn Jahre beschäftigt Pflichtbeiträge für versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben.

Für die ostdeutschen Länder 1993: Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge. Sondereffekt im Jahr 2003: Bei der Rentenversicherung der Arbeiter (ArV) inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 20.000 Renten wegen Todes auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich

Für Westdeutschland ist 1973 bei Witwen- und Witwerrenten keine Geschlechterdifferenzierung möglich.

Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR 2004c; eigene Berechnungen

Abbildung 7.14 zeigt, dass der Anteil der Männer, die beim Rentenzugang auch eine Hinterbliebenenrente bezogen, in den letzten 20 Jahren von 0,4 Prozent auf 15 Prozent in Westdeutschland deutlich gestiegen ist. In Ostdeutschland lag der Anteil der Männer, die eine Hinterbliebenenrente bezogen, schon 1993 deutlich höher und reduzierte sich bis 2003 auf hohem Niveau (Abbildung 7.14).

Differenziert man die verschiedenen Altersrenten, die auf eigenen Ansprüchen basieren, so wird deutlich, dass die Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit erheblich angestiegen sind. Während 1973 in Westdeutschland gut 15.000 Menschen in eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit einstiegen, waren es 2003 fast 105.000 (Tabelle A 7.3). In Ostdeutschland bezogen von den 2003 zugegangenen Rentnerinnen und Rentnern 45 Prozent eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass in den letzten Jahren vor allem in Ostdeutschland wegen der schlechten Arbeitsmarktlage die Altersteilzeit von Männern und damit die Frühverrentung vor dem 65. Lebensjahr auf hohem Niveau liegt. Mit den Regelungen der Rentenreform 2001 soll dieser Trend der Frühverrentung gestoppt werden.

Rentenbeträge aus der gesetzlichen Alterssicherung

Bisher beschränkte sich die Betrachtung auf die Zahl der Renten bzw. der Rentnerinnen und Rentner. Nun wird die Rentenhöhe, der Zahlbetrag, betrachtet (Tabelle 7.10). Frauen in Westdeutschland, die 1973 in Rente gegangen sind, erhielten im Durchschnitt eine selbst erworbene Altersrente von 162 €. Bei Frauen, die 2003 in Rente gingen, lag der Betrag bei 417 €. Damit stiegen die Rentenbeträge, die Frauen selbst erwarben, in Westdeutschland stärker an als die der Männer. Sie erreichen 2003 dennoch nur 47 Prozent der durchschnittlichen Männerrenten (Tabelle 7.10). Für Ostdeutschland liegen vergleichbare Daten erst seit den 90er-Jahren vor. Aber auch für diesen kurzen Zeitraum wird deutlich, dass sich der durchschnittliche Betrag der zugegangenen Renten zwischen 1993 und 2003 bei Frauen deutlicher erhöht hat als bei Männern. Rentnerinnen in Ostdeutschland erwerben eigene

Rentenansprüche, die 2003 immerhin bei 71 Prozent der durchschnittlichen Männerrente liegen (Tabelle 7.10). Frauen holen anscheinend bei der eigenen Alterssicherung in der GRV auf. Von den Durchschnittsrenten, die Frauen 2003 beim Eintritt in die Rente durch eigene Erwerbsarbeit erzielen, könnten sie allerdings nicht selbstständig leben. Die Durchschnittsbeträge liegen weit unter der Armutsgrenze für allein Stehende. Die Witwenrenten bewahren sie vielfach vor der Sozialhilfe.

Tabelle 7.10: Durchschnittliche Zahlbeträge für Renten wegen Alters nach Rentenarten (Rentenzugang)¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1973 bis 2003 (Zahlbeträge in €pro Monat und Anteil in %)

	Renten wegen Alters		darunt	er								
				Regelaltersrente		Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit ³			Sonstige Altersrenten⁴			
	Frau- en	Män- ner	An- teil ⁵	Frau- en	Män- ner	An- teil⁵	Frau- en	Män- ner	An- teil⁵	Frau- en	Män- ner	An- teil⁵
	(€)	(€)	(%)	(€)	(€)	(%)	(€)	(€)	(%)	(€)	(€)	(%)
					De	eutschla	nd					
1993	379	846	44,8	210	601	34,9	584	982	59,5	525	1.027	51,5
2003	460	892	51,6	250	519	48,2	551	1.074	51,3	648	1.077	60,1
					West	deutsch	land					
1973	162	415	39,0	112	361	31,0	144	430	33,5	209	470	44,4
1983	380	758	50,1	222	475	46,7	344	792	43,4	421	828	50,9
1993	352	864	40,7	212	469	45,2	596	1.051	56,7	554	1.055	52,6
2003	417	879	47,4	245	483	50,6	545	1.132	48,1	626	1.093	57,3
				•	Osto	deutsch	land	•			•	
1993 ²	471	794	59,3	111	820	13,5	485	737	65,7	487	783	62,2
2003	675	952	70,9	431	1.001	43,0	605	925	65,4	700	985	71,0

¹ ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine Kindererziehungsleistungen, Renten n. Art. 2 RÜG

Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR 2004c; eigene Berechnungen

² einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge

³ Renten wegen Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit sind so genannte Frühverrentungen ab 60 Jahren. Bis 2008 wird die Altersrente heraufgesetzt. Dann können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die arbeitslos oder in Altersteilzeit sind, erst mit 63 Jahren und mit Abschlägen in Rente gehen.

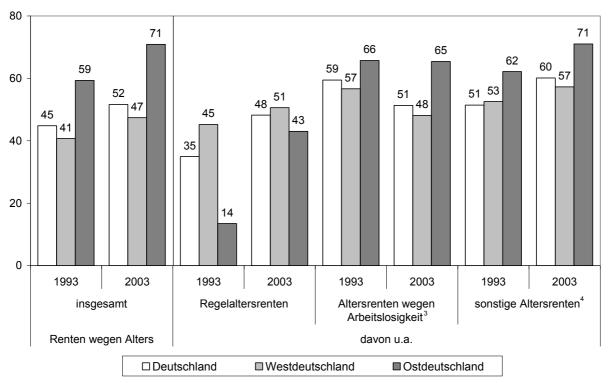
⁴ Zu den sonstigen Altersrenten wurden Altersrenten für langjährig Versicherte, Altersrenten für Schwerbehinderte, Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte (nur Männer), Altersrenten für Frauen zusammengefasst.

⁵ Anteil der Frauenrentenbeträge an den Männerrentenbeträgen

¹⁸⁸ Armutsrisiko meint hier den Anteil der Personen, die in Haushalten leben, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens im jeweiligen Land beträgt. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutsrisikogrenze für Einpersonenhaushalte 938 € im Monat (Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts 14.12.2004: 14). Um zu berücksichtigen, dass Mehrpersonenhaushalte günstiger wirtschaften können, wird die Armutsgrenze nicht einfach der Personenzahl im Haushalt entsprechend vervielfacht. Vielmehr gehen die weiteren Personen mit Gewichtungsfaktoren in die Berechnung der Armutsgrenze ein. Nach der hier verwandten OECD-Skala erhalten die Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -bezieher den Gewichtungsfaktor 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder über 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,5 und alle Mitglieder unter 14 Jahren den Gewichtungsfaktor 0,3.

Abbildung 7.15 veranschaulicht noch einmal, dass sich die Ansprüche von Frauen auf eine eigenständige Alterssicherung an die Ansprüche der Männer angleichen. Die Diskrepanzen sind aber noch ganz erheblich, so etwa wenn Frauen in Westdeutschland nur 47 Prozent der durchschnittlichen Rente von Männern, die 2003 in die Rente eintraten, beziehen.

Abbildung 7.15: Relation der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge (Rentenzugang¹ an Frauen zu den Zahlbeträgen an Männer) in Deutschland insgesamt sowie in Westund Ostdeutschland 1993² und 2003



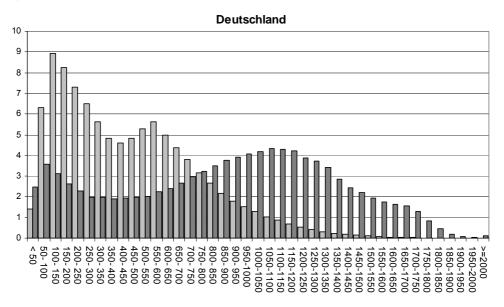
- 1 ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen, ohne reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten n. Art. 2 RÜG
- 2 für Ostdeutschland: einschl. der im Jahr 1992 auf Grund techn. Probleme nicht bewilligten Rentenanträge
- 3 Renten wegen Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit sind so genannte Frühverrentungen ab 60 Jahren. Bis 2008 wird die Altersrente heraufgesetzt. Dann können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die arbeitslos oder in Altersteilzeit sind, erst mit 63 Jahren und mit Abschlägen in Rente gehen.
- 4 Zu den sonstigen Altersrenten wurden Altersrenten für langjährig Versicherte, Altersrenten für Schwerbehinderte, Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte (nur Männer), Altersrenten für Frauen zusammengefasst.

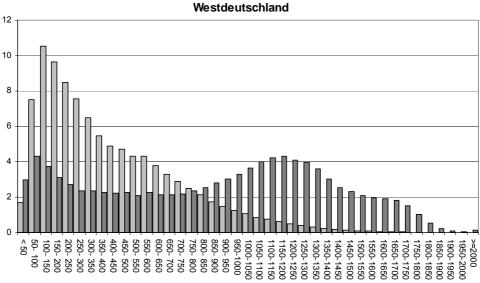
Datenbasis: VDR Statistik

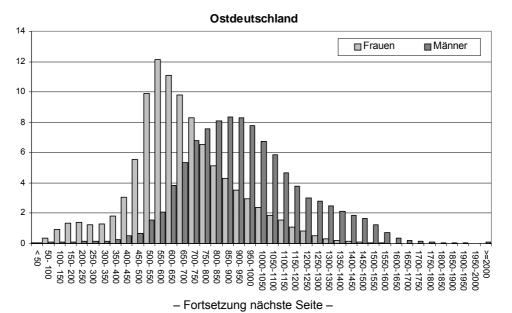
Quelle: VDR 2004c; eigene Berechnungen

Der Vergleich der *durchschnittlichen* Rentenbeträge von Frauen und Männern kann durch eine Betrachtung der Frauen- und Männerrenten in aufsteigenden Zahlbetragsklassen ergänzt werden (Abbildung 7.16). Um die Situation derjenigen, die jetzt gerade ins Rentenalter eingetreten sind, deutlich zu machen, werden wieder *die Neuzugänge* der Rentenbezieherinnen und -bezieher betrachtet. Die Verteilung der Anteile der Rentenzahlbeträge von Frauen und Männern auf die definierten Zahlbetragsklassen zeigt, dass Frauenrenten in den unteren (West) und mittleren (Ost) Betragsklassen überrepräsentiert sind, während die Männerrenten in den höheren Zahlbetragsklassen überrepräsentiert sind.

Abbildung 7.16: Verteilung der monatlichen Zahlbeträge der Renten wegen Alters¹ nach Rentenzugang in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in €)







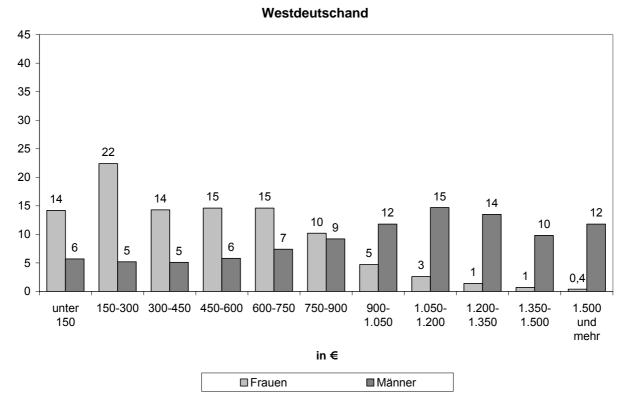
1 Renten wegen Alters nach dem SGB VI (= Regelaltersrenten + Altersrenten für langjährig Versicherte, für schwerbehinderte Menschen, wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit, für Frauen, für langjährig unter Tage Beschäftigte), Alter zum Erhebungsstichtag 60 Jahre und älter

Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR 2004c; eigene Berechnungen

Anders stellt sich die Schichtung der monatlichen Zahlbeträge der Witwen- und Witwerrenten dar. Die Renten, die wegen Todes gezahlt werden, wie hier die Witwen- und Witwerrenten werden aus den erworbenen Leistungen des jeweiligen Ehepartners berechnet. Daher liegen die Witwerrenten höher als die Witwerrenten (Abbildung 7.16 und 7.17). Die Hinterbliebenenrenten sind allein wegen ihrer Berechnung (60 % bzw. 55 % der Altersrente des verstorbenen) erheblich niedriger als die Altersrenten.

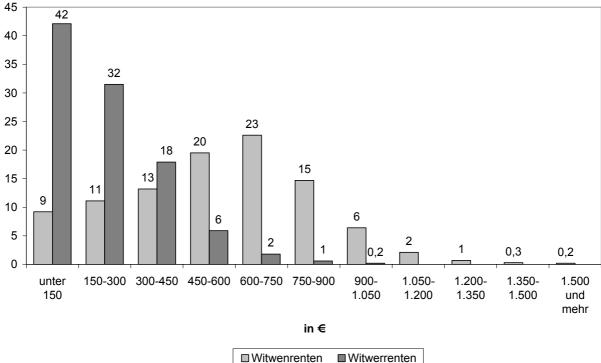
Abbildung 7.17: Verteilung der monatlichen Zahlbeträge¹ der Witwen- und Witwerrenten im Rentenbestand in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



⁻ Fortsetzung nächste Seite -

189 Mit der Rentenreform 2001 wurde auch das Hinterbliebenenrecht zum 01.01.2002 geändert. Große Witwenund Witwerrenten wurden von 60 Prozent der Versichertenrente des Verstorbenen auf 55 Prozent gekürzt (Rentenfaktor von 0x60 auf 0x55 gesenkt). Dafür erhalten Witwen- und Witwerrenten einen Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten wegen Kindererziehung. Die Witwen- und Witwerrente fällt damit zwar geringer aus, dafür aber werden die eigenen Versichertenrentenansprüche gestärkt, wenn Kindererziehung geleistet wurde.





1 Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine Kindererziehungsleistungen, und ohne Renten n. Art. 2 RÜG; Versichertenrenten umfassen Renten wegen Alter und verminderter Erwerbsfähigkeit.

Datenbasis: VDR-Statitik Quelle: VDR 2004b

Wenn Männer einen Anspruch auf eine Witwerrente haben, so handelt es sich in der Regel um Beträge unter 300 €. In Westdeutschland liegen 74 Prozent und in Ostdeutschland 66 Prozent der Witwerrenten unterhalb dieses Betrages. Hinterbliebenenrenten über 450 € erhalten Witwen sehr viel häufiger als Witwer. Von den Witwen in Westdeutschland erhalten immerhin noch 24 Prozent und in Ostdeutschland 16 Prozent Witwenrenten über 750 € (Abbildungen 7.17). Während für Männer auch mittelfristig die selbst erworbenen Rentenansprüche im Durchschnitt fast vier mal so hoch sein werden wie die durchschnittlichen Witwerrentenbeträge, werden für Frauen über 65 Jahren die Witwenrenten nicht nur von der Anzahl her, sondern auch in Bezug auf die monatlichen Zahlungen weiterhin eine ganz bedeutende Rolle spielen. In den westdeutschen Ländern wird auch 2007 der durchschnittliche Betrag einer Witwenrente noch immer deutlich über dem Betrag der durchschnittlich von Frauen selbst erworbenen Rentenansprüche liegen (Tabelle 7.11).

Tabelle 7.11: Geschätzte durchschnittliche Rentenzahlbeträge¹ der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters sowie der Witwen- und Witwerrenten der gesetzlichen Rentenversicherung² nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 2007

	Westdeutschland									
		nderter Erwerbsfähig- egen Alters	Witwen- bzw	. Witwerrente						
	insgesamt (in 1.000)	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in €/Monat	insgesamt (in 1.000)	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in €/Monat						
Frauen	7.495	495	4.065	579						
Männer	6.304	1.017	248	221						
		Ostdeutschla	nd							
	· ·	nderter Erwerbsfähig- egen Alters	Witwen- bzw	. Witwerrente						
	insgesamt (in 1.000)	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in €/Monat	insgesamt (in 1.000)	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in €/Monat						
Frauen	224	966	144	689						
Männer	392	1.265	12	349						

¹ Rente nach Abzug des durchschnittlichen Eigenbetrags der Rentnerin bzw. des Rentners zur Kranken- und Pflegversicherung

Quelle: Bundesregierung 2004b: Übersicht C3 und C6

Kindererziehungszeiten

Seit dem 1. Oktober 1987 wird Müttern der Geburtsjahrgänge vor 1921 eine Kindererziehungsleistung in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt (KLG). Die Einführung erfolgte in vier Stufen nach Geburtsjahrgängen: ab 1. Oktober 1987 für die Jahrgänge vor 1907, ab 1. Oktober 1988 für die Jahrgänge 1907 bis 1911, ab 1. Oktober 1989 für die Jahrgänge 1912 bis 1916 und ab 1. Oktober 1990 für die Jahrgänge 1917 bis 1920. Die Leistung für Kindererziehung nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG) wird inzwischen auch Vätern gewährt, die sich nachweislich der Erziehung ihrer Kinder gewidmet haben. Die Leistung wird auch an Eltern gezahlt, die keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Dies war am 31. Dezember 2002 für rund 194.000. Mütter der Fall, Väter werden bislang nicht ausgewiesen. Der durchschnittliche Monatsbetrag der Kindererziehungsleistungen betrug dabei 68 € (Bundesregierung 2004b: 54). Diese Rentenleistung blieb in der vorangegangenen Betrachtung der selbst erworbenen Renten noch 1987 enorm gestiegen und gleichzeitig wäre das errechnete Rentenniveau von Frauen deutlich gesunken.

Kindererziehungszeiten sind Beitragszeiten, für die die Beträge als gezahlt gelten. Die Kindererziehungszeit wird bei dem Elternteil angerechnet, der das Kind erzogen hat. Als Kindererziehungszeiten gelten Zeiten der Erziehung eines Kindes *in den ersten drei* Lebensjah-

² nach dem Rentenfallkonzept: Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (kumulierte Renten werden einzeln entsprechend ihrer Rentenart gezählt)

ren eines Kindes bei Geburten ab dem 01.01.1992. Bei Geburten vor dem 01.01.1992 wird ein Lebensjahr des Kindes als Erziehungszeit anerkannt. Die Kindererziehungszeit wird mit einem Entgeltpunkt pro Jahr angerechnet. Seit der Rentenreform 2001 existiert zudem ein Kinderzuschlag bei der Berechnung der Witwen- und Witwerrenten. Die Zuschläge sollen in der Regel die Kürzungen ausgleichen, die für jüngere Jahrgänge ab 1962 mit der Rentenreform 2001 vorgenommen werden. Zuschläge erhalten nur diejenigen, die mindestens ein Kind erzogen haben. Aus den Rentenbestandsdaten vom 31.12.2003 geht hervor, dass sich der monatliche Rentenzahlbetrag für Kindererziehungsleistungen pro Kind auf 26 € beläuft (VDR, Rentenbestand 2003¹⁹⁰).

Bestimmungsfaktoren für die geschlechtsspezifischen Rentenunterschiede

Die entscheidenden Faktoren für die Höhe einer Rentenleistung sind in der gesetzlichen Versicherung von 1957 bis 1991 die Versicherungsjahre und die Höhe der persönlichen Bemessungsgrundlage. Seit Einführung des SGB VI zum 1. Januar 1992 bildet die Summe der in den rentenrechtlich relevanten Zeiten erworbenen persönlichen Entgeltpunkte die Grundlage für die Berechnung der Rente. Zur Ermittlung der Entgeltpunkte wird der Quotient aus dem erzielten persönlichen Entgelt zum Durchschnittsentgelt des jeweiligen Jahres gebildet. Wie bereits in den Kapiteln 2 und 5 deutlich gemacht wurde, unterbrechen Frauen insbesondere in Westdeutschland bislang ihre Erwerbsphase familienbedingt. Sie kommen dadurch im Schnitt auf eine im Vergleich zu Männern geringere Anzahl an Beitragsjahren. Gleichzeitig erzielen sie deutlich niedrigere Einkommen als Männer. Beide Einflussgrößen sind entscheidend für die Berechnung der persönlichen Entgeltpunkte. Entgeltpunkte werden für Beitrags- und beitragsgeminderte Zeiten berechnet.¹⁹¹

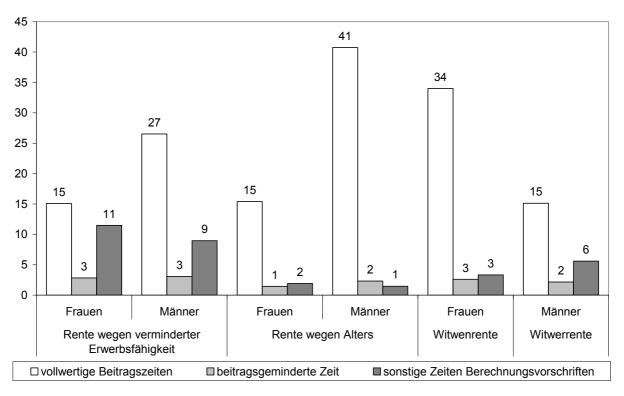
Insgesamt können Frauen nicht nur weniger auf die Rente angerechnete Beitragszeiten aufweisen, sondern auch weniger Entgeltpunkte. Dies ist eine Folge ihrer geringen Einkommen. Nachstehend sind die Summen der Entgeltpunkte bei den 2003 zugegangenen Renten dargestellt (Abbildungen 7.18). Die Betrachtung der Summe der Entgeltpunkte, die bis zum Eintritt in die Altersrente zusammengekommen ist, macht zwei Unterschiede deutlich: Männer in Westdeutschland weisen eine deutlich höhere Summe an Entgeltpunkten auf als Frauen. In Ostdeutschland fällt dieser Geschlechterunterschied geringer aus. Ostdeutsche Rentnerinnen können in der Summe durchschnittlich mehr Entgeltpunkte in die Rentenberechnung einbringen als westdeutsche Rentnerinnen (Abbildungen 7.18).

¹⁹⁰ www.vdr.de/internet/vdr/sat-akt.nsf/, Tabelle 905.000 GRV.

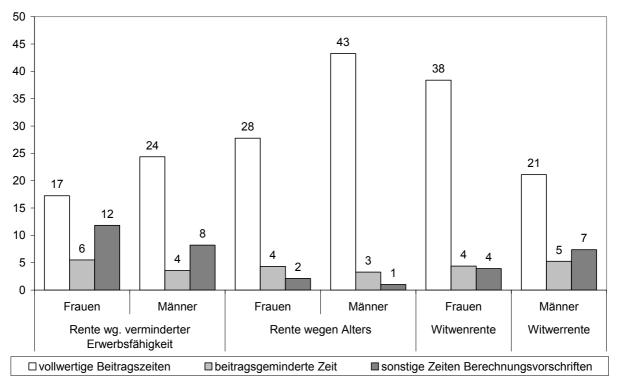
¹⁹¹ Für gewisse Zeiträume während der Berufsausbildung, des Wehr- und Zivildienstes und der Kindererziehung werden der Rentenanwärterin bzw. dem Rentenanwärter feste Entgeltpunkte zugewiesen.

Abbildung 7.18: Gesetzliche Rentenversicherung: Zusammensetzung der Summe der Entgeltpunkte bei zugegangenen Renten nach Zeiten und Berechnungsvorschriften in West- und Ostdeutschland 2003 (in Entgeltpunkten)

Westdeutschland



Ostdeutschland



Anmerkung: Die Entgeltpunkte für die Witwen- und Witwerrente wurden jeweils vom anderen Geschlecht erworben.

Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR 2004c; eigene Darstellung

7.6.3 Vom Arbeitgeber finanzierte Zusatzversorgung

Im Gegensatz zur GRV beschränken sich die Leistungen der anderen Systeme weitestgehend auf Westdeutschland, da die Systeme in Ostdeutschland erst nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren aufgebaut wurden. Wegen dieser nach wie vor bestehenden strukturellen Unterschiede wird die Darstellung der ostdeutschen Länder auf die GRV beschränkt (Deutscher Bundestag 2001; Bieber 2005).

Der Anteil der Personen mit Leistungen aus den einzelnen Sicherungssystemen – der Verbreitungsgrad – wird für die Bevölkerung ab 65 Jahren ausgewiesen, da diese Altersgruppe die ihnen zustehenden Alterseinkommen bereits weit überwiegend bezieht. Die Höhe der durchschnittlichen Leistungen wird dagegen für alle in der ASiD¹⁹² erfassten Leistungsbezieherinnen und -bezieher nachgewiesen. Tabelle 7.12 zeigt entsprechend den Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen aus dem jeweiligen Alterssicherungssystem und den Betrag, der im Durchschnitt auf die Bezieherinnen und Bezieher entfällt. So erhalten 2003 31 Prozent der Männer über 65-Jahre in den westdeutschen Ländern eine Rente aus der betrieblichen Altersversorgung (BAV). Bezogen auf die männlichen Bezieher ab 55 Jahren ergibt sich eine durchschnittliche Leistungshöhe von 468 €. Frauen über 65 Jahren können sehr viel seltener (6 %) als Männer über eine vom Arbeitgeber finanzierte Rente verfügen, die auf Grund eigener Ansprüche erworben wurde. Aus der betrieblichen Altersversorgung entstehen auch Witwen- bzw. Witwerrenten. Von den Personen über 65 Jahren beziehen ganz überwiegend Frauen solche abgeleiteten Betriebsrenten (Deutscher Bundestag 2001: 80).

Ähnliches gilt für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und die Beamtenversorgung (Tabelle 7.12). Auch hier profitierten Männer häufiger als Frauen von der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes und der Beamtenversorgung. Zusätzlich erhalten Männen in allen Zusatzversorgungssystemen höhere Zahlbeträge als Frauen (Tabelle. 7.12).

¹⁹² Die hier ausgewiesene Höhe der Leistungen ist nicht mit der in Standardtabellen der Rentenbestandsstatistik der Versicherungsträger vergleichbar, da der ASiD eine andere Erhebungsmethodik zu Grunde liegt.

Tabelle 7.12: Anteil der Personen im Alter ab 65 Jahren mit eigener Alterssicherung an der Gesamtbevölkerung ab 65 Jahren und durchschnittlicher Netto-Betrag im Monat je Bezieher/-in für Personen ab 55 Jahren in West- und Ostdeutschland 2003 (in € und in %)

Alterssicherungssystem	Fra	uen	Männer			
	Betrag je Be- zieherin (in €)	Bezieherquote in %	Betrag je Be- zieher (in €)	Bezieherquote in %		
		Westdeu	ıtschland			
GRV	493	82	1.104	91		
BV	1.829	1	2.021	11		
BSV	1	0	1.803	1		
AdL	259	2	443	6		
BAV	219	6	468	31		
ZÖD	276	8	427	11		
	Ostdeutschland					
GRV	673	99	1.073	99		

Anmerkungen: GRV = Gesetzliche Rentenversicherung, BV = Beamtenversorgung, BSV = Berufsständische Versorgung, AdL = Alterssicherung der Landwirte, BAV = Betriebliche Altersversorgung, ZÖD = Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

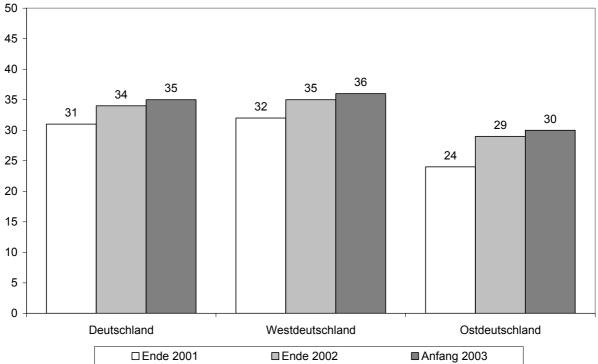
Datenbasis: ASiD

Quelle: Bieber 2005: 10, Tabelle 4

Heute beziehen mehr Rentnerinnen und Rentner eine Betriebsrente als in den 80er-Jahren (Klammer 2000a: 315). Ein Grund für die dennoch vergleichsweise geringe Quote weiblicher Berechtigter liegt in den üblichen Anspruchsvoraussetzungen von Betriebsrentensystemen: Ansprüche bestehen meistens erst nach einer mindestens 10-jährigen Betriebszugehörigkeit und einem Mindestalter von 35 Jahren beim Ausscheiden aus dem Betrieb. Diese Voraussetzungen stehen im Konflikt mit den diskontinuierlichen Erwerbsbiografien von Frauen (Kapitel 5). Manche Regelungen sind in den vergangenen Jahren überarbeitet und frauenfreundlicher gestaltet worden. Ein anderer Grund für die eher seltenen Ansprüche von Frauen auf eine betriebliche Rente ist, dass Frauen häufig in Bereichen wie Handel, Dienstleistungen etc. arbeiten, in denen der Deckungsgrad der betrieblichen Alterssicherungssysteme generell gering ist (Klammer 2000b: 182). In der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (ZÖD) erreichen Frauen noch am ehesten die Bezugsquoten von Männern (Tabelle 7.12).

Eine jüngere Umfrage von TNS Infratest Sozialforschung zeigt, dass der Anteil der Betriebe mit Vereinbarungen zur Altersvorsorge zwar zunimmt, aber immer noch bei unter 40 Prozent liegt (Ostdeutschland 30 %) (Abbildung 7.19).

Abbildung 7.19: Betriebsstätten mit betrieblicher Altersversorgung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 bis 2003 (in %)



Datenbasis: Repräsentative Arbeitgeberbefragung

Quelle: Infratest Sozialforschung 2003: 16

Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft – gerade in Klein- und Mittelständischen Unternehmen – bestehen also keine Möglichkeiten, eine betriebliche Altervorsorge aufzubauen. Abbildung 7.20 zeigt allerdings, dass der Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit einer betrieblichen Altersversorgung rechnen können, gegenüber den jetzigen Rentnerinnen und Rentnern deutlich größer ist. In Westdeutschland erhielten 2001 35 Prozent der Frauen und 44 Prozent der Männer eine Betriebsrente. 2003 können 41 Prozent der weiblichen und 48 Prozent der männlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Privatwirtschaft mit einer solchen Rente rechnen, wenn sie die Mindestvoraussetzungen dafür erfüllen (Abbildung 7.20).

¹⁹³ Nach Angaben des Sozialschutzausschusses zum Umfang der Versicherungszugehörigkeit existiert für ca. 20 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tarifverträgen die potenzielle Möglichkeit zur betrieblichen Altersvorsorge (Stand Februar 2004), d.h. rund 80 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen, für die in Deutschland überhaupt Tarifverträge bestehen. Bundesweit verfügten über 15,3 Mio. Beschäftigte über eine betriebliche Altersvorsorge. Dies entspricht ca. 57 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Der Sozialschutzausschuss 2004: 8).

Frauen Männer Frauen Männer Frauen Männer Westdeutschland Ostdeutschland Deutschland □ Ende 2001 ☐ Ende 2002 ■ Anfang 2003

Abbildung 7.20: Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft mit betrieblicher Altersversorgung nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 bis 2003 (in %)

Datenbasis: Repräsentative Arbeitgeberbefragung

Quelle: Infratest Sozialforschung 2003: 18

Es bleibt abzuwarten, ob sich die vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersvorsorge in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst weiter verbreiten wird und ob in der 2006 neu erscheinenden Studie zur Altersvorsorge in Deutschland (AVID 2002) eine Annäherung der Deckungsgrade und Leistungshöhen von eigenen Rentenansprüchen von Frauen an die von Männern aus Betriebsrenten sichtbar werden. Ergebnisse der TNS Infratest Sozialforschung Studie zeigen bereits, dass derzeitig deutlich mehr Frauen als aktiv Versicherte in eine betriebliche Altersvorsorge einzahlen, als nach der ASiD'03 zum Bestand von Leistungsbezieherinnen bzw. -beziehern gehören (Abbildung 7.20).

7.6.4 Die private Vorsorge

Die private Vorsorge stellt die dritte Säule der Alterssicherung dar. Sie muss in Zukunft neben der betrieblichen Alterssicherung ausgebaut werden, um den gewohnten Lebensstandard im Alter halten zu können. Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), d.h. die Senkung des allgemeinen Rentenniveaus und zusätzliche Kürzungen der Hinterbliebenenversorgung, sollen durch Reformen in der betrieblichen Altersversorgung und den Aufbau der privaten Vorsorge kompensiert werden. Vor allem im unteren Einkommensbereich ist eine ausreichende private Vorsorge notwendig, um Armut im Alter zu vermeiden. Dabei ist die Sparfähigkeit der gering Verdienenden gering und die Steuervorteile, die für die

private Altersvorsorge gewährt werden, für diesen Personenkreis wenig attraktiv.

Einzig die so genannte Riester-Rente erweist sich durch ihre Förderkriterien insbesondere für Kindererziehende und Geringverdienerinnen und -verdiener als positiv. ¹⁹⁴ Seit 2002 fördert der Staat sowohl die private als auch die betriebliche Vorsorge nicht nur durch Steuerfreibeträge, sondern auch durch staatliche Zulagen (Riester-Rente). Für die Alterssicherung sind zusätzlich Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Zinserträgen, Lebensversicherungen und privaten Rentenversicherungen von Bedeutung. Über diese Einkommensquellen verfügen nach der ASiD 2003 in Westdeutschland 39 Prozent der Männer und 36 Prozent der Frauen, in Ostdeutschland sind es sogar 42 Prozent der Männer und 36 Prozent der Frauen. Die angegebene Höhe ist in den ostdeutschen Ländern nur halb so hoch wie in den westdeutschen Ländern (Bieber 2005).

7.7 Frauen und Männer in der Kranken- und in der Pflegeversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung zählen zu den Sozialversicherungen. Sie werden über Beiträge ihrer Mitglieder finanziert und basieren auf einem kollektiven Risikoausgleich. Darin unterscheiden sie sich von staatlichen Leistungen wie der Sozialhilfe. Sowohl für die Kranken- als auch für die Pflegeversicherung besteht eine weitgehende Versicherungspflicht.

Personen, deren Verdienst über der Jahresarbeitsentgeltgrenze¹⁹⁵ liegt, unterliegen keiner gesetzlichen Krankenversicherungspflicht. Sie können sich auch privat krankenversichern. Bei den privat Krankenversicherten sind die Männer in der Überzahl. Das hat vor allem zwei Ursachen. Zum einen haben mehr Männer als Frauen ein Einkommen, das über der Beitragsbemessungsgrenze liegt. Zum anderen orientieren sich die Beiträge der privaten Krankenversicherungen nicht am Solidarausgleich. Sie sind nicht an der Einkommenshöhe orientiert, sondern an geschlechts- und altersspezifischen Risiken. Da Frauen im gebärfähigen Alter das "Kostenrisiko" (Klammer 2000a: 295) von Schwangerschaft und Geburt tragen, müssen sie höhere Beiträge als gleichaltrige Männer entrichten. Private Versicherungen sind insofern für Männer vergleichsweise attraktiv.

¹⁹⁴ Die Riester-Rente ist eine private Altersvorsorge auf freiwilliger Basis. Personen, die einen Riester-Rentenvertrag abschließen, zahlen während ihres aktiven Arbeitslebens Beiträge in eine private Rentenversicherung, einen Banksparplan oder in einen Fond. Als Extra erhalten sie staatliche Zulagen oder Steuerfreibeträge. Die Grundzulage beträgt 2005 76 € und ab 2008 154 € pro Jahr. Attraktiv für Familien sind die Kinderzulagen. Je Kind zahlt der Staat an förderfähige Personen 92 € (2005) bzw. 154 € (ab 2008). Anspruch auf die staatliche Förderung haben alle gesetzlich rentenversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, alle Beamtinnen bzw. Beamten, Soldatinnen bzw. Soldaten und Zivildienstleistende, Eltern im Erziehungsurlaub, freiwillig gesetzlich Versicherte und Arbeitslose.

¹⁹⁵ Die Jahresarbeitsentgeltgrenze beträgt im Kalenderjahr 2005 46.800 €; das entspricht 75 Prozent der Jahresbeitragsbemessungsgrenze West in der Rentenversicherung der Arbeiterinnen bzw. Arbeiter und Angestellten.

7.7.1 Gesetzliche Krankenversicherung

In der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es verschiedene Arten des Versicherungsverhältnisses. Die meisten Versicherten, unabhängig vom Geschlecht, sind auf Grund eigener Erwerbstätigkeit pflichtversichert¹⁹⁶, gefolgt von den als Familienangehörigen mitversicherten. Hierunter fallen natürlich zuerst die Kinder, aber häufig auch Ehepartner (zumeist Frauen) von Pflichtversicherten, die über kein eigenes versicherungspflichtiges Einkommen verfügen. Die nächste große Gruppe bilden Personen, die in Rente sind. Ein kleinerer Prozentsatz ist freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert.¹⁹⁷

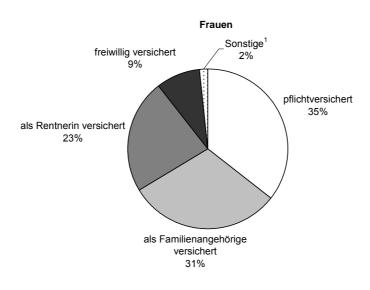
Die Konstruktion der gesetzlichen Krankenversicherung ist für Frauen insofern günstig, als ihnen auf Grund des kollektiven Risikoausgleichs auch bei niedrigeren Einkommen und einem daraus folgenden niedrigeren Beitragssatz die gleichen Leistungen zustehen wie Personen mit höheren Einkommen und mit höherem Beitragssatz. Die Mitversicherung von nicht-erwerbstätigen oder geringfügig beschäftigten Ehefrauen begünstigt Frauen und Männer, die in der Ehe oder Familie nach dem traditionellen männlichen Ernährermodell leben. Problematisch kann die Situation für geschiedene Frauen werden, die Unterhalt erhalten. Sie sind dann nicht mehr familienversichert, sondern müssen sich selbst pflichtversichern.

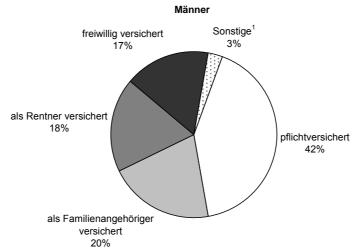
Im Jahr 2003 waren 42,2 Millionen Frauen und 40,3 Millionen Männer Mitglied in einer der gesetzlichen Krankenversicherungen. Abbildung 7.21 zeigt, wie groß die Anteile von Frauen und Männern an den verschiedenen Versicherungsarten der gesetzlichen Krankenversicherung (pflichtversichert, als Familienangehörige versichert etc.) sind.

¹⁹⁶ Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung sind: Arbeiterinnen/Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiger Jahresverdienst unter der Beitragsbemessungsgrenze liegt, Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende, Arbeitslose, landwirtschaftliche Unternehmerinnen bzw. Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie manche Selbstständige.

¹⁹⁷ Insgesamt weniger als 3 Prozent der Versicherten haben darüber hinaus einen Anspruch als Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger oder über die freie Heilfürsorge der Polizei oder Bundeswehr bzw. als Zivildienstleistende.

Abbildung 7.21: Versicherungsverhältnisse von Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)





1 Sonstige: Anspruchsberechtigte als Sozialhilfeempfängerin und -empfänger usw., freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistende, nicht krankenversichert sowie ohne Angabe zur Krankenversicherung Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes; eigene Berechnungen und Darstellung

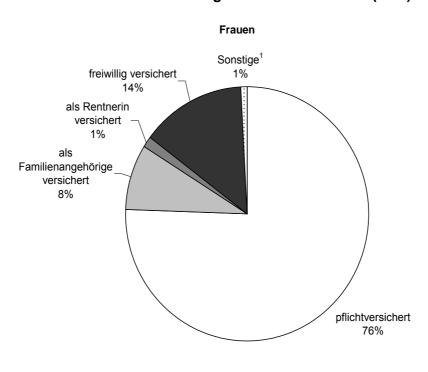
Betrachtet man den Zeitraum seit den 70er-Jahren, so ist ein Trend zu erkennen, der eine starke Zunahme der Pflichtversicherten bei den Frauen beschreibt. Im Jahr 1970 waren in der damaligen Bundesrepublik erst 19,8 Prozent der Frauen pflichtversichert (Klammer 2000a: 292). Die starke Zunahme der Pflichtversicherten unter den Frauen geht zunächst auf das generelle Anwachsen der Frauenerwerbstätigkeit im früheren Bundesgebiet zurück (Kapitel 2). Seit den 90er-Jahren kommt jedoch noch hinzu, dass Frauen in den ostdeutschen Bundesländern generell häufiger erwerbstätig waren und sind als in Westdeutschland. Eine weitere Ursache für die Zunahme der pflichtversicherten Frauen kann in den sich wandelnden Lebensformen gefunden werden (Kapitel 4), denn die Zahl der verheirateten Frauen ging in den letzten Jahrzehnten zurück, die der ledigen und geschiedenen nahm zu.

Im Jahr 1970 waren noch 54 Prozent der westdeutschen Frauen als Familienangehörige versichert, 2003 nur noch 31 Prozent. Der Anteil der als Rentnerinnen versicherten Frauen stieg von 15 Prozent (1970) auf 23 Prozent (2003), was auf die demografische Alterung der Bevölkerung hinweist (Abbildung 7.21). Freiwillig versicherten sich im Jahr 2003 ein Prozent mehr Frauen als im Jahr 1999. Der Anteil der freiwillig versicherten Frauen lag jedoch schon 1970 auf demselben Niveau (8,5 %).

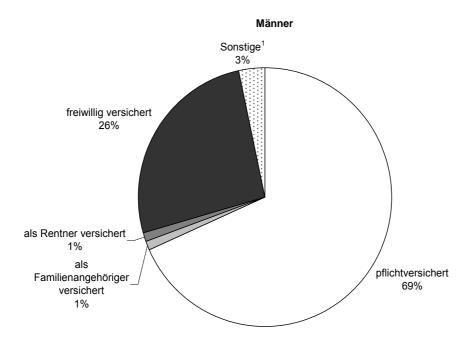
Vergleicht man die Verteilung von Frauen und Männern auf die unterschiedlichen Versicherungsarten, so sieht man, dass deutlich mehr Männer als Frauen pflichtversichert oder freiwillig versichert sind, was auf ihre nach wie vor höhere Erwerbstätigkeit verweist. Dagegen ist bei den Männern der Anteil bei den als Familienangehörigen versicherten und bei den als Rentner versicherten deutlich geringer. Letzteres ist auch eine Folge ihres späteren Renteneintrittsalters sowie ihrer niedrigeren Lebenserwartung (Kapitel 8.2).

Betrachtet man allein die Versicherungsverhältnisse *erwerbstätiger* Männer und Frauen in der gesetzlichen Krankenversicherung, so fällt auf, dass erwerbstätige Frauen häufiger als erwerbstätige Männer, nämlich zu mehr als drei Vierteln, pflichtversichert sind (Abbildung 7.22).

Abbildung 7.22: Versicherungsverhältnisse von erwerbstätigen Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)



- Fortsetzung nächste Seite -



1 Sonstige: Anspruchsberechtigte als Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger usw., freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistende, nicht krankenversichert sowie ohne Angabe zur Krankenversicherung

Datenbasis: Mikrozensus 2003

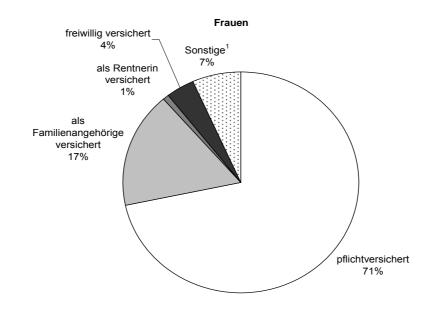
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004k: Tabelle 1.1; eigene Berechnungen und Darstellung

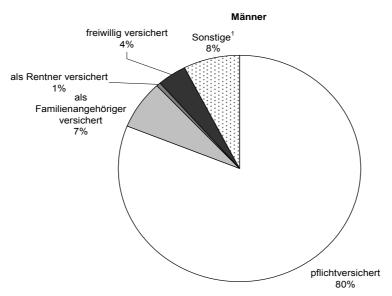
Bei Männern ist der Anteil der freiwillig Versicherten deutlich höher als bei Frauen. Da freiwillige Krankenversicherungen an ein Mindesteinkommen gebunden sind, ist der größere Anteil freiwillig versicherter Männer auf die im Durchschnitt höheren Einkommen von Männern zurückzuführen.

Bei den erwerbslosen¹⁹⁸ Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung ist der mit Abstand größte Teil pflichtversichert – hier ist der Anteil bei den Männern wieder etwas höher als bei den Frauen (Abbildung 7.23).

¹⁹⁸ Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind.

Abbildung 7.23: Versicherungsverhältnisse von erwerbslosen Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)





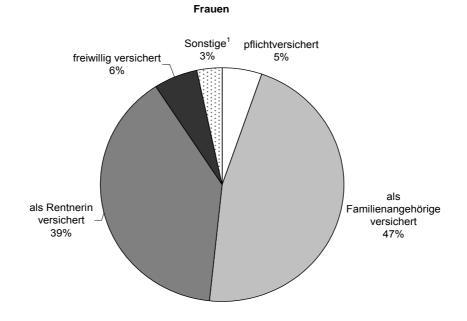
1 Sonstige: Anspruchsberechtigte als Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger usw., freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistende, nicht krankenversichert sowie ohne Angabe zur Krankenversicherung

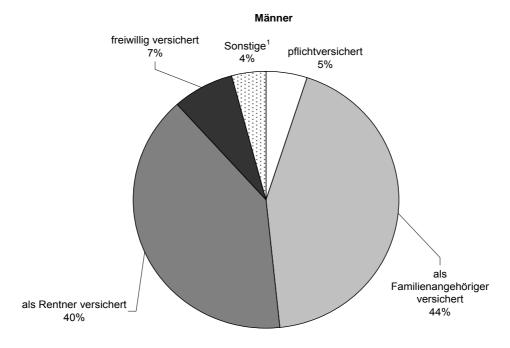
Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004k: Tabelle 1.1; eigene Berechnungen und Darstellung

Ganz anders als in Abbildung 7.22 und 7.23 sieht das Bild bei den nicht-erwerbstätigen Frauen und Männern (Abbildung 7.24) aus. Nur etwa 5 Prozent von ihnen sind pflichtversichert und die meisten sind familienversichert. Darüber hinaus taucht hier die große Gruppe der Rentnerinnen und Rentner auf.

Abbildung 7.24: Versicherungsverhältnisse von nicht-erwerbstätigen Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)





1 Sonstige: Anspruchsberechtigte als Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger usw., freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistende, nicht krankenversichert sowie ohne Angabe zur Krankenversicherung

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004k: Tabelle 1.1; eigene Berechnungen und Darstellung

Zusammenfassend ist festzuhalten: Aus den Abbildungen 7.21 bis 7.24 wurde deutlich, dass Frauen seltener als Männer in der gesetzlichen Krankenversicherung pfllichtversichert sind, weil Frauen im Durchschnitt seltener erwerbstätig sind als Männer. Wenn Frauen erwerbstätig sind, sind sie häufiger als erwerbstätige Männer, nämlich zu mehr als drei Vierteln, in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert.

7.7.2 Soziale Pflegeversicherung

Die soziale Pflegeversicherung wurde nach einer nahezu 20-jährigen Beratungsphase als weitere Säule der Sozialversicherungssysteme 1994 vom Gesetzgeber verabschiedet (BMGS 2003: 185). 1995 wurden die Versicherungspflicht und Leistungsgewährung eingeführt. Zunächst wurden nur Leistungen für die ambulante Pflege erstattet. Seit Mitte 1996 werden auch Leistungen für die stationäre Pflege gewährt.

Die soziale Pflegeversicherung wird im Umlageverfahren über Beiträge finanziert, die je zur Hälfte von den Versicherten und den Arbeitgebern getragen werden. Unterhaltsberechtigte Ehepartner und Kinder eines Mitglieds können wie in der Krankenversicherung beitragsfrei mitversichert werden.

Pflegebedürftigkeit im Sinne der sozialen Pflegeversicherung wird vom Gesetzgeber danach definiert, ob eine Person "wegen einer Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedarf" (BMGS 2003: 187). Je nach dem Schweregrad der Pflegebedürftigkeit werden die Pflegestufen I, II und III unterschieden.

Bezüglich der Pflegeformen wird zwischen häuslicher bzw. ambulanter sowie teil- und vollstationärer Pflege unterschieden. Bei der häuslichen Pflege erhalten die Pflegebedürftigen entweder Sachleistungen oder Pflegegeld; Pflegegeld können sie dann bekommen, wenn häusliche Pflege von Angehörigen oder einer sonstigen Pflegeperson erbracht wird. Für die Pflegepersonen¹⁹⁹ besteht Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung; darüber hinaus werden für sie, abhängig vom zeitlichen Umfang der Pflege, Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt. Dieser Versicherungsschutz sichert Personen – zumeist sind dies Frauen – sozial ab, die häusliche Pflegeaufgaben übernehmen. Der Bezug von Pflegegeld ist im Gegensatz zur Inanspruchnahme von ambulanten oder stationären Pflegesachleistungen in den letzten Jahren rückläufig. Betrug er im Jahr 1998 noch 54 Prozent, so sank er im Jahr 2002 auf 50 Prozent.

Die folgende Tabelle 7.13 zeigt, wo die 2,03 Millionen Pflegebedürftigen, die es in der Bundesrepublik Deutschland 2003 gab, gepflegt und welcher Pflegestufe sie ggf. zugeordnet wurden.

¹⁹⁹ Die meisten Pflegepersonen sind die (Ehe-)Partnerinnen bzw. -partner der zu Pflegenden oder deren Töchter; d.h., zumeist sind Frauen die Pflegenden. Siehe hierzu Kapitel 4.8 *Lebensformen von Frauen und Männern im Alter*, Abbildung 4.15 im kommentierten Datenreport.

Tabelle 7.13: Pflegebedürftige nach Ort der Pflege, Pflegestufe und Geschlecht in Deutschland (absolut in 1.000 und in %)

2,03 Millionen Pflegebe	edürftige insgesamt
1.391.000 Frauen (69 %)	639.000 Männer (31 %)

zu Hause versorgt 1,44 Millionen (71 %)		in Pflegeheimen (stationär) versorgt: 594.000 (29 %)			
922.000 Frauen	513.000 Männer	469.000 Frauen	126.000 Männer		
(64 %)	(36 %)	(79 %)	(21 %)		

nach Pflegestufen nach Pflegestufen

Stu	fe I	Stu	fe II	Stufe III		Stufe III		Stu	ıfe I	Stufe II		Stufe III	
764		50	500		172		172		93	24	16	1	56
53	53 %		%	12 %		12 %		33	%	41	%	26	%
Frau-	Män-	Frau-	Män-	Frau-	Män-	Frau-	Män-	Frau-	Män-	Frau-	Män-		
en	ner	en	ner	en	ner	en	ner	en	ner	en	ner		
515	250	309	190	98	73	147	46	195	50	127	30		
67 %	33 %	62 %	38 %	57 %	43 %	76 %	24 %	79 %	21 %	81 %	19 %		

Quelle: Statistisches Bundesamt Oktober 2004n: Tabellen 2.1, 2.3, 3.1 und 3.2; eigene Berechnungen und Darstellung

Im Mai 2003 waren in Deutschland nach Ergebnissen des Mikrozensus mehr als zwei Millionen Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig, mehr als zwei Drittel dieser Pflegebedürftigen waren Frauen. Die Mehrheit der Pflegebedürftigen (71 %) wurde zu Hause versorgt, ein kleinerer Teil (29 %) in Pflegeheimen.

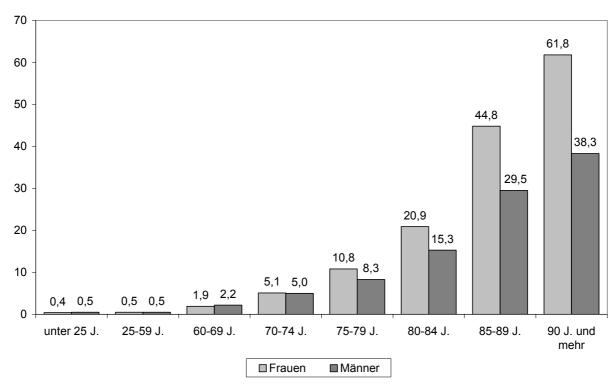
Im Verhältnis zu ihrem Anteil an allen Pflegebedürftigen werden Männer häufiger als Frauen zu Hause versorgt. Pflegebedürftige Frauen sind dagegen nicht nur absolut sondern auch relativ häufiger als Männer vollstationär in Pflegeheimen untergebracht. Ihr Anteil an allen Heimbewohnerinnen und -bewohnern beträgt 79 Prozent. Zur häufigeren Pflegebedürftigkeit älterer Frauen (Tabelle 7.13) kommt als weitere Ursache für den höheren Anteil von Frauen in Pflegeheimen hinzu, dass ältere pflegebedürftige Frauen wesentlich seltener als Männer im hohen Alter noch mit einem Ehemann zusammenleben, der die häusliche Pflege übernehmen oder diese unterstützen könnte. Von den pflegebedürftigen 85- bis 89-jährigen Frauen sind 83 Prozent verwitwet, bei den pflegebedürftigen Männern dieses Alters sind es mit 45 Prozent deutlich weniger (Statistisches Bundesamt 2004n: 3 f.).

Betrachtet man die Geschlechterverteilung in den einzelnen Pflegestufen, so fällt auf, dass bei den zu Hause versorgten Personen der Männeranteil mit ansteigenden Pflegestufen zuund der Frauenanteil abnimmt. Umgekehrt wächst der Frauenanteil bei den in Pflegeheimen versorgten Personen mit ansteigenden Pflegestufen während der Männeranteil zurückgeht. In Pflegeheimen betreute Personen der Pflegestufe III sind zu mehr als 80 Prozent weiblich. Männer werden also häufiger als Frauen auch dann noch zu Hause gepflegt, wenn sie

schwer pflegebedürftig sind.

Das Risiko, pflegebedürftig zu werden, ist in hohem Maße altersabhängig. In der folgenden Abbildung 7.25 werden die Anteile der weiblichen und männlichen Pflegebedürftigen nach Altersgruppen miteinander verglichen.

Abbildung 7.25: Weibliche und männliche Pflegebedürftige nach Altersgruppen¹ in Deutschland (in %)



¹ In jeder Altersgruppe (unter 25 J., 25 bis 59 J., usw.) wird der Anteil der Frauen, die pflegebedürftig sind, an allen Frauen dieser Altersgruppe dargestellt; ebenso für die Männer. Zum Beispiel sind im Alter von unter 25 Jahren 0,5 Prozent aller Jungen und Männer pflegebedürftig, d.h. jeder Zweihundertste.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Mikrozensus 2003; eigene Darstellung

Aus Abbildung 7.25 wird ersichtlich, dass der Anteil der Pflegebedürftigen bei den unter 60-jährigen Frauen und Männern noch sehr niedrig ist. Im siebten Lebensjahrzehnt steigen die Anteile für beide Geschlechter leicht an, wobei in dieser Altersgruppe etwas mehr Männer – bezogen auf alle Männer zwischen 60 und 69 Jahren – als Frauen pflegebedürftig werden. Während bei den 70- bis 74-Jährigen sowohl die Frauen als auch die Männer zu circa 5 Prozent pflegebedürftig sind, steigt die Quote in den darauf folgenden Jahren steil an, und es sind dann vor allem die Frauen, die pflegebedürftig werden. Beträgt die Differenz zwischen Frauen und Männern bei den 75- bis 79-Jährigen noch 2,5 Prozentpunkte, so wächst sie bis auf 23,5 Prozentpunkte bei den 90-Jährigen und Älteren an. Diese großen Geschlechterunterschiede im höheren und sehr hohen Alter hängen mit der durchschnittlich niedrigeren Lebenserwartung von Männern (Kapitel 8.2) zusammen. Das heißt, Frauen werden im Durchschnitt zwar älter als Männer, in diesem höheren Alter treten jedoch zunehmend Erkrankungen und Behinderungen auf, die Pflege notwendig machen. Außerdem scheint die geringe

Zahl von Männern, die ein Alter von über 85 Jahren erreicht, durchschnittlich weniger pflegebedürftig als Frauen im hohen Alter.

7.8 Überblick über die Ergebnisse

Die sozialen Sicherungssysteme haben Frauen und Männer in Deutschland im Vergleich zu denen in anderen europäischen Staaten recht gut gegen Armut abgesichert. Wie in fast allen europäischen Staaten liegt allerdings auch in Deutschland die Armutsquote von Frauen über der von Männern (2004: Frauen 14,4 %, Männer 12,6 %). Da wichtige Sozialleistungen an die Erwerbsarbeit geknüpft und von der Anzahl vorausgegangener Erwerbsjahre sowie von der Höhe der in diesem Zusammenhang erzielten Einkommen abhängig sind, erhalten Frauen in vielen Bereichen geringere Leistungen. Ausnahmen bilden die Witwen- bzw. Witwerrenten und die Renten, die sich aus Kindererziehungszeiten ergeben. Von Frauen wie Männern wird erwartet, dass sie sich von hinreichend gut verdienenden Partnern bzw. Partnerinnen versorgen lassen, bevor sie steuerfinanzierte Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Dies führt Frauen häufiger als Männer oft ungewollt in die ökonomische Abhängigkeit von Personen ihrer Bedarfsgemeinschaft.

Im Einzelnen ist festzuhalten, dass 2003 nur 73 Prozent der arbeitslos gemeldeten Frauen, aber 83 Prozent der ebenso gemeldeten Männer Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhielten und dass die Beträge, die an Frauen gingen deutlich unter denen lagen, die Männer im Durchschnitt erhielten. Gemessen an der Zahl arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer waren Frauen an den Wiedereingliederungsmaßnahmen paritätisch beteiligt. Die mit arbeitslosen Frauen durchgeführten Maßnahmen erreichten im Durchschnitt etwas häufiger als die mit Männern ihr Ziel, die Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt.

Frauen waren häufiger als Männer vom letzten sozialen Netz, der Sozialhilfe abhängig. Hauptursache des Sozialhilfebezugs war die Arbeitslosigkeit. Speziell die Armut von Frauen war allerdings oft auch Folge ihrer "familienbedingten" Nicht-Erwerbstätigkeit. Überdurchschnittlich hoch lag die Sozialhilfequote mit 26 Prozent bei allein erziehenden Müttern. Die nicht-deutsche Bevölkerung war stärker von Sozialhilfe abhängig als die deutsche. Letzteres galt im besonderen Maße für die *Frauen* mit Migrationshintergrund. Die ausländischen Frauen sind nicht nur im erwerbsfähigen Alter, sondern auch im Alter schlechter abgesichert als die ausländischen Männer.

Hinterbliebenenrenten sind für Frauen noch immer von hoher Bedeutung, doch der Anteil der Frauen an dem Personenkreis mit eigenständigen Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung ist in Westdeutschland zwischen 1983 und 2003 deutlich gestiegen (1973: 39 %, 2003: 52 %). Er liegt in Ostdeutschland 2003 auf gleichem Niveau wie im Westen, nicht weit unter dem Frauenanteil an der Bevölkerung über 65 Jahren. Die Rentenbeiträge, die Frauen 2003 aus eigener Erwerbsarbeit erzielen, reichen 2003 eher als 1993 an die

gleichartigen Renten der Männer heran. Dennoch bleiben die Diskrepanzen groß. Im Westen erreichen Rentnerinnen nur 47 Prozent, im Osten 71 Prozent des selbst erworbenen Rentenniveaus von Männern. Die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen im Osten Deutschlands hat also noch deutliche positive Effekte für deren Alterssicherung.

Der Anteil der Rentner, die eine Hinterbliebenenrente beziehen, ist im Westen gestiegen. Die übergroße Mehrheit derjenigen, die eine Hinterbliebenenrente beziehen, ist allerdings noch immer weiblich (84% bei den Rentenzugängen 2003). Die Senkung des allgemeinen Rentenniveaus und die Kürzung der Hinterbliebenenversorgung werden Frauen härter als Männer treffen, da Frauen häufiger nur über geringe selbst erworbene Rentenanwartschaften verfügen und auf eine Witwenrente dringend angewiesen sind. Die künftig bessere Bewertung der Kindererziehungszeiten und die Einführung des Kinderbonus in der Hinterbliebenenversorgung könnten dafür einen gewissen Ausgleich schaffen.

Werden alle eigenen und abgeleiteten Ansprüche aus der gesetzlichen Altersversorgung zusammen betrachtet, so sind die Renten von Frauen auch mittelfristig deutlich niedriger als die von Männern. Im Westen werden Frauen 2007 Rentenbeträge erhalten, die bei 66 Prozent, im Osten 80 Prozent der Rentenbeträge von Männern liegen. Dabei sind die (niedrigen) Renten, die sich allein aus den Kindererziehungsleistungen ergeben, nicht mitgerechnet. Auch für das Jahr 2007 wird erwartet, dass sich die Alterseinkommen von Frauen aus der gesetzlichen Versicherung im Westen noch immer zu einem größeren Teil auf die Hinterbliebenenrente stützen werden als auf die selbst erworbenen Rentenanwartschaften.

Das Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG) erhöht die monatliche Rente von Rentnerinnen gegenwärtig um 26 € pro Kind. Die Mütter, die 2002 in Rente gingen, erhielten im Durchschnitt 68 € für ihre Kindererziehungszeiten. Insgesamt sinkt das Einkommen von Frauen im Alter stufenweise mit zunehmender Kinderzahl. Die Frauen, die die nächste Generation in größerer Zahl unbezahlt groß gezogen haben, profitieren im Alter besonders wenig von den Alterssicherungssystemen, in die die nächste Generation einzahlt.

Neben den gesetzlichen Altersrenten werden in Zukunft die betrieblichen eine größere Bedeutung gewinnen müssen. Bisher profitieren deutlich mehr Männer als Frauen von Betriebsrente und Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

Ob die derzeit betriebene private Vorsorge eher Frauen oder eher Männern zu Gute kommt, ist derzeit nicht zu klären. Die Tatsache, dass gegenwärtig das Armutsrisiko von Frauen über 65 Jahren kaum über dem von Männern gleichen Alters liegt, legt die Annahme nahe, dass die private Vorsorge die Armutsrisiken beider Geschlechter in ähnlicher Weise abfängt. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass im hohen Alter wegen Pflegebedürftigkeit gerade von Hinterbliebenen oft viele Dienste und Spezialgeräte in Anspruch genommen werden müssen, die die normalen Lebenshaltungskosten deutlich erhöhen können. Die Kranken- und Pflege-

versicherung fängt nur einen Teil der notwendigen Kosten auf.

Die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen bieten für Frauen im Durchschnitt vorteilhaftere Strukturen als die privaten, da die Beiträge unabhängig von "geschlechterspezifischen Risiken" entsprechend dem Einkommen gestuft sind und weil die gesetzlichen Leistungen allen Mitgliedern unabhängig vom Beitragssatz zu Gute kommen. Frauen sind auch heute noch deutlich häufiger als Männer als Familienangehörige in der Kranken- und Pflegeversicherung mitversichert (31 Prozent zu 20 Prozent). Es ist allerdings zu beobachten, dass der Anteil der pflichtversicherten Frauen steigt. 1970 waren in der damaligen Bundesrepublik erst 20 Prozent der Frauen selbst krankenversichert. 2003 sind es 35 Prozent (Männer 42 Prozent). Männer sind häufiger als Frauen privat versichert. Diese Möglichkeit steht Männern mit den im Durchschnitt höheren Gehältern häufiger offen, auch ist diese Versicherungsform für sie oft vorteilhafter als für Frauen.

Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko pflegebedürftig zu werden. Dies trifft Frauen häufiger als Männer. Pflegebedürftige Männer sind seltener als Frauen vollstationär untergebracht. Für Männer kann bei Pflegebedürftigkeit häufiger noch die Partnerin sorgen.

Insgesamt zeigt sich, dass Frauen und Männer auf höchst unterschiedliche Weise sozial abgesichert sind. Für Frauen spielt, neben dem eigenen Erwerbseinkommen, der Lebensunterhalt durch Angehörige, das Mitversorgt werden in einer Bedarfsgemeinschaft und im Alter die Hinterbliebenenrente eine viel größere Rolle als für Männer. Die ökonomische Abhängigkeit vom Partner ist bei Frauen insbesondere im Westen noch immer deutlich größer als die der Männer von einer Partnerin. Die individuell, gesellschaftlich und politisch gewünschte Entwicklung egalitärer Geschlechterverhältnisse muss also weiter politisch gestützt werden.

8. Gesundheitsstatus und Gesundheitsrisiken von Frauen und Männern

Das Wichtigste in Kürze:

- Frauen werden älter als Männer. Die Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen beträgt in Deutschland heute 81 Jahre, die von neugeborenen Jungen 75 Jahre.
- Gesundheit und Krankheit hängen nicht nur von objektiven Faktoren, sondern auch von subjektiver Wahrnehmung und Bewertung ab.
- Frauen geben im Durchschnitt etwas häufiger als Männer an, in den vergangenen vier Wochen krank gewesen zu sein. Männer erleiden durchschnittlich häufiger folgenschwere Unfälle als Frauen. Für Männer ist die Jugend, für Frauen das Alter eine besonders unfallträchtige Lebensphase.
- Männer bewerten ihren Gesundheitszustand im Durchschnitt besser und sind mit ihrer Gesundheit zufriedener als Frauen. Am zufriedensten mit ihrer Gesundheit sind junge Männer mit (Fach-)Hochschulabschluss, die voll erwerbstätig sind, über ein hohes Einkommen verfügen und in den westlichen Bundesländern leben.
- Frauen stellen circa 55 Prozent der Krankenhauspatientinnen und -patienten, Männer verbringen aber durchschnittlich mehr Tage im Krankenhaus, wenn sie erkranken.
- 58 Prozent der deutschen Männer und 41 Prozent der deutschen Frauen ab dem Alter von 18 Jahren sind übergewichtig oder stark übergewichtig. Im Alter von 18 bis 19 Jahren sind 13 Prozent der jungen Frauen und 6 Prozent der jungen Männer untergewichtig.
- Männer rauchen mehr und sie konsumieren mehr Alkohol und illegale Drogen als Frauen; Frauen sind häufiger von Medikamenten abhängig.
- Männer erleiden mehr schwere und tödliche Arbeitsunfälle als Frauen. Sie begehen auch deutlich häufiger als Frauen Selbstmord.
- Zum Gesundheitszustand von Migrantinnen und Migranten gibt es nur wenige aufschlussreiche Daten. Sie gehören durchschnittlich jüngeren Altersgruppen an als die Deutschen.
- Ausländische Männer mittleren Alters rauchen häufiger als deutsche. Alkoholabstinenz ist unter ausländischen jungen Frauen und Männern deutlich verbreiteter als unter deutschen.

8.1 Einleitung

Der gesundheitliche Zustand und die Lebenserwartung einer Bevölkerung gelten gemeinhin als Indikatoren für die Lebensqualität in einer Gesellschaft. Insofern kann man von Daten über geschlechtsspezifische gesundheitliche Beeinträchtigungen und Sterblichkeitsraten auch Hinweise auf ungleiche Belastungen und Risiken von Frauen und Männern in Deutschland erwarten. Vorsicht ist bei dieser Argumentation allerdings insofern geboten als die unterschiedliche genetische und hormonelle Ausstattung der Geschlechter ebenfalls Einfluss auf deren Gesundheit im Lebenslauf nimmt.

Heute sind neben den geschlechtsspezifisch akzentuierten biologischen Risiken folgende andere Einflussfaktoren zu berücksichtigen, wenn man die Daten der amtlichen Statistik und der Gesundheitsforschung angemessen interpretieren will: Frauen und Männer sind auf Grund ihrer geschlechtsgebundenen Integration in die Gesellschaft, ihrer unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung, ihrer differenten Berufe und Einkommen, ihrer verschiedenen Beanspruchung durch Familienaufgaben etc. trotz mancher Angleichungen diversifizierten Lebensbedingungen ausgesetzt. Frauen und Männer verarbeiten Belastungen und Krankheiten auch unterschiedlich. Darüber hinaus entwickeln sie, orientiert an Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern differente Lebensstile und Gewohnheiten, die Einfluss auf ihre Gesundheit nehmen. Männer tendieren im Allgemeinen zu einer riskanteren Lebensweise. Ferner nehmen Frauen und Männer Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit unterschiedlich deutlich wahr. Zum verbreiteten Männlichkeitsbild passt es nicht, krank zu sein. So halten sich Männer häufiger auch dann für gesund, wenn sie es aus medizinischer Perspektive nicht sind (Hurrelmann/Kolip 2002; Koppelin/Müller 2004). Eine zum Teil geschlechtsspezifische medizinische Behandlung und gesundheitliche Versorgung von Frauen und Männern nimmt ebenfalls Einfluss auf deren Gesundheitszustand.

"Gesund-Sein" und "Krank-Sein" sind also stark von subjektiven Wahrnehmungsweisen und Bewertungen abhängig. In der Medizin wird versucht, die Einschätzung von Gesundheit und Krankheit durch objektive Messwerte abzusichern. Für Blutdruck, Knochendichte oder Cholesterinspiegel etc. gibt es Normwerte, deren Überschreiten bzw. Unterschreiten aus medizinischer Sicht auf (beginnende) Krankheiten hindeuten. Diese Normwerte werden oft auf der Basis von Befunden an männlichen Probanden festgelegt und sind häufig nicht einfach auf Frauen übertragbar (Eichler/Fuchs/Maschewsky-Schneider 2000).

In der Gesundheitsforschung werden Gesundheit und Krankheit heute als zwei Pole eines Kontinuums begriffen. Der jeweilige Gesundheitszustand von Personen wird als Produkt von

Risiko- und Schutzfaktoren verstanden.²⁰⁰

Hurrelmann definiert Gesundheit als eine Balance zwischen inneren Möglichkeiten und Zielen und äußeren Lebensbedingungen. Demnach ist Gesundheit ein

"Zustand des objektiven und subjektiven Befindens einer Person, der gegeben ist, wenn sich diese Person in den physischen, psychischen und sozialen Bereichen ihrer Entwicklung im Einklang mit den eigenen Möglichkeiten und Zielvorstellungen und den jeweils gegebenen äußeren Lebensbedingungen befindet" (Hurrelmann 1990).

Einer solch weiten Definition in einem Datenreport zu folgen, der sich auf aggregierte amtliche Daten stützt, ist schwierig. In diesen Statistiken haben harte Indikatoren wie Lebenserwartung, Krankheitsdiagnosen und Todesursachen den Vorrang. Es bieten sich allerdings auch Möglichkeiten, weichere Indikatoren zu präsentieren, wie etwa Daten, die auf Selbstauskünften über Krankheiten beruhen oder solche, die die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit anzeigen.

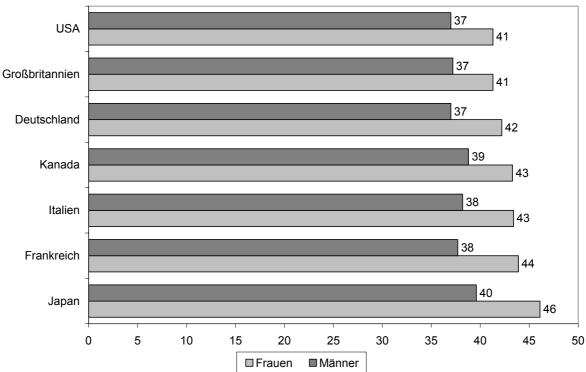
Um eine Einschätzung des aktuellen Gesundheitszustandes und der Lebensrisiken von Frauen und Männern in der Bundesrepublik zu erleichtern, werden im Folgenden zunächst ein internationaler Vergleich, ein Zeitvergleich sowie ein regionaler Vergleich zur Lebenserwartung von Frauen und Männern gezogen (Kapitel 8.2). In Kapitel 8.3 wird dann dargelegt, wie der subjektiv wahrgenommene Gesundheitszustand und die medizinisch diagnostizierten Krankheiten von Frauen und Männern mit dem Alter, der sozialen Schicht, dem Einkommen und dem Familienstand variieren. In diesem Zusammenhang wird dokumentiert, wie häufig und wie lange Frauen und Männer ein Krankenhaus zu Behandlungszwecken aufsuchen und inwiefern Frauen und Männer von unterschiedlichen körperlichen und psychischen Erkrankungen sowie Todesursachen betroffen sind. In Kapitel 8.4 wird auf gesundheitsbewusste bzw. riskante Verhaltensweisen von Frauen und Männern eingegangen. In Kapitel 8.5 wird der Einfluss der Arbeitswelt auf die Gesundheit von Frauen und Männern thematisiert. Schließlich folgen Befunde zum Gesundheitszustand und zu den spezifischen Gesundheitsrisiken von Migrantinnen und Migranten (Kapitel 8.6). Kapitel 8.7 bietet einen Überblick über die Ergebnisse.

²⁰⁰ Schon in den 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts definierte die Weltgesundheitsorganisation WHO Gesundheit nicht mehr nur negativ in Abgrenzung zu Krankheit, sondern in einem positiven, umfassenden Sinn: "Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheit und Gebrechen" (WHO 1946). Diese Definition war lange Zeit maßgeblich für die Gesundheitsforschung. Sie beschreibt allerdings einen Idealzustand, der wohl kaum von einem Menschen über einen längeren Zeitraum genossen werden kann. Auf Grund dessen nimmt die jüngere Gesundheitsforschung diese Definition zwar häufig als Grundlage, modifiziert sie jedoch im Hinblick auf die individuellen Lebensbedingungen.

8.2 Lebenserwartung im internationalen Vergleich, im Zeitvergleich sowie im regionalen Vergleich

Die Ermöglichung eines langen, möglichst gesunden Lebens²⁰¹ gilt als wichtiger Indikator für die Lebensqualität, die eine Gesellschaft gewährleisten kann. Deshalb wird der Lebenserwartung eine hohe Bedeutung beigemessen. Nach dieser Logik könnte Abbildung 8.1 nahe legen, dass die westlichen Industrienationen Frauen eine höhere Lebensqualität bieten als Männern. Diese Schlussfolgerung ist allerdings gewagt, da auch genetische und biologische Faktoren die Lebenserwartung von Frauen und Männern mitbestimmen.

Abbildung 8.1: Durchschnittliche weitere Lebenserwartung von 40-jährigen Frauen und Männern im internationalen Vergleich 2000 bis 2003¹ (in Jahren)



1 Die letzten aktuell vorliegenden Daten stammen für die einzelnen Länder aus unterschiedlichen Jahren. Für Frankreich und Japan stammen sie aus dem Jahr 2002 und für Deutschland, Kanada und die Vereinigten Staaten aus dem Jahr 2001. Für Italien und das Vereinigte Königreich liegen nur Daten aus dem Jahr 2000 vor.

Anmerkung: Die Länder sind nach Geschlechterdifferenzen geordnet.

Lesehilfe: Im internationalen Vergleich haben 40-jährige Frauen in Japan die höchste Lebenserwartung, in den USA die niedrigste.

Datenbasis: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Gesundheitsdaten 2004 Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes; eigene Darstellung

In allen in Abbildung 8.1 verglichenen Ländern lag die durchschnittliche weitere Lebenserwartung von 40-jährigen Frauen zu Beginn des 21. Jahrhunderts über der der Männer. Die

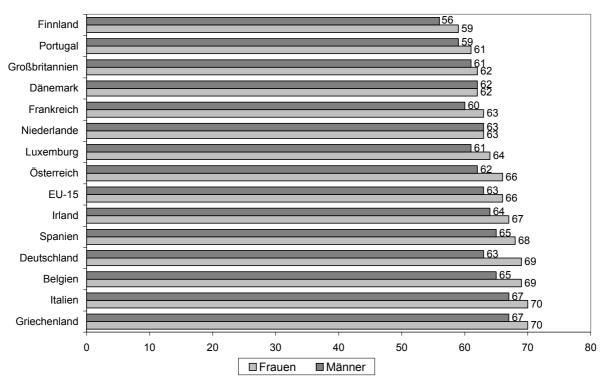
²⁰¹ Ein weiterer Gesundheitsindex, der im europäischen Vergleich erhoben wurde, ist das Vorliegen von länger (mindestens sechs Monate) andauernden Gesundheitsproblemen. Dieser Index wird in Kapitel 9.3 des Kapitels Geschlecht und Behinderung für Frauen und Männer bis 65 Jahren dargestellt und erläutert. In Deutschland liegt der Anteil der Frauen und Männer mit länger andauernden Gesundheitsproblemen demnach unter dem EU-Durchschnitt. Auffällig ist jedoch, dass in Deutschland, wie in einigen anderen Ländern, in denen die Anteile generell relativ gering sind, Frauen noch seltener als Männer von länger andauernden Gesundheitsproblemen betroffen sind.

höchste Lebenswartung haben japanische Frauen und Männer. Im Vergleich mit den anderen hier dargestellten europäischen Ländern finden sich die deutschen Frauen und Männer hinter Frankreich und Italien im Mittelfeld wieder.

Die Lebenserwartung in Europa hat sich in den letzten vier Jahrzehnten um durchschnittlich acht Jahre verlängert. Im Jahr 2001 betrug sie in der EU der damals 15 Länder bei der Geburt für Männer 76 Jahre und für Frauen 82 Jahre (Europäische Kommission 2004b: 280).

Zwar ist die letzte Lebensphase von Frauen oft von Krankheit und Behinderung geprägt, trotzdem können Frauen im Vergleich zu Männern in allen Ländern Europas eine etwas höhere Anzahl von Jahren ohne dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen erwarten (Abbildung 8.2). Dabei zeigt sich, dass Deutsche im Vergleich zu anderen Europäern 1996 vergleichsweise viele gesunde Lebensjahre zu erwarten hatten und dass in Deutschland die Geschlechterdifferenz besonders groß war. Während Männer bei der Geburt im Durchschnitt "nur" 63 gesunde Lebensjahre vor sich hatten, hatten Frauen 69 gesunde Lebensjahre vor sich.

Abbildung 8.2: Gesunde Lebenserwartung von Frauen und Männern in Europa 1996 (in Jahren)



Anmerkungen: Männer werden in der EU-15 im Schnitt ohne Behinderung 63 Jahre alt, Frauen 66 Jahre (Daten von 1996). Für Schweden lagen keine Zahlen zu den erwarteten gesunden Lebensjahren vor.

Die Länder sind nach der gesunden Lebenserwartung von Frauen geordnet.

Lesehilfe: In Griechenland haben Frauen EU-weit die höchste gesunde Lebenserwartung, in Finnland die niedrigste. In Dänemark (62 Jahre) und den Niederlanden (63 Jahre) erwarten Frauen und Männer jeweils die gleiche Zahl gesunder Lebensjahre.

Quelle: Bericht zur sozialen Lage in der Europäischen Union 2003: 34

Abbildung 8.2 macht deutlich, dass Unterschiede in der Lebenserwartung keine "Naturkon-

stanten" sind; sie hängen vielmehr mit den sozioökonomischen und sozialen Verhältnissen eines Landes sowie mit dem Risikoverhalten von Frauen und Männern zusammen.²⁰² Auch klimatische Verhältnisse und der Lebensstil einer Population sowie ihre medizinische Versorgung dürften ihre gesunden Lebensjahre mitprägen.

Abbildung 8.3 zeigt, dass in Deutschland neugeborene Mädchen und erwachsene Frauen schon über einen langen Zeitraum eine höhere Lebenserwartung als Jungen bzw. Männer hatten. Frauen hatten zwar im 19. Jahrhundert und noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein nicht unerhebliches Risiko, bei der Geburt eines Kindes zu sterben, dafür starben mehr Jungen als Mädchen in den ersten fünf Lebensjahren, und Männer hatten und haben ein größeres Risiko, tödliche Unfälle zu erleiden als Frauen (Tabelle 8.6).

Als Ursachen für die durchschnittliche höhere Lebenserwartung von Frauen werden unterschiedliche Faktoren diskutiert, so z.B. eine unterschiedliche Anfälligkeit für verschiedene Krankheiten, bestimmte genetische Schutzfaktoren, aber auch ein sorgsamerer Umgang von Frauen mit ihrem Körper und seinen Bedürfnissen. Zur niedrigeren Lebenserwartung der Männer können ihre häufigere Erwerbstätigkeit in zum Teil unfallgefährdeteren Berufen sowie ein zum Teil risikobereiteres Freizeitverhalten beitragen; aber auch Kriege setzten ihre durchschnittliche Lebenserwartung im vergangenen Jahrhundert deutlicher als die von Frauen herab.

Die Lebenserwartung nahm bei Frauen und Männern seit der Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland sehr stark zu. Die Hauptursache dafür liegt in der enorm gesunkenen Säuglings- und Kindersterblichkeit. Neugeborene Mädchen hatten in Deutschland 2002 eine Lebenserwartung von 81,2 und neugeborene Jungen von 75,4 Jahren (Abbildung 8.3)

²⁰² Am Beispiel Schwedens stellte Maria Danielsson auf dem Jahresseminar des Österreichischen Instituts für Familienforschung im Jahr 2003 dar, dass sich dort die Lebenserwartung der Männer der der Frauen in den vergangenen 20 Jahren schnell angenähert hat. Danielsson führt diese Entwicklung darauf zurück, dass in Schweden Todesfälle im Zusammenhang mit Alkohol- und Tabakkonsum sowie Selbstmorde zurückgegangen sind. Da von diesen Todesursachen durchschnittlich häufiger Männer betroffen waren, wurden diese in größerer Anzahl älter. Darüber hinaus vermutet sie, dass die stärkere Verantwortungsübernahme von Männern für Kinder dazu geführt haben könnte, dass Männer bewusst weniger Risiken (z.B. gefährliches Fahrverhalten) eingehen. Die Erklärungen für die unterschiedliche Lebenserwartung von Frauen und Männern sind also sehr vielfältig.

90 80 70 60 50 40 30 20 10 0 1891/1900 1932/1934 1960/1962 1986/1988 2000/2002 -■- neugeborene Mädchen → 40-jährige Männer —▲— neugeborene Jungen

Abbildung 8.3: Durchschnittliche und weitere Lebenserwartung von Neugeborenen und von 40-jährigen Frauen und Männern in Deutschland 1891/1900 bis 2000/2002 (in Jahren)

Quellen: Statistisches Bundesamt 2004g; Statistisches Bundesamt 2004a: 10; eigene Darstellung

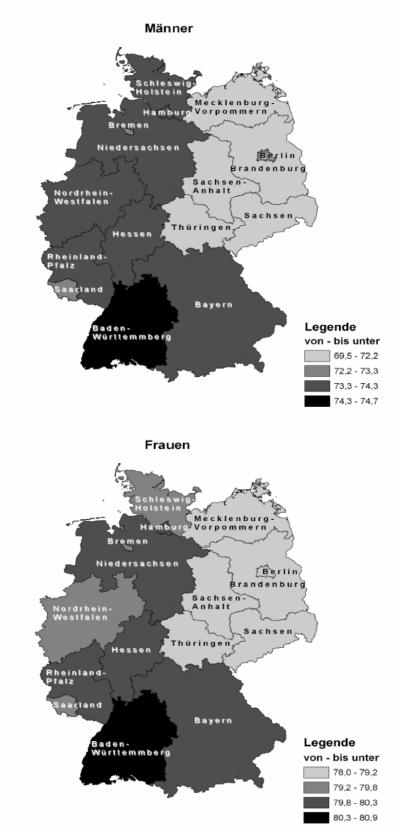
Der Anstieg der Lebenserwartung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zu Beginn des 20. Jahrhundert besserte sich der materielle Wohlstand größerer Bevölkerungskreise. Ernährung, Hygiene, bessere Arbeits- und Wohnbedingungen schufen die Voraussetzungen für ein gesundes und längeres Leben. Fortschritte in der Medizin, wie die Einführung von Impfungen oder die Entdeckung der Antibiotika taten ihr Übriges.

Weltweit werden mehr Jungen als Mädchen geboren. In Deutschland kommen auf 100 Mädchen 106 Jungen. Wegen des höheren Sterberisikos von Jungen und Männern baut sich der Überschuss mit zunehmendem Lebensalter ab. Bis zum 60. Lebensjahr überwiegt in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil. Ab dem 60. Lebensjahr ist der Frauenanteil größer und vergrößert sich mit zunehmendem Alter. Bei den 70- bis 80-Jährigen liegt er bei 60 Prozent. Bei den 80-jährigen oder älteren Personen liegt er sogar bei 73 Prozent (Statistisches Bundesamt 2004i: 38). Als Ursache hierfür ist die höhere Lebenserwartung von Frauen anzusehen, wobei gegenwärtig auch noch die hohen Männerverluste im Zweiten Weltkrieg zu Buche schlagen (ebd.). In Zukunft dürfte die Geschlechterrelation im Alter ausgeglichener sein.

Betrachtet man die geschlechtsspezifische Lebenserwartung in Deutschland im regionalen

Vergleich, so lassen sich ein Süd-Nord-Gefälle und ein West-Ost-Gefälle feststellen.

Abbildung 8.4: Lebenserwartung von Frauen und Männern bei der Geburt nach Bundesländern 1995 (in Jahren)



Datenbasis: Todesursachenstatistik Quelle: DJI-Regionaldatenbank Die Karten zur Lebenserwartung bei der Geburt für das Jahr 1995 zeigen zum einen das schon bekannte Muster, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt eine knapp sechs Jahre höhere Lebenserwartung als Männer haben. Zum anderen fällt auf, dass unabhängig vom Geschlecht Personen, die in den südlichen Bundesländern leben, eine höhere Lebenserwartung haben als solche aus den nördlichen oder östlichen Bundesländern. Am höchsten war die Lebenserwartung 1995 in Baden-Württemberg – Frauen wurden hier durchschnittlich 80,3 bis 80,9 Jahre alt, Männer 74,3 bis 74,7 Jahre. Am niedrigsten war 1995 die Lebenserwartung für beide Geschlechter in allen ostdeutschen Bundesländern²⁰³ – hier lag sie für Frauen im Durchschnitt bei 78 bis 79,2 Jahren und für Männer bei 69,5 bis 72,2 Jahren.

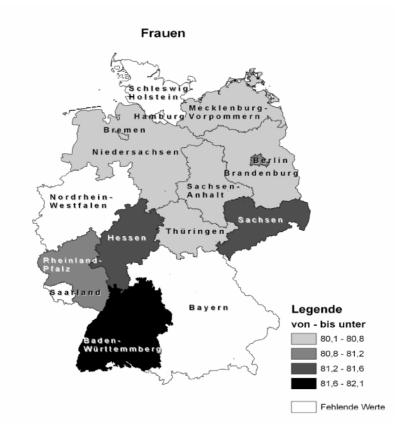
Für das Jahr 2002 liegen leider noch nicht für alle Bundesländer Daten vor, so dass die Karten lückenhaft bleiben müssen. Aus den vorliegenden Daten lässt sich jedoch absehen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung sowohl für Frauen als auch für Männer zwischen 1995 und 2002 deutlich angestiegen ist; das gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland.

Abbildung 8.5: Lebenserwartung von Frauen und Männern bei der Geburt nach Bundesländern in Deutschland 2002 (in Jahren)



⁻ Fortsetzung nächste Seite -

²⁰³ Die einzige Ausnahme bildete Berlin, wo sich zumindest die Männer in der zweitniedrigsten Kategorie befanden, d.h. sie hatten dort eine durchschnittliche Lebenserwartung von 72,2 bis 73,3 Jahren.



Anmerkung: Für Bayern, das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hamburg liegen für das Jahr 2002 noch keine Daten vor.

Datenbasis: Todesursachenstatistik Quelle: DJI-Regionaldatenbank

Ebenso wie im Jahr 1995 ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt auch im Jahr 2002 in allen Bundesländern für Frauen höher als für Männer, und das Bundesland mit der durchschnittlich höchsten Lebenserwartung für Frauen und Männer ist nach wie vor Baden-Württemberg. Die durchschnittlich niedrigsten Lebenserwartungen finden sich jedoch nicht mehr nur in den ostdeutschen Bundesländern, denn in Sachsen und Berlin ist die Lebenserwartung im Bundesvergleich stärker angestiegen als in anderen Bundesländern, dafür war der Anstieg in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz deutlich geringer als in den meisten anderen Bundesländern. Zurzeit haben im Ländervergleich Frauen in Niedersachsen mit die niedrigste Lebenserwartung. Bei einer zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ist damit zu rechnen, dass sich auch die Lebenserwartungen weiter annähern werden.

8.3 Gesundheit und Krankheit von Frauen und Männern unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Lebenslagen

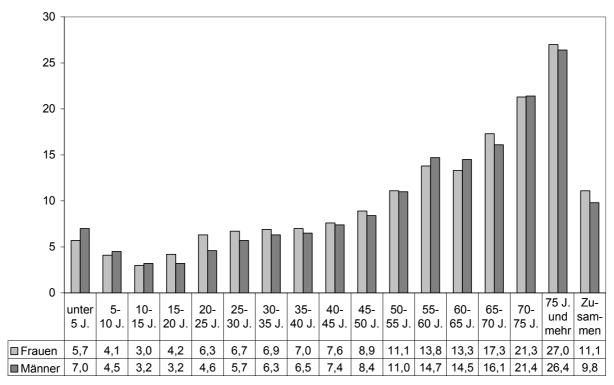
Die folgenden Ausführungen zeigen, dass sowohl die subjektive Einschätzung der eigenen Gesundheit als auch der medizinisch diagnostizierte Gesundheitsstatus von Frauen und Männern stark mit dem Alter der Betroffenen zusammenhängt und mit ihren Lebensbedingungen variiert.

8.3.1 Selbstauskünfte und subjektive Bewertung

Krankheit und Unfälle nach Selbstauskünften

Werden Frauen und Männer befragt, wie häufig sie von akuten Krankheiten und Unfällen betroffen sind, so werden Unterschiede nach Alter und – in geringerem Umfang – nach Geschlecht - deutlich (Abbildungen 8.6 und 8.7).

Abbildung 8.6: Kranke nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)



Anmerkung: Als krank galten Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung oder in den vier Wochen davor so in ihrem Gesundheitszustand beeinträchtigt fühlten, dass sie ihre übliche Beschäftigung (z.B. Berufstätigkeit, Hausarbeit, bei Kindern auch Schule, Kindergartenbesuch oder Spielen) nicht voll ausüben konnten. Schwangerschaft, Entbindung und Wochenbett zählen nicht als Krankheiten. Die Daten beruhen auf Selbstauskünften.

Datenbasis: Stichprobe des Mikrozensus 2003: Personen, die Angaben zu ihrer Gesundheit machten Quelle: Statistisches Bundesamt 2004t

Abbildung 8.6 zeigt, dass das Alter einen größeren Einfluss als das Geschlecht auf die Beeinträchtigung der Gesundheit hat. Darüber hinaus ist zu sehen, dass Frauen durchschnittlich häufiger als Männer angeben, krank zu sein. Dies gilt ab dem 15. Lebensjahr bis ins mittlere Alter und im höheren Alter. Als Kinder sind hingegen Jungen häufiger krank. Männer geben in der Altersspanne von 55 bis 64 Jahren, also gegen Ende der Erwerbsarbeitsphase, häufiger als Frauen an, krank zu sein. Ursächlich für die von jungen Frauen öfter berichteten Beeinträchtigungen sind nach dem Gesundheitsreport des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) vor allem Krankheiten des Verdauungssystems, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie psychische und Verhaltensstörungen (siehe Kapitel 8.3.2 Verweildauer im Krankenhaus und Kapitel 8.4.2 Ernährung). Bei Frauen im mittleren Alter

gehören Komplikationen in der Schwangerschaft und Erkrankungen der Harn- und Geschlechtsorgane zu den häufigsten Ursachen für einen Krankenhausaufenthalt (BKK Bundesverband 2004: 26). Bei Männern könnten sich zwischen dem 55. und 65. Lebensjahr berufliche Belastungen bemerkbar machen, die die altersgemäße Konstitution überfordern. Männer sind in diesem Alter häufiger von Krebserkrankungen betroffen als Frauen und leiden häufiger an Krankheiten des Kreislaufsystems (ebd.). Bei der Deutung der höheren Krankenquote von Frauen über 75 Jahren muss berücksichtigt werden, dass in diesen Lebensjahren ein Teil der gesundheitlich beeinträchtigten Männer schon gestorben ist. Die verbliebenen Männer erfreuen sich im Durchschnitt offensichtlich einer etwas besseren Gesundheit als Frauen dieser Altersgruppe.

Werden nur die Auskünfte von 16- bis 65-Jährigen herangezogen und diese nach dem "Vorliegen von länger (mindestens sechs Monate) andauernden Gesundheitsproblemen" gefragt, so liegt der Anteil der Männer, die solche gesundheitlichen Probleme angeben, über dem der Frauen (Kapitel 9, Abbildung 9.1). Wie der in Kapitel 9 vorgelegte europäische Vergleich zeigt, ist dies keineswegs selbstverständlich. Es gibt auch Länder, in denen sich deutlich mehr Frauen als Männer von solchen langen gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen zeigen. Dies gilt zum Beispiel für Skandinavien. Vorbehalte gegenüber diesen Daten sind allerdings angebracht, obwohl die in Abbildung 9.1 verwandten Daten als die einzigen methodisch vergleichbaren Daten in Europa gelten (Ehling/Günther 2003: 27). Die langfristigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen werden zumindest zum Teil durch Unfälle verursacht sein. Von diesen sind Männer eindeutig häufiger betroffen (Abbildung 8.7).

In der folgenden Abbildung 8.7 wird die Häufigkeit von Unfallverletzungen dargestellt, von denen sich Frauen und Männer in den vier Wochen vor der Befragung so beeinträchtigt fühlten, dass sie ihren üblichen Verpflichtungen nicht nachgehen konnten. Generell sind Frauen und Männer seltener durch Unfälle als durch Krankheiten beeinträchtigt (Abbildung 8.6 und 8.7). Ein klarer, für beide Geschlechter gleicher Anstieg von Unfällen mit dem Alter, etwa analog zur Zunahme von Krankheiten mit dem Alter, ist nicht zu konstatieren.

Im Alter unter 5 Jahren sind die absoluten Zahlen der Unfallverletzten so niedrig, dass sie nicht ausgewiesen werden. Für Mädchen trifft das bis zum Alter von 10 Jahren zu, während fast jeder 200ste Junge im Alter von 5 bis unter 10 Jahren in der Befragung in den vorangegangenen vier Wochen von einer Unfallverletzung betroffen war. Ein besonders hohes Unfallrisiko tragen Männer zwischen dem 20. und dem 35. Lebensjahr. Es ist anzunehmen, dass dies mit einem riskanteren Lebensstil der jungen Männer in Zusammenhang steht. Sehr hoch ist allerdings auch das Unfallrisiko von Frauen im fortgeschrittenen Alter.

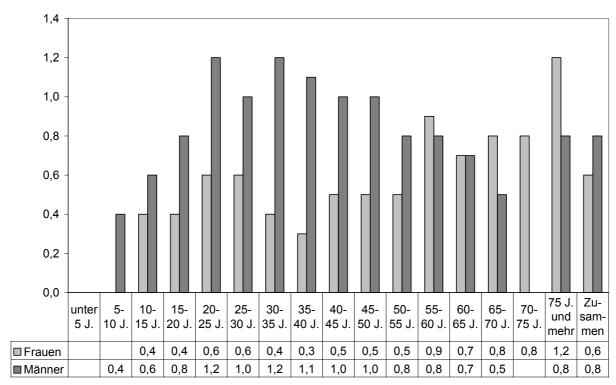


Abbildung 8.7: Unfallverletzte¹ nach Geschlecht und Altersgruppen² in Deutschland 2003 (in %)

Datenbasis: Stichprobe des Mikrozensus 2003: Personen, die Angaben über die Gesundheit machten Quelle: Statistisches Bundesamt 2004t

In Abbildung 8.7 ist zu sehen, dass Jungen und Männer bis zum Alter von 55 Jahren deutlich häufiger als Frauen angeben, in den vergangenen vier Wochen eine Unfallverletzung erlitten zu haben. Dem entspricht auch ein höheres Unfallrisiko von Männern. Das wird einerseits damit erklärt, dass Jungen und junge Männer mehr Risiken (z.B. im Straßenverkehr, aber auch durch waghalsigeres Freizeitverhalten) eingehen (Raithel 2001) und andererseits damit, dass Männer im erwerbsfähigen Alter häufiger von Arbeitsunfällen betroffen sind (Kapitel 8.5 und Kapitel 9.5, Abbildung 9.1). Selbst von häuslichen Unfällen mit schwerwiegenden Folgen scheinen sie häufiger als Frauen betroffen zu sein. So sind unter den registrierten Menschen mit Behinderung, deren Beeinträchtigung auf einen häuslichen Unfall zurückgeführt wird, 62 Prozent männlich und 38 Prozent weiblich (Kapitel 9, Tabelle 9.1).

Der Rückgang an beeinträchtigenden Unfallverletzungen bei Männern über 60 Jahren könnte mit ihrem Austritt aus dem Erwerbsleben und einem daraus folgenden niedrigeren Unfallrisiko zusammenhängen. Frauen überwiegen bei den Unfallverletzten ab 55 Jahren. Als eine Ursache dafür wird diskutiert, dass Frauen mit zunehmendem Alter häufiger als Männern Medikamente

¹ Als unfallverletzt galten Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung oder in den vier Wochen davor eine Unfallverletzung angaben und sich so in ihrem Gesundheitszustand beeinträchtigt fühlten, dass sie ihre übliche Beschäftigung (Beruf, Schule, Haushalt etc.) nicht voll ausüben konnten.

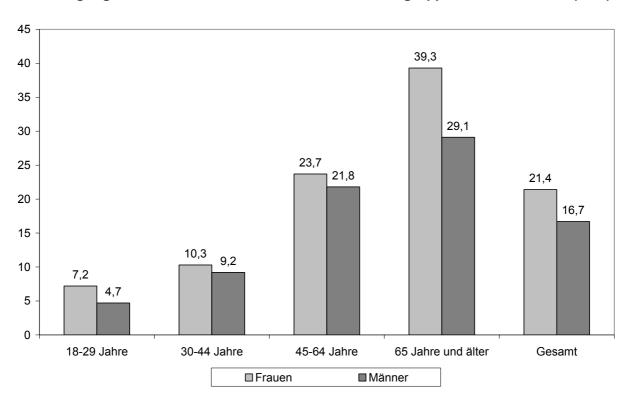
² Ergebnisse der Mikrozensus-Befragung, bezogen auf die Personen, die Angaben über die Gesundheit machten *Anmerkung:* Dort, wo keine Balken dargestellt werden, sind in der Quelle keine Werte angegeben, da die Zahlenwerte nicht sicher genug sind.

(z.B. Benzodiazepine²⁰⁴) verschrieben werden, die neben anderen Nebenwirkungen²⁰⁵ auch zu Benommenheit, Schwindel, Störungen der Wahrnehmung und Reaktionsfähigkeit und zu Verwirrtheitszuständen führen können. Infolge dieser Nebenwirkungen sind komplikationsreiche Stürze nicht selten (Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren). Es ist auch nicht auszuschließen, dass wegen der häufiger auftretenden Osteoporose Stürze von Frauen im Durchschnitt folgenschwerer sind. Im Alter ab 75 Jahren steigt bei beiden Geschlechtern, besonders aber bei den Frauen die Quote der beeinträchtigenden Unfälle noch einmal an. Es ist anzunehmen, dass die Frauen bis ins hohe Alter obliegenden alltäglichen Verrichtungen im Haushalt oder beim Einkaufen ein steigendes Gefährdungspotenzial beinhalten (BMFSFJ 2001: 241 f.).

Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes

Korrespondierend mit der Zunahme von Krankheiten im Alter bewerten ältere Frauen und Männer ihren Gesundheitszustand im Durchschnitt schlechter als jüngere (Abbildung 8.8).

Abbildung 8.8: Anteile der Frauen und Männer, die ihren eigenen Gesundheitszustand als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen, nach Altersgruppen in Deutschland (in %)



Anmerkung: Im sozio-oekonomischen Panel wird die Selbsteinschätzung der allgemeinen Gesundheit fünfstufig erfragt: "sehr gut", "gut", "zufrieden stellend" "weniger gut" und "schlecht"; hier sind die Anteile der Frauen und Männer ausgewiesen, die ihre eigene Gesundheit im Jahr 2003 als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilt haben.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2003

Quelle: Lampert/Ziese 2005, Tabelle 3.2 und Tabelle 3.3; eigene Darstellung

²⁰⁴ Benzodiazepine sind eine Gruppe von Arzneimittelwirkstoffen, die als Entspannungs- und Beruhigungsmittel (Tranquilizer) oder Schlafmittel (Hypnotika) verabreicht werden und die ein beträchtliches Abhängigkeitspotenzial in sich bergen (Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren).

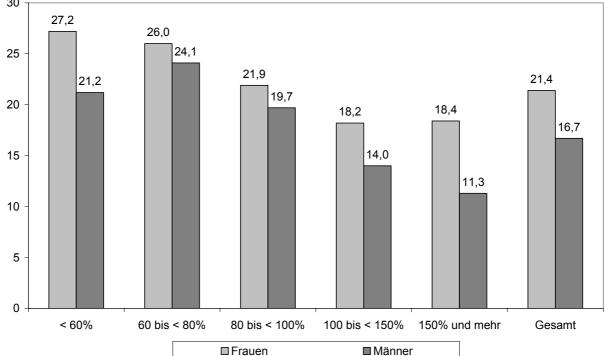
²⁰⁵ Müdigkeit, Kopfschmerzen, Niedergeschlagenheit; bei hoher Einnahme auch: Gedächtnisstörungen, unerwünschte Muskelentspannung.

Während nur 7 Prozent der befragten Frauen und 5 Prozent der Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren ihren Gesundheitszustand als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen, sind es in der Altersgruppe "65 Jahre und älter" 40 Prozent der Frauen und 29 Prozent der Männer. Aus Abbildung 8.8 ist zu erkennen, dass die Unterschiede in der Bewertung des gesundheitlichen Zustandes zwischen den Altersgruppen ausgeprägter sind als zwischen den Geschlechtern. Jedoch sind auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede nicht unbedeutend. In jeder Altersgruppe beurteilen mehr Frauen als Männer ihren Gesundheitszustand "weniger gut" oder "schlecht", in der ältesten Kohorte beträgt der Unterschied sogar mehr als 10 Prozentpunkte.

Auch bezüglich anderer soziodemografischer Merkmale zeigen sich Unterschiede in der Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes. So bewerten Personen, die niedrigeren Einkommensgruppen angehören, ihre Gesundheit durchschnittlich schlechter als solche, die höheren Einkommensgruppen angehören (Abbildung 8.9).

als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen, nach Einkommensgruppen (in %) 30 27,2 26,0 24,1

Abbildung 8.9: Anteile der Frauen und Männer, die ihren eigenen Gesundheitszustand



Anmerkungen: Im sozio-oekonomischen Panel wird die Selbsteinschätzung der allgemeinen Gesundheit fünfstufig erfragt: "sehr gut", "gut", "zufrieden stellend" "weniger gut" und "schlecht"; hier sind die Anteile der Frauen und Männer ausgewiesen, die ihre eigene Gesundheit im Jahr 2003 als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilt haben.

Die im SOEP gebildeten Einkommensgruppen orientieren sich am Äquivalenzeinkommen²⁰⁶. In der Armuts- und Reichtumsberichterstattung werden fünf Einkommensgruppen unterschieden: "unter 60 Prozent", "60 bis unter 80 Prozent", "80 bis unter 100 Prozent", "100 bis unter 150 Prozent" und "150 Prozent und höher".

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2003

Quelle: Lampert/Ziese 2005, Tabelle 3.2 und Tabelle 3.3; eigene Darstellung

²⁰⁶ Das Äguivalenzeinkommen ist das nach Größe und Zusammensetzung des Haushaltes bedarfgewichtete monatliche Nettoeinkommen. Bei einem verfügbaren Netto-Äquivalenzeinkommen von unter 60 Prozent des gesamtgesellschaftlichen Durchschnitts definiert sich Armutsrisiko; Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von 60 bis unter 80 Prozent können durch Arbeitslosigkeit oder Überschuldung schnell in die Nähe des Armutsbereichs gelangen (Lampert/Ziese: 28 f.).

27 Prozent der Frauen und 21 Prozent der Männer mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Äquivalenzeinkommens beurteilen ihren Gesundheitszustand als "weniger gut" oder "schlecht". In der höchsten Einkommensgruppe (150 % und mehr) ist dieser Anteil mit 18 Prozent bei den Frauen und 11 Prozent bei den Männern deutlich niedriger (Abbildung 8.9). Es zeigt sich in jeder Einkommensgruppe, dass Frauen ihren eigenen Gesundheitszustand häufiger als "weniger gut" oder "schlecht" einschätzen als Männer. Am größten sind die Geschlechterdifferenzen in der niedrigsten sowie der höchsten Einkommensgruppe. Die künftige Gesundheitspolitik sollte den gesundheitlichen Belastungen armer Frauen in Zukunft besondere Aufmerksamkeit schenken, denn bei Frauen geht Armut deutlich häufiger als bei Männern mit einer schlechten Beurteilung des eigenen gesundheitlichen Zustandes einher.

Eine Reihe von Studien bestätigen, dass von Armut betroffene Personen generell stärker von Krankheiten und Beschwerden betroffen sind und dass sie ihren Gesundheitszustand schlechter einschätzen als die anderen Gruppen (Heinzel-Gutenbrunner 2001; Helmert 1997; Klein/Unger 2001).

Ebenso wie Alter und Erwerbseinkommen haben auch der berufliche Bildungsabschluss sowie der Status der Erwerbstätigkeit Einfluss auf die Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes, für Ost- und Westdeutschland fallen dagegen fast keine Unterschiede auf (Tabelle 8.1).

Tabelle 8.1: Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes nach soziodemografischen Merkmalen in Deutschland 2002 (in %)

	gut	zufrieden stellend	schlecht		
Geschlecht					
Frauen	44	36	20		
Männer	51	33	16		
	Berufsbi	ldung			
ohne Abschluss	46	32	22		
mittlerer Abschluss	46	36	18		
(Fach-)Hochschule	54	33	13		
·	Erwerbstä	itigkeit			
Vollzeit	60	30	10		
Teilzeit	49	39	12		
nicht-erwerbstätig	36	37	27		
Region					
Deutschland insgesamt	47	35	18		
Westdeutschland	48	34	18		
Ostdeutschland	46	36	19		

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2002

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004i: 480; eigene Darstellung

Tabelle 8.1 zeigt, dass mit zunehmendem Niveau der beruflichen Bildungsabschlüsse der Anteil derjenigen, die ihren Gesundheitszustand als schlecht bewerten, zurückgeht. Nicht-

erwerbstätige Personen beurteilen ihren Gesundheitszustand deutlich häufiger als schlecht als Erwerbstätige. Aus Daten des Familiensurveys ergibt sich, dass Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger deutlich mehr gesundheitliche Beeinträchtigungen angeben als Personen mit einem Durchschnittseinkommen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind in diesem Fall sehr gering (Spegel 2004: 135).

Der Zusammenhang zwischen niedrigem sozialen Status und durchschnittlich schlechterem Gesundheitszustand beruht auf einer Wechselwirkung zwischen beiden Merkmalen. Einerseits leben Menschen mit niedrigem Sozialstatus ungesünder (hierzu auch Kapitel 8.4). Andererseits beeinträchtigen gesundheitliche Probleme auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, was besonders deutlich bei den Menschen mit Behinderung wird (Abbildung 9.16).

Es fällt auf, dass Männer ihren Gesundheitszustand im Durchschnitt besser als Frauen bewerten. Vergleicht man dieses Ergebnis mit der angegebenen Erkrankungshäufigkeit nach Geschlecht (Abbildung 8.6), so ist die Korrespondenz unverkennbar. Das heißt, Frauen bewerten ihren Gesundheitszustand nicht nur schlechter, sie geben auch häufiger an, gesundheitlich beeinträchtigt zu sein. Allerdings geht der Anteil der Frauen und Männer, die ihren Gesundheitszustand als schlecht bewerten, vor allem in den Altersgruppen über 30 über den Anteil derer hinaus, die sich durch eine Erkrankung in den letzten vier Wochen stark beeinträchtigt fühlten; auch ist die schlechtere Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes bei Frauen nicht mit einem entsprechend höheren Anteil akuter schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigungen "untermauert". Die von Frauen vorgenommene schlechtere Bewertung ihres eigenen Gesundheitszustandes lässt sich also nicht direkt aus der von ihnen berichteten Erkrankungshäufigkeit ableiten. Hier spielen andere Faktoren, wie zum Beispiel die eigenen Erwartungen an das gesundheitliche Wohlbefinden oder auch dauerhaft erlebte Beeinträchtigungen, eine Rolle.

Nimmt man die angegebene Krankheitshäufigkeit als relativ objektives Kriterium für Gesundheit (Abbildung 8.6), so muss die beschriebene Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes als stärker subjektiv gefärbt gedeutet werden. Abbildung 8.10 und Tabelle 8.2 nehmen in einem weiteren Schritt die Zufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand unter die Lupe.

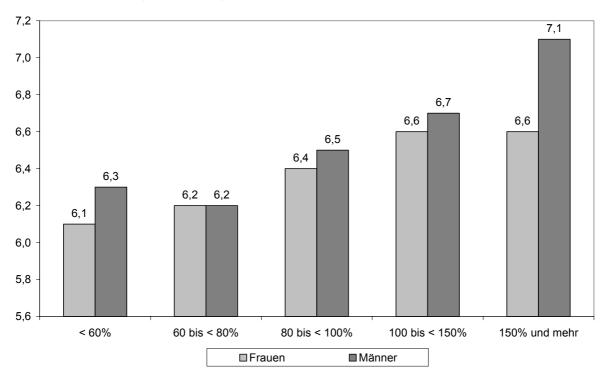


Abbildung 8.10: Zufriedenheit mit der Gesundheit nach Geschlecht und Einkommen in Deutschland 2003 (Mittelwerte)

Anmerkungen: Die Zufriedenheit mit der Gesundheit wird im SOEP auf einer 11-stufigen Skala von 0 = "ganz und gar unzufrieden" bis 10 = "ganz und gar zufrieden" erfasst. Je höher der gebildete Mittelwert ist, desto größer ist die Zufriedenheit.

Die im SOEP gebildeten Einkommensgruppen orientieren sich am Äquivalenzeinkommen²⁰⁷. In der Armuts- und Reichtumsberichterstattung werden fünf Einkommensgruppen unterschieden: "unter 60 Prozent", "60 bis unter 80 Prozent", "80 bis unter 100 Prozent", "100 bis unter 150 Prozent" und "150 Prozent und höher".

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2003

Quelle: Lampert/Ziese 2005, Abbildung 3.9; eigene Darstellung

In Abbildung 8.10 ist zu sehen, dass der mittlere Zufriedenheitswert mit der Gesundheit mit dem Einkommensniveau ansteigt. Auch hier sind Männer mit ihrer Gesundheit vor allem in der niedrigsten und in der höchsten Einkommensgruppe zufriedener als Frauen.

Im Jahr 2002 betrug der Mittelwert auf der Zufriedenheitsskala für Frauen 6,5 und für Männer 6,7. Männer waren also durchschnittlich etwas zufriedener mit ihrem Gesundheitszustand als Frauen. Auch bei den Merkmalen Alter, Berufsbildung und Erwerbstätigkeit zeigte sich die gleiche Tendenz wie bei der Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes (Tabelle 8.2).

²⁰⁷ Das Äquivalenzeinkommen ist das nach Größe und Zusammensetzung des Haushaltes bedarfgewichtete monatliche Nettoeinkommen. Bei einem verfügbaren Netto-Äquivalenzeinkommen von unter 60 Prozent des gesamtgesellschaftlichen Durchschnitts definiert sich Armutsrisiko; Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von 60 bis unter 80 Prozent können durch Arbeitslosigkeit oder Überschuldung schnell in die Nähe des Armutsbereichs gelangen (Lampert/Ziese: 28 f.).

Tabelle 8.2: Zufriedenheit mit der Gesundheit nach soziodemografischen Merkmalen in Deutschland 2002 (Mittelwerte)

Erwerbstätigkeit				
Vollzeit		7,1		
Teilzeit		6,8		
nicht-erwerbstätig		6,1		
	Alter			
unter 40 Jahre		7,5		
40 bis 59 Jahre		6,5		
60 Jahre und älter		5,7		
	Berufsbildung			
ohne Abschluss 6,5		6,5		
mittlerer Abschluss		6,6		
(Fach-)Hochschule 6,8		6,8		
Region				
Deutschland insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland		
6,6	6,6	6,3		

Anmerkung: Die Zufriedenheit mit der Gesundheit wird im SOEP auf einer 11-stufigen Skala von 0 = "ganz und gar unzufrieden" bis 10 = "ganz und gar zufrieden" erfasst. Je höher der gebildete Mittelwert ist, desto größer ist die Zufriedenheit.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2002 Quelle: Statistisches Bundesamt 2004i: 481

Tabelle 8.2 zeigt, dass die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen sowie zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen deutlich größer sind als die zwischen den Geschlechtern. Die Zufriedenheitswerte zeigen dieselbe Tendenz wie die Bewertung des Gesundheitszustandes: Männer, jüngere Personen, Personen, die eine Hochschule oder Fachhochschule abgeschlossen haben, Vollzeit Erwerbstätige, Personen mit hohem Einkommen und Personen aus den westlichen Bundesländern sind mit ihrer Gesundheit durchschnittlich zufriedener als die Referenzgruppen. Ebenso wie in Tabelle 8.1 ist auch in Tabelle 8.2 die Varianz beim Merkmal Alter am größten, d.h. Personen unter 40 Jahren sind durchschnittlich deutlich zufriedener mit ihrer Gesundheit als solche, die 60 Jahre oder älter sind (Tabelle 8.2).

8.3.2 Krankenhausaufenthalte und medizinische Diagnosen

Geschlechtsspezifische Gesundheits- und Lebensrisiken lassen sich nicht nur auf der Basis von Selbstauskünften rekonstruieren, wie dies im Kapitel 8.3.1 geschah. Es lassen sich auch "härtere" Indikatoren nutzen, so die Krankenhausaufenthalte und die dort gestellten Diagnosen sowie die Todesursachen.

Im Jahr 2002 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 17,4 Millionen Perso-

nen²⁰⁸ in deutschen Krankenhäusern behandelt, 7,9 Millionen Männer und 9,5 Millionen Frauen (Statistisches Bundesamt 2004v). Frauen stellten somit 55 Prozent der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Angesichts der höheren Lebenserwartung und der damit verbundenen Überrepräsentanz von Frauen in der gesundheitlich stark beeinträchtigten Gruppe der über 80-Jährigen war dies kaum anders zu erwarten. Zu der höheren Quote weiblicher Patientinnen tragen allerdings auch Geburten bei, die ja nicht im eigentlichen Sinne behandlungsbedürftige Erkrankungen sind. Spontangeburten und Kaiserschnitte gehören zu den 20 häufigsten Ursachen für einen Krankenhausaufenthalt von Frauen (Tabelle 8.3, Rang 1 und Rang 17). Zieht man von der Zahl der Krankenhauspatientinnen die Zahl derer ab, die zur normalen Entbindung ein Krankenhaus aufsuchten (2002: 287.977, siehe Tabelle 8.3), so liegt die Zahl der Krankenhausaufenthalte von Frauen mit circa 9,2 Millionen noch immer mehr als 1 Million über der von Männern. Frauen nehmen die Dienstleistungen von Krankenhäusern also deutlich häufiger in Anspruch.

Verweildauer im Krankenhaus

Die durchschnittliche Verweildauer bei einer stationären Behandlung im Krankenhaus sank zwischen 1993 und 2002 von 13,8 auf 9,7 Tage (Statistisches Bundesamt 2004v). Im Gesundheitsreport 2004 des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen (BKK) werden die Tage, die Frauen und Männer, die bei den Betriebskrankenkassen versichert sind, im Krankenhaus verbringen, je 1.000 Versicherte nach Altersgruppen dargestellt (Abbildung 8.11). Circa ein Viertel aller Beschäftigten sowie ein Fünftel der bei den gesetzlichen Krankenkassen Versicherten ist bei einer Betriebskrankenkasse versichert.

Aus Abbildung 8.11. ist zu entnehmen, dass die Anzahl der Tage, die Versicherte im Krankenhaus verbringen, mit zunehmendem Alter steigt. Während bei den unter 35-Jährigen die durchschnittliche Verweildauer von Frauen und Männern noch weniger als einen Tag beträgt, liegt sie bei den Frauen und Männern, die 65 Jahre oder älter sind, schon bei mehr als drei Tagen. Im Alter ab 80 Jahren beträgt sie für alle versicherten Männer im Durchschnitt acht Tage und für die Frauen siebeneinhalb Tage.

Die Verteilung nach Geschlecht belegt, dass auf Jungen unter 15 Jahren durchschnittlich mehr Krankenhaustage entfallen als auf Mädchen. In diesem Alter werden stationäre Aufenthalte vor allem durch Krankheiten der Atmungsorgane nötig (BKK Bundesverband 2004: 26).

²⁰⁸ Genau genommen müsste man von "Fällen" sprechen, da die Behandlungen im Krankenhaus und nicht die einzelnen Personen gezählt werden. Wenn eine Person mehrmals im Jahr im Krankenhaus behandelt wird, wird sie demnach auch mehrmals gezählt.

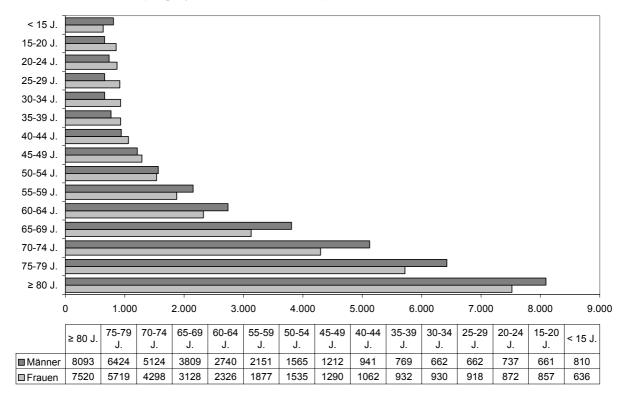


Abbildung 8.11: Krankenhausbehandlung von Frauen und Männern nach Alter in Deutschland 2003 (Tage je 1.000 Versicherte)

Anmerkung: Beim Lesen von Abbildung 8.11 muss beachtet werden, dass nicht jede und jeder Versicherte jedes Jahr zur stationären Behandlung im Krankenhaus ist. Im Jahr 2003 waren 11,3 Prozent der BKK-Versicherten von einem Krankenhausaufenthalt betroffen. Die dargestellten Krankenhaustage beziehen sich aber auf alle Versicherten und nicht nur auf die, die im Krankenhaus waren.

Datenbasis: Versicherte der Betriebskrankenkassen

Quelle: BKK Bundesverband 2004: 27

Im Alter von 15 bis 49 Jahren entfallen dagegen mehr Krankenhaustage auf die Frauen. Im Jugendalter erkranken Mädchen häufiger als Jungen an Krankheiten des Verdauungssystems, an Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie an psychischen und Verhaltensstörungen; diese Krankheiten und Störungen machten im Jahr 2003 43 Prozent der stationären Behandlungstage weiblicher Jugendlicher aus (ebd.). Hinter den Diagnosen, die für junge Frauen häufig gestellt werden, verbergen sich auch Essstörungen (Kapitel 8.4.2) sowie akute Blinddarmentzündungen, die bei Mädchen und jungen Frauen oftmals bei unklaren Unterleibsbeschwerden diagnostiziert werden (ebd.). Beinahe die Hälfte der stationären Krankenhausaufenthalte von Frauen unter 50 Jahren sind durch Komplikationen in der Schwangerschaft und bei der Entbindung sowie durch Erkrankungen der Harn- und Geschlechtsorgane bedingt. Zwischen dem 35. und dem 55. Lebensjahr sind Frauen darüber hinaus häufiger als Männer von bösartigen Tumoren betroffen (ebd.).

Ab dem 50. Lebensjahr ist die Anzahl der Krankenhaustage für die männlichen Versicherten höher. Sie leiden in diesem Altersabschnitt besonders häufig an Krankheiten des Kreislaufsystems. Auch Krebserkrankungen treten dann bei Männern häufiger auf (ebd.).

Mit zunehmendem Alter vergrößert sich der Abstand zwischen Männern und Frauen bezüglich der stationären Behandlungstage. Erst ab dem 75. Lebensjahr verringert sich dieser Abstand wieder. Ältere Männer machen unter den über 75-Jährigen zwar einen geringeren Anteil unter den Erkrankten aus (siehe Abbildung 8.6), wenn sie wegen einer Krankheit oder eines Unfalls ein Krankenhaus aufsuchen müssen, verbleiben sie dort jedoch im Durchschnitt länger als ältere Frauen.

Häufigste Diagnosen

Die folgende Tabelle 8.3 zeigt die 20 häufigsten Diagnosen bei weiblichen und männlichen aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten.

Tabelle 8.3: Häufigste Diagnosen bei Patientinnen und Patienten¹ in Deutschland 2002 (absolut)

Frauen

Rang	Diagnose	Angaben (abs.)
1	Spontangeburt	287.977
2	Bösartige Neubildung der Brustdrüse (Brustkrebs)	161.879
3	Herzinsuffizienz	149.421
4	Cholelithiatis (Gallensteine)	143.572
5	chronische ischämische Herzkrankheit	133.731
6	Cataracta senilis (Altersstar)	130.375
7	Varizen (Krampfadern) der unteren Extremitäten	118.178
8	Fraktur des Femurs (Oberschenkelfraktur)	110.624
9	Gonarthrose (Abnutzung des Kniegelenks)	110.589
10	chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln	100.929
11	Leiomyom des Uterus	98.030
12	Angina pectoris (Herzenge)	97.659
13	Pneumonie (Lungenentzündung), Erreger nicht näher bezeichnet	96.992
14	intrakranielle Verletzung (Verletzung innerhalb des Schädels)	92.516
15	essenzielle (primäre) Hypertonie (Bluthochdruck)	92.087
16	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	86.364
17	Geburt durch Schnittentbindung (Sectio caesarea)	86.140
18	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenks)	84.703
19	Hirninfarkt	83.773
20		
	Insgesamt	2.349.312

⁻ Fortsetzung nächste Seite -

Männer

Rang	Diagnose	Angaben (abs.)
1	chronische ischämische Herzkrankheit	292.386
2	psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	196.364
3	Hernia inguinalis (Leistenbruch)	169.944
4	Angina pectoris (Herzenge)	137.241
5	Schlafstörungen	122.532
6	bösartige Neubildungen der Bronchien, der Lungen	119.078
7	intrakranielle Verletzung (Verletzung innerhalb des Schädels)	117.427
8	Herzinsuffizienz	113.586
9	Pneumonie (Lungenentzündung), Erreger nicht näher bezeichnet	112.265
10	akuter Myokardinfarkt (Herzinfarkt)	97.500
11	chronische Krankheiten der Gaumen- und Rachenmandeln	88.771
12	Binnenschädigung des Kniegelenks (internal derangement)	88.157
13	Nieren- und Ureterstein	86.992
14	Vorhofflattern und Vorhofflimmern	86.409
15	Fraktur des Unterschenkels, einschl. des oberen Sprunggelenks	80.992
16	bösartige Neubildung der Prostata	80.639
17	Atherosklerose	80.309
18	sonstige Bandscheibenschäden	76.724
19	Hirninfarkt	75.580
20	sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	75.286
	Insgesamt	2.298.182

¹ aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten einschließlich Sterbefälle, ohne Stundenfälle

Anmerkung: / Angabe fehlt in der Tabelle des Statistischen Bundesamtes

Datenbasis: Krankenhausstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt 2004u

Am häufigsten wurden Frauen im Jahr 2002 vollstationär in ein Krankenhaus aufgenommen, um dort ein Kind zu bekommen. Im Vergleich zum Jahr 2001 (437.127 Spontangeburten) ging diese Ursache für einen Krankenhausaufenthalt innerhalb eines Jahres von allen am stärksten zurück. Eigentlich müsste die "Diagnose" "Spontangeburt" aus der Rangreihe entfallen, da es sich bei einer Spontangeburt um keine Krankheit handelt. Entsprechend wäre dann die häufigste Diagnose für einen Krankenhausaufenthalt von Frauen Brustkrebs.

Männer wurden im Jahr 2001 am häufigsten auf Grund einer chronischen ischämischen Herzkrankheit (einer verminderten Durchblutung des Herzens) stationär in einem Krankenhaus behandelt. Der zweithäufigste Grund war eine psychische oder Verhaltensstörung durch Alkohol. Diese Diagnose taucht bei Frauen auf den 20 ersten Rängen nicht auf. Schwerer Alkoholismus wird also vor allem bei Männern stationär behandlungsbedürftig. Dieser Befund unterstreicht die Bedeutung der eingangs erwähnten Umweltfaktoren (zum Beispiel Trinkgewohnheiten am Arbeitsplatz und in der gemeinsam verbrachten Freizeit) und die Relevanz der Eigenverantwortung für Gesundheit (Kapitel 8.4.4).

Krebserkrankungen unterscheiden sich geschlechtsspezifisch. Während Frauen überwiegend wegen Brustkrebs in stationärer Behandlung waren, waren dies bei Männern Bronchial-

und Lungenkrebs sowie Prostatakrebs.

Diese Verteilung sieht ein wenig anders aus, wenn man die prozentuale Verteilung der geschätzten Zahl der Krebsneuerkrankungen in Deutschland betrachtet (Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsbezogener Krebsregister in Deutschland 2004: 9). Danach waren Männer im Jahr 2000 am häufigsten von Prostatakrebs betroffen, es folgten Darmkrebs, Lungenkrebs sowie Krebs der Harnblase. Bei Frauen steht auch hier der Brustkrebs an erster Stelle, gefolgt von Darmkrebs, Lungenkrebs und Gebärmutterkrebs.

Leistenbruch, Schlafstörungen sowie Herzinfarkt sind nur bei Männern unter den zehn häufigsten Behandlungsanlässen und bei Frauen nicht unter den ersten 20 zu finden. Frauen werden umgekehrt häufiger auf Grund von Gallensteinen, Altersstar, Krampfadern, einer Oberschenkelfraktur oder einer Arthrose des Kniegelenks stationär aufgenommen. Zu den Behandlungsanlässen, die keine Krankheiten darstellen und speziell Frauen betreffen, gehören neben Entbindungen auch Schwangerschaftsabbrüche.

Schwangerschaftsabbrüche

Tabelle 8.4 zeigt, dass die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland insgesamt bis 2003 leicht rückläufig war, im Jahr 2004 ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Dieser Anstieg resultiert aus den gestiegenen Abbruchraten der Frauen unter 30 und über 40 Jahren. Vor allem in den Altersgruppen unter 25 sowie von 40 bis unter 45 Jahren nahm die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche schon seit 1999 zu. Besonders bei jungen Mädchen unter 18 zeigt sich eine deutliche Steigerung.

Tabelle 8.4: Schwangerschaftsabbrüche nach dem Alter der Frauen in Deutschland 1999 bis 2004 (absolut)

Alter	1999	2000	2001	2002	2003	2004
unter 15 J.	467	574	696	761	715	779
15 bis17 J.	5.266	5.763	6.909	6.682	6.930	7.075
18 bis 19 J.	8.493	9.167	9.544	9.266	8.980	9.662
20 bis 24 J.	26.176	28.584	30.120	29.923	29.915	31.147
25 bis 29 J.	29.022	29.212	27.897	26.550	26.299	26.722
30 bis 34 J.	30.611	30.361	29.053	27.068	25.259	24.213
35 bis 39 J.	22.193	22.359	22.091	21.405	20.869	20.994
40 bis 44 J.	7.583	7.891	8.025	8.045	8.307	8.393
45 bis 55 J.	660	698	629	687	756	665
insgesamt	130.471	134.609	134.964	130.387	128.030	129.650

Anmerkung: Die Werte für 2004 beruhen auf vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Datenbasis: alle gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche 1999 bis 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005o

Psychische Erkrankungen

In den letzten Jahrzehnten haben psychische Erkrankungen in Bezug auf den betrieblichen Krankenstand und als Ursache für Frühverrentungen sehr an Bedeutung gewonnen. Frauen sind von ihnen in größerem Ausmaß betroffen als Männer. In Kapitel 9 wird gezeigt, dass psychische Erkrankungen inzwischen die Hauptursache für Frühverrentungen sind (Abbildung 9.30). 36 Prozent der Frühverrentungen von Frauen und 25 Prozent der Frühverrentungen von Männern gehen mittlerweile auf diese Ursache zurück. Psychische Störungen waren im Jahr 2004 für mehr als 8 Prozent der Krankentage der betrieblich Krankenversicherten verantwortlich; bei Frauen standen sie mit 11 Prozent an dritter Stelle der Krankheitsursachen, bei Männern verursachten sie 6 Prozent der krankheitsbedingten Fehltage und stehen an fünfter Stelle. Seit 1990 hat sich der Anteil der psychischen Erkrankungen als Ursache für Fehltage insgesamt mehr als verdoppelt (BKK 2005).

Es ist noch nicht geklärt, ob sich tatsächlich die Anzahl psychischer Erkrankungen in der Bevölkerung erhöht oder ob ihre Zunahme auf einer Verbesserung der medizinischen Diagnostik oder einer veränderten Wahrnehmung und Bewertung psychischer Erkrankungen in der Bevölkerung (z.B. größere Akzeptanz, Abnahme von Stigmatisierung) beruht (DAK 2005: 39). Vermutlich tragen alle drei Faktoren zum Anstieg der Krankmeldungen auf Grund psychischer Erkrankungen bei.

Am häufigsten treten in Deutschland Angststörungen und depressive Störungen auf (ebd.: 53). Bei beiden Störungsarten haben Frauen ein deutlich höheres Risiko zu erkranken (ebd.: 63). Nach einer Stichprobenbefragung der DAK²¹⁰ gaben fast 21 Prozent der Frauen an, aktuell oder zu einem früheren Zeitpunkt schon einmal in Behandlung gewesen zu sein,²¹¹ bei den befragten Männern betrug der Anteil nur gut 10 Prozent (ebd.: 88). Danach gefragt, wer sie motiviert habe, wegen ihres psychischen Problems einen Arzt oder Therapeuten aufzusuchen, nannten mehr Frauen als Männer Freundinnen und Freunde sowie Arbeitskolleginnen und -kollegen (ebd.: 90 f.). Für Männer scheinen Stigmatisierung und Tabuisierung "noch eher ein Hindernis für den Zugang zum medizinischen und psychotherapeutischen Versorgungssystem" (ebd.: 91) darzustellen.

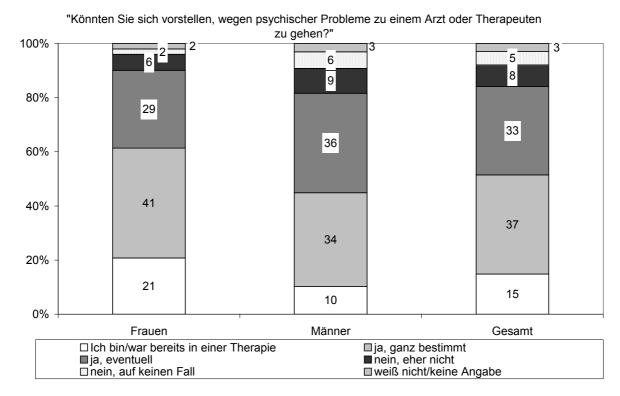
Dieses Ergebnis zeigt sich auch, wenn man die Antworten auf die Frage betrachtet, ob die Befragten sich vorstellen könnten, wegen eines psychischen Problems einen Arzt oder Therapeuten aufzusuchen.

²⁰⁹ Diese Tatsache muss allerdings in Relation dazu betrachtet werden, dass die Summe aller Krankentage seit 1990 um die Hälfte zurückgegangen ist. Der absolute Anstieg psychischer Erkrankungen dürfte also niedriger liegen.

²¹⁰ Im Februar 2005 wurde von der DAK eine repräsentative Stichprobenumfrage unter mehr als 1.000 Erwerbstätigen zu ihrer Wahrnehmung und Akzeptanz psychischer Erkrankungen durchgeführt.

²¹¹ Gefragt wurde: "Haben Sie selbst schon einmal wegen eines psychischen Problems Beratung bei einem Arzt oder Therapeuten in Anspruch genommen?"

Abbildung 8.12: Offenheit gegenüber einer professionellen Behandlung psychischer Probleme



Quelle: DAK Bevölkerungsumfrage 2005

Insgesamt waren 85 Prozent der Befragten schon in Behandlung oder können sich vorstellen, sich "ganz bestimmt" oder "eventuell" wegen eines psychischen Problems in Behandlung zu begeben. Es ist also eine weite Akzeptanz vorhanden. Betrachtet man die Ergebnisse nach Geschlecht, so fällt auf, dass die Offenheit gegenüber Therapien bei Frauen deutlich größer ist als bei Männern. 62 Prozent der Frauen im Gegensatz zu 44 Prozent der Männer waren schon in Therapie oder würden ganz bestimmt eine solche aufnehmen. Als "auf keinen Fall" oder "eher nicht" therapiebereit bezeichneten sich dagegen 15 Prozent der Männer und nur 8 Prozent der Frauen. Im DAK-Bericht wird daraus gefolgert, dass "Maßnahmen zur Verbesserung der Inanspruchnahme des medizinischen und psychotherapeutischen Versorgungssystems insbesondere auf den Abbau von Vorbehalten von Seiten männlicher Betroffener abzielen sollten" (ebd.: 92).

Frauen sind nach Merbach u.a. auch deshalb häufiger als Männer auf Grund psychischer Erkrankungen in Behandlung, weil sie komplexere Anforderungen an ihre Geschlechtsrolle zu bewältigen haben, die zu mehr psychischen Belastungen führen (Merbach/Singer/Brähler 2002). Wenn sie unter diesen Belastungen leiden, suchen sie jedoch auch aktiver als Männer nach Unterstützung und Hilfe (Hurrelmann/Kolip 2002: 21).

HIV-infizierte und AIDS-kranke Frauen und Männer

In den 80er-Jahren war AIDS in Deutschland noch ganz überwiegend nur unter Männern verbreitet. 1996 betrafen schon 10,8 Prozent der Erkrankungen Frauen. 2004 waren unter den 1.779 neu diagnostizierten HIV-Infektionen 21 Prozent Frauen (BMFSFJ 2001: 564 und Robert Koch-Institut (RKI) 2005: 2). Dieser Anteil ist in den letzten Jahren weitgehend konstant. Auch unter den neu an AIDS erkrankten Personen waren 2003 und 2004 21 Prozent weiblich (RKI 2005: 3).

Die Infektionswege verlaufen bei HIV-Infektionen von Männern in der Mehrzahl der Fälle (2003: 57 %) über gleichgeschlechtliche Sexualkontakte. Daneben hat auch die Infektion Drogenabhängiger durch den Gebrauch infizierter Spritzen mit 12 Prozent eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung. Eine untergeordnete Rolle spielt die Infektion über heterosexuelle Kontakte bei Männern mit 2 Prozent. Die Herkunft aus einem der Länder, in denen AIDS endemisch ist und über heterosexuelle Kontakte übertragen wird, spielt bei den Infektionen von Männern mit 8 Prozent noch eine untergeordnete Rolle; von den 106 neu erkrankten Frauen 2003 dagegen stammten dagegen 40 Prozent aus einem dieser Länder. Die neuen AIDS-Fälle von Frauen beruhten – soweit ermittelbar –, ansonsten zu jeweils gleichen Teilen auf Infektionen durch infizierte Spritzen beim Drogenkonsum einerseits und auf ungeschützten heterosexuellen Kontakten andererseits (RKI 2005: 8). Es gibt ein deutliches Stadt-Land-Gefälle beim Infektionsrisiko in der Bundesrepublik (RKI 2005: 5). In den Großstädten liegt das Infektionsrisiko deutlich über dem auf dem Lande. Bisher konnte in Deutschland dank Prävention eine epidemische Ausbreitung von AIDS vermieden werden. Die Zahl der neu erkannten HIV-Infektionen in Deutschland ist im ersten Halbjahr 2005 jedoch weiter angestiegen und liegt mit 1.164 um 20 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Männer mit gleichgeschlechtlichen Sozialkontakten bleiben mit nahezu 60 Prozent der neu diagnostizierten HIV-Infektionen die größte Betroffenengruppe in Deutschland (www.rki.de, Stand: 07.10.05).

Todesursachen

Im Jahr 2003 starben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in der Bundesrepublik Deutschland 853.946 Personen. Darunter waren Frauen mit 457.676 Todesfällen deutlich überrepräsentiert (Tabelle 8.5). Dies ist noch eine Folge des Zweiten Weltkrieges, der die Männer in der heute alten Generation stärker dezimierte als die Frauen.

Tabelle 8.5: Todesursachen Gestorbener nach Geschlecht in Deutschland 2003 (absolut und in %)

Todesursachen	Insgesamt (n)	Frauen (in %)	Männer (in %)
insgesamt	853.946	53,6	46,4
Krankheiten des Kreislaufsystems	396.622	59,1	40,9
darunter: Myokardinfarkt	69.362	45,3	54,7
Krebserkrankungen	209.255	47,1	52,9
Krankheiten des Atmungssystems	58.014	48,9	51,1
Krankheiten des Verdauungssystems	42.263	49,4	50,6
Verletzungen, Vergiftungen usw. ¹	34.606	37,4	62,6

¹ Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen

Datenbasis: Todesursachenstatistik 2003 Quelle: Statistisches Bundesamt 2005p

Die häufigste Todesursache im Jahr 2003 war sowohl für Frauen als auch für Männer eine Erkrankung des Kreislaufsystems. Im Durchschnitt war fast jeder zweite Todesfall darauf zurückzuführen. Frauen starben noch häufiger als Männer infolge einer Kreislauferkrankung, da sie im Durchschnitt älter werden und diese Todesursache insbesondere im höheren Alter relevant wird. Etwa 90 Prozent der an Kreislauferkrankungen Verstorbenen waren 65 Jahre oder älter. Innerhalb der Gruppe der an Kreislauferkrankungen Verstorbenen machten jedoch Männer den größeren Teil bei den Herzinfarkten aus.

Fast ein Viertel aller im Jahr 2003 Verstorbenen erlag einem Krebsleiden. Sowohl Männer als auch Frauen starben zumeist infolge einer Krebserkrankung der Verdauungsorgane. Bei Männern betraf die zweithäufigste Todesursache durch Krebs ihre Atmungsorgane, bei Frauen die Brustdrüse (Statistisches Bundesamt 2005p). Bei der Mortalität infolge von Krankheiten des Atmungssystems und des Verdauungssystems sind keine geschlechtsspezifischen Besonderheiten zu verzeichnen. Durch nicht-natürliche Todesursachen (Verletzungen, Vergiftungen) verstarben deutlich mehr Männer als Frauen (Tabelle 8.6).

Tabelle 8.6 zeigt, dass Frauen von Stürzen häufiger betroffen sind als Männer. Daten des Statistischen Bundesamtes belegen, dass Frauen eher bei Fortbewegung und Hausarbeit stürzen, Männer eher beim Sport und Heimwerken (BMFSFJ 2001: 241). Die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Todesursachen finden sich bei den Transportmittelunfällen sowie bei den Selbstmorden. Von diesen Todesursachen sind zu mehr als 70 Prozent Männer betroffen.

Tabelle 8.6: Nicht-natürliche Todesursachen nach Geschlecht in Deutschland 2003 (absolut und in %)

Todesursachen	Insgesamt (n)	Frauen (in %)	Männer (in %)
Transportmittelunfälle	6.842	26,5	73,5
Stürze	7.877	55,7	44,3
vorsätzliche Selbstbeschädigung (Suizid)	11.150	26,6	73,4

Datenbasis: Todesursachenstatistik 2003 Quelle: Statistisches Bundesamt 2005p

Suizide

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging die Zahl der Suizide innerhalb der letzten 20 Jahre deutlich zurück. Im Jahr 1982 verstarben durch Suizid 23 Personen je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, im Jahr 2002 noch 12 Personen. Dieser Rückgang machte sich stärker bei den Frauen als bei den Männern bemerkbar. Die Dunkelziffer wird insbesondere bei Frauen als hoch eingeschätzt, weil die von ihnen angewandten Suizidmethoden weniger offensichtlich sind als die von Männern (BMFSFJ 2001: 173-177). Der Anteil männlicher Suizidopfer an allen Suizidopfern stieg von 1982 bis 2002 von 65,6 Prozent auf 72,6 Prozent an. Dass die Suizidraten von Männern über denen von Frauen liegen, muss als Hinweis darauf gewertet werden, dass es mehr Männer als Frauen gibt, die sich in Lebenssituationen befinden, die ihnen ausweglos erscheinen. Insgesamt scheint der Forschungsstand zu den Ursachen des Selbstmords begrenzt (Schmidtke/Weinacker/Fricke 1998). Das Durchschnittsalter der durch Suizid Gestorbenen erhöhte sich in den vergangenen 20 Jahren um drei Jahre auf 54,4 Jahre. Männer, die durch Suizid verstarben, waren im Jahr 2002 mit 52,6 Jahren im Durchschnitt jünger als die betroffenen Frauen mit 59,1 Jahren (Statistisches Bundesamt 2004q).

Bezüglich der Ursache von Suiziden liegen noch kaum geschlechtsspezifische Ergebnisse vor. Für Frauen und Männer im Jugendalter wird davon ausgegangen, dass Krisen des Selbstwertgefühles, Affekt- und Aggressionsstau, eine pessimistische Zukunftssicht sowie familiäre und Partnerkonflikte im Vordergrund stehen. Im mittleren Alter werden vor allem Mangel an sozialer Unterstützung und belastende Lebensereignisse (z.B. Arbeitslosigkeit) als mögliche Ursachen angegeben und im höheren Alter soziale Isolation, psychische Abbauerscheinungen, Krankheitsängste, Angst vor Pflegebedürftigkeit und Konflikte mit Ehepartnern und Kindern (BMFSFJ 2001: 177). Auch psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen und chronische Krankheiten mit geringer Heilungsaussicht oder hoher Sterbewahrscheinlichkeit gehen mit einer höheren Suizidsterblichkeit einher (ebd.: 178 f.).

Geschlechtsspezifisch bedeutsam ist die deutlich höhere Suizidversuchshäufigkeit von Frauen, die körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren haben (ebd.: 181 f.)

8.4 Gesundheitsbewusste versus riskante Verhaltensweisen

Die in diesem Kapitel referierten Befunde haben bereits viele Hinweise darauf gegeben, dass Frauen und Männer unterschiedliche Gesundheitsrisiken tragen. Als Erklärung für diese Befunde werden häufig die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Lebensverhältnisse herangezogen, so etwa die höheren Unfallrisiken für Männer im produzierenden Gewerbe oder die von Frauen meist bis ins hohe Alter übernommene Verantwortung für Hausarbeit mit den damit verbundenen Verletzungsgefahren.

Es wäre allerdings verkürzt, die unterschiedlichen Gesundheitsrisiken von Frauen und Männern allein auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zurückführen zu wollen. Vielmehr sind geschlechtsspezifische Krankheits- und Unfallprofile auch mit kulturellen Mustern von Weiblichkeit und Männlichkeit verknüpft, die geschlechtsspezifisches Risikoverhalten jenseits von Familien- und Erwerbsarbeit nahe legen. Dass bei den stationär behandelten Männern zum Beispiel "psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol" als zweithäufigste Diagnose verzeichnet wird, während diese Diagnose bei Patientinnen unter den 20 häufigsten gar nicht erscheint, zeigt, dass nicht nur die unterschiedliche Beteiligung von Frauen und Männern an Erwerbsarbeit zu unterschiedlichen Gesundheitsrisiken (etwa Unfallrisiken am Arbeitsplatz) führt, sondern dass es daneben geschlechtsspezifisches Risikoverhalten gibt, das subjektiv funktional erscheint, um familienspezifischen Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern, etwa dem trinkfesten Mann oder der Frau mit Mannequinfigur, gerecht zu werden (Helfferich 1997).

Als gesundheitsrelevante Verhaltensweisen werden im Folgenden Sport und Bewegung, Ernährung, das Verhalten im Straßenverkehr und der Suchtmittelmissbrauch thematisiert.

8.4.1 Sport und Bewegung

Die sitzenden Tätigkeiten im Beruf und die bewegungsarme Freizeitgestaltung auch von Kindern und Jugendlichen werden immer häufiger diskutiert. Zwischen 1991 und 2001/02 nahm die Zeit für Mediennutzung bei Mädchen und Jungen weiter zu und die Zeit für Sport und Bewegung ging besonders bei den Mädchen zurück (Cornelißen/Blanke 2004). Bewegungsmangel gilt als Ursache für Übergewicht und viele damit verknüpfte Erkrankungen.²¹² Dennoch kann der Sport nicht einseitig als gesundheitsfördernd thematisiert werden. Die Unfallrisiken sind bei manchen Sportarten sehr groß.

Eine groß angelegte Studie zum Sportunterricht in Deutschland hat ergeben, dass der Sportunterricht an den Schulen den Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen gegenwärtig kaum ausgleicht.²¹³ An Sport-AGs nehmen 18 Prozent der Jungen und 14 Prozent

²¹² Psychische Probleme, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stoffwechselerkrankungen oder orthopädische Probleme.

²¹³ Vom vorgesehenen Unterricht fallen 25 bis 30 Prozent aus.

der Mädchen teil (Brettschneider 2004).²¹⁴ Während Mädchen in der Jugendphase sportlich weniger aktiv sind als Jungen, stabilisieren sich die sportlichen Aktivitäten von Frauen im Erwachsenenalter, während die von Männern zurückgehen (Cornelißen 2002; Pressemitteilung des DIW 15.7.2004)

8.4.2 Ernährung

Das Ernährungsverhalten spielt eine wichtige Rolle für die Gesundheit. Dabei geht es nicht nur um zu wenig oder zu viel Nahrungsaufnahme, sondern auch um unterschiedliche Ernährungsstile. Im Projektmodul "Ernährung im Alltag" des Verbundprojekts "Ernährungswende" (Stieß/Hayn 2005) werden sieben Ernährungsstile unterschieden: Am häufigsten vertreten sind in dieser repräsentativen Befragung²¹⁵ demnach "konventionelle Gesundheitsorientierte" mit 20 Prozent, gefolgt von den "freudlosen Gewohnheitsköchinnen und -köchen" (17 %). Knapp dahinter liegen mit 16 Prozent die "gestressten Alltagsmanagerinnen und -manager". An vierter Stelle folgen mit 13 Prozent gleichauf die "ernährungsbewusst Anspruchsvollen" und die "Billig- und Fleisch-Esserinnen und -Esser". Die "desinteressierten Fast-Fooder" machen 12 Prozent der Befragten aus. Am seltensten bezeichneten sich die Befragten als "fitnessorientierte Ambitionierte" (9 %) (ebd.: 19).

"Konventionell Gesundheitsorientierte" finden sich eher im höheren Alter; ihr Durchschnittsalter beträgt 63 Jahre. Ihr Speiseplan ist traditionell bürgerlich, Qualität und Frische der Nahrungsmittel sind wichtige Kriterien, tägliche warme Mahlzeiten spielen eine bedeutende Rolle. In diesem Segment gibt es etwas mehr Frauen als Männer.

Auch die "freudlosen Gewohnheitsköchinnen und -köche" sind vornehmlich bei den älteren Befragten zu finden; ihr Durchschnittsalter liegt bei über 67 Jahren. Die Kinder sind aus dem Haus und die älteren Ehepaare oder Verwitweten befinden sich im Ruhestand. Sie haben ein gering ausgeprägtes Interesse an Ernährungsfragen und verfolgen über Jahre ausgebildete Ernährungsgewohnheiten. Befragte mit diesem Ernährungsstil sind am häufigsten von allen Gruppen übergewichtig.

"Gestresste Alltagsmanagerinnen und -manager" zeichnen sich durch Ambivalenz aus. Einerseits haben sie hohe Ansprüche an die Ernährung, andererseits fehlt die Zeit, die von ihnen präferierten abwechslungsreichen, aus frischen Zutaten zubereiteten Mahlzeiten regelmäßig zuzubereiten. Sie befinden sich am häufigsten in der Familienphase und haben ein Durchschnittsalter von 40 Jahren. In dieser Gruppe sind Frauen deutlich überrepräsentiert, sie machen drei Viertel der "gestressten Alltagsmanagerinnen und -manager" aus.

²¹⁴ Die vorliegende Kurzfassung der Projektergebnisse bietet keine weiteren geschlechterdifferenzierenden Aussagen.

²¹⁵ Im Januar und Februar 2004 wurde von TNS-Infratest eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Form von persönlich-mündlichen Interviews durchgeführt. Es wurden 2.039 deutsch sprechende Personen ab 18 Jahren, die in einem eigenen Haushalt leben, befragt.

Die Gruppe der "ernährungsbewusst Anspruchsvollen" hat ein ausgeprägtes Interesse an Ernährungsfragen und ist auch bereit, für hochwertige Nahrung, z.B. für Bio-Lebensmittel einen höheren Preis zu bezahlen. Der Schwerpunkt liegt in der Altersgruppe der 26- bis 45-Jährigen, aber auch nicht wenige Ältere verhalten sich ernährungsbewusst anspruchsvoll. Die meisten Personen verfügen über einen akademischen Abschluss. Frauen dieses Segments haben im Vergleich zu allen anderen Gruppen den niedrigsten Body-Mass-Index (23,3), auch der BMI der Männer, die diesen Ernährungsstil verfolgen, ist mit 24,8 relativ niedrig.

Den "Billig- und Fleisch-Esserinnen und -Essern" ist vor allem wichtig, dass Ernährung preiswert und unkompliziert ist, Gesundheit spielt nur eine untergeordnete Rolle. Das Durchschnittsalter liegt bei 38 Jahren, Vertreterinnen und Vertreter dieses Stils finden sich aber in jeder Altersgruppe unter 60 Jahren. Männer und Frauen sind etwa gleich häufig vertreten. Der Anteil der Arbeitslosen ist in diesem Segment überdurchschnittlich hoch.

"Desinteressierte Fast-Fooder" finden sich vor allem bei jüngeren Singles und Paaren; die meisten sind erwerbstätig oder noch in Ausbildung. Sie kochen selten selbst, essen häufig außer Haus und interessieren sich nicht für den Zusammenhang von Ernährung und Gesundheit. In dieser Gruppe sind Männer deutlich häufiger als Frauen vertreten.

Das kleinste Segment bilden die "fitnessorientiert Ambitionierten". Für diese Gruppe spielen Leistungsfähigkeit und beruflicher Erfolg eine zentrale Rolle. Darüber hinaus wollen sie durch kontrolliertes Essen ihre Attraktivität positiv beeinflussen. Sie verfügen über ein überdurchschnittliches Einkommen und leben häufiger als der Durchschnitt in Familien mit Kindern. Das Durchschnittsalter beträgt 45 Jahre, genannt wird diese Orientierung von Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren. Unter den "fitnessorientiert Ambitionierten" finden sich etwas mehr Frauen als Männer.

Aus der oben dargestellten Studie geht hervor, dass Personen, die zu den "freudlosen Gewohnheitsköchinnen und -köchen" gehören, das höchste Risiko haben, übergewichtig zu werden. Im Folgenden wird gezeigt, wie sich Körpergröße, Körpergewicht und Body-Mass-Index in der Bevölkerung verteilen. Im Mikrozensus 2003 wurden die Werte von Frauen und Männern im Alter von 18 Jahren und älter verglichen (Tabelle 8.7).

Tabelle 8.7: Körpergröße, Körpergewicht und Body-Mass-Index¹ von Frauen und Männern in Deutschland 2003 (Mittelwerte, Anteile am Body-Mass-Index in %)

	Frauen	Männer
durchschnittliche Körpergröße in Meter	1,65	1,77
durchschnittliches Körpergewicht in kg	67,3	81,8
durchschnittlicher Body-Mass-Index kg/m²	24,7	26,0
davon mit einem Body-Mass-Index (in %)		
unter 18,5	3,6	0,9
von 18,5 bis unter 25	55,2	41,4
von 25 bis unter 30	28,9	44,1
von 30 und mehr	12,3	13,6

¹ Der Body-Mass-Index wird in kg/m² gemessen. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem BMI (Body-Mass-Index) von unter 18,5 als untergewichtig, solche mit einem BMI von 18,5 bis unter 25 als normalgewichtig, mit einem BMI von mindestens 25 als übergewichtig und solche mit einem BMI von 30 und dar-über als stark übergewichtig ein.

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004g

Aus Tabelle 8.7 wird ersichtlich, dass Frauen häufiger als Männer normal- oder untergewichtig sind. Mehr als die Hälfte der Männer sind dagegen übergewichtig oder stark übergewichtig. Seit der letzten Mikrozensusbefragung 1999 legten die Männer bei gleicher Körpergröße im Durchschnitt ein Kilogramm Gewicht zu, bei den Frauen betrug die Zunahme 0,6 Kilogramm (Statistisches Bundesamt 2004f: 91).

Sowohl junge Frauen als auch junge Männer sind im Durchschnitt leichter als Ältere. Mit zunehmendem Alter steigt das Durchschnittsgewicht bei beiden Geschlechtern. Männer erreichen ihr durchschnittliches Höchstgewicht in der Altersgruppe der 45 bis unter 50-Jährigen (84,2 kg), in den folgenden Jahren geht das Gewicht wieder etwas zurück. Frauen erreichen ihr durchschnittliches Höchstgewicht erst in der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen (71,2 kg); auch bei ihnen reduziert sich das Gewicht in den darauf folgenden Jahren wieder (ebd.).

Abbildung 8.13 zeigt den Anteil der Frauen und Männer mit Übergewicht (d.h. einem Body-Mass-Index von 25 oder darüber) nach Altersgruppen.²¹⁶

²¹⁶ Auch hier wurden im Mikrozensus nur Personen ab dem Alter von 18 Jahren befragt.

80 70 60 50 40 30 20 10 0 20-25 18-20 25-30 30-35 35-40 40-45 45-50 50-55 55-60 60-65 65-70 70-75 75 J. und J. J. älter -■- Frauen -
Männer

Abbildung 8.13: Frauen und Männer mit Übergewicht nach Alter in Deutschland 2003 (in %)

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004g: Tabelle 80; eigene Darstellung

In Abbildung 8.13 ist deutlich zu sehen, dass der Anteil übergewichtiger Männer in allen Altersgruppen deutlich höher ist als der der Frauen. Bei beiden Geschlechtern nimmt der Anteil der Übergewichtigen mit zunehmendem Alter zu, erst im höheren Alter geht er bei Frauen wie Männern wieder zurück.

Gegenläufig entwickelt sich der Anteil der Untergewichtigen (d.h. der Anteil der Personen mit einem Body-Mass-Index von unter 18,5) mit dem Alter (Abbildung 8.14). 13 Prozent der jungen Frauen im Alter von 18 bis unter 20 Jahren und 6 Prozent der jungen Männer dieser Altersgruppe sind untergewichtig. Bei beiden Geschlechtern fällt dieser Anteil in den folgenden Jahren steil ab. In der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen sind noch 7 Prozent der Frauen und 1 Prozent der Männer untergewichtig. Da der Anteil untergewichtiger Frauen in den folgenden Altersgruppen weiter zurückgeht, verringert sich die Geschlechterdifferenz. Über alle Altersgruppen sind jedoch mehr Frauen als Männer untergewichtig. Ab dem Alter von 50 Jahren sind nur noch 2 oder weniger Prozent der Frauen von Untergewicht betroffen. Bei den Männern steigt der Anteil der Untergewichtigen ab dem Alter von 65 Jahren, bei den Frauen ab dem Alter von 75 Jahren wieder an. Untergewicht im hohen Alter ist häufig krankheitsbedingt, aber auch Krebs-, Dialyse- sowie HIV/Aids-Patientinnen und -Patienten leiden oft darunter.

14 12 10 8 6 4 2 0 50-55 55-60 60-65 18-20 20-25 25-30 30-35 35-40 40-45 45-50 65-70 70-75 75 J. und älter -■- Frauen -
→- Männer

Abbildung 8.14: Frauen und Männer mit Untergewicht nach Alter in Deutschland 2003 (in %)

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004g: Tabelle 80; eigene Darstellung

Die Tatsache, dass Frauen häufiger untergewichtig sind als Männer verweist auf ihre Neigung zu Diäten. Knapp zwei Drittel aller Mädchen haben bis zum 18. Lebensjahr nach Angaben der Ärztekammer Niedersachsen mindestens einmal eine Diät zur Gewichtsreduzierung gemacht (www.hungrig-online.de). Gerade im Jugendalter orientieren sich viele Mädchen an einem überzogenen gesellschaftlichen Schönheitsideal. Nach einer Studie der Universität Jena bezeichneten sich 42 Prozent der befragten Schülerinnen als übergewichtig, obwohl nur acht Prozent tatsächlich zu viel wogen (Heine 2005). Kommen zu solch negativen körperbezogenen Beurteilungen noch starke Leistungsanforderungen von außen und ein hoher Leistungsanspruch an sich selbst dazu, können Essstörungen entstehen. Frauen leiden häufiger unter Essstörungen als Männer. Mehr als 100.000 Personen in Deutschland, insbesondere Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 35 Jahren, sind nach Angaben des Deutschen Instituts für Ernährungsmedizin und Diätetik (DIET) magersüchtig, der Anteil der magersüchtigen Männer an allen Magersüchtigen liegt bei fünf bis zehn Prozent; ca. 600.000 Mädchen und Frauen leiden unter Bulimie (Ess-Brech-Sucht) (www.hungrig-online.de). Diese sozial unauffälligere und somit häufiger längere Zeit unentdeckt bleibende Störung ist somit noch wesentlich weiter verbreitet. Anorexie (Magersucht) ist von allen psychiatrischen Erkrankungen diejenige mit dem höchsten Sterberisiko. Zusammen mit Bulimie ist sie die am häufigsten vorkommende psychische Störung bei Mädchen und jungen Frauen (Mieck 2005: 111).

8.4.3 Verhalten im Straßenverkehr

Zwischen 1980 und 2002 ging die Zahl der polizeilich erfassten Verkehrsunfälle mit Personenschaden um 12 Prozent zurück, obwohl der Bestand an Kraftfahrzeugen in diesem Zeitraum um 62 Prozent stieg (Statistisches Bundesamt 2004q). Während im früheren Bundesgebiet bzw. in Westdeutschland zwischen 1980 und 1998 die Zahl der tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer um 57 Prozent zurückging, stieg sie in den östlichen Bundesländern im selben Zeitraum um 8,4 Prozent an (ebd.). Im Jahr 2004 zählte die Polizei 659.646 Beteiligte an 339.310 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden. Zwei Drittel der an einem Unfall mit Personenschaden Beteiligten waren Männer, ein Drittel Frauen (Statistisches Bundesamt 2005: 39). Bei den unfallbeteiligten Fahrern von Personenkraftwagen betrug der Frauenanteil 37 Prozent. Seit den 70er-Jahren ist dieser Anteil deutlich angestiegen; im Jahr 1970 betrug er nur 13 Prozent (ebd.).

Von den Beteiligten zu unterscheiden sind die Verursacher bzw. Verursacherinnen von Unfällen mit Personenschäden. Hier liegt der Frauenanteil mit 31 Prozent etwas niedriger. Frauen sind am häufigsten als Fußgängerinnen Hauptverursacherinnen von Verkehrsunfällen mit Personenschäden (40 Prozent), in den Altersgruppen ab 70 Jahren machen sie mehr als die Hälfte dieser Unfallverursacher aus. Hierin spiegelt sich noch ein unterschiedliches Nutzungsverhalten von Verkehrsmitteln bei den älteren Kohorten. Dagegen sind mehr als zehnmal so viele Männer wie Frauen Hauptverursacher von Unfällen mit Personenschäden als Fahrzeugführer von Omnibussen, Güterkraftfahrzeugen und landwirtschaftlichen Zugmaschinen (ebd., Tabelle 3.5.1: 131). Auch als Motorradfahrer (90 Prozent) und Fahrer von Mofas und Mopeds (81 Prozent) verursachen Männer deutlich häufiger als Frauen Unfälle mit Personenschaden. Von den Unfällen mit Personenkraftwagen, die zu Personenschäden führten, verursachten Frauen im Jahr 2004 35 Prozent (ebd.).

Auch die bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückten zeigen eine geschlechtsspezifische Verteilung. Im Jahr 2004 wurden 252.804 Männer und 192.353 Frauen im Straßenverkehr verletzt oder getötet. Von den Getöteten waren 73 Prozent Männer, von den Schwerverletzten 62 Prozent. Bei den Leichtverletzten betrug das Verhältnis Männer-Frauen 55 Prozent zu 45 Prozent (ebd. Tabelle 5.3: 199).

Bei 287.347 Männern und 116.496 Frauen lag die Unfallursache in ihrem Fehlverhalten als Fahrzeugführer bzw. Fahrzeugführerin. Die häufigste Unfallursache von Männern war mit 18,6 Prozent nicht angepasste Geschwindigkeit; aber auch bei Frauen machte sie noch 15,6 Prozent der Unfallursachen aus. Die Risikogruppe bei nicht angepasster Geschwindigkeit liegt bei Männern und Frauen im Alter von 18 bis 21 Jahren (hierzu auch BMFSFJ 2001: 138 f.). Bei den Frauen war die häufigste Unfallursache mit 18,3 Prozent die Nichtbeachtung von Vorfahrt oder Vorrang (Männer 13,5 Prozent) (eigene Berechnungen nach Statistischem

Bundesamt 2005, Tabelle 6.2.3: 246). Mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen verursachten einen Unfall, weil sie in nicht verkehrstüchtigem Zustand fuhren (8,2 zu 3,0 %). Die meisten dieser Fahrer waren auf Grund von Alkoholeinfluss verkehrsuntüchtig; das betraf 6,6 Prozent aller Männer und 1,9 Prozent aller Frauen, die durch ihr Fehlverhalten einen Unfall verursacht hatten.

8.4.4 Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit

Rauchen

Während früher Frauen viel seltener als Männer rauchend anzutreffen waren, sind die Geschlechterunterschiede im Rauchverhalten insbesondere in der jungen Generation heute vergleichsweise gering (Sieverding 2000: 7). In der Mikrozensus-Zusatzbefragung vom Mai 2003 bezeichneten sich fast 30 Prozent der Männer und knapp 20 Prozent der Frauen als regelmäßige Raucherinnen und Raucher. In allen hier dargestellten Altersgruppen rauchen Männer häufiger als Frauen (Tabelle 8.8).

Tabelle 8.8: Rauchverhalten nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)

Alter von	Anteil an der Bevölkerung mit Angaben über die Rauchgewohnheiten						
bis unter	insgesamt		geleg	entlich	regelmäßig		
Jahren	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	
15 bis 20	23,2	27,3	4,7	5,1	18,4	22,2	
20 bis 25	35,4	45,6	5,1	5,4	30,3	40,2	
25 bis 30	31,0	43,5	4,6	4,6	26,4	38,9	
30 bis 35	31,6	43,0	4,3	3,8	27,4	39,2	
35 bis 40	32,6	42,1	4,1	3,8	28,6	38,2	
40 bis 45	33,4	42,5	3,9	3,5	29,5	39,0	
45 bis 50	30,9	40,4	3,7	3,2	27,2	37,2	
50 bis 55	25,0	35,4	2,9	3,4	22,1	32,0	
55 bis 60	19,3	30,5	2,4	3,0	16,9	27,5	
60 bis 65	12,9	23,4	1,8	2,5	11,1	20,9	
65 bis 70	8,5	17,5	1,1	2,0	7,4	15,4	
70 bis 75	6,5	15,7	0,9	1,8	5,6	13,9	
75 und mehr	4,0	11,1	0,8	1,6	3,2	9,5	
zusammen	22,1	33,2	3,0	3,4	19,1	29,8	

Anmerkung: Es wurden Personen ab 15 Jahren befragt.

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004x

In der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen beträgt der Abstand zwischen Frauen und Männern nur 4 Prozentpunkte. Die Rauchgewohnheiten der Geschlechter haben sich in der jungen Generation also stark angeglichen. Im Alter ab 60 Jahren rauchen nur etwa halb so viele Frauen wie Männer. Insgesamt gefährden sich Männer häufiger als Frauen durch ihre Rauchgewohnheiten. Die Quote jener, die zur Zigarette greifen, ist im Alter von 20 bis 24 Jahren am höchsten. Das relativ hohe Niveau (mehr als 40 % bei den Männern und mehr als

30 % bei den Frauen) hält bis zum Alter von 49 Jahren an. Erst in den darüber liegenden Altersgruppen gehen die Anteile der Raucher und besonders die der Raucherinnen auffällig zurück. Diverse Untersuchungen zeigen, dass Mitglieder aus benachteiligten Schichten häufiger rauchen als die aus sozial gesicherten. Dies gilt für Männer wie Frauen (Die Drogenbeauftragte 2003: 13).

Das durchschnittliche Alter für die erste Zigarette liegt seit Jahren bei Mädchen wie Jungen in Ost- und Westdeutschland bei knapp unter 14 Jahren (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) 2001: 43). Im Jahr 2004 lag das Durchschnittsalter für die ersten Raucherfahrungen für Mädchen bei 13,7 und für Jungen bei 13,6 Jahren (BZgA 2004b: 17). *Täglich* zu rauchen, begannen *die jungen Raucherinnen und Raucher* durchschnittlich mit 15,6 Jahren (ebd.: 8).

Betrachtet man die letzten drei Jahrzehnte, so zeigt sich, dass der Tabakkonsum unter Jugendlichen langsam zurückgeht. 1979 waren 44 Prozent der 12- bis 25-Jährigen ständige oder gelegentliche Raucher, im Jahr 2004 waren es noch 35 Prozent (ebd.: 4). Allerdings wurde dieser Trend in den 90er-Jahren unterbrochen, als die Raucherquote vor allem bei den jüngeren Altersgruppen stark anstieg. Seit dem Jahr 2001 ist der Anteil der Raucherinnen und Raucher in den westlichen Bundesländern vor allem in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen wieder rückläufig (Abbildung 8.15). Auch der Anteil der starken Raucher und Raucherinnen, die 20 oder mehr Zigaretten täglich rauchen, ging zwischen 1993 und 2001 von 19 auf 12 Prozent zurück (ebd.).

In Ostdeutschland rauchten 1993 noch deutlich mehr Jungen als Mädchen. Seitdem stieg die Quote der Raucher und Raucherinnen insbesondere bei den Mädchen massiv an. Sie liegt inzwischen über der der Jungen und jungen Männer (Abbildung 8.15). Während 1993 16 Prozent der ostdeutschen Mädchen rauchten, waren es 2004 mehr als doppelt so viele (35 %). Diese Mädchen und jungen Frauen schädigen sich heute also durch das Rauchen auf ähnliche Weise wie Jungen. In Westdeutschland waren schon 1993 die geschlechtsspezifischen Unterschiede geringer.

Im Jahr 2002 starben in Deutschland 40.715 Personen an Erkrankungen, die in Zusammenhang mit dem Konsum von Tabakprodukten gebracht werden können (Statistisches Bundesamt 2004x). Die meisten dieser Sterbefälle beruhten auf Lungenkrebs (39.105), weitere auf Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs. An diesen Krebsformen starben im Jahr 2002 dreimal mehr Männer als Frauen. 4,8 Prozent aller Sterbefälle wurden 2002 auf eine für Raucherinnen bzw. Raucher symptomatische Erkrankung zurückgeführt (ebd.).

Deutschland 2004 Deutschland 2001 Deutschland 1993 Westdeutschland 2004 Westdeutschland 2001 Westdeutschland 1993 Ostdeutschland 2004 Ostdeutschland 2001 Ostdeutschland 1993 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55

Abbildung 8.15: Quote der Raucherinnen und Raucher bei den 12- bis 25-Jährigen nach Geschlecht und Alter in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993, 2001 und 2004 (in %)

Datenbasis: repräsentative Wiederholungsbefragung der 12- bis 25-jährigen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland

■ 12- bis 17-jährige Mädchen

□ 18- bis 25-jährige junge Frauen

■ 12- bis 17-jährige Jungen

■ 18- bis 25-jährige junge Männer

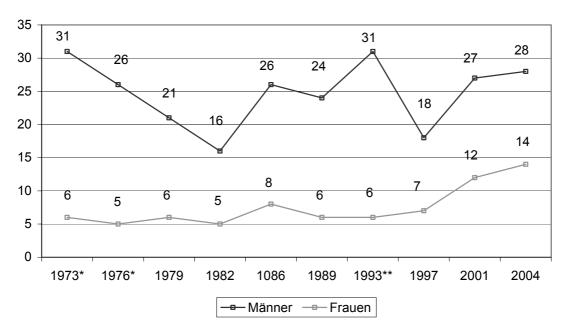
Quelle: BZgA 2004b: 16

Alkoholkonsum

Wie beim Rauchen hat auch beim Alkoholkonsum eine Annäherung weiblicher und männlicher Lebensstile stattgefunden (Sieverding 2000: 8). Dennoch sind die verbliebenen Geschlechterunterschiede beträchtlich. Der Frauenanteil an den alkoholabhängigen behandlungsbedürftigen Personen in Deutschland liegt bei etwa einem Drittel; das sind über 400.000 betroffene Frauen (Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung 2003: 13).

Entgegen manch populärem Bild vom Alkoholkonsum Jugendlicher ging der Bier- und Weinkonsum, aber auch der Konsum harter Spirituosen bei den 14- bis 25-Jährigen seit 1973 zurück (BZgA 2004c: 20-22). In Westdeutschland ist in diesem Zeitraum der Anteil von jungen Frauen, die mindestens einmal in der Woche Spirituosen trinken, allerdings leicht angestiegen (BZgA 2001). Trotz des Rückgangs des regelmäßigen Konsums verbreitet sich der gelegentlich exzessive Alkoholkonsum durch Jugendliche seit 1980 langsam, aber stetig. Das exzessive Trinken ist bei jungen Männern nach wie vor verbreiteter als bei jungen Frauen (Abbildung 8.16).

Abbildung 8.16: Alkoholrausch-Erfahrungen¹ von 12- bis 25-Jährigen nach Geschlecht in Deutschland von 1973 bis 2004 (in %)



- 1 Anteil der derjenigen, die in ihrem Leben sechsmal oder häufiger einen Alkoholrausch hatten.
- * 14- bis 25-Jährige
- ** ab 1993 einschließlich neue Bundesländer

Datenbasis: Repräsentativerhebungen der BZgA

Quelle: BZgA 2004c: 29

Noch ausgeprägter erscheinen die geschlechtsspezifischen Unterschiede, wenn man die Jugendlichen nach der Häufigkeit des so genannten 'binge drinking' (auch als Rauschtrinken übersetzt) fragt. Ein Drittel (34 %) der 12- bis 25-jährigen jungen Menschen berichtet von 'binge drinking', genauer davon, dass sie im Zeitraum eines Monates mindestens einmal eine Trinkgelegenheit hatten, bei der sie fünf oder mehr Gläser Alkohol hintereinander getrunken haben. Dies gilt für 43 Prozent der jungen Männer und "nur" für 25 Prozent der jungen Frauen. Besonders häufiges binge drinking (an 6 und mehr Tagen) gaben im letzten Monat vor der Befragung 8 Prozent der jungen Männer und 2 Prozent der jungen Frauen an (BZgA 2004c: 25). Junge Männer schädigen sich eindeutig häufiger als junge Frauen. Sie sehen im Risikotrinken seltener als Frauen eine Gefahr (BZgA 2004c: 38).

Jungen konsumieren am häufigsten Bier, gefolgt von Cocktails und Longdrinks sowie von Spirituosen. Mädchen zeigen ein anderes Trinkverhalten, sie ziehen Cocktails und Longdrinks dem Bier vor; auch Wein, Sekt und Alcopops werden von ihnen häufiger konsumiert als von den Jungen (Abbildung 8.17).

14 spirituosenhaltige Alkopops 18 Spirituosen 13 Wein/Sekt 20 22 Cocktails/Longdrinks 27 Bier 21 0 5 10 15 20 25 30 35 40 ■Mädchen Jungen

Abbildung 8.17: Konsum alkoholischer Getränke¹ durch 12- bis 17-jährige Mädchen und Jungen in Deutschland 2005 (in %)

1 mindestens einmal im Monat

Datenbasis: BZgA-Repräsentativerhebung der 12- bis einschließlich 25-jährigen Bevölkerung

Quelle: BZgA 2005: 14/22

Eine besondere Gefährdung für Jugendliche wurde in der schnellen Ausbreitung von Alcopops gesehen; diese Spirituosenmixgetränke dürfen Jugendliche unter 18 Jahren weder kaufen noch in der Öffentlichkeit konsumieren. Im Jahr 2003 lag das Konsumniveau der 14- bis 17-Jährigen fast gleich auf mit dem Konsumniveau der 18- bis 29-Jährigen, die diese Mixgetränke regulär erwerben können. Am stärksten gefährdet sind zweifellos diejenigen, die angeben, ein solches Getränk mindestens einmal pro Woche zu trinken. Hierzu gehörten 15 Prozent der 14- bis 17-jährigen jungen Männer und 10 Prozent der gleichaltrigen Frauen (BZgA 2003).

Im Jahr 2005 hat die Hälfte der 12- bis 17-Jährigen schon mindestens einmal Alcopops getrunken, ein Viertel hat selbst schon einmal trotz des Verbotes Alcopops gekauft. Die Verteuerung der Alcopops und Informationen über die gesundheitlichen Gefahren von Alcopops haben jedoch dazu geführt, dass ihr Konsum bei den 12- bis 17-Jährigen signifikant zurückgegangen ist (BZgA 2005: 8).²¹⁷

^{217 63} Prozent der befragten Jugendlichen nannten als Grund dafür, dass "weniger oder überhaupt keine Alcopops mehr gekauft" werden, "weil Alcopops zu teuer geworden sind" und 40 Prozent "weil ich besser über die gesundheitlichen Wirkungen Bescheid weiß". Als weitere Gründe wurden angegeben: "weil beim Verkauf von Alcopops jetzt häufiger nach dem Alter gefragt wird" (27 %), "weil in meinem Freundeskreis Alcopops nicht mehr "in" sind" (23 %), "weil man durch Warnhinweise informiert wird, dass man unter 18 Jahren keine spirituosenhaltigen Alcopops kaufen darf" (17 %) und "weil es in den Geschäften jetzt weniger Alcopops zu kaufen gibt" (9 %) (BZgA 2005: 9 f.).

Drogenkonsum

Mehr als ein Viertel (27 %) der 12- bis 25-Jährigen haben Erfahrungen mit illegalen Drogen. Dabei steht Cannabis (Haschisch) im Vordergrund. Erfahrungen mit Ecstasy haben 4 Prozent, andere illegale Drogen werden seltener konsumiert (BZgA 2001: 46). Während 30 Prozent der 12- bis 25-jährigen jungen Männer von Drogenerfahrungen berichten, gilt das für 24 Prozent der jungen Frauen (ebd.: 47). Einen regelmäßigen Konsum illegaler Drogen geben 3 Prozent der jungen Männer und 2 Prozent der jungen Frauen an (ebd.: 50). Tabelle 8.9 zeigt, dass sich der Anteil der jungen Frauen und Männer, die in den zurückliegenden Jahren illegale Drogen konsumiert haben, in Ostdeutschland im Laufe der 90er-Jahre schnell dem deutlich höheren westdeutschen Niveau anpasste. Der Anteil der Drogenkonsumentinnen liegt auch gegenwärtig in West- und Ostdeutschland unter dem der Konsumenten. Die Geschlechterdifferenzen sind im Laufe der Jahre aber geringer geworden (Tabelle 8.9).

Tabelle 8.9: Anteil der 12- bis 25-jährigen jungen Frauen und Männer, die im letzten Jahr illegale Drogen konsumiert haben in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993, 1997 und 2001 (in %)

Jahr	Deutschland insgesamt		Westde	utschland	Ostdeutschland		
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
1993	14	7	17	9	5	1	
1997	17	12	17	12	14	13	
2001	15	11	15	11	14	11	

Datenbasis: Repräsentativerhebung der BZgA

Quelle: BZgA 2001: 57

Die Mehrheit der Jugendlichen lehnt den Konsum illegaler Drogen ab. Dies gilt für 59 Prozent der jungen Männer und 63 Prozent der jungen Frauen (BZgA 2001: 60). Nachdem Deutschland über Jahre eine steigende Zahl von Drogentoten zu verzeichnen hatte, sind diese in den letzten Jahren wieder rückläufig. Im Jahr 2000 befand sich die Zahl der Drogentoten mit 1.513 auf dem niedrigsten Stand seit 1997 (Die Drogenbeauftragte 2003: 97). Das veränderte Konsumverhalten der Drogenabhängigen, das Angebot und die Inanspruchnahme von Therapieplätzen, niedrigschwellige Hilfsangebote sowie die Substitutionsbehandlung und die Einrichtung von Drogenkonsumräumen dürften diese Entwicklung begünstigt haben (ebd.). Im Jahr 2003 waren 83 Prozent der Rauschgifttoten männlich und 16 Prozent weiblich (Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2005, www.gbe-bund.de). Männer überwiegen also nicht nur bei den Konsumenten illegaler Drogen, sondern auch bei den infolge des Drogenmissbrauchs Verstorbenen.

Medikamentenkonsum und -abhängigkeit

6 bis 8 Prozent aller häufig verschriebenen Medikamente weisen ein erhöhtes Missbrauchsund Abhängigkeitspotenzial auf. Dazu gehören Schmerzmittel, Schlafmittel, Beruhigungsmittel, Anregungsmittel und Appetitzügler. Gemäß einer Repräsentativerhebung aus dem Jahr
2000 ist der Anteil der Bevölkerung, der regelmäßig Medikamente einnimmt auf 7,1 Millionen
zu schätzen. Frauen nehmen bis zu zweimal häufiger psychoaktive Medikamente ein als
Männer (Kraus/Augustin 2001). Die Anzahl der Personen, die Arzneimittel missbrauchen,
wird auf 1,2 Millionen geschätzt (Drogenbeauftragte der Bundesregierung 2003: 34).
Glaeske (2003) geht von mindesten 1,4 Millionen Medikamentenabhängigen aus. Circa 1,1
Millionen dieser Abhängigen sind von Beruhigungs- und Schlafmitteln aus der Benzodiazepingruppe abhängig (vgl. Kapitel 8.3.1). Während Rauchen und Alkoholmissbrauch Süchte
sind, die unter Männern weiter verbreitet sind als unter Frauen, ist dies beim Medikamentenmissbrauch umgekehrt: Schätzungsweise zwei Drittel der medikamentenabhängigen Personen sind Frauen (Die Drogenbeauftragte 2003: 13).

In der sozial schwächsten Gruppe werden Männer allerdings häufiger als Frauen als medikamentenabhängig diagnostiziert. Demgegenüber sind in den sozial gesicherten Schichten Frauen häufiger von Medikamenten abhängig als Männer (ebd.: 34).

Insgesamt ist also festzustellen, dass Männer ihre Gesundheit durch Fehlernährung (zumeist im Sinne von zu viel Nahrungsaufnahme) und Suchtmittelmissbrauch deutlich stärker gefährden als Frauen. Junge Frauen leben jedoch nicht viel gesünder als junge Männer. Sie haben ihren Nikotin- und Alkoholkonsum dem der jungen Männer angenähert und sie sind häufiger als Männer durch Fehlernährung im Sinne von zu wenig Nahrungszufuhr (Anorexie) und durch andere Essstörungen gefährdet

8.5 Arbeitswelt und Gesundheit

Bei einer Betrachtung des Zusammenhangs von Arbeitswelt, Geschlecht und Gesundheit lohnt es sich, verschiedene Perspektiven zu verfolgen. Ein erster Zugang erschließt sich über die Frage, in welchem Umfang Krankheit Erwerbsarbeit beeinträchtigt, ein anderer, inwiefern Erwerbsarbeit Männer und Frauen krank macht. Arbeitsunfälle können hier in den Blick genommen werden, daneben auch berufs- und arbeitsbezogene Krankheiten sowie Beschwerden, die von den Beschäftigten selbst auf Belastungen im Arbeitsalltag zurückgeführt werden. Angesichts der geschlechtsspezifischen Segmentation des Arbeitsmarktes, ist davon auszugehen, dass Frauen und Männer nicht nur unter unterschiedlichen Bedingungen arbeiten, sondern dass sie auch unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind.

Arbeit nur unter der Perspektive zu betrachten, dass sie krank macht, würde allerdings ver-

kennen, dass Erwerbsarbeit eine wichtige Funktion für die Inklusion, Selbstverwirklichung und Anerkennung der Beschäftigten hat und insofern auch zu deren Wohlbefinden beiträgt. Dies lässt sich am besten aufzeigen, wenn man den Gesundheitsstatus von *arbeitslosen* Frauen und Männern in den Blick nimmt und mit dem der erwerbstätigen Personen vergleicht. Zunächst soll nun auf die Fehltage von Frauen und Männern und dann auf ihre gesundheitliche Beschwerden eingegangen werden, die häufig in Zusammenhang mit der Erwerbsarbeit auftreten.

Fehltage

Der Krankenstand der deutschen Beschäftigten geht seit Beginn der 90er-Jahre deutlich zurück. Im Jahr 2004 wurden im Durchschnitt nur noch 13 krankheitsbedingte Fehltage gezählt, im Jahr 2003 waren es 13,5. Im Jahr 1990 war jeder Beschäftigte dagegen noch durchschnittlich 25 Arbeitstage pro Jahr krankgeschrieben (BKK Pressemitteilung vom 23.03.2005). 44 Prozent der Beschäftigten wurden im Jahr 2004 überhaupt nicht krankgeschrieben. Besonders selten wurden Krankschreibungen bei Bank- und Versicherungsangestellten sowie bei in Lehr- und Erziehungsberufen Tätigen gemeldet. Langzeiterkrankte stammten im vergangenen Jahr vor allem aus der Bauwirtschaft, den Verkehrsbetrieben und der Land- und Forstwirtschaft. Die meisten Krankheitstage wurden durch Muskel- und Skeletterkrankungen (27 %) verursacht, gefolgt von Atemwegserkrankungen (16 %) und Verletzungen (15 %). An vierter Stelle stehen mit 8 Prozent psychische Störungen. Bei den Frauen steht diese Krankheitsursache mit 11 Prozent sogar an dritter Stelle (ebd.).

Im BKK Gesundheitsreport von 2004 werden die Fehlzeiten für das Kalenderjahr 2003 nach Geschlecht differenziert. Hier zeigt sich, dass Frauen keineswegs häufiger am Arbeitsplatz fehlen, auch wenn sie sich im Durchschnitt häufiger als Männer gesundheitlich beeinträchtigt fühlen: 2003 hatten weibliche Beschäftigte nur 13 Fehltage, Männer 14,1. Im Osten lagen die Fehltage mit durchschnittlich 14,5 Arbeitsunfähigkeitstagen pro Pflichtmitglied über den im Westen (13,4 Tage) gemeldeten (BKK Bundesverband 2004: 9 f.). Erwerbstätige Frauen haben die Reduktion der Fehltage also genauso wie die Männer vollzogen.

Arbeitsbezogene Beschwerden

In einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)²¹⁸ berichteten 12 Prozent der befragten Männer und 9 Prozent der befragten Frauen, dass sie auf Grund eines Arbeitsunfalls oder einer durch den Beruf verursachten Krankheit in den vergangenen zwölf Monaten arbeitsunfähig waren (Koppelin/Müller 2004: 133). Männer sind von solchen Beeinträchtigungen also häufiger be-

²¹⁸ In den Jahren 1998 und 1999 führten das BIBB und das IAB eine repräsentative Befragung von mehr als 30.000 Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland durch.

troffen als Frauen. Erwartungsgemäß variieren gesundheitliche Beschwerden, die während oder unmittelbar nach der Arbeit auftreten, mit dem Beruf. Besonders häufig berichtet werden zum Beispiel Rückenschmerzen bei Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeitern sowie bei Krankenschwestern und Krankenpflegern (Tabelle 8.10). Gleichzeitig zeigen sich Frauen und Männer auch innerhalb der einzelnen Berufe unterschiedlich stark belastet.

Tabelle 8.10: Häufige gesundheitliche Beschwerden während oder unmittelbar nach der Arbeit nach Beruf und Geschlecht in Deutschland 1998/1999 (absolut und in %)

Beruf	n =	Schmerzen		Müdig-	Nervosi-	keine	
		Rücken	Nacken/	Kopf	keit	tät	Be-
		(in %)	Schultern	(in %)	(in %)	(in %)	schwer- den
			(in %)				(in %)
Köche	153	28	19	11	13	7	44
Köchinnen	174	55	31	17	22	10	18
Hilfsarbeiter	267	43	25	10	10	7	35
Hilfsarbeiterinnen	205	60	46	22	14	16	13
Verkäufer	133	30	21	19	12	17	38
Verkäuferinnen	256	36	24	20	18	10	30
Krankenpfleger	109	60	26	19	30	22	22
Krankenschwestern	388	54	39	22	31	19	23
Bankfachleute (m)	290	26	20	17	11	17	49
Bankfachleute (w)	175	26	35	24	11	9	42
Ärzte	111	14	17	10	34	15	41
Ärztinnen	46	24	22	29	40	27	33
Gymnasiallehrer	144	26	26	19	29	24	33
Gymnasiallehrerinnen	58	19	26	36	38	21	24
weitere Lehrer ¹	143	20	25	18	32	31	29
weitere Lehrerinnen ¹	145	30	36	27	37	35	20
alle Erwerbstätigen (m)	19.366	37	24	15	19	12	34
alle Erwerbstätigen (w)	14.977	36	34	21	19	12	31

¹ Grund-/Haupt-/Real-/Sonderschullehrerinnen bzw. Grund-/Haupt-/Real-/Sonderschullehrer

Datenbasis: repräsentative Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) 1998/1999

Quelle: BIBB/IAB nach Koppelin 2004: 132; ausgewählte Ergebnisse

Betrachtet man alle befragten Erwerbstätigen, so lassen sich zwischen Frauen und Männern keine Unterschiede feststellen, wenn es darum geht, ob sie häufig von Rückenschmerzen, Müdigkeit oder Nervosität während oder unmittelbar nach der Arbeit betroffen sind. Häufige Beschwerden im Bereich der Schultern und des Nackens sowie Kopfschmerzen äußern dagegen deutlich häufiger Frauen als Männer.

Schaut man auf die einzelnen Berufe, so zeigen sich differenziertere Unterschiede zwischen den weiblichen und männlichen Beschäftigten. Über häufige Rückenschmerzen berichten am häufigsten Hilfsarbeiterinnen und Krankenpfleger; auch Hilfsarbeiter und Krankenschwestern sind von Rückenschmerzen betroffen, jedoch nicht in diesem Ausmaß. Auch bei Nackenund Schulterschmerzen liegen die Hilfsarbeiterinnen mit Abstand vorne, an zweiter und drit-

ter Stelle folgen Krankenschwestern sowie Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrerinnen. Häufige Kopfschmerzen berichten vor allem Gymnasiallehrerinnen. Am häufigsten von Müdigkeit geplagt werden Ärztinnen und Gymnasiallehrerinnen. Nervosität ist vor allem bei den Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrerinnen und -lehrern verbreitet. Sie ist jedoch kein weibliches Phänomen; Verkäufer, Krankenpfleger, männliche Bankkaufleute und Gymnasiallehrer sind häufiger nervös als ihre weiblichen Kolleginnen. Am häufigsten beschwerdefrei sind männliche Bankkaufleute und Köche.

Arbeitsunfälle

Von Arbeitsunfällen sind Frauen seltener als Männer betroffen. Von den über 1,2 Millionen Arbeitsunfällen 1996 entfielen 83 Prozent auf Männer und nur 17 Prozent auf Frauen. Von den rund 1.800 *tödlichen* Arbeitsunfällen waren im Jahr 1996 Männer in 86 Prozent der Fälle betroffen (BMFSFJ 2001: 379). Nur 13 Prozent der Personen, die nach einem Arbeitsunfall eine Behinderung haben, sind Frauen (Kapitel 9, Tabelle 9.1). Männer tragen also ein erheblich größeres Arbeitsunfallrisiko als Frauen.

Zwischen 1998 und 2001 ist die Rate schwerer Arbeitsunfälle im Europa der 15 Staaten um 6 Prozent zurückgegangen, die der tödlichen Arbeitsunfälle sogar um 20 Prozent (Europäische Kommission 2004b: 67). An dieser erfreulichen Entwicklung hatten Frauen im EU-Durchschnitt keinen Anteil. Hier stieg die Rate der schweren Arbeitsunfälle von Frauen zwischen 1998 und 2000 um 6 Indexpunkte, in Deutschland konnte die Rate im gleichen Zeitraum immerhin um einen Indexpunkt gesenkt werden (Europäische Kommission 2003: 34).

Dass Frauen von Arbeitsunfällen seltener betroffen sind als Männer, ist einerseits eine Folge ihrer geringeren Erwerbsquote, andererseits aber auch Konsequenz ihrer Beschäftigung in weniger unfallträchtigen Branchen. Von rund 1,8 Mio. meldepflichtigen Arbeitsunfällen entfielen 1995 rund 75 Prozent auf die gewerbliche Wirtschaft, 9 Prozent auf die Landwirtschaft und 13 Prozent auf den öffentlichen Dienst (BMFSFJ 2001).

Arbeitslosigkeit und Gesundheit von Frauen und Männern

Arbeitslosigkeit und Gesundheit stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang: Arbeitslosigkeit macht krank und Krankheit erhöht das Risiko arbeitslos zu werden.

Auf der Grundlage von Daten des Bundesgesundheitssurveys 1998 und von Krankenkassendaten aus dem Jahr 2000 kommen Grobe und Schwartz (Robert Koch-Institut 2003) zu dem Schluss, dass arbeitslose Männer und Frauen gesundheitlich stärker beeinträchtigt sind als erwerbstätige Personen, aber auch, dass sie weniger gesundheitsbewusst leben. Dies gilt für Männer noch ausgeprägter als für Frauen. Durch die durchschnittlich höheren Einkommen von Männern wird das Haushaltseinkommen durch die Arbeitslosigkeit von Männern meist stärker tangiert als durch die Arbeitslosigkeit von Frauen. Dies scheint Folgen für

den Gesundheitszustand von Männern zu haben. Jene, die sich als Hauptverdiener begreifen, beurteilen ihren Gesundheitszustand deutlich häufiger als schlecht als die anderen arbeitslosen Männer.²¹⁹ Die Krankheitsbilder Arbeitsloser unterscheiden sich zudem deutlich von denen Erwerbstätiger. Arbeitslose Frauen und Männer gehen häufiger zum Arzt als Erwerbstätige. Der Anteil derer, die mehr als zwölf Arztkontakte im Jahr haben, ist bei den arbeitslosen Frauen am höchsten (37 %). Dieser Anteil liegt auch bei den arbeitslosen Männern mit 26 Prozent deutlich über dem bei den erwerbstätigen Männern (Robert Koch-Institut 2003: 11). Arbeitslose befinden sich auch deutlich häufiger im Krankenhaus als Erwerbstätige. Diese Unterschiede sind bei Männern ausgeprägter als bei Frauen. Arbeitslose Männer verbringen allein wegen "Verhaltensstörungen durch Alkohol" zehnmal mehr Zeit im Krankenhaus als erwerbstätige Männer.²²⁰

Frauen bleiben auch in der Arbeitslosigkeit mehr soziale Kontakte als Männern. Psychische Erkrankungen treten bei arbeitslosen *Männern* häufiger als bei erwerbstätigen auf. Arbeitslose Frauen sind häufiger als erwerbstätige von Ess- und Persönlichkeitsstörungen betroffen (ebd.: 14). Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheit ist bei Männern ausgeprägter als bei Frauen. Kulturelle Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit erleichtern es Frauen wahrscheinlich, sich zumindest phasenweise Selbstwertgefühl und Anerkennung jenseits von Erwerbsarbeit zu sichern, so dass Arbeitslosigkeit für sie nicht in diesem Maße gesundheitliche Beeinträchtigungen nach sich zieht.

8.6 Gesundheitsstatus und Gesundheitsrisiken von Migrantinnen und Migranten

Recherchen zum Thema Migration und Gesundheit haben ergeben, dass es hierzu kaum quantitative Untersuchungen in Deutschland gibt. Noch weniger Daten finden sich zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Das Statistische Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet in seiner Fachserie zum Gesundheitswesen (FS 12/R6.2) nicht nach Deutschen und Nicht-Deutschen, in den ostdeutschen Bundesländern werden Ausländerinnen und Ausländer wegen ihres geringen Anteils an der Gesamtbevölkerung überhaupt nicht erfasst und die Gesundheitsberichterstattung des Bundes erhebt Daten zu Migrantinnen und Migranten nur sporadisch für einzelne Indikatoren. Erkenntnisse zum Gesundheitsstatus von Migrantinnen und Migranten bieten nur einige kleine, zumeist eher qualitativ ausgerichtete Studien, in denen Einzelfälle oder

²¹⁹ Wegen der geringen Fallzahl wird zum Gesundheitszustand arbeitsloser Hauptverdienerinnen keine Aussage gemacht.

²²⁰ Um Fehlinterpretationen vorzubeugen, stellen Grobe und Schwartz klar, dass dennoch weniger als 2 Prozent der langzeitarbeitslosen Männer wegen alkoholbedingten Erkrankungen im Verlauf des Jahres 2000 im Krankenhaus waren.

kleine Populationen untersucht werden, die keine generellen Aussagen zulassen.²²¹

Betrachtet man Daten zu Migration und Gesundheit muss darüber hinaus berücksichtigt werden, dass die Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten sehr unterschiedlich sind. Je nach Herkunftsländern, kulturellen und religiösen Hintergründen, Länge des Aufenthalts in Deutschland, sprachlichen Fähigkeiten, Geschlecht, Bildungsstatus und sozialer Schicht ergeben sich unterschiedliche soziale und gesundheitliche Lagen für die Einzelnen (siehe auch 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005). Das heißt, globale Aussagen über Migrantinnen und Migranten, wie sie mit Hilfe aggregierter Daten formulierbar sind, müssen mit Vorsicht betrachtet werden.

Das Statistische Bundesamt weist seit dem Jahr 2000 keine Daten zur Lebenserwartung der nicht-deutschen Bevölkerung mehr aus, da durch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts²²² die Zahl der Kinder mit doppelter Staatsbürgerschaft rapide anstieg und es nicht mehr möglich ist, die Daten mit denen früherer Jahre zu vergleichen.

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes erhebt das durchschnittliche Alter der Gestorbenen²²³ nach Todesursachen, Nationalität und Geschlecht. Hier zeigen sich große Unterschiede zwischen Ausländerinnen bzw. Ausländern und Deutschen.

Tabelle 8.11: Durchschnittliches Alter der Gestorbenen nach Nationalität und Geschlecht in Deutschland 2003 (in Jahren)

	Ausländ	ler/-innen	Deutsche	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Todesfälle	65,3	60,2	80,3	71,7
darunter: äußere Ursachen ¹	44,9	40,5	70,0	54,2
darunter: Unfälle	48,0	39,9	73,5	54,6

¹ Mit äußeren Ursachen sind nicht-natürliche Todesursachen wie Verletzungen, Vergiftungen und Unfälle gemeint.

Datenbasis: Todesursachenstatistik

Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Indikator: Durchschnittliches Alter der Gestorbenen in Jahren; eigene Zusammenstellung

Tabelle 8.11 zeigt gravierende Unterschiede im durchschnittlichen Alter der Gestorbenen

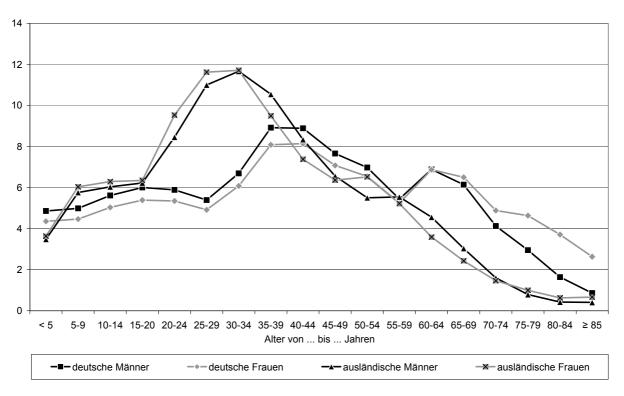
²²¹ Auch die Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Armut und Gesundheit" "Migration und gesundheitliche Versorgung" aus dem Jahr 2001 bemängeln dieses Forschungsdefizit: "Die gesundheitliche Situation von Migrantinnen und Migranten wird beeinflusst durch komplexe Wechselwirkungsprozesse verschiedener Faktoren des Lebens in der Fremde. Kulturspezifische Besonderheiten, ökologische und soziale Bedingungen sowie fehlende oder mangelnde Sprachkenntnisse gehören zu diesen Faktoren. Auch die Länge des Aufenthalts im Aufnahmeland spielt eine wichtige Rolle. Weder regelmäßig erhobene Daten noch die bislang vorliegenden Untersuchungen erfassen bzw. untersuchen den Problembereich in der notwendigen Differenziertheit. Auch die Geschlechterperspektive spielt bei bisherigen Untersuchungen nur eine sehr begrenzte Rolle" (ebd.: 2).

²²² Seit dem 1. Januar 2000 können in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, wenn mindestens ein Elternteil sich schon seit acht Jahren ununterbrochen rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhält und außerdem eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Gleichzeitig können sie bis zur Volljährigkeit auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten.

²²³ Das durchschnittliche Alter der Gestorbenen darf nicht mit der durchschnittlichen Lebenserwartung verwechselt werden, da für diesen Indikator auch das Durchschnittsalter einer Population (Abbildung 8.18) eine zentrale Rolle spielt.

nach Nationalität und Geschlecht. Das Durchschnittsalter der ausländischen Gestorbenen liegt 10 bis 15 Jahre unter dem der Deutschen, vor allem ihr Todesalter infolge von äußeren Ursachen und Unfällen ist auffällig niedrig. Von diesen Daten kann allerdings nicht auf ein besonders hohes Risiko der ausländischen Bevölkerung, schon in jungen Jahren zu sterben, geschlossen werden. Die in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind im Durchschnitt jünger als die Deutschen (Abbildung 8.18), deshalb ist auch unabhängig von ihrem Gesundheitsrisiko mit einem niedrigeren Todesalter der ausländischen Bevölkerung zu rechnen.

Abbildung 8.18: Deutsche und ausländische Frauen und Männer nach Altersgruppen¹ in Deutschland 2003 (in %)



1 Anteil der Altersgruppen jeweils an deutschen Frauen, deutschen Männern, ausländischen Frauen und ausländischen Männern

Lesehilfe: Im Alter unter 5 Jahren beträgt der Anteil der deutschen Jungen an allen deutschen Jungen und Männern 4,9 Prozent, der Anteil der deutschen Mädchen an allen deutschen Mädchen und Frauen beträgt 4,4 Prozent; der Anteil der ausländischen Jungen an allen ausländischen Jungen und Männern beträgt 3,5 Prozent und der Anteil der ausländischen Mädchen an allen ausländischen Mädchen und Frauen beträgt 3,6 Prozent.

Datenbasis: Bevölkerungsstatistik 31.12.2003

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung

Aus Abbildung 8.18 ist zu ersehen, dass es in der deutschen Bevölkerung einen größeren Anteil an Kindern unter 5 Jahren gibt als in der ausländischen. Dies beruht auch auf der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 2000 (s.o.). Ab dem Alter von 5 Jahren überwiegen die Mädchen und Jungen mit ausländischer Staatsangehörigkeit etwas. Deutliche Unterschiede werden ab dem Alter von 15 Jahren sichtbar. Während die Anteile der Altersgruppen bei der deutschen Bevölkerung bei den 20- bis 25-Jährigen und den 25- bis 30-Jährigen geringer sind als bei den 15- bis 20-Jährigen, steigen sie bei den Nicht-Deutschen steil an. Die aus-

ländische Bevölkerung hat ihren eindeutigen Höhepunkt schon im Alter von 20 bis 45 Jahren (die Hälfte aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer fallen in diese Altersgruppen, jedoch nur 36 Prozent der deutschen Männer und 33 Prozent der deutschen Frauen; eigene Berechnungen), während bei den Deutschen die Altersgruppen der 35- bis 50-Jährigen am stärksten besetzt sind. Erür die deutsche Bevölkerung ergibt sich ein zweiter Höhepunkt bei den 60- bis 70-Jährigen. Diese Altersgruppen sind bei den Nicht-Deutschen deutlich seltener besetzt als bei den Deutschen. Betrachtet man Abbildung 8.18 nach Geschlecht, so finden sich keine auffälligen Unterschiede.

Das durchschnittlich niedrigere Alter der ausländischen Gestorbenen hängt also mit ihrem niedrigeren Altersdurchschnitt zusammen und damit, dass in den in der ausländischen Bevölkerung stark vertretenen jüngeren Altersgruppen die Unfallwahrscheinlichkeit generell und besonders für Männer (Abbildung 8.7) deutlich höher ist.

Zu den gesundheitsbewussten versus riskanten Verhaltensweisen von Migrantinnen und Migranten finden sich einige Hinweise in Sonderauswertungen des Mikrozensus.²²⁵ Bezüglich des Rauchverhaltens zeigt sich, dass ausländische Männer im mittleren Alter häufiger angeben, zu rauchen als deutsche Männer; von den 20- bis unter 60-Jährigen rauchten im Jahr 2003 46,8 Prozent der ausländischen sowie 39,7 Prozent der deutschen Männer. Unter den Frauen sind die Unterschiede nicht so deutlich; deutsche Frauen dieser Altersgruppen rauchten mit 30,1 Prozent aber etwas häufiger als ausländische (27,8 %). Ausländische Frauen sind also die Gruppe mit den wenigstens Raucherinnen (Lampert/Ziese 2005: 199 f.).

Um den Konsum von Alkohol und illegalen Drogen zwischen Deutschen und Migrantinnen/Migranten vergleichen zu können, ziehen Lampert und Ziese eine Studie an Münchner Berufsschulen aus dem Jahr 1998 heran. Hier zeigte sich, dass der Anteil der "Alkohol-Abstinenten" bei den 15- bis 24-jährigen Berufsschülerinnen und -schülern ausländischer Herkunft mit 50,1 Prozent deutlich über dem der Deutschen mit 19,5 Prozent lag. Allerdings war mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland eine Angleichung der Konsumgewohnheiten zu beobachten. Ausländische junge Frauen waren die Gruppe mit dem niedrigsten Alkoholkonsum (ebd. nach Dill u.a. 2002: 200). 43,2 Prozent der deutschen Berufsschüler und 37,5 Prozent der deutschen Berufsschülerinnen gaben an, Erfahrungen mit illegalen Drogen zu haben. Von den Migranten äußerte dies nur ein Viertel, von den Migrantinnen ein knappes Fünftel. Der größte Teil der Nicht-Deutschen, die angaben, regelmäßig Drogen zu konsumieren, war in Deutschland geboren und aufgewachsen (ebd.: 201). Den Daten zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes ist zu entnehmen, dass der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer unter den Rauschgifttoten im Jahr 2003 bei 10 Prozent (ebd.) lag, er ent-

²²⁴ Hier kommt die Generation der Baby-Boomer zum Tragen.

²²⁵ Diese werden in einer Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Lampert und Ziese 2005: Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit) dargestellt.

sprach somit in etwa ihrem Anteil in der jüngeren Bevölkerungsgruppe (www.gbe-bund.de).

Bezüglich des Körpergewichts erwiesen sich ausländische Frauen vor allem im fortgeschrittenen Alter häufiger als deutsche Frauen gleichen Alters als übergewichtig oder stark übergewichtig²²⁶; von den 60-jährigen und älteren Ausländerinnen waren im Jahr 2003 62,7 Prozent übergewichtig bzw. adipös, von den deutschen Frauen der Vergleichsgruppe 54,9 Prozent. Bei den Männern zeigen sich hier keine großen Unterschiede.

Wenn eine akute Krankheit vorliegt, wird das Gesundheitssystem von Migrantinnen und Migranten im Allgemeinen ebenso häufig in Anspruch genommen wie von der deutschen Bevölkerung (2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005: 165). Allerdings nehmen Migrantinnen und Migranten präventive Maßnahmen wie zum Beispiel Grippeschutzimpfungen, Krebsfrüherkennung oder Zahnprophylaxe deutlich seltener wahr. Schwangere Ausländerinnen partizipieren zwar inzwischen häufig an den üblichen Vorsorgeuntersuchungen, nutzen aber andere schwangerschaftsbegleitende Angebote, wie zum Beispiel Geburtsvorbereitungskurse und Schwangerschaftsgymnastik, nach wie vor seltener als deutsche Frauen (ebd.). Die Arbeitsgruppe "Armut und Gesundheit" "Migration und gesundheitliche Versorgung" kritisiert an den Versorgungsstrukturen, dass es dort noch an interkulturellem Wissen sowie mehrsprachigem Fachpersonal fehle, um Migrantinnen und Migranten mit ihren je speziellen sprachlichen und kulturellen Hintergründen adäquat behandeln zu können (Arbeitsgruppe "Armut und Gesundheit" "Migration und gesundheitliche Versorgung" 2001: 2 f.).

8.7 Überblick über die Ergebnisse

Gesundheit und Krankheit lassen sich weniger als andere Bedingungen und Chancen des Lebens alleine an objektiven Kriterien festmachen, denn der Gesundheitszustand ist sehr stark von subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Individuen abhängig. Menschen mit den gleichen objektiven Befunden schätzen sich zum Teil als gesund, zum Teil als krank ein. Daten zum Gesundheitsstatus und zu den Gesundheitsrisiken von Frauen und Männern werden deshalb auch auf unterschiedlichen Wegen ermittelt. Unter anderem können Meldungen der Krankenhäuser, Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen sowie Gesundheitsdaten der Krankenkassen herangezogen werden.

In Deutschland beträgt die Lebenserwartung neugeborener Mädchen 81 Jahre, die neugeborener Jungen 75 Jahre. Mitte der 90er-Jahre lag die Lebenserwartung in den östlichen Bundesländern noch deutlich unter der in den westlichen. Im Jahr 2002 war jedoch schon eine Angleichung festzustellen. Betrachtet man die Lebenserwartung von Frauen und Männern in anderen industrialisierten Ländern, so kommt man zu ähnlichen Ergebnissen wie in Deutschland. In welchem Umfang biologische Schutzfaktoren, günstigere Lebensumstände oder ein

kulturell verankerter sorgsamerer Umgang mit dem eigenen Körper für die durchschnittlich höhere Lebenserwartung von Frauen ausschlaggebend sind, ist nicht geklärt. Die höhere Lebenserwartung von Frauen geht mit einer im Durchschnitt längeren Phase gesundheitlich schwerer Beeinträchtigungen im Alter einher. Frauen haben allerdings gleichzeitig auch mehr gesunde Lebensjahre als Männer zu erwarten. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten ist in Deutschland die diesbezügliche Geschlechterdiskrepanz besonders groß.

Frauen geben im Durchschnitt etwas häufiger als Männer an, im Verlauf der vergangenen vier Wochen krank gewesen zu sein. Die Häufigkeit von Erkrankungen nimmt für beide Geschlechter mit dem Alter zu. Unfallverletzungen erleiden Männer im Durchschnitt häufiger als Frauen. Für Männer sind die Jugend und die ersten Jahrzehnte der Erwerbstätigkeit besonders unfallträchtig, Frauen sind dagegen im Alter gefährdeter, Unfälle zu erleiden.

Männer bewerten ihren Gesundheitszustand im Durchschnitt besser und sind mit ihrer Gesundheit zufriedener als Frauen. Einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes als das Geschlecht hat das Alter; auch die Höhe des Einkommens, der berufliche Bildungsabschluss und der Status der Erwerbstätigkeit korrelieren mit dieser Beurteilung. Am zufriedensten mit ihrer Gesundheit sind junge Männer mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, die voll erwerbstätig sind, über ein hohes Einkommen verfügen und in den westlichen Bundesländern leben. Am unzufriedensten sind Frauen, deren Einkommen an der Armutsgrenze oder darunter liegt.

Frauen stellen circa 55 Prozent der Krankenhauspatientinnen und -patienten, Männer verbringen jedoch durchschnittlich mehr Tage im Krankenhaus. In allen Altersgruppen ab 50 Jahren werden sie länger stationär behandelt als Frauen. Die häufigsten Ursachen für einen Krankenhausaufenthalt sind für beide Geschlechter sehr unterschiedlich: Frauen suchen ein Krankenhaus am häufigsten zur Geburt eines Kindes auf, in diesem Fall ist der Behandlungsanlass keine Krankheit. Die folgenden drei häufigsten Diagnosen sind Brustkrebs, Herzinsuffizienz und Gallensteine. Männer werden im Krankenhaus am häufigsten wegen einer verminderten Durchblutung des Herzens stationär behandelt, gefolgt von psychischen und Verhaltensstörungen, die durch den Missbrauch von Alkohol ausgelöst wurden, sowie wegen eines Leistenbruchs.

Zu den Todesursachen: Frauen und Männer sterben etwa gleich häufig an Krebs, an Krankheiten des Atmungssystems sowie an Krankheiten des Verdauungssystems. Frauen sterben deutlich häufiger als Männer an Krankheiten des Kreislaufsystems und infolge von Stürzen. Am stärksten unterscheiden sich die Todesursachen von Frauen und Männern in Bezug auf

²²⁶ Als stark übergewichtig oder adipös werden Personen ab einem Body-Mass-Index von 30 oder mehr bezeichnet.

Transportmittelunfälle und Selbstmorde; diese betreffen zu über 70 Prozent Männer.

Auch bezüglich gesundheitsbewusster versus -riskanter Verhaltensweisen lassen sich geschlechtsspezifische Unterschiede konstatieren: So sind Mädchen in der Jugendphase sportlich weniger aktiv als Jungen, im erwachsenen Alter treiben allerdings mehr Frauen Sport und der Anteil der Männer geht zurück. Auch im Hinblick auf ihre Ernährungsgewohnheiten unterscheiden sich Frauen und Männer. Während sich Frauen häufiger als gestresste Alltagsmanagerinnen bezeichnen, finden sich deutlich mehr Männer bei den desinteressierten Fast-Food-Essern. Mehr als die Hälfte der im Mikrozensus befragten Männer in Deutschland sind übergewichtig oder stark übergewichtig, Frauen sind dagegen häufiger normal- oder untergewichtig. Junge Frauen leiden häufiger als junge Männer an Essstörungen.

Frauen und Männer tragen auch deshalb unterschiedliche Gesundheitsrisiken, weil sie in unterschiedliche Substanzabhängigkeiten geraten: Frauen werden häufiger als Männer von Medikamenten abhängig; Männer rauchen mehr, die Rauchgewohnheiten von Mädchen und Jungen unterscheiden sich jedoch nur noch geringfügig. Auch durch Alkoholkonsum sowie durch illegale Drogen gefährden sich Männer häufiger als Frauen.

Im Arbeitsleben tragen Männer eindeutig ein höheres Unfallrisiko: Sie erleiden mehr schwere und tödliche Arbeitsunfälle. Von arbeitsbezogenen Beschwerden berichten hingegen Frauen häufiger als Männer. Besonders belastet sind Hilfsarbeiterinnen, Krankenschwestern und Krankenpfleger, aber auch Hilfsarbeiter und Köchinnen leiden überdurchschnittlich häufig unter Rücken- und Nackenschmerzen. Im Jahr 2003 hatten Frauen im Durchschnitt 13 und Männer 14 Fehltage. Arbeitslose Frauen und Männer sind gesundheitlich stärker beeinträchtigt als erwerbstätige. Die Gesundheit von Männern wird von Arbeitslosigkeit noch mehr beeinträchtigt als die von Frauen.

Über den Gesundheitszustand von Migrantinnen und Migranten liegen bisher nur wenige aufschlussreiche Daten vor: Sie gehören eher jüngeren Altersgruppen an als die Deutschen. Ausländische Männer mittleren Alters rauchen häufiger als deutsche, sowohl junge ausländische Frauen als auch junge ausländische Männer halten sich häufiger als die entsprechende deutsche Population ganz von Alkohol fern. Ältere ausländische Frauen sind häufiger übergewichtig als deutsche. Das bundesdeutsche Gesundheitssystem wird im Allgemeinen von Migrantinnen und Migranten bei akuten Krankheiten genauso oft in Anspruch genommen wie von den Deutschen.

9. Die Situation von Frauen und Männern mit Behinderung

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Situation behinderter Menschen wurde in den letzten Jahren durch gesetzliche Veränderungen (z.B. SGB IX, BGG u.a.), an deren Ausgestaltung politisch engagierte behinderte Frauen und Männer mitwirkten, verbessert.
- Geschlecht und Alter behalten dennoch eine zentrale Bedeutung für die Charakterisierung der Lebenslage behinderter Menschen. Mehrfachdiskriminierung behinderter Frauen ist in vielen Lebensbereichen nachweisbar (Anerkennung der Schwerbehinderung, Bewertung von Berufs- und Familienarbeit, ökonomische Situation, Pflege u.a.).
- Benachteiligungen behinderter Frauen und Mädchen kumulieren im Lebensverlauf.
- Während integrative Betreuung von Vorschulkindern zur Regelversorgung geworden ist, besteht im Bereich der Schulbildung großer Nachholbedarf für integrative Angebote.
- Deutlich mehr Jungen als Mädchen besuchen eine Sonderschule, 80 Prozent der Schüler bzw. Schülerinnen verlassen die Schule ohne Abschluss. Unter den wenigen, die 2003 höhere Bildungsabschlüsse erreicht haben, sind junge Frauen überrepräsentiert.
- Bezogen auf alle Altersgruppen behinderter Männer und Frauen ergeben sich bessere Bildungs- und Berufsabschlüsse für behinderte Männer, behinderte Frauen aus Ostdeutschland verfügen über bessere Abschlüsse als westdeutsche Frauen mit Behinderungen. Dies ist ein Effekt ungleicher Bildungschancen aus vergangenen Jahrzehnten.
- Im erwerbsfähigen Alter sind sowohl schwer als auch leicht behinderte Männer häufiger erwerbstätig als Frauen in der gleichen Situation. Die Erwerbsbeteiligung behinderter Frauen und Männer ist trotz verschiedenster arbeitsmarktpolitischer Instrumente geringer als bei nicht behinderten Personen. Es fehlt die Nachhaltigkeit der Maßnahmen. Besonders hoch ist die Arbeitslosenquote von Männern mit Behinderung in Ostdeutschland.
- In der beruflichen Eingliederung sind behinderte Frauen unterrepräsentiert. Diesbezüglich gibt es keine Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Ländern.
- Die ungleiche Beschäftigungssituation behinderter Frauen und Männer spiegelt sich nachhaltig wider in der ökonomischen Situation (Einkommen bzw. Rente).
- Die Belange behinderter Mütter werden nach wie vor kaum beachtet, in offiziellen Statistiken gibt es keine Aussagen dazu. Das SGBIX schafft jedoch die rechtlichen Grundlagen für eine bessere Beachtung weiblicher Lebensentwürfe.
- Festgestellt werden muss, dass nur ein kleiner Teil behinderter Frauen und Männer politisch aktiv wird, Frauen noch seltener als Männer.

9.1 Fragestellung und Begriffsklärung

Wie Behinderung definiert und wer als "behindert" bezeichnet wird, ist nicht nur eine Frage der wissenschaftlichen Kategorisierung. Das in einer Gesellschaft vorherrschende Verständnis von Behinderung hat Konsequenzen für die als "behindert" geltenden Frauen und Männer und ihre Lebensumstände. In der allgemeinen wissenschaftlichen Diskussion ist eine disziplinenübergreifende Entwicklung zu beobachten, die sich als Abkehr von einem rein medizinischen, defektorientierten Verständnis charakterisieren lässt und als eine Hinwendung zu einer Perspektive, die auch die Abhängigkeit von Gesellschaft und Umwelt einbezieht (Häußler u.a. 1996: 19 ff.). Behinderung entsteht als Ergebnis eines Prozesses, in dem medizinisch diagnostizierbare Beeinträchtigungen mit gesellschaftlichen Bedingungen und Umweltfaktoren zusammenwirken. "Behindert" sind demnach Frauen und Männer, die die als "normal" geltende gesellschaftliche Rollenerwartungen nicht erfüllen können (Häußler-Sczepan 2001: 515).

Von großer Bedeutung ist der international anerkannte Behinderungsbegriff der Weltgesundheitsorganisation (WHO 1980), an dem sich auch die in Deutschland geltenden gesetzlichen Regelungen und Leistungen für Frauen und Männer mit Behinderungen orientieren. Die "Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit" (ICF) ist ein bio-psycho-soziales Modell, in dem verschiedene Aspekte von Gesundheit unter Berücksichtigung des gesamten Lebenshintergrundes eines Menschen beschrieben werden. Damit wird Behinderung als soziales Phänomen sichtbar und es werden die sozialen und gesellschaftlichen Konsequenzen deutlich, die sich daraus für Frauen und Männer auf Grund ihrer jeweiligen besonderen Lebensbedingungen ergeben. Von einer solchen allgemeinen Begriffsbestimmung der Behinderung gehen auch die deutschen Gesetze aus (§ 2 SGB IX, § 3 BGG). In § 2 des Gesetzes zur Teilhabe und Rehabilitation behinderter Menschen (SGB IX) wird Behinderung wie folgt definiert:

"Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist."

Wesentliche Kriterien für die gesetzliche Definition von Behinderung sind demzufolge, neben medizinisch diagnostizierbaren Beeinträchtigungen, die Abweichung von gesellschaftlicher "Normalität" in Bezug auf das Lebensalter und die erschwerte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

Zusätzlich wird im Rehabilitationsrecht auf die Schwere der Behinderung verwiesen, die für den Bezug von Leistungen erforderlich ist. Als "schwerbehindert" gelten Menschen, bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt. Mit dieser Einstufung, die auf der

Basis eines medizinischen Gutachtens erfolgt, verbleibt die wesentliche Definitionsmacht zur Anerkennung als "schwerbehindert" nach wie vor im Bereich der medizinischen Profession (Kapitel 9.5.1).

Kennzeichnend für die neuere sozialwissenschaftliche Diskussion ist ein Verständnis von Behinderung als soziale und gesellschaftliche Konstruktion (Cloerkes 2003; Schildmann 2001; Waldschmidt 1999). Im Zentrum der Debatte steht das Verhältnis zwischen "Normalität und Behinderung". Die Behinderung entsteht im Umgang und Handeln mit anderen und stellt sich in diesem Verhältnis immer wieder neu dar (Waldschmidt 1990). Wesentliche Strukturkategorien im Umgang mit Behinderung sind die Geschlechtszugehörigkeit und das Alter einer Person. Welche Bedeutung dem Geschlecht als gesellschaftlicher Strukturkategorie zukommt, machen vor allem die Forschungsergebnisse zur sozialen Lage behinderter Frauen deutlich (Schildmann 2001; Häußler-Sczepan 2001). Behinderungen und Krankheiten werden auf der Grundlage lebensgeschichtlicher Erfahrungen im Alltag bewältigt. Von zentraler Bedeutung für die individuelle Lebensgeschichte ist die Art der Behinderung und das Alter bei deren Eintritt. Dabei hat auch die Zugehörigkeit zu einer Generation oder Alterskohorte einen bestimmenden Einfluss. Bei schon in der Kindheit behinderten Menschen greifen Lebensbewältigung und Behinderungsbewältigung unmittelbar ineinander (Eiermann u.a. 2000). Wichtig ist weiterhin, ob sich eine Krankheit oder Behinderung progredient oder schubweise entwickelt oder plötzlich eintritt. Das Alter bei Eintritt der Behinderung und die Ursache bestimmen die Art der Verschränkung von Lebensbewältigung und Behinderung (ebd.).

Bezug nehmend auf ein solches Verständnis von Behinderung werden im Folgenden vorliegende repräsentative Daten zur Lebenslage von Frauen und Männern mit Behinderung in Deutschland ausgewertet und diskutiert. Dabei orientiert sich dieses Kapitel an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung des vorliegenden Datenreports. Wesentliche Kriterien für Auswahl und Auswertung sind die gesellschaftlichen Strukturkategorien Alter und Geschlecht. Mehr als die Hälfte der Schwerbehinderten sind älter als 65 Jahre und mit zunehmendem Lebensalter überwiegt der Anteil der Frauen in unserer Gesellschaft (Abbildung 9.5). Zusätzlich werden – soweit es die Datenlage ermöglicht – Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern sowie zwischen deutscher und nicht-deutscher Bevölkerung berücksichtigt.²²⁷

²²⁷ Unter Staatsangehörigkeit wird die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat verstanden. Als Deutsche zählen also Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, die nach dem Grundgesetz (Artikel 116 Abs. 1) den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind, und Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit angeben. Ausländer, hier analog zur Bezeichnung in den Mikrozensusdaten bezeichnet als Nicht-Deutsche, sind demnach Menschen, die in Deutschland leben, jedoch nicht im genannten Sinne als Deutsche zählen.

9.2 Datenlage

Daten über Frauen und Männer mit Behinderungen finden sich vorwiegend in der amtlichen Schwerbehindertenstatistik. Diese gibt allerdings nur Auskunft über diejenigen Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als Behinderte gestellt haben und denen ein Grad der Behinderung von mindestens 50 attestiert wurde. Jedoch stellen nicht alle Frauen und Männer, die gesundheitlich schwer beeinträchtigt sind, einen solchen Antrag. Dies trifft insbesondere zu auf Frauen, die nicht-erwerbstätig sind, und auf ältere Menschen. Damit bleibt dieser Personenkreis in der Statistik unterrepräsentiert.

Eine weitere Möglichkeit, Daten über Frauen und Männer mit Behinderungen entsprechend ihrer Bevölkerungsrepräsentanz zu erhalten, bieten der Mikrozensus und das Soziooekonomische Panel (SOEP). In Bezug auf Frauen und Männer mit Behinderungen ergeben sich im SOEP sehr kleine Teilstichproben. Eine Aufgliederung nach weiteren Merkmalen wie Altersgruppen, Teilnahme an beruflicher Rehabilitation, Nachfrage nach Arbeit, Arbeitsvermittlung, Einkommensgruppen usw. erscheint dann nicht mehr sinnvoll, obwohl in diesen Analysen der unbestreitbare Vorteil besteht, sowohl Menschen mit und ohne Behinderungen als auch Frauen und Männer vergleichen zu können.

Aussagen zur Erwerbsbeteiligung behinderter Frauen und Männer liefert die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Während die monatliche Statistik seit Jahren lediglich die Rubrik "Schwerbehinderte" erfasst, wurde im Jahr 2003 erstmals ein umfassender Datenreport vorgelegt, der die Beschäftigungssituation behinderter Frauen und Männer differenziert ausweist (Bundesanstalt für Arbeit 2003a).

Bezüglich der schulischen Eingliederung behinderter Mädchen und Jungen gibt die Sonderauswertung der Schulstatistik des Bundesamtes für Statistik Auskunft. Die Situation der Vorschulkinder kann jedoch nicht geschlechtsdifferenziert ausgewiesen werden, da die Jugendhilfestatistik, die den Vorschulbereich einbezieht, diese Einrichtungen nur nach Plätzen erfasst, nicht danach, ob diese Plätze von Mädchen oder Jungen belegt werden (Statistisches Bundesamt 2004i).

Im Folgenden werden die unterschiedlichen Datenquellen zur Beschreibung der Situation von Frauen und Männern mit Behinderungen in Deutschland herangezogen und die jeweiligen Mängel der Datenerfassung und -auswertung in der Interpretation berücksichtigt sowie Erhebungs- und Forschungslücken benannt. Erschwerend bei der Darstellung erweist sich, dass infolge unterschiedlicher Erfassungsarten und Erfassungszeiträume in den einzelnen Berichterstattungen unterschiedliche, nicht vergleichbare Altersgruppen gebildet werden, bzw. bedingt durch die Schwerpunkte der jeweiligen Berichterstattungen nicht einfach anhand eines bestimmten Lebensalters die Grundgesamtheit berechnet werden kann, so dass sich aus der amtlichen Statistik nur schwer Quoten errechnen lassen. Das betrifft vor allem

den Vergleich zwischen Bevölkerungsstatistik, Schulstatistik und Statistik der Kindereinrichtungen.

Daten über nicht-deutsche behinderte Frauen und Männer sind in den aktuell vorliegenden Statistiken nur vereinzelt zu finden.

9.3 Frauen und Männern mit Behinderung im europäischen Vergleich

Mit der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) vom 20. Dezember 1993, den Standard Rules, in Deutschland veröffentlicht unter dem Titel "Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte", wurden den UNO-Mitgliedsstaaten Empfehlungen unterbreitet zur Realisierung der uneingeschränkten Teilhabe von Frauen und Männern mit Behinderungen an allen wesentlichen Lebensbereichen. Seit diesem Zeitpunkt wird angestrebt, eine UN-Menschenrechtskonvention zu erarbeiten, die alle Belange behinderter Menschen berücksichtigt. Ein Entwurf liegt vor (Deutscher Behindertenrat 2004), es besteht jedoch noch erheblicher Verhandlungsbedarf bis zur Annahme der Konvention, da die besondere Situation behinderter Frauen stärkere Beachtung finden muss (Degener 2003: 37 ff., BMGS 2004c: 302). Entsprechende Vorschläge wurden von deutscher Seite erarbeitet (Netzwerk ARTIKEL 3 e.V. 2004).

Nach wie vor wird auch auf europäischer Ebene die Behindertenpolitik vorrangig durch nationale Politiken geprägt, die eine einheitliche Bewertung der Lage behinderter Frauen und Männer nur bedingt ermöglichen. Das einheitliche Ziel der europäischen Politik besteht darin, die Chancengleichheiten für Frauen und Männer mit Behinderungen zu erhöhen, indem sie als selbst bestimmte Individuen die ihnen zustehenden Menschenrechte wahrnehmen können. Die in Deutschland propagierten Grundprinzipien der Politik für und mit Menschen mit Behinderungen "Teilhabe verwirklichen, Selbstbestimmung ermöglichen, Gleichstellung durchsetzen" beziehen sich auf die EU-Charta der Grundrechte als sozialer Teil der Europäischen Verfassung. Infolge der in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft anhaltenden Benachteiligung behinderter Frauen und Männer auf dem ersten Arbeitsmarkt bildet die berufliche Eingliederung den Kernpunkt der europäischen Behindertenpolitik. Mit EQUAL, der europäischen Gemeinschaftsinitiative mit dem Ziel der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, wurden Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung benachteiligter Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt, darunter auch behinderter Frauen und Männer, initiiert. Die Aktion "eEurope 2002 – eine Informationsgesellschaft für alle" legte den Grundstein für die Entwicklung barrierefreier Nutzung moderner Medien, insbesondere des Zugangs zum Internet, der einen wesentlichen Schritt zur Sicherung der Teilhabechancen bedeutet. Schließlich wurden mit dem "Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen" im Jahr 2003 Belange behinderter Menschen stärker in das öffentliche Blickfeld gerückt.

Trotz der gemeinsamen Initiativen liegen bisher nur begrenzt vergleichbare Aussagen über Frauen und Männer mit Behinderungen in Europa vor. Mit dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP) wurde seitens der Europäischen Kommission der Versuch unternommen, Aussagen zum Anteil und zur sozialen Situation behinderter Frauen und Männer in den Ländern der EU sowie den Beitrittsländern zu treffen. Seine Ergebnisse sind in Bezug auf diese Bevölkerungsgruppe jedoch kritisch zu bewerten:

Die Daten basieren auf Selbsteinschätzungen der 16- bis 65-jährigen Bevölkerung aus 25 europäischen Ländern. Einheitliche Kriterien zur Definition von Behinderung bestehen nicht, deshalb wurde nach dem "Vorliegen von länger (mindestens sechs Monate) andauernden Gesundheitsproblemen" gefragt.

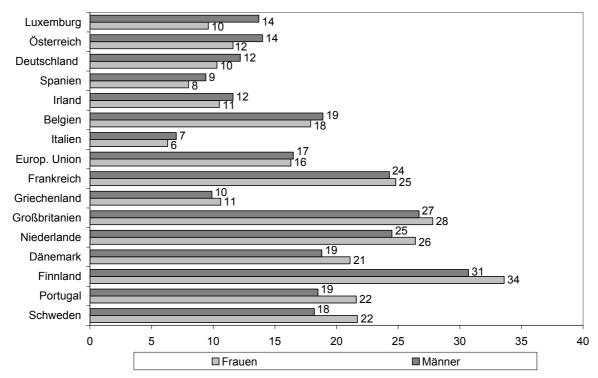
Unterschiedliche sozialgesetzliche Regelungen zur Integration behinderter Frauen und Männer in die Gemeinschaft sowie große Differenzen in der allgemeinen und behinderungsspezifischen Lebenslage erschweren den europäischen Vergleich.

Und schließlich wird durch die Panel-Befragung nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erfasst, die besonders relevanten Altersgruppen der über 65-Jährigen bleiben unberücksichtigt.

In diesen drei Punkten sind vor allem Nachteile der ECHP-Ergebnisse zu sehen, obwohl sie derzeitig die einzigen methodisch vergleichbaren Daten zur Lage der Menschen mit Behinderungen im europäischen Rahmen darstellen (Ehling/Günther 2003: 27).

Die Problematik der Daten zeigt sich deutlich in den sehr unterschiedlichen Ergebnissen zu Anteilen behinderter und von langandauernden Gesundheitsproblemen Betroffener in den Bevölkerungen der europäischen Länder (Abbildung 9.1, Abbildung 9.2).

Abbildung 9.1: Frauen und Männer mit lang andauernden Gesundheitsproblemen und Behinderungen in den Ländern der EU¹ (in %)



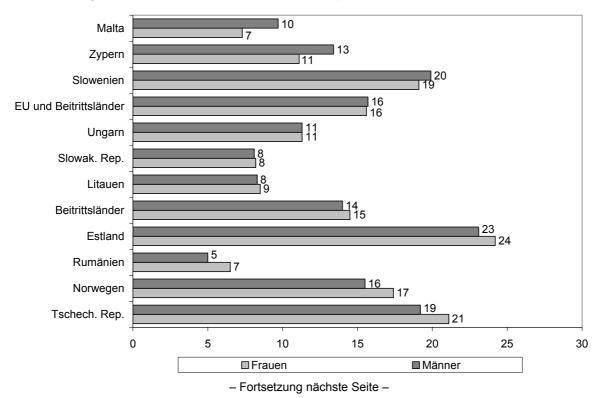
¹ Die Ergebnisse basieren auf der Selbsteinschätzung der befragten Personen.

Anmerkung: Die Länder werden nach Geschlechterdifferenzen geordnet.

Lesehilfe: In Luxemburg ist der Gesundheitsstatus von Frauen deutlich besser als der von Männern. In Schweden ist der Gesundheitsstatus von Frauen deutlich schlechter als der von Männern.

Quelle: Eurostat 26/2003: 2-3

Abbildung 9.2: Frauen und Männer mit lang andauernden Gesundheitsproblemen und Behinderungen in den Beitrittsländern der EU¹ (in %)



1 Die Ergebnisse basieren auf der Selbsteinschätzung der befragten Personen.

Anmerkung: Die Länder werden nach Geschlechterdifferenzen geordnet. Auf Grund von Rundungen scheinen die Geschlechterdifferenzen in Norwegen geringer als in Rumänien zu sein. Tatsächlich jedoch liegt der Unterschied in Rumänien bei 1,5 und in Norwegen bei 1,9 Prozentpunkten.

Lesehilfe: Auf Malta ist der Gesundheitsstatus von Frauen deutlich besser als der von Männern. In der Tschechischen Republik ist der Gesundheitsstatus von Frauen deutlich schlechter als der von Männern.

Quelle: urostat 26/2003: 2-3

Unter den EU-Mitgliedsländern lagen in Italien die Anteile von Frauen (6,3 %) und Männern (7 %) mit lang andauernden Gesundheitsproblemen an der Gesamtbevölkerung am niedrigsten, während Finnland mit 34 Prozent bei Frauen und 31 Prozent bei Männern die höchsten Anteile aufweist. Italien ist ein Land mit einem hohen Anteil älterer Menschen infolge der über dem europäischen Durchschnitt liegenden mittleren Lebenserwartung von 82,9 Jahren bei Frauen und 76,8 Jahren bei Männern, während Finnland eine durchschnittliche mittlere Lebenserwartung aufweist (bei Frauen 81,5 Jahre und bei Männern 74,9 Jahre) (Eurostat 2004). Unter den Beitrittsländern lagen in Rumänien die Anteile behinderter Frauen (6,5 %) und Männer (5 %) am niedrigsten, in Estland mit 24 Prozent bei Frauen und 23 Prozent bei Männern am höchsten.

Die großen Unterschiede in den Länderergebnissen insgesamt sowie zwischen Frauen und Männern lassen sich schwer erklären. Auffällig ist, dass in allen ehemaligen sozialistischen Ländern, in denen Frauen in hohem Maße erwerbstätig waren, der Anteil behinderter Frauen gleich oder höher liegt als der Anteil behinderter Männer. Mit Ausnahme von Norwegen überwiegt in den westeuropäischen Ländern der Anteil behinderter Männer. Lebensstile und Ernährungsgewohnheiten, soziale Sicherungssysteme und eine mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen im Zusammenhang stehende Beantragung der Anerkennung als Schwerbehinderte sowie Gesundheitsversorgung und allgemeine Lebenslage sind einige Faktoren, die sich auf die Situation auswirken und bei zukünftigen Analysen stärker Berücksichtigung finden müssten (Kapitel 9.4).

Trotz der genannten Kritikpunkte in Bezug auf die Datenbasis lassen sich einige allgemeine Aussagen zu gleichen Trends in den am Panel teilnehmenden Ländern treffen:

Behinderungen nehmen mit steigendem Lebensalter bei Männern und Frauen zu (von 7 % in der Altersgruppe 16 bis 24 Jahre bei Frauen und Männern auf 30 % bei den 60- bis 64- jährigen Frauen bzw. 32 % der Männer dieser Altersgruppe).

Während im Durchschnitt der 25 Länder 15 Prozent der befragten Frauen und Männer angaben, mit lang andauernden Gesundheitsproblemen zu leben, betrug ihr Anteil bei Alleinstehenden jeweils 12 Prozent und stieg bei verheirateten Personen auf 16 Prozent der Frauen und 17 Prozent der Männer. Am höchsten lag ihr Anteil bei geschiedenen (27 % Frauen und Männer) und verwitweten Personen (28 % Frauen und 29 % Männer), was

vorrangig darauf zurückzuführen ist, dass lang andauernde Gesundheitsprobleme mit zunehmendem Alter häufiger auftreten.

Analog zur Situation in Deutschland weisen Frauen und Männer mit Behinderungen auch in den anderen erfassten europäischen Ländern niedrigere Bildungsabschlüsse auf, was nicht allein auf deren Lebensalter bzw. Generationenzugehörigkeit zurückgeführt werden kann oder darauf, dass Menschen mit niedrigem Bildungsniveau Arbeitsplätze mit höherem Gesundheits- und Unfallrisiko einnehmen, sondern auch durch den schlechteren Zugang behinderter Menschen zu Bildungsangeboten bedingt ist (European Commission 2001: 24).

In Bezug auf die Beschäftigungssituation ist festzustellen, dass im Vergleich zu allen behinderten Menschen erwerbstätige Behinderte jünger, männlich und höher gebildet sind. Im Vergleich mit erwerbstätigen nicht Behinderten sind behinderte Erwerbstätige älter, häufiger weiblich und verfügen über niedrigere Bildungsabschlüsse (ebd.: 25).

9.4 Frauen und Männern mit Behinderung in Deutschland im historischen Vergleich

Die amtliche Statistik zur Erfassung der Zahlen schwerbehinderter Frauen und Männer in Deutschland reicht bis zum Beginn des vorigen Jahrhunderts zurück. Menschen mit Behinderungen wurden erstmals im Rahmen der "Krüppelzählung" im Jahr 1906 erfasst. Infolge der beiden Weltkriege wurde 1925 eine "Reichsgebrechlichenzählung" und 1950 in Westdeutschland eine Zählung der "Körperbehinderten im Bundesgebiet" durchgeführt. Im Rahmen der Mikrozensuserhebungen wurde nach Haushaltsmitgliedern mit Kriegsbeschädigungen oder sonstigen Behinderungen gefragt und seit Einführung des Schwerbehindertengesetzes im Jahr 1974 in Westdeutschland orientierte sich die statistische Erfassung an der Vergabe der Schwerbehindertenausweise, die wiederum in erster Linie auf die Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet waren (Schildmann 2003: 31 ff.). Aus diesem sehr kurzen Abriss der statistischen Erfassung schwerbehinderter Menschen wird schon ersichtlich, dass sich der Status der Schwerbehinderung vorwiegend an der männlichen Biografie orientierte. Verbesserungen in der Versorgung schwerbehinderter Menschen erfolgten oft als Antwort auf den Bedarf von Kriegsversehrten bzw. im Interesse der beruflichen Eingliederung. Daraus ergab sich die bis zur Gegenwart andauernde Unterrepräsentanz behinderter Frauen in der Statistik. Letztlich ist es dem engagierten Wirken behinderter Frauen selbst zu verdanken, dass sich eine eigenständige Frauenforschung zunächst in der Behindertenpädagogik entwickelte und die Bedürfnisse behinderter Frauen damit stärker in das öffentliche Interesse rückten (ebd.). 20 Jahre nach dem Erscheinen des Buches "Geschlecht: behindert, besonderes Merkmal: Frau" (Ewinkel/Hermes 1985) hat sich an dieser Situation einiges geändert, besonders mit der Einführung des Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) und des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) fanden weibliche Lebensentwürfe stärkere Beachtung in der Behindertenpolitik in Deutschland. Eine völlige Gleichstellung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer ist jedoch nach wie vor nicht erreicht. Die Mehrfachdiskriminierung behinderter Frauen in verschiedenen Lebensbereichen ist noch immer Realität. Darauf wird im Rahmen dieses Kapitels einzugehen sein.

In der DDR lagen statistische Angaben über Menschen mit Behinderungen vor in Bezug auf Leistungen der Sozialversicherung bei Invalidität²²⁸ oder im Rahmen der Gesundheitsstatistiken (Das Gesundheitswesen DDR²²⁹). Die Vergabe der "Schwerbeschädigtenausweise" erfolgte über Rehabilitationszentren und war ebenfalls vorrangig an das Erwerbsleben gekoppelt. Da Frauen mit Behinderungen aber ebenso wie Männer in den Arbeitsmarkt integriert waren, ergab sich ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen behinderten Frauen und Männern in der Statistik. Kinder und Personen im Rentenalter waren hingegen in der Statistik unterrepräsentiert (Seidel 1987). Die Versorgung behinderter Menschen erfolgte als staatliche Leistung, gesundheitlich gefährdete oder eingeschränkte Personen wurden im Rahmen von Dispensaires²³⁰ medizinisch betreut. Die Beschulung erfolgte in erster Linie in Sonderschuleinrichtungen, die das Ziel hatten, den Abschluss der Polytechnischen Oberschule zu erreichen. Insbesondere die Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung werden rückblickend von Frauen mit Behinderungen als positiv bewertet. Die in diesem Abschnitt dargestellten Ergebnisse zu Rentenleistungen bestätigen die Langzeitwirkung beruflicher Teilhabe. Einige Behindertenverbände existierten in der DDR, eine Selbsthilfebewegung jedoch nur in Ansätzen, zum Teil unter dem Dach der Kirche. Frauen mit Behinderungen erlebten die gesellschaftliche Wende in der DDR ambivalent, darauf verweisen u.a. Schnabel (1999) und Vieweg (1999). Nach 1989 entstand eine vielfältige Selbstvertretungs- und Selbsthilfelandschaft, in der engagierte Frauen und Männer mit Behinderungen aktiv tätig sind (Michel u.a. 2001).

Die Orientierung des Schwerbehindertengesetzes an der Teilhabe am Erwerbsleben findet bis zur Gegenwart ihren Niederschlag in der Schwerbehindertenstatistik. Die Zahl amtlich anerkannter Schwerbehinderter stieg insgesamt seit 1987 bis 1991 leicht an. Seit 1993 wird die Statistik gesamtdeutsch geführt, bis 2001 ist ein weiterer geringfügiger Anstieg zu verzeichnen, 2003 liegen die Zahlen jedoch etwas unter den Werten von 2001. Die Anzahl der Männer lag zu allen Erfassungszeitpunkten über der Anzahl der Frauen (Abbildung 9.3).

^{228 &}quot;Invalidität liegt vor, wenn durch Krankheit, Unfall oder eine sonstige geistige bzw. körperliche Schädigung das Leistungsvermögen und der Verdienst um mindestens zwei Drittel gemindert sind und die Minderung des Leistungsvermögens in absehbarer Zeit durch Heilbehandlung nicht behoben werden kann" (GBI. d. DDR Teil I Nr. 43, 19. 12. 1979).

^{229 &}quot;Das Gesundheitswesen DDR" erschien als Jahrbuch zu Gesundheitsdaten bis 1989 (Hrsg.: Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung Berlin).

²³⁰ Dispensaire: Spezialisierte Betreuung von Patienten mit besonderen gesundheitlichen Risiken bzw. mit gesundheitlichen Einschränkungen im Rahmen der Sekundär- und Tertiärprävention in der DDR.

4.000.000 3.530.018 3.485.341 3.407.782 3.500.000 2.901.872 3.000.000 2.762.712 3.181.779 2.976.566 3.153.551 2.500.000 2.470.088 2.364.582 2.000.000 1.500.000 1.000.000 500.000 0 1987 1989 1991 1993 1995 1997 1999 2001 2003

Abbildung 9.3: Zeitreihe Frauen und Männer mit Behinderungen in Deutschland¹ 1987 bis 2003 (absolut)

1 bis 1991 nur westdeutsche Länder und Berlin-West

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik Quelle: Statistisches Bundesamt 2005: 20

Während in den westdeutschen Ländern die Relation zwischen Frauen und Männern dem Bundesergebnis entspricht, gibt es in den ostdeutschen Ländern annähernd gleich viel Frauen und Männer mit einer anerkannten Schwerbehinderung (Abbildung 9.4). Der Anstieg der Schwerbehindertenquote in Ostdeutschland von 2001 zu 2003 resultiert unter anderem auch aus der anhaltenden Abwanderung junger Menschen aus den Regionen Ostdeutschlands, was zu einer weiteren Verschiebung der Alterstruktur führt.

--- Männer

-■- Frauen

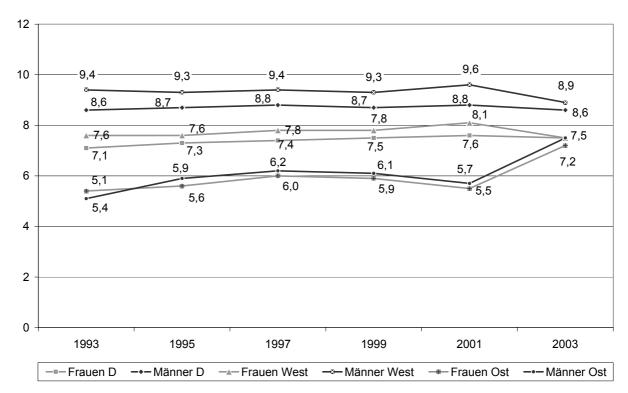


Abbildung 9.4: Zeitreihe Schwerbehindertenquote nach Geschlecht in West¹- und Ostdeutschland² 1993 bis 2003 (in %)

2 1993 einschl. Berlin-Ost, ab 1995 ohne Berlin

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003p; 2005f: 20-22; eigene Berechnungen

9.5 Frauen und Männer mit Behinderung in der amtlichen Statistik

9.5.1 Anerkennung des Status "schwerbehindert" und Schwerbehindertenstatistik

In Deutschland gibt die amtliche Schwerbehindertenstatistik Auskunft über die Anzahl von Frauen und Männern mit Funktionseinschränkungen im Sinne der ICF. Diese Statistik basiert auf Angaben der Landesversorgungsämter zu Personen, denen ein Schwerbehindertenstatus gemäß Schwerbehindertengesetz (SchwbG) zuerkannt wurde.

Auf Antragstellung der Betroffenen entscheiden die Versorgungsämter anhand der von den Antragstellern beigebrachten Unterlagen und auf der Basis der "Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit" (BMGS 2004d) "nach Aktenlage" über den Grad der Behinderung (GdB) und die Vergabe von Merkzeichen, die im Schwerbehindertenausweis eingetragen werden. Die Zuerkennung des Grades der Behinderung und der Merkzeichen bilden die Vor-

^{1 1993} einschl. Berlin-West, ab 1995 einschließlich Gesamt-Berlin

aussetzung zur Inanspruchnahme differenzierter Regelungen zum Nachteilsausgleich. 231

Die Schwerbehindertenstatistik besitzt sowohl eine sozialpolitische als auch eine medizinische und biografische Dimension.

9.5.2 Sozialpolitische Dimension von Behinderung

Der Grad der Behinderung und die Vergabe von Merkzeichen spiegeln die *sozialpolitische Dimension* von Behinderungen wider. Mit der Anerkennung des Schwerbehindertenstatus erwerben die Antragstellerinnen und Antragsteller Ansprüche auf Leistungen zur Sicherung ihrer Teilhabechancen in der Gesellschaft. Diese Leistungen werden in erster Linie von den Kostenträgern, insbesondere der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, den Integrationsämtern, regionalen und überregionalen Sozialhilfeträgern und der Bundesagentur für Arbeit erbracht. Die Entscheidungen über die Anerkennung des Schwerbehindertenstatus besitzen trotz der bestehenden gesetzlichen Regelungen auch einen subjektiven Faktor bei der Auslegung der Rechtsgrundlagen (Abbildung A 9.1).

Im Ländervergleich fällt auf, dass die fünf östlichen Bundesländer die niedrigsten Anteile schwerbehinderter Frauen und Männer aufweisen, am niedrigsten Sachsen mit 6,4 Prozent. Am höchsten liegen sie in Berlin mit 11 Prozent sowie in Nordrhein-Westfalen mit 10,2 Prozent. Lediglich ein westdeutsches Land, Baden-Württemberg, liegt mit 6,8 Prozent im Bereich der östlichen Länder. Für nicht-deutsche Schwerbehinderte liegen keine geschlechtsdifferenzierten Daten vor, die Quote schwerbehinderter ausländischer Frauen und Männer liegt jedoch weit unter der für die deutsche Bevölkerung.

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil schwerbehinderter Frauen und Männer an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe deutlich an (altersspezifische Schwerbehindertenquote) (Abbildung 9.5), in den Altersgruppen bis 45 Jahre von 0,5 Prozent (0 bis 4 Jahre) auf 6,7 Prozent (45 bis 55 Jahre). Erst in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen wächst sie auf über 10 Prozent. In der Altersgruppe ab 70 Jahre verfügt mit durchschnittlich 21 Prozent mehr als ein Fünftel der Bevölkerung über eine anerkannte Schwerbehinderung; in der Altersgruppe ab 75 Jahren betrifft das jede vierte Frau und jeden dritten Mann (Statistisches Bundesamt 2005f).

²³¹ Die Schwere der Behinderung wird in Grad der Behinderung (GdB) festgestellt, beginnend ab GdB 20 in Zehnerstufen bis GdB 100. Der Status "schwerbehindert" besteht ab einem GdB 50, bei einem GdB von 30 bis 50 wird der Antragsteller bzw. die Antragstellerin laut Schwerbehindertengesetz bei der beruflichen Integration einem Schwerbehinderten gleichgestellt. Als Merkzeichen werden vergeben: "G" – erhebliche Gehbehinderung, "aG" – außergewöhnliche Gehbehinderung, "B" – Notwendigkeit ständiger Begleitung, "H" – Hilflosigkeit, "Bl" – blind, "Gl" – gehörlos, "RF" Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht, "1. Kl." – Berechtigung zur Benutzung der 1. Wagenklasse mit Fahrausweis der 2. Klasse. Es können mehrere Merkzeichen gleichzeitig vergeben werden.

Abbildung 9.5: Anteil weiblicher und männlicher Schwerbehinderter an der weiblichen und männlichen Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)

Anmerkung: Die Zahlenwerte geben die alters- und geschlechtsspezifische Schwerbehindertenquote an.

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005f: 20; eigene Berechnungen

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass die Gesamtquote in den westdeutschen Ländern seit 1993 nahezu konstant bleibt, in den höheren Altersgruppen sogar rückläufig ist. In den ostdeutschen Ländern lässt sich ein leichter Anstieg der Gesamtquote erkennen, was insbesondere auf den Anstieg in den rentennahen Altersgruppen der 55- bis 65-Jährigen zurückzuführen ist (Abbildung A 9.2). Der Übergang in eine Erwerbsminderungsrente und damit verbunden die Anerkennung als Schwerbehinderte wird als Alternative zur Arbeitslosigkeit gesehen und in Ostdeutschland besonders auch von älteren, chronisch kranken Frauen in Anspruch genommen. Darauf wurde u.a. von Kies (1995: 6) und Eckert (1997: 148 ff.) verwiesen.

Während in den jüngeren Altersgruppen der Anteil schwerbehinderter Männer überwiegt, kehrt sich die Relation in der Altersgruppe ab 75 Jahren um (Abbildung 9.6). Ursache hierfür sind sowohl geschlechtsspezifische Lebensrisiken im Berufsleben oder im Freizeitverhalten, die zu Funktionseinschränkungen oder Schädigungen führen können, als auch die höhere Lebenserwartung von Frauen im Vergleich zu Männern. Frauen erreichen häufiger ein Alter, in dem bestimmte, zur Behinderung führende Erkrankungen verstärkt auftreten (z.B. Demenzen, Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems oder Tumorerkrankungen).

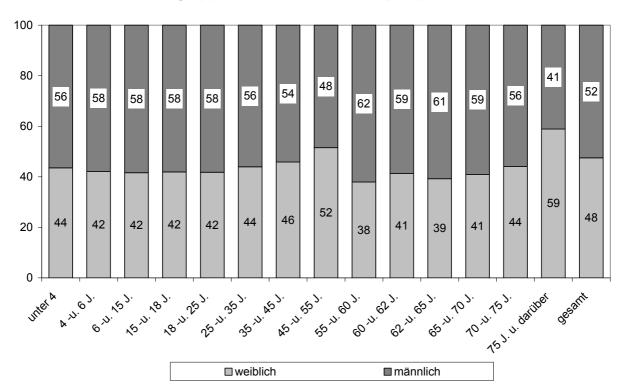


Abbildung 9.6: Anteil männlicher und weiblicher Schwerbehinderter an allen Schwerbehinderten nach Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik 2003 Quelle: Statistisches Bundesamt 2005f: 16

Neben der Zuerkennung so genannter Merkzeichen²³² (in der Statistik nicht ausgewiesen) wirkt sich die Festlegung des Grades der Behinderung auf Art und Höhe des Nachteilsausgleichs für behinderte Frauen und Männer aus (Abbildung 9.7). Die Angaben zum Grad der Behinderung in der Schwerbehindertenstatistik weisen wieder auf Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Antragstellung hin. Während bei einem Grad der Behinderung von GdB 50 bis GdB 70 der Anteil der Männer deutlich überwiegt, steigt ab GdB 80 der Anteil der Frauen an, bleibt aber immer noch unter 50 Prozent aller Schwerbehinderten. Wenn Frauen über einen Schwerbehindertenausweis verfügen, dann werden sie diesem Ergebnis nach häufiger in die höchsten Grade der Behinderung eingestuft. Frauen lassen sich offensichtlich erst bei einem höheren Grad der Beeinträchtigung die Schwerbehinderung attestieren.

²³² Merkzeichen berechtigen die Ausweisinhaberinnen und -inhaber zur Inanspruchnahme bestimmter Rechte und Nachteilsausgleiche. Sie werden vergeben, wenn entsprechende Funktionseinschränkungen bzw. gesundheitliche Einschränkungen vorliegen. "G" bedeutet z.B. "gehbehindert", "aG" bedeutet "außergewöhnlich gehbehindert".

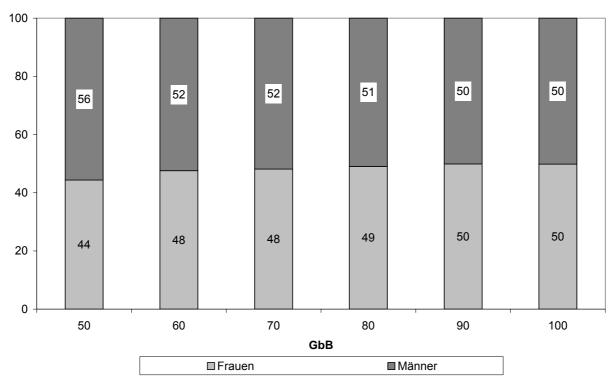


Abbildung 9.7: Geschlechterrelation in Deutschland 2003 nach dem Grad der Behinderung (in %)

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik 2003 Quelle: Statistisches Bundesamt 2005f: 14

9.5.3 Medizinische Dimension der Behinderung

Mit den Aussagen zur Art der Behinderung bildet die Schwerbehindertenstatistik die *medizinische Dimension* von Behinderung ab. Die Klassifizierung orientiert sich ausschließlich am medizinischen Modell der Schädigung eines Organs oder Organsystems, nicht an der Auswirkung auf die behinderte Person. Damit entstehen zum Teil schwer nachvollziehbare Gruppierungen, z.B. "Querschnittslähmung, zerebrale und psychische Störung" oder "Verlust der Brust und Kleinwüchsigkeit", die in der amtlichen Statistik als eine gemeinsame Gruppe erfasst werden. In der letzteren Gruppe wird verwischt, dass Verlust der Brust ein Merkmal darstellt, das nur Frauen betrifft.

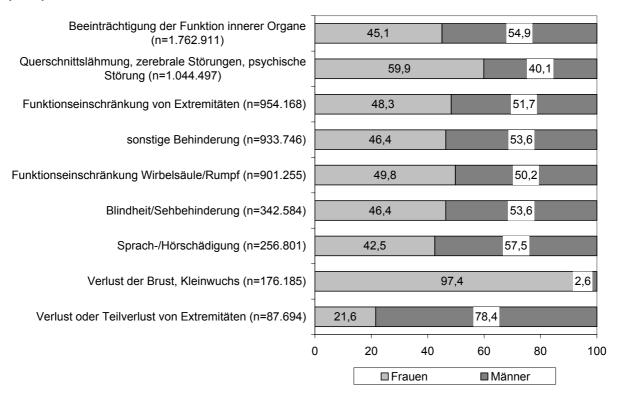
Die Gruppe "Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderung und Suchtkrankheiten" fasst sowohl Schädigung von Nervenzellen als auch zerebrale Schädigungen und psychische Erkrankungen zusammen.

Anhand der Statistik können keine Aussagen getroffen werden, ob es sich um progrediente Verläufe handelt, die zu einer Verkürzung von Lebenszeit führen oder zu welchem Zeitpunkt die Behinderung eingetreten ist und welche Auswirkungen sich daraus für die weitere Lebensplanung des behinderten Menschen ergeben. Darauf wurde ebenso mehrfach in der Literatur verwiesen wie auf die Tatsache, dass Frauen, Kinder und Jugendliche in der Statis-

tik unterrepräsentiert sind (Schildmann 2000a, Häußler-Sczepan 2001: 516 ff.; Häußler/Bormann1997: 61), was sich möglicherweise auch auf die Verteilung nach Art der Schädigungen auswirkt. Dennoch lassen die vorliegenden Daten einige Aussagen zur Geschlechtsspezifik von Behinderungen zu.

Während bei den meisten Behinderungsarten der Anteil der Männer überwiegt (Abbildung 9.8), finden sich in der Gruppe der behinderten Menschen mit "Verlust der Brust, Kleinwuchs" erwartungsgemäß fast ausschließlich Frauen.

Abbildung 9.8: Geschlechterrelation nach Art der Behinderung in Deutschland 2001 (in %)



Anmerkungen: Geschlechtsdifferenzierte Aussagen für 2003 lagen noch nicht vor.

Anordnung der Behinderungsarten nach der absoluten Häufigkeit

Lesehilfe: Die häufigste Art der Behinderung in Deutschland ist die Beeinträchtigung der Funktion der Organe, die seltenste Art der Behinderung ist der Verlust oder Teilverlust von Extremitäten

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik 2001

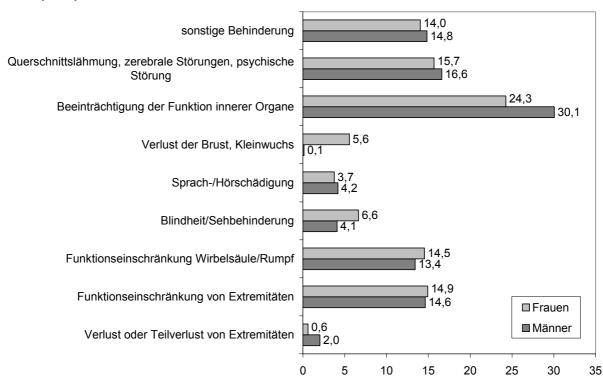
Quelle: Statistisches Bundesamt 2003p

Fast 80 Prozent der Behinderten mit Verlust einer oder mehrerer Extremitäten sind Männer, neben den Hauptursachen, den Kriegs- und Unfallfolgen, wirken sich hierbei auch Folgen arterieller Durchblutungsstörungen auf die Geschlechterrelation aus. Als dritte Gruppe der Behinderungsarten, bei der sich die Geschlechterrelation verschiebt, ist "Blindheit, Sehbehinderung" zu nennen. Die Ursachen werden bei einer altersdifferenzierten Betrachtung sichtbar. Bis zur Altersgruppe der 65-Jährigen überwiegen hierbei die Männer, erst bei über 65-Jährigen nimmt der Anteil der Frauen drastisch zu. Als eine der wesentlichen Ursachen stehen hier z.B. höhere Lebenserwartung der Frauen und Folgen von Diabetes mellitus Typ

II, von dem Frauen häufiger betroffen sind als Männer.

Schwerpunktmäßig konzentrieren sich sowohl bei Frauen als auch bei Männern die Arten der Behinderungen auf die Gruppen "Funktionsbeeinträchtigung der inneren Organe und Organsysteme", darunter vorrangig Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems, der Atmungsorgane und der Verdauungsorgane (Frauen 23 %, Männer 30 %). An zweiter Stelle folgen bei Männern "Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderung und Suchtkrankheiten" (17 %), danach "Funktionseinschränkungen von Extremitäten" sowie "sonstige, nicht näher bezeichnete Behinderungen" (je 15 %) und "Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes" (13 %). Bei Frauen folgen mit je 15 Prozent "Funktionseinschränkungen von Extremitäten", "Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistigseelische Behinderung und Suchtkrankheiten" sowie "Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes". Mit "Blindheit und Sehbehinderung" (7 %) und "Verlust der Brust, Kleinwuchs" (6 %) gewinnen zwei große Kategorien für Frauen an Bedeutung, die auf die weitere Lebensgestaltung großen Einfluss nehmen (Abbildung 9.9).

Abbildung 9.9: Anteil der Behinderungsarten bei Frauen und Männern in Deutschland 2001 (in %)



Anmerkung: Grundgesamtheit: Frauen 3,2 Mio., Männer 3,5 Mio., geschlechtsdifferenzierte Aussagen für 2003 lagen noch nicht vor. (zur Information: Abbildung 9.8 gibt die Relation zwischen Frauen und Männern wieder, 9.9 die Anteile der Behinderungsarten bei allen behinderten Frauen und behinderten Männern. Es sind also unterschiedliche Aussagen.)

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik 2001 Quelle: Statistisches Bundesamt 2003p

Der Verlust der Brust steht im Zusammenhang mit einer Tumorerkrankung der Brustdrüse, an der nach wie vor jährlich etwa 46.000 Frauen neu erkranken und die eine Mortalitätsrate

von 34 Gestorbenen je 100.000 der weiblichen Bevölkerung ausmacht (Hahn 2001: 128). Blindheit, Sehbehinderung im Alter basiert sehr häufig auf einem Diabetes Mellitus als Grunderkrankung. Infolge der Späterblindung und der im höheren Alter verminderten Sensorik erlernen diese Betroffenen kaum noch die Braileschrift bzw. den Umgang mit dem Langstock als Orientierungshilfe, so dass sie wesentlich größere Schwierigkeiten im Umgang mit ihrer Behinderung und der Alltagsbewältigung haben als Personen, die frühzeitig erblinden.

9.5.4 Biografische Dimension von Behinderung

Insbesondere im Geschlechterdiskurs geben Aussagen über Ursache und Zeitpunkt des Eintritts bzw. der Feststellung der Funktionseinschränkung einen ersten Hinweis auf die *biografische Dimension* von Behinderung, da unterschiedliche Lebensstile unterschiedliche Risikopotenziale für den Eintritt einer Schädigung bergen und der Zeitpunkt des Eintritts einer Funktionseinschränkung (von Geburt an, in der Kindheit oder Jugend, im frühen oder späteren Erwachsenenalter) über Biografieverläufe und die Realisierung von Teilhabechancen entscheidet (Eiermann u.a. 2000: 27).

Je früher eine Behinderung eintritt, umso besser lernen Betroffene damit umzugehen und erwerben kompensatorische Fähigkeiten. Je nach Art und Schwere der Behinderung weichen ihre Biografien aber mehr oder weniger von denen nicht Behinderter ab. Je später eine Behinderung eintritt, desto länger verlaufen die Biografien analog zur Situation nicht behinderter Frauen und Männer, umso schwerer werden aber kompensatorische Fähigkeiten erworben, die eine selbstbestimmte und selbstständige Lebensführung mit Behinderung ermöglichen könnten.

Von allen Menschen mit Behinderungen sind 4,7 Prozent in Deutschland von Geburt an behindert (4,5 % Frauen und 4,8 % Männer), in den ostdeutschen Ländern liegen die Anteile etwas höher (8 % gesamt, 7,4 % Frauen und 8,7 % Männer), die Werte der westdeutschen Länder entsprechen den Werten für Gesamtdeutschland (Abbildung A 9.3). In der Mehrzahl wurde die Behinderung also zu einem späteren Zeitpunkt im Lebensverlauf erworben. In allen Ursachengruppen überwiegen die Anteile der Männer gegenüber den Frauen (Tabelle 9.1). Dies gilt besonders für Kriegs-, Wehrdienst- und Zivildienstschäden sowie für Arbeitsund Wegeunfälle. Dieser Befund verweist eindeutig auf geschlechtsspezifische Risiken, die bei Männern ausgeprägter sind. Auf Grund der stärkeren beruflichen Integration ostdeutscher Frauen liegt ihr Anteil an den Schwerbehinderungen infolge eines Arbeitsunfalls vier Prozentpunkte über dem Anteil westdeutscher Frauen. Ebenfalls höher liegen die Anteile bei häuslichen Unfällen, allgemeinen Erkrankungen und sonstigen Ursachen.

Tabelle 9.1: Frauen und Männer mit Behinderung nach Ursachen der schwersten Behinderung und Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (absolut und in %)

	Deutschland		Westdeut	tschland	Ostdeutschland	
	gesamt N	davon Frauen (in %)	gesamt N	davon Frauen (in %)	gesamt N	davon Frauen (in %)
angeborene Behinderung	312.146	45	235.722	45	76.424	46
Arbeitsunfall ¹	82.560	13	67.348	13	15.212	16
Verkehrsunfall	43.103	28	35.714	28	7.389	29
häuslicher Unfall	8.782	37	6.715	37	2.067	38
sonstiger Unfall ²	29.216	30	22.938	29	6.278	30
Dienstschäden ³	120.599	5	103.995	6	16.604	5
allgemeine Krankheit ⁴	5.546.519	49	4.770.793	49	775.726	52
sonstige Ursachen ⁵	495.967	49	408 510	49	87.457	51

¹ einschl. Wege- und Betriebswegeunfall, Berufskrankheit

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik 2001 Quelle: Bundesamt für Statistik 2005f: 29, 31, 33

Bis etwa zum 25. Lebensjahr haben bei beiden Geschlechtern die angeborenen Behinderungen eine etwa gleich große Bedeutung (zwischen 30 % und 40 % aller Ursachen). Danach steigt der Anteil der durch Krankheit erworbenen Behinderungen kontinuierlich an, bei Frauen früher als bei Männern, um dann im Alter von 55 bis 60 Jahren bei Frauen und im Alter von 60 bis 65 Jahren bei Männern 90 Prozent aller Ursachen auszumachen. Parallel dazu nimmt die Bedeutung der angeborenen Behinderungen ab und sinkt ab dem 45. Lebensjahr unter 10 Prozent, ab 55 Jahre machen angeborene Behinderungen nur noch 1 bis 2 Prozent aller Ursachen aus. Diese Kurve verläuft bei Männern und Frauen weitestgehend analog (Abbildung 9.10).

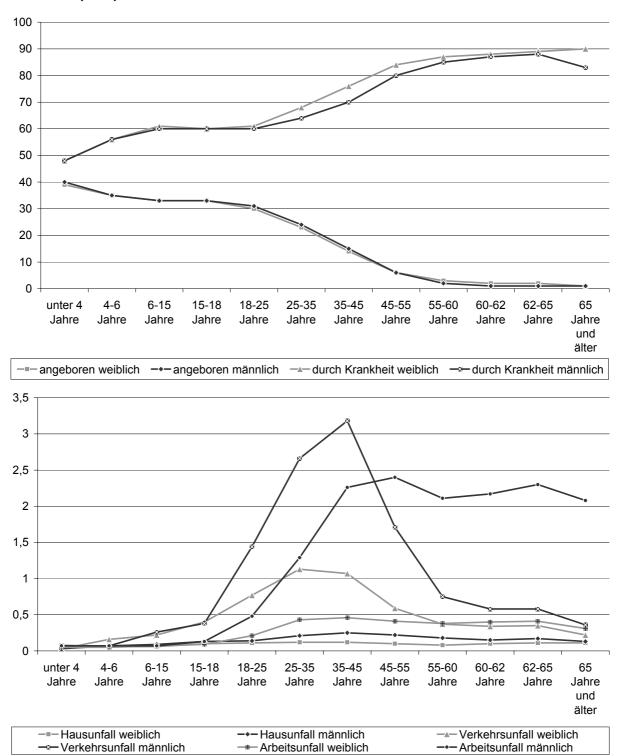
² sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall

³ anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung

⁴ einschließlich Impfschaden

⁵ sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen

Abbildung 9.10: Ursachen von Behinderungen nach Alter und Geschlecht in Deutschland 2003 (in %)



Anmerkung: Der Übersichtlichkeit wegen wurden "sonstige, nicht näher bezeichnete Unfälle", "anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung" und "sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen nicht aufgeführt, sie machen etwa 3,5 bis 4,8 Prozent der Ursachen aus.

Datenbasis: Schwerbehindertenstatistik 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005f; eigene Berechnungen

In der Gruppe der über 65-jährigen Männer erwarben 8 Prozent ihre Behinderung infolge einer Kriegs- und Wehrdienstverletzung, sowohl bei gleichaltrigen Frauen als auch jüngeren

behinderten Frauen und Männern spielt diese Ursache kaum eine Rolle.

Unfälle als Ursachen für Behinderungen gewinnen für Männer früher und insgesamt eine höhere Bedeutung als für Frauen. Verkehrsunfälle nehmen ab der Altersgruppe 15 bis 18 Jahre sowohl bei Frauen als auch Männern deutlich zu, mit einem Höhepunkt in der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre bei Frauen und 35 bis 45 Jahre bei Männern. In diesem Alter erreichen die Verkehrsunfälle für Männer eine fast dreifach höhere Bedeutung als für Frauen.

Arbeitsunfälle gewinnen ab der Altersgruppe 18 bis 25 Jahre sowohl für Männer als auch für Frauen an Bedeutung, bleiben für Frauen aber unter 0,5 Prozent, für Männer liegt der Gipfel in der Altersgruppe 45 bis 55 Jahre bei 2,4 Prozent und sinkt danach wieder geringfügig ab bis zum Ende der Erwerbszeit. Hausunfälle besitzen die geringste Bedeutung für Behinderungen, nehmen aber in den Altersgruppen 18 bis 45 Jahre leicht zu. Obwohl Hausunfälle Frauen häufiger betreffen als Männer (Hendel-Kramer 2001: 240), führen sie laut Statistik bei Frauen seltener zu Behinderungen. Wenn, dann besitzt diese Ursachengruppe für Männer eine höhere Bedeutung. Das kann sowohl dadurch bedingt sein, dass Männer die riskanteren Tätigkeiten im Haushalt ausführen, als auch dadurch, dass Frauen seltener in die Schwerbehindertenstatistik eingehen, wie bereits mehrfach angemerkt wurde.

Trotz der kritischen Anmerkungen zur Schwerbehindertenstatistik lassen sich bereits an den Daten zu Art, Ursache und Schwere der Behinderungen sowohl im Vergleich der Geschlechter und Altersgruppen als auch der Bundesländer einige Besonderheiten aufzeigen. Männer tragen zwar in mancher Hinsicht ein erhöhtes Risiko, durch Unfall oder Krankheit behindert zu werden. Aus den vorliegenden Daten kann jedoch auch geschlossen werden, dass schwerbehinderte Frauen seltener von Maßnahmen zum Nachteilsausgleich bei Behinderungen profitieren als schwerbehinderte Männer.

In wissenschaftlichen Analysen sowie in Berichten behinderter Frauen (Schildmann 1983; Arnade 1992; Hermes 1998; Eiermann u.a. 1999; Brinkmann to Broxten u.a. 1999; Schildmann 2000a; Michel u.a. 2001) werden verschiedene Aspekte der mehrfachen Diskriminierung behinderter Frauen gegenüber nicht behinderten bzw. auch gegenüber behinderten Männern nachgewiesen. Erwähnt seien z.B. das geltende Schönheitsideal, dem körperbehinderte Frauen häufig nicht entsprechen können (Albrecht u.a. 1998), die geringe Präsenz behinderter Frauen in Weiterbildungsmaßnahmen und in Leitungsgremien (Kapitel 9.6.) oder die fehlende Beachtung behinderter Frauen in Ausbildungsinhalten relevanter Disziplinen (z.B. Medizinstudium/Geburtshilfe) (Rothemund 2005). Frauen und Männer mit Behinderungen werden mit ihren speziellen Lebenslagen und Bedürfnissen oft nicht wahrgenommen. Im Folgenden sollen einige wesentliche Lebensbereiche behinderter Frauen und Männer näher beleuchtet werden, auf Schwierigkeiten und Defizite bei der Vorstellung der Daten wird im Einzelnen hinzuweisen sein.

9.5.5 Kindheit und Jugend mit Behinderung

Kindheit und Jugend stellen Abschnitte im Leben eines Menschen dar, in der die wesentlichen Kulturgüter einer Gesellschaft erworben werden. Elternhaus, Kindereinrichtungen, Schule und Berufsbildungseinrichtungen spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle wie Angebote für die Freizeitgestaltung, soziale Netze, gesundheitliche Fürsorge sowie Hilfe und Unterstützung in Konfliktsituationen.

Im Bericht der Bundesregierung zur "Lage der behinderten Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe" wird die Bedeutung der Förderung und Bildung ab dem Kleinkindalter und soweit wie möglich in integrativen Einrichtungen betont: "Bildung ist für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Aufgabe des Bildungswesens ist, die Bildungsfähigkeit und die Bildungsbereitschaft behinderter Menschen von klein auf unter Berücksichtigung behinderungsspezifischer Belange und Bedürfnisse zu fördern und zu unterstützen. Dabei ist eine Förderung und Betreuung zusammen mit nicht behinderten Gleichaltrigen wo immer möglich integrationsfördernd und ganz im Sinne der behinderten Menschen und ihrer Angehörigen" (BMGS 2004c: 88). Schwerpunktmäßig sollen deshalb für den vorliegenden Datenreport die Bildungswege behinderter Mädchen und Jungen dargestellt werden.

Inklusion in die Herkunftsfamilien, in Kinderkrippen, in Kindergärten

Behinderte Kinder und Jugendliche leben überwiegend in ihren Herkunftsfamilien, oft weit über das Erreichen des Erwachsenenalters hinaus (BMGS 2004c, Häußler/Bormann 1997; Michel u.a. 2003).

Die Hauptbezugspersonen sind in erster Linie die Mütter. Der Betreuung behinderter Kinder in Kindereinrichtungen kommt eine große Bedeutung zu, da damit die Mütter entlastet werden, sie Kontakte zu anderen Eltern knüpfen können und die Kinder bereits frühzeitig neben der Familie auch in einer Gemeinschaft mit Gleichaltrigen aufwachsen (Dittrich 1998: 102).

Seit 1996 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.²³³ Während das Platzangebot in den ostdeutschen Bundesländern als bedarfsdeckend eingeschätzt wird, besteht in den westdeutschen Bundesländern noch immer Nachholbedarf, insbesondere im Krippenbereich. Infolge sinkender Kinderzahlen in Ostdeutschland nach 1990 mussten die bestehenden Kindereinrichtungen Konzepte entwickeln, um ihren Fortbestand zu sichern. Durch Neuprofilierung bestehender Einrichtungen entstanden viele integrative Angebote, während in Westdeutschland integrative Angebote durch neue Einrichtung geschaffen werden mussten (DJI 2002).

²³³ Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Urteil zum § 218 StGB.

Eine Aussage über die Integration behinderter Mädchen und Jungen in die Tagesbetreuung kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht getroffen werden, da die Kinder- und Jugendhilfestatistik nur bereitgestellte Plätze erfasst, nicht deren tatsächliche Belegung (Statistisches Bundesamt 2004i). Ebenso können keine Aussagen dazu getroffen werden, ob die Plätze insgesamt barrierefrei und somit sowohl behinderten Kindern als auch behinderten Eltern zugänglich sind. Aus Analysen von Lux (2000), Eiermann u.a. (2000), Michel u.a. (2001) und Hermes (2004) geht jedoch hervor, dass Angebote für behinderte Mütter, darunter auch Kindereinrichtungen und Schulen, häufig nicht barrierefrei angelegt sind und damit von ihnen nicht erreicht werden können.

Die in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfassten Kindereinrichtungen sind sehr inhomogen. So bezieht sich Tabelle 9.2 sowohl auf alterseinheitliche als auch altersgemischte Plätze, Plätze in öffentlichen Einrichtungen und in Einrichtungen, die sich in freier Trägerschaft befinden. Die Angebote reichen von einer Ganztagesbetreuung mit Mittagessen (typisch für die ostdeutschen Bundesländer) bis zur Vormittags- und/oder Nachmittagsbetreuung ohne Mittagessen (typisch für die westdeutschen Länder). Auch bei Einrichtungen für behinderte Kinder besteht die genannte Vielfalt mit den Besonderheiten in Ost- und Westdeutschland. Überwiegend erfolgt die Betreuung in integrativen Kindereinrichtungen (BMFSFJ 2002b: 39).

Tabelle 9.2: Anteil der Kindereinrichtungsplätze für behinderte Kinder an allen Plätzen in Kindereinrichtungen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1994,1998 und 2002 (in %)

	Kinderkrippe		Kinder	garten	Hort				
Bundesge- biet und Jahr	Anteil an allen Plätzen (%) ¹	Anteil in integrativen Einrichtungen (%) ²	Anteil an allen Plätzen (%) ¹	Anteil in integrativen Einrichtungen (%) ²	Anteil an allen Plätzen (%) ¹	Anteil in integrativen Einrichtungen (%) ²			
		1	Deutschland						
1994	1,5	62,9	1,3	58,6	1,4	35,1			
1998	0,9	91,4	1,8	65,7	2,0	37,4			
2002	1,0	91,9	1,8	85,9	2,0	46,5			
		We	estdeutschland						
1994	1,2	47,3	1,2	48,0	1,1	54,6			
1998	0,6	96,6	1,6	58,0	0,9	62,7			
2002	1,0	87,6	1,5	82,4	1,5	48,6			
Ostdeutschland									
1994	1,6	48,1	1,5	85,5	1,4	21,8			
1998	1,0	91,4	3,0	89,7	2,6	26,6			
2002	0,9	95,2	3,3	94,7	2,2	34,1			

¹ prozentualer Anteil von Plätzen für behinderte Kinder an allen Plätzen der jeweiligen Einrichtungsart

Datenbasis: Jugendhilfestatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung der Jugendhilfestatistik 1994; 1998; 2002; eigene Berechnungen

² prozentualer Anteil von Plätzen in integrativen Einrichtungen an allen Plätzen für behinderte Kinder der jeweiligen Einrichtungsart

Wie aus der Tabelle hervorgeht, standen 2002 bei Krippenplätzen durchschnittlich 1 Prozent der Plätze für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder zur Verfügung. In den westdeutschen Bundesländern wurden zu diesem Zeitpunkt 1,5 Prozent der Kindergartenplätze als Plätze für behinderte Kinder ausgewiesen, in den ostdeutschen Bundesländern waren es 3,3 Prozent und bei Plätzen in Horteinrichtungen waren es 1,5 Prozent in Westund 2,2 Prozent in Ostdeutschland. Besonders hervorzuheben ist, dass mit der Entwicklung des Platzangebotes vor allem der Anteil an integrativen Plätzen gestiegen ist und damit die gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder im Krippen- und Kindergartenbereich zur Regelversorgung geworden ist, in Ostdeutschland noch stärker als in Westdeutschland. Im Bereich der Hortbetreuung besteht hingegen noch Nachholbedarf. Während in den westdeutschen Ländern knapp die Hälfte aller im Hort betreuten behinderten Kinder in integrative Einrichtungen geht, waren es in den ostdeutschen Ländern nur etwa ein Drittel. Im Zeitraum 1998 bis 2002 verdoppelte sich in den westdeutschen Ländern zwar die Anzahl der Hortplätze für behinderte Kinder, davon aber vorrangig im Sonderbereich; hier verdreifachte sich die Zahl der Plätze.

Eine exakte Berechnung des Versorgungsgrades behinderter Kinder mit Plätzen in Kindereinrichtungen ist problematisch, da Plätze für behinderte Kinder sowohl von Kindern mit einer anerkannten Behinderung belegt werden als auch von Kindern, die von einer Behinderung bedroht sind. Taut-Sack/Siegert (2004) schätzten anhand einer Untersuchung in 92
Prozent der Kindereinrichtungen einer sächsischen Großstadt ein, dass ein Förderbedarf
nach BSHG für 7 Prozent der Vorschulkinder besteht, in sozialen Brennpunkten lag dieser
geschätzte Anteil doppelt so hoch.

Eine Berechnung des Versorgungsgrades ist auch deshalb schwierig, da behinderte Kinder infolge von Rückstellungen bei der Einschulung länger im Kindergartenbereich verbleiben können und schließlich gehen in die Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht die Plätze ein, die im Vorschulbereich der Sonderschulen angeboten werden, da sie Bestandteil der Schulstatistik sind (DJI 2002: 165). Nach Angaben des DJI (2002) standen im Jahr 1998 in der Bundesrepublik für 10.000 Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren 54,8 Kindereinrichtungsplätze für behinderte Kinder zur Verfügung, davon 33,9 Plätze in integrativen Einrichtungen und 20,9 Plätze im Sonderbereich (ebd.). In integrativen Einrichtungen standen in Westdeutschland 26,1 und in Ostdeutschland 78 Plätze je 10.000 Kinder bereit. Auf der Basis des DJI-Projektes "Integration von Kindern mit besonderen Problemen" (Laufzeit 1980 bis 1990) wurde ermittelt, dass für 4 Prozent der Kinder in der Altersgruppe 0 bis 12 Jahre ein Bedarf an Plätzen für behinderte Kinder besteht, davon für 2 Prozent in integrativen Einrichtungen. Dieser Bedarf wird bisher noch nicht gedeckt.

Dittrich (1998: 103) und Budde (1998: 105) weisen darauf hin, dass insbesondere Vergrößerungen der Kindergruppen infolge von Sparzwängen und unzureichend qualifiziertes Perso-

nal zu Problemen in der Qualität der Betreuung der Kinder führen. Im Zahlenspiegel des DJI (2002) wird noch einmal betont, dass es dringend erforderlich ist, neben vergleichbaren Analysen zum Versorgungsgrad der Kinder auch Analysen zur Qualität der Betreuung vorzulegen (DJI 2002: 173). Ob behinderte Mädchen oder behinderte Jungen größere Chancen haben, eine Kindereinrichtung zu besuchen, lässt sich auf der Basis des vorliegenden Datenmaterials nicht sagen.

Schulbesuch

Fast ebenso vielfältig wie die Landschaft der Kindereinrichtungen stellt sich auch die Schullandschaft in Deutschland dar. Auch hier gibt es Variationen hinsichtlich der Trägerschaften, der Schultypen mit verschiedenen Bildungsschwerpunkten und der Dauer der Ausbildung. Schließlich bestehen in Bezug auf behinderte Kinder und Jugendliche Unterschiede in der Art der Beschulung, d.h. integrativ oder in Sonderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten. Da Schulbildung in der Hoheit der Bundesländer liegt, bestehen auch unterschiedliche schulgesetzliche Regelungen in Bezug auf das Angebot von integrativer oder Sonderbeschulung behinderter Kinder. Mit dem SGB IX wird zwar in den Paragrafen 4 und 19 das Recht behinderter Kinder auf eine nicht ausgrenzende Betreuung festgeschrieben, dennoch gibt es unterschiedliche Zugänge zur integrativen Bildung vor allem bei höheren Schulabschlüssen. Zur Qualität der schulischen Angebote im Vergleich behinderter und nicht behinderter Kinder und Jugendlicher sowie integrativer und Sonderschulformen können anhand der offiziellen Schulstatistik keine Aussagen getroffen werden, da lediglich Daten zur Schülerzahl und den Klassen vorliegen, nicht zum Schulerfolg der Schulabgängerinnen und Schulabgänger oder deren Zufriedenheit mit dem Lehrangebot. In der Arbeit von Michel u.a. (2003) wurde darauf verwiesen, dass im Freistaat Sachsen behinderte Kinder und Jugendliche den Unterricht an den Sonderschulen in Bezug auf das Lehr- und Lernklima an ihren Schulen besser bewerteten als gleichaltrige nicht Behinderte in Regelschulen.

Die Bildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes gibt Auskunft über die Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen. Die Geschlechterrelation in den Sonderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten macht deutlich, welche Disparitäten zwischen Jungen und Mädchen in den Schulen bestehen (Abbildung 9.11).

lernbehindert (n=231.138) 39,0 61,0 60,0 geistig behindert (n=68.467) 40.0 sprachbehindert (n=35.245) 28,9 emotional/sozial behindert 14.0 86.0 (n=28.922)Körperbehinderung/Motorik 39,1 60,9 (n=22.170) Sonstiges (n=18.209) 36,1 63,9 hörbehindert (n=10.969) 42,0 58,0 sehbehindert (n=4.891) 42,6 57,4 gesamt (N=420.011) 36,6 63,4 0 20 40 60 80 100 ■ weiblich ■männlich

Abbildung 9.11: Deutsche Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen nach Förderschwerpunkten in Deutschland im Schuljahr 2003/2004 (in %)

Anmerkungen: Die Kategorie "Sonstiges" umfasst Sonderschulen mit übergreifendem Förderschwerpunkt und Schulen, die keinem Förderschwerpunkt zugeordnet sind. Schulen für Kranke wurden nicht berücksichtigt.

Anordnung der Förderschwerpunkte nach der absoluten Häufigkeit

Lesehilfe: Der häufigste Förderschwerpunkt in Deutschland ist die Lernbehinderung; der seltenste Förderschwerpunkt die Sehbehinderung.

Datenbasis: Schulstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004aa; eigene Berechnungen

In den Sonderschulen überwiegen bei sämtlichen Förderschwerpunkten die männlichen Schüler, was auch bedingt wird durch die höheren Anteile von Jungen der entsprechenden Altersgruppen an den einzelnen Behinderungsarten. In der Gruppe der Schülerinnen und Schüler an Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprachbehinderung überwiegen die Jungen deutlich (nur jedes dritte Kind ist ein Mädchen), in Schulen mit dem Förderschwerpunkt "emotionale, soziale Behinderung" ist nur etwa jedes sechste Kind ein Mädchen. Die insgesamt höhere Repräsentanz von Jungen in Sonderschulen wird in der bildungspolitischen Analyse der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2003b) damit begründet, dass

Jungen eher anfällig sind für Krankheiten und Traumata,

sie ihre Gefühle eher externalisieren als Mädchen, was in der höheren Gewaltbereitschaft männlicher Schüler zum Ausdruck kommt (hier könnte auch eine Ursache für die hohe Repräsentanz von Jungen in den Schulen mit emotionalem/sozialem Förderbedarf liegen),

Schule "verweiblicht" wird, besonders im Grundschulbereich sowohl in Bezug auf das Lehrpersonal (vorwiegend unterrichten Frauen) als auch auf die Art der geforderten Leistungen (wissensmäßiges Lernen statt Erprobung praktischer Fähigkeiten),

der Erziehung und Bildung von Jungen größere Priorität beigemessen wird als der Bildung von Mädchen und Jungen deshalb eher eine Sonderförderung erhalten (OECD 2003b: 20-21).

Insgesamt kommt die Analyse aber zu dem Schluss, dass in Bezug auf die unterschiedliche Förderung behinderter Mädchen und Jungen und ihre Präsenz in Sonderschulen bzw. Sonderklassen weiterer Forschungsbedarf besteht.

Der Anteil behinderter Mädchen nicht-deutscher Herkunft liegt analog zu den deutschen Schülerinnen und Schülern in allen Förderschwerpunkten unter den Anteilen behinderter Jungen nicht-deutscher Herkunft. Bei einem Vergleich der Mädchen zeigt sich, dass in Westdeutschland behinderte Mädchen nicht-deutscher Herkunft anteilmäßig etwas häufiger in den jeweiligen Förderschwerpunkten vertreten sind als Mädchen deutscher Herkunft. In den ostdeutschen Ländern liegt der Anteil der ausländischen Mädchen bei Körper-, Seh-, Hör- und Sprachbehinderungen unter dem Anteil der deutschen Mädchen in den jeweiligen Förderschwerpunkten, jedoch erheblich darüber bei emotionaler/sozialer Behinderung, bei Lern- und geistiger Behinderung, was ein Hinweis auf Mängel bei der sozialen Integration in die neue Wohnumwelt und Folge bestehender sozialer Ausgrenzung sein kann (Tabelle 9.3 und Tabelle 9.4).

Tabelle 9.3: Deutsche Schülerinnen und Schüler nach Förderschwerpunkt in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland im Schuljahr 2003/2004 (absolut und Anteil der Schülerinnen in %)

Förderschwerpunkt	Deutschland		Westdeu	ıtschland ¹	Ostdeutschland		
	Schüler- zahl N	Mädchen (in %)	Schüler- zahl N	Mädchen (in %)	Schüler- zahl N	Mädchen (in %)	
gesamt	420.011	36,6	334.521	36,7	85.490	36,5	
Lernbehinderung	231.138	39,0	176.150	39,4	54.988	37,9	
Sehbehinderung	4.891	42,6	4.269	42,5	622	43,1	
Hörbehinderung	10.969	42,0	9.893	42,2	1.076	40,2	
Körperbehind./Motorik	22.170	39,1	19.930	39,3	2.240	37,5	
Sprachbehinderung	35.245	28,9	29.801	28,4	5.444	31,8	
geistige Behinderung	68.467	40,0	52.378	40,4	16.089	38,6	
emotionale/soziale Behinderung	28.922	14,0	24.319	13,9	4.603	14,8	
Sonstiges ²	18.209	36,1	17.781	36,0	428	42,5	

¹ westdeutsche Bundesländer und Berlin

Datenbasis: Schulstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004aa; eigene Berechnungen

Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Zahlen der Schülerinnen und Schüler nicht-

² Die Kategorie "Sonstiges" umfasst Sonderschulen mit übergreifendem Förderschwerpunkt und Schulen, die keinem Förderschwerpunkt zugeordnet sind. Schulen für Kranke wurden nicht berücksichtigt.

deutscher Herkunft in den ostdeutschen Ländern sehr klein sind.

Tabelle 9.4: Ausländische Schülerinnen und Schüler nach Förderschwerpunkt in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland im Schuljahr 2003/2004 (absolut und Anteil der Schülerinnen³ in %)

Förderschwerpunkt	Deutschland		Westde	utschland ¹	Ostdeutschland		
	Schülerzahl N	Mädchen (in %)	Schüler- zahl N	Mädchen (in %)	Schüler- zahl N	Mädchen (in %)	
gesamt	67.000	39,7	66.410	39,8	590	38,0	
Lernbehinderung	44.318	41,4	43.915	41,4	430	40,2	
Sehbehinderung	866	44,0	858	44,1	8	38,0	
Hörbehinderung	1.823	43,2	1.804	43,3	19	32,0	
Körperbehind./Motorik	2.813	41,0	2.789	41,1	24	29,0	
Sprachbehinderung	3.367	30,0	3.331	30,0	36	31,0	
geistige Behinderung	8.674	40,5	8.589	40,6	85	33,0	
emotionale/soziale Be- hinderung	2.827	18,9	2.816	18,8	11	46,0	
Sonstiges ²	2.312	39,9	2.308	39,9	4	50,0	

¹ westdeutsche Bundesländer und Berlin

Datenbasis: Schulstatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004aa; eigene Berechnungen

Etwa 80 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus Sonderschulen verlassen die Schule ohne Abschluss, 18 Prozent mit einem Hauptschulabschluss. Zwei Prozent erreichen den Realschulabschluss, das waren 2003 insgesamt 888 Schülerinnen und Schüler, davon 39 Prozent Mädchen. Lediglich 66 Schülerinnen und Schüler aus Sonderschulen, darunter 52 Prozent Mädchen, erwarben die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife. Angesichts der Tatsache, dass Mädchen an den Sonderschulen ganz erheblich unterrepräsentiert sind (Abbildung 9.11), ist der Anteil der Mädchen, die an Sonderschulen eine Fachhochschul- bzw. Hochschulreife erreichen konnten, erstaunlich hoch. Dies sollte aber angesichts der geringen Fallzahlen nicht überinterpretiert werden. Allerdings ist zu erwähnen, dass auch Kinder nicht-deutscher Herkunft die Sonderschule überwiegend ohne Abschluss beendeten. In Ostdeutschland lag der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger von Förderschulen mit Realschulabschluss geringfügig über den gesamtdeutschen Ergebnissen. Insgesamt schlossen Mädchen in Ostdeutschland die Sonderschulen geringfügig besser ab als Jungen.

Die Daten zu Schülerzahlen und Schulabgängerinnen bzw. Schulabgängern des Schuljahres 2003/2004 geben Auskunft über die Bildungsteilhabe der Kinder und Jugendlichen heute und geben damit mittelbar auch Auskunft über die Perspektiven, die sich für Mädchen und Jungen eröffnen, die von Geburt oder Kindheit an behindert sind. Die Daten des Mikrozensus, die in der folgenden Abbildung dargestellt werden, liefern dagegen Informationen darüber, über welche Bildungsabschlüsse Frauen und Männer verfügen, die irgendwann in ihrem Le-

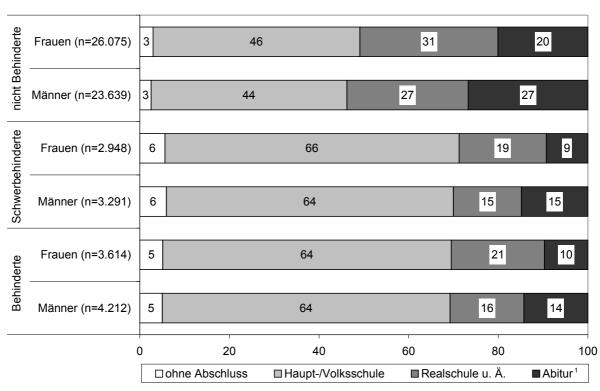
² Die Kategorie "Sonstiges" umfasst Sonderschulen mit übergreifendem Förderschwerpunkt und Schulen, die keinem Förderschwerpunkt zugeordnet sind. Schulen für Kranke wurden nicht berücksichtigt.

³ Die Zahlen für die Schülerinnen sind zum Teil geschätzt.

ben eine Behinderung bekamen (Abbildung 9.12). Die Daten geben keine Auskunft darüber, ob sie zum Zeitpunkt des Schulabschlusses bereits behindert waren. Da die Anzahl der Frauen und Männer, die infolge einer Erkrankung oder eines Unfalls behindert wurden, erst ab dem mittleren Lebensalter deutlich zunimmt, ist davon auszugehen, dass die Mehrheit von ihnen die Schulabschlüsse auf regulären Bildungswegen erwarb.

Wie aus den Daten des Mikrozensus für Deutschland hervorgeht, bestehen nur geringfügige Unterschiede zwischen behinderten²³⁴ bzw. schwerbehinderten Frauen und Männern in Bezug auf den erreichten Schulabschluss. Sie verfügen zu annähernd gleichen Anteilen über gar keinen oder einen Hauptschulabschluss. Im Vergleich zu nicht behinderten Frauen und Männern verfügen Behinderte sehr viel seltener über einen qualifizierten Schulabschluss (Abbildung 9.12). In welchem Maß diese Unterschiede durch die ungleiche Altersverteilung und die unterschiedliche Generationenzugehörigkeit behinderter und nicht behinderter Menschen oder durch unterschiedliche Zugänge zu Bildung bedingt werden, kann anhand der vorliegenden Zahlen nicht ausgesagt werden. Hier wäre ein altersgruppenspezifischer Vergleich zwischen behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern notwendig.

Abbildung 9.12: Schulabschluss behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer je 1.000 der Bevölkerung in Deutschland 2003 (in %)



¹ Abitur = Fachhochschul- und allgemeine Hochschulreife

Datenbasis: Mikrozensus 2003

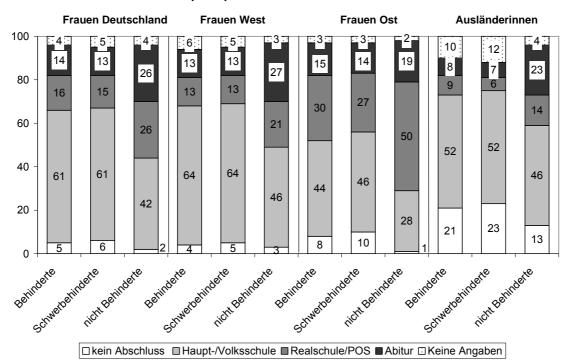
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z: Tabelle 6; Sonderauswertung des Mikrozensus

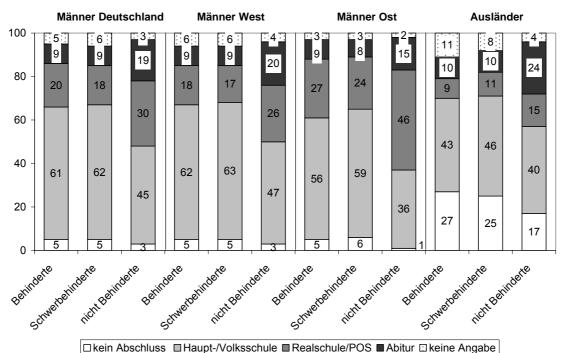
234 Die Statistik des Mikrozensus weist die Gruppen "Behinderte" (Leichtbehindert bis GdB 50 und Schwerbehinderte ab GdB 50 bis 100) und "Schwerbehinderte" (GdB 50 bis 100) sowie "Nicht-Behinderte" (ohne amtlich festgestellte gesundheitliche Beeinträchtigung) aus.

Sowohl in den west- als auch in den ostdeutschen Ländern erwarben behinderte Frauen etwas seltener als behinderte Männer höhere Schulabschlüsse (Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) (Abbildung 9.13). In Ostdeutschland liegt der Anteil der behinderten Frauen, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss beendeten, geringfügig über dem Anteil der ostdeutschen behinderten Männer, wahrscheinlich ein Effekt der Strukturvariable Alter. Bei behinderten Frauen und Männern in Westdeutschland ist der Anteil der Hauptschulabgänger etwa gleich, während Frauen etwas häufiger mit einer Realschulausbildung abschlossen, erreichten Männer häufiger die Fachhochschul- bzw. allgemeine Hochschulreife. Bei nicht behinderten Frauen zeigt sich der gleiche Trend. Sie verfügen außerdem häufiger als Männer nur über einen Hauptschulabschluss. Eine differenzierte Darstellung nach ost- und westdeutschen Bundesländern sowie deutscher und nicht-deutscher Bevölkerung weist auf die besondere Benachteiligung behinderter nicht-deutscher Frauen hin. Verfügen schon etwa 60 Prozent der Nicht-Deutschen ohne Behinderung über keinen oder maximal einen Hauptschulabschluss, steigt ihr Anteil bei Behinderten auf 70 Prozent (schwerbehinderte Frauen) bis 75 Prozent (schwerbehinderte Männer) an. 235 Behinderte Frauen und Männer in den ostdeutschen Ländern verfügen im Vergleich zu westdeutschen zu einem höheren Anteil über einen Realschulabschluss bzw. über einen vergleichbaren Abschluss der 10. Klasse der polytechnischen Oberschule (POS). Das allgemeine Schulziel in der DDR bestand im Abschluss der 10. Klasse. Es ist davon auszugehen, dass auch ältere Kohorten von Frauen und Männern in der DDR eine bessere Ausbildung erhielten als Gleichaltrige in Westdeutschland. Aber auch im Förderschulsystem der DDR wurde angestrebt, die Förderschule mit einem der Regelschule gleichwertigen Schulabschluss zu beenden, wobei ein bis zwei Streckungsjahre möglich waren, wenn es die Schwere der Behinderung erforderlich machte. Damit standen dann weiterführende Bildungsmöglichkeiten im Rahmen der beruflichen Bildung offen.

²³⁵ Zu beachten ist dabei, dass sich die Angaben zu schwerbehinderten Nicht-Deutschen auf N= 92 Frauen und N=152 Männer beziehen.

Abbildung 9.13: Bildungsabschlüsse behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer¹ in Deutschland 2003 (in %)²





1 Die Ergebnisse über schwerbehinderte Frauen und M\u00e4nner wurden auf Bundesebene nach acht Altersgruppen und dem Geschlecht anhand der Schwerbehindertenstatistik 2001 geschichtet hochgerechnet. F\u00fcr leichter Behinderte erfolgte eine Einsch\u00e4tzung der Antwortausf\u00e4lle. Antwortausf\u00e4lle liegen bei behinderten Frauen und M\u00e4nner somit nicht vor. Bei nicht Behinderten erfolgte keine Einsch\u00e4tzung von Antwortausf\u00e4llen anhand der Bev\u00f6lkerung. Enthalten sind: Personen im Alter von 15 Jahren und \u00e4lter, die gegenw\u00e4rtig keine Schule besuchen. Es erfolgte eine freiwillige Angabe f\u00fcr Personen im Alter von 51 Jahren und \u00e4lter. Die Gruppe der Behinderten umfasst Leichtbehinderte (unter GdB 50) und Schwerbehinderte (GdB 50 bis 100).

2 Realschule/POS: einschließlich Abschluss der allgemein bildenden polytechnischen Oberschule in der DDR; Abitur: Fachhochschul- und allgemeine Hochschulreife

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Während die Schulabschlüsse 2003 eher eine schlechtere Förderung der *Jungen* auf Sonderschulen erkennen lassen, bestätigen die *alle* Altersgruppen umfassenden Mirkozensusdaten noch eine strukturelle Benachteiligung behinderter *Frauen* gegenüber behinderten Männern. Am stärksten werden die Benachteiligungen sichtbar bei behinderten Frauen nichtdeutscher Herkunft, am wenigsten bei behinderten ostdeutschen Frauen. Diese Benachteiligungen können allerdings nicht als Effekt des gegenwärtigen Bildungssystems gewertet werden.

Ausbildung und Fortbildung

Arnade (1992), Eiermann u.a. (2000) u.a. berichten darüber, dass Eltern ihre behinderten Töchter darauf orientieren, dass sie eine gute Ausbildung bekommen, um "wenigstens berufliche Chancen" zu haben. Sie streben also an, dass ihre Töchter sich selbstständig ihren Lebensunterhalt erarbeiten können und über den Beruf Autonomie und Selbstbewusstsein gewinnen. Neue Tätigkeitsfelder sind in den vergangenen Jahren gerade im Bereich der Informationstechnologie (IT-Bereich) entstanden und bieten behinderten Frauen und Männern gute Lern- und Arbeitsmöglichkeiten.

Für Frauen und Männer mit Behinderung stehen in der Bundesrepublik neben Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken sowie Berufsförderschulen auch Förderprogramme für Studierende mit Behinderungen zur Verfügung, um je nach den vorhandenen Fähigkeiten Chancen auf eine gute berufliche Ausbildung zu realisieren. Im Berufsbildungsgesetz (BBiG)²³⁶, im Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HWO)²³⁷ sowie im Hochschulrahmengesetz (HRG)²³⁸ und darauf aufbauenden Landesgesetzen werden Festlegungen getroffen, behinderten Auszubildenden gleiche Chancen beim Ablegen von Prüfungen einzuräumen, ohne den Anspruch an die Prüfungsleistung herabzusetzen. Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Lage der Behinderten und der Rehabilitation verweist darauf, dass das Bundeskabinett im Juni 2004 einen Entwurf zum Bildungsreformgesetz beschlossen hat, in dem die Teilhabechancen behinderter Frauen und Männer an der beruflichen Aus- und Weiterbildung neu geregelt werden. Darin enthalten sind auch Regelungen zu modifizierten Berufsabschlüssen für Jugendliche, die infolge ihrer Behinderung trotz intensiver Förderung nicht in der Lage sind, einen staatlich anerkannten Berufsabschluss zu erreichen (BMGS 2004c: 101).

Aussagen zur Partizipation an beruflicher Aus- und Weiterbildung liefern Daten der Bundes-

²³⁶ Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14. August 1969 (BGBI. I: 1112), zuletzt geändert am 24. Dezember 2003 (BGBI. I: 2954), Siebenter Abschnitt: Berufliche Bildung Behinderter Menschen §§ 48, 49.

²³⁷ Gesetz zur Ordnung des Handwerks (HWO) vom 17. September 1953 BGBI I 1953, 1411, zuletzt geändert durch Art. 35b G vom 24.12.2003 I 2954. Siebenter Abschnitt: Berufliche Bildung behinderter Menschen, § 42b bis 42e.

²³⁸ Hochschulrahmengesetz (HRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1999 (BGBI. I: 18), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBI. I: 3138), § 2 Absatz 4.

agentur für Arbeit sowie des Mikrozensus. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wird deutlich, dass unter allen Bewerberinnen und Bewerbern für Berufsausbildungsstellen weibliche und männliche Jugendliche annähernd gleich häufig nach einer Ausbildungsstelle nachfragen, bei Menschen mit Behinderungen sind etwa ein Drittel Mädchen und zwei Drittel Jungen (Abbildung 9.14). Während die Relation zwischen schwerbehinderten weiblichen und männlichen Jugendlichen in der Altersgruppe 15 bis 25 Jahre 42 Prozent zu 58 Prozent beträgt, lagen die Anteile derer, die sich im Ausbildungsjahr 2002/2003 um einen Ausbildungsplatz bewarben, bei 37 Prozent schwerbehinderter weiblicher und 63 Prozent schwerbehinderter männlicher Jugendlicher dieser Altersgruppe. Im Ausbildungsjahr 2003/2004 lag die Relation bei 36,5 Prozent zu 63,5 Prozent. Diese Unterschiede können ein Indiz dafür sein, dass behinderte Mädchen bereits beim Einstieg ins Berufsleben stärker benachteiligt sind als behinderte männliche Jugendliche.

2002/2003 2003/2004 100 മറ 53 53 63 63 60 40 47 47 20 37 37 0 Insgesamt Schwerbehinderte Insgesamt Schwerbehinderte Frauen ■Männer

Abbildung 9.14: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen in Deutschland 2002/2003 und 2003/2004 (in %)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2004d, SH522 – 4231, Tabelle 11.1

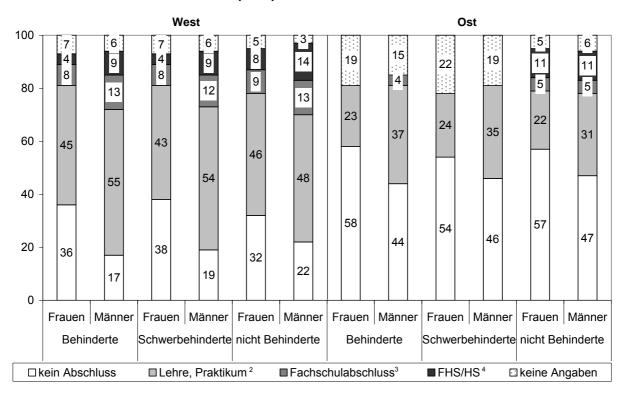
Unter allen Jugendlichen, die nach einer Berufsausbildung bei der Bundesagentur für Arbeit nachfragten, wiesen Jungen häufiger niedrigere Bildungsabschlüsse auf als Mädchen (Jungen: 8 % ohne und 38 % mit Hauptschulabschluss, Mädchen: 4 % ohne und 30 % mit Hauptschulabschluss). Ebenso waren unter den männlichen Bewerbern mehr Jugendliche mit speziellen Fördermaßnahmen als in der Gruppe der weiblichen Bewerberinnen. So kamen 3 Prozent der männlichen und 2 Prozent der weiblichen Bewerberinnen und Bewerber aus Förderschulen für Lern- bzw. geistig Behinderte. 5 Prozent der Jungen und 4 Prozent

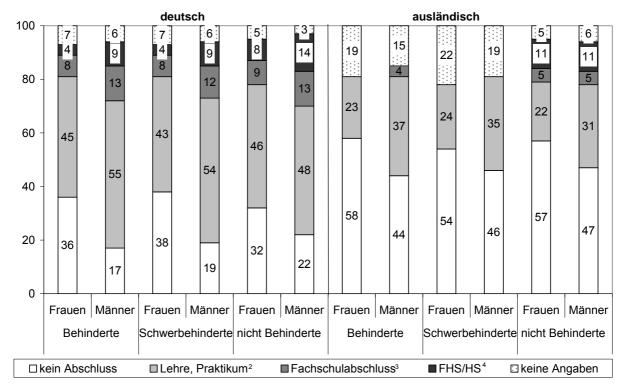
der Mädchen hatten ein Berufsvorbereitendes Jahr (BVJ) absolviert und 6 Prozent der Jungen sowie 3 Prozent der Mädchen ein Berufsgrundschul-/Berufsgrundbildungsjahr (BGS/BGJ). Diese Maßnahmen stellen spezielle Angebote für benachteiligte Jugendliche dar, darunter lernbehinderte Jugendliche oder Jugendliche mit Verhaltensauffälligkeiten.

Über den Verbleib der behinderten Mädchen und Jungen kann auf der Basis der vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden. Die Daten des Mikrozensus belegen, dass zumindest in der Vergangenheit behinderte Frauen wesentlich häufiger ohne Berufsabschluss blieben als behinderte Männer bzw. auch seltener einen Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss vorweisen konnten. Behinderte Frauen in den ostdeutschen Ländern erreichten im Vergleich zu behinderten Frauen in den westdeutschen Ländern wesentlich häufiger einen Berufsabschluss und auch häufiger höhere Abschlüsse. Neben der insgesamt höheren Erwerbsorientierung und beruflichen Integration von Frauen in der DDR kann auch vermutet werden, dass die angestrebte Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse an Förderund Regelschulen sowie die Maßnahmen zur Berufsförderung behinderter Schulabgängerinnen und Schulabgänger behinderten Mädchen bessere Berufsbildungs- und Berufseinstiegschancen ermöglichten.

Um Unterschiede in Bezug auf die geringere berufliche Bildung behinderter Frauen gegenüber nicht behinderten zu erklären, wäre es wieder sinnvoll, einen altersgruppenspezifischen Vergleich vorzunehmen, da davon auszugehen ist, dass sie vorrangig aus der höheren Alterstruktur behinderter Frauen und Männer resultieren (Abbildung 9.15).

Abbildung 9.15: Behinderte und nicht behinderte, deutsche und ausländische Frauen und Männer nach dem höchsten Berufsabschluss¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)





⁻ Fortsetzung nächste Seite -

- 1 Die Ergebnisse über schwerbehinderte Frauen und M\u00e4nner wurden auf Bundesebene anhand der Schwerbehindertenstatistik 2001 nach acht Altersgruppen und dem Geschlecht geschichtet hochgerechnet. F\u00fcr leichter Behinderte erfolgte eine Einsch\u00e4tzung der Antwortausf\u00e4lle. Antwortausf\u00e4lle liegen bei behinderten Frauen und M\u00e4nner somit nicht vor. Bei den nicht Behinderten (keine amtlich festgestellte Behinderung) erfolgte keine Einsch\u00e4tzung von Antwortausf\u00e4llen anhand der Bev\u00f6lkerung. Enthalten sind: Personen im Alter von 15 Jahren und \u00e4lter. Es erfolgte eine freiwillige Angabe f\u00fcr Personen im Alter von 51 Jahren und \u00e4lter.
- 2 Anlernausbildung, berufliches Praktikum, Abschluss einer Lehrausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, Berufsvorbereitungsjahr
- 3 Berufsqualifizierter Abschluss an einer Berufsfachschule/Kollegschule, Abschluss einer 1-, 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss der Fachschule der DDR
- 4 Berufsqualifizierter Abschluss an einer Berufsfachschule/Kollegschule, Abschluss einer 1-, 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss der Fachschule der DDR, einschl. Promotion, Abschluss einer Universität, wissenschaftlichen Hochschule, auch Kunsthochschule

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnung

9.5.6 Behinderte Frauen und Männer im Erwerbsalter

Die Beschäftigungsförderung für Frauen und Männer mit Behinderungen und ihre Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt bilden wesentliche Schwerpunkte der europäischen und der deutschen Politik für Menschen mit Behinderungen. Mit Bezug auf das Europäische Haushaltspanel (ECHP) verweist die Europäische Kommission darauf, dass "die Wahrscheinlichkeit, als behinderter Mensch im Erwerbsleben zu stehen, in nahezu allen Alters- und Bildungsgruppen erheblich geringer ist als bei Nicht-Behinderten", wobei auch darauf verwiesen wird, dass der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt schwieriger ist als der Verbleib. Einerseits tragen nationale gesetzliche Regelungen wie z.B. der Kündigungsschutz dazu bei, den Verbleib behinderter Frauen und Männer im Arbeitsmarkt zu gewährleisten (European Commission 2001: 24). Zum anderen belegen Studien zur Beschäftigungssituation (Niehaus 2000, Thasing 1996), dass bei erfolgreicher Eingliederung in den Arbeitsmarkt die Behinderung an Bedeutung verliert und die Leistungen der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vordergrund stehen.

Berufliche Integration

Im Mai 2003 waren in der Bundesrepublik 30 Prozent der behinderten Männer und 21 Prozent der behinderten Frauen erwerbstätig. Damit lag die Beschäftigungsquote behinderter Frauen deutlich unter der der behinderten Männer. Noch größer sind allerdings die Unterschiede in Bezug auf die nicht behinderten Frauen (53 Prozent) und nicht behinderten Männer (71 Prozent), was in erster Linie auf die unterschiedliche Altersverteilung in beiden Gruppen zurückzuführen ist. Die deutlichen Unterschiede bleiben aber auch erhalten, wenn gleiche Altersgruppen betrachtet werden. So gingen in der Altersgruppe 25 bis 45 Jahre 68 Prozent der behinderten Frauen und 75 Prozent der behinderten Männer einer Erwerbstätigkeit nach, für nicht behinderte Frauen traf das auf 81 Prozent und für nicht behinderte Männer

dieser Altersgruppe auf 96 Prozent zu. Damit wird deutlich, dass sowohl behinderte als auch nicht behinderte Frauen seltener erwerbstätig sind als Männer der jeweiligen Vergleichsgruppe, da insbesondere in den westdeutschen Bundesländern weibliche Lebensentwürfe einen längeren Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit während der Zeit der Kindererziehung beinhalten (Kapitel 5). Schön u.a. (2004) stellten vergleichbare Lebensentwürfe auch für behinderte Frauen fest, obwohl von der Gesellschaft vor allem für heute über 50-jährige lebenslang oder frühzeitig behinderte Frauen weder die Berufstätigkeit noch die Gründung einer Familie und die Kindererziehung als Lebensentwurf vorgesehen waren.

Bei einer Differenzierung der Gruppe der behinderten Frauen und Männer nach Altersgruppen und Schwere der Behinderungen bleiben mit Ausnahme der 25- bis 35-jährigen Schwerbehinderten die Differenzen in der Beschäftigungsquote zwischen Frauen und Männern erhalten (Tabelle 9.5).

Tabelle 9.5: Beschäftigungssituation behinderter Frauen und Männer in Deutschland 2003 (in %)

Altersgrup-	Schwerbehinderte		Leichtbeh	ninderte ²³⁹	nicht Behinderte		
pen in Jah-	(GdB 50	bis 100)	(bis unte	r GdB 50)			
ren	Frauen N=1.327	Männer N=1.759	Frauen N=502	Männer N=732	Frauen N=21.846	Männer N=21.692	
15 bis 25	38,6	45,7	1	66,7	42,2	47,0	
25 bis 35	60,4	59,1	69,2	70,1	64,9	81,7	
35 bis 45	50,7	56,8	73,5	77,2	72,5	88,5	
45 bis 55	39,8	47,1	63,2	71,4	73,1	86,7	
55 bis 65	14,8	20,9	29,5	39,5	32,5	52,8	
65 bis 75	1,3	2,4	1	4,5	3,0	6,0	
75 u. mehr			/		0,7	2,3	
15 bis 65	31,4	36,0	49,0	58,0	59,0	73,3	

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf die aktiv erwerbstätigen Personen. Die Differenz zu den Erwerbstätigen insgesamt beträgt 0,5 bis 2 Prozent. Abweichend davon liegt sie in den Gruppen der Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren bzw. bis 45 Jahren bei schwerbehinderten Frauen um 2,5 bis 4 Prozent höher.

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

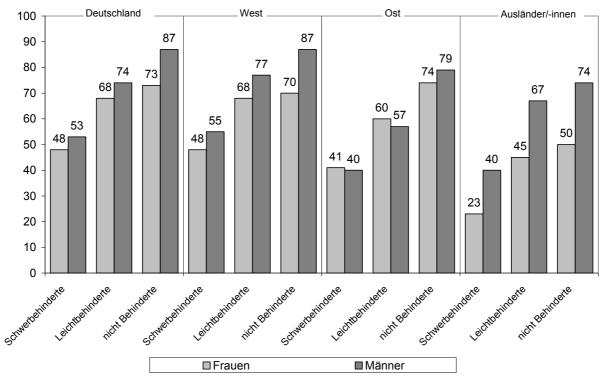
Bei der Betrachtung der Beschäftigungsquoten nach Altersgruppen wird weiterhin deutlich, dass Frauen und Männer mit Behinderungen früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden, denn lediglich in den Altersgruppen 25 bis 35 Jahre und 35 bis 45 Jahre sind mehr als die Hälfte der Schwerbehinderten erwerbstätig, in der Gruppe der 25- bis 35-jährigen Frauen sogar fast zwei Drittel. In der Altersgruppe 45 bis 55 Jahre sinkt der Anteil erwerbstätiger schwerbehinderter Frauen auf etwa ein Drittel, der Anteil der Männer auf unter 50 Prozent und in der Gruppe der 55- bis 65-jährigen schwerbehinderten Männer auf 21 Prozent. Schwerbehinderte Frauen dieser Altersgruppe sind nur noch zu 15 Prozent erwerbstätig. Die Anteile erwerbstätiger leicht und nicht behinderter Frauen und Männer liegen deutlich dar-

²³⁹ Leichtbehinderte Personen: der GdB liegt zwischen 30 und 50.

über. Aus den vorliegenden Zahlen können keine Aussagen dazu getroffen werden, welche Arten bzw. Ursachen von Behinderungen vorliegen, die zur Ausgliederung aus dem Erwerbsleben führen. Das heißt, es kann nicht gesagt werden, ob infolge einer im Lebensverlauf auftretenden chronischen Erkrankung eine berufliche Eingliederung nicht mehr erfolgt bzw. infolge der Schwere der Behinderung erfolgen kann oder von Geburt bzw. von Kindheit an behinderte Personen eher aus dem Erwerbsleben ausgegliedert werden als leichter oder nicht behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Betrachtet man nur die Altersgruppe der 25- bis 55-Jährigen, in der die höchsten Erwerbstätigenquoten liegen, so bleiben mit Ausnahme der behinderten ostdeutschen Frauen die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in allen Gruppen erhalten (Abbildung 9.16).

Abbildung 9.16: Beschäftigungsquote der 25- bis 55-jährigen schwer-, leicht- und nicht behinderten Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Am geringsten ist die Erwerbsbeteiligung schwerbehinderter nicht-deutscher Frauen; von ihnen hat nur etwa jede vierte Frau einen Arbeitsplatz. Von den schwerbehinderten nicht-deutschen Männern geht etwa jeder Dritte einer Arbeit nach. Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Frauen und Männer aus den ostdeutschen Ländern liegt ebenfalls deutlich unter den Werten für schwerbehinderte Frauen und Männer aus den westdeutschen. Die geringfügig höhere Beschäftigungsquote behinderter Frauen im Vergleich zu behinderten Männern in Ostdeutschland erklärt sich möglicherweise auch daraus, dass Frauen in Ost-

deutschland dabei vermehrt auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse als Erwerbstätigkeit angeben, in Sachsen z.B. Tätigkeiten im Rahmen der "Aktion 55"²⁴⁰, bei der für bis zu 19 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit Aufwandsentschädigungen von 77 € pro Monat gezahlt werden (Michel u.a. 2001: 34).

In der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen sind nur noch 13 Prozent der schwerbehinderten Frauen und 14 Prozent der schwerbehinderten Männer in Ostdeutschland erwerbstätig, bei nicht behinderten Frauen und Männern liegen die Werte bei 29 Prozent (Frauen) und 41 Prozent (Männer). Von den schwerbehinderten Frauen der Altersgruppe 55 bis 65 Jahre in den westdeutschen Ländern gehen noch 15 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach, von den gleichaltrigen schwerbehinderten Männern 22 Prozent. Nicht behinderte Frauen dieser Altersgruppe sind noch zu 33 Prozent erwerbstätig, gleichaltrige Männer zu 56 Prozent. Das Ergebnis legt die Vermutung nahe, dass besonders in den ostdeutschen Bundesländern ältere schwerbehinderte Frauen und Männer vom Arbeitsmarkt verdrängt werden und die Erwerbsminderungsrente dann die mögliche Alternative zur Arbeitslosigkeit darstellt. Die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt stellt einen Schlüssel für weitere Einschränkungen der Teilhabechancen dar und dürfte oft die Ursache für die mehrfache Diskriminierung behinderter Frauen sein.

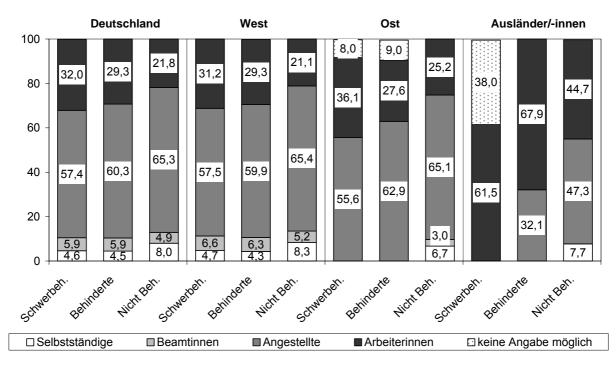
Nach der Stellung im Berufsleben (Abbildung 9.17) sind Frauen mit Behinderungen häufiger als Angestellte beschäftigt, Männer mit Behinderungen hingegen als Arbeiter. Männer stehen außerdem häufiger als Frauen in einem Beamtenverhältnis oder sind als Selbstständige beschäftigt. Im Vergleich mit nicht Behinderten zeigt sich, dass behinderte Frauen und Männer ebenfalls häufiger als Arbeiter bzw. Arbeiterin beschäftigt sind und schließlich gibt es unter den behinderten Frauen in Ostdeutschland und den nicht-deutschen behinderten Frauen gar keine Selbstständigen. Ähnlich ist das Bild bei den ostdeutschen bzw. nicht-deutschen Männern, mit Ausnahme eines kleinen Anteils Selbstständiger bei behinderten Männern in Ostdeutschland. Keine der behinderten Frauen und Männern aus Ostdeutschland befinden sich im Beamtenstand.

Deutliche Unterschiede bestehen auch bezüglich der Wirtschaftsbereiche, in denen behinderte bzw. nicht behinderte Frauen und Männer beschäftigt sind (Tabelle 9.6, Tabelle 9.7).

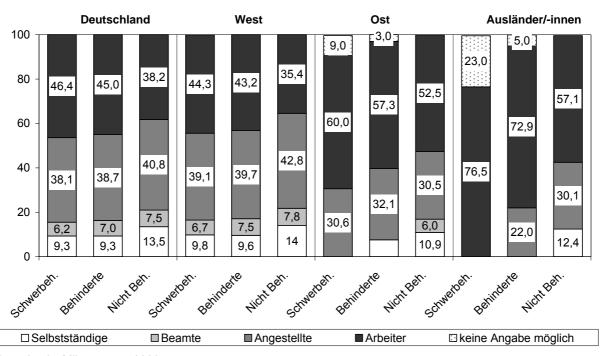
²⁴⁰ Um ein neues Verständnis für bürgerschaftliches Engagement zu fördern, wurde durch die Sächsische Staatsregierung im Jahr 1993 das Programm "Aktion 55" ins Leben gerufen. Empfänger und Empfängerinnen von Altersübergangsgeld, Bezieher und Bezieherinnen von Erwerbsunfähigkeits- und Invalidenrente sowie Arbeitslose zwischen 55 und 60 Jahren können dabei ihre Kenntnisse für gemeinnützige Zwecke in Vereinen oder Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung stellen. Pro Monat gibt es eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 77 € (Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern zwischen 55 und 60 Jahren vom 17. Juni 1997).

Abbildung 9.17: Berufliche Stellung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)





Männer



Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Tabelle 9.6: Beschäftigung schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftsbereichen in Deutschland 2003 (in %)

	Deutsche				Ausländer/-innen			
	Frauen		Männer		Frauen		Mär	nner
	SB ¹	NB^1	SB ¹	NB^1	B^1	NB^1	B^1	NB ¹
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	14,2	14,4	27,4	30,5	47,1	18,7	81,1	38,4
Handel und Gastgewerbe	14,9	21,3	10,0	14,1	-	27,1	18,9	22,5
sonstige Wirtschaftsbereiche ²	13,2	21,7	25,6	34,7	-	20,6	-	28,4
öffentliche Verwaltung	12,7	7,9	11,7	8,4	-	2,8	-	2,1
öffentliche u. private Dienstleistungen	45,0	34,7	25,2	12,4	52,9	30,8	-	8,6
dar. Erziehung und Unterricht/Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	39,6	27,1	20,7	8,1	41,2	21,3	-	4,6

¹ SB = schwerbehindert, NB = nicht behindert, für die ausländische Bevölkerung wurde die gesamte Gruppe der Behinderten (B) ausgewählt, da schwerbehinderte Männer lediglich in der Kategorie Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, schwerbehinderte Frauen gar nicht aufgeführt werden.

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Tabelle 9.7: Beschäftigung schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer nach Wirtschaftsbereichen in West¹- und Ostdeutschland 2003 (in %)

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Frauen		Männer		Frauen		Mäı	nner
	SB ²	NB^2	SB^2	NB^2	SB^2	NB^2	SB^2	NB^2
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	14,6	15,1	28,6	32,1	14	11,1	26,6	22,3
Handel und Gastgewerbe	16,0	21,2	10,2	14,3	-	22	12,5	13,2
sonstige Wirtschaftszweige ³	14,0	21,9	25,8	26,4	-	20,7	-	42,7
öffentliche Verwaltung	11,8	7,4	11,5	8,3	22,8	10,5	17,2	9,4
öffentliche u. private Dienstleistungen	43,5	34,4	23,9	12,4	63,2	35,8	43,8	12,4
dar. Erziehung und Unterricht/Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	38,5	26,8	19,4	8,3	54,4	28,3	39,1	7,4

¹ Westdeutschland einschl. Berlin

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Frauen mit Behinderungen arbeiten in erster Linie in dem Bereich öffentliche und private Dienstleistungen, für behinderte Männer liegen die Hauptbeschäftigungsbereiche im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, sonstigen Wirtschaftsbereichen sowie öffentlichen und privaten Dienstleistungen.

Während Frauen insgesamt häufiger im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen arbeiten, darunter vor allem im Bereich Erziehung und Unterricht/Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen, trifft das noch stärker auf Frauen mit Behinderungen zu. Noch deutli-

² sonstige Wirtschaftsbereiche: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe; Verkehr- und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe; Grundstückswesen, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen – Kategorien wurden zusammengefasst, da sie bei behinderten/schwerbehinderten Frauen und M\u00e4nnern kaum besetzt sind.

² SB = schwerbehindert, NB = nicht behindert

³ sonstige Wirtschaftsbereiche: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe; Verkehr- und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe; Grundstückswesen, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen – Kategorien wurden zusammengefasst, da sie bei behinderten/schwerbehinderten Frauen und Männern kaum besetzt sind.

cher werden die Unterschiede in den ostdeutschen Ländern. 86 Prozent der schwerbehinderten Frauen und 61 Prozent der schwerbehinderten Männer arbeiten in Ostdeutschland in der öffentlichen Verwaltung und dem Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen, bei nicht behinderten Frauen und Männern sind das nur 46 Prozent bzw. 22 Prozent. In Bezug auf alle erwerbstätigen Frauen der jeweiligen Gruppe sind fast doppelt so viele schwerbehinderte Frauen in diesen Bereichen tätig wie nicht behinderte (63 % zu 36 %) und fast viermal so viele schwerbehinderte Männer wie nicht behinderte (44 % zu 12 %). Nach SGB IX, § 71 besteht die Verpflichtung zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Unternehmen ab 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ²⁴¹ dieser Verpflichtung kommt der öffentliche Dienst besser nach als andere Arbeitgeber, so dass der hohe Anteil schwerbehinderter Frauen und Männer in diesen Bereichen nicht verwundert. 2001 betrug die Erfüllung der Pflichtquote bei allen Arbeitgebern 3,8 Prozent, bei privaten Arbeitgebern 3,4 Prozent und bei öffentlichen Arbeitgebern 5,1 Prozent (Rauch/Brehm 2003: 25).

In Bezug auf die vertragliche Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse überwiegen in allen Vergleichsgruppen die unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse mit 89 Prozent bei den schwerbehinderten und 80 Prozent bei den nicht behinderten Frauen sowie mit 84 Prozent bei den schwerbehinderten und 75 Prozent bei den nicht behinderten Männern (Tabelle 9.8).

Tabelle 9.8: Art des Beschäftigungsverhältnisses schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in West¹- und Ostdeutschland 2003 (in %)

		Westdeu	tschland		Ostdeutschland				
	Frauen		Männer		Frauen		Männer		
	SB^2	NB^2	SB^2	NB^2	SB^2	NB^2	SB^2	NB^2	
unbefristet	89,5	80,5	84,8	75,3	88,2	77,4	86,3	71,5	
befristet	5,8	10,9	5,4	10,4	11,8	15,6	13,8	17,6	
selbstständig ³	4,7	8,3	9,9	14,0	1	6,7	1	11,0	
insgesamt (n =)	365	11.007	581	13.471	72	2.328	85	2.683	

¹ Westdeutschland einschl. Berlin

Anmerkung: Die Werte für Deutschland insgesamt liegen 0,5 Prozentpunkte unter den Ergebnissen für die westdeutschen Länder. Auf eine gesonderte Darstellung wurde deshalb verzichtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Schwerbehinderte Frauen verfügen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland häufiger über unbefristete Arbeitsverhältnisse als schwerbehinderte Männer, was durchaus aus den unterschiedlichen Beschäftigungsbereichen resultieren kann (vgl. Tabelle 9.6 und 9.7). Dass schwerbehinderte Frauen und Männer insgesamt häufiger über einen unbefristeten Arbeitsver-

² SB = schwerbehindert, NB = nicht behindert

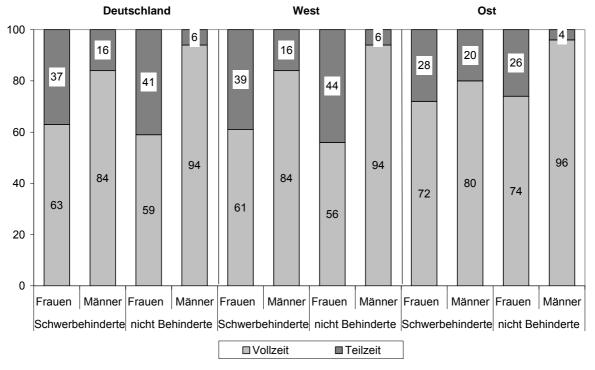
³ selbstständig/mithelfend

²⁴¹ Pflichtquote: Jeder Arbeitgeber, der über 20 oder mehr (im Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs gelegene) Arbeitsplätze verfügt, ist verpflichtet, 5% seiner Arbeits- und Ausbildungsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen (§ 71 SGB IX). Für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz ist pro Monat und je nach Erfüllungsgrad der Pflichtquote eine Ausgleichsabgabe an das Integrationsamt zu zahlen.

trag verfügen als nicht behinderte, beruht sicher zum Teil auf den gesetzlichen Regelungen zur Förderung der beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter, da Eingliederungszuschüsse an die Festanstellung der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitsnehmers gebunden sind. Während der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse schwerbehinderter Frauen 6 Prozent und schwerbehinderter Männer 5 Prozent beträgt, liegt er in Ostdeutschland bei 12 Prozent (Frauen) und 14 Prozent (Männer). Es ist davon auszugehen, dass sich darunter ebenso wie bei den nicht Behinderten vor allem Frauen und Männer befinden, die über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM, SAM²⁴²) beschäftigt sind.

Schwerbehinderte Frauen arbeiten häufiger als schwerbehinderte Männer in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Das trifft auch sowohl im Ost-West-Vergleich als auch im Vergleich zwischen behinderten und nicht behinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu (Abbildung 9.18). Darüber hinaus gibt es Unterschiede zwischen Frauen in West- und Ostdeutschland. Schwerbehinderte Frauen in den westdeutschen Ländern gehen zu 61 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nach, nicht behinderte Frauen zu 56 Prozent. In den ostdeutschen Ländern sind es 72 Prozent der schwerbehinderten und 74 Prozent der nicht behinderten Frauen. Schwerbehinderte Männer arbeiten hingegen sowohl in Ost- als auch Westdeutschland häufiger in Teilzeit als nicht behinderte Männer (85 % zu 94 % West und 80 % zu 96 % Ost).

Abbildung 9.18: Beschäftigungsverhältnis behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)



Anmerkung: Auf die Darstellung für die ausländische Bevölkerung wurde wegen der kleinen Fallzahl behinderter Frauen und Männer verzichtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2003

242 ABM: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, SAM: Strukturanpassungsmaßnahme – besonders in Ostdeutschland eingesetztes arbeitsmarktpolitisches Instrument

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen in Ost- und Westdeutschland in Bezug auf Erwerbstätigkeit und Kindererziehung bzw. vor allem ein nach wie vor besseres Angebot an Plätzen in Kindereinrichtungen in Ostdeutschland ermöglicht es Frauen in Ostdeutschland eher, in Vollzeit zu arbeiten, sofern ein Arbeitsplatz vorhanden ist. Die Unterschiede zwischen behinderten und nicht behinderten Frauen in Westdeutschland resultieren aber auch daraus, dass Frauen mit Behinderungen seltener Kinder haben bzw. die Kinder bereits älter sind und somit einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen werden kann.

Deutschland West Ost Frauen | Männer | Männer | Frauen | Männer | Männer | Männer | Männer | Männer | Män Schwerbehinderte nicht Behinderte Schwerbehinderte nicht Behinderte Schwerbehinderte

Abbildung 9.19: Beschäftigungsverhältnis behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

Anmerkung: Auf die Darstellung für die ausländische Bevölkerung wurde wegen der kleinen Fallzahl behinderter Frauen und Männer verzichtet.

■ Teilzeit

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

□Vollzeit

Ein großes Problem in Ostdeutschland stellt die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen überhaupt dar. Mit einer Arbeitslosenquote zwischen 19 und 23 Prozent, in einigen Regionen noch weit darüber, haben es besonders Frauen und Männer mit Behinderungen schwer, einen Arbeitsplatz zu finden (Bundesagentur für Arbeit 2005). Abbildung 9.19 zeigt, dass die Arbeitslosenquote von schwer- und leichtbehinderten Frauen keineswegs über der von Männern liegt. In Ostdeutschland tragen Männer mit Behinderungen ein deutlich höheres Risiko arbeitslos zu werden als behinderte Frauen.

Westdeutschland Ostdeutschland 40 34,4 35 30 25 20 16,7 17,3 16,0 15 9,3 8,7 8.3 8,6 10 6.9 6,5 5.8 5,5 5 0 männlich weiblich männlich weiblich

Abbildung 9.20: Anteil arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer im Alter von 18 bis 64 Jahren nach Schwere der Behinderung in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

Anmerkung: Die Anteile arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer beziehen sich auf die jeweilige Gesamtzahl der schwer-, leicht- und nicht behinderten Frauen und Männer.

□leichtbehindert

■ nicht behindert

□schwerbehindert

Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2004; eigene Berechnungen

Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich Frauen häufiger als Männer in die "stille Reserve" zurückziehen, wenn sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt mehr sehen bzw. auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse als Erwerbstätigkeit angeben, wie bereits dargestellt wurde. Es wurde bereits darauf verwiesen, dass besonders ältere schwerbehinderte Frauen und Männer in Ostdeutschland die Rente wegen Erwerbsminderung als Alternative zur Arbeitslosigkeit vorziehen. So gaben in einer Studie in Sachsen nicht-erwerbstätige behinderte Frauen häufiger an, arbeitslos oder berentet zu sein als westdeutsche Frauen, die sich dann eher als Hausfrauen definierten (Michel u.a. 2001: 35). Demzufolge liegt der Anteil arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer in Ostdeutschland auch erheblich über den Anteilen in den westdeutschen Ländern (Abbildung 9.19).

Ein Zeitreihenvergleich zeigt, dass der Anteil gesundheitlich eingeschränkter Frauen und Männer an allen Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 kontinuierlich zunahm; das gilt sowohl für die westdeutschen als auch die ostdeutschen Länder (Abbildung A 9.4). Im Zeitraum von Oktober 1999 bis Oktober 2002 startete die Bundesregierung eine Aktion, um 50.000 Jobs für Menschen mit Behinderungen zu schaffen bzw. die Arbeitslosigkeit behinderter Frauen und Männer um 25 Prozent zu senken. Das war eine Antwort auf die nach wie vor nicht rea-

lisierte Beschäftigungspflichtquote²⁴³ schwerbehinderter Menschen in Deutschland. Mit dem SGB IX wurden 2001 die gesetzlichen Regelungen zur beruflichen Eingliederung neu formuliert und an die aktuelle wirtschaftliche Situation angepasst.²⁴⁴

Das Ziel, die Arbeitslosigkeit behinderter Menschen um 25 Prozent zu senken, wurde 2002 zwar knapp erreicht, seitdem stieg die Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser aber wieder deutlich an. Erreichte sie im Jahr 1999 mit 191.166 den vorläufigen Höchststand, so sank sie 2000 auf 178.981 (93,6 %), im Jahr 2001 auf 166.022 (86,9 %) und erreichte 2002 mit 148.856 (77,9 %) ihren Tiefststand. Im Jahr 2003, dem ersten Jahr nach der Job-Aktion, stiegen die Zahlen wieder auf 167.561 (87,7 %) und erreichten 2004 mit 172.989 im Vergleich zum Jahr 1999 wieder 90,5 Prozent (Bundesanstalt für Arbeit 2003a: 4; Bundesagentur für Arbeit 2004d). Im September 2004 begann unter dem Motto "Job ohne Barrieren – job" eine neue Initiative der Bundesregierung zur Integration schwerbehinderter Frauen und Männer in den ersten Arbeitsmarkt, bei der über betriebsnahe Projekte die Ausbildung Jugendlicher mit Behinderungen sowie die Integration behinderter Frauen und Männer in den ersten Arbeitsmarkt gefördert werden sollen. Wichtig wäre, nachhaltige Ergebnisse bei der Beschäftigungsförderung behinderter Frauen und Männer zu erreichen, denn die Teilhabe am Arbeitsleben hat neben den damit verbundenen wirtschaftlichen Effekten insbesondere Bedeutung für die Realisierung der Chancengleichheit, die Förderung von Fähigkeiten, Kompetenzen und sozialen Kontakten und liefert schließlich einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Stigmatisierung behinderter Frauen und Männer.

Die in Abbildung 9.19 dargestellten Arbeitslosenquoten werden bei einer Aufschlüsselung nach Altersgruppen noch brisanter, da über 40-Jährige zunehmend aus dem Erwerbsleben ausgegliedert werden. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2003: 8, 20, 29) waren im September 2003 in Ostdeutschland 32 Prozent der 40- bis 50-jährigen und 43 Prozent der 50- bis 65-jährigen behinderten Frauen arbeitslos. Schwerbehinderte Männer der Altersgruppe 40 bis unter 50 Jahre waren ebenfalls zu 32 Prozent, die der Altersgruppe 50 bis unter 65 Jahre zu 39 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen. In Westdeutschland lagen die Arbeitslosenquoten bei 27 Prozent bzw. 45 Prozent für schwerbehinderte Frauen und bei 28 Prozent bzw. 46 Prozent für schwerbehinderte Männer. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind also wenig ausgeprägt. Vergleicht man die Arbeitslosenquote behinderter Frauen und Männer mit der nicht behinderter, so wird deutlich, dass schwerbehinderte Frauen und Männer früher als nicht behinderte nur noch geringe Chancen auf eine Arbeit haben. Umso

²⁴³ Laut Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 29.9.2000, BGBI I 2000 sind in Unternehmen ab 20 Mitarbeiter 5 Prozent mit behinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu besetzen. Bei Nichteinhaltung der Pflichtquote ist eine Ausgleichsabgabe an die jeweils zuständigen Integrationsämter zu zahlen.

²⁴⁴ Sozialgesetzbuch (SGB): Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (860-9) vom 19. Juni 2001 (BGBI. I: 1046, 1047), zuletzt bearbeitet am 22. Dezember 2004. Kapitel 2: Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber, §§ 71 bis 79.

wichtiger ist es, alle Möglichkeiten der beruflichen Rehabilitation sowie der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu nutzen.

Im Rahmen der Beschäftigungsförderung steht neben den Jobinitiativen, die offensichtlicht nur kurzfristige entlastende Wirkung zeigen, eine Reihe von Möglichkeiten zur beruflichen Rehabilitation und zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung. Zu nennen wären hier Berufsförderungs-, Umschulungs- und Trainingsmaßnahmen (Tabelle 9.9). Behinderte Frauen mit Familie blieben dabei immer benachteiligt, wie einschlägige Studien zeigten (BMAS 1998: 49; Hermes 2001: 1-3; Degener 1995: 3; Michel u.a. 2001: 32 ff.). Im Rahmen eines Modellprojektes zur wohnortnahen beruflichen Rehabilitation (Niehaus 2000) konnten sehr gute Eingliederungserfolge erreicht werden. Trotz stärkerer Beachtung der Belange behinderter Frauen durch das SGB IX zeigt sich, dass Frauen mit Behinderungen in den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur beruflichen Erst- und Wiedereingliederung deutlich unterrepräsentiert sind. Sowohl bei Erst- als auch Wiedereingliederungen stellen Frauen nur 37 bis 38 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Eingliederungsmaßnahmen (Abbildung 9.20), und das trotz annähernd gleicher Anteile weiblicher und männlicher Jugendlicher mit Behinderungen, die damit Anspruch auf Maßnahmen zur Ersteingliederung in den Arbeitsmarkt haben, als auch annähernd gleicher Arbeitslosenquoten in den relevanten Altersgruppen, in denen durch Krankheit erworbene Behinderungen Wiedereingliederungsmaßnahmen erforderlich machen. Das gilt sowohl für die westdeutschen als auch die ostdeutschen Länder sowie für die Zugänge zu den Maßnahmen und den Bestand an Personen, die sich in Maßnahmen befinden.

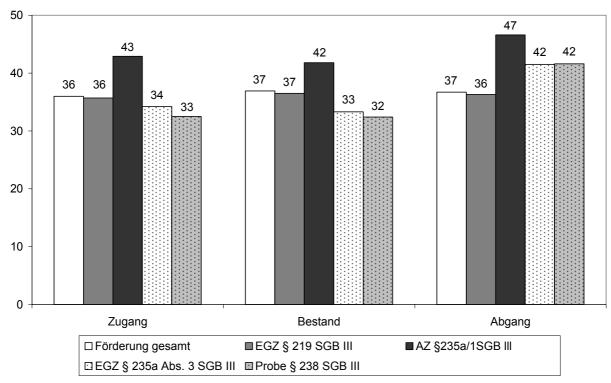


Abbildung 9.21: Anteil von Frauen mit Behinderungen bei Förderleistungen nach SGB III¹ in Deutschland im Berichtszeitraum Januar bis August 2004 (in %)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2004d; eigene Berechnungen

Ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Instrument stellen Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber zur Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Frauen und Männer dar. Auch bei diesen Maßnahmen zeigt sich die deutliche Unterrepräsentanz behinderter Frauen.

Schließlich verweist auch die Tabelle 9.9 noch einmal darauf, dass Frauen nur etwa zu einem Drittel in den verschiedenen Fördermaßnahmen integriert sind. Ausnahmen bilden Maßnahmen zur Aufnahme in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen sowie blindentechnische und vergleichbare Grundausbildungen. Bei einem Vergleich zwischen ostund westdeutschen Ländern ergibt sich ein wesentlich differenzierteres Bild, was auf die Ausbildungsinfrastruktur hinweisen kann. Jedoch erklärt sich damit nicht, weshalb die Zugänge in neue Maßnahmen wesentlich niedriger lagen als die Abgänge und der Bestand.

¹ Eingliederungszuschuss (EGZ) für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen nach § 219 SGB III; Zuschuss zur Ausbildungsvergütung (AZ) schwerbehinderter Menschen nach § 235a Abs. 1 SGB II; Eingliederungszuschuss (EGZ) im Anschluss an Aus- oder Weiterbildung nach § 235a Abs. 3 SGB III; Probebeschäftigung nach § 238 SGB II

Tabelle 9.9: Anteil von Frauen an Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Deutschland insgesamt und in Ostdeutschland 2004 (absolut und in %)

Seit Beginn des Berichtsjahres – Stand August 2004	Zugang in Maßnahmen				
	Maßnah- men insge- samt N	Anteil der Frauen in den Maß- nahmen (%)	Anteil der Maßnah- men in Ost- deutschland (%)		
gesamt	56.383	34,8	25,9		
davon nach Art der Maßnahme:					
Berufsausbildung	4.771	33,9	17,7		
Grundausbildungslehrgang	232	37,9	27,6		
Förderlehrgang	2.699	36,2	22,8		
tip-Lehrgang ¹	269	36,4	31,2		
BBE-Lehrgang ²	1.826	33,5	38,4		
Eignungsabklärung	4.408	30,3	24,7		
Arbeitserprobung	2.892	33,1	30,9		
Reha-Vorbereitungs-Lehrgang (RVL)	3.425	31,8	24,6		
Vorbereitungsmaßnahme für Weiterbildung	672	35,7	19,2		
Weiterbildungsmaßnahme	14.644	34,2	26,2		
Eingangsverfahren u. Berufsbildungsbereich einer WfbM	7.550	41,0	19,2		
blindentechnische u. vergleichbare Grundausbildung	44	40,9	13,6		
Trainingsmaßnahmen und Eignungsfeststellung	8.303	33,3	32,5		
sonstige Bildungsmaßnahmen	4.648	36,7	28,7		

¹ tip-Lehrgang: "Junge Mütter und Väter in Teilzeit-Ausbildung": Spezielles Ausbildungsangebot zur Vorbereitung der Erstausbildung für Mütter und Väter unter 25 Jahren, die infolge der Erziehungsaufgaben nur eine Teilzeit-ausbildung absolvieren können.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2004d, Sonderheft Tabelle 7; eigene Berechnungen

Obwohl Mädchen mit Behinderungen in ihrer Sozialisation auf eine berufliche Karriere hin orientiert werden und der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit bei behinderten Mädchen genauso an erster Stelle der Zukunftswünsche rangiert wie bei behinderten Jungen bzw. Gleichaltrigen ohne Behinderung (Michel u.a. 2003: 168 ff.) bleiben sie unterrepräsentiert in den verschiedensten Formen der Aus- und Weiterbildung und in der beruflichen Rehabilitation. Zahlreiche Studien, Gutachten und Publikationen wurden zu diesem Thema erarbeitet. Als Hauptursache für diese Situation wird die ungenügende Beachtung der weiblichen Lebensmuster in den Rehabilitationsangeboten genannt. So fehlen wohnortnahe Angebote, Teilzeitangebote und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder (u.a. Degener 1995; Häußler-Sczepan 2001: 522-523; eine umfassende Bibliografie liegt vor von Schopmanns 2004). Letztendlich ist davon auszugehen, dass diese Arbeiten einen wichtigen Impuls gaben, die spezifischen Bedürfnisse behinderter Frauen in der beruflichen Rehabilitation stärker wahrzunehmen, sie gesetzlich zu verankern und die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Frauen in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit wenigstens teilweise separat auszu-

^{2 &}quot;BBE-Lehrgang" zur Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen (z.B. zum Nachholen eines Hauptschulabschlusses)

weisen. Forschungsbedarf bleibt, vor allem im Rahmen der Begleitung der neuen Job-Initiative und im Hinblick auf die behinderungsspezifischen Chancen von Frauen und Mädchen (z.B. geistige Behinderungen, Lernbehinderungen).

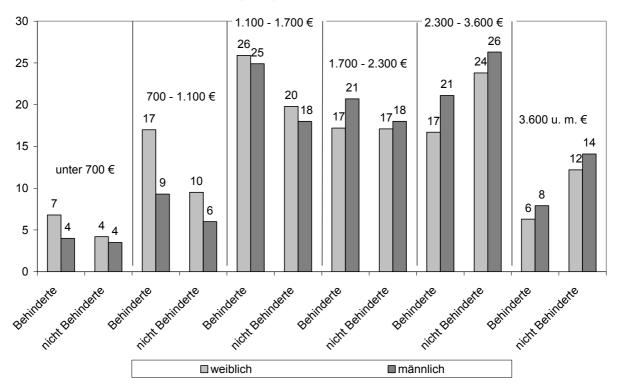
Einen wesentlichen Bereich zur Beschäftigung schwerbehinderter Frauen und Männer stellen die Integrationsunternehmen und vor allem die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) dar. Auf den Einfluss dieser beiden Angebote für die Verbesserung der Beschäftigungssituation behinderter Menschen verweist der Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe. Darin heißt es, dass im Jahr 2003 in Integrationsprojekten insgesamt 4.826 behinderte Menschen beschäftigt waren, knapp 35 Prozent davon waren Frauen (BMGS 2004: 148). Werkstätten für behinderte Menschen umfassen sowohl Arbeits- als auch Betreuungsbereiche. Mit Stand vom 01. 01. 2004 gab es bundesweit 678 Werkstätten mit insgesamt 229.469 Arbeitsplätzen (bagwfb). Diese Zahl ist seit 1991 kontinuierlich angestiegen. Frauen sind in den WfbM mit rund 42 Prozent vertreten (BMAS 2003: 21 f.). Schön/Richter-Witzgall/Klein stellen jedoch fest, dass Frauen überproportional häufig in den Werkstätten verbleiben, ohne Chance in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Die Situation in den Werkstätten wird einerseits als wenig frauengerecht eingeschätzt, andererseits stellen die Autorinnen fest, dass behinderte Frauen vorrangig in typische Frauenberufe gedrängt werden, in denen sie manchmal gar nicht arbeiten möchten (BMGS 2004: 345). Mit Einführung des SGB IX wurden die Aufgaben der WfB neu beschrieben und die Berücksichtigung frauenspezifischer Interessen in den Werkstätten aufgenommen. Mit der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung wurden gleichzeitig die Rechte behinderter Frauen und Männer gestärkt. Der spezielle Arbeitsmarkt für behinderte Menschen bietet zwar besonders behinderten Frauen und Menschen mit so genannten geistigen und Mehrfachbehinderungen Beschäftigungs- und Betreuungsmöglichkeiten; es darf jedoch nicht übersehen werden, dass er ausgrenzende Aspekte enthält.

Ökonomische Situation

Die schlechtere Beschäftigungssituation behinderter Frauen wirkt sich erwartungsgemäß auf deren finanzielle Situation aus (Abbildung 9.21). Mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.100€ müssen 24 Prozent der behinderten Frauen und 13 Prozent der behinderten Männer auskommen. Bei den nicht behinderten Personen trifft das auf 14 Prozent der Frauen und 10 Prozent der Männer zu. Behinderte Frauen befinden sich also besonders häufig in einer prekären wirtschaftlichen Situation.

Aussagekräftiger als der Durchschnitt ist der Vergleich von Haushaltstypen. Exemplarisch werden 1- und 2-Personenhaushalte der 25- bis 65-jährigen Bevölkerung angeführt (Abbildung 9.22 und 9.23).

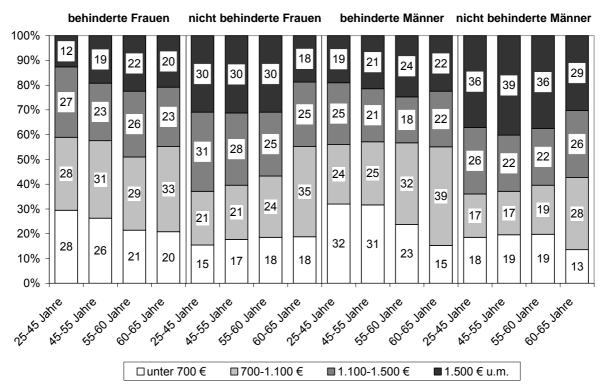
Abbildung 9.22: Haushaltsnettoeinkommen behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland 2003 (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Abbildung 9.23: 25- bis 65-jährige behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer in 1-Personenhaushalten nach Haushaltsnettoeinkommen und Altersgruppen



Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Pfaff u.a. 2005

behinderte Männer nicht behinderte Männer nicht behinderte Frauen behinderte Frauen 100% 80% 60% 40% 20% 0% 60.65 Jame 60.65 Jame 60.65 Jahre 25 AS Jahre 65.60 Jahre □ unter 1.300 € □ 1.300-1.700 € ■ 1.700-2.300 € ■2.300 € u.m.

Abbildung 9.24: 25- bis 65-jährige behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer in 2-Personenhaushalten nach Haushaltsnettoeinkommen und Altersgruppen

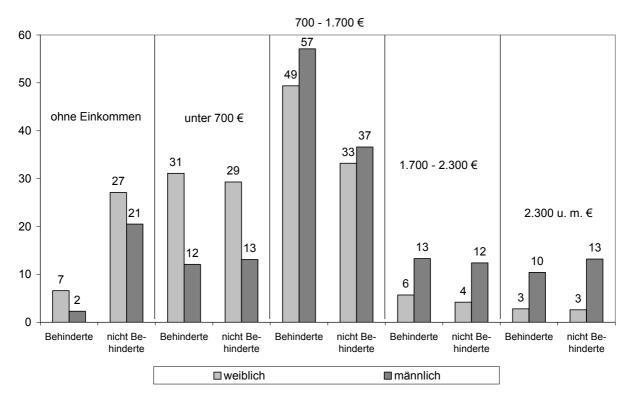
Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Pfaff u.a. 2005

Betrachtet man die Einkommensverhältnisse nach Haushaltgröße, Altersgruppen und Geschlecht differenziert, so ergeben sich zum Teil Unterschiede. Jüngere behinderte Frauen (25 bis 55 Jahre), die in Ein-Personenhaushalten lebten, verfügten etwa zu 56 Prozent über ein Haushaltsnettoeinkommen bis 1.100 €, behinderte Männer dieser Gruppe ebenfalls. In der Gruppe der über 55- bis 60-jährigen behinderten Frauen lag der Anteil der Frauen mit einem höheren Einkommen über dem der behinderten Männer. In Zwei-Personenhaushalten hatten behinderte Männer im Durchschnitt etwas mehr Haushaltseinkommen als behinderte Frauen. Die Ausnahme bildete hier die Gruppe der 60- bis 65-jährigen behinderten Männer, die über weniger Geld verfügen konnten als die gleichaltrigen behinderten Frauen (Pfaff 2005). Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist unter den Frauen und Männern mit Behinderung nicht so ausgeprägt wie unter den Frauen und Männern ohne Behinderung. Nicht behinderte Frauen beziehen im Alters- und Haushaltsgruppenvergleich durchschnittlich deutlich niedrigere Einkommen als Männer ohne Behinderung, jedoch deutlich höhere Einkommen als Frauen bzw. Männer mit Behinderungen (Abbildung 9.22, 9.23). In Bezug auf Haushalte mit 3 und mehr Personen, in denen etwa ein Fünftel der behinderten Menschen leben, trifft diese Aussage ebenfalls zu, wobei nach Pfaff (2005) die Unterschiede zwischen behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern geringer werden, in höheren Altersklassen weisen behinderte Frauen und Männer zum Teil sogar etwas höhere Einkommen als nicht behinderte auf. In der vorliegenden Statistik wird jedoch nicht ausgesagt, welche Stellung die behinderte Person in der Familie einnimmt (Mutter, Vater, Kind) bzw. zu welchem Zeitpunkt die Behinderung eingetreten ist.

Bei den durchschnittlichen persönlichen Nettoeinkommen liegen die Bezüge von 87 Prozent der behinderten Frauen und 71 Prozent der behinderten Männer unter 1.700 €. Damit ist der Anteil von Frauen unter den behinderten Menschen mit geringerem Einkommen deutlich größer als der der Männer. In den höheren Einkommensgruppen sind Männer überrepräsentiert, behinderte wie nicht behinderte.

Abbildung 9.25: Persönliches Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied nach Geschlecht und Behinderung in Deutschland 2003 (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 2003

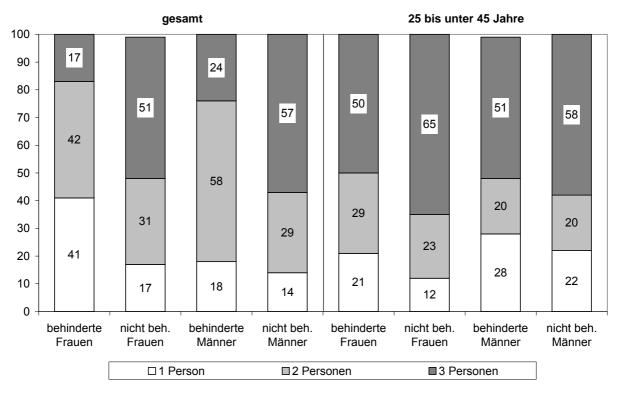
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus

Unter den behinderten Frauen und Männern gibt es insgesamt nur wenige, die über gar kein eigenes Einkommen verfügen. Dies dürfte vor allem den Renten und den Leistungen nach BSHG bzw. SGB XII zu verdanken sein (Abbildung 9.24).

Behinderte Frauen beziehen in allen Altersgruppen persönliche Einkommen, die häufiger als die gleichaltriger behinderter Männer unter 1.700 € liegen. Das trifft aber auch auf den Vergleich zwischen nicht behinderten Frauen und Männern zu, allerdings beziehen nicht behinderte Frauen höhere persönliche Einkommen als behinderte. Erst bei Personen ab dem 65. Lebensjahr gleichen sich die persönlichen Einkommen behinderter und nicht behinderter Frauen bzw. Männer an. Da Behinderungen, wie in Kapitel 9.5.4 dargestellt, häufig erst in der Folge von Erkrankungen im höheren Lebensalter auftreten, liegt hinter den meisten behinderten Frauen und Männern eine mit nicht Behinderten vergleichbare Erwerbsbiografie,

die damit auch zu vergleichbaren Einkommen führt. Zu vermerken ist, dass die für Abbildung 9.25 verfügbaren Einkommensgruppen sehr groß sind und damit kaum eine differenzierte Aussage ermöglichen.

Abbildung 9.26: Behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer nach Altersgruppen und persönlichem Nettoeinkommen bis 1.700 €in Deutschland (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 2003

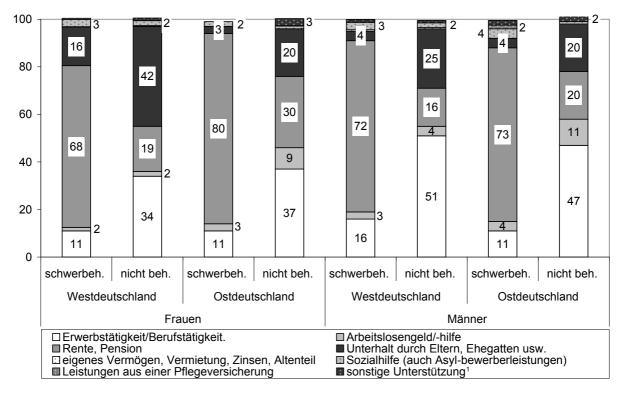
Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Bezieht man ein, dass Menschen mit Behinderungen einen höheren finanziellen Bedarf zum Bestreiten ihres Lebensunterhaltes haben, wird deutlich, dass nach wie vor Behinderung ein Armutsrisiko darstellt, auch wenn hierzu die vorliegenden Daten keine hinreichende Auskunft geben können. So bedürfen Menschen mit Behinderungen nicht nur unmittelbar mit der Behinderung in Verbindung stehende höhere Aufwendungen, sondern auch mittelbar. Diese betreffen z.B. Fahrkosten, Mieten, Betreuungskosten, aber auch Ausgaben für Ersatzbeschaffung bei höherem Verschleiß von Bekleidung, Mobiliar und Geschirr infolge der Behinderung, einem höheren Müllaufkommen bei Inkontinenz oder auch höherer Aufwendungen für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs, weil auf Angebote im Wohnumfeld zurückgegriffen werden muss und die eingeschränkte Mobilität bzw. fehlende Kraft oder Zeit dazu führen, dass günstige Sonderangebote in Supermärkten nicht in Anspruch genommen werden können (Michel u.a. 2004).

Schwerbehinderte Frauen und Männer bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Renten und Pensionen. Frauen in den ostdeutschen Ländern beziehen wesentlich häufiger als schwerbehinderte Frauen in den westdeutschen Ländern eine Rente oder Arbeitslosen-

geld bzw. Arbeitslosenhilfe, dafür seltener Unterhalt durch Eltern oder Ehegatten. Auch das ist ein Ergebnis der stärkeren beruflichen Integration von Frauen in der DDR. Behinderte Frauen nicht-deutscher Herkunft werden am häufigsten durch die Familie finanziell unterstützt, das betrifft etwa ein Fünftel der Frauen (Abbildung 9.26).

Abbildung 9.27: Überwiegender Lebensunterhalt schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland 2003 (in %)



1 BaföG, Stipendium, Vorruhestandsgeld

Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004z, Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Zur Bewertung der ökonomischen Situation von Frauen und Männern mit Behinderungen kann an dieser Stelle nicht auf Merkmale wie Wohneigentum, der Ausstattung der Haushalte oder Besitz eines Pkw eingegangen werden. Es soll aber auf die Verfügbarkeit eines PC und eines Internetanschlusses verwiesen werden, die einerseits die Selbstständigkeit trotz Behinderung erhöhen können, andererseits aber auch mit einer finanziellen Mehrbelastung verbunden sind. Frauen mit Behinderungen haben insgesamt seltener Zugang zu einem PC als Männer mit Behinderung. So sind 21 Prozent schwerbehinderte bzw. 46 Prozent leichtbehinderte Frauen, aber immerhin 30 Prozent der schwerbehinderten bzw. 52 Prozent der leichtbehinderte Männer entsprechend ausgestattet. Bei nicht behinderten Frauen und Männern verläuft der Trend ähnlich, allerdings auf einem höheren Niveau (Frauen 57 %, Männer 67 %). Im Ost-West-Vergleich wird sichtbar, dass Frauen in den ostdeutschen Ländern mit oder ohne Behinderung häufiger Zugang zu einem PC haben und mit Ausnahme der nicht behinderten Frauen auch häufiger das Internet nutzen. Ansonsten zeigt sich bei der Internet-

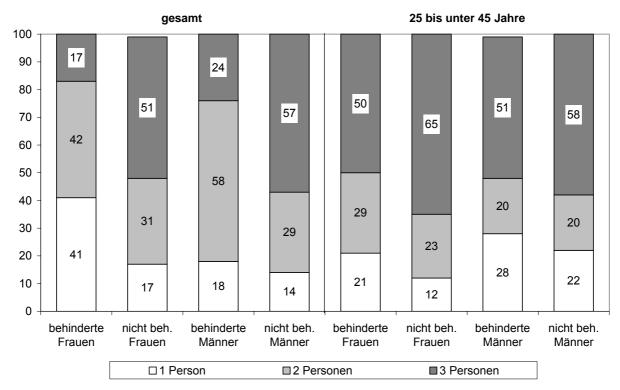
nutzung der gleiche Trend wie bei der PC-Nutzung, allerdings ebenfalls auf einem niedrigeren Niveau. So haben nur rund 15 Prozent der schwerbehinderten und 32 Prozent der leichtbehinderten Frauen Zugang zum Internet, bei den Männern sind es 21 bzw. 42 Prozent (SOEP 2003, eigene Berechnungen).

Familie und Wohnen im Erwachsenenalter

Zur familiären Situation und zum Wohnen im Erwachsenenalter geben die offiziellen Statistiken und Datenbanken nur wenige Auskünfte. Da im SOEP Daten zur Haushaltsstruktur oder zur Anzahl minderjähriger Kinder in den Haushalten als haushaltsbezogene Daten erfasst und ausgewertet werden, lassen sich nur Aussagen darüber treffen, in welchen Haushalten behinderte Personen leben, nicht aber in welchem verwandtschaftlichen Verhältnis sie zueinander stehen. Vergleiche zwischen behinderten Frauen und Männern können nur bedingt gezogen werden. Das trifft auch auf Aussagen zu Unterschieden im Familienstand oder zur Anzahl der Kinder zu, da sich aus der offiziellen Statistik nicht ergibt, ob die Eheschließung oder Ehelösung bzw. die Geburt von Kindern vor oder nach Eintritt der Behinderung erfolgte. Hierzu liegen Auskünfte in den Arbeiten von Eiermann u.a. (2000) und Michel u.a. (2001) vor, aus denen hervorgeht, dass Frauen mit Behinderungen zunehmend ihren Kinderwunsch realisieren, wobei Frauen mit geistigen Behinderungen bzw. in Einrichtungen seltener Kinder haben als Frauen mit körperlichen oder Sinnesbehinderungen (Häußler-Sczepan 2001: 521). Nach einer Studie in Sachsen hatte etwa die Hälfte der über 18-jährigen Frauen selbst Kinder. Davon bekamen 44 Prozent der Frauen ihre Kinder nach Eintritt der Behinderung und 12 Prozent sowohl davor als auch danach (Michel u.a. 2001: 25). Da sich die Frage nach Kindern im SOEP nur auf die im Haushalt lebenden Kinder unter 16 Jahren bezieht, ergaben sich wesentlich niedrigere Werte als in der Studie in Sachsen. Nach den Angaben des SOEP lebten 2003 6,7 Prozent der schwerbehinderten, 17 Prozent der leichtbehinderten und 32 Prozent der nicht behinderten Personen mit Kindern im Haushalt, was sich zum Teil durch die unterschiedliche Altersstruktur der behinderten und nicht behinderten Befragten erklärt. Die unzureichende Datenlage führt immer wieder dazu, dass die privaten Lebensformen behinderter Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männer kaum beleuchtet werden (Schildmann 2005). Hermes verwies mehrfach darauf, dass Fragen der Familienplanung behinderter Frauen in der gynäkologischen Praxis zu wenig Beachtung finden (u.a. Hermes 2000). Das bestätigt erneut eine Arbeit von Rothemund zu diesem Thema (Rothemund 2005). Sie verweist darauf, dass in den geburtshilflichen Lehrbüchern zwar ein kleiner Abschnitt zur Betreuung muslimischer Frauen enthalten ist, jedoch gar nichts zu Frauen mit Behinderungen. Dieses Ausbildungsdefizit bekommen die betroffenen Frauen dann sowohl in Form von Unsicherheiten seitens des medizinischen Personals als auch von Vorurteilen bis hin zur Infragestellung des Rechts auf eigene Kinder zu spüren. Hier besteht dringender Forschungs- und politischer Handlungsbedarf (Hermes 1998; 2000). Der Handlungsbedarf reicht von der barrierefreien Gestaltung der Einrichtungen, die für Mütter mit Behinderungen von Bedeutung sind, bis zur Verankerung des Themas Schwangerschaft und Geburt bei Frauen mit Behinderungen in die ärztliche Aus- und Weiterbildung, von der Bereitstellung geeigneter Hilfsmittel für Mütter mit Behinderungen bis zur weiteren Ausgestaltung des Sozialrechtes, dass eine Gleichberechtigung von Müttern und Vätern mit und ohne Behinderung gewährleistet.

Bei allen Behinderten liegt der Anteil allein lebender Frauen deutlich über dem der Männer, bedingt durch den hohen Anteil behinderter älterer Frauen. In der Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen kehrt sich dieses Verhältnis um. In dieser Altersgruppe liegt der Anteil alleinlebender behinderte Männer über dem Anteil der gleichaltrigen behinderten Frauen. Sowohl die Daten des SOEP als auch die des Mikrozensus bestätigen erneut, dass Frauen und Männer mit Behinderungen häufiger als nicht Behinderte in Ein-Personenhaushalten leben. Dies wird zwar zum Teil durch die höhere Altersstruktur behinderter Menschen bedingt, bei einem altersgruppenspezifischen Vergleich zeigt sich jedoch der gleiche Trend, wenn auch etwas abgeschwächt (Abbildung 9.27).

Abbildung 9.28: Haushaltsstruktur behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland (in %)



Datenbasis: Mikrozensus 2003

Quelle: Pfaff 2004

Schließlich soll noch auf den Familienstand behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer eingegangen werden. Vergleicht man alle behinderten Frauen und Männer mit den nicht behinderten, so ergibt sich, dass einerseits behinderte Männer mit 70 Prozent häufiger

verheiratet sind als behinderte Frauen (44 %). Andererseits sind behinderte Männer wesentlich häufiger verheiratet als nicht behinderte (48%), behinderte Frauen hingegen etwas seltener als nicht behinderte (48 %). Behinderte Männer haben also deutlich mehr Chancen, im Rahmen einer Ehe Unterstützung zu finden als behinderte Frauen. Dies ist eine Folge der höheren Lebenserwartung von Frauen sowie der Tatsache, dass Ehemänner oft älter sind als Ehefrauen. Tritt im Alter eine Behinderung ein, leben Männer häufig noch mit ihrer Partnerin zusammen. Frauen sind in dieser Situation oft schon verwitwet (Kapitel 4, Abbildung 4.13 und 4.14).

Betrachtet man nur die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen, so ist der Anteil der ledigen Männer mit Behinderungen (53%) höher als der behinderter Frauen (43%). Noch etwas deutlicher ist der Unterschied zwischen nicht behinderten Männern (40%) und Frauen (27%). Eindeutig zeigt sich aber, dass Menschen mit Behinderungen geringere Chancen auf eine Ehe haben als nicht Behinderte. Betrachtet man die über 60-Jährigen, so ergeben sich bei behinderten und nicht behinderten Personen etwa gleich niedrige Anteile lediger Personen, hier lassen sich kaum sinnvolle Vergleiche ziehen, weil bei der Mehrzahl der Betroffenen die Behinderung erst im höheren Lebensalter eingetreten ist und sich damit Muster des familialen Lebens nicht wesentlich unterscheiden. Hier wären speziellere Analysen nötig, die den Zeitpunkt des Eintretens der Behinderung mit berücksichtigen.

Auf die spezifischen Probleme behinderter Mütter und Väter gibt die offizielle Statistik keine Antwort. Im Bericht der Bundesregierung zur Lage der behinderten Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe wird auf die Situation behinderter Mütter und Väter eingegangen und notwendiger Handlungsbedarf aufgezeigt (BMGS 2004c: 16, 66, 212 ff.). Mit dem SGB IX wurden die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen.

9.6 Behinderte Frauen und Männer im Alter

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird entscheidend dadurch beeinflusst, dass nicht nur die mittlere, sondern auch die fernere Lebenserwartung der Menschen steigt und darunter auch die Überlebenszeiten nach Unfällen oder Erkrankungen. Kontrovers diskutieren Expertinnen und Experten (meist im Zusammenhang mit Fragen der Belastungen der Sozialhaushalte), ob mit dem Anstieg des Anteils alter Menschen in der Gesellschaft automatisch die Zahl kranker und behinderter alter Menschen steigt (Medikalisierungsthese) oder ob gewonnene Jahre in erster Linie gesunde Lebensjahre sind, also Krankheit und Behinderung in noch höhere Altersgruppen verlagert werden (Kompressionsthese). Im Bericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" (Deutscher Bundestag 2002b: 398-399) wird darauf verwiesen, dass beim gegenwärtigen Wissensstand die auf einer Synthese zwischen den beiden Ausgangsthesen basierende so genannte Bi-Modalitätsthese am überzeugendsten erscheint. Es wird also einen großen Teil älterer Frauen und Männer geben, die

ihr Leben mit gesundheitlichen Einschränkungen gestalten müssen und auf entsprechende Hilfsangebote angewiesen sind. Darüber hinaus steigt mit zunehmendem Alter das Erkrankungsrisiko, z.B. bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bösartigen Tumoren oder demenziellen Erkrankungen. Ebenso wird es aber auch eine große Gruppe von Menschen geben, die im Alter gesund und aktiv ihr Leben gestalten können.

Aus der Tatsache, dass nur ein relativ kleiner Teil der Frauen und Männer seit Geburt bzw. seit der Kindheit oder Jugend mit einer Behinderung lebt, die Mehrzahl hingegen im mittleren oder höheren Lebensalter mit einer Behinderung konfrontiert wird, ergeben sich völlig unterschiedliche Lebenssituationen. Während von Kindheit an behinderte Menschen meist recht gut mit ihrer Behinderung umgehen können, weichen ihre Lebensentwürfe und ihre Biografien von denen nicht behinderter mehr oder weniger stark ab. Für Frauen und Männer, bei denen die Behinderung erst im höheren Lebensalter eintrat, lassen sich vergleichbare biografische Verläufe wie bei nicht behinderten gleichaltrigen Frauen und Männern feststellen, so z.B. in Bezug auf die familiäre Einbindung, die schulische und berufliche Ausbildung, die berufliche Integration oder die Einkommenssituation. Je später eine Behinderung eintritt, umso größere Probleme können sich aber bei der Bewältigung der behinderungsbedingten Veränderungen ergeben. So ist z.B. die Integration älterer Patienten in Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zum Teil erschwert, sowohl durch Haltungen der Leistungserbringer (Medizinisches Personal, Kostenträger) als auch der Betroffenen selbst (fehlende Informationen über bestehende Möglichkeiten, fatalistische Einstellungen oder fehlende Einsicht bezüglich auftretender Leistungseinschränkungen oder Behandlungsbedürftigkeit). Teilweise erschweren multimorbide Krankheitsbilder Rehabilitationsmaßnahmen.

Ein Aspekt ist bei der Betrachtung der Situation alter behinderter Menschen besonders hervorzuheben. Erstmals erreichen Kohorten lebenslang behinderter Frauen und Männer das Rentenalter, da infolge des Euthanasie-Programmes in der NS-Zeit von 1943 bis zum Ende des Regimes im Mai 1945 behinderte Menschen systematisch ermordet wurden. Darüber hinaus wurden behinderte Frauen und Männer zumeist zwangssterilisiert, was dazu führt, dass diejenigen, die den Faschismus in Deutschland überlebten, ohne eigene Kinder und möglicherweise auch häufiger als nicht behinderte ohne sonstige familiale Bindungen im Alter leben.

Ein Überblick über die Situation behinderter Frauen und Männer wurde im Rahmen des Workshops "Lebenswelten älterer Menschen mit Behinderung" gegeben und entsprechender Forschungsbedarf deutlich gemacht (BMFSJ 2002b).

Im Rahmen des vorliegenden Datenreports sollen die Themen Rente und Pflege kurz beleuchtet werden, die zwar auch für jüngere Frauen und Männer mit Behinderungen Bedeutung besitzen, jedoch im mittleren bis höheren Lebensalter besonders relevant werden.

Rentenbezüge behinderter Frauen und Männer

Das durchschnittliche Zugangsalter in die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit lag 2003 für Frauen in Deutschland bei 49,2 Jahren, für Männer bei 50,7, in den ostdeutschen Ländern noch darunter (Frauen 48,8 Jahre, Männer 49,8). Damit ist das Renteneintrittsalter wegen Erwerbsminderung seit 1993 sowohl bei ost- als auch bei westdeutschen Frauen kontinuierlich gesunken, ebenso bei westdeutschen Männern. Bei ostdeutschen Männern schwanken die Zahlen etwas, das Rentenzugangsalter lag für sie 2000 mit 50,3 Jahren am höchsten (Tabelle 9.10).

Tabelle 9.10: Durchschnittliches Rentenzugangsalter – GRV-Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993 bis 2003 (in %)

	Deutschland		Westdeu	ıtschland	Ostdeutschland		
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	
1993	51,3	53,3	52,2	53,9	49,3	49,5	
1994	51,0	53,0	52,0	53,8	49,2	49,6	
1995	50,9	52,7	51,5	53,4	49,7	49,7	
1996	50,8	52,6	51,3	53,3	49,4	49,3	
1997	50,5	52,4	50,9	53,0	49,5	49,7	
1998	50,3	52,3	50,6	52,8	49,5	50,0	
1999	50,5	52,3	50,8	52,7	49,7	50,2	
2000	50,3	52,2	50,5	52,6	49,3	50,3	
2001	50,0	51,7	50,2	52,0	49,2	50,1	
2002	49,5	51,1	49,6	51,5	48,9	49,9	
2003	49,2	50,7	49,3	50,9	48,8	49,8	

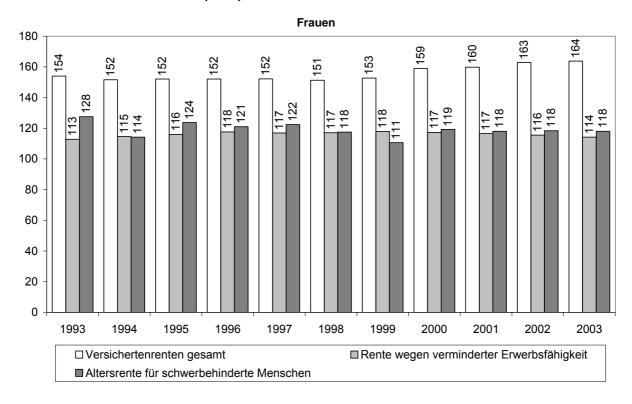
Datenbasisbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR-Statistik Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Bei allen Versichertenrenten²⁴⁵ betrugen 2003 die Versichertenjahre für westdeutsche Frauen 25 Jahre, für westdeutsche Männer 39,5 Jahre. Auch ostdeutsche Frauen weisen weniger Versichertenjahre auf als ostdeutsche Männer (41 Jahre bzw. 44,5 Jahre), diese Unterschiede sind aber wesentlich geringer als in Westdeutschland. Deutlich mehr Versicherungsjahre bis zum Renteneintritt weisen bei allen Versichertenrenten ostdeutsche Frauen gegenüber den westdeutschen Frauen auf. Diese Differenzen sind zwar auch im Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Männern nachweisbar, jedoch nicht so deutlich ausgeprägt. So bestand ein Verhältnis der Versichertenjahre Frauen Ost zu Frauen West von 163,8 Prozent sowie Männer Ost zu Männer West von 112,5 Prozent (Abbildung 9.28). Bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit betrug 2003 das Verhältnis 114,2 Prozent für Frauen und 102,1 Prozent für Männer. Die durchschnittliche Anzahl der Versichertenjahre in dieser Rentenart betrug für westdeutsche Frauen 35,8 Jahre, für westdeutsche Männer 40,7 Jahre. Ostdeutsche Frauen hatten 40,9 Jahre, ostdeutsche Männer 41,5 Jahre bis zum Eintritt der Erwerbsminderungsren-

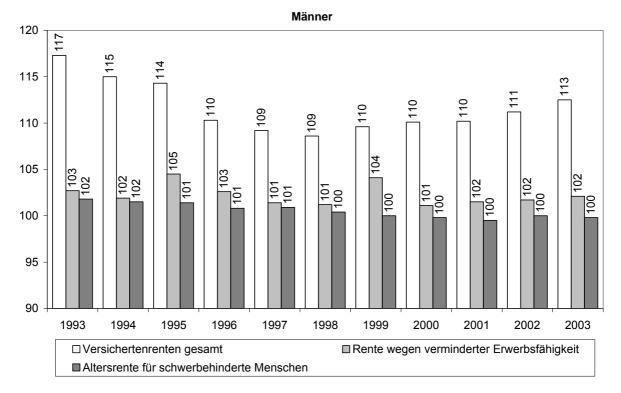
te gearbeitet. Bei Altersrenten für Schwerbehinderte schließlich betrug das Verhältnis der Versichertenjahre Ost zu West 118 Prozent bei Frauen und 99,8 Prozent bei Männern. Frauen, die Altersrente für Schwerbehinderte bezogen, konnten in Westdeutschland im Durchschnitt 35,7 Jahre nachweisen, Männer 46,3 Jahre, Frauen in Ostdeutschland 42,1 Jahre, und Männer 44,3 Jahre. Erwerbsbiografien ostdeutscher Frauen gleichen somit stärker denen der Männer, sie haben durchschnittlich ein bis drei Berufsjahre weniger als Männer, westdeutsche Frauen hingegen ca. fünf bis elf Jahre weniger als westdeutsche Männer.

Abbildung 9.29: Anteil der durchschnittlichen Versichertenjahre von Personen in Ostdeutschland an den Versichertenjahren in Westdeutschland nach Geschlecht in den GRV-Renten 1993 bis 2003 (in %)



- Fortsetzung nächste Seite -

²⁴⁵ Alle Versichertenrenten umfassen: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, Regelaltersrenten sowie Altersrenten für langjährig Versicherte, für Schwerbehinderte, wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit und für langjährig unter Tage Beschäftigte.



Datenbasis: VDR-Statistik

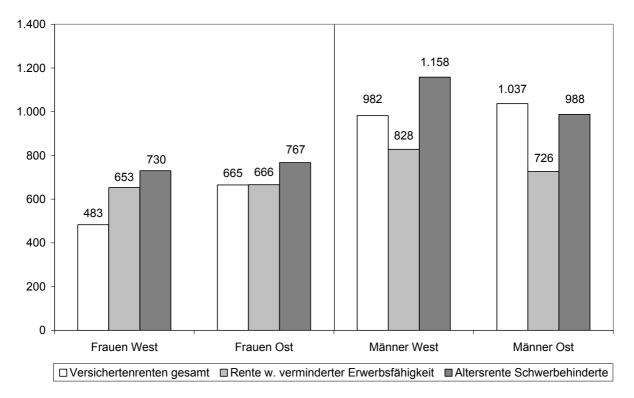
Quelle: VDR-Statistik Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Wie aus Abbildung 9.28 hervorgeht, können Frauen aus Ostdeutschland in allen Vergleichsjahren und bei allen drei angeführten Rentenarten deutlich mehr Versichertenjahre als Frauen aus den westdeutschen Ländern nachweisen. Am deutlichsten wird das bei den Versichertenrenten allgemein, hier reicht das Verhältnis von 151,3 Prozent (1998) bis 163,8 Prozent (2003). Unterschiedliche Lebensentwürfe, die im Osten Familien- und Erwerbsphase gleichzeitig, im Westen in aufeinander folgenden Lebensphasen vorsahen, beeinflussen die Anzahl der Versichertenjahre ebenso wie das Vorhandensein von ausreichenden Kinderbetreuungsangeboten. Auf die längeren Erwerbsbiografien der Frauen und Männer in den ostdeutschen Ländern wirken sich auch kürzere Ausbildungs- und damit frühere Berufseinstiegszeiten und eine hohe Integration in den Arbeitsmarkt aus. Bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und bei Altersrenten für Schwerbehinderte sind die Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Ländern nicht so deutlich ausgeprägt. Frauen in den ostdeutschen Ländern verfügen aber trotz der Probleme auf dem Arbeitsmarkt auch bei diesen beiden Rentenarten in allen Vergleichsjahren über eine längere Versicherungszeit als Frauen aus den westdeutschen Ländern. Für Männer gleicht sich das Verhältnis der Versichertenjahre bei Altersrenten für Schwerbehinderte an.

Entsprechend der Unterschiede in der Beschäftigungssituation liegen die Entgeltpunkte je Versichertenjahr sowohl bei allen Renten als auch bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Altersrenten für Schwerbehinderte bei ostdeutschen Frauen über denen der Frauen in Westdeutschland. Männer in Ostdeutschland haben geringfügig niedrigere Ent-

geltpunktwerte als westdeutsche Männer, aber deutlich höhere als ostdeutsche Frauen. Das gleiche gilt noch verstärkt für die Unterschiede zwischen westdeutschen Frauen und Männern. Hierin spiegelt sich in besonderer Weise die unterschiedliche Bewertung von Arbeitsleistungen der Frauen und Männer wider. Die Differenzen in den Versichertenjahren und den Entgeltpunkten finden dann in den Rentenzahlbeträgen ihren Ausdruck (berücksichtigt wurden nur die selbst erworbenen gesetzlichen Renten, keine Sonder-, Zusatz- oder Witwen-Witwerrenten) (Abbildung 9.29).

Abbildung 9.30: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenart in West- und Ostdeutschland 2004 (in €)



Datenbasis: VDR-Statistik

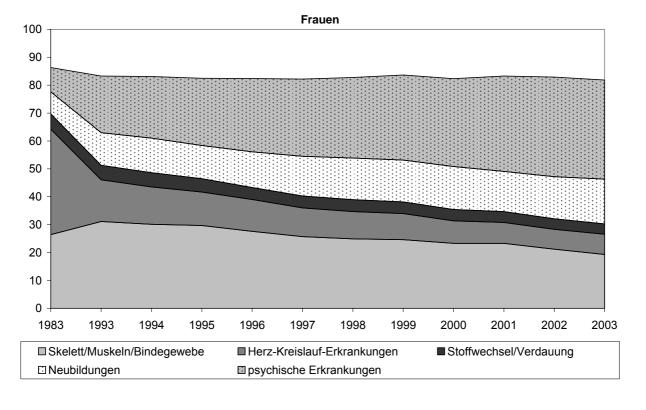
Quelle: VDR-Statistik Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Frauen beziehen in allen drei Rentenarten z.T. deutlich niedrigere Beträge als Männer. Ostdeutsche Frauen erhalten allerdings höhere Renten als Frauen im Westen. Trotz geringerer oder gleicher Versichertenjahre, aber höherer Entgeltpunkte beziehen westdeutsche Männer höhere Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bzw. Altersrenten für Schwerbehinderte als ostdeutsche Männer, bei Versichertenrenten allgemein liegen die Zahlbeträge an Männer im Osten höher. Auf die genannten Ergebnisse wirken sich neben den ungleichen Chancen zur beruflichen Teilhabe in den ost- und westdeutschen Ländern vor allem die Unterschiede in der Bewertung von Arbeit aus. Familienarbeit ist bis heute nur in sehr geringem Umfang direkt rentenwirksam. Aus den Rentenbestandsdaten vom 31.12.2003 geht hervor, dass sich der monatliche Rentenzahlbetrag für Kindererziehungsleistungen pro Kind auf 26 € beläuft (VDR, Rentenbestand 2003). Kriegs- und Wehrdienstzeiten ergeben höhere Punktwerte als

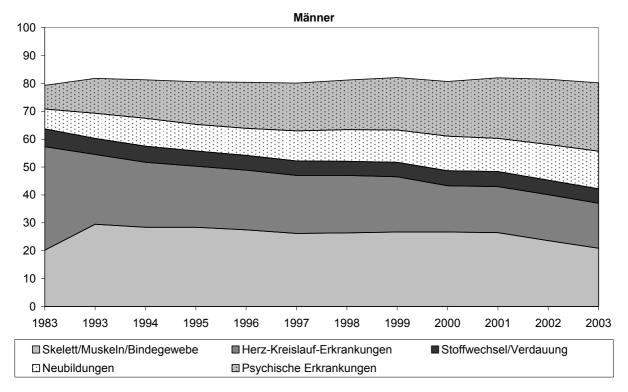
Kindererziehungszeiten und die unterschiedlich hohen Beitragszahlungen während der Erwerbsarbeit führen zu unterschiedlich hohen Rentenansprüchen (Kapitel 7.5). Die hier nicht ausgewiesenen Witwen- bzw. Witwerrenten sichern bisher in ganz erheblichem Maß die ökonomische Situation von Frauen im Alter ab (vgl. Kapitel 7).

Interessant ist die Verteilung der Hauptursachen, die zur Frühverrentung führten. Noch 1983 (Angaben liegen für dieses Jahr nur für Westdeutschland vor) bildeten Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei beiden Geschlechtern die Hauptursache für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, gefolgt von Erkrankungen des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes, während psychische Erkrankungen nur etwa jeden zehnten Rentenfall verursachten (Abbildung 9.30). Die Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben 20 Jahre später ihre führende Position sowohl bei Frauen als auch bei Männern verloren, bilden bei Männern aber noch etwas häufiger als bei Frauen den Anlass zur Frühverrentung. Ebenso sank der Anteil der Erkrankungen des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes, auch hier bei Frauen etwas stärker als bei Männern. Erkrankungen des Stoffwechsels und der Verdauungsorgane machen über den Zeitverlauf etwa gleich bleibend 5 bzw. 6 Prozent aller Rentenfälle aus. Neubildungen haben leicht an Bedeutung zugenommen und bildeten 2003 mit 16 Prozent (Frauen) bzw. 14 Prozent (Männer) die Hauptursache für eine Frühverrentung.

Abbildung 9.31: Hauptursachen für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bei Frauen und Männern in Deutschland 1983 bis 2003 (in %)



⁻ Fortsetzung nächste Seite -



Datenbasis: VDR-Statistik

Quelle: VDR-Statistik Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

An Gewicht haben vor allem die psychischen Erkrankungen als Ursache für einen vorzeitigen Renteneintritt gewonnen. Sie nehmen mit 36 Prozent (Frauen) bzw. 25 Prozent (Männer) mittlerweile den ersten Platz unter den Ursachen der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ein. In den ostdeutschen Ländern wird dieser Grund sowohl bei Frauen als auch Männern zwar etwas seltener angegeben (3 % bzw. 4 % weniger), liegt aber ebenfalls an der Spitze der Ursachen für eine Frühverrentung. Wenn man davon ausgeht, dass durch verminderte Erwerbsfähigkeit im Durchschnitt 15 Beschäftigungsjahre sowohl individuell als auch für die Gesellschaft verloren gehen, wird deutlich, welch große Bedeutung der Prävention dieser Erkrankungen zukommt.

Pflegebedarf und Pflegesituation behinderter Frauen und Männer

Die demografische Entwicklung in Deutschland, die durch den Anstieg des Anteils älterer Menschen sowie durch Veränderungen in den Familienformen und durch erhöhte (territoriale) Mobilität der Generation im erwerbsfähigen Alter charakterisiert ist, führte zum Teil zu Überlastungen des Systems Familie, das bis 1995 das Risiko der Pflegebedürftigkeit von Familienmitgliedern allein getragen hat. Mit der Einführung der sozialen Pflegeversicherung wurde ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Situation sowohl Pflegebedürftiger als auch pflegender Angehöriger und der professionellen Pflegeangebote geleistet, obwohl das Pflegeversicherungsgesetz wenig auf die Bedürfnisse junger, aktiver behinderter Frauen und Männer mit Pflegebedarf zugeschnitten ist, sondern eher auf die Pflege alter Menschen.

Pflegende Angehörige sind in der Regel weiblich, meist Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter und Mütter (Kapitel 5.10). Die von ihnen bis zur Einführung der Pflegeversicherung vorwiegend unentgeltlich erbrachten Leistungen wurden seit diesem Zeitpunkt in finanzieller und rentenrechtlicher Sicht besser abgesichert, auch wenn diese Absicherung kein Äquivalent der tatsächlich erbrachten Leistungen bedeutet (Kapitel 7.7.2).

Die Pflegeversicherung erbringt finanzielle und materielle Leistungen bei einem festgestellten Hilfebedarf für Verrichtungen des täglichen Lebens. Pflegebedürftig im Sinne des § 14 SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maß der Hilfe bedürfen.

Daten zur Situation pflegebedürftiger Menschen liefert einerseits die Pflegestatistik, die alle zwei Jahre vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt wird. 2001 erschienen insgesamt vier Berichte, die Aussagen zu Pflegebedürftigen, ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen liefern, sowohl für Deutschland gesamt als auch im Ländervergleich (Statistisches Bundesamt 2003q-t). Eine aktualisierte Pflegestatistik wird 2005 zur Verfügung stehen. Im Jahr 2004 erschien der dritte Bericht zur Entwicklung der Pflegeversicherung, in dem eine Übersicht über die Entwicklung der Zahlen pflegebedürftiger Frauen und Männer in Deutschland gegeben wird. Ebenso wird auf die Weiterentwicklungen des Gesetzes verwiesen sowie eine Einschätzung der finanziellen Entwicklung der Pflegeversicherung gegeben (BMGS 2004e). Eine weitere Informationsquelle stellen die Ergebnisse des Mikrozensus vom Mai 2003 dar, in deren Rahmen ebenfalls Daten zur Pflegebedürftigkeit erhoben wurden (Statistisches Bundesamt 2004n).

Aus den vorliegenden Berichten wird deutlich, dass Leistungen der Pflegeversicherung in erster Linie von Menschen im höheren Alter in Anspruch genommen werden. So verweisen die Daten des Mikrozensus darauf, dass im Mai 2003 rund 2 Millionen Frauen und Männer in Deutschland im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig waren. 69 Prozent der Pflegebedürftigen waren Frauen. Ab dem 70. Lebensjahr übersteigt mit zunehmendem Alter die Zahl pflegebedürftiger Frauen immer mehr die Zahl pflegebedürftiger Männer (Abbildung 9.31). In der Altersgruppe der 70- bis 75-Jährigen waren 102.000 Frauen und 79.000 Männer pflegebedürftig, in der Altersgruppe der 90-Jährigen und älteren waren es 277.000 Frauen und 50.000 Männer. Mit 85 Prozent überwogen die Personen über 60 Jahre, ein Drittel der Pflegebedürftigen war sogar älter als 85 Jahre. Die überwiegende Zahl der Pflegebedürftigen (71 %) lebte in privaten Haushalten, 29 Prozent in stationären Einrichtungen (Statistisches Bundesamt 2004n: 3).

350 □Frauen 294 ■Männer 300 281 277 250 198 200 150 109 106 102 102 91 100 87 85 79 64 59 50 46 50 0 60-70 J. 80-85 J. unter 25 J. 25-60 J. 70-75 J. 75-80 J. 85-90 J. 90 J. u. darüber

Abbildung 9.32: Pflegebedürftige Frauen und Männer nach Altersgruppen in Deutschland (in 1.000)

Datenbasis: Pflegestatistik

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004n: 8

Dabei liegt bis zum 70. Lebensjahr die Pflegequote der Männer etwas über der der Frauen, in der Altersgruppe 70 bis 75 Jahre übersteigt erstmals die Pflegequote der Frauen mit 5,1 Prozent die Quote der Männer (5 %) (Abbildung 9.32).

In den folgenden Altersgruppen steigt die Quote der Frauen sehr deutlich über die der Männer. In der höchsten Altersgruppe liegt sie mit 62 Prozent für Frauen dieser Altersgruppe sogar fast doppelt so hoch wie die der gleichaltrigen Männer (38 %). Im Bericht des Statistischen Bundesamtes wird darauf verwiesen, dass in der Altersgruppe der 85- bis 90-Jährigen 83 Prozent der pflegebedürftigen Frauen verwitwet sind und zu zwei Dritteln alleine leben. Pflegebedürftige Männer dieser Altersgruppe sind nur zu 45 Prozent verwitwet und leben zu einem Drittel allein (Statistisches Bundesamt 2004n: 4). Einen großen Teil des Pflegebedarfs alter Männer decken die Partnerinnen ab. Hierin könnte auch eine Ursache der geringeren Pflegequoten der Männer liegen, nämlich dass Ehefrauen die Versorgung der Partner lange Zeit ohne entsprechende finanzielle oder professionelle Absicherung übernehmen, während die zum Zeitpunkt des Eintritts einer Pflegebedürftigkeit bereits allein lebenden alten Frauen eher auf professionelle Hilfe bzw. Hilfe durch jüngere Familienmitglieder angewiesen sind, die dann auch die Leistungen der Pflegekasse in Anspruch nehmen (BMFSFJ 2002c: 195 ff.).

²⁴⁶ Informationen zu den pflegenden Familienangehörigen finden sich im Kapitel 5, Abschnitt 5.10.

5.1 5.0

70-75 J.

75-80 J.

80-85 J.

■Männer

85-90 J.

90 J. und da-

rüber

1,9 2,2

60-70 J.

□Frauen

Abbildung 9.33: Anteil pflegebedürftiger Frauen und Männer an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Pflegequote) in Deutschland (in %)

Datenbasis: Pflegestatistik

0,4 0,5

unter 25 J.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004n: 8

0.5 0.5

25-60 J.

Der Anteil pflegebedürftiger Frauen und Männer liegt bis zum 60. Lebensjahr für beide Geschlechter bei einem Prozent der jeweiligen Altersgruppe. Für diese Personengruppe erbringt das Pflegeversicherungsgesetz nur Unterstützung im Bereich der Grundpflege und der Hauswirtschaft. Wurde jedoch Assistenz zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben benötigt, war dies bis zur Einführung des SGB IX und des BGG mit einer finanziellen Mehrbelastung für die betreffenden Personen verbunden. Eine finanzielle Unterstützung erfolgte aus Leistungen der Pflegeversicherung und aus Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz. Überstiegen die Ansprüche an die Assistenz- und Pflegeleistungen jedoch die Kosten, die für eine stationäre Betreuung aufzuwenden waren, entstand für viele Betroffene der Konflikt, zwischen dem Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und deren Finanzierung. Durch die zuständigen Sozialämter wurde dann oft eine Unterbringung in einer stationären Einrichtung angestrebt. Diese Einschränkungen der Chancengleichheit betreffen Frauen und Männer mit Behinderungen gleichermaßen. Besonders für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, die auf Pflege und Assistenz angewiesen sind, ergeben sich aber noch zwei weitere Konfliktfelder. So wird in zahlreichen Publikationen das Recht auf Pflegekräfte des gleichen Geschlechts eingefordert (Igl 2002, Hermes o.J.). Besonders dann, wenn Assistenzbedarf bei hygienischen Verrichtungen notwendig ist, wird die Würde der auf Assistenz Angewiesenen stärker gewahrt, wenn sie selbst über die Person entscheiden kann, die

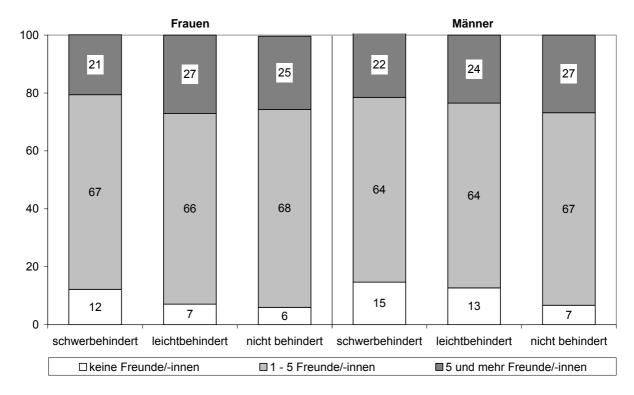
diese Pflegearbeiten ausführt. Die Realisierung des Rechtsanspruches auf Pflegepersonen des gleichen Geschlechts trägt darüber hinaus dazu bei, einem zweiten Konfliktbereich vorzubeugen, dem des sexuellen Missbrauchs an Personen mit Behinderungen, wobei wiederum vorrangig behinderte Frauen und Mädchen gefährdet sind. Das Risiko sexuellen Missbrauchs erhöht sich bei einer stationären Unterbringen. "Soziale Isolation und Fremdbestimmung im Alltag begünstigen Missbrauch so in mehrfacher Hinsicht: Sie schaffen zusätzliche Abhängigkeit für die Betroffenen, die von den Tätern leicht ausgenutzt werden können und die Opfer schweigen lassen", erklärt Zinsmeister (2002: 317). Die Täter kommen sowohl aus dem familiären oder nachbarschaftlichen Umfeld als auch aus der Gruppe der Bewohner und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen. Bei den Tätern kann es sich um ärztliches, pflegerisches und therapeutisches Personal oder um Geistliche handeln. Den Opfern wird wenig Glauben geschenkt, sofern sie überhaupt den Mut oder die Möglichkeit haben, über den sexuellen Übergriff zu berichten (ebd.). Diese Situation spiegelte sich auch in dem bis 2003 gültigen Sexualstrafrecht wieder. Durch den aktiven Einsatz behinderter Frauen und Männer wurde nach Einführung des SGB IX sowie des BGG auch das Sexualstrafrecht geändert und behinderte Opfer sexuellen Missbrauchs nicht behinderten gleichgestellt.

Eine weitere Konsequenz aus der stärkeren Gefährdung behinderter Frauen bestand darin, dass im §44 SGB IX Übungen zur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung als Leistungsanspruch aufgenommen wurden, ein weiterer Erfolg, den engagierte behinderte Frauen und Männer im Rahmen ihrer politischen Interessenvertretung erreicht haben.

9.7 Soziale Netzwerke

In der Fachliteratur (Niehaus 1993; Michel u.a. 2003 u.a.) wird immer wieder darauf verwiesen, dass Frauen und Männer mit Behinderungen nur über eingeschränkte soziale Netze verfügen. Das findet seine Bestätigung in den Daten des SOEP (Abbildung 9.33), sowohl in Bezug auf die Anzahl der Freundinnen und Freunde als auch bei Betrachtung von zwei Indikatoren, die auf die Qualität der Beziehungen verweisen.

Abbildung 9.34: Anzahl der engen Freundinnen und Freunde von behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern nach Schwere der Behinderung in Deutschland 2003 (in %)



Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2004; eigene Berechnungen

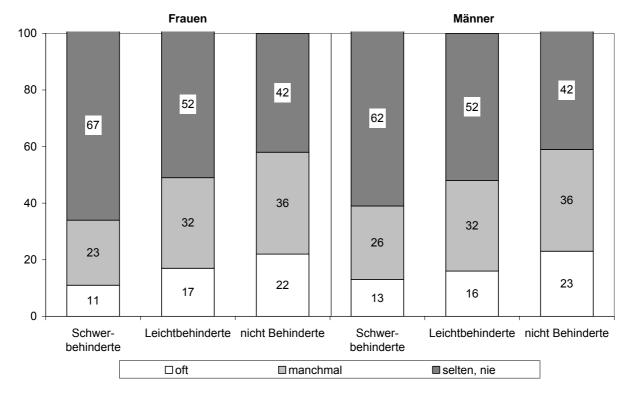
Schwerbehinderte Frauen und Männer müssen häufiger als nicht behinderte gänzlich auf einen Freundeskreis verzichten. Schwerbehinderte Frauen und Männer gaben jeweils doppelt so oft wie nicht behinderte an, überhaupt keine Freundinnen und Freunde zu haben (jede achte schwerbehinderte Frau und jeder siebente schwerbehinderte Mann). Durchschnittlich zwei Drittel der behinderten sowie nicht behinderten Frauen und Männer nannten ein bis fünf Freundinnen und Freunde, etwa jede fünfte schwerbehinderte Frau bzw. jeder fünfte schwerbehinderte Mann besaß fünf und mehr Freundinnen und Freunde, bei leicht oder nicht behinderten traf das auf ein Viertel der Frauen und Männer zu. Leichtbehinderte Männer besaßen jedoch etwas häufiger als leichtbehinderte Frauen keine Freunde oder Freundinnen.

Die Anzahl der Freundinnen und Freunde sagt noch nichts aus über die Qualität der Beziehungen. Deshalb sollen aus dem SOEP zwei Indikatoren angefügt werden, die einen Rückschluss auf die Qualität der Freundschaften zulassen.

Auf die Frage, ob sie den Freundinnen und Freunden Geld leihen würden, antworteten 93 Prozent der schwerbehinderten Frauen und 91 Prozent der schwerbehinderten Männer, dass sie das nie machen würden. Bei den leichter Behinderten erklärten es 92 Prozent der Frauen, und 86 Prozent der Männer und von den nicht Behinderten nur 84 Prozent der Frauen

bzw. 80 Prozent der Männer. Persönliche Dinge würden schon eher an Freundinnen und Freunde ausgeliehen. Allerdings stimmten leicht oder nicht behinderte Frauen und Männer dieser Aussage stärker zu als schwerbehinderte, wobei sich Frauen und Männer in den jeweiligen Gruppen nicht wesentlich in ihren Antworten unterschieden (Abbildung 9.34).

Abbildung 9.35: Bereitschaft behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer, Freundinnen und Freunden persönliche Dinge zu leihen (in %)

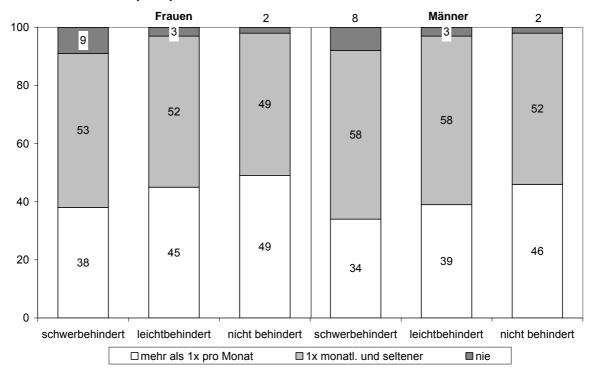


Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Auch wenn die Häufigkeit von Kontakten zu Freundinnen und Freunden sowie zu Verwandten noch kein Maßstab für die Qualität der Kontakte darstellt, sind sie doch ein weiterer Indikator für die Einbindung in ein bestehendes soziales Netz (Abbildung 9.35, Abbildung 9.36).

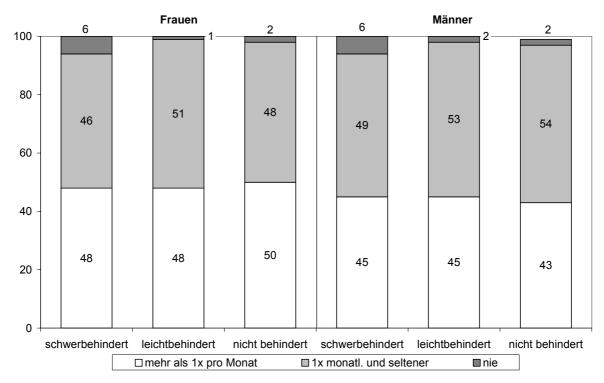
Abbildung 9.36: Besuchshäufigkeit von Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freundinnen und Freunden bei behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern in Deutschland 2003 (in %)



Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Abbildung 9.37: Besuchshäufigkeit von Familienangehörigen bei behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern in Deutschland 2003 (in %)



Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Im Geschlechtervergleich zeigt sich, dass schwerbehinderte Frauen etwas häufiger als schwerbehinderte Männer mehrmals monatlich Besuche von Freundinnen und Freunden oder Verwandten erhielten. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch im Vergleich der Frauen und Männer insgesamt: Frauen pflegen etwas häufiger soziale Kontakte als Männer. Schwerbehinderte Frauen und Männer gaben häufiger als leicht und nicht behinderte Personen an, nie Besuch von Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn oder Verwandten zu bekommen, ansonsten ähneln sich die Angaben schwer, leicht und nicht behinderter Frauen und Männer zumindest in Bezug auf die familialen Kontakte. Im Ost-West-Vergleich werden geringfügig höhere Besuchsfrequenzen von Freundinnen und Freunden sowie Bekannten in den westdeutschen Ländern angegeben, in den ostdeutschen Ländern hingegen tendenziell höhere Besuchsfrequenzen durch Familienangehörige.

Aus den dargestellten Ergebnissen zur Verfügbarkeit sozialer Netze bestätigt sich erneut die geringere Einbindung behinderter Frauen und Männer in außerfamiliale Netze und die größere Bedeutung der Familie. Einschränkungen bei der Wahrnehmung von Teilhabechancen wirken sich auf Größe und Stabilität sozialer Netze aus. Die geringere berufliche Integration und geringere materielle Ressourcen erschweren ebenso wie hohe Anforderungen bei der Alltagsbewältigung oder ideelle Barrieren im Zusammenleben behinderter oder nicht behinderter Frauen und Männer den Aufbau tragfähiger sozialer Beziehungen.

9.7.1 Politische Partizipation

Die politische Partizipation von Frauen und Männer mit Behinderungen hat in erheblichem Umfang dazu beigetragen, dass ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik vollzogen wurde und die aktive Teilhabe behinderter Frauen und Männer an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens das Kernziel dieser Politik darstellt. Die politische Partizipation reicht von der selbstständigen Wahrnehmung des Wahlrechts auf allen politischen Ebenen bis zur aktiven organisierten Einmischung in die Politik über politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen sowie über Organe der Selbstvertretung und Selbsthilfe behinderter Menschen. 1994 fand das Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderungen erstmals Eingang in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. 2001 und 2002 traten das SGB IX sowie das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft und im Dezember 2004 wurde ein erster Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz auf Bundesebene vorgelegt. Einen wesentlichen Beitrag leistete dabei das Forum behinderter Juristinnen und Juristen. Speziell für Frauen mit Behinderungen entwickelten sich wichtige Initiativen der politischen Selbstvertretung. Auf dem Krüppeltribunal 1981 meldeten sich behinderte Frauen in Westdeutschland zu ihren spezifischen Problemen zu Wort. 1992 gründete sich das erste landesweite Netzwerk für behinderte Frauen in Hessen, 1996 etablierte sich das "Weibernetzwerk e.V." im politischen Leben der Bundesrepublik und schließlich nahm im Jahr 1999 die "Bundesorganisationsstelle behinderter Frauen" in Kassel, gefördert durch das BMFSFJ, ihre Arbeit auf (Louis 2004). Seit 2003 wird das "Weibernetzwerk e. V." durch dieses Ministerium gefördert. Für Ostdeutschland konnten in einer Evaluationsstudie zum Aufbau eines sächsischen Netzwerkes behinderter Frauen Aussagen zur politischen Partizipation getroffen werden, wobei Frauen in Sachsen in erster Linie die gemeinsame Interessenvertretung mit behinderten Männern bevorzugten (Michel u.a. 2001).

Trotz des vielfältigen, erfolgreichen Engagements behinderter Frauen und Männer darf nicht übersehen werden, dass nur ein relativ kleiner Teil in dieser Form politisch aktiv ist. Repräsentative Aussagen zur politischen Partizipation liefern die Daten des SOEP.

Nach eigenen Angaben sind Frauen seltener als Männer politisch aktiv. Das gilt auch für behinderte Frauen und Männer (Tabelle 9.11, Tabelle 9.12). Männer und Frauen mit leichteren Behinderungen (bis GdB 50) werden häufiger gesellschaftlich aktiv, sogar etwas häufiger als nicht behinderte Frauen und Männer, dennoch insgesamt auf einem niedrigen Niveau.

Tabelle 9.11: Beteiligung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Parteien, Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen in Deutschland 2003 (in %)

	Schwerbehinderte		Leichtbehinderte		nicht Behinderte	
	Frauen N=866	Männer N=174	Frauen N=275	Männer N=1.419	Frauen N=10.435	Männer N=9.152
mind. 1x monatlich	0,3	1,4	0,7	2,0	0,7	1,6
weniger als 1x monatlich	5,9	10,7	11,3	14,6	9,2	13,4
nie	93,8	87,9	88,0	83,4	90,1	85,0

Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Tabelle 9.12: Beteiligung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer an ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen und Verbänden in Deutschland 2003 (in %)

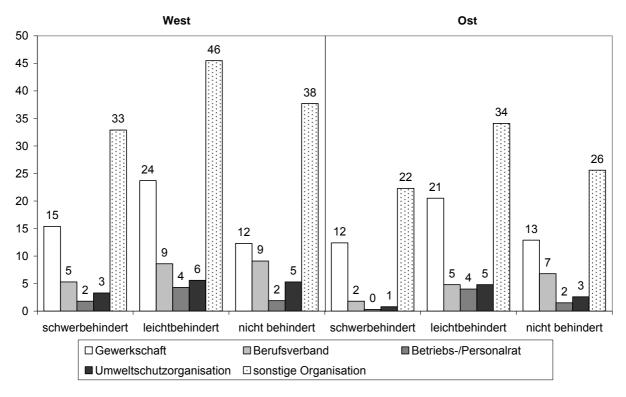
	Schwerbehinderte		Leichtbehinderte		nicht Behinderte	
	Frauen N=866	Männer N=955	Frauen N=274	Männer N=394	Frauen N=10.443	Männer N=9.404
mind. 1x monatlich	6,0	10,6	8,4	12,4	7,3	11,1
weniger als 1x monatlich	9,4	12,6	16,4	24,1	17,4	19,7
nie	84,6	76,9	75,2	63,5	75,3	69,1

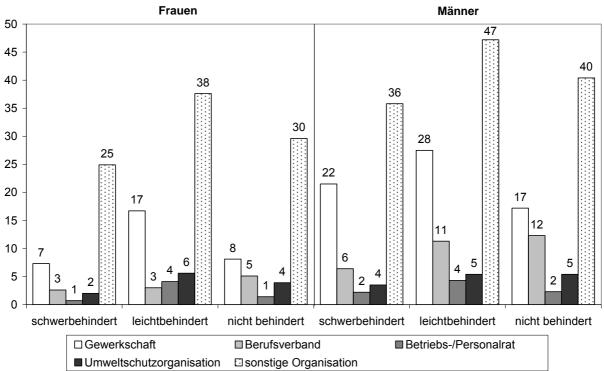
Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Das gleiche Ergebnis zeigt sich in Bezug auf die Mitgliedschaft in politischen Organisationen (Abbildung 9.37).

Abbildung 9.38: Mitgliedschaft Behinderter und nicht Behinderter in politischen Organisationen nach West¹- und Ostdeutschland² sowie nach Geschlecht 2003 (in %)





1 Westdeutschland einschl. Berlin-West

2 Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

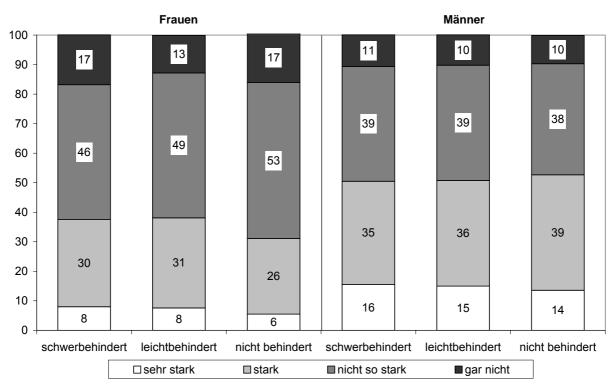
Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Frauen mit und ohne Behinderungen sind insgesamt seltener Mitglied in politischen Organi-

sationen als Männer der jeweiligen Vergleichsgruppen schwer-, leicht- und nicht behinderter Männer. Mit Ausnahme der Gewerkschaften und der sonstigen Organisationen, die vor allem im Selbsthilfe-, Sport- und Freizeitbereich angesiedelt sind, erreicht die Mitgliedschaft in den angeführten Organisationen lediglich einstellige Prozentwerte, in den ostdeutschen noch niedrigere als in den westdeutschen Ländern. Die politische Partizipation wird damit nur sehr eingeschränkt wahrgenommen, eine Ursachenanalyse kann und soll an dieser Stelle nicht vorgenommen werden. Neben dem von Frauen artikulierten geringeren Interesse an Politik (Abbildung 9.38) ist zu bedenken, dass der kompliziert zu organisierende Alltag, eingeschränkte Mobilität und ungeeignete Partizipationsangebote (Ort und Zeit von Veranstaltungen, Erreichbarkeit und Barrierefreiheit) mit dazu beitragen, dass Männer und noch stärker Frauen mit Behinderungen ihr Recht auf politische Partizipation nicht oder nur unzureichend realisieren können. Sie erhalten damit oft auch notwendige Informationen und Hilfsangebote nicht im erforderlichen Umfang, was ihre Teilhabechancen weiter beeinträchtigt.

Abbildung 9.39: Interesse an Politik bei behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern in Deutschland 2003 (in %)



Datenbasis:SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

9.7.2 Bewertung der eigenen Lebenssituation

Abschließend soll die Zufriedenheit behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer mit wesentlichen Lebensbereichen dargestellt werden (Abbildung 9.39).

7.1 6,2 erwartete Lebenszufriedenheit in 5 Jahren 5,6 Lebensstandard 6,8 6,6 Wohnbedingungen 6,4 <u>[6,</u>3 öffentliche Verkehrsmittel 16,6 Freizeit Waren/Dienstleistungen 6,3 6,4 6,4 Einkommen ∫6,1 5 8 9 0 2 3 4 6 7 1 □schwerbehindert ■ leichtbehindert ■ nicht behindert

Abbildung 9.40: Zufriedenheit behinderter und nicht behinderter Menschen mit ausgewählten Lebensbereichen in Deutschland 2003 (Mittelwerte)

1 = sehr unzufrieden, 10 = sehr zufrieden

Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Mit Ausnahme der in fünf Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit unterscheiden sich behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer nicht wesentlich in der Bewertung der Lebensbereiche Waren/Dienstleistungen, Wohnbedingungen, Einkommen, Freizeit, allgemeiner Lebensstandard und öffentliche Verkehrsmittel. Deutlichere Unterschiede gibt es bezüglich der künftig erwarteten Lebenszufriedenheit, die von nicht behinderten Personen positiver bewertet wird. Das Alter und die Bewertung des aktuellen Gesundheitszustandes beeinflussen dieses Ergebnis offensichtlich ebenso wie die allgemeine aktuelle Lebenslage. Aus diesem Grund sollen für die Bewertung des Gesundheitszustandes sowie für die in fünf Jahren erwartete allgemeine Lebenszufriedenheit die Ergebnisse des SOEP noch einmal differenzierter dargestellt werden, da sich hierbei die Ergebnisse für behinderte und nicht behinderte Frauen und Männern sowie für Ost- und Westdeutschland deutlich unterscheiden (Tabelle 9.13).

Tabelle 9.13: Bewertung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes aus der Sicht behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

		We	stdeutschla	nd ¹	Ostdeutschland ²		
		schwer- behindert	leicht- behindert	nicht behindert	schwer- behindert	leicht- behindert	nicht behindert
Frauen	gut/sehr gut	9	16	55	4	25	53
	teils/teils	32	42	32	30	38	33
	unbefriedigend/schlecht	60	42	13	66	38	14
er	gut/sehr gut	12	23	62	8	10	54
Männer	teils/teils	36	43	29	38	41	35
Š	unbefriedigend/schlecht	52	34	9	55	49	11

¹ Westdeutschland einschl. Berlin-West

Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

Frauen geben generell einen schlechteren Gesundheitszustand an als Männer. Schwerbehinderte Frauen und Männer bewerten ihren aktuellen Gesundheitszustand erwartungsgemäß wesentlich schlechter als leichtbehinderte oder nicht behinderte. Mit Ausnahme der leichtbehinderten Frauen sind Ostdeutsche mit ihrer Gesundheit unzufriedener als Westdeutsche. Weiterhin lässt sich ein enger Zusammenhang zum Lebensalter feststellen. So steigt bei Männern bis zum 55. Lebensjahr der Anteil derer, die ihre Gesundheit als unbefriedigend bis schlecht bewerten, auf 61 Prozent der schwerbehinderten, 42 Prozent der leichtbehinderten und 10 Prozent der nicht behinderten Männer. Über 55-jährige schwer- sowie leichtbehinderte Männer sind dann mit ihrer Gesundheit wieder etwas zufriedener. Der Anteil nicht behinderter Männer sowie der Frauen aller drei Vergleichsgruppen, die ihren Gesundheitszustand als schlecht bewerten, steigt kontinuierlich mit zunehmendem Alter an.

Die in fünf Jahren erwartete allgemeine Lebenszufriedenheit drückt aus, wie optimistisch behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer in die Zukunft sehen (Tabelle 9.14).

Tabelle 9.14: In fünf Jahren erwartete Lebenszufriedenheit aus der Sicht behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)

		We	estdeutschlar	nd ¹	Ostdeutschland ²			
		schwer- behindert	leicht- behindert	nicht be- hindert	schwer- behindert	leicht- behindert	nicht be- hindert	
Frauen	zufrieden	45	54	74	22	33	55	
	teils/teils	38	36	23	56	58	36	
	unzufrieden	17	10	4	22	8	8	
Männer	zufrieden	42	53	74	26	29	53	
	teils/teils	42	38	22	51	51	38	
	unzufrieden	16	9	4	24	20	10	

¹ Westdeutschland einschl. Berlin-West

Datenbasis: SOEP

Quelle: SOEP 2003; eigene Berechnungen

² Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

² Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost

Männer und Frauen mit vergleichbarer körperlicher Beeinträchtigung zeigen sich jeweils ähnlich optimistisch. Frauen und Männer in Ostdeutschland sehen jedoch weniger optimistisch in die Zukunft als die in Westdeuschland. Der Anteil derer, die erwarten, in fünf Jahren mit ihrer allgemeinen Lebenssituation zufrieden zu sein, ist am niedrigsten bei schwerbehinderten ostdeutschen Frauen. Leichtbehinderte Personen sind optimistischer als schwerbehinderte, nicht behinderte optimistischer als behinderte. Es fällt allerdings auf, dass leichtbehinderte Männer im Osten zu einem deutlich höheren Anteil als leichtbehinderte Frauen im Osten unzufrieden sind. In diesen Ergebnissen spiegelt sich letztlich die Bewertung der gesamten Lebenssituation wider, die sowohl gesundheitliche Aspekte umfasst als auch die Bewertung der wirtschaftlichen Lage und vielleicht auch die der Zukunftsperspektive der Region. Wie komplex und vielfältig die subjektive Verarbeitung von Behinderungen ist, können qualitative Studien deutlich machen (zum Beispiel Bruner 2005).

9.8 Überblick über die Ergebnisse

Die traditionelle Orientierung der deutschen Schwerbehindertengesetzgebung an der männlichen Erwerbsbiografie hat bis heute zur Folge, dass zumindest in Westdeutschland die Schwerbehindertenquote der Männer über der der Frauen liegt. Damit kommen Männern mit Behinderung häufiger als Frauen mit Behinderung die vom Gesetz vorgesehenen Maßnahmen zur Versorgung und zum Nachteilsausgleich zugute. Behinderte Frauen sind dagegen oft doppelt diskriminiert, als Behinderte und in dieser Gruppe noch einmal als Frauen. Seit 1987 steigt die Schwerbehindertenguote sowohl bei Männern als auch bei Frauen leicht an.

Der Anteil schwerbehinderter Frauen und Männer steigt mit zunehmendem Alter an - von 0 bis 55 Jahren von 0,5 auf 6,7 Prozent. In der Altersgruppe der über 65-jährigen ist etwa jede bzw. jeder Vierte behindert. Während in den jüngeren Altersgruppen der Anteil schwerbehinderter Männer überwiegt, kehrt sich das Verhältnis in der Altersgruppe ab 75 Jahren um. Neben unterschiedlichen Lebensrisiken, die zu einer Behinderung führen können, beeinflusst die höhere Lebenserwartung von Frauen dieses Ergebnis. Frauen erreichen häufiger als Männer ein Alter, in dem zur Behinderung führende Erkrankungen verstärkt auftreten (z.B. Demenzen, Tumore, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus). Frauen werden häufiger erst bei schwererer Behinderung amtlich registriert. So sind 44 Prozent der Schwerbehinderten mit einem GdB 50, aber 50 Prozent bei einem GdB 90 bzw. 100 weiblich.

Daten zur Tagesbetreuung behinderter Mädchen und Jungen liegen nicht vor, da die Kinderund Jugendhilfestatistik nur bereitgestellte Plätze erfasst, nicht deren tatsächliche Belegung. Hervorzuheben ist jedoch, dass integrative Angebote zum Standard der Versorgung behinderter Kinder im Vorschulbereich geworden sind. Deutlich mehr Jungen als Mädchen besuchen Sonderschulen. In dem häufigsten Sonderschultyp, den Sonderschulen für Lernbehinderte, stellen Jungen 61 Prozent der Schülerschaft, in Schulen mit dem Schwerpunkt "Sprachbehinderung" 71 Prozent, in Schulen für "emotionale, soziale Behinderung" 86 Prozent.

Im Schuljahr 2003/2004 verließen 80 Prozent der Schulabgänger mit Behinderung die Sonderschule ohne Abschluss, zwei Prozent mit Realschulabschluss, noch weniger mit Fachhochschul- oder Hochschulreife. Gemessen an ihrem relativ geringen Anteil an der Schülerschaft von Sonderschulen fällt aktuell der relativ hohe Anteil von Mädchen an den vergleichsweise seltenen höheren Schulabschlüssen auf.

Vergleicht man die Erwerbsbeteiligung von behinderten Frauen und Männern, so stellt man fest, dass die Erwerbsquote 25- bis 55-jähriger schwerbehinderter Frauen bei 48 Prozent, die der Männer in gleicher Situation nur wenig darüber, nämlich bei 53 Prozent liegt. Damit sind die geschlechtsspezifischen Diskrepanzen zwischen schwerbehinderten Frauen und Männern im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung deutlich weniger ausgeprägt als die Geschlechterdiskrepanzen bei leicht oder nicht behinderten Frauen und Männern. Die Beschäftigungsquote behinderter Frauen und Männer liegt jeweils unter der nicht behinderter Frauen und Männer. In Ostdeutschland lag die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Frauen und Männer mit ca. 40 Prozent deutlich unter den Werten für Frauen (48%) und Männer (55%) mit Behinderungen in Westdeutschland. Die Krise auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt mindert die Chancen von Frauen und Männern mit Behinderung also ganz erheblich, wobei in Ostdeutschland die Beschäftigungsquote der behinderten Frauen sogar geringfügig höher ist als die der Männer. Am geringsten ist die Erwerbsbeteiligung von nichtdeutschen Frauen und Männern mit Behinderungen; nur etwa jede vierte Frau und jeder dritte Mann geht in dieser Gruppe einer Arbeit nach.

In Westdeutschland üben 61 Prozent der erwerbstätigen schwerbehinderten Frauen und 84 Prozent der schwerbehinderten Männer eine Vollzeitbeschäftigung aus. Im Osten Deutschlands unterscheiden sich die Vollzeitquoten schwerbehinderter Frauen und Männer weniger als in Westdeutschland. Es gibt also viele Hinweise darauf, dass sich die berufliche Integration von behinderten Frauen und Männern in den ostdeutschen Bundesländern weniger unterscheidet als in den westdeutschen Bundesländern. Hauptbeschäftigungsbereich stellt für Frauen und Männer mit Behinderungen der öffentliche Dienst dar. Dies gilt für Frauen mehr noch als für Männer.

Unter den Frauen und Männern mit Behinderung ist die Arbeitslosigkeit besonders im Osten groß. Dort sind Männer mit Behinderung häufiger als Frauen mit Behinderung arbeitslos gemeldet. In Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung sind behinderte Frauen mit etwas mehr als einem Drittel der Teilnehmenden deutlich unterrepräsentiert. Diesbezüglich gibt es keine Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Ländern.

Die ungleiche Integration von Frauen und Männern in den Arbeitsmarkt, die im Westen aus-

geprägter ist als im Osten, spiegelt sich auch im Haushaltseinkommen behinderter Frauen und Männer wider. Mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.100€ müssen 24 Prozent der behinderten Frauen, aber nur 13 Prozent der behinderten Männer auskommen. Bei den nicht behinderten Personen betrifft das 14 Prozent der Frauen und 10 Prozent der Männer. Eine haushalts- und altersgruppenspezifische Auswertung zeigt allerdings, dass über 55-jährige behinderte Frauen bzw. Frauen aus größeren Haushalten (drei und mehr Personen) sogar über geringfügig höhere Haushaltnettoeinkommen als behinderte Männer dieser Gruppen verfügen. Behinderten Frauen kommt vermutlich öfter als Männern die Versorgung durch eine Hinterbliebenenrente bzw. ein männliches Erwerbseinkommen zugute.

Die aus eigener Erwerbsarbeit abgeleiteten Rentenansprüche von behinderten Frauen liegen in den ostdeutschen Bundesländern, und noch deutlicher in den westdeutschen, unter den entsprechenden Rentenansprüchen von Männern mit Behinderung. Infolge der längeren Versichertenzeiten beziehen ostdeutsche Frauen mit Behinderungen höhere Renten aus eigenen Erwerbsarbeitszeiten als westdeutsche.

Psychische Erkrankungen sind die häufigste Ursache für einen vorzeitigen Renteneintritt. Mit 36 Prozent spielt diese Ursachengruppe für Frauen eine deutlich größere Rolle als für Männer (25%). Die Fälle in dieser Ursachengruppe haben sich im Verlauf der letzten 10 Jahre nahezu verdoppelt.

Über die spezifischen Bedürfnisse behinderter Väter und Mütter liegen in offiziellen Statistiken keine Aussagen vor. Mit Einführung der SGB IX und XII sowie des BGG sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Verbesserung der Situation behinderter Eltern geschaffen. Vorliegende kleinere Studien belegen den großen Handlungsbedarf bei der Realisierung des Anspruches auf Unterstützung von Lebensentwürfen, die auch für Frauen und Männer mit Behinderung eine eigene Familie einschließen.

Bezogen auf die Inanspruchnahme von Leistungen der Pflegeversicherung liegt die Pflegequote von Frauen und Männern bis zum 70. Lebensjahr etwa gleich hoch. In den folgenden Altersgruppen steigt die Quote der Frauen sehr deutlich bis auf 62 Prozent bei den über 90-jährigen, die der Männer liegt in diesem hohen Alter dagegen bei 38 Prozent. Da Frauen dieser Altersgruppe weitaus häufiger verwitwet sind und häufiger allein leben als Männer, sind sie häufiger auf professionelle Hilfe oder Angehörigenpflege angewiesen. Der Anspruch auf gleichgeschlechtliche Pflege wird im Rahmen der neuen sozialrechtlichen Regelungen gesichert. Aussagen zu seiner Umsetzung in die Praxis liegen auf der Basis offizieller Statistiken, die die Grundlage des Datenreports bildeten, nicht vor.

Behinderte Frauen äußern sich in Befragungen im Allgemeinen weniger politisch interessiert als behinderte Männer, sie beteiligen sich seltener in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Verbänden. Damit entsprechen die Geschlechterdiskrepanzen unter Frauen und Männern

mit Behinderung den Geschlechterdiskrepanzen von Frauen und Männern ohne Behinderung. Die Geschlechterdiskrepanzen haben vermutlich auch ähnliche Ursachen (Kapitel 6). Frauen und Männer mit Behinderung zeigen sich trotz der vermutbaren Erschwernisse im Alltag kaum weniger engagiert als Frauen und Männer ohne Behinderung, schwerbehinderte Frauen und Männer sind allerdings deutlich schwächer politisch eingebunden als leicht behinderte. Die politische Partizipation engagierter Frauen und Männer mit Behinderung trug sehr wesentlich dazu bei, dass sich die Rahmenbedingungen für die Herstellung der Chancengleichheit behinderter Frauen und Männer in Deutschland in vielen Bereichen der Gesellschaft verbessert haben und weiterer Handlungsbedarf immer wieder aufgezeigt wird.

10. Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern

Das Wichtigste in Kürze:

- Im Verlauf der letzten 15 Jahre ist bei vielen Gewaltdelikten ein Anstieg der Kriminalitätsbelastung sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu verzeichnen. Dabei gibt es eine gewisse Angleichung zwischen den Geschlechtern: 1988 kamen bezogen auf die Gewaltkriminalität noch neun männliche auf eine weibliche Tatver-dächtige, im Jahr 2003 waren es nur noch sieben.
- Von den meisten Gewaltdelikten sind Frauen seltener als Männer als Opfer betroffen. Dies gilt nicht für Sexualdelikte, die sich ganz überwiegend gegen weibliche Opfer richten, und auch nicht für Raubdelikte gegenüber Opfern über 60 Jahren.
- Gewaltdelikte gegen Frauen (insbesondere Körperverletzungs- und Tötungsdelikte) sind häufig Beziehungstaten, bei denen eine Verwandtschaft oder Bekanntschaft zum Tatverdächtigen besteht. Männliche Opfer haben dagegen in der Mehrzahl der Fälle höchstens eine flüchtige Beziehung zum Tatverdächtigen.
- Dunkelfeldstudien zeigen: Von körperlicher Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen scheinen Männer zunächst rein quantitativ in annähernd gleichem Ausmaß wie Frauen betroffen zu sein. Werden aber der Schweregrad, die Bedrohlichkeit und die Häufigkeit erlebter Gewaltsituationen einbezogen, dann zeigt sich, dass Frauen häufiger von schwerer und in hoher Frequenz auftretender Gewalt in Paarbeziehungen betroffen sind.
- Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Männer, Mädchen und Jungen wird zu 95 bis 99 Prozent von Männern ausgeübt. Opfer sexueller Gewalt werden vor allem Frauen, Mädchen und Jungen, seltener dagegen erwachsene Männer.
- Von körperlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend sind den bundesdeutschen Studien nach Jungen häufiger betroffen als Mädchen. Das gilt in hohem Maße für Gewalt in Schulen, durch Gleichaltrige und abgeschwächt auch für Formen elterlicher körperlicher Züchtigung.
- Frauen fühlen sich in privaten Räumen sicherer, doch dort wird die meiste Gewalt gegen Frauen verübt. Männer haben umgekehrt kaum Angst an öffentlichen Orten, an denen sie jedoch die meiste Gewalt erfahren. Hieran wird deutlich, dass Kriminalitätsfurcht und reale Gewalterfahrung kaum miteinander korrespondieren.
- In den letzten 30 Jahren werden Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht verzeichnet: Bei Männern ist sie weitgehend gleich geblieben, bei Frauen dagegen, insbesondere bei jüngeren Frauen, ist sie deutlich gesunken.

10.1 Entwicklungen in der geschlechtsspezifischen Thematisierung von Gewalt – Einführung in das Kapitel

10.1.1 Fragestellung, Datengrundlage und Definitionen

Im Kontext eines Berichtes zur Einschätzung der erreichten Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland sind im Hinblick auf Gewalt diejenigen Aspekte vorrangig herauszuarbeiten, die Aussagen über geschlechtsspezifische Entwicklungen sowie das Geschlechterverhältnis zulassen.

Auf internationaler Ebene besteht Einigkeit darüber und wurde in den vergangenen 15 Jahren vielfach formuliert, dass Gewalt gegen Frauen/gegen das weibliche Geschlecht einen entscheidenden Faktor darstellt, der geschlechtshierarchische Strukturen aufrecht erhält und somit insgesamt die Entwicklung zu einer Gesellschaft der Gleichwertigkeit und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern behindert (Weltkonferenz für Menschenrechte Wien 1993; BMFSFJ 1994b für die Weltfrauenkonferenz Bejing 1995; Bunch 1998; Unicef 1997; Expertengruppe des Europarates 1997; Heiliger/Hoffmann 1998). Dies betrifft nicht nur die Situation von Frauen und Mädchen als Opfer vielfältiger Formen männlicher Gewalt²⁴⁷, sondern auch die von Männern durch die Zuschreibung potenzieller Gewalttätigkeit und Dominanz im vorherrschenden Männlichkeitsbild. Diese Zuschreibung blockiert den Weg zu einer kollektiven Transformation männlicher Identität zu Gewaltfreiheit und Gleichwertigkeit im Geschlechterverhältnis, wie neuere Männerforschung aufzeigt (Dieckmann u.a. 1994; Kaufman 1998; Connell 1999; Pech 2002; Otten 2002).

Als Gewalt sind in diesem Kapitel zum einen strafrechtlich verfolgte, bzw. angezeigte Handlungen definiert, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unter "Gewaltkriminalität" geführt werden: Mord/Totschlag, Vergewaltigung/sexuelle Nötigung, gefährliche/schwere Körperverletzung, Raubdelikte. Aber auch die so genannte leichte Körperverletzung, sexueller Missbrauch an Kindern und weitere Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (einschließlich Frauenhandel, Zwangsprostitution, Kinderpornografie) sind hier dazu zu rechnen. Die so genannte leichte Körperverletzung macht den größten Teil der interpersonalen Gewaltdelikte aus, gefolgt von der schweren Körperverletzung, Raub, sexuellem Missbrauch, Vergewaltigung/sexueller Nötigung und Mord/Totschlag.

Zum anderen umfasst die Definition von Gewalt unter geschlechtsspezifischen Aspekten auch subtilere Handlungsformen, die überwiegend nicht zur Anzeige gelangen, weil sie entweder nicht unter strafrechtliche Kategorien fallen oder weil sie subjektiv (von Opfer und/oder Umfeld) nicht als Gewalt wahrgenommen und eingeordnet werden bzw. entsprechende Unsicherheiten bestehen wie etwa bei sexueller Belästigung, Bedrohung, Terrorisierung, Belei-

digung, psychischer Gewalt, Stalking u.Ä.²⁴⁸

Bei Gewalthandeln in strafrechtlich erfasstem Sinne treten männliche Täter zu 86 bis 90 Prozent (bei sexueller Gewalt zu 98,9 %, siehe Kapitel 10.2) in Erscheinung. Opfer dieser Gewalt sind in erster Linie ebenfalls männlichen Geschlechts, vorwiegend Jugendliche und Heranwachsende mit Ausnahme der Vergewaltigung/sexuellen Nötigung, wobei hier noch sehr wenig über Jungen und Männer bekannt ist (Lenz 1996). Charakteristisch für männliche Gewalt an Mädchen/Frauen ist, dass sie primär im Kontext privater Beziehungen verübt wird. Männliche Gewalt gegen Jungen und Männer dagegen findet eher im erweiterten sozialen Nahraum und in der Öffentlichkeit statt (PKS, Forschungsverbund 2004).

Bei einer Betrachtung von Gewalthandlungen und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern ist zwischen dem Hellfeld der (Gewalt-)Kriminalität, also der den Strafverfolgungsbehörden bekannt gewordenen Delikten und dem Dunkelfeld der den Behörden nicht bekannt gewordenen Kriminalität zu unterscheiden. Die Datengrundlage für das Hellfeld im vorliegenden Berichtsteil sind die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die Strafverfolgungsstatistik (StVStat) und die Strafvollzugsstatistik des Bundeskriminalamtes (BKA). Daten aus dem Dunkelfeld liefern vorrangig die repräsentative Studie zu Gewalt im Leben von Frauen (Schröttle/Müller 2004) und die Pilotstudie zu Gewalterfahrungen von Männern (Forschungsverbund 2004), daneben Teilergebnisse aus anderen Studien (z.B. Bange 1992; Pfeiffer 1999; Wetzels 1997; Wetzels u.a. 1995; Holzbecher u.a. 1990; Ministerium 1994) und eine Reihe kleinerer Studien, die Ausschnitte des Dunkelfeldes erhellen (Schröttle 1999; Lange 1998; Krahé/Scheinberger-Olwig 2002; Heiliger/Engelfried 1995; 2000a; 2000b).

Gewalt ist mit den Daten aus dem Hellfeld nur sehr begrenzt erfassbar. Die statistisch geführten Daten zur Gewalt sind immer nur ein kleiner Ausschnitt der tatsächlichen Realität. Gewalttaten finden zum größten Teil im Verborgenen statt, Traumata und Ängste der Opfer sowie Täterstrategien verhindern die Aufdeckung und das Anzeigen der Taten. Hier muss also mit einem besonders großen Dunkelfeld – je nach Delikt – gerechnet werden. Dies trifft insbesondere auf sexuelle Gewalt zu, aber gleichermaßen auf Gewalt in Beziehungen, wenn das Opfer sich schuldig fühlt und sich schämt, dass ihm/ihr entsprechendes widerfahren ist

²⁴⁷ Diese umfasst körperliche, sexuelle und psychische Gewalt, sexuellen Missbrauch, sexuelle Belästigung, Körperverletzung, Zwangsprostitution, Frauenhandel, Vergewaltigung im Kontext militärischen Handelns, Mord und Totschlag, Genitalverstümmelung usw.

²⁴⁸ Es geht hier um ein komplexes Tatverhalten wie z.B. Belästigung, Verfolgung, Überwachung, Drohung, Sachbeschädigung, Ausspionieren, Verleumdung und sonstige Behelligung. Stalking kann ein Menschenleben zerstören dadurch, dass das Opfer zu Tode kommt oder dass es dauerhafte psychische Schäden erleidet. In manchen Fällen wird das Opfer über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg vom Täter behelligt. In Deutschland existiert (noch) kein separater Straftatbestand, manche Polizeiinspektionen in Deutschland haben jedoch Fachkommissariate gebildet, die zu dem Problem des Stalking geschult sind (www.pechstaedt.de).

und schweigt (Heiliger 2000a).

Dennoch sind die Daten des Hellfeldes und deren Verläufe Orientierungspunkte für die Einschätzung des Gewaltpotenzials, sofern ihre Begrenztheiten berücksichtigt werden. Letzteres gilt selbst für Daten zu Delikten wie Mord und Totschlag, denn hier entscheidet die jeweilige Zuordnung zu entsprechenden Kategorien, ob es sich bei Todesfällen um ein solches Delikt handelt oder vielmehr um einen Arbeits-, Haushalts- oder Verkehrsunfall, wie eine Arbeit über die verdeckten Morde aufzeigt (Rückert 2000). In der aktuellen Diskussion um Mittelkürzungen auch im medizinischen und forensischen Bereich wird darauf hingewiesen, dass der Nachweis z.B. eines Mordes oft besondere Untersuchungen erfordert, die in Zukunft in wesentlich geringerem Maße durchgeführt werden können und damit die Rate unentdeckter Morde stark ansteigen wird. Ferner wird in der Auseinandersetzung mit Sexualmorden an Kindern darauf hingewiesen, dass der Anzahl aufgefundener kindlicher Opfer (pro Jahr maximal fünf bis zehn) eine wesentlich höhere Zahl verschwundener Kinder gegenübersteht, deren Schicksal ungeklärt bleibt. Seit Bestehen der BRD handelt es sich zurzeit um 980 Kinder (Gallwitz 2004²⁵⁰).

Die vorhandenen Daten zur Gewalt lassen auch keine Rückschlüsse auf Reaktionen der Bevölkerung zu. Oft scheinen Ängste von Frauen unverhältnismäßig zur Anzahl entsprechender Vorfälle, doch ist es dieses subjektive Empfinden, was den Lebensalltag prägt. Umgekehrt ist es ein spezifisch männliches Phänomen, trotz der höheren Bedrohung durch Gewalt von anderen Männern wesentlich weniger Ängste zu entwickeln als etwa Frauen und entsprechende Risiken einzugehen. Die Wahrnehmung von Gewalt wird stark geformt durch ihre mediale Vermittlung, die konjunkturell Gewalterscheinungen skandalisiert, um sie bei nachlassender Wirkung auf das Publikum wieder fallen zu lassen, ohne Verantwortung für die Bekämpfung der jeweiligen Gewalt zu übernehmen und ihre Auswirkung auf das soziale Umfeld ausreichend zu reflektieren (z.B. im Kontext des Amoklaufes eines Schülers in Erfurt).

Das bedeutet zusammenfassend: Gewalt ist ein Thema, das von Widersprüchen, unterschiedlichen Definitionen und subjektiven sowie konjunkturell beeinflussten Wahrnehmungen geprägt ist und sich weit überwiegend im Dunkelfeld abspielt.

10.1.2 Entwicklungen in der geschlechtspezifischen Thematisierung von Gewalt auf europäischer (und internationaler) Ebene

Auf europäischer sowie internationaler Ebene wurde hinsichtlich geschlechtsspezifischer Differenzierung von Gewalt bisher primär männliche Gewalt gegen Frauen als wesentlicher

²⁴⁹ Laut Meldung im Internet bei beck-aktuell v. 13.10.2004. Zumal ohnehin bisher nur 5 Prozent aller ca. 900.000 Todesfälle pro Jahr obduziert werden, www.n-tv.de.

²⁵⁰ Persönliche Mitteilung per E-Mail vom 27.01.2004.

Faktor zur Verhinderung von Gleichstellung thematisiert. Das Kinderhilfswerk Unicef bewertet Gewalt gegen das weibliche Geschlecht als die weltweit häufigste Verletzung von Menschenrechten (Bunch 1998). Mit einer Vielzahl von Resolutionen wurde von politischen Gremien Handlungsbedarf angemahnt. Maßgeblich ist zunächst die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW)²⁵¹-Resolution der Vereinten Nationen von 1979, die u.a. einen Expertenausschuss zur Überwachung der Umsetzungsverpflichtungen zur Folge hatte. In Art. 6 z.B. verpflichteten sich alle Unterzeichnerstaaten, Maßnahmen gegen jegliche Form von Frauenhandel zu ergreifen, eine Erscheinungsweise der Gewalt, die bereits damals als Problem erkannt wurde und sich mittlerweile kaum noch kontrollierbar in internationalen Netzen zur Zwangsprostitution von Frauen entwickelt hat (Paulus 2003).

1986 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung, um "die nationalen Regierungen zu ersuchen, Studien durchzuführen mit dem Ziel, Statistiken und Daten zusammenzustellen, die eine umfassende Bewertung der zahlreichen Aspekte der Gewalt gegen Frauen sowie die Wirksamkeit der verschiedenen Wege zur Bekämpfung dieser Gewalt ermöglichen" (Bundestagsdrucksache 10/5846: 3). Besondere Ausführungen betreffen die Bereiche sexuelle Gewalt, Gewalt in der Familie, sexueller Missbrauch an Kindern, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Gewalt gegen Migrantinnen, Frauenhandel, Prostitution und Pornografie. Im Europäischen Rat in Straßburg hat die Expertengruppe zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen Mitte 1997 einen konkreten Aktionsplan vorgelegt, der eine Menschenrechtsdiskussion in den Mittelpunkt stellt: "Gewalt gegen Frauen stellt eine grundlegende Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde dar" (Expertengruppe 1997: 42). 1999 wurde von der Europäischen Kommission in Brüssel eine Kampagne zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen durchgeführt, nachdem Studien in mehreren europäischen Ländern ein hohes Ausmaß und gravierende gesellschaftliche Folgen von Gewalt gegen Frauen erbrachten (Heiliger 2000b).

Auch auf internationaler Ebene wurden in den 90er-Jahren auf Grund des ungebrochenen Anhaltens der diversen Formen von Gewalt gegen Mädchen und Frauen Gegenmaßnahmen gefordert, z.B. 1993 in einer Deklaration der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen. Auf der Weltkonferenz für Menschenrechte 1993 in Wien wurden dementsprechend eine Erklärung und ein Aktionsprogramm verabschiedet. Es folgten weitere Resolutionen und schließlich die Ernennung einer Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zum Problem der Gewalt gegen Mädchen und Frauen im internationalen Überblick (Bericht der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen 1995). In einer Erklärung und Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurden die nationalen Regierungen aufgefordert, konsequente Maßnahmen zu ergreifen. Richtungweisend wurde

²⁵¹ CEDAW ist 1981 in Kraft getreten.

Kanada mit einer repräsentativen Studie, die ergab, dass jede dritte Frau von Gewalt innerhalb einer Beziehung betroffen war (Heiliger 2000b) sowie einem Kanon ineinandergreifender gesellschaftspolitischer Maßnahmen und Initiativen u.a. erstmals auch einer Kampagne von Männern gegen Männergewalt (White Ribbon Campaign, Heiliger/Hoffmann 1998).

10.1.3 Entwicklungen in der geschlechtsspezifischen Thematisierung von Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland

Erste Auseinandersetzungen

Die Bundesrepublik erlebte sehr unterschiedliche Phasen in der Auseinandersetzung mit Gewalt, die bis in die 80er-Jahre hinein kaum geschlechtsspezifisch differenziert dargestellt wurde. Sozusagen als "Dauerbrenner" beschäftigte die so genannte Jugendgewalt in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren abhängig von aktuellen Ereignissen Forschung, Öffentlichkeit und Politik (Voß 1991) und wurde erst in den 90ern in einigen Arbeiten als primär Jungengewalt benannt (Schenk 1993; Hafenegger 1992; Kersten 1993; Bieringer u.a. 2000). Nur der linke Terrorismus der RAF in den 70er-Jahren und die "Bewegung 2. Juni" erwiesen sich durch spätere Analysen als mit 34 bis 39 Prozent in besonders hohem Maße durch Frauen mitgetragen (Parczyk 1998).

Mit der neuen Frauenbewegung begann in den 70er-Jahren eine geschlechtsspezifische Thematisierung der Gewalt von Männern gegen Frauen innerhalb der Familie mit dem rasch anschließenden Aufbau von Zufluchtshäusern in den folgenden Jahren (Hagemann-White u.a. 1997) und es folgte die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt/Vergewaltigung, die u.a. in die Gründung von Frauennotrufen mündete. Die Thematisierung von Gewalt gegen Mädchen durch Jungen in Einrichtungen der Jugendarbeit (Savier/Wildt 1979) führte zu spezifischen Mädchenförderungs- und Schutzmaßnahmen (Heiliger 2002b; 2004).

Anfang der 80er-Jahre begann die Enttabuisierung des sexuellen Missbrauchs innerhalb von Familien und die systematische Erfassung dieses Deliktes unter der Rubrik "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung" (Kavemann/Lohstöter 1984; Baurmann 1983), Hilfseinrichtungen für die Opfer sexuellen Missbrauchs folgten (z.B. Wildwasser-Initiativen, Günther u.a. 1993).

Das neue Forschungsgebiet der Viktimologie rückte nach der bis zu den 80er-Jahren stark täterzentrierten Sichtweise bei Justiz, Polizei und Forschung die Folgen sexueller Gewalt für die Opfer in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit (Weiss 1982; Baurmann 1983; 2000). Eine der ersten Forschungsarbeiten in der BRD zu sexueller Gewalt fokussierte die Vergewaltigung von Frauen aus der Perspektive von Einstellungen zu diesem Delikt in der Bevölkerung (Weiss 1982). Die Untersuchung beschäftigte sich mit den Gründen, die zur Entstehung des hohen Dunkelfeldes der bis dahin (jedoch auch heute noch) besonders stark tabuisierten

Straftat führen. Weiss lieferte mit seiner repräsentativen Befragung erste wissenschaftliche Daten zur damals beginnenden Auseinandersetzung mit der Vergewaltigung, die es galt, als Straftat zu benennen und zu ahnden. Er wies nach, "dass Frauen zu Opfern gemacht werden und ihnen gleichzeitig diese Opferrolle aberkannt wird" (ebd.: 224) auf Grund der "verbreiteten Vorstellung, dass unter normalen Menschen eine Vergewaltigung nicht vorkommen könne" (ebd.). Die Stigmatisierung des Opfers

als nicht glaubwürdig,

als verführend und daher mit oder gar allein schuldig an der Tat, als wertlos und damit der Gewalt legitim ausgeliefert ("sie hat es verdient") und mit der aus allem folgenden Entlastung des Täters

ist ein Muster, das bis heute trotz aller Aufklärung das Problem der sexuellen Gewalt prägt und zum anhaltenden Rückgriff auf den "Vergewaltigungsmythos" führt (Heiliger/Engelfried 1995). Dieser Mythos ist gleichermaßen in der Bewertung des sexuellen Kindesmissbrauchs virulent und erschwert Aufdeckung, Strafverfolgung und Prävention (Heiliger 2000a). Erst die (konjunkturell sich wiederholende) Beschäftigung mit – männlichen – Sexualstraftätern auf Grund skandalöser Fälle von Sexualmorden an Kindern forderte gesellschaftspolitische Konsequenzen. Diese wurden in der Form von Gesetzesverschärfungen, Therapiemaßnahmen, verbesserter Täterverfolgung durch z.B. die DNA-Technik u.a. gezogen (Heiliger 2005). Die begleitende Auseinandersetzung mit den Ursachen sexueller Gewalt/sexuellen Missbrauchs betonte und betont weiterhin u.a. Probleme der männlichen Identität, die es sekundärpräventiv in Therapiemaßnahmen und primär-präventiv durch Intervention in männliche Sozialisationsprozesse anzugehen gilt (Heiliger/Engelfried 1995; Heiliger 2003).

Im Fokus: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Ein weiteres Problem forderte in den 80ern, Anfang der 90er-Jahre Aufmerksamkeit und regelnde Maßnahmen: sexuelle Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz – ein Delikt in der Grauzone strafrechtlicher Definitionen, das primär in der institutionellen Öffentlichkeit ausgeübt wird, sozusagen als Fortsetzung des "privaten", innerfamilialen Umgangs von Männern mit Frauen in die Arbeitssphäre hinein (Plogstedt u.a. 1984; Holzbecher u.a. 1990; Heiliger u.a. 1992). Der besondere gesellschaftspolitische Stellenwert dieses Deliktes vor allem im Hinblick auf Gleichstellung der Geschlechter liegt in der z.T. massiven Behinderung von Frauen auf einem Gebiet, dem ein hohes emanzipatorisches Gewicht zugeschrieben wird,

der bezahlten Erwerbsarbeit.²⁵² Daher gab die deutsche Bundesregierung Ende der 80er-Jahre – gemäß der Entschließung des Europäischen Parlaments 1986 – eine repräsentative Studie der Regierung in Auftrag, die das Ausmaß und die Folgen des Deliktes ausloten und den politischen Handlungsbedarf einschätzen sollte (Holzbecher u.a. 1990).

Die Studie war vor allem deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie erstmals das subjektive Erleben der betroffenen Frauen beleuchtete. Die Ergebnisse basierten auf einer Definition von sexueller Belästigung, die bei abschätzigen Blicken und scheinbar zufälligen Berührungen begann und unterschiedliche Stadien der Eskalation bis hin zur (eher seltenen²⁵³) Vergewaltigung umfasste.²⁵⁴ Deutlich wurde hier auch die Schwierigkeit der Abwehr als absichtslose Handlungen getarnter Übergriffe, die bei einer Konfrontation jederzeit geleugnet und als Phantasie der betroffenen Frau deklariert werden konnten. Der Schweizer Soziologe Alberto Godenzi formulierte dementsprechend: "Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist aus männlicher Perspektive inexistent" (Godenzi 1992: 39), womit er ein grundlegendes Problem in der geschlechtsspezifischen Wahrnehmung und Bewertung von Kommunikation und Kontakten zwischen den Geschlechtern ansprach. Das Ausmaß sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und die Traqweite der berichteten Folgen von psychischem Dauerstress zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen und (häufigem) Wechsel oder auch Verlust des Arbeitsplatzes führten sowohl zu einer gesetzlichen Regelung²⁵⁵ als auch zu innerbetrieblichen Dienstanweisungen, auf welche Weise mit dem Delikt sowie mit Opfer und Täter umzugehen sei.²⁵⁶

Im Fokus: rechtsextreme Gewalt

Die 90er-Jahre waren ferner durch die Auseinandersetzung mit zwei weiteren Gewaltformen entscheidend geprägt: der rechtsextremen Gewalt und der so genannten "häuslichen" Gewalt. Bei der Welle der rechtsextremistischen Gewalt im Vorfeld und nach der Wende in Deutschland wurde zum einen auf ein extrem traditionelles Männlichkeitsbild der (hauptsächlich) beteiligten (jungen) Männer verwiesen (Spiegel 50/1992; Schenk 1993). Zum anderen

^{252 &}quot;Sexuelle Belästigung erweist sich als bedeutungsvoller Faktor, der Frauen daran hindert, ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten optimal zu nutzen. In den Intensivinterviews zeigte sich, dass der Verlust des Arbeitsplatzes, die Aufgabe des gelernten Berufes, Karriereabbrüche, Unzufriedenheit im beruflichen Alltag, Zweifel an der beruflichen Eignung und letztendliche Arbeitslosigkeit bedenkliche Folgen sexueller Belästigung sein können" (Holzbecher u.a. 1990: 32).

²⁵³ In der Untersuchung waren jedoch 60 von 1981 Befragten Opfer dieser Straftat (s.o.: 276).

²⁵⁴ Auf die Frage, welche der genannten Verhaltensweisen sie erlebt haben, gaben sie an: Anstarren/taxierende Blicke: 84 Prozent, anzügliche Witze: 81 Prozent, scheinbar zufällige Körperberührungen: 70 Prozent, anzügliche Bemerkungen über Figur und sexuelles Verhalten im Privatleben: 56 Prozent, unerwünschte Einladungen mit eindeutiger Absicht: 35 Prozent, Po-Kneifen oder -klapsen: 34 Prozent, pornografische Bilder am Arbeitsplatz: 33 Prozent, unerwartetes Berühren der Brust: 22 Prozent; aufgedrängte Küsse: 15 Prozent, Telefongespräche, Briefe mit sexuellen Anspielungen: 14 Prozent, Aufforderung zum sexuellen Verkehr: 12 Prozent, Versprechen beruflicher Vorteile bei sexuellem Entgegenkommen: 7 Prozent, Androhung beruflicher Nachteile bei sexueller Verweigerung: 5 Prozent, Zuschaustellen des Genitals: 3 Prozent, Erzwingen sexueller Handlungen: 3 Prozent, (Holzbecher u.a. 1990: 276).

²⁵⁵ Das Gesetz zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz (Beschäftigtenschutzgesetz) vom 24.6.1994 (BGB.I: 1406).

wurde mit Besorgnis die insgesamt zwar geringe Teilnahme von (jungen) Frauen an direkten Gewalthandlungen, jedoch ihr bis zu einem Drittel hoher Anteil an der Wähler- bzw. Mitläuferschaft des rechtsextremen Spektrums und der überwiegende Rückgriff auf veraltete Weiblichkeitsmuster registriert (Siller 1991; Birsl 1992), allerdings auch die Manifestierung eigenständiger Macht- und Geltungsbedürfnisse (Balbach 1994). Eine empirische Studie in Nordrhein-Westfalen zu "Affinitäten und Resistenzen von Mädchen und jungen Frauen" hinsichtlich Rechtsextremismus und Gewalt ergab 10 bis 15 Prozent, die rechtsextremes Gedankengut äußerten, 13 Prozent, die eine Konfliktlösung in der Anwendung von Gewalt sahen und 5 Prozent, die häufiger in Schlägereien verwickelt waren, also sich auch aktiv an Gewalthandlungen beteiligten (Ministerium 1994). Während die Analysen zur weiblichen Beteiligung am Rechtsextremismus auf frauenspezifische Problemlagen als Ursachen für rechtsextreme Tendenzen junger Frauen verwiesen (Siller 1991; Lohmeier 1991), ließ die Beschäftigung mit dem männlich dominierten Rechtsextremismus eine kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeitsvorstellungen vermissen.

Dauerhafte Aufmerksamkeit für häusliche Gewalt

Das Wort "häusliche" Gewalt²⁵⁷ schließlich wurde zum Inbegriff von Gewalt im Geschlechterverhältnis als Delikt im sozialen Nahraum/innerhalb von Beziehungen, vor allem innerhalb der Familie, seitdem der 1990 veröffentlichte Bericht der Gewaltkommission u.a. den Schluss gezogen hatte, "Gewalt in der Familie ist (...) die verbreitetste Form von Gewalt" (Schwind u.a. 1990: 75). 258 Diese die Vorstellung von Familie als Schutzraum erschütternde Nachricht, die zuvor bereits aus der Frauenhausbewegung heraus verbreitet, jedoch nicht in ihrer umfassenden Bedeutung für den Zustand der Gesellschaft aufgenommen wurde, führte zu einer ganzen Reihe einschlägiger Maßnahmen: Zunächst wurde im Auftrag des BMFSFJ eine empirische Forschungsarbeit zu Möglichkeiten des Abbaus von Männergewalt gegen Frauen in der Familie durchgeführt, die weitreichende Empfehlungen für sozialpolitisches Handeln entwickelte (Nini u.a. 1995). Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Domestic Abuse Intervention Project (DAIP) (Pence/McMahon 1998) wurden Interventionsprojekte gegründet, Runde Tische zur Verbesserung der Versorgung der Opfer durch Kooperation aller mit dem Problem befassten Einrichtungen (Heiliger 2000b; Kavemann u.a. 2001) eingerichtet, Schulungen für neue Verhaltensregeln der Polizei im Einsatz bei so genannten "Familienstreitigkeiten"²⁵⁹ entwickelt, Aufklärungskampagnen der Bundesregierung (BMFSFJ 1994a; Aug-

²⁵⁶ Zumeist enthalten in Gleichstellungskonzepten und Frauenförderplänen von Kommunen und Betrieben.

²⁵⁷ Zurückgehend auf die Arbeit von Sebastian Honig: Verhäuslichte Gewalt. Sozialer Konflikt, wissenschaftliche Konstrukte, Handlungssituationen. Eine Explorativstudie über Gewalthandeln von Familien. Frankfurt 1986, erw. Aufl. 1992.

²⁵⁸ Hierzu zählte der Bericht primär die so genannte "Partnergewalt", dabei hauptsächlich Gewalt von (Ehe-) Männern gegen (Ehe-)Frauen, aber auch Gewalt von Eltern gegen die Kinder, Gewalt unter Geschwistern, von Kindern gegen Eltern sowie Gewalt gegen alte Menschen (Schwind u.a. 1990: 72 ff.).

²⁵⁹ Z.B. die Lehrgangskonzeption für die Polizei zum Thema "Männliche Gewalt gegen Frauen" (hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1995).

stein 1998) sowie einzelner Städte (Heiliger 2000b; Lehmann 2002) durchgeführt, Täterarbeit für schlagende Ehemänner (u.a. HAIP²⁶⁰) und Männerberatungsprojekte initiiert u.v.m. (Lempert/Oelemann 1995) – es entfaltete sich eine noch nie dar gewesene Fokussierung auf männliche Gewalt gegen Frauen.

Hinweise auf eine Abnahme des Ausmaßes und der gravierenden Auswirkungen der (häuslichen) Gewalt gegen Frauen gab es Ende der 90er-Jahre trotz der außerordentlich vielfältigen Maßnahmen nicht. Die hohen Belegungszahlen der Frauenhäuser, die starke Inanspruchnahme von (Frauen-)Beratungsstellen und die Häufigkeit von Polizeieinsätzen bei so genannten Familienstreitigkeiten zeigten, dass Männergewalt gegen Frauen in der Familie tief verankert in den gesellschaftlichen Strukturen ist.

Mit dem "Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen" (1999/2000) wurde in der Folge eine neue Initiative gestartet, diese geschlechtsspezifische Form von Gewalt zu bekämpfen (BMFSFJ 1999). Das Gewaltschutzgesetz (GwschG)²⁶¹ als bisher wichtigstes Teilstück des Planes trat 2002 in Kraft mit der zentralen Maßnahme der Wegweisung des (zumeist männlichen) Gewalttäters aus der (Ehe-)Wohnung, um ihm ein deutliches Signal zu geben, dass die Zeit der Duldung häuslicher Gewalt beendet ist.²⁶² Die Auswertung der Daten für die Inanspruchnahme der Maßnahmen nach dem GwschG ist zurzeit noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden eine zentrale Rolle für die Einschätzung einer Veränderung in Bezug auf Gewalt im Geschlechterverhältnis und mögliche Fortschritte für die Gleichstellung spielen.

Im Rahmen des Aktionsplanes wurde auch erstmals eine repräsentative Erfassung des Ausmaßes von Gewalt gegen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegeben. Sie bestätigte die Vermutung, dass ca. ein Drittel aller Frauen körperliche Gewalt seit ihrem 16. Lebensjahr erfahren hat (siehe Kapitel 10.3). Die zugleich ebenfalls erstmals erstellte (nicht-repräsentative) Pilotstudie zu Gewalterfahrungen von Männern erbrachte z.B., dass bei diesen im Jungenalter die höchste Gefährdung besteht, Gewalt zu erleben (siehe Kapitel 10.2 und 10.3).

Neue Themen: Mädchen und Frauen als Täterinnen

Ende der 90er-Jahre richtete sich die Aufmerksamkeit auch auf Frauen und Mädchen als Täterinnen von Gewalthandlungen, doch liegen hierzu wenig bundesweite Daten bzw. Erkenntnisse vor (Heyne 1993; Elliott 1995). Bereits in den 80er-Jahren thematisierte die Kinderschutzbewegung, dass bei Gewalt gegen Kinder Frauen einen gleich großen Anteil hätten wie Männer. Wenig später folgte die Debatte um Mittäterinnenschaft von Frauen an Gewalt-

²⁶⁰ HAIP – Hannoversches Interventionsprojekt gegen Männergewalt in der Familie.

²⁶¹ Gesetz zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung.

handlungen von Männern (Thürmer-Rohr 1987), die von der Erkenntnis abgelöst wurde, dass auch sexueller Missbrauch an Kindern kein ausschließlich männliches Delikt ist, sondern ein von Beratungsstellen geschätzter Anteil von bis zu 20 Prozent (Enders 1995; 2001) der Taten auch von Frauen ausgeübt werden – allerdings weniger an Jungen, wie vielfach vermutet wurde, sondern primär an Mädchen (Kavemann 1994). Der Anteil von Frauen an Morden ihrer Ehemänner wurde beleuchtet mit der Erkenntnis, dass sich sowohl die Motive der Geschlechter als auch ihre Tatausführung und zum dritten ihre Strafverfolgung und Verurteilung z.T. wesentlich voneinander unterscheiden (Oberlies 1995). Motive bei Männern liegen eher in der (Wieder-)Herstellung von Macht und Kontrolle, bei Frauen in der Befreiung aus unerträglichen (Gewalt-)Verhältnissen. Die Tat wird von Frauen angesichts oftmals zu überwindender Kräfteunterschiede eher länger geplant, bei Männern wird eher von Affekthandlungen ausgegangen. Die Justiz ahndet vorbereitete Tötungen härter als Affekthandlungen und trifft damit Frauen als Täterinnen schärfer (ebd.).

Im neuen Jahrtausend entstand die These, dass Männer wie Frauen gleichermaßen von "häuslicher" Gewalt betroffen sind (Bock 2001). Sie leitete sich aus Studien ab, die Männer und Frauen zu Gewalt innerhalb der Beziehung befragten und feststellten, dass beide in annähernd gleichem Umfang entsprechende Erfahrungen angaben. Allerdings wurden oft weder Ursachen (Angriff oder Abwehr) noch Schweregrade und Folgen der Angriffe ausreichend berücksichtigt (Hagemann-White 2001). Wo diese Differenzierung erfolgte, wurde z.B. deutlich, dass Frauen wesentlich gravierendere Verletzungen davontrugen als Männer (Gloor/Meier 2003).

Während in der Auseinandersetzung mit so genannter Jugendgewalt nur zögerlich und partiell die primäre Täterschaft von Jungen und die Rolle des hierfür ausschlaggebenden Männlichkeitsverständnisses herausgearbeitet wurde (Schenk 1993), erhielten Gewalthandlungen von Mädchen relativ große Aufmerksamkeit, obwohl sie statistisch kaum erfassbar sind und wesentlich geringeres Zerstörungspotenzial enthalten (Bruhns/Wittmann 2002; Heiliger 2002b).

Erweiterung der Aufmerksamkeit für verschiedene Opfergruppen

Die öffentliche und politische Aufmerksamkeit richtete sich in den vergangenen 10 bis 20 Jahren ansatzweise auch auf bis heute noch beachtete Opfergruppen. Für Jungen als Opfer von (körperlicher) Gewalt Interesse zu wecken, war bisher nur mäßig erfolgreich, da diese Perspektive den Kontext traditioneller (bisher weitgehend noch gültiger) Männlichkeitsbilder durchbricht (Lenz 1996). Nicht zuletzt für Gewaltprävention ist die Auseinandersetzung von Männern mit eigenen Gewalterfahrungen jedoch ohne Zweifel von großer Bedeutung. Besonders wichtig ist die Tatsache, dass hier gleichermaßen die meiste Gewalt von Männern

oder anderen Jungen ausgeht (siehe Kapitel 10.2 und 10.3). Dies trifft auch auf sexuelle Gewalt gegen Jungen zu, die ebenfalls noch immer wenig Beachtung findet (Bange/Enders 1995), obwohl sie konstant über die letzten zehn Jahre ca. 25 Prozent der Anzeigen ausmacht.

Frauenhandel und Zwangsprostitution sind seit der CEDAW-Resolution 1979 ein anwachsendes Gewaltproblem in Deutschland ebenso wie europaweit, das sich bisher kaum in Kriminalitätsstatistiken niederschlägt. Die deutschen Strafvorschriften gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution werden zurzeit verschärft, wobei auch die Bestrafung der Freier nach schwedischem Beispiel in der Diskussion ist. Verschärft werden bereits bestehende Vorschriften, die den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung unter Strafe stellen. Danach ist es künftig nicht nur strafbar, Menschen in die Prostitution zu treiben, sondern auch, die Opfer in Peepshows oder für pornografische Darstellungen unwürdig auszunutzen. Die heute schon strafbare Zwangsverheiratung wird künftig als besonders schwerer Fall gewertet. Der Schwerer Zwangsverheiratung wird künftig als besonders schwerer Fall gewertet.

Migrantinnen und Migranten werden bisher primär als Täterinnen und Täter in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst (s.u.), über ihren Opferstatus gibt es nur wenige Daten. Thematisiert wurde Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten vor allem in der Form rechtsextremer, ausländerfeindlicher Delikte oder im Kontext von Asylverfahren seitens Polizei und Behörden. Migrantinnen erfahren in der Bundesrepublik ein besonders hohes Ausmaß von Gewalt, zum einen, wie erwähnt, im Zusammenhang mit Frauenhandel und Zwangsprostitution, als Flüchtlingsfrauen, Inhaftierte und Prostituierte, aber auch in der Familie (Schröttle/Müller 2004). Das Ausmaß der Gewalt bleibt hier vor allem wegen möglicher ausländerrechtlicher Konsequenzen verborgen.

Gewalt gegen behinderte Menschen wurde im Kontext rechtsradikaler Gewaltakte kurzzeitiges Thema in den Medien, während ihr alltägliches Gewalterleben noch nicht angemessen berücksichtigt wird. Gewalt gegen behinderte Frauen und dabei im Besonderen sexuelle Gewalt wurde durch Interessengruppen im Kontext der Frauenbewegung thematisiert, was zu Vernetzungsstrukturen führte, die sich gegen die Gewalt engagieren, aufklären und sich für Schutz und Widerstand der Opfer einsetzen²⁶⁵ (Zinsmeister 2003). Gewalt gegen Lesben und Schwule ist seit den 80er-Jahren Gegenstand gesellschaftspolitischer Diskussionen,

²⁶³ Anzeigen wurden laut PKS erstattet: 2001 746, 2002: 827, 2003: 850, jedoch werden in Europa Schätzungen zufolge jährlich 500.000 Frauen Opfer von Menschenhandel. Genaue Zahlen liegen nicht vor, die Dunkelziffer ist hoch. Anti-Slavery International geht europaweit von mehreren 10.000 dokumentierten Fällen im Jahr aus. Nach Angaben des deutschen Innenministeriums wurden im Jahr 2000 bundesweit 321 Verfahren wegen Menschenhandel eingeleitet, als Opfer waren 926 Menschen betroffen, überwiegend Frauen aus Mittel- und Osteuropa (siehe Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (KOK e.V.): Schattenbericht unter Art. 6 CEDAW (Frauenhandel) zum Staatenbericht der deutschen Bundesregierung, Januar 2000).

²⁶⁴ Regierungsentwurf vom Dezember 2004.

²⁶⁵ Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen in Marburg.

Forderungen und Maßnahmen und führte u.a. zur Einrichtung von Referaten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in einigen Kommunen der BRD (Senatsverwaltung 1991; Ohms 2000; MGFM 1999).

10.2 Daten aus dem Hellfeld polizeilicher Kriminalstatistik, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstatistik²⁶⁶

10.2.1 Zur Aussagekraft der Daten

Kriminalität ist weder im Hell- noch im Dunkelfeld objektiv messbar, denn jede Messung ist das Ergebnis von Wahrnehmungen und Bewertungen von Ereignissen (Heinz 2004: 4). Bezogen auf das Hellfeld der (Gewalt-)Kriminalität sind Daten insbesondere aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (BKA 2003; 2004a; 2004b), der Strafverfolgungsstatistik (Statistisches Bundesamt 2004ac) sowie der Strafvollzugsstatistik (Statistisches Bundesamt 2003u; 2004ad) zu entnehmen. Vor allem die Daten aus der PKS sind mit Vorsicht zu interpretieren, da einige Fehlerquellen zu berücksichtigen sind (dazu z.B. Schwind 2004: 20 ff.; Goldberg 2003: 71; Stadler/Walser 1999; jeweils mit weiteren Nachweisen), vor allem bei einer Betrachtung der zeitgeschichtlichen Entwicklung von Deliktraten. Ein Vergleich der Statistiken untereinander wird dadurch erschwert, dass in Deutschland keine Verlaufsstatistik geführt wird, aus der nachverfolgt werden kann, wie bei den einzelnen Taten bzw. Tatverdächtigen weiter verfahren wurde (dazu ausführlich Heinz 2004: 6 f.). Zudem differieren die Erfassungsgrundsätze zwischen PKS und StVStat, das heißt, dass die verschiedenen Straftatbestände unterschiedlich zusammengefasst und aufgeführt werden.

10.2.2 Tatverdächtige/Verurteilte

Gewaltstraftaten machen einen sehr geringen Teil der registrierten Kriminalität aus. Im Jahre 2003 wurden im Bundesgebiet von der Polizei 204.124 Fälle von "Gewaltkriminalität" erfasst (Tabelle 10.1). Unter diesen Begriff werden vom BKA die in der Tabelle 10.1 genannten Straftatbestände zusammengefasst, die nach der "Papierform" die schwersten Gewaltdelikte sind, sich tatsächlich aber sehr voneinander unterscheiden.²⁶⁸

²⁶⁶ Dieser Abschnitt wurde auf der Basis einer Expertise von Brigitta Goldberg verfasst.

²⁶⁷ Bei der Betrachtung der Entwicklung der registrierten Kriminalität ist zu berücksichtigen, dass Veränderungen auch auf Änderungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung, in der Verfolgungsintensität oder in den Erfassungsgrundsätzen der Statistik führenden Stellen, insbesondere aber auch in der Anzeigebereitschaft beruhen könnten (z.B. BMI/BMJ 2001: 10 f., 17 ff.; Heinz 2004: 7).

²⁶⁸ Zu Vor- und Nachteilen der Definition der "Gewaltkriminalität" durch das BKA BMI/BMJ (2001: 41 f.). Die Zusammenfassung ist insoweit problematisch, als nicht alle erfassten Delikte die gleiche Schwere haben und es nicht in allen Fällen zu erheblichen Verletzungen des Opfers gekommen ist (Heinz 2004: 17). Dennoch sollen hier einige Daten zur "Gewaltkriminalität" dargestellt werden, da es sich dabei um eine Zusammenfassung einer Vielzahl von gewaltförmigen Delikten handelt, die allerdings nicht alle gleichermaßen schwerwiegend sind, obwohl der Begriff dies suggeriert.

Tabelle 10.1: Straftaten, Aufklärungsquote, Tatverdächtige sowie Abgeurteilte, Verurteilte und Strafgefangene in Deutschland insgesamt sowie in Westdeutschland 2002 und 2003 (absolut und in %)

	Jahr	PKS (Deutschland)							
		bekannt gewordene Fälle	%-Anteil an allen Taten	%-Anteil an "Ge- waltkrimi-	Aufklä- rungs- guote	Tatver- dächtige	davo	n (in %)	
		i uno	raton	nal."	(%)		männl.	weibl.	
Straftaten insgesamt ohne	2002	6.507.394	100,0		52,6	2.326.149	76,5	23,5	
Verkehr	2003	6.572.135	100,0		53,1	2.355.161	76,4	23,6	
davon sexueller Missbrauch	2002	15.998	0,2		78,1	10.078	96,5	3,5	
von Kindern	2003	15.430	0,2		79,9	10.306	96,5	3,5	
davon leichte Körperverlet-	2002	294.756	4,5		90,7	257.278	85,3	14,7	
zung	2003	313.112	4,8		90,7	272.981	84,9	15,1	
davon "Gewaltkriminalität"	2002	197.492	3,0	100,0	74,4	185.394	87,6	12,4	
davon "Gewaitkriminaiitat	2003	204.124	3,1	100,0	74,1	192.107	87,3	12,7	
davon Mord/Totschlag	2002	2.664	0,04	1,3	95,9	3.051	87,0	13,0	
davoit word/ rotscrilag	2003	2.541	0,04	1,2	95,6	2.911	87,9	12,1	
davon sexuelle Nötigung/	2002	8.615	0,1	4,4	81,8	6.951	98,9	1,1	
Vergewaltigung	2003	8.766	0,1	4,3	81,7	7.236	98,9	1,1	
davon gefährliche/schwere	2002	127.142	2,0	64,4	84,6	144.049	86,6	13,4	
Körperverletzung ²	2003	132.842	2,0	65,1	84,1	150.405	86,2	13,8	
	2002	58.867	0,9	29,8	50,2	37.572	90,4	9,6	
davon Raubdelikte	2003	59.782	0,9	29,3	50,0	38.322	90,6	9,4	

	Jahr	StVStat (Westdeutschland ¹)						Strafvollzugsstatistik (Deutschland insg.)			
		Abgeur- teilte ⁴	Verurteil- te ⁴	davon (in %)		Verurtei- lungsq.	Gefan- gene ³	davon (in %)			
				män nl.	weibl.	(%)		männl.	weibl.		
Straftaten insgesamt ohne Verkehr	2002 2003	668.443	522.916	81,7	18,3	78,2	56.347 58.235	95,2 95,4	4,8 4,6		
davon sexueller Missbrauch von Kindern	2002 2003	2.798	2.294	98,0	2,0	82,0	1.693 1.716	99,2 99,3	0,8 0,7		
davon leichte Körperverletzung	2002 2003	45.284	32.287	92,0	8,0	71,3	2.016 2.125	97,2 97,5	2,8 2,5		
davon "Gewaltkriminalität"	2002 2003	48.805	32.233	92,2	7,8	66,0	18.271 18.756	97,1 97,1	2,9 2,9		
davon Mord/Totschlag	2002 2003	764	618	89,5	10,5	80,9	4.538 4.514	94,5 94,4	5,5 5,6		
davon sexuelle Nötigung/ Vergewaltigung	2002 2003	1.393	1.080	99,2	0,8	77,5	2.641 2.726	99,7 99,6	0,3 0,4		
davon gefährliche/schwere Körperverletzung²	2002 2003	35.049	21.359	91,5	8,5	60,9	3.458 3.727	97,3 97,8	2,7 2,2		
davon Raubdelikte	2002 2003	11.405	9.007	93,3	6,7	79,0	7.634 7.789	97,6 97,5	2,4 2,5		

¹ einschl. Berlin

² einschl. Körperverletzung mit Todesfolge

³ Strafgefangene und Sicherungsverwahrte

⁴ zu den Begriffen "Abgeurteilte" und "Verurteilte" siehe die Fußnoten 275 und 276

Anmerkungen: Die Nennung der Daten für 2002 ist erforderlich, da die StVStat für das Jahr 2003 noch nicht vorliegt. Die Vergleichbarkeit der Daten ist dadurch eingeschränkt, dass in der StVStat nur die Werte für die westlichen Länder (einschl. Gesamtberlin) mitgeteilt werden.

Auf die Darstellung der ebenfalls zur "Gewaltkriminalität" zählenden Delikte Geiselnahme, erpresserischer Menschenraub sowie Angriff auf den Luft- bzw. Seeverkehr wurde verzichtet, da hier nur sehr geringe absolute Zahlen zu verzeichnen sind (im Jahre 2003 gab es 193 bekannt gewordene Fälle und 319 Tatverdächtige).

Datenbasis: PKS 2002; StVStat 2002; Strafvollzugsstatistik 2002 und 2003

Quellen: BKA 2003 und 2004b: Tabelle 01; Statistisches Bundesamt 2004ac: Tabelle 2.1; Statistisches Bundesamt 2003u und 2004ad: Tabelle 5

Die "Gewaltkriminalität" macht demnach einen Anteil von rund 3 Prozent an der gesamten, von der Polizei registrierten Kriminalität aus. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass schwerere Kriminalität überproportional häufig der Polizei bekannt wird und daher in der PKS überrepräsentiert ist (Heinz 2004: 5). Im Dunkelfeld dürfte der Anteil der Gewaltdelikte an allen Straftaten daher deutlich niedriger ausfallen. Knapp zwei Drittel der polizeilich registrierten "Gewaltdelikte" sind schwerere Formen von Körperverletzung; weitere knapp 30 Prozent Raubdelikte und weniger als 5 Prozent sexuelle Nötigung/Vergewaltigung. Alle anderen in der PKS zur "Gewaltkriminalität" zählenden Delikte kommen äußerst selten vor. Deutlich häufiger als diese "Gewaltdelikte" im engeren Sinne werden von der Polizei Fälle einfacher Körperverletzung registriert, im Jahr 2003 waren es 313.112 Fälle (4,5 % aller bekannt gewordenen Fälle). Ebenfalls nicht zur "Gewaltkriminalität" zählt der sexuelle Missbrauch von Kindern (15.430 Fälle), der hier aber wegen der erheblichen Folgen für die Kinder in die Darstellung einbezogen werden soll.²⁶⁹

10.2.3 Tatverdacht und Geschlecht

Knapp drei Viertel der Fälle von "Gewaltkriminalität" im Jahr 2003 wurden von der Polizei aufgeklärt, wobei die Aufklärungsquote zwischen 50 Prozent bei Raubdelikten und 96 Prozent bei Tötungsdelikten schwankt.²⁷⁰ Dabei wurden 192.107 Personen als Tatverdächtige ermittelt. Von diesen waren 87 Prozent männlich und nur 13 Prozent weiblich. Verglichen mit ihrem Bevölkerungsanteil von mehr als 51 Prozent der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2004af) werden weibliche Personen also deutlich seltener wegen einer Gewaltstraftat polizeilich registriert als männliche.

Innerhalb der Gewaltdelikte im weiteren Sinne ist der Jungen-/Männeranteil an den Tatverdächtigen bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung am höchsten (99 Prozent bezogen auf sexuelle Nötigung/Vergewaltigung und 97 Prozent bezogen auf den sexuellen Missbrauch von Kindern). Die höchsten Mädchen-/Frauenanteile sind bei den Körperverlet-

²⁶⁹ Im weiteren Text werden diese in der PKS nicht zur "Gewaltkriminalität" zählenden gewaltförmigen Delikte als "Gewaltdelikte im weiteren Sinne" bezeichnet.

²⁷⁰ Die Aufklärungsquote differiert stark zwischen den verschiedenen Delikten und Altersgruppen. So sind Jugendliche im Allgemeinen eher zu einem Geständnis zu bewegen als Erwachsene, was zu höheren Aufklärungsquoten und folglich auch Tatverdächtigenzahlen führt. Hinsichtlich der Delikte ist die Aufklärungsquote u.a. davon abhängig, ob das Opfer den mutmaßlichen Täter benennen kann. Die niedrige Aufklärungsquote bei Raub kann daher teilweise darauf zurückgeführt werden, dass in zwei Drittel der Fälle vor der Tat keine Beziehung zwischen Opfer und Tatverdächtigem bestand (siehe dazu unten die Tabelle 10.2.).

zungsdelikten zu verzeichnen; hier stellen sie 14 bis 15 Prozent der Tatverdächtigen.

10.2.4 Ausfilterungsprozess

Alle diese Zahlen sind wegen der allgemeinen Überbewertungstendenz²⁷¹ in der PKS nur sehr vorsichtig zu interpretieren. Bei den in der PKS genannten Fällen besteht jeweils nur der *Verdacht* einer Straftat, der dann aber häufig von der Staatsanwaltschaft bzw. dem Gericht auf Grund zusätzlicher Erkenntnisse und Beweismittel oder einer anderen juristischen Einordnung der Tat nicht bestätigt wird. So konnte im Jahr 2002 bei einem Viertel der Fälle (bei Sexualdelikten sogar in der Hälfte der Fälle) der Nachweis einer strafbaren Tat oder der Täterschaft nicht erbracht werden (Statistisches Bundesamt 2004ae: 22 ff., 100 f.).²⁷² Bei einem weiteren großen Teil der Fälle bestand zwar weiterhin ein Tatverdacht, aber wegen der geringen Tatschwere wurde das Verfahren mit oder ohne Auflagen eingestellt. Nur bei etwa einem Viertel der bearbeiteten Fälle sah die Staatsanwaltschaft die hinreichende Wahrscheinlichkeit für eine Verurteilung, so dass sie bei Gericht Anklage erhob oder einen Strafbefehl²⁷³ beantragte.²⁷⁴

Bei den von der Staatsanwaltschaft vor Gericht gebrachten und dort "abgeurteilten"²⁷⁵ Fällen wiederum kommt es nicht immer zu einer Verurteilung ("Verurteilte"²⁷⁶) oder aber nur zu einer Verurteilung wegen einer weniger schweren Straftat. Bezogen auf die "Gewaltkriminalität" wurden im Jahr 2002 nur zwei Drittel der Angeklagten verurteilt (Tabelle 10.1). Im Laufe des Strafverfahrens erfolgt also auf mehreren Stufen hintereinander eine "Ausfilterung".

Dieser Ausfilterungsprozess wird in Abbildung 10.1 mit einer Differenzierung zwischen männlichen und weiblichen Personen dargestellt. Im Hinblick auf das Geschlecht fällt auf, dass der Anteil weiblicher Personen im Verlauf des Ausfilterungsprozesses stetig abnimmt, d.h. bei männlichen Tatverdächtigen enden die Verfahren häufiger mit einer Verurteilung als bei Frauen (Abbildung 10.1). Während im Jahre 2002 bei den Tatverdächtigen auf eine weibliche Person noch sieben männliche kamen, waren dies bei den Abgeurteilten schon zehn, bei den Verurteilten zwölf und bei den zu stationären Sanktionen Verurteilten 22 männliche

²⁷¹ Bei mehrdeutigen Sachverhalten wird (wie u.a. Heinz nachweisen konnte) von der Polizei meist der als schwerer zu beurteilende Sachverhalt angenommen – vermutlich auch, um mehr Ermittlungs- und Personal-kapazität zu bekommen.

²⁷² Gesonderte Daten für einzelne Straftatbestände oder die Gruppe der Gewaltdelikte liegen nicht vor.

²⁷³ Durch einen Strafbefehl können einem Beschuldigten in einfach gelagerten Fällen auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch den Richter bestimmte Strafen auferlegt werden, ohne dass es zu einer Hauptverhandlung vor Gericht kommt. Der Beschuldigte kann gegen den Strafbefehl Einspruch einlegen und so eine Hauptverhandlung herbeiführen. Legt er keinen Einspruch ein, wird der Strafbefehl wie ein Urteil rechtskräftig. Dieses Verfahren dient also zur Vereinfachung und Beschleunigung des Strafverfahrens.

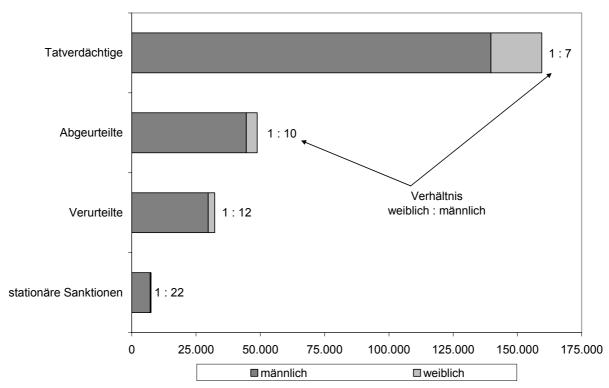
²⁷⁴ Dies gilt sowohl für die Straftaten insgesamt als auch für die Sexualdelikte.

^{275 &}quot;Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen worden sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, gegen die andere Entscheidungen (u.a. Freispruch) getroffen wurden" (Statistisches Bundesamt 2004ad: 9).

^{276 &}quot;Verurteilte sind Angeklagte, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafarrest oder Geldstrafe verhängt worden ist, oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßregeln geahndet wurde" (Statistisches Bundesamt 2004ad: 11).

Personen. Der Ausfilterungsprozess ist also bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt als bei Männern, was wohl überwiegend an der geringeren Schwere ihrer Taten liegen dürfte, wodurch eher eine Einstellung des Verfahrens möglich ist (Heinz 2003: 63; 2004: 29; BMI/BMJ 2001: 60 f.). Andere Erklärungsversuche stellen auf geschlechtsbezogene Vorurteile auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden ab (Heinz 2002; Schmölzer 1999; kritisch Seus 1998).

Abbildung 10.1: Ausfilterungsprozess am Beispiel der "Gewaltkriminalität" mit Verhältnis zwischen den Zahlen für weibliche und männliche Personen in Westdeutschland 2002 (absolut)



1 einschl. Berlin

Anmerkung: Der Ausfilterungsprozess kann nur bezogen auf die westlichen Länder (einschl. Gesamtberlin) dargestellt werden, da in der Strafverfolgungsstatistik nur die Daten für diesen Bezugsraum mitgeteilt werden. In der Abbildung wird bewusst auf die Angabe der Werte verzichtet, da sie aus mehreren Gründen nur zur Verdeutlichung der ungefähren Größenordnungen dient: Zum einen sind einige der Werte geschätzt, denn in den verfügbaren Statistiken werden nicht alle Daten für die westlichen Länder (einschl. Berlin) gesondert und für Männer und Frauen differenziert aufgeführt. Zudem wird in Deutschland keine Verlaufsstatistik geführt, aus der nachverfolgt werden kann, wie bei den einzelnen Taten bzw. Tatverdächtigen weiter verfahren wurde (siehe unter 10.1). Der Anteil weiblicher Personen, die zu stationären Sanktionen verurteilt wurden, ist so gering, dass er in der Abbildung nicht angezeigt wird.

Lesehilfe: Im Jahr 2002 wurden in Westdeutschland knapp 160.000 Personen durch die Polizei als Tatverdächtige eines Gewaltdeliktes registriert. Von diesen waren knapp 140.000 Tatverdächtige männlich und knapp 20.000 weiblich, das heißt auf eine weibliche Tatverdächtige kamen sieben männliche.

Datenbasis: PKS 2002; StVStat 2002

Quellen: BKA 2003: Tabelle 01; Statistisches Bundesamt 2004ac: Tabellen 2.1, 2.3 und 4.1

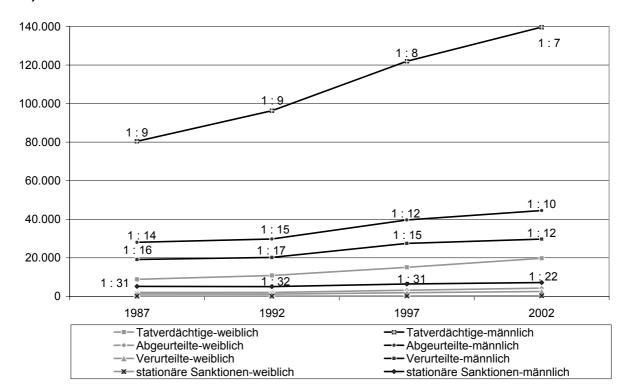
Bei den im Strafvollzug einsitzenden Personen ist das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Gefangenen sogar noch größer:²⁷⁷ Im Jahr 2002 kamen auf eine weibliche Gefangene 33 männliche (Statistisches Bundesamt 2003u: Tabelle 5), was darauf zurückzufüh-

²⁷⁷ Auf die Darstellung des Strafvollzuges wurde in Abbildung 10.1 verzichtet, da dort die Gefangenen mit Verurteilungen aus vielen verschiedenen Jahren einsitzen und daher anders als bei den anderen Zahlen nicht ein einzelnes Jahr abgebildet wird.

ren ist, dass Jungen bzw. Männer häufiger als Mädchen bzw. Frauen schwerere Delikte begehen (bzw. diese Delikte von der Polizei registriert werden), wegen derer sie zu längeren Jugendstrafen bzw. Freiheitsstrafen verurteilt werden.

Die Abbildung 10.2 zeigt den Ausfilterungsprozess im zeitlichen Längsschnitt der letzten 15 Jahre. Hier wird deutlich, dass die absoluten Zahlen der registrierten Tatverdächtigen sowie der Abgeurteilten, Verurteilten und Gefangenen in diesem Zeitraum zum Teil deutlich gestiegen sind. Der stärkste Anstieg ist bei den Tatverdächtigen auszumachen, bei den Abgeurteilten und Verurteilten fällt er wesentlich schwächer aus. Als Erklärung dafür kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht, z.B. eine Zunahme der Delikte vor allem im minder schweren Bereich, bei denen die Verfahren vermehrt eingestellt werden, eine Zunahme von Anzeigen durch Dritte, bei denen der Tathergang nicht aufklärbar war, oder auch eine Änderung der polizeilichen Verdachtsschöpfung oder Bewertung (Heinz 2004: 31 f.).

Abbildung 10.2: Ausfilterungsprozess am Beispiel der "Gewaltkriminalität" mit Verhältnis zwischen den Zahlen für weibliche und männliche Personen im zeitlichen Längsschnitt (1987-2002) im früheren Bundesgebiet bzw. in Westdeutschland¹ (absolut)



1 einschl. Berlin

Anmerkung: Die bei den Kurven für männliche Personen angegebenen Verhältnisse geben das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Personen an. Im Übrigen siehe die Anmerkung zu Abbildung 10.1.

Lesehilfe: Die Zahl der registrierten männlichen Tatverdächtigen stieg von gut 80.000 im Jahr 1987 auf fast 140.000 im Jahr 2002 an, bei den weiblichen Tatverdächtigen gab es im gleichen Zeitraum eine Zunahme von fast 9.000 auf knapp 20.000. Im Jahr 1987 kamen auf eine weibliche Abgeurteilte noch 14 männliche Abgeurteilte, im Jahr 2002 waren es nur noch zehn.

Datenbasis: PKS: StVStat 1992. 1997 und 2002: StVStat 1987

Quellen: BKA 2004a: Zeitreihe Tabelle 40; Statistisches Bundesamt 1996; 1999; 2004: Tabellen 2.1, 2.3 und 4.1; Statistisches Bundesamt: StVStat 1987 – Tabellen 1, 6 und 10

Wie Abbildung 10.1. zeigt, waren im Jahre 2002 weniger Frauen unter den Tatverdächtigen und mehr noch unter den Abgeurteilten und Verurteilten. Wie dies zu erklären ist, ist sehr umstritten; diskutiert werden unter anderem biologische, psychologische, sozialisations- und rollentheoretische Ansätze (siehe die Nachweise in Heinz 2003: 66 f. sowie Heinz 2002: 142 ff. und Schmölzer 1999). Es bleibt festzuhalten, dass Frauen im Bereich der Gewaltkriminalität nach wie vor deutlich unterrepräsentiert sind.

10.2.5 Tatverdacht/Verurteilungen und Alter

Die Altersverteilung bei Tatverdächtigen und Verurteilten wird wegen der ungleichen Bevölkerungsdichte in den verschiedenen Altersstufen anhand von Tatverdächtigen- und Verurteiltenbelastungszahlen dargestellt (TVBZ und VBZ), bei denen die Zahl der Tatverdächtigen bzw. Verurteilten jeweils auf 100.000 Personen der alters- und geschlechtsgleichen Wohnbevölkerung bezogen wird. Da diese Bezugsgröße nur bei Deutschen ausreichend bestimmbar ist,²⁷⁸ werden diese Belastungszahlen nur für die deutschen Tatverdächtigen bzw. Verurteilten berechnet. Die Abbildung 10.3 zeigt die Alters- und Geschlechtsverteilung hinsichtlich der vorsätzlichen leichten Körperverletzung²⁷⁹, der Delikte Raub und Erpressung sowie des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Bei allen Deliktsgruppen wird deutlich, dass junge Menschen, insbesondere männliche Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre), Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) und junge Erwachsene (21 bis unter 25 Jahre) am stärksten mit registrierter Kriminalität belastet sind, während Vollerwachsene (ab 25 Jahre) ähnlich wie Kinder (8 bis unter 14 Jahre)²⁸⁰ und weibliche Personen in allen Altersgruppen deutlich seltener polizeilich in Erscheinung treten.²⁸¹ Ältere Menschen über 60 Jahren werden kaum als Tatverdächtige von der Polizei registriert.

Der Belastungsgipfel liegt bezogen auf männliche Tatverdächtige bei den meisten Delikten (außer Raub und Erpressung²⁸² sowie dem sexuellen Missbrauch von Kindern²⁸³) wie bei der

²⁷⁸ Bei der Wohnbevölkerung sind nicht meldepflichtige Personen wie Touristinnen und Touristen, Berufspendlerinnen bzw. -pendler und Angehörige ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer Dienste sowie meldepflichtige, aber nicht gemeldete Personen (wie sich illegal Aufhaltende) nicht berücksichtigt. Ausführlich zu Analysemöglichkeiten und -grenzen hinsichtlich der registrierten Kriminalität von nicht-deutschen Tatverdächtigen bzw. Verurteilten Heinz (2004: 18 ff.).

²⁷⁹ Die Verteilung bei der leichten Körperverletzung gleicht der Verteilung bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung sehr stark (auch in der Höhe der Belastungszahlen).

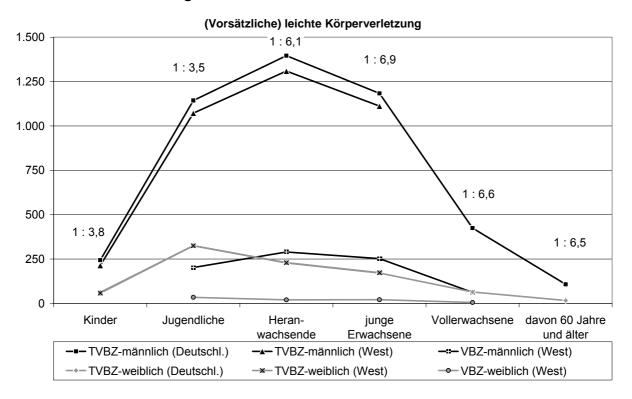
²⁸⁰ Wegen fehlender Strafmündigkeit können Kinder unter 14 Jahren nicht strafrechtlich belangt werden, so dass es keine VBZ geben kann. Kinder unter 8 Jahren wurden bei der Berechnung der TVBZ nicht berücksichtigt.

²⁸¹ Diese hohe Belastung der jungen Menschen kann teilweise dadurch erklärt werden, dass sie Gewaltdelikte oft im öffentlichen Raum begehen, ihre Kriminalität also sichtbarer ist und dadurch häufiger ins Hellfeld gelangt als die sich vielfach im familiären Bereich abspielende Gewalt der Erwachsenen (Heinz 2003: 50). Das Übergewicht junger Menschen bei Tatverdächtigen und Verurteilten wird zudem bei Berücksichtigung von Art und Schwere der verübten Delikte teilweise relativiert, denn bei vielen jugendtypischen Begehungsformen (wie dem Handtaschenraub) werden relativ geringe Schäden verursacht (BMI/BMJ 2001: 513 f. und Heinz 2004: 29).

²⁸² Hinsichtlich der Delikte Raub/Erpressung sind auch bei den Männern die Jugendlichen stärker belastet als die Heranwachsenden. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass es sich bei den Raubdelikten im Jugendalter zumeist um das weit verbreitete "Abziehen" von Fanartikeln, Kleidungsstücken usw. handelt, was bei Heranwachsenden schon deutlich seltener vorkommt (Heinz 2004: 29 f.).

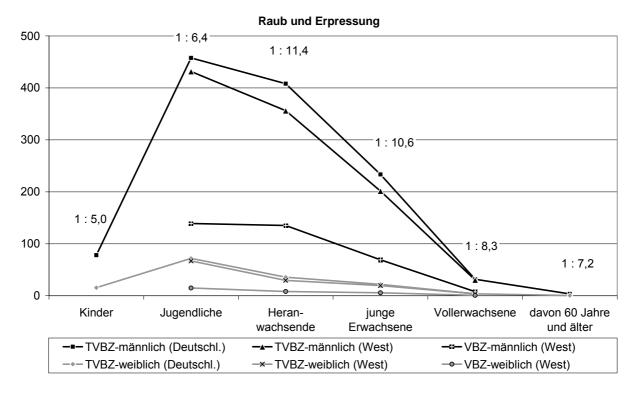
abgebildeten leichten Körperverletzung im Alter zwischen 18 und 20 Jahren (Heranwachsende), während die Belastung bei den weiblichen Tatverdächtigen im Jugendalter am höchsten ist. Weibliche junge Menschen stellen also ihr abweichendes Verhalten früher wieder ein als männliche junge Menschen.

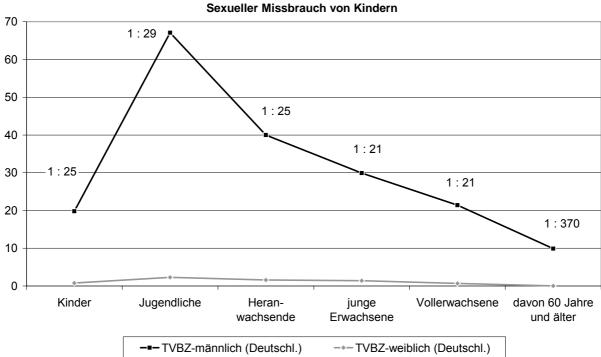
Abbildung 10.3: Tatverdächtigen- und Verurteiltenbelastungszahlen (TVBZ und VBZ) nach Alter und Geschlecht bei leichter Körperverletzung, Raub/Erpressung und sexuellem Missbrauch von Kindern sowie Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen TVBZ in Deutschland insgesamt sowie in Westdeutschland¹ 2002



- Fortsetzung nächste Seite -

²⁸³ Beim sexuellen Missbrauch von Kindern weisen vor allem die jüngeren Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren eine hohe Tatverdächtigenbelastung auf, hier kommen 77 Tatverdächtige auf 100.000 gleichaltrige Jungen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dies vor allem auf die "leichteren" Formen des sexuellen Missbrauchs nach § 176 des Strafgesetzbuchs zurückzuführen ist. Bei der schweren Form des Vollzugs des Beischlafs mit einem Kind (§ 176a Absatz 1 Nummer 1 des Strafgesetzbuchs) ist die Tatverdächtigenbelastung bei den Heranwachsenden mit Abstand am höchsten.





1 Westdeutschland einschl. Berlin-West

Anmerkung: Für einen Vergleich der TVBZ mit den VBZ können nur die Daten der westlichen Länder (einschl. Gesamtberlin) herangezogen werden, da die StVStat nur diese enthält. Aufgeschlüsselte Daten für Kinder sowie Erwachsene in den verschiedenen Altersgruppen sind nur für die TVBZ (gesamtes Bundesgebiet) verfügbar, so dass in der Abbildung die TVBZ sowohl für das Bundesgebiet als auch für die westlichen Länder (einschl. Gesamtberlin) dargestellt werden.

Lesehilfe: Von 100.000 männlichen deutschen Heranwachsenden werden fast 1.400 als Tatverdächtige einer leichten Körperverletzung und etwa 400 als Tatverdächtige eines Raubdeliktes polizeilich registriert. Auf eine weibliche Tatverdächtige im Alter von 18 bis unter 21 Jahren kommen bei Raubdelikten mehr als elf und bei der leichten Körperverletzung sechs männliche Tatverdächtige im gleichen Alter.

Datenbasis: StVStat 2002; PKS

Quellen: Heinz 2004: 54, 58 sowie Sonderauswertung; BKA 2003: 103 f.; BKA 2004a: Tabelle 40

Wie ein Blick auf das Verhältnis der Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) von weiblichen und männlichen Personen in den letzten 15 Jahren zeigt²⁸⁴, ist dies auch ein über die Jahre relativ stabiler Befund. Gleichwohl ist festzuhalten, dass – wie auch schon bei den absoluten Zahlen (Abbildung 10.2) – bei den meisten Delikten in allen Altersgruppen eine langsame Angleichung zwischen den Geschlechtern zu verzeichnen ist: 1988 kamen bezogen auf die "Gewaltkriminalität" noch neun männliche auf eine weibliche Tatverdächtige, im Jahre 2003 waren es nur noch sieben. Gleichzeitig ist das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Tatverdächtigen über die Jahre bei Kindern und Jugendlichen konstant kleiner als bei älteren Tatverdächtigen, das heißt auf eine weibliche Tatverdächtige unter 18 Jahren kamen jeweils weniger männliche Tatverdächtige als auf eine weibliche Tatverdächtige in den Altersgruppen über 18 Jahren.

Eine genauere Betrachtung der letzten 17 Jahre zeigt bei den verschiedenen Gewaltdelikten im weiteren Sinne durchaus unterschiedliche Entwicklungen (dazu Abbildung 10.4). Insbesondere bei den Körperverletzungsdelikten fallen in allen Altersgruppen ansteigende Tatverdächtigenbelastungszahlen auf.²⁸⁷ Durch die sehr geringen Ausgangswerte der TVBZ bei weiblichen Tatverdächtigen und Kindern beiderlei Geschlechts ist bei diesen Gruppen eine sehr hohe prozentuale Zunahme der Zahlen zu verzeichnen, während die absolute Zunahme bei männlichen (vor allem jungen) registrierten Tatverdächtigen deutlich höher ist.

Bei den Raubdelikten²⁸⁸ wird die langsame Annäherung der Zahl unter Verdacht geratener Frauen an die entsprechende Zahl der Männer nicht in allen Altersgruppen bestätigt; bei Heranwachsenden und jungen Erwachsenen kamen 2002 mehr männliche Tatverdächtige auf eine weibliche Tatverdächtige als noch 1987. Schließlich fällt bei den Raubdelikten auf, dass die TVBZ männlicher Jugendlicher und Heranwachsender im Jahre 1997 nach einem steilen Anstieg ihren Höhepunkt erreichte und seitdem wieder rückläufig ist. Bei weiblichen Personen dieser Altersgruppe ist dagegen die TVBZ seit einem langsamen Anstieg bis Mitte der 90er-Jahre nahezu konstant.

²⁸⁴ Errechnet aus der Zeitreihe der PKS-Tabelle 40 (BKA 2004b).

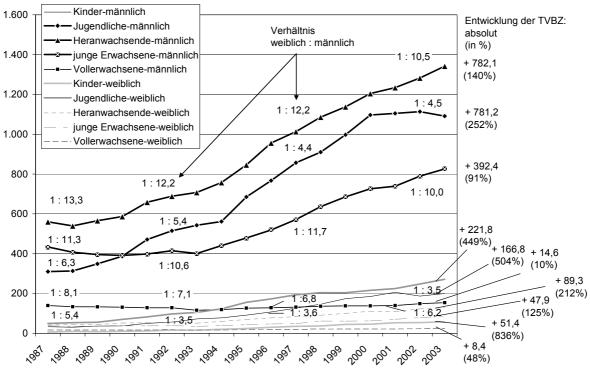
²⁸⁵ Diese Entwicklung ist (aufgegliedert nach den einzelnen Altersgruppen) auch an der Abbildung 10.4 abzulesen: 1987 kamen auf eine weibliche jugendliche Tatverdächtige einer gefährlichen/schweren Körperverletzung noch mehr als sechs männliche Tatverdächtige, 2002 waren dies nur noch 4,5.

²⁸⁶ Errechnet aus der Zeitreihe der PKS-Tabelle 40 (BKA 2004b). Siehe dazu auch die Abbildung 10.4.: Bei Kindern und Jugendlichen kamen z.B. bezogen auf die gefährliche/schwere Körperverletzung über die Jahre hinweg auf eine weibliche Tatverdächtige zwischen drei und sechs männliche Tatverdächtige – dagegen kommen bei Heranwachsenden, jungen Erwachsenen und Erwachsenen über 25 Jahre zwischen sechs und 13 männliche Tatverdächtige auf eine weibliche.

²⁸⁷ Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sich im Bereich der gefährlichen Körperverletzung im Jahre 1998 Änderungen durch das 6. Strafrechtsreformgesetz ergeben haben, die zu einer Erhöhung der Anzeigebereitschaft geführt haben können (BJI/BMJ 2001: 50).

²⁸⁸ Die grafische Darstellung der Entwicklung der TVBZ bei Raubdelikten findet sich im Anhang in Abbildung A 10.1. Auf die grafische Darstellung der Entwicklung bei den weiteren (seltenen) Gewaltdelikten im weiteren Sinne wurde aus Platzgründen verzichtet.

Abbildung 10.4: Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) nach Alter und Geschlecht bei gefährlicher/schwerer Körperverletzung sowie Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen TVBZ in Deutschland¹ 1987 bis 2003



1 jeweiliges Bundesgebiet

Anmerkung: Auf die gesonderte Darstellung der TVBZ der über 60-Jährigen wurde auf Grund der zu geringen Zahlen verzichtet. Die Zahlen für 1991 und 1992 beziehen sich auf die westlichen Länder einschl. Berlin-Ost.

Lesehilfe: Von 100.000 männlichen deutschen Heranwachsenden wurden 1987 genau 560 und 2003 fast 1.350 als Tatverdächtige einer gefährlichen oder schweren Körperverletzung polizeilich registriert – eine Zunahme von 782 Tatverdächtigen bzw. 140 Prozent. Auf eine weibliche Tatverdächtige im Alter von 18 bis unter 21 Jahren kamen dabei 1987 mehr als 13 und im Jahre 2002 nur noch 10,5 männliche Tatverdächtige im gleichen Alter.

Datenbasis: PKS: Zeitreihe Quelle: BKA 2004a: Tabelle 40

Bei den Tötungsdelikten ist im Gegensatz zu den Raub- und Körperverletzungsdelikten seit 1987 kein Anstieg, sondern sogar eine leichte Abnahme der TVBZ zu verzeichnen, ohne dass in der Entwicklung Auffälligkeiten zwischen männlichen und weiblichen Tatverdächtigen bestehen. Bei der Vergewaltigung/sexuellen Nötigung gibt es seit 1998²⁸⁹ leicht ansteigende Zahlen, auch bei weiblichen jungen Tatverdächtigen (Jugendliche bis junge Erwachsene), deren Belastung zuvor noch nahe Null lag (hier fällt der Anstieg bei weiblichen Jugendlichen von 0,0 Prozent im Jahr 1987 auf 0,8 Prozent im Jahr 2003 ins Auge). Ebenfalls einen leichten Anstieg gibt es beim sexuellen Missbrauch von Kindern, der bei registrierten männlichen Tatverdächtigen recht stetig verläuft, bei weiblichen Tatverdächtigen jedoch stark schwankt.

Diese bei den TVBZ zu beobachtenden Entwicklungstrends zeigen sich auch bei den Verurteiltenbelastungszahlen, allerdings ist dort der Anstieg der Zahlen wesentlich geringer aus-

²⁸⁹ Ein Vergleich mit den Zahlen vor 1998 ist wegen der Änderungen durch das 6. Strafrechtsreformgesetz kaum möglich.

geprägt, was sich schon bei den absoluten Zahlen andeutete (dazu Abbildung 10.2).²⁹⁰

Auch wenn sich in den letzten zwanzig Jahren einige Verschiebungen in der Kriminalitätsbelastung von Frauen und Männern ergeben haben, bleiben Frauen als Täterinnen bei Gewaltdelikten deutlich unterrepräsentiert.

10.2.6 Tatverdacht/Verurteilungen und Staatsangehörigkeit

Die Unterscheidung der Tatverdächtigen nach der Staatsangehörigkeit ist kriminologisch problematisch, da hier keine Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung feststellbar sind (Heinz 2003: 53). Hier sollen dennoch einige Daten vorgestellt werden, da die Kriminalität der Nicht-Deutschen immer wieder ein politisches Thema ist.

Bei Betrachtung der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen fällt zunächst ein sehr hoher Anteil der Nicht-Deutschen auf. Mehr als ein Viertel der im Jahr 2003 von der Polizei wegen einer "Gewaltstraftat" registrierten Tatverdächtigen und fast 30 Prozent der wegen eines solchen Delikts Verurteilten hatte nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Verglichen mit dem Bevölkerungsanteil von weniger als 9 Prozent (Statistisches Bundesamt 2004af) ist dieser Anteil auffällig hoch, aber er darf auf keinen Fall dahingehend interpretiert werden, dass die in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen anteilmäßig mehr Straftaten begehen (also "krimineller" sind), denn die Daten werden durch eine Fülle von Faktoren verzerrt (ausführlich Heinz 2004: 18 ff.; 2003: 53 ff. m. w. N.). So werden bei den Tatverdächtigen auch die Nicht-Deutschen gezählt, die nicht zur Wohnbevölkerung zählen (dazu oben die Fußnote 278). Zudem weisen Deutsche und Nicht-Deutsche eine strukturell unterschiedliche Zusammensetzung auf. Beispielsweise differieren die Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur deutlich, ebenso die räumliche Verteilung (Ausländerinnen und Ausländer leben überproportional häufig in großstädtischen Ballungsgebieten), wobei alle diese Unterschiede nach kriminologischer Erfahrung die Gefahr der Begehung von Straftaten erhöhen (BMI/BMJ 2001: 312). Schließlich gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die Anzeigebereitschaft von deutschen Opfern gegenüber nicht-deutschen Täterinnen und Tätern erhöht ist, insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität (BMI/BMJ 2001: 73 f; Enzmann/Wetzels 2000: 142 ff.). Trotz dieser Verzerrungsfaktoren geht die Mehrzahl der Kriminologen davon aus, dass zumindest in einigen Gruppen der Nicht-Deutschen eine höhere Belastung mit Kriminalität besteht als bei Deutschen, die aber deutlich geringer ist, als es die Unterschiede in offiziellen Statistiken vermuten lassen (Nachweise bei Heinz 2003: 58).

Der Jungen-/Männeranteil an den registrierten Tatverdächtigen von "Gewaltdelikten" ist bei nicht-deutschen Tatverdächtigen mit 90 Prozent geringfügig höher als bei deutschen Tatver-

²⁹⁰ Auf die grafische Darstellung der VBZ bzw. die Gegenüberstellung von TVBZ und VBZ wurde hier verzichtet, da sich im Längsschnitt keine Besonderheiten im Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Verurteilten zeigen. Entsprechende Schaubilder finden sich bei Heinz (2004: 33 ff.).

dächtigen (dort waren es 87 %, jeweils bezogen auf das Jahr 2003; Tabelle 10.1). Gleiches gilt für den Jungen-/Männeranteil an den nicht-deutschen Verurteilten (94 % gegenüber 92 % bei den deutschen Verurteilten). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Jungen-/Männeranteil an der nicht-deutschen Wohnbevölkerung mit 54 Prozent überdurchschnittlich ist (bei der deutschen Wohnbevölkerung überwiegt dagegen der Frauenanteil leicht) und dass z.B. die Zahl der männlichen Asylbewerber die Zahl der weiblichen deutlich übersteigt²⁹¹, so dass fraglich ist, ob sich die Männeranteile der deutschen und nicht-deutschen Tatverdächtigen an allen registrierten Tatverdächtigen bei Herausrechnung dieser Faktoren überhaupt noch unterscheiden.

10.2.7 Opfer und Täter-Opfer-Beziehung

Im Jahre 2003 wurden 813.265 Personen durch die Polizei als Opfer einer (ausgewählten²⁹²) versuchten oder vollendeten Straftat registriert, davon waren 234.720 Menschen Opfer von "Gewaltkriminalität" (Tabelle 10.2).

Tabelle 10.2: Opfermerkmale bei verschiedenen Delikten in absoluten Zahlen in Deutschland 2003 (absolut und in %)

	Opfermerkmale				Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung					
	Opfer	Pro- zen- tanteil Ver- such	Pro- zen- tanteil Opfer männ- lich	Pro- zen- tanteil Opfer weib- lich	Ver- wandt schaft	Be- kannt- schaft	flüch- tig	keine	unge- klärt/ Lands mann	
sexueller Missbrauch von Kindern	19.477	6,2	23,2	76,8	16,1	30,3	7,5	39,2	6,8	
leichte Körperverletzung	335.185	2,1	59,1	40,9	16,2	30,8	11,6	30,8	10,6	
"Gewaltkriminalität"	234.720	11,9	69,5	30,5	7,6	21,0	11,1	45,6	14,7	
davon										
Mord/Totschlag	2.858	69,9	62,7	37,3	24,9	33,0	9,9	18,3	13,9	
sexuelle Nötigung/Vergewaltigung	8.873	17,0	4,6	95,4	18,6	41,2	13,9	18,7	7,6	
gefährliche/schwere Körperverl.1	154.747	7,8	74,4	25,6	9,4	24,8	12,6	38,9	14,4	
Raubdelikte	67.989	18,1	66,9	33,1	1,1	9,0	7,6	65,5	16,8	

¹ Gefährliche/schwere Körperverletzung

Anmerkung: Auf die Darstellung der Straftaten insgesamt wird verzichtet, da in der PKS die Opfermerkmale nicht bei allen Straftaten erfasst werden, so dass ein Vergleich mit der Tabelle 10.1 nicht möglich ist.

Datenbasis: PKS 2003

Quelle: BKA 2004b: Tabellen 91 und 92

10.2.8 Opferregistrierung nach Geschlecht und Alter

Der Anteil der weiblichen Opfer ist bei den meisten "Gewaltstraftaten" geringer als der Anteil der männlichen Opfer (Tabelle 10.2). So ist nur jedes vierte registrierte Opfer von gefährlicher/schwerer Körperverletzung und jedes dritte Opfer eines Raubdeliktes weiblich. Anders liegt es wiederum bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die sich ganz

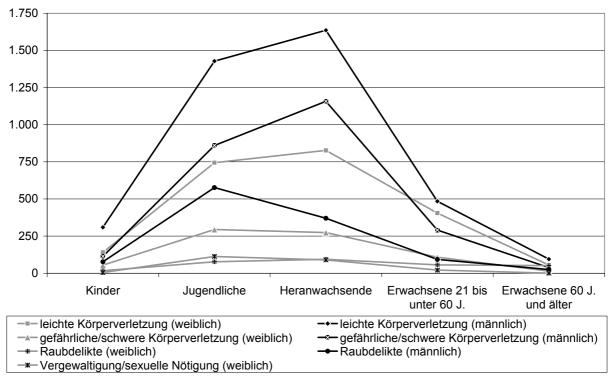
²⁹¹ Im Jahre 2003 war weniger als jeder Dritte Asylantragsteller weiblich (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2004).

²⁹² Die Polizei erfasst nicht für alle in der PKS verzeichneten Delikte Opferdaten.

überwiegend gegen weibliche Opfer richten.

Die Altersverteilung soll wegen des unterschiedlichen Bevölkerungsanteils in den verschiedenen Altersgruppen anhand von Gefährdungszahlen bezogen auf 100.000 Personen der altersgleichen und/oder geschlechtsgleichen Wohnbevölkerung betrachtet werden. Abbildung 10.5 zeigt die Opfergefährdungszahlen für weibliche und männliche Opfer bezogen auf verschiedene Gewaltdelikte im weiteren Sinne für das Jahr 2002.

Abbildung 10.5: Opfergefährdungszahlen nach Alter und Geschlecht in Deutschland 2002 (absolut)



Anmerkung: Hier wurden die Zahlen für das Jahr 2002 dargestellt, um einen Vergleich mit der Abbildung 10.2 zu ermöglichen. Die Darstellung der Vergewaltigung/sexuellen Nötigung bei männlichen Opfern war wegen der äußerst geringen Belastungszahlen (der höchste Wert von 5,3 Opfern auf 100.000 Personen wird im Jugendalter erreicht) nicht möglich.

Lesehilfe: Von 100.000 männlichen deutschen Heranwachsenden wurden im Jahr 2002 mehr als 1.630 als Opfer einer leichten Körperverletzung und 370 als Opfer eines Raubdeliktes polizeilich registriert.

Datenbasis: PKS

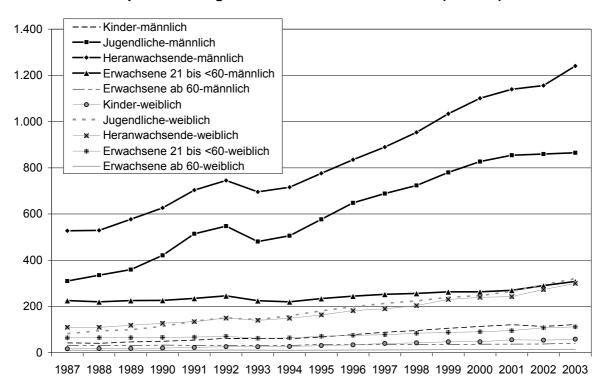
Quelle: BKA 2004a: Zeitreihe Tabelle 91

Die Altersverteilung gleicht in den meisten Fällen der Verteilung bei Tatverdächtigen und Verurteilten (Abbildung 10.3). Auch die Wahrscheinlichkeit, als Opfer eines Gewaltdeliktes registriert zu werden, ist bei Jugendlichen und Heranwachsenden beiderlei Geschlechts mit Abstand am höchsten. Damit liegt schon nach diesen Zahlen nahe, dass sich die Gewalthandlungen der Jugendlichen und Heranwachsenden überwiegend gegen Opfer der gleichen Altersgruppen richten, was durch eine Sonderauswertung der PKS Baden-Württemberg

für das Jahr 2002 bestätigt wird (dazu Heinz 2003: 82 f.).²⁹³

Ebenso ist im zeitlichen Längsschnitt eine starke Ähnlichkeit der Entwicklung mit der bei den Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) auszumachen (Abbildung 10.6. und zur Entwicklung der TVBZ Abbildung 10.4). Bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung ist auch bei der Opfergefährdung ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen und bei den Raubdelikten²⁹⁴ fällt wiederum der Höchststand bei den männlichen Personen im Jahr 1997 auf. Im Gegensatz zur Tatverdächtigenbelastung gibt es bei der Opfergefährdung allerdings keine langsame Angleichung im Verhältnis von weiblichen und männlichen Opfern, vielmehr bleibt das Verhältnis bei den Opfergefährdungszahlen (OGZ) relativ konstant.

Abbildung 10.6: Opfergefährdungszahlen nach Alter und Geschlecht bei gefährlicher/schwerer Körperverletzung in Deutschland¹ 1987 bis 2003 (absolut)



1 jeweiliges Bundesgebiet

Anmerkung: Die Zahlen für 1991 und 1992 beziehen sich auf die westlichen Länder einschl. Berlin-Ost.

Lesehilfe: Von 100.000 männlichen deutschen Heranwachsenden wurden im Jahr 1987 527 und im Jahr 2003 1.240 als Opfer einer gefährlichen oder schweren Körperverletzung polizeilich registriert.

Datenbasis: PKS

Quelle: BKA 2004a: Zeitreihe Tabelle 91

Bei den meisten Gewaltdelikten (außer der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung) ist die Opferbelastung bei Mädchen bzw. Frauen in allen Altersgruppen niedriger als bei Jungen bzw. Männern (Abbildung 10.5). Anders ist dies jedoch bei den Raubdelikten gegenüber Opfern über 60 Jahren: Hier sind Frauen doppelt so oft betroffen wie Männer – eine Folge des

²⁹³ Eine Ausnahme davon bildet z.B. der Handtaschenraub durch junge Täterinnen und Täter an Opfern über 60 Jahren, siehe dazu unten.

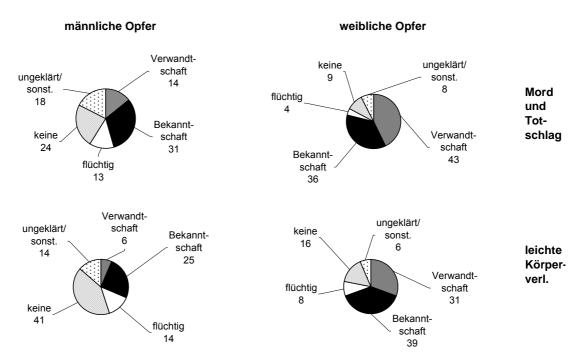
²⁹⁴ Siehe Abbildung A 10.2 im Anhang.

Handtaschenraubes, der sich in mehr als neun von zehn Fällen gegen Frauen richtet und bei dem in fast zwei Drittel der Fälle Personen über 60 Jahren Opfer werden (BKA 2004b: 146). Diese höhere Belastung der älteren Frauen ist auch ein über die Jahre stabiler Befund (Abbildung A 10.2 im Anhang).

10.2.9 Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung

Die Beziehungen zwischen registrierten Opfern und Tatverdächtigen lassen sich ebenfalls aus Tabelle 10.2 ablesen. Hieraus wird ersichtlich, dass bei den verschiedenen Gewaltdelikten im weiteren Sinne sehr große geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen den Vorbeziehungen zwischen Opfern und Tatverdächtigen bestehen. So wurden im Jahre 2003 zwei Drittel der Raubdelikte gegen völlig unbekannte Opfer gerichtet, während bei Mord/Totschlag sowie sexueller Nötigung bzw. Vergewaltigung der Tatverdächtige das Opfer in vier von fünf Fällen zumindest flüchtig kannte.

Abbildung 10.7: Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung nach dem Geschlecht bei den Delikten Mord/Totschlag und leichte Körperverletzung in Deutschland 2003 (in %)



Anmerkung: Die Verteilung bei der leichten Körperverletzung ähnelt der bei der schweren und gefährlichen Körperverletzung sehr, so dass diese hier nicht zusätzlich dargestellt wurde. Erfasst wird in der PKS grundsätzlich die engste der möglichen Beziehungen. "Sonstiges" meint die PKS-Kategorie "Landsmann", die nur bei Ausländerinnen und Ausländern erfasst wird, wenn die/der Tatverdächtige die gleiche Staatsangehörigkeit wie das Opfer hat, mit diesem aber nicht verwandt oder verschwägert ist.

Datenbasis: PKS 2003

Quelle: BKA 2004b: Tabelle 92

Große Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts des Opfers lassen sich insbesondere bei den Delikten Mord/Totschlag sowie der Körperverletzung ausmachen (Abbildung 10.7). Weibliche Opfer dieser Delikte werden zumeist Opfer einer Beziehungstat, bei der eine Ver-

wandtschaft oder Bekanntschaft zur/zum Tatverdächtigen besteht. Männliche Opfer dagegen haben in der Mehrzahl der Fälle vor der Tat höchstens eine flüchtige Beziehung zur/zum Tatverdächtigen. So waren im Jahr 2003 weibliche Opfer eines zumindest versuchten Mordoder Totschlagdelikts in 43 Prozent der Fälle mit der/dem Tatverdächtigen verwandt; bei männlichen Opfern bestand nur in 14 Prozent der Fälle ein solches Verwandtschaftsverhältnis. Bei der leichten Körperverletzung fällt bei den männlichen Opfern der hohe Anteil der Fälle auf, bei denen überhaupt keine Vorbeziehung zur/zum Tatverdächtigen bestand: Zwei von fünf männlichen Opfern kannten die/den Tatverdächtige/n vor der Tat nicht, sie wurden also Opfer im Rahmen von spontanen Auseinandersetzungen. Bei weiblichen Opfern war dagegen nur einem von sechs Opfern die/der Tatverdächtige zuvor unbekannt.

Im zeitlichen Längsschnitt der letzten 15 Jahre²⁹⁵ sind diese Unterschiede auch recht stabil. Lediglich bei der Gewaltkriminalität insgesamt sowie bei der leichten Körperverletzung ist ein leichter Trend auszumachen, dass mehr Frauen einer/einem verwandten Tatverdächtigen zum Opfer fallen und weniger Frauen einer/einem unbekannten Tatverdächtigen. Im Übrigen sind die größten Veränderungen bei den Sexualdelikten abzulesen: Hier stiegen die Anteile der registrierten Opfer von Beziehungstaten im Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftsverhältnis bei beiden Geschlechtern deutlich an. Dies könnte auf eine gestiegene Bereitschaft, Personen aus dem näheren Umfeld anzuzeigen, zurückzuführen sein.

10.3 Daten aus Studien zur Erhellung des Dunkelfeldes²⁹⁶

10.3.1 Methodische Hintergründe

Wegen der hohen Dunkelfelder gerade im Bereich der Gewalt in engsten sozialen Beziehungen können, wie oben erwähnt, weder das tatsächliche Ausmaß der Gewalterfahrungen von Frauen und Männern, noch deren geschlechtsspezifische Verteilungen bei Täterinnen und Tätern sowie Opfern anhand von polizeilichen Kriminalstatistiken realistisch nachgezeichnet werden. Hier sind repräsentative Bevölkerungsumfragen mit spezialisierten Methoden der Erfassung von Gewalt eher geeignet, Informationen über das tatsächliche Ausmaß und die Erscheinungsformen von Gewalt in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erbringen.

Unterschieden wird in den zumeist kriminologischen oder soziologischen Studien zu Gewalt gegen Erwachsene und Jugendliche häufig zwischen körperlicher (nicht-sexualisierter), sexueller (bzw. sexualisierter) und psychischer (bzw. emotionaler) Gewalt. Bei elterlicher Gewalt gegen Kinder wird darüber hinaus eine Unterscheidung zwischen körperlicher Züchtigung im Rahmen der elterlichen Erziehung, körperlicher Misshandlung, sexuellem Missbrauch und Kindesvernachlässigung getroffen. "Gewaltprävalenzen" bezeichnen im Folgen-

²⁹⁵ Errechnet aus der Zeitreihe der PKS-Tabelle 92 (BKA 2004a).

²⁹⁶ Dieser Abschnitt wurde auf der Basis einer Expertise von Monika Schröttle verfasst.

den den Prozentsatz derer, die in einem bestimmten Zeitraum *Opfer* von Gewalthandlungen geworden sind.²⁹⁷

Da die Studien jeweils auf sehr unterschiedlichen Gewaltdefinitionen, Erfassungsmethoden, Stichproben und Rahmenbedingungen basieren, können die in ihnen gemessenen Gewaltausmaße erheblich differieren. So ist beispielsweise bekannt, dass in kriminologischen Studien, die Gewalt gegen Männer und Frauen im Kontext allgemeiner Fragen zu erlebten Verbrechen und zur Verbrechensfurcht erfassen, eher Gewalt im öffentlichen Raum und weniger die Gewalt in engsten sozialen Beziehungen aufgedeckt werden kann, da letztere von den Befragten oftmals nicht als Verbrechen bzw. als kriminelle Handlung zugeordnet wird. Die Aufdeckung von Gewalt im sozialen Nahraum und von besonders stark tabuisierten Gewaltformen wie sexueller Gewalt und Gewalt in Paarbeziehungen erhöht sich, wenn die Befragung direkt auf den Kontext von Familien und Paarbeziehungen eingeht. Sie verbessert sich zudem, wenn spezifische Methoden gewählt werden, die das Vertrauen der Befragten in die Anonymität der Befragung erhöhen und die eine Beantwortung der hochsensiblen bzw. tabuisierten Fragen erleichtern, etwa durch eine Listenabfrage konkreter Gewalthandlungen, bei der der/die Befragte nur mit Kennbuchstaben antworten kann und keine Gewalterlebnisse direkt schildern muss, oder durch den Einsatz schriftlicher Zusatzfragebögen zur Erfassung besonders sensibler Themenbereiche (Wetzels 1997; Schröttle/Müller 2004). Auch eine intensive Schulung der eingesetzten interviewenden Personen im Vorfeld der Befragung mit dem Ziel, eine möglichst vorurteilsfreie, sensible, sichere und neutrale Herangehensweise zu gewährleisten und die Durchführung der Interviews in einer ruhigen, geschützten Atmosphäre ohne Anwesenheit Dritter zu ermöglichen, trägt zu einer höheren Aufdeckung bestehender Dunkelfelder bei.

In Gewaltstudien wird in der Regel nicht *direkt* nach dem Erleben von "*Gewalt*" gefragt, da körperliche und sexuelle Übergriffe von den Befragten in unterschiedlichem Maße als *Gewalt* wahrgenommen und eingestuft werden können. Zumeist werden anhand von vorgegebenen *Listen* konkrete Gewalthandlungen oder Übergriffe abgefragt, die der/die Befragte in einem bestimmten Erfassungszeitraum erlebt hat (z.B. wurden Sie geschlagen, getreten, geohrfeigt, verprügelt etc.). Viele Befragungen verwenden bei der Erfassung von körperlicher Gewalt die im Rahmen der US-amerikanischen Family Violence Forschung entwickelte Conflict Tactic Scale (oder modifizierte Formen der CTS). Zur Erfassung von *sexueller* Gewalt und sexuellem Missbrauch werden jeweils spezifische Abfrageinstrumente eingesetzt, die Dunkelfelder mehr oder weniger gut aufzudecken vermögen.

Die in den Studien erfassten Gewaltprävalenzen²⁹⁸ variieren also sehr stark mit den verwen-

²⁹⁷ Davon abzugrenzen sind die *Inzidenzen*, die die *Häufigkeit erlebter Gewalthandlungen oder -situationen* in einem bestimmten Erfassungszeitraum anzeigen.

²⁹⁸ Anteile von Personen mit Gewalterfahrung.

deten Gewaltdefinitionen, den Erfassungszeiträumen und Altersgrenzen erlebter Gewalt sowie den einbezogenen Altersgruppen der Befragten, hinzu kommen mögliche soziokulturell und geschlechtsspezifisch bedingte Unterschiede in der Bereitschaft, Dritten gegenüber selbst erlebte Gewaltereignisse zu benennen.²⁹⁹ Die Ergebnisse der vorliegenden Studien sind insofern nicht direkt miteinander vergleichbar.

10.3.2 Gewalt gegen Frauen und Männer

Zur Erfassung des Ausmaßes von Gewalt gegen Männer und Frauen in ihrem Erwachsenenleben lagen bis Ende der 90er-Jahre auf nationaler Ebene lediglich die im Folgenden dargestellten zwei *kriminologischen Opferbefragungen* vor (Kury u.a. 1996; Wetzels u.a. 1995).

Gewalt gegen Frauen und Männer auf der Basis kriminologischer Opferbefragungen

Eine im Jahre 1990 vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Zusammenarbeit mit dem BKA durchgeführte Opferstudie erhob bei einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe in Ost- und Westdeutschland die Opfererfahrungen bei Eigentumsund Gewaltdelikten für den Fünfjahreszeitraum 1986 bis 1990. Hinsichtlich der Geschlechterverteilungen bei der Betroffenheit durch *körperliche* Gewaltdelikte bestätigte die Studie Daten des Hellfeldes, dass Männer im Vergleich zu Frauen *häufiger* Opfer von körperlichen Angriffen/Bedrohungen geworden sind. So befanden sich unter den Opfern dieser Deliktgruppe in Ostdeutschland etwa 40 Prozent Frauen und 60 Prozent Männer; in Westdeutschland waren es 30 Prozent Frauen und 70 Prozent Männer (Kury u.a. 1996). Die in dieser Studie erfassten Geschlechterverteilungen geben insofern kein realistisches Bild der tatsächlichen Betroffenheit von Männern und Frauen durch körperliche Gewalt wieder, als hier – wegen der Einbettung der Fragen in den Kontext von *Verbrechen* und *Kriminalität* – die Formen von körperlicher Gewalt in *engen sozialen Beziehungen*, von denen Frauen in besonderem Maße betroffen sind, untererfasst und die Formen von Gewalt im *öffentlichen Raum*, denen – insbesondere junge – Männer in höherem Maße ausgesetzt sind, übererfasst sind.

Bei einer ebenfalls Anfang der 90er-Jahre durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführten repräsentativen Opferbefragung, die sich auf Opfererfahrungen im Zeitraum von 1987 bis 1991 bezog, wurden im Anschluss an die Haupterhebung bei einer Teilstichprobe von gut 4.000 Befragten spezifische Opfererfahrungen in *engen so-*

²⁹⁹ In der Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer wird etwa argumentiert, dass bestimmte Gewaltformen so normal im Männerleben seien, dass diese nicht als Gewalt wahrgenommen und erinnert würden; andere Gewaltformen, etwa sexualisierte Gewalt gegen Männer, seien so stark tabuisiert, dass sie entweder nicht erinnerbar seien oder betroffene Männer nicht über diese berichteten (Pilotstudie – Kurzbericht: 5). Dies dürfte in unterschiedlicher Nuancierung auch für andere Befragungsgruppen zutreffen und wirkt sich erheblich auf die Ergebnisse von Dunkelfeldstudien aus.

³⁰⁰ Neben der in der Einleitung erwähnten Studie zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz (Holzbecher u.a. 1990).

zialen Beziehungen abgefragt (Wetzels u.a. 1995). Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass Frauen und Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren in dem früheren Bundesgebiet *in annähernd gleichem Umfang* – zu jeweils einem Fünftel bis einem Sechstel (18 % Männer bzw. 19 % Frauen) – körperliche Übergriffe in engen sozialen Beziehungen im 5-Jahreszeitraum erlebt haben. Bei den ostdeutschen Befragten war der Anteil der Frauen mit 18 Prozent gegenüber den Männern mit 15 Prozent etwas höher (ebd.).

Aus dem Befund, dass Männer und Frauen zu annähernd gleichen Anteilen Gewalt in engen sozialen Beziehungen erlebt haben, darf allerdings nicht, wie bei einigen Autoren geschehen, der Fehlschluss gezogen werden, Männer und Frauen erlebten in *Paarbeziehungen* ein ähnliches Ausmaß an körperlicher Gewalt, denn die Daten der KFN-Studie umfassen mehrere verschiedene Täter-Opfer-Kontexte in engsten sozialen Beziehungen: Neben Gewalt in Paarbeziehungen beziehen sie auch Gewalt von und zwischen Geschwistern und durch Eltern sowie andere Haushaltsmitglieder mit ein. Der Befund, dass bei Männern vor allem die 16- bis 20-Jährigen und bei Frauen vor allem die 30- bis 50-Jährigen körperliche Übergriffe in engen sozialen Beziehungen erlebt haben, deutet darauf hin, dass es sich bei Frauen stärker um Gewalt in der eigenen Ehe-/Paarbeziehung und Familie gehandelt hat und bei den männlichen Befragten eher um körperliche Übergriffe durch Eltern und Geschwister in der *Herkunftsfamilie* (BMFSFJ 2004c).

Bislang existieren für Deutschland keine Daten zum Ausmaß von körperlicher und sexueller Gewalt im Erwachsenenleben, die einen *umfassenden Geschlechtervergleich* in Bezug auf unterschiedliche Täter-Opfer-Kontexte im Allgemeinen sowie auf häusliche Gewalt in Paarbeziehungen im Besonderen ermöglichen. Die nachfolgend dargestellten neueren Studien des BMFSFJ – eine Repräsentativstudie zu Gewalt gegen Frauen und eine Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer in Deutschland –, lassen aber Tendenzen erkennen, die für geschlechtsspezifische Analysen zu Gewalt relevant sind und die in eine ähnliche Richtung weisen wie geschlechterdifferenzierte Analysen internationaler Forschung.

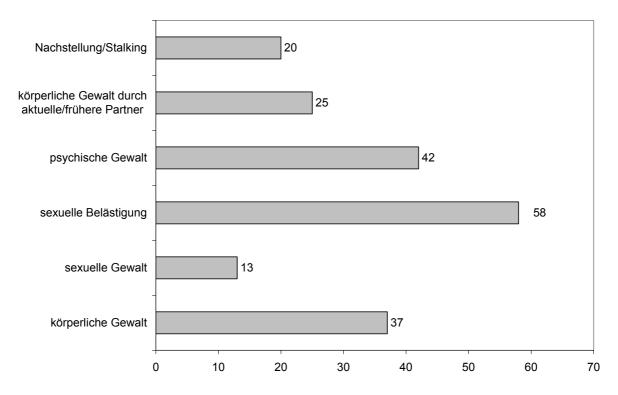
Ausmaß und Erscheinungsformen von Gewalt gegen Frauen auf der Basis der Repräsentativuntersuchung "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland"

In den Jahren 2002 bis 2004 wurde im Auftrag des BMFSFJ die erste große deutsche Repräsentativstudie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland durchgeführt. Es wurden über 10.000 in Deutschland lebende Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren umfassend zu ihren Gewalterfahrungen in unterschiedlichen Lebenskontexten, zu den Folgen von Gewalt, zur Inanspruchnahme von institutioneller Hilfe und Unterstützung sowie zu ihrem Sicherheitsge-

³⁰¹ Vom Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld und infas, dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH.

fühl und ihren Ängsten befragt (Schröttle/Müller 2004).³⁰² Die Studie bestätigt das hohe Ausmaß bisheriger Dunkelfeldschätzungen zu Gewalt gegen Frauen, wonach in Deutschland etwa jede zweite bis dritte Frau *körperliche* Übergriffe in ihrem Erwachsenenleben³⁰³ und ca. jede siebte Frau *sexuelle* Gewalt durch bekannte oder unbekannte Personen erlitten hat.³⁰⁴

Abbildung 10.8: Gewaltprävalenzen zu Gewalt gegen Frauen im Überblick in Deutschland (in %)



Datenbasis: Repräsentativuntersuchung; Interviews von Frauen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren; N = 1.0264 Quelle: BMFSFJ 2004c: 28 ff.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt 40 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben. 37 Prozent der befragten Frauen gaben körperliche Übergriffe seit dem 16. Lebens-

Die Studie besteht insgesamt aus drei Studienteilen: (1) Einer repräsentativen Hauptuntersuchung bei 10.000 in Deutschland lebenden Frauen (plus zusätzlich jeweils 250 Interviews in türkischer und russischer Sprache, um die beiden größten Migrantinnengruppen in Deutschland – türkische Migrantinnen und Aussiedlerinnen aus der ehemaligen UdSSR und Osteuropa zu erfassen (Schröttle/Müller 2004). (2) Einer Teilpopulationen-Zusatzbefragung, bei der in Kooperation mit anderen Hochschulen und Universitäten kleinere Erhebungen bei Flüchtlingsfrauen, inhaftierten Frauen und Prostituierten durchgeführt wurden (ebd.). (3) Einem qualitativen Untersuchungsteil, bei dem Gruppendiskussionen mit gewaltbetroffenen Frauen zum konkreten Hilfe- und Unterstützungsbedarf in und nach Gewaltsituationen durchgeführt wurden (Glammeier/Müller/Schröttle 2004). Im Kontext der vorliegenden Darstellung wird vor allem auf die repräsentative Hauptuntersuchung eingegangen. Eine Kurzfassung der Studienergebnisse in Broschürenform ist erhältlich bei der Broschürenstelle des BMFSFJ. Diese Kurzfassung, aber auch die ausführlichen Forschungsdokumentationen zu allen drei Studienteilen können im Internet eingesehen werden unter www.bmfsfj.de (Stichwort→Forschungsnetz→Forschungsberichte).

³⁰³ Diese Schätzung wurde im Rahmen der Frauenprojektebewegung und Frauenpolitik seit den 80er-Jahren häufiger benannt und sie schien angesichts der hohen Werte, die nationale und internationale repräsentative Opferbefragungen hervorbrachten, nicht unrealistisch zu sein (Wetzels u.a. 1995; Schröttle 1999; Hagemann-White 2001).

³⁰⁴ Zum Ausmaß sexueller Gewalt gegen Frauen in Deutschland und zu Dunkelfeldschätzungen in diesem Bereich u.a. Wetzels u.a. (1995), Schröttle (1999), Hagemann-White/Bohne (2003).

jahr an. Es handelt sich um ein breites Spektrum von körperlichen Übergriffen in unterschiedlichen Lebenskontexten, die von leichten Ohrfeigen und wütendem Wegschubsen bis hin zum Schlagen mit Gegenständen, Verprügeln und Waffengewalt reichen. Von etwa einem Drittel der Betroffenen wurden ausschließlich *leichtere* Formen von körperlichen Übergriffen genannt, die *nicht* mit Verletzungsfolgen oder mit der Angst vor ernsthafter/lebensgefährlicher Verletzung verbunden waren; etwa zwei Drittel der Betroffenen haben in diesem Sinne auch mittlere bis schwere Formen von körperlicher Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt (ebd.).

Bei insgesamt 55 Prozent der Frauen, die körperliche Übergriffe erlebt hatten, waren diese auch mit Verletzungsfolgen verbunden, bei einem Drittel davon so schwer, dass medizinische Hilfe in Anspruch genommen wurde. Insgesamt hat der Untersuchung nach etwa jede fünfte in Deutschland lebende Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren in ihrem Erwachsenenleben schon einmal körperliche Übergriffe *mit Verletzungsfolgen* erlebt (ebd.).

Sexuelle Gewalt seit dem 16. Lebensjahr wurde von etwa jeder siebten in Deutschland lebenden Frau (13 %) berichtet, wobei sich dieser Anteil auf eine *enge* Definition strafrechtlich relevanter Formen von sexueller Gewalt bezieht, die Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung und sexuelle Nötigung umfasst. Wird eine breitere Definition verwendet, die auch schwere Formen von sexueller Belästigung mit nachfolgender körperlicher/sexueller Gewalt oder ernsthafter Bedrohung einbezieht, dann steigt dieser Anteil auf 34 Prozent an.

Unterschiedlich schwere Formen von *sexueller Belästigung* in verschiedenen Lebensbereichen haben in der Studie insgesamt 58 Prozent aller befragten Frauen angegeben, wobei sexuelle Belästigung am häufigsten durch unbekannte oder wenig bekannte Personen an öffentlichen Orten oder im Kontext von Arbeit, Ausbildung, Schule oder Studium erfahren wurde (ebd.). Damit werden in der Tendenz frühere Studien zu sexueller Belästigung bestätigt, wonach Frauen in besonderem Maße sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erleben.³⁰⁵

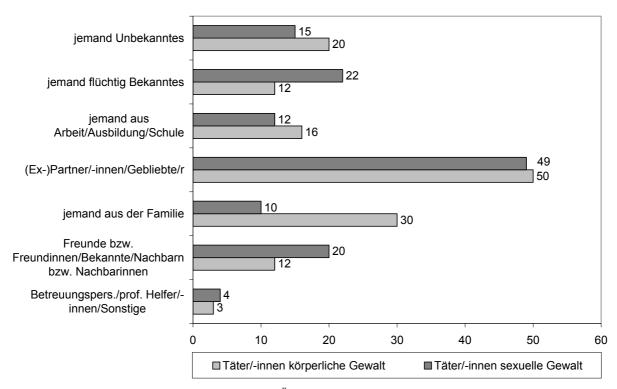
Psychische Gewalt, die von aggressivem Anschreien über Demütigung und Ausgrenzung bis hin zu Psychoterror reichte, gaben in der aktuellen Studie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland insgesamt 42 Prozent der Befragten an. Diese Handlungen wurden besonders häufig im Kontext von Arbeit, Ausbildung und Schule und in Familien- und Paarbeziehungen erlebt, aber auch an öffentlichen Orten sowie im Freundes- und Bekanntenkreis.

Alle erfassten Formen von Gewalt und Belästigung gingen häufiger von Männern als von Frauen aus. So wurden bei *körperlicher* Gewalt von 71 Prozent der Befragten ausschließlich männliche Täter, von 19 Prozent sowohl männliche als auch weibliche Personen und von knapp 10 Prozent ausschließlich weibliche Täterinnen genannt, das heißt: 90 Prozent aller Frauen, die körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben, nannten männliche

Täter; bei insgesamt knapp 30 Prozent der Fälle wurden (auch) weibliche Täterinnen genannt. Bei sexueller Gewalt und bei *Gewalt in Paarbeziehungen* wurden fast ausschließlich – zu 99 Prozent – Männer als Täter genannt; der Anteil von Frauen betrug unter 1 Prozent.³⁰⁶

Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen ist nach den Ergebnissen der Untersuchung überwiegend Gewalt durch – zumeist männliche – Beziehungspartner und sie wird zumeist im häuslichen Bereich verübt. Gefragt nach der Täterschaft bei körperlicher oder sexueller Gewalt wurden am häufigsten aktuelle oder frühere Beziehungspartner angegeben (Abbildung 10.9).

Abbildung 10.9: Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen seit dem 16. Lebensjahr: Genannte Täterpersonen nach Kategorien in Deutschland (in %; Mehrfachnennungen)



Anmerkung: Fallbasis: Betroffene von körperlichen Übergriffen und von sexueller Gewalt seit dem 16. Lebensjahr, die Angaben zu den Täterpersonen gemacht haben. Die Frage bezog sich jeweils auf alle seit dem 16. Lebensjahr erlebten sexuellen oder körperlichen Übergriffe und lautete: "Nennen Sie mir bitte alle Personen, mit denen Sie persönlich seit dem Alter von 16 Jahren solche Situationen erlebt haben."

Datenbasis: Repräsentativuntersuchung; Interviews von Frauen im Altern zwischen 16 und 25 Jahren; N = 1.0264 Quelle: BMFSFJ 2004c: 46, 78

Dies spiegelt sich auch in den Tatorten wieder. Auch hier waren die Taten weitaus am häufigsten im häuslichen Bereich verübt worden und deutlich seltener an öffentlichen Orten (Abbildung 10.10).

³⁰⁵ Siehe die in der Einleitung angeführte Studie von Holzbecher u.a. (1990).

³⁰⁶ Auch sexuelle Belästigung ging zu 95 Prozent ausschließlich oder überwiegend von Männern oder männlichen Jugendlichen aus. Psychische Gewalt ging zu rund 47 Prozent ausschließlich oder überwiegend von Männern aus, zu 20 Prozent ausschließlich oder überwiegend von Frauen und zu 32 Prozent gleichermaßen von Männern wie Frauen.

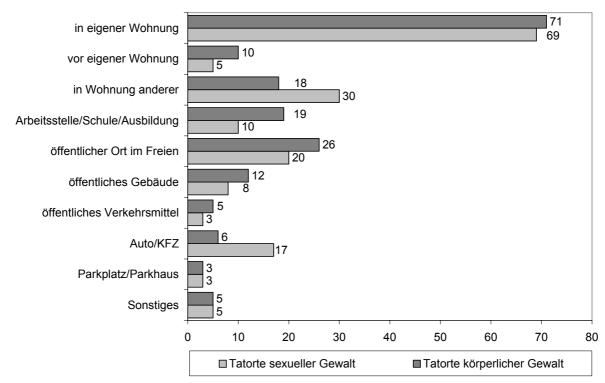


Abbildung 10.10: Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen seit dem 16. Lebensjahr nach genannten Tatorten in Deutschland (in %; Mehrfachnennungen)

Anmerkung: Fallbasis: Betroffene von körperlichen Übergriffen und von sexueller Gewalt seit dem 16. Lebensjahr, die Angaben zu den Tatorten gemacht haben. Die Frage bezog sich jeweils auf alle seit dem 16. Lebensjahr erlebten sexuellen oder körperlichen Übergriffe und lautete: "Wo bzw. an welchen Orten haben Sie solche Situationen erlebt?"

Datenbasis: Repräsentativuntersuchung; Interviews von Frauen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren; N = 1.0264 Quelle: BMFSFJ 2004c: 50, 82

Eine Analyse der geschlechtsspezifischen Verteilung der Täterschaft für alle Personengruppen zeigte auf: wenn Frauen Opfer von *körperlicher* Gewalt durch andere Frauen geworden sind, dann handelte es sich zumeist um Mütter, Mitschülerinnen/Mitstudierende und Schwestern. Wurden sie Opfer von Gewalt durch Männer, so handelte es sich zumeist um Partner oder Ex-Partner. Bei sexueller Gewalt traten Frauen mit einem Anteil von unter 1 Prozent als Täterinnen kaum in Erscheinung (ebd.).

In der Befragung gaben insgesamt rund 25 Prozent aller befragten Frauen an, körperliche oder sexuelle Übergriffe (oder beides) durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner in unterschiedlichen Ausprägungen und Schweregraden erlebt zu haben. Der Anteil der Frauen mit Verletzungsfolgen, wie auch der Anteil der mehrfach viktimisierten Frauen ist deutlich höher, wenn es sich um Gewalt durch Beziehungspartner handelt. So gaben 64 Prozent der Frauen, die körperliche oder sexuelle Übergriffe durch Partner erlebt haben, an, durch diese Übergriffe körperlich verletzt worden zu sein und etwa ein Drittel der von Partnergewalt betroffenen Frauen hat 10 bis über 40 Situationen erlebt, worin sich eher häufige bis regelmäßige Gewaltanwendungen andeuten (ebd.).

Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen entsteht häufig im Kontext von Trennungs- und

Scheidungssituationen oder nimmt in dieser Phase an Häufigkeit und Intensität zu. Auch nach Trennung und Scheidung wird die Gewalt von ehemaligen Beziehungspartnern in Form von Nachstellungen, Drohungen und körperlichen Übergriffen oft fortgesetzt. Etwa ein Fünftel aller in der Frauenstudie befragten Frauen (20 %) hat Nachstellungen, Belästigungen, Drohungen und so genannte Stalking-Handlungen³⁰⁷ durch ehemalige Beziehungspartner, aber auch durch zurückgewiesene Personen oder andere Personengruppen erlebt (ebd.). Diese Handlungen wurden überwiegend (zu 60 %) durch ehemalige Partner, zu 23 Prozent durch Zurückgewiesene und zu 16 Prozent durch andere Personen begangen. Insgesamt über die Hälfte der Frauen, die *Gewalt in Paarbeziehungen* erlebt haben (55 %), gaben an, Nachstellungen, Drohungen und Stalking-Handlungen erlebt zu haben. Bei Frauen, die von schwereren Formen und Ausprägungen von Gewalt in Paarbeziehungen betroffen waren, stieg die Quote derjenigen, die nach der Trennung und Scheidung durch ehemalige Partner körperliche (30 %) oder sexuelle (12 %) Gewalt oder deren Androhung sowie Morddrohungen (38 %) erlitten haben, deutlich an. Auch Drohungen, den Kindern oder anderen nahe stehenden Personen etwas anzutun, wurden hier häufiger (11 bis 14 %) genannt (ebd.).

Die Folgen von Gewalt sind vielfältig. Neben Verletzungsfolgen wurden von 56 Prozent bis über 80 Prozent der von Gewalt Betroffenen auch psychische Beschwerden genannt, die von Schlafstörungen, erhöhten Ängsten und vermindertem Selbstwertgefühl bis hin zu Depressionen und Selbstmordgedanken reichten. Auch wurden in der Studie die Auswirkungen von Gewalt auf den allgemeinen Gesundheitszustand von Frauen sichtbar. So gaben Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, signifikant häufiger an, unter Schmerzsymptomen, Magen-Darm-Problemen und Unterleibsbeschwerden zu leiden (ebd.). Andere Untersuchungen verweisen darauf, dass Gewalt nicht nur mit hohen individuellen und sozialen, sondern auch mit hohen gesamtgesellschaftlichen Folgen und Folgekosten verbunden ist (Heiliger 2000b).

307 Der Begriff Stalking umfasst systematische Nachstellungen, Drohungen und Belästigungen, die Frauen häufig im Kontext der Trennung und Loslösung aus heterosexuellen Paarbeziehungen erfahren, aber auch durch andere Personen, die gegen den Widerstand der Frau eine Beziehung mit ihr eingehen wollen oder sich von der Frau zurückgewiesen fühlen.

Diese Handlungen, die auch im Kontext patriarchaler Geschlechterverhältnisse zu sehen sind, sind häufig dadurch geprägt, dass Männer von natürlichen Besitzansprüchen gegenüber ihren (Ex-)Partnerinnen auszugehen scheinen bzw. vom Recht, über Bestehen oder Beendigung der Beziehung allein bestimmen zu können und dies notfalls auch gegen den Willen und mit Gewalt oder Drohungen gegenüber der Frau durchzusetzen. Männer, die sich infolge von Trennungen oder Scheidungen oder erfolglosen Werbungsversuchen zurückgewiesen fühlen, entwickeln daraus teilweise eine gefährliche Mischung aus Verletzung, Wut und Gewaltbereitschaft. Gerade auch für Frauen, die sich aus *gewaltbelasteten* Paarbeziehungen zu lösen versuchen, geht dies mit erhöhten Gefährdungspotenzialen für Leib und Leben, aber auch mit negativen Folgen für die psychische und psychosoziale Situation einher. Stalking-Handlungen können auch im Rahmen des neuen Gewaltschutzgesetzes geahndet und strafrechtlich verfolgt werden.

Gewalterfahrungen von Männern – Ergebnisse der Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer³⁰⁸

Männer erleben, das wurde bereits in den eingangs benannten kriminologischen Opferstudien deutlich, körperliche Gewalt sowohl außerhalb als auch innerhalb von engen sozialen Beziehungen. Insgesamt scheinen sich die Gewalterfahrungen von Männern im Vergleich zu denen von Frauen stärker auf Gewalt in der Öffentlichkeit und in der Freizeit und stärker auf die Lebensphase der jüngeren Männer unter 21 Jahren zu konzentrieren. Täter sind zumeist andere männliche Jugendliche und junge Männer. Wenn Männer Opfer von Gewalt im häuslichen Bereich werden, handelt es sich häufiger um Gewalt von Seiten der Eltern oder Geschwister (Abbildung 10.7).

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend wurde von 2003 bis 2004 durch den außeruniversitären Forschungsverbund "Gewalt gegen Männer" eine Pilotstudie zu den Gewalterfahrungen von Männern durchgeführt, die im empirischen Teil neben einer qualitativen Befragung auch eine nicht-repräsentative quantitative Befragung von 266 Männern umfasste, und deren Erhebungsinstrumente sich an den Methoden der parallel durchgeführten Frauenstudie orientierten (Forschungsverbund 2004). Da in der Studie Gewalterfahrungen getrennt nach verschiedenen Lebensabschnitten und -kontexten abgefragt wurden und die ihr zu Grunde liegenden Fallzahlen wesentlich geringer sind als die der repräsentativen Frauenstudie, ist trotz der methodischen Ähnlichkeiten kein direkter Vergleich der Daten möglich. Es deuten sich allenfalls Tendenzen an.

Bezogen auf die Viktimisierung von Männern durch körperliche Gewalt zeigt die Studie auf, dass bis zu zwei Drittel der im Erwachsenenleben berichteten *körperlichen* Gewalt in der Öffentlichkeit und in der Freizeit stattgefunden haben. Besonders betroffen waren jüngere Männer im Alter von 18 bis 20 Jahren. Die Täterinnen und Täter waren zu 90 Prozent männlichen Geschlechts. Körperliche Gewalt gegen Männer in Öffentlichkeit und Freizeit nimmt der Studie nach mit steigendem Alter deutlich ab, relevanter werden dann Formen von psychischer Gewalt, die insbesondere im Arbeitszusammenhang häufig erlebt werden (Pilotstudie – Kurzbericht 2004b).

Das Risiko für Männer, in Kindheit und Jugend sowie als junge Männer Opfer von körperlicher Gewalt zu werden, ist demnach erheblich größer als im Erwachsenenleben. In dieser

Die Pilotstudie des BMFSFJ zu den Gewalterfahrungen von Männern wurde im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt von Ludger Jungnitz, Hans-Joachim Lenz, Ralf Puchert, Henry Puhe und Willi Walter. Eine Kurzfassung der Studienergebnisse in Broschürenform ist erhältlich bei der Broschürenstelle des BMFSFJ. Diese Kurzfassung, aber auch die ausführlichen Forschungsdokumentationen zu allen drei Studienteilen können im Internet eingesehen werden unter www.bmfsfj.de (Stichwort→Forschungsnetz→Forschungsberichte). Im Folgenden wird die Langfassung zitiert als "Forschungsverbund 2004". Die Kurzfassung des Abschlussberichts als Pilotstudie – Kurzbericht 2004.

³⁰⁹ Beteiligt waren als Institutionen der Verein Dissens Berlin, GeFoWe Eckenhaid und Soko Bielefeld. Das Forschungsteam bestand aus Ludger Jungnitz, Hans-Joachim Lenz, Ralf Puchert, Henry Puhe und Willi Walter.

³¹⁰ In der Studie wurde statt des Begriffs "Gewalterfahrungen" der Begriff "Gewaltwiderfahrnis" verwendet (Forschungsverbund 2004).

und in anderen empirischen (Jugend-)Studien deutet sich an, dass Jungen und junge Männer ein hohes Maß an Gewalt und körperlichen Übergriffen in Kindheit und Jugend erleben – einerseits im Kontext der Herkunftsfamilien, andererseits im Kontext von Jugend- und Peer-Group-Gewalt, wo sie häufig Opfer von Gewalt durch andere Jungen/junge Männer werden. So gaben in der Pilotstudie des BMFSFJ drei von fünf Männern an, sie seien als Kinder oder Jugendliche geschlagen, geohrfeigt oder verhauen worden, jeder Fünfte wurde überfallen, beraubt oder bestohlen und jeder Sechste hat in dieser Lebensphase Verletzungen aus körperlicher Gewalt und Übergriffen davongetragen. Gut jeder zehnte Mann gab an, mit Waffen bedroht oder verletzt worden zu sein. Die Gewalterfahrungen scheinen sich relativ gleichgewichtig auf die Lebensbereiche Familie, Öffentlichkeit/Freizeit und Schule/Ausbildung zu verteilen. Während bei Gewalt in Öffentlichkeit/Freizeit und Schule/Ausbildung überwiegend Männer die Täter sind, scheinen bei Gewalt gegen Jungen in der Familie Frauen – insbesondere Mütter – in fast gleich hohem Maße beteiligt zu sein.

Bei jungen Männern scheint der Wehr- und Kriegsdienst, aber auch der Zivildienst, ein besonders hohes Risiko zu bergen, Opfer von körperlicher und psychischer Gewalt zu werden. So gaben knapp 60 Prozent der befragten Männer, die Wehrdienst geleistet hatten an, in diesem Rahmen schikaniert, unterdrückt, schwer beleidigt und gedemütigt worden zu sein; dies traf auch für knapp ein Drittel derjenigen zu, die Zivildienst leisteten. Etwa jeder sechste der Wehrdienstleistenden gab zudem an, eingesperrt, gefesselt oder anderweitig in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt worden zu sein. Auch Fälle von sexueller Belästigung und Bedrängnis wurden berichtet. Selbst wenn es sich hier nicht um repräsentative Daten handelt, zeigen sich an dieser Stelle doch geschlechtsspezifische Gewaltproblematiken, von denen Jungen und junge Männer besonders betroffen sind, und die gerade auch angesichts der besonderen Abhängigkeit im Wehr- und Zivildienst sehr ernst zu nehmen sind.

Im späteren Erwachsenenleben von Männern scheint, wie bereits erwähnt, körperliche Gewalt – sofern sie nicht an kriegerischen Handlungen beteiligt waren oder einer besonders gefährdeten gesellschaftlichen Gruppe angehören (s.u.) – eine deutlich geringere Rolle zu spielen. In der Studie wurden eher leichtere Formen von physischer Gewalt ("wütendes Wegschubsen", "leichte Ohrfeige") sowie Formen von psychischer Gewalt und Kontrolle, die überwiegend im Arbeitsleben, aber auch in (heterosexuellen) Paarbeziehungen erfahren werden, sichtbar.

In den Daten der Pilotstudie zur Männergewalt deutet sich zunächst an, dass Männer zu einem ähnlich hohen Anteil wie Frauen von körperlichen Übergriffen in (heterosexuellen)

³¹¹ Da die Forscher die Daten nach Lebenskontexten und nicht zusammenfassend für alle Lebenskontexte nach dem Lebensalter in der Erwachsenenphase aufgeschlüsselt haben, kann an dieser Stelle keine Information zum Ausmaß von körperlicher Gewalt im Erwachsenenleben gegeben werden. Dies wäre jedoch über Sekundäranalysen grundsätzlich möglich.

Paarbeziehungen betroffen zu sein scheinen: Wie in der repräsentativen Frauenbefragung gab etwa jeder vierte Befragte an, ein- oder mehrmals körperliche Übergriffe durch die aktuelle oder frühere Beziehungspartnerin erlebt zu haben. Dieser zunächst erstaunliche Befund hat sich bereits in Ergebnissen internationaler Forschung gezeigt. 312 Die These der Gendersymmetrie im Sinne einer (annähernd) gleichen Gewaltbetroffenheit von Männern und Frauen durch Gewalt in Paarbeziehungen relativiert sich allerdings, wenn die Schweregrade und die Häufigkeit erlebter Situationen einbezogen werden. Anders als bei häuslicher Gewalt gegen Frauen durch männliche Beziehungspartner handelte es sich bei den körperlichen Übergriffen, die Männern durch weibliche Partnerinnen zugefügt wurden, – wie auch die Pilotstudie aufzeigt - zumeist um weniger schwerwiegende Gewalthandlungen, die sich überwiegend auf wütendes Wegschubsen, leichte Ohrfeigen, schmerzhafte Tritte und Beißen/Kratzen beschränkten, mit einem zudem durchgängig deutlich geringeren Verletzungsrisiko. Kein einziger Befragter der Pilotstudie gab an, von der Partnerin verprügelt oder zusammengeschlagen worden zu sein, dagegen 21 Prozent der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen in der Frauenstudie (Schröttle/Müller 2004). Der Anteil derjenigen Männer, die angaben, im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt mindestens einmal eine körperliche Verletzung davongetragen zu haben, war mit 4 Prozent aller Befragten (und einem knappen Viertel aller von Gewalt durch Partnerinnen betroffenen Männern) erheblich niedriger als bei den befragten Frauen der repräsentativen Frauenstudie (insgesamt 16 % aller Befragten und 64 % aller von Gewalt durch Partner betroffenen Frauen); von schweren Verletzungen durch die Partnerin wurde von den Männern nur in Einzelfällen berichtet (Forschungsverbund 2004). Auch gab ein geringerer Anteil der Männer an, bei einer oder mehreren Situationen häuslicher Gewalt durch die Partnerin Angst gehabt zu haben, ernsthaft oder lebensgefährlich verletzt zu werden als bei den Befragten der Frauenstudie. Im Vergleich beider Studien zeigte sich des Weiteren, dass in der Männerstudie nur in Einzelfällen angegeben wurde, dass in den letzten fünf Jahren mehr als vier Situationen häuslicher Gewalt durch den Partner bzw. die Partnerin erlebt wurden, während von den Betroffenen der Frauenstudie 44 Prozent angaben, vier bis über 40 Situationen in diesem Erfassungszeitraum erlebt zu haben. Dies lässt auf qualitative Unterschiede in der Gewalterfahrung von Frauen und Männern in Paarbeziehungen schließen. Frauen sind offensichtlich häufiger, regelmäßiger und härter von Gewalt in Paarbeziehungen betroffen.

Obwohl die Daten beider Studien auch wegen der unterschiedlich hohen Fallzahlen nicht direkt vergleichbar sind, deuten sich hier Tendenzen an, wie sie auch durch andere Studien belegt wurden. Nach einer repräsentativen Studie zu häuslicher Gewalt gegen Frauen und Männer, die kürzlich im Rahmen des British Crime Survey ausgewertet wurde und die im Geschlechtervergleich ein höheres Ausmaß an häuslicher Gewalt gegen Frauen feststellen

³¹² Archer (2000); kritisch dazu Kimmel (2002) und Gloor/Meier (2003).

konnte (26 % der Frauen und 17 % der Männer waren davon betroffen), haben Frauen um ein Vielfaches häufiger schwere Formen von Gewalt erlebt, die mit ernsthaften Verletzungsfolgen verbunden waren und die in einer höheren Frequenz ausgeübt wurden (Walby/Allen 2004).

Viele Ergebnisse der internationalen Forschung deuten darauf hin, dass Männer rein quantitativ betrachtet ähnlich häufig wie Frauen körperliche Übergriffe in heterosexuellen Paarbeziehungen erfahren, dass aber die Schweregrade der Gewalt, ihre Bedrohlichkeit und Frequenz nahe legen, dass Frauen häufiger systematischen Misshandlungsbeziehungen ausgesetzt sind, die mit erheblichen Verletzungsfolgen, Angst und Kontrollverlust verbunden sind.³¹³

Die hier genannten Angaben beziehen sich weitgehend auf Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen. Zu Gewalt gegen Frauen und Männer in gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen hat bislang in Deutschland vor allem Constanze Ohms (1993) vertiefend geforscht. Es liegen allerdings bislang noch keine repräsentativen Daten zum Ausmaß von Gewalt in schwulen und lesbischen Paarbeziehungen vor. In der repräsentativen Studie zu Gewalt gegen Frauen wurde auch nach dem Geschlecht der Partnerin/des Partners gefragt. Es zeigte sich, dass 99 Prozent der gewalttätigen Partner männlich waren und nur in 1 Prozent der Fälle weibliche Täterinnen genannt wurden. Dies lässt allerdings noch keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Ausmaß von Gewalt in lesbischen Paarbeziehungen zu, da in der Befragung nur ein sehr geringer Teil der Befragten (unter 1 Prozent) überhaupt angegeben hat, in lesbischen Paarbeziehungen gelebt zu haben. Es ist zu vermuten, dass diese Gruppe im Rahmen der Frauenstudie untererfasst ist und ein Teil der Frauen, die in gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen leben, dies im Interview nicht angegeben haben (Schröttle/Müller 2004). Auch in der Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer war die Fallbasis von Männern, die mit männlichen Beziehungspartnern in einer Partnerschaft lebten, zu gering für eine weitergehende statistische Auswertung der Gewaltprävalenzen in schwulen Paarbeziehungen (Forschungsverbund 2004). Studien aus anderen Ländern deuten aber darauf hin, dass für Männer das Risiko, Gewalt in gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen zu erleben, höher zu sein scheint, als das Risiko, Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen zu erleben. Nach Finke (2000, zitiert nach Forschungsverbund 2004) wurden etwa 12 bis 20 Prozent der schwulen Männer Opfer von häuslicher Gewalt. Es ist zu vermuten, dass auch hier die Dunkelfelder hoch sind.314

³¹³ U.a. Kimmel (2002), Gloor/Meier (2003), Walby/Allen (2004).

³¹⁴ Bei einer nicht-repräsentativen Befragung homosexueller Männer in Berlin, die sich auf sexuelle Gewalt durch fremde und bekannte Täter bezog, gaben knapp 44 Prozent der Befragten an, schon einmal Opfer eines versuchten oder vollendeten sexuellen Übergriffs geworden zu sein (Krahe 1999, zitiert nach Forschungsverbund 2004). Inwiefern diese hohe Betroffenheit Spezifika der Region oder der Auswahl der Befragten wiedergibt, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden.

Sexuelle Gewalt gegen Männer ist wegen der hohen Tabuisierung insgesamt sehr schwer zu erfassen. Hier scheinen Jungen besonders gefährdet zu sein. In der nicht-repräsentativen Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer berichtete etwa jeder zwölfte der befragten Männer über eindeutig sexualisierte Gewalt in der Kindheit und Jugend und auch in den qualitativen Interviews wurden erhebliche Schweregrade von sexualisierter Gewalt gegen Jungen bis hin zu jahrelangen Misshandlungen und Vergewaltigungen sichtbar (Forschungsverbund 2004). Im Erwachsenenleben scheint sexuelle Gewalt gegen Männer der Studie nach eine vergleichsweise geringe Rolle zu spielen und wurde nur noch in Einzelfällen berichtet. Wenn sexuelle Übergriffe im Erwachsenenleben angegeben wurden, handelte es sich häufiger um sexuelle Belästigungen und sexuelles Bedrängtwerden (in der Öffentlichkeit, durch Vorgesetzte/Kolleginnen und Kollegen in Arbeitswelt und Ausbildung, durch die Partnerin bzw. den Partner) und nur sehr selten um Vergewaltigungen oder Vergewaltigungsversuche. Allerdings weisen die Autoren der Studie zurecht darauf hin, dass hier hohe Dunkelfelder wahrscheinlich sind, da die Scham über entsprechende Gewalterfahrungen zu berichten, für Männer auf Grund von geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen besonders groß ist (ebd.).

Gewalt gegen spezifische Gruppen von Frauen und Männern

Aus der bisherigen Gewaltforschung ist bekannt, dass spezifische Gruppen von Menschen mit besonderen Merkmalen oder in besonderen Lebenssituationen in höherem Maße von Gewalt betroffen sein können. Dazu gehören etwa Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Frauen und Männer in Gefängnissen, Prostituierte, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Schwule und Lesben sowie andere diskriminierte oder besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen.

Im Rahmen der Studie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland (Schröttle/Müller 2004) wurden Zusatzbefragungen bei türkischen und osteuropäischen/russischen Migrantinnen sowie bei Flüchtlingsfrauen, inhaftierten Frauen und Prostituierten durchgeführt.³¹⁵ Es zeigte sich,

315 Befragt wurden einerseits durch infas mit den übersetzten Fragebögen der Hauptuntersuchung jeweils 250 türkische und osteuropäische Migrantinnen in türkischer und russischer Sprache, so dass zusammen mit den deutschsprachigen Migrantinneninterviews der Hauptuntersuchung insgesamt 397 Interviews mit türkischen und 862 Interviews mit osteuropäischen/russischen Migrantinnen in die Auswertung eingingen. Andererseits wurden durch das Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Bielefeld in Kooperation mit verschiedenen anderen bundesdeutschen Universitäten und Fachhochschulen – mit modifizierten Fragebögen und unter Beteiligung studentischer Interviewerinnen – insgesamt 60 zusätzliche Interviews bei Asylbewerberinnen, 88 bei Frauen in Haft und 110 bei Prostituierten durchgeführt. Die Untersuchungsteile sind in unterschiedlicher Weise als repräsentativ und mit der Hauptuntersuchung vergleichbar einzuschätzen. Während die türkisch-russische Zusatzbefragung wegen der höheren Fallzahlen und der identischen Untersuchungsmethodik eher direkte Vergleiche mit der Hauptuntersuchung ermöglicht und bezogen auf die Untersuchungsgruppe der Migrantinnen Tendenzen in der Gewaltbetroffenheit widerspiegelt, sind bei den anderen Teilpopulationen wegen der geringeren Fallzahlen, der zu vermutenden höheren Selektivität bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen und der modifizierten Methodik und Untersuchungsanlage eher vorsichtige Vergleiche möglich. Die Befragung der Prostituierten, der Frauen in Haft und der Flüchtlingsfrauen bieten nichtsdestotrotz erste Einblicke in die Gewaltbetroffenheit dieser schwer zugänglichen Teilpopulationen (2004a).

dass alle diese zusätzlichen Befragungsgruppen in höherem Maße von Gewalt betroffen waren und das Risiko, Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt innerhalb und außerhalb von Paarbeziehungen zu werden, teilweise um ein Vielfaches höher war als bei den Befragten der repräsentativen Hauptuntersuchung (Tabelle 10.3). Die meiste Gewalt seit dem 16. Lebensjahr haben die Prostituierten und die inhaftierten Frauen erlebt (je 80 %), gefolgt von Flüchtlingsfrauen (57 %), den deutschen Frauen und den Migrantinnen (je 36 %). Bei den Migrantinnen hatten vor allem Türkinnen in höherem Maße körperliche Gewalt, insbesondere durch Beziehungspartner, erlebt (34 %).

Tabelle 10.3: Vergleich der Gewaltprävalenzen der zusätzlich befragten Bevölkerungsgruppen mit den Gewaltprävalenzen der repräsentativen Hauptuntersuchung

	Hauptstudie, alle mündlich be- fragten in	türkische und osteuropäische Migrantinnen ^{2,5}		z.Zt. der Be- fragung Prostituierte ²	z.Zt. der Befragung inhaftierte Frauen ²	z.Zt. der Be- fragung Flüchtlings- frauen ¹
betroffen durch:	Deutschland leben- den Frauen ²	Osteuropa Russland	Türkei			
	(N=10.264)	(N=862)	(N=397)	(N=110)	(N=88)	(N=65)
sexuelle Belästigung	58	54	52	92	92	6
psychische Gewalt	42	44	45	82	89	79
körperliche Gewalt	32 (37) ³	35 (41) ³	40 (46) ³	87	91	52
sexuelle Gewalt	12 (13) ³	14 (17) ³	9 (13) ³	59	57	28
sex. oder körperli- che Gewalt durch aktuelle/ frühere Partner	25 (nur akt. Partner: 13)	28 (nur akt. Partner: 18)	38 (nur akt. Partner: 30)	62 (nur akt. Partner: 24)	⁴ (nur akt. Partner: 47)	⁴ (nur akt. Partner: 54)

- 1 Erfasst wurden für diese Befragungsgruppe nur Gewalterfahrungen in Deutschland.
- 2 Alle Gewalterfahrungen seit dem 16. Lebensjahr. Da nicht bei allen zusätzlich befragten Teilpopulationen mit zusätzlichem schriftlichen Fragebogen erhoben wurde, beziehen sich die Angaben in dieser Tabelle nur auf die Daten aus dem mündlichen Befragungsteil; die Anteile erhöhen sich, wenn Angaben aus dem schriftlichen Fragebogen einbezogen werden (siehe Angaben in Klammern bei türkischen/osteuropäischen Migrantinnen und Hauptuntersuchung).
- 3 Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Gewaltprävalenzen, wenn die Angaben aus der schriftlichen Befragung und dem mündlichen Fragebogen mit einbezogen werden (s.o.).
- 4 Bei diesen Teilpopulationen wurde aus Gründen der Fragebogenkürzung nur nach Gewalt durch aktuelle Partner gefragt.
- 5 Die Angaben in Klammern beziehen sich jeweils auf die Angaben in mündlicher Befragung und im schriftlichen Fragebogen.

Datenbasis: Repräsentativuntersuchung; Interviews von Frauen im Altern zwischen 16-25 Jahren; N = 1.0264 Quellen: BMFSFJ 2004d; BMFSFJ 2004c

Auch in der männlichen Bevölkerung gibt es sehr wahrscheinlich Gruppen, die von Gewalt besonders betroffen sind. Darüber gibt es aber in Deutschland keinen Überblick.³¹⁶ Eine um-

³¹⁶ Vorsichtige Hinweise darauf fanden sich im Rahmen der Literaturanalyse der Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer (Forschungsverbund 2004) und nahmen Bezug auf inhaftierte Männer. So wird auf eine Studie von Kury und Smart (2002) verwiesen, die anhand einer Befragung in einer Jugendvollzugsanstalt feststellte, dass 51 Prozent der Befragten während der Haft mindestens einmal Opfer einer Straftat wurden. In US-amerikanischen Studien, die jedoch nicht auf bundesdeutsche Verhältnisse übertragbar sind, sei darüber hinaus ein hohes Maß an körperlicher und sexueller Gewalt gegen Männer in Haftanstalten belegt.

fassende, geschlechtsspezifisch vergleichende Studie zu Gewalterfahrungen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland steht bislang noch aus. Es wird allerdings vielfach davon ausgegangen, dass diese häufiger Opfer von psychischer und auch physischer Gewalt werden, insbesondere auch im Kontext rassistischer und ausländerfeindlicher Übergriffe und Diskriminierungen. Aus der Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer liegen hierzu keine statistischen Daten vor; in den qualitativen Interviews der Studie wurde aber über entsprechende Übergriffe und auch psychische Gewalt gegenüber Migrantinnen und Migranten berichtet (Forschungsverbund 2004). Um hier bestehende Dunkelfelder weiter auszuleuchten, wäre eine geschlechtervergleichende Studie sinnvoll, die die Gewalterfahrungen von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund sowie auch die Gewalterfahrungen von Flüchtlingen in Deutschland beleuchtet.

Zu Gewalt gegenüber *behinderten* Frauen und Männern lassen sich weder aus der Pilotstudie zu Gewalt gegen Männer noch aus der repräsentativen Frauenstudie gesicherte Daten ableiten, da die Fallzahlen hierfür zu gering sind. In der Literatur finden sich aber zahlreiche Hinweise darauf, dass bei behinderten und chronisch kranken Frauen und Männern, insbesondere, wenn diese auf Pflegekräfte angewiesen sind, ein erhöhtes Risiko besteht, Opfer von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt zu werden.³¹⁷

Auch hier wären – ebenso wie für die Gruppe der obdachlosen Frauen und Männer – weitere quantitative und geschlechtervergleichende Studien erforderlich, um mehr über entsprechende Gewaltbetroffenheiten und die Möglichkeiten der Hilfe, Intervention und Prävention von Gewalt in diesen besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu erfahren.

10.3.3 Gewalt gegen Mädchen und Jungen

Kinder und Jugendliche sind in vieler Hinsicht gefährdeter als Erwachsene, Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt zu werden. So hatten einer US-Studie zufolge Jungen gegenüber erwachsenen Männern ein etwa dreimal so hohes Risiko, Opfer von körperlichen Angriffen zu werden, und Mädchen hatten gegenüber erwachsenen Frauen ein viermal so hohes Risiko, Opfer von sexuellen Übergriffen zu werden (Hashima/Finkelhor 1999). Für Deutschland liegen hierzu keine aussagekräftigen Vergleichsdaten für Mädchen und Frauen einerseits sowie Jungen und Männern andererseits vor.

In der Forschung zu Gewalt gegen Kinder wird zumeist unterschieden zwischen sexuellem Missbrauch, körperlicher Züchtigung im Rahmen der elterlichen Erziehung, körperlicher Misshandlung (als schwerer Form zumeist elterlicher körperlicher Gewalt) und Kindesvernachlässigung. Einige Studien beziehen auch die Zeugenschaft von Gewalt zwischen den Eltern als eine Form der indirekten Viktimisierung von Kindern mit ein. Darüber hinaus wer-

³¹⁷ U.a. Senn (1993), Schmidt/Noack (1994), Zemp (2002), Zinsmeister (2003).

den im Rahmen der Kinder- und Jugendforschung auch körperliche und sexuelle Übergriffe von und zwischen Kindern und Jugendlichen sowie durch Personen außerhalb der Familie thematisiert.

Neuere repräsentative Studien zum Ausmaß von Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Deutschland wurden bislang bezogen auf elterliche körperliche Gewalt und sexuellen Missbrauch vom KFN (Pfeiffer/Wetzels/Entzmann 1999), bezogen auf körperliche Gewalt im Rahmen der elterlichen Erziehung von Bussmann (2002) und bezogen auf sexuellen Missbrauch von Bange/Deegener (1997) durchgeführt.³¹⁸ Ein Überblick über Studien zu psychischer und physischer Gewalt von und zwischen Kindern und Jugendlichen (an Schulen) findet sich in Kleiber/Meixner 2000 sowie Tillmann u.a. (1999).

Ausmaß der Viktimisierung von Mädchen und Jungen durch Gewaltdelikte unabhängig vom Täter-Opfer-Kontext

Die Ergebnisse einer KFN-Schülerbefragung bestätigen die Daten des Hellfeldes, dass – mit Ausnahme der sexuellen Gewalt – Jungen in höherem Maße Opfer von Gewaltdelikten in der Jugend werden als Mädchen. So hatten im Jahre 1997 insgesamt 22 Prozent der befragten Jungen und 15,5 Prozent der Mädchen Gewalt erfahren (Wetzels u.a. 2001: 147 f.). Mädchen erleben anteilsmäßig häufiger sexuelle Gewalt, Jungen dagegen häufiger körperliche Gewalt – zumeist durch andere Jugendliche.

Wetzels u.a. 2001 resümieren, dass die Jungen insgesamt zwar wesentlich häufiger Opfer von Gewaltdelikten werden als Mädchen, dass aber innerhalb der Opfergruppe das Risiko wiederholter Viktimisierungen für Jungen und Mädchen etwa gleich hoch sei (2001: 148).

Täter bei Gewaltdelikten sind den Ergebnissen der KFN-Schülerbefragung nach mehrheitlich in Gruppen agierende andere Jugendliche. Zu etwa einem Fünftel waren Heranwachsende oder Erwachsene die Täter und zu 80 Prozent waren sie männlichen Geschlechts (zusammenfassend BMI/BMJ 2001).

³¹⁸ Nach einem Überblick von Wetzels (1997) wurden erste größere bundesdeutsche empirische Studien zur Gewalt gegen Kinder 1976/77 von Schneewind/Beckmann/Engfer (1983), 1985 von Wahl (1990) am Deutschen Jugendinstitut, von Kreuzer/Görgen/Krüger/Münch/Schneider (1993) sowie in den Jahren 1992 und 1994 von Bussmann (1995/96) durchgeführt; siehe im Überblick Wetzels (1997). Ein guter Überblick über nationale und internationale Forschungen zu sexuellem Missbrauch findet sich auch in Bange/Deegener 1997. Im Folgenden beschränken wir uns aus Gründen der Aktualität und Aussagekraft auf größere repräsentative Studien, die seit den 90er-Jahren durchgeführt wurden. Diese haben leider nicht durchgängig geschlechtervergleichende Daten veröffentlicht.

^{319 6,7} Prozent der befragten Jungen und 3,4 Prozent der befragten Mädchen einer Münchner Schülerbefragung waren Opfer von Raubdelikten geworden, 3,6 Prozent der Jungen und 1,5 Prozent der Mädchen Opfer von Erpressung, 5,4 Prozent der Mädchen und 0 Prozent der Jungen Opfer von sexueller Gewalt, 4,2 Prozent der Jungen und 1,9 Prozent der Mädchen Opfer von Körperverletzung mit Waffenanwendung und weitere 14,2 Prozent der Jungen und 6,3 Prozent der Mädchen Opfer von Körperverletzung ohne Waffen.

Ausmaß elterlicher körperlicher Züchtigung und Gewalt gegen Mädchen und Jungen

Mehrere Dunkelfeldstudien zum Ausmaß von elterlicher körperlicher Züchtigung in Deutschland kamen zu dem Ergebnis, dass etwa drei Viertel der (heute erwachsenen) Kinder und Jugendlichen von ihren Eltern körperlich gezüchtigt wurden und etwa 10 Prozent massive Misshandlungen erlebt haben (BMI/BMJ 2001: 494 ff.). Das Ausmaß der körperlichen Züchtigung im Rahmen der elterlichen Erziehung scheint in den letzten Jahren aber deutlich zurückzugehen.

Eine 1992 von Bussmann durchgeführte Jugendbefragung ergab, dass die Mehrheit der Jugendlichen Formen leichter körperlicher Züchtigungen erlebt hat (81,5 % leichte Ohrfeigen); schwerere Formen wie schallende Ohrfeigen hatten damals knapp 44 Prozent und eine Tracht Prügel 31 Prozent erlebt (Bussmann 1995/1996, zitiert nach Wetzels 1997).

Nach einer späteren Untersuchung von *Bussmann* (1996, zitiert nach Bussmann 2002), die sich auf eine Befragung von Eltern und von Jugendlichen bezog, wuchsen etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen (24 % nach Angaben der Jugendlichen; 18 % nach Angaben der Eltern) weitgehend ohne Körperstrafen auf. Etwa 50 bis 60 Prozent der befragten Jugendlichen erlebten einen Erziehungsstil, der durch häufigere, überwiegend aber *leichtere* körperliche Züchtigungen (Ohrfeigen) geprägt war. Etwa ein Fünftel der Jugendlichen (18 bis 21 %) hatten auch *schwerere* körperliche Züchtigungen ("Tracht Prügel", "Po versohlen") häufiger als ein- bis zweimal erlebt.

Im Rahmen einer 1992 am KFN durchgeführten repräsentativen kriminologischen Opferbefragung (Wetzels 1997) wurden Personen im Alter von 16 bis unter 60 Jahren anhand einer schriftlichen Zusatzbefragung zu innerfamiliären Viktimisierungserfahrungen im Erwachsenenalter sowie zu Gewalterfahrungen in der Kindheit befragt (Wetzels 1997). Der Untersuchung nach hatten etwa drei Viertel der Befragten (74,9 %) körperliche elterliche Züchtigung und Gewalt erlebt (39 % häufiger als selten). In Bezug auf elterliche körperliche Gewalt wurde unterschieden zwischen *körperlicher Züchtigung*, die konventionellere Formen der elterlichen Gewalt – Ohrfeigen, Schlagen oder Werfen mit Gegenständen, hartes Anpacken oder Stoßen – umfasst, und *körperlicher Misshandlung*, die schwerere Formen wie das Schlagen mit der Faust, Prügeln, Zusammenschlagen, Würgen, Verbrennungen und den Einsatz von Waffen einbezieht. Etwa drei Viertel der Jugendlichen hatten demnach körperliche Züchtigungen erlebt, knapp 11 Prozent waren von körperlichen Misshandlungen betroffen (ebd.).

Eine KFN-Schülerbefragung von 1998, bei der insgesamt 16.190 Jugendliche der 9. und 10. Jahrgangsstufe unter anderem zu innerfamiliären Gewalterfahrungen befragt wurden, ergab,

³²⁰ Zumindest für die Items "Schlagen und Werfen mit Gegenständen" ist diese Einteilung jedoch fraglich, da diese durchaus – bei der Auswahl entsprechender Gegenstände – schwere Misshandlungen anzeigen können.

dass 43 Prozent der Befragten *ohne* elterliche Gewalt und körperliche Züchtigung aufgewachsen waren. 30 Prozent haben *leichte* körperliche Züchtigungen erlebt, 17 Prozent wurden *schwer* gezüchtigt und weitere 10 Prozent *misshandelt* (Pfeiffer/Wetzels/Enzmann 1999).

Zur Frage der Veränderung der Erziehungsstile in Bezug auf elterliche körperlicher Züchtigung und Gewalt liegen zwar keine direkt vergleichbaren längsschnittlichen Untersuchungsergebnisse vor (BMI/BMJ 2001: 497). Die Daten der oben aufgeführten Studien geben aber Hinweise darauf, dass sich die Rate der Kinder und Jugendlichen, die mit körperlicher Züchtigung und elterlicher Gewalt erzogen wurden, im Laufe längerer Zeiträume verringert (Wetzels 1997).

Bei einem Vergleich der Erziehungsstile zwischen den Befragungsergebnissen von Bussmann aus 1996 und 2001 deutete sich bereits in dieser kurzen Zeitspanne ein Rückgang von elterlicher körperlicher Gewalt an (Bussmann 2002). So stieg in diesem Zeitraum die Gruppe der sanktions- und körperstraffreien Erziehung von zusammengenommen 20 Prozent auf 28 Prozent an, die Gruppe der mit leichteren Körperstrafen sanktionierenden konventionellen Erziehungsstile nahm von 56 Prozent auf 54 Prozent leicht ab und die Gruppe der gewaltbelasteten Erziehungsstile bei Eltern nahm von 24 Prozent auf 17 Prozent ab (ebd.).

Nicht in allen Studien wurden Daten veröffentlicht, die eine geschlechtsspezifische Analyse der Betroffenheit durch elterliche körperliche Züchtigung und Gewalt zulassen.

In der 1992 durchgeführten KFN-Untersuchung (Wetzels 1997) zeigte sich – wie auch in anderen nationalen und internationalen Studien –, dass Jungen gegenüber Mädchen zu einem etwas höheren Anteil von elterlicher körperlicher Gewalt betroffen waren und dass auch die Frequenz erlebter Gewalt bei Jungen höher war. So gaben 78 Prozent der männlichen und 72 Prozent der weiblichen Befragten an, elterliche körperliche Gewalt erlebt zu haben; 43 Prozent der männlichen gegenüber 35 Prozent der weiblichen Befragten hatten diese häufiger als selten erlebt. In Bezug auf die Schwere der Gewalt zeigten sich keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. 12 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen gaben in der KFN-Studie Formen elterlicher Misshandlung an (ebd.).

Die meisten Studien der Familiengewaltforschung kommen zu dem Ergebnis, dass Mütter in gleich hohem oder höherem wie Väter Ausmaß elterliche körperliche Gewalt gegenüber ihren Kindern ausüben. Auch eine geschlechtsspezifische Auswertung von Bussmann (2002) zeigt für Deutschland ein durchweg leicht höheres Sanktionsniveau auf Seiten der Mütter auf; bei schwereren Gewaltformen gleichen sich die Erziehungsstile zwischen den Geschlechtern allerdings an. Dieser Befund ist auch vor dem Hintergrund der stärkeren Einbindung von Frauen in Erziehungsaufgaben zu interpretieren.

Ausmaß von sexuellem Missbrauch

Bis heute liegen für Deutschland nur wenige und zumeist nicht-repräsentative Studien zum Ausmaß von sexuellem Missbrauch gegenüber Jungen und Mädchen vor. 321 Aus verschiedenen Gründen ist es äußerst schwer, Dunkelfelder in diesem Bereich überhaupt aufzudecken. Zur Einschätzung des Ausmaßes von sexuellem Missbrauch sind die offiziellen Kriminalstatistiken wegen der hohen Dunkelfelder nicht geeignet, da nur ein Bruchteil der Handlungen polizeilich bekannt und angezeigt wird. Aber auch die Ergebnisse direkter retrospektiver Befragungen bei Erwachsenen und Jugendlichen können nicht das ganze Ausmaß des sexuellen Missbrauchs erfassen; zu hoch ist die Tabuisierung des Themas und zu stark die Tendenz, diese oftmals traumatischen Ereignisse nicht zu erinnern, zu verdrängen oder einer dritten Person gegenüber nicht preisgeben zu wollen.

Den Ergebnissen bisher erstellter Dunkelfeldstudien nach dürfte in Deutschland etwa jedes vierte bis fünfte Mädchen und jeder zwölfte bis vierzehnte Junge sexuell missbraucht worden sein (Bange/Deegener 1997). In allen Studien wird sichtbar, dass das Ausmaß von sexuellem Missbrauch an Jungen geringer ist als das Ausmaß von sexuellem Missbrauch an Mädchen. Die Opferraten für Männer und Frauen stehen im Verhältnis von etwa 1:3 (Wetzels 1997: 155 mit Verweis auf eigene und andere bundesdeutsche Studienergebnisse).

Die Prävalenzraten, das heißt die Quoten der von sexuellem Missbrauch Betroffenen fallen in den einzelnen Studien sehr unterschiedlich aus, weil den Untersuchungen unterschiedliche Definitionen von sexuellem Missbrauch zu Grunde liegen und die Methoden der Erfassung stark differieren (Bange/Deegener 1997).

Wetzels (1997) zeigt diesen Effekt auf der Basis der 1991 von Ellinger/Schötensack publizierten Daten auf: Bei einer Eingrenzung der Handlungen auf *anale, orale oder vaginale Penetration*³²² und auf eine Altersdifferenz von fünf Jahren zwischen Täterperson und Opfer (womit der häufig vorkommende sexuelle Missbrauch durch Gleichaltrige ausgeschlossen wurde), hatten 2,6 Prozent der Mädchen und 1,7 Prozent der Jungen bis zu ihrem 14. Lebensjahr entsprechende sexuelle Missbrauchshandlungen erlebt. Werden auch *"sonstige pädosexuelle Körperkontakte"* berücksichtigt, steigen die Raten auf 9,8 Prozent für Mädchen und 4,1 Prozent für Jungen an. Die Einbeziehung exhibitionistischer Vorfälle führt zu einer weiteren Erhöhung auf 14,7 Prozent bei Mädchen und 4,7 Prozent bei Jungen" (Wetzels 1997: 49).

³²¹ Einen Überblick über deutsche und internationale Studien bis Mitte/Ende der 90er-Jahre geben Wetzels (1997: 44 ff.) und Bange/Deegener (1997: 41 ff.).

³²² Wetzels spricht hier von "Geschlechtsverkehr", ein Begriff, der in den heute stärker sensibilisierten Fachkreisen nicht mehr für sexuelle Missbrauchs- und Gewalthandlungen verwendet wird, weil er von einer Wechselseitigkeit der Handlungen zwischen Täterin bzw. Täter und Opfer ausgeht und deren Gewalt- und Missbrauchscharakter verschleiert.

Untersuchungen, die auch sexuelle Übergriffe durch *Gleichaltrige* einbeziehen, kommen hier auf noch höhere Prävalenzraten. So ergab eine Studie von Raupp/Engers (1993, zitiert nach Wetzels 1997), die Übergriffe durch Gleichaltrige einbezog und der eine breitere Definition von sexuellem Missbrauch zu Grunde lag, dass 6 Prozent der befragten Männer und 25 Prozent der befragten Frauen in der Kindheit sexuelle Missbrauchshandlungen erlebt haben. Nach einer repräsentativen Untersuchung von Wetzels (1997) sind 18 Prozent der Frauen und 7 Prozent der Männer Opfer von sexuellem Missbrauch in der Kindheit geworden. In seiner Aufschlüsselung der Daten wird ebenfalls sichtbar, wie sich diese Anteile verändern, wenn unterschiedliche Schutzaltergrenzen, Missbrauchshandlungen und Tätergruppen einbezogen werden (Tabelle A 10.1).

In Studien von Bange und Deegener wurden 1992 und 1996 jeweils über 860 Studierende, Berufs- und Fachschülerinnen und -schüler in Dortmund und Homburg zu sexuellem Missbrauch in der eigenen Kindheit und Jugend bis zum 16. Lebensjahr befragt. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass – bei einer engeren Gewaltdefinition und unter Einbeziehung von Handlungen durch Gleichaltrige – 22 bis 25 Prozent der Frauen und 5 bis 8 Prozent der Männer sexuellen Missbrauch erlebt haben. Wenn zudem einige weniger massive Formen von sexuellem Missbrauch einbezogen würden (versuchte sexuelle Übergriffe, sexuelle Belästigung, Exhibitionismus), sei von noch höheren Prävalenzen auszugehen (29 bis 35 % bei Frauen, 6 bis 15 % bei Männern).

Die Mehrzahl der Täter war den Opfern vorher bekannt. Der Studie von Bange/Deegener (1997) nach handelte es sich bei 22 bis 23 Prozent der Fälle um sexuellen Missbrauch durch Familienmitglieder, bei 33 bis 50 Prozent waren es Bekannte oder Freundinnen bzw. Freunde, und bei 28 bis 44 Prozent Fremde.

Ausgeübt wurde der sexuelle Missbrauch an Mädchen und Jungen, wie die Studie von Wetzels (1997) aufzeigte, fast ausschließlich – zu 95 Prozent – von Männern (und Jungen). Frauen wurden nur vereinzelt als Täterinnen genannt: Männliche Missbrauchsopfer nannten einen Anteil von 4 Prozent und weibliche Missbrauchsopfer einen Anteil von 7 Prozent. Der sexuelle Missbrauch ging bei weiblichen und männlichen Missbrauchsopfern überwiegend von Vätern, männlichen Familienangehörigen und männlichen Bekannten aus. Allerdings stellten unbekannte Täter mit immerhin einem Viertel der Täter eine nicht unbedeutende Täterkategorie dar.

Die Befunde mehrerer Studien legen nahe, dass sexuell missbrauchte Mädchen und Jungen zu einem hohen Anteil auch von elterlicher körperlicher Misshandlung betroffen sind oder waren (Wetzels 1997: 51 ff.).

Zusammenhang zwischen Gewalt im Geschlechter- und im Generationenverhältnis

Alle Studien, die die Zusammenhänge zwischen Gewalt im Geschlechter- und im Generationenverhältnis thematisiert haben, kommen zu dem Ergebnis, dass es hoch signifikante Zusammenhänge zwischen Partnergewalt der Eltern, elterlicher Gewalt gegenüber Kindern und Gewaltbetroffenheit und Gewaltbereitschaft im Erwachsenenleben gibt.

So weisen für Deutschland zwei KFN-Studien nach, dass Kinder und Jugendliche, die Gewalt zwischen ihren Eltern miterlebt haben, signifikant häufiger auch selbst körperliche Gewalt von diesen erfahren haben (Wetzels 1997; Pfeiffer/Wetzels/Enzmann 1999). Auch scheinen "die Raten aktiver jugendlicher Gewalttäter mit wachsender Häufigkeit und Intensität innerfamiliärer Gewalterfahrungen im Kindesalter systematisch anzusteigen" (Pfeiffer/Wetzels/Enzmann 1999: 21). Bei Jungen scheint sich erlittene Gewalt in der Kindheit eher in Richtung einer eigenen Gewaltbereitschaft, bei Mädchen eher in Richtung eines erhöhten Risikos, auch im späteren Erwachsenenleben Opfer von Gewalt zu werden, zu entwickeln, was auch auf problematische geschlechtsspezifische Rollenvorbilder zurückzuführen sein dürfte (ebd.).

Auch in der Repräsentativstudie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland (Schröttle/Müller 2004) wurde sichtbar, dass erlebte und beobachtete körperliche und sexuelle Gewalt in Kindheit und Jugend bei Frauen zentrale Risikofaktoren für eine spätere Viktimisierung im Erwachsenenleben darstellen. So haben Frauen, die in ihrer Kindheit und Jugend körperliche Auseinandersetzungen zwischen den Eltern miterlebt haben, später mehr als doppelt so häufig selbst Gewalt durch (Ex-)Partner erlitten wie Frauen ohne solche Erlebnisse. Frauen, die in Kindheit und Jugend selbst häufig oder gelegentlich Opfer von körperlicher Gewalt durch Erziehungspersonen wurden, waren dreimal so häufig wie andere Frauen später von Gewalt durch Partner betroffen. Frauen, die Opfer von sexuellem Missbrauch vor dem 16. Lebensjahr geworden waren, wurden in ihrem Erwachsenenleben doppelt so häufig wie andere Frauen Opfer von häuslicher Gewalt durch Partner und viermal so häufig Opfer von sexueller Gewalt (Schröttle/Müller 2004).

Hier wird deutlich, welche nachhaltige Beeinträchtigung und Gefährdung die in der Kindheit erlebte Gewalt auch für das spätere Erwachsenenleben nach sich zieht und wie wichtig der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt gerade auch für die gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention und den Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis ist.

³²³ Elterliche Partnergewalt haben insgesamt ca. ein Fünftel der Befragten in ihrer Kindheit miterlebt. Häufiger als selten haben dies knapp 9 Prozent erlebt. Frauen und Männer waren etwa zu gleichen Anteilen Zeuginnen von elterlicher Gewalt geworden (Wetzels 1997).

³²⁴ Von allen Befragten, die sich hierzu geäußert haben, gaben insgesamt knapp 19 Prozent an, körperliche Auseinandersetzungen zwischen den Eltern miterlebt zu haben, 36 Prozent haben häufig oder gelegentlich körperliche Gewalt durch Erziehungspersonen erlebt und 10 Prozent sexuellen Missbrauch in Kindheit und Jugend.

10.3.4 Gewalterfahrungen im Geschlechtervergleich

Männer erleben mehr Gewalt im öffentlichen Raum und sind insbesondere als Jugendliche und junge Männer gefährdet, Opfer von körperlichen Übergriffen durch andere Männer und männliche Jugendliche zu werden.

Männer erleben etwa gleich häufig wie Frauen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, wobei bei Männern die elterliche und geschwisterliche Gewalt bei den unter 20-Jährigen eine besondere Rolle zu spielen scheint, während sich es sich bei Gewalt gegen Frauen in engen sozialen Beziehungen häufiger um Gewalt in Paarbeziehungen handelt.

Der weitaus größte Teil der gegen Frauen gerichteten Gewalt wird durch – zumeist männliche – aktuelle oder frühere Beziehungspartner verübt. Gewalt im öffentlichen Raum spielt demgegenüber eine untergeordnete, wenn auch nicht zu vernachlässigende Rolle.

Von körperlicher Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen scheinen zunächst Männer – rein quantitativ – in annähernd gleichem Ausmaß wie Frauen betroffen zu sein. Werden aber der Schweregrad, die Bedrohlichkeit und die Häufigkeit erlebter Gewaltsituationen einbezogen, dann zeigt sich, dass Frauen häufiger von schwerer und in hoher Frequenz auftretender Gewalt in Paarbeziehungen betroffen sind.

Sexuelle Gewalt gegen Männer und Frauen, Mädchen und Jungen wird zu 95-99 Prozent von Männern ausgeübt. Opfer von sexueller Gewalt werden überwiegend Frauen, Mädchen und Jungen, seltener dagegen erwachsene Männer.

Von körperlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend sind den bundesdeutschen Studien nach männliche Kinder und Jugendliche häufiger betroffen als Mädchen. Das trifft in hohem Maße für Gewalt in Schulen und durch Gleichaltrige und – abgeschwächt – auch für Formen elterlicher körperlicher Züchtigung zu. Männer und Frauen üben etwa gleich häufig körperliche Gewalt gegen Mädchen und Jungen im Rahmen der elterlichen Erziehung aus.

Von sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend sind Mädchen häufiger als Jungen betroffen.

10.4 Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht³²⁵

Gewalt schädigt Opfer nicht nur im unmittelbaren Erleben, sondern beeinträchtigt die Lebensqualität von Menschen auch als antizipierte Erfahrung, als Bedrohung, unabhängig von den Zahlen zum realen Vorkommen. Um diese psychische Dimension zu berücksichtigen, wird im Folgenden auf Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern eingegangen.

³²⁵ Dieser Abschnitt wurde auf der Basis einer Expertise von Dieter Hermann verfasst.

10.4.1 Dimensionen der Kriminalitätsfurcht

Kriminalitätsfurcht kann in Anlehnung an ein sozialpsychologisches Einstellungskonzept durch drei Dimensionen beschrieben und gemessen werden. Die affektive (emotionale) Komponente wird meist durch das so genannte Standarditem erfasst: "Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie in Ihrem Stadtteil nachts draußen alleine sind?" In der kognitiven (verstandesbezogenen) Dimension wird insbesondere die subjektive Risikoeinschätzung für zukünftige Opferwerdungen erhoben, und die konative (verhaltensbezogene) Komponente umfasst Abwehr- und Vermeidungsmaßnahmen, durch die eine Opferwerdung verhindert werden soll (Gfeller/Trudewind 1978; Schwind u.a. 2001; Kreuter 2002; Kury/Obergfell-Fuchs 2003; Schwind 2004).

10.4.2 Vergleich der Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern

Frauen haben eine erheblich größere affektive Kriminalitätsfurcht als Männer – dieses Ergebnis konnte bisher in allen einschlägigen empirischen Studien belegt werden (etwa 36 % der befragten Frauen, 13 % der Männer). Bei einem Vergleich mehrerer Merkmale – Geschlecht, Alter, Bildung, Berufsabschluss, Persönlichkeitsmerkmale, Opfererfahrung, Wohnortgröße und Wohnregion – hat das Geschlecht weitaus den größten Einfluss auf die affektive Kriminalitätsfurcht (Kury/Obergfell-Fuchs 1998; 204; Kury/Obergfell-Fuchs 2003: 17; Schwind u.a. 2001). Auch in der konativen Kriminalitätsfurcht sind die Geschlechterunterschiede erheblich. 26 Prozent der Frauen und 7 Prozent der Männer meiden gewisse Straßen oder Örtlichkeiten, um eine Viktimisierung (Opferwerdung) zu verhindern. In der kognitiven Kriminalitätsfurcht hingegen sind die Geschlechterunterschiede geringer, wie Kury und Obergfell-Fuchs (1998: 204) nach der Sichtung von gesamtdeutschen Opferbefragungen angeben.

Das Ergebnis der Analysen zur kognitiven Kriminalitätsfurcht hängt jedoch entscheidend davon ab, welche Delikte bei der Erhebung berücksichtigt wurden. Die Geschlechterdifferenzen in der Risikoeinschätzung sind insbesondere bei Sexualdelikten hoch, bei Eigentumsdelikten beispielsweise sind die Unterschiede gering. Dies ergibt eine Studie von Kury, Obergfell-Fuchs und Würger (2000) bestätigt, in der eine Zufallsauswahl von 5.500 Bürgerinnen und Bürgern aus fünf deutschen Städten befragt wurde. In allen berücksichtigten Städten unterscheiden sich Frauen und Männer in der Einschätzung der Opferwahrscheinlichkeit für Sexualdelikte signifikant voneinander, in der Einschätzung der Opferwahrscheinlichkeit für die anderen Delikte konnten hingegen keine Geschlechterunterschiede nachgewiesen werden (Kury/Obergfell-Fuchs/Würger 2000: 555-563). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt

³²⁶ Beispielsweise: Boers (1991), Dölling/Hermann/Simsa (2003), Heinz/Spieß (2003), Hermann/Dölling (2001), Kury/Obergfell-Fuchs/Würger (2000), Kury/Obergfell-Fuchs (1998), Obergfell-Fuchs (2001), Obergfell-Fuchs/Kury (2003), Reuband (1989), Wetzels/Greve/Mecklenburg/Bilsky/Pfeiffer (1995), siehe Bevölkerungsbefragung Heidelberg/Freiburg (1998) (N=2.930), bei Hermann (2003: 395-397).

auch Kramer (2003) in einer (allerdings nicht-repräsentativen) Befragung von 1.147 Personen aus Heidelberg im Jahr 2002: Während für Frauen nach Einbruch der Dunkelheit die Furcht vor Sexualstraftaten vorherrschend ist, ist für Männer die Furcht vor anderen Formen körperlicher Gewalt das bestimmende Motiv.

10.4.3 Geschlechterdifferenzen in Abhängigkeit von Alter, Region, Milieu und im Zeitverlauf

Zur Frage, ob geschlechtsspezifische Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht vom Alter abhängig sind, gibt es widersprüchliche Forschungsergebnisse. Kury und Obergfell-Fuchs (1998) verwenden eine gesamtdeutsche Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 1995 mit mehr als 20.000 zufällig ausgewählten Personen. Die Autoren haben die affektive und die konative Kriminalitätsfurcht in einem einzigen Index zusammengefasst, den sie "emotionale Kriminalitätsfurcht" nennen. Diese ist in ihrer Befragung bei jüngeren Frauen am größten. ³²⁷ In allen Altersgruppen ist sowohl die emotionale als auch die kognitive Kriminalitätsfurcht von Frauen größer als die von Männern, daher erwiesen sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei jüngeren Personen als größer im Vergleich zu älteren.

Die Bochumer Untersuchung (Schwind u.a. 2001) wiederum ergab bei Männern einen meist fast linearen Anstieg des Unsicherheitsgefühls mit dem Alter, während bei den Frauen "ein besonders ausgeprägter U-förmiger Verlauf gegeben war. Oftmals zeigten sogar die jüngsten Frauen ein stärkeres Unsicherheitsgefühl als die ältesten Frauen" (ebd.: 230). Wetzels fand einen deutlichen Rückgang der Viktimisierungserwartung von Frauen mit dem Alter, bei Männern jedoch die höchsten Werte im mittleren Alter (Wetzels 1997: 230).

Die Heidelberg-Freiburger Bevölkerungsbefragung ergibt im Hinblick auf konative Kriminalitätsfurcht, dass das Vermeidungsverhalten von Frauen deutlich ausgeprägter als das von Männern, wobei die Differenzen in allen Altersgruppen etwa gleich groß sind (Abbildung 10.11). Insgesamt gesehen scheinen die Geschlechterdifferenzen in der affektiven Kriminalitätsfurcht bei jüngeren Personen größer zu sein als bei älteren, während die Geschlechterdifferenzen in der konativen Kriminalitätsfurcht weitgehend altersunabhängig sind. Auch die Bochumer Untersuchung ergibt ein verstärktes Vermeidungsverhalten bei jungen Frauen, was vor allem auf Angst vor Sexualdelikten zurückgeführt wird (Schwind u.a. 2001: 232).

³²⁷ Ältere Studien kommen hingegen häufig zu dem Ergebnis, dass die Kriminalitätsfurcht mit dem Alter zunimmt.

45 40 35 30 25 20 15 10 5 0 14-19 J. 50-59 J. 20-29 J 30-39 J. 40-49 J >59 J. Alter

Abbildung 10.11: Konative Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern nach Altersgruppen in Deutschland (in %)

Anmerkung: Die Werte auf der vertikalen Achse sind prozentuale Anteile von Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht.

--- Frauen

-■- Männer

Datenbasis: N = 2.930

Quelle: Bevölkerungsbefragung Heidelberg/Freiburg 1998

Hinsichtlich emotionaler und kognitiver Kriminalitätsfurcht sind die Geschlechterdifferenzen sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland in gleichem Ausmaß vorhanden. Auch die Wohnortgröße hat keinen nennenswerten Einfluss. Die Kriminalitätsfurcht ist zwar in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland und wächst mit der Einwohnerzahl des Wohnortes, aber dies gilt für Frauen und Männer gleichermaßen, so dass die Geschlechterunterschiede weitgehend konstant sind. Die Daten der Heidelberg-Freiburger Bevölkerungsbefragung erlauben eine kleinräumigere Analyse. Aber auch auf der Stadtteilebene sind sowohl die affektive als auch die konative Kriminalitätsfurcht von Frauen größer als die von Männern, allerdings sind die Unterschiede nicht in allen Stadtteilen gleich groß. In Stadtvierteln, in denen eine bildungsbürgerliche Schicht dominiert, scheinen die Differenzen etwas geringer und in solchen mit eher kleinbürgerlicher Schicht etwas größer zu sein. Insgesamt gesehen sind jedoch die Geschlechterunterschiede in der Kriminalitätsfurcht kaum von regionalen Besonderheiten abhängig. Ausnahmen bilden Orte mit großen Menschenansammlungen. Dort ist die Kriminalitätsfurcht von Männern größer als die von Frauen: Bei 12 Prozent der Männer und 8 Prozent der Frauen ist an solchen Orten das Sicherheitsgefühl sehr stark beeinträchtigt (Kramer 2003: 5). Studien zu Geschlechterdifferenzen in der Kriminalitätsfurcht für sehr kleine geografische Einheiten liegen, soweit ersichtlich, nicht vor. Die gängigen Studien zu "Furchträumen" konzentrieren sich auf die Befragung von Frauen. So ist für Frauen der größte Unsicherheitsfaktor, nachts draußen alleine zu sein, dicht gefolgt von der Unübersichtlichkeit der Umgebung (Kramer 2003, z.B. Angst in Tiefgaragen und bei unbeleuchteten Wegen/Unterführungen³²⁸). Ob jedoch in diesen Furchtträumen die Kriminalitätsfurcht von Frauen erheblich über dem entsprechenden Niveau von Männern liegt und die Geschlechterdifferenz noch ausgeprägter ist, ist eine offene Frage.

Zur Frage des Sicherheitsgefühls von Frauen in verschiedenen Alltagssituationen ergab die oben dargestellte Studie von Schröttle/Müller zur Gewalt gegen Frauen in der BRD (2004, siehe Kapitel 10.3, Abbildung 10.8.), dass ein Drittel aller befragten Frauen sich nicht sicher fühlen, wenn sie spät abends oder nachts alleine im Dunkeln nach Hause gehen. Weitere 20 Prozent meiden entsprechende Situationen vollständig und gehen nie abends alleine im Dunkeln nach Hause. Ein Viertel der Frauen gab an, sich abends und alleine auch in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht sicher zu fühlen. Weitere 51 Prozent der Frauen nutzten öffentliche Verkehrsmittel grundsätzlich oder zumindest abends nicht alleine³²⁹. Demgegenüber fühlten sich die Frauen abends oder nachts in ihrer Wohnung erheblich sicherer: Wenig bis überhaupt nicht sicher fühlten sich nur rund 8 Prozent der befragten Frauen. Dementsprechend haben 63 Prozent der Frauen häufig, gelegentlich oder selten Angst, dass ein Fremder sie körperlich oder sexuell angreifen oder verletzen könnte, nur 6 Prozent befürchten dies durch jemanden aus dem Bekanntenkreis und nur knapp 3 Prozent durch jemanden aus der Familie oder vom Partner. Die antizipierten Ängste stehen allerdings in starkem Widerspruch dazu, durch welche Personengruppen und an welchen Orten Frauen tatsächlich sexuelle oder körperliche Gewalt erfahren haben. So ergibt die Studie zur Frage der Tatorte, dass es eher selten die typischen Angstorte sind, an denen Frauen Gewalt tatsächlich erleben und häufiger gerade diejenigen Orte, an denen sich Frauen in der Regel sicher fühlen. Diese Beobachtung korrespondiert mit dem Ergebnis, dass die Täter häufig Partner, Ex-Partner und Geliebte sind und sehr viel seltener unbekannte und flüchtig bekannte Personen (10.2.9).

Nahezu in allen Milieus³³⁰ unterscheiden sich Frauen und Männer in der affektiven und konativen Kriminalitätsfurcht signifikant,³³¹ auch wenn nach den Daten der Heidelberg-Freiburger Bevölkerungsbefragung die Differenzen in Milieus mit hohem Bildungsniveau am geringsten

³²⁸ Vor allem in den 90er-Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um das Sicherheitsgefühl von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen, wie z.B. Frauenparkplätze in Tiefgaragen, Frauen-Nachttaxis u.v.m. (Ruhne 2004; Stadt Heidelberg 1994).

³²⁹ Dieses Ergebnis entspricht auch Befunden anderer kriminologischer Studien u.a. Kury u.a. (1996) Auch eine repräsentative Studie der Zeitschrift Brigitte ergab, dass 53 Prozent aller Frauen (10 % aller Männer) nachts nicht alleine aus dem Haus gehen (Susek 2003).

³³⁰ Unter "Milieu" im Allgemeinen Sinn werden Personen einer Gesellschaft verstanden, die sich einerseits in homogenen sozialen und natürlichen Lagen befinden und andererseits gleichartig denken und handeln. Milieus werden als Gemeinschaften der Weltdeutung gesehen, als soziokulturelle Gravitationsfelder mit eigenen Wirklichkeiten und Alltagsvorstellungen. Schulze (1992) unterscheidet fünf Milieus in Deutschland. Eine hohe Bildung und ein niedriges Alter bestimmen das Selbstverwirklichungsmilieu, eine geringe Bildung und niedriges Alter das Unterhaltungsmilieu, eine hohe Bildung und hohes Alter das Niveaumilieu, eine mittlere Bildung und hohes Alter das Integrationsmilieu und eine geringe Bildung und hohes Alter das Harmoniemilieu.

³³¹ Die einzige Ausnahme bildet das Integrationsmilieu. Dort unterscheiden sich die beiden Geschlechter nicht in der affektiven Kriminalitätsfurcht.

sind. Geschlechterdifferenzen in der Kriminalitätsfurcht sind somit weitgehend unabhängig von der Milieuzugehörigkeit.

Im Verlauf der vergangenen ca. 30 Jahre ist das Niveau der affektiven Kriminalitätsfurcht gesunken (Reuband 1989; Schwind u.a. 2001). Die Daten zu der Studie von Reuband basieren auf gesamtdeutschen Bevölkerungsbefragungen. Im hier gemessenen Zeitintervall von 1965 bis 1987 hatten Frauen eine größere Kriminalitätsfurcht als Männer, aber der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist geringer geworden. Eine entscheidende Veränderung begann gegen Ende der 70er-Jahre. Während 1975 noch 24 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen eine relativ große Kriminalitätsfurcht hatten, waren es 1982 noch 18 Prozent der Männer und 49 Prozent der Frauen (ebd. 1989: 475). Die Kriminalitätsfurcht der Männer ist weitgehend gleich geblieben, die Kriminalitätsfurcht von Frauen, insbesondere von jüngeren Frauen, ist dagegen deutlich gesunken.

10.4.4 Ursachen von Geschlechterdifferenzen in der Kriminalitätsfurcht³³²

Als Ursachen für die höhere Kriminalitätsfurcht von Frauen wird ihre höhere Verletzlichkeit genannt (Reuband 1999). Ferner wird eine größere Angst in allen Lebensbereichen angenommen (Kury/Obergfell-Fuchs 2003). Zudem wird diskutiert, ob Frauen und Männer unterschiedliche Strategien haben, mit der Bedrohung durch Kriminalität umzugehen (Holst 2004) und ob Frauen und Männer mediale Gewalt unterschiedlich umsetzen. Während Frauen sich meist mit dem weiblichen Opfer einer Gewalttat identifizieren, distanzieren sich Männer meist vom männlichen Opfer. Folglich treten nach der Rezeption von Mediengewalt bei Frauen häufiger Gefühle der Angst und Bedrohung auf als bei Männern (Hermann 2004:106).

Doch reichen solche Erklärungsversuche nicht aus, um die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht zu begründen (Schwind u.a. 2001: 266). Vor allem die Diskrepanz zwischen der hohen Angst von Frauen in der Öffentlichkeit, in der sie aber in geringerem Maße als Männer zum Opfer von Gewalt werden und der relativ geringen Angst in privaten Räumen, in denen sie umgekehrt die meiste Gewalt erfahren, lässt erkennen, dass hier andere Faktoren am Werke sind. Gleiches gilt für die im Verhältnis geringere Angst von Männern in der Öffentlichkeit, in der sie jedoch wesentlich häufiger Opfer von Gewalt werden als Frauen.

Hier sind geschlechtshierarchische Rollenkonzepte und entsprechende Sozialisationsprozesse als Erklärung heranzuziehen, die Frauen eher den privaten Raum und Männern eher den öffentlichen Raum zuweisen. Mädchen werden vor dem öffentlichen Raum als tendenziell gefährlich eher gewarnt, Jungen eher dazu aufgefordert, ihn zu nutzen und sich potenziellen Gefahren zu stellen (ebd.: 267). Die Warnung vor dem öffentlichen Raum korrespon-

³³² Dieser Abschnitt wurde unter Berücksichtigung einer Expertise von Dieter Hermann verfasst.

diert bei Mädchen/Frauen mit hoher Kontrolle durch Eltern/Partner in den geschlossenen Räumen, in denen Gewalt noch immer eher geleugnet wird. So erweist sich die höhere Kriminalitätsfurcht von Frauen in der Öffentlichkeit als Folge geschlechtshierarchischer Machtstrukturen (Ruhne 2004). Diese Erklärung wird augenfällig, wenn die historische Entwicklung betrachtet wird, die im 19. Jahrhundert zur Dichotomisierung von Öffentlichkeit und Privatheit einerseits und Geschlecht andererseits führte und über "Ausgehverbote" und "Anstandsregeln" für Frauen kontrolliert wurde (ebd.): "Das 'Ausgeh-Verbot'(scheint) über das Konstrukt einer besonderen Unsicherheit und Gefährdung von Frauen im öffentlichen Raum auch heute noch wirksam, ohne dabei aber in seinem normativen Charakter überhaupt noch wahrgenommen zu werden" (ebd.: 8). Der Rückgang der Kriminalitätsfurcht von Frauen lässt allerdings erkennen, dass Frauen beginnen, sich den öffentlichen Raum (wieder) als Aufenthaltsund Aktionsraum anzueignen.

Kritische Analysen von Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls von Frauen im öffentlichen Raum verweisen darauf, dass mit diesen Maßnahmen nicht die eigentliche Ursache der Kriminalitätsfurcht von Frauen, der Sexismus überdeckt werden (Susek 2003). Es ist offensichtlich, dass bei der deutlich höheren Gefährdung von *Männern* im öffentlichen Raum spezielle Schutzmaßnahmen für sie zu ergreifen wären. Die Vermittlung des öffentlichen Raumes als Gefahrenort für Frauen führt zu einer enormen Einschränkung von deren Bewegungsfreiheit und starker Selbstbeschränkung im Sinne eines eher traditionellen Weiblichkeitskonzeptes.

10.5 Überblick über die Ergebnisse

Gewalt spielt sich weit überwiegend im Verborgenen ab und ist deshalb schwer zu erfassen. Unabhängig von diesem Problem der Aufdeckung sind alle Befunde zu diesem Thema in hohem Maße von der jeweiligen Definition des Begriffs Gewalt abhängig. Trotz der Vielfalt sehr unterschiedlicher Gewalterfahrungen muss betont werden, dass Gewalt im Geschlechterverhältnis entscheidend zur Aufrechterhaltung von geschlechterhierarchischen Strukturen beiträgt. Gewalt beeinträchtigt allerdings nicht nur die Lebensqualität und die Aktionsräume von Frauen, sondern auch die männlicher Opfer. Dabei sind die Täter überwiegend männlich.

87 Prozent der von der Polizei wegen eines Gewaltdeliktes (Mord und Totschlag, schwere und leichte Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung) registrierten Tatverdächtigen waren im Jahr 2003 männlich und 13 Prozent weiblich. Innerhalb der Gewaltdelikte sind die Anteile männlicher Tatverdächtiger bei den Sexualdelikten mit Abstand am höchsten (98,9 %), die der weiblichen bei den Körperverletzungsdelikten, hier stellen Mädchen bzw. Frauen 14 bis 15 Prozent der Tatverdächtigen.

Im Verlauf von Strafverfahren kommt es zu einem Ausfilterungsprozess: Nicht alle von der

Polizei registrierten Tatverdächtigen werden von der Staatsanwaltschaft vor Gericht angeklagt und nicht alle Angeklagten werden entsprechend verurteilt. Bei männlichen Tatverdächtigen enden die Verfahren häufiger mit einer Verurteilung als bei Frauen. Erklärt wird dieses Phänomen vor allem mit der geringeren Schwere der Taten von Frauen.

Die Kriminalitätsbelastung ist in verschiedenen Altersgruppen ungleich hoch, am höchsten bei jungen Menschen, insbesondere bei männlichen Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Der Belastungsgipfel liegt bei den meisten Gewaltdelikten bezogen auf männliche Tatverdächtige im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, bei weiblichen Tatverdächtigen dagegen unter 18 Jahren. Junge Frauen stellen also ihr abweichendes Verhalten biografisch früher wieder ein als junge Männer. Im Verlauf der letzten 15 Jahre ist bei vielen Gewaltdelikten ein Anstieg der Kriminalitätsbelastung sowohl bei Männern als auch bei Frauen zu verzeichnen. Dabei gibt es eine gewisse Angleichung zwischen den Geschlechtern: 1988 kamen bezogen auf die Gewaltkriminalität noch neun männliche auf eine weibliche Tatverdächtige, im Jahr 2003 waren es nur noch sieben.

Von den meisten Gewaltdelikten sind Frauen *seltener* als Männer als Opfer betroffen. Dies gilt nicht für Sexualdelikte, die sich ganz überwiegend gegen weibliche Opfer richten, und auch nicht für Raubdelikte gegenüber Opfern über 60 Jahren: Hier sind Frauen doppelt so oft betroffen wie Männer – eine Folge des Handtaschenraubes.

Gewaltdelikte gegen Frauen (insbesondere Körperverletzungs- und Tötungsdelikte) sind häufig Beziehungstaten, das heisst, der Täter ist seinem weiblichen Opfer oft gut bekannt oder mit ihm verwandt. Männliche Opfer haben dagegen in der Mehrzahl der Fälle höchstens eine flüchtige Beziehung zum Tatverdächtigen. Im zeitlichen Rückblick sind die größten Veränderungen in den Opfer-Tatverdächtigen-Beziehungen bei den Sexualdelikten auszumachen: Hier stiegen die Anteile der registrierten Opfer von Beziehungstaten bei beiden Geschlechtern deutlich an, was auf eine gestiegene Bereitschaft, Personen aus dem näheren Umfeld anzuzeigen, zurückzuführen sein könnte.

Da viele Gewaltdelikte in der Polizeilichen Kriminalstatistik überhaupt nicht auftauchen, wird über die Dunkelfeldforschung versucht, das Ausmaß der Gewalt realistischer zu erfassen als es die Anzeigenstatistik vermag. Eine aktuelle repräsentative Studie zur Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland (10.000 Befragte) ergibt, dass insgesamt 40 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben. 90 Prozent aller Frauen, die körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben, nannten männliche Täter; bei insgesamt knapp 30 Prozent der Fälle wurden (auch) weibliche Täterinnen genannt. Bei sexueller Gewalt und bei Gewalt in Paarbeziehungen wurden fast ausschließlich – zu 99 Prozent – Männer als Täter angegeben. Als Tatort nennen die befragten Frauen am häufigsten den häuslichen Bereich,

als Täter am häufigsten aktuelle oder frühere Beziehungspartner.

Eine aktuelle nicht-repräsentative Studie zur Gewalt gegen Männer (ca. 200 Befragte) ergibt, dass 25 Prozent der rund 200 befragten Männer angaben, körperliche Gewalt durch eine Partnerin erlebt zu haben, wobei auch leichtere Handlungen einbezogen wurden. 5 Prozent gaben körperliche Gewalt in der Arbeitswelt an, 1 Prozent wurde in der Öffentlichkeit verprügelt, 10 Prozent wurde hier Gewalt angedroht. 60 Prozent der Befragten, die Wehrdienst geleistet haben (107 Männer), gaben an, in diesem Rahmen schikaniert worden zu sein. Von sexueller Gewalt wird nur in Einzelfällen berichtet.

Beide Studien bestätigen die amtliche Statistik insofern als sie zeigen, dass sowohl Mädchen/Frauen als auch Jungen/Männer gleichermaßen primär Opfer von männlicher Gewalt werden. Von körperlicher Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen scheinen Männer zunächst – rein quantitativ – in annähernd gleichem Ausmaß wie Frauen betroffen zu sein. Werden aber der Schweregrad, die Bedrohlichkeit und die Häufigkeit erlebter Gewaltsituationen einbezogen, dann zeigt sich, dass Frauen häufiger als Männer Opfer von schwerer und in hoher Frequenz auftretender Gewalt in Paarbeziehungen werden.

Auch im sozialen Nahraum erleben Männer etwa gleich häufig wie Frauen Gewalt, jedoch spielt bei ihnen neben der Gewalt in Paarbeziehungen elterliche und geschwisterliche Gewalt eine besondere Rolle. Dies gilt speziell für die unter 20-jährigen Männer.

Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Männer, Mädchen und Jungen wird zu 95 bis 99 Prozent von Männern ausgeübt. Opfer sexueller Gewalt werden vor allem Frauen, Mädchen und Jungen, seltener dagegen erwachsene Männer.

Von körperlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend sind den bundesdeutschen Studien nach Jungen häufiger betroffen als Mädchen. Das gilt in hohem Maße für Gewalt in Schulen, durch Gleichaltrige und abgeschwächt auch für Formen elterlicher körperlicher Züchtigung. Im Rahmen der elterlichen Erziehung üben Frauen etwas häufiger als Männer körperliche Gewalt gegen Mädchen und Jungen aus. Bei diesem Ergebnis ist allerdings zu berücksichtigen, dass Frauen viel häufiger als Männern der alltägliche Umgang mit Kindern obliegt.

Auch bezogen auf die Angst, zum Opfer von Gewalt zu werden, sind geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar. Die Geschlechterdifferenzen in der Risikoeinschätzung sind bei Sexualdelikten besonders hoch, bei Eigentumsdelikten beispielsweise sind die Unterschiede gering. Während für Frauen nach Einbruch der Dunkelheit die Furcht vor Sexualstraftaten vorherrschend ist, fürchten Männer häufiger andere Formen körperlicher Gewalt. Männer reagieren stärker als Frauen mit Angst auf Menschenansammlungen, Frauen dagegen auf das Alleinsein im öffentlichen Raum, insbesondere bei Dunkelheit. Frauen fühlen sich in privaten Räumen sicherer, doch dort wird die meiste Gewalt gegen Frauen verübt. Männer haben umgekehrt kaum Angst an öffentlichen Orten, an denen sie jedoch die meiste Gewalt

erfahren. Hieran wird deutlich, dass Kriminalitätsfurcht und reale Gewalterfahrung kaum miteinander korrespondieren. In den letzten 30 Jahren werden Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht verzeichnet: Bei Männern ist sie weitgehend gleich geblieben, bei Frauen dagegen, insbesondere bei jüngeren Frauen, ist sie deutlich gesunken.

Ein Nachlassen der Gewalt kann nach diesen Befunden nicht konstatiert werden, wohl aber gibt es Hinweise darauf, dass Taten, die im sozialen Nahraum verübt werden, häufiger als früher zur Anzeige gebracht werden.



Agapiou-Josephides, Kalliope (2004): Zypern. Frauen und Politik in Zypern – Der lange Weg in die Politik und die europäische Perspektive, in: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden, S. 245-258.

AKTIV 27, 1/2005

- Albrecht, Anette, Emmerich, Anette, Schmidt, Heike (1998): Geschlecht: Behindert Merkmal: Frau eine Fotoausstellung. Heidelberg.
- Allmendinger, Jutta/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/von Stebut, Janina/Wimbauer, Christine (2001): Gemeinsam leben, getrennt wirtschaften? Chancen und Grenzen der Individualisierung in Paarbeziehungen, in: Beck, Ulrich/Bonß, Wolfgang (Hrsg.): Reflexive Modernisierung Überlegungen zur Transformation der industriellen Moderne. Frankfurt a.M., S. 203-215.
- Alt, Christian/Blanke, Karen/Joos, Magdalena (2004): Wege aus der Betreuungskrise? Institutionelle und familiale Betreuungsarrangements von Kindern, in: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben Band 2, S. 123-255 (im Erscheinen).
- Amendt, Gerhard (2004): Väterlichkeit, Scheidung und Geschlechterkampf, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/2004, S. 19-25.
- Andorka, Rudolf (2001): Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse. Opladen.
- Andreß, Hans-Jürgen (2004) Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 31, Januar 2004, S. 1-5.
- Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsbezogener Krebsregister in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2004): Krebs in Deutschland. Häufigkeiten und Trends. 4. überarbeitete, aktualisierte Ausgabe. Saarbrücken.
- Arbeitsgruppe "Armut und Gesundheit" "Migration und gesundheitliche Versorgung" (2001): Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Armut und Gesundheit" "Migration und gesundheitliche Versorgung". Bonn (www.bvgesundheit.de/pdf/Versorgung%20Migranten.pdf).
- Archer, John (2000): Sex differences in aggression between heterosexual partners: A Meta-analytical review, in: Psychological Bulletin 5/2000, S. 651-680.
- Arnade, Siegrid (1992): Weder Küsse noch Karriere. Erfahrungen behinderter Frauen. Frankfurt a.M.
- Augstein, Renate: Die Kampagne des Bundesfrauenministeriums zu Gewalt gegen Frauen, in: Heiliger/Hoffmann (Hrsg.): a.a.O., S. 21-37.
- Balbach, Sonja (1994): Wir sind auch die kämpfende Front Frauen in der rechten Szene. Hamburg.
- Bange, Dirk (1992): Die dunkle Seite der Kindheit. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Köln.
- Bange, Dirk/Deegener, Günther (1997): Sexueller Missbrauch an Kindern. Ausmaß, Hintergründe, Folgen. Weinheim.
- Bange, Dirk/Enders, Ursula (1995): Auch Indianer kennen Schmerz. Sexuelle Gewalt gegen Jungen. Köln.
- Barnes, Samuel/Kaase, Max (Hrsg.) (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, CA: Sage.
- Bauer, Frank/Munz, Eva (2005): Arbeitszeiten in Deutschland: 40plus und hochflexibel. WSI Mitteilungen 1/2005, S. 40-48.
- Bauer, Frank/Groß, Hermann/Lehmann, Klaudia/Munz, Eva (2004): Arbeitszeit 2003. Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsorganisation und Tätigkeitsprofile. Institut zur Erforschung sozialer Chancen. Köln.
- Baumert, Jürgen/Schümer, Gundel (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb, in: Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen, S. 323-410.
- Baumert, Jürgen/Bos, Wilfried/Lehmann, Rainer (Hrsg.) (2000a): TIMSS/III. Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung

am Ende der Schullaufbahn. Band 1: Mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung am Ende der Pflichtschulzeit. Opladen.

- Baumert, Jürgen/Bos, Wilfried/Lehmann, Rainer (Hrsg.) (2000b): TIMSS/III. Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn. Band 2: Mathematische und physikalische Kompetenzen am Ende der gymnasialen Oberstufe. Opladen.
- Baumol, William J. (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, in: American Economic Review 57/1967, S. 416-426.
- Baurmann, Michael (1996): Sexualität, Gewalt und psychische Folgen. Wiesbaden.
- Bagwfb (2005): Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. www.bagwfbm.de/page/25. vom 22.06.2005.
- Bayer, Hiltrud/Bauereiss, Renate (2003): Haushalt und Familie in der amtlichen Statistik, in: Bien, Walter/Marbach, Jan H. (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen, S. 277-305.
- BBiG (2003): Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBI. I S. 1112), zuletzt geändert: 24. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2954), Siebenter Abschnitt: Berufliche Bildung Behinderter Menschen §§ 48, 49.
- Beblo, Miriam/Wolf, Elke (2002): Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2002, S. 83-94 (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/vierteljahrshefte/jahrgang02/content 1.html vom 14.02.2005).
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Auf dem Weg in die postfamiliale Familie Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft, in: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt a.M., S. 115-138.
- Becker, Irene (2002): Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2002, S. 126-146.
- Beckmann, Petra (2002): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit tatsächliche und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Frauen mit Kindern liegen immer noch weit auseinander. IAB-Werkstattbericht Nr. 12/2002. Nürnberg.
- Beckmann, Petra (2003): EU-Beschäftigungsquote: Auch richtige Zahlen können in die Irre führen: IAB-Kurzbericht Nr. 11/2003. Nürnberg (http://doku.iab.de/kurzber/2003/kb1103.pdf vom 05.01.2004).
- Beckmann, Petra/Kurtz, Beate (2001): Erwerbstätigkeit von Frauen: die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel. IAB-Kurzbericht Nr. 10/2001. Nürnberg.
- Bednarz-Braun, Iris (2004): Zur beruflichen Ausbildung junger MigrantInnen, in: Bednarz-Braun, Iris/Heß-Meining, Ulrike: Migration, Ethnie und Geschlecht. Theorienansätze, Forschungsstand, Forschungsperspektiven. Wiesbaden, S. 175-214.
- Beechey, Veronica (1988): Rethinking the Definition of Work. Gender and Work, in: Jenson, Jane/Hagen, Elisabeth/Reddy, Ceallaigh (Hrsg.): Feminization of the labor force: paradoxes and promises. New Jork 1988, S. 45-62.
- Behringer, Friederike (2000): Berufliche Qualifikationen, Berufswechsel und die Verwertung von Qualifikationen Erwerbsbiografische Analysen auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Qualifikationsstrukturbericht. Bonn 2000, S. 1-86.
- Beicht, Ursula (2004): Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen Errechnung geschlechtsspezifischer Durchschnittswerte. Sonderauswertung auf Anfrage. Bonn.
- Beicht, Ursula/Krekel, Elisabeth M./Walden, Günter (2004): Berufliche Weiterbildung welchen Nutzen haben die Teilnehmer?, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 5/2004, S. 5-9.
- Beicht, Ursula/Schiel, Stefan/Timmermann, Dieter (2004): Berufliche Weiterbildung wie unterscheiden sich Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer?, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 1/2004, S. 5-10.

Beicht, Ursula/Berger, Klaus/Herget, Hermann/Krekel, Elisabeth (Hrsg.) (1997): Berufsperspektiven mit Lehre. Wert und Zukunft dualer Berufsausbildung. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bielefeld.

- Bell, Daniel (1979): Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbek b.H.
- Bellenberg, Gabriele (1999): Individuelle Schullaufbahnen. Eine empirische Untersuchung über Bildungsverläufe von der Einschulung bis zum Abschluss. Weinheim, München.
- Bericht der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zu "Gewalt gegen Frauen". Materialien zur Frauenpolitik 45/1995. Herausgegeben von der Abteilung Frauenpolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh.
- Bestler, Anita (2004): Malta. Der prägende Einfluss des ,Kodex von Ehre und Schande': politische Partizipation von Frauen in Malta, in: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden, S. 223-243.
- Bieber, Ulrich (2004): Nicht nur die Rente bestimmt das Einkommen im Alter, in: Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI) 31, Januar 2004, S. 12-15.
- Bieber, Ulrich (2005): Erste Ergebnisse aus der Studie Alterssicherung in Deutschland 2003 Ergebnisse zur Vielschichtigkeit der monetären Situation im Alter (im Druck, voraussichtliches Erscheinen als Fachartikel in der DRV (Deutsche Rentenversicherung)).
- Bieringer, Ingo/Buchacher, Walter/Forster, Edgar J. (Hrsg.) (2000): Männlichkeit und Gewalt. Konzepte für die Jungenarbeit. Opladen.
- Birsl, Ursula (1992): Rechtsextremistische Orientierungsmuster bei Mädchen und jungen Frauen, in: KFH-Focus 3/1992, S. 11-24.
- Bien, Walter/ Schneider, Norbert F. (Hrsg.) (1998): Kind ja, Ehe nein? Status und Wandel der Lebensverhältnisse von nichtehelichen Kindern und von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschafen. DJI: Familien-Survey 7. Opladen.
- BGG (2002): Behindertengleichstellungsgesetzes: Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze, 27. April 2002, BGBI I 2002, 1467, 1468.
- [BKA] Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2003): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2002. Wiesbaden (PKS 2002).
- [BKA] Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2004a): PKS-Zeitreihen für den Zeitraum von 1987 bis 2003. Tabelle 40: Deutsche Tatverdächtige (männlich und weiblich). Tabelle 91: Opfer (www.bka.de vom 14.02.2005).
- [BKA] Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2004b): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2003. Wiesbaden (PKS 2003).
- BKK Bundesverband (Hrsg.) (2004): BKK Gesundheitsreport 2004. Gesundheit und sozialer Wandel. Essen.
- BKK Bundesverband (2005): Pressemitteilung vom 23.03.2005. Krankenstand erreicht 2004 extremen Tiefstand Krankentage sind gegenüber 1990 um die Hälfte zurückgegangen (www.bkk.de/bkk/pressemitteilungen/powerslave,id,193,nodeid,15.html).
- Blanke, Karen (2004): Wie viele Stunden sind ein Tag? Institutionelle Betreuungsformen von 8- bis 9- jährigen Schulkindern, in: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben Band 2, S. 157-182 (im Erscheinen).
- Blossfeld, Hans-Peter (1985): Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt a.M.
- Blossfeld, Hans-Peter/Timm, Andreas (Hrsg.) (2003): Who Marries Whom? Educational Systems as Marriage Markets in Modern Societies, Dordrecht.
- BMA (2003): Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA): Bestands- und Bedarfserhebung Werkstätten für behinderte Menschen. Erstellt von con_sens Hamburg. Berlin.

[BMAS] Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (1993): Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen vom 20. Dezember 1993.

- [BMAS] Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (1998): Vierter Bericht über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (Mai 1999): Berufsbildungsbericht 1999. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (Mai 2000): Berufsbildungsbericht 2000. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (Mai 2001): Berufsbildungsbericht 2001. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (Mai 2002a): Berufsbildungsbericht 2002. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2002b): Grund- und Strukturdaten 2001/2002. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (Mai 2003a): Berufsbildungsbericht 2003. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2003b): Berichtssystem Weiterbildung 2000. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2003c): Berichtssystem Weiterbildung VIII. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2003d): Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht Berufliche Bildung und Weiterbildung/Lebenslanges Lernen. Berlin.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (März 2003e): Schlussbericht. Lebenslagen von Mädchen und Frauen im Zusammenhang mit Bildung, Wissenschaft, Arbeit und Einkommen. Bonn.
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (Mai 2004): Berufsbildungsbericht 2004. Berlin.
- [BMBWFT]) Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.) (1998): HIS. Hochschulinformations-System. Bildungswege von Frauen vom Abitur bis zum Beruf 1998. Hannover.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994a): Gewalt gegen Frauen. Pädagogische Empfehlungen, Unterrichts- und Projektvorschläge zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Bonn.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994b): Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1999): Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Berlin.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Stuttgart.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002a): Fünfter Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) (www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/mr/5bercedaw.pdf vom 22.04.2004).
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002b): Einmischen Mitmischen. Informationsbroschüre für behinderte Frauen und Mädchen.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002c): "Lebenswelten älterer Menschen mit Behinderung". Workshop am 21.06.2002 in Frankfurt a.M. beim "Deutschen Verein".

[BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2003a): Bilanz 2003 der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, Berlin (http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/bilanz-2003-vereinbarung,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf vom 16.01.2006).

- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2003b): Wenn aus Liebe rote Zahlen werden über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung (Autorinnen und Autoren: Barbara Borgloh, Miriam Güllner, Katja Wilking, Hans-Jürgen Andreß). Bonn.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2003c): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen Kosten Nutzen Analyse. Köln.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004a): Bericht über die Auswirkungen der §§ 15 und 16 Bundeserziehungsgeldgesetz. Berlin.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004b): Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Berlin.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004c): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Untersuchungsergebnisse. Bonn.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004d): Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Ergebnisse der Pilotstudie. Bonn.
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission. Berlin.
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2004a): Die soziale Pflegeversicherung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2001 und 2002. Statistischer und finanzieller Bericht. Bonn.
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2004b): Gesetzliche Krankenversicherung. Krankenstand Stand: 27. Mai 2004, zusammengestellt von Klaus Busch, Referat P 25.
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2004c): Die Lage der behinderten Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe. Berlin.
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2004d): Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht (Teil 2 SGB IX). Bonn.
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2004e): Dritter Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung vom 4. November 2004 (Bundestags-Drucksache 15/4125).
- [BMGS] Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2005): Ulla Schmidt: Wirtschaftliche Situation Älterer hat sich weiter verbessert. Erste Ergebnisse der Studie Alterssicherung in Deutschland 2003 vorgestellt. Pressemitteilung Nr. 102 vom 01.06.2005 (http://www.bmgs.bund.de/cln_041/nn_599776/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-BMGS-2-2005/PM-01-06-2005-7401,param=.html_nnn=true vom 16.01.2006). Berlin.
- [BMI/BMJ] Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin.
- [BMJ] Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2003): Presseerklärung Nr. 44/03 und Anhang "Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Übergangsregelung zum Kindschaftsrechtsreformgesetz für nicht miteinander verheiratete Eltern" (www.bundesregierung.de/Anlage489566/RegE1626a.pdf vom 19.01.2005).
- [BMWA] Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.) (2004): Geringfügige Beschäftigung und Nebenerwerbstätigkeiten in Deutschland 2001/2002. BMWA-Dokumentation Nr. 530 (www.bmwi.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/Publikationen/Dokumentationen/geringfuegige-

- beschaeftigung-und-nebenerwerbstaetigkeiten-in-deutschland-2001-2002-dokumentation-530,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf vom 16.01.2006).
- Bock, Michael (2001): Gutachten zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung. Mainz.
- Boers, Klaus (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Hamburger Studien zur Kriminologie. Band 12. Pfaffenweiler.
- Bonacker, Margit/Buschmann, Birgit/Caspari, Angelika (2002): Frauenspezifische Beratungseinrichtungen für Existenzgründerinnen. Analysen und Potenziale. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Stuttgart, Berlin, Köln.
- Born, Claudia (1998): Bildung und Beruf für Frauen und Männer gleiche Kategorien?, in: Heinz, Walter R./Dressel, Werner/Blaschke, Dieter/Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Was prägt Berufsbiografien? Lebenslaufdynamik und Institutionenpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 215). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg.
- Bos, Wilfried/Lankes, Eva-Maria/Prenzel, Manfred/Schwippert, Knut/Walther, Gerd/Valtin, Renate (Hrsg.) (2003): Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster, New York, München, Berlin.
- Bosch, Gerhard (2002): Die sogenannte Dienstleistungslücke in Deutschland. Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik 2002-01. Herausgegeben vom Institut Arbeit und Technik. Gelsenkirchen.
- Brettschneider, Wolf-Dietrich (2004): Sportunterricht in Deutschland. DSB-Sport-Studie. Erste Ergebnisse (www.dsb.de vom 17.02.2005).
- Brinkmann to Broxten Eva, Heiler Hannes, Rieth Petra (1999): Der etwas andere Alltag eine repräsentative Untersuchung zur Lebenssituation junger Frauen mit Behinderungen in Wiesbaden.
- Brownmiller, Susan (1978): Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Frankfurt a.M.
- Bruhns, Kirsten/Wittmann, Svendy (2002): "Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen." Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten Jugendgruppen. Opladen.
- Bruner, Claudia Franziska (2005): Körperspuren. Zur Dekonstruktion von Körper und Behinderung in biografischen Erzählungen von Frauen. Bielefeld.
- Büchel, Felix/Pannenberg, Markus (2004): Berufliche Weiterbildung in West- und Ostdeutschland. Teilnehmer, Struktur und individueller Ertrag, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung 2/2004, S. 73-126.
- Büchel, Felix/Spieß, C. Katharina (2002): Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Herausgegeben vom Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Band 220. Stuttgart.
- Budde Sigrid (1998): Integration behinderter Kinder im Elementarbereich im Saarland, in: Gemeinsam Leben 6/1998, S. 104-105.
- Budig, Michelle/England, Paula (2001): The Wage Penalty for Motherhood, in: American Sociological Review 66/2001, S. 204-225.
- Bunch, Charlotte (1998): Der unerträgliche status quo: Gewalt gegen Mädchen und Frauen, in: Heiliger, Anita/Hoffmann, Steffi (Hrsg.): Aktiv gegen Männergewalt. Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international. München 1998, S. 9-20.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2003): Eingliederungsbilanz 2002 Bundesergebnisse, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2004a): Mini- und Midijobs in Deutschland Sonderbericht, (www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/sonder/001_mini_midi_jobs.pdf vom 20.12.2004).
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2004b): Arbeitsmarkt in Zahlen: Oktober 2004, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2004c): Der Arbeitsmarkt in Deutschland 2003, in: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 52. Jg., Sondernummer, 15. Juli 2004, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2004d): Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben. August 2004.

- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2005a): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Februar 2005 (www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/monat/aktuell.pdf vom 28.03.2005).
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2005b): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Mai 2005 (www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/monat/aktuell.pdf vom 12.06.2005).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Hrsg.) (2004): Asylantragszahlen unterteilt nach Altersgruppen und Geschlecht. 2003 (www.bamf.de/template/index_statistik.htm vom 14.02.2005).
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (2000): Arbeitsmarkt für Frauen. Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Überblick, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 4/2000 (www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/anba/jg_2000/heft042000_frauen/inhalt.shtml vom 11.12.2003).
- Bundesanstalt für Arbeit: (Hrsg.) (2003a): Strukturanalyse Bestand an Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Arbeitsmarkt in Zahlen. September 2003.
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (2003b): Arbeitsmarkt in Zahlen: Strukturanalyse Bestand an Langzeitarbeitslosen, September 2003, Nürnberg.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2004a): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Entwurf. Stand: 14.12.2004. Berlin (www.sozialpolitik-aktuell.de vom 23.02.2005)
- Bundesregierung (Hrsg.) (2004b): Bericht der Bundesregierung über die Gesetzliche Rentenversicherung (Rentenversicherungsbericht 2004). Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bussmann, Kai-D. (2002): Studie zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung und der begleitenden Kampagne "Mehr Respekt vor Kindern" Abschlussbericht. Elternstudie. Halle-Wittenberg.
- [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2001): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Wiederholungsbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Köln.
- [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2003): Bekanntheit, Kauf und Konsum von Alcopops bei Jugendlichen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung bei Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Köln.
- [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2004): männer leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung. Basisbericht (Cornelia Helfferich, Heike Klindworth, Holger Wunderlich). Köln.
- [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2004b): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Wiederholungsbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Teilband Rauchen. Köln.
- [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2004c): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2004. Eine Wiederholungsbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Teilband: Alkohol. Köln.
- [BZgA] Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2005): Entwicklung des Alkoholkonsums bei Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der Konsumgewohnheiten von Alkopops. Eine Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Kurzbericht. Köln. (www.bzga.de vom 10.11.2005)

Carl, Andrea-Hilla/Krehnke, Anna (2004): Geschlechterdiskriminierung bei der betrieblichen Grundentgeltfindung: Positionen und Perspektiven von Management, Betriebsrat und Beschäftigten (Reihe Betriebliche Personalpolitik herausgegeben von Gertraude Krell). Wiesbaden.

- CDU (Hrsg.) (2003): Politische Gleichstellung der Frauen in der CDU (www.frauenunion.de/ >> Frauenbericht vom 06.03.2005).
- Cloerkes, Günther (Hrsg.) (2003): Wie man behindert wird. Texte zur Konstruktion einer sozialen Rolle und zur Lebenssituation betroffener Menschen. Heidelberg.
- Connell, Robert, W. (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen.
- Cornelißen, Waltraud (1993): Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela /Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 321-349.
- Cornelißen, Waltraud (2002): Freizeit freie Zeit für junge Frauen und Männer, in: Cornelißen, Waltraud/Gille, Martina/Knothe, Holger/Meier, Petra/Queisser, Hannelore/Stürzer, Monika (Hrsg.): Junge Frauen junge Männer. Daten zur Lebensführung und Chancengleichheit. Opladen 2002, S. 135-204.
- Cornelißen, Waltraud (2004): Einige Anmerkungen zur Debatte um die Benachteiligung von Jungen in der Schule, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien 1/2004, S. 128-136.
- Cornelißen, Waltraud/Blanke, Karen (2004): Zeitverwendung von Jungen und Mädchen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland Analysen zur Zeitverwendung. Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Stuttgart, S. 160-174.
- DAK Versorgungsmanagement (Hrsg.) (2005): DAK Gesundheitsreport 2005. Hamburg.
- Danielsson, Maria (2003): Gesundheitsressourcen und Gesundheitsrisiken: die Gender-Perspektive, in: Österreichisches Institut für Familienforschung (Hrsg.): Jahresseminar 2003: Die Familie im Gesundheitssystem: ein Faktor zur Kostensteigerung oder zur Kostenminderung? Zusammenfassung. Wien 2003, S. 6-7.
- Degener, Theresia (1995): Behinderte Frauen in der beruflichen Rehabilitation. Rechtsgutachten herausgegeben vom Hessischen Netzwerk behinderter Frauen und vom Hessischen Koordinationsbüro für behinderte Frauen. Schriftenreihe zum selbstbestimmten Leben Behinderter. Band 3, Kassel.
- Degener, Theresia (2003): Eine UN-Menschenrechtskonvention für Behinderte als Beitrag zur ethischen Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/2003, S. 37-45.
- Der Sozialausschuss (Hrsg.) (2004): Sonderstudie über Renten- Nachhaltigkeit der Systeme der zweiten und dritten Säule und Ihr Beitrag zu einer angemessenen Alterssicherung, vorläufiger Fragebogen der Kommission, Deutscher Beitrag vom 30.07.2004.
- Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (DHS): Benzodiazepine. Die Sucht und ihre Stoffe. Eine Informationsreihe über die gebräuchlichsten Suchtstoffe (www.dhs-intern.de/pdf/Benzodiazepine.pdf vom 26.06.2005).
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2002): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus (14. Shell Jugendstudie). Frankfurt a.M.
- Deutscher Behindertenrat: Entwurf für ein umfassendes und einschließliches Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen. 11/2004.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2001): Alterssicherungsbericht 2001. Drucksache 14/7640, Berlin 2001.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002a): Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. Drucksache 14/8952. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002b): Enquete-Kommission Demographischer Wandel Herausforderungen unserer älter werdenden Generation an den Einzelnen und die Politik. Zur Sache 3/2002.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2002): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 89. Jahrgang 2002. Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.) (2004): Pressemitteilung vom 15.07.2002. Immer mehr Frauen treiben im Alter regelmäßig Sport (www.diw.de vom 17.02.2005).

- Dill, Helga/Frick, Uli/Höfer, Renate/Klöver, Barbara/Straus, Florian (2002): Risikoverhalten junger Migrantinnen und Migranten. Expertise für das Bundesministerium für Gesundheit. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit. Band 141/I. Baden-Baden.
- [DJI] Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2002): Zahlenspiegel. Tageseinrichtungen für Kinder. München.
- [DJI] Deutsches Jugendinstitut (2005): DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005. München.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen.
- [DSW/HIS] Deutsches Studentenwerk/Hochschulinformationssystem (Hrsg.) (2003): 17. Sozialerhebung (www.his.de/Abt2/Foerderung/hb.soz17/pdf/Hochschulzugang.pdf vom 07.02.2005).
- Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung (Hrsg.) (2003): Drogen- und Suchtbericht. Berlin.
- Die Zeit (2005): Hartz IV: Nicht nur die Liebe zählt geschieden dank Hartz, 6/2005, S. 21.
- Diefenbach, Heike/Klein, Michael (2002): "Bringing Boys Back". Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern im Bildungssystem zuungunsten von Jungen am Beispiel der Sekundarschulabschlüsse, in: Zeitschrift für Pädagogik 6/2002, S. 938-958.
- Diekmann, Alexander/Herschelmann, Michael/Pech, Detlef/Schmidt, Konrad (Hrsg.) (1994): Gewohnheitstäter. Männer und Gewalt. Köln.
- Dittrich Gisela (1998): Behinderte Kinder in Kindertagesstätten: Wie steht es mit der Entwicklung von Integrationsplätzen in den Institutionen Krippe, Kindergarten, Hort? Welche Qualität braucht Integration?, in: Gemeinsam leben 6/3, S. 100-103.
- Döge, Peter/Volz, Rainer (2004): Was machen Männer mit ihrer Zeit? Zeitverwendung deutscher Männer nach den Ergebnissen der Zeitbudgetstudie 2001/2002, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland Analysen zur Zeitverwendung. Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Wiesbaden, S. 194-215.
- Dölling, Dieter/Hermann, Dieter/Simsa, Christiane (2003): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Calw, in: Dölling, Dieter/Feltes, Thomas/Heinz, Wolfgang/Kury, Helmut (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg. Empirische Polizeiforschung. Band 15. Holzkirchen 2003, S. 58-83.
- Dribbusch, Heiner (2004): New evidence on gender wage gap and low pay (http://www.eiro.euro-found.eu.int/2004/04/feature/de0404205f.html vom 16.01.2006).
- Eckert, Detlef (1997): Abbau Ost: Rente statt Reha, in: Die Gesellschaft der Behinderer. Das Buch zur Aktion Grundgesetz. Hamburg, S. 148-151.
- Eggen, Bernd (2001): Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, 1. Teil: Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ohne und mit Kindern, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 8/2001, S. 347-350.
- Ehling Manfred, Günther Roland (2003): Europäische Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Forum der Bundesstatistik 41/2003, S. 27-36.
- Eichhorst, Werner/Thode, Eric (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Benchmarking Deutschland Aktuell. Herausgegeben von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh.
- Eichler, Margrit/Fuchs, Judith/Maschewsky-Schneider, Ulrike (2000): Richtlinien zur Vermeidung von Gender Bias in der Gesundheitsforschung, in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaft 4/2000, S. 293-310.
- Eiermann, Nicole/Häußler, Monika/Helfferich, Cornelia, (2000): Lebenssituation, Bedarfslagen und Interessenvertretung von Frauen mit Körper- und Sinnesbehinderungen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart.
- Elections 2004: www.elections2004.eu.int
- Elliott, Michele (1995): Frauen als Täterinnen. Ruhnmark.

Enders, Ursula (Hrsg.) (1995): Zart war ich, bitter war's. Handbuch gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen. Köln (letzte Ausgabe 2001).

- Engelbrech, Gerhard (1989) Erfahrungen von Frauen an der dritten Schwelle in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt und Berufsforschung 1/1989, S. 100-113.
- Engelbrech, Gerhard (1999): Beschäftigungskrise: Nur im Westen profitieren die Frauen vom Strukturwandel: IAB-Materialien, Nr. 2/1999, S. 9-10 (http://doku.iab.de/matab/1999/mat0299.pdf vom 12.01.2004).
- Engelbrech, Gerhard (2003): Was sagen die Arbeitsmarktdaten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?, in: Lange, Joachim (Hrsg.): Kinder und Karriere : sozial- und steuerpolitische Wege zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 18. bis 20. September 2002. Serie Loccumer Protokolle Nr. 56/02. Rehburg-Loccum, S. 35-74.
- Engelbrech, Gerhard (2004): Work-Life-Balance und Chancengleichheit Konzepte, Aktivitäten und Erfahrungen in der Praxis, in: Personalführung 9/2004, S. 54-65.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001a): Arbeitsmarktperspektiven für Frauen 2010, in: WSI-Mitteilungen 5/2001, S. 317-322.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001b): Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut? Erwerbsbeteiligung von Frauen, in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit 20/2001, S. 1323-1328.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001c): Erwerbsbeteiligung von Frauen: Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut? IAB-Kurzbericht Nr. 07/2001. Nürnberg 2001.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001d): Erziehungsurlaub: Hilfe zur Wiedereingliederung oder Karrierehemmnis? IAB-Kurzbericht Nr. 11/2001. Nürnberg 2001.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2001e): Arbeitsmarktanalyse: Alleinerziehende Frauen haben besondere Beschäftigungsprobleme. IAB Kurznachrichten Nr. 2/2001. Nürnberg 2001.
- Engelbrech, Gerhard/Jungkunst, Maria (2002): Allein erziehende Frauen trotz zunehmender Bedeutung für den Arbeitsmarkt von den Betrieben vernachlässigt?, in: Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Arbeitsmarktchancen für Frauen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 258. Nürnberg, 2002, S. 283-298.
- Engstler, Heribert/Menning, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland, in: zum nachdenken 58/2003, S. 2-12.
- Enzmann, Dirk/Wetzels, Peter (2000): Gewaltkriminalität junger Deutscher und Ausländer, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 1/2000, S. 142-156.
- Epstein, Debbie/Elwood, Jannette/Hey, Valerie/Maw, Janet (Hrsg.) (1998): Failing Boys? Issues in Gender and Achievement. London, Philadelphia.
- Europäische Gemeinschaften (2004): Eurostat Jahrbuch 2004. Der statistische Wegweiser durch Europa. Daten aus den Jahren 1992-2002. Luxemburg.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2003): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2003, Luxemburg.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2004a): Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005) (http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/strategy_de.html vom 22.05.2004).
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2004b): Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung. Luxemburg.
- European Commission (Hrsg.) (2001): Social security & social integration: The employment situation of people with disabilities in the European Union.
- European Commission (Hrsg.) (2003): Employment in Europe 2003 (http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_analysis/eie/annex_key_employment_indicators_de.xls vom 22.01.2004).

European Commission (Hrsg.) (2004): Employment in Europe 2004 (http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_analysis/eie/eie2004_stat_annex_en.pdf vom 19.12.2004).

- Eurostat (Hrsg.) (2002): Das Leben von Frauen und Männern in Europa. Ein statistisches Porträt, Daten aus den Jahren 1980-2000. Luxemburg.
- Eurostat (Hrsg.) (2003): Beschäftigung behinderter Menschen in Europa 2002. Europäische Gemeinschaft, Thema 3 26/2003. Bearbeitet von Dupré Didier und Karjalainen Antti.
- Eurostat (2005): Frauenanteile bei den Studierenden im Tertiärbereich (http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema= PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root= Yearlies_new_population/C/C3/C33/cca16656 vom 16.01.2006).
- Expertengruppe des Europarates (1997): Abschlußbericht der Expertengruppe des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einschließlich eines Aktionsplans, Materialien zur Frauenpolitik Nr. 65/1997. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Bonn.
- Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens (2004): Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens: Der Weg in die Zukunft. 28.Juli 2004 (www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf vom 29.11.2004).
- Ewinkel, C./Hermes, Gisela (Hrsg.) (1985): Geschlecht: Behindert Besonderes Merkmal: Frau. Ein Buch von behinderten Frauen. München.
- Faulstich-Wieland, Hannelore (2004): Schule und Geschlecht, in: Helsper, Werner/Böhm, Jeanette (Hrsg.): Handbuch der Schulforschung. Wiesbaden, S. 647-669.
- FDP (2003): Beschluss des Bundesvorstandes der FDP. Offensive für mehr Frauen in der FDP. Berlin (7. April 2003).
- Feller, Gisela (2000): Berufsfachschulen Joker auf dem Weg in den Beruf?, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 2/2000, S. 17-23.
- Fendrich, Sandra/Schilling, Matthias (2004): Informelle Betreuungssettings in der außerfamilialen Kinderbetreuung, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland Analysen zur Zeitverwendung. Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Wiesbaden, S. 131-148.
- Fendrich, Sandra/Fischer, Jörg/Schilling, Matthias (2005): Erziehungsgeld und Elternzeit. Bericht des Jahres 2003, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt von der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dortmund.
- Fiolka L. (1988): Invalidität, in: Das Gesundheitswesen DDR. Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheitswesen, S. 358-366.
- Forschungsverbund (2004): Gewalt gegen Männer. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Abschlussbericht der Pilotstudie (www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Forschungsberichte.html vom 14.02.2005).
- Fourastié, Jean (1954): Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln.
- Frank-Bosch, Birgit (2002): Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen, in: Wirtschaft und Statistik 5/2002, S. 395-409.
- Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2003): Frauen-Politik & Gender-Politik Arbeitsberichte 2002. Bonn.
- Fthenaktis, Wassilios/Minsel, Beate (2002): Die Rolle des Vaters in der Familie. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie Senioren, Frauen und Jugend, Band 213. Stuttgart.
- Fuchs, Johann/Weber, Brigitte (2004): Frauen in Ostdeutschland. Erwerbsbeteiligung weiterhin hoch: IAB-Kurzbericht Nr. 04/2004. Nürnberg (http://doku.iab.de/kurzber/2004/kb0404.pdf vom 12.05.2004).
- Gartner, Alan/Riessman, Frank (1978): Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors. Frankfurt a.M.
- Gast, Gabriele (1985): Stichwort "Frauen", in: DDR-Handbuch. Köln, S. 443-449.

Gather, Claudia (1993): Strategien von Ehepartnern angesichts von Machtressourcen – Ein Fallbeispiel, in: Born, Claudia/Krüger, Helga (Hrsg.): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim, S. 113-130.

- Geißel, Brigitte (1999): Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen.
- Geißel, Brigitte/Sauer, Birgit (2001): Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40.
- Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung (www.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf vom 26.04.2004).
- Gensicke, Thomas (2004): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München (unveröffentlichte Rohfassung vom Oktober 2004).
- Gerhard, Ute/Knijn, Trudie/Weckwert, Anja (2003): Erwerbstätige Mütter. München.
- Gershuny, Jonathan I. (1981): Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen. Frankfurt a.M.
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes (laufende Aktualisierungen im Internet unter www.gbebund.de).
- Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Gille, Martina/Marbach, Jan (2004): Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland Analysen zur Zeitverwendung. Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Wiesbaden, S. 86-113.
- Gille, Martina/Queisser, Hannelore (2002): Bürgerschaftliches Engagement junger Frauen und Männer, in: Cornelißen, Waltraud u.a. (Hrsg.): Junge Frauen junge Männer. Daten zu Lebensführung und Chancengleichheit. Opladen, S. 205-256.
- Glammeier, Sandra/Müller, Ursula/Schröttle, Monika (2004): Unterstützungs- und Hilfebedarf aus der Sicht gewaltbetroffener Frauen. Ergebnisse der Gruppendiskussionen (www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.html vom 14.02.2005).
- Glaeske, Gerd (2003): Psychotrope und andere Arzneimittel mit Missbrauchs- und Abhängigkeitspotential, in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.): Jahrbuch Sucht 2004. Geesthacht, S. 64-82.
- Glasl, Markus (2003): Beschäftigungssituation von Frauen im Handwerk. Handwerkswirtschaftliche Reihe Band 116. Herausgegeben vom Ludwig-Fröhler-Institut. München (www.lfimuenchen.de/ihw/frauen.pdf vom 22.06.2004).
- Glatzer, Wolfgang unter Mitarbeit von Rabea Krätschmer-Hahn (2004): Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation. Ergebnisse des Integrationssurveys des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Materialen zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 105c. Wiesbaden.
- Gloor, Daniela/Meier, Hanna (2003): Gewaltbetroffene Männer wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Einblicke in eine Debatte, in: Die Praxis des Familienrechts 3/2003, S. 526-547.
- Godenzi, Alberto (1992): Männerlogik am Arbeitsplatz, in: Heiliger, Anita/Gerhart, Ulrike/Stehr, Annette (Hrsg.): Tatort Arbeitsplatz. Sexuelle Belästigung von Frauen. München, S. 39-47.
- Goldberg, Brigitta U. (2003): Freizeit und Kriminalität bei Jugendlichen. Zu den Zusammenhängen zwischen Freizeitverhalten und Kriminalität. Baden-Baden.
- Goldstein, Joshua/Lutz, Wolfgang/Testa, Maria Rita (2003): The emergence of sub-replacement family size ideals in Europe. Vienna Institute of Demography, Vienna 2003 (European Demographic Research Papers;2) (www.oeaw.ac.at/vid/publications/EDRP_No2.pdf).

Grabka, Markus M./Krause, Peter (2005): Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin 9/2005, S. 155-162.

- Granato, Mona (2004): Qualifizierte Berufsausbildung für alle: Junge Frauen im Ost-West-Vergleich, in: WSI Mitteilungen 10 (Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans Böckler Stiftung).
- Granato, Mona (2005): Chancengleichheit für (junge) Frauen in der beruflichen Bildung? Möglichkeiten des Girls' Day 2005 nutzen. Herausgegeben vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn (www.bibb.de/de/4925.htm).
- Granato, Mona/Ulrich, Joachim-Gerd (2001): Übergang an der zweiten Schwelle. Ein Vergleich zwischen betrieblich und außerbetrieblich ausgebildeten jungen Fachkräften, in: Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung (Hrsg.): Staatlich geförderte berufliche Erstausbildung Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Chemnitz.
- Granato, Mona/Dorau, Ralf (2004): Junge Fachkräfte an der zweiten Schwelle, in: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit. Heft 25.
- Günther, Roswitha/Kavemann, Barbara/Ohl, Dagmar (1993): Modellprojekt Beratungsstelle und Zufluchtswohnung für sexuell missbrauchte Mädchen von "Wildwasser" – Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V. Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Berlin u.a.
- Hackauf, Horst/Winzen, Gerda (2004): Gesundheit und soziale Lage von jungen Menschen in Europa. Wiesbaden.
- Hafenegger, Benno (1992): Männliche Jugendliche und Gewalt, in: Sozialmagazin 1/1992, S. 26-31.
- Hagemann-White, Carol (1987): Können Frauen die Politik verändern?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/87, S. 29-37.
- Hagemann-White, Carol (1997): Die feministische Gewaltdiskussion: Paradoxe, Blockaden und neue Ansätze, in: Hagemann-White, Carol/Kavemann, Barbara/Ohl, Dagmar (Hrsg.): Parteilichkeit und Solidarität. Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bielefeld, S. 237-260.
- Hagemann-White, Carol (2001): European Research on the Prevalence of Violence Against Women, in: Violence Against Women 7/2001, S. 732-759.
- Hagemann-White, Carol/Bohne, Sabine (2003): Versorgungsbedarf und Anforderungen an Professionelle im Gesundheitswesen im Problembereich Gewalt gegen Frauen. Expertise für die Enquetekommission "Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW". Osnabrück, Düsseldorf (http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/EKALT/13_EK2/Gewalt Expertise Endfassung2.pdf vom 16.0.2006).
- Hahn, Daphne (2001): Haus- und Familienarbeit und ihre Auswirkung auf Gesundheit, in: Frauen mit Behinderung, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Schriftenreihe Band 209. Stuttgart, Berlin, S. 435-446.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2004): Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Projekt der Stiftung Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Essen.
- Hampele, Anne (1993): "Arbeite mit, plane mit, regiere mit" Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 281-320.
- Hashima, Patricia/Finkelhor, David (1999): Violent Victimization of Youth versus Adults in the National Crime Victimisation Survey, in: Journal of Interpersonal Violence 8/1999, S. 799-820.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim u.a.
- Häußler, Monika/Wacker, Elisabeth/Wetzler, Rainer (1996): Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in privaten Haushalten. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit. Baden-Baden.

Häußler-Sczepan Monika (2001): Frauen mit Behinderung, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Schriftenreihe Band 209. Stuttgart, Berlin, S. 515-530.

- Heiliger, Anita (2000a): Täterstrategien und Prävention. Sexueller Mißbrauch an Mädchen innerhalb familialer und familienähnlicher Strukturen. München.
- Heiliger, Anita (2000b): Prävention von Gewalt gegen Frauen: Männlichkeitsbilder verändern, in: Deutsche Jugend 12/200, S. 531-536.
- Heiliger, Anita (2000c): Männergewalt gegen Frauen beenden. Strategien und Handlungsansätze am Beispiel der Münchner Kampagne gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen/Jungen. Opladen.
- Heiliger, Anita (2002a): Erfahrungen von Mädchen und jungen Frauen mit Gewalt und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, in: Zeitschrift für Frauenforschung 1+2/2002, S. 60-66.
- Heiliger, Anita (2002b): Mädchenarbeit im Gendermainstream. Ein Beitrag zu aktuellen Diskussionen. München.
- Heiliger, Anita (2004): Mädchenarbeit in Jugendhilfe und Jugendarbeit 20 Jahre nach dem sechsten Kinder- und Jugendbericht, in: Bruhns, Kirsten (Hrsg.): Geschlechterforschung in der Kinder- und Jugendhilfe. Praxisstand und Forschungsperspektiven. Wiesbaden 2004, S.73-94.
- Heiliger, Anita (2005): Sexueller Missbrauch an Kindern: 30 Jahre Öffentlichkeit, Aufklärung, Maßnahmen, in: Wildwasser Berlin e.V.: Dokumentation des Kongresses anlässlich des 20jährigen Bestehens von Wildwasser Berlin. Berlin (im Erscheinen).
- Heiliger, Anita/Hoffmann, Steffi (Hrsg.) (1998): Aktiv gegen Männergewalt. Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international. München.
- Heiliger, Anita/Gerhart, Ulrike/Stehr, Annette (Hrsg.) (1992): Tatort Arbeitsplatz. Sexuelle Belästigung von Frauen. München.
- Heine, Claudia (2005): Die Waage belohnt oder bestraft, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Das Parlament Nr. 03 vom 17.01.2005.
- Heinz, Walter R. (1998): Berufliche und betriebliche Sozialisation, in: Hurrelmann, Klaus/Ulich, Dieter (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim, Basel 1998, S. 397-415.
- Heinz, Wolfgang (2002): Frauenkriminalität, in: Bewährungshilfe 2/2002, S. 131-152.
- Heinz, Wolfgang (2003): Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde. Konstanz (www.uni-konstanz.de/rtf/kik vom 01.07.2003).
- Heinz, Wolfgang (2004): Kriminalität von Deutschen nach Alter und Geschlecht im Spiegel von Polizeilicher Kriminalstatistik und Strafverfolgungsstatistik. Konstanz (www.uni-konstanz.de/rtf/kik vom 01.06.2004).
- Heinz, Wolfgang/Spieß, Gerhard (2003): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg-Weingarten, in: Dölling, Dieter/Feltes, Thomas/Heinz, Wolfgang/Kury, Helmut (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg. Empirische Polizeiforschung. Band 15. Holzkirchen 2003, S. 141-174.
- Heinzel-Gutenbrunner, Monika (2001): Einkommen, Einkommensarmut und Gesundheit, in: Mielck, Andreas/Bloomfield, Kim (Hrsg.): Sozial-Epidemiologie. Eine Einführung in die Grundlagen. Ergebnisse und Umsetzungsmöglichkeiten. Weinheim, München, S. 39-49.
- Helfferich, Cornelia (1997): "Männlicher" Rauschgewinn und "weiblicher" Krankheitsgewinn. Geschlechtsgebundene Funktionalität von Problemverhalten und die Entwicklung geschlechtsbezogener Präventionsansätze, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 2/1997, S. 148-161.
- Helfferich, Cornelia (2002): Frauen leben. Herausgeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Köln.
- Helfferich, Cornelia/Klindworth, Heike/Wunderlich, Holger (2004): Männer leben. Herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Köln.

Helmert, Uwe/Mielck, Andreas/Shea, Steven (1997): Poverty and health in West Germany, in: Sozial-und Präventivmedizin 42, S. 276-285.

- Hendel-Kramer, Anneliese (2001): Riskantes Verhalten, häusliche Unfälle, Stürze. In: Frauen mit Behinderung, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Schriftenreihe Band 209, Stuttgart, Berlin, S. 235-243.
- Herlyn, Ingrid/Dorothea Krüger (Hrsg.) (2003): Späte Mütter. Eine empirisch-biographische Untersuchung in West- und Ostdeutschland. Opladen.
- Hermann, Dieter (2003): Werte und Kriminalität. Konzeption einer allgemeinen Kriminalitätstheorie. Wiesbaden.
- Hermann, Dieter (2004): Geschlechtsspezifische Aspekte der Gewaltprävention, in: Bannenberg, Britta/Marks, Erich/Coester, Marc (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages (17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart). Bad Godesberg.
- Hermann, Dieter/Dölling, Dieter (2001): Kriminalprävention und Wertorientierungen in komplexen Gesellschaften. Analysen zum Einfluss von Werten, Lebensstilen und Milieus auf Delinquenz, Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht. Mainz.
- Hermes, Gisela (Hrsg.) (1998): Krücken, Babys und Barrieren. Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben, Kassel.
- Hermes, Gisela (2000): Behinderte Frauen und die Gynäkologie (www.bifos.de vom 07.12. 2000).
- Hermes, Gisela (2001): Umfrage in Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation, in: informationsblatt der bundes organisationsstelle behinderte Frauen 5/2001.
- Hermes, Gisela (2004): Behinderung und Elternschaft leben kein Widerspruch: Eine Studie zum Unterstützungsbedarf körper- und sinnesbehinderter Eltern in Deutschland. Neu-Ulm.
- Hermes, Gisela (o.J.): Umfrage zur geschlechtsspezifischen Pflege. Assistenz bei behinderten Frauen. (www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/PRM-24494-Umfrage,property=pdf.pdf vom 21.06.2005).
- Heß-Meining, Ulrike (2000): Interesse am politischen Engagement und Formen politischgesellschaftlicher Beteiligung, in: Weidacher, Alois (Hrsg.): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. Opladen, S. 191-224.
- Heyne, Claudia (1993): Täterinnen. Offene und versteckte Aggression von Frauen. Zürich.
- Hinz, Thomas/Gartner, Hermann (2005): Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben. IAB Discussion Paper. No. 4/2005. Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg.
- Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen.
- Hoecker, Beate (1998a): Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen im europäischen Vergleich, in: ders. (Hrsg.) Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen, S. 379-398.
- Hoecker, Beate (1998b): Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Partizipation von Frauen in Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen, S. 65-90.
- Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hrsg.) (2004): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden.
- Holst, Bettina (2004): Pragmatisch, offensiv, meidend weibliche Copingstrategien als Reaktionen auf Kriminalitätsfurcht (http://www.senbjs.berlin.de/jugend/landeskommission_berlin_gegen_ Gewalt/veroeffentlichungen/berliner_forum_gewaltpraevention_12_2003/bfg_12_2003_09_ holst.pdf vom 16.01.2006).
- Holst, Elke (2002): Zu wenig weibliche Führungskräfte unter den abhängig Beschäftigten, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin 48/2002 (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/02-48-2.html#HDR0 vom 13.03.2004).

Holzbecher, Monika/Braszeit, Anne/Müller, Ursula/Plogstedt, Sibylle (1990): Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Stuttgart u.a.

- Honig, Sebastian (1992): Verhäuslichte Gewalt. Sozialer Konflikt, wissenschaftliche Konstrukte, Handlungssituationen. Eine Explorativstudie über Gewalthandeln von Familien. 2. erweiterte Aufl. Frankfurt a.M.
- Horstkötter, Marianne (1989): Frauen in der Kommunalpolitik. Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Frauen in kommunalen Räten eine Regionalstudie. Frankfurt a.M.
- Hradil, Stefan (2004): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden.
- HRG (2002): HOCHSCHULRAHMENGESETZ: in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1999 (BGBI. I S. 18), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBI. I S. 3138), § 2 Absatz 4.
- Hufnagel, Rainer (2002): Die Kosten von Kindern und die Kosten einer egalitären Partnerschaft, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2002, S. 114-125.
- Hunt, Jennifer (2002): The Transition in East Germany: When is a Ten Per Cent Fall in the Gender Wage Gap Bad News?, in: Journal of Labour Economics 20/2002, S. 148-169.
- Hurrelmann, Klaus (1990): Sozialisation und Gesundheit, in: Schwarzer, Ralf (Hrsg.): Gesundheitspsychologie Ein Lehrbuch. Göttingen, S. 93-101.
- Hurrelmann, Klaus (1996): Das deutsche Schulsystem privatisiert sich, in: Pädagogik 9/1996, S. 35-39.
- Hurrelmann, Klaus/Kolip, Petra (Hrsg.) (2002): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Bern.
- HWO Gesetz zur Ordnung des Handwerks (2003) vom 17. September 1953 BGBI I 1953, 1411, zuletzt geändert durch Art. 35b G vom 24.12.2003 I 2954. Siebenter Abschnitt: Berufliche Bildung behinderter Menschen, §§ 42b bis 42e.
- ICF (Hrsg.) (2004): Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation, Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information. WHO-Zentrum für die Familie Internationaler Klassifikationen (DIMDI) Genf.
- Igl, Gerhard (2002): Das Recht auf Pflegekräfte des eigenen Geschlechts unter besonderer Berücksichtigung der Situation pflegebedürftiger Frauen. Kiel.
- Infratest Burke Sozialforschung (Hrsg.) (1995): Erfolg von Frauen bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, durchgeführt von Sibylle Picot, Bernhard von Rosenbladt unter Mitarbeit von Alexandra Muth. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, Baden-Württemberg. München. Dezember 1995 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Infratest Sozialforschung (Hrsg.) (2003): Hilfe- und Pflegebedürftige in Privathaushalten in Deutschland 2002. Schnellbericht. Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung im Rahmen des Forschungsprojektes "Möglichkeiten und Grenzen einer selbständigen Lebensführung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in privaten Haushalten" (im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). München (Manuskript).
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004) Einflussfaktoren auf die Geburtenrate Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5177 (Manuskript).
- Institut für Länderkunde, Leipzig (Hrsg.) (2002): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bildung und Kultur. Heidelberg. Berlin.
- Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Das Gesundheitswesen DDR. Jahrbuch zu Gesundheitsdaten. Berlin.
- Inter-Parliamentary Union (Hrsg.) (2005): Women in National Parliaments, Situation as of 28 February 2005. (http://www.ipu.org/wmn-e/arc/world280205.htm vom 16.01.2006)
- Iversen, Torben/Soskice, David (2000): Unions, Employers and Central Banks: Wage Bargaining and Macroeconomic Regimes in an Integrating Europe. Cambridge.
- Jenter, Anne: An den Rand gedrängt, in: prekär 13/2004, S. 4.
- Jochmann-Döll, Andrea (1990): Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Ausländische und deutsche Erfahrungen. München. Mehring.

Jurczyk, Karin/Rauschenbach, Thomas/Tietze, Wolfgang/Keimeleder, Lis/Schneider, Kornelia/Schumann, Marianne/Stempinski, Susanne/Weiß, Karin/Zehnbauer, Anne (2004): Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung im Privathaushalt. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weinheim u.a.

- Kahle, Irene (2004): Alleinerziehende im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland Analysen zur Zeitverwendung. Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Wiesbaden, S. 175-193.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Strukturwandel der Familie, in: zum nachdenken 58/1997, S. 2-12.
- Kaufman, Michael (1996): Die Konstruktion von Männlichkeit und die Triade männlicher Gewalt, in: BauSteineMänner (Hrsg.): a.a.O. Berlin u.a.
- Kavemann, Barbara (1994): Täterinnen. Frauen, die Mädchen und Jungen sexuell missbrauchen. Köln.
- Kavemann, Barbara/Lohstöter, Ingrid (1984): Väter als Täter. Reinbek b.H.
- Kavemann, Barbara/Leopold, Beate/Schirrmacher, Gesa/Hagemann-White, Carol (2001): Modelle der Kooperation gegen häusliche Gewalt. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt (BIG). Band 193 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Stuttgart.
- Kersten, Joachim (1993): Der Männlichkeitskult. Über die Hintergründe der Jugendgewalt, in: Psychologie heute 9/1993, S. 50-57.
- Kies, Sabine (1995): Die Veränderung der Lebenssituation von Frauen mit Beeinträchtigungen im Ostteil Berlins seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Berlin.
- Kimmel, Michael S. (2002): Gender Symmetry in Domestic Violence. A Substantive and methodological Research Review, in: Violence against Women 11/2002, S. 1332-1363.
- Klammer, Ute (2000a): Soziale Sicherung, in: Klammer, Ute/Klenner, Christina/Ochs, Christiane/Radke, Petra/Ziegler, Astrid (Hrsg.): WSI-FrauenDatenReport. Berlin, S. 267-345.
- Klammer, Ute (2000b): Altersicherung von Frauen als Aufgabe und Chance der anstehenden Rentenstrukturreform, in: WSI Mitteilungen 2/2000, S. 179-191.
- Klammer, Ute/Klenner, Christina (2004): Geteilte Erwerbstätigkeit gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland, in: Leitner, S./Ostner, Ilona/Schranzenstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden 2004, S. 177-207.
- Klammer, Ute/Klenner, Christina/Ochs, Christiane/Radke, Petra/Ziegler, Astrid (Hrsg.) (2000): WSI-FrauenDatenReport. Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 26. Berlin.
- Kleiber, Dieter/Meixner, Sabine (2000): Aggression und (Gewalt-)delinquenz bei Kindern und Jugendlichen: Ausmaß, Entwicklungszusammenhänge und Prävention. Gesprächspsychotherapie und Personzentrierte Beratung 3/2000, S. 191-205.
- Klein, Thomas/Unger, Reiner (2001): Einkommen, Gesundheit und Mortalität in Deutschland, Großbritannien und den USA, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53, S. 96-110
- Knorr-Cetina, Karin (2000): Die Wissensgesellschaft, in: Pongs, Armin (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? München, S. 149-170.
- Kolip, Petra/Hurrelmann, Klaus (2002): Geschlecht Gesundheit Krankheit. Eine Einführung, in: Hurrelmann, Klaus/Kolip, Petra (Hrsg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Männer und Frauen im Vergleich. Bern.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2003): Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union Jahresbericht 2002.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2004): Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen. Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2005): Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen. Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann.

- Kopp, Johannes (1994): Scheidung in der Bundesrepublik. Wiesbaden.
- Koppelin, Frauke/Müller, Rainer (2004): Macht Arbeit Männer krank? Arbeitsbelastungen und arbeitsbedingte Erkrankungen bei Männern und Frauen, in: Altgeld, Thomas (Hrsg.): Männergesundheit. Weinheim, München 2004, S. 121-134.
- Kostka, Kerima (2004): Im Interesse des Kindes? Elterntrennung und Sorgerechtsmodelle in Deutschland, Großbritannien und den USA. Frankfurt a.M.
- Krahé, Barbara/Scheinberger-Olwig, Renate (2002): Sexuelle Aggression. Verbreitungsgrad und Risikofaktoren bei Jugendlichen und Erwachsenen. Göttingen.
- Kramer, Caroline (2003): Sicherheit im öffentlichen Raum. Das Beispiel Heidelberg (http://geogr.elte.hu/Frontiers2003/20_1_Kramer.pdf vom 01.12.2004).
- Kraus, Ludwig/Augustin, Rita (2001): Repräsentativerhebung zum Gebrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Deutschland 2000, in: SUCHT 47, Sonderheft 1.
- Krell, Gertraude (2004): Arbeit und Geschlecht in der Betriebswirtschaftslehre. Discussion Papers 8/2004 (www.gendanetz.de/files/document47.pdf).
- Krell, Gertraude/Ortlieb, Renate (2003): Umsetzung der "Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft" vom 02.07.2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin.
- Kreuter, Frauke (2002): Kriminalitätsfurcht: Messung und methodische Probleme. Opladen.
- Krüger, Helga (2000): Unterschiedliche Lebenswelten von Mädchen und Jungen, in: FORUM Jugendhilfe 2/2000, S. 45-50.
- Kury, Helmut/Obergfell-Fuchs, Joachim (1998): Kriminalitätsfurcht und Alter: Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 3/1998, S. 198-217.
- Kury, Helmut/Obergfell-Fuchs, Joachim (2003): Kriminalitätsfurcht und ihre Ursachen, in: Der Bürger im Staat 1/2004, S. 9-18.
- Kury, Helmut/Smartt, Ursula (2002): Gewalt an Strafgefangenen. Ergebnisse aus dem Angloamerikanischen und deutschen Strafvollzug, in: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 6/2002, S. 323-339.
- Kury, Helmut/Obergfell-Fuchs, Joachim/Würger, Michael (2000): Gemeinde und Kriminalität. Eine Untersuchung in Ost- und Westdeutschland. Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. Band 57. Freiburg i.Br.
- Kury, Helmut/Dörmann, Uwe/Richter, Harald/Würger, Michael (1996): Opfererfahrung und Meinungen zur inneren Sicherheit in Deutschland. Ein empirischer Vergleich von Viktimisierungen. Anzeigeverhalten und Sicherheitseinschätzung in Ost- und West vor der Vereinigung. Wiesbaden.
- Lachenmaier, Werner (2004): Kinderbetreuung fördert Erwerbsbeteiligung von Müttern und steigert Familieneinkommen (www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Familienforschung/s_ 660.html vom 13.09.2004).
- Lampert, Thomas/Ziese, Thomas (2005): Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Lange, Carmen (1998): Sexuelle Gewalt gegen Mädchen. Beiträge zur Sexualforschung. Stuttgart.
- Lehmann, Katrin/Wilhelm, Bettina (Hrsg.) (2002): Männergewalt. Einmischen statt ignorieren. Eine Stadt im Diskurs. Frankfurt a.M.
- Lempert, Joachim/Oelemann Burkhard (1995): "...dann habe ich zugeschlagen". Männer-Gewalt gegen Frauen. Hamburg.
- Lenz, Hans-Joachim (1996): Spirale der Gewalt. Jungen und Männer als Opfer von Gewalt. Berlin.

Lenz, Karl (2003): Familie – Abschied von einem Begriff?, in: Erwägen, Wissen, Ethik 3/2003, S. 485-498.

- Limbach, Jutta (1988): Die Entwicklung des Familienrechts seit 1949, in: Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, S. 11-35.
- Louis, Chantal (2004): Überall Aufbruch und überflüssige Hürden, in: Emma 2/2004, S. 70-75.
- Ludwig, Isolde/Schlevogt, Vanessa/Klammer, Ute/Gerhard, Ute (2002): Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland. Berlin.
- Lutz, Wolfgang/Milewski, Nadja (2004): Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Österreich und Deutschland, in: Demografische Forschung aus erster Hand 2/2004, S. 1 f.
- Lutzau, Mechthild von/Metz-Göckel, Sigrid (1996): Wie ein Fisch im Wasser. Zum Selbstverständnis von Schulleiterinnen und Hochschullehrerinnen, in: Metz-Göckel, Sigrid/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Vorausdenken Querdenken Nachdenken. Frankfurt a.M., New York 1996, S. 211-236.
- Lux Ulrike (2000): Behinderte Eltern: (Fast) unsichtbar und doch überall. Expertise zur Lebenssituation von Eltern mit Körper- und Sinnesbehinderungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Materialien zur Familienpolitik Nr. 7, Juni 2000.
- Maier, Friederike (1997): Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52/1997, S. 15-27.
- Maier, Friederike/Schettkat, Roland (1988): Potentiale aktiver Arbeitsmark- und Beschäftigungspolitik.

 Discussion Paper FS I 88 17/1988. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Maschewsky-Schneider, Ulrike (Hrsg.) (1996): Frauen das kranke Geschlecht? Opladen.
- Meinhardt, Volker/Schupp, Jürgen/Schwarze, Johannes/Wagner, Gert (1997): Einführung der Sozialversicherungspflicht für 610-Mark-Jobs und Abschaffung der Pauschalbesteuerung, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin 45/1997 (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/97-45-2.html vom 14.02.2005).
- Meixner, Jürgen (1996): Traumberuf oder Alptraum Beruf? Von den kindlichen Identifikationsmustern zur Berufswahl Jugendlicher und junger Erwachsener, in: Schober, Karen/Gaworek, Maria (Hrsg.): Berufswahl: Sozialisations- und Selektionsprozesse an der ersten Schwelle. Nürnberg 1996. S. 37-46.
- Merbach, Martin/Singer, Susanne/Brähler, Elmar (2002): Psychische Störungen bei Männern und Frauen, in: Hurrelmann, Klaus/Kolip, Petra (Hrsg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit: Männer und Frauen im Vergleich. Bern, S. 258-272.
- Michel, Marion/Riedel, Steffi/Häußler-Sczepan, Monika (2001): Frauen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen. Wissenschaftliche Begleitung beim Aufbau eines sächsischen Netzwerkes von Frauen mit Behinderungen. Freistaat Sachsen. Staatsministerin für Gleichstellung von Frau und Mann, Dresden.
- Michel, Marion/Riedel, Steffi/Häußler-Sczepan Monika (2003): Lebenswelten behinderter Kinder und Jugendlicher in Sachsen. Herausgegeben vom Staatsministerium für Soziales des Freistaates Sachsen, Dresden.
- Mieck, Ingrid (2005): Essstörungen Zahlen und Fakten, in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) e.V. (Hrsg.): Jahrbuch Sucht 2005, S. 111 (www.optiserver.de/dhs/presse_65.html).
- Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein Westfalen (MGFM) (Hrsg.) (1994): Rechtsextremismus und Gewalt: Affinitäten und Resistenzen von Mädchen und jungen Frauen. Düsseldorf.
- Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFM) (Hrsg.) (1999): Gewalt gegen lesbische Frauen. Studie über Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen. Düsseldorf.

Möller Iris/Allmendinger, Jutta (2003): Frauenförderung. Betriebe können noch mehr für Chancengleichheit tun. IAB-Kurzbericht Nr. 12/2003. Nürnberg.

- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft?, in: Zeitschrift für Sozialreform 31/1985, S. 415-434 und 457-475.
- Müller, Ursula (2000): Asymmetrische Geschlechterkultur in Organisationen und Frauenförderung als Prozess mit Beispielen aus Betrieben und der Universität, in: Lenz, Ilse/Nickel, Hildegard Maria/Riegraf, Birgit (Hrsg.): Geschlecht Arbeit Zukunft. Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Band 12. Münster, S. 126-149.
- Naegele, Gerhard (1996): Örtliche Altenpolitik auf der Suche nach Visionen, in: Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme. Herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. München, S. 157-176.
- Nave-Herz, Rosemarie (2003): Die Ehe verweist auf Familie, aber die Familie verweist nicht unbedingt auf Ehe, in: Erwägen, Wissen, Ethik (vormals Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erwägenskultur) 3/2003, S. 546-548.
- Nave-Herz, Rosemarie (2004): Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim, München.
- Nestmann, Frank/Schmerl, Christiane (Hrsg.) (1991): Frauen das hilfreiche Geschlecht. Dienst am Nächsten oder soziales Expertentum? Reinbek b.H.
- NETZWERK ARTIKEL 3 e.V: Vorschläge von NETZWERK ARTIKEL 3 e.V. und Sozialverband Deutschland e.V. zur Ergänzung des Konventionsentwurfes, um die Prinzipien des Gender Mainstreaming zu realisieren. Stand: 19.11.2004.
- Neyer, Gerda (2004) Kinderfreundlich und flexibel. Familienpolitik in den nordischen Ländern basiert auf Gleichheitsprinzip, in: Demographische Forschung aus erster Hand 4/2004, S. 3.
- Niehaus, Mathilde (1993): Behinderung und sozialer Rückhalt. Zur sozialen Unterstützung behinderter Frauen. Frankfurt a.M., New York.
- Niehaus, Mathilde (2000): Modellprojekt Wohnortnahe berufliche Rehabilitation. Vortrag anlässlich der Arbeitstagung "Frauen in der beruflichen Rehabilitation Erfahrungen und Perspektiven" am 14. Juni 2000 in Magdeburg, Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation.
- Nini, Maria/Bentheim, Alexander/Firle, Michael/Nolte, Inge/Schneble, Andrea (1995): Abbau von Beziehungsgewalt als Konfliktlösungsmuster. Abschlußbericht eines Forschungsprojektes der Opferhilfe Hamburg e.V. in Zusammenarbeit mit Männer gegen Männergewalt e.V., Hamburg. Band 102 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Stuttgart u.a.
- Nissen, Ursula/Keddi, Barbara/Pfeil, Patricia (2003): Berufsfindungsprozesse von Mädchen und jungen Frauen. Erklärungsansätze und empirische Befunde. Opladen.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Renate Köcher (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998 2002. München.
- Notz, Gisela (2004): Arbeit: Hausarbeit, Ehrenamt, Erwerbsarbeit, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, S. 420-428.
- Notz, Gisela (2004): Neue Schleifen für alte Zöpfe die Wirkung der Hartzkonzepte auf Frauen und Familien, in: Theorie und Praxis aus der Sozialen Arbeit 1/2004, S. 57-62.
- Obergfell-Fuchs, Joachim (2001): Ansätze und Strategien kommunaler Kriminalprävention Begleitforschung im Pilotprojekt Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg anhand der Stadt Freiburg i.Br.
- Obergfell-Fuchs, Joachim/Kury, Helmut (2003): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Freiburg i.Br., in: Dölling, Dieter/Feltes, Thomas/Heinz, Wolfgang/Kury, Helmut (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention Analysen und Perspektiven. Ergebnisse der Begleitforschung zu den Pilotprojekten in Baden-Württemberg. Empirische Polizeiforschung. Band 15. Holzkirchen 2003, S. 84-140.

Oberlies, Dagmar (1995): Tötungsdelikte zwischen Männern und Frauen. Eine Untersuchung geschlechts-spezifischer Unterschiede aus dem Blickwinkel gerichtlicher Rekonstruktionen. Pfaffenweiler.

- OECD (Hrsg.) (2001): Employment Outlook 2001. Paris.
- OECD (Hrsg.) (2002): Employment Outlook 2002. Paris.
- OECD (Hrsg.) (2003a): Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2003. Paris, Bielefeld.
- OECD (Hrsg.) (2003b): Bildungspolitische Analyse 2003/Education Policy Analysis 2003 Edition /Analyse des politiques d'éducation Édition 2003. Deutsche Übersetzung BMBF.
- Ohms Constance, (Hrsg.) (1993): Mehr als das Herz gebrochen: Gewalt in lesbischen Beziehungen. Berlin.
- Ohms Constance (2000): Gewalt gegen Lesben. Berlin.
- Österreichisches Institut für Familienforschung (Hrsg.) (2003): Jahresseminar 2003: Die Familie im Gesundheitssystem: ein Faktor zur Kostensteigerung oder zur Kostenminderung? Zusammenfassung. Wien.
- Otten, Dieter (2000): MännerVersagen. Über das Verhältnis der Geschlechter im 21. Jahrhundert. Bergisch-Gladbach.
- Parczyk, Stefanie (1998): Frauen im Terrorismus. Marburg.
- Patzelt, Werner J./Roland Schirmer (Hrsg.) (2002): Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Wiesbaden.
- Paulus, Manfred (2003): Frauenhandel und Zwangsprostitution. Hilden.
- Pech, Detlef (2002): Neue Männer und Gewalt. Opladen.
- Pence, Ellen/McMahon, Martha (1998): Das DAIP-Projekt in Duluth/USA. Eine erfolgreiche Interventionsstrategie gegen häusliche Gewalt, in: Heiliger, Anita/Hoffmann, Steffi (Hrsg.): Aktiv gegen Männergewalt. Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international. München 1998, S. 155-175.
- Pfaff, Heiko u.a. (2004): Lebenslagen der behinderten Menschen. Ergebnis des Mikrozensus 2003, in: Wirtschaft und Statistik 10/2004.
- Pfaff, Heiko u.a. (2005): Behinderung und Einkommen. Ergebnisse des Mikrozensus 2003, in: Wirtschaft und Statistik, S. 128 -134.
- Pfau-Effinger, Birgit (2001): Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitiken im soziokulturellen Kontext, in: Heintz, Bettina (Hrsg.): Geschlechtersoziologie. Sonderheft 41/2001 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen 2001, S. 487-511.
- Pfau-Effinger, Birgit/Gottschall, Karin (Hrsg.) (2002): Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse Entwicklungspfade und Reformutopien im internationalen Vergleich. Opladen.
- Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter/Enzmann, Dirk (1999): Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen. KFN Forschungsberichte Nr. 80. Hannover.
- Picot, Sibylle (2001): Jugend und freiwilliges Engagement, in: Picot, Sibylle (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 194.3. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln, S. 111-207.
- Picot, Sibylle (2003): Lola rennt. Engagement junger Frauen im Kontext biographischer Erwartungen, in: Deutsche Jugend 11/2003, S. 476-482.
- Plogstedt, Sibylle/Bode, Kathleen (1984): Übergriffe. Reinbek b.H.
- Prenzel, Manfred/Baumert, Jürgen/Blum, Werner/Lehmann, Rainer/Leutner, Detlev/Neubrand, Michael/Pekrun, Reinhard/Rolff, Hans-Günter/Rost, Jürgen/Schiefele, Ulrich (Hrsg.): Pisa-Konsortium Deutschland. PISA 2003. Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Zusammenfassung (http://pisa.ipn.uni-kiel.de/Ergebnisse PISA 2003.pdf vom 07.02.2005).

Proksch, Roland (2001): Begleitforschung zur Umsetzung der Neuregelungen zur Reform des Kindschaftsrechts. 2. Zwischenbericht. Juli 2001. Teil II. Herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz. Bonn (www.bmj.de/media/archive/202.pdf, Stand: 27.01.2005).

- Proksch, Roland (2002): Begleitforschung zur Umsetzung der Neuregelungen zur Reform des Kindschaftsrechts. Schlussbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz AZ: 3003/2-7p-5-Ri 0067/98. Bonn (www.bmj.de/media/archive/200.pdf vom 26.01.2005).
- Raithel, Jürgen (Hrsg.) (2001): Risikoverhaltensweisen Jugendlicher. Formen, Erklärungen und Prävention. Opladen.
- Randall, Vicky (1990): Die politische Vertretung von Frauen in Großbritannien. Hält sie einem Vergleich mit anderen europäischen Ländern stand?, in: Schaeffer-Hegel, Barbara/Kopp-Degethoff, Heidi (Hrsg.): Vater Staat und seine Frauen. Pfaffenweiler.
- Rauch, Angela/Brehm, Hannelore (2003): "Licht am Ende des Tunnels? Eine Analyse der Situation schwerbehinderter Menschen am Arbeitsmarkt, in: IAB Werkstattbericht 6/17.
- Rauschenbach, Thomas/Leu, Hans Rudolf/Lingenauber, Sabine/Mack, Wolfgang/Schilling, Matthias/Schneider, Kornelia/Züchner, Ivo (2004): Non-formale und informelle Bildung im Kindesund Jugendalter. Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Reihe Bildungsreform. Band 6. Bonn.
- Reuband, Karl-Heinz (1989): Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger 1965-1987, in: Zeitschrift für Soziologie 6/1989, S. 470-476.
- Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2003): Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Heft 13. Arbeitslosigkeit und Gesundheit.
- Robert Koch-Institut/Fehrmann, Sylvia (2005): HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen in Deutschland. Aktuelle epidemiologische Daten (Stand vom 31.12.2004). Halbjahresbericht II/2004 aus dem Robert Koch-Institut, Epidemiologisches Bulletin, 12. April 2005/Sonderausgabe A.
- Roisch, Henrike (2003): Die horizontale und vertikale Geschlechterverteilung in der Schule, in: Stürzer, Monika/Roisch, Henrike/Hunze, Annette/Cornelißen, Waltraud (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Schule. Opladen 2003, S. 21-52.
- Rothemund, Katharina (2005): Schwangerschaft und Kinderwunsch behinderter Frauen. Leipzig (unveröffentlichtes Manuskript in Bearbeitung).
- Rückert, Sabine (2000): Tote haben keine Lobby Die Dunkelziffer der vertuschten Morde. Hamburg.
- Ruhm, Christopher J. (1998): The Economic Consequences of Parantal Leave Mandates: Lessons from Europe, in: The Quarterty Journal of Economics 1/1998, S. 285-317.
- Ruhne, Renate (2004): (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum im machtvollen Wirkungsgefüge zwischen "Raum" und "Geschlecht", in: Frei Räume 11/2004, S. 1-10.
- Rule, Wilma/Zimmermann, Joseph F. (Hrsg.) (1994): Electoral Systems. Their impact on minorities and women. Westport.
- Savier, Monika/Wildt, Carola (1979): Mädchen zwischen Anpassung und Widerstand. München.
- Schäfer, Holger (2001): Einkommen und Lohndiskriminierung von Frauen Trends und Bestimmungsfaktoren, in: iw-trends 3/2001, S. 56-73.
- Schenk, Michael (1993): Jugend-Gewalt ist männlich, in: Deutsche Jugend 4/1993, S. 165-172.
- Schildmann, Ulrike (1983): Lebensbedingungen behinderter Frauen. Gießen.
- Schildmann, Ulrike (2000a): 100 Jahre allgemeine Behindertenstatistik. Darstellung und Diskussion unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdimension, in: Zeitschrift für Heilpädagogik 9/2000, S. 354-360.
- Schildmann, Ulrike (2000b): Einführung in die Systematik der Frauenforschung in der Behindertenpädagogik, in: Schildmann, Ulrike/Bretländer, Bettina (Hrsg.): Frauenforschung in der Behindertenpädagogik. Systematik Vergleich Geschichte Bibliographie. Ein Arbeitsbuch. Münster, S. 9-40.
- Schildmann, Ulrike (Hrsg.) (2001): Normalität, Behinderung und Geschlecht. Ansätze und Perspektiven der Forschung. Opladen.

Schildmann, Ulrike (2003): Geschlecht und Behinderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/2003, S. 29-35.

- Schildmann, Ulrike (2005): Die politische Berichterstattung über Behinderung. 2. Armuts- und Reichtumsbericht über die Lage behinderter Menschen, in: Behinderten Pädagogik 2/2005, S. 115-148.
- Schirmer, Roland (2002): Die Volkskammer der DDR. Eine Einführung, in: Patzelt, Werner J./Schirmer, Roland (Hrsg.) (2002): Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Wiesbaden, S. 26-41.
- Schmähl, Winfried (2003): Wem nutzt die Rentenreform?, in: Die ANGestelltenVERSicherung 7/2003, S.1-15.
- Schmid, Hanna J./Noack, Cornelia (1994): Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit geistiger Behinderung. Eine verleugnete Realität. Ergebnisse und Fakten einer bundesweiten Befragung. Stuttgart.
- Schmidtke, Armin/Weinacker, Bettina/Fricke, Susanne (1998): Epidemiologie suizidalen Verhaltens, in: Münchener Medizinische Wochenschrift 140/(4), 30/38-36/42.
- Schmitt, Christian (2005): Kinderlosigkeit bei Männern Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft, in: Zeitschrift für Familienforschung. Sonderheft 4/2005, S. 18-43.
- Schmölzer, Gabriele (1999): Aktuelle Erklärungsversuche zur Frauenkriminalität und ihr Hintergrund, in: Rössner, Dieter/Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Kriminalität, Prävention und Kontrolle. Heidelberg, S. 313-325.
- Schnabel, Susanne (1999): Und plötzlich wurde alles anders Ein kurzer Rückblick auf die Wende; in: Hermes, Gisela (Hrsg.): Mit Stock, Tick und Prothese. Kassel.
- Schneekloth, Ulrich/Müller, Udo (2002): Vierter Bericht zur älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Schneider, Thorsten/Drobniĉ, Sonja/Blossfeld, Hans-Peter (2001): Pflegebedürftige Personen im Haushalt und das Erwerbsverhalten von verheirateten Frauen, in: Zeitschrift für Soziologie 5/2001, S. 362-383
- Schober, Karen (1994): Nur durch Arbeit trägt Ausbildung Früchte, in: IAB-Kurzbericht 5/1994.
- Schober, Karen (1995): Berufsausbildung: Keine Entwarnung an der zweiten Schwelle, in: IAB-Kurzbericht 5/1995.
- Schömann, Isabelle (2001): Berufliche Bildung antizipativ gestalten: die Rolle der Belegschaftsvertretungen. Ein europäischer Vergleich; Discussion Paper FS I 01-202. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Schön, Elke/Richter-Witzgall, Gudrun/Klein, Birgit u.a. (2004): Berufliche Teilhabe von Frauen mit (unterschiedlichen) Behinderungen unter der besonderen Berücksichtigung von Frauen mit Betreuungspflichten. Wissenschaftliche Begleitung zur Umsetzung des SGB IX Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Abschlussbericht. Tübingen.
- Schön, Elke/Richter-Witzgall, Gudrun/Klein, Birgit: Berufliche Teilhabe von Frauen mit (unterschiedlichen) Behinderungen unter der besonderen Berücksichtigung von Frauen mit Betreuungspflichten. Wissenschaftliche Begleitforschung zur Umsetzung des Sozialgesetzbuchs IX Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen; in: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.): Die Lage der behinderten Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe. Berlin, S. 331-353.
- Schöngen, Klaus/Tuschke, Heidrun (1999): Nach der Ausbildung fehlt die Arbeit: Beschäftigungssituation und Berufsverlauf von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen aus den neuen Bundesländern, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 1/1999.
- Schopmanns, Birgit (2004): Literatur von für über Frauen mit Behinderungen. Bibliographie. Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen.
- Schröder, Helmut/Schiel, Stefan/Aust, Folkert (2004): Nichtteilnahme an beruflicher Weiterbildung. Motive, Beweggründe, Hindernisse. Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Ler-

- nens (Hrsg.): Schriftenreihe der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens. Band 5. Bielefeld.
- Schröttle, Monika (1999): Politik und Gewalt im Geschlechterverhältnis. Eine empirische Untersuchung über Ausmaß, Ursachen und Hintergründe von Gewalt gegen Frauen in ostdeutschen Paarbeziehungen vor und nach der deutsch-deutschen Vereinigung. Bielefeld.
- Schröttle, Monika/Müller, Ursula (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.html vom 14.02.2005).
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a.M. u.a.
- Schulze-Buschoff, Karin/Rückert-John, Jana (1999): Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich. Discussion Paper FS III 99-406, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Schütze, Yvonne (1986): Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters "Mutterliebe". Bielefeld.
- Schwartzenberg, Margitta von (2002): Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, in: Wirtschaft und Statistik 10/2002, S. 823-837.
- Schwind, Hans-Dieter (2004): Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. 14. Aufl. Heidelberg.
- Schwind, Hans-Dieter/Baumann, Jürgen/Schneider, Ursula/Winter, Manfred (1990): Gewalt in der BRD. Endgutachten der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission). Berlin.
- Schwind, Hans-Dieter/Fetchenhauer, Detlef/Ahlborn, Wilfried/Weiß, Rüdiger (2001): Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt. Bochum 1975 1986 1998. Neuwied.
- Seckinger, Mike/van Santen, Eric (2000): Tagesmütter. Empirische Daten zur Tagespflege in Deutschland, in: Soziale Arbeit 4/2000, S. 144-149.
- Seckinger, Mike/van Santen, Eric (2002): Entwicklungen in der Tagespflege, in: Deutschen Jugendinstitut (Hrsg.): Zahlenspiegel Daten zu Tageseinrichtungen für Kinder. Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. München, S. 151-161.
- Seidel, Christa (1987): Medizinsoziologische Aspekte spezieller Bevölkerungsgruppen, in: Hüttner, Hannes (Hrsg.): Medizinsoziologie. Volk und Gesundheit. Berlin, S. 155-166.
- Seidenspinner, Gerlinde/Keddi, Barbara/Wittmann, Svendy/Gross, Michaela/ Hildebrandt, Karin/Strehmel, Petra (1996): Junge Frauen heute Wie sie leben, was sie anders machen. Opladen.
- Senatsverwaltung Jugend und Familie, Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hrsg.) (1991): Gewalt gegen Lesben Gewalt gegen Schwule. Ursachenforschung und Handlungsperspektiven im internationalen Vergleich. Berlin.
- Senn, Charlene Y. (1993): Gegen jedes Recht. Sexueller Missbrauch und geistige Behinderung. Berlin.
- Seus, Lydia (1998): "Men's Theories and Women's Lives". Geschlechtsspezifische Auswirkungen der sozialen Kontrolle, in: Bulletin 2/1998 NFP 40 des Schweizerischen Nationalfonds, S. 24-47 (www.nfp40.ch/pdf/bulletin2.pdf vom 15.02.2005).
- Sieverding, Monika (2000): Risikoverhalten und präventives Verhalten im Geschlechtervergleich: Ein Überblick, in: Zeitschrift für Medizinische Psychologie 1/2000, S. 7-16.
- Siller, Gertrud (1991): Junge Frauen und Rechtsextremismus. Zum Zusammenhang von weiblichen Lebenserfahrungen und rechtsextremistischen Gedankengut, in: Deutsche Jugend 1/91.
- SGB IX (2001): Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (IX). Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBI. I S. 1046).

SOEP (2003): Sozio-oekonomisches Panel 2003. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.

- Solga, Heike/Konietzka, Dirk (2000): Das Berufsprinzip des deutschen Arbeitsmarktes: ein geschlechtsneutraler Allokationsmechanismus?, in: Schweizer Zeitschrift für Soziologie 1/2000 (26).
- SPD (2003): Parteitag der SPD Bochum 17 bis 19. November 2003. Gleichstellungsbericht. Berichterstatterin: Karin Junker.
- Spegel, Hedwig (2004): Gesundheit und Gesundheitsverhalten in Verbindung mit prekären wirtschaftlichen Lagen, in: Bien, Walter/Weidacher, Alois (Hrsg.): Leben neben der Wohlstandsgesellschaft. Familien in prekären Lebenslagen. Wiesbaden 2004, S. 107-118.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1989): Statistisches Jahrbuch 1989 der Deutschen Demokratischen Republik, 34. Jg. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik.
- Stadler, Willi/Walzer, Werner (1999): Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Staatsangehöriger. Schriftenreihe "Texte" der Hochschule für Polizei. Band 22. Villingen-Schwenningen.
- Stadt Heidelberg, Amt für Frauenfragen (Hrsg.) (1994): Angsträume in Heidelberg. Das Sicherheitsempfinden von Frauen in ihrer Stadt. Heidelberg.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1998): Sonderauswertung der Einkommens- und Verbraucherstichprobe. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2001a): Hochschulstatistik, Tab. 10.1 (www.statistik-bund.de/basis/d/biwiku/hochtab8.htm).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2001b): Hochschulstatistik, Tab. 10.1 (www.statistik-bund.de/basis/d/biwiku/hochtab8.htm).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2001c): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000. Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2002): Frauen in der Sozialhilfe. Wiesbaden 2002.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003a): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2002. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003b): Tabellenanhang zur Pressebroschüre: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mirkozensus 2002. Wiesbaden (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/Mikrozensus2002 neu Tabellenanhang.pdf vom 11.12.2003).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003c): Fachserie 11/Reihe 1, Bildung und Kultur. Allgemein Bildende Schulen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003d): Bildung im Zahlenspiegel. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003e): Pressemitteilung vom 4. Dezember 2003. Pressekonferenz Hochschulstandort Deutschland 2003 (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003f): Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn 1980 bis 2000. (http://www.destatis.de/download/hoch/tab14_1.xls vom 16.01.2006)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003g): Fachserie 1/Reihe 4.1.2, Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003h): Datenreport 2002. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003i): Existenzgründungen im Kontext der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland. Eine Strukturanalyse von Mikrozensusergebnissen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Bonn.
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2003j): Sonderauswertung der Einkommens- und Verbraucherstichprobe. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003k): Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003l): Löhne und Gehälter in Deutschland. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001. Presseexemplar. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003m): Fachserie 1/Reihe 3, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Haushalte und Familien (Ergebnisse des Mikrozensus 2002). Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003n): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003o): Sozialhilfe in Deutschland 2003. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003p): Schwerbehindertenstatistik. Stand 31.12.2001.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003q): 4. Bericht: Ländervergleich Pflegeheime (www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz_d.htm die Berichte sind kostenlos im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes erhältlich).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003r): 2. Bericht: Ländervergleich Pflegebedürftige (www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz_d.htm).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003s): 3. Bericht: Ländervergleich ambulante Pflegedienste (www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz_d.htm).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003t): Pflegestatistik 2001. 1. Bericht: Deutschlandergebnisse (www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fsoz d.htm).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003u): Fachserie 10/Reihe 4.1, Rechtspflege. Strafvollzug 2002 Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3. Wiesbaden (zitiert als Strafvollzugsstatistik 2002).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003v): Fachserie 1/Reihe 4.1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004a): Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004b): Fachserie 11/Reihe 1, Bildung und Kultur. Allgemein Bildende Schulen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004c): www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab20.php
- Statistisches Bundesamt (2004d): www.destatis.de/basis/d/biwiku/beruftab2.php und www.destatis.de/basis/d/biwiku/beruftab3.php
- Statistisches Bundesamt (2004e): Männeranteil in Frauenberufen 1997-2002 (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004f): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2003. Wiesbaden (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/mikrozensus_2003i.pdf vom 20.05.2004).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004g): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2003 Tabellenanhang zur Pressebroschüre. Wiesbaden (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/Tabellenanhang_MZ2003_Fassung_26-4-04.pdf vom 20.05.2004).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004h): Löhne und Gehälter im Juli 2004. Fachserie 16/Reihe 2, Arbeitnehmerverdienste im produzierenden Gewerbe Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Fachserie. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004i): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA). Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004j): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe Fachserie 13, Reihe 6.3.1, Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12.2002. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004k): Fachserie 13/Reihe 1, Sozialleistungen Altersvorsorge. Versicherte in der Kranken- und Pflegeversicherung. Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2004l): Fachserie 13/Reihe 2.1, Sozialhilfe Hilfe zum Lebensunterhalt. Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2004m): Statistik der Sozialhilfe Ausländer in der Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik 2002. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004n): Sonderbericht: Lebenslagen der Pflegebedürftigen – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse des Mikrozensus 2003. Bonn.

- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2004o): Statistik der Sozialhilfe Frauen in der Sozialhilfe –. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004p): Pressemitteilung vom 27. Januar 2004. Todesursachenstatistik 2002 (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004q): Pressemitteilung vom 3. Februar 2004. Todesursachenstatistik Suizide und Verkehrsunfälle (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004r): Pressemitteilung vom 7. Juni 2004. Folgen des Rauchens Ergebnisse der Todesursachenstatistik 2002 und Krankenhausdiagnostik 2001 (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004s): Pressemitteilung vom 28. Mai 2004. Mikrozensus 2003: Nichtraucher (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004t): Kranke und Unfallverletzte nach Altersgruppen. Ergebnisse der Mikrozensus-Befragung im Mai 2003. Aktualisiert am 27. April 2004 (www.destatis.de/basis/d/gesu/gesu/gesutab9.php vom 18.02.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004u): Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patienten (einschl. Sterbefälle, ohne Stundenfälle). Häufigste Diagnosen bei männlichen Patienten. Häufigste Diagnosen bei weiblichen Patienten (www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab11.php vom 18.02.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004v): Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patienten (einschl. Sterbefälle, ohne Stundenfälle). Eckdaten (www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab10.php vom 18.02.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004w): Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland 1999 bis 2003 nach dem Alter der Frauen (www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab17.php vom 10.03.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004x): Rauchverhalten nach Altersgruppen. Ergebnisse der Mikrozensus-Befragung im Mai 2003. Aktualisiert am 27. April 2004 (http://www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab7.php vom 16.01.2006).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004y): Pressemitteilung vom 17. August 2004. Krankenhausdiagnosestatistik 2002 (www.destatis.de).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004z): Frauen und Männer mit Behinderungen. Sonderauswertung der Daten des Mikrozensus vom 31. Mai 2003.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004aa): Sonderauswertung Schulen. Arbeitstabelle zur Fachserie 11. 2003/2004.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ab): Schwerbehindertenstatistik (www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq27.php vom 10. 11. 2004).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ac): Fachserie 10/Reihe 3, Rechtspflege. Strafverfolgung 2002. Wiesbaden 2004 (zitiert als StVStat 2002).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ad): Fachserie 10/Reihe 4.1, Rechtspflege. Strafvollzug 2003 Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3. Wiesbaden 2004 (zitiert als Strafvollzugsstatistik 2003).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ae): Fachserie 10/Reihe 2.6, Rechtspflege. Staatsanwaltschaften 2002. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004af): Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab4.php vom 15.02.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ag): Fachserie 11/Reihe 2, Schüler/innen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen insgesamt und im 1. Schuljahrgang. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ah): Fachserie 11/Reihe 4.1, Studierende an Hochschulen Wintersemester 2003/2004. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ai): Fachserie 1/Reihe 3, Haushalte und Familien Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004aj): Fachserie 1/Reihe 4.1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004ak): Gehalts- und Lohnstrukturerhebung Oktober 2001. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung Strukturdaten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005): Fachserie 8/Reihe 7. Verkehr. Verkehrsunfälle 2004. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005a): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004 Tabellenanhang zur Pressebroschüre. Wiesbaden (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/Tabanhang MZ2004 neu.pdf vom 28.03.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005b): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004. Wiesbaden (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/MZ_Broschuere.pdf vom 28.03.2005).
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2005c): Statistik der Sozialhilfe, Sozialhilfe im Ländervergleich 2003. Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2005d): Fachserie 13/Reihe 2.1, Sozialhilfe. Hilfe zum Lebensunterhalt. Wiesbaden.
- Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2005e): Statistik der Sozialhilfe Ausländer in der Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik 2003. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005f): Daten zur Schwerbehindertenstatistik. Stand 31. 12. 2003, Sonderinformation und persönliche Information.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005g): Durchschnittliche weitere Lebenserwartung (www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab3.php vom 01.02.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005h): Allgemein bildende Schulen 2004/05, Schnellmeldung zur Fachserie 11, Reihe 1.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005i): Fachserie 11/Reihe 2, Berufliche Schulen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005j): Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn, Abb. 1.19; Abb. 1.20 (http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/hochtab8.htm vom 16.01.2006)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005k): Fachserie 1/Reihe 4.1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005l): Fachserie 16/Reihe 2, Löhne und Gehälter. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005m): Fachserie 1/Reihe 4.1.2, Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005n): Pressemitteilung vom 14. April 2005. Trend zur Teilzeitarbeit auch bei Selbstständigen (www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p1780031.htm vom 01.05.2005).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005o): Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland 1999 bis 2004 nach dem Alter der Frauen (http://www.destatis.de/basis/d/gesu/gesutab17.php vom 16.01.2006).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005p): Pressemitteilung vom 14. Februar 2005. Nahezu jeder zweite Gestorbene erlag 2003 einer Herzkreislauferkrankung (www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p0600092.htm vom 28.06.2005).
- Statistisches Bundesamt/Statistische Ämter/DJI (2005): Lebenserwartung bei der Geburt (nach der Todesursachenstatistik).
- Statistisches Landesamt Bayern (2002): www.statistik.bayern.de/wahlen/frauenheft
- Steiner, Christine/Prein, Gerald (2004): Im Osten was Neues?, in: WSI Mitteilungen 10 (Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans Böckler Stiftung).
- Steinmann, Susanne (2000): Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktchancen in Deutschland. Eine Studie zum Wandel der Übergänge von der Schule in das Erwerbsleben. Opladen.

Stephan, Helga/Wiedemann, Eberhard (1990): Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR, in: IAB Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1990, S. 550-562.

- Stier, Haya/Lewin-Epstein, Noah/Braun, Michael (2001): Welfare Regimes, Family-Supportive Policies, and Women's Employment along the Life-Course, in: American Journal of Sociology 6/2001, S. 1731-1760.
- Stieß, Immanuel/Hayn, Doris (Hrsg.) (2005): Ernährungswende. Ernährungsstile im Alltag. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung. Diskussionspapier Nr. 5 des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) (http://www.isoe.de/ftp/EW_DP_Nr5.pdf vom 16.01.2006).
- Stürzer, Monika (2003): Geschlechtsspezifische Schulleistungen, in: Stürzer, Monika/Roisch, Henrike/Hunze, Annette/Cornelißen, Waltraud (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Schule. Opladen, S. 83-121.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang/Seel, Barbara (2003): Einkommensdiskriminierung und frauenspezifische Erwerbsbiografie. Arbeitsbericht Nr. 3/2003. Institut für Haushalts- und Konsumökonomik. Hohenheim.
- Susek, Anika (2003): Räumen und Gendern, in: an.schläge Juni 2003 (www.anschlaege.at/ 0603text2.html).
- Süssmuth, Rita (1999): 50 Jahre Parlamentarierinnen. Beteiligung ohne Macht? (www.bundestag.de/bp/1999/bp9908/9908004a.html).
- Taut-Sack, Heike/Siegert, Elke (2004): Erste Ergebnisse der Kita-Untersuchung im Schuljahr 2003/2004 für die Stadt Dresden.
- Thasing Jan (1996): "Erfahrungen aus der Europäischen Union". Workshop "Telearbeit für mobilitätseingeschränkte Menschen". Dokumentation. Leipzig.
- Theobald, Hildegard/Quack, Sigrid/Tienari, Janne (2003): Organisationswandel, Geschlecht und Macht. Ein Vergleich deutscher und finnischer Banken, in: Dackweiler, Regina-Maria/Hornung, Ursula (Hrsg.): frauen macht geld. Schriftenreihe der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Band 17. Münster, S.184-206.
- Tillmann, Klaus-Jürgen/Holtappels, Heinz G./Holler-Nowitzki, Birgit/Meier, Ulrich/Popp, Ulrike (1999): Schülergewalt als Schulproblem. Weinheim.
- Thürmer-Rohr, Christina (1987): Vagabundinnen Feministische Essays. Berlin.
- TNS Infratest Sozialforschung (2003): Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichen Dienst 2001 2003. Endbericht, München.
- Tölke, Angelika (2005): Die Bedeutung von Herkunftsfamilie, Berufsbiografie und Partnerschaften für den Übergang zur Ehe und Vaterschaft, in: Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hrsg.): Männer Das ,vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung, Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung. Wiesbaden, S. 98-126.
- Tölke, Angelika/Diewald, Martin (2003): Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern, in: Bien, Walter/Marbach, Jan (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Analysen der dritten Welle des Familiensurveys 2000. Opladen, S. 349-384.
- UNO (Hrsg.) (1993): "Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte" Resolution der Generalversammlung der vereinten Nationen vom 20. Dezember 1993.
- Unicef (Hrsg.): Jahresbericht 1997: Fortschritt der Nationen.
- VDR-Statistik Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge.
- Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) (1999): Altersvorsorge in Deutschland 1996 (AVID'96). München.
- Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) (2004a): Rentenversicherung in Zahlen 2004. Frankfurt a.M.
- Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) (2004b): VDR Statistik Rentenbestand in Zeitreihe. Online-Publikation rvz 06 pub. Frankfurt a.M.
- Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) (2004c): Statistik Rentenzugang in Zeitreihe. Online-Publikation rvz31pub. Frankfurt a.M.

Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern zwischen 55 und 60 Jahren vom 17. Juni 1997.

- Vieweg, Barbara (1999): Lebenssituation behinderter Frauen in der DDR, in: Hermes, Gisela (Hrsg.): Mit Stock, Tick und Prothese. Kassel.
- Visser, Andrea (1999): Wer gewinnt? Wer verliert in der flexiblen Arbeitswelt? Mobile Jugendsozialarbeit als Wegweiser an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (Hrsg.): Mobile Jugendsozialarbeit für junge MigrantInnen zur Jahrtausendwende Ergebnisse und Konsequenzen aus dem BMFSJ-Modellprogramm. Bonn, Berlin.
- Voß, Michael (1991): Staatsschutz. Bemerkungen zum Gutachten der Gewaltkommission, in: Sozialmagazin 2/1991, S. 12-15.
- Walby, Sylvia/Allen, Jonathan (2004): Domestic Violence, sexual assault and stalking. Findings from the British Crime Survey. Home Office Research Study 276. London.
- Waldvogel, Jane (1997): The Effect of Children on Women's Wage, in: American Sociologigal Review 62/1997, S. 209-217.
- Waldschmidt, Anne (1990): Zur Norm verpflichtet. Die Kritik der Krüppelinitiativen an der humangenetischen Beratung, in: Schindele, Eva (Hrsg.): Gläserne Gebär-Mütter: Vorgeburtliche Diagnostik Fluch oder Segen. Frankfurt a.M., S. 219-238.
- Waldschmidt, Anne (1999): Selbstbestimmung als Konstrukt. Alltagstheorien behinderter Frauen und Männer. Opladen.
- Walper, Sabine/Schröder, R. (2002). Kinder und ihre Zukunft, in: LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.): Kindheit 2002. Das LBS-Kinderbarometer. Was Kinder wünschen, hoffen und befürchten. Opladen.
- Wehling, Hans-Georg (2004): Frauen in der Kommunalpolitik, in: Frauen Aktiv in Baden-Württemberg 26, 4/2004, S. 3-4.
- Weick, Stefan (2002): Auszug aus dem Elternhaus, Heirat und Elternschaft werden zunehmend aufgeschoben. Verlaufsdatenanalyse zu Ereignissen des Familienzyklus in Deutschland, in: Informationsdienst soziale Indikatoren (ISI) 27. Januar 2002, S. 11-14.
- Weidacher, Alois (Hrsg.) (2000): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. Opladen.
- Weiss, Kurt (1982): Die Vergewaltigung und ihre Opfer. Eine viktimologische Untersuchung zur gesellschaftlichen Bewertung und individuelle Betroffenheit. Stuttgart.
- Weißhuhn, Gernot/Große Rövekamp, Jörn (2003): Lebenslagen von Mädchen und Frauen im Zusammenhang mit Bildung, Wissenschaft, Arbeit und Einkommen. Herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn.
- Werner, Tim C. (2003): Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, in: Wirtschaft und Statistik 3/2003, S. 171-188.
- Werz, Nikolaus/Nuthmann, Reinhard (Hrsg.) (2004): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern. Wiesbaden.
- Westhoff, Gisela (1995): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Die Situation an der zweiten Schwelle in der Mitte der neunziger Jahre. Herausgegeben vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Bielefeld.
- Westle, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Armin/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen, S. 131-168.
- Wetterer, Angelika (Hrsg.) (1995): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen. Frankfurt a.M., New York.
- Wetzels, Peter (1997): Gewalterfahrungen in der Kindheit. Sexueller Missbrauch, körperliche Misshandlung und deren langfristige Konsequenzen. Interdiziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung. Band 8. Baden-Baden.

Wetzels, Peter/Enzmann, Dirk/Mecklenburg, Eberhardt/Pfeiffer, Christian (2001): Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung. Band 17. Baden-Baden.

- Wetzels, Peter/Greve, Werner/Mecklenburg, Eberhard/Bilsky, Wolfgang/Pfeiffer, Christian (1995): Kriminalität im Leben alter Menschen: Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Stuttgart.
- Weinert, Franz E. (Hrsg.) (2001): Leistungsmessungen in Schulen. Weinheim, Basel.
- [WHO] World Health Organization (Hrsg.) (1980): International classification of impairments, disabilities and handicaps. Genf.
- Wilmers, Nicola/Enzmann, Dirk/Schaefer, Dagmar/Herbers, Karin/Greve, Werner/Wetzels, Peter (2002): Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet? Ergebnisse wiederholter repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998-2000. Baden-Baden.
- Wimbauer, Christine (2003): Geld und Liebe. Zur symbolischen Bedeutung von Geld in Paarbeziehungen. Frankfurt, New York.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004): Elternschaft und Ausbildung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=19166.html vom 14.02.2005).
- Zemp, Ahia (2002): Sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in Institutionen, in: Praxis Kinderpsychologie, Kinderpsychiatrie 8/2002, S. 610-625.
- Ziefle, Andrea (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs. Eine europäische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/2004, S. 213-231.
- Zierau, Johanna (2001): Genderperspektive Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen, in: Picot, Sibylle (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 194.3. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln, S. 15-110.
- Zinsmeister, Julia (2002): Die Situation verletzter Zeuginnen und Zeugen mit Behinderungen, in: Fastie, Friesa (Hrsg.): Opferschutz im Strafverfahren. Opladen.
- Zinsmeister, Julia (2003): Sexuelle Gewalt gegen behinderte Menschen und das Recht. Opladen.
- Zulehner, Peter/Volz, Rainer (1998): Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie sie Frauen sehen. Ein Forschungsbericht. Ostfildern.

ABM Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AdL Alterssicherung der Landwirte

Aids Acquired immune deficiency syndrome

ALG Arbeitslosengeld ALHI Arbeitslosenhilfe

ALLBUS Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften

ANBA Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

Job-AQTIV Gesetz zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

ArV Rentenversicherung der Arbeiter

ASF Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

AsiD Alterssicherung in Deutschland

ASL Alternssicherungsleistung

AsylbLG Asylbewerberleistungsgesetz

AVID Altersvorsorge in Deutschland

BA Bundesanstalt für Arbeit

BaföG Bundesausbildungsförderungsgesetz

BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

BAV Betriebliche Altersversorgung der Privatwirtschaft

BBE Lehrgang zur Verbesserung der beruflichen Bildungs- und

Eingliederungschancen

BBiG Berufsbildungsgesetz

BeitrAB Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

BerzGG Bundeserziehungsgeldgesetz

BGB Bürgerliches Gesetzbuch

BGBI Bundesgesetzblatt

BGG Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen

BGJ Berufsgrundbildungsjahr

BGS Berufsgrundschuljahr

BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

BIBB Bundesinstitut für Berufsbildung

BKA Bundeskriminalamt
BKK Betriebskrankenkasse

BMAS Bundesministerium für Arbeit- und Sozialordnung

BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung

BMBWFT Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Tech-

nik

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

BMFSJ Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend

BMGS Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung

BMI Body-Mass-Index

BMI Bundesministerium des Inneren
BMJ Bundesministerium der Justiz

BMWA Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

BRD Bundesrepublik Deutschland

BSHG Bundessozialhilfegesetz

BSV Berufsständische Versorgung

BV Beamtenversorgung

BverfG Bundesverfassungsgericht
BVJ Berufsvorbereitendes Jahr
BWL Betriebswirtschaftslehre

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

CATI Computer Aided Telephone Interviews

CEDAW Convention on the Elimination of all forms of Discrimination Against

Women

CTS Conflict Tactic Scale

DAIP Domestic Abuse Intervention Project
DDR Deutsche Demokratische Republik

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund

DHS Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren

DIET Deutsches Institut für Ernährungsmedizin und Diätetik

DIMDI Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

DJI Deutsches Jugendinstitut

DNA Desoxyribonukleinsäure

DRV Deutsche Rentenversicherung

DSB Deutscher Sportbund

DSW Deutsches Studentenwerk

DV Datenverarbeitung

ECHP European Community Houshold Panel

EDRP European Demographic Research Paper

EDV Elektronische Datenverarbeitung

EQUAL Europäische Gemeinschaftsinitiative mit dem Ziel der Bekämpfung

von Diskriminierung und Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem

Arbeitsmarkt

ESDS European Statistical Data Support

EU Europäische Union

EUR Euro

EVB Einfache kaufmännische und Verwaltungsberufe

EVS Einkommens- und Verbraucherstichprobe

EWG-Vertrag Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

FH Fachhochschule

FS Fachserie

GdB Grad der Behinderung

GdP Gewerkschaft der Polizei

GEW Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GRV Gesetzliche Rentenversicherung

GwschG Gewaltschutzgesetz

HAIP Hannoversches Interventionsprojekt gegen Männergewalt in der Fa-

milie

HEK Erhebung über die Einkommensverteilung in Dänemark und Schwe-

den

HH Haushalt

HIS Hochschulinformationssystem
HIV Human Immunodeficiency Virus

HRG Hochschulrahmengesetz

HWO Handwerksordnung - Gesetz zur Ordnung des Handwerks

IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

ICD International Classification of Diseases

ICF International Classification of Functioning, Disability and Health

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

IFF Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung

IG BAU Industriegewerkschaft Bau

IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie IGLU Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung

IG Metall Industriegewerkschaft Metall

ILO International Labour Organization

IPU Inter Parlamentarische Union

ISCED International Standard Classification of Education

ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren
ISOE Institut für Sozialökologische Forschung
ISSP International Social Survey Programme

IT Informationstechnologie

luK Information und Kommunikation

KFH-Focus Hochschulmagazin der Katholischen Fachhochschule Freiburg

KFN Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

KLG Kindererziehungsleistungs-Gesetz

KOK e.V. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt

an Frauen im Migrationsprozess e.V.

KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

LBS Landesbausparkasse
LFS Labour Force Survey
LG Lebensgemeinschaft

MAN Manager/-in

MGFM Ministerium zur Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nord-

rhein-Westfalen

MZ Mikrozensus

NB Nicht Behindert

NGG Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

NRW Nordrhein-Westfalen
NS Nationalsozialismus

OECD Organisation for Economic Co-operation and Development

OGZ Opfergefährdungszahlen

PC Personalcomputer

PD Privat Dozent

PISA Programme for International Student Assessment

PKS Polizeiliche Kriminalstatistik
POS Polytechnische Oberschule
PPV Private Pflegeversicherung

PROF Professionen

QMB Qualifizierte Manuelle Berufe

QVB Qualifizierte kaufmännische und Verwaltungsberufe

RAF Rote Armee Fraktion

RÜG Renten-Überleitungsgesetz

RVL Reha-Vorbereitungs-Lehrgang

SAM Strukturanpassungsmaßnahme

SB Schwer Behindert

SchwbG Schwerbehindertengesetz

SEMI Semiprofessionen SGB Sozialgesetzbuch

SOEP Sozioökonomisches Panel

StGB Strafgesetzbuch

SZ Süddeutsche Zeitung

TIMSS Third International Mathematics and Science Study

TRANSNET Gewerkschaft für Transport, Service und Netze

TVBZ Tatverdächtigenbelastungszahlen

UDB User's Data Base

UNO United Nations

VBZ Verurteiltenbelastungszahlen

VDR Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

WfbM Werkstätten für behinderte Menschen

WHO World Health Organization

WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

WTS Wirtschaftliche Folgen von Trennung und Scheidung

WZB Wissenschaftszentrum Berlin

ZÖD Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

ZUMA Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen

Anhang

Anhang Kapitel 1

"Berufsschulen im dualen System sind Einrichtungen im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht, die von Jugendlichen besucht werden, die sich in der beruflichen Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag befinden, in einem Arbeitsverhältnis stehen oder beschäftigungslos sind. Sie haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schüler und Schülerinnen zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln." Der Unterricht "steht in enger Beziehung zur Ausbildung im Betrieb oder in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte."

"Das *Berufsvorbereitungsjahr* ist ein besonderer einjähriger Bildungsgang. Hier werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet."

"Das *Berufsgrundbildungsjahr* hat die Aufgabe, allgemeine und – auf der Breite eines Berufsfeldes – fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln."

"Berufsfachschulen sind Schulen mit voller Wochenstundenzahl und mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht werden können. Die Ausbildung endet mit einer Abschlussprüfung."

"Fachschulen werden nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und nach praktischer Berufsausübung (...) besucht. Sie vermitteln eine weitergehende fachliche Fortbildung im Beruf (z.B. Meisterschulen, Technikerschulen)."

Schulen des Gesundheitswesens vermitteln "die Ausbildung für nicht-akademische Gesundheitsberufe (z.B. Kranken- und Kinderkrankenpfleger, Hebammen, Masseure, Beschäftigungstherapeuten)."

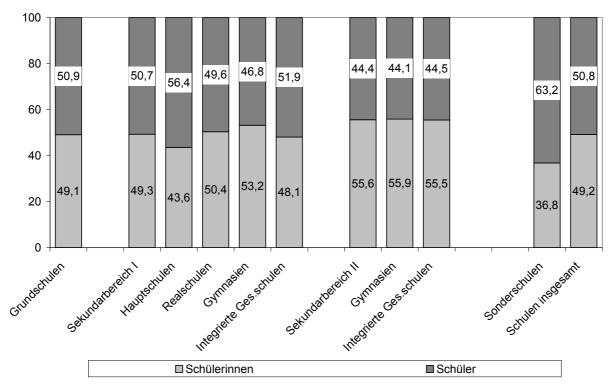
"Studierende sind in einem Fachstudium immatrikulierte eingeschriebene Personen, ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer/Gasthörerinnen."

(Statistisches Bundesamt 2003: 14 ff.)

Abbildungen

In Abbildung A 1.1 ist das Verhältnis der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen nach Schularten und Bildungsbereichen im Schuljahr 2004/05 zu sehen.

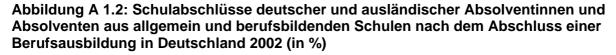
Abbildung A 1.1: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2004/2005 (in %)

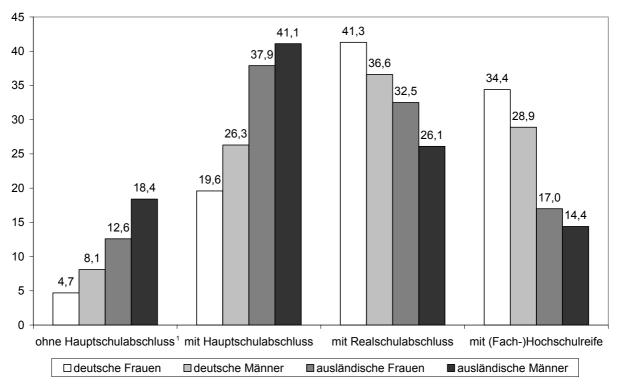


Anmerkung: Sekundarbereich I: Klassenstufen 5 bis 10; Sekundarbereich II: Klassenstufen 11 bis 13 Quelle: Statistisches Bundesamt 2005: Allgemein bildende Schulen. Schuljahr 2004/05: Tabelle 6 Geschlechterspezifische Verteilung und Tabelle 10.2 Schüler/innen nach Bildungsbereichen; eigene Berechnungen und Darstellung

In Abbildung A 1.1 zeigt sich, dass im Schuljahr 2004/2005 die Jungen vor allem im Sonderschulbereich mit mehr als 60 Prozent dominieren. Auch an den Hauptschulen sind sie mit 56 Prozent deutlich überrepräsentiert. Mädchen sind dagegen deutlich stärker als Jungen in den Schularten des Sekundarbereichs II³³³ (zu 55,6 Prozent) vertreten. Am deutlichsten ist der Vorsprung der Mädchen mit 55,9 Prozent an den Gymnasien des Sekundarbereichs II. An Grundschulen und Realschulen ist die Geschlechterverteilung ausgewogen. Es zeigt sich also auch hier, dass gegenwärtig mehr Mädchen als Jungen höher qualifizierende Schulen besuchen.

³³³ D.h. Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen, Abendgymnasien und Kollegs ab der 11. Jahrgangsstufe.



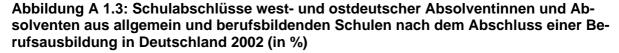


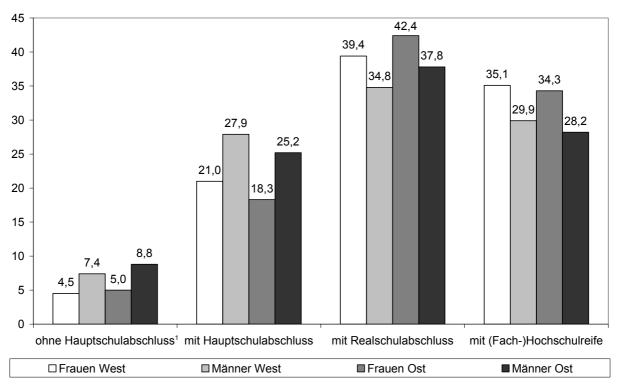
1 einschließlich Sonderschulen

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003c: Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 1: Allgemein bildende Schulen; Reihe 2: Berufliche Schulen; Berechnungen des BIBB

Vergleicht man die Anteile in Abbildung 1.12 mit denen in Abbildung A 1.2, so sieht man, dass in allen untersuchten Gruppen nach dem Abschluss einer Berufsausbildung die Anteile derjenigen ohne Hauptschulabschluss niedriger sind als direkt nach dem ersten allgemein bildenden Abschluss. Auch der Anteil derjenigen mit Hauptschulabschluss ist für alle Gruppen etwas niedriger. Das heißt, dass bezüglich der unterschiedlichen Abschlussarten im Zeitraum zwischen dem Schulabschluss und dem Ende der Berufsausbildung Aufwärtsverschiebungen stattfinden. Während wahrscheinlich die meisten derjenigen Jugendlichen, die noch über keinen Hauptschulabschluss verfügen und die sich höher qualifizieren, den Hauptschulabschluss erwerben, erlangen andere, die schon über einen Hauptschul- oder Realschulabschluss verfügen, den Realschulabschluss bzw. die Hochschulreife. Am stärksten steigen die Anteile in allen vier Gruppen bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen. Die deutschen jungen Männer erwerben im Rahmen ihrer Berufsausbildung von allen Gruppen am häufigsten die (Fach-)Hochschulreife.

Die Anteile derjenigen, die über keinen Hauptschulabschluss verfügen, gehen in den Gruppen am stärksten zurück, in denen die meisten keinen Hauptschulabschluss haben. Das heißt, dass dieser Rückgang am stärksten die ausländischen jungen Männer und am schwächsten die deutschen jungen Frauen betrifft.



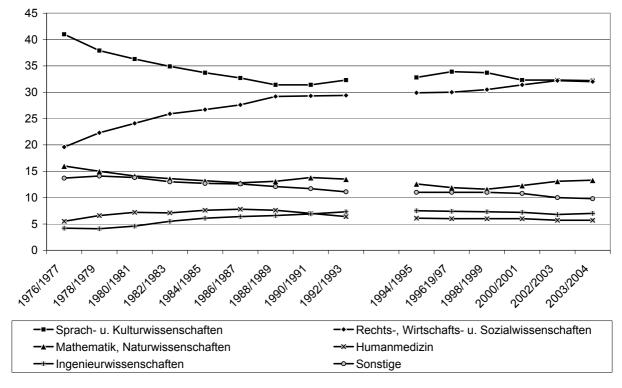


¹ einschließlich Sonderschulen

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 1: Allgemein bildende Schulen; Reihe 2: Berufliche Schulen; Berechnungen des BIBB

Auch für die westdeutschen und ostdeutschen Bundesländer ändert sich am Muster der Verteilung vor (Abbildung 1.11) und nach der beruflichen Ausbildung (Abbildung A 1.3) nicht viel. Die Anteile derjenigen, die nach der Ausbildung über keinen Hauptschulabschluss verfügen, liegen niedriger als zuvor. Im Westen gilt das auch für das Verfügen über einen Hauptschulabschluss. Auch hier besitzen alle untersuchten Gruppen nach dem beruflichen Ausbildungsabschluss durchschnittlich häufiger ein (Fach-)Abitur.





Anmerkung: Sonstige = Sportwissenschaften, Veterinärmedizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Kunst und Kunstwissenschaft

1 bis 1992/93 Früheres Bundesgebiet, seit 1993/94 Gesamtdeutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt 1999: Hochschulstatistik Schaubild 9.1; Statistisches Bundesamt 2001: Fachserie 11, Tabelle 1.4; Statistisches Bundesamt 2004: Bildung im Zahlenspiegel 2004, Tabelle 7.6.1 und 7.6.3; eigene Zusammenstellung und Berechnungen

Tabellen

Tabelle A 1.1: Arbeitslosigkeit direkt nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 und 2002 (in %)

	2003			2002			2001	
Deutsch- land	West	Ost	Deutsch- land	West	Ost	Deutsch- land	West	Ost
				in %				
32,0	30,0	40,0	27,0	23,0	41,0	27,0	22,0	44,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; zur Berechnung siehe Berufsbildungsbericht 1999; 2002

Tabelle A 1.2: Verbleib junger Fachkräfte ein Jahr nach einer dualen Ausbildung nach Geschlecht in Deutschland (in %)

Haupttätigkeit	Stichpro- bengröße	weiblich (%)	männlich (%)	insgesamt (%)
Arbeit als Fachkraft im erlernten Beruf	2.699	69,8	65,2	67,2
Arbeit als Fachkraft in einem anderen Beruf, der eine duale Ausbildung erfor- dert	253	5,5	6,9	6,3
un- bzw. angelernte Tätigkeit	132	2,7	3,8	3,3
jobben	33	1,0	0,7	0,8
arbeitslos	379	10,3	8,8	9,4
Fortbildung	58	1,1	1,7	1,4
Umschulung	8	0,1	0,3	0,2
neue Lehre	62	1,5	1,6	1,5
Berufsfachschule	50	1,3	1,2	1,2
allgemein bildende Schule	96	1,2	3,3	2,4
Studium	182	3,8	5,1	4,5
Hausfrau/Hausmann	30	1,3	0,3	0,7
Sonstiges	34	0,5	1,1	0,8

Quelle: BIBB, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Tabelle A 1.3: Ziel: Beschäftigung sofort nach der Lehre? Befragte mit betrieblichem Vertragspartner nach Geschlecht und Schulabschluss in Deutschland (in %)

Schulabschluss	s vor Lehre	Stichproben- größe		ung sofort nach (in %)
			ja	nein
and the state of t	weiblich	457	91,9	8,1
maximal Hauptschul- abschluss	männlich	1.020	90,6	9,4
abscriiuss	insgesamt	1.477	91,0	9,0
	weiblich	787	92,1	7,9
Mittlerer Abschluss	männlich	773	85,9	14,1
	insgesamt	1.560	89,0	11,0
	weiblich	336	88,1	11,9
Fach-/Hochschulreife	männlich	300	78,7	21,3
	insgesamt	636	83,6	16,4

Quelle: BIBB, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Tabelle A 1.4: Aktivitäten bei der Stellensuche nach Übernahmeangebot – Befragte, die eine Beschäftigung direkt nach der Lehre anstreben in West- und Ostdeutschland (in %)

		Aktivitäten	weiblich	männlich	insgesamt
		auf Anzeigen beworben	8,3	2,3	4,9
		Stellengesuche aufgegeben	0,9	0,3	0,6
		auf Verdacht beworben	5,0	2,0	3,3
	\\\\- = 4 -1 = 4 = -1-	vorgestellt	7,7	3,7	5,5
	Westdeutsch- land	Arbeitsamt eingeschaltet	6,4	1,3	3,6
	iana	Verwandte/Bekannte um Hilfe gebeten	6,3	2,2	4,0
		auch außerhalb der Region beworben	4,6	2,2	3,2
unbefristetes		Sonstiges getan	2,4	3,5	3,0
Übernahme-		(noch) nichts getan	0,4	1,2	0,8
angebot als		auf Anzeigen beworben	12,8	0,6	5,5
Fachkraft		Stellengesuche aufgegeben	2,8	0,6	1,4
		auf Verdacht beworben	6,4	1,8	3,6
		vorgestellt	9,2	3,0	5,4
	Ostdeutschland	Arbeitsamt eingeschaltet	8,3	4,8	6,2
		Verwandte/Bekannte um Hilfe gebeten	7,3	2,4	4,4
		auch außerhalb der Region beworben	6,4	4,8	5,4
		Sonstiges getan	5,5	1,8	3,3
		(noch) nichts getan	0,0	3,0	1,8
		auf Anzeigen beworben	17,8	6,7	11,4
		Stellengesuche aufgegeben	1,3	0,5	0,9
		auf Verdacht beworben	11,1	6,7	8,6
	Westdeutsch- land	vorgestellt	15,4	10,2	12,4
		Arbeitsamt eingeschaltet	13,4	6,7	9,6
		Verwandte/Bekannte um Hilfe gebeten	14,0	6,5	9,7
		auch außerhalb der Region beworben	8,4	6,7	7,4
befristetes		Sonstiges getan	8,0	1,7	4,4
Übernahme-		(noch) nichts getan	0,0	0,0	0,0
angebot als		auf Anzeigen beworben	30,4	5,8	15,6
Fachkraft		Stellengesuche aufgegeben	3,9	1,9	2,7
	Ostdeutschland	auf Verdacht beworben	14,7	3,2	7,8
		vorgestellt	19,6	5,2	10,9
		Arbeitsamt eingeschaltet	26,5	9,1	16,0
		Verwandte/Bekannte um Hilfe gebeten	29,4	8,4	16,8
		auch außerhalb der Region beworben	18,6	5,2	10,5
		Sonstiges getan	4,9	2,6	3,5
		(noch) nichts getan	0,0	0,0	0,0
		auf Anzeigen beworben	54,3	35,5	45,4
		Stellengesuche aufgegeben	7,1	3,0	5,1
		auf Verdacht beworben	34,1	22,4	28,6
	\\/	vorgestellt	49,7	35,5	43,0
	Westdeutsch- land	Arbeitsamt eingeschaltet	46,8	45,7	46,3
	iana	Verwandte/Bekannte um Hilfe gebeten	39,1	35,3	37,3
		auch außerhalb der Region beworben	21,5	15,8	18,8
kein Über-		Sonstiges getan	14,4	15,5	14,9
nahme- angebot als		(noch) nichts getan	0,9	1,6	1,2
Fachkraft		auf Anzeigen beworben	59,5	30,5	43,7
erhalten		Stellengesuche aufgegeben	7,6	5,3	6,3
		auf Verdacht beworben	36,7	24,2	29,9
		vorgestellt	49,7	35,5	44,1
	Ostdeutschland	Arbeitsamt eingeschaltet	70,9	61,1	65,5
		Verwandte/Bekannte um Hilfe gebeten	59,5	43,7	50,9
		auch außerhalb der Region beworben	32,9	25,8	29,0
		Sonstiges getan	19,6	18,4	19,0
		(noch) nichts getan	0,0	0,0	0,0

Quelle: BIBB, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Tabelle A 1.5: Verbleib betrieblich und außerbetrieblich ausgebildeter junger Fachkräfte nach Geschlecht an der zweiten Schwelle in West- und Ostdeutschland (in %)

Anteil der Ausbildungsabsolvent/-innen 1999/2000 (in %)									
Aus- bildungs- vertrags- partner	Stich- proben- größe	mit unbefris- tetem Über- nahmeange- bot als Fach- kraft	mit befris- tetem Übernah- meangebot als Fach- kraft	unmittelbar nach Leh- rende Arbeit als Fachkraft	unmittelbar nach Leh- rende keine Ar- beit als Fachkraft/ arbeitslos	zum Befra- gungs- zeitpunkt Arbeit als Fachkraft	zum Befra- gungs- zeitpunkt an-oder ungelernte Kraft	zum Befra- gungs- zeitpunkt arbeitslos	
				West					
betrieblich	2.860	47,6	26,1	72,1	12,8	71,5	3,3	5,7	
außer- betrieblich	78	16,7	20,8	36,7	35,4	48,1	5,1	26,9	
				Ost					
betrieblich	811	35,9	31,4	63,1	24,5	62,2	3,2	14,2	
außer- betrieblich	161	6,2	9,9	19,5	55,5	31,7	3,6	40,9	
				Ost weiblich					
betrieblich	327	34,9	30,3	60,8	28,6	64,2	1,5	14,2	
außerbe- trieblich	82	3,7	11,0	12,8	60,5	25,9	4,7	40,7	
	Ost männlich								
betrieblich	485	36,7	32,2	64,7	21,8	60,9	4,4	14,2	
außer- betrieblich	78	9,0	9,0	26,9	50,0	37,2	1,3	41,8	

Quelle: BIBB, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Tabelle A 1.6: Befragte mit betrieblichem Vertragspartner und Übernahmeangebot als Fachkraft (Vollzeit/Teilzeit) nach Geschlecht in Deutschland (in %)

	Stichprobengröße	Übernahmeangebot					
		Vollzeit (in %)	Teilzeit (in %)				
weiblich	1.066	92,0	8,0				
männlich	1.541	97,8	2,2				
insgesamt	2.607	95,4	4,6				

Quelle: BIBB, Befragung 2. Schwelle 1999/2000

Tabelle A 1.7: Durchschnittlicher jährlicher Freizeitaufwand für berufliche Weiterbildung pro Teilnehmenden nach Geschlecht und Zeitarten in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in Stunden)

Zeitarten	Insgesamt		West		Ost	
	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich
			in Stu	unden		
Maßnahmestunden in der Freizeit	77	73	74	70	85	88
Stunden für Vor- und Nachbereitung in der Freizeit	28	25	28	25	27	24
Fahrt- bzw. Wegezeiten in der Freizeit	21	24	20	23	26	26
Stunden für vorherige Information in der Freizeit	6	7	6	7	7	6
Unbezahlte Überstunden wegen der Weiterbildung	1	4	1	4	3	2
Zeitaufwand in der Freizeit insgesamt	133	133	129	131	148	145

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Tabelle A 1.8: Einschätzung des Verhältnisses von Nutzen zu Aufwand der beruflichen Weiterbildung durch die Teilnehmenden nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)

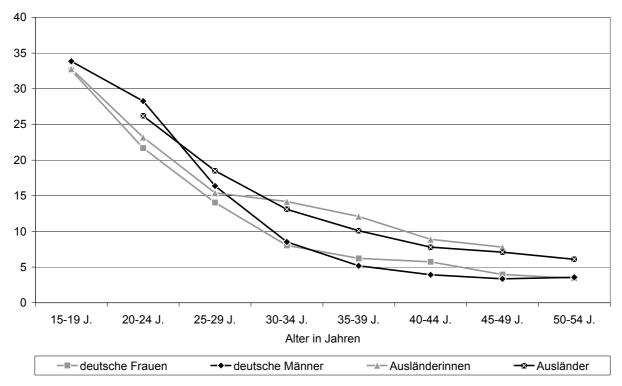
Im Verhältnis zum Aufwand ist der	Insgesamt		West		Ost		
Nutzen	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	
	in %						
deutlich höher	22,1	28,2	23,9	28,7	14,9	24,7	
etwas höher	24,7	28,8	25,2	30,1	22,7	20,8	
in etwa ausgeglichen	45,8	33,3	45,6	31,2	46,6	46,0	
etwas niedriger	4,8	5,6	3,6	5,9	9,6	3,6	
deutlich niedriger bzw. keinerlei Nutzen	2,6	4,2	1,7	4,0	6,1	5,0	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zur beruflichen Weiterbildung 2002

Anhang Kapitel 2

Abbildungen

Abbildung A 2.1: Anteil der befristet Beschäftigten¹ unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit² 2004 (in %)



¹ Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.

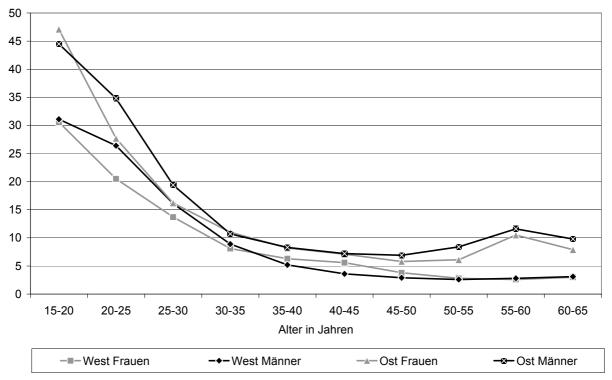
2 Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.

Anmerkung: Die Abbildung A 2.1 zeigt, wie hoch der Anteil der befristet Beschäftigten unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) 2004 nach Staatsangehörigkeit² ist. Fallzahl für befristet beschäftigte Ausländerinnen in der Altersgruppe 50 bis 54 Jahren und für befristet beschäftigte Ausländer in der Altersgruppe 15 bis 19 Jahren zu gering.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Abbildung A 2.2: Anteil der befristet Beschäftigten¹ unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)



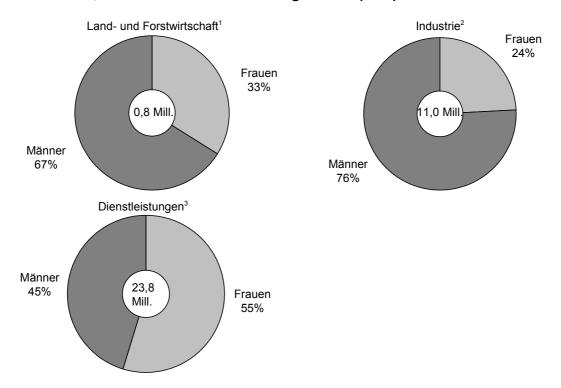
- 1 Zu den abhängig Erwerbstätigen zählen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, wie Beamte/-innen, Angestellte, Arbeiter/-innen. Selbstständige, Freiberufler und mithelfende Familienangehörige zählen nicht zu den abhängig Erwerbstätigen.
- 2 einschl. Berlin-West
- 3 einschl. Berlin-Ost

Anmerkung: Die Abbildung A 2.2 zeigt, wie hoch der Anteil der befristet Beschäftigten unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland 2003 ist.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

Abbildung A 2.3: Anteil von Männern und Frauen an den Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen 2004 (in %)

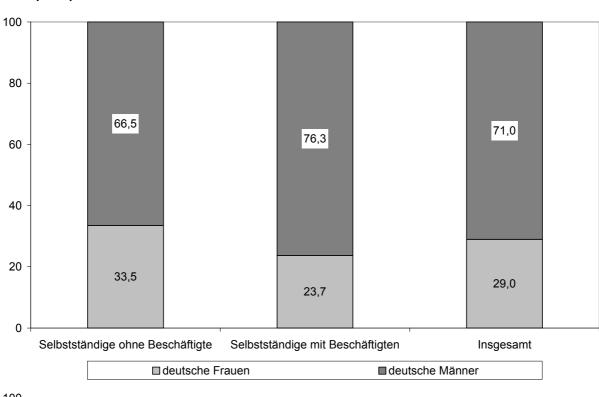


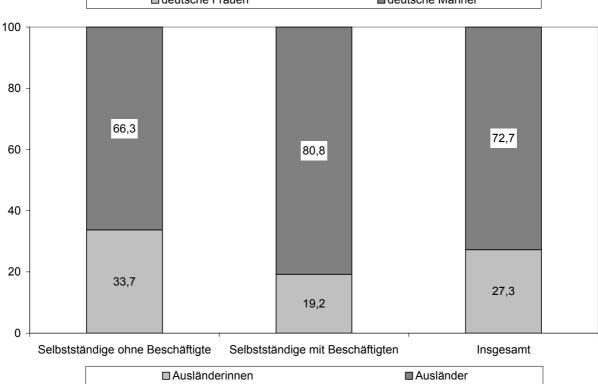
- 1 Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus angegeben
- 2 "produzierendes Gewerbe" (Bergbau- und "verarbeitendes Gewerbe", Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe) nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus angegeben
- 3 Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie sonstige Dienstleistungen (Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, wirtschaftliche Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung, öffentliche und private Dienstleistungen) nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus angegeben

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005k; eigene Berechnungen

Abbildung A 2.4: Anteile an den Selbstständigen¹ (ohne mithelfende Familienangehörige) mit und ohne Beschäftigte von Frauen und Männern nach Staatsangehörigkeit² 2004 (in %)





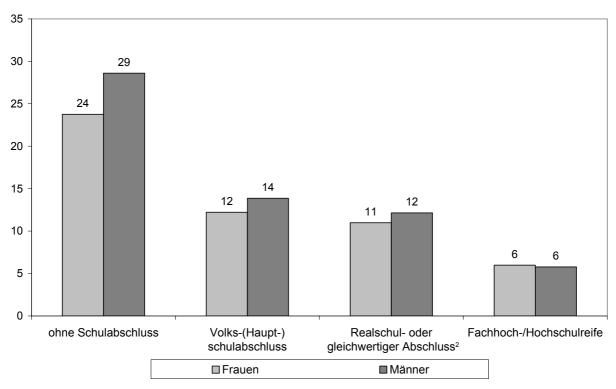
¹ Beschäftigt ein(e) Selbstständige(r) nur mithelfende Familienangehörige, so gilt sie/er als Selbstständige(r) ohne Beschäftigte.

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

² Ausländer/-innen sind Personen ohne deutschen Pass.





¹ prozentualer Anteil der sofort verfügbaren Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + den sofort verfügbaren Erwerbslosen nach dem ILO-Konzept)

2 inklusive Abschluss der allg. polytechn. Oberschule der ehem. DDR

Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2004 – Tabellenanhang zur Pressebroschüre, Wiesbaden 2005 (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/Tabanhang_MZ2004 neu.pdf, Stand: 28.03.2005); eigene Berechnungen

Tabellen

Tabelle A 2.1: Erwerbstätigenzahlen nach Geschlecht und höchsten Ausbildungsabschluss¹ in Deutschland 1991 bis 2004 (absolut in 1.000; Entwicklung in %)

		1991 (in 1.000))		2004 (in 1.000)			hstum/Rückgang (in 1000)		Wachstum/Rückgang (in %)		kgang
	Insge- samt	Frau- en	Män- ner	Insge- samt	Frau- en	Män- ner	Insge- samt	Frau- en	Män- ner	Insge- samt	Frau- en	Män- ner
Lehrausbil- dung ²	20.389	8.566	11.823	18.509	8.638	9.871	-1.880	72	-1.952	-9,2	0,8	-16,5
Meister-/ Technikeraus- bildung, Fach- schulab- schluss ³	3.752	1.255	2.497	3.694	1.461	2.233	-58	206	-264	-1,5	16,4	-10,6
Hochschulab- schluss/ Pro- motion/ Fach- hochschul- abschluss ⁴	3.939	1.226	2.713	5.408	2.081	3.327	1.469	855	614	37,3	69,7	22,6
Insgesamt	28.080	11.047	17.033	27.611	12.180	15.431	-469	1.133	-1.602	-1,7	10,3	-9,4

¹ Im Jahr 1991 waren sämtliche Angaben zu dieser Variable auf freiwilliger Basis erfolgt; für das Jahr 2004 bestand jedoch Auskunftspflicht für Personen bis 51 Jahre, für alle älteren Personen bestand freiwillige Auskunft. Die Antwortquote bei freiwilliger Auskunft fällt i.d.R. geringer aus, dieser Effekt ist beim Vergleich mit dem Jahr 2003 zu berücksichtigen.

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistisches Bundesamt: 2003b; Statistisches Bundesamt: 2004aj; Statistisches Bundesamt: 2005a; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

² einschließlich Anlernausbildung, berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens

³ einschließlich Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, einschließlich Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.

⁴ einschließlich Ingenieurschulabschluss

Tabelle A 2.2: Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen nach Berufsabschnitten in Deutschland 1999 bis 2004 (absolut in 1.000 und Anteil in %)

	199	9	20	004	Rück	nstum/ kgang d bis 2004	Rück	nstum/ kgang bis 2004	durchs jährli Entwic v. 1999 t	che klung
	Frau- en	Män- ner	Frau- en	Män- ner	Frau- en	Män- ner	Frau- en	Män- ner	Frau- en	Män- ner
	in 1.0	000	in 1	.000	in 1	.000	in	%	in	%
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	396	658	308	587	-88	-71	-22,2	-10,8	-4,9	-2,3
Bergleute, Mineralgewin- ner, -aufbereiter	1	80	1	62	1	-18	1	-22,5	1	-5,0
Berufe in der Steinbear- beitung und Baustoffher- stellung	1	31	1	30	1	-1	1	-3,2	1	-0,7
Keramik-, Glasberufe	16	33	13	27	-3	-6	-18,8	-18,2	-4,1	-3,9
Chemie-, Kunststoffberu- fe	45	192	47	172	2	-20	4,4	-10,4	0,9	-2,2
Berufe i.d. Papierherstellung, -verarbeitung u. im Druck	60	163	48	143	-12	-20	-20,0	-12,3	-4,4	-2,6
Berufe in der Holzbear- beitung, Holz- und Flechtwarenherstellung	11	32	7	28	-4	-4	-36,4	-12,5	-8,6	-2,6
Berufe in der Metaller- zeugung und -bearbeitung	39	446	35	431	-4	-15	-10,3	-3,4	-2,1	-0,7
Metall-, Maschinenbau- und verwandte Berufe	180	2.241	183	2.067	3	-174	1,7	-7,8	0,3	-1,6
Elektroberufe	50	774	42	718	-8	-56	-10,0	-3,9	-3,4	-1,5
Montierer und Metallberufe, a.n.g.	82	100	85	107	3	7	3,7	7,0	0,7	1,4
Textil- und Bekleidungs- berufe	154	45	106	31	-48	-14	-31,2	-31,1	-7,2	-7,2
Berufe in der Lederher- stellung, Leder- und Fellverarbeitung	12	28	10	22	-2	-6	-16,7	-21,4	-3,6	-4,7
Ernährungsberufe	348	459	360	452	12	-7	3,4	-1,5	0,7	-0,3
Hoch-, Tiefbauberufe	19	828	9	548	-10	-280	-52,6	-33,8	-13,9	-7,9
Ausbauberufe, Polsterer	29	500	22	370	-7	-130	-24,1	-26,0	-5,4	-5,8
Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung	21	386	14	315	-7	-71	-33,3	-18,4	-7,8	-4,0
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	22	337	18	271	-4	-66	-18,2	-19,6	-3,9	-4,3
Warenprüfer, Versandfertigmacher	219	194	230	214	11	20	5,0	10,3	1,0	2,0
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	254	389	198	321	-56	-68	-22,0	-17,5	-4,9	-3,8
Maschinisten und zugehörige Berufe, a.n.g.	48	434	51	400	3	-34	6,3	-7,8	1,2	-1,6
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	118	975	127	914	9	-61	7,6	-6,3	1,5	-1,3
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	271	1.054	252	1.029	-19	-25	-7,0	-2,4	-1,4	-0,5
Warenkaufleute	1.960	1.087	1.906	1.102	-54	15	-2,8	1,4	-0,6	0,3
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	639	706	674	711	35	5	5,5	0,7	1,1	0,1
Verkehrsberufe	363	1.771	371	1.801	8	30	2,2	1,7	0,4	0,3

Organisations-, Verwal- tungs-, Büroberufe	4.437	2.951	4.349	3.010	-88	59	-2,0	2,0	-0,4	0,4
Ordnungs- und Sicher- heitsberufe	209	1.194	236	1.131	27	-63	12,9	-5,3	2,5	-1,1
Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstleri- sche Berufe	235	288	283	332	48	44	20,4	15,3	3,8	2,9
Gesundheitsdienstberufe	1.716	475	1.854	509	138	34	8,0	7,2	1,6	1,4
Sozial- u. Erziehungsberufe, a.n.g. geistes- u. naturwissensch. Berufe	1.752	944	2.011	959	259	15	14,8	1,6	2,8	0,3
sonstige Dienstleistungs- berufe	1.787	467	1.909	491	122	24	6,8	5,1	1,3	1,0
sonstige Arbeitskräfte	249	396	217	375	-32	-21	-12,9	-5,3	-2,7	-1,1

Anmerkung: Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992; a.n.g. = anderweitig nicht genannte

Datenbasis: Mikrozensus

Quellen: Statistische Bundesamt: 2005m; eigene Berechnungen

Anhang Kapitel 3

Tabellen

Tabelle A 3.1: Bruttojahresverdienste von abhängig beschäftigten Frauen und Männern (Vollzeit)¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)

	Frauen (absolut)	in %	Männer (absolut)	in %	Frauenein- kommen in % der Män- nereinkom- men
		Deutsch	land		
1997	44.872 DM	100,0	59.162 DM	100,0	75,8
2002	25.830 €	112,6	33.276 €	110,0	77,6
		Westdeuts	chland²		
1977	20.656 DM	44,6	28.695 DM	46,4	72,0
1997	46.268 DM	100,0	61.874 DM	100,0	74,8
2002 ²	26.520 €	112,1	34.892 €	110,3	76,0
	•	Ostdeutsc	hland²		
1993	32.879 DM	84,6	35.735 DM	86,4	92,0
1997	38.856 DM	100,0	41.374 DM	100,0	93,9
2002 ²	23.591 €	118,7	25.651 €	121,3	92,0

¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte. Umrechnungskurs für die Prozentuierung: 1 DM = 0,511292 €

Quelle: Für 1977, 1993 und 1997 Berechnung des WSI auf der Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe in: Bundesregierung 2002: 99. Für das Jahr 2002 eigene Berechnung auf der Basis des BA-Beschäftigtenpanels

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Tabelle A 3.2: Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern in Teilzeitbeschäftigung¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002

	Fra	iuen	Mä	nner	Frauenein-		
Teilzeitbeschäftigung:	Einkommen absolut in €	Anteil an den Beschäftigten in %	Einkommen absolut in €	Anteil an den Beschäftigten in %	kommen in % der Män- nereinkom- men		
	Deutschland						
weniger als 18 Std. pro Woche	4.039	72,6	3.303	27,4	122,3		
18 Std. pro Wo- che und mehr	17.429	89,0	18.125	11,0	96,2		
		Westdeuts	chland²				
weniger als 18 Std. pro Woche	4.190	74,4	3.453	25,6	121,4		
18 Std. pro Wo- che und mehr	17.503	89,8	18.732	10,2	93,4		
		Ostdeutsc	hland²				
weniger als 18 Std. pro Woche	2.732	60,1	2.631	39,9	103,8		
18 Std. pro Wo- che und mehr	17.136	86,1	16.427	13,9	104,3		

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

Quelle: eigene Berechnungen für das Jahr 2002 auf der Basis des BA-Beschäftigtenpanels

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Tabelle A 3.3: Berufspositionen von Frauen und Männern (Vollzeit)¹ und die dort jeweils durchschnittlich erreichten Bruttojahresverdienste¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002

	Bruttojahre	sverdienst	Besch	äftigte	Frauenein-			
Ausgewählte Be- rufspositionen	in€	Rang	insgesamt (in 1.000)	weibliche (in %)	kommen in % der Män- nereinkommen			
		Deutsch	land					
Nichtfacharbeiter/- in	24.036	1	4.385	27,7	71,9			
Facharbeiter/-in	27.292	2	4.871	12,2	60,8			
Meister/-in Polier/-in	38.617	3	351	6,4	61,2			
Angestellte	34.274	-	11.118	52,2	68,9			
	Westdeutschland ²							
Nichtfacharbeiter/- in	24.834	1	3.821	27,0	71,6			
Facharbeiter/-in	29.841	2	3.566	9,8	60,6			
Meister/-in Polier/-in	40.318	3	298	5,5	59,3			
Angestellte	35.577	-	8.950	49,6	68,4			
		Ostdeutsc	chland²					
Nichtfacharbeiter/- in	18.635	1	564	32,3	79,1			
Facharbeiter/-in	20.329	2	1.305	18,8	72,1			
Meister/-in Polier/-in	28.988	3	53	11,0	79,9			
Angestellte	28.895	-	2.168	63,1	77,5			

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudenten und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnten

Quelle: eigene Berechnung auf der Basis des BA-Beschäftigtenpanels

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Tabelle A 3.4: Berufspositionen von Frauen und Männern im Produktions- und im Angestelltenbereich (Vollzeit)¹ und die dort jeweils durchschnittlich erreichten Bruttojahresverdienste in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002

Produktionsbereich	Bruttojahre	esverdienst	Besch	ıäftigte	Frauenein-
	in €	Rang	insgesamt (in 1.000)	weibliche (in %)	kommen in % der Männerein- kommen
		Deutschla	and		
Agrar-, einfache Be- rufe	26.735	5	3.471	21,4	71,8
qualifizierte manuelle Berufe	28.686	4	3.427	8,9	68,3
Techniker/-innen/ Ingenieure/-innen Angestelltenbereich:	41.583	1	1.889	16,6	70,7
einfache DL	24.717	6	3.986	39,9	76
qualifizierte DL	32.014	3	5.589	60,5	69,7
(Semi) -Professionen,					
Manager/-innen	36.208	2	2.376	55,4	73,9
		Westdeutsch	hland²		
Agrar-, einfache Be- rufe	28.262	5	2.807	20,8	71,5
qualifizierte manuelle Berufe	30.425	4	2.760	8,3	67,5
Techniker/-innen/ Ingenieure/-innen Angestelltenbereich:	43.363	1	1.581	14,3	71,6
einfache DL	25.847	6	3.203	39,4	75,2
qualifizierte DL	33.249	3	4.521	57,8	69,5
(Semi) -Professionen, Manager/-innen	37.717	2	1.775	52,6	72,8
		Ostdeutsch	land ²		
Agrar-, einfache Be- rufe	20.275	5	663	24,1	77,1
qualifizierte manuelle Berufe	21.489	4	667	11,6	78,9
Techniker/-innen/ Ingenieure/-innen Angestelltenbereich:	32.458	1	308	28,0	78,4
einfache DL	20.097	6	784	41,8	81,9
qualifizierte DL	26.783	3	1.068	71,9	78,0
(Semi) -Professionen, Manager/-innen	31.757	2	602	63,9	82,3

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnten; zur Klassifikation von beruflichen Tätigkeiten siehe Anhang, Tabelle A 3.5

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

DL = Dienstleistungen

Tabelle A 3.5: Beschreibung der Tätigkeitshierarchie

Nr.	Bezeichnung der Berufs- gruppe	Beschreibung der Berufsgruppe
Prod	luktion	
	Agrarberufe (AGR)	Dominant landwirtschaftlich orientierte Berufe
•	Einfache manuelle Berufe (EMB)	Alle manuellen Berufe, die 1970 mindestens einen 60 %-igen Anteil von Ungelernten aufwiesen
II	Qualifizierte manuelle Berufe (QMB)	Alle manuellen Berufe, die 1970 höchstens einen 40 %-igen Anteil von Ungelernten aufwiesen
Ш	Techniker (TEC)	Alle technischen Fachkräfte
1111	Ingenieure (ING)	Hochqualifizierte Fachkräfte zur Lösung naturwissenschaftlicher und technischer Probleme
Die	nstleistung	
IV	einfache Dienste	Alle einfachen persönlichen Dienste
٧	qualifizierte Dienste	Im wesentlichen Ordnungs- und Sicherheitsberufe sowie qualifizierte Dienstleistungsberufe
VI	Semiprofessionen (SEMI)	Dienstleistungsberufe, die sich durch eine Verwissen- schaftlichung der Berufspositionen auszeichnen
VI	Professionen (PROF)	Freie Berufe und hochqualifizierte Dienstleistungsberufe
Ver	waltung	
IV	einfache kaufmännische und Verwaltungsberufe (EVB)	Relativ unqualifizierte Büro- und Handelsberufe
٧	qualifizierte kaufmännische und Verwaltungsberufe (QVB)	Berufe mit mittleren und höheren verwaltenden und distributiven Funktionen
VI	Manager/-in (MAN)	Berufe, die die Kontrolle und Entscheidungen über den Einsatz von Produktionsfaktoren besitzen sowie Funkti- onäre in Organisationen

Quelle: Blossfeld-Schema, in: Blossfeld 1985: 68

Tabelle A 3.6: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern (Vollzeit)¹ nach Wirtschaftssektoren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1997 und 2002

	1997		2002	
	Anteil des Frau- enverdienstes am Männerverdienst in %	Frauenverdienst in €	Männerverdienst in €	Fraueneinkom- men in % der Männereinkom- men
		Deutschland		
Land- und Forst- wirtschaft	k.A.	15.792	21.078	74,9
produzierendes Gewerbe	k.A.	26.163	34.332	76,2
Dienstleistungen	k.A.	25.844	32.590	79,3
		Westdeutschland		
Land- und Forst- wirtschaft	79,0	16.335	23.012	71,0
produzierendes Gewerbe	75,0	27.235	35.984	75,7
Dienstleistungen	75,6	26.371	34.019	77,5
		Ostdeutschland		
Land- und Forst- wirtschaft	86,2	15.234	18.487	82,4
produzierendes Gewerbe	88,2	21.395	25.182	85,0
Dienstleistungen	91,2	24.245	26.481	91,6

¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudenten, Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

Quelle: 1997: IAB-Beschäftigtenstichprobe, Berechnungen des WSI in: Deutscher Bundestag 2002a: 107. Für 2002 eigene Berechnungen auf der Basis des BA-Beschäftigtenpanels

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin

Tabelle A 3.7: Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen (Vollzeit) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002

	Bruttomona	atsverdienst	Antei	Anteil der		
Wirtschaftszweig ¹	€	Rang	Arbeitnehmer/ -innen²(%)	Frauen ³ (%)		
	Deutschlan	d				
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Spalt- und Brutstoffen	3.677	1	0,3	14		
Fahrzeugbau	3.216	2	14,3	11		
Energie- und Wasserversorgung	3.169	3	6,9	26		
Chemische Industrie	3.123	4	3,4	18		
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3.052	5	11,5	28		
Maschinenbau	2.980	6	13,4	14,0,		
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe Bergbau und Gewinnung von Steinen und Er-	2.886	7	5,5	28		
den	2.791	8	1,5	6		
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.658	9	11,9	14		
Hoch- und Tiefbau	2.488	10	3,3	16		
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2.486	11	5,2	22		
Ernähungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2.475	12	5,1	31		
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.455	13	11,4	5		
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikin- strumenten usw., Recycling	2.329	14	2,7	26		
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2.302	15	1,2	12		
Textilgewerbe	2.203	16	0,7	73		
Ledergewerbe	2.191	17	0,3	49		
Bekleidungsgewerbe	2.153	18	1,6	39		
	Westdeutschland	ı				
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Spalt- und Brutstoffen	3.847	1	0,3	13,0		
Fahrzeugbau	3.278	2	15,1	11,0		
Energie- und Wasserversorgung	3.246	3	3,1	14,0		
Chemische Industrie	3.234	4	7,2	25,0		
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3.132	5	11,8	27,0		
Maschinenbau	3.042	6	14,1	13,0		
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2.940	7	5,7	27,0		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.870	8	1,4	4,0		
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.733	9	12	14,0		
Hoch- und Tiefbau	2.624	10	9,8	5,0		
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2.608	11	3,1	15,0		
Ernähungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2.590	12	4,9	29,0		
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2.546	13	5,4	21,0		
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikin- strumenten usw., Recycling	2.429	14	2,6	24,0		
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2.386	15	1,1	11,0		
Textilgewerbe	2.313	16	1,5	34,0		
Ledergewerbe	2.275	17	0,3	47,0		
Bekleidungsgewerbe	2.274	18	0,7	72,0		

⁻ Fortsetzung nächste Seite -

	Ostdeutschlar	nd⁵		
Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Spalt- und Brutstoffen	2.814	1	0,4	22,0
Fahrzeugbau	2.676	2	6,2	30,0
Energie- und Wasserversorgung	2.363	3	8,2	15,0
Chemische Industrie	2.339	4	4,3	35,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	2.326	5	4,2	40,0
Maschinenbau	2.302	6	1,8	16,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2.280	7	9,2	36,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.207	8	8,4	14,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2.022	9	10,6	16,0
Hoch- und Tiefbau	1.952	10	5,1	21,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1.922	11	23,7	6,0
Ernähungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1.861	12	6,8	42,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1.820	13	3,6	30,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikin- strumenten usw., Recycling	1.801	14	1,4	18,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	1.657	15	2,9	34,0
Textilgewerbe	1.426	16	2,4	60,0
Ledergewerbe	1.303	17	0,2	67,0
Bekleidungsgewerbe	1.299	18	0,4	89,0

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004i: 356-357

Tabelle A 3.8: Weibliche und männliche Beschäftigte in verschiedenen Wirtschaftszweigen und der dort jeweils erzielte Bruttojahresverdienst (Vollzeit)¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002

Wirtschaftszweig ¹	Bruttove	erdienst	Besch	Beschäftigte			
	€	Rang	insgesamt (in 1.000)	davon weiblich (in %)			
		Deutschland ²					
Energie	38.384	1	254	18,8			
Investitionsgüterproduktion	37.277	2	2.654	19			
Bergbau	34.494	3	104	8,6			
Güterproduktion	33.262	4	1.561	18,2			
vorwiegend Wirt- schaftsbez. DL	33.044	5	3.192	42,3			
Verbrauchsgüter	30.686	7	1.372	30,2			
gesellschaftsbezogene DL	29.278	8	2.856	66,5			
Verkehr und Nachrichten	28.271	9	1.248	23,8			
Handel	27.993	10	2.929	41,1			
Bau	27.500	11	1.542	10,7			
Nahrung und Genuss	25.041	12	578	44,1			
vorwiegend HH bezogen DL	19.979	13	970	57,1			
primärer Sektor	19.639	14	253	27,1			
Energie	38.384	1	254	18,8			

² an allen Arbeitnehmern des Wirtschaftszweiges

³ an allen Arbeitnehmern des Wirtschaftszweiges

⁴ einschl. Berlin-West

⁵ einschl. Berlin-Ost

		Westdeutschland ²		
Energie	40.734	1	191	15,4
Investitionsgüterproduk-	38.332	2	2.373	18,4
tion	05 570	0	0.7	0.0
Bergbau	35.573	3	87	6,2
Güterproduktion	34.580	4	1.353	17,7
vorwiegend Wirt- schaftsbez. DL	34.568	5	2.605	41,0
Gebietskörpersch., Sozialvers.	33.129	6	832	42,5
Verbrauchsgüter	31.849	7	1.188	29,2
gesellschaftsbezogene DL	30.153	8	2.118	65,7
Bau	29.609	9	1.121	10,4
Verkehr und Nachrich- ten	29.249	10	953	22,7
Handel	29.180	11	2.454	40,2
Nahrung und Genuss	26.441	12	469	42,4
primärer Sektor	21.351	13	141	24,8
vorwiegend HH bezo- gen DL	20.506	14	738	56,1
		Ostdeutschland ²		
Energie	31.277	1	63	29,2
Gebietskörpersch., Sozialvers.	29.615	2	365	64,1
Bergbau	29.200	3	18	20,5
Investitionsgüterproduk- tion	28.388	4	282	24,4
gesellschaftsbezogene DL	26.770	5	739	68,8
vorwiegend Wirt- schaftsbez. DL	26.280	6	587	48,1
Verkehr und Nachrich- ten	25.109	7	295	27,3
Güterproduktion	24.723	8	209	21,6
Verbrauchsgüter	23.189	9	184	36,9
Bau	21.872	10	420	11,4
Handel	21.855	11	475	45,2
Nahrung und Genuss	19.026	12	109	51,5
vorwiegend HH bezo- gen DL	18.308	13	233	60,2
primärer Sektor	17.507	14	113	30,1

¹ Für 2002 hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf der Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte; Klassifikation von Wirtschaftszweigen nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit – WZ 93

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Tabelle A 3.9: Bruttomonatsverdienste von Frauen und Männern in den fünf am stärksten besetzten Berufen im Angestellten- und im Arbeiterbereich in Deutschland (in €)

Beruf	Einkomr	nen in €
	2001	2002 ¹
männliche Angeste	llte	
Bürofachkräfte	3.264	3.457
Geschäftsführer, Filialleiter und andere	5.765	6.105
Datenverarbeitungsfachleute	4.229	4.479
Bankfachleute	3.780	4.003
Sonstige Techniker	3.588	3.800
weibliche Angestel	llte	
Bürofachkräfte	2.439	2.580
Verkäuferinnen	1.764	1.866
Bankfachleute	2.703	2.860
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	2.493	2.638
Sekretärinnen	2.916	3.085
Arbeiter		
Kraftfahrzeugführer	2.308	2.370
Elektroinstallateure, -monteure	2.473	2.540
Lager-, Transportarbeiter	2.134	2.192
Metallarbeiter	2.382	2.446
Maschinenschlosser	2.676	2.748
Arbeiterinnen		
Arbeiterinnen im Versand	1.704	1.760
Elektrogeräte-, Elektroteilemontiererinnen	1.955	2.020
Hilfsarbeiterinnen	1.664	1.719
Kunststoffverarbeiterinnen	1.745	1.803
Metallarbeiterinnen	1.889	1.951

¹ Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 fortgeschätzt mit dem Index der Bruttomonatsverdienste aus der laufenden Verdiensterhebung auf das Jahr 2002

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004i, Tabelle 10: 360

Tabelle A 3.10: Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (Vollzeit)¹ nach Geschlecht und nach Betriebsgrößenklasse in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ost-deutschland 2002

Betriebsgrößenklassen	Bruttojahre	sverdienste	Besch	äftigte							
(Zahl der Beschäftigten)	in€	Rang	insgesamt (in 1.000)	weibliche (in %)							
	Deu	ıtschland ²									
1-9	22.058	1	3.512	47,7							
10-19	26.574	2	1.985	38,1							
20-49	28.385	3	2.958	34,4							
50-99	30.080	4	2.409	35,1							
100-199	31.490	5	2.369	35,2							
200-499	33.674	6	2.855	35,1							
500 und mehr Beschäftigte	37.794	7	4.651	32,6							
insgesamt	30.530	-	20.739	36,9							
Westdeutschland ²											
1-9	23.194	1	2.704	47,4							
10-19	27.980	2	1.550	37,9							
20-49	29.882	3	2.279	33,7							
50-99	31.523	4	1.888	33,9							
100-199	32.840	5	1.905	33,5							
200-499	34.884	6	2.358	32,7							
500 und mehr Beschäftigte	38.706	7	3.964	29,2							
insgesamt	31.952	-	16.647	35,1							
	Ostde	eutschland ²									
1-9	18.254	1	808	48,9							
10-19	21.561	2	435	38,7							
20-49	23.354	3	678	36,6							
50-99	24.859	4	522	39,5							
100-199	25.953	5	464	42,2							
200-499	27.943	6	497	46,7							
500 und mehr Beschäftigte	32.532	7	687	51,9							
insgesamt	24.743	-	4.092	44,1							

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudenten und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

² Standort des Betriebes, Ostdeutschland einschl. Berlin Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Tabelle A 3.11: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste (Vollzeit)¹ nach dem Ausbildungstand in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002

Schulabschluss	Durchschni	ttsverdienst	Besch	äftigte						
	in€	Rang	insgesamt (in 1.000)	weibliche (in %)						
	Deutscl	hland								
Ausbildung unbekannt, k.A.	24.073	1	2.353	39,1						
Haupt- und Realschule	29.317	2	15.284	37						
Abitur ohne Berufsausbildung	33.788	3	159	42,1						
Abitur mit Berufsausbildung	36.127	4	903	48,5						
Fachhochschule	43.375	5	784	25,9						
Universität	44.937	6	1.256	29,7						
Insgesamt	30.530	-	20.738	36,9						
Westdeutschland										
Ausbildung unbekannt, k.A.	25.141	1	1.834	38,4						
Haupt- und Realschule	30.766	2	12.371	35,2						
Abitur ohne Berufsausbildung	34.404	3	140	41,6						
Abitur mit Berufsausbildung	37.335	4	751	47,0						
Fachhochschule	46.000	5	612	20,4						
Universität	47.049	6	939	26,3						
Insgesamt	31.952	-	16.647	35,1						
	Ostdeuts	chland ²								
Ausbildung unbekannt, k.A.	20.298	1	519	41,5						
Haupt- und Realschule	23.164	2	2.913	44,3						
Abitur ohne Berufsausbildung	29.224	3	19	45,8						
Abitur mit Berufsausbildung	30.162	4	152	55,8						
Fachhochschule	34.023	5	172	45,4						
Universität	38.665	6	316	39,8						
Insgesamt	24.743	-	4.092	44,1						

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

² Standort des Betriebes: Ostdeutschland einschl. Berlin Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Tabelle A 3.12: Frauen und Männer und deren Bruttojahresverdienst (Vollzeit)¹ nach dem Alter der Beschäftigten in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ost-deutschland 2002

Alter	Bruttojahrese	einkommen	Besch	äftigte						
	in €	Rang	insgesamt (in 1.000)	weibliche (in %)						
	E	Deutschland								
unter 20 J.	16.725	1	119	46,9						
20–24 J.	21.779	2	1.520	48,8						
25–29 J.	26.833	3	2.176	43,9						
30–34 J.	30.875	4	3.146	36,8						
35–39 J.	32.111	6	3.545	32,9						
40–44 J.	32.039	5	3.183	34,5						
45–49 J.	32.124	7	2.712	36,7						
50–54 J.	32.138	8	2.305	36,4						
55–59 J.	32.234	10	1.441	35,1						
60 J. und älter	32.201	9	593	22,8						
insgesamt	30.530	-	20.738	36,9						
Westdeutschland ²										
unter 20 J.	17.396	1	101	46,6						
20–24 J.	22.730	2	1.254	49,4						
25–29 J.	27.877	3	1.828	43,8						
30–34 J.	32.166	4	2.621	35,7						
35–39 J.	33.658	6	2.866	30,4						
40–44 J.	33.713	7	2.517	31,6						
45–49 J.	33.904	8	2.097	34,0						
50–54 J.	33.945	9	1.783	33,7						
55–59 J.	34.156	10	1.105	32,3						
60 J. und älter	33.037	5	476	22,1						
insgesamt	31.952	-	16.647	35,1						
	Os	tdeutschland²								
unter 20 J.	12.719	1	17	48,6						
20–24 J.	17.303	2	266	45,6						
25–29 J.	21.349	3	348	44,5						
30–34 J.	24.433	4	525	42,1						
35–39 J.	25.580	5	679	43,6						
40–44 J.	25.721	6	667	45,3						
45–49 J.	26.057	9	615	45,9						
50–54 J.	25.964	8	522	45,4						
55–59 J.	25.916	7	336	44,5						
60 J. und älter	28.791	10	117	25,7						
insgesamt	24.743	-	4.092	44,1						

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

² Standort des Betriebes: Ostdeutschland einschl. Berlin Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Tabelle A 3.13: Bruttojahresverdienst und Vollzeitbeschäftigte nach Geschlecht und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001

Dauer der	Bruttojahres	verdienste	Besch	äftigte	Frauenein-					
Unternehmens- zugehörigkeit	in €	Rang	insgesamt (in 1.000)	weibliche (in %)	kommen in % der Männerein- kommen					
		Deutschlan	nd							
unter 1 Jahre	32.284	1	339	28	82					
1 bis 2 Jahre	34.021	2	1.823	28	80					
3 bis 5 Jahre	35.234	3	1.712	27	77					
6 bis 10 Jahre	36.565	4	2.161	27	79					
11 bis 15 Jahre	40.408	5	1.492	22	79					
16 bis 20 Jahre	43.041	6	859	20	79					
21 bis 25 Jahre	43.571	7	759	19	79					
26 bis 30 Jahre	43.854	8	528	19	79					
31 Jahre und mehr	45.486	9	517	15	81					
Westdeutschland ¹										
unter 1 Jahre	33.420	1	300	29,0	82,0					
1 bis 2 Jahre	35.502	2	1.600	28,0	79,0					
3 bis 5 Jahre	36.831	3	1.478	27,0	77,0					
6 bis 10 Jahre	38.483	4	1.792	26,0	79,0					
11 bis 15 Jahre	40.984	5	1.409	22,0	79,0					
16 bis 20 Jahre	43.807	6	807	19,0	80,0					
21 bis 25 Jahre	44.545	7	703	18,0	79,0					
26 bis 30 Jahre	45.043	8	481	18,0	80,0					
31 Jahre und mehr	47.138	9	462	14,0	80,0					
		Ostdeutschla	nd¹							
unter 1 Jahre	23.729	1	40	29,0	82,0					
1 bis 2 Jahre	23.419	2	223	28,0	85,0					
3 bis 5 Jahre	25.153	3	234	29,0	84,0					
6 bis 10 Jahre	27.248	4	369	32,0	87,0					
11 bis 15 Jahre	30.591	5	83	36,0	94,0					
16 bis 20 Jahre	31.101	6	52	36,0	94,0					
21 bis 25 Jahre	31.391	7	56	30,0	94,0					
26 bis 30 Jahre	31.710	8	47	27,0	96,0					
31 Jahre und mehr	30.514	9	55	24,0	93,0					

¹ Standort des Betriebes: Westdeutschland einschl. Berlin-West, Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost. Vollzeitbeschäftigte im produzierenden Gewerbe, Handel und Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistung überwiegend für Unternehmen

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003k: Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001; eigene Berechnungen

Tabelle A 3.14: Bruttojahresverdienste (Vollzeit)¹ abhängig beschäftigter Frauen und Männer nach Staatsangehörigkeit 2002

Staatsangehörigkeit		lienst rauen		lienst ännern	Frauenein- kommen in % des Männerein-
	€	%	€	%	kommens
Deutschland	25.981	100,0	33.632	100,0	77,3
Türkei	20.551	79,1	28.349	84,3	72,5
Italien	22.540	86,8	29.198	86,8	77,2
Jugoslawien	23.982	92,3	28.689	85,3	83,6
Griechenland	22.246	85,6	28.193	83,8	78,9
Frankreich	28.501	109,7	34.123	101,5	83,5
Kroatien	25.468	98,0	30.719	91,3	82,9
Polen	20.411	78,6	25.780	76,7	79,2
Österreich	30.119	115,9	39.556	117,6	76,1
Portugal	21.771	83,8	28.445	84,6	76,5
Spanien	26.880	103,5	33.594	99,9	80,0
Belgien, Niederlande, Luxemburg	29.977	115,4	37.435	111,3	80,1
Skandinavien, Großbritannien, Irland	32.543	125,3	39.177	116,5	83,1
Bosnien-Herzegowina, Makedonien, Slowenien	22.537	86,7	27.160	80,8	83,0
Sowjetunion und Nachfolge- staaten	20.905	80,5	25.682	76,4	81,4
Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschechien, Slowakei	22.036	84,8	27.338	81,3	80,6
restliches Europa	23.644	91,0	29.762	88,5	79,4
Afrika ²	17.474	67,3	24.234	72,1	72,1
Amerika ²	26.550	102,2	34.632	103,0	76,7
Asien ²	21.633	83,3	23.944	71,2	90,3

¹ Hochgerechnetes sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt auf Basis der quartalsweise erhobenen sozialversicherungspflichtigen Bruttomonatsentgelte. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende, Werkstudentinnen und -studenten, Praktikantinnen und Praktikanten, Beschäftigte in Altersteilzeit und geringfügig Entlohnte

² Bürgerinnen und Bürger von den Kontinenten Asien (ohne Türkei), Afrika und Amerika Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; eigene Berechnungen

Anhang Kapitel 4

Tabellen

Tabelle A 4.1: Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2004 (in %)

Alter der	Bev. im					davon	(in %)			
Person (in Jahren)	Alter von 18 u.	ledige Kinder	allein Le	ebende	mit Partne ohne Kir	,	mit Partne Kind		Alleiner- zie-	sonstige Personen ²
	mehr Jahren (in 1.000)	bei Eltern- (teil)	ledig	nicht mehr ledig	verheiratet zus.lebend	un- verh. zus lebend	verheiratet zus.lebend	unverh. zus.lebend	hende ¹	
Männer										
18-24	3.310	71,8	15,1	0,2	1,6	5,1	1,5	1,0	0,2	3,5
25-29	2.228	27,3	27,5	1,4	7,7	13,7	14,3	3,8	0,4	3,7
30-34	2.609	10,3	23,0	3,3	9,8	10,7	34,3	5,7	0,7	2,3
35-44	6.803	4,8	14,6	6,2	9,0	5,2	52,0	4,8	1,6	1,8
45-54	5.758	1,9	8,2	8,0	22,3	3,6	49,9	2,3	2,2	1,7
55-64	5.115	0,4	5,0	8,8	57,2	3,1	22,5	0,6	1,2	1,3
65-74	4.241	/	3,5	10,4	72,9	2,7	8,3	0,2	0,9	1,0
75-79	1.208	/	2,4	16,8	71,3	2,3	4,3	1	1,1	1,7
80 u. mehr	960	/	1,8	27,5	61,3	2,0	2,4	1	1,4	3,5
zusammen	32.233	11,5	11,3	7,3	30,5	5,1	28,7	2,4	1,2	2,0
Frauen										
18-24	3.244	56,1	15,9	0,3	4,1	10,2	5,1	2,2	2,6	3,5
25-29	2.205	12,7	19,9	1,1	11,1	15,0	26,4	5,0	6,3	2,5
30-34	2.581	3,4	12,8	1,7	10,1	8,3	47,4	6,3	8,7	1,2
35-44	6.682	1,5	7,1	2,7	9,6	4,0	57,9	4,7	11,5	1,0
45-54	5.895	0,7	4,4	7,6	30,8	3,5	42,4	1,6	8,1	1,0
55-64	5.270	0,2	3,4	16,5	59,7	2,8	12,6	0,2	3,2	1,4
65-74	4.873	/	3,9	30,2	54,0	2,1	4,2	/	2,9	2,6
75-79	1.846	/	5,7	48,5	35,0	1,1	1,8	/	3,0	4,9
80 u. mehr	2.200	/	5,9	64,7	14,9	0,7	0,5	/	2,9	10,5
zusammen	34.796	6,7	7,5	15,4	28,3	4,7	26,6	2,2	6,1	2,4
Insgesamt										
18-24	6.554	64,0	15,5	0,2	2,8	7,7	3,3	1,6	1,4	3,5
25-29	4.433	20,0	23,7	1,3	9,4	14,4	20,4	4,4	3,3	3,1
30-34	5.190	6,9	17,9	2,5	10,0	9,5	40,8	6,0	4,6	1,7
35-44	13.486	3,2	10,9	4,5	9,3	4,6	54,9	4,7	6,5	1,4
45-54	11.653	1,3	6,3	7,8	26,6	3,5	46,1	1,9	5,2	1,4
55-64	10.385	0,3	4,2	12,7	58,5	2,9	17,5	0,4	2,2	1,3
65-74	9.114	/	3,7	21,0	62,8	2,4	6,1	0,1	2,0	1,9
75-79	3.053	/	4,4	36,0	49,4	1,6	2,8	/	2,3	3,6
80 u. mehr	3.160	/	4,7	53,4	29,0	1,1	1,0	/	2,4	8,4
zusammen	67.028	9,0	9,3	11,5	29,4	4,9	27,6	2,3	3,7	2,2

¹ ohne Lebenspartner im Haushalt

Anmerkung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Lesehilfe: Im Jahr 2004 lebten 10,3 Prozent aller 30- bis 34-jährigen Männer noch als lediges Kind im elterlichen Haushalt.

Datenbasis: Mikrozensus 2004

² Personen, die in sonstiger Gemeinschaft mit verwandten und nicht verwandten Personen leben

Tabelle A 4.2: Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Westdeutschland 2004 (in %)

Alter der	Bev. im		davon (in %)									
Person (in Jahren)	Alter von 18 u.	ledige Kinder	allein Le	ebende	mit Partne ohne Kir			er/-in und (ern)	Alleiner- zie-	sonstige Personen ²		
	mehr Jahren (in 1.000)	bei Eltern- (teil)	ledig	nicht mehr ledig	verheiratet zus.lebend	un- verh. zus lebend	verheiratet zus.lebend	unverh. zus.lebend	hende ¹			
Männer												
18-24	2.591	71,9	14,5	1	1,9	5,1	1,7	0,8	/	3,6		
25-29	1.810	27,0	26,7	1,6	8,6	13,5	15,7	2,7	0,3	3,9		
30-34	2.177	9,9	22,2	3,5	10,9	11,0	35,8	3,8	0,6	2,4		
35-44	5.609	4,6	14,7	6,0	9,8	5,4	52,5	3,6	1,5	1,8		
45-54	4.611	1,9	8,6	7,6	21,1	3,6	51,2	2,0	2,2	1,8		
55-64	4.194	0,4	5,3	8,9	55,3	3,0	23,8	0,6	1,2	1,3		
65-74	3.420	/	4,0	10,6	71,7	2,6	8,8	0,2	0,9	1,1		
75-79	1.009	/	2,7	17,0	70,8	2,3	4,5	1	1,0	1,7		
80 u. mehr	816	/	2,0	27,1	61,7	1,9	2,5	1	1,3	3,4		
zusammen	26.237	11,2	11,3	7,3	30,3	5,1	29,7	1,8	1,2	2,0		
Frauen												
18-24	2.592	56,1	15,6	0,3	4,8	10,0	5,9	1,6	2,1	3,6		
25-29	1.841	12,5	20,0	1,2	12,1	14,9	27,9	3,3	5,3	2,6		
30-34	2.175	3,5	13,1	1,8	11,1	8,7	48,6	4,2	7,6	1,3		
35-44	5.524	1,6	7,8	2,8	10,1	4,2	58,0	3,7	10,7	1,0		
45-54	4.743	0,8	4,8	7,5	29,5	3,4	43,6	1,4	8,0	1,1		
55-64	4.274	0,2	3,5	16,5	58,6	2,7	13,5	0,2	3,2	1,5		
65-74	3.893	/	3,9	30,0	53,8	2,1	4,4	1	2,9	2,8		
75-79	1.489	/	5,6	47,7	35,6	1,2	1,9	1	3,1	4,9		
80 u. mehr	1.816	/	6,0	63,9	15,3	0,7	0,5	1	3,0	10,6		
zusammen	28.347	6,7	7,8	15,2	28,1	4,7	27,5	1,7	5,8	2,5		
Insgesamt												
18-24	5.183	64,0	15,1	0,2	3,3	7,6	3,8	1,2	1,1	3,6		
25-29	3.650	19,7	23,3	1,4	10,4	14,2	21,9	3,0	2,8	3,2		
30-34	4.352	6,7	17,7	2,6	11,0	9,9	42,2	4,0	4,1	1,8		
35-44	11.134	3,1	11,3	4,4	10,0	4,8	55,2	3,7	6,0	1,4		
45-54	9.354	1,3	6,7	7,6	25,3	3,5	47,3	1,7	5,1	1,4		
55-64	8.467	0,3	4,4	12,7	57,0	2,8	18,6	0,4	2,2	1,4		
65-74	7.313	/	3,9	20,9	62,2	2,4	6,4	0,1	2,0	2,0		
75-79	2.498	/	4,4	35,3	49,8	1,6	2,9	/	2,2	3,6		
80 u. mehr	2.632	/	4,7	52,5	29,7	1,1	1,1	/	2,5	8,4		
zusammen	54.584	8,8	9,5	11,4	29,2	4,9	28,5	1,8	3,6	2,3		

¹ ohne Lebenspartner im Haushalt

Anmerkung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Lesehilfe: In Westdeutschland lebten im Jahr 2004 27,0 Prozent aller Männer im Alter von 25 bis 29 Jahren als Ledige allein im Haushalt.

Datenbasis: Mikrozensus 2004

² Personen, die in sonstiger Gemeinschaft mit verwandten und nicht verwandten Personen leben

Tabelle A 4.3: Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost) 2004 (in %)

Alter der	Bev. im					davon	(in %)			
Person (in Jahren)	Alter von 18 u.	ledige Kinder	allein Le	ebende	mit Partne ohne Kir		mit Partn Kind		Alleiner- zie-	sonstige Personen ²
	mehr Jahren (in 1.000)	bei Eltern- (teil)	ledig	nicht mehr ledig	verheiratet zus.lebend	un- verh. zus	verheiratet zus.lebend	unverh. zus.lebend	hende ¹	
						lebend				
Männer 18-24	719	71,5	17 /	,	1	5,1	,	1.0	,	3,0
25-29	719 418	71,5 28,9	17,4 31,1	,	3,8	5, i 14,6	8,6	1,8 8,8	,	2,9
30-34	433	12,3	26,8	2,7	3,0 4,6	8,9	27,1	0,0 15,0	,	2,9 1,7
35-44	1.194	5,6	14,0	7,1	5,3	4,3	49,6	10,2	2,2	1,7
45-54	1.147	2,0	6,5	9,6	26,9	3,6	44,4	3,3	2,2	1,5
55-64	921	2,0	3,4	8,6	65,8	3,3	16,1	0,6	0,9	0,9
65-74	921 821	/	3,4 1,7	9,8	77,8	3,0	6,0	0,0	0,9	0,9
75-79	198	′,	1,7	16,1	74,1	3,0	3,5	,	0,0	0,7
80 u. mehr	144	',	,	29,9	59,6	,	5,5	,	,	4,3
zusammen	5.996	13,0	11,0	7,4	31,5	4,9	24,5	4,7	1,3	1,7
Zasammen	3.770	13,0	11,0	7,17	31,3	7,7	24,0	4,7	1,5	1,7
Frauen										
18-24	652	56,1	17,2	1	1,5	11,3	1,9	4,3	4,7	2,9
25-29	364	13,4	19,3	,	5,7	15,6	18,8	13,4	11,0	2,1
30-34	406	2,9	11,3	,	4,9	6,3	40,6	17,8	14,4	2,.
35-44	1.158	1,2	3,8	2,4	6,8	3,1	57,4	9,2	15,3	0,8
45-54	1.152	0,6	2,9	7,8	36,2	3,8	37,4	2,1	8,6	0,8
55-64	997	/	2,9	16,6	64,4	3,1	8,7	. /	2,9	0,9
65-74	979	/	3,8	30,9	54,8	2,0	3,4	1	3,0	2,0
75-79	357	/	5,8	51,8	32,4	/		/	2,9	5,1
80 u. mehr	385	/	5,6	68,3	12,7	/	/	/	2,3	10,1
zusammen	6.449	7,0	6,4	16,1	29,3	4,5	22,7	4,4	7,5	2,1
Insgesamt										
18-24	1.371	64,2	17,3	/	1,0	8,0	1,2	3,0	2,3	2,9
25-29	782	21,6	25,6	0,7	4,7	15,1	13,3	10,9	5,4	2,5
30-34	838	7,8	19,3	1,8	4,7	7,6	33,6	16,3	7,4	1,3
35-44	2.352	3,4	9,0	4,8	6,0	3,7	53,5	9,7	8,7	1,2
45-54	2.299	1,3	4,7	8,7	31,6	3,7	40,9	2,7	5,4	1,1
55-64	1.918	0,3	3,1	12,8	65,1	3,2	12,3	0,4	1,9	0,9
65-74	1.801	/	2,9	21,3	65,3	2,5	4,6	/	2,0	1,4
75-79	555	/	4,1	39,0	47,3	1,4	2,1	/	2,3	3,7
80 u. mehr	528	/	4,2	57,8	25,5	1,1	1	/	2,1	8,6
zusammen	12.444	9,9	8,6	11,9	30,4	4,7	23,6	4,5	4,5	1,9

¹ ohne Lebenspartner im Haushalt

Anmerkung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Lesehilfe: In Ostdeutschland waren im Jahr 2004 14,3 Prozent aller Frauen im Alter von 30 bis 34 Jahren Alleinerziehende ohne Lebenspartner im Haushalt.

Datenbasis: Mikrozensus 2004

² Personen, die in sonstiger Gemeinschaft mit verwandten und nicht verwandten Personen leben

Tabelle A 4.4: Private Lebensformen der deutschen Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2004 (in %)

Alter der	Bev. im					davon	ı (in %)	davon (in %)									
Person (in Jahren)	Alter von 18 u.	ledige Kinder	allein Le	ebende	mit Partne ohne Kir		mit Partne Kind		Alleiner- zie-	sonstige Personen ²							
	mehr Jahren (in 1.000)	bei Eltern- (teil)	ledig	nicht mehr ledig	verheiratet zus.lebend	un- verh. zus	verheiratet zus.lebend	unverh. zus.lebend	hende ¹								
						lebend											
Männer																	
18-24	2.972	73,5	14,5	/	1,0	5,4	1,1	1,1	0,2	3,2							
25-29	1.887	29,3	28,6	1,0	6,3	15,2	11,6	4,1	0,3	3,5							
30-34	2.228	11,2	24,3	2,9	9,3	11,8	31,5	6,2	0,7	2,2							
35-44	6.184	5,2	15,1	6,0	9,0	5,5	50,9	5,0	1,7	1,8							
45-54	5.338	2,1	8,4	7,8	22,6	3,7	49,3	2,3	2,1	1,7							
55-64	4.700	0,4	5,1	8,8	58,3	3,1	21,3	0,6	1,2	1,2							
65-74	4.074	/	3,5	10,3	73,5	2,7	7,9	0,2	0,9	1,0							
75-79	1.186	/	2,3	16,9	71,4	2,3	4,3	/	1,0	1,6							
80 u. mehr	946	/	1,8	27,6	61,4	1,9	2,4	/	1,4	3,5							
zusammen	29.515	11,7	11,3	7,4	31,4	5,3	27,5	2,4	1,2	1,9							
Frauen																	
18-24	2.892	57,7	16,3	0,2	2,8	10,9	3,7	2,3	2,7	3,3							
25-29	1.848	13,9	21,8	0,9	9,8	16,8	22,3	5,5	6,4	2,5							
30-34	2.194	3,6	13,9	1,5	9,7	9,2	44,7	7,1	8,9	1,2							
35-44	6.113	1,6	7,5	2,7	9,5	4,2	57,1	4,9	11,6	1,0							
45-54	5.431	0,8	4,5	7,6	30,9	3,6	41,9	1,6	8,1	1,0							
55-64	4.947	0,2	3,4	16,8	60,3	2,9	11,9	0,2	3,0	1,3							
65-74	4.752	/	3,9	30,2	54,1	2,1	4,2	/	2,9	2,5							
75-79	1.820	/	5,7	48,6	35,1	1,1	1,8	/	3,1	4,7							
80 u. mehr	2.181	/	5,9	64,7	14,9	0,7	0,5	/	2,9	10,4							
zusammen	32.179	6,7	7,7	16,1	28,8	4,8	25,1	2,3	6,0	2,4							
Insgesamt																	
18-24	5.864	65,7	15,4	0,2	1,9	8,1	2,4	1,7	1,4	3,3							
25-29	3.735	21,7	25,2	1,0	8,0	16,0	16,9	4,8	3,3	3,0							
30-34	4.423	7,5	19,1	2,3	9,5	10,5	38,1	6,6	4,7	1,7							
35-44	12.297	3,4	11,3	4,3	9,2	4,8	54,0	5,0	6,6	1,4							
45-54	10.769	1,4	6,5	7,7	26,8	3,7	45,5	2,0	5,1	1,4							
55-64	9.647	0,3	4,2	12,9	59,3	3,0	16,5	0,4	2,1	1,3							
65-74	8.826		3,7	21,0	63,1	2,4	5,9	0,1	2,0	1,8							
75-79	3.007	,	4,3	36,1	49,4	1,6	2,8	/	2,3	3,5							
80 u. mehr	3.127	,	4,7	53,5	28,9	1,1	1,0	/	2,4	8,3							
zusammen	61.694	9,1	9,4	11,9	30,0	5,0	26,3	2,3	3,7	2,2							

¹ ohne Lebenspartner im Haushalt

Anmerkung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Lesehilfe: Im Jahr 2004 lebten 61,3 Prozent aller 80-jährigen und älteren deutschen Männer verheiratet mit ihrer Partnerin zusammen im Haushalt.

Datenbasis: Mikrozensus 2004

² Personen, die in sonstiger Gemeinschaft mit verwandten und nicht verwandten Personen leben

Tabelle A 4.5: Private Lebensformen der ausländischen Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2004 (in %)

Alter der	Bev. im		davon (in %)									
Person (in Jahren)	Alter von 18 u.	ledige Kinder	allein Le	ebende		mit Partner/-in, ohne Kinder		er/-in und (ern)	Alleiner- zie-	sonstige Personen ²		
	mehr Jahren (in 1.000)	bei Eltern- (teil)	ledig	nicht mehr ledig	verheiratet zus.lebend	un- verh. zus lebend	verheiratet zus.lebend	unverh. zus.lebend	hende ¹			
Männer												
18-24	338	57,3	20,5	1	7,2	3,1	4,9	1	1	5,3		
25-29	341	16,4	21,9	3,5	15,9	5,5	29,4	2,1	1	4,9		
30-34	381	4,7	15,5	5,6	13,0	4,4	50,9	2,7	1	2,7		
35-44	620	1,4	9,7	8,2	9,4	2,3	63,2	2,8	1,3	1,7		
45-54	421	/	5,2	10,1	18,5	2,6	57,7	1,6	2,7	1,5		
55-64	415	/	3,9	9,4	45,3	2,4	35,4	1	1	1,8		
65-74	167	/	3,2	13,3	59,5	/	18,1	1	1	/		
75-79	21	/	1	1	65,0	/	1	1	1	/		
80 u. mehr	14	/	1	1	60,6	/	1	1	1	/		
zusammen	2.718	10,2	11,3	7,2	21,1	3,1	41,3	1,7	1,2	2,7		
Frauen												
18-24	352	42,4	12,7	/	14,6	4,7	17,0	1	2,1	5,1		
25-29	356	6,0	10,0	2,2	17,4	5,7	48,0	2,3	5,8	2,5		
30-34	387	2,3	6,4	2,5	12,5	3,3	62,4	1,9	7,5	/		
35-44	569	/	3,7	2,9	10,4	2,5	67,0	1,9	10,4	/		
45-54	464	/	2,6	7,4	29,0	1,8	48,2	1	8,7	1,4		
55-64	323	/	2,8	12,5	50,5	/	24,0	1	5,1	3,2		
65-74	121	/	1	27,7	49,5	/	5,0	1	1	8,3		
75-79	25	/	1	42,5	31,1	/	1	1	1	/		
80 u. mehr	19	/	1	59,3	1	/	1	1	1	/		
zusammen	2.617	7,0	5,9	6,4	22,5	3,0	44,4	1,4	6,8	2,7		
Insgesamt												
18-24	690	49,7	16,5	/	11,0	3,9	11,1	0,9	1,1	5,1		
25-29	698	11,1	15,8	2,8	16,7	5,6	38,9	2,2	3,2	3,7		
30-34	767	3,5	10,9	4,0	12,7	3,8	56,7	2,3	4,1	1,9		
35-44	1.189	1,0	6,8	5,7	9,9	2,4	65,0	2,4	5,6	1,3		
45-54	884	/	3,8	8,7	24,0	2,1	52,7	1,2	5,8	1,4		
55-64	738	/	3,4	10,8	47,6	1,9	30,4	/	2,8	2,4		
65-74	288	/	3,3	19,4	55,3	2,2	12,7	1	2,4	4,7		
75-79	47	/	1	29,9	46,6	/	1	/	1	11,1		
80 u. mehr	34	/	1	44,0	32,4	/	1	/	1	15,2		
zusammen	5.335	8,6	8,7	6,8	21,8	3,1	42,8	1,5	3,9	2,7		

¹ ohne Lebenspartner im Haushalt

Anmerkung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Lesehilfe: Im Jahr 2004 lebten 14,5 Prozent der ausländischen Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren verheiratet mit ihrem Partner, aber ohne Kinder im Haushalt zusammen.

Datenbasis: Mikrozensus 2004

² Personen, die in sonstiger Gemeinschaft mit verwandten und nicht verwandten Personen leben

Tabelle A 4.6: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Geburtskohorten und Schulabschluss bei Männern in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster	Partnerin ist jünger bzw. älter (in %)						
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6		
1946-1950/50-54	Hauptschule	11,0	25,4	56,4	4,4	2,8		
	Mittlere Reife	11,6	20,3	62,3	2,9	2,9		
	Abitur/FH-Reife	9,4	35,9	43,8	9,4	1,6		
gesamt		10,8	26,4	55,1	5,1	2,5		
1951-1955/45-49	Hauptschule	16,7	26,7	50,7	4,7	1,3		
	Mittlere Reife	11,4	30,0	58,6	0,0	0,0		
	Abitur/FH-Reife	11,9	20,3	62,7	5,1	0,0		
gesamt		14,3	26,2	55,2	3,6	0,7		
1956-1960/40-44	Hauptschule	7,9	28,5	55,8	5,5	2,4		
	Mittlere Reife	6,1	22,2	61,6	8,1	2,0		
	Abitur/FH-Reife	7,1	18,6	65,7	4,3	4,3		
gesamt		7,2	24,6	59,6	6,0	2,7		
1961-1965/35-39	Hauptschule	8,7	21,5	65,1	4,1	0,6		
	Mittlere Reife	3,9	15,5	76,7	2,3	1,6		
	Abitur/FH-Reife	2,9	16,3	73,1	4,8	2,9		
gesamt		5,7	18,3	70,9	3,7	1,5		
1966-1970/30-34	Hauptschule	10,9	21,8	61,8	4,5	0,9		
	Mittlere Reife	5,8	11,7	75,0	5,8	1,7		
	Abitur/FH-Reife	6,5	14,0	69,9	7,5	2,2		
gesamt		7,7	15,8	69,0	5,9	1,5		
1971-1975/25-29	Hauptschule	4,0	27,0	65,0	2,0	2,0		
	Mittlere Reife	6,7	20,0	66,7	5,6	1,1		
	Abitur/FH-Reife	0,0	16,4	76,7	4,1	2,7		
gesamt		3,8	21,7	68,8	3,8	1,9		
1976-1980/20-24	Hauptschule	0,0	21,9	73,4	3,1	1,6		
	Mittlere Reife	0,0	20,3	74,6	5,1	0,0		
	Abitur/FH-Reife	1,4	10,0	80,0	5,7	2,9		
gesamt		0,5	17,1	76,2	4,7	1,6		

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.7: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Kohorte und Schulabschluss bei Frauen in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partner	ist jünger bzw. älte	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule	0,8	0,4	40,8	34,5	23,5
	Mittlere Reife	0,0	1,1	51,1	29,5	18,2
	Abitur/FH-Reife	0,0	2,1	52,1	20,8	25,0
gesamt		0,5	0,8	44,7	31,6	22,5
1951-1955/45-49	Hauptschule	1,0	1,0	43,0	33,2	21,8
	Mittlere Reife	0,9	3,5	55,3	31,6	8,8
	Abitur/FH-Reife	3,2	1,6	54,8	24,2	16,1
gesamt		1,4	1,9	48,8	31,2	16,8
1956-1960/40-44	Hauptschule	1,5	1,5	48,0	28,2	20,8
	Mittlere Reife	0,0	3,1	48,7	34,4	13,8
	Abitur/FH-Reife	0,0	0,9	56,0	25,7	17,4
gesamt		0,6	2,0	50,0	30,0	17,4
1961-1965/35-39	Hauptschule	0,0	1,6	54,1	32,2	12,0
	Mittlere Reife	0,4	1,8	58,8	31,5	7,5
	Abitur/FH-Reife	1,2	2,4	66,9	16,0	13,6
gesamt		0,5	1,9	59,6	27,6	10,5
1966-1970/30-34	Hauptschule		2,1	43,8	30,6	23,6
	Mittlere Reife		2,0	51,2	32,2	14,6
	Abitur/FH-Reife		3,1	56,9	30,8	9,2
gesamt			2,3	50,5	31,3	15,9
1971-1975/25-29	Hauptschule	0	2,4	40,8	34,4	22,4
	Mittlere Reife	1,2	0,0	60,2	25,3	13,3
	Abitur/FH-Reife	0,0	0,0	65,3	22,8	11,9
gesamt		0,5	0,8	55,4	27,6	15,8
1976-1980/20-24	Hauptschule		0,0	50,0	30,0	20,0
	Mittlere Reife		0,8	57,9	27,3	14,0
	Abitur/FH-Reife		1,1	67,4	16,9	14,6
gesamt			0,7	58,6	24,8	15,9

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.8: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Kohorte und Schulabschluss bei Männern in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partnerii	n ist jünger bzw. ält	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule	8,3	29,2	62,5		
	Mittlere Reife		26,7	73,3		
	Abitur/FH-Reife	6,3	6,3	87,5		
gesamt		4,3	22,9	72,9		
1951-1955/45-49	Hauptschule	27,3	36,4	36,4		
	Mittlere Reife	4,7	27,9	62,8	4,7	
	Abitur/FH-Reife	7,7	15,4	65,4	7,7	3,8
gesamt		8,75	25	60	5	1,25
1956-1960/40-44	Hauptschule		16,7	83,3		
	Mittlere Reife	3,8	28,8	65,4	1,9	
	Abitur/FH-Reife	15,4	23,1	61,5		
gesamt		5,6	26,8	66,2	1,4	
1961-1965/35-39	Hauptschule		16,7	50,0		33,3
	Mittlere Reife	4,8	20,6	65,1	6,3	3,2
	Abitur/FH-Reife		35,7	50,0	7,1	7,1
gesamt		3,4	22,5	60,7	5,6	7,9
1966-1970/30-34	Hauptschule			75,0	25,0	
	Mittlere Reife		22,0	70,0	6,0	2,0
	Abitur/FH-Reife		14,3	71,4	14,3	
gesamt			19,7	70,5	8,2	1,6
1971-1975/25-29	Hauptschule		57,1	42,9		
	Mittlere Reife	5,3	26,3	57,9	5,3	5,3
	Abitur/FH-Reife	7,7	15,4	61,5	15,4	
gesamt		5,2	27,6	56,9	6,9	3,4
1976-1980/20-24	Hauptschule		14,3	85,7		
	Mittlere Reife		12,5	85,0	2,5	
	Abitu /FH-Reife		13,3	80,0		6,7
gesamt			12,9	83,9	1,6	1,6

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.9: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Kohorte und Schulabschluss bei Frauen in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partne	r ist jünger bzw. älte	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule			66,7	28,6	4,8
	Mittlere Reife			47,5	37,5	15,0
	Abitur/FH-Reife		6,3	56,3	25,0	12,5
gesamt			1,3	54,5	32,5	11,7
1951-1955/45-49	Hauptschule			66,7	22,2	11,1
	Mittlere Reife		1,6	65,6	19,7	13,1
	Abitur/FH-Reife			50,0	37,5	12,5
gesamt			1,3	64,1	21,8	12,8
1956-1960/40-44	Hauptschule			50,0	16,7	33,3
	Mittlere Reife			58,1	29,7	12,2
	Abitur/FH-Reife		6,7	60,0	20,0	13,3
gesamt			1,0	57,4	26,7	14,9
1961-1965/35-39	Hauptschule			50,0	40,0	10,0
	Mittlere Reife		5,8	60,5	22,1	11,6
	Abitur/FH-Reife			70,0	30,0	
gesamt			4,3	61,2	25,0	9,5
1966-1970/30-34	Hauptschule			66,7	16,7	16,7
İ	Mittlere Reife		1,2	72,0	18,3	8,5
	Abitur/FH-Reife			71,4	7,1	21,4
gesamt			1,0	71,6	16,7	10,8
1971-1975/25-29	Hauptschule				66,7	33,3
	Mittlere Reife		4,5	53,7	26,9	14,9
	Abitur /FH-Reife		3,8	65,4	23,1	7,7
gesamt			4,2	55,2	27,1	13,5
1976-1980/20-24	Hauptschule			50,0	25,0	25,0
	Mittlere Reife			60,9	19,6	19,6
	Abitur /FH-Reife			64,5	25,8	9,7
gesamt				61,7	22,2	16,0

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.10: Bildungshomogamie in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Geburtskohorte und erstem Schulabschluss in Westdeutschland (in %)

Geburtskohorten/	Höchster	N	länner (in %)	Frauen (in %)			
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	Sch	ulabschluss Partnerin	der	Schulab	schluss des	Partners	
		Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur	Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur	
1951-1955/45-49	Hauptschule	74,1	21,5	4,4	76,9	16,3	6,7	
	Mittlere Reife	40,4	52,6	7,0	33,7	45,8	20,5	
	Abitur/FH-Reife	13,7	35,3	51,0	20,5	10,3	69,2	
gesamt		55,3	30,8	13,9	59,4	23,0	17,6	
1951-1955/45-49	Hauptschule	74,4	22,3	3,3	80,0	15,0	5,0	
	Mittlere Reife	44,6	46,4	8,9	36,3	51,0	12,7	
	Abitur/FH-Reife	24,4	28,9	46,7	10,6	25,5	63,8	
gesamt		56,8	29,7	13,5	56,5	27,7	15,8	
1956-1960/40-44	Hauptschule	74,4	18,8	6,8	74,4	16,7	8,9	
	Mittlere Reife	24,3	68,9	6,8	31,8	49,4	18,8	
	Abitur/FH-Reife	20,0	41,8	38,2	14,3	20,2	65,5	
gesamt		48,9	37,8	13,4	46,1	30,2	23,7	
1961-1965/35-39	Hauptschule	60,2	33,8	6,0	72,4	22,4	5,1	
	Mittlere Reife	24,0	66,0	10,0	33,1	46,7	20,2	
	Abitur/FH-Reife	8,5	40,8	50,7	12,3	29,5	58,2	
gesamt		36,2	46,1	17,8	40,0	35,4	24,6	
1966-1970/30-34	Hauptschule	59,1	31,8	9,1	75,8	19,4	4,8	
	Mittlere Reife	20,9	65,1	14,0	34,4	47,2	18,3	
	Abitur/FH-Reife	17,7	25,8	56,5	17,4	26,1	56,5	
gesamt		34,3	42,4	23,3	43,4	33,6	23,0	
1971-1975/25-29	Hauptschule	68,5	28,8	2,7	75,0	22,0	3,0	
	Mittlere Reife	24,1	65,5	10,3	40,2	47,7	12,1	
	Abitur/FH-Reife	8,1	32,4	59,5	16,7	30,6	52,8	
gesamt		39,9	42,3	17,9	46,1	35,2	18,8	
1976-1980/20-24	Hauptschule	50,0	47,2	2,8	79,1	19,4	1,5	
	Mittlere Reife	11,1	80,6	8,3	35,1	50,0	14,9	
	Abitur/FH-Reife	7,4	33,3	59,3	17,6	37,3	45,1	
gesamt		24,2	55,6	20,2	44,8	37,3	17,9	

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.11: Bildungshomogamie in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Geburtskohorte und erstem Schulabschluss in Ostdeutschland (in %)

Geburtskohorten/	Höchster	N	Männer (in %)			Frauen (in %)			
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	Sch	ulabschluss Partnerin	der	Schulab	schluss des	Partners		
		Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur	Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur		
1951-1955/45-49	Hauptschule	52,6	47,4		50	50			
	Mittlere Reife	25,9	70,4	3,7	19,4	52,8	27,8		
	Abitur/FH-Reife	25,0	50,0	25,0	9,1	54,5	36,4		
gesamt		34,5	58,6	6,9	25,4	52,4	22,2		
1951-1955/45-49	Hauptschule	44,4	55,6		55,6	44,4			
	Mittlere Reife	13,5	78,4	8,1	14,5	72,7	12,7		
	Abitur/FH-Reife	10,0	40,0	50,0		50,0	50,0		
gesamt		16,7	63,6	19,7	18,6	67,1	14,3		
1956-1960/40-44	Hauptschule	33,3	50,0	16,7	40,0	60,0			
	Mittlere Reife	15,4	66,7	17,9	6,7	81,7	11,7		
	Abitur/FH-Reife	28,6	42,9	28,6	7,7	69,2	23,1		
gesamt		19,2	61,5	19,2	10,8	77,1	12,0		
1961-1965/35-39	Hauptschule	33,3	58,3	8,3	22,2	77,8			
	Mittlere Reife	5,8	86,5	7,7	13,3	78,7	8,0		
	Abitur/FH-Reife		36,4	63,6	12,5	56,3	31,3		
gesamt		9,3	74,7	16,0	14,0	75,0	11,0		
1966-1970/30-34	Hauptschule	33,3	33,3	33,3	40,0	60,0			
	Mittlere Reife		88,9	11,1	11,6	84,1	4,3		
	Abitur/FH-Reife		60,0	40,0	7,7	38,5	53,8		
gesamt		2,3	81,8	15,9	12,6	75,9	11,5		
1971-1975/25-29	Hauptschule	14,3	71,4	14,3	50,0	50,0			
	Mittlere Reife	8,8	76,5	14,7	13,7	78,4	7,8		
	Abitur/FH-Reife		50,0	50,0	4,8	42,9	52,4		
gesamt		8,5	72,3	19,1	12,2	67,6	20,3		
1976-1980/20-24	Hauptschule	40,0	60,0			100,0			
	Mittlere Reife	4,8	85,7	9,5	15,0	75,0	10,0		
	Abitur/FH-Reife		50,0	50,0	8,3	41,7	50,0		
gesamt		8,8	73,5	17,6	12,1	63,6	24,2		

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.12: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Männern in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partnerii	n ist jünger bzw. ält	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule	21,3	26,0	46,0	6,0	0,7
	Mittlere Reife	29,0	25,8	38,7	3,2	3,2
	Abitur/FH-Reife	25,5	34,5	30,9	9,1	
Gesamt		24,0	27,7	41,2	6,0	1,1
1951-1955/45-49	Hauptschule	23,0	27,0	40,5	4,8	4,8
	Mittlere Reife	26,6	32,8	40,6		
	Abitur/FH-Reife	26,0	22,0	46,0	2,0	4,0
Gesamt		24,6	27,5	41,7	2,9	3,3
1956-1960/40-44	Hauptschule	11,4	36,4	43,2	6,8	2,3
	Mittlere Reife	13,3	26,5	49,4	6,0	4,8
	Abitur/FH-Reife	15,4	20,0	52,3	1,5	10,8
Gesamt		12,9	29,6	47,1	5,4	5,0
1961-1965/35-39	Hauptschule	11,7	28,5	47,4	8,8	3,6
	Mittlere Reife	9,8	14,7	65,7	7,8	2,0
	Abitur/FH-Reife	14,1	20,0	56,5	4,7	4,7
Gesamt		11,7	21,9	55,6	7,4	3,4
1966-1970/30-34	Hauptschule	10,1	23,2	59,6	6,1	1,0
	Mittlere Reife	14,1	22,2	51,5	8,1	4,0
	Abitur/FH-Reife	7,0	22,5	56,3	8,5	5,6
Gesamt		10,8	22,7	55,8	7,4	3,3
1971-1975/25-29	Hauptschule	9,1	29,9	54,5	3,9	2,6
	Mittlere Reife	11,6	26,1	50,7	10,1	1,4
	Abitur/FH-Reife		18,2	74,5	5,5	1,8
Gesamt		7,5	25,4	58,7	6,5	2,0
1976-1980/20-24	Hauptschule		28,2	69,2		2,6
	Mittlere Reife		19,4	75,0	5,6	
	Abitur/FH-Reife	2,2	6,5	78,3	8,7	4,3
Gesamt		0,8	17,4	74,4	5,0	2,5

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.13: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partner	ist jünger bzw. älte	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule	2,6	3,2	38,9	31,6	23,7
	Mittlere Reife	2,8	2,8	46,5	31,0	16,9
	Abitur/FH-Reife	3,0	6,1	39,4	21,2	30,3
gesamt		2,7	3,4	40,8	30,3	22,8
1951-1955/45-49	Hauptschule	5,2	3,9	41,2	25,5	24,2
	Mittlere Reife	4,3	3,2	54,8	22,6	15,1
	Abitur/FH-Reife	4,3	4,3	52,2	15,2	23,9
gesamt		4,8	3,8	47,3	22,9	21,2
1956-1960/40-44	Hauptschule	2,3	2,3	46,5	22,7	26,2
	Mittlere Reife	2,4	9,0	43,4	27,1	18,1
	Abitur/FH-Reife		5,6	50,0	25,6	18,9
gesamt		1,9	5,6	46,0	25,0	21,5
1961-1965/35-39	Hauptschule	1,3	3,8	51,9	30,1	12,8
	Mittlere Reife	0,8	6,8	54,0	23,6	14,8
	Abitur/FH-Reife	2,6	5,8	55,5	18,1	18,1
gesamt		1,5	5,7	53,8	23,9	15,1
1966-1970/30-34	Hauptschule		3,2	36,3	37,1	23,4
	Mittlere Reife	1,6	2,7	48,4	31,0	16,3
	Abitur/FH-Reife	0,9	5,3	54,4	24,6	14,9
gesamt		0,9	3,6	46,4	31,0	18,0
1971-1975/25-29	Hauptschule		3,6	46,4	27,3	22,7
	Mittlere Reife	1,5	0,7	54,7	27,0	16,1
	Abitur/FH-Reife	1,3	3,8	50,0	21,8	23,1
gesamt		0,9	2,5	50,8	25,8	20,0
1976-1980/20-24	Hauptschule			38,1	33,3	28,6
	Mittlere Reife		1,1	48,4	28,0	22,6
	Abitur/FH-Reife			64,5	14,5	21,0
gesamt			0,5	50,0	25,7	23,9

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.14: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Männern in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partnerii	n ist jünger bzw. ält	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule	6,3	37,5	56,3		
	Mittlere Reife		28,0	60,0	8,0	4,0
	Abitur/FH-Reife	20,0	6,7	73,3		
gesamt		7,1	25,0	62,5	3,6	1,8
1951-1955/45-49	Hauptschule	14,3	28,6	57,1		
	Mittlere Reife	12,8	23,1	56,4	5,1	2,6
	Abitur/FH-Reife	18,2	4,5	68,2		9,1
gesamt		14,7	17,6	60,3	2,9	4,4
1956-1960/40-44	Hauptschule	20,0		60,0		20,0
	Mittlere Reife	5,6	25,0	69,4		
	Abitur/FH-Reife	18,2	18,2	63,6		
gesamt		9,6	21,2	67,3		1,9
1961-1965/35-39	Hauptschule			40,0	20,0	40,0
	Mittlere Reife	7,5	17,0	69,8	1,9	3,8
	Abitur/FH-Reife	7,7	38,5	46,2	7,7	
gesamt		7,0	19,7	63,4	4,2	5,6
1966-1970/30-34	Hauptschule			75,0	25,0	
	Mittlere Reife	5,9	29,4	52,9	8,8	2,9
	Abitur/FH-Reife		33,3	66,7		
gesamt		4,9	26,8	56,1	9,8	2,4
1971-1975/25-29	Hauptschule	20,0	40,0	40,0		
	Mittlere Reife	3,8	38,5	46,2	3,8	7,7
	Abitur/FH-Reife	11,1	11,1	66,7	11,1	
gesamt		7,5	32,5	50,0	5,0	5,0
1976-1980/20-24	Hauptschule		20,0	80,0		
	Mittlere Reife			91,3	8,7	
	Abitur/FH-Reife		12,5	87,5		
gesamt			5,6	88,9	5,6	

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.15: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)

Geburtskohorten/	Höchster		Partne	r ist jünger bzw. ält	er (in %)	
Alter (in Jahren)	Schulabschluss	-6	3	- 2 bis + 2	3	6
1946-1950/50-54	Hauptschule			81,3	12,5	6,3
	Mittlere Reife		6,3	31,3	40,6	21,9
	Abitur/FH-Reife		15,4	61,5	7,7	15,4
gesamt			6,6	50,8	26,2	16,4
1951-1955/45-49	Hauptschule			57,1	28,6	14,3
	Mittlere Reife		8,2	55,1	24,5	12,2
	Abitur/FH-Reife			50,0	37,5	12,5
gesamt			6,3	54,7	26,6	12,5
1956-1960/40-44	Hauptschule	10,0	20,0	30,0	10,0	30,0
	Mittlere Reife	5,0		58,3	30,0	6,7
	Abitur/FH-Reife	7,7	7,7	38,5	23,1	23,1
gesamt		6,0	3,6	51,8	26,5	12,0
1961-1965/35-39	Hauptschule			55,6	33,3	11,1
	Mittlere Reife		11,3	52,1	16,9	19,7
	Abitur/FH-Reife		5,9	52,9	35,3	5,9
gesamt			9,3	52,6	21,6	16,5
1966-1970/30-34	Hauptschule			25,0	25,0	50,0
	Mittlere Reife		2,9	63,8	20,3	13,0
	Abitur/FH-Reife		8,3	50,0	16,7	25,0
gesamt			3,5	60,0	20,0	16,5
1971-1975/25-29	Hauptschule		50,0		50,0	
	Mittlere Reife	1,6	4,9	47,5	31,1	14,8
	Abitur/FH-Reife		5,0	65,0	20,0	10,0
gesamt		1,2	6,0	50,6	28,9	13,3
1976-1980/20-24	Hauptschule			25,0	25,0	50,0
	Mittlere Reife			64,7	14,7	20,6
	Abitur/FH-Reife			50,0	31,8	18,2
gesamt				56,7	21,7	21,7

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.16: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss in Westdeutschland (in %)

Geburtskohorten/	Schulabschluss	N	Männer (in %	o)	F	Frauen (in %)			
Alter (in Jahren)		Schulab	abschluss der Partnerin Schulabschluss de			schluss des	es Partners		
		Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur	Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur		
1946-1950/50-54	Hauptschule	66,9	25,0	8,1	71,0	17,2	11,8		
	Mittlere Reife	32,3	54,8	12,9	26,8	45,1	28,2		
	Abitur/FH-Reife	13,0	31,5	55,6	15,2	6,1	78,8		
gesamt		47,7	33,3	18,9	53,8	22,8	23,4		
1951-1955/45-49	Hauptschule	65,6	26,4	8,0	72,4	17,8	9,9		
	Mittlere Reife	35,9	48,4	15,6	33,3	41,9	24,7		
	Abitur/FH-Reife	26,0	34,0	40,0	9,1	11,4	79,5		
gesamt		49,4	33,9	16,7	50,2	24,6	25,3		
1956-1960/40-44	Hauptschule	67,9	24,4	7,6	73,7	14,6	11,7		
	Mittlere Reife	26,5	59,0	14,5	26,5	44,0	29,5		
	Abitur/FH-Reife	13,8	32,3	53,8	13,5	12,4	74,2		
gesamt		43,0	36,6	20,4	42,7	25,6	31,7		
1961-1965/35-39	Hauptschule	52,9	37,5	9,6	67,8	20,4	11,8		
	Mittlere Reife	20,0	66,0	14,0	25,2	43,2	31,6		
	Abitur/FH-Reife	3,6	33,3	63,1	11,7	23,4	64,9		
gesamt		29,7	45,3	25,0	33,3	31,1	35,6		
1966-1970/30-34	Hauptschule	60,2	28,6	11,2	75,6	17,1	7,3		
	Mittlere Reife	16,2	59,6	24,2	27,9	47,0	25,1		
	Abitur/FH-Reife	8,5	29,6	62,0	15,2	17,9	67,0		
gesamt		30,2	40,3	29,5	38,5	30,4	31,1		
1971-1975/25-29	Hauptschule	61,3	29,3	9,3	74,3	22,0	3,7		
	Mittlere Reife	31,9	47,8	20,3	34,1	43,9	22,0		
	Abitur/FH-Reife		29,1	70,9	2,6	19,2	78,2		
gesamt		34,2	35,7	30,2	40,1	30,4	29,5		
1976-1980/20-24	Hauptschule	46,2	46,2	7,7	74,2	21,0	4,8		
	Mittlere Reife	8,8	61,8	29,4	40,2	47,8	12,0		
	Abitur/FH-Reife	4,5	27,3	68,2	11,3	21,0	67,7		
gesamt		19,7	43,6	36,8	41,7	32,4	25,9		

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Tabelle A 4.17: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss in Ostdeutschland (in %)

Geburtskohorten/	Schulabschluss	N	Männer (in %	o)	Frauen (in %)			
Alter (in Jahren)		Schulab	schluss derF	Partnerin	Schulab	schluss des	Partners	
		Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur	Hauptschu- le	Mittlere Reife	FH/Abitur	
1946-1950/50-54	Hauptschule	31,3	68,8		68,75	25	6,25	
	Mittlere Reife	28,0	64,0	8,0	25,0	40,6	34,4	
	Abitur/FH-Reife	13,3	60,0	26,7		46,2	53,8	
Gesamt		25,0	64,3	10,7	31,1	37,7	31,1	
1951-1955/45-49	Hauptschule	42,9	57,1		71,4	28,6		
	Mittlere Reife	10,3	76,9	12,8	12,2	71,4	16,3	
	Abitur/FH-Reife	4,5	36,4	59,1		50,0	50,0	
Gesamt		11,8	61,8	26,5	17,2	64,1	18,8	
1956-1960/40-44	Hauptschule	60,0	40,0		44,4	55,6		
	Mittlere Reife	8,3	69,4	22,2	5,0	76,7	18,3	
	Abitur/FH-Reife	9,1	27,3	63,6	7,7	38,5	53,8	
Gesamt		13,5	57,7	28,8	9,8	68,3	22,0	
1961-1965/35-39	Hauptschule	40,0	40,0	20,0	11,1	66,7	22,2	
	Mittlere Reife	1,9	79,2	18,9	11,3	74,6	14,1	
	Abitur/FH-Reife		23,1	76,9	11,8	41,2	47,1	
Gesamt		4,2	66,2	29,6	11,3	68,0	20,6	
1966-1970/30-34	Hauptschule	50,0	50,0		25,0	75,0		
	Mittlere Reife		76,5	23,5	7,2	85,5	7,2	
	Abitur/FH-Reife		33,3	66,7		41,7	58,3	
Gesamt		4,9	70,7	24,4	7,1	78,8	14,1	
1971-1975/25-29	Hauptschule	20,0	60,0	20,0	100,0			
	Mittlere Reife	7,7	73,1	19,2	11,5	85,2	3,3	
	Abitur/FH-Reife		33,3	66,7		35,0	65,0	
Gesamt		7,5	62,5	30,0	9,8	72,0	18,3	
1976-1980/20-24	Hauptschule	40,0	60,0			100,0		
	Mittlere Reife	4,3	78,3	17,4	11,8	67,6	20,6	
	Abitur/FH-Reife	25,0		75,0	13,6	22,7	63,6	
Gesamt		13,9	58,3	27,8	11,7	53,3	35,0	

Datenbasis: Familiensurvey 2000

Quelle: DJI-Familiensurvey, eigene Berechnungen

Tabelle A 4.18: Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Haushaltsgröße und Familienstand in Deutschland 2004 (in %)

Alter	Bev. Im			C	lavon: in H	laushalten	mit Pe	rsonen (in	%)		
(in Jahren)/ Nationalität	Alter von 60 u. mehr			1				2	2		3 und mehr
	Jahren	insge- samt	ledig	ge- schie- den	verhei- ratet getrennt leb.	verwitt- wet	insge- samt	mit Ehepart ner/-in	in nicht- ehel. LG ¹	sonsti- ge	insgesamt
Insgesamt											
60-64	5.801	18,0	4,0	6,0	1,4	6,6	67,2	62,0	2,8	2,4	14,8
65-69	5.453	21,7	3,7	4,9	1,1	12,0	68,4	63,5	2,6	2,3	9,9
70-74	3.755	29,0	3,8	3,6	1,1	20,6	63,7	58,7	2,0	3,0	7,3
75-79	3.081	40,2	4,4	3,3	1,0	31,6	53,5	48,5	1,6	3,4	6,3
80 u. älter	3.184	58,0	4,7	2,8	1,3	49,2	34,3	28,3	1,1	4,9	7,7
Bev. insge- samt dar.:	21.275	30,1	4,0	4,4	1,2	20,5	60,0	54,8	2,2	3,0	9,9
Deutsche	20.600	30,4	4,0	4,4	1,1	20,8	60,2	55,0	2,2	3,0	9,4
Ausländer	675	21,7	3,8	5,0	3,4	9,6	52,9	47,8	2,0	3,1	25,4
Frauen											
60-64	2.968	21,8	3,3	7,0	1,3	10,3	67,1	61,3	2,7	3,1	11,1
65-69	2.859	29,1	3,5	5,9	1,1	18,6	63,0	57,3	2,4	3,3	7,9
70-74	2.059	40,7	4,4	4,4	1,0	30,9	53,2	47,1	1,7	4,4	6,2
75-79	1.860	54,1	5,7	4,3	0,9	43,2	40,2	34,5	1,1	4,7	5,7
80 u. älter	2.214	70,5	5,9	3,4	1,1	60,1	21,2	14,5	0,7	6,0	8,3
Bev. insge- samt dar.:	11.961	40,8	4,4	5,2	1,1	30,2	51,0	45,1	1,8	4,1	8,1
Deutsche	11.670	41,1	4,4	5,2	1,1	30,5	51,1	45,1	1,8	4,1	7,8
Ausländer	291	29,1	3,6	5,9	2,2	17,3	50,0	43,2	1,7	5,1	20,9
Männer											
60-64	2.833	13,9	4,8	5,0	1,5	2,6	67,3	62,7	2,9	1,7	18,8
65-69	2.595	13,5	3,9	3,7	1,1	4,8	74,4	70,2	2,9	1,2	12,1
70-74	1.696	14,9	3,0	2,5	1,1	8,2	76,5	72,8	2,4	1,3	8,6
75-79	1.221	19,2	2,4	1,8	1,1	13,9	73,7	69,8	2,3	1,6	7,1
80 u. älter	970	29,4	1,8	1,5	1,7	24,4	64,1	59,9	1,9	2,3	6,5
Bev. insge- samt	9.314	16,3	3,6	3,4	1,3	8,0	71,4	67,2	2,6	1,6	12,3
dar.:	0.000	40.0	2.2	•	4.6		70.0	07.0	<u> </u>		
Deutsche	8.930	16,3	3,6	3,4	1,2	8,2	72,2	67,9	2,7	1,5	11,5
Ausländer	384	16,2	3,8	4,3	4,2	3,8	55,0	51,2	2,2	1,6	28,8

¹ nur heterosexuelle Paare

Anmerkung: / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

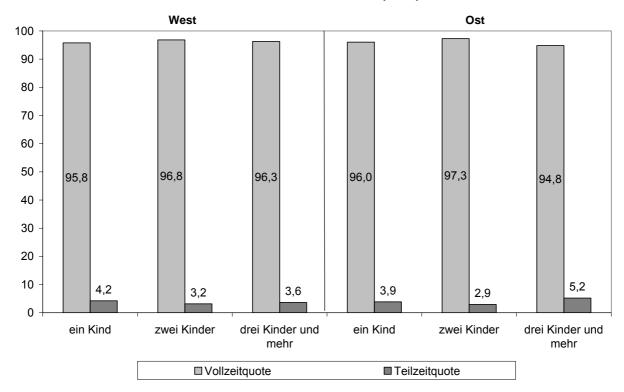
Datenbasis: Mikrozensus 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung

Anhang Kapitel 5

Abbildungen

Abbildung A 5.1: Vollzeit¹- und Teilzeitquoten² von Vätern (15- bis 64-Jährige) nach Zahl der Kinder³ in West⁴- und Ostdeutschland⁵ 2004 (in %)



¹ prozentualer Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Erwerbstätigengruppe; Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten

- 3 ledige Kinder, die in einer Eltern-Kind Gemeinschaft leben
- 4 einschl. Berlin-West
- 5 einschl. Berlin-Ost

Datenbasis: Mikrozensus

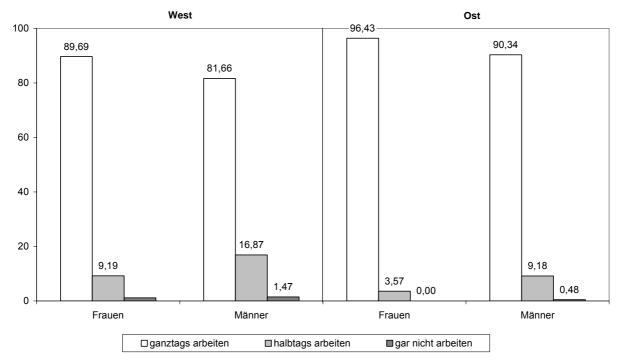
Quellen: Statistisches Bundesamt: 2005b; Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus; eigene Berechnungen

² prozentualer Anteil der Teilzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Erwerbstätigengruppe; Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten

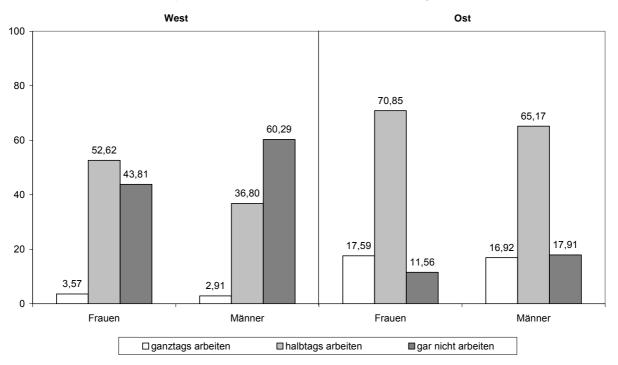
Abbildung A 5.2: Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Abhängigkeit von der Lebensphase, in der sich ihr (jüngstes) Kind befindet, in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)

Frage: "Sind Sie der Meinung, dass Frauen unter folgenden Umständen ganztags, halbtags oder überhaupt nicht außer Haus arbeiten sollen?"

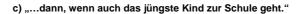
a) "...wenn sie verheiratet sind, aber noch keine Kinder haben."

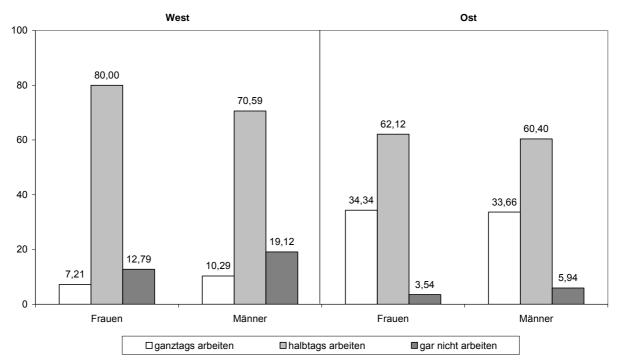


b) "...wenn ein Kind da ist, das noch nicht zur Schule geht."

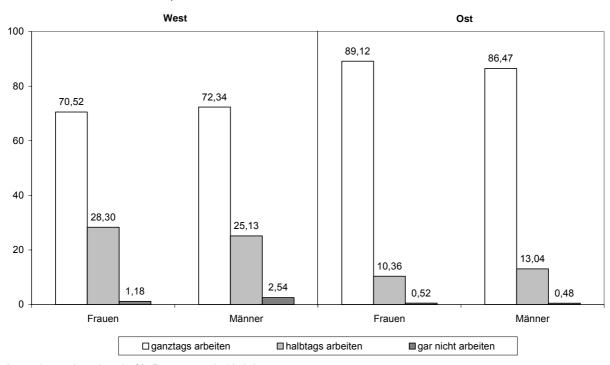


- Fortsetzung nächste Seite -





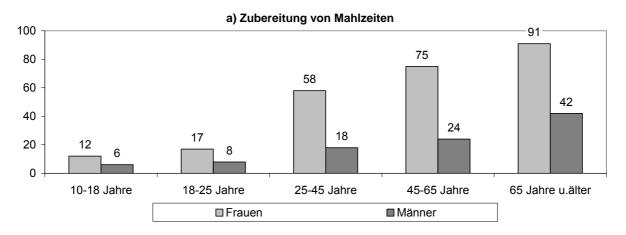
d) "...nachdem die Kinder das Elternhaus verlassen haben."

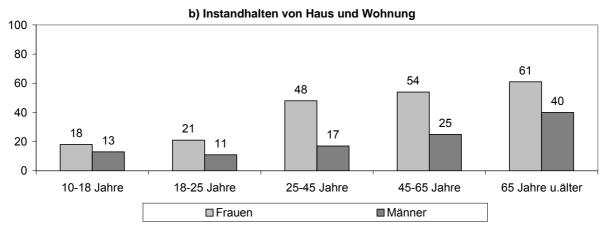


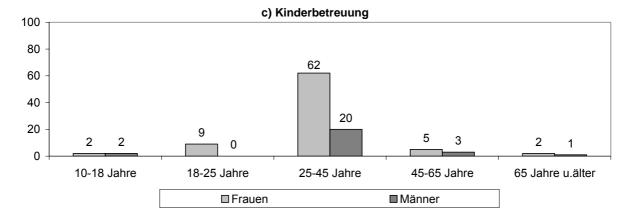
Anmerkung: Angaben in %, Personen ab 18 Jahren

Quelle: ISSP (International Social Survey Programme) 2002; eigene Berechnungen

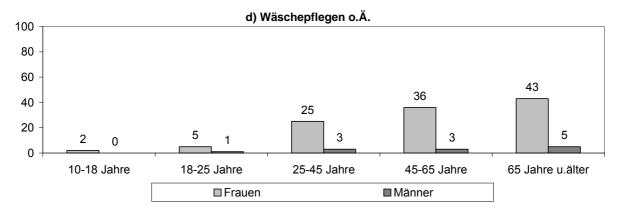
Abbildung A 5.3: Haushalts- und Familienarbeit nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland (in Minuten je Tag)

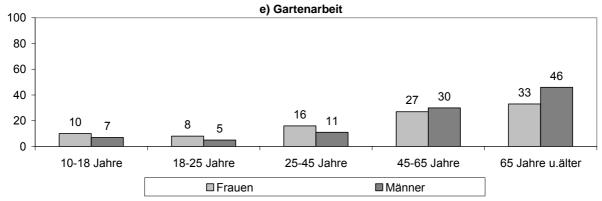


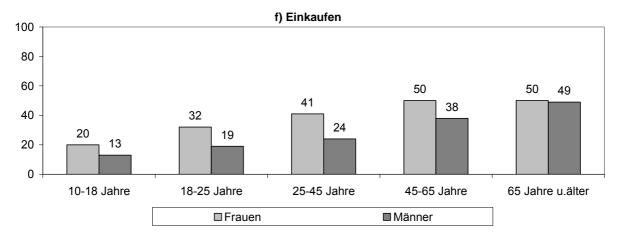




- Fortsetzung nächste Seite -







Datenbasis: Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes 2001/2002

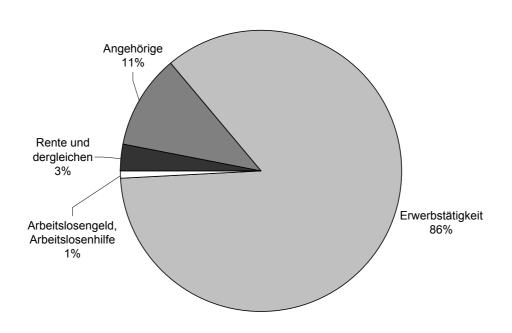
Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004i: 551

Anhang Kapitel 7

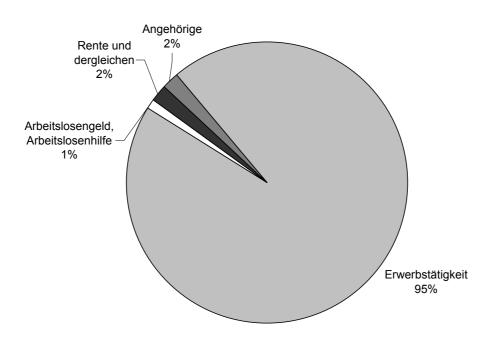
Abbildungen

Abbildung A 7.1: Überwiegenden Lebensunterhalt von erwerbstätigen Frauen und Männern in Deutschland 2004 (in %)

Frauen (16,0 Mio.)



Männer (19,7 Mio.)

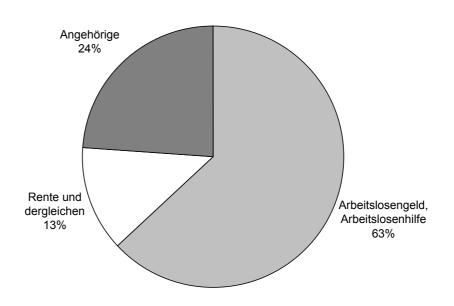


Datenbasis: Mikrozensus

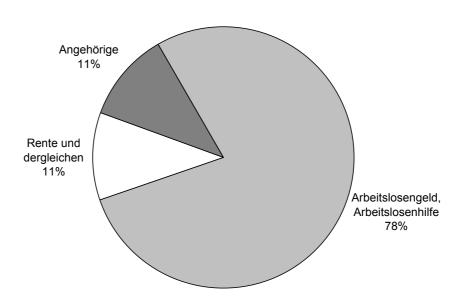
Quelle: Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; eigene Berechnungen

Abbildung A 7.2: Überwiegenden Lebensunterhalt von erwerbslosen Frauen und Männern in Deutschland 2004 (in %)

Frauen (2,1 Mio.)



Männer (2,8 Mio.)



Datenbasis: Mikrozensus

Quelle: Statistisches Bundesamt: GENESIS-ONLINE; eigene Berechnungen

Tabellen

Tabelle A 7.1: Bestand an gemeldeten Arbeitslosen und Quote der arbeitslosen Leistungsempfänger/-innen nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in Westund Ostdeutschland 2003 (absolut und in %)

Gebiet	Art	Insgesamt	Frauen	Männer
	Leistungsbezieher (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe)	3.913.523	1.594.757	2.318.766
Deutschland	arbeitslose Leistungsbezieher	3.444.695	1.413.882	2.030.813
	Arbeitslose	4.376.769	1.930.568	2.446.201
	Leistungsbezieherquote in %	78,7	73,2	83,0
	Leistungsbezieher (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe)	2.380.193	896.026	1.484.167
Westdeutsch- land	arbeitslose Leistungsbezieher	2.083.199	790.477	1.292.722
lanu	Arbeitslose	2.753.054	1.158.673	1.594.380
	Leistungsbezieherquote in %	75,7	68,2	81,1
	Leistungsbezieher (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe)	1.533.330	698.731	834.599
Ostdeutsch-	arbeitslose Leistungsbezieher	1.361.496	623.405	738.091
land	Arbeitslose	1.623.715	771.895	851.821
	Leistungsbezieherquote in %	83,9	80,8	86,6

Anmerkung: Die Leistungsbezieherquote berechnet sich aus den arbeitslosen Leistungsbeziehern/-innen dividiert durch alle Arbeitslosen. Nicht alle Leistungsbezieher/-innen gelten als arbeitslos. Die Quote würde 100 % betragen, wenn alle als arbeitslos registrierten Personen Leistungen (Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe) bezögen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2005): Sonderauswertung (BA-SH 524)

Tabelle A 7.2: Dauer von Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)

Gebiet/Dauer der Ar-	arb	eitslose Fra	uen	arbeitslose Männer			
beitslosigkeit	2001	2002	2003	2001	2002	2003	
		Deutsc	hland				
unter 1 Monat	11,0	11,7	10,7	12,9	12,8	11,4	
1 bis unter 3 Monate	18,7	18,6	17,0	20,2	19,8	17,6	
3 bis unter 6 Monate	15,4	15,7	14,6	15,9	16,3	14,7	
6 bis unter 12 Monate	18,7	18,4	20,1	19,9	20,2	21,0	
1 bis unter 2 Jahre	16,0	17,0	18,5	14,7	16,4	18,8	
2 Jahre und länger	20,2	18,7	19,1	16,4	14,6	16,5	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
		Westdeut	schland				
unter 1 Monat	12,5	13,5	12,3	13,4	13,5	11,7	
1 bis unter 3 Monate	20,9	21,3	19,6	20,9	20,9	18,5	
3 bis unter 6 Monate	15,8	16,5	16,0	15,6	16,3	15,2	
6 bis unter 12 Monate	17,8	18,3	21,2	18,3	19,5	21,2	
1 bis unter 2 Jahre	14,3	14,7	16,9	13,5	15,2	18,0	
2 Jahre und länger	18,8	15,6	14,0	18,2	14,7	15,4	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Ostdeutschland						
unter 1 Monat	9,0	9,0	8,2	12,0	11,5	10,7
1 bis unter 3 Monate	15,6	14,5	13,1	19,1	17,7	15,8
3 bis unter 6 Monate	14,9	14,6	12,4	16,5	16,3	13,7
6 bis unter 12 Monate	20,0	18,5	18,5	22,6	21,5	20,7
1 bis unter 2 Jahre	18,5	20,3	21,0	16,6	18,5	20,4
2 Jahre und länger	22,0	23,1	26,8	13,3	14,4	18,7
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit 2003b: Arbeitsmarkt in Zahlen: Strukturanalyse – Bestand an Langzeitarbeitslosen, September 2003; eigene Darstellung

Tabelle A 7.3: Rentenzugänge nach Rentenarten für Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1973 bis 2003

	Regelaltersrenten		Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit ²			Sonstige Altersrenten ³			
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
Jahr	Anzahl	in	ı %	Anzahl	in	%	Anzahl	in	%
				Deutso	chland				
1993	338.634	54,7	45,3	111.838	8,6	91,4	337.348	59,7	40,3
2003	332.648	60,5	39,5	145.425	2,5	97,5	348.736	64,2	35,8
				Westdeu	tschland				
1973	212.139	38,4	61,6	15.177	6,7	93,3	211.780	41,0	59,0
1983	60.051	50,4	49,6	35.866	11,8	88,2	225.402	53,0	47,0
1993	277.009	65,5	34,5	88.563	9,8	90,2	233.216	49,0	51,0
2003	316.967	61,5	38,5	104.982	3,2	96,8	264.589	59,9	40,1
	Ostdeutschland								
1993	61.625	6,2	93,8	23.275	4,2	95,8	104.132	83,7	16,3
2003	15.681	41,1	58,9	40.443	1,0	99,0	84.147	77,5	22,5

- 1 Renten wegen Erwerbsminderung werden bei eingeschränkter Erwerbsfähigkeit gezahlt, dazu zählt auch die Berufsunfähigkeitsrente. Letztere wurde jedoch für jüngere Kohorten mit dem In-Kraft-Treten der Rentenreform 2001 abgeschafft.
- 2 Renten wegen Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit sind so genannte Frühverrentungen ab 60 Jahren. Bis 2008 wird die Altersrente heraufgesetzt. Dann können Arbeitnehmer/-innen, die arbeitslos oder in Altersteilzeit sind, erst mit 63 Jahren und mit Abschlägen in Rente gehen.
- 3 Zu den sonstigen Altersrenten wurden Altersrenten für langjährig Versicherte, Altersrenten für Schwerbehinderte, Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte (nur Männer), Altersrenten für Frauen zusammengefasst. Die Altersrente für Frauen macht v.a. in Ostdeutschland den größten Anteil der an Frauen gezahlten Versichertenrente aus. 2003 haben 68,5 % der Frauen, die den Versichertenrenten zugegangen sind, eine Altersrente für Frauen bezogen. In Westdeutschland waren es 31,5 %.

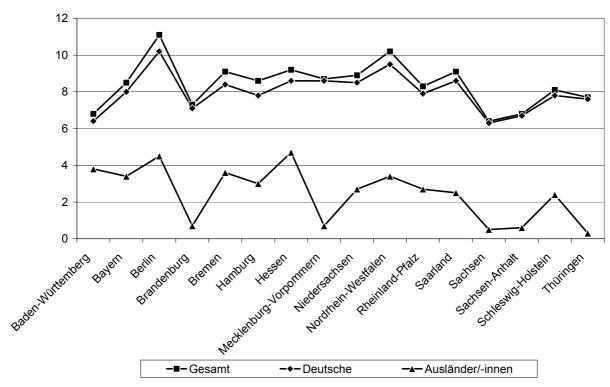
Für Frauen, die nach dem 31.12.1951 geboren sind, wurde die Altersrente für Frauen abgeschafft. Es haben nur versicherte Frauen einen Anspruch auf diese Altersrente, wenn sie vor dem 01.01.1952 geboren sind, das 60. Lebensjahr vollendet haben, nach Vollendung des 40. Lebensjahres mehr als zehn Jahre beschäftigt Pflichtbeiträge für versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben.

Quelle: VDR (2004c):Statistik Rentenzugang in Zeitreihe, rvz31pub

Anhang Kapitel 9

Abbildungen

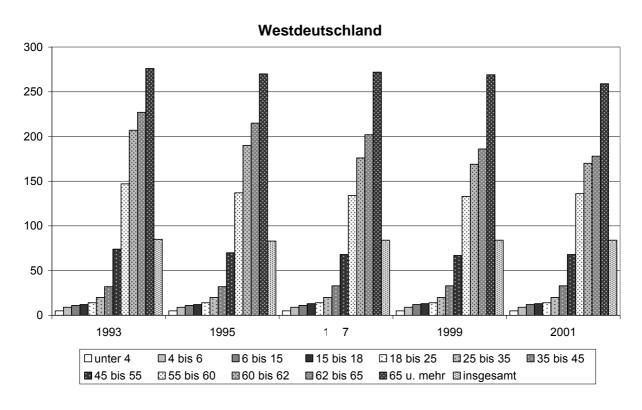
Abbildung A 9.1: Anteil schwerbehinderter Deutscher und Ausländer/-innen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung nach Bundesländern 2001 (in %)



Anmerkung: Die Gruppe der Ausländer wird nicht geschlechtsdifferenziert ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003p

Abbildung A 9.2: Altersspezifische Schwerbehindertenquote in West- und Ostdeutschland 2001



Ostdeutschland 300 250 200 150 100 50 1993 1995 7 1999 2001 □unter 4 ■ 4 bis 6 ■6 bis 15 ■ 15 bis 18 □ 18 bis 25 ■ 25 bis 35 ■ 35 bis 45

■ 62 bis 65

■65 u. mehr III insgesamt

Anmerkung: Legende ist in Leserichtung zu lesen.

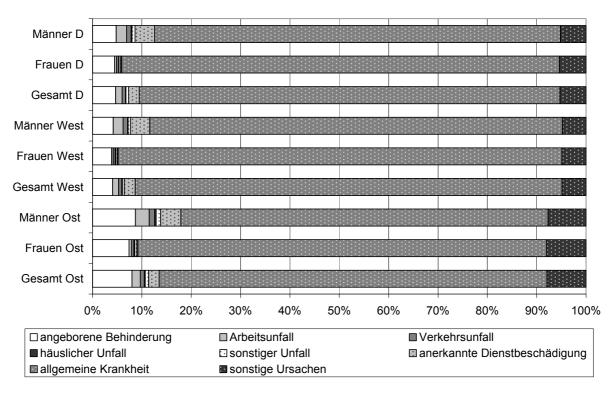
☑ 55 bis 60

■ 60 bis 62

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003p

■ 45 bis 55

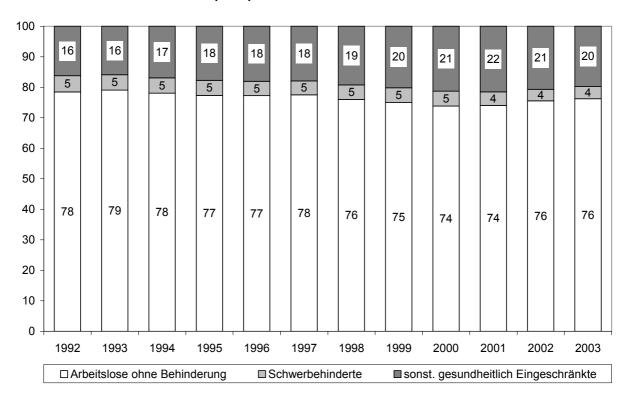
Abbildung A 9.3: Anteil behinderter Frauen an schwerbehinderten Menschen nach Ursache der schwersten Behinderung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 (in %)



Anmerkung: Legende ist in Leserichtung zu lesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2003p; eigene Berechnungen

Abbildung A 9.4: Zeitreihe Anteil gesundheitlich eingeschränkter Arbeitsloser an allen Arbeitslosen in Deutschland (in %)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit 2003a: 4; eigene Berechnungen

Tabellen

Tabelle A 9.1: Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur beruflichen Erst- und Wiedereingliederung nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2004 (absolut und in %)

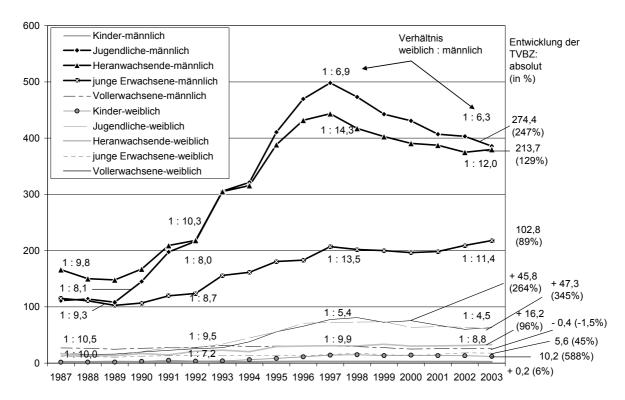
	Er	steingliederu	ng	Wiedereingliederung		
	gesamt	davon in %)	gesamt	davon in %)
	N	männlich	weiblich	N	männlich	weiblich
		Zugänge				
Deutschland	38.016	62	38	21.914	63	37
Westdeutschland	26.557	62	38	17.773	62	38
Ostdeutschland und Berlin	11.459	63	37	4.141	67	33
		Bestand				
Deutschland	198.177	63	37	165.697	65	35
Westdeutschland	131.342	63	37	110.681	65	35
Ostdeutschland und Berlin	66.835	63	37	55.016	65	35
		Abgänge				
Deutschland	35.396	62	38	36.715	63	37
Westdeutschland	28.000	62	38	28.720	62	38
Ostdeutschland und Berlin	7.396	62	38	7.995	63	37

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2004d

Anhang Kapitel 10

Abbildungen

Abbildung A 10.1: Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) nach Alter und Geschlecht bei Raubdelikten sowie Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen TVBZ in Deutschland¹ 1987 bis 2003



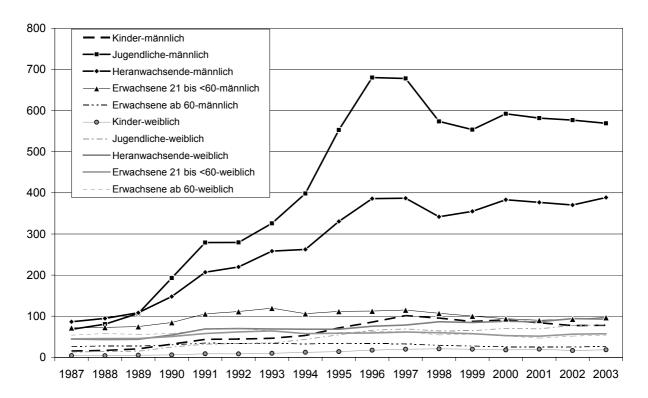
1 jeweiliges Bundesgebiet

Anmerkung: Auf die gesonderte Darstellung der TVBZ der über 60-Jährigen wurde auf Grund der zu geringen Zahlen verzichtet. Die Zahlen für 1991 und 1992 beziehen sich auf die westlichen Bundesländer einschließlich Ost-Berlin.

Lesehilfe: Von 100.000 männlichen deutschen Heranwachsenden wurden 1987 etwa 166 und 2003 fast 380 als Tatverdächtige eines Raubes polizeilich registriert – eine Zunahme von 213,7 Tatverdächtigen bzw. 129 Prozent. Auf eine weibliche Tatverdächtige im Alter von 18 bis unter 21 Jahren kamen dabei 1987 fast zehn und 2002 zwölf männliche Tatverdächtige im gleichen Alter.

Quelle: BKA 2004a (PKS): Zeitreihe Tabelle 40

Abbildung A 10.2: Opfergefährdungszahlen nach Alter und Geschlecht bei Raubdelikten in Deutschland¹ 1987 bis 2003



1 jeweiliges Bundesgebiet

Anmerkung: Die Zahlen für 1991 und 1992 beziehen sich auf die westlichen Bundesländer einschließlich Ost-Berlin.

Lesehilfe: Von 100.000 männlichen deutschen Heranwachsenden wurden im Jahr 1987 fast 87 und im Jahr 2003 fast 389 als Opfer eines Raubdeliktes polizeilich registriert.

Quelle: BKA 2004a (PKS): Zeitreihe Tabelle 91

Tabellen

Tabelle A 10.1: Prävalenzraten sexuellen Kindesmissbrauchs für unterschiedliche definitorische Eingrenzungen nach Geschlecht in Deutschland 1992 (in %)

2	Zusammenfassende Indikatoren	Männer (n=1.580) Opfer (%)	Frauen (n=1.661) Opfer (%)
sexuelle Übergriffe ir und inkl. Handlunger	n Kindheit/Jugend (alle Handlungen, inkl. "sonstige" n jugendlicher Täter)		
keine chronologische	e Schutzaltersgrenze: (Vorgabe "Kindheit/Jugend")	115 (7,3)	301(18,1)
	n inkl. Exhibitionismus (ohne sonstige sexuelle ne Handlungen jugendlicher Täter)		
Schutzalter:	unter 18 Jahren	75 (4,7)	254 (15,3)
	unter 16 Jahren	68 (4,3)	230 (13,8)
	unter 14 Jahren	54 (3,4)	177 (10,7)
sexueller Missbrauch lungen, ohne Exhibit			
Schutzalter:	unter 18 Jahren	51 (3,2)	159 (9,6)
	unter 16 Jahren	44 (2,8)	142 (8,6)
	unter 14 Jahren	32 (2,0)	103 (6,2)

Anmerkung: Opfer bei enger definitorischer Eingrenzung sind auch Opfer im Sinne der weiter gefassten Definitionen, es handelt sich um echte Teilmengen.

Quelle: Wetzels 1997: 154

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1: Frauenanteile bei den Studierenden im Tertiärbereich' in Europa 2003 (in %)	25
Abbildung 1.2: Anteile der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien 1960/61 bis 2004/05¹ (in %)	30
Abbildung 1.3: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Bayern im Schuljahr 2004/05 (in %)	33
Abbildung 1.4: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2004/05 (in %)	34
Abbildung 1.5: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Brandenburg im Schuljahr 2004/05 (in %)	35
Abbildung 1.6: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Sachsen im Schuljahr 2004/05 (in %)	36
Abbildung 1.7: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I in Berlin im Schuljahr 2004/05 (in %)	37
Abbildung 1.8: Ledige Mädchen und Jungen im Alter von 17 und 18 Jahren nach Besuch der gymnasialen Oberstufe ³ und höchstem allgemeinem Schulabschluss ² der Eltern/-teile in Deutschland 2004 ¹ (in %)	38
Abbildung 1.9: Leistungsunterschiede zwischen deutschen Mädchen und Jungen im Gesamttest Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften (Differenz der mittleren Testwerte)	41
Abbildung 1.10: Inanspruchnahme von Nachhilfe außerhalb der Schule durch Mädchen und Jungen in Deutschland (in %)	42
Abbildung 1.11: Leistungsunterschiede zwischen deutschen Mädchen und Jungen im Gesamttest Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften (Differenz der mittleren Testwerte)	41
Abbildung 1.12: Inanspruchnahme von Nachhilfe außerhalb der Schule durch Mädchen und Jungen Deutschland (in %)	
Abbildung 1.13: Deutsche Absolventinnen und Absolventen ¹ nach Abschlussarten und Anteilen in West- und Ostdeutschland ² im Entlassungsjahr 2003 (in %)	43
Abbildung 1.12: Deutsche und ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Abschlussarten und Anteilen in Deutschland im Entlassungsjahr 2003 (in %)	45
Abbildung 1.13: Relation der Lehrerinnen und Lehrer nach Schularten in Deutschland im Schuljahr 2003/2004 (in %)	47
Abbildung 1.14: Angebot von und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Deutschland 1983 bis 2004 ¹ (absolut)	53
Abbildung 1.15: Verteilung der Studentinnen ¹ auf die häufigsten Fächergruppen in Deutschland 1991 bis 2003 (in %)	74
Abbildung 1.16: Verteilung der Studenten ¹ auf die häufigsten Fächergruppen in Deutschland 1991 bis 2003 (in %)	75
Abbildung 1.17: Frauenanteile bei den Studierenden der Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik¹ in Europa 2003² (in %)	77
Abbildung 1.18: Frauenanteile bei den Studierenden der Ingenieurwissenschaften, der Fertigungstechnik und des Bauwesens ¹ in Europa 2003 ² (in %)	78
Abbildung 1.19: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn 2003/04 in Deutschland (in %)	79
Abbildung 1.20: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn in Deutschland 1980 bis 2003 ¹ (in %)	80
Abbildung 1.21: Berufliche Bildungsabschlüsse ¹ deutscher Frauen und Männer nach Alterskohorten ² im März 2004 (in %)	81

Abbildung 1.22: Berufliche Bildungsabschlüsse¹ ausländischer Frauen und Männer nach Alterskohorten² in Deutschland im März 2004 (in %)	83
Abbildung 1.23: Teilnahme und Nichtteilnahme an beruflicher Weiterbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	85
Abbildung 1.24: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach soziodemografischen Merkmalen in Deutschland 2002 (in %)	
Abbildung 1.25: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach soziodemografischen Merkmalen in Ostdeutschland 2002 (in %)	87
Abbildung 1.26: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach soziodemografischen Merkmalen in Westdeutschland 2002 (in %)	
Abbildung 1.27: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht und inhaltlichen Schwerpunkten in Deutschland 2002 (in %; Mehrfachnennungen)	90
Abbildung 1.28: Einschätzung der Wichtigkeit unterschiedlicher Weiterbildungsziele durch die Teilnehmenden in Deutschland 2002 (in %)	93
Abbildung 2.1: Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus	. 103
Abbildung 2.2: Erwerbstätigenquote ¹ von Frauen und Männern (15- bis 64-Jährige) in den EU-Staaten und assoziierten Staaten 2003 (in %)	. 104
Abbildung 2.3: Erwerbstätigenquoten ¹ von Frauen und Männern nach Personen und Vollzeitäquivalent in Deutschland 1992 bis 2003 (in %)	. 108
Abbildung 2.4: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten¹ von Frauen und Männern sowie die Geschlechterdifferenz in Deutschland 2004 (in %)	. 112
Abbildung 2.5: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten¹ von Frauen und Männern in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)	. 113
Abbildung 2.6: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten¹ für Deutsche und Ausländer/ -innen² in Deutschland 2004 (in %)	. 114
Abbildung 2.7: Erwerbstätigenquoten¹ der 30- bis 64-Jährigen nach dem höchsten Schulabschluss in Deutschland 1991 und 2004 (in %)	. 115
Abbildung 2.8: Wachstum bzw. Rückgang der Erwerbstätigenzahlen nach Geschlecht und Ausbildungsabschluss ¹ in Deutschland 1991 bis 2004 (in %)	. 116
Abbildung 2.9: Erwerbstätigenquoten¹ der 30- bis 64-jährigen Frauen und Männern nach dem höchsten berufsbildenden Abschluss in Deutschland 2004 (in %)	. 117
Abbildung 2.10: Erwerbstätigenquoten¹ der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach dem Familienstand in Deutschland 2004 (in %)	. 118
Abbildung 2.11: Erwerbstätigenquoten¹ der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach Familienstand in West²- und Ostdeutschland³ 2004 (in %)	. 120
Abbildung 2.12: Abhängig erwerbstätige¹ Frauen und Männer mit normalerweise geleisteten Arbeitsstunden je Woche in Deutschland 2004 (in %)	. 122
Abbildung 2.13: Teilzeitquote¹ von abhängig erwerbstätigen² Frauen und Männern in Deutschland 1991 bis 2004 (in %)	. 123
Abbildung 2.14: Abhängig teilzeiterwerbstätige ¹ Frauen und Männer nach den Gründen für die Teilzeitbeschäftigung in West- ² und Ostdeutschland ³ 2004 (in %)	. 124
Abbildung 2.15: Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer mit Wochenend-, Schicht- und/oder Nachtarbeit ¹ in Deutschland 1991 und 2004 (in %)	. 125
Abbildung 2.16: Anteile von erwerbstätigen Frauen und Männern nach der Häufigkeit von ständiger oder regelmäßiger Samstags-, Sonn- und/oder Feiertags-, Nacht-, Schichtarbeit ¹ in Deutschland 2004 (in %)	. 126
Abbildung 2.17: Anteile der geringfügig beschäftigten ¹ Frauen und Männer an den weiblichen bzw. männlichen Erwerbstätigen nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)	. 128

Abbildung 2.18: Anteile der geringfügig beschäftigten Frauen und Männer an den weiblichen bzw. männlichen Erwerbstätigen nach Familienstand in West ² - und Ostdeutschland 2004 (in %)	129
Abbildung 2.19: Anteil der befristet Beschäftigten ¹ unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)	130
Abbildung 2.20: Anteil der Betriebs-/Berufswechsler ¹ an den befristet und unbefristet Beschäftigten ² (ohne Auszubildende) in Deutschland von 2003 bis 2004 (in %)	131
Abbildung 2.21: Erwerbstätige Frauen und Männer nach Wirtschaftssektoren in Deutschland 2004 (in %)	135
Abbildung 2.22: Anteile von erwerbstätigen Frauen und Männern an den Wirtschaftsunterbereichen in Deutschland 2004 (in %)	136
Abbildung 2.23: Abhängig erwerbstätige ¹ Frauen und Männer (ohne Auszubildende) nach der Stellung im Betrieb in Deutschland 2004 (in %)	140
Abbildung 2.24: Anteile der abhängig erwerbstätigen Frauen an den "Top-Führungskräften", den höheren Angestellten und Beamt(en)/-innen sowie an allen abhängig Erwerbstätigen nach Wirtschaftsunterbereich in Deutschland 2004 (in %)²	141
Abbildung 2.25: Anteile von Frauen und Männern an Vorständen und Aufsichtsräten in den 30 führenden Privatunternehmen sowie den Aktiengesellschaften der neuen und alten Ökonomie ¹ in Deutschland 2002/2003 (in %)	144
Abbildung 2.26: Entwicklung der Selbstständigenzahlen (ohne mithelfende Familienangehörige) von Frauen und Männern in Deutschland 1991 bis 2004 (in 1.000)	146
Abbildung 2.27: Selbstständigenquoten ¹ (ohne mithelfende Familienangehörige) von Frauen und Männern nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)	147
Abbildung 2.28: Anteile an den Selbstständigen ¹ (ohne mithelfende Familienangehörige) mit und ohne Beschäftigte von Frauen und Männern in Deutschland insgesamt sowie in West- ² und Ostdeutschland ³ 2004 (in %)	148
Abbildung 2.29: Arbeitslose Frauen und Männer in Deutschland 1949 bis 2005 (Jahresdurchschnitt in 1.000)	150
Abbildung 2.30: Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland ¹ 1991 bis 2004 (Jahresdurchschnitt in %)	152
Abbildung 2.31: Erwerbslosenquoten ¹ von Frauen und Männern in West ² - und Ostdeutschland ³ nach Altersgruppen 2004 (in %)	153
Abbildung 2.32: Erwerbslosenquoten ¹ von ausländischen ² und deutschen Frauen und Männern nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)	154
Abbildung 2.33: Erwerbslosenquoten ¹ von Frauen und Männern nach Ausbildungsabschlüssen in Deutschland 2004 (in %)	155
Abbildung 2.34: Erwerbslose ¹ Frauen und Männer nach der Dauer der Arbeitssuche in West ² - und Ostdeutschland ³ 2004 (in %)	156
Abbildung 3.1: Anteile der Fraueneinkommen an den Männereinkommen im EU-Vergleich 2003 ¹ (in %)	167
Abbildung 3.2: Anteile der Fraueneinkommen an den Männereinkommen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe (Vollzeit) im früheren Bundesgebiet bzw. in Westdeutschland und in Ostdeutschland 1960 bis 2001 (in %)	170
Abbildung 3.3: Anteile der Fraueneinkommen ¹ an den Männereinkommen ¹ (Vollzeit) in Deutschland insgesamt sowie in West ² - und Ostdeutschland ² 1977 bis 2002 (in %)	171
Abbildung 3.4: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher) (Vollzeit) in Deutschland insgesamt sowie in West ¹ - und Ostdeutschland ² 1998 und 2003 (in %)	173
Abbildung 3.5: Einkommensanteile ¹ von Frauen und Männern (Vollzeit) nach Beschäftigungsgruppen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (Dezile ²) 2002 (in %)	176

Abbildung 3.6: Anteil der Bruttomonatsverdienste von Haupteinkommensbezieherinnen an den durchschnittlichen Verdiensten von Haupteinkommensbeziehern (Vollzeit) nach sozialer Stellung in Deutschland insgesamt sowie West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 181
Abbildung 3.7: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ in unterschiedlichen Berufspositionen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 184
Abbildung 3.8: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach beruflichen Tätigkeiten und Tätigkeitshierarchien in Deutschland insgesamt sowie in Westund Ostdeutschland 2002 (in %)	. 185
Abbildung 3.9: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach beruflichen Tätigkeiten und Tätigkeitshierarchien in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997 und 2002 (in %)	. 186
Abbildung 3.10: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit)¹nach Wirtschaftssektoren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 188
Abbildung 3.11: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach Wirtschaftszweigen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 192
Abbildung 3.12: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach Wirtschaftszweigen in West- und Ostdeutschland 1977, 1997 und 2002 (in %)	. 193
Abbildung 3.13: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)) 199
Abbildung 3.14: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach Betriebsgrößenklasse in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997 und 2002 (in %)	. 200
Abbildung 3.15: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach dem Ausbildungsstand in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 202
Abbildung 3.16: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach dem Bildungsstand in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997und 2002 (in %)	. 203
Abbildung 3.17: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach Altersgruppen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 205
Abbildung 3.18: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) ¹ nach Altersgruppe in West- und Ostdeutschland 1977, 1993, 1997 und 2002 (in %)	. 207
Abbildung 3.19: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) nach der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in Jahren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 (in %)	. 209
Abbildung 3.20: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit) nach Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in West- und Ostdeutschland 1995 und 2001 (in %)	. 210
Abbildung 3.21: Anteil der kumulierten ¹ Fraueneinkommen an den Männereinkommen nach Lebensalter in West- und Ostdeutschland 2003 ² (in %)	. 218
Abbildung 3.22: Anteil der kumulierten ¹ Fraueneinkommen an den Männereinkommen in West- und Ostdeutschland 1960 bis 2004 (in %)	. 219
Abbildung 4.1: Geburtenziffern im europäischen Vergleich 1980 und 2002 (Kinder pro Frau)	. 229
Abbildung 4.2: Anteil der außerehelichen Lebendgeborenen im internationalen Vergleich 1980 und 2002 (pro 100 Lebendgeborene)	. 230
Abbildung 4.3: Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder pro Frau) in Westdeutschland ¹ und Ostdeutschland ² 1950 bis 2000	. 231
Abbildung 4.4: Zusammengefasste Geburtenziffern (Kinder pro Frau) für Frauen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit ¹ in Westdeutschland 1970 bis 1999	. 232
Abbildung 4.5: Ledige Kinder bei Eltern bzw. einem Elternteil nach Altersgruppen und Geschlecht ¹ in West- und Ostdeutschland ² 2004 (in %)	. 235
Abbildung 4.6: Ledige Kinder bei Eltern bzw. einem Elternteil nach Altersgruppen, Geschlecht, deutscher und ausländischer Bevölkerung 2004 (in %)	236

Abbildung 4.7: Durchschnittliches Heiratsalter Lediger in Deutschland 1991 bis 2003 (in Altersjahren)	243
Abbildung 4.8: Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihres ersten ehelich lebend geborenen Kindes in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1991 bis 2003 (in Jahren)	244
Abbildung 4.9: Lebendgeborene erste Kinder von miteinander verheirateten Eltern nach dem Alter der Mutter in Deutschland (in % an allen ersten Geburten)	247
Abbildung 4.10: Ehescheidungen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland ¹ (je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner)	266
Abbildung 4.11: Ehescheidungen nach dem Geschlecht der Antragstellerin bzw. des Antragstellers in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	267
Abbildung 4.12: Eheschließungen Geschiedener nach Geschlecht in Deutschland 1950 bis 2002 (in %)	272
Abbildung 4.13: Lebensformen von Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren in Deutschland 2004 (in %)	273
Abbildung 4.14: Lebensformen von Männern im Alter von 60 ¹ und mehr Jahren in Deutschland 2004 (in %)	273
Abbildung 4.15: Hauptpflegepersonen von Pflegebedürftigen in Privathaushalten – Hauptpflegepersonen von Leistungsbezieherinnen und -beziehern der Sozialen und der Privaten Pflegeversicherung in Deutschland 2002 (in %)	275
Abbildung 5.1: Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus	. 283
Abbildung 5.2: Erwerbstätigenquoten der 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer ohne betreuungsbedürftige(s) Kind(er) ² im internationalen Vergleich 2000 ³ (in %)	285
Abbildung 5.3: Erwerbstätigenquoten der 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer mit einem betreuungsbedürftigen Kind² im internationalen Vergleich 2000 (in %)	286
Abbildung 5.4: Erwerbstätigenquoten der 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer mit zwei und mehr Kindern ² im internationalen Vergleich 2000 (in %)	287
Abbildung 5.5: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ 25- bis 54-jährigen Frauen und Männer mit oder ohne Kind(er) ² in Deutschland 1996 und 2004 (in %)	289
Abbildung 5.6: Quoten der aktiv erwerbstätigen ¹ 25- bis 54-jährigen Mütter ² und Väter ² in West ³ - und Ostdeutschland ⁴ 1996 und 2004 (in %)	290
Abbildung 5.7: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ 25- bis 54-jährigen deutschen und ausländischen ² Frauen und Männer mit und ohne Kind(er/n) ³ in Deutschland 2004 (in %)	. 291
Abbildung 5.8: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ 21- bis 50-jährigen Frauen und Männer mit und ohne Kind(er/n) ² in Deutschland 2004 (in %)	292
Abbildung 5.9: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ Frauen und Männer (15- bis 64-Jährige) nach dem Alter des jüngsten Kindes ² in Deutschland 2004 (in %)	294
Abbildung 5.10: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ Frauen und Männer (15- bis 64-Jährige) nach dem Alter des jüngsten Kindes ² in West ³ - und Ostdeutschland ⁴ 2004 (in %)	295
Abbildung 5.11: Erwerbsstatus von 15- bis 64-jährigen Frauen nach Alter des jüngsten Kindes ¹ in West ² - und Ostdeutschland ³ 2004 (in %)	297
Abbildung 5.12: Erwerbsstatus 15- bis 64-jähriger ausländischer ¹ und deutscher Frauen nach Alter des jüngsten Kindes ² 2004 (in %)	298
Abbildung 5.13: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach Zahl der Kinder ² in West ³ - und Ostdeutschland ⁴ 2004 (in %)	299
Abbildung 5.14: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ 15- bis 64-jährigen ausländischen ² und deutschen Frauen und Männer nach der Zahl der Kinder ³ in Deutschland 2004 (in %)	300
Abbildung 5.15: Vollzeit ¹ - und Teilzeitquoten ² von Müttern (15 bis 64-Jährige) nach Zahl der Kinder ³ in West ⁴ - und Ostdeutschland ⁵ 2004 (in %)	301

Abbildung 5.16: Anteile von abhängig erwerbstätigen ¹ Frauen und Männern an den höheren Angestellten und Beamten sowie an Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben nach Kinderzahl ² in Deutschland 2004 (in %)	. 303
Abbildung 5.17: Quote der aktiv erwerbstätigen ¹ Mütter und Väter (15- bis 64-Jährige) nach Lebensform in West ² - und Ostdeutschland ³ 2004 (in %)	. 304
Abbildung 5.18: Stellungnahme zur traditionellen Rollenteilung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 308
Abbildung 5.19: Stellungnahme 16- bis 29-Jähriger zur traditionellen Rollenverteilung 16 bis 29-Jähriger nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)	. 309
Abbildung 5.20: Aktuelle und gewünschte Arbeitszeitmodelle von Familien mit Kindern in West- und Ostdeutschland 2000 (in %)	. 313
Abbildung 5.21: Unbezahlte Arbeit von erwerbstätigen Paaren unter 60 Jahren ohne Kinder nach Geschlecht der Partner in West- und Ostdeutschland 1991/1992 und 2001/2002 (in Stunden: Minuten)	. 319
Abbildung 5.22: Unbezahlte Arbeit von erwerbstätigen Paaren unter 60 mit Kind(ern) unter 15 Jahren nach Geschlecht der Partner in West- und Ostdeutschland 1991/1992 und 2001/2002, (in Stunden: Minuten)	. 320
Abbildung 5.23: Elternzeittypen im 1. und 2. Lebensjahr ¹ in West- und Ostdeutschland 2003 (in %) ²	. 326
Abbildung 5.24: Hauptgrund für die jetzige Arbeitsteilung in der Partnerschaft zwischen Beruf und Familie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 328
Abbildung 5.25: Familienfreundlicher Betrieb: Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf differenziert nach Geschlecht (in %)	. 330
Abbildung 5.26: Wunsch nach Kontakten zum Betrieb während der Elternzeit und tatsächlicher Kontakt zum Betrieb während der Elternzeit (in %)	. 331
Abbildung 5.27: Kinderbetreuungsplätze für je 100 Kinder1 nach Altersgruppen in Deutschland sowie in West2- und Ostdeutschland3 2002 (in %)	. 336
Abbildung 5.28: Verfügbare Betreuungsplätze für 3- bis 5-Jährige nach Öffnungszeiten in West ¹ - und Ostdeutschland ² 2002 (in %)	. 337
Abbildung 5.29: Anteil der Kindertageseinrichtungen ¹ , die ganztags geöffnet haben, in West ² - und Ostdeutschland ³ 2002 (in %) ⁴	. 340
Abbildung 5.30: Personengruppen, die Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder regelmäßig unterstützen nach Erwerbstätigkeit der Mutter (in %)	. 341
Abbildung 5.31: Wöchentlicher Stundenumfang der Inanspruchnahme von informeller Kinderbetreuung (in %)	
Abbildung 5.32: Weiterbildung und Elternzeit (in %)	
Abbildung 6.1: Frauen in den nationalen Parlamenten der bisherigen 15 EU-Staaten (in %) ¹	. 361
Abbildung 6.2: Frauen in den nationalen Parlamenten der Beitrittsstaaten zur EU ab 2004 (in %)	. 363
Abbildung 6.3: Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten 2002 (in %)	. 364
Abbildung 6.4: Frauen im EU-Parlament 2004 (in %)	. 365
Abbildung 6.5: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2002 (in %)	. 368
Abbildung 6.5: Entwicklung des Frauenanteils an Gemeinderäten in Baden-Württemberg 1984 bis 2004 (in %)	
Abbildung 6.6: Frauenanteil in Länderparlamenten in Berlin sowie West- und Ostdeutschland 1972 bis 2004 (in %)	. 374
Abbildung 6.7: Frauenanteile in den Länderparlamenten in Deutschland 2005 (in %)	. 375
Abbildung 6.8: Entwicklung des Frauenanteils an Gemeinderäten in Baden-Württemberg 1984 bis 2004 (in %)	. 377

Abbildung 6.9: Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes von Frauen und Männern in Deutschland (in %)	. 385
Abbildung 6.10: Aktivitäten von 12- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)	. 386
Abbildung 6.11: Aktivitäten von 16- bis 29-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)	. 387
Abbildung 6.12: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus Deutschland 1955 bis 1999 (in %)	. 389
Abbildung 6.13: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen politische Meldungen und Berichte aus dem Ausland 1955 bis 1999 (in %)	. 389
Abbildung 6.14: Es lesen in der Tageszeitung im Allgemeinen den Wirtschaftsteil, Wirtschaftsnachrichten 1955 bis 1999 (in %)	. 390
Abbildung 6.15: Gemeinschaftlich Aktive und freiwillig Engagierte nach Geschlecht in Deutschland 2004 (in %)	. 392
Abbildung 6.16: Freiwillig engagierte Frauen nach Altersgruppen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)	. 393
Abbildung 6.17: Freiwillig engagierte Männer nach Altersgruppen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)	. 394
Abbildung 6.18: Zeitaufwand für freiwilliges Engagement pro Woche nach Geschlecht in Deutschland 2004 (in %)	. 397
Abbildung 6.19: Amtsausübung durch Wahl und Leitungs- bzw. Vorstandsfunktionen im freiwilligen Engagement nach Geschlecht der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland 1999 und 2004 (in %)	. 399
Abbildung 6.20: Partizipation an nicht-institutionalisierten Formen von Politik nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2002 (in %)	. 400
Abbildung 6.21: Gemeinschaftlich aktive und freiwillig engagierte Türkinnen und Türken (bzw. Deutsche türkischer Herkunft) in Deutschland 2004 (in %)	. 403
Abbildung 7.1: Armutsrisikoquoten von Frauen und Männern in den 15 EU-Staaten 2001 (in %)	. 410
Abbildung 7.2: Überwiegender Lebensunterhalt von allen Frauen und Männern in Deutschland 1961 bis 2004 (in %)	. 412
Abbildung 7.3: Leistungsbezieherquoten bei Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 416
Abbildung 7.4: Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in West- und Ostdeutschland (in €)	. 418
Abbildung 7.5: Sozialhilfequoten ¹ von Frauen und Männern in Deutschland 1992 bis 2003 (in %)	. 424
Abbildung 7.6: Sozialhilfequoten ¹ nach Altersgruppen und Geschlecht in Deutschland 1980 bis 2003 (in %)	. 425
Abbildung 7.7: Sozialhilfequoten ¹ nach Haushaltstypen ² in Deutschland 1996 und 2003 (in %)	. 426
Abbildung 7.8: Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne ¹ in Deutschland 2003 (in %)	. 427
Abbildung 7.9: Anteil der Ehefrauen mit persönlichen Einkommen und Beitrag der Ehefrau zum Bruttoeinkommen der Ehepaare mit Ehemann ab 65 Jahren in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 433
Abbildung 7.10: Die wichtigsten Einkommensquellen der Bevölkerung ab 65 Jahren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in % des Bruttoeinkommensvolumens)	435
Abbildung 7.11: Armutsrisikoguote von Rentnerinnen bzw. Rentnern/Pensionärinnen bzw.	. 400
Pensionären nach Geschlecht in Deutschland 1998 und 2003 (in %)	. 438

Abbildung 7.12: Mittelfristige Entwicklung der durchschnittlichen Gesamtrentenzahlbeträge ¹ aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Personenkonzept ² in West- und Ostdeutschland 2002 und 2007 (Anteil der Frauenrenten an den Männerrenten in %)
Abbildung 7.13: Rentenbestand für Rente wegen Alters und Witwerrenten und Witwerrenten nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %) 442
Abbildung 7.14: Rentenzugänge bei Renten wegen Alters und bei Witwen- und Witwerrenten in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1973 bis 2003 (in %)
Abbildung 7.15: Relation der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge (Rentenzugang ¹ an Frauen zu den Zahlbeträgen an Männer) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993 ² und 2003
Abbildung 7.16: Verteilung der monatlichen Zahlbeträge der Renten wegen Alters¹ nach Rentenzugang in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in €)447
Abbildung 7.17: Verteilung der monatlichen Zahlbeträge ¹ der Witwen- und Witwerrenten im Rentenbestand in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)
Abbildung 7.18: Gesetzliche Rentenversicherung: Zusammensetzung der Summe der Entgeltpunkte bei zugegangenen Renten nach Zeiten und Berechnungsvorschriften in West- und Ostdeutschland 2003 (in Entgeltpunkten)
Abbildung 7.19: Betriebsstätten mit betrieblicher Altersversorgung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 bis 2003 (in %)
Abbildung 7.20: Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft mit betrieblicher Altersversorgung nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 bis 2003 (in %)
Abbildung 7.21: Versicherungsverhältnisse von Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)
Abbildung 7.22: Versicherungsverhältnisse von erwerbstätigen Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)
Abbildung 7.23: Versicherungsverhältnisse von erwerbslosen Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)
Abbildung 7.24: Versicherungsverhältnisse von nicht-erwerbstätigen Frauen und Männern in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland 2003 (in %)
Abbildung 7.25: Weibliche und männliche Pflegebedürftige nach Altersgruppen ¹ in Deutschland (in %)
Abbildung 8.1: Durchschnittliche weitere Lebenserwartung von 40-jährigen Frauen und Männern im internationalen Vergleich 2000 bis 2003 ¹ (in Jahren)
Abbildung 8.2: Gesunde Lebenserwartung von Frauen und Männern in Europa 1996 (in Jahren) 475
Abbildung 8.3: Durchschnittliche und weitere Lebenserwartung von Neugeborenen und von 40-jährigen Frauen und Männern in Deutschland 1891/1900 bis 2000/2002 (in Jahren)
Abbildung 8.4: Lebenserwartung von Frauen und Männern bei der Geburt nach Bundesländern 1995 (in Jahren)
Abbildung 8.5: Lebenserwartung von Frauen und Männern bei der Geburt nach Bundesländern in Deutschland 2002 (in Jahren)
Abbildung 8.6: Kranke nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)481
Abbildung 8.7: Unfallverletzte ¹ nach Geschlecht und Altersgruppen ² in Deutschland 2003 (in %) 483
Abbildung 8.8: Anteile der Frauen und Männer, die ihren eigenen Gesundheitszustand als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen, nach Altersgruppen in Deutschland (in %)
Abbildung 8.9: Anteile der Frauen und Männer, die ihren eigenen Gesundheitszustand als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen, nach Einkommensgruppen (in %)
Abbildung 8.10: Zufriedenheit mit der Gesundheit nach Geschlecht und Einkommen in Deutschland 2003 (Mittelwerte)

Abbildung 8.11: Krankenhausbehandlung von Frauen und Männern nach Alter in Deutschland 2003 (Tage je 1.000 Versicherte)	. 491
Abbildung 8.12: Offenheit gegenüber einer professionellen Behandlung psychischer Probleme	. 496
Abbildung 8.13: Frauen und Männer mit Übergewicht nach Alter in Deutschland 2003 (in %)	. 504
Abbildung 8.14: Frauen und Männer mit Untergewicht nach Alter in Deutschland 2003 (in %)	. 505
Abbildung 8.15: Quote der Raucherinnen und Raucher bei den 12- bis 25-Jährigen nach Geschlecht und Alter in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993, 2001 und 2004 (in %)	. 509
Abbildung 8.16: Alkoholrausch-Erfahrungen von 12- bis 25-Jährigen nach Geschlecht in Deutschland von 1973 bis 2004 (in %)	. 510
Abbildung 8.17: Konsum alkoholischer Getränke ¹ durch 12- bis 17-jährige Mädchen und Jungen in Deutschland 2005 (in %)	. 511
Abbildung 8.18: Deutsche und ausländische Frauen und Männer nach Altersgruppen ¹ in Deutschland 2003 (in %)	. 519
Abbildung 9.1: Frauen und Männer mit lang andauernden Gesundheitsproblemen und Behinderungen in den Ländern der EU ¹ (in %)	. 531
Abbildung 9.2: Frauen und Männer mit lang andauernden Gesundheitsproblemen und Behinderungen in den Beitrittsländern der EU¹ (in %)	. 531
Abbildung 9.3: Zeitreihe Frauen und Männer mit Behinderungen in Deutschland ¹ 1987 bis 2003 (absolut)	. 535
Abbildung 9.4: Zeitreihe Schwerbehindertenquote nach Geschlecht in West ¹ - und Ostdeutschland ² 1993 bis 2003 (in %)	. 536
Abbildung 9.5: Anteil weiblicher und männlicher Schwerbehinderter an der weiblichen und männlichen Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)	. 538
Abbildung 9.6: Anteil männlicher und weiblicher Schwerbehinderter an allen Schwerbehinderten nach Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)	. 539
Abbildung 9.7: Geschlechterrelation in Deutschland 2003 nach dem Grad der Behinderung (in $\%)$. 540
Abbildung 9.8: Geschlechterrelation nach Art der Behinderung in Deutschland 2001 (in %)	. 541
Abbildung 9.9: Anteil der Behinderungsarten bei Frauen und Männern in Deutschland 2001 (in %)	. 542
Abbildung 9.10: Ursachen von Behinderungen nach Alter und Geschlecht in Deutschland 2003 (in %)	. 545
Abbildung 9.11: Deutsche Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen nach Förderschwerpunkten in Deutschland im Schuljahr 2003/2004 (in %)	. 551
Abbildung 9.12: Schulabschluss behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer je 1.000 der Bevölkerung in Deutschland 2003 (in %)	. 554
Abbildung 9.13: Bildungsabschlüsse behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer 1 in Deutschland 2003 (in $\%$) 2	. 556
Abbildung 9.14: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen in Deutschland 2002/2003 und 2003/2004 (in %)	. 558
Abbildung 9.15: Behinderte und nicht behinderte, deutsche und ausländische Frauen und Männer nach dem höchsten Berufsabschluss¹ in Deutschland insgesamt sowie in Westund Ostdeutschland 2003 (in %)	. 560
Abbildung 9.16: Beschäftigungsquote der 25- bis 55-jährigen schwer-, leicht- und nicht behinderten Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 563
Abbildung 9.17: Berufliche Stellung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 565
Abbildung 9.18: Beschäftigungsverhältnis behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 570

Abbildung 9.19: Anteil arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer im Alter von 18 bis 64 Jahren nach Schwere der Behinderung in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 571
Abbildung 9.20: Anteil von Frauen mit Behinderungen bei Förderleistungen nach SGB III ¹ in Deutschland im Berichtszeitraum Januar bis August 2004 (in %)	. 574
Abbildung 9.21: Haushaltsnettoeinkommen behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland 2003 (in %)	. 577
Abbildung 9.22: 25- bis 65-jährige behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer in 1- Personenhaushalten nach Haushaltsnettoeinkommen und Altersgruppen	. 577
Abbildung 9.23: 25- bis 65-jährige behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer in 2- Personenhaushalten nach Haushaltsnettoeinkommen und Altersgruppen	. 578
Abbildung 9.24: Persönliches Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied nach Geschlecht und Behinderung in Deutschland 2003 (in %)	. 579
Abbildung 9.25: Behinderte und nicht behinderte Frauen und Männer nach Altersgruppen und persönlichem Nettoeinkommen bis 1.700 € in Deutschland (in %)	. 580
Abbildung 9.26: Überwiegender Lebensunterhalt schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland 2003 (in %)	. 581
Abbildung 9.27: Haushaltsstruktur behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Deutschland (in %)	. 583
Abbildung 9.28: Anteil der durchschnittlichen Versichertenjahre von Personen in Ostdeutschland an den Versichertenjahren in Westdeutschland nach Geschlecht in den GRV-Renten 1993 bis 2003 (in %)	. 587
Abbildung 9.29: Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenart in West- und Ostdeutschland 2004 (in €)	. 589
Abbildung 9.30: Hauptursachen für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bei Frauen und Männern in Deutschland 1983 bis 2003 (in %)	. 590
Abbildung 9.31: Pflegebedürftige Frauen und Männer nach Altersgruppen in Deutschland (in 1.000)	. 593
Abbildung 9.32: Anteil pflegebedürftiger Frauen und Männer an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Pflegequote) in Deutschland (in %)	. 594
Abbildung 9.33: Anzahl der engen Freundinnen und Freunde von behinderten undnicht behinderten Frauen und Männern nach Schwere der Behinderung in Deutschland 2003 (in %)	. 596
Abbildung 9.34: Bereitschaft behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer, Freundinnen und Freunden persönliche Dinge zu leihen (in %)	. 597
Abbildung 9.35: Besuchshäufigkeit von Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freundinnen und Freunden bei behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern in Deutschland 2003 (in $\%$)	598
Abbildung 9.36: Besuchshäufigkeit von Familienangehörigen bei behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern in Deutschland 2003 (in %)	. 598
Abbildung 9.37: Mitgliedschaft Behinderter und nicht Behinderter in politischen Organisationen nach West ¹ - und Ostdeutschland ² sowie nach Geschlecht 2003 (in %)	. 601
Abbildung 9.38: Interesse an Politik bei behinderten und nicht behinderten Frauen und Männern in Deutschland 2003 (in %)	. 602
Abbildung 9.39: Zufriedenheit behinderter und nicht behinderter Menschen mit ausgewählten Lebensbereichen in Deutschland 2003 (Mittelwerte)	. 603
Abbildung 10.1: Ausfilterungsprozess am Beispiel der "Gewaltkriminalität" mit Verhältnis zwischen den Zahlen für weibliche und männliche Personen in Westdeutschland 2002 (absolut)	. 626
Abbildung 10.2: Ausfilterungsprozess am Beispiel der "Gewaltkriminalität" mit Verhältnis zwischen den Zahlen für weibliche und männliche Personen im zeitlichen Längsschnitt (1987-2002) im früheren Bundesgebiet bzw. in Westdeutschland¹ (absolut)	. 627
Abbildung 10.3: Tatverdächtigen- und Verurteiltenbelastungszahlen (TVBZ und VBZ) nach Alter und Geschlecht bei leichter Körperverletzung, Raub/Erpressung und sexuellem	

Missbrauch von Kindern sowie Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen TVBZ in Deutschland insgesamt sowie in Westdeutschland 2002	629
Abbildung 10.4: Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) nach Alter und Geschlecht bei gefährlicher/schwerer Körperverletzung sowie Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen TVBZ in Deutschland ¹ 1987 bis 2003	632
Abbildung 10.5: Opfergefährdungszahlen nach Alter und Geschlecht in Deutschland 2002 (absolut)	635
Abbildung 10.6: Opfergefährdungszahlen nach Alter und Geschlecht bei gefährlicher/schwerer Körperverletzung in Deutschland 1987 bis 2003 (absolut)	636
Abbildung 10.7: Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung nach dem Geschlecht bei den Delikten Mord/Totschlag und leichte Körperverletzung in Deutschland 2003 (in %)	637
Abbildung 10.8: Gewaltprävalenzen zu Gewalt gegen Frauen im Überblick in Deutschland (in $\%$) 6	642
Abbildung 10.9: Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen seit dem 16. Lebensjahr: Genannte Täterpersonen nach Kategorien in Deutschland (in %; Mehrfachnennungen)	644
Abbildung 10.10: Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen seit dem 16. Lebensjahr nach genannten Tatorten in Deutschland (in %; Mehrfachnennungen)	645
Abbildung 10.11: Konative Kriminalitätsfurcht von Frauen und Männern nach Altersgruppen in Deutschland (in %)	663
Abbildungen im Anhang	
Abbildung A 1.1: Anteile der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2004/2005 (in %)	710
Abbildung A 1.2: Schulabschlüsse deutscher und ausländischer Absolventinnen und Absolventen aus allgemein und berufsbildenden Schulen nach dem Abschluss einer Berufsausbildung in Deutschland 2002 (in %)	711
Abbildung A 1.3: Schulabschlüsse west- und ostdeutscher Absolventinnen und Absolventen aus allgemein und berufsbildenden Schulen nach dem Abschluss einer Berufsausbildung in Deutschland 2002 (in %)	712
Abbildung A 1.4: Verteilung der Studentinnen auf die häufigsten Fächergruppen in Deutschland ¹ in den Wintersemestern 1976/1977 bis 2003/2004 (in %)	713
Abbildung A 2.1: Anteil der befristet Beschäftigten ¹ unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit ² 2004 (in %)	718
Abbildung A 2.2: Anteil der befristet Beschäftigten ¹ unter den weiblichen und männlichen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) nach Altersgruppen in West ² - und Ostdeutschland ³ 2004 (in %)	719
Abbildung A 2.3: Anteil von Männern und Frauen an den Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen 2004 (in %)	
Abbildung A 2.4: Anteile an den Selbstständigen ¹ (ohne mithelfende Familienangehörige) mit und ohne Beschäftigte von Frauen und Männern nach Staatsangehörigkeit ² 2004 (in %)	721
Abbildung A 2.5: Erwerbslosenquoten ¹ von Frauen und Männern nach Schulabschlüssen in Deutschland 2004 (in %)	722
Abbildung A 5.1: Vollzeit ¹ - und Teilzeitquoten ² von Vätern (15- bis 64-Jährige) nach Zahl der Kinder ³ in West ⁴ - und Ostdeutschland ⁵ 2004 (in %)	759
Abbildung A 5.2: Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Abhängigkeit von der Lebensphase, in der sich ihr (jüngstes) Kind befindet, in West- und Ostdeutschland 2002 (in %) 7	760
Abbildung A 5.3: Haushalts- und Familienarbeit nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland (in Minuten je Tag)	762

Abbildung A 7.1: Überwiegenden Lebensunterhalt von erwerbstätigen Frauen und Männern in Deutschland 2004 (in %)	764
Abbildung A 7.2: Überwiegenden Lebensunterhalt von erwerbslosen Frauen und Männern in Deutschland 2004 (in %)	765
Abbildung A 9.1: Anteil schwerbehinderter Deutscher und Ausländer/-innen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung nach Bundesländern 2001 (in %)	768
Abbildung A 9.2: Altersspezifische Schwerbehindertenquote in West- und Ostdeutschland 2001	769
Abbildung A 9.3: Anteil behinderter Frauen an schwerbehinderten Menschen nach Ursache der schwersten Behinderung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 (in %)	770
Abbildung A 9.4: Zeitreihe Anteil gesundheitlich eingeschränkter Arbeitsloser an allen Arbeitslosen in Deutschland (in %)	
Abbildung A 10.1: Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) nach Alter und Geschlecht bei Raubdelikten sowie Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen TVBZ in Deutschland ¹ 1987 bis 2003	773
Abbildung A 10.2: Opfergefährdungszahlen nach Alter und Geschlecht bei Raubdelikten in Deutschland ¹ 1987 bis 2003	774

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.1: Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen des Sekundarbereichs I im Schuljahr 2004/2005 in fünf ausgewählten Bundesländern (absolut)	2
Tabelle 1.2: Ausbildungswege ¹ nach Geschlecht in Deutschland im Schuljahr 2003/2004 ² (in %) 49	9
Tabelle 1.3: Noch nicht auf einen Ausbildungsplatz vermittelte Bewerberinnen und Bewerber in West- und Ostdeutschland 2004 (absolut und in Zeilenprozent)54	4
Tabelle 1.4: Die 20 von jungen Frauen und Männern am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe ¹ in Deutschland 2003 (in %)55	5
Tabelle 1.5: Die Top-10-Schulberufe an Berufsfachschulen in Deutschland 2003/04 (absolut und in Zeilenprozent)58	3
Tabelle 1.6: Die Top-5-Schulberufe an Schulen des Gesundheitswesens in Deutschland 2003/04 (absolut und in Zeilenprozent)59	9
Tabelle 1.7: Übernahmeangebot als Fachkraft in Deutschland 1999/2000 (in %)60)
Tabelle 1.8: Übernahmeangebot als Fachkraft nach dem Schulabschluss in Deutschland 1999/2000 (in %)61	1
Tabelle 1.9: Übernahmeangebot als Fachkraft nach Wirtschaftszweig/ Ausbildungsbetrieb in Deutschland 1999/2000 (in %)62	2
Tabelle 1.10: Verbleib junger Fachkräfte ¹ ein Jahr nach der Ausbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1999/2000 (in %)63	3
Tabelle 1.11: Befristete oder unbefristete Stelle ¹ zum Befragungszeitpunkt in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1999/2000 (in %)64	4
Tabelle 1.12: Verbleib junger Fachkräfte ein Jahr nach der Ausbildung nach Übernahmeangebot in Deutschland 1999/2000 (in %)65	<u>5</u>
Tabelle 1.13: Verbleib junger Fachkräfte ein Jahr nach der Ausbildung nach Schulabschluss vor der Lehre in Deutschland 1999/2000 (in %)66	ŝ
Tabelle 1.14: Übernahmeangebot als Fachkraft in ausgewählten Ausbildungsberufen (in %) 68	3
Tabelle 1.15: Verbleib von Absolventinnen und Absolventen aus berufsfachschulischer Ausbildung ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung in Deutschland (in %)69	9
Tabelle 1.16: Verbleib von Absolventinnen und Absolventen aus dualer und berufsfachschulischer Ausbildung ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung in Deutschland (in %)70)
Tabelle 1.17: Die 20 von deutschen Studentinnen am häufigsten besetzten Studienfächer im Wintersemester 2003/2004 (in %)	2
Tabelle 1.18: Die 20 von deutschen Studenten am häufigsten besetzten Studienfächer in Deutschland im Wintersemester 2003/2004 (in %)72	2
Tabelle 1.19: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn in Deutschland 2003/04 (in %)79	9
Tabelle 1.20: Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Weiterbildungsformen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %; Mehrfachnennungen) 89	9
Tabelle 1.21: Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach betrieblichen bzw. nicht-betrieblichen Maßnahmen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)91	1
Tabelle 1.22: Durchschnittliche jährliche Maßnahmestunden insgesamt sowie bei betrieblicher und nicht-betrieblicher Weiterbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in Stunden und in %)92	2
Tabelle 1.23: Einschätzung des Gesamtnutzens beruflicher Weiterbildung durch die Teilnehmenden in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)94	4
Tabelle 2.1: Erwerbsbeteiligung in Deutschland (15- bis 64-Jährige) 1991, 1997 und 2004 (in 1 000 und in %)	3

Tabelle 2.2: Erwerbsbeteiligung in West¹- und Ostdeutschland² (15- bis 64-Jährige) 1991 und 2004 (in 1.000 und in %)	. 109
Tabelle 2.3: Erwerbsbeteiligung von deutschen und ausländischen¹ Frauen und Männern (15- bis 64-Jährige) in Deutschland 1991 und 2004 (in 1.000 und in %)	. 111
Tabelle 2.4: Altersgruppenspezifische Erwerbstätigenquoten¹ von Frauen und Männern sowie die Geschlechterdifferenz² nach Familienstand in Deutschland 2004 (in %)	. 119
Tabelle 3.1: Beschäftigungsanteile ¹ von Frauen und Männern in Beschäftigtengruppen (Dezilen ²) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 175
Tabelle 3.2: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen (Vollzeit und Teilzeit) ¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (in %)	. 179
Tabelle 3.3: Beschäftigte (Vollzeit) im Produzierenden Gewerbe und deren Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Deutschland 2004	. 190
Tabelle 3.4: Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen nach Berufen in Deutschland 2003	. 196
Tabelle 3.5: Bruttojahresverdienste ¹ von abhängig beschäftigten Frauen und Männern (Vollzeit) nach Staatsangehörigkeit in Deutschland 2002	. 212
Tabelle 4.1: Private Lebensformen im Alter von 18 und mehr Jahren ¹ in West- und Ostdeutschland ² 2004 (in %)	. 234
Tabelle 4.2: Kinderwünsche von Eltern und Kinderlosen in Deutschland 2004 (in %)	. 242
Tabelle 4.3: Zahl gewünschter Kinder von 20- bis 39-jährigen nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 242
Tabelle 4.4: Ehefrauen und Ehemänner mit in der Familie lebenden ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) nach Altersgruppen in Deutschland 2004 (in %)	. 245
Tabelle 4.5: Eltern-Kind-Gemeinschaften nach Lebensformen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland ¹ 2004 (in %)	. 250
Tabelle 4.6: Geburten nach Familienstand in Deutschland 1970 bis 2003 (in %)	251
Tabelle 4.7: Nicht-ehelich Lebendgeborene in den Bundesländern 2001, 2002 und 2003 (in %)	252
Tabelle 4.8: Nicht-eheliche Geburten nach Staatsangehörigkeit der Eltern in Deutschland 2002 (in %)	. 252
Tabelle 4.9: Allein erziehende Elternteile (ohne Partner im Haushalt) nach Familienstand in Deutschland 2004 (in %)	. 253
Tabelle 4.10: Allein erziehende Mütter nach Nationalität in Deutschland 2004 (absolut und in %)	254
Tabelle 4.11: Deutsche Frauen und Männer ohne Kinder im Haushalt nach Alter und schulischem sowie beruflichem Bildungsabschluss in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2004 (in %)	. 255
Tabelle 4.12: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen und Männern in Westdeutschland (in %)	. 262
Tabelle 4.13: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen und Männern in Ostdeutschland (in %)	. 263
Tabelle 4.14: Vergleich der Karrierestufen auf Paarebene für Frauen und Männer in Westdeutschland (in %)	. 265
Tabelle 4.15: Vergleich der Karrierestufen auf Paarebene für Frauen und Männer in Ostdeutschland (in %)	. 265
Tabelle 4.16: Veränderung der Jahreshaushaltsnettoeinkommen bei Frauen und Männern nach der Trennung in Deutschland (insgesamt und pro Kopf)	. 268
Tabelle 4.17: Zahlung von Kindes- und Trennungsunterhalt aus Sicht der unterhaltsberechtigten Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (Spaltenprozent)	. 269
Tabelle 4.18: Lebensmittelpunkt der ersten und zweiten Kinder in Deutschland 2001 (in %)	271

Geschlecht und Nationalität in Deutschland 2004 (absolut und in %)	. 274
Tabelle 5.1: Vermutete Konsequenzen aus der Erwerbstätigkeit von Müttern von Kleinkindern in Westdeutschland 1982 bis 2004 und in Ostdeutschland 1991 bis 2004 (in %)	. 307
Tabelle 5.2: Gewünschte und realisierte Erwerbsmuster in Paarhaushalten mit Kindern unter sechs Jahren 1998 (in %)	. 311
Tabelle 5.3: Idealvorstellungen jüngerer Frauen zur Vereinbarkeit von Beruf und kleinen Kindern nach Region in West- und Ostdeutschland 1998 und 1999 (in %)	. 312
Tabelle 5.4: Unbezahlte und bezahlte Arbeit von erwerbstätigen Paaren unter 60 Jahren mit und ohne betreuungsbedürftige Kinder 2001 und 2002 (in Stunden: Minuten je Tag)	. 318
Tabelle 5.5: Mutterschutz und Elternzeit in Europa 2001/2002	. 323
Tabelle 5.6: Anspruch und Inanspruchnahme von Elternzeit (bezogen auf Haushalte) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)	. 324
Tabelle 5.7: Erwerbsstatus nach der Geburt des "ersten" Kindes ¹ , das zwischen 1992 und 2000 geboren ist in West- und Ostdeutschland (in %) ²	. 347
Tabelle 5.8: Wiederaufnahme dieser Erwerbstätigkeit nach in West- und Ostdeutschland (in %)	. 347
Tabelle 5.9: Gründe für den Betriebswechsel nach dem Erziehungsurlaub in West- und Ostdeutschland (in %)	. 348
Tabelle 5.10: Dauer des Erziehungsurlaubs nach der Geburt des ersten Kindes in West- und Ostdeutschland (in %)	. 349
Tabelle 5.11: Erwerbsstatus der privaten Hauptpflegeperson von Hilfe- oder Pflegebedürftigen 2002 (in %)	. 352
Tabelle 6.1: Frauen im Deutschen Bundestag (absolut und in %)	. 366
Tabelle 6.2: Frauen in der DDR-Volkskammer (absolut und in %)	. 366
Tabelle 6.3: Frauenanteil der Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien 2002 und 2004 (in %)	. 369
Tabelle 6.4: Mitarbeit in einer Partei nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2002 (absolut und in %)	. 369
Tabelle 6.5: Frauenanteil in Parteigremien auf Bundesebene (in %)	. 370
Tabelle 6.6: Höchste Staats- und Parteiämter in der Bundesrepublik Deutschland 2005	. 371
Tabelle 6.7: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)	. 372
Tabelle 6.8: Kandidaturen und gewählte Bundestagsabgeordnete bei der Bundestagswahl nach Geschlecht und Partei in Deutschland 2002 (absolut und in %)	. 373
Tabelle 6.9: Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland 2002 (absolut und in %)	. 376
Tabelle 6.10: Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern nach Parteien in Deutschland 2002 (in %)	. 376
Tabelle 6.11: Gemeinderäte ohne Frauen in Baden-Württemberg 1989 bis 2004 (absolut)	. 377
Tabelle 6.12: Frauenanteil in den geschäftsführenden Vorständen der Gewerkschaften und unter den Mitgliedern in Deutschland 2003 (in %)	. 384
Tabelle 6.13: Politisches Interesse nach Geschlecht in Deutschland (in %)	. 384
Tabelle 6.14: Politisches Interesse nach Geschlecht und Alter in Deutschland (absolut und in %)	. 385
Tabelle 6.15: Wahlentscheidende Aspekte bei der Abgabe der Zweitstimme bei der Bundestagswahl in Deutschland 2002 (in %)	. 387
Tabelle 6.16: Gemeinschaftsaktivität in 14 Bereichen in Deutschland 1999 und 2004 (in %)	. 395

Tabelle 6.17: Freiwilliges Engagement in 14 Bereichen in Deutschland 1999 und 2004	396
Tabelle 6.18: Partizipation an nicht-institutionalisierten Formen von Politik nach Geschlecht in Deutschland 2002 (in %)	400
Tabelle 7.1: Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten ¹ geordnet nach Geschlecht und Haushaltstyp in Deutschland 1998 und 2003 (in %)	411
Tabelle 7.2: Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2004 (absolut und in %)	417
Tabelle 7.3: Geförderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Eingliederungsquote der aktiv geförderten Personen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (absolut und in %)	420
Tabelle 7.4: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹ in Deutschland 2003 (absolut und in %)	428
Tabelle 7.5: Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz für Frauen und Männer in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1995 bis 2003¹ (absolut in 1.000 und in %)	429
Tabelle 7.6: Nettoeinkommen der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren nach Haushaltstyp in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1986 bis 2003	432
Tabelle 7.7: Anteile der Kumulationsformen von eigenen und abgeleiteten Alterssicherungsleistungen nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West-und Ostdeutschland 2003 (in %)	436
Tabelle 7.8: Anteil der Witwen im Alter ab 65 Jahren mit abgeleiteter Alterssicherung an allen Witwen ab 65 Jahren und durchschnittlicher Netto-Betrag im Monat je Bezieher für Witwen ab 55 Jahren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (in % und in €)	437
Tabelle 7.9: Einzelrentnerinnen und -rentner in der gesetzlichen Rentenversicherung nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (absolut in 1.000 und in %)	441
Tabelle 7.10: Durchschnittliche Zahlbeträge für Renten wegen Alters nach Rentenarten (Rentenzugang)¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1973 bis 2003 (Zahlbeträge in € pro Monat und Anteil in %)	445
Tabelle 7.11: Geschätzte durchschnittliche Rentenzahlbeträge ¹ der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters sowie der Witwen- und Witwerrenten der gesetzlichen Rentenversicherung ² nach Geschlecht in West- und Ostdeutschland 2007	450
Tabelle 7.12: Anteil der Personen im Alter ab 65 Jahren mit eigener Alterssicherung an der Gesamtbevölkerung ab 65 Jahren und durchschnittlicher Netto-Betrag im Monat je Bezieher/-in für Personen ab 55 Jahren in West- und Ostdeutschland 2003 (in € und in %)	454
Tabelle 7.13: Pflegebedürftige nach Ort der Pflege, Pflegestufe und Geschlecht in Deutschland (absolut in 1.000 und in %)	465
Tabelle 8.1: Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes nach soziodemografischen Merkmalen in Deutschland 2002 (in %)	486
Tabelle 8.2: Zufriedenheit mit der Gesundheit nach soziodemografischen Merkmalen in Deutschland 2002 (Mittelwerte)	489
Tabelle 8.3: Häufigste Diagnosen bei Patientinnen und Patienten ¹ in Deutschland 2002 (absolut)	492
Tabelle 8.4: Schwangerschaftsabbrüche nach dem Alter der Frauen in Deutschland 1999 bis 2004 (absolut)	494
Tabelle 8.5: Todesursachen Gestorbener nach Geschlecht in Deutschland 2003 (absolut und in %)	498
Tabelle 8.6: Nicht-natürliche Todesursachen nach Geschlecht in Deutschland 2003 (absolut und in %)	499
Tabelle 8.7: Körpergröße, Körpergewicht und Body-Mass-Index ¹ von Frauen und Männern in Deutschland 2003 (Mittelwerte, Anteile am Body-Mass-Index in %)	503

Tabelle 8.8: Rauchverhalten nach Geschlecht und Altersgruppen in Deutschland 2003 (in %)	. 507
Tabelle 8.9: Anteil der 12- bis 25-jährigen jungen Frauen und Männer, die im letzten Jahr illegale Drogen konsumiert haben in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993, 1997 und 2001 (in %)	. 512
Tabelle 8.10: Häufige gesundheitliche Beschwerden während oder unmittelbar nach der Arbeit nach Beruf und Geschlecht in Deutschland 1998/1999 (absolut und in %)	. 515
Tabelle 8.11: Durchschnittliches Alter der Gestorbenen nach Nationalität und Geschlecht in Deutschland 2003 (in Jahren)	. 518
Tabelle 9.1: Frauen und Männer mit Behinderung nach Ursachen der schwersten Behinderung und Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (absolut und in %)	. 544
Tabelle 9.2: Anteil der Kindereinrichtungsplätze für behinderte Kinder an allen Plätzen in Kindereinrichtungen in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1994, 1998 und 2002 (in %)	. 548
Tabelle 9.3: Deutsche Schülerinnen und Schüler nach Förderschwerpunkt in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland im Schuljahr 2003/2004 (absolut und Anteil der Schülerinnen in %)	. 552
Tabelle 9.4: Ausländische Schülerinnen und Schüler nach Förderschwerpunkt in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland im Schuljahr 2003/2004 (absolut und Anteil der Schülerinnen ³ in %)	. 553
Tabelle 9.5: Beschäftigungssituation behinderter Frauen und Männer in Deutschland 2003 (in %).	. 562
Tabelle 9.6: Beschäftigung schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftsbereichen in Deutschland 2003 (in %)	. 566
Tabelle 9.7: Beschäftigung schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer nach Wirtschaftsbereichen in West ¹ - und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 566
Tabelle 9.8: Art des Beschäftigungsverhältnisses schwerbehinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in West¹- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 567
Tabelle 9.9: Anteil von Frauen an Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Deutschland insgesamt und in Ostdeutschland 2004 (absolut und in %)	. 575
Tabelle 9.10: Durchschnittliches Rentenzugangsalter – GRV-Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1993 bis 2003 (in %)	. 586
Tabelle 9.11: Beteiligung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in Parteien, Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen in Deutschland 2003 (in %)	. 600
Tabelle 9.12: Beteiligung behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer an ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen und Verbänden in Deutschland 2003 (in %)	. 600
Tabelle 9.13: Bewertung des gegenwärtigen Gesundheitszustandes aus der Sicht behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 604
Tabelle 9.14: In fünf Jahren erwartete Lebenszufriedenheit aus der Sicht behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland 2003 (in %)	. 604
Tabelle 10.1: Straftaten, Aufklärungsquote, Tatverdächtige sowie Abgeurteilte, Verurteilte und Strafgefangene in Deutschland insgesamt sowie in Westdeutschland 2002 und 2003 (absolut und in %)	. 623
Tabelle 10.2: Opfermerkmale bei verschiedenen Delikten in absoluten Zahlen in Deutschland 2003 (absolut und in %)	
Tabelle 10.3: Vergleich der Gewaltprävalenzen der zusätzlich befragten Bevölkerungsgruppen mit den Gewaltprävalenzen der repräsentativen Hauptuntersuchung	

Tabellen	im A	Anhar	າg
----------	------	-------	----

Tabelle A 1.1: Arbeitslosigkeit direkt nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001 und 2002 (in %)	714
Tabelle A 1.2: Verbleib junger Fachkräfte ein Jahr nach einer dualen Ausbildung nach Geschlecht in Deutschland (in %)	714
Tabelle A 1.3: Ziel: Beschäftigung sofort nach der Lehre? Befragte mit betrieblichem Vertragspartner nach Geschlecht und Schulabschluss in Deutschland (in %)	714
Tabelle A 1.4: Aktivitäten bei der Stellensuche nach Übernahmeangebot – Befragte, die eine Beschäftigung direkt nach der Lehre anstreben in West- und Ostdeutschland (in %)	715
Tabelle A 1.5: Verbleib betrieblich und außerbetrieblich ausgebildeter junger Fachkräfte nach Geschlecht an der zweiten Schwelle in West- und Ostdeutschland (in %)	716
Tabelle A 1.6: Befragte mit betrieblichem Vertragspartner und Übernahmeangebot als Fachkraft (Vollzeit/Teilzeit) nach Geschlecht in Deutschland (in %)	716
Tabelle A 1.7: Durchschnittlicher jährlicher Freizeitaufwand für berufliche Weiterbildung pro Teilnehmenden nach Geschlecht und Zeitarten in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in Stunden)	717
Tabelle A 1.8: Einschätzung des Verhältnisses von Nutzen zu Aufwand der beruflichen Weiterbildung durch die Teilnehmenden nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)	717
Tabelle A 2.1: Erwerbstätigenzahlen nach Geschlecht und höchsten Ausbildungsabschluss ¹ in Deutschland 1991 bis 2004 (absolut in 1.000; Entwicklung in %)	723
Tabelle A 2.2: Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen nach Berufsabschnitten in Deutschland 1999 bis 2004 (absolut in 1.000 und Anteil in %)	724
Tabelle A 3.1: Bruttojahresverdienste von abhängig beschäftigten Frauen und Männern (Vollzeit) ¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)	726
Tabelle A 3.2: Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern in Teilzeitbeschäftigung ¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	727
Tabelle A 3.3: Berufspositionen von Frauen und Männern (Vollzeit) ¹ und die dort jeweils durchschnittlich erreichten Bruttojahresverdienste ¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	728
Tabelle A 3.4: Berufspositionen von Frauen und Männern im Produktions- und im Angestelltenbereich (Vollzeit) ¹ und die dort jeweils durchschnittlich erreichten Bruttojahresverdienste in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	729
Tabelle A 3.5: Beschreibung der Tätigkeitshierarchie	730
Tabelle A 3.6: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern (Vollzeit) ¹ nach Wirtschaftssektoren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 1997 und 2002	731
Tabelle A 3.7: Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen (Vollzeit) in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	
Tabelle A 3.8: Weibliche und männliche Beschäftigte in verschiedenen Wirtschaftszweigen und der dort jeweils erzielte Bruttojahresverdienst (Vollzeit) ¹ in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	733
Tabelle A 3.9: Bruttomonatsverdienste von Frauen und Männern in den fünf am stärksten besetzten Berufen im Angestellten- und im Arbeiterbereich in Deutschland (in €)	735
Tabelle A 3.10: Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (Vollzeit) ¹ nach Geschlecht und nach Betriebsgrößenklasse in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	736
Tabelle A 3.11: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste (Vollzeit) ¹ nach dem Ausbildungstand in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	737

Tabelle A 3.12: Frauen und Männer und deren Bruttojahresverdienst (Vollzeit) ¹ nach dem Alter der Beschäftigten in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	738
Tabelle A 3.13: Bruttojahresverdienst und Vollzeitbeschäftigte nach Geschlecht und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2001	739
Tabelle A 3.14: Bruttojahresverdienste (Vollzeit) ¹ abhängig beschäftigter Frauen und Männer nach Staatsangehörigkeit 2002	740
Tabelle A 4.1: Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2004 (in %)	741
Tabelle A 4.2: Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Westdeutschland 2004 (in %)	742
Tabelle A 4.3: Private Lebensformen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost) 2004 (in %)	743
Tabelle A 4.4: Private Lebensformen der deutschen Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2004 (in %)	744
Tabelle A 4.5: Private Lebensformen der ausländischen Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren nach Geschlecht und Alter in Deutschland 2004 (in %)	745
Tabelle A 4.6: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Geburtskohorten und Schulabschluss bei Männern in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)	746
Tabelle A 4.7: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Kohorte und Schulabschluss bei Frauen in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)	747
Tabelle A 4.8: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Kohorte und Schulabschluss bei Männern in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)	748
Tabelle A 4.9: Altersdifferenz in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Kohorte und Schulabschluss bei Frauen in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)	749
Tabelle A 4.10: Bildungshomogamie in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Geburtskohorte und erstem Schulabschluss in Westdeutschland (in %)	750
Tabelle A 4.11: Bildungshomogamie in der ersten mind. einjährigen Partnerschaft nach Geburtskohorte und erstem Schulabschluss in Ostdeutschland (in %)	751
Tabelle A 4.12: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Männern in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)	752
Tabelle A 4.13: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen in Westdeutschland (Altersabstand in Jahren)	753
Tabelle A 4.14: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Männern in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)	754
Tabelle A 4.15: Altersdifferenz in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss bei Frauen in Ostdeutschland (Altersabstand in Jahren)	755
Tabelle A 4.16: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss in Westdeutschland (in %)	756
Tabelle A 4.17: Bildungshomogamie in der aktuellen Partnerschaft nach Geburtskohorte und Schulabschluss in Ostdeutschland (in %)	757
Tabelle A 4.18: Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Haushaltsgröße und Familienstand in Deutschland 2004 (in %)	758
Tabelle A 7.1: Bestand an gemeldeten Arbeitslosen und Quote der arbeitslosen Leistungsempfänger/-innen nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2003 (absolut und in %)	766
Tabelle A 7.2: Dauer von Arbeitslosigkeit nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (in %)	
Tabelle A 7.3: Rentenzugänge nach Rentenarten für Frauen und Männer in Deutschland	767

Tabelle A 9.1: Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur beruflichen Erst- und Wiedereingliederung nach Geschlecht in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2004 (absolut und in %)	. 772
Tabelle A 10.1: Prävalenzraten sexuellen Kindesmissbrauchs für unterschiedliche definitorische Eingrenzungen nach Geschlecht in Deutschland 1992 (in %)	. 775

Index

Abendschulen 25-30, 39, 693 406, 411, 414, 426, 428-430, 432, 451, Abgeordnete 347, 351, 354, 355, 360-363, 469, 472, 500, 501, 507, 522, 548, 554, 367, 386-388 555, 570, 589, 600, 675, 697, 749, 750 Arbeitssuche 141, 291, 398, 406 Abitur 232, 247, 248, 253 Adoption 243 Arbeitsunfall 498, 500, 527 Aids 481, 488, 675, 686 Arbeitszeit 116-118, 125, 271, 272, 274, Akademiker/-innen 108, 146, 195, 248, 345 305-307, 322, 325, 337, 345, 655 Alkohol 477, 493-495, 497, 504, 507, 660 Armut 141, 158, 213, 214, 393-395, 410, 422, 429, 452, 469, 472, 502, 504, 505, Alleinerziehende 285, 296, 326 Alleinlebende 516 660, 671 Altenpflege 51, 52, 129 Arzneimittel 468 Alterseinkommen 414, 415, 437, 452 Arzte/-innen 44, 124, 499, 500, 501 Asyl 14, 412, 413, 502, 604, 617, 634, Altersicherung 209, 392, 414, 415, 418, 420, 421, 424, 428-430, 438-441, 656, 660, 680, 681 658, 661, 679, 682 Aufsichtsrat 135 Altersicherungsleistung 415, 419, 420 Ausbildung 37, 43, 44, 47-50, 52, 53, 56, Altersicherungssystem 415, 418, 420, 421, 60, 63, 66, 72, 88, 89, 104, 114-116, 437, 438 122, 123, 132, 133, 163, 167, 169, 171, Altersrente 392, 426, 428-430, 432, 435, 176-178, 180, 184, 186, 191, 192, 194, 452, 570-572, 750 196, 197, 199, 204, 267, 276, 295, 442, Altersteilzeit 426, 432 541, 571, 701, 702, 709-712, 714, 717, 719, 720-723 Altervorsorge 439 Angestellte 132, 133, 162, 173, 175, 295, Ausbildungsabschluss 60, 676, 699 441, 718 Ausbildungsberufe 21, 48, 51, 52, 60, 61, 65, 69, 70, 558 Angestelltenbereich 174-177, 179, 193, Ausbildungsbetrieb 61 712 Anlernausbildung 76 Ausbildungsplatz 45, 46, 47, 50, 542 Ausbildungswege 104, 108 Anwartschaft 415, 420 Aquivalent 148, 213, 393, 395, 422, 429, Ausfilterungsprozess 608 Ausgleichsabgabe 551, 555 469, 470, 472 Ausgleichssystem 392 Arbeiter/-innen 114-116, 122, 123, 131-133, 162, 165, 174, 175, 179, 188, 276, Ausländer/-innen 103, 106, 146, 283, 290, 295, 441, 442, 548, 701, 702, 718 292, 412, 502, 550, 701, 704, 751 Arbeitsagentur 398 Aussiedler/-innen 15, 204, 625 Arbeitsbeschaffungsmassnahmen 398, 399, Beamte 114-116, 122, 123, 131, 132, 143, 403, 405 165, 173, 174, 276, 295, 441, 701, 702 Arbeitserlaubnis 413 Bedarfsgemeinschaft 451, 453 Arbeitslose 64, 92, 94, 97, 98, 100-103, Bedrohung 593, 623, 633, 643, 651 142, 144-149, 214, 275, 287, 290, 339, Behandlung 474, 475, 476 395, 397-400, 403-405, 445, 473, 486, Behinderte 510, 513, 517, 525, 527, 531, 501, 554, 555, 660, 705, 749, 754 534, 538-546, 548, 550, 552, 556, 559, 562, 563, 564, 566, 567, 579, 583, 584, Arbeitslosengeld 142, 315, 401, 402 Arbeitslosenhilfe 142, 401 588, 590, 654, 655, 657, 661, 662, 664, Arbeitslosenstatistik 62, 105, 142, 143, 668, 672, 682 149, 198, 295, 405, 509, 553, 555 Behindertengleichstellungsgesetz 518, 656 Arbeitslosenversicherung 405 Behindertenstatus 512 Arbeitslosigkeit 55, 57-60, 92, 94, 95, 137, Behinderung 450, 509-519, 521, 525-530, 141-143, 145, 146, 148, 203, 214, 288, 535, 541, 542, 545, 546, 548, 550, 552, 298, 302, 328, 391, 396, 398-403, 405, 553-558, 561-568, 577, 578, 582-584,

589, 590, 634, 657, 659, 661, 672, 676, Bundestagswahl 348 680, 684 Bundesverfassungsgericht 10, 360 Dienstleistung 126-130, 135, 139, 149, Beitragsbemessungsgrenze 161, 167, 169 Berufe 12, 44, 49, 52, 63, 69, 90, 123, 153, 179-182, 185, 274, 331, 399, 403, 125, 128-130, 155, 156, 179, 187-189, 438, 474, 550, 586, 665, 681, 703, 712, 460, 600, 668, 692, 713, 718 714 Berufsabschluss 108 Diskriminierung 154, 155, 187, 348, 636, Berufsausbildung 43, 50, 51, 88, 542 672 Berufseinstieg 543, 571 Doppelversorgermodell 273, 282, 288, Berufsfachschulen 43, 52, 61, 64, 108, 304, 306 109, 147, 545, 697, 706 Drogen 492, 493, 496, 497, 662 Dunkelfeld 593, 595, 598, 621-623, 633, Berufskrankheiten 528 Berufsleben 57, 122, 198, 268, 273, 276, 634, 636, 638, 640, 650, 684 297, 301, 303, 343, 656, 676 Ehe 109, 110, 120, 241, 264, 266, 273, 278, 282, 285, 295, 297, 298, 303, 305, Berufsschulen 42, 43 Berufsvorbereitungsjahr 543, 692 322, 326, 410, 416-418, 485 Berufswahl 44, 55, 90, 101, 189, 206, 342, Ehegattensplitting 109, 120, 298 Ehelosigkeit 274 673 Betreuungsangebote 9, 119, 130, 272, Ehepartner/-innen 120, 121, 147, 228, 259, 297, 307, 322, 326, 329, 330, 332-334 263, 264, 401, 415, 417, 419, 432, 449 Betreuungsarrangements 325, 326, 329, Ehrenamtliche Tätigkeit 309, 347, 375, 332, 333, 335, 656, 664 382, 665, 674, 684 Eingliederung, berufliche 401, 404, 405, Betreuungskosten 563 Betriebe 10, 42, 54, 82, 99, 123, 125, 131, 556-558, 659 132, 135-137, 156, 157, 163, 167, 169, Einkommen 12, 84, 86, 93, 94, 97, 109, 171, 176-180, 182, 184, 186, 189-192, 119, 121, 144, 147, 152, 153, 156-158, 194, 196, 197, 199-201, 203, 205, 215, 160-167, 169-179, 180-194, 196-206, 208-215, 230, 259-261, 272, 277, 287, 272, 274, 307, 314, 315, 321-325, 336-340, 375, 379-381, 438, 601, 658, 663, 316, 320, 326, 332, 342, 344, 392, 393, 668, 692, 709-712, 714, 717, 719-722 396-401, 403-405, 407, 413-419, 424, Betriebsrenten 438, 439, 452 429, 435, 440-442, 445, 451, 453, 455, Bewerber 31, 45, 47, 90, 155, 190, 542 456, 470, 472, 473, 486, 500, 506, 509, Bildung 19, 92, 94, 205, 349, 413, 509, 518, 561, 562, 568, 586, 656, 657, 661, 558,668 662, 664, 666, 667, 670, 671, 674, 675, Bildungsabschluss 32, 72, 73, 75, 89, 107, 678, 679, 681, 683, 709-712, 714-723 247, 470, 506 Einkommensgruppen 470, 472, 563 Einkommensunterschiede 109, 157, 158, Bildungserfolg 14 161, 174, 189, 193, 196, 198, 201, 208, Bildungsgruppe 195, 248, 545 Bildungshomogamie 252 230 Bildungsniveau 81, 193-195, 200, 232 Elternzeit 206-208, 276, 289, 290, 303, Bildungssystem 541 314-321, 323, 325, 335-339, 343, 344, Bildungsunterschiede 86 435, 441, 663, 684 Bildungsweg 29, 531, 538, 657 Entbindungen 465, 475 Bildungswesen 531 Entgeltpunkte 209, 211, 432, 435, 436, 572 Erstgeburten s.a. Geburten 236, 248 Bruttosozialprodukts 393 Bundeserziehungsgeldgesetz 315 Erstheirat 235 Bundesrat 360 Erwerbsquote 101 Bundesregierung 9 Erwerbstätige 20, 76, 87, 91, 94, 97, 102, 103, 105, 107, 110-114, 118, 138, 146, Bundestag 360, 361, 658 Bundestagsabgeordnete 364, 386 148, 149, 207, 268, 273, 275, 276, 278, Bundestagsmandate 362 280, 283, 285, 290, 291, 296, 298, 299,

301, 302, 317, 318, 320, 321, 325, 326, Geburtenstatistik 12, 94, 217, 219-225, 331, 334, 336, 340, 341, 343, 345, 391, 233, 267, 669 397, 411, 414, 424, 442, 444, 451, 460, Gericht 93, 154 470, 472, 473, 506, 545, 548, 552, 554, Geringqualifizierte 164 558, 655, 670, 679, 681, 743 Geringverdienerinnen 441 Gesamtschule 25, 27, 28, 29, 693 Erwerbsunterbrechung 106, 155, 189, 196, 203, 206-208, 210, 215, 272, 283-285, Gesundheit 63, 454-459, 464, 465, 467-287, 320, 342, 655 473, 498, 501, 505-507, 515-518, 550, 586, 587, 629, 669, 678 Erwerbsverlauf 18, 79, 87, 95, 137, 275, 288-290, 292, 335, 336, 341, 395, 411 Gewalt 535, 592-596, 600-607, 609, 614, Erziehende 12, 165, 213, 217, 241, 242, 616-625, 628-632, 634-643, 648-652, 245, 262, 269, 295, 296, 298, 329, 332, 659, 665, 666, 669, 672, 677, 683, 684 333, 395, 396, 406, 409, 411, 413, 421 Gewerkschaft 10, 136, 367, 368, 375, 385, Erzieher/-innen 44, 51, 129 585, 671 Grundausbildung 32, 557, 558, 655, 692 Erziehungsgeld 316, 317 Fachabitur 299 Grundschule 40, 41, 305, 334, 342, 536, 693 Fachakademie 42 Facharbeiter/-innen 175 Grundsicherung 392, 406, 407 Fachhochschule 37, 39, 41, 74, 88, 89, Gymnasium 22, 23, 25, 27-31, 39, 41, 132, 207, 231, 506, 537-540, 543, 589, 499, 500, 693 634, 706 Habilitationen 72, 89 Fachoberschulen 42 Handwerk 51, 134, 414, 541, 669 Fachschulen 42, 43, 108, 109, 146, 147, Hartz IV 147, 298, 398, 399, 402, 406, 662 247, 543, 545, 692, 706 Hauptschule 22-25, 27-30, 32, 36, 37, 39, Familie 9, 11-15, 64, 80, 92-95, 103, 105, 47, 48, 54, 59, 63, 108, 171, 217, 232, 106, 109-113, 115, 121, 124, 130, 144, 247, 248, 252, 253, 299, 537-539, 542, 157, 161, 170, 172, 189, 196, 198, 206, 558, 693-695, 697 207, 210, 212, 213, 216-218, 221, 222, Hausarbeit 13, 307-310, 312, 314, 465, 226-229, 237, 240-243, 245, 246, 250, 484 266, 268, 271-274, 282, 284-286, 291, Hausfrau 9, 93, 219, 554 294, 295, 297, 298, 301, 302, 305, 307-Hausfrauenehe 111 314, 321, 326, 332, 333, 340, 342, 344, Heirat 111, 235, 236, 239, 249 345, 348, 370, 382, 392, 395, 413, 416, Hellfeld 596, 623, 637 441, 456, 457, 484-486, 509, 565, 566, Hinterbliebenenrente 298, 391, 392, 415, 571, 572, 574, 576, 598, 601, 602, 622, 419, 420, 422-428, 432-437, 440, 451-626, 641, 655, 656, 660, 663, 665, 666, 453, 572, 573, 590 669, 670, 672, 673, 678, 679, 681, 683, HIV 481, 488, 675, 688 741, 745 Hochschulabschluss 12, 76, 195 Fehlzeiten 498, 507 Hochschule 39, 42, 43, 64, 71, 194, 285, Frauenberufe 205 506, 625, 678, 681, 694 Fraueneinkommen Hochschullaufbahn 71, 672 152, 160, 162, 182, 184, 714 Hochschulreife 662 Freiwilligenarbeit 377-380, 387, 444 Homogamie 233, 253 Freizeit 84, 313, 460, 467, 484, 522, 531, Hortbetreuung 533 585, 665, 700 Indikationsregelung 10 Ganztagesbetreuung 325, 328 Integrating 669 Ganztagsschule 326, 329, 330 Integration 15, 551, 559, 647 Geburt 10, 219, 222, 223, 237-240, 242-Internet 153, 564 244, 267, 435, 461, 474, 476, 477, 505, Jugendalter 1, 20, 23, 32, 35-39, 41-43, 530 45-47, 50, 64, 383, 385, 408, 455, 475, 484, 492, 493, 495, 496, 506, 507, 524,

527, 531, 534, 537, 541, 542, 555, 556, Lebensformen 9, 217, 218, 226, 228, 241-568, 593, 595, 601, 607, 611, 612, 614, 243, 245, 250, 251, 264, 267, 268, 296, 615, 618, 621, 623, 627, 630, 634, 636-313, 316, 326, 395, 410, 656, 662 643, 650, 651, 656-662, 664-667, 670-Lebenslauf 103, 209, 219, 220, 226, 229, 237, 455, 459, 509, 527, 547, 571, 630, 675, 677-679, 684, 692, 694, 758 Jugendgewalt 598 631, 659, 743 Jugendstrafe 608, 610, 635 Lebensstile 10, 16, 156, 229, 237, 283, 308, 328, 460, 483, 524, 558, 568, 585, Karriere 134, 190, 256, 257, 294, 338, 663, 684 588, 624, 634, 650, 658, 659, 661, 662, Kinderarmut 395 666, 668, 670, 672, 677, 683 Kinderbetreuung 11, 13, 105, 109, 155, Lebensunterhalt 94, 153, 397, 563 172, 271-274, 276, 279, 286, 297, 302, Lebenszufriedenheit 586, 587 Ledige 110, 111, 235, 239 320, 323-326, 329, 331-345, 394, 422, 571 Lehrende 39, 40, 41, 44, 74, 75, 124, 536 Kindergarten 9, 285, 286, 288, 327, 328, Lehrerausbildung 40 330, 333, 465, 531, 533 Lehrstellen 31, 45 Kindergeld 392 Leichtbehinderte 538 Kinderkrippe 324, 326, 531 Leistungsbezieher/-innen 267, 399-402, Kinderlosigkeit 224, 247-250, 267, 345 412, 413, 437, 440, 749 Kindersterblichkeit 460 Lernbehinderung 559, 588 Kindertageseinrichtung 326, 327, 332, 677 Lesben 604, 634, 674, 677 Kinderwunsch 233, 240 Lohn 126, 155, 157, 160-162, 164, 174, Kindesmissbrauchs 599, 758 175, 179, 183, 188, 191, 201-203, 207, Kirche 379-382, 518 208, 215, 298, 338, 398, 399, 675, 678, Kleinkind 286, 299, 326, 332, 531 679, 681, 682, 718, 722 Kollegschule 108, 109, 147, 693, 706 Lohnsteuerklassenwahl 120 Kommunalpolitik 364-367, 385, 669 Lohnunterschiede 120 Körperverletzung 14, 594, 595, 606, 607, Management 82, 131, 135, 256, 672, 712, 611-615, 617-621, 637, 649 Krankenhaus 455, 466, 473-475, 477, 506, Medien 130, 313, 372, 484, 648 680 Medikamente 455, 497, 507 Krankenkassen 500 Mehrfachbehinderungen 559 Krankenversicherung 441, 442, 445 Mehrfachdiskriminierung 509, 518 Krankheiten 448, 455-457, 459, 464, 465, Mehrfachrentenbezug s.a. Renten 422, 476, 477, 484, 497, 498, 500, 501, 505, 424, 425 511, 518, 528, 530, 556, 567, 568, 575, Menschenhandel 14 Menschenraub 607 Krankheitstage 498, 658 Menschenrechte 513, 597, 661 Kriegsdienst 631 Midijob 118, 119, 659 Kriminalitätsfurcht 593, 643-649, 652, Migranten/-innen 15, 20, 106, 204-206, 659, 668, 671, 675, 684 225, 266, 350, 385, 386, 388, 413, 455, 457, 501, 502, 504, 505, 507, 597, 604, Kriminalstatistik 621, 640, 667 Krippe s.a. Kinderbetreuung 625, 634-636, 662 286, 288, 329, 344, 531, 533 Migration 12, 15, 46, 149, 225, 228, 246, Landtag 348, 359, 362-364 266, 329, 385-387, 389, 451, 636 Langzeitarbeitslose 92, 141, 147-149, 401, Minijob 405 660, 750 Missbrauch 497, 578, 598, 599, 611, 612, Lebendgeborene s.a. Geburten 222 634, 640, 641, 665 Misshandlung 633, 634, 638 Lebenserwartung 264, 464 Mutter 217, 236, 237, 247, 248, 268, 677

Mutterschutz 206, 315

Nachmittagsbetreuung 532 Raubdelikte 607, 611, 613, 614, 617-619, Nebenjob 118 637, 756, 757 182, 460, 491-493, 504, 507, Obdachlose 634 Rauchen Opfer 599, 603-605, 617, 619, 620, 623, 680, 715, 716 625, 630, 636-638, 640, 642, 644, 645, Realschule 22-25, 27-29, 37, 108, 217, 247, 537, 539, 589, 693, 694 666, 668, 671, 673, 684 Orientierungsstufe 25-30 Rechtsextremismus 656 Parlament 347-352, 354, 355, 359, 360, Regelschule 534, 543 363-365, 388, 600, 669, 674, 676, 682 Regierung 352, 353, 360, 363, 597 Parteien 347, 348, 354, 355, 357-362, 372, Renten 209, 210, 392, 415, 423, 424, 426, 387, 388, 666, 678 432, 434, 435, 440, 452, 518, 572, 683 Parteimitgliedschaft 348, 357, 358 Rentenart 424, 429, 571, 572, 750 Partnerschaft 9, 12, 80, 87, 111, 120, 121, Rentenbezieher/-innen 414, 415, 422- 426, 135, 142, 153, 170, 190, 213, 217-220, 428, 434, 435, 438, 439, 442, 444, 446, 222, 228-232, 240, 242, 244, 245, 249-452 257, 268, 269, 277, 285, 297, 299, 303-Renteneintrittsalter 209, 211, 217, 269, 391, 414, 417, 421, 430, 444, 518, 568, 305, 307-314, 316-318, 320, 332, 395, 398, 403, 406, 415, 424, 448, 451, 486, 569, 574, 590 567, 576, 593, 601, 622, 624, 626-629, Rentenreform 670 631-635, 642, 643, 647, 649-651, 654, Rentenversicherung 424, 434, 435, 441, 665, 677, 682, 724-739 572 Partnersuche 229 Rentenzugang 211, 426, 569 Partnerwahl 229, 230, 253 Scheidung 10, 94, 110, 125, 217, 219, Patchworkfamilien 218 249, 250, 258-264, 268, 274, 296, 416, Patienten/-innen 474, 476, 477, 484, 488 602, 628, 629, 654, 658, 659 Pflege 272, 276, 322, 340, 341-343, 345, Schulabbrecherquote 12 448, 574, 576, 578 Schulabschluss 31, 232, 538 Pflegediensten 575 Schulalter 302, 305, 329 Schularten 14, 22, 24-30, 35, 38, 40-43, Pflegefall 342 50-52, 88, 333, 484, 532, 534-537, 588, Pflegegeld 448, 576 Pflegeheime 449, 575 593, 637, 643, 651, 678-681, 684, 692-Pflegende 187, 267, 340-342, 345, 448, 695 578 Schulbesuch 32, 655, 656, 692 Pflegestatistik 575-577, 679 Schulkinder 656 Pflegestufe 448, 449 Schulleistungen 32, 34, 41, 88 Pflegeversicherung 434, 449, 453, 574, Schulleitung 18, 20, 23, 40, 41, 672 575, 577 Schwangerschaft 10, 237, 240, 478, 505 Politik 371, 372, 374, 375, 384 Schwerbehinderte 509, 511, 517-523, 527, Politikinteresse 368 546, 552, 555, 588, 752 Politische Partizipation 346, 369, 582, Schwerbehindertenausweis 517 654, 656, 661, 668 Schwerbehindertengesetz 517, 518, 520, Praktikum 73, 75, 163, 167, 169, 171, 521, 588, 658 176-178, 180, 184, 186, 191, 192, 194, Schwule 604, 634, 677 196, 197, 199, 204, 709-712, 714, 717, Sekundarbereich 25-30, 693 719-721, 723 Selbsthilfe 375-378, 387, 518 Professuren 71 Senatsverwaltung 605, 677 Promotion 71, 74, 89 Senioren/-innen 416 Prostituierte 597, 604, 625, 634 Sexualdelikte 578, 596, 599, 608, 621, psychische Erkrankungen 479, 483, 524, 644, 645, 649, 650, 651 Sicherungssystem 94, 394, 415, 437, 451, Psychische Erkrankungen 479, 501, 590 516, 658

Sonderschulen 499, 500, 509, 518, 588, 589

Sorgerecht 243, 262, 671

Sozialhilfe 213, 296, 391, 396, 406-414, 451

Sozialversicherung 163, 167, 169, 171, 176-178, 180, 184-186, 190-192, 194, 196, 197, 199, 204, 277, 392, 393, 440, 441, 448, 672, 709-712, 714, 717, 719-721, 723

Splittingsteuermodell 120

Sport 376, 484, 659, 696

Stalking 595, 629

Stille Reserve 399

Strafgefangene 671, 679, 680

Strafrecht 604, 608, 612, 614, 615, 649, 671, 684

Straftaten 595, 599, 600, 608, 617, 635

Strafverfolgung 599, 603, 605, 680

Strafvollzug 609

Straßenverkehrsunfälle 490

Studienfächer 46, 65, 67, 72, 89

Studierende 18-22, 64-72, 89, 122, 662, 664, 696

Sucht 468, 484, 491, 497, 524, 526, 661 Suizid 483, 680

Tagesbetreuung 326, 327, 329-332, 662, 670, 677, 679

Tatorte 627, 628, 650, 665, 667

Tatverdächtige 605-607, 609, 611-615, 620, 621, 650, 656, 756

Teilzeitarbeit 9, 90, 92, 93, 99, 115, 116, 119, 125, 135, 140, 141, 166, 171, 172, 271-273, 282, 289, 293, 303-307, 315, 317, 320, 323, 341, 343, 344, 398, 418, 470, 473, 552, 558, 699, 742

Teilzeitausbildung 558

Teilzeitquote 172, 292-294

Telearbeit 124

Todesfälle 482, 483, 502, 504, 527, 606, 681

Todesursachen 14, 482, 594-596, 606, 617, 620, 649

Übernahmeangebote 49, 53-55, 57-59, 61, 89, 428, 698, 699

Überschuldung 469, 472

Überstunden 117, 157, 700

Umschulung 556

Umwelt 371, 477, 510

Unfall 448, 466, 467, 476, 484, 504, 506, 517, 521, 525, 538, 680

Unfallverursacher/-innen 490

Unterbrechung der Erwerbstätigkeit 341

Unterhaltsverpflichtungen 10, 119, 153, 261, 392, 401, 442, 448, 564

Unternehmen 123, 129, 136, 140, 154, 188, 294, 442, 671, 722

Urlaub 280, 315

Vaterschaft 219, 314

Verarbeitendes Gewerbe 127, 550

Vereinbarkeit 12, 13, 16, 94, 113, 224, 237, 249, 268, 270-272, 274, 276, 279, 280, 294, 297, 302-304, 307, 309, 316, 322, 324, 335, 340, 341, 343-345, 662, 663

Verkehr 153, 184, 186, 490, 498, 528, 586, 596, 647, 707

Verletzte 466, 467, 490, 680, 684, 766

Verletzungen 154, 476, 477, 484, 597, 626, 628, 629, 632, 633

Versicherte 442, 445, 448, 474, 475

Versichertenjahre 211, 435, 569, 570, 571, 590

Versicherungen 127, 128, 162, 201, 392, 402, 423, 442, 444, 453, 550, 679, 703, 722

Verurteilte 603, 606, 608-612, 615-618, 650

Vollzeitstelle 9, 50, 93, 99, 114, 119, 128, 147, 149, 152, 157, 162, 163, 165-168, 171, 173, 176-178, 180, 182, 184-186, 191, 192, 194, 195, 197, 199, 201, 202, 204, 271-273, 276, 292, 293, 297, 303-307, 317, 318, 341, 343, 470, 473, 552, 589, 692, 699, 709, 711, 712, 714-716, 719-721, 723, 742

Vorschulkinder 509, 512, 533, 588

Wahlen 48, 348, 350-352, 355-357, 359, 361, 362, 371, 372, 374, 386, 582, 683

Waisenrenten 425, 426, 429, 430, 433

Wehrdienst 277, 529, 572, 631

Weiterbildung 63, 76-81, 83, 85, 87, 88, 90, 106, 272, 322, 323, 338, 340, 657

Wirtschaft 51, 94, 125, 128, 156, 179, 188, 347, 548, 550, 658, 666, 670, 671, 682, 716, 717

Witwenschaft 110, 218, 415, 416, 420, 421, 423, 425-428, 432-437, 451, 485, 572, 573

Wohnen 124, 153, 218, 230, 248, 251, 260, 309, 328, 375, 392, 536, 563, 602, 644, 646, 647, 666, 673

Zeitverwendung 308-314, 331, 332, 334, 746 Zeugen/-innen 636, 642, 684 Zivildienst 122, 277, 435, 441-443, 445-447, 701, 702 Zulagen 156, 157, 161, 441 Index 803

Kurzbiografien der Autorinnen und Autoren

Dr. habil. Waltraud Cornelißen, Jg. 1949, Soziologin, Studium für das Lehramt an Grundund Hauptschulen, Zweites Staatsexamen 1973, Aufbaustudium im Fach Soziologie, Promotion 1983 (Dr. rer soc.) an der Gesamthochschule Universität Duisburg. Wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Rhein-Ruhr-Institut für empirische Sozialforschung und Politikberatung.
Lehraufträge in Duisburg, Bochum, Oldenburg. 1987 bis 1998 Leiterin des Forschungsbereichs Politik, Medien und Öffentlichkeit am Institut Frau und Gesellschaft in Hannover. 1997
Habilitation an der Universität Oldenburg. Seit 1998 Leiterin der Abteilung Geschlechterforschung und Frauenpolitik am Deutschen Jugendinstitut in München. Forschungsschwerpunkte: Lebenslagen und Lebensentwürfe von jungen Frauen und Männern, Bildung und
Geschlecht, Medien und Geschlecht.

Dipl.-Soz. Christian Dressel, Jg. 1976, Studium der Soziologie in Bamberg. Seit 2003 wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Bamberg, von 2003 bis 2005 wissenschaftlicher Referent in der Abteilung Geschlechterforschung und Frauenpolitik am Deutschen Jugendinstitut in München. Seit 2004 freiberuflicher Sozialwissenschaftler sowie seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich 1: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. Forschungsschwerpunkte: Frauenerwerbstätigkeit, geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede, Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich, Evaluation von Arbeitsmarktprogrammen.

Dr. iur. Brigitta Goldberg, Jg. 1966, Studium der Sozialarbeit in Bochum, Diplom 1991, anschließend Tätigkeit als Sozialarbeiterin in der Psychiatrie. Ab 1994 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Bochum, erstes Staatsexamen 1998, Promotion 2001 an der Ruhr-Universität Bochum, Rechtsreferendariat am Landgericht Dortmund, zweites Staatsexamen 2005. Seit 1999 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum. Forschungsschwerpunkte: Kriminalität im Hell- und Dunkelfeld, Kriminalitätsfurcht, Viktimisierungen (insbesondere bei Frauen), Jugendkriminalität (insbesondere Freizeit und Kriminalität, Gewalt in der Schule), Evaluation.

Dr. phil. Mona Granato, Studium der Politischen Wissenschaft, der Volkswirtschaftslehre und Islamwissenschaft an der Universität Heidelberg, Promotion an der Technischen Universität Berlin 1999. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Arbeitsbereich 2.4 "Bildungsverhalten, Berufsverläufe, Zielgruppenanalyse". Forschungsschwerpunkte: Berufsbildungsforschung, mit dem Schwerpunkt berufliche Ausbildung ausgewählter Zielgruppen, u.a. Analysen zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen mit Migrationshintergrund und junger Frauen, zur Berufseinmündung junger Fachkräfte sowie zum Ausbildungsverlauf.

Prof. Dr. Monika Häußler-Sczepan, Jg. 1955, Studium der Soziologie und Psychologie zum Magister Artium der Philosophischen Fakultäten der Universität Freiburg i.Br. 1979, Aufbaustudium Sozialwissenschaft Universität Grenoble/Frankreich 1980, Promotion 1989 (Dr. phil.) Universität Freiburg i.Br. 1989. Seit 1985 wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i.Br., Interdisziplinärer Forschungsbereich § 218. Seit 1991 Leiterin des Leipziger Instituts der Forschungsstelle "Lebenswelten behinderter Menschen" der Universität Tübingen. Seit 2000 Professorin an der Hochschule Mittweida (FH), Berufungsgebiet "Soziale Arbeit mit behinderten Menschen".

Dr. Anita Heiliger, Jg. 1942, Studium der Soziologie an der Freien Universität Berlin. Seit 1973 tätig als Sozialwissenschaftlerin am Deutschen Jugendinstitut in München, zunächst in der Abteilung Familienpolitik, seit 1988 in der Abteilung Mädchen- und Frauenforschung, später: Geschlechterforschung und Frauenpolitik. Promotion 1991 an der Universität Tübingen. Forschungsschwerpunkte: alleinerziehende Frauen, Mädchenarbeit und Mädchenpolitik, Frauenpolitik, Sorge- und Umgangsrecht, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, sexuelle Gewalt/sexueller Missbrauch, Täterstrategien, weibliche und männliche Sozialisation, Prävention von (sexueller) Gewalt, Entpatriarchalisierung von Männlichkeit.

Prof. Dr. phil. Dieter Hermann, Jg. 1951, Studium der Mathematik und Soziologie, Diplom in Mathematik 1978, 1984 Promotion an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Heidelberg, 2002 Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Heidelberg. 2005 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor. Tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Heidelberg. Forschungsschwerpunkte: Kriminalsoziologie, Methoden empirischer Sozialforschung, Theorien sozialer Ungleichheit und Kultursoziologie.

Dr. Ulrike Heß-Meining, Jg. 1964, Studium der Soziologie, Psychologie und Philosophie in München, Diplom-Soziologin 1990, Dr. phil. 1995 an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seit 1997 Mitarbeit in mehreren Projekten des Deutschen Jugendinstituts in München. Forschungsschwerpunkte: Migration und Ethnische Minderheiten, Migration und Geschlecht, Geschlechterforschung, Jugend- und Familiensoziologie, Politische Soziologie.

Vera Lohel, MA, Jg. 1978, Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Abschluss 2003, 2003 bis 2004 Stipendiatin am Deutschen Jugendinstitut in München, 2004 bis 2005 Projektmitarbeiterin im DJI in München. Seit 2005 Promotionsstipendiatin der Siemens AG, München und Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im bayerischen Landtag (u.a. Enquetekommission "Jungsein in Bayern"). Forschungsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung, Gleichstellungs- und Bildungspolitik.

Dr. Marion Michel, Jg. 1951, Studium der Philosophie und Soziologie an der Karl-Marx-

Index 805

Universität Leipzig, 1973 Staatsexamen, akademischer Grad Diplomphilosoph, 1985 Promotion an der Karl-Marx-Universität, 1985 Postgraduales Studium Medizinsoziologie an der Akademie für ärztliche Fortbildung Berlin, 1989 Anerkennung als Fachsoziologin der Medizin, 1973 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralhaus für Kulturarbeit in Leipzig, 1975 medizinische Hilfskraft am Krankenhaus Taucha. Seit 1978 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, Institut/Selbstständige Abteilung Sozialmedizin. Forschungsschwerpunkte: Leben mit Behinderung, soziale Gerontologie, Teenagerschwangerschaften. 1992 bis 2000 Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" im 12., 13. und 14. Deutschen Bundestag. Seit 2005 Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" im Sächsischen Landtag.

Dr. Monika Schröttle, Jg. 1965, Sozialwissenschaftlerin, Studium der Politologie, Kommunikationswissenschaften und Sozialpsychologie in München, Promotion 1999 (Dr. rer. soc.) an der Universität Gießen, 2000 bis 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut München (Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung). Seit 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität Bielefeld (Projektleitung der bundesdeutschen Repräsentativstudie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland i.A. des BMFSFJ). Seit 2003 Mitarbeit als Koordinatorin eines Subnetwork zur international vergleichenden Gewaltprävalenzforschung (CAHRV). Forschungsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung, Gewaltprävention, empirische Sozialforschung.

Dipl.-Soz. Monika Stürzer, Jg. 1962, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Diplom-Soziologin 1989. 1992 bis 1996 wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg. Seit 1992 (zunächst freiberufliche) Mitarbeit in verschiedenen Projekten des Deutschen Jugendinstituts in München. Forschungsschwerpunkte: Schule, Bildung und Ausbildung, Geschlechterforschung, Gesundheit.

Dr. Angelika Tölke, Studium der Soziologie, 1987 Promotion (Dr. rer. phil.) an der Universität Frankfurt, 1979 bis 1987 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt "Lebensverläufe und Wohlfahrtsentwicklung" des Sonderforschungsbereichs 3 (Universität Mannheim sowie am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin). Seit 1987 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut (DJI), München, in verschiedenen Abteilungen. In der Zeit von 2000 bis 2003 am DJI beurlaubt und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock, tätig. Forschungsschwerpunkte: Wandel der privaten Lebensformen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern, Lebensverlaufsforschung.

Karin Wolf M.A., Jg. 1965, Studium der Pädagogik, Arbeits- und Organisationspsychologie und Informatik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Pädagogin M.A. 2004. Seit 2001 beschäftigt am Deutschen Jugendinstitut in München, Informationszentrum Kindesvernachlässigung, Kindesmisshandlung, seit 2004 in der Abteilung Geschlechterforschung und Frauenpolitik. Forschungsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung im Elementarbereich, Neue Medien, Datenbanken.